

REGIERUNGSVORLAGE

841 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XX. GP

Bundesfinanzgesetz

für das Jahr

1998

(1. Jänner bis 31. Dezember 1998)

und

Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz



Wien 1997

Österreichische Staatsdruckerei

II

I n h a l t

	Seite
Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1998	1
Gliederungselemente des Bundesvoranschlages	11
Anlagen:	
I. Bundesvoranschlag 1998 (Ausgaben und Einnahmen):	
Kapitel	
01 Präsidentschaftskanzlei	12
02 Bundesgesetzgebung	14
03 Verfassungsgerichtshof	16
04 Verwaltungsgerichtshof	18
05 Volksanwaltschaft	20
06 Rechnungshof	22
10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen	24
11 Inneres	32
12 Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	40
13 Kunst	54
14 Wissenschaft und Forschung	56
15 Soziales	62
16 Sozialversicherung	72
17 Gesundheit	74
18 Umwelt	80
19 Jugend und Familie	82
20 Äußeres	86
30 Justiz	90
40 Militärische Angelegenheiten	92
50 Finanzverwaltung	96
51 Kassenverwaltung	104
52 Öffentliche Abgaben	108
53 Finanzausgleich	114
54 Bundesvermögen	118
55 Pensionen (Hoheitsverwaltung)	126
59 Finanzschuld, Währungstauschverträge	128
60 Land- und Forstwirtschaft	136
63 Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	150
64 Bauten und Technik	156
65 Verkehr und öffentliche Wirtschaft	172
71 Bundestheater *)	178
75 Alkohol (Monopol) *)	180
77 Österreichische Bundesforste *)	182
78 Post- und Telegraphenverwaltung *)	184
Zusammenfassung nach Gruppen und Kapitel	186
Ia. Kapitelweise Gegenüberstellung der Ausgaben und Einnahmen und Unterschied zum Bundesvoranschlag 1997	188
Ib. Kapitelweise Aufgliederung der Sachausgaben nach Gebarunggruppen und Unterschied zum Bundesvoranschlag 1997	190
Ic. Summarische Aufgliederung der Ausgaben und Einnahmen nach Gebarunggruppen und Aufgabenbereichen	192
II. Konjunkturausgleich-Voranschlag 1998	194
Zusammenfassung nach Gruppen und Kapitel	201
IIa. Summarische Aufgliederung des Konjunkturausgleich-Voranschlages nach Gebarunggruppen und Aufgabenbereichen	202
III. Stellenplan (gesondertes Heft)	203
IV. Fahrzeugplan (gesondertes Heft)	331
V. Plan für Datenverarbeitungsanlagen (gesondertes Heft)	365
Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1998	(1)-(6)

*) Geldvoranschlag

Bundesfinanzgesetz 1998

1

**Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 1998
(Bundesfinanzgesetz 1998 – BFG 1998)**

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I. Der als Anlage I angeschlossene Bundesvoranschlag für das Finanzjahr 1998 wird nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Bundesgesetzes bewilligt. Die Ausgaben und Einnahmen des Bundesvoranschlages ergeben folgende Schlußsummen:

	Allgemeiner Haushalt	Ausgleichs- haushalt	Gesamt- haushalt
	(Beträge in Millionen Schilling)		
Ausgaben:	749 318,972	232 021,179	981 340,151
Einnahmen:	682 009,263	299 330,888	981 340,151
Abgang:	67 309,709	-	-
Überschuß:	-	67 309,709	-

Der Abgang des allgemeinen Haushaltes vermindert sich um jene Beträge, die voraussichtlich während des Finanzjahres 1998 an Mehreinnahmen und Ausgabeneinsparungen anfallen und nicht für die Bedeckung von Überschreitungen gemäß § 41 Abs. 3 und 5 des Bundeshaushaltsgesetzes (BHG), BGBl. Nr. 213/1986, sowie Art. IV bis VII oder zum Ausgleich von Mindereinnahmen herangezogen werden.

Artikel II. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, nach den Bestimmungen des BHG

1. bis zur Höhe des sich aus Art. I ergebenden Abganges des allgemeinen Haushaltes
2. zuzüglich der im Ausgleichshaushalt veranschlagten Ausgaben für die Tilgung von Schulden und von Kapital aus Währungstauschverträgen (abzüglich 7/59589 und 7/59599) sowie der im Ausgleichshaushalt verrechneten Ausgaben für die Tilgung von kurzfristigen Verpflichtungen
3. abzüglich der im Ausgleichshaushalt veranschlagten Einnahmen aus Kapitalzahlungen aus Währungstauschverträgen (abzüglich 8/59589 und 8/59599) und der im Ausgleichshaushalt verrechneten Einnahmen aus Aufnahmen kurzfristiger Verpflichtungen

Kreditoperationen durchzuführen. Der für die Rückzahlung von Schulden veranschlagte Betrag vermindert sich um jene Beträge, die voraussichtlich im Finanzjahr 1998 für die Rückzahlung von Schulden nicht in Anspruch genommen werden und die nicht für die Bedeckung von Überschreitungen gemäß § 41 Abs. 3 und 5 BHG sowie Art. V und VI herangezogen werden.

(2) Der Höchstbetrag, bis zu dem die Ermächtigung gemäß Abs. 1 ausgeübt werden kann, erhöht sich um jene Beträge, die sich aus der Ausnützung der Ermächtigungen

1. gemäß Art. III,
2. gemäß Art. VII und
3. gemäß § 41 Abs. 3 Z 1 BHG beim Voranschlagsansatz 1/11177 bis zu 200 Millionen Schilling und bei den Voranschlagsansätzen 1/60304, 1/60314 und 1/60324 bis zu einem Betrag von insgesamt 900 Millionen Schilling

ergeben.

(3) Die Ermächtigungen gemäß Abs. 2 Z 2 und 3 dürfen nur in Anspruch genommen werden, wenn eine Bedeckung dieser Überschreitungen durch Ausgabeneinsparungen und/oder andere Mehreinnahmen nicht sichergestellt werden kann.

Artikel III. (1) Läßt die wirtschaftliche Entwicklung im Finanzjahr 1998 zusätzliche Ausgaben als zweckmäßig erscheinen, ist der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, Überschreitungen, die durch

Einnahmen aus Kreditoperationen zu bedecken sind, bei den im Konjunkturausgleich-Voranschlag (Anlage II) angeführten Voranschlagsansätzen des Bundesvoranschlages (Anlage I) nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen zu genehmigen:

1. Hinsichtlich der Stabilisierungsquote des Konjunkturausgleich-Voranschlages in Höhe des Bedarfes bei einzelnen Voranschlagsansätzen bis zu den in der Stabilisierungsquote bei den einzelnen Voranschlagsansätzen veranschlagten Beträgen und bis zu dem dort ausgewiesenen Gesamtbetrag von 2 418,455 Millionen Schilling, wenn
 - a) die wirtschaftliche Entwicklung dies erfordert und
 - b) das Vorhandensein freier Produktionskapazitäten die Ausübung dieser Ermächtigung volkswirtschaftlich zweckmäßig erscheinen läßt.
2. Hinsichtlich der Konjunkturbelebungsquote des Konjunkturausgleich-Voranschlages in Höhe des Bedarfes bei einzelnen Voranschlagsansätzen bis zu den in der Konjunkturbelebungsquote bei den einzelnen Voranschlagsansätzen veranschlagten Beträgen und bis zu dem dort ausgewiesenen Gesamtbetrag von 2 646,380 Millionen Schilling, wenn
 - a) mehrere Anzeichen eines Konjunkturrückganges, darunter insbesondere erhebliche Minderungen des Einganges von Aufträgen bei den Unternehmungen, auftreten und
 - b) dem Konjunkturrückgang durch die Ausübung dieser Ermächtigung entgegengewirkt werden kann.
3. Liefer- und Leistungsaufträge zu Lasten der gemäß Z 1 oder Z 2 genehmigten zusätzlichen Bundesmittel sind innerhalb von 3 Monaten nach der durch den Bundesminister für Finanzen erteilten Überschreitungsgenehmigung, jedoch spätestens bis zum Ablauf dieses Finanzjahres zu vergeben.

(2) Zeichnet sich im Laufe des Finanzjahres 1998 ein Konjunkturrückgang und ein Zurückbleiben der Einnahmen des allgemeinen Haushaltes gegenüber den veranschlagten Einnahmen (Art. I) und durch das erwartete Zurückbleiben der Einnahmen ein höherer Abgang des allgemeinen Haushaltes (Art. I) ab, ist der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, den sich dadurch abzeichnenden höheren Abgang des allgemeinen Haushaltes bis zu 3 vH der veranschlagten Einnahmen des allgemeinen Haushaltes (Art. I), durch Einnahmen aus Kreditoperationen im Wege des Ausgleichshaushaltes zu bedecken. Ein Konjunkturrückgang ist dann gegeben, wenn sich gegenüber der der Erstellung des Bundesvoranschlagsentwurfes 1998 mit 3,8 vH zugrunde gelegten nominellen Wachstumsrate der österreichischen Wirtschaft während des Finanzjahres 1998 eine Minderung um 1 Prozentpunkt oder mehr abzeichnet.

(3) Ergibt sich im Laufe des Finanzjahres auf Grund der Eigenmittelvorschriften der Europäischen Gemeinschaft die Verpflichtung, einen höheren Beitrag an den Gesamthaushalt der Europäischen Gemeinschaften gegenüber dem beim Voranschlagsansatz 2/52904 veranschlagten Beitrag zu leisten, ist der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, den sich dadurch ergebenden Mehrbedarf bis zu 20 vH des veranschlagten Betrages durch Einnahmen aus Kreditoperationen im Rahmen des Ausgleichshaushaltes zu bedecken.

Artikel IV. (1) Wenn von einem Bundesbetrieb oder einer betriebsähnlichen Einrichtung Mehreinnahmen erzielt werden, kann der Bundesminister für Finanzen die Verwendung dieser Mehreinnahmen für betriebsnotwendige Investitionen des Betriebes oder der betriebsähnlichen Einrichtung durch Zustimmung zu einer Überschreitung beim betreffenden Voranschlagsansatz bewilligen, soweit Ausgaben für derartige Investitionen in diesem Bundesgesetz veranschlagt sind und die Durchführung dieser Investitionen für den betreffenden Betrieb betriebswirtschaftlich zweckmäßig ist.

(2) Wenn bei Voranschlagsansätzen für zweckgebundene Einnahmen Mehreinnahmen anfallen, aus denen dem Widmungszweck entsprechende Mehrausgaben zu tätigen sind, kann der Bundesminister für Finanzen beim betreffenden Voranschlagsansatz einer Überschreitung nach Maßgabe der anfallenden zweckgebundenen Mehreinnahmen zustimmen. Werden Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen (zweckgebundene Ausgaben) nicht unter einem eigenen Voranschlagsansatz veranschlagt, so kann die Überschreitung auch dann genehmigt werden, wenn nur der zweckgebundene Ausgabenteil des Voranschlagsansatzes überschritten wird.

(3) Wenn bei den Voranschlagsansätzen 2/51305, 2/51306, 2/51314 und 2/51315 durch Zahlungen der EU Mehreinnahmen anfallen, aus denen gemäß den Vorschriften der Europäischen Gemeinschaft dem Widmungszweck entsprechende Mehrausgaben zu tätigen sind, kann der Bundesminister für Finanzen beim betreffenden Voranschlagsansatz einer Überschreitung nach Maßgabe der diesbezüglich anfallenden Mehreinnahmen zustimmen. Sind Ausgaben nach Maßgabe der Bereitstellung entsprechender Mittel durch die EU nicht unter einem eigenen Voranschlagsansatz veranschlagt, so kann die Überschreitung auch dann genehmigt werden, wenn nur der auf EU-Mittel bezogene Ausgabenteil des Voranschlagsansatzes überschritten wird.

Bundesfinanzgesetz 1998

3

(4) Den in den Abs. 1 bis 3 vorgesehenen Überschreitungen kann bereits zugestimmt werden, sobald der voraussichtliche Anfall entsprechender Mehreinnahmen belegbar ist. Als Mehreinnahmen im Sinne des Abs. 1 sind solche Einnahmen anzusehen, die jeweils den für einen einzelnen Betrieb oder eine einzelne betriebsähnliche Einrichtung veranschlagten Gesamteinnahmenbetrag, ausgenommen zweckgebundene Einnahmen, übersteigen.

(5) Wenn beim Voranschlagsansatz 1/63176 keine Ausgaben in Höhe von bis zu 470 Millionen Schilling anfallen, kann der Bundesminister für Finanzen einer Überschreitung des Voranschlagsansatzes 1/63156 im selben Ausmaß zustimmen.

Artikel V. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 1998 die Zustimmung zu Überschreitungen zu geben

1. bei Voranschlagsansätzen des Ermessens der Unterteilungen 3, 8 und 9 der Kapitel 01 bis 65 bis zu einem Betrag von 25 vH des veranschlagten Betrages – lautet ein Voranschlagsansatz auf einen Betrag unter 4 Millionen Schilling, dann bis zu einem Betrag von 1 Million Schilling – wenn die Bedeckung für diese Überschreitung durch Ausgabeneinsparungen bei Voranschlagsansätzen des Ermessens der Unterteilungen 3, 5, 6, 8 und 9 desselben Paragraphen sichergestellt werden kann. Für die Bedeckung dürfen bis zu 30 vH des einzeln veranschlagten Ansatzbetrages verwendet werden;
2. bei Voranschlagsansätzen des Ermessens der Unterteilungen 3 und 8 des Titels 711 bis zu einem Betrag von 25 vH des veranschlagten Betrages – lautet ein Voranschlagsansatz auf einen Betrag unter 4 Millionen Schilling, dann bis zu einem Betrag von 1 Million Schilling – wenn die Bedeckung für diese Überschreitung bei Voranschlagsansätzen des Ermessens der Unterteilungen 3, 5, 6 und 8 desselben Titels sichergestellt werden kann. Für die Bedeckung dürfen bis zu 30 vH des einzeln veranschlagten Ansatzbetrages verwendet werden;
3. bei Voranschlagsansätzen des Ermessens der Unterteilungen 3, 8 und 9 unabhängig von Überschreitungen gemäß Z 1 und 2 bis zum Betrag von 3 Millionen Schilling je Voranschlagsansatz, soweit die Bedeckung für die Ansatzüberschreitung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann. Werden für eine Mehrzahl von Voranschlagsansätzen gleichzeitig Überschreitungen erforderlich und kann eine Bedeckung nur für einen Teil sichergestellt werden, so sind die Überschreitungen für die einzelnen Voranschlagsansätze in der Reihenfolge zu bewilligen, die sich aus den Fälligkeiten ergibt, nach deren Maßgabe zur Erfüllung rechtsverbindlicher Verpflichtungen des Bundes Ausgaben zu bestreiten sind;
4. bei den Voranschlagsansätzen des Konjunkturausgleich-Voranschlags (Anlage II) bis zu einem Betrag von 25 vH des Ansatzbetrages, wenn dies im Sinne der konjunkturellen Zielsetzungen gemäß Art. III Abs. 1 wirtschaftlich zweckmäßig ist und der Überschreibungsbetrag durch gleichhohe Ausgabenrückstellung bei einem anderen Voranschlagsansatz des Konjunkturausgleich-Voranschlags sichergestellt werden kann;
5. bei Voranschlagsansätzen des Ermessens des Titels 642 bis zu einem Betrag von 25 vH des veranschlagten Ansatzbetrages, sofern die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen bei anderen Voranschlagsansätzen des Titels 642, ausgenommen die Voranschlagsansätze der Paragraphen 6425 und 6426, sichergestellt werden kann. Die Überschreitung darf nur genehmigt werden, wenn die dem Mehrbedarf zugrunde liegenden Einzelmaßnahmen im Rahmen der Gesamtmaßnahmen zur Herstellung und Erhaltung der Bundesstraßen erforderlich und wirtschaftlich zweckmäßig sind sowie dem Mehrbedarf entsprechende gleichhohe Ausgaben bei einem anderen Voranschlagsansatz desselben Titels und im Rahmen der Gesamtplanung der Bundesstraßen zurückgestellt werden können;
6. bei Voranschlagsansätzen des Ermessens der Paragraphen 1111, 6313, 6525 und 6527 bis zur Höhe von Ausgabeneinsparungen bei anderen Voranschlagsansätzen desselben Paragraphen, wobei die Ansatzüberschreitung 50 vH des Ansatzbetrages, bei welchem die Ausgabeneinsparung erfolgt, nicht übersteigen darf;
7. bei den Voranschlagsansätzen des Ermessens des Paragraphen 1551 bis zur Höhe einer erzielbaren Ausgabeneinsparung beim jeweiligen Voranschlagsansatz für Förderungen und/oder Aufwendungen des entsprechenden Paragraphen, wobei die Ansatzüberschreitung 15 vH des Ansatzbetrages, bei welchem die Ausgabeneinsparung erfolgt, nicht übersteigen darf;
8. beim Voranschlagsansatz 1/10848 bis zu einem Betrag von 2 Millionen Schilling für den Vollzug des Gentechnikgesetzes, wenn die Bedeckung durch gleichhohe Ausgabeneinsparungen beim Titel 1/108 sichergestellt werden kann;
9. bei den Voranschlagsansätzen 1/11003, 1/11103, 1/11108, 1/11403 und 1/11408 bis zu einem Betrag von insgesamt 200 Millionen Schilling für den Aufbau des Grenzdienstes, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen innerhalb des Kapitels 11 sichergestellt werden kann;

10. beim Voranschlagsansatz 1/11009 bis zu einem Betrag von 2 Millionen Schilling für Vorschußleistungen des Bundes als Träger von Privatrechten gemäß § 9 des Wachbediensteten-Hilfsleistungsgesetzes, BGBl. Nr. 177/1992, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen innerhalb des Kapitels 11 sichergestellt werden kann;
11. beim Voranschlagsansatz 1/11018 bis zu einem Betrag von 15 vH des veranschlagten Betrages, wenn die Bedeckung durch gleichhohe Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen innerhalb des Kapitels 11 sichergestellt werden kann;
12. beim Voranschlagsansatz 1/11136 bis zu einem Betrag von 10 Millionen Schilling für die Förderung von Opferschutzeinrichtungen, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen innerhalb des Kapitels 11 sichergestellt werden kann;
13. bei den Voranschlagsansätzen 1/11506 und 1/11508 bis zu einem Betrag von 30 vH des veranschlagten Betrages für Maßnahmen der Flüchtlingsbetreuung, wenn die Bedeckung durch gleichhohe Ausgabeneinsparungen bei dem jeweiligen anderen Voranschlagsansatz sichergestellt werden kann;
14. bei den Voranschlagsansätzen des Ermessens des Kapitels 12 bis zu einem Betrag von 250 Millionen Schilling für zusätzliche Schulraumbeschaffungen sowie allfällige Kostensteigerungen des Betriebsaufwandes, wenn die Bedeckung durch Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
15. beim Voranschlagsansatz 1/12216 bis zu einem Betrag von 12 Millionen Schilling für Zwecke der nationalen Kofinanzierung von aus Mitteln der EU mitfinanzierten Maßnahmen (Gemeinschaftsinitiativen), wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
16. bei den Voranschlagsansätzen 1/14146, 1/14156, 1/14158, 1/63176, 1/63178, 1/64176, 1/64178 und 1/65226 bis zu einem Betrag von insgesamt 1 000 Millionen Schilling zur Finanzierung einer Technologie- und Exportoffensive, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen in gleicher Höhe beim Paragaphen 5183 sichergestellt werden kann;
17. bei den Voranschlagsansätzen 1/14186 und 1/14188 bis zu einem Betrag von insgesamt 50 Millionen Schilling zur Finanzierung von Forschungs- und Technologieprojekten im Rahmen von EU-Programmen, wenn die Bedeckung durch Einsparungen bei den Ermessensausgaben und/oder Mehreinnahmen des Kapitels 14 sichergestellt werden kann.
18. bei den Voranschlagsansätzen 1/15158, 1/15248 und 1/15778 für Leistungen aus der Gewährung von Härteausgleichen gemäß §§ 15 a des Opferfürsorgegesetzes, BGBl. Nr. 183/1947, 14 a des Bundesgesetzes über die Gewährung von Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen, BGBl. Nr. 288/1972, 76 des Kriegsoferversorgungsgesetzes 1957, BGBl. Nr. 152, und 73 a des Heeresversorgungsgesetzes, BGBl. Nr. 27/1964, wenn die Bedeckung für diese Überschreitung durch Ausgabeneinsparungen beim Voranschlagsansatz für Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) desselben Titels sichergestellt werden kann; die Ansatzüberschreitung darf höchstens 80 vH des Ansatzbetrages, bei welchem die Ausgabeneinsparung erfolgt, betragen;
19. beim Voranschlagsansatz 1/15516 bis zu einem Betrag von 400 Millionen Schilling zur Erfüllung von erforderlichen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Europäischen Sozialfonds, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen bei den zweckgebundenen Voranschlagsansätzen des Titels 155 sichergestellt werden kann;
20. beim Voranschlagsansatz 1/15516 bis zu einem Betrag von 500 Millionen Schilling für besondere Eingliederungsbeihilfen gemäß § 34a des Arbeitsmarktservicegesetzes (AMSG), BGBl. Nr. 313/1994, zur Erfüllung zwingender, arbeitsmarktpolitischer Erfordernisse, wenn die Bedeckung durch gleichhohe Ausgabeneinsparungen beim Voranschlagsansatz 1/15557 (Voranschlagspost 7622 Notstandshilfe) und/oder durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen bei den zweckgebundenen Voranschlagsansätzen des Titels 155 sichergestellt werden kann und es außerdem zu keiner Mehrbelastung der Gebarung Arbeitsmarktpolitik kommt;
21. bei den Voranschlagsansätzen 1/15565 und 1/15566 im Ausmaß jenes Betrages, der durch gleichhohe Ausgabeneinsparungen beim jeweiligen anderen Voranschlagsansatz bedeckt werden kann;
22. beim Voranschlagsansatz 1/15578 bis zu einem Betrag von 200 Millionen Schilling für die gemäß § 41 Abs. 2 AMSG zu tragenden Personal- und Sachausgaben, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen bei den zweckgebundenen Voranschlagsansätzen des Titels 155 sichergestellt werden kann;
23. beim Voranschlagsansatz 1/18626 im Ausmaß jenes Betrages, der sich aus der Nichtverwendung der Anteile des Altlastenbeitrages für die Erfüllung der Aufgaben gemäß §§ 13 und 14 des Altlastensanierungsgesetzes, BGBl. Nr. 299/1989, ergibt und durch Ausgabeneinsparungen beim Voranschlagsansatz 1/18628 bedeckt werden kann;

Bundesfinanzgesetz 1998

5

24. beim Voranschlagsansatz 1/18656 bis zu einem Betrag von 3 Millionen Schilling für EU-Förderungen im Rahmen des EAGFL-Ausrichtung, wenn die Bedeckung durch gleichhohe Ausgabeneinsparungen beim Voranschlagsansatz 1/60206 sichergestellt werden kann;
25. bei den Voranschlagsansätzen 1/20108 und 1/20308 bis zu einem Betrag von 50 vH des veranschlagten Betrages, soweit die Überschreitung durch die Kassenwertgebarung verursacht ist und in Mehreinnahmen bei den Voranschlagsansätzen 2/20104 und/oder 2/20304 bedeckt werden kann;
26. beim Voranschlagsansatz 1/50028 bis zu einem Betrag von 10 vH des veranschlagten Betrages für Leistungen der Bundesrechenzentrum GmbH, wenn die Bedeckung durch Mehreinnahmen beim Voranschlagsansatz 2/50024 sichergestellt werden kann;
27. beim Voranschlagsansatz 1/51003 bis zu einem Betrag von 3 000 Millionen Schilling für Maßnahmen der Marktpflege zur Verbesserung der Lage auf dem Sekundärmarkt, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
28. beim Voranschlagsansatz 1/51058 bis zu einem Betrag von 500 Millionen Schilling für Zinsen aus Währungstauschverträgen (Erwerb von Bundestitel), wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
29. beim Voranschlagsansatz 7/51919 bis zu einem Betrag von 70 Milliarden Schilling zur Tilgung zusätzlicher auf Grund der Marktentwicklung notwendiger Mehraufnahmen von kurzfristigen Verpflichtungen, erhöht um jene Beträge, um welche die Ermächtigung zur Aufnahme von Kreditoperationen gemäß Art. III Abs. 2 ausgenützt wird, wenn die Bedeckung durch Mehreinnahmen beim Voranschlagsansatz 8/51919 sichergestellt werden kann;
30. beim Voranschlagsansatz 1/54846 bis zu einem Betrag von insgesamt 5 Millionen Schilling für Maßnahmen zur Hilfeleistung für osteuropäische Staaten, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
31. bei den Voranschlagsansätzen 1/59858, 1/59908 und 7/59859 bis zu einem Betrag von insgesamt 10 000 Millionen Schilling zum Abschluß von Devisentermingeschäften zur Wechselkurs-Absicherung von Fremdwährungszahlungen bzw. Währungstauschverträgen, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
32. beim Voranschlagsansatz 1/59908 bis zu einem Betrag von 500 Millionen Schilling für sonstige Zahlungen beim Eingehen von Finanzschuld und Währungstauschverträgen, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
33. beim Voranschlagsansatz 1/60068 bis zu einem Betrag von 20 Millionen Schilling für den Zweckaufwand der Länder im Rahmen des Vollzuges des Wasserrechtsgesetzes 1959, BGBl. Nr. 215, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen im Kapitel 60 sichergestellt werden kann;
34. bei den Voranschlagsansätzen 1/60106, 1/60136, 1/60146, 1/60156, 1/60166, 1/60176, 1/60186, 1/60216, 1/60226, 1/60246, 1/60346, 1/60356 bis zu 100 vH der beim jeweiligen Voranschlagsansatz veranschlagten Ausgaben für den Bundesanteil an solchen Agrarförderungen, welche gemäß § 3 des Landwirtschaftsgesetzes 1992, BGBl. Nr. 375, bzw. § 68c Abs. 4 oder 5 des Weingesetzes 1985, BGBl. Nr. 444, gemeinsam von Bund und Ländern finanziert werden, wenn die Bedeckung dieser Überschreitungen bei den jeweils anderen, in dieser Überschreitermächtigung angeführten Voranschlagsansätzen durch gleich hohe Ausgabeneinsparungen des Bundesanteils an Agrarförderungen gemäß § 3 des Landwirtschaftsgesetzes 1992, BGBl. Nr. 375, bzw. § 68c Abs. 4 oder 5 des Weingesetzes 1985, BGBl. Nr. 444, sichergestellt werden kann;
35. beim Voranschlagsansatz 1/60606 bis zu einem Betrag von 50 Millionen Schilling für degressive Ausgleichszahlungen gemäß EU-Beitrittsvertrag, wenn der Mehrbedarf durch entsprechend gleichhohe Ausgabeneinsparungen beim Voranschlagsansatz 1/60146 bedeckt werden kann;
36. beim Voranschlagsansatz 1/63158 bis zu einem Betrag von 50 Millionen Schilling für den Ersatz für in Anspruch genommene Haftungen, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen beim Voranschlagsansatz 1/63156 und/oder durch Mehreinnahmen beim Voranschlagsansatz 2/63154 sichergestellt werden kann.
37. beim Voranschlagsansatz 1/64738 bis zu einem Betrag von 50 Millionen Schilling für Maßnahmen im Rahmen des Hochbaues zugunsten der Bauten der Landesverteidigung, wenn die Bedeckung beim Voranschlagsansatz 2/54608 durch Mehreinnahmen aus Veräußerungen von Liegenschaften und Hochbauten, die ausschließlich militärisch genutzt werden, sichergestellt werden kann;
38. beim Voranschlagsansatz 1/64918 bis zu einem Betrag von 3 Millionen Schilling für Zwecke der Behandlung von Prämienanträgen im Bereiche der EU-Marktorganisationen, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparung beim Voranschlagsansatz 1/60038 sichergestellt werden kann;

39. beim Voranschlagsansatz 1/65198 bis zu einem Betrag von 120 Millionen Schilling, wenn die Bedeckung durch Einnahmen aus der Veräußerung der Liegenschaft EZ 4156, KG Landstraße, an die Austro Control GesmbH sichergestellt werden kann;

(2) Der Bundesminister für Finanzen ist weiters ermächtigt, im Finanzjahr 1998 die Genehmigung zu Überschreitungen zu geben

1. bei Voranschlagsansätzen des Ausgabentitels 512 in Höhe der gemäß § 53 BHG in der jeweils geltenden Fassung und Art. X für die Rücklagenzuführung zulässigen Beträge, wobei die Bedeckung in den nicht in Anspruch genommenen Teilen der Voranschlagsansätze oder zweckgebundenen Einnahmen oder Einnahmen der Voranschlagsansätze des Titels 2/513 zu finden ist;
2. bei Voranschlagsansätzen bis zu jener Höhe, in der in Vorjahren zugunsten dieser Voranschlagsansätze oder Verwendungszwecke Beträge einer Rücklage zugeführt wurden, wobei die Bedeckung durch Mehreinnahmen bei den Voranschlagsansätzen 2/51217, 2/51247, 2/51267 bzw. 2/51277 sicherzustellen ist;
3. für Hilfeleistungen in Katastrophen-, Seuchen- und Epidemiefällen sowie für Sondermaßnahmen der Bundesregierung im In- und Ausland, für die Durchführung von Staatsbesuchen, Konferenzen, Tagungen und ähnlichem, wenn die für diese Zwecke erforderlichen Mehrausgaben im Zeitpunkt der Budgeterstellung nicht vorhersehbar gewesen sind, und im Einzelfall oder bei Hilfeleistungen in Katastrophenfällen, wenn sie in mehreren selbständigen Teilmaßnahmen erfolgen, die Ausgaben hierfür jeweils nicht mehr als 15 Millionen Schilling im Finanzjahr 1998 betragen und beim Paragraphen 5181 bedeckt werden können;
4. bei Voranschlagsansätzen des Paragraphen 1116 für Auslandseinsätze gemäß Bundesverfassungsgesetz über Kooperation und Solidarität bei der Entsendung von Einheiten und Einzelpersonen in das Ausland (KSE-BVG), BGBl. I Nr. 38/1997, wenn die für diese Zwecke erforderlichen Mehrausgaben im Zeitpunkt der Budgeterstellung nicht vorhersehbar gewesen sind und durch Ausgabenrückstellungen oder Mehreinnahmen oder beim Paragraphen 5181 bedeckt werden können;
5. beim Voranschlagsansatz 1/15577 bis zum 30. Jänner 1999 in Höhe des gemäß § 1 Abs. 2 Z 9 des Arbeitsmarktpolitikfinanzierungsgesetzes (AMPFG), BGBl. Nr. 315/1994, für die Überweisung an das Arbeitsmarktservice vorgesehenen Betrages, wobei die Bedeckung in den nicht in Anspruch genommenen Teilen der Voranschlagsansätze bzw. zweckgebundenen Einnahmen des Titels 155 zu finden ist.

(3) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, überplanmäßige Ausgaben aus Währungstauschverträgen bis zu einem Gesamtbetrag von 50 Milliarden Schilling und im Falle der vorzeitigen Rückzahlung von Finanzschulden bis zu einem Gesamtbetrag von 20 Milliarden Schilling zu genehmigen, wenn die Bedeckung der Mehrausgaben durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann.

Artikel VI. Der Bundesminister für Finanzen hat im Finanzjahr 1998 die Zustimmung zu Überschreitungen bei den Voranschlagsansätzen des Paragraphen 1551 für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß § 51 Abs. 2 AMSG nach Maßgabe der dem Bund vom Arbeitsmarktservice überwiesenen Mittel bis zu einem Betrag von 10 vH der vorgesehenen Ansatzbeträge zu geben.

Artikel VII. Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 1998 die Zustimmung zu Überschreitungen zu geben

1. beim Voranschlagsansatz 1/02106 bis zu einem Betrag von 300 Millionen Schilling, sofern diese Mittel für Zuwendungen des Nationalrates an den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus erforderlich sind;
2. beim Voranschlagsansatz 1/10006 bis zu einem Betrag von 50 Millionen Schilling zur finanziellen Unterstützung für das Wohnbauprojekt Palästina;
3. beim Voranschlagsansatz 1/10008 bis zu einem Betrag von 60 Millionen Schilling für die Informationsarbeit der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Europäischen Union;
4. bei den Voranschlagsansätzen 1/10066 und 1/10068 bis zu einem Betrag von insgesamt 100 Millionen Schilling für Hilfsmaßnahmen zum Wiederaufbau in Bosnien-Herzegowina;
5. beim Voranschlagsansatz 1/11178 bis zu einem Betrag von 50 Millionen Schilling für Leistungen im Rahmen des Zivildienstgesetzes, BGBl. Nr. 679/1986;
6. beim Voranschlagsansatz 1/11198 bis zu einem Betrag von 100 Millionen Schilling für den Fall der Inanspruchnahme in solchen Angelegenheiten der staatlichen Verwaltung, die nicht ausdrücklich einem anderen Bundesministerium als dem Bundesministerium für Inneres zugewiesen sind;
7. bei den Voranschlagsansätzen 1/11506 und 1/11508 bis zu einem Betrag von insgesamt 200 Millionen Schilling für Maßnahmen der Flüchtlingsbetreuung;

Bundesfinanzgesetz 1998

7

8. beim Voranschlagsansatz 1/15008 bis zu einem Betrag von 20 Millionen Schilling für die Durchführung von EU-Programmen, sofern diese Mittel zur Erlangung einer Kofinanzierung erforderlich sind;
9. bei den Voranschlagsansätzen 1/15565 und 1/15566 bis zu einem Betrag von insgesamt 200 Millionen Schilling für Maßnahmen gemäß § 51a Abs. 3 des Arbeitsmarktförderungsgesetzes, BGBl. Nr. 31/1959;
10. beim Voranschlagsansatz 1/17208 bis zu einem Betrag von 25 Millionen Schilling für Zahlungen im Zusammenhang mit der ARGE-Kostenrechnung;
11. beim Voranschlagsansatz 1/18608 bis zu einem Betrag von 55 Millionen Schilling für gemäß den §§ 26, 31 und 32 Abs. 3 des Abfallwirtschaftsgesetzes, BGBl. Nr. 325/1990, nicht vorhersehbar gewesene Maßnahmen;
12. beim Voranschlagsansatz 1/18608 bis zu einem Betrag von 30 Millionen Schilling für Ausgaben im Zusammenhang mit Großverfahren vor dem Umweltsenat;
13. bei den Voranschlagsansätzen 1/20506 und 1/20508 bis zu einem Betrag von insgesamt 100 Millionen Schilling für Maßnahmen im Bereich der bilateralen Entwicklungshilfe sowie für Kofinanzierungen;
14. bei den Voranschlagsansätzen 1/40008 und 1/40108 bis zu einem Betrag von insgesamt 35 Millionen Schilling für die Teilnahme an der ECMM (European Community Monitoring Mission), sofern die Mehrausgaben dem Bundesminister für Finanzen detailliert nachgewiesen werden;
15. bei den Voranschlagsansätzen 1/40108, 1/64633 und 1/64738 bis zu einem Betrag von insgesamt 300 Millionen Schilling zur Durchführung der in den abgeschlossenen Vereinbarungen gemäß Art. 15 a B-VG mit dem Land Steiermark vorgesehenen Lärmschutzmaßnahmen im Zusammenhang mit der österreichischen Luftraumüberwachung, BGBl. Nr. 524/1990; in den Vorjahren auf Grund der Vereinbarungen bereits geleistete Zahlungen zählen auf den Gesamtbetrag von insgesamt 300 Millionen Schilling;
16. beim Voranschlagsansatz 1/50138 bis zu einem Betrag von 1 200 Millionen Schilling für Zahlungen zur Schuldenerleichterung auf Grund internationaler, multilateral abgestimmter Maßnahmen;
17. beim Voranschlagsansatz 1/50236 bis zu einem Betrag von 200 Millionen Schilling für Zahlungen an die OeKB-AG zur Verminderung der Beschaffungskosten von Kreditoperationen gemäß Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz und für Finanzierungen auf Grund des Schwellenländerprogrammes;
18. beim Voranschlagsansatz 1/50418 bis zu einem Betrag von 400 Millionen Schilling für Ausführerstattungen gemäß EU-Marktordnungsvorschriften;
19. beim Voranschlagsansatz 1/51003 bis zu einem Betrag von 800 Millionen Schilling für den Erwerb von Bundstiteln;
20. beim Voranschlagsansatz 1/51038 bis zu einem Betrag von 2 000 Millionen Schilling für eventuelle Kursverluste;
21. beim Voranschlagsansatz 1/51048 bis zu einem Betrag von 2 000 Millionen Schilling für Stückzinsenzahlungen;
22. beim Voranschlagsansatz 1/51918 für auf Grund der Marktentwicklung notwendige Mehraufnahmen kurzfristiger Verpflichtungen bis zu einem Betrag von 500 Millionen Schilling;
23. beim Voranschlagsansatz 1/54718 für den Fall der Inanspruchnahme aus der Kursrisikogarantie bis zu einem Betrag von 1 000 Millionen Schilling;
24. bei den Voranschlagsansätzen 1/54718 und 1/54719 für den Fall der Inanspruchnahme aus Haftungen bis zu einem Betrag von insgesamt 2 000 Millionen Schilling;
25. bei den Voranschlagsansätzen 1/54728 und 1/54729 bis zu einem Betrag von insgesamt 4 000 Millionen Schilling für den Fall der Inanspruchnahme gemäß § 7 Abs. 2 des Ausfuhrförderungsgesetzes 1981, BGBl. Nr. 215;
26. bei den Voranschlagsansätzen des Ermessens der UT 9 des Kapitels 59 im Ausgleichshaushalt für die Durchführung von nicht vorhersehbaren, ordentlichen Tilgungen von Finanzschulden und Währungstauschverträgen bis zu einem Betrag von 20 Milliarden Schilling pro Voranschlagsansatz;
27. bei Bundesanteilen an Agrarförderungen der Voranschlagsansätze der Titel 601, 602, 603 bis zu 390 Millionen Schilling, sofern diese Agrarförderungen durch die Länder kofinanziert werden;
28. beim Voranschlagsansatz 1/60146 bis zu einem Betrag von 100 Millionen Schilling für Zuschüsse gemäß § 33f Abs. 6 des Wasserrechtsgesetzes 1959, BGBl. Nr. 215.

Artikel VIII. (1) Den Überschreitungen gemäß Art. IV bis VII darf nur zugestimmt werden, wenn über den bei einem Voranschlagsansatz veranschlagten Betrag hinausgehende, unvorhersehbare und unabweisliche Ausgaben dies erfordern und wenn ohne diese Maßnahme die ordnungsgemäße Ausübung

der Verwaltung im Hinblick auf die Beachtung der Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit wesentlich beeinträchtigt wird und zu diesem Zeitpunkt bei anderen Voranschlagsansätzen Ausgaben und/oder Mehreinnahmen in der zur Bedeckung der Überschreitung erforderlichen Höhe bereitgestellt werden können, wobei bei den Überschreitungen gemäß Art. IV, V Abs. 1 und 2 und VI als Mehreinnahmen zur Bedeckung von Mehrausgaben nur jene des allgemeinen Haushaltes herangezogen werden dürfen.

(2) Der Überschreitung gemäß Artikel IV Abs. 5 darf abweichend von Abs. 1 zugestimmt werden, wenn der Voranschlagsansatz 1/63176 nicht ausgenutzt wird.

Artikel IX. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 1998 namens des Bundes gemäß § 66 BHG

1. die Haftung als Bürge und Zahler (§ 1357 ABGB) für vom Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds zur teilweisen Finanzierung der ihm durch das Umwelt- und Wasserwirtschaftsfondsgesetz, BGBl. Nr. 79/1987, übertragenen Aufgaben durchzuführende Kreditoperationen (Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite) in einem Ausmaß zu übernehmen, daß der Gesamtbetrag (Gegenwert) der Haftungen 4 000 Millionen Schilling an Kapital und 4 000 Millionen Schilling an Zinsen und Kosten und die Kreditoperation im Einzelfall 4 000 Millionen Schilling an Kapital nicht übersteigt;
2. die Haftung als Bürge und Zahler (§ 1357 ABGB) für gemäß § 1 Abs. 2 des Bundesgesetzes, mit dem Bestimmungen über die Abwicklung der Bundeswohnbaufonds getroffen und das Bundesfinanzgesetz 1989, das Wohnbauförderungsgesetz 1984 und das Bundesgesetz BGBl. Nr. 373/1988 geändert werden, BGBl. Nr. 301/1989, durchzuführende Kreditoperationen (Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite) in einem Ausmaß zu übernehmen, daß der Gesamtbetrag (Gegenwert) der Haftung 500 Millionen Schilling an Kapital und 500 Millionen Schilling an Zinsen und Kosten und die Kreditoperation im Einzelfall 500 Millionen Schilling an Kapital nicht übersteigt;
3. die Haftung als Bürge und Zahler (§ 1357 ABGB) für Schuldverschreibungen von Einlagensicherungseinrichtungen gemäß § 93a Abs. 3 des Bankwesengesetzes, BGBl. Nr. 523/1993, bis zu einem Gesamtbetrag von 100 Millionen Schilling an Kapital und 100 Millionen Schilling an Zinsen und Kosten zu übernehmen;
4. die Ausfallhaftung für Kredite von Kreditinstituten für Maßnahmen gemäß § 51a Abs. 3 des Arbeitsmarktförderungsgesetzes, BGBl. Nr. 31/1969, in einem Ausmaß zu übernehmen, daß der Gesamtbetrag (Gegenwert) der Haftung 250 Millionen Schilling an Kapital und 50 Millionen Schilling an Zinsen und Kosten nicht übersteigt;
5. die Ausfallhaftung für vom Arbeitsmarktservice gemäß § 48 AMSG aufzunehmende Kredite in einem Ausmaß zu übernehmen, daß der Gesamtbetrag (Gegenwert) der Haftung 1 000 Millionen Schilling an Kapital und 1 000 Millionen Schilling an Zinsen und Kosten nicht übersteigt;
6. die Haftung als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB oder in Form von Garantien für von der ASFINAG zur Finanzierung der ihr durch Art. V des Infrastrukturfinanzierungsgesetzes 1997, BGBl. I Nr. XXX, übertragenen Aufgaben durchzuführenden Kreditoperationen in einem Ausmaß zu übernehmen, daß der Gesamtbetrag (Gegenwert) der Haftungen 5 000 Millionen Schilling an Kapital und 5 000 Millionen Schilling an Zinsen und Kosten zuzüglich allfälliger Rückzahlungen von in Vorjahren aus Art. V des Infrastrukturfinanzierungsgesetzes 1997 stammenden Kreditoperationen und die Kreditoperationen im Einzelfall 5 000 Millionen Schilling an Kapital nicht übersteigt;
7. die Haftung als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB oder in Form von Garantien für von der Schieneninfrastrukturfinanzierungs-Gesellschaft zur Finanzierung der ihr durch Art. IV des Infrastrukturfinanzierungsgesetzes 1997 übertragenen Aufgaben durchzuführenden Kreditoperationen in einem Ausmaß zu übernehmen, daß der Gesamtbetrag (Gegenwert) der Haftungen 4 000 Millionen Schilling an Kapital und 4 000 Millionen Schilling an Zinsen und Kosten zuzüglich allfälliger Rückzahlungen von in Vorjahren aus Art. IV des Infrastrukturfinanzierungsgesetzes 1997 stammenden Kreditoperationen und die Kreditoperationen im Einzelfall 4 000 Millionen Schilling an Kapital nicht übersteigt.

(2) Der Bundesminister für Finanzen darf Haftungen für Kreditoperationen gemäß Abs. 1 nur übernehmen wenn

1. in den Fällen der Z 1 bis 5 diese inhaltlich den Bestimmungen des § 65b BHG entsprechen und
2. in den Fällen der Z 6 und 7 die prozentuelle Gesamtbelastung bei Kreditoperationen in inländischer oder ausländischer Währung unter Berücksichtigung eventueller Währungstauschverträge unter Zugrundelegung der im § 65 Abs. 2 BHG umschriebenen finanzmathematischen Formel, das im § 65b Abs. 1 BHG bestimmte jeweilige Höchstausmaß zum Zeitpunkt der Konditionenvereinbarung nicht überschreitet. Beträgt bei Kreditoperationen inländischer Währung unter Berücksichtigung eventueller Währungstauschverträge der geltende Zinsfuß für Eskontierungen der

Bundesfinanzgesetz 1998

9

Oesterreichischen Nationalbank 1 vH oder weniger oder beträgt bei Kreditoperationen in ausländischer Währung unter Berücksichtigung eventueller Währungstauschverträge das arithmetische Mittel der im § 65b Abs. 1 Z 3 BHG angeführten offiziellen Diskontsätze 1 vH oder weniger, so können die Kreditoperationen eine höhere prozentuelle Gesamtbelastung aufweisen, wenn der Bund als Haftungsträger hieraus wirtschaftliche Vorteile erwarten kann.

3. Auf Haftungen gemäß Abs. 1 Z 1 bis 3 sowie Z 5 bis Z 7 ist § 66 Abs. 2 Z 3 BHG, auf Haftungen gemäß Abs. 1 Z 1 und 2 ist darüber hinaus § 66 Abs. 2 Z 2 BHG nicht anzuwenden.

Artikel X. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, für eine widmungsgemäße Verwendung in einem späteren Finanzjahr die im Finanzjahr 1998 durch Zahlung nicht in Anspruch genommenen Teile

1. der bei den Voranschlagsansätzen 1/64698, 1/64708 und der bei den Voranschlagsansätzen 1/40108 und 1/64738 als Investitionsausgaben für die Landesverteidigung – wobei die Zweckbestimmung für bewegliches Anlagevermögen auch aus den Voranschlagsposten ersichtlich sein muß – genehmigten Ausgabenbeträge im Wege einer Rücklagenzuführung (allgemeine Rücklage) zu reservieren;
2. der bei den Voranschlagsansätzen 1/10008 [EFRE-Kofinanzierung für Werkverträge (EU), geb. Post], 1/10046 [EFRE-Kofinanzierung für FER (EU) geb. Post], 1/10048, 1/10066, 1/10068, 1/13046 (für das Österreichische Filminstitut), 1/14146, 1/14156, 1/14158, 1/14168 (für Start/Wittgenstein-Programme), 1/14176 (für Apart-Stipendien), 1/14186, 1/14308 (für Prozeßkosten), 1/15016 (für Gemeinschaftsinitiativen), 1/15018, 1/15565, 1/15566, 1/17218, 1/18608, 1/18636, 1/18646, 1/18648, 1/18656, 1/20058, 1/20068, 1/20506, 1/20508, 1/50118, 1/63176, 1/63178, 1/63186, 1/64145, 1/64146, 1/64148, 1/64176, 1/64178, 1/65148, 1/65158, 1/65178, 1/65226, 1/65236, 1/65246, 1/65255, 1/65256 und 1/65258 (EU-Kofinanzierung) genehmigten Ausgabenbeträge im Wege einer Rücklagenzuführung (besondere Rücklage) zu reservieren;
3. der bei den Voranschlagsansätzen 1/60106, 1/60136, 1/60146, 1/60156, 1/60166, 1/60176, 1/60186, 1/60216, 1/60226, 1/60246, 1/60346, 1/60356 genehmigten Ausgabenbeträge für Bundesanteile an solchen Agrarförderungen, welche gemäß § 3 des Landwirtschaftsgesetzes 1992, BGBl Nr. 375, bzw. gemäß § 68c Abs. 4 oder 5 des Weinggesetzes 1985, BGBl Nr. 444, gemeinsam von Bund und Ländern finanziert werden, im Wege einer Rücklagenzuführung (besondere Rücklage) zu reservieren.

(2) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, für eine widmungsgemäße Verwendung in einem späteren Finanzjahr die im Finanzjahr 1998 durch Zahlung nicht in Anspruch genommenen Teile der Einnahmen der Voranschlagsansätze 2/51305, 2/51306 und 2/51315 einer Rücklage zuzuführen (besondere Einnahmen-Rücklage).

Artikel XI. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 1998 über Bestandteile des unbeweglichen Bundesvermögens im Rahmen der ihm gemäß § 64 BHG übertragenen Befugnis nach Maßgabe folgender Bestimmungen zu verfügen:

1. gemäß § 64 Abs. 1 Z 1 und 2 BHG bis zu einem Entgelt (Preis, Wert) von 50 Millionen Schilling für den einzelnen Bestandteil des unbeweglichen Bundesvermögens;
2. gemäß § 64 Abs. 4 BHG bis zu einem Schätzwert von 500 000 Schilling im Einzelfall;
3. gemäß § 64 Abs. 5 BHG bis zu einem Schätzwert der Belastung von 250 000 Schilling im Einzelfall.

Verfügungen über unbewegliches Bundesvermögen, bei denen die unter Z 1 bis 3 angeführten Wertgrenzen überschritten werden, bedürfen der Bewilligung durch ein Bundesgesetz im Sinne des Art. 42 Abs. 5 B-VG, die vom Bundesminister für Finanzen einzuholen ist.

(2) Die im laufenden Finanzjahr gemäß § 64 Abs. 1 Z 1 und 2 BHG innerhalb des Ermächtigungsrahmens gemäß Abs. 1 Z 1 bis 3 getroffenen Verfügungen dürfen insgesamt den Wert von 350 Millionen Schilling nicht übersteigen.

(3) Über jede im laufenden Finanzjahr getroffene Verfügung gemäß § 64 Abs. 1 Z 1 und 2 BHG, bei der das Entgelt für den einzelnen Bestandteil des unbeweglichen Bundesvermögens, über den verfügt wurde, 25 Millionen Schilling übersteigt, hat der Bundesminister für Finanzen dem mit der Vorberatung von Bundesfinanzgesetzen betrauten Ausschuß des Nationalrates binnen einem Monat nach Ablauf dieses Finanzjahres zusammenfassend zu berichten.

Artikel XII. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 1998 über Bestandteile des beweglichen Bundesvermögens im Rahmen der ihm gemäß §§ 62 und 63 BHG übertragenen Befugnis nach Maßgabe folgender Bestimmungen zu verfügen.

- (2) Übersteigt bei einer Verfügung gemäß §§ 62 und 63 Abs. 1 Z 1 und 2 BHG

1. die Forderung, auf die verzichtet wird, oder der Wert des einzelnen sonstigen Bestandteiles des beweglichen Bundesvermögens, über den verfügt wird, 10 Millionen Schilling, oder
2. der Wert aller sonstigen Bestandteile des beweglichen Bundesvermögens, über die durch das jeweilige Rechtsgeschäft gleichzeitig verfügt wird, insgesamt 150 Millionen Schilling,

so bedarf eine solche Verfügung der Bewilligung durch ein Bundesgesetz im Sinne des Art. 42 Abs. 5 B-VG, die vom Bundesminister für Finanzen einzuholen ist. Hievon kann bei einem Verzicht auf eine Forderung des Bundes Abstand genommen werden, wenn dadurch aus wirtschafts- oder arbeitsmarktpolitischen Interessen die Einleitung oder Durchführung eines Konkurs- oder Ausgleichsverfahrens vermieden werden könnte, jedoch die Bewilligung des Nationalrates nicht mehr rechtzeitig eingeholt werden kann.

(3) Übersteigt bei einer Verfügung gemäß §§ 62 und 63 Abs. 1 Z 1 und 2 BHG die Forderung, auf die verzichtet wurde, oder der Wert des einzelnen sonstigen Bestandteiles des beweglichen Bundesvermögens, über den verfügt wurde, 2 Millionen Schilling, hat der Bundesminister für Finanzen dem mit der Vorberatung von Bundesfinanzgesetzen betrauten Ausschuß des Nationalrates über jede derartige im laufenden Finanzjahr getroffene Verfügung binnen einem Monat nach Ablauf dieses Finanzjahres zusammenfassend zu berichten.

Artikel XIII. Die Regelungen über die Planstellen- und Personalbewirtschaftung des Bundes und die Anzahl der Planstellen für Bundesbedienstete für das Jahr 1998 werden durch den Stellenplan 1998 festgelegt (Anlage III).

Artikel XIV. Die Regelungen, nach denen die Ausgaben für die Anzahl und die Kategorie der bei einem Organ des Bundes im Jahre 1998 verwendeten Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge bestritten werden dürfen, werden durch den Fahrzeugplan für das Jahr 1998 (Anlage IV) getroffen.

Artikel XV. Die Regelungen, nach denen die Ausgaben für die Anzahl und die Type der bei einem Organ des Bundes im Jahre 1998 verwendeten Datenverarbeitungsanlagen bestritten werden dürfen, werden durch den Plan für Datenverarbeitungsanlagen für das Jahr 1998 (Anlage V) getroffen.

Artikel XVI. Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, soweit bei Personalausgaben (UT 0) und bei Sachausgaben (UT 7) für den Ersatz von Besoldungskosten sowie für den Aufwand sonstiger vom Bund bezahlter Personengruppen auf Grund von Besoldungsregelungen im öffentlichen Dienst Ausgaben entstehen, zur Bedeckung dieser Mehrausgaben im Einvernehmen mit der Bundesregierung Ausgabenbindungen zu verfügen.

Artikel XVII. Soweit in diesem Bundesgesetz auf andere Bundesgesetze verwiesen wird, sind diese in ihrer jeweils geltenden Fassung anzuwenden.

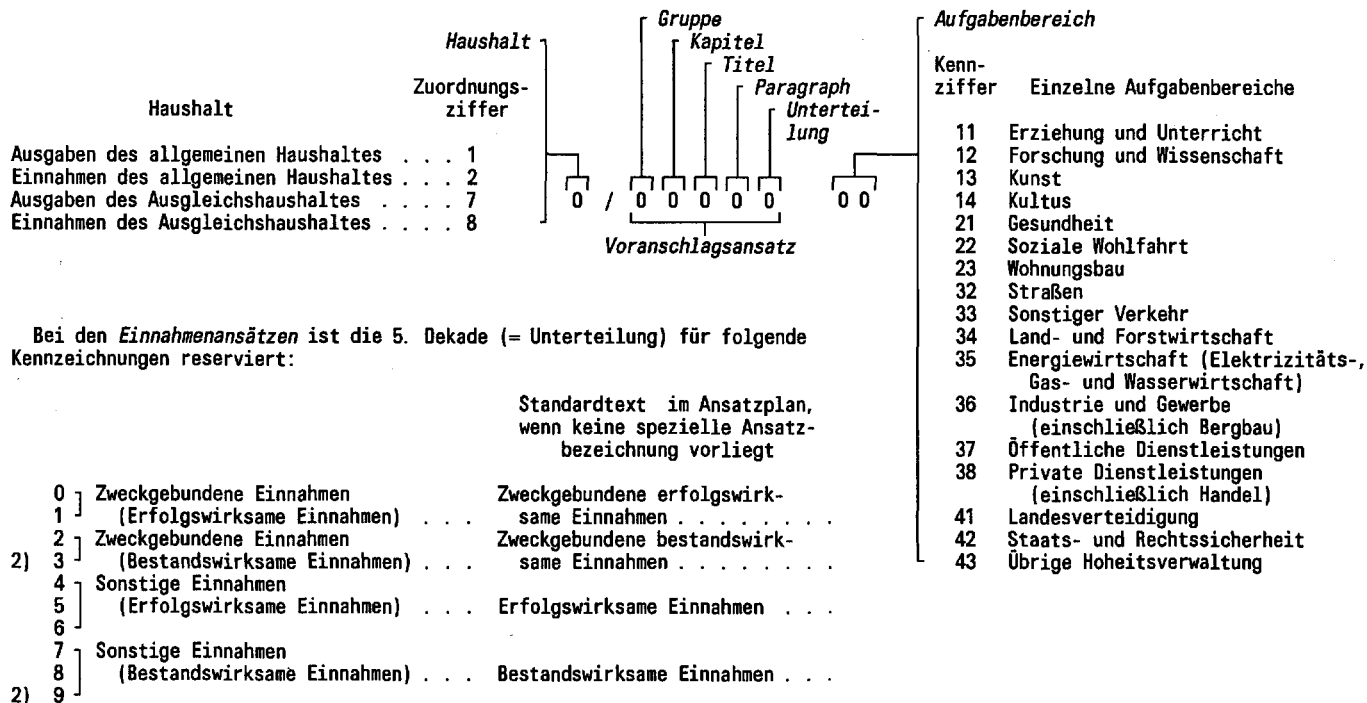
Artikel XVIII. Dieses Bundesgesetz tritt am 1. Jänner 1998 in Kraft.

Artikel XIX. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist unbeschadet der den obersten Organen nach Maßgabe der Haushaltsvorschriften zustehenden Befugnis zur Bestreitung der einzelnen Ausgaben innerhalb ihres Teilvoranschlags der Bundesminister für Finanzen betraut.

BUNDESVORANSCHLAG 1998

Gliederung 1)

Der Bundesvoranschlag ist nach einem dekadisch numerierten Ansatzplan erstellt und zeigt folgende Gliederungselemente:



Bei den *Ausgabenansätzen* ist die 5. Dekade (= Unterteilung) finanzwirtschaftlichen Gliederungselementen, das sind die Gebarungsguppen, vorbehalten, deren Kennzeichnung wie folgt vorgenommen wird:

Gebarungsguppe	Standardtext im Ansatzplan, wenn keine spezielle Ansatzbezeichnung vorliegt	Kurzbezeichnung	erfolgswirksame Gebarung (E) oder bestandswirksame Geb. (B)
Personalausgaben:			
0 = Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen), Personalausgaben	Personalausgaben	A/G-P	E
Sachausgaben:			
2 = Anlagen (Gesetzliche Verpflichtungen)	Anlagen (Gesetzl. Verpflichtungen)	An/G	B
3 = Anlagen (Ermessensausgaben)	Anlagen	An	B
4 = Förderungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	F/G	E
5 = Förderungen - Darlehen (Ermessensausgaben)	Förderungen (D)	F-D	B
6 = Förderungen - Zuschuß (Ermessensausgaben)	Förderungen	F	E
7 = Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen), Sachausgaben	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	A/G-S	E
8 = Aufwendungen - erfolgswirksam (Ermessensausgaben)	Aufwendungen	A	E
9 = Aufwendungen - bestandswirksam (Ermessensausgaben)	Aufwendungen (B)	A-B	B

1) Nähere Einzelheiten können dem vom Bundesministerium für Finanzen im Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei herausgegebenen „Leitfaden für den Ansatz- und Kontenplan des Bundes“ (in Kontenpläne der Gebietskörperschaften - KOG I. und II. Teil, Neufassung 1990) entnommen werden.
 2) Im allgemeinen Haushalt nur Darlehensrückzahlungen.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/01		Präsidenschaftskanzlei:							
1/01000	43	Personalausgaben		36,074			36,074	36,075	35,916
1/01003	43	Anlagen				3,288	3,288	2,398	1,167
1/01005	43	Bezugsvorschüsse				0,200	0,200	0,200	0,094
	23					0,100	0,100	0,100	
	43					0,100	0,100	0,100	0,094
1/01007	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			4,725		4,725	6,925	6,702
	43				0,635		0,635	0,645	0,635
	43				4,090		4,090	6,280	6,067
1/01008	43	Aufwendungen			17,468		17,468	15,477	18,118
		Gesamtausgaben 01...		36,074	22,193	3,488	61,755	61,075	61,997

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

13

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	Bezeichnung	E I N N A H M E N Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
2/01		Präsidentenkanzlei:						
2/01004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		1,045	1,045	1,045	1,038
2/01008	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen	0,003	0,003	0,003
2/01009		Bezugsvorschußsätze	0,190	0,190	0,190	0,136
	23			0,001	0,001	0,001	0,015
	43			0,189	0,189	0,189	0,120
		Gesamteinnahmen 01...						
				1,045	0,193	1,238	1,238	1,174

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/02		Bundesgesetzgebung:							
1/021		Nationalrat:	*						
1/02106	43	Förderungen			200,000		200,000	200,001	600,000
1/02107	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			555,003		555,003	577,367	536,504
	22				0,701		0,701	0,805	0,627
	43				554,302		554,302	576,562	535,878
1/02108	43	Aufwendungen			51,990		51,990	23,766	23,395
		Summe 021...			806,993		806,993	801,134	1.159,899
1/022		Bundesrat:	*						
1/02207	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			80,033		80,033	90,586	76,453
	22				0,111		0,111	0,115	0,071
	43				79,922		79,922	90,471	76,381
1/02208	43	Aufwendungen			14,673		14,673	4,063	4,839
		Summe 022...			94,706		94,706	94,649	81,292
1/023		Gemeinsame Ausgaben für Mitglieder des NR, BR und EP:	*						
1/02304	43	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ...			172,687		172,687	168,324	163,575
1/02306	43	Förderungen			0,673		0,673	0,673	0,370
1/02307	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			33,537		33,537	35,539	27,896
	22				0,081		0,081	0,081	0,118
	43				33,456		33,456	35,458	27,778
1/02308	43	Aufwendungen			18,699		18,699	22,383	16,692
		Summe 023...			225,596		225,596	226,919	208,533
1/024		Parlamentsdirektion:							
1/02400	43	Personalausgaben		191,989			191,989	187,422	178,473
1/02403	43	Anlagen				41,542	41,542	64,241	47,226
1/02405	43	Bezugsvorschüsse				0,612	0,612	0,612	0,612
	23					0,512	0,512	0,512	0,512
	43					0,100	0,100	0,100	0,100
1/02407	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			4,701		4,701	4,810	3,857
	22				2,601		2,601	2,710	2,366
	43				2,100		2,100	2,100	1,492
1/02408	43	Aufwendungen			233,503		233,503	219,870	228,632
	11				3,000		3,000	2,900	3,690
	43				230,503		230,503	216,970	224,942
		Summe 024...		191,989	238,204	42,154	472,347	476,955	458,800
		Gesamtausgaben 02...		191,989	1.365,499	42,154	1.599,642	1.599,657	1.908,523

Anmerkungen:

1/021 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/024 veranschlagt.

1/022 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/024 veranschlagt.

1/023 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/024 veranschlagt.

Anlage I BUNDES VORANSCHLAG 1998

15

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1998	Bundesvoranschlag 1997	Erfolg 1996
2/02		Bundesgesetzgebung:						
2/021		Nationalrat:						
2/02104	43	Erfolgswirksame Einnahmen		28,100	28,100	48,000	47,283
2/022		Bundesrat:						
2/02204	43	Erfolgswirksame Einnahmen		4,500	4,500	7,540	7,583
2/023		Gemeinsame Einnahmen für Mitglieder des NR, BR und EP:						
2/02304	43	Erfolgswirksame Einnahmen		2,010	2,010	3,001	3,919
2/024		Parlamentsdirektion:						
2/02404	43	Erfolgswirksame Einnahmen		1,228	1,228	0,906	1,291
2/02408	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			0,008	0,008	0,006	0,504
2/02409		Bezugsvorschußsätze			0,690	0,690	0,690	0,599
	23				0,590	0,590	0,590	0,537
	43				0,100	0,100	0,100	0,062
		Summe 024...		1,228	0,698	1,926	1,602	2,395
		Gesamteinnahmen 02...		35,838	0,698	36,536	60,143	61,180

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
		Bezeichnung	Anm.	pers.	sachl.				
1/03		Verfassungsgerichtshof:							
1/03000	42	Personalausgaben		28,360			28,360	25,492	26,029
1/03003	42	Anlagen				1,445	1,445	1,445	1,444
1/03005	42	Bezugsvorschüsse				0,200	0,200	0,200	0,200
	23					0,100	0,100	0,100	
	42					0,100	0,100	0,100	0,200
1/03007	42	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..		26,760			26,760	26,000	26,070
	22					0,300	0,300	0,300	0,337
	42					26,460	26,460	25,700	25,733
1/03008	42	Aufwendungen		8,355			8,355	8,355	7,474
		Gesamtausgaben 03...		28,360	35,115	1,645	65,120	61,492	61,216

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

17

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1998	Bundesvoranschlag 1997	Erfolg 1996
2/03		Verfassungsgerichtshof:						
2/03004	42	Erfolgswirksame Einnahmen		0,849	0,849	0,849	0,498
2/03008	42	Sonstige bestandswirksame Einnahmen	0,004	0,004	0,004
2/03009		Bezugsvorschußsätze	0,147	0,147	0,147	0,127
	23			0,007	0,007	0,007	0,003
	42			0,140	0,140	0,140	0,124
		Gesamteinnahmen 03...		0,849	0,151	1,000	1,000	0,625

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/04		Verwaltungsgerichtshof:							
1/04000	42	Personalausgaben		116,770			116,770	109,911	112,471
1/04003	42	Anlagen				4,984	4,984	2,067	0,823
1/04005	42	Bezugsvorschüsse				0,291	0,291	0,291	0,060
	23					0,080	0,080	0,080	
	42					0,211	0,211	0,211	0,060
1/04007	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,932		1,932	2,000	1,533
	42				1,920		1,920	1,988	1,532
	42				0,012		0,012	0,012	0,001
1/04008	42	Aufwendungen			13,785		13,785	11,642	11,317
		Gesamtausgaben 04...		116,770	15,717	5,275	137,762	125,911	126,204

Anlage I BUNDES VORANSCHLAG 1998

19

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1998	Bundesvoranschlag 1997	Erfolg 1996
2/04		Verwaltungsgerichtshof:						
2/04004	42	Erfolgswirksame Einnahmen		4,697	4,697	4,697	5,089
2/04008	42	Sonstige bestandswirksame Einnahmen	0,003	0,003	0,003
2/04009	23	Bezugsvorschußersätze	0,300	0,300	0,300	0,243
	42	0,025	0,025	0,025	0,021
		0,275	0,275	0,275	0,222
		Gesamteinnahmen 04...		4,697	0,303	5,000	5,000	5,332

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
		Bezeichnung	Anm.	pers.	sachl.				
1/05		Volksanwaltschaft:							
1/05000	42	Personalausgaben		28,929			28,929	23,516	24,307
1/05003	42	Anlagen				0,910	0,910	0,910	0,113
1/05005	42	Bezugsvorschüsse				0,200	0,200	0,200	0,134
	23					0,100	0,100	0,100	0,030
	42					0,100	0,100	0,100	0,104
1/05007	42	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			14,560		14,560	14,000	14,418
	22				0,246		0,246	0,275	0,229
	42				14,314		14,314	13,725	14,189
1/05008	42	Aufwendungen			7,890		7,890	5,890	5,702
		Gesamtausgaben 05...		28,929	22,450	1,110	52,489	44,516	44,673

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

21

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	E I N N A H M E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundесvor- anschlag 1998	Bundесvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
2/05		Volksanwaltschaft:						
2/05004	42	Erfolgswirksame Einnahmen		1,727	1,727	1,727	1,599
2/05008	42	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			0,003	0,003	0,003
2/05009		Bezugsvorschußsätze			0,080	0,080	0,080	0,119
	23				0,020	0,020	0,020	0,027
	42				0,060	0,060	0,060	0,091
		Gesamteinnahmen 05...		1,727	0,083	1,810	1,810	1,718

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/06		Rechnungshof:							
1/06000	43	Personalausgaben		227,734			227,734	227,734	208,781
1/06003	43	Anlagen				6,251	6,251	3,059	5,504
1/06005	43	Bezugsvorschüsse				0,850	0,850	0,850	0,630
	23					0,500	0,500	0,500	0,368
	43					0,350	0,350	0,350	0,262
1/06007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			10,168		10,168	10,168	9,554
	22				3,616		3,616	3,780	3,188
	43				6,552		6,552	6,388	6,366
1/06008	43	Aufwendungen	*		53,944		53,944	45,923	37,754
		Gesamtausgaben 06...		227,734	64,112	7,101	298,947	287,734	262,224

Anmerkungen:

1/06008 Hievon 1998 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/06000.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

23

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	ANM.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
E I N N A H M E N								
2/06		Rechnungshof:						
2/06000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,001	0,001	0,001
2/06004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		1,238	1,238	1,238	1,224
2/06008	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen	0,040	0,040	0,040	0,001
2/06009	23	Bezugsvorschußersatz	0,721	0,721	0,721	0,655
	43	0,311	0,311	0,311	0,361
		0,410	0,410	0,410	0,295
		Gesamteinnahmen 06...		1,239	0,761	2,000	2,000	1,881

Anmerkungen:

2/06000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/06008 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/10		Bundeskanzleramt mit Dienststellen:							
1/100		Bundeskanzleramt:							
1/1000		Zentraleitung:							
1/10000	43	Personalausgaben		460,046			460,046	429,496	377,530
1/10003	43	Anlagen				66,031	66,031	73,225	58,527
1/10005		Bezugsvorschüsse				5,373	5,373	5,373	3,146
	23					2,402	2,402	2,402	0,984
	43					2,971	2,971	2,971	2,162
1/10006		Förderungen	*		68,022		68,022	64,167	60,180
	12				0,660		0,660	0,660	1,099
	38				0,096		0,096	0,096	0,086
	43				67,266		67,266	63,411	58,995
1/10007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			268,876		268,876	258,274	269,288
	21				0,202		0,202	0,001	0,116
	22				7,673		7,673	7,535	5,877
	43				261,001		261,001	250,738	263,295
1/10008		Aufwendungen	*		574,783		574,783	551,552	494,473
	21				0,200		0,200	0,140	0,197
	43				574,583		574,583	551,412	494,277
		Summe 1000. ...		460,046	911,681	71,404	1.443,131	1.382,087	1.263,144
1/1001		Verwaltungsakademie:							
1/10010	11	Personalausgaben		27,121			27,121	25,887	24,720
1/10013	11	Anlagen				4,006	4,006	2,789	3,190
1/10016	11	Förderungen			3,500		3,500	1,363	1,305
1/10017		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,659		0,659	0,659	0,395
	11				0,349		0,349	0,349	0,105
	22				0,310		0,310	0,310	0,289
1/10018	11	Aufwendungen			50,388		50,388	50,388	37,418
		Summe 1001. ...		27,121	54,547	4,006	85,674	81,086	67,026
1/1002		Konsumentenschutz:							
1/10026	43	Förderungen			3,016		3,016	3,016	
1/10027	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,050		0,050	0,050	
1/10028	43	Aufwendungen			33,033		33,033	31,892	
		Summe 1002. ...			36,099		36,099	34,958	
1/10038	43	Bundesgesetzblatt	*		25,874		25,874	25,874	25,263
1/1004		Regional- und strukturpolitische Maßnahmen:							
1/10046	36	Förderungen			14,901		14,901	15,418	14,213
1/10048	36	Aufwendungen			0,059		0,059	0,055	446,822
		Summe 1004. ...			14,960		14,960	15,473	461,036
1/1005		Mittel d. Innovations-u. Technologiefonds (ITF) (zweckgeb. Geb):							
1/10058	43	Aufwendungen	*		399,043		399,043	417,232	559,255
1/1006		Zusammenarbeit mit ZOR und NUS:							
1/10066		Förderungen			143,100		143,100	143,095	310,349
	38				93,000		93,000	92,935	95,737
	43				50,100		50,100	50,160	214,612
1/10068	43	Aufwendungen			1,000		1,000	1,000	0,810
		Summe 1006. ...			144,100		144,100	144,095	311,159
1/10078	43	Zahlungen an die BIG			5,271		5,271	2,142	0,301

Anmerkungen:

1/10006 Hievon 1998 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/10000.

1/10008 Hievon 1998 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/10000.

1/10038 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/1000 mitveranschlagt.

1/10058 Hievon 1998 250,000 Millionen Schilling Überweisung an den VA-Ansatz 2/14150 und je 74,021 Millionen Schilling an die VA-Ansätze 2/63170 und 2/65270.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

25

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	E I N N A H M E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
2/10		Bundeskanzleramt mit Dienststellen:						
2/100		Bundeskanzleramt:						
2/1000		Zentralleitung:						
2/10000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,002		0,002	0,002	0,912
2/10004		Erfolgswirksame Einnahmen		72,828		72,828	31,308	51,262
	21			0,001		0,001	0,001	0,000
	43			72,827		72,827	31,306	29,262
	38						0,001	22,000
2/10008	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			0,463	0,463	0,153	0,459
2/10009		Bezugsvorschußsätze			4,120	4,120	4,235	2,721
	23				0,983	0,983	1,133	0,642
	43				3,137	3,137	3,102	2,079
		Summe 1000...		72,830	4,583	77,413	35,698	55,354
2/1001		Verwaltungsakademie:						
2/10014		Erfolgswirksame Einnahmen						
	11			0,684		0,684	0,743	0,474
	43			0,683		0,683	0,742	0,474
				0,001		0,001	0,001	
2/10015	11	EU-Förderprogramm		0,001		0,001	0,001	
2/10018	11	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			0,002	0,002	0,002	
		Summe 1001...		0,685	0,002	0,687	0,746	0,474
2/1002		Konsumentenschutz:						
2/10024	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
2/10034	43	Bundesgesetzblatt		25,874		25,874	25,874	38,294
2/1004		Regional- und strukturpolitische Maßnahmen:						
2/10044	36	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002	0,002	
2/1005		Mittel d. Innovations-u. Technologiefonds (ITF) (zweckgeb. Geb):						
2/10050	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	399,043		399,043	417,232	559,255
2/1006		Zusammenarbeit mit ZOR und NUS:						
2/10064	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002	0,002	0,125

Anmerkungen:

2/10000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/10006 und 1/10008 mitveranschlagt.

2/10050 Überweisung vom VA-Ansatz 1/51108.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/1008		Unabhängiger Bundesasylsenat (UBAS):							
1/10080	42	Personalausgaben		47,000			47,000		
1/10083	42	Anlagen				0,550	0,550		
1/10087		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,700		0,700		
	22				0,697		0,697		
	42				0,003		0,003		
1/10088	42	Aufwendungen			21,750		21,750		
		Summe 1008...		47,000	22,450	0,550	70,000		
1/1009		EU Ratspräsidentschaft:							
1/10098	43	Aufwendungen			44,862		44,862		
		Summe 100...		534,167	1.658,887	75,960	2.269,014	2.102,947	2.687,185
1/101		Staatsarchiv und Archivamt:							
1/10100	12	Personalausgaben		58,031			58,031	55,451	54,901
1/10103	12	Anlagen	*			3,082	3,082	4,770	2,236
1/10106	12	Förderungen			0,093		0,093	0,093	0,052
1/10107		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,073		1,073	1,073	0,893
	12				0,024		0,024	0,024	0,006
	22				1,049		1,049	1,049	0,887
1/10108	12	Aufwendungen	*		21,500		21,500	21,499	15,066
		Summe 101...		58,031	22,666	3,082	83,779	82,886	73,148
1/102		Statistisches Zentralamt:							
1/10200	43	Personalausgaben		455,347			455,347	448,108	450,934
1/10203	43	Anlagen				22,110	22,110	26,273	16,317
1/10207		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			6,302		6,302	6,457	5,805
	22				6,149		6,149	6,100	5,719
	43				0,153		0,153	0,357	0,085
1/10208	43	Aufwendungen			165,377		165,377	165,509	143,623
		Summe 102...		455,347	171,679	22,110	649,136	646,347	616,679
1/103		Österreichische Staatsdruckerei:							
1/1031		Amt der Österreichischen Staatsdruckerei:							
1/10310	43	Personalausgaben		20,765			20,765	20,538	21,571
1/10318	43	Aufwendungen			0,077		0,077	0,077	0,055
		Summe 1031...		20,765	0,077		20,842	20,615	21,626
1/1030		Amt der Wiener Zeitung:							
1/10300	43	Personalausgaben							19,795
1/10308	43	Aufwendungen							0,843
		Summe 1030...							20,639
		Summe 103...		20,765	0,077		20,842	20,615	42,265

Anmerkungen:

1/10103 Hievon 1998 0,002 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51248.

1/10108 Hievon 1998 0,001 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51248.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

27

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
2/1008		Unabhängiger Bundesasylsenat (UBAS):							
2/10084	42	Erfolgswirksame Einnahmen			0,003		0,003		
2/10088	42	Bestandswirksame Einnahmen				0,001	0,001		
		Summe 1008...			0,003	0,001	0,004		
2/1009		EU Ratspräsidentschaft:							
2/10094	43	Erfolgswirksame Einnahmen			0,001		0,001		
		Summe 100...			498,441	4,586	503,027	479,555	653,501
2/101		Staatsarchiv und Archivamt:							
2/10104	12	Erfolgswirksame Einnahmen			1,179		1,179	0,924	1,087
	43				1,178		1,178	0,923	1,087
					0,001		0,001	0,001	
2/10107	12	Bestandswirksame Einnahmen				0,002	0,002	0,002	
2/10100	43	Zweckgeb. erfolgswirksame Einnahmen							3,644
		Summe 101...			1,179	0,002	1,181	0,926	4,731
2/102		Statistisches Zentralamt:							
2/10204	43	Erfolgswirksame Einnahmen			29,691		29,691	29,545	24,935
2/10205	43	EU-Statistiken			0,001		0,001	0,001	3,351
2/10207	43	Bestandswirksame Einnahmen				0,004	0,004	0,004	0,007
		Summe 102...			29,692	0,004	29,696	29,550	28,293
2/103		Österreichische Staatsdruckerei:							
2/1031		Amt der Österreichischen Staatsdruckerei:							
2/10314	43	Erfolgswirksame Einnahmen			20,842		20,842	20,615	21,235
2/1030		Amt der Wiener Zeitung:							
2/10304	43	Erfolgswirksame Einnahmen							20,221
		Summe 103...			20,842		20,842	20,615	41,457

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/104		Presse- und Parteienförderung:							
1/1042		Staatsbürgerliche Bildungsarbeit der politischen Parteien:							
1/10424	43	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ...			123,768		123,768	123,587	123,462
1/1043		Zuwendungen an politische Parteien:							
1/10434	43	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ...			201,718		201,718	201,718	328,189
1/1044		Publizistikförderung:							
1/10446	38	Förderungen			7,097		7,097	7,097	7,007
1/1045		Presseförderung (Allgemeine Förderung):							
1/10456	38	Förderungen			100,833		100,833	100,833	100,833
1/1046		Presseförderung (Besondere Förderung):							
1/10466	38	Förderungen			165,000		165,000	165,000	165,000
1/1047		Presseförderung - Journalistenausbildung:							
1/10476	38	Förderungen			9,167		9,167	9,167	9,167
		Summe 104...			607,583		607,583	607,402	733,658
1/105		Volksgruppenförderung:							
1/10506	43	Förderungen			52,720		52,720	52,720	51,895
1/107		Sportangelegenheiten:							
1/1070		Sportförderung:							
1/10704	11	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ...			400,000		400,000	400,000	400,000
1/10705	11	Förderungen (D)				0,500	0,500	0,500	
1/10706	11	Förderungen	*		196,800		196,800	191,800	184,930
1/10708	11	Aufwendungen			13,600		13,600	13,600	11,972
		Summe 1070...			610,400	0,500	610,900	605,900	596,902
1/1075		Bundessportheime und Sporteinrichtungen:							
1/10750	11	Personalausgaben		80,662			80,662	83,896	84,787
1/10753	11	Anlagen				50,350	50,350	58,400	49,668
1/10757	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ...			3,382		3,382	2,104	2,938
1/10758	11	Aufwendungen			66,942		66,942	78,077	73,382
		Summe 1075...		80,662	70,324	50,350	201,336	222,477	210,774
		Summe 107...		80,662	680,724	50,850	812,236	828,377	807,676
1/108		Strahlensch., Veterinärw., Lebensmittelang. u. Gentechnologie:							
1/1081		Strahlenschutz:							
1/10813	21	Anlagen				6,000	6,000	6,000	
1/10816	21	Förderungen			0,166		0,166	0,166	
1/10817	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ...			0,700		0,700	0,700	
1/10818	21	Aufwendungen			109,782		109,782	102,364	
		Summe 1081...			110,648	6,000	116,648	109,230	
1/1082		Veterinärwesen:							
1/10826	21	Förderungen			0,570		0,570	0,570	
	34				0,380		0,380	0,380	
	34				0,190		0,190	0,190	
1/10827	34	Epizootie			59,050		59,050	57,183	
1/10828	34	Aufwendungen			2,820		2,820	2,820	
		Summe 1082...			62,440		62,440	60,573	

Anmerkungen:

1/10706 Hievon 1998 0,010 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/10700.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

29

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	Ann.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1998	Bundesvoranschlag 1997	Erfolg 1996
2/104		Presse- und Parteienförderung:						
2/1042		Staatsbürgerliche Bildungsarbeit der politischen Parteien:						
2/10424	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
2/1043		Zuwendungen an politische Parteien:						
2/10434	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
2/1044		Publizistikförderung:						
2/10444	38	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
2/1045		Presseförderung (Allgemeine Förderung):						
2/10454	38	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
2/1046		Presseförderung (Besondere Förderung):						
2/10464	38	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
2/1047		Presseförderung - Journalistenausbildung:						
2/10474	38	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
		Summe 104...		0,006		0,006	0,006	
2/105		Volksgruppenförderung:						
2/10504	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
2/107		Sportangelegenheiten:						
2/1070		Sportförderung:						
2/10700	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,010		0,010	0,100	0,040
2/10704	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,800		0,800	0,800	0,732
2/10709	11	Darlehensrückzahlungen			0,425	0,425	0,595	0,910
		Summe 1070...		0,810	0,425	1,235	1,495	1,682
2/1075		Bundessportheime und Sporteinrichtungen:						
2/10754	11	Erfolgswirksame Einnahmen		71,085		71,085	84,746	91,336
2/10757	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,004	0,004	0,090	0,030
		Summe 1075...		71,085	0,004	71,089	84,836	91,367
		Summe 107...		71,895	0,429	72,324	86,331	93,049
2/108		Strahlensch., Veterinärw., Lebensmittelang. u. Gentechnologie:						
2/10824	34	Epizootie		3,000		3,000	2,954	

Anmerkungen:

2/10700 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/10706 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/1083		Lebensmittel, Chemikalien:							
1/10836	21	Förderungen			0,206		0,206	0,206	
1/10837	21	Entschädigungen			0,300		0,300	0,274	
1/10838	21	Lebensmittel- und Chemikalienkontrolle ...			4,817		4,817	4,777	
		Summe 1083...			5,323		5,323	5,257	
1/1084		Gentechnologie:							
1/10846	21	Förderungen			0,350		0,350	0,350	
1/10848	21	Aufwendungen			4,433		4,433	4,430	
		Summe 1084...			4,783		4,783	4,780	
		Summe 108...			183,194	6,000	189,194	179,840	
1/109		Dienststellen:							
1/1090		Lebensmitteluntersuchungsanstalten:							
1/10900	21	Personalausgaben		108,811			108,811	87,840	
1/10903	21	Anlagen				16,056	16,056	16,054	
1/10907	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,046		0,046	0,045	
1/10908	21	Aufwendungen			51,315		51,315	49,015	
		Summe 1090...		108,811	51,361	16,056	176,228	152,954	
1/1091		Veterinärmedizinische Anstalten:							
1/10910	34	Personalausgaben		91,393			91,393	74,212	
1/10913	34	Anlagen				14,082	14,082	7,082	
1/10917	34	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,030		0,030	0,020	
1/10918	34	Aufwendungen			51,269		51,269	47,239	
		Summe 1091...		91,393	51,299	14,082	156,774	128,553	
1/1092		Veterinärmedizinischer Grenzbeschaudienst:							
1/10920	34	Personalausgaben		16,457			16,457	11,389	
1/10923	34	Anlagen				2,448	2,448	2,448	
1/10927	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,350		0,350	0,305	
1/10928	34	Aufwendungen			14,465		14,465	10,117	
		Summe 1092...		16,457	14,815	2,448	33,720	24,259	
		Summe 109...		216,661	117,475	32,586	366,722	305,766	
		Gesamtausgaben 10...		1.365,633	3.495,005	190,588	5.051,226	4.826,900	5.012,506

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

31

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1998	Bundesvoranschlag 1997	Erfolg 1996
2/1084		Verschiedene Einnahmen:						
2/10844		Erfolgswirksame Einnahmen		4,016		4,016	3,167	
	21			4,008		4,008	3,159	
	34			0,008		0,008	0,008	
2/10847		Bestandswirksame Einnahmen			0,006	0,006	0,006	
	21				0,005	0,005	0,005	
	34				0,001	0,001	0,001	
		Summe 1084...		4,016	0,006	4,022	3,173	
		Summe 108...		7,016	0,006	7,022	6,127	
2/109		Dienststellen:						
2/1090		Lebensmitteluntersuchungsanstalten:						
2/10904	21	Erfolgswirksame Einnahmen		32,500		32,500	30,746	
2/10907	21	Bestandswirksame Einnahmen			0,047	0,047	0,047	
		Summe 1090...		32,500	0,047	32,547	30,793	
2/1091		Veterinärmedizinische Anstalten:						
2/10914	34	Erfolgswirksame Einnahmen		66,920		66,920	63,056	
2/10917	34	Bestandswirksame Einnahmen			0,031	0,031	0,031	
		Summe 1091...		66,920	0,031	66,951	63,087	
2/1092		Veterinärmedizinischer Grenzbeschaudienst:						
2/10924	34	Erfolgswirksame Einnahmen		35,005		35,005	27,395	
2/10927	34	Bestandswirksame Einnahmen			0,003	0,003	0,003	
		Summe 1092...		35,005	0,003	35,008	27,398	
		Summe 109...		134,425	0,081	134,506	121,278	
		Gesamteinnahmen 10...		763,497	5,108	768,605	744,389	821,031

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/11		Inneres:							
1/110		Bundesministerium für Inneres:							
1/1100		Zentralleitung:							
1/11000	43	Personalausgaben		876,500			876,500	776,893	804,960
1/11003	43	Anlagen				394,798	394,798	415,544	350,957
1/11005		Bezugsvorschüsse				28,600	28,600	28,600	24,743
	23					12,200	12,200	12,200	12,286
	43					16,400	16,400	16,400	12,456
1/11006		Förderungen			4,201	4,201	4,201	4,701	4,665
	11				0,002	0,002	0,002	0,002	0,440
	21				0,001	0,001	0,001	0,001	0,020
	22				0,001	0,001	0,001	0,001	0,030
	43				4,197	4,197	4,197	4,697	4,175
1/11007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ...			108,500	108,500	108,500	114,950	105,081
	22				13,500	13,500	13,500	13,950	13,496
	43				95,000	95,000	95,000	101,000	91,584
1/11008	43	Aufwendungen	*		569,550	569,550	569,550	500,354	483,463
1/11009	43	Aufwendungen (B)				0,002	0,002	0,002	0,207
		Summe 1100...		876,500	682,251	423,400	1.982,151	1.841,044	1.774,074
1/1101		Zahlungen an die BIG:							
1/11018		Aufwendungen			160,105	160,105	160,105	97,190	87,729
	42				159,605	159,605	159,605	97,186	87,729
	43				0,500	0,500	0,500	0,004	
		Summe 110...		876,500	842,356	423,400	2.142,256	1.938,234	1.861,802

Anmerkungen:

1/11008 Hievon 1998 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11000.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

33

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
2/11		Inneres:						
2/110		Bundesministerium für Inneres:						
2/1100		Zentraleitung:						
2/11000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,847	0,847	0,847	0,963
2/11004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		11,108	11,108	16,898	5,909
2/11007	43	Bestandswirksame Einnahmen	0,002	0,002	0,002
2/11008	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen	0,500	0,500	0,500	0,350
2/11009	23	Bezugsvorschußsätze	32,790	32,790	38,200	26,659
	43	12,790	12,790	14,920	12,109
		20,000	20,000	23,280	14,550
		Summe 110...		11,955	33,292	45,247	56,447	33,881

Anmerkungen:

2/11000 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/11008 (0,001 Millionen Schilling),
1/11308 (0,500 Millionen Schilling) und 1/11408 (0,346 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
		Bezeichnung	Anm.	pers.	sachl.				
1/111		Bundesministerium für Inneres (Zweckaufwand):	*						
1/1110		Flugpolizei und Flugrettungsdienst:							
1/11103	43	Anlagen	*			55,220	55,220	33,979	48,626
1/11108	43	Aufwendungen	*		70,716		70,716	41,953	45,590
		Summe 1110...			70,716	55,220	125,936	75,932	94,216
1/1111		Zivilschutz:							
1/11113	41	Anlagen				2,000	2,000	1,800	0,600
1/11116	41	Förderungen			14,280		14,280	14,280	14,000
1/11118	41	Aufwendungen			9,220		9,220	9,420	12,000
		Summe 1111...			23,500	2,000	25,500	25,500	26,600
1/1112		Zivilschutz (Mittel d. Katastrophenfonds) (zweckgeb. Gebarung):	*						
1/11123	41	Anlagen				1,400	1,400	1,400	0,233
1/11126	41	Förderungen			0,001		0,001	0,001	
1/11128	41	Aufwendungen			48,599		48,599	48,599	49,749
		Summe 1112...			48,600	1,400	50,000	50,000	49,982
1/1113		Opferschutzeinrichtungen:							
1/11136	22	Förderungen			0,001		0,001		
1/1116		Auslandseinsätze gemäß BGBl. I Nr. 38/1997: Auslandseinsätze gemäß BGBl. Nr. 173/1965							
1/11163	43	Anlagen				0,019	0,019	0,020	0,017
1/11168	43	Aufwendungen			20,161		20,161	14,160	12,229
		Summe 1116...			20,161	0,019	20,180	14,180	12,246
1/1117		Zivildienst:							
1/11173	43	Anlagen				0,020	0,020	0,020	
1/11177		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			495,500		495,500	494,382	467,231
	21				153,000		153,000	143,600	135,700
	22				147,700		147,700	149,800	148,545
	43				194,800		194,800	200,982	182,986
1/11178	43	Aufwendungen			436,418		436,418	452,036	408,930
		Summe 1117...			931,918	0,020	931,938	946,438	876,160
1/1118		Einrichtungen zur Verkehrsüberwachung:	*						
1/11183	42	Anlagen (zweckgeb. Geb.)				40,000	40,000	40,000	12,128
1/11188	42	Aufwendungen (zweckgeb. Geb.)			30,000		30,000	30,000	32,997
		Summe 1118...			30,000	40,000	70,000	70,000	45,124
1/1119		Angelegenheiten gem. Anlage zu §2, Teil 2, Abschn. F, Z13. BMG: Angelegenheiten gem. Anlage zu §2, Teil 2, Abschn. G, Z12. BMG							
1/11198	43	Aufwendungen			300,000		300,000	300,000	105,760
		Summe 111...			1.424,896	98,659	1.523,555	1.482,050	1.210,088

Anmerkungen:

1/1111 Verwaltungsaufwendungen beim Titel 1/110 mitveranschlagt.

1/11103 Hievon 1998 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11130.

1/11108 Hievon 1998 6,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11130.

1/1112 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11120 veranschlagt.

1/1118 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11130 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

35

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	ANM.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1998	Bundesvoranschlag 1997	Erfolg 1996
2/111		Bundesministerium für Inneres (Zweckaufwand):						
2/1110		Flugpolizei und Flugrettungsdienst:						
2/11104	43	Erfolgswirksame Einnahmen		36,474		36,474	42,386	51,018
2/11107	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,011	0,011	15,000	
		Summe 1110...		36,474	0,011	36,485	57,386	51,018
2/1111		Zivilschutz:						
2/11114	41	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002	0,001	0,486
2/11117	41	Bestandswirksame Einnahmen			0,002	0,002	0,002	
		Summe 1111...		0,002	0,002	0,004	0,003	0,486
2/1112		Zivilschutz (Mittel d. Katastrophenfonds) (zweckgeb. Gebarung):						
2/11120	41	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	50,000		50,000	50,000	50,000
2/1113		Strafgelder gemäß § 100 Abs. 10 StVO:						
2/11130	42	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	370,000		370,000	350,000	359,090
2/1116		Auslandseinsätze gemäß BGBl. I Nr. 38/1997: Auslandseinsätze gemäß BGBl. Nr. 173/1965						
2/11164	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,700		0,700	0,700	0,223
2/1117		Zivildienst:						
2/11174	43	Erfolgswirksame Einnahmen		200,290		200,290	225,101	188,270
2/11177	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,010	0,010	0,010	
		Summe 1117...		200,290	0,010	200,300	225,111	188,270
2/1118		Einrichtungen zur Verkehrsüberwachung:						
2/11184	42	Erfolgswirksame Einnahmen		0,800		0,800	0,800	0,558
2/11187	42	Bestandswirksame Einnahmen			0,500	0,500	0,500	0,048
		Summe 1118...		0,800	0,500	1,300	1,300	0,606
2/1119		Angelegenheiten gem. Anlage zu §2, Teil 2, Abschn. F. Z13. BMG: Angelegenheiten gem. Anlage zu §2, Teil 2, Abschn. G. Z12. BMG						
2/11194	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	0,008
		Summe 111...		658,267	0,523	658,790	684,501	649,702

Anmerkungen:

2/11120 Korrespondierende Ausgaben beim Paragraph 1/1112 veranschlagt.

2/11130 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/11103 (0,001 Millionen Schilling), 1/11108 (6,000 Millionen Schilling), 1/11183 (40,000 Millionen Schilling) und 1/11188 (30,000 Millionen Schilling) sowie bei den Paragraphen 1/1131 (99,755 Millionen Schilling) und 1/1141 (194,244 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/112		Bundesministerium für Inneres (Sonstiger Zweckaufwand):	*						
1/1121		Einrichtungen für die Kriegsgräberfürsorge:							
1/11213	43	Anlagen				0,001	0,001	0,001
1/11218	43	Aufwendungen			6,426		6,426	6,426	6,345
		Summe 1121...			6,426	0,001	6,427	6,427	6,345
1/1122		Fremdenwesen:							
1/11228	43	Aufwendungen			11,650		11,650	9,650	10,450
		Summe 112...			18,076	0,001	18,077	16,077	16,795
1/113		Bundespolizei:							
1/1130		Bundespolizei:							
1/11300	42	Personalausgaben		6.835,500			6.835,500	6.681,370	6.654,661
1/11303	42	Anlagen	*			237,701	237,701	220,638	200,908
1/11307	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			163,500		163,500	167,000	159,454
	42			160,402		160,402	163,501	156,942
	42			3,098		3,098	3,499	2,512
1/11308	42	Aufwendungen	*		1.449,752		1.449,752	1.329,716	1.335,216
		Summe 1130...		6.835,500	1.613,252	237,701	8.686,453	8.398,724	8.350,240
1/1131		Bundespolizei (zweckgeb. Gebarung):	*						
1/11310	42	Personalausgaben		80,597			80,597	76,628	89,653
1/11313	42	Anlagen				8,153	8,153	9,068	8,375
1/11317	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,500		0,500	0,800	0,066
1/11318	42	Aufwendungen			10,505		10,505	9,290	4,267
		Summe 1131...		80,597	11,005	8,153	99,755	95,786	102,361
		Summe 113...		6.916,097	1.624,257	245,854	8.786,208	8.494,510	8.452,601
1/114		Bundesgendarmerie:							
1/1140		Bundesgendarmerie:							
1/11400	42	Personalausgaben		7.431,750			7.431,750	6.523,021	6.704,095
1/11403	42	Anlagen				355,441	355,441	298,341	211,327
1/11407	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			188,000		188,000	188,000	183,473
	42			185,100		185,100	184,970	181,118
	42			2,900		2,900	3,030	2,354
1/11408	42	Aufwendungen	*		1.494,554		1.494,554	1.390,754	1.398,304
		Summe 1140...		7.431,750	1.682,554	355,441	9.469,745	8.400,116	8.497,199
1/1141		Bundesgendarmerie (zweckgeb. Gebarung):	*						
1/11410	42	Personalausgaben		147,200			147,200	137,166	175,789
1/11413	42	Anlagen				19,124	19,124	18,112	17,900
1/11417	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			2,820		2,820	2,820	2,451
1/11418	42	Aufwendungen			25,100		25,100	26,112	15,923
		Summe 1141...		147,200	27,920	19,124	194,244	184,210	212,062
		Summe 114...		7.578,950	1.710,474	374,565	9.663,989	8.584,326	8.709,261

Anmerkungen:

- 1/112 Die Verwaltungs-Aufwendungen werden im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung von den Bundesländern getragen.
1/11303 Hievon 1998 0,011 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11300.
1/11308 Hievon 1998 0,500 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11000 und 0,989 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11300.
1/1131 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11130 mitveranschlagt.
1/11408 Hievon 1998 0,346 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11000.
1/1141 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11130 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

37

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
2/112		Bundesministerium für Inneres (Sonstiger Zweckaufwand):						
2/1121 2/11214	43	Einrichtungen für die Kriegsgräberfürsorge: Erfolgswirksame Einnahmen		0,002	0,002	0,002
2/1122 2/11224	43	Fremdenwesen: Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	0,001	0,001
		Summe 112...		0,003	0,003	0,003
2/113		Bundespolizei:						
2/1130 2/11300	42	Bundespolizei: Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	1,000	1,000	1,000	0,808
2/11304	42	Erfolgswirksame Einnahmen		493,340	493,340	489,870	437,427
2/11307	42	Bestandswirksame Einnahmen	5,170	5,170	5,130	4,360
		Summe 113...		494,340	5,170	499,510	496,000	442,595
2/114		Bundesgendarmerie:						
2/1140 2/11404	42	Bundesgendarmerie: Erfolgswirksame Einnahmen		78,150	78,150	80,000	62,698
2/11407	42	Bestandswirksame Einnahmen	13,400	13,400	11,400	14,485
		Summe 114...		78,150	13,400	91,550	91,400	77,183

Anmerkungen:

2/11300 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/11303 (0,011 Millionen Schilling) und 1/11308 (0,989 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/115		Besondere Einrichtungen:							
1/1150		Flüchtlingsbetreuung und Integration:							
1/11500	22	Personalausgaben		50,130			50,130	47,817	48,381
1/11503	22	Anlagen				3,000	3,000	4,000	3,739
1/11506	22	Förderungen			138,500		138,500	138,553	375,068
1/11507	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			14,500		14,500	14,200	14,620
1/11508	22	Aufwendungen			197,056		197,056	196,303	304,518
	43				191,056		191,056	191,083	298,711
					6,000		6,000	5,220	5,807
		Summe 1150...		50,130	350,056	3,000	403,186	400,873	746,327
1/1151		Öffentl. Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen:							
1/11510	13	Personalausgaben		3,613			3,613	3,567	3,392
1/11513	13	Anlagen				0,100	0,100	0,150	0,244
1/11516	13	Förderungen			0,048		0,048	0,048	
1/11517	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,050		0,050	0,050	0,019
1/11518	13	Aufwendungen			10,500		10,500	7,500	7,000
		Summe 1151...		3,613	10,598	0,100	14,311	11,315	10,654
1/1152		Bundesasylamt:							
1/11520	22	Personalausgaben		40,710			40,710	21,494	22,806
1/11523	22	Anlagen				0,680	0,680	0,081	0,065
1/11527	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,800		0,800	0,470	0,469
1/11528	22	Aufwendungen			29,097		29,097	18,526	20,586
		Summe 1152...		40,710	29,897	0,680	71,287	40,571	43,927
		Summe 115...		94,453	390,551	3,780	488,784	452,759	800,908
		Gesamtausgaben 11...		15.466,000	6.010,610	1.146,259	22.622,869	20.967,956	21.051,455

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

39

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1998	Bundesvoranschlag 1997	Erfolg 1996
2/115		Besondere Einrichtungen:						
2/1150		Flüchtlingsbetreuung und Integration:						
2/11504	22	Erfolgswirksame Einnahmen		5,200		5,200	17,488	15,543
2/11508	22	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			0,010	0,010	0,010	1,108
		Summe 1150...		5,200	0,010	5,210	17,498	16,651
2/1151		Öffentl. Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen:						
2/11514	13	Erfolgswirksame Einnahmen		2,500		2,500	2,500	2,343
2/11518	13	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			0,002	0,002	0,002	
		Summe 1151...		2,500	0,002	2,502	2,502	2,343
2/1152		Bundesasylamt:						
2/11524	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,159		0,159	0,150	0,079
2/11528	22	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			0,001	0,001		
		Summe 1152...		0,159	0,001	0,160	0,150	0,079
		Summe 115...		7,859	0,013	7,872	20,150	19,073
		Gesamteinnahmen 11...		1.250,574	52,398	1.302,972	1.348,501	1.222,434

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996	
				pers.	sachl.					
1/12		Unterricht und kulturelle Angelegenheiten:								
1/120		Bundesministerium f. Unterricht u. kulturelle Angelegenh.:								
1/12000	43	Personalausgaben		362,863			362,863	345,209	352,685	
1/12003		Anlagen	*			67,896	67,896	81,633	72,987	
	11					43,336	43,336	58,472	55,371	
	13					0,020	0,020	0,020		
	43					24,540	24,540	23,141	17,616	
1/12005		Bezugsvorschüsse				50,445	50,445	50,307	38,305	
	23					14,000	14,000	14,000	9,582	
	43					36,445	36,445	36,307	28,722	
1/12006		Förderungen			131,881		131,881	131,881	150,601	
	11				0,001		0,001	0,001		
	13				3,729		3,729	3,729	4,277	
	43				128,151		128,151	128,151	146,324	
1/12007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			600,665		600,665	597,204	595,636	
	11				2,414		2,414	1,507	1,379	
	14				591,466		591,466	587,672	587,670	
	22				4,932		4,932	4,911	4,796	
	43				1,853		1,853	3,114	1,792	
1/12008		Aufwendungen	*		755,260		755,260	635,600	872,467	
	11				482,750		482,750	414,196	664,536	
	13				9,812		9,812	9,435	9,431	
	21				0,001		0,001	0,001		
	43				262,697		262,697	211,968	198,500	
1/1201		Zahlungen an die BIG:								
1/12013	11	Anlagen				0,001	0,001	0,001		
1/12018	11	Aufwendungen			1.808,243		1.808,243	1.413,406	1.231,793	
		Summe 1201...			1.808,243	0,001	1.808,244	1.413,407	1.231,793	
1/1202		BM f. Unterr. u. kult. Angel.-Schulraum (zweckgeb. Gebarung):								
1/12028	11	Aufwendungen			0,001		0,001			
1/1203		Schulen in BIG-Gebäuden (zweckgeb. Gebarung):								
1/12038	11	Aufwendungen			0,001		0,001			
		Summe 120...			362,863	3.296,051	118,342	3.777,256	3.255,241	3.314,473
1/122		Bundesministerium; Zweckaufwand:	*							
1/1220		Allgemein-pädagogische Erfordernisse:								
1/12203	11	Anlagen				2,024	2,024	2,024	0,451	
1/12206	11	Förderungen			46,248		46,248	46,248	43,433	
1/12207	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			765,000		765,000	731,865	753,854	
1/12208	11	Aufwendungen	*		221,913		221,913	171,801	187,351	
		Summe 1220...			1.033,161	2,024	1.035,185	951,938	985,089	

Anmerkungen:

1/12003 Hievon 1998 0,003 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54602.

1/12008 Hievon 1998 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/12000.

1/122 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/120 mitveranschlagt.

1/12208 Hievon 1998 0,737 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/12200.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

41

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1998	Bundesvoranschlag 1997	Erfolg 1996
2/12		Unterricht und kulturelle Angelegenheiten:						
2/120		Bundesministerium f. Unterricht u. kulturelle Angelegenh.:						
2/12000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,001		0,001	0,001	
2/12004	11	Erfolgswirksame Einnahmen		14,101		14,101	12,191	13,391
	11			6,400		6,400	6,400	4,233
	13			0,004		0,004	0,004	
	43			7,697		7,697	5,787	9,158
2/12007	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,014	0,014	0,005	165,032
	13				0,001	0,001	0,001	
	43				0,013	0,013	0,004	0,032
	11							165,000
2/12009	23	Bezugsvorschüßersätze			46,000	46,000	46,000	41,426
	43				9,000	9,000	9,000	8,967
	43				37,000	37,000	37,000	32,458
2/1202		BM f. Unterr. u. kult. Angel.-Schulraum (zweckgeb. Gebarung):						
2/12020	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001		
2/1203		Schulen in BIG-Gebäuden (zweckgeb. Gebarung):						
2/12030	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001		
		Summe 120...		14,104	46,014	60,118	58,197	219,849
2/122		Bundesministerium; Zweckaufwand:						
2/1220		Allgemein-pädagogische Erfordernisse:						
2/12200	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,737		0,737	0,737	5,153
2/12204	11	Erfolgswirksame Einnahmen		1,080		1,080	1,080	0,616
2/12207	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,002	0,002	0,002	
		Summe 1220...		1,817	0,002	1,819	1,819	5,769

Anmerkungen:

2/12000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/12008 mitveranschlagt.

2/12200 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/12208 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
		Bezeichnung	Anm.	pers.	sachl.				
1/1221		Erwachsenenbildung:							
1/12216	11	Förderungen			170,417		170,417	170,417	198,218
1/1225		Allgemeinbildendes Schulwesen:							
1/12256	11	Förderungen			105,441		105,441	109,441	98,666
1/1226		Berufsbildendes Schulwesen:							
1/12266	11	Förderungen			1,500		1,500	1,500	0,100
1/1227		Lehrer- und Erzieherbildung:							
1/12276	11	Förderungen			1,147		1,147	1,147	1,092
1/1228		Bibliothekarische Einrichtungen:							
1/12286	12	Förderungen			0,100		0,100	0,100	0,095
1/1229		Denkmalfonds (zweckgebundene Gebarung):							
1/12296	13	Förderungen			50,120		50,120	0,120	
		Summe 122...			1.361,886	2,024	1.363,910	1.234,663	1.283,260
1/124		Nachgeordnete Dienststellen:							
1/1240		Hofmusikkapelle:							
1/12400	13	Personalausgaben		9,968			9,968	9,352	9,643
1/12403	13	Anlagen				0,750	0,750	0,750	0,731
1/12407	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,001		0,001	0,001	
1/12408	13	Aufwendungen			6,808		6,808	6,546	6,172
		Summe 1240...		9,968	6,809	0,750	17,527	16,649	16,546
1/1241		Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen:							
1/12410	11	Personalausgaben		23,339			23,339	22,525	22,559
1/12413	11	Anlagen				4,154	4,154	1,654	2,094
1/12417	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,120		0,120	0,804	0,111
1/12418	11	Aufwendungen			17,267		17,267	20,221	18,408
		Summe 1241...		23,339	17,387	4,154	44,880	45,204	43,172
1/1242		Sonstige Einrichtungen für Jugenderziehung:							
1/12420	11	Personalausgaben		14,696			14,696	13,682	14,217
1/12423	11	Anlagen				0,281	0,281	0,281	0,254
1/12427	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,660		0,660	0,664	0,641
1/12428	11	Aufwendungen			58,869		58,869	56,605	59,872
		Summe 1242...		14,696	59,529	0,281	74,506	71,232	74,984
1/1243		Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung:							
1/12430	11	Personalausgaben		42,722			42,722	41,282	41,315
1/12433	11	Anlagen				5,500	5,500	3,300	2,974
1/12437	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,000		1,000	1,366	0,887
	11				0,418		0,418	0,834	0,384
	22				0,582		0,582	0,532	0,504
1/12438	11	Aufwendungen			29,712		29,712	30,685	44,171
		Summe 1243...		42,722	30,712	5,500	78,934	76,633	89,347
1/1244		Museen:							
1/12440	13	Personalausgaben		417,952			417,952	391,684	398,429
1/12443	13	Anlagen				212,001	212,001	129,601	134,808
1/12446	13	Förderungen			106,849		106,849	106,849	109,001
1/12447	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			8,600		8,600	9,527	8,270
1/12448	13	Aufwendungen			402,204		402,204	354,846	316,811
		Summe 1244...		417,952	517,653	212,001	1.147,606	992,507	967,319

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

43

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
2/1221		Erwachsenenbildung:						
2/12214	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
2/1229		Denkmalfonds (zweckgebundene Gebarung):						
2/12290	13	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		50,120		50,120	0,120	0,007
		Summe 122...		51,938	0,002	51,940	1,940	5,777
2/124		Nachgeordnete Dienststellen:						
2/1240		Hofmusikkapelle:						
2/12404	13	Erfolgswirksame Einnahmen		5,493		5,493	5,493	4,754
2/12407	13	Bestandswirksame Einnahmen			0,002	0,002	0,002	
		Summe 1240...		5,493	0,002	5,495	5,495	4,754
2/1241		Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen:						
2/12414	11	Erfolgswirksame Einnahmen		23,250		23,250	23,250	22,724
2/12417	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,019	0,019	0,010	0,003
		Summe 1241...		23,250	0,019	23,269	23,260	22,727
2/1242		Sonstige Einrichtungen für Jugendziehung:						
2/12424	11	Erfolgswirksame Einnahmen		53,505		53,505	53,005	59,806
2/12427	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,001	0,001	0,001	
		Summe 1242...		53,505	0,001	53,506	53,006	59,806
2/1243		Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung:						
2/12434	11	Erfolgswirksame Einnahmen		10,465		10,465	10,365	10,282
2/12437	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,019	0,019	0,010	0,013
		Summe 1243...		10,465	0,019	10,484	10,375	10,295
2/1244		Museen:						
2/12444	13	Erfolgswirksame Einnahmen		57,300		57,300	57,300	54,215
2/12447	13	Bestandswirksame Einnahmen			0,031	0,031	0,002	0,018
		Summe 1244...		57,300	0,031	57,331	57,302	54,232

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/1245		Museen (zweckgebundene Gebarung):	*						
1/12450	13	Personalausgaben		2,082			2,082	1,310	2,082
1/12453	13	Anlagen				2,500	2,500	2,500	3,897
1/12456	13	Förderungen	*	5,645			5,645	5,645	6,687
1/12457	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..		0,007			0,007	0,007	0,007
1/12458	13	Aufwendungen		9,033			9,033	9,805	3,911
		Summe 1245...		2,082	14,685	2,500	19,267	19,267	16,584
1/1246		Nationalbibliothek und Phonotheek:							
1/12460	12	Personalausgaben		140,050			140,050	130,496	131,647
1/12463	12	Anlagen				39,702	39,702	39,993	38,094
1/12467	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..		0,100			0,100	0,095	0,097
1/12468	12	Aufwendungen		55,453			55,453	55,982	59,064
		Summe 1246...		140,050	55,553	39,702	235,305	226,566	228,902
1/1247		Bundesdenkmalamt:							
1/12470	13	Personalausgaben		110,477			110,477	92,971	98,022
1/12473	13	Anlagen				3,848	3,848	3,848	3,544
1/12476	13	Förderungen		156,427			156,427	156,427	199,404
1/12477	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..		0,400			0,400	0,420	0,355
1/12478	13	Aufwendungen		56,126			56,126	53,967	49,975
	43	Aufwendungen		55,376			55,376	53,217	49,625
		Aufwendungen		0,750			0,750	0,750	0,350
		Summe 1247...		110,477	212,953	3,848	327,278	307,633	351,300
1/1248		Bundesdenkmalamt (zweckgebundene Gebarung):	*						
1/12483	13	Anlagen				0,201	0,201	0,001	
1/12486	13	Förderungen	*	31,476			31,476	31,476	31,452
1/12488	13	Aufwendungen		0,202			0,202	0,002	
		Summe 1248...			31,678	0,201	31,879	31,479	31,452
1/1249		Nationalbibliothek (zweckgebundene Gebarung): Denkmalfonds (zweckgebundene Gebarung)	*						
1/12490	12	Personalausgaben		0,500			0,500		
1/12493	12	Anlagen				0,291	0,291		
1/12497	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..		0,001			0,001		
1/12498	12	Aufwendungen		2,369			2,369		
		Summe 1249...		0,500	2,370	0,291	3,161		
		Summe 124...		761,786	949,329	269,228	1.980,343	1.787,170	1.819,607

Anmerkungen:

- 1/1245 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/12450 (13,622 Millionen Schilling) und 2/52180 (5,645 Millionen Schilling) veranschlagt.
- 1/12456 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52180.
- 1/1248 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/12480 (23,412 Millionen Schilling) und 2/52180 (8,467 Millionen Schilling) veranschlagt.
- 1/12486 Hievon 1998 8,467 Millionen Schilling beim VA-Ansatz 2/52180 und 23,009 Millionen Schilling beim VA-Ansatz 2/12480 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen.
- 1/1249 Im BVA 1997 bei 1/1246 mitveranschlagt gewesen.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

45

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1998	Bundesvoranschlag 1997	Erfolg 1996
2/1245		Museen (zweckgebundene Gebarung):						
2/12450	13	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		13,622	13,622	13,622	11,898
2/1246		Nationalbibliothek und Phonotheek:						
2/12464	12	Erfolgswirksame Einnahmen		2,763	2,763	2,763	1,960
2/12467	12	Bestandswirksame Einnahmen	0,003	0,003	0,003	0,006
2/12460	12	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	3,161	3,262
		Summe 1246...		2,763	0,003	2,766	5,927	5,228
2/1247		Bundesdenkmalamt:						
2/12474	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,120	0,120	0,120	0,088
2/12477	13	Bestandswirksame Einnahmen	0,039	0,039	0,010
		Summe 1247...		0,120	0,039	0,159	0,130	0,088
2/1248		Bundesdenkmalamt (zweckgebundene Gebarung):						
2/12480	13	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		23,412	23,412	23,012	25,300
2/1249		Nationalbibliothek (zweckgebundene Gebarung):	*					
2/12490	12	Denkmalfonds (zweckgebundene Gebarung) Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		3,161	3,161
		Summe 124...		193,091	0,114	193,205	192,129	194,328

Anmerkungen:

2/1249 Im BVA 1997 bei 2/1246 mitveranschlagt gewesen.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
		Bezeichnung	Anm.	pers.	sachl.				
1/126		Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene:							
1/1260		Schulaufsichtsbehörden:							
1/12600	11	Personalausgaben		637,180			637,180	590,485	613,887
1/12603	11	Anlagen				26,050	26,050	26,050	17,727
1/12607	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			89,000		89,000	90,735	86,448
	11				79,410		79,410	80,935	77,132
	22				9,590		9,590	9,800	9,316
1/12608	11	Aufwendungen			100,246		100,246	96,390	96,637
		Summe 1260...		637,180	189,246	26,050	852,476	803,660	814,699
1/1261		Schulpsychologie - Bildungsberatung:							
1/12610	11	Personalausgaben		87,657			87,657	80,734	84,710
1/12613	11	Anlagen				1,500	1,500	1,629	1,382
1/12617	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,720		1,720	1,683	1,659
	11				0,228		0,228	0,263	0,205
	22				1,492		1,492	1,420	1,454
1/12618	11	Aufwendungen			18,922		18,922	18,070	17,199
		Summe 1261...		87,657	20,642	1,500	109,799	102,116	104,950
		Summe 126...		724,837	209,888	27,550	962,275	905,776	919,649
1/127		Allgemeinbildende Schulen:							
1/1270		Allgemeinbildende höhere Schulen:							
1/12700	11	Personalausgaben		11.125,147			11.125,147	10.780,792	10.828,677
1/12703	11	Anlagen				113,930	113,930	116,218	98,402
1/12707	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			354,000		354,000	337,000	343,792
	11				352,330		352,330	334,850	342,178
	21				1,670		1,670	2,150	1,614
1/12708	11	Aufwendungen			662,666		662,666	639,930	643,149
	11				661,353		661,353	638,517	641,844
	21				1,313		1,313	1,413	1,305
		Summe 1270...		11.125,147	1.016,666	113,930	12.255,743	11.873,940	11.914,019
1/1271		Höhere Internatsschulen des Bundes:							
1/12710	11	Personalausgaben		262,851			262,851	256,459	256,458
1/12713	11	Anlagen				3,599	3,599	3,599	3,799
1/12717	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			4,170		4,170	4,121	4,051
1/12718	11	Aufwendungen			32,835		32,835	31,725	29,725
		Summe 1271...		262,851	37,005	3,599	303,455	295,904	294,033
1/1272		Allgemeinbildende höhere Schulen (zweckgebundene Gebarung):							
1/12723	11	Anlagen				2,288	2,288		
1/12728	11	Aufwendungen			6,862		6,862		
		Summe 1272...			6,862	2,288	9,150		
1/1273		Höhere Internatsschulen des Bundes (zweckgebundene Gebarung):							
1/12733	11	Anlagen				0,040	0,040		
1/12738	11	Aufwendungen			0,119		0,119		
		Summe 1273...			0,119	0,040	0,159		
1/1274		Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung:							
1/12740	11	Personalausgaben		98,719			98,719	95,281	96,650
1/12743	11	Anlagen				4,614	4,614	4,650	2,878
1/12747	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			2,400		2,400	2,625	2,283
1/12748	11	Aufwendungen			17,756		17,756	17,143	16,566
		Summe 1274...		98,719	20,156	4,614	123,489	119,699	118,377

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

47

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1998	Bundesvoranschlag 1997	Erfolg 1996
2/126		Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene:						
2/1260		Schulaufsichtsbehörden:						
2/12604	11	Erfolgswirksame Einnahmen		170,405		170,405	169,265	164,728
2/12607	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,002	0,002	0,002	0,014
		Summe 1260...		170,405	0,002	170,407	169,267	164,742
2/1261		Schulpsychologie - Bildungsberatung:						
2/12614	11	Erfolgswirksame Einnahmen		20,103		20,103	20,015	15,412
2/12617	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,002	0,002	0,002	
		Summe 1261...		20,103	0,002	20,105	20,017	15,412
		Summe 126...		190,508	0,004	190,512	189,284	180,155
2/127		Allgemeinbildende Schulen:						
2/1270		Allgemeinbildende höhere Schulen:						
2/12704	11	Erfolgswirksame Einnahmen		58,680		58,680	58,680	43,148
	21			56,470		56,470	56,470	41,491
	11			2,210		2,210	2,210	1,657
2/12707	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,046	0,046	0,046	0,009
		Summe 1270...		58,680	0,046	58,726	58,726	43,157
2/1271		Höhere Internatsschulen des Bundes:						
2/12714	11	Erfolgswirksame Einnahmen		40,307		40,307	40,307	43,529
2/12717	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,003	0,003	0,003	0,010
		Summe 1271...		40,307	0,003	40,310	40,310	43,539
2/1272		Allgemeinbildende höhere Schulen (zweckgebundene Gebarung):						
2/12720	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		9,150		9,150		3,908
2/1273		Höhere Internatsschulen des Bundes (zweckgebundene Gebarung):						
2/12730	11	Zweckgeb. erfolgswirksame Einnahmen		0,159		0,159		0,075
2/1274		Bds.-Blindenerz.Inst. und Bds.Inst. für Gehörlosenbildung:						
2/12744	11	Erfolgswirksame Einnahmen		4,760		4,760	3,570	5,885
2/12747	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,022	0,022	0,023	0,006
		Summe 1274...		4,760	0,022	4,782	3,593	5,891

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/1275		Allgemeinbildende Pflichtschulen:							
1/12757	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			32.627,776		32.627,776	31.929,747	31.970,641
1/12758	11	Aufwendungen			3,232		3,232	3,108	2,826
		Summe 1275...			32.631,008		32.631,008	31.932,855	31.973,467
1/1276		Bundesschülerheime (Allgemeinbildende):							
1/12760	11	Personalausgaben		69,612			69,612	71,574	68,389
1/12763	11	Anlagen				3,800	3,800	3,800	3,584
1/12767	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,130		0,130	0,139	0,120
1/12768	11	Aufwendungen			24,286		24,286	23,525	24,341
		Summe 1276...		69,612	24,416	3,800	97,828	99,038	96,435
1/1277		Bds. Blindenerz. Inst. u. Bds. Inst. f. Gehörlosenb. (zweckg. Geb.):							
1/12773	11	Anlagen				0,036	0,036		
1/12778	11	Aufwendungen			0,073		0,073		
		Summe 1277...			0,073	0,036	0,109		
1/1278		Bundesschülerheime (Allgemeinbildende) (zweckgeb. Gebarung):							
1/12783	11	Anlagen				0,045	0,045		
1/12788	11	Aufwendungen			0,135		0,135		
		Summe 1278...			0,135	0,045	0,180		
		Summe 127...		11.556,329	33.736,440	128,352	45.421,121	44.321,436	44.396,331
1/128		Berufsbildende Schulen:							
1/1280		Technische und gewerbliche Lehranstalten:							
1/12800	11	Personalausgaben		4.553,850			4.553,850	4.718,917	4.580,711
1/12803	11	Anlagen				122,452	122,452	129,805	127,937
1/12807	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			66,000		66,000	69,188	63,893
1/12808	11	Aufwendungen			399,176		399,176	392,107	371,359
	21	Aufwendungen			399,174		399,174	392,105	371,359
		Aufwendungen			0,002		0,002	0,002	
		Summe 1280...		4.553,850	465,176	122,452	5.141,478	5.310,017	5.143,900
1/1281		Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe:							
1/12810	11	Personalausgaben		3.037,732			3.037,732	2.868,222	2.895,514
1/12813	11	Anlagen				55,144	55,144	55,144	54,879
1/12817	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			96,000		96,000	92,483	93,309
1/12818	11	Aufwendungen			269,747		269,747	293,835	290,457
		Summe 1281...		3.037,732	365,747	55,144	3.458,623	3.309,684	3.334,159
1/1282		Handelsakademien und Handelsschulen:							
1/12820	11	Personalausgaben		3.244,544			3.244,544	3.126,577	3.153,967
1/12823	11	Anlagen				46,702	46,702	46,702	46,860
1/12827	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			69,500		69,500	60,811	67,208
1/12828	11	Aufwendungen			207,664		207,664	193,403	183,787
	21	Aufwendungen			207,662		207,662	193,401	183,787
		Aufwendungen			0,002		0,002	0,002	
		Summe 1282...		3.244,544	277,164	46,702	3.568,410	3.427,493	3.451,822
1/1283		Technische und gewerbl. Lehranstalten (zweckgeb. Gebarung):							
1/12833	11	Anlagen				14,353	14,353		
1/12838	11	Aufwendungen			52,760		52,760		
		Summe 1283...			52,760	14,353	67,113		

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

49

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
2/1275		Allgemeinbildende Pflichtschulen:						
2/12754	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,010	0,010	0,010	0,004
2/1276		Bundesschülerheime (Allgemeinbildende):						
2/12764	11	Erfolgswirksame Einnahmen		26,771	26,771	26,771	25,004
2/12767	11	Bestandswirksame Einnahmen	0,003	0,003	0,003	0,028
		Summe 1276...		26,771	0,003	26,774	26,774	25,032
2/1277		Bds. Blindenerz. Inst. u. Bds. Inst. f. Gehörlosenb. (zweckg. Geb.):						
2/12770	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,109	0,109	0,227
2/1278		Bundesschülerheime (Allgemeinbildende) (zweckgeb. Gebarung):						
2/12780	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,180	0,180
		Summe 127...		140,126	0,074	140,200	129,413	121,832
2/128		Berufsbildende Schulen:						
2/1280		Technische und gewerbliche Lehranstalten:						
2/12804	11	Erfolgswirksame Einnahmen		12,602	12,602	77,796	73,693
	21		12,601	12,601	77,795	73,693
			0,001	0,001	0,001
2/12807	11	Bestandswirksame Einnahmen	0,008	0,008	0,008	0,273
		Summe 1280...		12,602	0,008	12,610	77,804	73,966
2/1281		Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe:						
2/12814	11	Erfolgswirksame Einnahmen		11,942	11,942	60,357	55,437
2/12817	11	Bestandswirksame Einnahmen	0,006	0,006	0,006	0,073
		Summe 1281...		11,942	0,006	11,948	60,363	55,510
2/1282		Handelsakademien und Handelsschulen:						
2/12824	11	Erfolgswirksame Einnahmen		1,783	1,783	2,100	3,857
	21		1,782	1,782	2,099	3,857
			0,001	0,001	0,001
2/12827	11	Bestandswirksame Einnahmen	0,004	0,004	0,004	0,014
		Summe 1282...		1,783	0,004	1,787	2,104	3,871
2/1283		Technische und gewerbbl. Lehranstalten (zweckgeb. Gebarung):						
2/12830	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		67,113	67,113	2,397

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996	
				pers.	sachl.					
1/1284		Sozialakad., LA f. Tourismus, Soz. - u. wirt. Berufe (zweckg. Geb.):								
1/12843	11	Anlagen				0,486	0,486			
1/12848	11	Aufwendungen			48,578		48,578			
		Summe 1284...			48,578	0,486	49,064			
1/1285		Berufsbildende Pflichtschulen:								
1/12857	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			1,301,000		1,301,000	1,277,751	1,263,627	
1/12858	11	Aufwendungen			1,736		1,736	1,600	1,599	
		Summe 1285...			1,302,736		1,302,736	1,279,351	1,265,227	
1/1286		Bundesschülerheime (Berufsbildende):								
1/12860	11	Personalausgaben		58,963			58,963	58,731	57,730	
1/12863	11	Anlagen				3,778	3,778	3,818	3,689	
1/12867	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			0,050		0,050	0,068	0,013	
1/12868	11	Aufwendungen			37,846		37,846	34,881	33,261	
		Summe 1286...		58,963	37,896	3,778	100,637	97,498	94,693	
1/1287		Handelsakademien und Handelsschulen (zweckgeb. Gebarung):								
		Handelsakademien und Handelsschulen (zweckgeb. Gebarung)								
1/12873	11	Anlagen				0,545	0,545			
1/12878	11	Aufwendungen			1,633		1,633			
		Summe 1287...			1,633	0,545	2,178			
1/1288		Bundesschülerheime (Berufsbildende) (zweckgeb. Gebarung):								
1/12883	11	Anlagen				0,010	0,010			
1/12888	11	Aufwendungen			0,030		0,030			
		Summe 1288...			0,030	0,010	0,040			
		Summe 128...			10,895,089	2,551,720	243,470	13,690,279	13,424,043	13,289,801
1/129		Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung:								
1/1290		Pädagogische Akademien:								
1/12900	11	Personalausgaben		888,520			888,520	899,456	884,243	
1/12903	11	Anlagen				9,500	9,500	10,000	7,623	
1/12907	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			116,000		116,000	126,759	112,120	
1/12908	11	Aufwendungen			92,388		92,388	93,170	92,361	
		Summe 1290...		888,520	208,388	9,500	1,106,408	1,129,385	1,096,348	
1/1291		BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik:								
1/12910	11	Personalausgaben		575,578			575,578	534,887	552,882	
1/12913	11	Anlagen				8,731	8,731	3,737	3,686	
1/12917	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			35,000		35,000	34,383	33,874	
1/12918	11	Aufwendungen			76,703		76,703	68,612	67,562	
		Summe 1291...		575,578	111,703	8,731	696,012	641,619	658,004	
1/1292		Berufspädagogische Akademien:								
1/12920	11	Personalausgaben		65,318			65,318	68,834	64,699	
1/12923	11	Anlagen				2,990	2,990	3,435	2,568	
1/12927	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			4,800		4,800	4,689	4,639	
1/12928	11	Aufwendungen			12,487		12,487	13,033	12,033	
		Summe 1292...		65,318	17,287	2,990	85,595	89,991	83,939	
1/1293		Bundesanstalten für Leibeserziehung:								
1/12930	11	Personalausgaben		37,040			37,040	35,998	36,588	
1/12933	11	Anlagen				2,213	2,213	2,213	1,993	
1/12937	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			20,900		20,900	20,298	20,292	
1/12938	11	Aufwendungen			13,284		13,284	11,644	11,083	
		Summe 1293...		37,040	34,184	2,213	73,437	70,153	69,956	

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

51

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	E I N N A H M E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
2/1284		Sozialakad., LA f. Tourismus, Soz. - u. wirt. Berufe (zweckg. Geb.):						
2/12840	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		49,064		49,064		0,474
2/1285		Berufsbildende Pflichtschulen:						
2/12854	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
2/1286		Bundesschülerheime (Berufsbildende):						
2/12864	11	Erfolgswirksame Einnahmen		52,427		52,427	52,496	54,224
2/12867	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,009	0,009	0,009	
		Summe 1286...		52,427	0,009	52,436	52,505	54,224
2/1287		Handelsakademien und Handelsschulen (zweckgeb. Gebarung):						
		<i>Handelsakademien und Handelsschulen</i> (zweckgeb. Gebarung)						
2/12870	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		2,178		2,178		0,627
2/1288		Bundesschülerheime (Berufsbildende) (zweckgeb. Gebarung):						
2/12880	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,040		0,040		0,022
		Summe 128...		197,150	0,027	197,177	192,777	191,092
2/129		Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung:						
2/1290		Pädagogische Akademien:						
2/12904	11	Erfolgswirksame Einnahmen		4,008		4,008	4,008	5,813
2/12907	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,006	0,006	0,006	0,001
		Summe 1290...		4,008	0,006	4,014	4,014	5,813
2/1291		BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik:						
2/12914	11	Erfolgswirksame Einnahmen		9,025		9,025	9,025	9,047
2/12917	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,004	0,004	0,004	
		Summe 1291...		9,025	0,004	9,029	9,029	9,047
2/1292		Berufspädagogische Akademien:						
2/12924	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,392		0,392	0,418	0,368
2/12927	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,002	0,002	0,007	0,012
		Summe 1292...		0,392	0,002	0,394	0,425	0,380
2/1293		Bundesanstalten für Leibeserziehung:						
2/12934	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,427		0,427	0,420	0,156
2/12937	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,050	0,050	0,050	
		Summe 1293...		0,427	0,050	0,477	0,470	0,156

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/1294		Pädagogische Institute:							
1/12940	11	Personalausgaben		121,140			121,140	117,161	118,539
1/12943	11	Anlagen				3,334	3,334	5,810	4,065
1/12947	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			140,000		140,000	137,567	136,165
1/12948	11	Aufwendungen			64,604		64,604	64,604	60,442
		Summe 1294...		121,140	204,604	3,334	329,078	325,142	319,211
1/1295		Pädagogische Akademien (zweckgebundene Gebarung):							
1/12953	11	Anlagen				0,196	0,196		
1/12958	11	Aufwendungen			0,586		0,586		
		Summe 1295...			0,586	0,196	0,782		
1/1296		BA für Kindergartenpäd. u. Sozialpäd. (zweckgeb. Gebarung):							
1/12963	11	Anlagen				0,067	0,067		
1/12968	11	Aufwendungen			0,202		0,202		
		Summe 1296...			0,202	0,067	0,269		
1/1297		Berufspädag. Akademien (zweckgebundene Gebarung):							
1/12973	11	Anlagen				0,003	0,003		
1/12978	11	Aufwendungen			0,020		0,020		
		Summe 1297...			0,020	0,003	0,023		
1/1298		Bundesanstalten für Leibeserziehung (zweckgeb. Gebarung):							
1/12983	11	Anlagen				0,012	0,012		
1/12988	11	Aufwendungen			0,076		0,076		
		Summe 1298...			0,076	0,012	0,088		
1/1299		Pädagogische Institute (zweckgebundene Gebarung):							
1/12993	11	Anlagen				0,042	0,042		
1/12998	11	Aufwendungen			0,124		0,124		
		Summe 1299...			0,124	0,042	0,166		
		Summe 129...		1.687,596	577,174	27,088	2.291,858	2.256,290	2.227,457
		Gesamtausgaben 12...		25.988,500	42.682,488	816,054	69.487,042	67.184,619	67.250,579

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

53

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1998	Bundesvoranschlag 1997	Erfolg 1996
2/1294		Pädagogische Institute:						
2/12944	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,077		0,077	0,307	0,070
2/12947	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,002	0,002	0,002	0,000
		Summe 1294...		0,077	0,002	0,079	0,309	0,070
2/1295		Pädagogische Akademien (zweckgebundene Gebarung):						
2/12950	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,782		0,782		0,259
2/1296		BA für Kindergartenspäd. u. Sozialpäd. (zweckgeb. Gebarung):						
2/12960	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,269		0,269		0,136
2/1297		Berufspädag. Akademien (zweckgebundene Gebarung):						
2/12970	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,023		0,023		
2/1298		Bundesanstalten für Leibeserziehung (zweckgeb. Gebarung):						
2/12980	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,088		0,088		0,017
2/1299		Pädagogische Institute (zweckgebundene Gebarung):						
2/12990	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,166		0,166		0,009
		Summe 129...		15,257	0,064	15,321	14,247	15,886
		Gesamteinnahmen 12...		802,174	46,299	848,473	777,987	928,918

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/13		Kunst:							
1/130		Bundesministerium (Zweckaufwand):							
1/1300		Bildende Künste und Ausstellungen:							
1/13003	13	Anlagen				2,880	2,880	2,880	2,880
1/13006	13	Förderungen			66,560		66,560	66,560	68,544
1/13008	13	Aufwendungen			21,796		21,796	21,796	19,796
		Summe 1300...			88,356	2,880	91,236	91,236	91,220
1/1301		Musik und darstellende Kunst:							
1/13016	13	Förderungen			422,406		422,406	422,406	422,406
1/13018	13	Aufwendungen			77,593		77,593	77,593	77,310
		Summe 1301...			499,999		499,999	499,999	499,716
1/1302		Literatur:							
1/13023	13	Anlagen				0,020	0,020	0,020	
1/13026	13	Förderungen			190,797		190,797	190,797	190,797
1/13028	13	Aufwendungen			7,183		7,183	7,183	7,183
		Summe 1302...			197,980	0,020	198,000	198,000	197,980
1/1303		Kunstförderungsbeiträge (zweckgeb. Gebarung): *							
1/13033	13	Anlagen				5,000	5,000	5,000	4,999
1/13035	13	Förderungen (D)				0,050	0,050	0,050	
1/13036	13	Förderungen			68,168		68,168	68,168	59,222
1/13038	13	Aufwendungen			6,800		6,800	6,800	7,219
		Summe 1303...			74,968	5,050	80,018	80,018	71,441
1/1304		Filmwesen:							
1/13043	13	Anlagen				2,400	2,400	2,400	1,800
1/13045	13	Förderungen (D)				0,001	0,001	0,001	
1/13046	13	Förderungen			170,879		170,879	170,879	164,179
1/13048	13	Aufwendungen			9,762		9,762	9,762	10,360
		Summe 1304...			180,641	2,401	183,042	183,042	176,339
1/1305		Künstlerhilfe:							
1/13056	22	Förderungen			40,000		40,000	40,000	40,000
1/1306		Innerstaatl. Durchführung kulturell. Auslandsangelegenheiten:							
1/13066	13	Förderungen			3,276		3,276	2,276	2,968
1/13068	13	Aufwendungen			3,425		3,425	4,425	3,606
		Summe 1306...			6,701		6,701	6,701	6,574
1/1307		Kulturentwicklung-Kulturinitiativen; Öffentlichkeitsarbeit:							
1/13076	13	Förderungen			50,000		50,000	49,500	49,500
1/13078	13	Aufwendungen			1,000		1,000	1,500	1,489
		Summe 1307...			51,000		51,000	51,000	50,989
1/1308		Zahlungen an die BIG:							
1/13088	13	Aufwendungen			0,004		0,004	0,004	
		Gesamtausgaben 13...			1.139,649	10,351	1.150,000	1.150,000	1.134,259

Anmerkungen:

1/1303 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/13033 (0,050 Millionen Schilling) und 2/52180 (79,968 Millionen Schilling) veranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

55

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996	
2/13		Kunst:								
2/130		Bundesministerium (Zweckaufwand):								
2/1300		Bildende Künste und Ausstellungen:								
2/13004	13	Erfolgswirksame Einnahmen			0,002		0,002	0,002		
2/1301		Musik und darstellende Kunst:								
2/13014	13	Erfolgswirksame Einnahmen			0,001		0,001	0,001		
2/1302		Literatur:								
2/13024	13	Erfolgswirksame Einnahmen			0,001		0,001	0,001	0,009	
2/1303		Kunstförderungsbeiträge (zweckgebundene Gebarung):			*					
2/13033	13	Zweckgebundene Darlehensrückzahlungen				0,050	0,050	0,050	0,069	
2/1304		Filmwesen:								
2/13044	13	Erfolgswirksame Einnahmen			0,150		0,150	0,150	0,064	
2/13049	13	Darlehensrückzahlungen				0,001	0,001	0,001		
		Summe 1304...				0,150	0,001	0,151	0,151	0,064
2/1305		Künstlerhilfe:								
2/13054	13	Erfolgswirksame Einnahmen			0,001		0,001	0,001		
2/1306		Innerstaatl. Durchführung kulturell. Auslandsangelegenheiten:								
2/13064	13	Erfolgswirksame Einnahmen			0,001		0,001	0,001		
2/1307		Kulturentwicklung-Kulturinitiativen; Öffentlichkeitsarbeit:								
2/13074	13	Erfolgswirksame Einnahmen			0,001		0,001	0,001		
		Gesamteinnahmen 13...				0,157	0,051	0,208	0,208	0,142

Anmerkungen:

2/1303 Die Eingänge aus dem Kunstförderungsbeitrag gemäß dem Kunstförderungsbeitragsgesetz, BGBl. Nr. 573/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 765/1992, sind beim VA-Ansatz 2/52180 veranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/14		Wissenschaft und Forschung:							
1/140		Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr:							
		<i>Bundesministerium für Wissenschaft, Verkehr und Kunst</i>							
1/1400		Verwaltungsbereich Wissenschaft:							
		<i>Verwaltungsbereich Wissenschaft und Kunst</i>							
1/14000	43	Personalausgaben		231,501			231,501	198,664	234,599
1/14003	43	Anlagen				10,400	10,400	10,400	8,484
1/14005		Bezugsvorschüsse				25,000	25,000	24,800	18,388
	23					7,000	7,000	5,100	5,131
	43					18,000	18,000	19,700	13,257
1/14006	43	Förderungen			8,000		8,000	8,000	8,000
1/14007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			3,000		3,000	2,650	2,939
	22				2,926		2,926	2,576	2,911
	43				0,074		0,074	0,074	0,028
1/14008	43	Aufwendungen	*		102,000		102,000	101,722	97,397
		Summe 1400. ...		231,501	113,000	35,400	379,901	346,236	369,808
1/14018	12	Zahlungen an die BIG			1.828,186		1.828,186	1.105,000	1.059,733
1/1402		Amt des BFPZ Arsenal:							
1/14020	12	Personalausgaben		67,574			67,574	68,921	
1/14027	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			2,790		2,790	2,790	
1/14028	12	Aufwendungen			3,867		3,867	3,867	
		Summe 1402. ...		67,574	6,657		74,231	75,578	
		Summe 140. ...		299,075	1.947,843	35,400	2.282,318	1.526,814	1.429,541
1/141		Bundesministerium (Zweckaufwand):							
1/1410		Hochschulische Einrichtungen:							
1/14106	12	Förderungen			326,000		326,000	300,000	277,998
1/14107	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1.534,450		1.534,450	1.400,001	1.417,000
1/14108	12	Aufwendungen			986,000		986,000	1.195,626	988,918
1/14104	12	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ...						0,002	83,699
		Summe 1410. ...			2.846,450		2.846,450	2.895,629	2.767,615
1/1411		Wissenschaftliche Einrichtungen:							
1/14116	12	Förderungen			41,000		41,000	40,000	39,951
1/14117		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			7,000		7,000	2,994	2,989
	12				0,500		0,500	2,000	2,472
	43				6,500		6,500	0,994	0,517
1/14118	12	Aufwendungen			36,000		36,000	36,000	34,996
		Summe 1411. ...			84,000		84,000	78,994	77,937
1/1412		Bibliothekarische Einrichtungen:							
1/14126	12	Förderungen			4,000		4,000	4,000	3,865
1/1413		Forschungsvorhaben:							
		<i>Expertengutachten und Auftragsforschung</i>							
1/14136	12	Förderungen			51,100		51,100		
1/14138	12	Aufwendungen			196,000		196,000	190,000	169,998
		Summe 1413. ...			247,100		247,100	190,000	169,998
1/1414		Wissenschaftliche Forschung:							
1/14146	12	Förderungen			600,000		600,000	600,000	700,000
1/1415		Anwendungsorientierte Forschung:							
1/14156	12	Förderungen			0,003		0,003	0,001	
1/14157		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			221,000		221,000		
	12				203,000		203,000		
	43				18,000		18,000		
1/14158	12	Aufwendungen	*		250,002		250,002	0,001	
		Summe 1415. ...			471,005		471,005	0,002	

Anmerkungen:

1/14008 Hievon 1998 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/14000.

1/14158 Hievon 1998 250,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/14150.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

57

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1998	Bundesvoranschlag 1997	Erfolg 1996
2/14		Wissenschaft und Forschung:						
2/140		Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr: <i>Bundesministerium für Wissenschaft, Verkehr und Kunst</i>						
2/1400		Verwaltungsbereich Wissenschaft: <i>Verwaltungsbereich Wissenschaft und Kunst</i>						
2/14000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,001		0,001	0,001	
2/14004		Erfolgswirksame Einnahmen		2,590		2,590	2,590	1,814
	21			0,010		0,010	0,010	
	43			2,580		2,580	2,580	1,814
2/14007	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,003	0,003	0,003	
2/14009		Bezugsvorschußsätze			27,000	27,000	26,800	18,073
	23				5,600	5,600	5,400	4,814
	43				21,400	21,400	21,400	13,259
		Summe 1400...		2,591	27,003	29,594	29,394	19,887
2/1402		Amt des BFPZ Arsenal:						
2/14024	12	Erfolgswirksame Einnahmen		91,664		91,664	91,664	
		Summe 140...		94,255	27,003	121,258	121,058	19,887
2/141		Bundesministerium (Zweckaufwand):						
2/1410		Hochschulische Einrichtungen:						
2/14104		Erfolgswirksame Einnahmen		0,195		0,195	0,195	0,266
	12			0,095		0,095	0,095	0,176
	23			0,100		0,100	0,100	0,089
2/14109		Darlehensrückzahlungen			0,260	0,260	0,260	0,331
	12				0,140	0,140	0,140	0,200
	23				0,120	0,120	0,120	0,131
2/14100	12	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen					0,002	0,149
		Summe 1410...		0,195	0,260	0,455	0,457	0,746
2/1415		Anwendungsorientierte Forschung: <i>Gewerbliche Forschung</i>						
2/14150	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	250,000		250,000		
2/14154	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,780		0,780		
		Summe 1415...		250,780		250,780		

Anmerkungen:

2/14000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/14008 mitveranschlagt.

2/14150 Überweisung vom VA-Ansatz 1/10058.

Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/14158 (250,000 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/1416		Forschungseinrichtungen:							
1/14166	12	Förderungen			165,989		165,989	205,000	229,548
1/14168	12	Aufwendungen			103,978		103,978	135,000	138,680
		Summe 1416...			269,967		269,967	340,000	368,228
1/1417		Österr. Akademie der Wissenschaften und Forschungsinstitute:							
1/14176	12	Förderungen			405,000		405,000	385,000	388,499
1/14178	12	Aufwendungen			77,000		77,000	83,996	80,192
	43				65,870		65,870	72,866	69,659
					11,130		11,130	11,130	10,533
		Summe 1417...			482,000		482,000	468,996	468,691
1/1418		Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation:							
1/14186	12	Förderungen			50,000		50,000	30,000	35,064
1/14187	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			229,000		229,000	415,000	422,394
1/14188	12	Aufwendungen			124,722		124,722	310,000	301,600
	43				54,721		54,721		
					70,001		70,001	310,000	301,600
		Summe 1418...			403,722		403,722	755,000	759,058
1/1419		Forschungsunternehmungen:							
1/14196	12	Förderungen			380,000		380,000	330,000	334,377
1/14198	12	Aufwendungen			193,958		193,958	147,894	
		Summe 1419...			573,958		573,958	477,894	334,377
		Summe 141...			5.982,202		5.982,202	5.810,515	5.649,769
1/142		Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen:							
1/1420		Universitäten:							
1/14200	12	Personalausgaben		10.669,650			10.669,650	9.668,683	9.862,631
1/14203	12	Anlagen				1.334,856	1.334,856	1.334,856	1.683,158
1/14207	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			736,000		736,000	986,000	1.268,632
1/14208	12	Aufwendungen			3.649,344		3.649,344	3.530,244	4.322,819
	21				3.649,294		3.649,294	3.530,194	4.322,810
					0,050		0,050	0,050	0,010
		Summe 1420...		10.669,650	4.385,344	1.334,856	16.389,850	15.519,783	17.137,240
1/1421		Universitäten (zweckgebundene Gebarung):							
1/14210	12	Personalausgaben		135,000			135,000	262,886	170,785
1/14213	12	Anlagen				25,000	25,000	25,000	13,368
1/14217	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			40,000		40,000	40,000	29,937
1/14218	12	Aufwendungen			190,000		190,000	190,000	174,571
		Summe 1421...		135,000	230,000	25,000	390,000	517,886	388,662
1/1422		Bibliotheken (zweckgebundene Gebarung):							
1/14220	12	Personalausgaben		0,003			0,003	0,003	
1/14223	12	Anlagen				0,001	0,001	0,001	
1/14227	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,001		0,001	0,001	
1/14228	12	Aufwendungen			0,302		0,302	0,302	0,033
		Summe 1422...		0,003	0,303	0,001	0,307	0,307	0,033
1/1423		Bibliotheken:							
1/14230	12	Personalausgaben		14,915			14,915	15,534	14,758
1/14233	12	Anlagen				10,500	10,500	10,500	4,634
1/14237	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,007		0,007	0,007	0,004
1/14238	12	Aufwendungen			31,000		31,000	29,500	21,721
		Summe 1423...		14,915	31,007	10,500	56,422	55,541	41,117

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

59

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1998	Bundesvoranschlag 1997	Erfolg 1996
2/1418		Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation:						
2/14180	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen					250,000	250,000
2/14184	43	Erfolgswirksame Einnahmen					0,780	0,777
		Summe 1418...					250,780	250,777
		Summe 141...		250,975	0,260	251,235	251,237	251,523
2/142		Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen:						
2/1420		Universitäten:						
2/14204		Erfolgswirksame Einnahmen		91,562		91,562	90,674	125,711
	12			91,561		91,561	90,673	125,711
	21			0,001		0,001	0,001	
2/14207	12	Bestandswirksame Einnahmen			1,000	1,000	1,050	0,814
		Summe 1420...		91,562	1,000	92,562	91,724	126,525
2/1421		Universitäten (zweckgebundene Gebarung):						
2/14210	12	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		389,992		389,992	517,878	421,981
2/14212	12	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen			0,008	0,008	0,008	
		Summe 1421...		389,992	0,008	390,000	517,886	421,981
2/1422		Bibliotheken (zweckgebundene Gebarung):						
2/14220	12	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,307		0,307	0,307	0,114
2/1423		Bibliotheken:						
2/14234	12	Erfolgswirksame Einnahmen		0,100		0,100	0,100	0,347
2/14237	12	Bestandswirksame Einnahmen			0,002	0,002	0,002	
		Summe 1423...		0,100	0,002	0,102	0,102	0,347

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/1424		Wissenschaftliche Anstalten:							
1/14240	12	Personalausgaben		219,164			219,164	190,346	194,525
1/14243	12	Anlagen				40,000	40,000	45,000	38,054
1/14247	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,600		0,600	0,600	0,381
	12				0,200		0,200	0,200	0,119
	21				0,400		0,400	0,400	0,262
1/14248	12	Aufwendungen	*		89,300		89,300	92,000	91,721
	12				88,900		88,900	91,600	91,579
	21				0,400		0,400	0,400	0,143
		Summe 1424...		219,164	89,900	40,000	349,064	327,946	324,681
1/1425		Wissenschaftliche Anstalten (zweckgebundene Gebarung):							
1/14250	12	Personalausgaben		0,005			0,005	0,005	
1/14253	12	Anlagen				0,003	0,003	0,003	
1/14257	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,002		0,002	0,002	
1/14258	12	Aufwendungen			0,183		0,183	0,515	0,088
		Summe 1425...		0,005	0,185	0,003	0,193	0,525	0,088
1/1426		Bundesforschungs- und Prüfzentrum Arsenal (betr. ähnl. Einr.):							
1/14260	12	Personalausgaben							102,711
1/14263	12	Anlagen							16,588
1/14267	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..							5,341
1/14268	12	Aufwendungen							47,429
		Summe 1426...							172,069
		Summe 142...		11.038,737	4.736,739	1.410,360	17.185,836	16.421,988	18.063,889
1/143		Kunsthochschulen:							
1/1430		Kunsthochschulen:							
1/14300	13	Personalausgaben		1.202,346			1.202,346	1.093,579	1.183,921
1/14303	13	Anlagen				70,000	70,000	70,000	65,134
1/14306	13	Förderungen			6,000		6,000	4,999	5,500
1/14307	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			237,000		237,000	248,705	241,530
1/14308	13	Aufwendungen			275,000		275,000	254,900	272,478
		Summe 1430...		1.202,346	518,000	70,000	1.790,346	1.672,183	1.768,563
1/1431		Kunsthochschulen (zweckgebundene Gebarung):							
1/14310	13	Personalausgaben		1,000			1,000	1,400	1,141
1/14313	13	Anlagen				3,000	3,000	2,200	1,677
1/14317	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,000		1,000	0,750	1,361
1/14318	13	Aufwendungen			17,000		17,000	15,500	16,796
		Summe 1431...		1,000	18,000	3,000	22,000	19,850	20,975
		Summe 143...		1.203,346	536,000	73,000	1.812,346	1.692,033	1.789,538
1/146		Fachhochschulen:							
1/14603	12	Anlagen				1,440	1,440	1,440	0,698
1/14606	12	Förderungen			580,000		580,000	388,000	220,339
1/14607	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,150		0,150	0,150	
1/14608	12	Aufwendungen			10,000		10,000	9,655	3,634
		Summe 146...			590,150	1,440	591,590	399,245	224,671
		Gesamtausgaben 14...		12.541,158	13.792,934	1.520,200	27.854,292	25.850,595	27.157,407

Anmerkungen:

1/14248 Die Verausgabung von 12,000 Millionen Schilling ist an die Zustimmung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten gebunden.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

61

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	ANM.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1998	Bundesvoranschlag 1997	Erfolg 1996
2/1424		Wissenschaftliche Anstalten:						
2/14244		Erfolgswirksame Einnahmen		1,176		1,176	1,796	1,307
	12			1,136		1,136	1,754	1,163
	21			0,040		0,040	0,042	0,144
2/14247	12	Bestandswirksame Einnahmen			0,001	0,001	0,001	0,139
		Summe 1424 ...		1,176	0,001	1,177	1,797	1,446
2/1425		Wissenschaftliche Anstalten (zweckgebundene Gebarung):						
2/14250	12	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,193		0,193	0,525	0,090
2/1426		Bundesforschungs- und Prüfzentrum Arsenal (betr. ähnl. Einr.):						
2/14260	12	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen						0,973
2/14264	12	Erfolgswirksame Einnahmen						81,843
2/14267	12	Bestandswirksame Einnahmen						0,036
		Summe 1426 ...						82,851
		Summe 142 ...		483,330	1,011	484,341	612,341	633,354
2/143		Kunsthochschulen:						
2/1430		Kunsthochschulen:						
2/14304	13	Erfolgswirksame Einnahmen		45,000		45,000	175,000	34,426
2/14307	13	Bestandswirksame Einnahmen			0,060	0,060	0,060	0,040
		Summe 1430 ...		45,000	0,060	45,060	175,060	34,466
2/1431		Kunsthochschulen (zweckgebundene Gebarung):						
2/14310	13	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		21,990		21,990	19,840	23,780
2/14312	13	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen			0,010	0,010	0,010	
		Summe 1431 ...		21,990	0,010	22,000	19,850	23,780
		Summe 143 ...		66,990	0,070	67,060	194,910	58,246
2/146		Fachhochschulen:						
2/14604	12	Erfolgswirksame Einnahmen		0,102		0,102	0,102	3,971
2/14607	12	Bestandswirksame Einnahmen			0,002	0,002	0,002	
		Summe 146 ...		0,102	0,002	0,104	0,104	3,971
		Gesamteinnahmen 14 ...		895,652	28,346	923,998	1.179,650	966,981

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996	
		Bezeichnung	Anm.	pers.	sachl.					
1/15		Soziales:								
1/150		Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales:								
		Bundesministerium für Arbeit und Soziales Zentraleitung:								
1/15000	43	Personalausgaben		398,582			398,582	341,156	257,934	
1/15003	43	Anlagen				33,229	33,229	38,452	16,445	
1/15006		Förderungen	*		77,140		77,140	65,670	167,657	
	12				0,001		0,001	0,001	0,030	
	21				37,496		37,496	37,496		
	22				39,643		39,643	28,173	167,627	
1/15007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			75,637		75,637	68,485	29,855	
	22				7,576		7,576	7,576	3,617	
	43				68,061		68,061	60,909	26,238	
1/15008		Aufwendungen			251,461		251,461	175,502	113,756	
	12				6,787		6,787	4,703	5,610	
	22				0,001		0,001	0,001		
	43				244,673		244,673	170,798	108,145	
				Summe 1500...	398,582	404,238	33,229	836,049	689,265	585,647
1/1501		Zahlungen im Zusammenhang mit der EU:								
		Zahlungen gemäß EU-Strukturfonds								
1/15016	22	Förderungen			0,039		0,039	0,002		
		Zahlungen gemäß EU-Vorschriften								
1/15018	22	Aufwendungen			0,010		0,010	0,005	1.159,354	
		Zahlungen im Zusammenhang mit der EU								
				Summe 1501...		0,049	0,049	0,007	1.159,354	
1/15045		Bezugsvorschüsse					6,195	6,195	8,495	
	23						1,341	1,853	0,392	
	43						4,854	6,642	6,131	
1/15057	22	Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik			2.500,001		2.500,001	4.727,000	5.082,796	
				Summe 150...	398,582	2.904,288	39,424	3.342,294	5.424,767	6.834,320
1/151		Bundesministerium; Opferfürsorge:								
1/15117	21	Heilfürsorge			17,500		17,500	18,000	15,072	
1/15127	22	Versorgungsgebühren			220,000		220,000	238,750	231,792	
1/15137	22	Entschädigungen			0,600		0,600	0,600	0,600	
1/15147	22	Orthopädische Versorgung			0,200		0,200	0,250	0,122	
1/15158	22	Aufwendungen			3,000		3,000	3,183	3,158	
1/1516		Ehregaben- und Hilfsfondsgesetz:								
1/15166	22	Förderungen			30,000		30,000	30,000	20,000	
				Summe 151...		271,300		271,300	290,783	270,744
1/152		Bundesministerium; Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen:								
1/15207	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			7,500		7,500	7,400	6,080	
1/15217	21	Heilfürsorge			0,150		0,150	0,100	0,041	
1/15227	22	Orthopädische Versorgung			0,400		0,400	0,300	0,429	
1/15237	22	Rehabilitation			0,030		0,030	0,028		
1/15248	22	Aufwendungen			0,350		0,350	0,215	0,326	
1/15255	22	Darlehen				0,004	0,004	0,004		
1/15269	22	Aufwendungen (B)				6,600	6,600	6,460	7,559	
				Summe 152...		8,430	6,604	15,034	14,507	14,436

Anmerkungen:

1/15006 Hievon 1998 0,020 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/15000.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

63

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	Ann.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1998	Bundesvoranschlag 1997	Erfolg 1996
2/15		Soziales:						
2/150		Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales:						
		<i>Bundesministerium für Arbeit und Soziales</i>						
2/1500		Zentralleitung:						
2/15000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,020		0,020	0,021	
2/15004	22	Erfolgswirksame Einnahmen		17,615		17,615	17,051	17,226
	43			0,006		0,006	0,006	
	43			17,609		17,609	17,045	17,226
2/15007	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,035	0,035	0,034	0,005
		Summe 1500...		17,635	0,035	17,670	17,106	17,231
2/15049	23	Bezugsvorschußsätze			7,940	7,940	7,940	8,563
	43				1,351	1,351	1,351	1,165
	43				6,589	6,589	6,589	7,399
2/15054	43	Beiträge zu den Kosten der Bundesaufsicht		13,300		13,300	13,300	13,434
2/15064	22	Einnahmen gem. § 6 Abs.7 ANPFG		0,001		0,001	0,001	
		Summe 150...		30,936	7,975	38,911	38,347	39,228
2/151		Bundesministerium; Opferfürsorge:						
2/15104	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,300		0,300	0,300	0,423
2/152		Bundesministerium; Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen:						
2/15204	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,260		0,260	0,260	0,227
2/15259	22	Darlehensrückzahlungen			0,010	0,010	0,010	
2/15267	22	Bestandswirksame Einnahmen			0,890	0,890	0,890	0,679
		Summe 152...		0,260	0,900	1,160	1,160	0,906

Anmerkungen:

2/15000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/15006 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/153		Bundesministerium; Sonstige Leistungen:							
1/15317	22	Entschädigungen nach dem Impfschadengesetz			22,500		22,500	20,500	24,174
1/1534		Pflegevorsorge (Kostenersatz):							
1/15347	22	Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz			16.650,000		16.650,000	16.900,000	16.500,000
		Summe 153...			16.672,500		16.672,500	16.920,500	16.524,174
1/154		Bundesministerium; Allgemeine Fürsorge:							
1/15427	22	Kleinrentnerentschädigung			3,000		3,000	3,500	3,277
1/15436	22	Förderungen			75,000		75,000	54,713	67,712
		Summe 154...			78,000		78,000	58,213	70,989
1/155		Arbeitsmarktpolitik (I):	*						
1/1550		Ämter des AMS:							
1/15500	22	Personalausgaben		677,000			677,000	786,000	745,456
1/15503	22	Anlagen				0,001	0,001	0,001	
1/15507	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			21,000		21,000	24,370	18,068
1/15508	22	Aufwendungen			21,999		21,999	25,629	12,673
		Summe 1550...		677,000	42,999	0,001	720,000	836,000	776,197
1/1551		Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG:							
1/15513	22	Anlagen				0,001	0,001	0,001	
1/15515	22	Förderungen (D)				100,000	100,000	100,000	30,000
1/15516	22	Förderungen			4.894,998		4.894,998	4.734,998	5.593,913
	22				0,250		0,250	0,862	0,170
	22				4.894,748		4.894,748	4.734,136	5.593,743
1/15517	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,001		0,001	0,001	
1/15518	22	Aufwendungen			165,000		165,000	165,000	78,793
	12				10,300		10,300	17,451	7,556
	22				154,700		154,700	147,549	71,237
		Summe 1551...			5.059,999	100,001	5.160,000	5.000,000	5.702,706
1/15547	22	Sonderunterstützung			1.400,634		1.400,634	2.841,220	2.794,755
1/15554	22	Wiedereinstellungsbeihilfe gem. ALVG			10,490		10,490	10,500	8,453
1/15557	22	Leistungen nach dem ALVG			39.739,554		39.739,554	43.607,205	43.090,688
1/15565	22	Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gem. § 51a AMFG (D)				150,000	150,000	100,000	
1/15566	22	Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gem. § 51aAMFG			150,000		150,000	100,000	82,764
1/15567	22	Zahlungen und Überweisungen gem. AMPFG ...			7.224,000		7.224,000	4.900,000	4.900,000

Anmerkungen:

1/155 Zweckgebunden im Sinne des § 1 AMPFG (ausgenommen die VA-Ansätze 1/15565 und 1/15566).

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

65

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	Ann.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
2/153		Bundesministerium; Sonstige Leistungen:						
2/15314	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,006		0,006	0,006	
2/1534		Pflegevorsorge (Kostenersatz):						
2/15344	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,005		0,005	0,005	233,925
		Summe 153...		0,011		0,011	0,011	233,925
2/154		Bundesministerium; Allgemeine Fürsorge:						
2/15494	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,007		0,007	0,007	0,144
2/155		Arbeitsmarktpolitik (I):	*					
2/1550		Ämter des AMS:						
2/15500	22	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		1,000		1,000	1,000	1,877
2/1551		Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG:						
2/15510	22	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		9,000		9,000	10,000	48,182
2/15513	22	Zweckgebundene Darlehensrückzahlungen			41,000	41,000	60,000	70,400
		Summe 1551...		9,000	41,000	50,000	70,000	118,583
2/15550	22	Überweisung vom Familienlastenausgleich (zweckgeb. Einn.)	*	7.795,921		7.795,921	7.686,939	8.103,491
2/15564	22	Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß § 51a AMFG		0,002		0,002	0,002	0,026
2/15569	22	Arbeitsmarktpol. Maßnahmen gem. § 51a AMFG (Darl. Rückz.)			0,001	0,001	0,001	

Anmerkungen:

2/155 Zweckgebunden im Sinne des § 1 AMPFG (ausgenommen die VA-Ansätze 2/15564 und 2/15569).
 2/15550 Überweisung vom VA-Ansatz 1/19387.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/1557		Überweisung an das AMS:							
1/15577	22	Überweisung an das AMS			200,801		200,801	440,001	440,000
1/15578	22	Überweisung an das AMS gem. § 41 (2) AMSG.			2.470,000		2.470,000	2.350,000	2.458,752
		Summe 1557...			2.670,801		2.670,801	2.790,001	2.898,752
1/15587	22	Kostenersatz an die Träger der Krankenversicherung			330,000		330,000	330,000	318,925
1/15597	22	Beitrag d. Arbeitslosenvers. z. Schlechtw.entsch. im Baugew.			60,000		60,000	60,000	280,961
1/1552		Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gem. §39aAMFG:							
1/15526	22	Förderungen						0,001	20,042
		Summe 155...		677,000	56.688,477	250,002	57.615,479	60.574,927	60.874,243
1/156		Arbeitsmarktpolitik (II):							
1/15607	22	Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe (Leistungen)	*		0,001		0,001	0,001	462,609
1/15617	22	Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe (Kostenersatz)	*		0,001		0,001	0,001	1,963
1/15627	22	Überbrückungshilfen an ehemalige öffentlich Bedienstete			10,000		10,000	4,075	6,762
1/15647	22	Ersatz der Sonderunterstützung nach dem Mutterschutzgesetz			0,035		0,035	0,035	
1/15637	22	Beitrag d. Bundes z. Schlechtwetterentschädigung im Baugew.							
		Summe 156...			10,037		10,037	4,112	471,334

Anmerkungen:

1/15607 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/15600.

1/15617 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/15600.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

67

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	EINNAHMEN Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
2/1557		Überweisung vom AMS:						
2/15570	22	Abgangsdeckung (zweckgebundene Einnahmen)		0,001	0,001	0,001	939,000
2/15580	22	Arbeitslosenversicherungsbeiträge (zweckgeb. Einnahmen)		46.778,554	46.778,554	47.539,981	46.132,391
2/15581	22	Beitrag der Gebietskörperschaften (zweckgeb. Gebarung)		190,000	190,000	350,000	393,123
2/15590	22	Einnahmen gem. § 60 (2) lit. e ALVG (zweckgeb. Einn.)		0,002	0,002	0,005	0,176
2/15591	22	Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik		2.500,001	2.500,001	4.727,000	5.082,796
		Summe 155...		57.274,481	41,001	57.315,482	60.374,929	60.771,463
2/156		Arbeitsmarktpolitik (II):						
2/15600	22	Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe (zweckgeb. Einn.)	*	0,002	0,002	0,002	480,174

Anmerkungen:

2/15600 Zweckgebunden im Sinne des § 12 Bauarbeiter-Schlechtwetterentschädigungsgesetz 1957.
Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/15607 (0,001 Millionen Schilling) und
1/15617 (0,001 Millionen Schilling).

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/157		Einrichtungen der Kriegsopfer- und Heeresversorgung:							
1/1570		Bundessozialämter:							
1/15700	22	Personalausgaben		363,810			363,810	329,148	338,818
1/15703	22	Anlagen				15,800	15,800	13,314	11,622
1/15707	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			12,246		12,246	12,246	7,334
1/15708	22	Aufwendungen			245,000		245,000	222,884	211,892
		Summe 1570. ...		363,810	257,246	15,800	636,856	577,592	569,665
1/15737	21	Heilfürsorge			135,000		135,000	135,000	121,798
1/15747	22	Berufliche und soziale Maßnahmen			3,000		3,000	3,000	2,262
1/15757	22	Orthopädische Versorgung			95,000		95,000	89,000	82,510
1/15767	22	Versorgungsgebühren			5.450,000		5.450,000	5.706,900	5.921,894
1/15777	22	Krankenversicherung			230,000		230,000	266,100	229,404
1/15778	22	Härteausgleiche			19,000		19,000	19,985	18,674
1/1578		Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland:							
1/15787		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			9,000		9,000	10,142	7,986
	21				7,695		7,695	8,330	6,753
	22				1,305		1,305	1,812	1,233
1/15788	22	Aufwendungen			0,006		0,006	0,006	0,005
		Summe 1578. ...			9,006		9,006	10,148	7,991
1/15798	22	Fahrausweise und Sonderfürsorge			2,900		2,900	2,542	2,052
1/1572		Bundesstaatl. Prothesenwerkstätten (betriebsähnli. Einricht.):							
1/15720	22	Personalausgaben						0,992	9,306
1/15723	22	Anlagen							0,279
1/15727	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..							0,000
1/15728	22	Aufwendungen						0,057	1,823
		Summe 1572. ...						1,049	11,408
		Summe 157. ...		363,810	6.201,152	15,800	6.580,762	6.811,316	6.967,659

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

69

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
2/157		Einrichtungen der Kriegsofper- und Heeresversorgung:						
2/1570		Bundessozialämter:						
2/15704		Erfolgswirksame Einnahmen		0,221		0,221	0,221	0,634
	22			0,220		0,220	0,220	0,634
	43			0,001		0,001	0,001	
2/15707	22	Bestandswirksame Einnahmen			0,075	0,075	0,075	0,009
		Summe 1570...		0,221	0,075	0,296	0,296	0,643
2/15784		Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland/Kostenersatz		7,204		7,204	7,204	7,063
	21			6,000		6,000	6,000	6,503
	22			1,204		1,204	1,204	0,561
2/15794	22	Sonstige Einnahmen der Kriegsofper- und Heeresversorgung		70,000		70,000	36,540	34,693
2/1572		Bundesstaatl. Prothesenwerkstätten (betriebsähnli. Einricht.):						
2/15724		Erfolgswirksame Einnahmen					0,211	11,170
	22						0,210	11,170
	43						0,001	
2/15727	22	Bestandswirksame Einnahmen					0,007	
		Summe 1572...					0,218	11,170
		Summe 157...		77,425	0,075	77,500	44,258	53,570

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/159		Verschiedene Dienststellen:							
1/1590		Heimarbeitungskommissionen: Heimarbeitungskommissionen, Schlichtungsstellen							
1/15900	22	Personalausgaben		2,952			2,952	3,125	3,108
1/15903	22	Anlagen				0,011	0,011	0,011	0,022
1/15907	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,070		0,070	0,070	0,037
1/15908	22	Aufwendungen			1,049		1,049	1,009	1,184
		Summe 1590...		2,952	1,119	0,011	4,082	4,215	4,351
1/1592		Arbeitsinspektion:							
1/15920	21	Personalausgaben		220,524			220,524	207,193	204,340
1/15923		Anlagen				4,397	4,397	2,848	2,014
	21					4,396	4,396	2,847	2,014
	41					0,001	0,001	0,001	
1/15926	21	Förderungen			0,250		0,250	0,250	0,250
1/15927		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			15,717		15,717	15,717	13,609
	21				10,515		10,515	10,517	8,733
	22				5,202		5,202	5,200	4,876
1/15928		Aufwendungen			59,412		59,412	46,904	45,403
	21				59,411		59,411	46,903	45,403
	41				0,001		0,001	0,001	
		Summe 1592...		220,524	75,379	4,397	300,300	272,912	265,616
		Summe 159...		223,476	76,498	4,408	304,382	277,127	269,967
		Gesamtausgaben 15...		1.662,868	82.910,682	316,238	84.889,788	90.376,252	92.297,866

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

71

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1998	Bundesvoranschlag 1997	Erfolg 1996
2/159		Verschiedene Dienststellen:						
2/1590		Heimarbeitungskommissionen:						
		<i>Heimarbeitungskommissionen, Schlichtungsstellen</i>						
2/15904	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,013	0,013	0,013	0,000
2/15907	22	Bestandswirksame Einnahmen	0,002	0,002	0,006
		Summe 1590...		0,013	0,002	0,015	0,019	0,000
2/1592		Arbeitsinspektion:						
2/15924		Erfolgswirksame Einnahmen		6,030	6,030	6,030	5,685
	21			6,020	6,020	6,020	5,685
	43			0,010	0,010	0,010
2/15927		Bestandswirksame Einnahmen	0,174	0,174	0,174	0,135
	21			0,173	0,173	0,173	0,135
	41			0,001	0,001	0,001
		Summe 1592...		6,030	0,174	6,204	6,204	5,820
		Summe 159...		6,043	0,176	6,219	6,223	5,820
		Gesamteinnahmen 15...		57.389,465	50,127	57.439,592	60.465,237	61.585,653

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/16		Sozialversicherung:	*						
1/160		Bundesministerium; Pensionsversicherung (Bundesbeitrag):							
1/16007	22	PVA der Arbeiter; Bundesbeitrag		21.445,500			21.445,500	17.566,100	21.526,240
1/16027	22	VA der österr. Eisenbahnen; Bundesbeitrag		426,200			426,200	300,800	429,200
1/16037	22	PVA der Angestellten; Bundesbeitrag		7.738,500			7.738,500	5.790,600	7.051,100
1/16047	22	VA des österr. Bergbaues; Bundesbeitrag ..		1.680,500			1.680,500	1.443,800	1.846,046
1/16057	22	Überweisung gem. § 34 (1) GSVG		9.040,000			9.040,000	7.818,000	6.495,000
1/16067	22	SVA der gewerbl. Wirtschaft; Bundesbeitrag		3.682,100			3.682,100	5.695,300	7.915,456
1/16077	22	Betrag gem. § 31 (2) BSVG		4.419,000			4.419,000	3.867,000	3.972,691
1/16087	22	SVA der Bauern; Bundesbeitrag		7.711,600			7.711,600	8.407,500	7.835,800
		Summe 160...		56.143,400			56.143,400	50.889,100	57.071,534
1/161		Bundesministerium; Ausgleichszulagen:							
1/16107	22	PVA der Arbeiter; Ausgleichszulagen		5.501,300			5.501,300	6.067,900	6.000,531
1/16127	22	VA der österr. Eisenbahnen; Ausgleichszulagen		43,300			43,300	49,000	47,200
1/16137	22	PVA der Angestellten; Ausgleichszulagen ..		597,200			597,200	610,100	564,900
1/16147	22	VA des österr. Bergbaues; Ausgleichszulagen		66,400			66,400	79,300	76,500
1/16157	22	SVA der gewerbl. Wirtschaft; Ausgleichszulagen		1.003,000			1.003,000	1.117,400	1.125,200
1/16167	22	SVA der Bauern; Ausgleichszulagen		2.977,300			2.977,300	3.227,700	3.239,800
		Summe 161...		10.188,500			10.188,500	11.151,400	11.054,131
1/162		Bundesministerium; Leistungen zur Krankenversicherung:							
1/16217	22	SVA der Bauern; Bundesbeitrag zur Krankenversicherung		871,000			871,000	880,000	862,350
1/16227	22	Zuschuß zum Ausgleichsfonds der Krankenversicherungsträger		0,001			0,001	0,001	
1/16237	22	Teilersatz der Aufwendungen für Jugendlichenuntersuchungen		26,000			26,000	25,000	21,567
		Summe 162...		897,001			897,001	905,001	883,917
1/164		Bundesministerium; sonst. Leistungen zur Sozialversicherung:							
1/16407	22	Bundesbeitrag zur Unfallversicherung gem. §74a(2)ASVG		6,500			6,500	6,000	5,306
1/16417	22	Vorschüsse auf ausländische Renten		0,001			0,001	0,001	
1/16427	22	SVA der Bauern; Bundesbeitrag zur Unfallversicherung		335,000			335,000	325,000	316,035
1/16437	22	Ersatzleistungen gem. § 117 B-KUVG		3,298			3,298	3,000	1,535
		Summe 164...		344,799			344,799	334,001	322,876
1/165		BM; Leistungen n. d. Nachtschwerarbeitsgesetz (NSchG):							
1/16507	22	Ersatz der Aufwendungen für das Sonderruhegeld		323,500			323,500	319,200	298,000
1/16517	22	Vergütung f. d. Einhebung d. Nachtschwerarbeits-Beitrages		0,800			0,800	0,800	0,767
		Summe 165...		324,300			324,300	320,000	298,767
		Gesamtausgaben 16...		67.898,000			67.898,000	63.599,502	69.631,225

Anmerkungen:

1/16 Personal- und Sachausgaben beim Paragraph 1/1500 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

73

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	Ann.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
2/16		Sozialversicherung:						
2/160		Bundesministerium; Pensionsversicherung (Bundesbeitrag):						
2/16004	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	0,001	0,001	1.273,135
2/161		Bundesministerium; Ausgleichszulagen:						
2/16104	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	0,001	0,001	38,001
2/162		Bundesministerium; Leistungen zur Krankenversicherung:						
2/16204	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	0,001	0,001
2/164		Bundesministerium; sonst. Leistungen zur Sozialversicherung:						
2/16404	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	0,001	0,001	12,955
2/165		BM; Leistungen n. d. Nachtschwerarbeitsgesetz (NSchG):						
2/16504	22	Erfolgswirksame Einnahmen		135,000	135,000	143,000	132,661
		Gesamteinnahmen 16...		135,004	135,004	143,004	1.456,752

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/17		Gesundheit:							
1/172		<i>Gesundheit und Konsumentenschutz</i>							
		Bundesministerium; Gesundheitsvorsorge:							
1/1720		Vorsorgemedizin; Epidemiologische Maßnahmen:							
1/17203	21	Anlagen			4,500	4,500	4,783	4,578	
1/17204	21	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ...		0,001		0,001	0,001		
1/17206	21	Förderungen		61,656		61,656	61,656	62,994	
1/17207	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..		12,000		12,000	6,260	4,931	
1/17208	21	Aufwendungen		194,514		194,514	83,800	63,858	
		Summe 1720...			268,171	4,500	272,671	156,500	136,360
1/17217	21	Überweisung an den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds ..			0,002		0,002	0,002	5.409,236
1/17218	12	Klinischer Mehraufwand (Universitätskliniken)			4.698,718		4.698,718	4.262,000	2.502,455
1/1722		Bekämpfung des Suchtgiftmißbrauches:							
1/17223	21	Anlagen				0,300	0,300	0,394	0,038
1/17226	21	Förderungen		23,081		23,081	23,081	21,346	
1/17228	21	Aufwendungen		5,000		5,000	5,052	4,413	
		Summe 1722...			28,081	0,300	28,381	28,527	25,797
1/1724		Mutter-Kind-Paß (zweckgeb. Gebarung):							
1/17247	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) .. *			517,000		517,000	558,260	526,664
		Summe 172...			5.511,972	4,800	5.516,772	5.005,289	8.600,513
1/174		Bundesministerium; Gesundheit; Rechtsangelegenheiten:							
1/17408		Aufwendungen			4,800		4,800	2,343	0,437
	11				2,293		2,293	2,336	0,436
	21				2,507		2,507	0,007	0,001
1/17417	21	Aufwand nach dem Bäderhygienegesetz			2,000		2,000	0,040	
1/17427	21	Zweckzuschüsse nach dem Krankenanstaltengesetz (KAG)			6.232,800		6.232,800	6.346,080	
1/17437	21	Aufwand nach dem Tuberkulosegesetz			40,000		40,000	40,401	24,458
1/17447	21	Entschädigungen nach Sanitätsgesetzen			21,000		21,000	6,911	5,319
1/17457	11	Studienförderung/Medizinisch-technische Schulen			45,000		45,000	42,100	59,100
1/17467	11	Schülerbeihilfen			4,000		4,000	6,368	3,952
1/17424	21	Zweckzuschüsse nach dem Krankenanstaltengesetz							
		Summe 174...			6.349,600		6.349,600	6.444,243	93,265
1/179		Dienststellen:							
1/1792		Bakteriologisch-serologische u. sonst. Untersuchungsanst.:							
1/17920	21	Personalausgaben		154,519			154,519	149,675	150,982
1/17923	21	Anlagen				19,500	19,500	19,706	12,095
1/17927	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,900		1,900	1,924	1,609
1/17928	21	Aufwendungen			109,000		109,000	109,672	95,360
		Summe 1792...		154,519	110,900	19,500	284,919	280,977	260,046

Anmerkungen:

1/17247 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/17240.

1/17928 Hievon 1998 5,102 Millionen Schilling für Zahlungen an die BIG.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

75

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Einnahmen	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1998	Bundesvoranschlag 1997	Erfolg 1996
2/17		Gesundheit:						
2/172		<i>Gesundheit und Konsumentenschutz</i>						
		Bundesministerium; Gesundheitsvorsorge:						
2/1724		Mutter-Kind-Paß (zweckgeb. Gebarung):						
2/17240	21	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	517,000	517,000	558,260	526,664
2/17294		Erfolgswirksame Einnahmen		117,502	117,502	289,639	1.385,993
	12			67,502	67,502	276,970	87,972
	21			50,000	50,000	12,669	1.298,021
2/17297	21	Bestandswirksame Einnahmen			0,001	0,001	0,001
		Summe 172...		634,502	0,001	634,503	847,900	1.912,656
2/174		Bundesministerium; Gesundheit;						
		Rechtsangelegenheiten:						
2/17494	21	Erfolgswirksame Einnahmen		0,100	0,100	0,267	0,073
2/179		Dienststellen:						
2/1792		Bakteriologisch-serologische u. sonst.						
		Untersuchungsanst.:						
2/17924	21	Erfolgswirksame Einnahmen		195,157	195,157	178,197	180,016
2/17927	21	Bestandswirksame Einnahmen			0,018	0,018	0,018
		Summe 1792...		195,157	0,018	195,175	178,215	180,016

Anmerkungen:

2/17240 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/17247 veranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/1794		Bundeshebammenlehranstalten/Bundes- Hebammenakademien:							
1/17940	21	Personalausgaben		0,613			0,613	0,568	0,579
1/17943	21	Anlagen				0,500	0,500	0,810	0,122
1/17947	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..					0,003	0,020	
1/17948	21	Aufwendungen					19,000	19,000	15,329
		Summe 1794...		0,613	19,003	0,500	20,116	20,398	16,030
1/1790		Lebensmitteluntersuchungsanstalten:							
1/17900	21	Personalausgaben						15,528	106,610
1/17903	21	Anlagen						0,002	14,921
1/17907	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..						0,001	0,010
1/17908	21	Aufwendungen						2,300	44,339
		Summe 1790...						17,831	165,879
1/1795		Veterinärmedizinische Anstalten:							
1/17950	34	Personalausgaben						13,443	89,753
1/17953	34	Anlagen							6,879
1/17957	34	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..						0,010	0,027
1/17958	34	Aufwendungen						4,030	45,227
		Summe 1795...						17,483	141,886
1/1796		Veterinärmedizinischer Grenzbeschaudienst:							
1/17960	34	Personalausgaben						2,366	15,334
1/17963	34	Anlagen							2,266
1/17967	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..						0,045	0,285
1/17968	34	Aufwendungen						0,348	6,264
		Summe 1796...						2,759	24,149
		Summe 179...		155,132	129,903	20,000	305,035	339,448	607,990
1/170		Bundesministerium für Gesundheit und Konsumentenschutz:							
1/1700		Zentraleitung:							
1/17000	43	Personalausgaben						27,549	185,464
1/17003	43	Anlagen						0,010	13,281
1/17006		Förderungen							36,666
	21								36,496
	22								0,170
1/17007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..						0,488	40,579
	22							0,447	3,091
	43							0,041	37,489
1/17008		Aufwendungen						4,624	69,898
	21								
	43							4,624	69,898
		Summe 1700...						32,671	345,889
1/17015		Bezugsvorschüsse							0,854
	23								0,196
	43								0,658
		Summe 170...						32,671	346,743
1/171		Konsumentenschutz:							
1/17106	43	Förderungen							2,990
1/17107	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..							0,001
1/17108	43	Aufwendungen						0,041	31,492
		Summe 171...						0,041	34,483

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

77

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
2/1794		Bundeshebammenlehranstalten/Bundes- Hebammenakademien:						
2/17944	21	Erfolgswirksame Einnahmen		0,019		0,019	2,086	2,145
2/17947	21	Bestandswirksame Einnahmen			0,003	0,003	0,003	
		Summe 1794...		0,019	0,003	0,022	2,089	2,145
2/1790		Lebensmitteluntersuchungsanstalten:						
2/17904	21	Erfolgswirksame Einnahmen					1,754	22,956
2/17907	21	Bestandswirksame Einnahmen						
		Summe 1790...					1,754	22,956
2/1795		Veterinärmedizinische Anstalten:						
2/17954	34	Erfolgswirksame Einnahmen					3,864	50,217
2/17957	34	Bestandswirksame Einnahmen						0,010
		Summe 1795...					3,864	50,228
2/1796		Veterinärmedizinischer Grenzbeschaudienst:						
2/17964	34	Erfolgswirksame Einnahmen					0,610	13,032
2/17967	34	Bestandswirksame Einnahmen						
		Summe 1796...					0,610	13,032
		Summe 179...		195,176	0,021	195,197	186,532	268,378
2/170		Bundesministerium für Gesundheit und Konsumentenschutz:						
2/1700		Zentraleitung:						
2/17000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen						
2/17004	43	Erfolgswirksame Einnahmen					0,149	3,361
2/17007	43	Bestandswirksame Einnahmen						
		Summe 1700...					0,149	3,361
2/17019	23 43	Bezugsvorschußsätze					0,203 0,039 0,164	1,287 0,227 1,059
		Summe 170...					0,352	4,647
2/171		Konsumentenschutz:						
2/17104	43	Erfolgswirksame Einnahmen						

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/173		BM; Strahlensch., Veterinärw., Lebensmittelangel., Gentechnol.:							
1/1732		Strahlenschutz:							
1/17323	21	Anlagen							2,791
1/17326	21	Förderungen							0,150
1/17327	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..							0,599
1/17328	21	Aufwendungen					7,418		102,275
		Summe 1732...						7,418	105,815
1/1737		Veterinärwesen:							
1/17376		Förderungen							0,480
	21								0,380
	34								0,100
1/17377	34	Epizootie					1,867		38,473
1/17378	34	Aufwendungen							1,933
		Summe 1737...						1,867	40,886
1/1738		Lebensmittel, Chemikalien:							
1/17386	21	Förderungen							0,202
1/17387	21	Entschädigungen					0,026		0,222
1/17388	21	Lebensmittel- und Chemikalienkontrolle ...					0,040		3,396
		Summe 1738...						0,066	3,820
1/1739		Gentechnologie:							
1/17396	21	Förderungen							0,347
1/17398	21	Aufwendungen					0,003		3,511
		Summe 1739...						0,003	3,858
		Summe 173...						9,354	154,379
		Gesamtausgaben 17...		155,132	11.991,475	24,800	12.171,407	11.831,046	9.837,373

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

79

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
2/173		BM; Strahlensch., Veterinärw., Lebensmittelangel., Gentechnol.:						
2/17374	34	Epizootie					0,046	3,002
2/1739		Verschiedene Einnahmen:						
2/17394		Erfolgswirksame Einnahmen					0,849	4,722
	21						0,849	4,722
	34							
2/17397		Bestandswirksame Einnahmen						
	21							
	34							
		Summe 1739...					0,849	4,722
		Summe 173...					0,895	7,724
		Gesamteinnahmen 17...		829,778	0,022	829,800	1.035,946	2.193,480

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/18		Umwelt:							
1/180		Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie:							
1/18000	43	Personalausgaben		171,061			171,061	159,697	148,876
1/18003	43	Anlagen				14,498	14,498	14,498	19,534
1/18005	43	Bezugsvorschüsse				1,900	1,900	1,900	1,784
	23					1,000	1,000	1,000	0,683
	43					0,900	0,900	0,900	1,101
1/18007	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			2,373		2,373	2,241	2,326
	22				1,890		1,890	1,890	1,902
	43				0,483		0,483	0,351	0,425
1/18008	43	Aufwendungen	*		128,390		128,390	128,390	115,038
		Summe 180...		171,061	130,763	16,398	318,222	306,726	287,558
1/186		Umweltschutz:							
1/1860		Umweltpolitische Maßnahmen:							
1/18603	21	Anlagen				1,792	1,792	1,792	1,347
1/18606	21	Förderungen			127,000		127,000	117,000	120,008
1/18607	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,001		0,001	0,001	
1/18608	21	Aufwendungen	*		231,910		231,910	203,637	143,320
		Summe 1860...			358,911	1,792	360,703	322,430	264,675
1/1862		Altlastensanierung (zweckgeb. Geb.):							
1/18626	21	Förderungen	*		425,002		425,002	272,002	143,554
1/18628	21	Aufwendungen	*		75,000		75,000	48,000	13,312
		Summe 1862...			500,002		500,002	320,002	156,866
1/1863		Siedlungswasserwirtschaft:							
1/18636	37	Förderungen	*		1.935,000		1.935,000	1.500,003	871,995
1/1864		Sonstige Umweltmaßnahmen:							
1/18646	37	Förderungen			492,000		492,000	400,000	476,450
1/18648	37	Aufwendungen			64,358		64,358	64,358	68,557
		Summe 1864...			556,358		556,358	464,358	545,007
1/18656	21	EU-Förderungen			0,007		0,007	0,006	15,573
	37				0,002		0,002	0,002	
					0,005		0,005	0,004	15,573
		Summe 186...			3.350,278	1,792	3.352,070	2.606,799	1.854,116
1/187		Umweltbundesamt:							
1/18700	21	Personalausgaben		93,986			93,986	87,756	91,434
1/18703	21	Anlagen				23,670	23,670	23,670	23,652
1/18707	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,582		1,582	1,582	1,544
	22				0,034		0,034	0,034	0,040
	22				1,548		1,548	1,548	1,504
1/18708	21	Aufwendungen	*		98,984		98,984	94,984	94,981
		Summe 187...		93,986	100,566	23,670	218,222	207,992	211,611
		Gesamtausgaben 18...		265,047	3.581,607	41,860	3.888,514	3.121,517	2.353,284

Anmerkungen:

- 1/18008 Hievon 1998 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/18000.
1/18608 Hievon 1998 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/18000.
1/18626 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/18620 (0,002 Millionen Schilling) und 2/52690 (425,000 Millionen Schilling).
1/18628 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52690.
1/18636 Hievon 1998 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/18630 (117,110 Millionen Schilling) und 2/51110 (40,000 Millionen Schilling).
1/18708 Hievon 1998 1,200 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/18700.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

81

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1998	Bundesvoranschlag 1997	Erfolg 1996
2/18		Umwelt:						
2/180		Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie:						
2/18000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,002		0,002	0,003	1,084
2/18004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		1,047		1,047	1,047	3,454
2/18007	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,008	0,008	0,016	
2/18009		Bezugsvorschußsätze			0,751	0,751	0,751	0,890
	23				0,193	0,193	0,193	0,317
	43				0,558	0,558	0,558	0,573
		Summe 180...		1,049	0,759	1,808	1,817	5,428
2/186		Umweltschutz:						
2/1860		Umweltpolitische Maßnahmen:						
2/18604	21	Erfolgswirksame Einnahmen		0,006		0,006	0,005	0,197
2/18607	21	Bestandswirksame Einnahmen			0,003	0,003	0,003	0,032
		Summe 1860...		0,006	0,003	0,009	0,008	0,230
2/1862		Altlastensanierung (zweckgeb. Geb.):						
2/18620	21	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,002		0,002	0,002	
2/1863		Siedlungswasserwirtschaft:						
2/18630	37	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	117,110		117,110	92,926	
		Summe 186...		117,118	0,003	117,121	92,936	0,230
2/187		Umweltbundesamt:						
2/18700	21	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	1,200		1,200	1,180	1,069
2/18704	21	Erfolgswirksame Einnahmen		3,814		3,814	3,813	2,853
2/18707	21	Bestandswirksame Einnahmen			0,156	0,156	0,156	0,224
		Summe 187...		5,014	0,156	5,170	5,149	4,146
		Gesamteinnahmen 18...		123,181	0,918	124,099	99,902	9,804

Anmerkungen:

- 2/18000 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/18008 (0,001 Millionen Schilling) und 1/18608 (0,001 Millionen Schilling) mitveranschlagt.
- 2/18620 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/18626 mitveranschlagt.
- 2/18630 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/18636 mitveranschlagt.
- 2/18700 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/18708 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/19		Jugend und Familie:							
1/191		Familienpolitische Maßnahmen:							
1/1911		Familienpolitische Aktivitäten:							
1/19116	22	Förderungen		25,519		25,519	25,519	25,519	24,101
1/19118	22	Aufwendungen	*	29,274		29,274	29,274	29,274	19,931
		Summe 1911...			54,793		54,793	54,793	44,031
1/1913		Reservefonds für Familienbeihilfen:							
1/19137	22	Zahlung an den Reservefonds für Familienbeihilfen		0,002		0,002	0,002	0,002	852,260
		Summe 191...			54,795		54,795	54,795	896,291
1/193		Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (zweckgeb. Geb.):							
1/19307	22	Familienbeihilfen		31.625,000		31.625,000	31.511,301	32.624,130	
1/19317	22	Geburtenbeihilfen		210,801		210,801	52,002	1.476,031	
1/19327	22	Schulfahrtbeihilfen und Lehrlingsfahrtbeihilfen		47,000		47,000	73,615	41,809	
1/19337	22	Schülerfreifahrten		3.658,870		3.658,870	4.008,964	4.355,503	
1/19347	22	Schulbücher		1.200,000		1.200,000	1.200,000	1.203,006	
1/19357	22	Lehrlingsfreifahrten		185,698		185,698	185,698	184,000	
1/1936		Härteausgleich:							
1/19365	22	Förderungen (D)				1,000	1,000	2,000	0,836
1/19368	22	Aufwendungen		14,000			14,000	23,000	10,661
		Summe 1936...			14,000	1,000	15,000	25,000	11,497
1/1937		Familienberatungsstellen:							
1/19376	22	Förderungen		110,000		110,000	100,000	99,748	
1/1938		Sonstige familienpolitische Maßnahmen:							
1/19387	22	Sonstige Maßnahmen	*	13.576,103		13.576,103	13.184,343	13.633,083	
1/19389	22	Unterhaltsvorschüsse				920,000	889,934	917,511	
		Summe 1938...			13.576,103	920,000	14.496,103	14.074,277	14.550,594
1/19397	22	Rückzahlungen und Überweisungen			3.842,950		3.842,950	3.935,477	
		Summe 193...			54.470,422	921,000	55.391,422	55.166,334	54.546,318

Anmerkungen:

1/19118 Hievon 1998 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/19110.

1/19387 Hievon 1998 7.795,921 Millionen Schilling Überweisung an VA-Ansatz 2/15550.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

83

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	Ann.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1998	Bundesvoranschlag 1997	Erfolg 1996
2/19		Jugend und Familie:						
2/191		Familienpolitische Maßnahmen:						
2/1911		Familienpolitische Aktivitäten:						
2/19110	22	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,001	0,001	0,001
2/19114	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,003	0,003	0,003
		Summe 1911...		0,004	0,004	0,004
2/1913		Reservfonds für Familienbeihilfen:						
2/19134	22	Erfolgswirksame Einnahmen		3.842,950	3.842,950	1.973,674
		Summe 1913...		3.842,954	3.842,954	1.973,678
2/193		Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (zweckgeb. Geb.):						
2/19300	22	Dienstgeberbeiträge (Sektion A)		39.718,283	39.718,283	39.582,283	38.288,957
2/19310	22	Anteil der Einkommen- und Körperschaftsteuer ... *		5.245,008	5.245,008	5.155,920	4.959,146
2/19311	22	Abgeltung von Ansätzen für Einkommensteuer ... *		9.500,000	9.500,000	9.500,000	9.500,000
2/19320	22	Beiträge von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben		91,000	91,000	91,000	86,980
2/19330	22	Beiträge der Länder		147,666	147,666	147,666	147,665
2/19340	22	Transferzahlungen von privaten Haushalten (Selbstbehalt)		273,730	273,730	273,730	298,763
2/1936		Härteausgleich:						
2/19361	22	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,001	0,001	0,001
2/19363	22	Darlehensrückzahlungen	0,900	0,900	0,900	0,755
		Summe 1936...		0,001	0,900	0,901	0,901	0,755
2/19371	22	Familienberatungsstellen		0,001	0,001	0,001
2/19382	22	Unterhaltsvorschüsse	414,832	414,832	414,832	411,794
2/19390	22	Ersatz vom Reservfonds für Familienbeihilfen ..		0,001	0,001	0,001	852,260
		Summe 193...		54.975,690	415,732	55.391,422	55.166,334	54.546,318

Anmerkungen:

2/19110 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/19118 mitveranschlagt.

2/19310 Überweisung vom VA-Ansatz 2/52874.

2/19311 Überweisung vom VA-Ansatz 2/52875.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/194		Jugend:							
1/1941		Außerschulische Jugenderziehung:							
1/19416	11	Förderungen			99,654		99,654	99,654	99,636
1/19417	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,013		0,013	0,013	0,022
1/19418	11	Aufwendungen			15,927		15,927	15,927	15,927
1/19410	11	Personalausgaben						1,031	1,054
		Summe 194...			115,594		115,594	116,625	116,638
1/190		Bundesministerium für Jugend und Familie:							
1/19000	43	Personalausgaben							17,245
1/19003	43	Anlagen							0,040
1/19005	43	Bezugsvorschüsse							0,118
1/19007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..							0,250
	22								0,247
	43								0,003
1/19008	43	Aufwendungen							5,075
		Summe 190...							22,729
		Gesamtausgaben 19...			54.640,811	921,000	55.561,811	55.337,754	55.581,976

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

85

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
2/194		Jugend:							
2/1941		Außerschulische Jugend- erziehung:							
2/19414	11	Erfolgswirksame Einnahmen			0,105	0,105	0,202	0,126
2/190		Bundesministerium für Jugend und Familie:							
2/19004	43	Erfolgswirksame Einnahmen	0,049
2/19009	43	Bezugsvorschußsätze	0,013
		Summe 190...			0,062
		Gesamteinnahmen 19...			58.818,749	415,732	59.234,481	57.140,214	54.546,506

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/20		Äußeres:							
1/200		Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten:							
1/2000		Zentralleitung:							
1/20000	43	Personalausgaben		334,000			334,000	329,973	327,186
1/20003	43	Anlagen				15,583	15,583	42,024	35,074
1/20005		Bezugsvorschüsse				1,539	1,539	1,539	0,729
	23					0,300	0,300	0,300	0,040
	43					1,239	1,239	1,239	0,689
1/20006		Förderungen			77,394		77,394	63,774	30,294
	21				0,020		0,020	0,020	
	43				77,374		77,374	63,754	30,294
1/20007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			7,000		7,000	7,360	5,783
	22				6,700		6,700	7,100	5,701
	43				0,300		0,300	0,260	0,082
1/20008	43	Aufwendungen	*		218,626		218,626	225,632	193,759
		Summe 2000...		334,000	303,020	17,122	654,142	670,302	592,825
1/20018	43	Internationales Diplomatenseminar Hellbrunn			0,700		0,700	0,700	0,569
		Internationales Diplomatenseminar Klessheim							
1/20028	43	Presse und Information			8,000		8,000	8,000	8,138
1/2003		Beiträge an internationale Organisationen:							
1/20036	43	Förderungen			234,544		234,544	232,955	243,320
1/20037	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			410,826		410,826	447,942	335,579
		Summe 2003...			645,370		645,370	680,897	578,899
1/20048	43	Internationale Konferenzen in Österreich ..			39,250		39,250	34,300	22,861
1/2005		EU-Ratspräsidentschaft (Zentralbudget):							
1/20053	43	Anlagen				11,000	11,000		
1/20058	43	Aufwendungen			289,000		289,000		
		Summe 2005...			289,000	11,000	300,000		
1/2006		EU-Ratspräsidentschaft (Ressortbudget):							
1/20063	43	Anlagen				0,400	0,400		
1/20067	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,200		0,200		
1/20068	43	Aufwendungen			62,400		62,400		
		Summe 2006...			62,600	0,400	63,000		
		Summe 200...		334,000	1.347,940	28,522	1.710,462	1.394,199	1.203,291
1/201		Vertretungsbehörden:							
1/20100	43	Personalausgaben		483,500			483,500	439,308	461,764
1/20103	43	Anlagen				144,064	144,064	198,085	174,447
1/20105	43	Bezugsvorschüsse				0,271	0,271	0,271	0,238
1/20106	22	Förderungen	*		5,431		5,431	5,431	5,077
1/20107		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			35,800		35,800	35,120	32,772
	21				23,000		23,000	22,000	22,004
	22				9,600		9,600	10,120	8,784
	43				3,200		3,200	3,000	1,985
1/20108		Aufwendungen			906,312		906,312	905,096	868,287
	21				4,500		4,500	4,500	4,111
	43				901,812		901,812	900,596	864,176
		Summe 201...		483,500	947,543	144,335	1.575,378	1.583,311	1.542,586

Anmerkungen:

1/20008 Hievon 1998 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/20000.

1/20106 Hievon 1998 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/20100.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

87

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1998	Bundesvoranschlag 1997	Erfolg 1996
2/20		Äußeres:						
2/200		Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten:						
2/2000		Zentralleitung:						
2/20000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,001		0,001	0,001	
2/20004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		22,567		22,567	22,450	31,762
2/20008	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			0,033	0,033	0,033	0,001
2/20009		Bezugsvorschußsätze			1,450	1,450	1,450	1,285
	23				0,250	0,250	0,250	0,151
	43				1,200	1,200	1,200	1,134
		Summe 2000...		22,568	1,483	24,051	23,934	33,047
2/2005		EU-Ratspräsidentschaft (Zentralbudget):						
2/20054	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001		
		Summe 200...		22,569	1,483	24,052	23,934	33,047
2/201		Vertretungsbehörden:						
2/20100	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,001		0,001	0,001	
2/20104		Erfolgswirksame Einnahmen		64,178		64,178	64,142	52,640
	21			4,500		4,500	4,200	4,167
	43			59,678		59,678	59,942	48,472
2/20108	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			2,326	2,326	2,326	0,816
2/20109	43	Bezugsvorschußsätze			0,250	0,250	0,250	0,240
		Summe 201...		64,179	2,576	66,755	66,719	53,695

Anmerkungen:

2/20000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/20008 mitveranschlagt.

2/20100 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/20106 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/203		Österreichische Kulturinstitute:							
1/20300	13	Personalausgaben		37,400			37,400	40,634	37,815
1/20303	13	Anlagen				7,259	7,259	9,811	4,628
1/20305	13	Bezugsvorschüsse				0,100	0,100	0,100	0,005
1/20307		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			2,550		2,550	2,670	1,999
	13				0,130		0,130	0,105	0,094
	21				1,750		1,750	1,900	1,289
	22				0,670		0,670	0,665	0,616
1/20308		Aufwendungen			66,151		66,151	61,002	61,599
	13				65,701		65,701	60,502	61,195
	21				0,450		0,450	0,500	0,404
		Summe 203...		37,400	68,701	7,359	113,460	114,217	106,046
1/204		Kulturelle Veranstaltungen:							
1/2040		Ministerium und Vertretungen:							
1/20406		Förderungen			5,700		5,700	6,200	5,210
	11				0,371		0,371	0,420	0,266
	13				5,327		5,327	5,778	4,944
	43				0,002		0,002	0,002	
1/20408	13	Aufwendungen			75,000		75,000	81,600	85,552
		Summe 204...			80,700		80,700	87,800	90,762
1/205		Entwicklungshilfe:							
1/20506		Förderungen			805,000		805,000	832,000	929,759
	11				291,590		291,590	343,193	269,399
	12				25,000		25,000	8,592	11,320
	21				105,000		105,000	74,607	119,878
	22				18,000		18,000	6,500	9,592
	33				20,001		20,001	3,451	1,845
	34				72,510		72,510	143,874	167,385
	35				56,006		56,006	55,788	64,111
	36				117,206		117,206	120,792	137,506
	38				9,684		9,684	4,401	5,155
	43				90,003		90,003	70,802	143,567
1/20508	43	Aufwendungen			45,000		45,000	18,000	18,000
		Summe 205...			850,000		850,000	850,000	947,759
1/202		Diplomatische Akademie:							
1/20200	11	Personalausgaben							6,841
1/20203	11	Anlagen							0,124
1/20205		Bezugsvorschüsse							
	11								
	23								
1/20207		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..							0,105
	11								0,105
	22								
1/20208	11	Aufwendungen							5,501
		Summe 202...							12,572
		Gesamtausgaben 20...		854,900	3.294,884	180,216	4.330,000	4.029,527	3.903,016

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

89

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	ANM.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1998	Bundesvoranschlag 1997	Erfolg 1996
2/203		Österreichische Kulturinstitute:						
2/20304	13	Erfolgswirksame Einnahmen		2,704		2,704	3,299	2,250
	21			2,673		2,673	3,273	2,230
	43			0,006		0,006	0,006	
				0,025		0,025	0,020	0,020
2/20308	13	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			0,013	0,013	0,013	
2/20309	13	Bezugsvorschußsätze			0,025	0,025	0,025	0,030
		Summe 203...		2,704	0,038	2,742	3,337	2,280
2/204		Kulturelle Veranstaltungen:						
2/2040		Ministerium und Vertretungen:						
2/20404	13	Erfolgswirksame Einnahmen		3,620		3,620	0,120	4,813
2/205		Entwicklungshilfe:						
2/20504	38	Erfolgswirksame Einnahmen		4,664		4,664	7,193	10,098
	43			1,000		1,000	1,000	5,658
				3,664		3,664	6,193	4,441
2/20509	43	Darlehensrückzahlungen			23,692	23,692	26,697	19,978
		Summe 205...		4,664	23,692	28,356	33,890	30,076
2/202		Diplomatische Akademie:						
2/20204	11	Erfolgswirksame Einnahmen						1,136
2/20208	11	Sonstige bestandswirksame Einnahmen						0,022
2/20209	11	Bezugsvorschußsätze						0,022
	23							
		Summe 202...						1,158
		Gesamteinnahmen 20...		97,736	27,789	125,525	128,000	125,069

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/30		Justiz:							
1/300		Bundesministerium für Justiz:							
1/30000	43	Personalausgaben		163,000			163,000	153,210	153,266
1/30003	43	Anlagen				4,000	4,000	4,000	4,513
1/30005	43	Bezugsvorschüsse				14,000	14,000	14,000	11,994
	23					4,000	4,000	4,000	3,650
	43					10,000	10,000	10,000	8,344
1/30006	43	Förderungen	*		207,200		207,200	180,000	171,145
	12				1,000		1,000	1,000	0,900
	43				206,200		206,200	179,000	170,245
1/30007	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			2,220		2,220	2,200	2,222
	22				2,159		2,159	2,140	2,168
	43				0,061		0,061	0,060	0,054
1/30008	43	Aufwendungen			35,778		35,778	30,000	34,300
1/30018	42	Zahlungen an die BIG			32,094		32,094	10,000	12,598
		Summe 300...		163,000	277,292	18,000	458,292	393,410	390,038
1/301		Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur:							
1/30100	42	Personalausgaben		118,100			118,100	115,580	114,717
1/30103	42	Anlagen				0,955	0,955	1,230	2,236
1/30107	42	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,270		1,270	1,570	1,209
	22				1,229		1,229	1,529	1,178
	42				0,041		0,041	0,041	0,032
1/30108	42	Aufwendungen			8,600		8,600	8,415	8,235
		Summe 301...		118,100	9,870	0,955	128,925	126,795	126,398
1/302		Justizbehörden in den Ländern:							
1/30200	42	Personalausgaben		3.601,600			3.601,600	3.527,710	3.490,794
1/30203	42	Anlagen				153,545	153,545	90,000	117,551
1/30207	42	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1.128,512		1.128,512	961,400	1.061,400
	22				71,480		71,480	70,000	70,026
	42				1.057,032		1.057,032	891,400	991,374
1/30208	42	Aufwendungen			1.793,210		1.793,210	1.597,000	1.594,956
1/30209	42	Aufwendungen (B)				0,050	0,050	0,090	0,063
		Summe 302...		3.601,600	2.921,722	153,595	6.676,917	6.176,200	6.264,764
1/303		Justizanstalten:							
1/30300	42	Personalausgaben		1.703,350			1.703,350	1.658,464	1.615,953
1/30303	42	Anlagen				45,000	45,000	40,000	45,000
1/30306	22	Förderungen			2,200		2,200	2,200	2,200
1/30307	42	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			41,902		41,902	40,600	40,600
	22				0,001		0,001	0,001	1,000
	42				41,901		41,901	40,599	39,600
1/30308	42	Aufwendungen			1.125,664		1.125,664	976,000	1.021,000
		Summe 303...		1.703,350	1.169,766	45,000	2.918,116	2.717,264	2.724,753
1/305		Bewährungshilfe:							
1/30500	42	Personalausgaben		93,100			93,100	91,850	90,416
1/30503	42	Anlagen				0,500	0,500	0,295	0,695
1/30506	22	Förderungen			25,000		25,000	23,000	23,000
1/30508	42	Aufwendungen			225,644		225,644	218,000	212,600
		Summe 305...		93,100	250,644	0,500	344,244	333,145	326,711
		Gesamtausgaben 30...		5.679,150	4.629,294	218,050	10.526,494	9.746,814	9.832,665

Anmerkungen:

1/30006 Hievon 1998 0,065 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/30000.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

91

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	ANM.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1998	Bundesvoranschlag 1997	Erfolg 1996
2/30		Justiz:						
2/300		Bundesministerium für Justiz:						
2/30000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,065		0,065	0,065	0,211
2/30004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		2,123		2,123	2,123	2,091
2/30007	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,005	0,005	0,005	
2/30009	23	Bezugsvorschußsätze			12,500	12,500	12,500	11,931
	43				3,500	3,500	3,500	3,468
					9,000	9,000	9,000	8,463
		Summe 300...		2,188	12,505	14,693	14,693	14,233
2/301		Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur:						
2/30104	42	Erfolgswirksame Einnahmen		2,004		2,004	1,004	1,701
2/30107	42	Bestandswirksame Einnahmen			0,002	0,002	0,002	
		Summe 301...		2,004	0,002	2,006	1,006	1,701
2/302		Justizbehörden in den Ländern:						
2/30204	42	Erfolgswirksame Einnahmen		6.794,675		6.794,675	5.942,908	5.940,938
2/30207	42	Bestandswirksame Einnahmen			0,130	0,130	0,222	0,293
		Summe 302...		6.794,675	0,130	6.794,805	5.943,130	5.941,231
2/303		Justizanstalten:						
2/30304	42	Erfolgswirksame Einnahmen		420,637		420,637	390,000	399,920
2/30307	42	Bestandswirksame Einnahmen			0,911	0,911	1,111	0,645
		Summe 303...		420,637	0,911	421,548	391,111	400,564
2/305		Bewährungshilfe:						
2/30504	42	Erfolgswirksame Einnahmen		0,005		0,005	0,055	0,002
2/30507	42	Bestandswirksame Einnahmen			0,002	0,002	0,005	
		Summe 305...		0,005	0,002	0,007	0,060	0,002
		Gesamteinnahmen 30...		7.219,509	13,550	7.233,059	6.350,000	6.357,731

Anmerkungen:

2/30000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/30006 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/40		Militärische Angelegenheiten:							
1/400		Bundesministerium für Landesverteidigung:							
1/40000	41	Personalausgaben		685,373			685,373	684,242	655,060
1/40003	41	Anlagen				52,000	52,000	16,000	16,247
1/40005	41	Bezugsvorschüsse				44,350	44,350	43,200	41,805
	23					13,550	13,550	12,500	11,408
	41					30,800	30,800	30,700	30,397
1/40006	41	Förderungen	*		3,650		3,650	3,650	5,188
1/40007	41	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			13,520		13,520	13,570	11,371
	21				0,030		0,030	0,030	0,069
	22				13,090		13,090	13,090	11,068
	41				0,400		0,400	0,450	0,234
1/40008	41	Aufwendungen			89,000		89,000	94,000	92,272
1/40018	41	Zahlungen an die BIG			49,933		49,933	40,000	22,414
		Summe 400...		685,373	156,103	96,350	937,826	894,662	844,356
1/401		Heer und Heeresverwaltung:							
1/40100	41	Personalausgaben		9.239,219			9.239,219	8.910,323	8.432,733
1/40103	41	Liegenschaftsankäufe	*			29,000	29,000	31,501	31,322
1/40107	41	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			2.499,033		2.499,033	2.699,377	3.043,660
	21				192,669		192,669	210,732	247,800
	22				332,420		332,420	373,112	370,209
	41				1.973,944		1.973,944	2.115,533	2.425,651
1/40108	41	Aufwendungen			8.507,509		8.507,509	8.146,423	8.148,002
		Summe 401...		9.239,219	11.006,542	29,000	20.274,761	19.787,624	19.655,718
1/402		Heer und Heeresverwaltung (zweckgebundene Gebarung):							
1/40208	41	Soldatenheime			106,200		106,200	102,700	106,020
1/404		Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut:							
1/4040		Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut:							
1/40400	12	Personalausgaben		34,764			34,764	33,978	34,059
1/40403	12	Anlagen				2,704	2,704	2,704	3,154
1/40407	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,008		0,008	0,008	0,001
1/40408	12	Aufwendungen			7,487		7,487	7,487	7,029
		Summe 4040...		34,764	7,495	2,704	44,963	44,177	44,244
1/4041		Heeresgeschichtliches Museum (zweckgebundene Gebarung):	*						
1/40413	12	Anlagen				0,502	0,502	0,502	0,332
1/40418	12	Aufwendungen			1,201		1,201	0,550	0,950
		Summe 4041...			1,201	0,502	1,703	1,052	1,282
		Summe 404...		34,764	8,696	3,206	46,666	45,229	45,526

Anmerkungen:

1/40006 Hievon 1998 2,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/40000.

1/40103 Hievon 1998 1,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54602.

1/4041 Korrespondierende Einnahmen beim Paragraph 2/4041 veranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

93

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1998	Bundesvoranschlag 1997	Erfolg 1996
2/40		Militärische Angelegenheiten:						
2/400		Bundesministerium für Landesverteidigung:						
2/40000	41	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	2,000		2,000	2,000	3,593
2/40004		Erfolgswirksame Einnahmen		89,570		89,570	89,570	89,947
	21			0,011		0,011	0,011	0,258
	41			89,559		89,559	89,559	89,689
2/40008	41	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			0,031	0,031	0,002	0,180
2/40009		Bezugsvorschußsätze			28,000	28,000	28,000	26,929
	23				7,000	7,000	7,000	7,229
	41				21,000	21,000	21,000	19,700
		Summe 400...		91,570	28,031	119,601	119,572	120,648
2/401		Heer und Heeresverwaltung:						
2/40104		Erfolgswirksame Einnahmen		285,821		285,821	270,604	198,293
	21			0,351		0,351	0,351	0,000
	41			285,470		285,470	270,253	198,292
2/40114	41	Zahlungen internationaler Organisationen		0,001		0,001	0,001	
		Summe 401...		285,822		285,822	270,605	198,293
2/402		Heer und Heeresverwaltung (zweckgebundene Gebarung):						
2/40200	41	Soldatenheime (zweckgebundene Einnahmen)		106,200		106,200	102,700	106,020
2/404		Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut:						
2/4040		Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut:						
2/40404	12	Erfolgswirksame Einnahmen		1,106		1,106	1,506	1,128
2/40407	12	Bestandswirksame Einnahmen			0,001	0,001	0,001	
		Summe 4040...		1,106	0,001	1,107	1,507	1,128
2/4041		Heeresgeschichtliches Museum (zweckgebundene Gebarung):						
2/40410	12	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		1,703		1,703	1,052	1,722
		Summe 404...		2,809	0,001	2,810	2,559	2,850

Anmerkungen:

2/40000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/40006 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/405		Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetriebe:							
1/4050		Allentsteig (betriebsähnl. Einrichtung):							
1/40500	34	Personalausgaben		30,950			30,950	29,457	30,419
1/40503	34	Anlagen				1,700	1,700	1,600	1,600
1/40507	34	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,140		1,140	1,140	0,974
1/40508	34	Aufwendungen			8,690		8,690	8,588	8,567
		Summe 405...		30,950	9,830	1,700	42,480	40,785	41,559
		Gesamtausgaben 40...		9.990,306	11.287,371	130,256	21.407,933	20.871,000	20.693,178

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

95

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	Ann.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1998	Bundesvoranschlag 1997	Erfolg 1996
2/405		Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetriebe:						
2/4050		Allentsteig (betriebsähnl. Einrichtung):						
2/40504	34	Erfolgswirksame Einnahmen		23,403	23,403	22,303	27,020
2/40508	34	Sonstige bestandswirksame Einnahmen	0,164	0,164	0,084	0,122
			Summe 405...	23,403	0,164	23,567	22,387	27,142
			Gesamteinnahmen 40...	509,804	28,196	538,000	517,823	454,953

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/50		Finanzverwaltung:							
1/500		Bundesministerium für Finanzen:							
1/5000		Zentralleitung:							
1/50000	43	Personalausgaben		594,624			594,624	573,821	550,040
1/50003	43	Anlagen				3,972	3,972	3,972	2,212
1/50007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			39,058		39,058	38,997	10,741
	22				10,456		10,456	10,395	9,216
	43				28,602		28,602	28,602	1,525
1/50008	43	Aufwendungen	*		264,690		264,690	208,276	188,484
		Summe 5000...		594,624	303,748	3,972	902,344	825,066	751,478
1/5002		IT-Bereich:							
1/50028	43	Aufwendungen			889,144		889,144	890,144	
1/50017	43	Zahlungen an die EGKS							98,264
		Summe 500...		594,624	1.192,892	3,972	1.791,488	1.715,210	849,742
1/501		Bundesministerium für Finanzen (Zweckaufwand):							
1/50107	43	Zurückstellung von Silbermünzen	*		80,002		80,002	80,002	115,184
1/50118	38	Österreichische Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA)			15,066		15,066	15,066	11,900
1/50128	43	Bundes-Wertpapieraufsicht (BWA)			32,000		32,000	9,000	
1/50138	43	Schuldenerleichterung infolge internationaler Aktionen			830,900		830,900	430,000	392,396
1/50187	43	Dienstgeberabgabe für U-Bahn Wien			9,000		9,000	9,000	9,000
		Summe 501...			966,968		966,968	543,068	528,480
1/502		Bundesministerium für Finanzen (Förderungsmaßnahmen):							
1/50204		Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ...			12.100,000		12.100,000	120,000	
	21				12.000,000		12.000,000		
	38				100,000		100,000	120,000	
1/50216	34	Tierversicherungsförderungsgesetz			0,156		0,156	0,156	0,156
1/50226		Betreuung der Bundesbediensteten und ihrer Angehörigen	*		1,410		1,410	1,410	1,030
	21				0,691		0,691	0,691	0,647
	22				0,719		0,719	0,719	0,383
1/50236	36	Zuschuß (ÖKB-AG)			300,000		300,000	300,000	201,386
1/5024		Zahlungen an Innovations- und Technologiefonds:							
1/50247	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			380,000		380,000	400,000	420,000
1/50248	43	Aufwendungen			0,001		0,001	0,001	
		Summe 5024...			380,001		380,001	400,001	420,000

Anmerkungen:

- 1/50008 Hievon 1998 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/50000.
1/50107 Hievon 1998 80,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54070 und
0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/50100.
1/50226 Hievon 1998 0,200 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/50200.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

97

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1998	Bundesvoranschlag 1997	Erfolg 1996
2/50		Finanzverwaltung:						
2/500		Bundesministerium für Finanzen:						
2/5000		Zentraleitung:						
2/50000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	10,002	10,002	0,002
2/50004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		107,407	107,407	98,944	147,671
2/50007	43	Bestandswirksame Einnahmen	0,065	0,065	0,065	0,001
		Summe 5000...		117,409	0,065	117,474	99,011	147,672
2/50014	43	Einhebungsvergütungen		400,000	400,000	459,750	393,280
2/5002		IT-Bereich:						
2/50024	43	Erfolgswirksame Einnahmen		1,900	1,900	310,405
		Summe 500...		519,309	0,065	519,374	869,166	540,952
2/501		Bundesministerium für Finanzen (Zweckaufwand):						
2/50100	43	Einschmelzerlöse aus zurückgestellten Silbermünzen	*	0,002	0,002	0,002	35,184
2/50124	43	Bundes-Wertpapieraufsicht (BWA)		28,800	28,800	0,001
2/50134	43	Amtshaftungsrückersätze		0,050	0,050	0,050	0,006
2/50194	43	Erfolgswirksame Einnahmen		1,300	1,300	1,300	4,344
		Summe 501...		30,152	30,152	1,353	39,534
2/502		Bundesministerium für Finanzen (Förderungsmaßnahmen):						
2/50200	43	Geldstrafen und Geldbußen gemäß BDG (zweckgeb. Einn.)	*	0,200	0,200	0,200	0,200
2/50204	43	Erfolgswirksame Einnahmen		11,434	11,434	12,177	13,127
2/50234	43	Laufende Einnahmen aus Zuschüssen		28,501	28,501	26,001	26,232

Anmerkungen:

- 2/50000 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/50008 (0,001 Millionen Schilling), 1/50296 (9,999 Millionen Schilling) und 1/50403 (0,002 Millionen Schilling).
- 2/50100 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/50107 mitveranschlagt.
- 2/50200 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/50226 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/5025		Hagel-Frostversicherung (Mittel d. Kat. Fonds) (zweckgeb. Geb.): Hagelversicherung (Mittel d. Kat. Fonds) (zweckgeb. Geb.)							
1/50256	43	Förderungen	*		150,000		150,000	120,000	124,215
1/50294		Zuschuß an Finanzierungsgarantie Ges. m. b. H.			25,501		25,501	30,001	3,148
	36				25,500		25,500	30,000	3,148
	38				0,001		0,001	0,001	
1/50295		Bezugsvorschüsse				82,233	82,233	83,484	51,621
	23					27,982	27,982	26,685	20,373
	33					40,000	40,000	41,490	14,811
	43					14,251	14,251	15,309	16,436
1/50296		Sonstige Förderungen	*		458,741		458,741	259,601	137,968
	23				4,000		4,000	13,000	21,889
	36				364,800		364,800	173,800	76,385
	43				89,941		89,941	72,801	39,694
		Summe 502...			13.415,809	82,233	13.498,042	1.314,653	939,524
1/503		Bundesministerium für Finanzen; Staatsvertrag:	*						
1/5030		Schäden im Inland:							
1/50307	43	Entschädigungszahlungen			0,003		0,003	0,003	
1/50308	43	Zahlungen auf Grund zwischenstaatl. Vereinbarungen			0,001		0,001	0,045	
		Summe 5030...			0,004		0,004	0,048	
1/5031		Schäden im Ausland:							
1/50317	43	Entschädigungszahlungen			116,502		116,502	95,002	1,265
1/50318	43	Sonstige Zahlungen			0,100		0,100	0,336	0,054
		Summe 5031...			116,602		116,602	95,338	1,319
1/5032		Finanz- und Ausgleichsvertrag:							
1/50327	43	Entschädigungszahlungen			0,010		0,010	0,202	
1/5033		Sonstige Leistungen im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag:							
1/50338	43	Aufwendungen			0,500		0,500	0,932	
1/5034		Verwaltung ehemals deutscher Vermögenswerte:							
1/50343	37	Anlagen				0,001	0,001	0,010	
1/50347	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,150		0,150	0,340	0,185
1/50348	37	Aufwendungen			3,498		3,498	1,835	0,648
		Summe 5034...			3,648	0,001	3,649	2,185	0,833
1/5035		Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte:							
1/50358	43	Abwicklungskosten			4,821		4,821	0,599	4,868
		Summe 503...			125,585	0,001	125,586	99,304	7,020

Anmerkungen:

1/50256 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/50250.

1/50296 Hievon 1998 9,999 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/50000.

1/503 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/500 und 1/504 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

99

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG E I N N A H M E N Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
2/5025		Hagel-Frostversicherung (Mittel d. Kat. Fonds) (zweckgeb. Geb.): Hagelversicherung (Mittel d. Kat. Fonds) (zweckgeb. Geb.)					
2/50250	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	150,000	150,000	120,000	124,215
2/50296		Einnahmen aus Zuschüssen	0,016	0,016	0,016	0,154
	23		0,001	0,001	0,001
	36		0,015	0,015	0,015	0,154
2/50299		Bezugsvorschußsätze		77,967	77,967	85,216	29,605
	23			24,797	24,797	24,277	10,529
	33			35,000	35,000	41,400	1,171
	43			18,170	18,170	19,539	17,904
		Summe 502...	190,151	77,967	268,118	243,610	193,533
2/503		Bundesministerium für Finanzen; Staatsvertrag:					
2/5030		Schäden im Inland:					
2/50304	43	Erfolgswirksame Einnahmen	0,001	0,001	0,001
2/5031		Schäden im Ausland:					
2/50314	43	Erfolgswirksame Einnahmen	1,910	1,910	1,510	5,805
2/5034		Verwaltung ehemals deutscher Vermögenswerte:					
2/50344	37	Erfolgswirksame Einnahmen	0,160	0,160	1,482	1,250
2/50347	37	Bestandswirksame Einnahmen		0,001	0,001	0,001
2/50349	43	Darlehensrückzahlungen		5,800	5,800	7,900	6,884
		Summe 5034...	0,160	5,801	5,961	9,383	8,134
2/5035		Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte:					
2/50352	43	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen		0,001	0,001	0,001
2/50354	43	Erfolgswirksame Einnahmen	1,513	1,513	2,322	1,788
2/50358	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen		185,003	185,003	120,006	188,484
2/50359	43	Darlehensrückzahlungen		0,092	0,092	0,087	0,084
		Summe 5035...	1,513	185,096	186,609	122,416	190,357
		Summe 503...	3,584	190,897	194,481	133,310	204,295

Anmerkungen:

2/50250 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/50256 mitveranschlagt.

2/50352 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/64753 mitveranschlagt.

100

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/504		Finanzlandesdirektionen:							
1/5040		Dienststellen:							
1/50400	43	Personalausgaben		6.503,919			6.503,919	6.527,361	6.624,885
1/50403	43	Anlagen				44,608	44,608	52,277	35,517
1/50407	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			167,157		167,157	179,695	163,020
	43				165,315		165,315	177,853	161,963
1/50408	43	Aufwendungen			1,842		1,842	1,842	1,057
					1.195,095		1.195,095	1.228,753	1.105,678
		Summe 5040...		6.503,919	1.362,252	44,608	7.910,779	7.988,086	7.929,101
1/50418	43	Ausfuhrerstattungen gemäß EU-Vorschriften.			1.000,000		1.000,000	400,000	969,565
1/50428	43	Zahlungen an die BIG			54,000		54,000		
1/50438	38	Gebarung gemäß § 22 KHVG			11,000		11,000	15,000	9,492
		Summe 504...		6.503,919	2.427,252	44,608	8.975,779	8.403,086	8.908,157
1/507		Sonstige nachgeordnete Dienststellen:							
1/5070		Bundespensionsamt:							
		Bundesrechenamt							
1/50700	43	Personalausgaben		70,855			70,855	70,855	282,167
1/50703	43	Anlagen				7,274	7,274	0,554	299,523
1/50707	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,146		1,146	1,146	4,708
	43				1,131		1,131	1,131	4,394
	43				0,015		0,015	0,015	0,314
1/50708	43	Aufwendungen			48,820		48,820	27,940	439,327
		Summe 5070...		70,855	49,966	7,274	128,095	100,495	1.025,725
1/5071		Finanzprokuratur:							
1/50710	43	Personalausgaben		56,132			56,132	52,772	56,590
1/50713	43	Anlagen				0,156	0,156	0,301	0,156
1/50717	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,858		0,858	0,858	0,554
	43				0,850		0,850	0,850	0,548
	43				0,008		0,008	0,008	0,006
1/50718	43	Aufwendungen			6,480		6,480	6,480	5,541
		Summe 5071...		56,132	7,338	0,156	63,626	60,411	62,841

Anmerkungen:

- 1/50403 Hinsichtlich eines Teilbetrages von 12,203 Millionen Schilling ist das Bundesministerium für Finanzen anweisungsberechtigt.
Hievon 1998 0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/50000.
- 1/50408 Hievon 1998 5,600 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52180.
Hinsichtlich eines Teilbetrages von 13,500 Millionen Schilling ist das Bundesministerium für Finanzen anweisungsberechtigt.
- 1/50438 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/5040 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

101

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
2/504		Finanzlandesdirektionen:						
2/5040		Dienststellen:						
2/50404	43	Erfolgswirksame Einnahmen		227,208		227,208	224,233	226,122
2/50407	43	Bestandswirksame Einnahmen			1,601	1,601	0,934	2,431
2/50400	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen						0,190
		Summe 5040...		227,208	1,601	228,809	225,167	228,743
2/50434	38	Gebahrung gemäß § 22 KHVG		11,001		11,001	15,001	10,365
2/50424	38	Verkaufserlöse Branntwein					25,000	
		Summe 504...		238,209	1,601	239,810	265,168	239,108
2/507		Sonstige nachgeordnete Dienststellen:						
2/5070		Bundespensionsamt: Bundesrechenamt						
2/50704	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,116		0,116	0,115	276,602
2/50707	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,003	0,003	0,003	
		Summe 5070...		0,116	0,003	0,119	0,118	276,602
2/5071		Finanzprokuratur:						
2/50714	43	Erfolgswirksame Einnahmen		19,697		19,697	19,697	19,896
2/50717	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,003	0,003	0,003	
		Summe 5071...		19,697	0,003	19,700	19,700	19,896

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/5072		Hauptpunzierungs- und Probieramt:							
1/50720	43	Personalausgaben		20,591			20,591	19,891	20,002
1/50723	43	Anlagen				0,702	0,702	3,060	1,142
1/50727		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,766		0,766	0,766	0,498
	22				0,751		0,751	0,751	0,488
	43				0,015		0,015	0,015	0,011
1/50728	43	Aufwendungen			7,024		7,024	4,424	3,969
		Summe 5072...		20,591	7,790	0,702	29,083	28,141	25,610
		Summe 507...		147,578	65,094	8,132	220,804	189,047	1.114,177
1/508		Unternehmungen mit Bundesbediensteten:							
1/5080		Österreichisches Postsparkassenamt:							
1/50800	38	Personalausgaben		657,367			657,367	647,367	667,699
1/50807	38	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			18,030		18,030	18,030	32,617
1/50808	38	Aufwendungen			1,049		1,049	1,049	1,626
		Summe 5080...		657,367	19,079		676,446	666,446	701,942
1/5081		Österreichische Salinen AG:							
1/50810	36	Personalausgaben		1,452			1,452	1,452	1,652
1/50818	36	Aufwendungen			0,015		0,015	0,015	0,002
		Summe 5081...		1,452	0,015		1,467	1,467	1,654
1/5082		Amt der Münze Österreich:							
1/50820	37	Personalausgaben		17,191			17,191	17,191	17,226
1/50828	37	Aufwendungen			0,054		0,054	0,054	0,050
		Summe 5082...		17,191	0,054		17,245	17,245	17,276
1/5083		Amt der Post- und Telekom Austria AG:							
1/50830	33	Personalausgaben		15.885,000			15.885,000	16.000,129	10.997,440
1/50838	33	Aufwendungen			1.250,000		1.250,000	1.490,399	849,443
		Summe 5083...		15.885,000	1.250,000		17.135,000	17.490,528	11.846,883
		Summe 508...		16.561,010	1.269,148		17.830,158	18.175,686	12.567,754
		Gesamtausgaben 50...		23.807,131	19.462,748	138,946	43.408,825	30.440,054	24.914,854

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

103

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1998	Bundesvoranschlag 1997	Erfolg 1996
2/5072		Hauptpunzierungs- und Probieramt:						
2/50724	43	Erfolgswirksame Einnahmen		40,882		40,882	40,881	42,234
2/50727	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,006	0,006	0,006	0,045
			Summe 5072...	40,882	0,006	40,888	40,887	42,279
			Summe 507...	60,695	0,012	60,707	60,705	338,778
2/508		Unternehmungen mit Bundesbediensteten:						
2/5080		Österreichisches Postsparkassenamt:						
2/50804	38	Ersätze der Österreichischen Postsparkasse		676,531		676,531	666,531	701,858
2/5081		Österreichische Salinen AG:						
2/50814	36	Ersätze der Österreichischen Salinen AG		1,467		1,467	1,467	1,660
2/5082		Amt der Münze Österreich:						
2/50824	37	Ersätze der Münze Österreich AG		17,246		17,246	17,246	17,276
2/5083		Amt der Post- und Telekom Austria AG:						
2/50834	33	Erfolgswirksame Einnahmen		17.105,000		17.105,000	17.490,527	11.871,982
2/50830	33	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen					0,001	0,527
			Summe 5083...	17.105,000		17.105,000	17.490,528	11.872,510
			Summe 508...	17.800,244		17.800,244	18.175,772	12.593,303
			Gesamteinnahmen 50...	18.842,344	270,542	19.112,886	19.749,084	14.149,503

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
51		Kassenverwaltung:	*						
1/510		Effekten- und Geldverkehr des Bundes:							
1/51003	43	Erwerb von Bundestiteln				250,001	250,001	4.600,001	2.421,440
1/51038	43	Kursverluste			43,102		43,102	32,502	58,426
1/5104		Effekten- und Geldverkehrskosten:							
1/51047	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			54,000		54,000	303,000	193,814
1/51048	43	Aufwendungen			67,500		67,500	18,000	21,308
		Summe 5104...			121,500		121,500	321,000	215,122
1/51058	43	Zinsen aus Währungstauschverträgen (Erwerb von Bundestitel)			0,001		0,001	0,001	
		Summe 510...			164,603	250,001	414,604	4.953,504	2.694,988
1/511		Geldverkehr des Bundes (zweckgeb. Gebarung):							
1/5110		Innovations- und Technologiefonds:	*						
1/51107	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,001		0,001	0,001	0,782
1/51108	43	Aufwendungen			399,045		399,045	417,234	560,881
		Summe 5110...			399,046		399,046	417,235	561,663
1/5111		Siedlungswasserwirtschaft:	*						
1/51117	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			10,000		10,000	2,500	22,452
1/51118	43	Aufwendungen			0,001		0,001	0,001	
		Summe 5111...			10,001		10,001	2,501	22,452
		Summe 511...			409,047		409,047	419,736	584,115
1/512		Rücklagen:							
1/51219	43	Zuführung an allgemeine Rücklage				0,001	0,001	0,001	1.100,070
1/51249	43	Zuführung an zweckgebundene Einnahmen-Rücklage	*			81,134	81,134	197,656	2.945,342
1/51259	43	Zuführung an Ausgleichsrücklage				0,001	0,001	0,001	410,374
1/51269	43	Zuführung an besondere Rücklage				0,001	0,001	0,001	774,816
1/51279	43	Zuführung an besondere Einnahmen-Rücklage.				0,003	0,003	0,003	673,537
		Summe 512...				81,140	81,140	197,662	5.904,139

Anmerkungen:

- 51 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/500 mitveranschlagt.
- 1/5110 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/51100 (399,046 Millionen Schilling).
1998 Überweisung an VA-Ansatz 2/10050 (399,043 Millionen Schilling).
- 1/5111 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/51110 (10,001 Millionen Schilling).
- 1/51249 Bedeckung eines Teilbetrages 1998 in Höhe von 29,998 Millionen Schilling beim VA-Ansatz 2/51110 und in Höhe von 50,991 Millionen Schilling beim VA-Ansatz 2/53400.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

105

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
51		Kassenverwaltung:						
2/510		Effekten- und Geldverkehr des Bundes:						
2/51017	43	Entnahmen aus dem Bundesbesitz			250,001	250,001	4.800,001	4.361,715
2/51019	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,001	0,001	0,001
2/51034	43	Kursgewinne		3,752		3,752	29,492	122,862
2/51044	43	Erträge aus dem Effekten- und Geldverkehr		926,503		926,503	1.719,001	1.528,399
2/51054	43	Zinsen aus Währungstauschverträgen (Erwerb von Bundestitel)		0,001		0,001	0,001
		Summe 510...		930,256	250,002	1.180,258	6.548,496	6.012,977
2/511		Geldverkehr des Bundes (zweckgeb. Gebarung):						
2/5110		Innovations- und Technologiefonds:						
2/51100		Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	399,046		399,046	417,235	435,067
	12			0,001		0,001	0,001	2,447
	36			19,042		19,042	17,231	9,070
	43			380,003		380,003	400,003	423,549
2/5111		Siedlungswasserwirtschaft:						
2/51110	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	40,000		40,000	10,000	96,806
		Summe 511...		439,046		439,046	427,235	531,872
2/512		Rücklagen:						
2/51217	43	Entnahme aus allgemeiner Rücklage (nicht veranschlagt)			0,001	0,001	0,001	740,125
2/51218	43	Entnahme aus allgemeiner Rücklage (veranschlagt)			0,001	0,001	200,001	18,995
2/51247	43	Entnahme aus zweckgeb. Einnahmen-Rücklage (nicht veranschl.)			0,132	0,132	0,133	1.961,913
2/51248	43	Entnahme aus zweckgeb. Einnahmen-Rücklage (veranschlagt)	*		230,004	230,004	0,003	14,817
2/51257	43	Entnahme aus Ausgleichsrücklage			0,001	0,001	0,001
2/51258	43	Verringerung der Ausgleichsrücklage			1.000,000	1.000,000	0,001
2/51267	43	Entnahme aus besonderer Rücklage (nicht veranschlagt)			0,001	0,001	0,001	77,035
2/51268	43	Entnahme aus besonderer Rücklage (veranschlagt)			0,001	0,001	271,324	1.682,886
2/51277	43	Entnahme aus besonderer Einnahmen-Rückl. (nicht veranschl.)			0,003	0,003	0,003	130,989
2/51278	43	Entnahme aus besonderer Einnahmen-Rückl. (veranschlagt)			0,001	0,001	0,001
2/51297	43	Auflösung von Rücklagen	*		47,864	47,864	500,001	3.242,117
		Summe 512...			1.278,009	1.278,009	971,470	7.868,877

Anmerkungen:

- 2/51100 Korrespondierende Ausgaben beim Paragraph 1/5110.
2/51110 Korrespondierende Ausgaben beim Paragraph 1/5111 (10,001 Millionen Schilling) und beim VA-Ansatz 1/18636 (0,001 Millionen Schilling) zuzüglich veranschlagte Rücklagenzuführung (29,998 Millionen Schilling) beim VA-Ansatz 1/51249.
2/51248 Korrespondierende Ausgaben 1998 der Entnahme aus Rücklage bei den VA-Ansätzen 1/10103 (0,002 Millionen Schilling), 1/10108 (0,001 Millionen Schilling) und 1/65204 (230,000 Millionen Schilling).
2/51297 Hievon 3,000 Millionen Schilling beim VA-Ansatz 1/10006 und 44,862 Millionen Schilling beim VA-Ansatz 1/10098.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/518		Sonstige Pauschalvorsorgen:							
1/5180		Pauschalvorsorge für Personal:							
1/51800	43	Personalausgaben		0,002			0,002	0,002	
1/51807	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,002		0,002	0,002	
		Summe 5180...		0,002	0,002		0,004	0,004	
1/5181		Pauschalvorsorge für Sachausgaben:							
1/51816	43	Förderungen			24,000		24,000	24,000	
1/51817	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1.473,000		1.473,000	1.723,000	
	21				1.472,400		1.472,400	1.722,400	
	43				0,600		0,600	0,600	
1/51818	43	Aufwendungen			1.128,425		1.128,425	1.128,425	
	21				0,300		0,300	0,300	
	43				1.128,125		1.128,125	1.128,125	
		Summe 5181...			2.625,425		2.625,425	2.875,425	
1/5183		Pauschalvorsorge für Technologie- und Exportoffensive:							
1/51836	12	Förderungen			1.000,000		1.000,000		
		Summe 518...		0,002	3.625,427		3.625,429	2.875,429	
519		Sonstige Kassenverwaltungs-Ausgaben:							
1/51908	43	Allgemeine Ausgaben			0,002		0,002	0,002	
5191		Kurzfristige Verpflichtungen:							
1/51918	43	Kurzfristige Verpflichtungen d. Bundes (Zinsen u. Begebungsk.)			152,503		152,503	382,503	3,331
7/51919	43	Kurzfristige Verpflichtungen des Bundes (Tilgung)				75.000,000	75.000,000	75.000,000	3.445,000
		Summe 5191...			152,503	75.000,000	75.152,503	75.382,503	3.448,331
		Summe 519...			152,505	75.000,000	75.152,505	75.382,505	3.448,331
		Summe 1/51...		0,002	4.351,582	331,141	4.682,725	8.828,836	9.186,573
		Summe 7/51...				75.000,000	75.000,000	75.000,000	3.445,000
		Gesamtausgaben 51...		0,002	4.351,582	75.331,141	79.682,725	83.828,836	12.631,573

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

107

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
2/513		Zahlungen von der EU:							
2/51304	43	Art. 81 EU-Beitrittsakte (EU)			479,493	479,493	923,000	1.401,855
2/51305	43	Europ. Sozialfonds (EU)			0,001	0,001	0,001	1.594,157
2/51306	43	Europ. Regionalfonds (EU)			0,001	0,001	0,001	981,392
2/51314	43	EAGFL/Garantie (EU)			10.474,194	10.474,194	9.749,097	15.195,159
2/51315	43	EAGFL/Ausrichtung und FIAF (EU)			1.748,140	1.748,140	1.748,140	1.532,148
			Summe 513...		12.701,829	12.701,829	12.420,239	20.704,712
519		Sonstige Kassenverwaltungs-Einnahmen:							
2/51904	43	Allgemeine Einnahmen			0,001	0,001	0,001
8/5191		Kurzfristige Verpflichtungen:							
8/51919	43	Kurzfristige Aufnahmen des Bundes	75.000,000	75.000,000	75.000,000	3.445,000
			Summe 519...		0,001	75.000,000	75.000,001	75.000,001	3.445,000
			Summe 2/51...		14.071,132	1.528,011	15.599,143	20.367,441	35.118,438
			Summe 8/51...		75.000,000	75.000,000	75.000,000	3.445,000
			Gesamteinnahmen 51...		14.071,132	76.528,011	90.599,143	95.367,441	38.563,438

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/52		Öffentliche Abgaben:	*						

Anmerkungen:

1/52 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/504 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

109

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	ANM.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
2/52		Öffentliche Abgaben:						
2/520		Einkommen- und Vermögensteuern:						
2/52004		Veranlagte Einkommensteuer	*	41.500,000		41.500,000	38.600,000	37.090,537
	22			3.131,677		3.131,677	3.075,592	3.107,498
	43			38.368,323		38.368,323	35.524,408	33.983,039
2/52014		Lohnsteuer	*	188.000,000		188.000,000	183.300,000	160.491,426
	22			10.623,123		10.623,123	10.532,224	10.361,032
	43			177.376,877		177.376,877	172.767,776	150.130,395
2/52024		Kapitalertragsteuer	*	4.700,000		4.700,000	4.000,000	4.942,341
	22			90,898		90,898	77,360	104,283
	43			4.609,102		4.609,102	3.922,640	4.838,058
2/52025	43	Kapitalertragsteuer auf Zinsen		25.000,000		25.000,000	24.000,000	22.799,953
2/52034		Körperschaftsteuer	*	46.500,000		46.500,000	50.200,000	42.006,288
	22			899,310		899,310	970,868	886,333
	43			45.600,690		45.600,690	49.229,132	41.119,955
2/52036	43	Abgabe von Zuwendungen		5,000		5,000	5,000	5,576
2/52044	43	Gewerbesteuer	*	100,000		100,000	100,000	947,794
2/52054	43	Bundesgewerbesteuer		80,000		80,000	80,000	703,668
2/52064	43	Vermögensteuer		50,000		50,000	10,000	468,858
2/52065	43	Erbschaftssteueräquivalent		10,000		10,000	0,001	100,546
2/52066	43	Erbschafts- und Schenkungssteuer		1.250,000		1.250,000	2.000,000	1.230,994
2/52074	43	Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben		280,000		280,000	280,000	278,335
2/52084	43	Bodenwertabgabe		75,000		75,000	75,000	72,189
2/52086	43	Wohnbauförderungsbeitrag		7.600,000		7.600,000	7.500,000	7.286,225
2/52094	43	Sonderabgabe von Banken		0,001		0,001	0,001	-13,243
		Summe 520...		315.150,001		315.150,001	310.150,002	278.411,486
2/521		Einkommen- und Vermögensteuern (zweckgebundene Beiträge):						
2/52180	13	Kunstförderungsbeitrag	*	140,000		140,000	140,000	139,654
		Summe 520 und 521...		315.290,001		315.290,001	310.290,002	278.551,141
2/522		Umsatzsteuer:						
2/52204	43	Umsatzsteuer		223.000,000		223.000,000	213.000,000	204.064,055
2/523		Ein- und Ausfuhrabgaben:						
2/52304	43	Zölle		3.500,000		3.500,000	4.090,000	3.512,882
2/52364	43	Übrige Ein- und Ausfuhrabgaben		0,002		0,002	10,000	-4,072
		Summe 523...		3.500,002		3.500,002	4.100,000	3.508,810

Anmerkungen:

2/52004)	Aufgabenbereich 22: Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 2/52874 und 2/52875.						
2/52014)	43: Hievon sind für den Katastrophenfonds vorgesehen:	BVA 1998	BVA 1997	Erfolg 1996			
2/52024)	VA-Ansatz		Mill. S				
2/52034)	2/52004	530,535	517,293	540,868			
		2/52014	2.452,665	2.515,779	2.389,449			
		2/52024	63,732	57,120	77,002			
		2/52034	630,540	716,856	654,458			
		Insgesamt.	3.677,472	3.807,048	3.661,777			

Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 2/52894.

2/52044 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 2/52814.

2/52180 Korrespondierende Ausgaben beim Paragraph 1/1303 (79,968 Millionen Schilling) sowie bei den VA-Ansätzen 1/12456 (5,645 Millionen Schilling), 1/12486 (8,467 Millionen Schilling), 1/50408 (5,600 Millionen Schilling) und 2/52804, AB 13 (40,320 Millionen Schilling).

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Ann.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/52		Öffentliche Abgaben:	*						

Anmerkungen:

1/52 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/504 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

111

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	ANM.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
2/524		Verbrauchssteuern:						
2/52404	43	Tabaksteuer		15.500,000		15.500,000	13.700,000	12.310,091
2/52414	43	Biersteuer		2.200,000		2.200,000	2.100,000	1.996,839
2/52420	34	Absatzförderungsbeitrag auf Milch (zweckgeb. Einnahmen)	*	0,002		0,002	0,002	
2/52444	43	Mineralölsteuer		34.500,000		34.500,000	33.500,000	36.229,610
2/52464	43	Alkoholsteuer		1.350,000		1.350,000	900,000	1.260,704
2/52484	43	Schaumweinsteuer		300,000		300,000	250,000	318,433
		Summe 524...		53.850,002		53.850,002	50.450,002	52.115,677
2/525		Stempel- und Rechtsgebühren:						
2/52504	43	In Stempelmarken entrichtete Gebühren		4.300,000		4.300,000	3.000,000	3.248,051
2/52524	43	Übrige Gebühren		5.500,000		5.500,000	5.800,000	5.504,198
		Summe 525...		9.800,000		9.800,000	8.800,000	8.752,249
2/526		Verkehrssteuern:						
2/52604	43	Kapitalverkehrssteuern		1.200,000		1.200,000	1.300,000	1.195,595
2/52605	43	Sicherheitsabgabe		250,000		250,000		
2/52615	43	Energieabgabe		6.300,000		6.300,000	7.000,000	1.952,733
2/52624	43	Normverbrauchsabgabe		5.800,000		5.800,000	5.700,000	5.502,384
2/52634	43	Grunderwerbsteuer		5.700,000		5.700,000	5.600,000	5.744,492
2/52644	43	Versicherungssteuer		9.800,000		9.800,000	10.300,000	9.478,046
2/52645	43	Motorbezogene Versicherungssteuer		8.600,000		8.600,000	8.100,000	7.835,315
2/52654	43	Straßenbenützungsabgabe		1.100,000		1.100,000	900,000	1.675,341
2/52661	33	Kraftfahrzeugsteuer (zweckgebundene Einnahmen)	*	1.044,000		1.044,000	721,000	970,134
2/52664	43	Kraftfahrzeugsteuer		756,000		756,000	619,000	833,797
2/52674	43	Spielbankabgabe		1.300,000		1.300,000	1.300,000	1.123,998
2/52675	43	Konzessionsabgabe		2.600,000		2.600,000	2.300,000	2.297,155
2/52690	21	Altlastenbeitrag (zweckgebundene Einnahmen)	*	500,000		500,000	320,000	290,447
2/52600	43	Sicherheitsabgabe (zweckgebundene Einnahmen)					250,000	166,980
		Summe 526...		44.950,000		44.950,000	44.410,000	39.066,416
		Summe 522 bis 526...		335.100,004		335.100,004	320.760,002	307.507,206
2/52704	43	Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben		15.800,000		15.800,000	570,004	-398,675
		Summe 520 bis 527...		666.190,005		666.190,005	631.620,008	585.659,672

Anmerkungen:

2/52420 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60496.

2/52661	Korrespondierende Ausgaben bzw. Überweisungen bei folgendem VA-Ansatz:	BVA 1998	BVA 1997	Erfolg 1996
	1/65204	1.044,000	Mill. S 721,000	970,134

Zuzüglich veranschlagte Rücklagenentnahme in Höhe von 230,000 Millionen Schilling.

2/52690 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/18626 (425,000 Millionen Schilling) sowie beim VA-Ansatz 1/18628 (75,000 Millionen Schilling).

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
		Bezeichnung	Anm.	pers.	sachl.				
1/527		Verschiedene Kosten:							
1/52708	43	Druckkosten			12,800		12,800	12,800	10,300
1/52718	43	Verkaufsvergütungen			134,450		134,450	114,450	103,685
1/52728	43	Verfahrenskosten			14,970		14,970	14,970	10,167
		Gesamtausgaben 52...			162,220		162,220	142,220	124,151

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

113

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	E I N N A H M E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
2/528		Ab Überweisungen (I):						
2/52804	13	Ertragsanteile der Länder und Gemeinden	*	-165154, 281	-165154, 281	-158424, 992	-154851, 472
				-40, 320	-40, 320	-40, 320	-40, 220
	43			-165113, 961	-165113, 961	-158384, 672	-154811, 251
2/52805	43	Steueranteil für Krankenanstaltenfinanzierung ..	*	-1.354, 620	-1.354, 620	-1.367, 461	-1.288, 129
		<i>Steueranteil für die Fonds</i>						
2/52814	43	Gewerbesteuer an die Gemeinden	*	-100, 000	-100, 000	-100, 000	-927, 765
2/52874	22	An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Anteile)	*	-5.245, 008	-5.245, 008	-5.155, 920	-4.959, 146
2/52875	22	An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Abgeltungen)	*	-9.500, 000	-9.500, 000	-9.500, 000	-9.500, 000
2/52894	43	An den Katastrophenfonds	*	-3.677, 472	-3.677, 472	-3.807, 048	-3.725, 475
		Summe 528...		-185031, 381	-185031, 381	-178355, 421	-175251, 987
2/529		Ab Überweisungen (II):						
2/52904	43	Beitrag zur Europäischen Union		-30.500, 000	-30.500, 000	-30.100, 000	-26.937, 254
		Gesamteinnahmen 52...		450.658, 624	450.658, 624	423.164, 587	383.470, 431

Anmerkungen:

2/52804 AB 13: Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52180.

2/52805 Hievon 1998 Überweisung an VA-Ansatz 2/53205 in Höhe von 1.354,620 Millionen Schilling.

2/52814 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52044.

2/52874 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/52004, 2/52014, 2/52024 und 2/52034.

Überweisung an VA-Ansatz 2/19310.

2/52875 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/52004 und 2/52014. Überweisung an VA-Ansatz 2/19311.

2/52894 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/52004, 2/52014, 2/52024 und 2/52034.

Überweisung an VA-Ansatz 2/53400.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/53		Finanzausgleich:	*						
1/530		Leistungen an Länder und Gemeinden:							
1/53007	43	Ertragsanteilekopffquoten-Ausgleich der Länder			1.470,000		1.470,000	1.460,000	1.352,489
1/53017	43	Finanzkraftstärkung der Gemeinden			1.060,100		1.060,100	1.034,265	998,341
1/53027	43	Bedarfszuweisung an Länder			6.634,576		6.634,576	5.557,941	2.126,037
1/53037	43	Bundesbahn-Betriebsstättengemeinden			100,000		100,000	100,000	100,000
1/53047	43	Finanzzuweisung f. umweltschonende u. energiesparende Maßn.			769,275		769,275	691,000	355,050
1/53058	43	Bedarfszuweisungen an Gemeinden			15,000		15,000	15,000	11,500
1/53067	43	Polizeikostenersatz an Städte mit eigenem Statut			68,500		68,500	67,440	64,940
1/53077	34	Finanzzuweisungen in Agrarangelegenheiten.			300,000		300,000	300,000	300,000
1/53097	33	Finanzzuweisungen in Nahverkehrsangelegenheiten			2.011,800		2.011,800	1.929,680	1.789,032
		Summe 530...			12.429,251		12.429,251	11.155,326	7.097,389
1/532		Zweckzuschüsse des Bundes I:							
1/53207	21	Zuschüsse für Krankenanstalten			1.354,620		1.354,620	1.367,460	
1/53217	23	Zuschüsse nach dem Bundes-Sonderwohnbaugesetz			400,000		400,000	440,000	382,076
1/5322		Zuschüsse zur Theaterführung an Länder und Gemeinden:							
1/53227	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			293,000		293,000	293,000	293,000
1/53228	13	Aufwendungen			21,000		21,000	49,600	49,600
		Summe 5322...			314,000		314,000	342,600	342,600
1/53237	23	Zuschüsse nach §3 WBF-ZG			132,000		132,000	156,000	152,421
1/53247	23	Zuschüsse nach §1 und §5 WBF-ZG			24.500,000		24.500,000	24.500,000	24.500,000
1/53287	21	Zuschüsse für Umweltschutz an Länder und Gemeinden			120,000		120,000	120,000	120,000
1/53297	22	Kinderbetreuungseinrichtungen			0,002		0,002	600,000	
1/53267	43	Bundeszuschuß an das Land Burgenland							25,000
		Summe 532...			26.820,622		26.820,622	27.526,060	25.522,097

Anmerkungen:

1/53 Verwaltungsaufwendungen beim Titel 1/500 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

115

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
2/53		FINNAHMEN						
		Finanzausgleich:						
2/532		Zweckzuschüsse und Finanzzuweisungen, Beiträge u. Ersätze:						
2/53204	43	Übergewinne an Zweckzuschüssen des Bundes		0,002	0,002	0,002
2/53205	21	Überweisung für Krankenanstaltenfinanzierung ... *		1.354,620	1.354,620	1.367,460
2/53214	43	Übergewinne an Finanzzuweisungen des Bundes		0,001	0,001	0,001
2/53254	23	Startwohnung-Rückzahlungsbegünstigungsaktion ...		0,001	0,001	0,001
2/53274	23	Rückz. v. Darl. n. d. Rückzahlungsbegünstigungsgesetz 1987		0,003	0,003	0,003
		Summe 532...		1.354,627	1.354,627	1.367,467

Anmerkungen:

2/53205 1998 Überweisung vom VA-Ansatz 2/52805 in Höhe von 1.354,620 Millionen Schilling.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/534		Katastrophenfonds (zweckgeb. Geb.):							
1/53408	43	Schäden im Vermögen privater Personen			138, 124		138, 124	135, 150	126, 815
1/53418	43	Zahlungen an Länder			385, 399		385, 399	378, 801	327, 536
1/53428	43	Schäden im Vermögen der Gemeinden			297, 140		297, 140	292, 001	220, 134
1/5343		Verwaltung des Katastrophenfonds:							
1/53438	43	Aufwendungen			0, 011		0, 011	0, 011	0, 000
1/53458	43	Schäden im Vermögen des Bundes	*		286, 558		286, 558	237, 941	147, 019
1/53468	43	Vorbeugung gegen Hochwasser- und Lawinenschäden	*		2. 370, 251		2. 370, 251	2. 593, 155	2. 105, 220
1/53478	43	Warn- und Alarmsystem	*		50, 000		50, 000	50, 000	50, 000
1/53488	43	Hagelversicherung	*		150, 000		150, 000	120, 000	124, 215
1/53448	43	Ausgleich von Härten nach Nuklearereignissen							0, 671
		Summe 534.			3. 677, 483		3. 677, 483	3. 807, 059	3. 101, 609
		Gesamtausgaben 53.			42. 927, 356		42. 927, 356	42. 488, 445	35. 721, 095

Anmerkungen:

- 1/53458 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/60050, 2/60890, 2/64260 und 2/77300, die bei den VA-Ansätzen 1/60058, 1/60808, 1/60858, 1/64268 und 1/77368 verausgabt werden.
- 1/53468 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/60050, 2/60890, 2/64160, 2/64250, 2/64260, 2/64400 und 2/64421, die bei den VA-Ansätzen 1/60058, 1/60126, 1/60808, 1/60836, 1/60838, 1/60858, 1/60876, 1/64166, 1/64253, 1/64258, 1/64268, 1/64403, 1/64408 und 1/64448 verausgabt werden.
- 1/53478 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11120, die bei den VA-Ansätzen 1/11123, 1/11126 und 1/11128 verausgabt werden.
- 1/53488 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/50250, die beim VA-Ansatz 1/50256 verausgabt werden.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

117

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
2/534		Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen):						
2/53400	43	Dotierung des Katastrophenfonds	*	3.728,474	3.728,474	3.867,049	3.793,141
		Gesamteinnahmen 53...		5.083,101	5.083,101	5.234,516	3.793,141

Anmerkungen:

2/53400 Überweisung vom VA-Ansatz 2/52894 (3.677,472 Millionen Schilling) und Zinsen aus der Veranlagung von Bankguthaben sowie aus Kursgewinnen und Rückzahlungen (51,002 Millionen Schilling).
Rücklagenzuführung 50,991 Millionen Schilling beim VA-Ansatz 1/51249. Korrespondierende Ausgaben beim Titel 1/534.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
54		Bundesvermögen:	*						
1/540		Kapitalbeteiligung:							
1/5401		Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft:							
1/54013	36	Anlagen				0,001	0,001	0,001
1/54022	36	Entschädigungen für verstaatlichte Unternehmungen				0,002	0,002	0,002
1/54043	35	Sonstige Elektrizitätswirtschaft (2. Verstaatlichungsgesetz)				0,001	0,001	0,001
1/54052	38	Internationale Finanzinstitutionen				2.018,610	2.018,610	1.354,610	2.871,456
1/54063	33	Post- u. Telekombeteiligungsverwaltungs- gesellschaft				0,001	0,001
1/54093	23	Sonstige Unternehmungen				45,010	45,010	50,011	1,000
	32				0,001	0,001	0,001
	33				0,002	0,002	0,002
	36				45,003	45,003	50,003
	37				0,001	0,001	0,001	1,000
	38				0,001	0,001	0,001
					0,002	0,002	0,003
		Summe 540...				2.063,625	2.063,625	1.404,625	2.872,456
1/541		Kapitalbeteiligung (Sonstiger Aufwand):							
1/54107	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,002	0,002	0,002	0,002
1/54108	43	Aufwendungen			1,057	1,057	1,057	1,057	14,523
		Summe 541...			1,059	1,059	1,059	1,059	14,523

Anmerkungen:

- 54 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/500 mitveranschlagt; falls jedoch Finanzlandesdirektionen anweisungsberechtigt sind, sind die Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/5040 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

119

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	Ann.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1998	Bundesvoranschlag 1997	Erfolg 1996
2/54		Bundesvermögen:						
2/540		Kapitalbeteiligung (Erträge):						
2/54014	36	Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft		0,001		0,001	0,001
2/5404		Elektrizitätswirtschaft:						
2/54044	35	Erfolgswirksame Einnahmen		125,745		125,745	125,745	125,746
2/5405		Internationale Finanzinstitutionen:						
2/54057	38	Bestandswirksame Einnahmen			0,001	0,001	0,001
2/54065	33	Post- u. Telekombeteiligungsverwaltungsgesellschaft ...		0,001		0,001	
2/5407		Oesterreichische Nationalbank:						
2/54070	38	Zweckgebundene Einnahmen	*	80,000		80,000	80,000	80,000
2/54074	38	Erfolgswirksame Einnahmen		7.527,500		7.527,500	4.427,500	4.928,081
		Summe 5407...		7.607,500		7.607,500	4.507,500	5.008,081
2/54094		Sonstige Unternehmungen		177,807		177,807	459,307	1.458,181
	23			12,600		12,600	25,600	21,965
	32			3,200		3,200	3,200
	33			132,000		132,000	48,000	53,700
	36			0,001		0,001	40,001	1.040,000
	37			0,001		0,001	0,001
	38			30,005		30,005	342,505	342,515
2/54064	33	Post- und Telekom Austria AG					4.300,000
2/54084	36	Mit Monopolverwaltungen betraute Unternehmungen.*					308,000	308,000
		Summe 540...		7.911,054	0,001	7.911,055	9.700,554	6.900,008
2/541		Kapitalbeteiligung (Erlöse):						
2/54104	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002	0,002
2/5418		Veräußerungserlöse:						
2/54184	33	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002	0,002	11,320
	38			0,001		0,001	0,001
	38			0,001		0,001	0,001	11,320
2/54187		Bestandswirksame Einnahmen		3.000,008	3.000,008	3.000,008	0,008	4.800,308
	23			0,001	0,001	0,001	0,001
	33			0,002	0,002	0,002	0,002
	35			0,002	0,002	0,002	0,002
	38			3.000,003	3.000,003	3.000,003	0,003	4.800,308
		Summe 5418...		0,002	3.000,008	3.000,010	0,010	4.811,628
2/54197		Erlöse aus Liquidation und Kapitalherabsetzung .						
	13				0,134	0,134	0,130	0,130
	33				0,132	0,132	0,126	0,130
	36				0,002	0,002	0,002
	38						0,001
		Summe 541...		0,004	3.000,142	3.000,146	0,142	4.811,758

Anmerkungen:

2/54070 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/50107 (80,000 Millionen Schilling).

2/54084 Gemäß § 4 des Tabakmonopolgesetzes 1968, BGBl. Nr. 38/1968, ist die Austria Tabakwerke AG mit der Verwaltung des Tabakmonopols betraut.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/542		Bundesdarlehen:							
1/54215	36	Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft				0,001	0,001	0,001
1/54255	23	Sonstige Unternehmungen				13,589	13,589	40,205	46,440
	32					0,001	0,001	0,001
	33					0,002	0,002	0,002
1/54285	43	Ausland				0,001	0,001	0,001	43,000
		Summe 542...				13,591	13,591	40,207	89,440
1/545		Einziehungen zum Bundesschatz:							
1/54507	43	Zahlungen im Zusammenhang mit den Einziehungen (Ges. Verpf.)			0,180		0,180	0,180
1/54508	43	Zahlungen im Zusammenhang mit den Einziehungen (Aufw.)			1,500		1,500	1,825
		Summe 545...			1,680		1,680	2,005
1/546		Unbewegliches Bundesvermögen:							
1/54608	43	Aufwendungen			6,690		6,690	2,010	5,372

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

121

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	E I N N A H M E N Bezeichnung	Ann.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
2/542		Bundesarlehen:						
2/5421		Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft:						
2/54214	36	Zinsen		182,000		182,000	0,001	
2/54219	36	Darlehensrückzahlungen			218,000	218,000	0,001	
		Summe 5421...		182,000	218,000	400,000	0,002	
2/5425		Sonstige Unternehmungen:						
2/54254		Zinsen		71,244		71,244	87,716	87,243
	23			65,423		65,423	80,830	79,518
	32			0,001		0,001	0,150	0,097
	33			5,820		5,820	6,736	7,628
2/54259		Darlehensrückzahlungen			88,295	88,295	81,539	103,154
	23				80,243	80,243	68,264	91,634
	32				0,001	0,001	5,224	3,470
	33				8,050	8,050	8,050	8,050
	36				0,001	0,001	0,001	
		Summe 5425...		71,244	88,295	159,539	169,255	190,397
2/5428		Ausland:						
2/54284	43	Zinsen		80,000		80,000	110,000	64,372
2/54289	43	Darlehensrückzahlungen			0,001	0,001	0,001	210,000
		Summe 5428...		80,000	0,001	80,001	110,001	274,372
2/5429		Sonstige Darlehensempfänger:						
2/54294	43	Zinsen		0,050		0,050	0,056	0,067
2/54299	43	Darlehensrückzahlungen			0,140	0,140	0,149	0,181
		Summe 5429...		0,050	0,140	0,190	0,205	0,248
		Summe 542...		333,294	306,436	639,730	279,463	465,017
2/543		Beitragsleistungen für Miteigentumsanteile:						
2/5430		Flughafenbetriebsgesellschaften:						
2/54304	33	Erträge		0,001		0,001	0,001	0,116
2/54307	33	Rückzahlungen			45,000	45,000	50,000	
		Summe 543...		0,001	45,000	45,001	50,001	0,116
2/545		Einziehungen zum Bundesschatz:						
2/5451		Einziehungen aufgrund bes. Bestimmungen:						
2/54514	43	Sonstige Einziehungen		34,901		34,901	73,684	36,504
2/5450		Verwertung verfallener Vermögensschaften (Bewegl. Bundesverm.):						
2/54504	43	Erträge					0,001	
2/54507	43	Veräußerungserlöse					0,001	
		Summe 5450...					0,002	
		Summe 545...		34,901		34,901	73,686	36,504
2/546		Unbewegliches Bundesvermögen:						
2/54602	43	Veräußerungen (zweckgeb. Einnahmen)	*		1,014	1,014	1,012	1,474
2/54607	43	Veräußerungen			373,047	373,047	239,053	870,340
2/54608	43	Veräußerungen (sonstige)			0,001	0,001		
2/54624	43	Fruchtgenußentgelte und Abgeltung Belastungen		970,000		970,000	1.862,000	1.065,792
2/54644	43	Erfolgswirksame Einnahmen		3,000		3,000	1,000	2,028
		Summe 546...		973,000	374,062	1.347,062	2.103,065	1.939,635

Anmerkungen:

2/54602 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/40103 (1,001 Millionen Schilling), 1/60813 (0,001 Millionen Schilling), 1/64633 (0,003 Millionen Schilling), 1/64723 (0,001 Millionen Schilling), 1/64738 (0,001 Millionen Schilling), 1/64753 (0,004 Millionen Schilling) und 1/12003 (0,003 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/547		Haftungsübernahmen des Bundes:							
1/5470		Ausfuhrförderungsgesetz (AFG) (zweckgeb. Geb.):							
1/54707	36	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) (AFG)			30,000		30,000	30,000	12,255
1/54708	36	Nebengebarung (AFG)			3.243,000		3.243,000	3.243,000	2.080,836
1/54709	36	Zahlungen aus Finanzhaftungen (AFG)(B) ...				7.227,000	7.227,000	7.227,000	5.712,718
		Summe 5470...			3.273,000	7.227,000	10.500,000	10.500,000	7.805,809
1/5471		Sonstige Finanzhaftungen:							
1/54718	36	Nebengebarung zu sonstigen Finanzhaftungen	*		879,000		879,000	865,200	516,417
1/54719		Zahlungen aus Finanzhaftungen (B)				0,379	0,379	0,390	
	22					0,033	0,033	0,034	
	32					0,001	0,001	0,001	
	33					0,002	0,002	0,002	
	34					0,330	0,330	0,340	
	35					0,002	0,002	0,002	
	36					0,011	0,011	0,011	
		Summe 5471...			879,000	0,379	879,379	865,590	516,417
1/5472		Ausfuhrförderungsgesetz (AFG) (Übrige Gebarung):							
1/54728	36	Nebengebarung (AFG)			0,002		0,002	0,002	
1/54729	36	Zahlungen aus Finanzhaftungen (AFG)(B) ...				1.900,001	1.900,001	1.500,001	1.800,000
		Summe 5472...			0,002	1.900,001	1.900,003	1.500,003	1.800,000
1/5473		Haftungen gegenüber Dritten:							
1/54738	12	Aufwendungen			0,001		0,001	0,001	
		Summe 547...			4.152,003	9.127,380	13.279,383	12.865,594	10.122,226

Anmerkungen:

1/54718 Hievon 1998 325,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54710.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

123

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	E I N N A H M E N	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
2/547		Haftungsübernahmen des Bundes:					
2/5470		Ausfuhrförderungsgesetz (AFG)(zweckgeb. Geb.):					
2/54700	36	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	3.600,000	3.600,000	3.600,000	2.679,611
2/54702	36	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen	6.900,000	6.900,000	6.900,000	4.634,550
		Summe 5470...	3.600,000	6.900,000	10.500,000	10.500,000	7.314,161
2/5471		Sonstige Finanzhaftungen:					
2/54710	36	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen (AFFG).*	325,000	325,000	325,000	610,298
2/54714	36	Erfolgswirksame Einnahmen	256,182	256,182	326,182	412,121
2/54717		Bestandswirksame Einnahmen	0,058	0,058	0,083	0,077
	22	0,001	0,001	0,001
	32	0,001	0,001	0,001
	33	0,002	0,002	0,002
	34	0,001	0,001	0,001	0,036
	35	0,002	0,002	0,002
	36	0,051	0,051	0,076	0,041
		Summe 5471...	581,182	0,058	581,240	651,265	1.022,497
		Summe 547...	4.181,182	6.900,058	11.081,240	11.151,265	8.336,658

Anmerkungen:

2/54710 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/54718 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
548		Besondere Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen:							
1/54817	36	ERP-Fonds			5,525		5,525	5,587	5,654
1/5482		Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien:							
1/54826	37	Kostenersatz an IAKW			180,001		180,001	175,001	150,000
1/54828	37	Aufwendungen für Internationales Zentrum Wien			3,600		3,600	3,600	3,397
		Summe 5482...			183,601		183,601	178,601	153,397
1/54838	33	Abgeltung an Donaukraftwerke f. Aufwand im öffentl. Interesse			521,000		521,000	521,000	521,000
5484		Sonstige Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen:							
1/54846		Förderungen			96,135		96,135	69,002	62,000
	11				6,534		6,534	4,000	4,000
	33				56,600		56,600	65,000	58,000
	38				0,001		0,001	0,001	
	43				33,000		33,000	0,001	
1/54847		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			60,004		60,004	2.892,977	2.183,180
	12				20,000		20,000	16,500	16,799
	21				40,000		40,000	70,000	58,062
	36				0,004		0,004	2.806,477	2.108,319
7/54847	36	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,004		0,004	922,436	1.910,183
1/54848		Aufwendungen			295,730		295,730	2.446,390	2.169,333
	36				43,156		43,156	37,760	64,965
	38				252,571		252,571	275,771	644,368
	43				0,003		0,003	2.132,859	1.460,000
		Summe 5484...			451,873		451,873	6.330,805	6.324,697
		Summe 548...			1.161,999		1.161,999	7.035,993	7.004,747
		Summe 1/54...			5.323,427	11.204,596	16.528,023	20.429,057	18.198,581
		Summe 7/54...			0,004		0,004	922,436	1.910,183
		Gesamtausgaben 54...			5.323,431	11.204,596	16.528,027	21.351,493	20.108,764

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

125

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG E I N N A H M E N Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
2/548		Besondere Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen:					
2/5482		Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien:					
2/54824	37	Erfolgswirksame Einnahmen	2,702		2,702	2,702	3,083
2/5484		Sonstige Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen:					
2/54844	43	Zinsen aus Zahlungsverpflichtungen	5,400		5,400	5,400	5,451
2/54847	43	Rückzahlung aus Zahlungsverpflichtungen		42,000	42,000	0,001	
2/54845	43	Forderungen an den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen				1.961,803	
		Summe 5484...	5,400	42,000	47,400	1.967,204	5,451
2/54834	38	Verschiedene Abfuhrn				200,000	250,525
2/54854	33	Konzessionsabgabe gem. § 9 Poststrukturgesetz ..				5.600,000	4.400,000
		Summe 548...	8,102	42,000	50,102	7.769,906	4.659,058
		Gesamteinnahmen 54...	13.441,538	10.667,699	24.109,237	31.128,082	27.148,753

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/55		Pensionen (Hoheitsverwaltung):	*						
1/550		Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes:							
1/55000	43	Ruhebezüge		23.029,099			23.029,099	23.029,099	22.439,421
1/55010	43	Versorgungsbezüge		5.678,236			5.678,236	5.678,236	5.899,395
1/55020	43	Außerordentliche Versorgungsgenüsse		8,983			8,983	8,983	10,399
1/55030	43	Dienstgeberbeiträge		931,202			931,202	931,202	866,661
1/55047	22	Familien- und Geburtenbeihilfen			93,425		93,425	93,425	91,628
1/55057	43	Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz			512,894		512,894	512,894	458,448
		Summe 550...		29.647,520	606,319		30.253,839	30.253,839	29.765,951
1/551		Ersätze an Länder:							
1/55107	43	Ersätze für Pensionen der Landeslehrer			9.309,715		9.309,715	9.009,715	8.541,741
1/552		Sonstige Bedienstete:							
1/55200	43	Ruhebezüge		174,341			174,341	174,341	178,153
1/55210	43	Versorgungsbezüge		104,312			104,312	104,312	104,181
1/55220	43	Außerordentliche Versorgungsgenüsse		48,797			48,797	50,797	50,817
1/55230	43	Dienstgeberbeiträge		10,820			10,820	10,911	10,423
1/55247	22	Familien- und Geburtenbeihilfen			0,635		0,635	0,640	0,750
1/55257	43	Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz			28,824		28,824	28,824	21,957
		Summe 552...		338,270	29,459		367,729	369,825	366,281
1/55305	23	Pensionsvorschüsse				1,378	1,378	0,778	0,474
	33					0,166	0,166	0,166	
	43					0,600	0,600		0,424
						0,612	0,612	0,612	0,050
1/55400	43	Geldaushilfen		1,020			1,020	1,020	0,722
	33			1,020			1,020	1,020	0,051
									0,671
1/555		Sonstige Pensionsleistungen:							
1/5550		Österreichische Bundesbahnen:							
1/55507	33	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		21.848,000			21.848,000	21.945,000	21.553,629
1/5551		Post- und Telekom Austria AG:							
1/55517	33	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		11.377,100			11.377,100	12.291,500	7.694,753
		Summe 555...			33.225,100		33.225,100	34.236,500	29.248,382
		Gesamtausgaben 55...		29.986,810	43.170,593	1,378	73.158,781	73.871,677	67.923,550

Anmerkungen:

1/55 Verwaltungs-Aufwendungen bei den zuständigen Ressorts (insbesondere beim Kapitel 50) mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

127

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	E I N N A H M E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
2/55		Pensionen (Hoheitsverwaltung):						
2/550		Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes:						
2/55004	43	Beiträge von Gemeinden für ehemalige Polizeibedienstete		0, 492		0, 492	0, 492	0, 291
2/55005	43	Ersätze der Österreichischen Postsparkasse		41, 000		41, 000	3. 724, 042	214, 257
2/55006	43	Beiträge von Unternehmungen mit Bundesbediensteten		7, 502		7, 502	0, 001	
		Summe 550...		48, 994		48, 994	3. 724, 535	214, 549
2/551		Ersätze von Ländern:						
2/55104	43	Beiträge von Landeslehrer gem. § 107a LDG		169, 927		169, 927		
2/552		Sonstige Bedienstete:						
2/55205	43	Beiträge von Unternehmungen mit Bundesbediensteten		4, 563		4, 563	4, 563	6, 028
2/55309		Pensionsvorschußersätze			0, 534	0, 534	0, 184	0, 210
	23				0, 005	0, 005	0, 005	
	33				0, 350	0, 350		0, 049
	43				0, 179	0, 179	0, 179	0, 162
2/555		Sonstige Pensionsleistungen:						
2/5550		Österreichische Bundesbahnen:						
2/55504	33	Beitrag der Österreichischen Bundesbahnen		6. 052, 000		6. 052, 000	6. 305, 000	5. 550, 240
2/5551		Post- und Telekom Austria AG:						
2/55514	33	Beitrag der Post- und Telekom Austria AG		4. 040, 000		4. 040, 000	4. 200, 000	2. 741, 375
		Summe 555...		10. 092, 000		10. 092, 000	10. 505, 000	8. 291, 615
2/556		Sonstige Pensionseinnahmen:						
2/55604	43	Pensionsbeiträge		6. 579, 000		6. 579, 000	6. 579, 808	6. 662, 550
2/55614	43	Überweisungen von Pensionsträgern		646, 439		646, 439	386, 039	559, 796
2/55615		Beitrag zur Pension gem. § 13a PG		612, 243		612, 243	455, 243	531, 215
		<i>Pensionssicherungsbeitrag</i>						
	33			157, 000		157, 000		106, 055
	43			455, 243		455, 243	455, 243	425, 160
2/55624	43	Verschiedene Einnahmen		0, 002		0, 002	0, 002	
		Summe 556...		7. 837, 684		7. 837, 684	7. 421, 092	7. 753, 561
		Gesamteinnahmen 55...		18. 153, 168	0, 534	18. 153, 702	21. 655, 374	16. 265, 963

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
59		Finanzschuld, Währungstauschverträge:	*						
590		Titrierte Finanzschuld in inländischer Währung:							
5900		Anleihen:							
1/59008	43	Verzinsung und Aufgeld		44.895,791		44.895,791	37.693,223	38.906,481	
7/59009	43	Tilgung			45.553,282	45.553,282	29.419,353	29.324,224	
		Summe 5900...		44.895,791	45.553,282	90.449,073	67.112,576	68.230,705	
5901		Bundesobligationen:							
1/59018	43	Verzinsung und Aufgeld		2.217,479		2.217,479	3.741,114	4.523,868	
7/59019	43	Tilgung			13.689,064	13.689,064	22.854,062	11.325,000	
		Summe 5901...		2.217,479	13.689,064	15.906,543	26.595,176	15.848,868	
5908		Bundesschatzscheine:							
1/59088	43	Verzinsung und Aufgeld		3.696,979		3.696,979	4.048,652	5.018,216	
7/59089	43	Tilgung			4.639,042	4.639,042	10.115,042	30.307,000	
		Summe 5908...		3.696,979	4.639,042	8.336,021	14.163,694	35.325,216	
		Summe 590...		50.810,249	63.881,388	114.691,637	107.871,446	119.404,788	
591		Nicht titrierte Finanzschuld in inländischer Währung:							
5910		Darlehen von Vertragsversicherungsunternehmen:							
1/59108	43	Verzinsung und Aufgeld		9.907,549		9.907,549	9.043,214	9.428,624	
7/59109	43	Tilgung			7.015,999	7.015,999	4.982,504	6.509,515	
		Summe 5910...		9.907,549	7.015,999	16.923,548	14.025,718	15.938,139	
5911		Darlehen von Kreditunternehmen:							
1/59118	43	Verzinsung und Aufgeld		10.880,215		10.880,215	12.806,219	14.205,568	
7/59119	43	Tilgung			23.923,857	23.923,857	9.565,840	7.202,951	
		Summe 5911...		10.880,215	23.923,857	34.804,072	22.372,059	21.408,519	
5912		Kredite und Darlehen von Gebietskörperschaften:							
1/59128	43	Verzinsung		0,029		0,029	0,030	0,031	
7/59129	43	Tilgung			0,115	0,115	0,114	0,112	
		Summe 5912...		0,029	0,115	0,144	0,144	0,143	
5914		Sonstige Kredite und Darlehen:							
7/59149	43	Tilgung			4,631	4,631	4,631	4,631	
		Summe 591...		20.787,793	30.944,602	51.732,395	36.402,552	37.351,433	

Anmerkungen:

59 Verwaltungsaufwendungen beim Titel 1/500 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

129

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
59		Finanzschuld, Währungstauschverträge:						
590		Titrierte Finanzschuld in inländischer Währung:						
5900		Anleihen:						
2/59006	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,005		0,005	0,504	26,942
8/59009	43	Erlöse - Anleihen			0,001	0,001	0,001	86.038,406
		Summe 5900...		0,005	0,001	0,006	0,505	86.065,348
5901		Bundesobligationen:						
2/59014	43	Beiträge zum Schuldendienst		0,001		0,001	0,002	
8/59019	43	Erlöse - Bundesobligationen			0,001	0,001	0,001	1.650,000
		Summe 5901...		0,001	0,001	0,002	0,003	1.650,000
5908		Bundesschatzscheine:						
2/59084	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
8/59089	43	Erlöse - Bundesschatzscheine			0,001	0,001	0,001	27.904,838
		Summe 5908...		0,001	0,001	0,002	0,002	27.904,838
		Summe 590...		0,007	0,003	0,010	0,510	115.620,186
591		Nicht titrierte Finanzschuld in inländischer Währung:						
5910		Darlehen von Vertragsversicherungsunternehmungen:						
2/59104	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
8/59109	43	Erlöse - Darlehen von Vertragsversicherungsunternehmungen			0,001	0,001	0,001	28.074,000
		Summe 5910...		0,001	0,001	0,002	0,002	28.074,000
5911		Darlehen von Kreditunternehmungen:						
2/59114	43	Beiträge zum Schuldendienst		0,001		0,001	0,002	
8/59119	43	Erlöse - Darlehen von Kreditunternehmungen			0,001	0,001	0,001	16.200,000
		Summe 5911...		0,001	0,001	0,002	0,003	16.200,000
5912		Kredite und Darlehen von Gebietskörperschaften:						
2/59124	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
8/59129	43	Erlöse - Kredite und Darlehen von Gebietskörperschaften			0,001	0,001	0,001	
		Summe 5912...		0,001	0,001	0,002	0,002	
5914		Sonstige Kredite und Darlehen:						
2/59144	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
8/59149	43	Erlöse - Sonstige Kredite und Darlehen			0,001	0,001	0,001	
		Summe 5914...		0,001	0,001	0,002	0,002	
		Summe 591...		0,004	0,004	0,008	0,009	44.274,000

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
592		Titrierte Nullkuponfinanzschuld in inländischer Währung:							
5920		Anleihen:							
1/59208	43	Aufgeld		1.300,000			1.300,000	0,002	
7/59209	43	Tilgung			1.000,000	1.000,000	1.000,000	0,002	
		Summe 5920...		1.300,000	1.000,000	1.000,000	2.300,000	0,004	
5921		Bundesobligationen:							
1/59218	43	Aufgeld		0,002			0,002	280,832	
7/59219	43	Tilgung			0,002	0,002	0,002	300,002	
		Summe 5921...		0,002	0,002	0,002	0,004	580,834	
		Summe 592...		1.300,002	1.000,002	1.000,002	2.300,004	580,838	
593		Titrierte Finanzschuld in fremder Währung:							
5930		Anleihen:							
1/59308	43	Verzinsung und Aufgeld		17.122,147			17.122,147	15.641,803	16.603,896
7/59309	43	Tilgung			21.406,057	21.406,057	21.406,057	15.797,053	14.098,482
		Summe 5930...		17.122,147	21.406,057	21.406,057	38.528,204	31.438,856	30.702,378
5931		Schuldverschreibungen:							
1/59318	43	Verzinsung und Aufgeld		415,403			415,403	421,862	281,723
7/59319	43	Tilgung			1.575,009	1.575,009	1.575,009	1.700,008	1.968,400
		Summe 5931...		415,403	1.575,009	1.575,009	1.990,412	2.121,870	2.250,123
		Summe 593...		17.537,550	22.981,066	22.981,066	40.518,616	33.560,726	32.952,502
594		Nicht titrierte Finanzschuld in fremder Währung:							
5944		Kredite und Darlehen:							
1/59448	43	Verzinsung und Aufgeld		1.226,586			1.226,586	1.209,843	1.158,900
7/59449	43	Tilgung			157,800	157,800	157,800	494,193	4.337,168
		Summe 594...		1.226,586	157,800	157,800	1.384,386	1.704,036	5.496,068

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

131

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
593		Titrierte Finanzschuld in fremder Währung:						
5930		Anleihen:						
2/59306	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,005		0,005	0,005	0,360
8/59309	43	Erlöse - Anleihen			0,001	0,001	0,001	32.532,388
		Summe 5930...		0,005	0,001	0,006	0,006	32.532,748
5931		Schuldverschreibungen:						
2/59316	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,006		0,006	0,006	20,222
8/59319	43	Erlöse - Schuldverschreibungen			0,001	0,001	0,001	6.433,950
		Summe 5931...		0,006	0,001	0,007	0,007	6.454,172
		Summe 593...		0,011	0,002	0,013	0,013	38.986,920
594		Nicht titrierte Finanzschuld in fremder Währung:						
5944		Kredite und Darlehen:						
2/59444	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002	0,002	2,680
8/59449	43	Erlöse - Kredite und Darlehen			0,001	0,001	0,001
		Summe 594...		0,002	0,001	0,003	0,003	2,680

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
595		Ausgaben aus Währungstauschverträgen (Direktzahlung):							
5950		Anleihen in fremder Währung:							
1/59508	43	Verzinsung und Aufgeld		4.052,118			4.052,118	4.351,710	4.990,429
7/59509	43	Tilgung			7.487,992		7.487,992	13.429,652	13.725,055
		Summe 5950...		4.052,118	7.487,992		11.540,110	17.781,362	18.715,485
5951		Schuldverschreibungen in fremder Währung:							
1/59518	43	Verzinsung und Aufgeld		245,215			245,215	280,082	205,074
7/59519	43	Tilgung			0,005		0,005	0,004	
		Summe 5951...		245,215	0,005		245,220	280,086	205,074
5954		Kredite und Darlehen in fremder Währung:							
1/59548	43	Verzinsung und Aufgeld		106,140			106,140	93,899	76,923
7/59549	43	Tilgung			0,001		0,001	423,386	
		Summe 5954...		106,140	0,001		106,141	517,285	76,923
5956		Titrierte Finanzschuld in inländischer Währung:							
1/59568	43	Verzinsung und Aufgeld		98,396			98,396	0,003	10,241
7/59569	43	Tilgung			0,005		0,005	0,003	
		Summe 5956...		98,396	0,005		98,401	0,006	10,241
1/5958	43	Finanzschuld in inländischer Währung: Kapitalzahlung				0,001	0,001	0,001	
7/59589	43								
1/5959	43	Finanzschuld in fremder Währung: Kapitalzahlung				0,001	0,001	0,001	3.850,450
7/59599	43								
		Summe 595...		4.501,869	7.488,005		11.989,874	18.578,741	22.858,172
596		Ausgaben aus Währungstauschverträgen:							
5960		Anleihen in fremder Währung:							
1/59608	43	Verzinsung und Aufgeld		812,568			812,568	1.089,871	1.302,499
7/59609	43	Tilgung			1.418,104		1.418,104	2.554,267	1.445,885
		Summe 5960...		812,568	1.418,104		2.230,672	3.644,138	2.748,384
5961		Schuldverschreibungen in fremder Währung:							
1/59618	43	Verzinsung und Aufgeld		99,273			99,273	100,634	102,382
7/59619	43	Tilgung			0,001		0,001	0,002	
		Summe 5961...		99,273	0,001		99,274	100,636	102,382
5964		Kredite und Darlehen in fremder Währung:							
1/59648	43	Verzinsung und Aufgeld		0,001			0,001	0,001	
7/59649	43	Tilgung			0,001		0,001	0,001	
		Summe 5964...		0,001	0,001		0,002	0,002	
5966		Titrierte Finanzschuld in inländischer Währung:							
1/59668	43	Verzinsung und Aufgeld		36,702			36,702	64,601	153,430
7/59669	43	Tilgung			0,003		0,003	351,777	776,483
		Summe 5966...		36,702	0,003		36,705	416,378	929,912
		Summe 596...		948,544	1.418,109		2.366,653	4.161,154	3.780,678

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

133

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
595		Einnahmen aus Währungstauschverträgen (Direktzahlung):						
5950		Anleihen in fremder Währung:						
2/59506	43	Zinsen und Aufgeld		6.847,883		6.847,883	6.288,510	8.216,503
8/59509	43	Kapital			8.250,028	8.250,028	12.025,024	11.238,373
		Summe 5950...		6.847,883	8.250,028	15.097,911	18.313,534	19.454,876
5951		Schuldverschreibungen in fremder Währung:						
2/59516	43	Zinsen und Aufgeld		176,168		176,168	166,984	123,941
8/59519	43	Kapital			0,005	0,005	0,004	
		Summe 5951...		176,168	0,005	176,173	166,988	123,941
5954		Kredite und Darlehen in fremder Währung:						
2/59546	43	Zinsen und Aufgeld		223,256		223,256	170,285	149,457
8/59549	43	Kapital			0,001	0,001	477,750	
		Summe 5954...		223,256	0,001	223,257	648,035	149,457
5956		Titrierte Finanzschuld in inländischer Währung:						
2/59566	43	Zinsen und Aufgeld		0,004		0,004	0,004	
8/59569	43	Kapital			0,003	0,003	0,003	
		Summe 5956...		0,004	0,003	0,007	0,007	
2/5958		Finanzschuld in inländischer Währung:						
8/59589	43	Kapitalforderung			0,001	0,001	0,001	2.149,000
2/5959		Finanzschuld in fremder Währung:						
8/59599	43	Kapitalforderung			0,001	0,001	0,001	1.743,948
		Summe 595...		7.247,311	8.250,039	15.497,350	19.128,566	23.621,221
596		Einnahmen aus Währungstauschverträgen:						
5960		Anleihen in fremder Währung:						
2/59606	43	Zinsen und Aufgeld		1.159,922		1.159,922	1.530,944	2.046,757
8/59609	43	Kapital			1.504,802	1.504,802	2.894,905	2.186,504
		Summe 5960...		1.159,922	1.504,802	2.664,724	4.425,849	4.233,261
5961		Schuldverschreibungen in fremder Währung:						
2/59616	43	Zinsen und Aufgeld		77,188		77,188	84,895	80,490
8/59619	43	Kapital			0,001	0,001	0,002	
		Summe 5961...		77,188	0,001	77,189	84,897	80,490
5964		Kredite und Darlehen in fremder Währung:						
2/59646	43	Zinsen und Aufgeld		0,002		0,002	0,002	
8/59649	43	Kapital			0,001	0,001	0,001	
		Summe 5964...		0,002	0,001	0,003	0,003	
5966		Titrierte Finanzschuld in inländischer Währung:						
2/59666	43	Zinsen und Aufgeld		59,080		59,080	58,753	179,135
8/59669	43	Kapital			0,003	0,003	0,003	
		Summe 5966...		59,080	0,003	59,083	58,756	179,135
		Summe 596...		1.296,192	1.504,807	2.800,999	4.569,505	4.492,887

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
597		Titrierte Nullkuponfinanzschuld in fremder Währung:							
5970		Anleihen:							
1/59708	43	Aufgeld			0,001		0,001	0,001	
7/59709	43	Tilgung				0,001	0,001	0,001	
		Summe 5970...			0,001	0,001	0,002	0,002	
5971		Schuldverschreibungen:							
1/59718	43	Aufgeld			0,001		0,001	0,001	
7/59719	43	Tilgung				0,001	0,001	0,001	
		Summe 5971...			0,001	0,001	0,002	0,002	
		Summe 597...				0,002	0,004	0,004	
598		Pauschalvorsorge und Devisentermingeschäfte:							
5981		Ausgelaufene Schulden in fremder Währung (PV):							
1/59818	43	Verzinsung und Aufgeld			0,400		0,400	0,400	0,089
7/59819	43	Tilgung				0,200	0,200	0,200	
		Summe 5981...			0,400	0,200	0,600	0,600	0,089
5983		Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung (PV):							
1/59837	43	Dotierung des Nullkuponfonds			0,002		0,002	0,002	
1/59838	43	Verzinsung und Aufgeld			3.861,181		3.861,181	9.238,123	
7/59839	43	Tilgung				29.150,000	29.150,000	0,002	
		Summe 5983...			3.861,183	29.150,000	33.011,183	9.238,127	
5985		Devisentermingeschäfte:							
1/59858	43	Aufwendungen			0,001		0,001	0,001	
7/59859	43	Aufwendungen (B)				0,001	0,001	0,001	
		Summe 5985...			0,001	0,001	0,002	0,002	
		Summe 598...			3.861,584	29.150,201	33.011,785	9.238,729	0,089
1/599		Sonstiger Aufwand:							
1/59908	43	Aufwendungen			3.402,102		3.402,102	2.958,384	2.809,807
1/59917	43	Dotierung des Nullkuponfonds			0,002		0,002	335,188	334,772
		Summe 599...			3.402,104		3.402,104	3.293,572	3.144,579
		Summe 1/59...			104.376,283		104.376,283	103.399,695	100.112,953
		Summe 7/59...				157.021,175	157.021,175	111.992,103	124.875,357
		Gesamtausgaben 59...			104.376,283	157.021,175	261.397,458	215.391,798	224.988,309

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

135

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
598		E I N N A H M E N						
		Pauschalvorsorge und Devisentermingeschäfte:						
8/59849	43	Schuldaufnahmen gem. Art. II BFG			214.576,031	214.576,031	165.471,904
5985		Devisentermingeschäfte:						
2/59854	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	0,001	0,001
8/59859	43	Bestandswirksame Einnahmen	0,001	0,001	0,001
		Summe 5985...		0,001	0,001	0,002	0,002
		Summe 598...		0,001	214.576,032	214.576,033	165.471,906
2/599		Sonstige Einnahmen:						
2/59904	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,007	0,007	0,006	732,076
2/59914	43	Überweisung des Nullkuponfonds		3.300,003	3.300,003	280,002
		Summe 599...		3.300,010	3.300,010	280,008	732,076
		Summe 2/59...		11.843,538	11.843,538	8.580,911	11.578,563
		Summe 8/59...		224.330,888	224.330,888	180.869,609	216.151,407
		Gesamteinnahmen 59...		11.843,538	224.330,888	236.174,426	189.450,520	227.729,971

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/60		Land- und Forstwirtschaft:							
1/600		Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft:							
1/6000		Zentralleitung:							
1/60000	43	Personalausgaben		334,660			334,660	321,660	322,625
1/60003		Anlagen				9,828	9,828	9,538	4,032
	41					0,003	0,003	0,003	0,001
	43					9,825	9,825	9,535	4,031
1/60005		Bezugsvorschüsse				4,648	4,648	4,648	4,648
	23					1,098	1,098	1,098	1,498
	43					3,550	3,550	3,550	3,150
1/60007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			46,919		46,919	46,919	42,056
	22				6,550		6,550	6,550	6,158
	43				40,369		40,369	40,369	35,898
1/60008		Aufwendungen	*		172,295		172,295	162,296	148,351
	41				0,002		0,002	0,002	
	43				172,293		172,293	162,294	148,351
		Summe 6000...		334,660	219,214	14,476	568,350	545,061	521,712
1/60018	34	Agrarmarkt Austria			0,001		0,001	346,480	324,600
1/60023		Kapitalbeteiligungen				0,016	0,016	150,016	50,058
	34					0,014	0,014	150,014	50,058
	38					0,002	0,002	0,002	
1/60028	34	Zahlungen an die BIG			2,185		2,185	1,952	2,003
1/6003		Agrar- und forstpol. sowie wasserwirtschaftliche Unterlagen:	*						
1/60038	34	Aufwendungen			404,352		404,352	335,000	311,523
1/6004		Notstandspol. Maßnahmen gem. §§ 31 u. 138 WRG 1959:							
1/60048	37	Aufwendungen			38,457		38,457	38,457	24,897
1/6005		Vollziehung des Hydrographiegesetzes:	*						
1/60058	43	Aufwendungen	*		92,544		92,544	92,544	56,859
1/60068	34	Land-, forst- und wasserwirtschaftliche Sonderaufgaben	*		48,814		48,814	38,120	22,998
1/6007		Qualitätskontrolle:							
1/60073	43	Anlagen				0,414	0,414	0,214	0,413
1/60077	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,040		0,040	0,040	0,021
1/60078	43	Aufwendungen			2,475		2,475	2,475	1,235
		Summe 6007...			2,515	0,414	2,929	2,729	1,669
1/6008		Sonstige Aufgaben:	*						
1/60086		Förderungen			38,436		38,436	38,436	34,226
	34				38,419		38,419	38,419	34,226
	37				0,017		0,017	0,017	
1/60087	43	Intern. Nahrungsmittelhilfe (Gesetzl. Verpflichtungen)			28,700		28,700	28,700	15,772
1/60088	43	Internationale Maßnahmen			40,702		40,702	37,702	50,256
		Summe 6008...			107,838		107,838	104,838	100,255
1/6009		Vollziehung des Forstgesetzes 1975:							
1/60098	34	Aufwendungen	*		16,915		16,915	16,690	5,440
		Summe 600...		334,660	932,835	14,906	1.282,401	1.671,887	1.422,014

Anmerkungen:

- 1/60008 Hievon 1998 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60000.
1/6003 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.
1/6005 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.
1/60058 Hievon 1998 85,395 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60050.
1/60068 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.
1/6008 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.
1/60098 Hievon 1998 12,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60090.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

137

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	ANM.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
2/60		Land- und Forstwirtschaft:						
2/600		Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft:						
2/6000		Zentralleitung:						
2/60000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,001		0,001	0,001	
2/60004		Erfolgswirksame Einnahmen		56,143		56,143	26,143	38,835
	34			0,001		0,001	0,001	
	38			0,002		0,002	0,002	
	43			56,140		56,140	26,140	38,835
2/60008		Sonstige bestandswirksame Einnahmen			0,058	0,058	0,058	0,053
	41				0,003	0,003	0,003	
	43				0,055	0,055	0,055	0,053
2/60009		Bezugsvorschußsätze			4,451	4,451	4,451	4,056
	23				0,901	0,901	0,901	0,817
	43				3,550	3,550	3,550	3,239
		Summe 6000...		56,144	4,509	60,653	30,653	42,944
2/60028		Kapitalbeteiligungen			1,012	1,012	1,012	0,585
	34				0,001	0,001	0,001	0,085
	38				1,011	1,011	1,011	0,500
2/6003		Agrar- und forstpol. sowie wasserwirtschaftliche Unterlagen:						
2/60034	34	Erfolgswirksame Einnahmen		35,040		35,040	32,732	22,320
2/6004		Notstandspol. Maßnahmen gem. §§ 31 u. 138 WRG 1959:						
2/60044	37	Erfolgswirksame Einnahmen		1,810		1,810	1,810	0,885
2/6005		Vollziehung des Hydrographiegesetzes:						
2/60050	43	Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)	*	85,395		85,395	85,395	55,570
2/60054	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,104		0,104	0,104	0,097
		Summe 6005...		85,499		85,499	85,499	55,667
2/60064	34	Land-, forst- und wasserwirtschaftliche Sonderaufgaben		36,002		36,002	0,002	
2/6007		Qualitätskontrolle:						
2/60074	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,500		0,500	0,500	0,226
2/60077	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,030	0,030	0,100	0,055
		Summe 6007...		0,500	0,030	0,530	0,600	0,281
2/6009		Vollziehung des Forstgesetzes 1975:						
2/60090	34	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	12,000		12,000	12,000	5,299
2/60094	34	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002	0,002	0,053
		Summe 6009...		12,002		12,002	12,002	5,352
		Summe 600...		226,997	5,551	232,548	164,310	128,033

Anmerkungen:

- 2/60000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60008 mitveranschlagt.
2/60050 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60058 mitveranschlagt.
2/60090 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60098 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/601		BH (Förderung d. Land- u. Forstwirtsch. u. d. Ernährungswesens):	*						
1/60106	34	Beratungs- und Weiterbildungsmaßnahmen ...			174,630		174,630	157,883	157,763
1/60126	34	Erschl. v. Wildbacheinzugsgeb. (Mittel d. Kat. Fonds, zweckg. Geb.)	*		102,000		102,000	102,000	100,181
1/60136	34	Förderung der Weinwirtschaft	*		78,636		78,636	78,636	66,042
1/60146	34	Qualitätsverbessernde und produktionsumlenkende Maßnahmen			440,382		440,382	540,732	534,032
1/60156	34	Betriebserhaltende und infrastrukturelle Maßnahmen			486,193		486,193	391,132	524,132
1/60166	34	Absatz- und Verwertungsmaßnahmen			44,485		44,485	44,485	44,479
1/60176		Sozialpolitische Maßnahmen			7,906		7,906	7,906	7,730
	22				4,481		4,481	4,481	5,664
	23				3,425		3,425	3,425	2,067
1/6018		Land- und forstwirtschaftliche Kredite:							
1/60186	34	Förderungen			667,158		667,158	758,226	621,832
1/60188	34	Aufwendungen			3,300		3,300	3,300	2,000
		Summe 6018...			670,458		670,458	761,526	623,832
1/60196		Förderung von Forschungs- und Versuchsvorhaben	*		2,599		2,599	2,599	2,587
	12				2,599		2,599	2,598	2,587
	34						0,001	0,000	0,000
1/60198	12	Forschungs- und Versuchswesen	*		40,159		40,159	29,564	33,147
		Summe 601...			2.047,448		2.047,448	2.116,463	2.093,926
1/602		Agrarische Strukturförderung:							
1/60206	34	Kofinanzierte Förderungsmaßnahmen (EAGFL-Ausrichtung)			1.596,000		1.596,000	1.743,000	1.481,891
1/60216	34	Kofinanzierte Förderungsmaßnahmen; Anteile des Bundes			1.968,000		1.968,000	2.225,000	2.352,980
1/60226	34	Nationale Förderungsmaßnahmen			200,000		200,000	235,000	105,819
1/60236	34	Finanzinstrument f. d. Ausr. d. Fischerei (FIAF); Mittel der EU			5,140		5,140	5,140	2,947
1/60246	34	Sektorpl. Fischerei u. Aquak., Erzeugerorg. d. Fisch.wes.; BA			5,000		5,000	5,000	4,850
		Summe 602...			3.774,140		3.774,140	4.213,140	3.948,487

Anmerkungen:

1/601 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.

1/60126 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60890.

1/60136 Hievon 1998 0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60100.

1/60196 Hievon 1998 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60190.

1/60198 Hievon 1998 0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60190.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

139

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
2/601		BM (Förderung d. Land- u. Forstwirtsch. u. d. Ernährungswesens):						
2/60100	34	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,002		0,002	0,002	0,498
2/60104	34	Erfolgswirksame Einnahmen		0,101		0,101	0,101	0,228
2/60109	34	Darlehensrückzahlungen			0,001	0,001	0,001	
2/60190	12	Intern. Forschungs- und Versuchsvorhaben, zweckg. Einnahmen	*	0,003		0,003	0,003	4,804
		Summe 601...		0,106	0,001	0,107	0,107	5,530
2/602		Agrarische Strukturförderung:						
2/60204	34	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002	0,002	

Anmerkungen:

2/60100 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60136 mitveranschlagt.

2/60190 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60196 und 1/60198.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
		Bezeichnung	Anm.	pers.	sachl.				
1/603		Marktordnungsmaßnahmen:							
1/60304	34	EAGFL-Garantie (Ackerkult., Zucker u. Textilpfl.) Überw. a. d. AMA			5.158,808		5.158,808	5.158,808	5.229,577
1/60314	34	EAGFL-G., (Obst u. Gem., Weinb. u. sonst. pflanzl. Erz.)			68,593		68,593	179,555	53,354
1/60324	34	EAGFL-Garantie (Tierische Erzeugnisse), Überw. an die AMA			1.730,599		1.730,599	1.619,637	2.558,043
1/60346	34	Flankierende Maßnahmen			5.385,066		5.385,066	5.525,066	6.017,489
1/60356	34	Nationale Marktordnungsmaßnahmen; Überw. a. d. AMA			83,129		83,129	186,129	242,227
1/60368	34	Ersätze für die Finanzierung von Interventionskäufen			0,001		0,001	3,525	
		Summe 603...			12.426,196		12.426,196	12.672,720	14.100,690
1/604		Marktordnungspolitische Maßnahmen:							
1/60416	34	Brotgetreide, Maßn. aus zweckgeb. Im- und Exportausgleichen	*		0,001		0,001	0,001	
1/60436	34	Futtergetreide, Förderungen (zweckgeb. Geb.)	*		0,001		0,001	0,001	
1/60466	34	Tiere und tier. Produkte, Förderungen (zweckgeb. Geb.)	*		0,002		0,002	0,002	
1/60486	34	Milch und Milchprodukte, Förderungen (zweckgeb. Geb.)	*		0,001		0,001	0,001	
1/60496	34	Milch und Milchprodukte, Maßn. a. zweckgeb. Einn. gem. §85 MOG	*		0,002		0,002	0,002	
1/6044		Abs. u. Verw. f. stärke-, öl-, eiweißhält. Früchte u. Grünbrache:							
1/60446	34	Sonstige Förderungen							9,018
1/60456	34	Tiere und tierische Produkte, Förderungen							-0,047
1/6047		Milch und Milchprodukte:							
1/60476	34	Förderungen							-1,070
1/60478	34	Aufwendungen							1,821
		Summe 6047...							0,751
		Summe 604...			0,007		0,007	0,007	9,723

Anmerkungen:

- 1/60416 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60410.
1/60436 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60430.
1/60466 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60460.
1/60486 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60480.
1/60496 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52420.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

141

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	ANM.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1998	Bundesvoranschlag 1997	Erfolg 1996
2/603		Marktordnungsmaßnahmen:						
2/60304	34	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002	0,002	0,002	7,134
2/60305	34	Zucker, EU-Eigenmittel		497,502	497,502	497,502	456,822
		Summe 603...		497,504	497,504	497,504	463,956
2/604		Marktordnungspolitische Maßnahmen:						
2/60405	34	Erfolgswirksame Einnahmen		0,102	0,102	0,101	0,501
2/60410	34	Brotgetreide, zweckgeb. Im- und Exportausgleiche.*		0,001	0,001	0,001	-0,038
2/60430	34	Futtergetreide, zweckgeb. Im-u. Exportausgleiche.*		0,001	0,001	0,001	-0,047
2/60460	34	Tiere und tier. Produkte, zweckgeb. Einnahmen *		0,002	0,002	0,002	-34,662
2/60464	34	Tiere und tier. Produkte, erfolgswirksame Einnahmen		0,005	0,005	0,004	0,149
2/6047		Milch und Milchprodukte:						
2/60474	34	Erfolgswirksame Einnahmen		0,003	0,003	0,001	1,117
2/60480	34	Milch und Milchprodukte, zweckgeb. Einnahmen *		0,001	0,001	0,001	0,203
		Summe 604...		0,115	0,115	0,111	-32,777

Anmerkungen:

- 2/60410 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60416.
2/60430 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60436.
2/60460 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60466.
2/60480 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60486.

142

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/605		Lehr- und Versuchsanstalten:							
1/6050		Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten:							
1/60500	11	Personalausgaben		359,745			359,745	359,745	356,964
1/60503	11	Anlagen	*			17,986	17,986	12,985	13,964
1/60507	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			6,248		6,248	6,248	5,846
1/60508	11	Aufwendungen	*		74,578		74,578	67,578	67,574
		Summe 6050...		359,745	80,826	17,986	458,557	446,556	444,349
1/6051		Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.:							
1/60510	12	Personalausgaben		302,298			302,298	302,298	288,244
1/60513	12	Anlagen				83,464	83,464	97,694	91,903
1/60517	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			2,151		2,151	4,751	1,442
1/60518	12	Aufwendungen			132,864		132,864	93,934	88,973
		Summe 6051...		302,298	135,015	83,464	520,777	498,677	470,561
1/6052		Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten:							
1/60520	11	Personalausgaben		64,355			64,355	64,355	63,436
1/60523	11	Anlagen	*			1,610	1,610	0,359	0,231
1/60527	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,743		0,743	0,743	0,433
1/60528	11	Aufwendungen	*		12,595		12,595	12,300	10,341
		Summe 6052...		64,355	13,338	1,610	79,303	77,757	74,441
1/6053		Forstliche Bundesversuchsanstalt:							
1/60530	12	Personalausgaben		105,150			105,150	105,150	103,898
1/60533	12	Anlagen				7,652	7,652	2,202	5,305
1/60537	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,473		0,473	0,473	0,263
1/60538	12	Aufwendungen			31,221		31,221	25,869	22,554
		Summe 6053...		105,150	31,694	7,652	144,496	133,694	132,020
1/6054		Bundesanstalt für Agrarwirtschaft:							
1/60540	12	Personalausgaben		16,509			16,509	16,509	15,181
1/60543	12	Anlagen				0,399	0,399	0,399	0,548
1/60547	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,018		0,018	0,018	0,017
1/60548	12	Aufwendungen			3,055		3,055	3,055	2,604
		Summe 6054...		16,509	3,073	0,399	19,981	19,981	18,349

Anmerkungen:

- 1/60503 Hievon 1998 0,003 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60500.
1/60508 Hievon 1998 0,008 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60500.
1/60523 Hievon 1998 0,006 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60520.
1/60528 Hievon 1998 0,009 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60520.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

143

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1998	Bundesvoranschlag 1997	Erfolg 1996
2/605		Lehr- und Versuchsanstalten:						
2/6050		Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten:						
2/60500	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,011		0,011		
2/60504	11	Erfolgswirksame Einnahmen		67,847		67,847	62,855	65,748
2/60507	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,381	0,381	0,329	0,579
		Summe 6050...		67,858	0,381	68,239	63,184	66,327
2/6051		Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.:						
2/60514	12	Erfolgswirksame Einnahmen		68,447		68,447	71,836	41,225
2/60515	12	Intern. Forschungskoperation, lfde. Einnahmen .		0,001		0,001	0,001	0,156
2/60517	12	Bestandswirksame Einnahmen			0,795	0,795	0,900	0,369
		Summe 6051...		68,448	0,795	69,243	72,737	41,750
2/6052		Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten:						
2/60520	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,015		0,015		
2/60524	11	Erfolgswirksame Einnahmen		14,570		14,570	13,388	11,303
2/60527	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,009	0,009	0,003	0,012
		Summe 6052...		14,585	0,009	14,594	13,391	11,314
2/6053		Forstliche Bundesversuchsanstalt:						
2/60534	12	Erfolgswirksame Einnahmen		3,550		3,550	2,533	3,143
2/60535	12	Intern. Forschungskoperation, lfde. Einnahmen .		0,001		0,001	0,001	2,116
2/60537	12	Bestandswirksame Einnahmen			0,092	0,092	0,096	0,147
		Summe 6053...		3,551	0,092	3,643	2,630	5,407
2/6054		Bundesanstalt für Agrarwirtschaft:						
2/60544	12	Erfolgswirksame Einnahmen		0,211		0,211	0,211	0,145
2/60545	12	Intern. Forschungskoperation, lfde. Einnahmen .		0,001		0,001	0,001	
2/60547	12	Bestandswirksame Einnahmen			0,001	0,001	0,001	
		Summe 6054...		0,212	0,001	0,213	0,213	0,145

Anmerkungen:

2/60500 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60503 und 1/60508 mitveranschlagt.

2/60520 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60523 und 1/60528 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/6055		Bundesanstalten für Milchwirtschaft:							
1/60550	12	Personalausgaben		40,539			40,539	40,539	42,176
1/60553	12	Anlagen				2,812	2,812	4,612	3,395
1/60557	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,170		1,170	1,170	0,650
1/60558	12	Aufwendungen			24,718		24,718	28,518	24,217
		Summe 6055...		40,539	25,888	2,812	69,239	74,839	70,438
1/6056		Bundesanstalt für Bergbauernfragen:							
1/60560	12	Personalausgaben		5,087			5,087	5,087	5,316
1/60563	12	Anlagen				0,333	0,333	0,333	0,409
1/60567	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,005		0,005	0,005	
1/60568	12	Aufwendungen			2,015		2,015	2,015	2,135
		Summe 6056...		5,087	2,020	0,333	7,440	7,440	7,861
1/6058		Bundesamt für Wasserwirtschaft:							
1/60580	12	Personalausgaben		46,859			46,859	46,859	45,498
1/60583	12	Anlagen				1,251	1,251	1,251	3,232
1/60587	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,771		0,771	0,771	0,678
1/60588	12	Aufwendungen			9,822		9,822	9,822	7,865
		Summe 6058...		46,859	10,593	1,251	58,703	58,703	57,272
1/6059		Bundesanstalt für Landtechnik:							
1/60590	12	Personalausgaben		24,135			24,135	24,135	24,399
1/60593	12	Anlagen				1,657	1,657	1,657	2,257
1/60597	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,080		0,080	0,080	0,176
1/60598	12	Aufwendungen			4,280		4,280	3,473	4,010
		Summe 6059...		24,135	4,360	1,657	30,152	29,345	30,842
1/6057		Bundesanstalten für Tierzucht:							
1/60570	12	Personalausgaben							16,162
1/60573	12	Anlagen							
1/60577	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..							2,392
1/60578	12	Aufwendungen							5,677
		Summe 6057...							24,231
		Summe 605...		964,677	306,807	117,164	1.388,648	1.346,992	1.330,366
1/606		Übergangsregelungen:							
1/60606	34	Degressive Ausgleichszahlungen			1.100,000		1.100,000	2.793,214	3.828,507
1/60608	34	Degressive Ausgleichszahlungen, Aufw.			8,500		8,500	8,500	6,589
1/60616	34	Lagerabwertungen						0,002	-2,828
		Summe 606...			1.108,500		1.108,500	2.801,716	3.832,268
1/607		Sonstige Einrichtungen des Schul- und Ausbildungswesens:							
1/6071		Land- und forstw. Berufs- und landwirtsch. Fachschulen:							
1/60717	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			457,245		457,245	457,245	442,598
1/6072		Forstliche Ausbildungsstätten:							
1/60720	34	Personalausgaben		20,692			20,692	20,692	21,555
1/60723	34	Anlagen				1,010	1,010	0,710	0,683
1/60727	34	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,282		0,282	0,282	0,128
1/60728	34	Aufwendungen			7,455		7,455	6,347	6,300
		Summe 6072...		20,692	7,737	1,010	29,439	28,031	28,666
		Summe 607...		20,692	464,982	1,010	486,684	485,276	471,264

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

145

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
E I N N A H M E N								
2/6055		Bundesanstalten für Milchwirtschaft:						
2/60554	12	Erfolgswirksame Einnahmen		21,058		21,058	38,058	22,777
2/60555	12	Intern. Forschungskoooperation, lfde. Einnahmen ..		0,001		0,001	0,001	
2/60557	12	Bestandswirksame Einnahmen			0,025	0,025	0,135	0,022
		Summe 6055...		21,059	0,025	21,084	38,194	22,799
2/6056		Bundesanstalt für Bergbauernfragen:						
2/60564	12	Erfolgswirksame Einnahmen		0,037		0,037	0,037	0,081
2/60565	12	Intern. Forschungskoooperation, lfde. Einnahmen ..		0,001		0,001	0,001	0,360
2/60567	12	Bestandswirksame Einnahmen			0,002	0,002	0,002	
		Summe 6056...		0,038	0,002	0,040	0,040	0,441
2/6058		Bundesamt für Wasserwirtschaft:						
2/60584	12	Erfolgswirksame Einnahmen		13,192		13,192	9,192	13,643
2/60587	12	Bestandswirksame Einnahmen			0,026	0,026	0,026	0,002
		Summe 6058...		13,192	0,026	13,218	9,218	13,645
2/6059		Bundesanstalt für Landtechnik:						
2/60594	12	Erfolgswirksame Einnahmen		2,870		2,870	2,870	2,463
2/60595	12	Intern. Forschungskoooperation, lfde. Einnahmen ..		0,001		0,001	0,001	1,170
2/60597	12	Bestandswirksame Einnahmen			0,032	0,032	0,032	0,022
		Summe 6059...		2,871	0,032	2,903	2,903	3,654
2/6057		Bundesanstalten für Tierzucht:						
2/60574	12	Erfolgswirksame Einnahmen						18,965
2/60577	12	Bestandswirksame Einnahmen						0,182
		Summe 6057...						19,147
		Summe 605...		191,814	1,363	193,177	202,510	184,628
2/606		Übergangsregelungen:						
2/60624	34	Laufende Einnahmen gem. BGBl. Nr. 1103/94		15,001		15,001	15,001	2,537
2/607		Sonstige Einrichtungen des Schul- und Ausbildungswesens:						
2/6071		Land- und forstwirtsch. Berufs- und landwirtsch. Fachschulen:						
2/60714	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
2/6072		Forstliche Ausbildungsstätten:						
2/60724	34	Erfolgswirksame Einnahmen		5,767		5,767	5,215	7,143
2/60727	34	Bestandswirksame Einnahmen			0,030	0,030	0,033	0,014
		Summe 6072...		5,767	0,030	5,797	5,248	7,156
		Summe 607...		5,768	0,030	5,798	5,249	7,156

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/608		Einrichtungen für Schutzwasserbau und Lawinerverbauung:	*						
1/6080		Wildbach- und Lawinerverbauungsdienst:							
1/60800	34	Personalausgaben		133,109			133,109	133,109	136,259
1/60803	34	Anlagen				14,114	14,114	1,583	3,732
1/60807		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			4,729		4,729	4,729	3,451
	22				4,653		4,653	4,653	3,411
	34				0,076		0,076	0,076	0,040
1/60808	34	Aufwendungen	*		17,804		17,804	15,819	13,873
		Summe 6080...		133,109	22,533	14,114	169,756	155,240	157,315
1/6081		Öffentliches Wassergut:							
1/60813	34	Anlagen	*			0,146	0,146	0,146	0,036
1/60817	34	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,350		0,350	0,350	0,179
1/60818	34	Aufwendungen			4,721		4,721	4,721	3,073
		Summe 6081...			5,071	0,146	5,217	5,217	3,289
1/6082		Wildbach- und Lawinerverbauung:	*						
1/60826	34	Bundeszuschüsse für Wildbach- und Lawinerverbauungen			0,004		0,004	0,004	
1/60828	34	Klausenkofelbach - Verwaltung (zweckgebundene Gebarung)	*		0,001		0,001	0,001	
		Summe 6082...			0,005		0,005	0,005	
1/6083		Wildbach- und Lawinerverbauung (Mittel d. Katastrophenfonds):	*						
1/60836	34	Bundeszuschüsse für vorbeugende Maßnahmen (zweckgeb. Geb.)	*		744,334		744,334	827,334	742,276
1/60838	34	Projektierungsk. f. Wildbach-u. Lawinerverbauungen(zweckg. Geb)	*		38,955		38,955	30,955	30,832
		Summe 6083...			783,289		783,289	858,289	773,107
1/6084		Bundesflüsse:	*						
1/60848	34	Bau-, Projektierungsk., Gefahrenzonenpläne			36,917		36,917	36,917	32,022
1/6085		Bundesflüsse (Mittel des Katastrophenfonds):	*						
1/60858	34	Bau-, Projektierungsk., Gefahrenzonenpläne (zweckgeb. Geb.)	*		286,001		286,001	316,001	254,826
1/6086		Interessentengewässer:							
1/60866	34	Bundesz. f. Bau-, Projektk., Gefahrenzonenpl.			0,923		0,923	0,923	0,923
1/6087		Interessentengewässer (Mittel des Katastrophenfonds):	*						
1/60876	34	Bundesz. f. Bau-, Projektk., Gefahrenzonenpl. (zweckgeb. Geb.)	*		293,717		293,717	338,717	319,607
		Summe 608...		133,109	1.428,456	14,260	1.575,825	1.711,309	1.541,089

Anmerkungen:

- 1/608 Die Verwaltungs-Aufwendungen werden, soweit nicht ausgewiesen, im Rahmen der Auftragsverwaltung von den Bundesländern getragen.
- 1/60808 Hievon 1998 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60890.
- 1/60813 Hievon 1998 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54602.
- 1/6082 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6080 mitveranschlagt.
- 1/60828 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60820.
- 1/6083 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6080 mitveranschlagt.
- 1/60836 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60890.
- 1/60838 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60890.
- 1/6084 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.
- 1/6085 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.
- 1/60858 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60890.
- 1/60876 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60890.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

147

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1998	Bundesvoranschlag 1997	Erfolg 1996
2/608		Einrichtungen für Schutzwasserbau und Lawinerverbauung:						
2/6080		Wildbach- und Lawinerverbauungsdienst:						
2/60804	34	Erfolgswirksame Einnahmen		0,825		0,825	0,853	0,825
2/60807	34	Bestandswirksame Einnahmen			0,065	0,065	0,059	0,078
		Summe 6080...		0,825	0,065	0,890	0,912	0,902
2/6081		Öffentliches Wassergut:						
2/60814	34	Erfolgswirksame Einnahmen		50,850		50,850	25,850	29,296
2/6082		Wildbach- und Lawinerverbauung:						
2/60820	34	Klausenkofelbach-Verwaltung (zweckgebundene Einnahmen)	*	0,001		0,001	0,001	
2/6084		Bundesflüsse:						
2/60844	34	Bundesflüsse (erfolgswirksame Einnahmen)		46,688		46,688	46,688	31,093
2/60890	34	Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)	*	1.465,008		1.465,008	1.615,008	1.512,343
		Summe 608...		1.563,372	0,065	1.563,437	1.688,459	1.573,635

Anmerkungen:

2/60820 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60828.
2/60890 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/60126 (102,000 Millionen Schilling),
1/60808 (0,001 Millionen Schilling), 1/60836 (744,334 Millionen Schilling),
1/60838 (38,955 Millionen Schilling), 1/60858 (286,001 Millionen Schilling) und
1/60876 (293,717 Millionen Schilling) veranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/609		Sonstige nachgeordnete Dienststellen:							
1/6090		Phytosanitäre Kontrollen:							
1/60903	43	Anlagen				0,193	0,193	0,193	0,192
1/60908	43	Aufwendungen			6,539		6,539	5,412	5,726
		Summe 6090			6,539	0,193	6,732	5,605	5,918
1/6091		Bundeskellereiinspektion:							
1/60910	43	Personalausgaben		16,931			16,931	16,931	13,761
1/60913	43	Anlagen				0,341	0,341	0,341	0,649
1/60917	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,070		0,070	0,070	0,047
1/60918	43	Aufwendungen			4,383		4,383	4,383	4,379
		Summe 6091		16,931	4,453	0,341	21,725	21,725	18,836
1/6093		Bundesgärten:							
1/60930	37	Personalausgaben		96,053			96,053	96,053	95,610
1/60933	37	Anlagen				5,334	5,334	4,334	3,399
1/60937	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			9,200		9,200	4,200	1,072
1/60938	37	Aufwendungen			45,861		45,861	33,861	34,509
		Summe 6093		96,053	55,061	5,334	156,448	138,448	134,590
1/6094		Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule:							
1/60940	13	Personalausgaben		48,804			48,804	48,804	48,830
1/60943	13	Anlagen				1,529	1,529	1,529	1,524
1/60947	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			2,270		2,270	1,670	2,242
1/60948	13	Aufwendungen			8,964		8,964	7,964	8,358
		Summe 6094		48,804	11,234	1,529	61,567	59,967	60,953
1/6096		Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsförster:							
1/60960	34	Personalausgaben		9,575			9,575	9,575	8,755
1/60963	34	Anlagen				0,594	0,594	0,240	0,286
1/60967	34	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,089		1,089	1,089	0,891
1/60968	34	Aufwendungen			5,647		5,647	7,256	7,972
		Summe 6096		9,575	6,736	0,594	16,905	18,160	17,905
1/6099		Bauhöfe:							
1/60990	34	Personalausgaben		62,079			62,079	62,079	47,117
1/60993	34	Anlagen						8,152	11,516
1/60997	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..						4,049	2,251
	34							2,372	0,666
1/60998	34	Aufwendungen						1,677	1,585
		Summe 6099		62,079			62,079	77,337	63,115
1/6095		Landwirtschaftliche Bundesversuchswirtschaften:							
1/60950	34	Personalausgaben						58,798	55,085
1/60953	34	Anlagen						1,512	1,511
1/60957	34	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..						4,398	3,926
1/60958	34	Aufwendungen						19,795	25,545
		Summe 6095						84,503	86,068
		Summe 609		233,442	84,023	7,991	325,456	430,087	411,787
		Gesamtausgaben 60...		1.686,580	22.573,394	155,331	24.415,305	27.449,597	29.161,614

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

149

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundесvor- anschlag 1998	Bundесvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
2/609		Sonstige nachgeordnete Dienststellen:						
2/60904	43	Grenzbeschauendienst		5,501		5,501	0,043	8,691
2/6091		Bundeskellereinspektion:						
2/60914	43	Erfolgswirksame Einnahmen		1,450		1,450	1,450	0,947
2/60917	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,106	0,106	0,106	
		Summe 6091...		1,450	0,106	1,556	1,556	0,947
2/6093		Bundesgärten:						
2/60934	37	Erfolgswirksame Einnahmen		20,243		20,243	21,742	19,519
2/60937	37	Bestandswirksame Einnahmen			0,222	0,222	0,101	0,019
		Summe 6093...		20,243	0,222	20,465	21,843	19,538
2/6094		Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule:						
2/60944	13	Erfolgswirksame Einnahmen		34,008		34,008	27,008	32,811
2/60947	13	Bestandswirksame Einnahmen			1,401	1,401	1,401	2,083
		Summe 6094...		34,008	1,401	35,409	28,409	34,894
2/6096		Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsförste:						
2/60964	34	Erfolgswirksame Einnahmen		14,021		14,021	14,863	18,131
2/60967	34	Bestandswirksame Einnahmen			0,004	0,004	0,031	0,012
		Summe 6096...		14,021	0,004	14,025	14,894	18,143
2/6095		Landwirtschaftliche Bundesversuchswirtschaften:						
2/60954	12	Erfolgswirksame Einnahmen					52,160	50,810
	34						0,301	0,318
2/60957	34	Bestandswirksame Einnahmen					51,859	50,492
							2,098	0,958
		Summe 6095...					54,258	51,768
2/6099		Bauhöfe:						
2/60994	34	Erfolgswirksame Einnahmen					127,783	89,074
2/60997	34	Bestandswirksame Einnahmen					0,364	0,830
		Summe 6099...					128,147	89,904
		Summe 609...		75,223	1,733	76,956	249,150	223,885
		Gesamteinnahmen 60...		2.575,902	8,743	2.584,645	2.822,403	2.556,583

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/63		Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr:							
1/630		Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten:							
1/6300		Zentraleitung:							
1/63000	43	Personalausgaben		546,121			546,121	529,878	522,396
1/63003	43	Anlagen				27,797	27,797	27,797	14,585
1/63007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			42,774		42,774	42,774	35,472
	22				8,878		8,878	8,878	8,779
	43				33,896		33,896	33,896	26,693
1/63008		Aufwendungen	*		197,991		197,991	147,991	142,087
	21				0,010		0,010	0,010	0,010
	43				197,981		197,981	147,981	142,077
		Summe 6300...		546,121	240,765	27,797	814,683	748,440	714,539
1/6301		Kapitalbeteiligungen:							
1/63013		Sonstige Unternehmungen				0,002	0,002	0,002	21,020
	35					0,001	0,001	0,001	
	38					0,001	0,001	0,001	21,020
1/63016		Zuschüsse an Unternehmungen mit Bundesbeteiligung			116,255		116,255	146,255	44,148
	36				76,255		76,255	106,255	8,296
	38				40,000		40,000	40,000	35,852
		Summe 6301...			116,255	0,002	116,257	146,257	65,168
1/6302		Wirtschaftliche Landesverteidigung:	*						
1/63026	41	Förderungen			0,001		0,001	0,001	
1/63028	41	Aufwendungen			0,434		0,434	0,434	0,004
		Summe 6302...			0,435		0,435	0,435	0,004
1/6304		Zivilschutzmaßnahmen:	*						
1/63043	41	Anlagen				0,001	0,001	0,001	
1/63048	41	Aufwendungen			0,527		0,527	0,527	0,527
		Summe 6304...			0,527	0,001	0,528	0,528	0,527
1/6303		Beteiligungen an EG-Programmen:							
1/63038	43	Aufwendungen						0,008	
		Summe 630...		546,121	357,982	27,800	931,903	895,668	780,238

Anmerkungen:

- 1/63008 Hievon 1998 0,003 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/63001.
1/6302 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/630 mitveranschlagt.
1/6304 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/630 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

151

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1998	Bundesvoranschlag 1997	Erfolg 1996
2/63		Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr:						
2/630		Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten:						
2/6300		Zentralleitung:						
2/63001	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,003	0,003	0,003	0,016
2/63004		Erfolgswirksame Einnahmen		107,670	107,670	94,529	118,025
	21			0,042	0,042	0,042	0,165
	43			107,628	107,628	94,487	117,860
2/63007	43	Bestandswirksame Einnahmen	0,100	0,100	0,100	0,617
		Summe 6300...		107,673	0,100	107,773	94,632	118,657
2/6301		Kapitalbeteiligungen:						
2/63014		Erträge						
	35			26,003	26,003	26,003	168,416
	38			0,001	0,001	0,001	0,950
				26,002	26,002	26,002	167,466
2/63017		Erlöse						
	35			0,002	0,002	0,002
	38			0,001	0,001	0,001
				0,001	0,001	0,001
		Summe 6301...		26,003	0,002	26,005	26,005	168,416
2/6302		Wirtschaftliche Landesverteidigung:						
2/63024	41	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	0,001	0,001
2/6304		Zivilschutzmaßnahmen:						
2/63044	41	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002	0,002	0,002	0,046
		Summe 630...		133,679	0,102	133,781	120,640	287,118

Anmerkungen:

2/63001 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/63008 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/631		Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen): *							
1/63108	38	Verein 'Österreich Werbung'			300,000		300,000	350,000	350,000
1/6312		Elektrizitätswirtschaft:							
1/63125	35	Förderungen (D)				0,002	0,002	0,002	
1/63126	35	Förderungen			0,001		0,001	0,001	
		Summe 6312...			0,001	0,002	0,003	0,003	
1/6313		Bergbau und Grundstoffe - Förderung:							
1/63135	36	Förderungen (D)				0,003	0,003	0,003	
1/63136	36	Förderungen			175,107		175,107	175,107	174,726
		Summe 6313...			175,107	0,003	175,110	175,110	174,726
1/6315		Sonstige Wirtschaft (einschl. Energiewesen u. Tourismus): Sonstige Wirtschaft einschließlich Energiewesen							
1/63152	38	Anlagen (Gesetzl. Verpflichtungen)				0,001	0,001	0,001	
1/63154	36	Zuschüsse gem. Gewerbestrukturverbesserungsgesetz 1969.			0,002		0,002	0,002	
1/63155	36	Förderungen (D)				12,000	12,000	12,000	12,000
1/63156	35	Förderungen			518,138		518,138	687,591	402,568
	36				60,000		60,000	70,000	75,851
	38				107,593		107,593	617,591	326,717
1/63158	38	Aufwendungen			350,545		350,545		
	36				113,390		113,390	31,907	26,088
	38				102,665		102,665	23,107	14,465
		Summe 6315...			631,530	12,001	643,531	731,501	440,655
1/6317		Technologie- und Forschungsförderung (gewerblich):							
1/63175	36	Förderungen (D)	*			0,001	0,001	0,001	
1/63176	36	Förderungen	*		551,907		551,907	721,499	732,146
1/63178	36	Aufwendungen	*		25,503		25,503	25,503	18,199
		Summe 6317...			577,410	0,001	577,411	747,003	750,345
1/63186	36	Strukturmaßnahmen EU			0,011		0,011	0,003	42,450
	38				0,002		0,002	0,002	41,245
					0,009		0,009	0,001	1,205
1/6319		Sonstige Förderungsmaßnahmen:							
1/63195	23	Bezugsvorschüsse				11,000	11,000	11,000	10,497
	43					2,935	2,935	2,935	3,100
	43					8,065	8,065	8,065	7,397
1/63196	43	Förderungen			1,400		1,400	1,400	0,646
		Summe 6319...			1,400	11,000	12,400	12,400	11,143
1/6311		Tourismus:							
1/63114	38	Zuschüsse gem. Gewerbestrukturverbesserungsgesetz 1969.						0,002	
1/63116	38	Förderungen						350,547	303,883
1/63118	38	Aufwendungen						31,483	27,452
		Summe 6311...						382,032	331,334
		Summe 631...			1.685,459	23,007	1.708,466	2.398,052	2.100,654

Anmerkungen:

- 1/631 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/630 mitveranschlagt.
1/63175 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/63170.
1/63176 Hievon 1998 61,522 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/63170.
1/63178 Hievon 1998 12,498 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/63170,
0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/63171 und
0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/63173.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

153

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
2/631		Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen):						
2/6312		Elektrizitätswirtschaft:						
2/63124	35	Erfolgswirksame Einnahmen		0,340		0,340	0,340	0,177
2/63129	35	Darlehensrückzahlungen			1,770	1,770	1,770	1,026
		Summe 6312...		0,340	1,770	2,110	2,110	1,202
2/6313		Bergbau und Grundstoffe - Förderung:						
2/63134	36	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002	0,002	
2/63139	36	Darlehensrückzahlungen			0,003	0,003	0,003	
		Summe 6313...		0,002	0,003	0,005	0,005	
2/6315		Sonstige Wirtschaft (einschl. Energiewesen u. Tourismus):						
2/63154		Sonstige Wirtschaft einschließlich Energiewesen						
	36	Erfolgswirksame Einnahmen		2,006		2,006	2,000	1,949
	38		2,003		2,003	2,000	1,949
	38		0,003		0,003		
2/63159		Darlehensrückzahlungen			15,002	15,002	15,000	17,756
	36			15,000	15,000	15,000	17,756
	38			0,002	0,002		
		Summe 6315...		2,006	15,002	17,008	17,000	19,705
2/6317		Technologie- und Forschungsförderung (gewerblich):						
2/63170	36	Mittel gemäß ITF-Gesetz	*	74,021		74,021	83,616	97,374
2/63171	36	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,002		0,002	0,002	
2/63173	36	Zweckgebundene Darlehensrückzahlungen	*		0,001	0,001	0,001	
		Summe 6317...		74,023	0,001	74,024	83,619	97,374
2/6319		Sonstige Förderungsmaßnahmen:						
2/63199		Bezugsvorschußsätze			7,800	7,800	7,800	6,867
	23			1,300	1,300	1,300	1,316
	43			6,500	6,500	6,500	5,551
2/6311		Tourismus:						
2/63114	38	Erfolgswirksame Einnahmen					0,008	0,018
2/63119	38	Darlehensrückzahlungen					0,002	
		Summe 6311...					0,008	0,018
		Summe 631...		76,371	24,576	100,947	110,542	125,167

Anmerkungen:

- 2/63170 Überweisung vom VA-Ansatz 1/10058.
Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/63175 (0,001 Millionen Schilling), 1/63176 (61,522 Millionen Schilling) und 1/63178 (12,498 Millionen Schilling).
- 2/63171 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/63178.
- 2/63173 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/63178.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/632		Einrichtungen des Patentwesens:							
1/6320		Österreichisches Patentamt:							
1/63200	36	Personalausgaben		139,284			139,284	131,347	134,958
1/63203	36	Anlagen				5,550	5,550	5,550	5,550
1/63207	36	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			2,900		2,900	2,900	2,236
	22				2,732		2,732	2,732	2,124
	36				0,168		0,168	0,168	0,113
1/63208	36	Aufwendungen			40,670		40,670	40,670	35,472
		Summe 6320...		139,284	43,570	5,550	188,404	180,467	178,217
1/63217	36	Oberster Patent- und Markensenat	*		1,380		1,380	1,380	0,926
		Summe 632...		139,284	44,950	5,550	189,784	181,847	179,143
1/633		Bergbehörden:							
1/63300	43	Personalausgaben		28,819			28,819	26,111	27,042
1/63303	43	Anlagen				1,256	1,256	1,256	1,243
1/63307	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,649		0,649	0,649	0,449
	22				0,639		0,639	0,639	0,447
	43				0,010		0,010	0,010	0,001
1/63308	43	Aufwendungen			5,705		5,705	5,705	5,646
		Summe 633...		28,819	6,354	1,256	36,429	33,721	34,380
		Gesamtausgaben 63...		714,224	2.094,745	57,613	2.866,582	3.509,288	3.094,414

Anmerkungen:

1/63217 Verwaltungsaufwendungen beim Paragraph 1/6320 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

155

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
2/632		Einrichtungen des Patentwesens:						
2/6320		Österreichisches Patentamt:						
2/63204	36	Gebühren gemäß Patent- und Markenschutzgesetz ..		285,000	285,000	285,000	288,168
2/63205	36	Sonstige erfolgswirksame Einnahmen		11,000	11,000	11,000	14,246
	21			0,001	0,001	0,001
	36			10,999	10,999	10,999	14,246
2/63207	36	Bestandswirksame Einnahmen			0,004	0,004	0,004	0,003
2/63209	36	Darlehensrückzahlungen			0,228	0,228	0,228	0,330
		Summe 632...		296,000	0,232	296,232	296,232	302,747
2/633		Bergbehörden:						
2/63304	43	Gebühren		4,000	4,000	4,000	3,104
2/63305	43	Sonstige erfolgswirksame Einnahmen		286,434	286,434	286,434	220,928
2/63307	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,012	0,012	0,012	0,004
		Summe 633...		290,434	0,012	290,446	290,446	224,035
		Gesamteinnahmen 63...		796,484	24,922	821,406	817,860	939,067

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/64		Bauten und Technik:							
1/640		Verwaltungs- und betr. ähnl. Einrichtungen:							
1/6401		Bundsmobilienverwaltung:							
1/64010	37	Personalausgaben		13,688			13,688	13,287	13,285
1/64013	37	Anlagen				7,480	7,480	3,000	2,287
1/64017	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,015		0,015	0,015	0,011
1/64018	37	Aufwendungen			19,900		19,900	11,502	8,613
		Summe 6401...		13,688	19,915	7,480	41,083	27,804	24,196
1/6402		Schönbrunner Tiergartenamt:							
1/64020	37	Personalausgaben		10,168			10,168	9,678	9,522
1/64028	37	Aufwendungen			0,146		0,146	0,146	0,131
		Summe 6402...		10,168	0,146		10,314	9,824	9,653
1/6403		Beschußämter:							
1/64030	43	Personalausgaben		5,403			5,403	5,176	5,139
1/64033	43	Anlagen				0,360	0,360	0,360	0,329
1/64037	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,020		0,020	0,020	0,008
1/64038	43	Aufwendungen			1,947		1,947	1,947	1,610
		Summe 6403...		5,403	1,967	0,360	7,730	7,503	7,086
1/6406		Bäder:	*						
1/64063	37	Anlagen				0,034	0,034	0,034	
1/64067	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,200		0,200	0,200	0,096
1/64068	37	Aufwendungen			0,430		0,430	0,675	0,388
		Summe 6406...			0,630	0,034	0,664	0,909	0,484
1/6407		Regierungsgebäude:							
1/64073	43	Anlagen				2,100	2,100	1,100	0,545
1/64078	43	Aufwendungen			39,661		39,661	33,680	33,680
		Summe 6407...			39,661	2,100	41,761	34,780	34,224
		Summe 640...		29,259	62,319	9,974	101,552	80,820	75,643

Anmerkungen:

1/6406 Personalausgaben beim VA-Ansatz 1/64500 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

157

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
2/64		Bauten und Technik:						
2/640		Verwaltungs- und betr. ähnl. Einrichtungen:						
2/6401		Bundesmobilienvverwaltung:						
2/64014	37	Erfolgswirksame Einnahmen		0,300		0,300	0,300	0,259
2/64017	37	Bestandswirksame Einnahmen			0,007	0,007	0,007	
		Summe 6401...		0,300	0,007	0,307	0,307	0,259
2/6402		Schönbrunner Tiergartenamt:						
2/64024	37	Erfolgswirksame Einnahmen		17,240		17,240	16,240	12,095
2/6403		Beschußämter:						
2/64034	43	Erfolgswirksame Einnahmen		2,130		2,130	2,130	1,506
2/64037	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,004	0,004	0,004	
		Summe 6403...		2,130	0,004	2,134	2,134	1,506
2/6406		Bäder:						
2/64064	37	Erfolgswirksame Einnahmen		2,700		2,700	2,700	2,112
2/64067	37	Bestandswirksame Einnahmen			0,004	0,004	0,004	
		Summe 6406...		2,700	0,004	2,704	2,704	2,112
2/6407		Regierungsgebäude:						
2/64074	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,010		0,010	0,010	
2/64077	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,002	0,002	0,002	
		Summe 6407...		0,010	0,002	0,012	0,012	
		Summe 640...		22,380	0,017	22,397	21,397	15,973

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/641		Förderungsmaßnahmen (Bauten und Technik): *							
1/6414		Wohnbauforschung:							
1/64145	12	Förderungen (D)			0,005	0,005	0,005	0,005	0,350
1/64146	12	Förderungen		4,658		4,658	4,492	5,862	
1/64148	12	Aufwendungen		0,003		0,003	0,003	0,318	
		Summe 6414...			4,661	0,005	4,666	4,500	6,530
1/6415		Wasserbau (Wasserbautenförderungsgesetz):							
1/64155	33	Förderungen (D)			0,910	0,910	0,401	0,401	
1/64156	33	Förderungen		0,003		0,003	0,512		
		Summe 6415...			0,003	0,910	0,913	0,913	0,401
1/64166		Wasserbau - Mittel des Katastrophenfonds (zweckgeb. Geb.)							
	33			300,000		300,000	437,610	78,996	
	34			299,999		299,999	437,609	78,996	
				0,001		0,001	0,001		
1/6417		Technisches Versuchswesen:							
1/64175	12	Förderungen (D)			0,005	0,005	0,005		
1/64176	12	Förderungen		27,339		27,339	27,339	27,260	
1/64178	12	Aufwendungen		12,000		12,000	12,000	12,000	
		Summe 6417...			39,339	0,005	39,344	39,344	39,260
1/6418		Allgemeine Bauforschung:							
1/64186	12	Förderungen		0,100		0,100	0,100	0,083	
1/64188	12	Aufwendungen		2,317		2,317	2,317	1,262	
		Summe 6418...			2,417		2,417	2,417	1,346
1/6419		Sonstige Förderungsmaßnahmen:							
1/64196	34	Förderungen		29,500		29,500	29,500	25,500	
1/64198	43	Aufwendungen		7,145		7,145	7,145	4,556	
		* Summe 6419...			36,645		36,645	36,645	30,056
		Summe 641...			383,065	0,920	383,985	521,429	156,589

Anmerkungen:

1/641 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6300 mitveranschlagt.

1/64166 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64160.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

159

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
2/641		Förderungsmaßnahmen (Bauten und Technik):						
2/6412		Sonstige Wohnungsfürsorge:						
2/64124	23	Erfolgswirksame Einnahmen		0,027		0,027	0,027	0,039
2/64129	23	Darlehensrückzahlungen			0,124	0,124	0,124	0,229
		Summe 6412...		0,027	0,124	0,151	0,151	0,267
2/6414		Wohnbauforschung:						
2/64144	12	Erfolgswirksame Einnahmen		0,700		0,700	0,700	0,803
2/64149	12	Darlehensrückzahlungen			5,000	5,000	4,000	3,864
		Summe 6414...		0,700	5,000	5,700	4,700	4,666
2/6415		Wasserbau (Wasserbautenförderungsgesetz):						
2/64154	33	Erfolgswirksame Einnahmen		0,003		0,003	0,003	
2/64159	33	Darlehensrückzahlungen			0,300	0,300	0,300	0,650
		Summe 6415...		0,003	0,300	0,303	0,303	0,650
2/64160	33	Wasserbau - Mittel des Katastrophenfonds (zweckgeb. Einn.)	*	300,000		300,000	437,610	81,813
2/6417		Technisches Versuchswesen:						
2/64174	12	Erfolgswirksame Einnahmen		1,830		1,830	0,330	10,853
2/64179	12	Darlehensrückzahlungen			0,200	0,200	0,200	
		Summe 6417...		1,830	0,200	2,030	0,530	10,853
2/6418		Allgemeine Bauforschung:						
2/64184	12	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002	0,002	
		Summe 641...		302,562	5,624	308,186	443,296	98,250

Anmerkungen:

2/64160 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansatz 1/64166.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/642		Bundesstraßenverwaltung:	*						
1/6420		Bundesstraßen: Bundesstraßen B							
1/64203	32	Anlagen	*			2.669,216	2.669,216	2.208,100	2.528,091
1/64208	32	Aufwendungen	*		1.300,000		1.300,000	1.094,185	1.125,760
		Summe 6420...			1.300,000	2.669,216	3.969,216	3.302,285	3.653,851
1/6422		Bundesstraßen (sonstige Ausgaben): Bundesstraßen B und S (gemeinsame Ausgaben)							
1/64223	32	Anlagen (Hochbauten, Geräte, Fahrzeuge, Betriebsausstattung)	*			260,000	260,000	240,000	253,538
1/64227	32	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..	*		16,000		16,000	16,000	15,133
1/64228	32	Aufwendungen	*		2.690,000		2.690,000	2.717,295	2.763,510
		Summe 6422...			2.706,000	260,000	2.966,000	2.973,295	3.032,180
1/6425		Katastrophenfonds - Vorbeugende Maßnahmen (zweckgeb. Geb.):	*						
1/64253	32	Anlagen				394,000	394,000	344,000	343,919
1/64258	32	Aufwendungen			40,000		40,000	35,294	34,998
		Summe 6425...			40,000	394,000	434,000	379,294	378,917
1/6426		Katastrophenfonds - Beseitigung von Schäden (zweckgeb. Geb.):	*						
1/64268	32	Aufwendungen			286,205		286,205	237,588	133,118

Anmerkungen:

- 1/642 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6300 mitveranschlagt bzw. im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung von den Bundesländern getragen.
- 1/64203 Hievon 1998 270,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim Paragraph 2/6420.
- 1/64208 Hievon 1998 215,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim Paragraph 2/6420.
- 1/64223 Hievon 1998 45,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim Paragraph 2/6420.
- 1/64228 Hievon 1998 270,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim Paragraph 2/6420.
- 1/6425 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64250.
- 1/6426 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64260.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

161

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
2/642		Bundesstraßenverwaltung:						
2/64200	32	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	690,000	690,000	1.200,000	1.116,300
2/64202	32	Veräußerungserlöse (zweckgeb. Einnahmen)	*	110,000	110,000	110,000	90,158
2/64204	32	Erfolgswirksame Einnahmen		140,005	140,005	98,486	10,307
2/64207	32	Bestandswirksame Einnahmen	8,700	8,700	7,700	9,872
2/64250	32	Katastrophenfonds - Vorbeugende Maßnahmen (zweckgeb. Einn.)	*	434,000	434,000	379,294	379,294
2/64260	32	Katastrophenfonds - Beseitigung von Schäden (zweckgeb. Einn.)	*	286,205	286,205	237,588	146,848

Anmerkungen:

- 2/64200) Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/64203 (270,000 Millionen Schilling),
2/64202) 1/64208 (215,000 Millionen Schilling), 1/64223 (45,000 Millionen Schilling) und
1/64228 (270,000 Millionen Schilling) mitveranschlagt.
2/64250 Korrespondierende Ausgaben beim Paragraph 1/6425.
2/64260 Korrespondierende Ausgaben beim Paragraph 1/6426.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/6427		Straßenforschung:							
1/64275	12	Förderungen (D)				0,004	0,004	0,004	
1/64276	12	Förderungen			8,900		8,900	8,900	3,400
1/64278	12	Aufwendungen			27,000		27,000	27,000	15,500
		Summe 6427...			35,900	0,004	35,904	35,904	18,900
1/6429		Straßengesellschaften:							
1/64292	32	Anlagen (Gesetzl. Verpflichtungen)				0,001	0,001	0,001	
1/64293	32	Anlagen				0,001	0,001	0,001	
1/64298	32	Aufwendungen			0,001		0,001	2.888,500	2.689,800
1/64297	32	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) (zweckgeb. Geb.)						3.450,000	3.450,000
		Summe 6429...			0,001	0,002	0,003	6.338,502	6.139,800
1/6421		Bundesstraßen S:							
1/64213	32	Anlagen						280,000	62,320
1/64218	32	Aufwendungen						100,000	107,994
		Summe 6421...						380,000	170,314
1/6423		Bundesstraßen A:							
1/64233	32	Anlagen						1.098,000	895,299
1/64238	32	Aufwendungen						770,000	622,411
		Summe 6423...						1.868,000	1.517,711
1/6424		Bundesstraßen A (sonstige Ausgaben):							
1/64243	32	Anlagen (Hochbauten, Geräte, Fahrzeuge, Betriebsausstattung)						100,000	107,456
1/64247	32	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..						10,000	9,421
1/64248	32	Aufwendungen						1.045,000	1.150,658
		Summe 6424...						1.155,000	1.267,535
		Summe 642...			4.368,106	3.323,222	7.691,328	16.669,868	16.312,326
1/644		Wasserbauverwaltung:							
1/6440		Wasserstraßendirektion:							
1/64400	33	Personalausgaben		41,732			41,732	39,102	37,245
1/64403	33	Anlagen	*			3,380	3,380	3,380	1,132
1/64407	33	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,500		0,500	0,500	0,240
1/64408	33	Aufwendungen	*		167,904		167,904	157,904	199,007
		Summe 6440...		41,732	168,404	3,380	213,516	200,886	237,624
1/6441		Amt der Wasserstraßendirektion:							
1/64410	33	Personalausgaben		68,062			68,062	73,592	69,051
1/64418	33	Aufwendungen			10,772		10,772	10,772	7,316
		Summe 6441...		68,062	10,772		78,834	84,364	76,368
1/64438	33	Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz			4,526		4,526	4,526	4,526
1/64448	33	Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz (zweckgebundene Gebarung)	*		16,000		16,000	16,000	16,000
		Summe 644...		109,794	199,702	3,380	312,876	305,776	334,517

Anmerkungen:

- 1/64403 Hievon 1998 0,501 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64400.
1/64408 Hievon 1998 69,699 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64400.
1/64448 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64421.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

163

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1998	Bundesvoranschlag 1997	Erfolg 1996
2/6427		Straßenforschung:						
2/64274	12	Erfolgswirksame Einnahmen		0,250		0,250	0,250	0,224
2/64279	12	Darlehensrückzahlungen			0,100	0,100	0,100	
		Summe 6427...		0,250	0,100	0,350	0,350	0,224
2/6429		Straßengesellschaften:						
2/64290	32	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen					3.450,000	3.450,000
2/64291	32	Zweckgebundene Einnahmen aus Autobahngebühren ..					958,000	
2/64294	32	Erfolgswirksame Einnahmen aus Autobahngebühren ..					208,000	
2/64297	32	Bestandswirksame Einnahmen					0,003	
		Summe 6429...					4.616,003	3.450,000
		Summe 642...		1.550,460	118,800	1.669,260	6.649,421	5.203,003
2/644		Wasserbauverwaltung:						
2/6440		Wasserstraßendirektion:						
2/64400	33	Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)	*	70,200		70,200	60,200	60,200
2/64404	33	Erfolgswirksame Einnahmen		22,408		22,408	17,413	21,241
	37			22,368		22,368	17,373	21,203
				0,040		0,040	0,040	0,038
2/64407	33	Bestandswirksame Einnahmen			0,155	0,155	0,008	0,131
		Summe 6440...		92,608	0,155	92,763	77,621	81,571
2/6441		Amt der Wasserstraßendirektion:						
2/64414	33	Ersätze der Österr. Donau-Betriebs-Aktiengesellschaft		80,000		80,000	100,000	84,470
2/6442		Wasserbauten (Mittel des Katastrophenfonds) (zweckgeb. Geb.):						
2/64421	33	Zweckgeb. erfolgswirksame Einn. für vorbeugende Maßnahmen	*	16,000		16,000	16,000	16,000
		Summe 644...		188,608	0,155	188,763	193,621	182,042

Anmerkungen:

2/64400 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/64403 (0,501 Millionen Schilling) und beim VA-Ansatz 1/64408 (69,699 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

2/64421 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/64448.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/645		Bundesgebäudeverwaltung:							
1/6450		Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane):							
1/64500	37	Personalausgaben		383,821			383,821	377,503	374,496
1/64503	37	Anlagen			11,000	11,000	11,000	16,000	5,085
1/64507	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,000	1,000	1,000	1,000	0,674
1/64508	37	Aufwendungen			48,498		48,498	50,498	40,249
		Summe 6450...		383,821	49,498	11,000	444,319	445,001	420,504
1/6452		Kongreßzentrum in der Wiener Hofburg: *							
1/64523	37	Anlagen			1,100	1,100	1,100	1,300	0,030
1/64527	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,100	1,100	1,100	1,100	-0,942
1/64528	37	Aufwendungen			14,000	14,000	14,000	12,000	11,993
		Summe 6452...			15,100	1,100	16,200	14,400	11,082
1/6453		Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betr. ähnl. Einr.):							
1/64530	37	Personalausgaben		481,935			481,935	479,890	468,865
1/64533	37	Anlagen			10,855	10,855	10,855	13,100	16,594
1/64537	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,504	0,504	0,504	0,450	0,472
1/64538	37	Aufwendungen			57,806	57,806	57,806	57,806	47,871
		Summe 6453...		481,935	58,310	10,855	551,100	551,246	533,802
1/64548	37	Zahlungen an die BIG			5,000		5,000	2,699	4,647
		Summe 645...		865,756	127,908	22,955	1.016,619	1.013,346	970,035

Anmerkungen:

1/6452 Personalausgaben beim VA-Ansatz 1/64500 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

165

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1998	Bundesvoranschlag 1997	Erfolg 1996
2/645		Bundesgebäudeverwaltung:						
2/6450		Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane):						
2/64504	37	Erfolgswirksame Einnahmen		25,000	25,000	20,000	20,348
2/64507	37	Bestandswirksame Einnahmen	0,035	0,035	0,035	0,079
		Summe 6450...		25,000	0,035	25,035	20,035	20,427
2/6452		Kongreßzentrum in der Wiener Hofburg:						
2/64524	37	Erfolgswirksame Einnahmen		11,200	11,200	11,200	14,499
2/64527	37	Bestandswirksame Einnahmen	0,002	0,002	0,002
		Summe 6452...		11,200	0,002	11,202	11,202	14,499
2/6453		Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betr. ähnl. Einr.):						
2/64534	37	Erfolgswirksame Einnahmen		94,239	94,239	75,000	91,222
2/64537	37	Bestandswirksame Einnahmen	0,057	0,057	0,015	0,051
		Summe 6453...		94,239	0,057	94,296	75,015	91,273
		Summe 645...		130,439	0,094	130,533	106,252	126,199

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/646		Bundesgebäudeverwaltung - Liegenschaftsverwaltung:	*						
1/6460		Betriebskosten und Hauserfordernisse:							
1/64600	37	Personalausgaben		42,870			42,870	43,280	41,765
1/64603	37	Anlagen				0,700	0,700	0,960	0,710
1/64607	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			280,201		280,201	280,201	272,162
1/64608	37	Aufwendungen	*		242,000		242,000	231,555	220,657
		Summe 6460...		42,870	522,201	0,700	565,771	555,996	535,295
1/64613		Ankäufe f. Schulen d. Unterrichts- u. d. Wissenschaftsverwaltung	*			21,000	21,000	35,649	13,249
	11					10,649	10,649	10,649	10,895
	12					10,351	10,351	25,000	2,354
1/64633	41	Liegenschaftsankäufe für die Landesverteidigung	*			30,000	30,000	36,500	24,543
1/64663	43	Sonstige Liegenschaftsankäufe	*			35,000	35,000	65,330	50,443
1/64673	33	Liegenschaftsankäufe für Flugplätze	*			7,500	7,500	7,600	7,597
1/64683	43	Liegenschaftserwerb im Tauschwege				69,530	69,530	7,000	13,681
1/64688	43	Unbewegliches Bundesvermögen, Vergütungen.			0,003		0,003	1,000	
1/64698		Überweisungen an die Länder gem. §1 Abs. 2 Z 2 FAG			12,600		12,600	18,000	11,738
	11				1,500		1,500	0,600	1,251
	12				0,500		0,500	1,200	0,257
	37				7,000		7,000	9,000	6,900
	43				3,600		3,600	7,200	3,330
		Summe 646...		42,870	534,804	163,730	741,404	727,075	656,547

Anmerkungen:

1/646 : Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6300 mitveranschlagt bzw. im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung von den Bundesländern getragen.

1/64608 : Hievon 1998 0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64600.

1/64613 : Hievon 1998 0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64600.

1/64633 : Hievon 1998 0,003 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54602.

1/64663 : Hievon 1998 0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64600.

1/64673 : Hievon 1998 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64600.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

167

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
2/646		Bundesgebäudeverwaltung - Liegenschaftsverwaltung:						
2/64600	37	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	30,001	30,001	10,000	28,404
2/64604	37	Erfolgswirksame Einnahmen		365,432	365,432	351,432	346,956
2/64607	37	Bestandswirksame Einnahmen	0,054	0,054	0,054	0,001
		Summe 646...		395,433	0,054	395,487	361,486	375,361

Anmerkungen:

2/64600 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/64608 (0,002 Millionen Schilling),
1/64613 (0,002 Millionen Schilling), 1/64663 (0,002 Millionen Schilling),
1/64673 (0,001 Millionen Schilling), 1/64738 (3,992 Millionen Schilling),
1/64753 (0,001 Millionen Schilling) und 1/64758 (26,001 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/647		Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau):	*						
1/64708		Überweisungen an die Länder gem. §1 Abs. 2 Z 2 FAG			360,000		360,000	380,577	390,019
	11				130,000		130,000	126,000	101,743
	12				90,000		90,000	92,400	59,815
	43				140,000		140,000	162,177	228,461
1/6471		Schulen der Unterrichtsverwaltung:							
1/64713	11	Anlagen	*			915,000	915,000	432,569	472,570
1/64718	11	Aufwendungen	*		540,000		540,000	413,495	413,883
		Summe 6471...			540,000	915,000	1.455,000	846,064	886,453
1/6472		Schulen der Wissenschaftsverwaltung:							
1/64723	12	Anlagen	*			325,003	325,003	350,000	377,256
1/64728	12	Aufwendungen	*		330,000		330,000	259,430	274,634
		Summe 6472...			330,000	325,003	655,003	609,430	651,890
1/6473		Bauten für die Landesverteidigung:							
1/64738	23	Aufwendungen	*		835,000		835,000	886,927	910,832
	41				16,397		16,397	23,398	35,730
					818,603		818,603	863,529	875,103
1/6474		Land- und forstwirtschaftliche Schulen und Anstalten:							
1/64743	11	Anlagen	*			312,000	312,000	258,186	285,785
	34					105,006	105,006	40,684	68,711
						206,994	206,994	217,502	217,074
1/64748	11	Aufwendungen	*		110,000		110,000	72,108	66,290
	34				52,821		52,821	35,822	38,725
					57,179		57,179	36,286	27,565
		Summe 6474...			110,000	312,000	422,000	330,294	352,075

Anmerkungen:

- 1/647 Verwaltungs-Aufwendungen bei den Paragraphen 1/6300 und 1/6450 mitveranschlagt bzw. im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung von den Bundesländern getragen.
- 1/64713 Hievon 1998 0,011 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700.
- 1/64718 Hievon 1998 0,003 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700.
- 1/64723 Hievon 1998 0,010 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700 und 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54602.
- 1/64728 Hievon 1998 0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700.
- 1/64738 Hievon 1998 0,001 Millionen Schilling bei VA-Ansatz 2/54602, 3,992 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64600 und 0,007 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700.
- 1/64743 Hievon 1998 0,004 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700.
- 1/64748 Hievon 1998 0,003 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

169

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1998	Bundesvoranschlag 1997	Erfolg 1996
2/647		Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau):						
2/64700	37	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	27,081	27,081	77,085	80,697
2/64704	37	Erfolgswirksame Einnahmen		2,000	2,000	2,000	0,756
		Summe 647...		29,081	29,081	79,085	81,453

Anmerkungen:

2/64700 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/64713 (0,011 Millionen Schilling), 1/64718 (0,003 Millionen Schilling), 1/64723 (0,010 Millionen Schilling), 1/64728 (0,002 Millionen Schilling), 1/64738 (0,007 Millionen Schilling), 1/64743 (0,004 Millionen Schilling), 1/64748 (0,003 Millionen Schilling), 1/64753 (10,032 Millionen Schilling) und 1/64758 (17,009 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/6475		Sonstige Bundesgebäude:							
1/64753		Anlagen	*			2.264,986	2.264,986	3.144,233	3.299,253
	12					0,003	0,003	0,003	
	13					564,277	564,277	594,675	522,979
	23					0,958	0,958	0,958	0,373
	42					345,994	345,994	369,994	393,176
	43					1.353,754	1.353,754	2.178,603	2.382,726
1/64758		Aufwendungen	*		1.220,000		1.220,000	1.216,869	1.271,816
	12				0,001		0,001	0,001	
	13				180,000		180,000	180,004	170,414
	21				0,004		0,004	0,004	20,587
	23				36,000		36,000	18,000	102,608
	37				0,004		0,004	0,004	2,456
	42				40,000		40,000	40,000	80,142
	43				963,991		963,991	978,856	895,609
		Summe 6475...			1.220,000	2.264,986	3.484,986	4.361,102	4.571,069
		Summe 647...			3.395,000	3.816,989	7.211,989	7.414,394	7.762,339
1/649		Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen:							
1/6490		Einrichtungen des Eich- und Vermessungswesens:							
		Einrichtungen des Eichwesens							
1/64900	43	Personalausgaben		734,977			734,977	108,562	105,124
1/64903	43	Anlagen			24,571	24,571	24,571	9,121	9,121
1/64907		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			22,660	22,660	22,660	3,700	2,591
	22				21,876	21,876	21,876	3,518	2,209
	43				0,784	0,784	0,784	0,182	0,382
1/64908	43	Aufwendungen			136,370	136,370	136,370	28,149	28,149
		Summe 6490...		734,977	159,030	24,571	918,578	149,532	144,984
1/6491		Einrichtungen des Vermessungswesens:							
1/64910	43	Personalausgaben						614,457	621,825
1/64913	43	Anlagen						15,450	15,443
1/64917		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..						18,960	16,647
	22							18,358	16,043
	43							0,602	0,604
1/64918	43	Aufwendungen						108,221	118,691
		Summe 6491...						757,088	772,606
		Summe 649...		734,977	159,030	24,571	918,578	906,620	917,590
		Gesamtausgaben 64...		1.782,656	9.229,934	7.365,741	18.378,331	27.639,328	27.185,585

Anmerkungen:

1/64753 Hievon 1998 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64600, 10,032 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700, 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/50352 und 0,004 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54602.

1/64758 Hievon 1998 26,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64600 und 17,009 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

171

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1998	Bundesvoranschlag 1997	Erfolg 1996
2/649		Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen:						
2/6490		Einrichtungen des Eich- und Vermessungswesens:						
		<i>Einrichtungen des Eichwesens</i>						
2/64904	43	Erfolgswirksame Einnahmen		249,681		249,681	169,000	124,882
2/64907	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,120	0,120	0,050	0,068
		Summe 6490...		249,681	0,120	249,801	169,050	124,950
2/6491		Einrichtungen des Vermessungswesens:						
2/64914	43	Erfolgswirksame Einnahmen					69,883	83,554
2/64917	43	Bestandswirksame Einnahmen					0,070	0,070
		Summe 6491...					69,953	83,624
		Summe 649...		249,681	0,120	249,801	239,003	208,574
		Gesamteinnahmen 64...		2.868,644	124,864	2.993,508	8.093,561	6.290,855

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/65		Verkehr und öffentliche Wirtschaft:							
1/650		Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr:							
		<i>Bundesministerium für Wissenschaft, Verkehr und Kunst</i>							
1/6500		Verwaltungsbereich Verkehr:							
1/65000	43	Personalausgaben		282,072			282,072	263,889	273,459
1/65003	43	Anlagen				90,868	90,868	7,528	10,730
1/65007	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			19,134		19,134	19,134	15,759
	43				5,602		5,602	5,602	5,423
1/65008	43	Aufwendungen			13,532		13,532	13,532	10,336
					148,162		148,162	106,062	87,538
		Summe 6500...		282,072	167,296	90,868	540,236	396,613	387,486
1/6501		Schiffahrtspolizei:							
1/65010	43	Personalausgaben		34,897			34,897	32,355	33,215
1/65013	43	Anlagen				8,128	8,128	8,128	8,128
1/65017	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			2,269		2,269	2,269	1,445
	43				1,681		1,681	1,681	1,313
1/65018	43	Aufwendungen			0,588		0,588	0,588	0,132
					24,680		24,680	23,680	22,637
		Summe 6501...		34,897	26,949	8,128	69,974	66,432	65,425
1/6502		Fernmeldebehördliche Tätigkeiten:							
1/65023	43	Anlagen				30,455	30,455	30,455	30,454
1/65027	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			4,067		4,067	3,067	5,105
1/65028	43	Aufwendungen			107,408		107,408	107,408	90,392
		Summe 6502...			111,475	30,455	141,930	140,930	125,951
		Summe 650...		316,969	305,720	129,451	752,140	603,975	578,863
1/651		Bundesministerium (Zweckaufwand):							
1/65108	33	Verkehrsverbünde			657,700		657,700	657,700	557,700
1/65118	33	Allgemeiner Verkehr			73,280		73,280	42,280	42,273
	12	<i>Öffentliche Wirtschaft und allgemeiner Verkehr</i>							
	33				1,810		1,810	1,810	0,835
1/65133	33	Kapitalbeteiligungen			71,470		71,470	40,470	41,438
	36					0,006	0,006	0,006	10,000
	38					0,004	0,004	0,004	10,000
1/65148	33	Kosten f. Eisenbahn-Infrastruktur			12,330,200		12,330,200	11,000,200	11,000,200
1/65158	33	Gemeinwirtschaftliche Leistungen			8,823,723		8,823,723	8,823,723	8,506,723
1/65178	33	Gemeinwirtschaftliche Leistungen (PTA) ..			1,400,000		1,400,000	1,400,000	1,050,000
1/65198	33	Entgelt an Austro-Control			0,002		0,002	0,002	72,000
1/65128	33	EU-TEN-Projekte (zweckgeb. Geb.)						0,001	49,908
		Summe 651...			23,284,905	0,006	23,284,911	21,923,912	21,288,803

Anmerkungen:

1/65008 Hievon 1998 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65000.

1/651 Verwaltungsaufwendungen beim Titel 1/650 mitveranschlagt.

1/65158 Einschließlich der bis 1995 beim VA-Ansatz 1/65127 veranschlagten Ausgaben.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

173

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1998	Bundesvoranschlag 1997	Erfolg 1996
2/65		Verkehr und öffentliche Wirtschaft:						
2/650		Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr: <i>Bundesministerium für Wissenschaft, Verkehr und Kunst</i>						
2/6500		Verwaltungsbereich Verkehr:						
2/65000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,001		0,001	0,001	0,001
2/65004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		8,832		8,832	8,832	10,852
2/65007	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,030	0,030	0,030	
		Summe 6500...		8,833	0,030	8,863	8,863	10,854
2/6501		Schiffahrtspolizei:						
2/65014	43	Erfolgswirksame Einnahmen		20,746		20,746	20,746	21,861
2/65017	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,011	0,011	0,011	0,014
		Summe 6501...		20,746	0,011	20,757	20,757	21,874
2/6502		Fernmeldebehördliche Tätigkeiten:						
2/65024	43	Erfolgswirksame Einnahmen		639,995		639,995	3.639,994	4.145,817
2/65027	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,005	0,005	0,005	0,046
		Summe 6502...		639,995	0,005	640,000	3.639,999	4.145,863
		Summe 650...		669,574	0,046	669,620	3.669,619	4.178,591
2/651		Bundesministerium (Zweckaufwand):						
2/6513		Kapitalbeteiligungen:						
2/65134	33	Erträge		0,001		0,001	0,001	
2/65137	36	Erlöse			0,001	0,001	0,001	
		Summe 6513...		0,001	0,001	0,002	0,002	
2/65104	33	Verkehrsverbände					0,001	29,293
2/65120	33	EU-TEN-Projekte (zweckgeb. Einnahmen)					0,001	49,908
2/65144	33	Entgelt für die Benützung der Eisenbahninfrastruktur					3.100,000	3.100,000
		Summe 651...		0,001	0,001	0,002	3.100,004	3.179,202

Anmerkungen:

2/65000: Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/65008 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/652		Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen): *							
1/65204	33	Bundesbeitrag f. U-Bahn- teil (Schienenverbund)	*		1.500,000		1.500,000	1.500,000	1.500,000
1/65226	33	Sondervorhaben - Technologie			0,008		0,008		
	36				0,001		0,001		
	36				0,007		0,007		
1/65236	33	Förderungen - EU-Kofinanzierung	*		0,006		0,006	0,005	111,272
	33				0,001		0,001	0,001	
	36				0,005		0,005	0,004	111,272
1/6524		Verkehrswirtschaftliche Maßnahmen:							
1/65246	33	Förderungen			72,330		72,330	89,330	80,934
1/6525		Regional- und strukturpolitische Maßnahmen:							
1/65255	36	Förderungen (D)				0,001	0,001	0,001	-0,060
1/65256	36	Förderungen			100,058		100,058	108,558	106,052
1/65258	36	Aufwendungen			7,708		7,708	7,708	7,582
		Summe 6525...			107,766	0,001	107,767	116,267	113,575
1/65266	33	Förderungen an Privatbahnen			424,696		424,696	449,196	439,196
1/6527		Technologieförderung gem. ITF-Gesetz:							
1/65275	36	Förderungen (D)	*			0,002	0,002	5,900	5,521
1/65276	36	Förderungen	*		51,919		51,919	55,616	151,156
1/65278	36	Aufwendungen	*		41,140		41,140	39,329	30,862
		Summe 6527...			93,059	0,002	93,061	100,845	187,538
1/6528		Sonstige Förderungen:							
1/65286	33	Förderungen			8,061		8,061	8,061	9,159
	38				8,059		8,059	8,059	8,059
	36				0,002		0,002	0,002	0,060
1/65295	23	Bezugsvorschüsse				2,494	2,494	2,494	1,600
	43					0,632	0,632	0,632	0,300
						1,862	1,862	1,862	1,300
		Summe 652...			2.205,926	2,497	2.208,423	2.266,198	2.443,274

Anmerkungen:

- 1/652 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/650 mitveranschlagt.
1/65204 Hievon 1998 1.044,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52661 sowie 230,000 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51248.
1/65236 Nationale Förderungsmittel bei den Ansätzen 1/65246, 1/65256, 1/65276 sowie beim ERP-Fonds veranschlagt.
1/65275 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65270.
1/65276 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65270.
1/65278 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/65270 (22,100 Millionen Schilling), 2/65271 (0,440 Millionen Schilling) und 2/65273 (18,600 Millionen Schilling).

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

175

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1998	Bundesvoranschlag 1997	Erfolg 1996
2/652		Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen):						
2/65219	33	Länden- und Hafeneinrichtungen			3,228	3,228	0,813	0,813
2/6525		Regional- und strukturpolitische Maßnahmen:						
2/65254	36	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002	0,066	0,340
2/65259	36	Darlehensrückzahlungen			0,001	0,001	0,578	0,578
		Summe 6525...		0,002	0,001	0,003	0,644	0,918
2/6527		Technologieförderung gem. ITF-Gesetz:						
2/65270	36	Mittel gem. ITF - Gesetz (zweckgeb. Einn.)	*	74,021		74,021	83,616	211,881
2/65271	36	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,440		0,440	0,427	1,357
2/65273	36	Zweckgebundene Darlehensrückzahlungen	*		18,600	18,600	16,802	11,798
		Summe 6527...		74,461	18,600	93,061	100,845	225,036
2/65299	23	Bezugsvorschußsätze			1,310	1,310	1,310	1,388
	43				0,190	0,190	0,190	0,177
					1,120	1,120	1,120	1,211
		Summe 652...		74,463	23,139	97,602	103,612	228,154

Anmerkungen:

- 2/65270 Überweisung vom VA-Ansatz 1/10058. Korrespondierende Ausgaben 1998 bei den VA-Ansätzen 1/65275 (0,002 Millionen Schilling), 1/65276 (51,919 Millionen Schilling) und 1/65278 (22,100 Millionen Schilling) mitveranschlagt.
- 2/65271 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/65278 mitveranschlagt.
- 2/65273 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/65278 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/655		Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge:							
1/65500	33	Personalausgaben	16,551				16,551	15,751	15,538
1/65503	33	Anlagen			5,794	5,794	5,794	5,794	2,285
1/65508	33	Aufwendungen		10,988		10,988	10,988	6,688	5,572
		Summe 655...	16,551	10,988	5,794	33,333	28,233	23,395	
1/657		Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds (zweckgeb. Geb.): *							
1/65703	32	Anlagen			1,200	1,200	1,200	1,200	0,455
1/65706	32	Förderungen		19,000		19,000	19,000	19,000	3,924
1/65707	32	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..		28,280		28,280	28,280	28,280	21,764
1/65708	32	Aufwendungen		7,523		7,523	7,523	7,523	7,523
		Summe 657...		54,803	1,200	56,003	56,003	56,003	33,666
		Gesamtausgaben 65...	333,520	25.862,342	138,948	26.334,810	24.878,321	24.368,001	

Anmerkungen:

1/657 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim Titel 2/657.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

177

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1998	Bundesvoranschlag 1997	Erfolg 1996
2/655		Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge:						
2/65504	33	Erfolgswirksame Einnahmen		1,802		1,802	1,802	1,303
2/65507	33	Bestandswirksame Einnahmen			0,044	0,044	0,044	0,091
		Summe 655...		1,802	0,044	1,846	1,846	1,394
2/657		Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds (zweckgeb. Geb.):						
			*					
2/65700	32	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		56,003		56,003	56,003	40,924
		Gesamteinnahmen 65...		801,843	23,230	825,073	6.931,084	7.628,264

Anmerkungen:

2/657 Korrespondierende Ausgaben beim Titel 1/657 veranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/71		Bundestheater:							
1/710		Personalausgaben:							
1/71000	13	Aktivitätsaufwand		1.574,851			1.574,851	1.574,851	1.603,421
1/71010	13	Pensionsaufwand		837,789			837,789	837,789	786,593
		Summe 710...		2.412,640			2.412,640	2.412,640	2.390,014
1/711		Sachausgaben:							
1/71133	13	Anlagen	*			115,000	115,000	115,000	160,690
1/71155	13	Förderungen (D)				1,998	1,998	1,998	0,836
	23					1,398	1,398	1,398	0,736
						0,600	0,600	0,600	0,100
1/71156	13	Förderungen			0,002	0,002	0,002	0,002	
1/71167	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			60,000	60,000	60,000	60,000	58,475
1/71188	13	Aufwendungen	*		435,000	435,000	435,000	435,000	416,902
		Summe 711...			495,002	116,998	612,000	612,000	636,903
		Gesamtausgaben 71...		2.412,640	495,002	116,998	3.024,640	3.024,640	3.026,917

Anmerkungen:

1/71133 Hievon 1998 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/71200.

1/71188 Hievon 1998 0,005 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/71200.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

179

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1998	Bundesvoranschlag 1997	Erfolg 1996
2/71		Bundestheater:						
2/71159	13	Darlehensrückzahlungen			2,000	2,000	2,000	1,330
	23				1,860	1,860	1,860	1,131
					0,140	0,140	0,140	0,199
2/712		Allgemeine Betriebseinnahmen:						
2/71200	13	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,006		0,006	0,006	2,900
2/71204	13	Erfolgswirksame Einnahmen		39,329		39,329	39,329	62,331
2/71218	13	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			0,100	0,100	0,100	0,940
		Summe 712...		39,335	0,100	39,435	39,435	66,170
2/713		Übrige Einnahmen:						
2/71304	13	Tageseinnahmen		489,200		489,200	489,200	532,053
2/71305	13	Einnahmen aus Sonderveranstaltungen		19,553		19,553	19,553	8,986
		Summe 713...		508,753		508,753	508,753	541,039
2/71504	13	Pensions- und Provisionsbeiträge		122,812		122,812	122,812	129,420
		Gesamteinnahmen 71...		670,900	2,100	673,000	673,000	737,959

Anmerkungen:

2/71200 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/71133 und 1/71188 mitveranschlagt.

Kapitel	SALDO	Bundesvoranschlag 1998	Bundesvoranschlag 1997	Erfolg 1996
1/71	Betriebsausgaben	3.024,640	3.024,640	3.026,917
2/71	Betriebseinnahmen	673,000	673,000	737,959
	Betriebsabgang...	2.351,640	2.351,640	2.288,958

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/75		Alkohol (Monopol):							
1/752		Personalausgaben:							
1/75200	38	Aktivitätsaufwand							7,481
1/75210	38	Pensionsaufwand							2,696
		Summe 752...							10,177
1/753		Sachausgaben:							
1/75313	38	Anlagen							
1/75325	23	Förderungen (D)							0,030
	38								0,030
1/75347	38	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..							0,085
1/75368	38	Aufwendungen							228,189
		Summe 753...							228,304
		Gesamtausgaben 75...							238,481

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

181

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
2/75		<i>Alkohol (Monopol):</i>						
2/752		<i>Allgemeine Betriebseinnahmen:</i>						
2/75204	38	Erfolgswirksame Einnahmen						0,099
2/75218	38	Sonstige bestandswirksame Einnahmen						0,754
		<i>Summe 752...</i>						0,853
2/753		<i>Übrige Einnahmen:</i>						
2/75304	38	Branntweinverkaufserlöse						96,788
2/75329	23	Bezugsvorschußersätze						0,042
	38							0,042
		<i>Summe 753...</i>						96,831
2/75404	38	Pensionsbeiträge						0,360
		<i>Gesamteinnahmen 75...</i>						98,044

Kapitel	S A L D O		Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
1/75	Betriebsausgaben				238,481
2/75	Betriebseinnahmen				98,044
		<i>Betriebsabgang...</i>			140,436

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/77		Österreichische Bundesforste:							
1/772		Personalausgaben:							
1/77200	34	Aktivitätsaufwand							1.041,721
1/77210	34	Pensionsaufwand							127,050
		Summe 772...							1.168,771
1/773		Sachausgaben:							
1/77303	34	Anlagen (zweckgebundene Gebarung)							79,748
1/77313	34	Sonstige Anlagen							119,703
1/77323	34	Anlagen (Bodensicherung, Seeufer)							1,750
1/77325		Förderungen (D)							4,852
	23								2,660
	34								2,192
1/77336		Förderungen							0,325
	12								0,300
	34								0,025
1/77347	34	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..							102,142
1/77368	34	Aufwendungen							374,755
		Summe 773...							683,275
		Gesamtausgaben 77...							1.852,045

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

183

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
2/77		Österreichische Bundesforste:						
2/772		Allgemeine Betriebseinnahmen:						
2/77214	34	Erfolgswirksame Einnahmen						1.881,605
2/77228	34	Sonstige bestandswirksame Einnahmen						7,662
		Summe 772...						1.889,267
2/773		Übrige Einnahmen:						
2/77300	34	Vergütungen (zweckgebundene Einnahmen)						3,437
2/77302	34	Grundverkäufe (zweckgebundene Einnahmen)						118,255
2/77329		Darlehensrückzahlungen und Vorschußsätze						6,229
	23							3,298
	34							2,931
2/77354	34	Pensionsbeiträge						10,457
		Summe 773...						138,377
		Gesamteinnahmen 77...						2.027,644

Kapitel	S A L D O			Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
1/77	Betriebsausgaben					1.852,045
2/77	Betriebseinnahmen					2.027,644
		Betriebsüberschuß...				175,598

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
				pers.	sachl.				
1/78		Post- und Telegraphenverwaltung:							
1/782		Personalausgaben:							
1/78200	33	Aktivitätsaufwand							7.086,786
1/78210	33	Pensionsaufwand							3.624,128
		Summe 782...							10.710,914
1/783		Sachausgaben:							
1/78303	33	Fernmeldeanlagen							808,870
1/78313		Sonstige Anlagen d. PTV n. Maßg. zweckgeb. Fernsprechgebühren							174,002
	33								174,002
	41								
1/78323	33	Kapitalbeteiligungen							
1/78325		Förderungen (D)							9,160
	23								3,017
	33								6,143
1/78333	33	Anlagen n. Maßgabe v. Liegenschaftsverkäufen (zweckgeb. Geb.) ..							0,787
1/78336		Förderungen							1,300
	22								1,300
	33								
1/78347		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..							499,933
	33								390,865
	38								109,068
1/78358		Aufwendungen							2.366,329
	11								0,040
	33								2.366,289
1/78364		Überweisung von Zuschlagserlösen n. Maßg. zweckgeb. Einn.							2,800
	11								
	33								2,800
1/78373	33	Anlagen nach Maßgabe zweckgebundener Fernsprechgebühren							6.902,947
1/7838		Hilfsfonds der Post- u. Fernmeldebediensteten(zweckgeb. Geb.):							
1/78385	22	Förderungen (D)							0,140
1/78388	22	Aufwendungen							0,311
		Summe 7838...							0,451
		Summe 783...							10.766,579
		Gesamtausgaben 78...							21.477,493

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

185

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	EINNAHMEN	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1998	Bundesvoranschlag 1997	Erfolg 1996
2/78		Post- und Telegraphenverwaltung:							
2/782		Allgemeine Betriebseinnahmen:							
2/78200	33	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen							0, 407
2/78204	33	Erfolgswirksame Einnahmen							803, 591
2/78218	33	Sonstige bestandswirksame Einnahmen							19, 076
		Summe 782...							823, 074
2/783		Übrige Einnahmen:							
2/78300		Zuschlags Erlöse zu Sonderpostmarken (zweckgeb. Einnahmen)							
	11								
	33								
2/78312	33	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen							2, 607
2/78324	33	Kapitalbeteiligungen							
2/78329	23	Darlehensrückzahlungen und Vorschußsätze							19, 421
	33								5, 271
	33								14, 150
2/7838		Hilfsfonds der Post- u. Fernmeldebediensteten (zweckgeb. Geb.):							
2/78380	22	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen							0, 681
2/78383	22	Zweckgebundene Darlehensrückzahlungen							0, 373
		Summe 7838...							1, 054
		Summe 783...							23, 081
2/784		Gebühren:							
2/78404	33	Gebühren/Post							5. 004, 681
2/78414	33	Gebühren/Telegraph							32, 182
2/78424	33	Gebühren/Fernschreib-, Text- und Datenübertragungsdienste							473, 776
2/7843		Gebühren/Fernsprecher:							
2/78430	33	Zweckgebundene Gebühren/Fernsprecher							7. 076, 949
2/78434	33	Gebühren/Fernsprecher							6. 028, 512
		Summe 7843...							13. 105, 461
2/78444	33	Gebühren/Funk							234, 967
2/78454	33	Gebühren/Kommunikations- u. bes. Teilnehmereinrichtungen							1. 416, 476
		Summe 784...							20. 267, 543
2/78504	33	Omnibusdienst							802, 105
2/78604	33	Pensionsbeiträge							689, 689
2/78704	33	Vergütung der Österreichischen Postsparkasse							272, 000
		Gesamteinnahmen 78...							22. 877, 493

Kapitel	SALDO		Bundesvoranschlag 1998	Bundesvoranschlag 1997	Erfolg 1996
1/78	Betriebsausgaben				21. 477, 493
2/78	Betriebseinnahmen				22. 877, 493
	Betriebsüberschuß...				1. 400, 000

Zusammenfassung nach Gruppen und Kapitel
(Beträge in Millionen Schilling)

Kap.	Bezeichnung	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
		pers.	sachl.				
	A U S G A B E N						
	Allgemeiner Haushalt						
0	Oberste Organe						
01	Präsidentschaftskanzlei	36,074	22,193	3,488	61,755	61,075	61,997
02	Bundesgesetzgebung	191,989	1.365,499	42,154	1.599,642	1.599,657	1.908,523
03	Verfassungsgerichtshof	28,360	35,115	1,645	65,120	61,492	61,216
04	Verwaltungsgerichtshof	116,770	15,717	5,275	137,762	125,911	126,204
05	Volksanwaltschaft	28,929	22,450	1,110	52,489	44,516	44,673
06	Rechnungshof	227,734	64,112	7,101	298,947	287,734	262,224
	Gruppe 0...	629,856	1.525,086	60,773	2.215,715	2.180,385	2.464,837
1	Innenverwaltung						
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	1.365,633	3.495,005	190,588	5.051,226	4.826,900	5.012,506
11	Inneres	15.466,000	6.010,610	1.146,259	22.622,869	20.967,956	21.051,455
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	25.988,500	42.682,488	816,054	69.487,042	67.184,619	67.250,579
13	Kunst		1.139,649	10,351	1.150,000	1.150,000	1.134,259
14	Wissenschaft und Forschung	12.541,158	13.792,934	1.520,200	27.854,292	25.850,595	27.157,407
15	Soziales	1.662,868	82.910,682	316,238	84.889,788	90.376,252	92.297,866
16	Sozialversicherung		67.898,000		67.898,000	63.599,502	69.631,225
17	Gesundheit	155,132	11.991,475	24,800	12.171,407	11.831,046	9.837,373
18	Umwelt	265,047	3.581,607	41,860	3.888,514	3.121,517	2.353,284
19	Jugend und Familie		54.640,811	921,000	55.561,811	55.337,754	55.581,976
	Gruppe 1...	57.444,338	288.143,261	4.987,350	350.574,949	344.246,141	351.307,930
20	Äußeres	854,900	3.294,884	180,216	4.330,000	4.029,527	3.903,016
30	Justiz	5.679,150	4.629,294	218,050	10.526,494	9.746,814	9.832,665
40	Militärische Angelegenheiten	9.990,306	11.287,371	130,256	21.407,933	20.871,000	20.693,178
5	Finanzen						
50	Finanzverwaltung	23.807,131	19.462,748	138,946	43.408,825	30.440,054	24.914,854
51	Kassenverwaltung	0,002	4.351,582	331,141	4.682,725	8.828,836	9.186,573
52	Öffentliche Abgaben		162,220		162,220	142,220	124,151
53	Finanzausgleich		42.927,356		42.927,356	42.488,445	35.721,095
54	Bundesvermögen		5.323,427	11.204,596	16.528,023	20.429,057	18.198,581
55	Pensionen (Hoheitsverwaltung)	29.986,810	43.170,593	1,378	73.158,781	73.871,677	67.923,550
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge		104.376,283		104.376,283	103.399,695	100.112,953
	Gruppe 5...	53.793,943	219.774,209	11.676,061	285.244,213	279.599,984	256.181,756
6	Wirtschaft						
60	Land- und Forstwirtschaft	1.686,580	22.573,394	155,331	24.415,305	27.449,597	29.161,614
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	714,224	2.094,745	57,613	2.866,582	3.509,288	3.094,414
64	Bauten und Technik	1.782,656	9.229,934	7.365,741	18.378,331	27.639,328	27.185,585
65	Verkehr und öffentliche Wirtschaft	333,520	25.862,342	138,948	26.334,810	24.878,321	24.368,001
	Gruppe 6...	4.516,980	59.760,415	7.717,633	71.995,028	83.476,534	83.809,615
	Gruppe 0 bis 6...	132.909,473	588.414,520	24.970,339	746.294,332	744.150,385	728.192,998
7	Bundesbetriebe						
71	Bundestheater	2.412,640	495,002	116,998	3.024,640	3.024,640	3.026,917
75	Alkohol (Monopol)						238,481
77	Österreichische Bundesforste						1.852,045
78	Post- und Telegraphenverwaltung						21.477,493
	Gruppe 7...	2.412,640	495,002	116,998	3.024,640	3.024,640	26.594,936
	Summe Allgemeiner Haushalt...	135.322,113	588.909,522	25.087,337	749.318,972	747.175,025	754.787,934
	Ausgleichshaushalt						
51	Kassenverwaltung			75.000,000	75.000,000	75.000,000	3.445,000
54	Bundesvermögen		0,004		0,004	922,436	1.910,183
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge			157.021,175	157.021,175	111.992,103	124.875,357
	Summe Ausgleichshaushalt...		0,004	232.021,175	232.021,179	187.914,539	130.230,540
	Gesamtausgaben...	135.322,113	588.909,526	257.108,512	981.340,151	935.089,564	885.018,474

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1998

187

Zusammenfassung nach Gruppen und Kapitel
(Beträge in Millionen Schilling)

Kap.	Bezeichnung	E I N N A H M E N	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1998	Bundesvor- anschlag 1997	Erfolg 1996
	Allgemeiner Haushalt						
0	Oberste Organe						
01	Präsidentenkanzlei	1,045	0,193	1,238	1,238	1,174	
02	Bundesgesetzgebung	35,838	0,698	36,536	60,143	61,180	
03	Verfassungsgerichtshof	0,849	0,151	1,000	1,000	0,625	
04	Verwaltungsgerichtshof	4,697	0,303	5,000	5,000	5,332	
05	Volksanwaltschaft	1,727	0,083	1,810	1,810	1,718	
06	Rechnungshof	1,239	0,761	2,000	2,000	1,881	
	Gruppe 0...	45,395	2,189	47,584	71,191	71,911	
1	Innenverwaltung						
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	763,497	5,108	768,605	744,389	821,031	
11	Inneres	1.250,574	52,398	1.302,972	1.348,501	1.222,434	
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	802,174	46,299	848,473	777,987	928,918	
13	Kunst	0,157	0,051	0,208	0,208	0,142	
14	Wissenschaft und Forschung	895,652	28,346	923,998	1.179,650	966,981	
15	Soziales	57.389,465	50,127	57.439,592	60.465,237	61.585,653	
16	Sozialversicherung	135,004		135,004	143,004	1.456,752	
17	Gesundheit	829,778	0,022	829,800	1.035,946	2.193,480	
18	Umwelt	123,181	0,918	124,099	99,902	9,804	
19	Jugend und Familie	58.818,749	415,732	59.234,481	57.140,214	54.546,506	
	Gruppe 1...	121.008,231	599,001	121.607,232	122.935,038	123.731,701	
20	Äußeres	97,736	27,789	125,525	128,000	125,069	
30	Justiz	7.219,509	13,550	7.233,059	6.350,000	6.357,731	
40	Militärische Angelegenheiten	509,804	28,196	538,000	517,823	454,953	
5	Finanzen						
50	Finanzverwaltung	18.842,344	270,542	19.112,886	19.749,084	14.149,503	
51	Kassenverwaltung	14.071,132	1.528,011	15.599,143	20.367,441	35.118,438	
52	Öffentliche Abgaben	450.658,624		450.658,624	423.164,587	383.470,431	
53	Finanzausgleich	5.083,101		5.083,101	5.234,516	3.793,141	
54	Bundesvermögen	13.441,538	10.667,699	24.109,237	31.128,082	27.148,753	
55	Pensionen (Hoheitsverwaltung)	18.153,168	0,534	18.153,702	21.655,374	16.265,963	
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge	11.843,538		11.843,538	8.580,911	11.578,563	
	Gruppe 5...	532.093,445	12.466,786	544.560,231	529.879,995	491.524,792	
6	Wirtschaft						
60	Land- und Forstwirtschaft	2.575,902	8,743	2.584,645	2.822,403	2.556,583	
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	796,484	24,922	821,406	817,860	939,067	
64	Bauten und Technik	2.868,644	124,864	2.993,508	8.093,561	6.290,855	
65	Verkehr und öffentliche Wirtschaft	801,843	23,230	825,073	6.931,084	7.628,264	
	Gruppe 6...	7.042,873	181,759	7.224,632	18.664,908	17.414,769	
	Gruppe 0 bis 6...	668.016,993	13.319,270	681.336,263	678.546,955	639.680,927	
7	Bundesbetriebe						
71	Bundestheater	670,900	2,100	673,000	673,000	737,959	
75	Alkohol (Monopol)					98,044	
77	Österreichische Bundesforste					2.027,644	
78	Post- und Telegraphenverwaltung					22.877,493	
	Gruppe 7...	670,900	2,100	673,000	673,000	25.741,140	
	Summe Allgemeiner Haushalt...	668.687,893	13.321,370	682.009,263	679.219,955	665.422,066	
	Ausgleichshaushalt						
51	Kassenverwaltung		75.000,000	75.000,000	75.000,000	3.445,000	
54	Bundesvermögen						
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge		224.330,888	224.330,888	180.869,609	216.151,407	
	Summe Ausgleichshaushalt...		299.330,888	299.330,888	255.869,609	219.596,407	
	Gesamteinnahmen...	668.687,893	312.652,258	981.340,151	935.089,564	885.018,474	

Anlage I.a Kapitelweise Gegenüberstellung der Ausgaben und Einnahmen
 (Beträge in Millionen Schilling)

Kap.	Ausgaben-Einnahmen Bezeichnung	pers.	sachliche Ausgaben			Ausgaben- Summe	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Einnahmen- Summe	Abgang (-) Überschuß (+)
			Erfolgswirksame Ausgaben	Bestandsw. Ausgaben	Summe					
	Allgemeiner Haushalt									
01	Präsidentenkanzlei	36,074	22,193	3,488	25,681	61,755	1,045	0,193	1,238	- 60,517
02	Bundesgesetzgebung	191,989	1.365,499	42,154	1.407,653	1.599,642	35,838	0,698	36,536	- 1.563,106
03	Verfassungsgerichtshof	28,360	35,115	1,645	36,760	65,120	0,849	0,151	1,000	- 64,120
04	Verwaltungsgerichtshof	116,770	15,717	5,275	20,992	137,762	4,697	0,303	5,000	- 132,762
05	Volksanwaltschaft	28,929	22,450	1,110	23,560	52,489	1,727	0,083	1,810	- 50,679
06	Rechnungshof	227,734	64,112	7,101	71,213	298,947	1,239	0,761	2,000	- 296,947
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	1.365,633	3.495,005	190,588	3.685,593	5.051,226	763,497	5,108	768,605	- 4.282,621
11	Inneres	15.466,000	6.010,610	1.146,259	7.156,869	22.622,869	1.250,574	52,398	1.302,972	-21.319,897
12	Unterricht u. kult. Angelegenheiten	25.988,500	42.682,488	816,054	43.498,542	69.487,042	802,174	46,299	848,473	-68.638,569
13	Kunst		1.139,649	10,351	1.150,000	1.150,000	0,157	0,051	0,208	- 1.149,792
14	Wissenschaft und Forschung	12.541,158	13.792,934	1.520,200	15.313,134	27.854,292	895,652	28,346	923,998	-26.930,294
15	Soziales	1.662,868	82.910,682	316,238	83.226,920	84.889,788	57.389,465	50,127	57.439,592	-27.450,196
16	Sozialversicherung		67.898,000		67.898,000	67.898,000	135,004		135,004	-67.762,996
17	Gesundheit	155,132	11.991,475	24,800	12.016,275	12.171,407	829,778	0,022	829,800	-11.341,607
18	Umwelt	265,047	3.581,607	41,860	3.623,467	3.888,514	123,181	0,918	124,099	- 3.764,415
19	Jugend und Familie		54.640,811	921,000	55.561,811	55.561,811	58.818,749	415,732	59.234,481	+ 3.672,670
20	Äußeres	854,900	3.294,884	180,216	3.475,100	4.330,000	97,736	27,789	125,525	- 4.204,475
30	Justiz	5.679,150	4.629,294	218,050	4.847,344	10.526,494	7.219,509	13,550	7.233,059	- 3.293,435
40	Militärische Angelegenheiten	9.990,306	11.287,371	130,256	11.417,627	21.407,933	509,804	28,196	538,000	-20.869,933
50	Finanzverwaltung	23.807,131	19.462,748	138,946	19.601,694	43.408,825	18.842,344	270,542	19.112,886	-24.295,939
51	Kassenverwaltung	0,002	4.351,582	331,141	4.682,723	4.682,725	14.071,132	1.528,011	15.599,143	+10.916,418
52	Öffentliche Abgaben		162,220		162,220	162,220	450.658,624		450.658,624	+450.496,404
53	Finanzausgleich		42.927,356		42.927,356	42.927,356	5.083,101		5.083,101	-37.844,255
54	Bundesvermögen		5.323,427	11.204,596	16.528,023	16.528,023	13.441,538	10.667,699	24.109,237	+ 7.581,214
55	Pensionen (Hoheitsverwaltung)	29.986,810	43.170,593	1,378	43.171,971	73.158,781	18.153,168	0,534	18.153,702	-55.005,079
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge		104.376,283		104.376,283	104.376,283	11.843,538		11.843,538	-92.532,745
60	Land- und Forstwirtschaft	1.686,580	22.573,394	155,331	22.728,725	24.415,305	2.575,902	8,743	2.584,645	-21.830,660
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenv.	714,224	2.094,745	57,613	2.152,358	2.866,582	796,484	24,922	821,406	- 2.045,176
64	Bauten und Technik	1.782,656	9.229,934	7.365,741	16.595,675	18.378,331	2.868,644	124,864	2.993,508	-15.384,823
65	Verkehr und öffentliche Wirtschaft	333,520	25.862,342	138,948	26.001,290	26.334,810	801,843	23,230	825,073	-25.509,737
71	Bundestheater	2.412,640	495,002	116,998	612,000	3.024,640	670,900	2,100	673,000	- 2.351,640
	Summe Allgemeiner Haushalt...	135.322,113	588.909,522	25.087,337	613.996,859	749.318,972	668.687,893	13.321,370	682.009,263	-67.309,709
	Ausgleichshaushalt									
51	Kassenverwaltung			75.000,000	75.000,000	75.000,000		75.000,000	75.000,000	
54	Bundesvermögen		0,004		0,004	0,004				- 0,004
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge			157.021,175	157.021,175	157.021,175		224.330,888	224.330,888	+67.309,713
	Summe Ausgleichshaushalt...		0,004	232.021,175	232.021,179	232.021,179		299.330,888	299.330,888	+67.309,709
	Summe Gesamthaushalt...	135.322,113	588.909,526	257.108,512	846.018,038	981.340,151	668.687,893	312.652,258	981.340,151	
	davon:									
	Aktivitätsaufwand	104.497,513								
	Pensionsaufwand	30.824,600								

BUNDESVORANSCHLAG 1998

189

Anlage I.a Kapitelweise Gegenüberstellung der Ausgaben und Einnahmen, Unterschied zum BVA 1997
(Beträge in Millionen Schilling)

Kap.	Ausgaben-Einnahmen Bezeichnung	pers.		sachliche Ausgaben			Ausgaben-Summe	Erfolgs-wirksame Einnahmen	Bestands-wirksame Einnahmen	Einnahmen-Summe	günstiger (+) ungünst. (-)
		Erfolgswirksame Ausgaben	Bestandsw. Ausgaben	Summe							
	Allgemeiner Haushalt										
01	Präsidentschaftskanzlei	- 0,001	- 0,209	+ 0,890	+ 0,681	+ 0,680					- 0,680
02	Bundesgesetzgebung	+ 4,567	+ 18,117	- 22,699	- 4,582	- 0,015	- 23,609	+ 0,002	- 23,607	- 23,607	- 23,592
03	Verfassungsgerichtshof	+ 2,868	+ 0,760		+ 0,760	+ 3,628					- 3,628
04	Verwaltungsgerichtshof	+ 6,859	+ 2,075	+ 2,917	+ 4,992	+ 11,851					- 11,851
05	Volksanwaltschaft	+ 5,413	+ 2,560		+ 2,560	+ 7,973					- 7,973
06	Rechnungshof		+ 8,021	+ 3,192	+ 11,213	+ 11,213					- 11,213
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	+ 128,816	+ 107,836	- 12,326	+ 95,510	+ 224,326	+ 24,276	- 0,060	+ 24,216	- 200,110	- 200,110
11	Inneres	+ 1.198,044	+ 382,366	+ 74,503	+ 456,869	+ 1.654,913	- 27,171	- 18,358	- 45,529	- 1.700,442	- 1.700,442
12	Unterricht u. kult. Angelegenheiten	+ 635,881	+ 1.582,991	+ 83,551	+ 1.666,542	+ 2.302,423	+ 70,407	+ 0,079	+ 70,486	- 2.231,937	- 2.231,937
13	Kunst										
14	Wissenschaft und Forschung	+ 1.041,137	+ 966,560	- 4,000	+ 962,560	+ 2.003,697	- 255,802	+ 0,150	- 255,652	- 2.259,349	- 2.259,349
15	Soziales	- 4,746	- 5.528,370	+ 46,652	- 5.481,718	- 5.486,464	- 3.006,635	- 19,010	- 3.025,645	+ 2.460,819	+ 2.460,819
16	Sozialversicherung		+ 4.298,498		+ 4.298,498	+ 4.298,498	- 8,000		- 8,000	- 4.306,498	- 4.306,498
17	Gesundheit	- 53,997	+ 395,263	- 0,905	+ 394,358	+ 340,361	- 205,943	- 0,203	- 206,146	- 546,507	- 546,507
18	Umwelt	+ 17,594	+ 749,403		+ 749,403	+ 766,997	+ 24,205	- 0,008	+ 24,197	- 742,800	- 742,800
19	Jugend und Familie	- 1,031	+ 196,022	+ 29,066	+ 225,088	+ 224,057	+ 2.094,267		+ 2.094,267	+ 1.870,210	+ 1.870,210
20	Äußeres	+ 44,985	+ 327,102	- 71,614	+ 255,488	+ 300,473	+ 0,530	- 3,005	- 2,475	- 302,948	- 302,948
30	Justiz	+ 132,336	+ 578,909	+ 68,435	+ 647,344	+ 779,680	+ 883,354	- 0,295	+ 883,059	+ 103,379	+ 103,379
40	Militärische Angelegenheiten	+ 332,306	+ 169,878	+ 34,749	+ 204,627	+ 536,933	+ 20,068	+ 0,109	+ 20,177	- 516,756	- 516,756
50	Finanzverwaltung	- 103,708	+13.077,191	- 4,712	+13.072,479	+12.968,771	- 692,518	+ 56,320	- 636,198	-13.604,969	-13.604,969
51	Kassenverwaltung		+ 320,411	- 4.466,522	- 4.146,111	- 4.146,111	- 524,837	- 4.243,461	- 4.768,298	- 622,187	- 622,187
52	Öffentliche Abgaben		+ 20,000		+ 20,000	+ 20,000	+27.494,037		+27.494,037	+27.474,037	+27.474,037
53	Finanzausgleich		+ 438,911		+ 438,911	+ 438,911	- 151,415		- 151,415	- 590,326	- 590,326
54	Bundesvermögen		- 4.933,407	+ 1.032,373	- 3.901,034	- 3.901,034	-10.414,565	+ 3.395,720	- 7.018,845	- 3.117,811	- 3.117,811
55	Pensionen (Hoheitsverwaltung)	- 2,091	+ 711,405	+ 0,600	+ 710,805	+ 712,896	+ 3.502,022	+ 0,350	+ 3.501,672	- 2.788,776	- 2.788,776
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge		+ 976,588		+ 976,588	+ 976,588	+ 3.262,627		+ 3.262,627	+ 2.286,039	+ 2.286,039
60	Land- und Forstwirtschaft	- 45,798	- 2.839,177	- 149,317	- 2.988,494	- 3.034,292	- 235,162	- 2,596	- 237,758	+ 2.796,534	+ 2.796,534
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenv.	+ 26,888	- 669,594		- 669,594	- 642,706	+ 3,546		+ 3,546	+ 646,252	+ 646,252
64	Bauten und Technik	+ 18,129	- 7.973,478	- 1.305,648	- 9.279,126	- 9.260,997	- 5.102,239	+ 2,186	- 5.100,053	+ 4.160,944	+ 4.160,944
65	Verkehr und öffentliche Wirtschaft	+ 21,525	+ 1.357,522	+ 77,442	+ 1.434,964	+ 1.456,489	- 6.109,647	+ 3,636	- 6.106,011	- 7.562,500	- 7.562,500
71	Bundestheater										
	Summe Allgemeiner Haushalt...	+ 3.405,976	+ 3.321,344	- 4.583,373	- 1.262,029	+ 2.143,947	+ 3.617,752	- 828,444	+ 2.789,308	+ 645,361	+ 645,361
	Ausgleichshaushalt										
51	Kassenverwaltung										
54	Bundesvermögen		- 922,432		- 922,432	- 922,432				+ 922,432	+ 922,432
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge			+45.029,072	+45.029,072	+45.029,072		+43.461,279	+43.461,279	- 1.567,793	- 1.567,793
	Summe Ausgleichshaushalt...		- 922,432	+45.029,072	+44.106,640	+44.106,640		+43.461,279	+43.461,279	- 645,361	- 645,361
	Summe Gesamthaushalt...	+ 3.405,976	+ 2.398,912	+40.445,699	+42.844,611	+46.250,587	+ 3.617,752	+42.632,835	+46.250,587		
	davon:										
	Aktivitätsaufwand	+ 3.408,067									
	Pensionsaufwand	- 2,091									

Anlage I.b Kapitelweise Aufgliederung der Sachausgaben nach Gebarungsgruppen
 (Beträge in Millionen Schilling)

Kap.	Sachausgaben Bezeichnung	Anlagen		Förderungen			Aufwendungen			Sach- ausgaben Summe
		Ges. Verpfl.	Erm. Ausg.	Ges. Verpfl.	Darlehen	Zuschuß	Ges. Verpfl.	Erm. Ausg. /E	Erm. Ausg. /B	
	Allgemeiner Haushalt									
01	Präsidentenkanzlei		3,288		0,200		4,725	17,468		25,681
02	Bundesgesetzgebung		41,542	172,687	0,612	200,673	673,274	318,865		1.407,653
03	Verfassungsgerichtshof		1,445		0,200		26,760	8,355		36,760
04	Verwaltungsgerichtshof		4,984		0,291		1,932	13,785		20,992
05	Volksanwaltschaft		0,910		0,200		14,560	7,890		23,560
06	Rechnungshof		6,251		0,850		10,168	53,944		71,213
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen		184,715	725,486	5,873	765,541	341,518	1.662,460		3.685,593
11	Inneres		1.117,657		28,600	157,031	974,170	4.879,409	0,002	7.156,869
12	Unterricht u. kult. Angelegenheiten		765,609		50,445	807,251	36.305,000	5.570,237		43.498,542
13	Kunst		10,300		0,051	1.012,086		127,563		1.150,000
14	Wissenschaft und Forschung		1.495,200		25,000	2.617,092	3.012,000	8.163,842		15.313,134
15	Soziales		53,439	10,490	256,199	5.227,427	74.433,578	3.239,187	6,600	83.226,920
16	Sozialversicherung						67.898,000			67.898,000
17	Gesundheit		24,800	0,001		84,737	6.875,705	5.031,032		12.016,275
18	Umwelt		39,960		1,900	2.979,009	3.956	598,642		3.623,467
19	Jugend und Familie				1,000	235,173	54.346,437	59,201	920,000	55.561,811
20	Äußeres		178,306		1,910	1.128,069	456,376	1.710,439		3.475,100
30	Justiz		204,000		14,000	234,400	1.173,904	3.220,990	0,050	4.847,344
40	Militärische Angelegenheiten		85,906		44,350	3,650	2.513,701	8.770,020		11.417,627
50	Finanzverwaltung		56,713	12.125,501	82,233	910,307	812,682	5.614,258		19.601,694
51	Kassenverwaltung		250,001			1.024,000	1.537,003	1.790,579	81,140	4.682,723
52	Öffentliche Abgaben							162,220		162,220
53	Finanzausgleich						39.213,873	3.713,483		42.927,356
54	Bundesvermögen	2.018,612	45,013		13,591	276,136	95,711	4.951,580	9.127,380	16.528,023
55	Pensionen (Hoheitsverwaltung)				1,378		43.170,593			43.171,971
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge						0,004	104.376,279		104.376,283
60	Land- und Forstwirtschaft		150,683	6.958,000	4,648	13.423,745	562,553	1.629,096		22.728,725
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenv.	0,001	34,606	0,002	23,006	1.362,820	47,703	684,220		2.152,358
64	Bauten und Technik	0,001	7.364,816		0,924	370,500	322,200	8.537,234		16.595,675
65	Verkehr und öffentliche Wirtschaft		136,451	1.500,000	2,497	676,078	53,750	23.632,514		26.001,290
71	Bundestheater		115,000		1,998	0,002	60,000	435,000		612,000
	Summe Allgemeiner Haushalt...	2.018,614	12.371,595	21.492,167	561,956	33.495,727	334.941,836	198.979,792	10.135,172	613.996,859
	Ausgleichshaushalt									
51	Kassenverwaltung								75.000,000	75.000,000
54	Bundesvermögen						0,004			0,004
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge								157.021,175	157.021,175
	Summe Ausgleichshaushalt...						0,004		232.021,175	232.021,179
	Summe Gesamthaushalt...	2.018,614	12.371,595	21.492,167	561,956	33.495,727	334.941,840	198.979,792	242.156,347	846.018,038

BUNDESVORANSCHLAG 1998

191

Anlage I.b Kapitelweise Aufgliederung der Sachausgaben nach Gebarungsgruppen, Unterschied zum BVA 1997
(Beträge in Millionen Schilling)

Kap.	Sachausgaben Bezeichnung	Anlagen		Förderungen			Aufwendungen			Sachausgaben Summe	
		Ges. Verpfl.	Erm. Ausg.	Ges. Verpfl.	Darlehen	Zuschuß	Ges. Verpfl.	Erm. Ausg. /E	Erm. Ausg. /B		
	Allgemeiner Haushalt										
01	Präsidentenkanzlei	+	0,890				-	2,200	+ 1,991	+ 0,681	
02	Bundesgesetzgebung	-	22,699	+ 4,363		- 0,001	-	35,028	+ 48,783	- 4,582	
03	Verfassungsgerichtshof						+	0,760		+ 0,760	
04	Verwaltungsgerichtshof	+	2,917				-	0,068	+ 2,143	+ 4,992	
05	Volksanwaltschaft						+	0,560	+ 2,000	+ 2,560	
06	Rechnungshof	+	3,192						+ 8,021	+ 11,213	
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	-	12,326	+ 0,181		+ 10,480	+	14,374	+ 82,801	+ 95,510	
11	Inneres	+	74,503			- 0,552	-	8,502	+ 391,420	+ 456,869	
12	Unterricht u. kult. Angelegenheiten	+	83,413		+ 0,138	+ 46,000	+	773,000	+ 763,991	+ 1.666,542	
13	Kunst					+ 1,500			- 1,500		
14	Wissenschaft und Forschung	-	4,200	- 0,002	+ 0,200	+ 322,092	-	87,650	+ 732,120	+ 962,560	
15	Soziales	-	1,188	- 0,010	+ 47,700	+ 241,793	-	5.996,419	+ 226,266	+ 0,140	
16	Sozialversicherung						+	4.298,498		+ 4.298,498	
17	Gesundheit	-	0,905				-	135,098	+ 530,361	+ 394,358	
18	Umwelt					+ 689,998	+	0,132	+ 59,273	+ 749,403	
19	Jugend und Familie				- 1,000	+ 10,000	+	195,022	- 9,000	+ 30,066	
20	Äußeres	-	71,614			- 12,291	-	36,716	+ 376,109	+ 255,488	
30	Justiz	+	68,475			+ 29,200	+	168,134	+ 381,575	- 0,040	
40	Militärische Angelegenheiten	+	33,599		+ 1,150		-	200,394	+ 370,272	+ 204,627	
50	Finanzverwaltung	-	3,461	+11.975,500	- 1,251	+ 229,140	-	11,359	+ 883,910	+13.072,479	
51	Kassenverwaltung	-	4.350,000			+ 1.000,000	-	491,500	- 188,089	- 116,522	
52	Öffentliche Abgaben								+ 20,000	+ 20,000	
53	Finanzausgleich						+	597,087	- 158,176	+ 438,911	
54	Bundesvermögen	+	664,000	- 5,000	- 26,616	+ 32,133	-	2.833,035	- 2.132,505	+ 399,989	
55	Pensionen (Hoheitsverwaltung)				+ 0,600		-	711,405		- 710,805	
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge						-	335,186	+ 1.311,774	+ 976,588	
60	Land- und Forstwirtschaft	-	149,317			- 2.582,826	-	5,447	- 250,904	- 2.988,494	
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenv.			- 0,002		- 719,584			+ 49,992	- 669,594	
64	Bauten und Technik	-	1.306,157		+ 0,509	- 137,953	-	3.459,946	- 4.375,579	- 9.279,126	
65	Verkehr und öffentliche Wirtschaft	+	83,340		- 5,898	- 53,688	+	1,000	+ 1.410,210	+ 1.434,964	
71	Bundestheater										
	Summe Allgemeiner Haushalt...	+	664,000	- 5.576,538	+11.980,030	+ 15,532	- 894,559	- 8.301,386	+ 537,259	+ 313,633	- 1.262,029
	Ausgleichshaushalt										
51	Kassenverwaltung										
54	Bundesvermögen						-	922,432		- 922,432	
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge								+45.029,072	+45.029,072	
	Summe Ausgleichshaushalt...						-	922,432	+45.029,072	+44.106,640	
	Summe Gesamthaushalt...	+	664,000	- 5.576,538	+11.980,030	+ 15,532	- 894,559	- 9.223,818	+ 537,259	+45.342,705	+42.844,611

192

BUNDESVORANSCHLAG 1998

Anlage I.c Summarische Aufgliederung der Ausgaben und Einnahmen nach Gebarungsgruppen und Aufgabenbereichen
(Beträge in Millionen Schilling)

U T	Gebarungsgruppen	Aufgabenbereiche								
		11 EU	12 FW	13 Kn	14 K1	21 Gh	22 SW	23 Wb	32 St	33 Vk
	Ausgaben									
	Allgemeiner Haushalt									
0	Personalausgaben									
	A/G-P (E).....	25.476,491	11.880,233	4.246,282		578,453	1.134,602			16.011,345
	Sachausgaben									
2	An/G (B).....								0,001	
3	An (B).....	1.586,363	1.891,006	990,785		76,714	19,493	0,959	3.324,419	61,682
4	F/G (E).....	400,000				12.000,001	10,490			1.500,000
5	F-D (B).....	0,500	0,014	1,549			251,004	104,184	0,001	41,512
6	F (E).....	923,205	3.673,792	1.337,709		781,301	5.559,282	7,425	19,000	881,690
7	A/G-S (E).....	36.201,273	2.541,901	602,408	591,466	10.358,384	197.776,393	25.032,000	44,280	35.237,400
8	A (E).....	5.727,859	13.203,842	1.699,163		972,905	3.181,442	52,397	4.323,729	25.264,285
9	A-B (B).....						926,633		0,001	0,002
	Summe Sachausgaben...	44.839,200	21.310,555	4.631,614	591,466	24.189,305	207.724,737	25.196,965	7.711,431	62.986,571
	Summe Allgem. Haush...	70.315,691	33.190,788	8.877,896	591,466	24.767,758	208.859,339	25.196,965	7.711,431	78.997,916
	Ausgleichshaushalt									
7	A/G-S (Au).....									
9	A-B (Au).....									
	Summe Ausgaben...	70.315,691	33.190,788	8.877,896	591,466	24.767,758	208.859,339	25.196,965	7.711,431	78.997,916
	Einnahmen									
	Allgemeiner Haushalt									
0,1	ZE.....	130,096	395,360	249,150		1.018,202	112.250,172		1.466,208	1.430,200
4-6	E.....	661,301	369,360	781,449		1.659,419	4.055,340	78,155	143,206	27.595,997
	Summe Einnahmen(E)...	791,397	764,720	1.030,599		2.677,621	116.305,512	78,155	1.609,414	29.026,197
2,3	ZB.....		0,008	0,060			456,732		110,000	
7-9	B.....	1,031	7,424	3,667		0,406	0,990	149,442	8,702	92,133
	Summe Einnahmen(B)...	1,031	7,432	3,727		0,406	457,722	149,442	118,702	92,133
	Summe Allgem. Haush...	792,428	772,152	1.034,326		2.678,027	116.763,234	227,597	1.728,116	29.118,330
	Ausgleichshaushalt									
9	Eu.....									
	Summe Einnahmen...	792,428	772,152	1.034,326		2.678,027	116.763,234	227,597	1.728,116	29.118,330

BUNDESVORANSCHLAG 1998

193

Anlage I.c Summarische Aufgliederung der Ausgaben und Einnahmen nach Gebarunggruppen und Aufgabenbereichen
(Beträge in Millionen Schilling)

U T	Gebarunggruppen	Aufgabenbereiche							Summe	
		34 Lf	35 En	36 IG	37 OD	38 PD	41 Lv	42 SR		43 Hv
	A u s g a b e n									
	Allgemeiner Haushalt									
0	Personalausgaben									
	A/G-P (E).....	364, 255		140, 736	1. 045, 726	657, 367	9. 924, 592	20. 232, 256	43. 629, 775	135. 322, 113
	Sachausgaben									
2	An/G (B).....			0, 002		2. 018, 611				2. 018, 614
3	An (B).....	241, 102	0, 002	5, 553	36, 505	0, 006	114, 405	1. 214, 302	2. 808, 299	12. 371, 595
4	F/G (E).....	6. 958, 000		25, 502		100, 001			498, 173	21. 492, 167
5	F-D (B).....		0, 002	12, 008			30, 800	0, 411	119, 971	561, 956
6	F (E).....	13. 515, 580	116, 007	1. 859, 760	2. 607, 023	775, 434	17, 932		1. 420, 587	33. 495, 727
7	A/G-S (E).....	362, 017		37, 077	292, 370	18, 030	1. 974, 344	1. 145, 761	22. 726, 732	334. 941, 836
8	A (E).....	1. 015, 992		4. 382, 918	550, 612	590, 411	9. 630, 028	6. 446, 508	121. 937, 701	198. 979, 792
9	A-B (B).....	0, 330	0, 002	9. 127, 012				0, 050	81, 142	10. 135, 172
	Summe Sachausgaben...	22. 093, 021	116, 013	15. 449, 832	3. 486, 510	3. 502, 493	11. 767, 509	8. 807, 032	149. 592, 605	613. 996, 859
	Summe Allgem. Haush.	22. 457, 276	116, 013	15. 590, 568	4. 532, 236	4. 159, 860	21. 692, 101	29. 039, 288	193. 222, 380	749. 318, 972
	Ausgleichshaushalt									
7	A/G-S (Au).....			0, 004						0, 004
9	A-B (Au).....								232. 021, 175	232. 021, 175
	Summe Ausgaben...	22. 457, 276	116, 013	15. 590, 572	4. 532, 236	4. 159, 860	21. 692, 101	29. 039, 288	425. 243, 555	981. 340, 151
	E i n n a h m e n									
	Allgemeiner Haushalt									
0,1	ZE.....	1. 477, 018		4. 092, 526	174, 192	80, 000	158, 200	371, 000	5. 044, 065	128. 336, 389
4-6	E.....	830, 250	126, 086	737, 674	560, 313	8. 272, 049	375, 035	7. 796, 887	486. 308, 983	540. 351, 504
	Summe Einnahmen(E)...	2. 307, 268	126, 086	4. 830, 200	734, 505	8. 352, 049	533, 235	8. 167, 887	491. 353, 048	668. 687, 893
2,3	ZB.....			6. 918, 601					1, 015	7. 486, 416
7-9	B.....	0, 301	1, 775	233, 289	0, 382	3. 001, 018	21, 037	20, 601	2. 292, 756	5. 834, 954
	Summe Einnahmen(B)...	0, 301	1, 775	7. 151, 890	0, 382	3. 001, 018	21, 037	20, 601	2. 293, 771	13. 321, 370
	Summe Allgem. Haush.	2. 307, 569	127, 861	11. 982, 090	734, 887	11. 353, 067	554, 272	8. 188, 488	493. 646, 819	682. 009, 263
	Ausgleichshaushalt									
9	Eu.....								299. 330, 888	299. 330, 888
	Summe Einnahmen...	2. 307, 569	127, 861	11. 982, 090	734, 887	11. 353, 067	554, 272	8. 188, 488	792. 977, 707	981. 340, 151

194 Anlage II KONJUNKTURAUSGLEICH - VORANSCHLAG 1998

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	A U S G A B E N	Stabili- sierungs- quote	Konjunktur- belebungs- quote	Konjunktur- ausgleich- Voranschlag
1/11		Inneres:				
1/111		Bundesministerium für Inneres (Zweckaufwand):				
1/1111		Zivilschutz:				
1/11113	41	Anlagen		1,400	1,400	2,800
1/11116	41	Förderungen		0,500	0,500	1,000
			Summe 1111...	1,900	1,900	3,800
1/113		Bundespolizei:				
1/1130		Bundespolizei:				
1/11303	42	Anlagen		8,500	8,500	17,000
1/114		Bundesgendarmerie:				
1/1140		Bundesgendarmerie:				
1/11403	42	Anlagen		18,000	18,000	36,000
			Gesamtausgaben 11...	28,400	28,400	56,800

Anlage II KONJUNKTURAUSGLEICH - VORANSCHLAG 1998

195

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	Bezeichnung	A U S G A B E N	Stabili- sierungs- quote	Konjunktur- belebungs- quote	Konjunktur- ausgleich- Voranschlag
1/12		Unterricht und kulturelle Angelegenheiten:				
1/120		Bundesministerium f. Unterricht u. kulturelle Angelegenh.:				
1/12003	43	Anlagen			1,449	1,449
1/12006	43	Förderungen			0,001	0,001
			Summe 120...		1,450	1,450
1/122		Bundesministerium; Zweckaufwand:				
1/1220		Allgemein-pädagogische Erfordernisse:				
1/12203	11	Anlagen			0,175	0,175
1/12206	11	Förderungen			0,011	0,011
1/1221		Erwachsenenbildung:				
1/12216	11	Förderungen			0,135	0,135
1/1225		Allgemeinbildendes Schulwesen:				
1/12256	11	Förderungen			8,506	8,506
1/1226		Berufsbildendes Schulwesen:				
1/12266	11	Förderungen			0,300	0,300
1/1227		Lehrer- und Erzieherbildung:				
1/12276	11	Förderungen			0,138	0,138
			Summe 122...		9,265	9,265
1/124		Nachgeordnete Dienststellen:				
1/1240		Hofmusikkapelle:				
1/12403	13	Anlagen			0,150	0,150
1/1241		Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen:				
1/12413	11	Anlagen			0,841	0,841
1/1242		Sonstige Einrichtungen für Jugenderziehung:				
1/12423	11	Anlagen			0,084	0,084
1/1243		Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung:				
1/12433	11	Anlagen			0,922	0,922
1/1244		Museen:				
1/12443	13	Anlagen			44,846	44,846
1/12446	13	Förderungen			3,515	3,515
1/1246		Nationalbibliothek und Phonotheek:				
1/12463	12	Anlagen			2,010	2,010
1/1247		Bundesdenkmalamt:				
1/12473	13	Anlagen			0,374	0,374
1/12476	13	Förderungen			37,538	37,538
			Summe 124...		90,280	90,280
1/126		Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene:				
1/1260		Schulaufsichtsbehörden:				
1/12603	11	Anlagen			4,200	4,200
1/1261		Schulpsychologie - Bildungsberatung:				
1/12613	11	Anlagen			0,240	0,240
			Summe 126...		4,440	4,440

196 Anlage II KONJUNKTURAUSGLEICH - VORANSCHLAG 1998

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	A U S G A B E N	Stabili- sierungs- quote	Konjunktur- belebungs- quote	Konjunktur- ausgleich- Voranschlag
1/127		Allgemeinbildende Schulen:				
1/1270		Allgemeinbildende höhere Schulen:				
1/12703	11	Anlagen			20,709	20,709
1/1271		Höhere Internatsschulen des Bundes:				
1/12713	11	Anlagen			0,849	0,849
1/1274		Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung:				
1/12743	11	Anlagen			0,479	0,479
1/1276		Bundesschülerheime (Allgemeinbildende):				
1/12763	11	Anlagen			0,903	0,903
			Summe 127...		22,940	22,940
1/128		Berufsbildende Schulen:				
1/1280		Technische und gewerbliche Lehranstalten:				
1/12803	11	Anlagen			14,923	14,923
1/1281		Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe:				
1/12813	11	Anlagen			10,493	10,493
1/1282		Handelsakademien und Handelsschulen:				
1/12823	11	Anlagen			4,470	4,470
1/1286		Bundesschülerheime (Berufsbildende):				
1/12863	11	Anlagen			1,012	1,012
			Summe 128...		30,898	30,898
1/129		Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung:				
1/1290		Pädagogische Akademien:				
1/12903	11	Anlagen			0,860	0,860
1/1291		BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik:				
1/12913	11	Anlagen			2,219	2,219
1/1292		Berufspädagogische Akademien:				
1/12923	11	Anlagen			0,252	0,252
1/1293		Bundesanstalten für Leibeseziehung:				
1/12933	11	Anlagen			0,251	0,251
1/1294		Pädagogische Institute:				
1/12943	11	Anlagen			0,225	0,225
			Summe 129...		3,807	3,807
			Gesamtausgaben 12...		163,080	163,080
1/13		Kunst:				
1/130		Bundesministerium (Zweckaufwand):				
1/1301		Musik und darstellende Kunst:				
1/13016	13	Förderungen			25,019	25,019
			Gesamtausgaben 13...		25,019	25,019

Anlage II KONJUNKTURAUSGLEICH - VORANSCHLAG 1998

197

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	A U S G A B E N	Stabili- sierungs- quote	Konjunktur- belebungs- quote	Konjunktur- ausgleich- Voranschlag
1/14		Wissenschaft und Forschung:				
1/141		Bundesministerium (Zweckaufwand):				
1/1410		Hochschulische Einrichtungen:				
1/14106	12	Förderungen			88,550	88,550
1/1419		Forschungsunternehmungen:				
1/14196	12	Förderungen			89,000	89,000
			Summe 141...		177,550	177,550
1/142		Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen:				
1/1420		Universitäten:				
1/14203	12	Anlagen			1.240,535	1.240,535
1/1423		Bibliotheken:				
1/14233	12	Anlagen			26,386	26,386
			Summe 142...		1.266,921	1.266,921
1/143		Kunsthochschulen:				
1/1430		Kunsthochschulen:				
1/14303	13	Anlagen			91,705	91,705
			Gesamtausgaben 14...		1.536,176	1.536,176

198 Anlage II KONJUNKTURAUSGLEICH - VORANSCHLAG 1998

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	A U S G A B E N	Stabili- sierungs- quote	Konjunktur- belebungs- quote	Konjunktur- ausgleich- Voranschlag
1/30		Justiz:				
1/302		Justizbehörden in den Ländern:				
1/30203	42	Anlagen		6,000	6,000	12,000
1/30208	42	Aufwendungen		5,000		5,000
			Summe 302...	11,000	6,000	17,000
1/303		Justizanstalten:				
1/30303	42	Anlagen		13,000	6,000	19,000
			Gesamtausgaben 30...	24,000	12,000	36,000
1/40		Militärische Angelegenheiten:				
1/401		Heer und Heeresverwaltung:				
1/40108	41	Aufwendungen		400,000	100,000	500,000
			Gesamtausgaben 40...	400,000	100,000	500,000
1/60		Land- und Forstwirtschaft:				
1/601		BM (Förderung d. Land- u. Forstwirtsch. u. d. Ernährungswesens):				
1/60146	34	Qualitätsverbessernde und produktionsumlenkende Maßnahmen		6,000	6,000	12,000
1/60156	34	Betriebserhaltende und infrastrukturelle Maßnahmen		70,000	70,000	140,000
			Summe 601...	76,000	76,000	152,000
1/608		Einrichtungen für Schutzwasserbau und Lawinenverbauung:				
1/6082		Wildbach- und Lawinenverbauung:				
1/60826	34	Bundeszuschüsse für Wildbach- und Lawinenverbauungen		30,000	40,000	70,000
1/6084		Bundesflüsse:				
1/60848	34	Bau-, Projektierungsk., Gefahrenzonenpläne		24,000	26,000	50,000
1/6086		Interessentengewässer:				
1/60866	34	Bundesz. f. Bau-, Projektk., Gefahrenzonenpl.		22,000	22,000	44,000
			Summe 608...	76,000	88,000	164,000
			Gesamtausgaben 60...	152,000	164,000	316,000

Anlage II KONJUNKTURAUSGLEICH - VORANSCHLAG 1998

199

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	A U S G A B E N	Stabili- sierungs- quote	Konjunktur- belebungs- quote	Konjunktur- ausgleich- Voranschlag
1/64		Bauten und Technik:				
1/647		Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau):				
1/64708		Überweisungen an die Länder gem. §1 Abs. 2 Z 2 FAG		28,000	20,000	48,000
	11			11,000	6,000	17,000
	12			8,000	6,000	14,000
	43			9,000	8,000	17,000
1/6471		Schulen der Unterrichtsverwaltung:				
1/64713	11	Anlagen		50,000	108,000	158,000
1/64718	11	Aufwendungen		50,000	25,000	75,000
		Summe 6471...		100,000	133,000	233,000
1/6472		Schulen der Wissenschaftsverwaltung:				
1/64723	12	Anlagen		30,000	100,000	130,000
1/64728	12	Aufwendungen		40,000	32,000	72,000
		Summe 6472...		70,000	132,000	202,000
1/6473		Bauten für die Landesverteidigung:				
1/64738	23	Aufwendungen		60,000	70,000	130,000
	41			10,000	5,000	15,000
				50,000	65,000	115,000
		Summe 6473...		60,000	70,000	130,000
1/6474		Land- und forstwirtschaftliche Schulen und Anstalten:				
1/64743	11	Anlagen		20,000	10,000	30,000
1/64748	11	Aufwendungen		10,000		10,000
	34			5,000		5,000
				5,000		5,000
		Summe 6474...		30,000	10,000	40,000
1/6475		Sonstige Bundesgebäude:				
1/64753	12	Anlagen		320,000	138,000	458,000
	13			5,000	3,000	8,000
	23			55,000		55,000
	43				10,000	10,000
1/64758	43	Aufwendungen		260,000	125,000	385,000
				192,000	97,000	289,000
		Summe 6475...		512,000	235,000	747,000
		Gesamtausgaben 64...		800,000	600,000	1.400,000

200 Anlage II KONJUNKTURAUSGLEICH - VORANSCHLAG 1998

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	A U S G A B E N	Stabili- sierungs- quote	Konjunktur- belebungs- quote	Konjunktur- ausgleich- Voranschlag
1/65		Verkehr und öffentliche Wirtschaft:				
1/650		Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr:				
1/6500		Verwaltungsbereich Verkehr:				
1/65003	43	Anlagen			0,100	0,100
1/6501		Schiffahrtspolizei:				
1/65013	43	Anlagen		0,055	0,055	0,110
1/6502		Fernmeldebehördliche Tätigkeiten:				
1/65023	43	Anlagen		1,000	1,000	2,000
			Summe 650...	1,055	1,155	2,210
1/651		Bundesministerium (Zweckaufwand):				
1/65148	33	Kosten f. Eisenbahn-Infrastruktur		1.000,000		1.000,000
1/652		Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen):				
1/6524		Verkehrswirtschaftliche Maßnahmen:				
1/65246	33	Förderungen		1,000	1,500	2,500
1/65266	33	Förderungen an Privatbahnen		12,000	15,000	27,000
			Summe 652...	13,000	16,500	29,500
1/655		Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge:				
1/65503	33	Anlagen			0,050	0,050
			Gesamtausgaben 65...	1.014,055	17,705	1.031,760

Anlage II KONJUNKTURAUSGLEICH - VORANSCHLAG 1998

201

Zusammenfassung nach Gruppen und Kapitel
(Beträge in Millionen Schilling)

Kapitel	Bezeichnung	A U S G A B E N	Stabili- sierungs- quote	Konjunktur- belebungs- quote	Konjunktur- ausgleich- Voranschlag
0	Oberste Organe				
01	Präsidentschaftskanzlei				
02	Bundesgesetzgebung				
03	Verfassungsgerichtshof				
04	Verwaltungsgerichtshof				
05	Volksanwaltschaft				
06	Rechnungshof				
	Gruppe 0...				
1	Innenverwaltung				
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen				
11	Inneres	28,400	28,400	56,800	
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten		163,080	163,080	
13	Kunst		25,019	25,019	
14	Wissenschaft und Forschung		1.536,176	1.536,176	
15	Soziales				
16	Sozialversicherung				
17	Gesundheit				
18	Umwelt				
19	Jugend und Familie				
	Gruppe 1...	28,400	1.752,675	1.781,075	
20	Äußeres				
30	Justiz	24,000	12,000	36,000	
40	Militärische Angelegenheiten	400,000	100,000	500,000	
5	Finanzen				
50	Finanzverwaltung				
51	Kassenverwaltung				
52	Öffentliche Abgaben				
53	Finanzausgleich				
54	Bundesvermögen				
55	Pensionen (Hoheitsverwaltung)				
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge				
	Gruppe 5...				
6	Wirtschaft				
60	Land- und Forstwirtschaft	152,000	164,000	316,000	
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr				
64	Bauten und Technik	800,000	600,000	1.400,000	
65	Verkehr und öffentliche Wirtschaft	1.014,055	17,705	1.031,760	
	Gruppe 6...	1.966,055	781,705	2.747,760	
	Gruppe 0 bis 6...	2.418,455	2.646,380	5.064,835	
7	Bundesbetriebe				
71	Bundestheater				
	Gruppe 7...				
	Gesamtausgaben...	2.418,455	2.646,380	5.064,835	

REGIERUNGSVORLAGE

Zu 841 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XX. GP

Anlage V zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1998

Plan
für Datenverarbeitungsanlagen
für das Jahr 1998



Wien 1997
Österreichische Staatsdruckerei

PLAN FÜR DATENVERARBEITUNGSANLAGEN FÜR DAS JAHR 1998**Inhaltsverzeichnis**

I. Abschnitt: Allgemeiner Teil	365
II. Abschnitt: Anlagenplan	
1. Plan für Datenverarbeitungsanlagen	367
III. Abschnitt: Anlagenplan (organorientierte Aufgliederung)	
1. Plan für Datenverarbeitungsanlagen	371
IV. Abschnitt: Anmerkungen und Erläuterungen	
1. Anmerkungen zum Plan für Datenverarbeitungsanlagen	379
2. Erläuterungen zum Plan für Datenverarbeitungsanlagen	(1)

PLAN FÜR DATENVERARBEITUNGSANLAGEN 1998

I. Abschnitt: Allgemeiner Teil

1. Voraussetzungen für die Aufnahme von Datenverarbeitungsanlagen in den Plan für Datenverarbeitungsanlagen:

- (1) In den Plan für Datenverarbeitungsanlagen sind
 - a) bundeseigene,
 - b) angemietete und die dem Bund unentgeltlich zur Benützung überlassenen Datenverarbeitungsanlagen aufzunehmen.

(2) Vom Bund gekaufte, aber noch unter Eigentumsvorbehalt des Verkäufers stehende Datenverarbeitungsanlagen, gelten als bundeseigene.

(3) Eine Datenverarbeitungsanlage im Sinne des Planes für Datenverarbeitungsanlagen ist ein programmierbares System von auf elektronischem Wege kommunizierenden Maschinen, das unabhängig von anderen Systemen Daten verarbeiten kann und dessen Wert gemäß Abs. 6 300 000 Schilling übersteigt.

(4) Elektronische Systeme, die ausschließlich der Datenerfassung oder der Steuerung bestimmter technischer Einrichtungen dienen, wie zB Netzknotten, Hausleitsysteme und Bestandteile von Fahrzeugen, Maschinen, maschinellen Anlagen, Geräten u.ä., zählen nicht zu den Datenverarbeitungsanlagen im Sinne des Abs. 3.

(5) Besteht ein Datenverarbeitungssystem aus mehreren lediglich im Wege der Datenfernverarbeitung zusammengeschlossenen Datenverarbeitungsanlagen, sind die Bestimmungen dieses Planes für Datenverarbeitungsanlagen auf jede dieser Anlagen gesondert anzuwenden.

(6) Maßgeblicher Wert im Sinne des Abs. 3 ist jener Kaufpreis einschließlich Umsatzsteuer, der ohne Abzug allfälliger Sonderkonditionen vom Bund zum Zeitpunkt des Kaufes aufzuwenden ist, oder der bei Miete oder unentgeltlicher Überlassung zum Zeitpunkt der Aufnahme in den Plan für Datenverarbeitungsanlagen aufzuwenden wäre, um die Datenverarbeitungsanlage neu zu erwerben.

Sollte die Bestimmung des Kaufpreises nicht möglich sein, so ist an dessen Stelle der Kaufpreis für ein ähnlich leistungsfähiges System als maßgeblicher Wert heranzuziehen.

2. Typengliederung des Planes für Datenverarbeitungsanlagen:

(1) Die im Plan für Datenverarbeitungsanlagen vorgesehenen Datenverarbeitungsanlagen werden nach folgenden Typen untergliedert:

1. Type A (Kleinanlagen): Das sind alle Datenverarbeitungsanlagen, die nicht die Erfordernisse einer größeren Type erfüllen.
2. Type B (Mittelanlagen): Das sind alle Datenverarbeitungsanlagen, die nicht die Erfordernisse einer größeren Type erfüllen, auf die jedoch die nachstehenden Erfordernisse zutreffen:
 - a) Hauptspeicherkapazität über 50 000 Zeichen,
 - b) mindestens zwei Magnetbandstationen oder eine Magnetplatteneinheit,
 - c) mindestens ein Schnelldrucker (ab 400 Zeilen pro Minute).
 Magnetbandkassettengeräte gelten nicht als Magnetbandstationen und Diskettenlaufwerke nicht als Magnetplatteneinheiten.
3. Type C (Großanlagen): Das sind alle Datenverarbeitungsanlagen, die die Erfordernisse der Type B nicht erfüllen, auf die jedoch die nachstehenden Voraussetzungen zutreffen:
 - a) Hauptspeicherkapazität über 250 000 Zeichen,
 - b) Großraumspeicher für mindestens eine Milliarde Zeichen im direkten Zugriff.
4. Type D (Sonderanlagen): Das sind alle Datenverarbeitungsanlagen, auf die die folgenden Voraussetzungen zutreffen:
 - a) mindestens zwei Zentraleinheiten mit Hauptspeicherkapazitäten über 500 000 Zeichen,
 - b) Großraumspeicher für mindestens drei Milliarden Zeichen im direkten Zugriff.

3. Verwendung von Datenverarbeitungsanlagen:

(1) Jedes Organ des Bundes darf Ausgaben für die Anschaffung und den Betrieb von Datenverarbeitungsanlagen nur tätigen, wenn diese Datenverarbeitungsanlagen im Anlagenplan enthalten sind.

(2) Anstelle der Ausgaben für eine im Plan enthaltene Datenverarbeitungsanlage im Sinne des P. 1 Abs. 1 lit. a dürfen die Ausgaben für eine Datenverarbeitungsanlage im Sinne des P. 1 Abs. 1 lit. b der gleichen Type und umgekehrt getätigt werden.

(3) Weiters dürfen anstelle der Ausgaben für eine im Plan enthaltene Datenverarbeitungsanlage die Ausgaben für eine Datenverarbeitungsanlage einer kleineren Type getätigt werden.

366

PLAN FÜR DATENVERARBEITUNGSANLAGEN 1998**I. Abschnitt: Allgemeiner Teil****4. Verwendung von Datenverarbeitungsanlagen über den im Plan für Datenverarbeitungsanlagen festgesetzten Stand:**

(1) Tritt im Laufe des Jahres 1997 ein unvorhersehbarer und unabweisbarer Mehrbedarf bezüglich einer Datenverarbeitungsanlage bei einem Organ des Bundes auf, ist der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler den Ausgaben für Anschaffung und Betrieb einer bisher nicht im Plan enthaltenen Datenverarbeitungsanlage unter folgenden Voraussetzungen zuzustimmen:

- a) Die anfallenden Arbeiten können auf einer im Plan enthaltenen Datenverarbeitungsanlage des gleichen oder auch eines anderen Ressortbereiches für die restliche Zeit des laufenden Verwaltungsjahres nicht durchgeführt werden;
- b) seitens des die Aufnahme beantragenden Ressorts wird die finanzielle Bedeckung sichergestellt.

(2) Bei Erteilung der Zustimmung im Sinne des Abs. 1 ist die Datenverarbeitungsanlage einer der in P. 2 Abs. 1 Z 1 bis 4 ausgewiesenen Typen zuzuordnen.

(3) Der Bundesminister für Finanzen hat gemäß § 28 (4) BHG, BGBl. Nr. 213/1986, über die gemäß Abs. 1 getroffenen Maßnahmen gemeinsam mit dem Bericht gemäß P. 3 Abs. 1 lit. c des Allgemeinen Teiles des Fahrzeugplanes dem mit der Vorberatung von Bundesfinanzgesetzen betrauten Ausschuß des Nationalrates einmal jährlich zu berichten.

5. Zuständigkeit des Bundeskanzlers:

Die Zuständigkeit des Bundeskanzlers zur Koordination der gesamten Verwaltung des Bundes auf dem Gebiete der elektronischen Datenverarbeitung wird durch die Bestimmungen dieses Planes für Datenverarbeitungsanlagen nicht berührt.

PLAN FÜR DATENVERARBEITUNGSANLAGEN 1998

367

II.1 Plan für Datenverarbeitungsanlagen
(Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen)

Kap. Tit. bzw. Par.	B e z e i c h n u n g	Type der Anlagen								Summe 1998	Summe 1997	
		A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		D Sonderanlagen				
		Ann.	bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene			ange- mietet.
01	Präsidentschaftskanzlei					1				1	1	
02	Bundesgesetzgebung:											
024	Parlamentsdirektion		1					1		2	2	
03	Verfassungsgerichtshof		1							1	1	
04	Verwaltungsgerichtshof		1							1	1	
05	Volksanwaltschaft		2							2	2	
06	Rechnungshof				1					1	1	
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen:											
1000	Zentralleitung				3		11		1	15	15	
1001	Verwaltungsakademie						4			4	4	
101	Staatsarchiv und Archivamt				1					1	1	
102	Statistisches Zentralamt		1					1		2	2	
1081	Strahlenschutz				1					1	1	
1090	Lebensmitteluntersuchungsanstalten		1		5					6	6	
1091	Veterinärmedizinische Anstalten				4					4	4	
	Summe 10...		2		14		15	1	1	33	33	
11	Inneres:											
1100	Zentralleitung		1				2		1	4	4	
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten:											
120	Bundesministerium f. Unterricht u. kulturelle Angelegenh.		2				2			4	4	
1246	Nationalbibliothek und Phonotheek					1				1	2	
1247	Bundesdenkmalamt						1			1	1	
1260	Schulaufsichtsbehörden				10					10	10	
1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten		1		84					85	85	
	Summe 12...		3		94	1	3			101	102	
14	Wissenschaft und Forschung:											
1400	Verwaltungsbereich Wissenschaft						1	5		6	6	
1420	Universitäten		84	1	442	26	439	36	63	22	1.113	1.467

368

PLAN FÜR DATENVERARBEITUNGSANLAGEN 1998

II.1 Plan für Datenverarbeitungsanlagen
(Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Type der Anlagen								Summe 1998	Summe 1997
		A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		D Sonderanlagen			
		bundes- eigene Anm.	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.		
1424	Wissenschaftliche Anstalten	22	2	51	14	89	48
1430	Kunsthochschulen	29	10	39
	Summe 14...	106	1	444	26	520	41	87	22	1.247	1.521
15	Soziales:										
1500	Zentralleitung	4	7	11	11
1570	Bundessozialämter	7	7	7
	Summe 15...	4	14	18	18
17	Gesundheit:										
1792	Bakteriologisch-serologische u. sonst. Untersuchungsanst.	3	9	12	12
18	Umwelt:										
180	Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie	1	1	1
187	Umweltbundesamt	1	1	2	2
	Summe 18...	1	1	1	3	3
20	Äußeres:										
2000	Zentralleitung	14	14	12
201	Vertretungsbehörden	69	34	103	95
203	Österreichische Kulturinstitute	11	11	11
	Summe 20...	80	48	128	118
30	Justiz:										
300	Bundesministerium für Justiz	1	1	1
301	Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur	2	2	2
302	Justizbehörden in den Ländern	4	1	5	5
303	Justizanstalten	2	2	2
	Summe 30...	9	1	10	10
40	Militärische Angelegenheiten:										
400	Bundesministerium für Landesverteidigung	7	32	39	39
401	Heer und Heeresverwaltung	76	232	12	3	323	281
4040	Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut	1	1	1
4050	Allentsteig (betriebsähn. Einrichtung)	1	1	1
	Summe 40...	84	265	12	3	364	322

PLAN FÜR DATENVERARBEITUNGSANLAGEN 1998

369

II.1 Plan für Datenverarbeitungsanlagen
(Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen)

Kap. Tit. bzw. Par.	B e z e i c h n u n g	Type der Anlagen								Summe 1998	Summe 1997
		A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		D Sonderanlagen			
		bundes- eigene Anm.	ange- miet.	bundes- eigene	ange- miet.	bundes- eigene	ange- miet.	bundes- eigene	ange- miet.		
60	Land- und Forstwirtschaft:										
6000	Zentraleitung	1		1	2		1		1	6	6
6051	Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.			8		5		2		15	15
6053	Forstliche Bundesversuchsanstalt			3					1	4	4
6054	Bundesanstalt für Agrarwirtschaft	2		2						4	4
6055	Bundesanstalten für Milchwirtschaft			2						2	2
6056	Bundesanstalt für Bergbauernfragen			1						1	1
6058	Bundesamt für Wasserwirtschaft	1		1		2				4	5
6059	Bundesanstalt für Landtechnik			1						1	1
6080	Wildbach- und Lawinerverbauungsdienst			7						7	7
6093	Bundesgärten	1								1	1
6094	Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule	1								1	1
	Summe 60...	6		26	2	7	1	2	2	46	47
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr:										
6300	Zentraleitung			8		1				9	9
6320	Österreichisches Patentamt				1					1	1
	Summe 63...			8	1	1				10	10
64	Bauten und Technik:										
6450	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane)					4		1		5	5
6453	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betr. ähnl. Einr.)					7		1		8	8
6491	Einrichtungen des Vermessungswesens	1								1	1
	Summe 64...	1				11		2		14	14
65	Verkehr und öffentliche Wirtschaft:										
6500	Verwaltungsbereich Verkehr			4		9		3		16	8
6502	Fernmeldebehördliche Tätigkeiten					12				12	7
657	Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds (zweckgeb. Geb.)					1				1	1
	Summe 65...			4		22		3		29	16
71	Bundestheater	1		1				1		3	3

370

PLAN FÜR DATENVERARBEITUNGSANLAGEN 1998

II.1 Zusammenfassung der Datenverarbeitungsanlagen nach Gruppen und Kapitel
(Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen)

Kap.	Bezeichnung	Type der Anlagen								Summe 1998	Summe 1997
		A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		D Sonderanlagen			
		bundes- eigene	ange- mietet	bundes- eigene	ange- mietet	bundes- eigene	ange- mietet	bundes- eigene	ange- mietet		
	Anm.										
0	Oberste Organe										
01	Präsidentschaftskanzlei					1				1	1
02	Bundesgesetzgebung	1						1		2	2
03	Verfassungsgerichtshof	1								1	1
04	Verwaltungsgerichtshof	1								1	1
05	Volksanwaltschaft	2								2	2
06	Rechnungshof			1						1	1
	Gruppe 0...	5		1		1		1		8	8
1	Innenverwaltung										
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	2		14		15	1	1		33	33
11	Inneres	1				2		1		4	4
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	3		94	1	3				101	102
14	Wissenschaft und Forschung	106	1	444	26	520	41	87	22	1.247	1.521
15	Soziales			4		14				18	18
17	Gesundheit	3		9						12	12
18	Umwelt	1				1		1		3	3
	Gruppe 1...	116	1	565	27	555	42	90	22	1.418	1.693
20	Äußeres	80		48						128	118
30	Justiz	9		1						10	10
40	Militärische Angelegenheiten	84		265		12		3		364	322
6	Wirtschaft										
60	Land- und Forstwirtschaft	6		26	2	7	1	2	2	46	47
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr			8	1	1				10	10
64	Bauten und Technik	1				11		2		14	14
65	Verkehr und öffentliche Wirtschaft			4		22		3		29	16
	Gruppe 6...	7		38	3	41	1	7	2	99	87
	Gruppe 0 bis 6...	301	1	918	30	609	43	101	24	2.027	2.238
7	Bundesbetriebe										
71	Bundestheater	1		1				1		3	3
	Gruppe 7...	1		1				1		3	3
	Gesamtanzahl...	302	1	919	30	609	43	102	24	2.030	2.241

PLAN FÜR DATENVERARBEITUNGSANLAGEN 1998

371

III.1 Plan für Datenverarbeitungsanlagen
(Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung Anm.	Type der Anlagen								Summe 1998	Summe 1997
		A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		D Sonderanlagen			
		bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.		
01	Präsidentschaftskanzlei: Textverarbeitungsanlagen					1				1	1
02 024	Bundesgesetzgebung: Parlamentsdirektion	1						1		2	2
03	Verfassungsgerichtshof: Textverarbeitungsanlagen	1								1	1
04	Verwaltungsgerichtshof: Textverarbeitungsanlage und Judikaturdokumentation	1								1	1
05	Volksanwaltschaft: Textverarbeitungsanlagen	2								2	2
06	Rechnungshof: Textverarbeitungsanlagen			1						1	1
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen:										
1000	Zentralleitung			3		11		1		15	15
1001	Verwaltungsakademie: Anlagen für das Ausschreibungsgesetz (Durchführung von Tests)						4			4	4
101	Staatsarchiv und Archivamt			1						1	1
102	Statistisches Zentralamt	1						1		2	2
1081	Strahlenschutz: Anlage für die Durchführung von Strahlenschutz-Modellrechnungen			1						1	1
1090	Lebensmitteluntersuchungsanstalten:										
	Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung und -forschung Wien (Prozeßrechner)			1						1	1
	- Wien (Datenverarbeitung)			1						1	1
	Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung - Linz	1		1						2	2
	- Graz			1						1	1
	- Innsbruck			1						1	1
	Summe 1090...	1		5						6	6
1091	Veterinärmedizinische Anstalten:										
	Bundesanstalt für Tierseuchenbekämpfung Mödling ..			1						1	1
	Bundesanstalt für veterinärmedizinische Untersuchungen Innsbruck			1						1	1

III.1 Plan für Datenverarbeitungsanlagen
 (Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen)

Kap. Tit. bzw. Par.	B e z e i c h n u n g	Type der Anlagen								Summe 1998	Summe 1997
		A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		D Sonderanlagen			
		bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.		
1091	(Fortsetzung)										
	- Linz			1						1	1
	- Graz			1						1	1
	Summe 1091...			4						4	4
	Summe 10...	2		14		15	1	1		33	33
11	Inneres:										
1100	Zentralleitung:										
	Zentralleitung:										
	EDV-Zentrale					2		1		3	3
	Abt. II/11	1								1	1
	Summe 11...	1				2		1		4	4
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten:										
120	Bundesministerium f. Unterricht u. kulturelle Angelegenh.:										
	Präsidium (Textverarbeitungsanlage)	1								1	1
	Sektion III (Textverarbeitungsanlage)	1								1	1
	Österr. Schulrechenzentrum					1				1	1
	Lehrerpersonalgruppe, Concordiaplatz					1				1	1
	Summe 120...	2				2				4	4
1246	Nationalbibliothek und Phonotheek:										
	Rechenanlage des wissenschaftl. Bibliothekswesens ..				1					1	2
1247	Bundesdenkmalamt					1				1	1
1260	Schulaufsichtsbehörden:										
	Landesschulrat für Burgenland			1						1	1
	- Kärnten			1						1	1
	- Niederösterreich			1						1	1
	- Oberösterreich			1						1	1
	- Salzburg			1						1	1
	- Steiermark			1						1	1
	- Tirol			1						1	1
	- Vorarlberg			1						1	1
	Stadtschulrat für Wien			2						2	2
	Summe 1260...			10						10	10
1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten:										
	Höhere technische Bundeslehranstalt Eisenstadt ...			1						1	1
	- Pinkafeld			1						1	1
	Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Klagenfurt I			2						2	2
	Höhere technische Bundeslehranstalt Klagenfurt II ..			1						1	1
	Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Villach			2						2	2
	Höhere technische Lehranstalt Ferlach			1						1	1
	- Wolfsberg			2						2	2
	Höhere technische Bundeslehranstalt Krems			1						1	1
	Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Mödling			3						3	3
	Höhere technische Bundeslehranstalt Wiener Neustadt			2						2	2
	- St. Pölten			2						2	2
	Höhere technische Lehranstalt Hollabrunn			1						1	1

PLAN FÜR DATENVERARBEITUNGSANLAGEN 1998

373

III.1 Plan für Datenverarbeitungsanlagen
(Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Type der Anlagen								Summe 1998	Summe 1997
		A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		D Sonderanlagen			
		bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.		
	Anm.										
1280	(Fortsetzung)										
	- Waidhofen/Ybbs			2						2	2
	Bundesfachschule Karlstein/Thaya			1						1	1
	Höhere technische Bundeslehranstalt Linz I			1						1	1
	- Linz II			1						1	1
	- Braunau/Inn			2						2	2
	- Wels	1		1						2	2
	- Vöcklabruck			2						2	2
	- Leonding			2						2	2
	- Steyr			1						1	1
	- Hallstatt			1						1	1
	- Hallein			2						2	2
	- Saalfelden			2						2	2
	- Salzburg			3						3	3
	- Graz-Ortweingasse			2						2	2
	Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Graz-Gösting			2						2	2
	Höhere technische Bundeslehranstalt Kapfenberg			2						2	2
	- Weiz			1						1	1
	Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Innsbruck 1			3						3	3
	- Innsbruck 2			2						2	2
	Höhere technische Bundeslehranstalt Fulpmes			2						2	2
	- Jenbach			1						1	1
	- Imst			2						2	2
	Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Bregenz			2						2	2
	- Dornbirn			1						1	1
	- Rankweil			3						3	3
	- Wien I			2						2	2
	- Wien III			1						1	1
	Höhere technische Bundeslehranstalt Wien III (Ungargasse)			2						2	2
	- Wien IV			2						2	2
	Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Textilindustrie Wien V			2						2	2
	Höhere technische Bundeslehranstalt Wien X			3						3	3
	Höhere Graphische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Wien XIV			1						1	1
	Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für chemische Industrie Wien XVII			1						1	1
	Technologisches Gewerbemuseum Wien XX			3						3	3
	Höhere technische Bundeslehranstalt Wien XXII			4						4	4
	Summe 1280...		1	84						85	85
	Summe 12...		3	94	1	3				101	102
14	Wissenschaft und Forschung:										
1400	Verwaltungsbereich Wissenschaft:										
	Ressort- und Hochschulverwaltung					1	5			6	6
1420	Universitäten:										
	Technische Universität Graz			96	25	77	25		6	229	218
	Universität Graz	8		15	1	58	9	6	10	107	88
	- Innsbruck					146	1	1	5	153	573
	- Klagenfurt					1		5		6	7
	- Linz	11		12		9		2	1	35	35
	- Salzburg			2		15		4		21	18
	Technische Universität Wien	39		177		90		37		343	324
	Universität für Bodenkultur Wien	10		12		17		2		41	35
	Universität Wien			112		7		5		124	124
	Veterinärmedizinische Universität Wien	3								3	3

374

PLAN FÜR DATENVERARBEITUNGSANLAGEN 1998

III.1 Plan für Datenverarbeitungsanlagen
(Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Type der Anlagen								Summe 1998	Summe 1997
		A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		D Sonderanlagen			
		bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.		
1420	(Fortsetzung)										
	Wirtschaftsuniversität Wien	13	1	16			1			31	31
	Montan-Universität Leoben					19		1		20	11
	Summe 1420...	84	1	442	26	439	36	63	22	1.113	1.467
1424	Wissenschaftliche Anstalten:										
	Rechenanlage der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik	16				51		12		79	38
	Geologische Bundesanstalt	6		2				2		10	10
	Summe 1424...	22		2		51		14		89	48
1430	Kunsthochschulen:										
	Akademie der bildenden Künste Wien					1		2		3	
	Hochschule für angewandte Kunst					5				5	
	Hochschule für Musik und darstellende Kunst Wien ..					7				7	
	Hochschule für Musik und darstellende Kunst 'Mozarteum' Salzburg					5		1		6	
	Hochschule für Musik und darstellende Kunst Graz ..					4		2		6	
	Hochschule für künstl. und industr. Gestaltung Linz					7		5		12	
	Summe 1430...					29		10		39	
	Summe 14...	106	1	444	26	520	41	87	22	1.247	1.521
15	Soziales:										
1500	Zentraleitung:										
	Datenverarbeitungsanlage für Zwecke der Sozialversicherung					1				1	1
	Büroautomationssysteme					3				3	
	Büroautomationssysteme des BMAS										3
	Datenverarbeitungsanlage für Zwecke der Arbeitsinspektion					1				1	1
	Rechenanlagen für Verwaltung, Dokumentation und für den Gesundheitsbereich			4		2				6	
	Rechenanlagen für Verwaltung, Dokumentation, Datenbankanwendungen, Kanzleiinformationssystem und Büroautomation										6
	Summe 1500...			4		7				11	11
1570	Bundessozialämter:										
	Wien, NÖ u. Bgld					1				1	1
	Oberösterreich					1				1	1
	Salzburg					1				1	1
	Steiermark					1				1	1
	Kärnten					1				1	1
	Tirol					1				1	1
	Vorarlberg					1				1	1
	Summe 1570...					7				7	7
	Summe 15...			4		14				18	18
17	Gesundheit:										
1792	Bakteriologisch-serologische u. sonst. Untersuchungsanst.:										
	Bundesstaatliche bakteriologisch-seriologische Untersuchungsanstalt Wien			1						1	1

PLAN FÜR DATENVERARBEITUNGSANLAGEN 1998

375

III.1 Plan für Datenverarbeitungsanlagen
(Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Type der Anlagen								Summe 1998	Summe 1997	
		A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		D Sonderanlagen				
		Anm.	bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene			ange- mietet.
1792	(Fortsetzung)											
	- Linz		1		1						2	2
	- Salzburg				1						1	1
	- Graz				2						2	2
	- Klagenfurt		1								1	1
	- Innsbruck		1		1						2	2
	Bundesanstalt für chemische und pharmazeutische Untersuchungen				1						1	1
	Bundesstaatliche Impfstoffgewinnungsanstalt und Bundesstaatliches Serumprüfungsinstitut				1						1	1
	Bundesstaatliche Anstalt für experimentell - pharmakologische und balneologische Untersuchungen				1						1	1
	Summe 17...		3		9						12	12
18	Umwelt:											
180	Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie ..								1		1	1
187	Umweltbundesamt		1				1				2	2
	Summe 18...		1				1		1		3	3
20	Äußeres:											
2000	Zentraleitung				14						14	12
201	Vertretungsbehörden		69		34						103	95
203	Österreichische Kulturinstitute		11								11	11
	Summe 20...		80		48						128	118
30	Justiz:											
300	Bundesministerium für Justiz:											
	Textverarbeitungsanlagen		1								1	1
301	Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur:											
	Textverarbeitungsanlagen		1								1	1
	Datenverarbeitungsanlage für Entscheidungsdokumentation		1								1	1
	Summe 301...		2								2	2
302	Justizbehörden in den Ländern:											
	Landesgericht für Strafsachen Wien und Staatsanwaltschaft Wien		1		1						2	2
	Arbeits- und Sozialgericht Wien		1								1	1
	Handelsgericht Wien		1								1	1
	Landesgericht für Zivilrechtssachen Wien		1								1	1
	Summe 302...		4		1						5	5

376

PLAN FÜR DATENVERARBEITUNGSANLAGEN 1998

III.1 Plan für Datenverarbeitungsanlagen
(Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Type der Anlagen								Summe 1998	Summe 1997
		A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		D Sonderanlagen			
		bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.		
303	Justizanstalten:										
	Justizanstalt Wien-Josefstadt	1								1	1
	Justizanstalt Göllersdorf	1								1	1
	Summe 303...	2								2	2
	Summe 30...	9		1						10	10
40	Militärische Angelegenheiten:										
400	Bundesministerium für Landesverteidigung:										
	Ergänzungswesen, Materialversorgung, Dokumentations- system, Statistik, Büro- und Personalinformationssystem	7		32						39	39
401	Heer und Heeresverwaltung:										
	Ergänzungswesen, Materialversorgung, Dokumentations- system, Statistik, Büro- und Personalinformationssystem	76		232		12		3		323	281
4040	Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut:										
	Dokumentations-, Büro- und Personalinformationssystem			1						1	1
4050	Allentsteig (betriebsähnliche Einrichtung):										
	Anlage für forstwirtschaftliche Zwecke	1								1	1
	Summe 40...	84		265		12		3		364	322
60	Land- und Forstwirtschaft:										
6000	Zentralleitung:										
	Text- und Informationssysteme				2		1		1	4	4
	Anlage für hydrographisches Zentralbüro	1		1						2	2
	Summe 6000...	1		1	2		1		1	6	6
6051	Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.:										
	Bundesamt für Agrarbiologie Linz			1						1	1
	Bundesamt u. Forschungszentrum für Landwirtschaft Bundesanstalt für - Alpenländische Landwirtschaft Gumpenstein			6		4		2		12	12
	Bundesamt für Weinbau			1						1	1
	Summe 6051...			8		5		2		15	15
6053	Forstliche Bundesversuchsanstalt				3				1	4	4
6054	Bundesanstalt für Agrarwirtschaft	2		2						4	4
6055	Bundesanstalten für Milchwirtschaft:										
	Bundesanstalt für alpenländische Milchwirtschaft - Milchwirtschaft			1						1	1
	Summe 6055...			2						2	2

PLAN FÜR DATENVERARBEITUNGSANLAGEN 1998

377

III.1 Plan für Datenverarbeitungsanlagen
(Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Type der Anlagen								Summe 1998	Summe 1997	
		A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		D Sonderanlagen				
		Anm.	bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene			ange- mietet.
6056	Bundesanstalt für Bergbauernfragen				1						1	1
6058	Bundesamt für Wasserwirtschaft		1		1		2				4	5
6059	Bundesanstalt für Landtechnik				1						1	1
6080	Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst:											
	Forsttechnische Abteilung für Wildbach- und Lawinenverbauung, Sektion Wien, NÖ und Bgld.				1						1	1
	- , Sektion Oberösterreich				1						1	1
	- , Sektion Salzburg				1						1	1
	- , Sektion Steiermark				1						1	1
	- , Sektion Kärnten				1						1	1
	- , Sektion Tirol				1						1	1
	- , Sektion Vorarlberg				1						1	1
	Summe 6080...				7						7	7
6093	Bundesgärten:											
	Bundesgärten Wien, Verwaltung		1								1	1
6094	Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule:											
	Bundesgestüt Piber		1								1	1
	Summe 60...		6		26	2	7	1	2	2	46	47
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr:											
6300	Zentraleitung:											
	Graphische Datenverarbeitungssysteme				2						2	2
	DDP-Rechner				6						6	6
	Graphisches Mehrplatzsystem						1				1	1
	Summe 6300...				8		1				9	9
6320	Österreichisches Patentamt:											
	Patent- und Markenverwaltung					1					1	1
	Summe 63...				8	1	1				10	10
64	Bauten und Technik:											
6450	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane)						4		1		5	5
6453	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betr. ähnl. Einr.)						7		1		8	8
6491	Einrichtungen des Vermessungswesens:											
	Textverarbeitungsanlagen		1								1	1
	Summe 64...		1				11		2		14	14
65	Verkehr und öffentliche Wirtschaft:											
6500	Verwaltungsbereich Verkehr				4		9		3		16	8
	Büroautomationssysteme											
	Summe 6500...				4		9		3		16	8

378

PLAN FÜR DATENVERARBEITUNGSANLAGEN 1998

III.1 Plan für Datenverarbeitungsanlagen
(Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen)

Kap. Tit. bzw. Par.	B e z e i c h n u n g	Type der Anlagen								Summe 1998	Summe 1997	
		A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		D Sonderanlagen				
		Anm.	bundes- eigene	ange- miet.	bundes- eigene	ange- miet.	bundes- eigene	ange- miet.	bundes- eigene			ange- miet.
6502	Fernmeldebehördliche Tätigkeiten						12				12	7
	Büroautomationssysteme											
	Summe 6502...						12				12	7
657	Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds (zweckgeb. Geb.):											
	Bundesverkehrswegeplan und Verkehrsdatenbank						1				1	1
	Summe 65...			4			22		3		29	16
71	Bundestheater:											
	Generalsekretariat des Österreichischen Bundestheaterverbandes, Versand- u. Adresswesen		1								1	1
	Kartenvertrieb der Bundestheater				1						1	1
	Personalverwaltung der Bundestheater								1		1	1
	Summe 71...		1		1				1		3	3

IV. Anmerkungen

**1. Anmerkungen zum Plan für Datenverarbeitungsanlagen
(entfällt)**

(1) PLAN FÜR DATENVERARBEITUNGSANLAGEN 1998

IV.2 Erläuterungen
zum Plan für Datenverarbeitungsanlagen

Die der Veranschlagung zugrunde gelegte Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen in den Jahren 1972 bis 1978 erstellten Systemisierungsplänen der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes zeigt die folgende Übersicht:

	Type der Anlagen						Datenver- arbeitungs- anlagen
	A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		
	bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.	Summe
1972	8	-	8	8	2	15	41
1973	18	1	10	8	4	19	60
1974	23	-	12	7	4	21	67
1975	26	6	12	9	4	19	76
1976	39	6	13	12	4	20	94
1977	31	16	26	12	4	17	106
1978	47	21	33	14	7	15	137

Durch die technische Entwicklung wurde eine Neugestaltung des Systemisierungsplanes ab dem BVA 1979 notwendig, die neben der Schaffung der Type D (Sonderanlagen) zum Teil eine geänderte Zuordnung von Datenverarbeitungsanlagen zu den einzelnen Typen erforderte. Darüber hinaus sind Kleinanlagen, deren Wert gem. P. 1 Abs. 3 des I. Abschnittes: Allgemeiner Teil unter 300 000 S liegt, nicht mehr aufnahmepflichtig. Dadurch ergibt sich ab dem Jahr 1979 eine eingeschränkte Vergleichbarkeit mit den in den Jahren 1972 bis 1978 der Systemisierung zugrunde gelegten Datenverarbeitungsanlagen.

Die teilweise unterschiedliche Systemisierung der Anlagen in den Jahren 1978 bzw. 1979 kann aus der Übersicht auf den Seiten IX-XI des Systemisierungsplanes der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes für das Jahr 1979 ersehen werden.

	Type der Anlagen								Datenver- arbeitungs- anlagen
	A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		D Sonderanlagen		
	bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.	Summe
1979	45	30	38	11	6	8	1	3	142
1980	60	22	55	9	6	8	3	2	165
1981	71	62	63	10	6	7	5	2	226
1982	91	52	90	12	8	8	5	2	268
1983	90	58	95	10	14	7	6	2	282
1984	125	54	113	6	18	6	6	2	330
1985	176	33	117	7	20	6	8	2	369
1986	205	32	127	4	22	8	5	2	405
1987	243	32	149	9	26	7	6	3	475
1988	287	20	157	7	44	6	6	3	530
1989	308	15	189	8	54	6	5	3	588
1990	322	14	228	7	89	8	5	3	676
1991	346	13	246	7	97	7	5	5	726
1992	375	15	307	44	97	20	16	8	882
1993	447	11	684	45	181	21	37	9	1435
1994	505	8	849	44	277	47	49	12	1791
1995	497	5	1143	32	322	60	58	17	2134
1996	524	5	1220	30	515	55	77	16	2442
1997	426	2	1187	30	454	55	71	16	2241
1998	302	1	919	30	609	43	102	24	2030

REGIERUNGSVORLAGE

Zu 841 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XX. GP

Anlage IV zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1998

Fahrzeugplan

für das Jahr 1998



Wien 1997
Österreichische Staatsdruckerei

FAHRZEUGPLAN FÜR DAS JAHR 1998**Inhaltsverzeichnis**

I. Abschnitt: Allgemeiner Teil	331
II. Abschnitt: Fahrzeugplan	
1. Plan der Kraftfahrzeuge	334
2. Plan der Luftfahrzeuge	340
3. Plan der Wasserfahrzeuge	342
III. Abschnitt: Fahrzeugplan (organorientierte Aufgliederung)	
1. Plan der Kraftfahrzeuge	344
2. Plan der Luftfahrzeuge	358
3. Plan der Wasserfahrzeuge	359
IV. Abschnitt: Anmerkungen	361
1. zum Plan der Kraftfahrzeuge	
2. zum Plan der Luftfahrzeuge	
3. zum Plan der Wasserfahrzeuge	

FAHRZEUGPLAN 1998

I. Abschnitt: Allgemeiner Teil

1. Gliederung des Fahrzeugplanes

(1) Der Fahrzeugplan (Abschnitt II) gliedert sich in den Plan der Kraftfahrzeuge, den Plan der Luftfahrzeuge und den Plan der Wasserfahrzeuge.

(2) Die im Plan der Kraftfahrzeuge vorgesehenen Kraftfahrzeuge werden nach den folgenden Kategorien unterschieden; die Begriffsbestimmungen leiten sich aus § 2 des Kraftfahrzeuggesetzes 1967, BGBl. Nr. 267 in der derzeit geltenden Fassung ab:

1. Personenkraftwagen Kategorie III, das sind Personenkraftwagen bis einschließlich 3 000 ccm Hubraum, die für den Bundespräsidenten, die Präsidenten des Nationalrates und des Bundesrates, den Präsidenten des Rechnungshofes und die Mitglieder der Bundesregierung einschließlich der Staatssekretäre vorgesehen sind. Außerdem ist je ein Kraftfahrzeug der Kategorie III für den Verfassungsgerichtshof, Verwaltungsgerichtshof und den Obersten Gerichtshof vorgesehen.

Die festgelegte Hubraumgrenze gilt für Kraftfahrzeugmodelle in der Ausführung mit Fremdzündungsmotor. Für die gleichen Modelle in der Ausführung mit Selbstzündungsmotor können die jeweiligen Hubraumgrenzen um bis zu 500 ccm überschritten werden.

Ausgenommen von der Hubraumbeschränkung ist je ein Personenkraftwagen für den Bundespräsidenten, die Präsidenten des National- und Bundesrates sowie den Bundeskanzler.

2. Personenkraftwagen Kategorie II, das sind Personenkraftwagen mit nicht mehr als fünf Plätzen außer dem Lenkerplatz, die ausschließlich für die österreichischen Vertretungen im Ausland vorgesehen sind. Sie unterliegen keiner Hubraumbeschränkung, jedoch sind die Anschaffungskosten (einschließlich Zusatzausstattung) je Personenkraftwagen mit 330 000 S begrenzt.
3. Personenkraftwagen Kategorie Ia, das sind Personenkraftwagen mit nicht mehr als fünf Plätzen außer dem Lenkerplatz mit einem Hubraum von 1 601 ccm bis 2 000 ccm, die nur bei jenen Organen des Bundes vorgesehen werden dürfen, die Fahrzeuge mit größerem Fassungsvermögen oder für repräsentative Zwecke der Bundesverwaltung benötigen.

Die festgelegte Hubraumgrenze gilt für Kraftfahrzeugmodelle in der Ausführung mit Fremdzündungsmotor. Für die gleichen Modelle in der Ausführung mit Selbstzündungsmotor können die jeweiligen Hubraumgrenzen um bis zu 250 ccm, in der Ausführung mit Selbstzündungsmotor und Katalysator um bis zu 350 ccm überschritten werden.

4. Personenkraftwagen Kategorie I, das sind Personenkraftwagen mit nicht mehr als fünf Plätzen außer dem Lenkerplatz bis einschließlich 1 600 ccm Hubraum die als Dienstkraftwagen für die Bundesverwaltung vorgesehen sind.

Die festgelegte Hubraumgrenze gilt für Kraftfahrzeugmodelle in der Ausführung mit Fremdzündungsmotor. Für die gleichen Modelle in der Ausführung mit Selbstzündungsmotor können die jeweiligen Hubraumgrenzen um bis zu 250 ccm, in der Ausführung mit Selbstzündungsmotor und Katalysator um bis zu 350 ccm überschritten werden.

5. Fahrzeuge für betriebliche Zwecke. Zu diesen Fahrzeugen zählen:
 - a) Kombinationskraftwagen, wenn sie die Voraussetzungen für die Fahrzeug-Kategorien I, Ia und II erfüllen und soweit sie nicht als Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke im Sinne des P. 1 Abs. 2 Z 9 lit. b erfaßt werden;
 - b) Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen mit nicht mehr als fünf Plätzen außer dem Lenkerplatz bis einschließlich 2 000 ccm Hubraum, die betrieblichen oder betriebsähnlichen Zwecken dienen und als solche durch entsprechende Aufschriften an den beiden vorderen Türen oder auf Zusatztafeln gekennzeichnet sind, aus der das benützende Organ des Bundes ersichtlich sein muß. Z 4 2. Satz gilt sinngemäß;
 - c) Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen mit nicht mehr als fünf Plätzen außer dem Lenkerplatz bis einschließlich 2 000 ccm Hubraum, die als Einsatzfahrzeuge Verwendung finden, wenn sie mit Warnleuchten mit blauem Licht (Blaulicht) und Vorrichtungen zum Abgeben von Warnzeichen mit aufeinanderfolgenden, verschieden hohen Tönen (Tonfolgehörn) ausgestattet sind oder für sie ein Deckkennzeichen zugewiesen ist. Z 4 2. Satz gilt sinngemäß;
 - d) Kombinationskraftwagen mit mehr als fünf Plätzen außer dem Lenkerplatz mit einem Hubraum bis 2 250 ccm für Modelle in der Ausführung mit Fremdzündungsmotor und mit einem Hubraum bis 2 500 ccm für Modelle in der Ausführung mit Selbstzündungsmotor.
6. Motorräder über 50 ccm Hubraum. Hierzu zählen auch solche mit Beiwagen, ohne Rücksicht auf ihren Hubraum.
7. Lastkraftwagen mit einer Nutzlast über 1 000 kg.
8. Lastkraftwagen mit einer Nutzlast bis einschließlich 1 000 kg.
9. Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke. Hierzu zählen:
 - a) Kraftfahrzeuge, die auf Grund ihrer Bauart für den Einsatz im Gelände geeignet sind;

F A H R Z E U G P L A N 1 9 9 8**I. Abschnitt: Allgemeiner Teil**

- b) Kraftfahrzeuge für spezielle zollspezifische sowie straßen- und sicherheitspolizeiliche Zwecke, soweit diese nicht bereits als Fahrzeuge für betriebliche Zwecke im Sinne des P. 1 Abs. 2 Z 5 lit. a erfaßt werden;
- c) Omnibusse;
- d) Personenkraftwagen mit mehr als fünf Plätzen außer dem Lenkerplatz (Kleinbusse);
- e) Kombinationskraftwagen und Lastkraftwagen mit Laboratoriumseinrichtungen, Röntgeneinrichtungen, Meßeinrichtungen u. dgl.;
- f) Zugmaschinen (zB Radschlepper, Traktoren);
- g) Sonderkraftfahrzeuge (zB Einachszugmaschinen, Kettenschlepper);
- h) Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen mit Elektroantrieb.

(3) Die im Plan der Luftfahrzeuge vorgesehenen Luftfahrzeuge werden gemäß § 4 Abs. 2, 3 und 6 der Zivilluftfahrt-Personalverordnung (ZLPV), BGBl. Nr. 219/1958 in der derzeit geltenden Fassung, nach den folgenden Kategorien unterschieden:

1. Motorflugzeuge, Gewichtsklassen D-F, das sind ein- und mehrmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht von 5 700 kg bis 14 000 kg (Gewichtsklasse D), mehrmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht von 14 000 kg bis 20 000 kg (Gewichtsklasse E) und mehrmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht von mehr als 20 000 kg (Gewichtsklasse F);
2. Motorflugzeuge, Gewichtsklasse C, das sind mehrmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht bis 5 700 kg;
3. Motorflugzeuge, Gewichtsklasse B, das sind einmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht von 2 000 kg bis 5 700 kg;
4. Motorflugzeuge, Gewichtsklasse A, das sind einmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht bis 2 000 kg;
5. Hubschrauber;
6. Segelflugzeuge, Sitzplatzklasse b (zweisitzige und mehrsitzige, zweisitzige geflogene Segelflugzeuge);
7. Segelflugzeuge, Sitzplatzklasse a (einsitzige und zweisitzige, einsitzig geflogene Segelflugzeuge).

(4) Die im Plan der Wasserfahrzeuge vorgesehenen Wasserfahrzeuge werden nach folgenden Kategorien unterschieden:

1. Passagier- und Transportschiffe;
2. Spezialwasserfahrzeuge;
3. Innenbordmotorboote;
4. Außenbordmotorboote;
5. Boote, Zillen uä. mit Außenbordmotor.

(5) Von der Aufnahme im Abschnitt II ausgenommen sind:

- a) die im § 27 Abs. 2 BHG, BGBl. Nr. 213/1986 in der derzeit geltenden Fassung, angeführten Fahrzeuge;
- b) Motorräder, die nur vorübergehend – jährlich bis zu maximal 12 Wochen – zur ausschließlichen Verwendung im Rahmen der Fahrausbildung für Angehörige, der Exekutive behördlich zugelassen werden.

2. Verwendung der Fahrzeuge

(1) Jedes Organ des Bundes darf die für die Verwendung von Kraft-, Luft- oder Wasserfahrzeugen vorgesehenen Ausgaben nur insoweit bestreiten, als sich diese Ausgaben aus der Verwendung der im Abschnitt II zusammengefaßten Anzahl und Kategorie solcher Fahrzeuge ergeben, wobei für die erstmalige Verwendung (das ist bei Anschaffung, Miete, unentgeltlicher Zurverfügungstellung) die vom Bundesminister für Finanzen bekanntgegebene Kraftfahrzeug-Empfehlungsliste verbindlich ist.

(2) Ausgaben für bei einem Organ des Bundes vorhandene Fahrzeuge, die über den im Fahrzeugplan vorgesehenen Stand hinausgehen, dürfen nicht bestritten werden. Solche Fahrzeuge sind unter Angabe der Fahrzeugkategorie, der Fahrzeugtype und des Abstellplatzes ebenso wie die Wiederverwendung dem Bundesminister für Finanzen bekanntzugeben. Ausgenommen sind Ausgaben für jene Kraftfahrzeuge, die aus Anlaß von Staatsbesuchen oder Staatsempfängen anfallen, sofern die Bestimmungen in P. 3 Abs. 1 eingehalten werden.

(3) Ausgaben für aus den Vorjahren vorhandene Personenkraftwagen der Kategorie Ia, II oder III, die nicht der Kategorie der vorgesehenen Kraftfahrzeuge im Plan der Kraftfahrzeuge für das Jahr 1998

F A H R Z E U G P L A N 1 9 9 8**I. Abschnitt: Allgemeiner Teil**

entsprechen, dürfen im Jahr 1998 bei dem gleichen Organ des Bundes nur dann bestritten werden, wenn die unverzügliche Veräußerung eines solchen Kraftfahrzeuges unwirtschaftlich wäre.

(4) Ein Organ des Bundes darf die Ausgaben für den Einsatz eines bei einem anderen Organ des Bundes vorgesehenen Fahrzeuges nur dann bestreiten, wenn bei dem ersteren Organ des Bundes nach dem Einsatz des bei dem anderen Organ des Bundes vorgesehenen Fahrzeuges ein vorübergehender, unabwendbarer Bedarf besteht.

(5) An Stelle der Ausgaben für ein im Abschnitt II enthaltenes Fahrzeug dürfen die Ausgaben für ein Fahrzeug einer niedrigeren Kategorie bestritten werden. Für die betreffenden Fahrzeugkategorien gilt folgende Reihung:

- a) Bei P. 1 Abs. 2 Z 1 bis 5:
Personenkraftwagen Kategorie III,
Personenkraftwagen, Kategorie II,
Personenkraftwagen, Kategorie Ia,
Personenkraftwagen, Kategorie I,
Fahrzeuge für betriebliche Zwecke;
- b) bei P. 1 Abs. 2 Z 7 bis 9:
Lastkraftwagen mit einer Nutzlast über 1 000 kg,
Lastkraftwagen mit einer Nutzlast bis einschließlich 1 000 kg,
Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke;
- c) bei P. 1 Abs. 3 Z 1 bis 5:
Motorflugzeuge, Gewichtsklassen D–F,
Motorflugzeuge, Gewichtsklasse C,
Motorflugzeuge, Gewichtsklasse B,
Motorflugzeuge, Gewichtsklasse A,
Hubschrauber;
- d) bei P. 1 Abs. 3 Z 6 und 7:
Segelflugzeuge, Sitzplatzklasse b,
Segelflugzeuge, Sitzplatzklasse a;
- e) bei P. 1 Abs. 4 Z 1 und 2:
Passagier- und Transportschiffe,
Spezialwasserfahrzeuge;
- f) bei P. 1 Abs. 4 Z 3 bis 5:
Innenbordmotorboote,
Außenbordmotorboote,
Boote,
Zillen uä. mit Außenbordmotor.

(6) Anstelle der Ausgaben für ein im Abschnitt II enthaltenes und den Kategorien lt. Abschnitt I P. 1 Abs. 2 Z 1 bis 5 zuzuordnendes Fahrzeug dürfen die Ausgaben für ein Fahrzeug gemäß P. 1 Abs. 2 Z 9 lit. h bestritten werden.

3. Verwendung von Fahrzeugen über den im Fahrzeugplan festgesetzten Stand

(1) Tritt im Laufe des Jahres 1998 ein unabwendbarer Mehrbedarf bezüglich eines Fahrzeuges bei einem Organ des Bundes auf, so dürfen die hierfür erforderlichen Ausgaben mit Zustimmung des Bundesministers für Finanzen dann bestritten werden, wenn

- a) ein gegenüber dem Fahrzeugplan zusätzliches Fahrzeug in Dienst gestellt werden muß,
- b) ein im Fahrzeugplan enthaltenes Fahrzeug eines anderen Organes des Bundes, das dem gleichen oder auch einem anderen Bundesminister untersteht, nicht zur Verfügung gestellt werden kann und
- c) seitens des Organs des Bundes, bei dem der unabwendbare Mehrbedarf bezüglich eines Fahrzeuges auftritt, die finanzielle Bedeckung der Anschaffung und des Betriebes des Fahrzeuges sichergestellt wird. Gemäß den Bestimmungen in § 27 Abs. 3 BHG, BGBl. Nr. 213/1986 in der derzeit geltenden Fassung, in Zusammenhalte mit den Ausführungen in P. 4 Abs. 3 des Allgemeinen Teiles des Planes für Datenverarbeitungsanlagen hat der Bundesminister für Finanzen hierüber den mit der Vorberatung von Bundesfinanzgesetzen betrauten Ausschuß des Nationalrates einmal jährlich zu berichten.

(2) Ist der unabwendbare Mehrbedarf im Sinne des Abs. 1 dadurch bedingt, daß an Stelle eines im Fahrzeugplan enthaltenen Fahrzeuges ein Fahrzeug einer höheren Fahrzeugkategorie gemäß P. 2 Abs. 5 erforderlich ist, so gilt bei Zustimmung zum Mehrbedarf im Sinne des Abs. 1 das im Fahrzeugplan enthaltene Fahrzeug der niedrigeren Kategorie als gebunden.

334

FAHRZEUGPLAN 1998

II.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 1998	Summe 1997
		Kategorie						Nutzlast				
		Anm.	III	II	Ia			I	über 1000kg			
01	Präsidentenkanzlei	*	4							4	4	
02	Bundesgesetzgebung:											
021	Nationalrat	*										
022	Bundesrat	*										
024	Parlamentsdirektion	*	5		1					6	6	
	Summe 02...		5		1					6	6	
03	Verfassungsgerichtshof		1							1	1	
04	Verwaltungsgerichtshof		1							1	1	
05	Volksanwaltschaft				1					1	1	
06	Rechnungshof		1							1	1	
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen:											
1000	Zentralleitung	*	4	1	4	1		1		11	20	
1001	Verwaltungsakademie					1				1	1	
101	Staatsarchiv und Archivamt							1		1	1	
102	Statistisches Zentralamt				1			1		2	2	
1075	Bundessporthome und Sporteinrichtungen	*				5		1	17	23	24	
1090	Lebensmitteluntersuchungsanstalten	*				1			1	2	2	
1091	Veterinärmedizinische Anstalten	*						2	9	11	11	
	Summe 10...		4	1	5	8		2	4	27	51	
11	Inneres:											
1100	Zentralleitung		1		4	1	7	4	6	20	43	
1130	Bundespolizei	*			17		714	158	22	10	492	1.413
1131	Bundespolizei (zweckgeb. Gebarung)									39	39	
1140	Bundesgendarmerie				9		1.737	362	19	19	1.117	3.263
1141	Bundesgendarmerie (zweckgeb. Gebarung)							10		60	70	
1150	Flüchtlingsbetreuung und Integration						15		1	1	17	
1151	Öffentl. Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen	*								1	1	
	Summe 11...		1		30	1	2.473	530	45	36	1.730	4.846

FAHRZEUGPLAN 1998

335

II.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	B e z e i c h n u n g	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 1998	Summe 1997
		Kategorie						Nutzlast				
		Anm.	III	II	Ia			I	über 1000kg			
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten:											
120	Bundesministerium f. Unterricht u. kulturelle Angelegenh.	1		2		2			1	6	6	
1241	Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen*					3		2	1	6	6	
1243	Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung .					2			3	5	5	
1244	Museen					6		1 2	4	13	13	
1246	Nationalbibliothek und Phonotheke					2				2	2	
1247	Bundesdenkmalamt				2	9		1	4	16	16	
1270	Allgemeinbildende höhere Schulen								6	6	6	
1271	Höhere Internatsschulen des Bundes					2			3	5	5	
1274	Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung								1	1	1	
1276	Bundesschülerheime (Allgemeinbildende)					1				1	1	
1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten					4		7 7	6	24	24	
1281	Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe*								2	2	2	
1282	Handelsakademien und Handelsschulen								1	1	1	
1286	Bundesschülerheime (Berufsbildende)					1				1	1	
1293	Bundesanstalten für Leibeserziehung					3			2	5	5	
	Summe 12...	1		2	2	35		11 9	34	94	94	
14	Wissenschaft und Forschung:											
1400	Verwaltungsbereich Wissenschaft	1		2		1				4	4	
1420	Universitäten			5		30		7 6	50	98	96	
1421	Universitäten (zweckgebundene Gebarung)					11			18	29	29	
1423	Bibliotheken										1	
1424	Wissenschaftliche Anstalten					4			7	11	11	
1430	Kunsthochschulen					3		1		4	4	
1431	Kunsthochschulen (zweckgebundene Gebarung)					1				1	1	
	Summe 14...	1		7		50		8 6	75	147	146	
15	Soziales:											
1500	Zentraleitung	1		3						4	4	
1570	Bundessozialämter					4				4	4	
1592	Arbeitsinspektion				11	3				14	14	
	Summe 15...	1		3	11	7				22	22	

336

FAHRZEUGPLAN 1998

II.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 1998	Summe 1997
		Kategorie						Nutzlast				
		Anm.	III	II	Ia			I	über 1000kg			
17	Gesundheit:											
1792	Bakteriologisch-serologische u. sonst. Untersuchungsanst.									1	1	1
18	Umwelt:											
180	Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie	1								1	2	2
1860	Umweltpolitische Maßnahmen									7	7	7
187	Umweltbundesamt									13	13	13
	Summe 18...	1								21	22	22
20	Äußeres:											
2000	Zentraleitung	2		4		1					7	7
201	Vertretungsbehörden		76			3	6			2	87	87
203	Österreichische Kulturinstitute					2					2	2
	Summe 20...	2	76	4		6	6			2	96	96
30	Justiz:											
300	Bundesministerium für Justiz	1		2							3	3
301	Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur	1									1	1
302	Justizbehörden in den Ländern	*		18		1				6	25	25
303	Justizanstalten	*				66		18		30	114	113
	Summe 30...	2		20		67		18		36	143	142
40	Militärische Angelegenheiten:											
400	Bundesministerium für Landesverteidigung	1	2	12		2					17	17
401	Heer und Heeresverwaltung	*										
4040	Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut				1						1	1
4050	Allentsteig (betriebsähnliche Einrichtung)							6		23	29	29
	Summe 40...	1	2	12	1	2		6		23	47	47
50	Finanzverwaltung:											
5000	Zentraleitung	2		3		1			1		7	7
5040	Dienststellen	*		6	7	111		8	3	163	298	298
5071	Finanzprokuratur	*		1							1	1
5072	Hauptpunzierungs- und Proberamt					1					1	1
	Summe 50...	2		10	7	113		8	4	163	307	307

FAHRZEUGPLAN 1998

337

II.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 1998	Summe 1997	
		Kategorie						Nutzlast					
		Anm.	III	II	Ia			I	über 1000kg				bis ein- schl. 1000kg
60	Land- und Forstwirtschaft:												
6000	Zentralleitung	*	1		4		2			2	9	9	
6007	Qualitätskontrolle						11				11	11	
6050	Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten	*					13		1	31	45	45	
6051	Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.	*					24	9	9	32	74	74	
6052	Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten						5			3	8	8	
6053	Forstliche Bundesversuchsanstalt				1		5	1		17	24	24	
6055	Bundesanstalten für Milchwirtschaft						3	1			4	4	
6058	Bundesamt für Wasserwirtschaft						3	1		6	10	10	
6059	Bundesanstalt für Landtechnik	*					3		1	8	12	12	
6072	Forstliche Ausbildungsstätten	*					2	1		12	15	14	
6080	Wildbach- und Lawinerverbauungsdienst				7						7	7	
6091	Bundeskellereinspektion						32				32	32	
6093	Bundesgärten	*					2	7	4	10	23	23	
6094	Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule	*					1	1		8	10	10	
6095	Landwirtschaftliche Bundesversuchswirtschaften											95	
6096	Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsforste ...	*					2			10	12	13	
6099	Bauhöfe											172	
	Summe 60...		1		12		108	1	20	15	139	296	563
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr:												
6300	Zentralleitung		1		5		1				7	10	
6320	Österreichisches Patentamt				1		1				2	2	
633	Bergbehörden				1	4					5	5	
	Summe 63...		1		7	4	2				14	17	
64	Bauten und Technik:												
6401	Bundesmobilienverwaltung								1		1	1	
6422	Bundesstraßen (sonstige Ausgaben)	*					221	670	385	307	1.583	1.622	
6424	Bundesstraßen A (sonstige Ausgaben)											628	
6440	Wasserstraßendirektion				2		6				8	8	
6450	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane)				1	6	14	2	7	20	3	53	52
6453	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betr. ähnl. Einr.)				1	1	18		3	6	4	33	34
6490	Einrichtungen des Eich- und Vermessungswesens				2		50		12	2	59	125	38

338

FAHRZEUGPLAN 1998

II.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 1998	Summe 1997
		Anm. Kategorie						Nutzlast				
		III	II	Ia	I			über 1000kg	bis ein- schl. 1000kg			
6491	Einrichtungen des Vermessungswesens	87	
	Summe 64...	6	7	309	2	693	413	373	1.803	2.470
65	Verkehr und öffentliche Wirtschaft:											
6500	Verwaltungsbereich Verkehr	2	2	2
6501	Schiffahrtspolizei	1	1	1
6502	Fernmeldebehördliche Tätigkeiten	8	38	46	46
655	Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge	1	...	3	...	2	6	6
	Summe 65...	2	...	10	...	3	...	40	55	55
71	Bundestheater	3	4	...	9	16	16

FAHRZEUGPLAN 1998

339

II.1 Zusammenfassung der Kraftfahrzeuge nach Gruppen und Kapitel
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap.	Bezeichnung	Personenkraftwagen				Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw.		Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 1998	Summe 1997
		Kategorie						Nutzlast				
		Anm.	III	II	Ia			I	über 1000kg			
0	Oberste Organe											
01	Präsidentenkanzlei	4								4	4	
02	Bundesgesetzgebung	5		1						6	6	
03	Verfassungsgerichtshof	1								1	1	
04	Verwaltungsgerichtshof	1								1	1	
05	Volksanwaltschaft			1						1	1	
06	Rechnungshof	1								1	1	
	Gruppe 0...	12		2						14	14	
1	Innenverwaltung											
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	4	1	5		8		2	4	27	51	
11	Inneres	1		30	1	2.473	530	45	36	1.730	4.846	
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	1		2	2	35		11	9	34	94	
14	Wissenschaft und Forschung	1		7		50		8	6	75	147	
15	Soziales	1		3	11	7					22	
17	Gesundheit									1	1	
18	Umwelt	1								21	22	
	Gruppe 1...	9	1	47	14	2.573	530	66	55	1.888	5.183	
20	Äußeres	2	76	4		6	6			2	96	
30	Justiz	2		20		67		18		36	143	
40	Militärische Angelegenheiten	1	2	12	1	2		6		23	47	
50	Finanzverwaltung	2		10	7	113		8	4	163	307	
6	Wirtschaft											
60	Land- und Forstwirtschaft	1		12		108	1	20	15	139	296	
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	1		7	4	2					14	
64	Bauten und Technik			6	7	309	2	693	413	373	1.803	
65	Verkehr und öffentliche Wirtschaft			2		10		3		40	55	
	Gruppe 6...	2		27	11	429	3	716	428	552	2.168	
	Gruppe 0 bis 6...	30	79	122	33	3.190	539	814	487	2.664	7.958	
7	Bundesbetriebe											
71	Bundestheater			3				4		9	16	
	Gruppe 7...			3				4		9	16	
	Gesamtanzahl...	30	79	125	33	3.190	539	818	487	2.673	7.974	

340

FAHRZEUGPLAN 1998

II.2 Plan der Luftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	B e z e i c h n u n g	Motorflugzeuge				Hub- schrau- ber	Segelflug- zeuge		Summe 1998	Summe 1997
		Gewichtsklasse					Sitzplatzkl.			
		Anm.	D-F	C	B		A	b		
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen:									
1075	Bundessportheime und Sporteinrichtungen				11		6	8	25	25
11	Inneres:									
1110	Flugpolizei und Flugrettungsdienst				4	23			27	23
64	Bauten und Technik:									
6490	Einrichtungen des Eich- und Vermessungswesens			1	1				2	
6491	Einrichtungen des Vermessungswesens									2
	Summe 64...			1	1				2	2

FAHRZEUGPLAN 1998

341

II.2 Zusammenfassung der Luftfahrzeuge nach Gruppen und Kapitel
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap.	Bezeichnung	Motorflugzeuge				Hub- schrau- ber	Segelflug- zeuge		Summe 1998	Summe 1997	
		Anm.	Gewichtsklasse				Sitzplatzkl.				
			D-F	C	B		A	b			a
1	Innenverwaltung										
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen				11		6	8	25	25	
11	Inneres				4	23			27	23	
	Gruppe 1...				15	23	6	8	52	48	
6	Wirtschaft										
64	Bauten und Technik		1	1					2	2	
	Gruppe 6...		1	1					2	2	
	Gruppe 0 bis 6...		1	1	15	23	6	8	54	50	
	Gesamtanzahl...		1	1	15	23	6	8	54	50	

342

FAHRZEUGPLAN 1998

II.3 Plan der Wasserfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	B e z e i c h n u n g Anm.	Wasserfahrzeuge mit Kraftantrieb					Summe 1998	Summe 1997
		Passagier- und Transport- schiffe	Spezial- wasser- fahr- zeuge	Innen- bord- Motorboote	Außen- bord- Motorboote	Boote, Zillen u. ä. mit Außen- bordmotor		
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen:							
1075	Bundessportheime und Sporteinrichtungen					2	2	2
11	Inneres:							
1100	Zentraleitung					3	3	3
1130	Bundespolizei			9	3	16	28	28
1140	Bundesgendarmerie			37	12	22	71	71
	Summe 11...			46	15	41	102	102
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten:							
1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten					1	1	1
14	Wissenschaft und Forschung:							
1420	Universitäten					2	2	2
1421	Universitäten (zweckgebundene Gebarung)		1				1	1
	Summe 14...		1			2	3	3
18	Umwelt:							
187	Umweltbundesamt					1	1	1
50	Finanzverwaltung:							
5040	Dienststellen			5		2	7	7
60	Land- und Forstwirtschaft:							
6058	Bundesamt für Wasserwirtschaft			3	2	7	12	11
6072	Forstliche Ausbildungsstätten					1	1	1
6099	Bauhöfe							2
	Summe 60...			3	2	8	13	14
64	Bauten und Technik:							
6440	Wasserstraßendirektion		3			3	6	6
65	Verkehr und öffentliche Wirtschaft:							
6501	Schiffahrtspolizei		16	2		16	34	34

FAHRZEUGPLAN 1998

343

II.3 Zusammenfassung der Wasserfahrzeuge nach Gruppen und Kapitel
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap.	B e z e i c h n u n g Anm.	Wasserfahrzeuge mit Kraftantrieb					Summe 1998	Summe 1997
		Passagier- und Transport- schiffe	Spezial- wasser- fahr- zeuge	Innen- bord-	Außen- bord-	Boote, Zillen u. ä. mit Außen- bordmotor		
				Motorboote				
1	Innenverwaltung							
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen					2	2	2
11	Inneres			46	15	41	102	102
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten					1	1	1
14	Wissenschaft und Forschung		1			2	3	3
18	Umwelt					1	1	1
	Gruppe 1...		1	46	15	47	109	109
50	Finanzverwaltung			5		2	7	7
6	Wirtschaft							
60	Land- und Forstwirtschaft			3	2	8	13	14
64	Bauten und Technik		3			3	6	6
65	Verkehr und öffentliche Wirtschaft		16	2		16	34	34
	Gruppe 6...		19	5	2	27	53	54
	Gruppe 0 bis 6...		20	56	17	76	169	170
	Gesamtanzahl...		20	56	17	76	169	170

344

FAHRZEUGPLAN 1998

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Anm.	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 1998	Summe 1997
			Kategorie						Nutzlast				
			III	II	Ia	I			über 1000kg	bis ein- schl. 1000kg			
01	Präsidentschaftskanzlei	*	4								4	4	
02	Bundesgesetzgebung:												
021	Nationalrat	*											
022	Bundesrat	*											
024	Parlamentsdirektion	*	5		1						6	6	
	Summe 02...		5		1						6	6	
03	Verfassungsgerichtshof		1								1	1	
04	Verwaltungsgerichtshof		1								1	1	
05	Volksanwaltschaft				1						1	1	
06	Rechnungshof		1								1	1	
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen:												
1000	Zentralleitung: *												
	Zentralleitung		4		4		1		1		10	19	
	Paris - Österreichische Delegation bei der OECD			1							1	1	
	Summe 1000...		4	1	4		1		1		11	20	
1001	Verwaltungsakademie					1					1	1	
101	Staatsarchiv und Archivamt								1		1	1	
102	Statistisches Zentralamt				1				1		2	2	
1075	Bundessportheime und Sporteinrichtungen: *												
	Faak am See					1					1	1	
	Hintermoos					1					1	1	
	Kitzsteinhorn					1				1	2	2	
	Obergurgl											1	
	Obertraun									2	2	2	
	Schietteiten					1				1	2	2	
	Spitzerberg					1				10	11	11	
	St. Christoph/Arlberg									1	1	1	
	Bundessportzentrum Südstadt								1	2	3	3	
	Summe 1075...					5			1	17	23	24	
1090	Lebensmitteluntersuchungsanstalten: *												
	Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung und -forschung Wien									1	1	1	
	Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung Graz						1				1	1	
	Summe 1090...					1				1	2	2	

FAHRZEUGPLAN 1998

345

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Anm.	Personenkraftwagen				Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw.		Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 1998	Summe 1997
			Kategorie						über 1000kg	bis einschl. 1000kg			
			III	II	Ia	I							
1091	Veterinärmedizinische Anstalten:	*											
	Bundesanstalt für Tierseuchenbekämpfung Mödling									3	3	3	
	Bundesanstalt für veterinärmedizinische Untersuchungen Graz									1	1	1	
	- Innsbruck									1	1	1	
	- Linz									1	1	1	
	Bundesanstalt für Virusseuchenbekämpfung bei Haustieren Wien-Hetzendorf							2		3	5	5	
	Summe 1091...							2		9	11	11	
	Summe 10...		4	1	5	8		2	4	27	51	61	
11	Inneres:												
1100	Zentralleitung		1		4	1	7	4	6	20	43	43	
1130	Bundespolizei	*			17		714	158	22	10	492	1.413	1.393
1131	Bundespolizei (zweckgeb. Gebarung)									39	39	39	
1140	Bundesgendarmerie				9		1.737	362	19	19	1.117	3.263	3.155
1141	Bundesgendarmerie (zweckgeb. Gebarung)							10		60	70	50	
1150	Flüchtlingsbetreuung und Integration:												
	Betreuungsstelle Bad Kreuzen						3				3	3	
	- Traiskirchen einschließlich Reichenau						7		1		8	8	
	- Vorderbrühl						2				2	2	
	- Thalham des BM für Inneres						3			1	4	4	
	Summe 1150...						15		1	1	17	17	
1151	Öffentl. Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen	*								1	1	1	
	Summe 11...		1		30	1	2.473	530	45	36	1.730	4.846	4.698
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten:												
120	Bundesministerium f. Unterricht u. kulturelle Angelegenh.		1		2		2			1	6	6	
1241	Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen:	*											
	Zentrale für Sportgeräteverleih und Sportplatzwartung								2	1	3	3	
	Bundesschullandheim Mariazell						1				1	1	
	- Raach bei Gloggnitz						1				1	1	
	- Radstadt						1				1	1	
	Summe 1241...						3		2	1	6	6	
1243	Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung:												
	Bundesinstitut für Erwachsenenbildung in St. Wolfgang									1	1	1	
	Förderungsstellen des Bundes für Erwachsenenbildung für Niederösterreich									1	1	1	
	- Oberösterreich						1				1	1	
	- Steiermark									1	1	1	
	- Tirol						1				1	1	
	Summe 1243...						2			3	5	5	

346

FAHRZEUGPLAN 1998

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 1998	Summe 1997	
		Kategorie						Nutzlast					
		III	II	Ia	I			über 1000kg	bis ein- schl. 1000kg				
1244	Museen:												
	Österreichische Galerie					1					1		
	Kunsthistorisches Museum							1	1		2		
	Museum für Angewandte Kunst					1					1		
	Museum für Völkerkunde					1			1		2		
	Naturhistorisches Museum					3			1		4		
	Österreichisches Museum für moderne Kunst							1			1		
	Technisches Museum							1	1		2		
	Summe 1244...					6		1	2		4	13	13
1246	Nationalbibliothek und Phonotheek:												
	Österreichische Nationalbibliothek					1						1	1
	Österreichische Phonotheek					1						1	1
	Summe 1246...					2						2	2
1247	Bundesdenkmalamt				2	9		1		4		16	16
1270	Allgemeinbildende höhere Schulen: *												
	Deutschlandsberg									1		1	1
	Graz/Seebacherstraße									1		1	1
	Köflach									1		1	1
	Linz/Peuerbachstraße									1		1	1
	Schärding									1		1	1
	Telfs									1		1	1
	Summe 1270...									6		6	6
1271	Höhere Internatsschulen des Bundes:												
	Graz-Liebenau									1		1	1
	Saalfelden					1				2		3	3
	Schloß Traunsee/Altmünster					1					1		1
	Summe 1271...					2				3		5	5
1274	Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung:												
	Bds.-Blindenerziehungsinstitut Wien II									1		1	1
1276	Bundesschülerheime (Allgemeinbildende):												
	Wien II (einschließlich Expositur Wien XIII)					1						1	1
1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten: *												
	Höhere Technische Bundeslehranstalt Hallein									1		1	1
	- Hallstatt					1						1	1
	- Kapfenberg							1				1	1
	- Krems							1				1	1
	- Linz I							1		1		2	2
	- Linz II								1			2	2
	- Salzburg							1				1	1
	- Steyr					1		1				2	2
	- Wolfsberg									1		1	1
	- und Handelsschule Wien III									1		1	1
	Höhere Technische Lehr- und Versuchsanstalt												
	Graz-Gösting							1				1	1
	- Innsbruck								1			1	1
	- Mödling					1		1		1		3	3
	- Rankweil								1			1	1
	- St. Pölten								1			1	1
	- Villach									1		1	1
	- Wien III									1		1	1

FAHRZEUGPLAN 1998

347

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 1998	Summe 1997
		Kategorie						Nutzlast				
		Anm.	III	II	Ia			I	über 1000kg			
1280	(Fortsetzung)											
	- Wiener Neustadt							1		1	1	
	- Wien XX, Technologisches Gewerbemuseum					1				1	1	
	Summe 1280...					4		7	7	6	24	24
1281	Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe*											
	Bundesschule für wirtschaftl. Berufe Türritz									1	1	1
	Höhere Bundeslehranstalt für wirtschaftl. Berufe Ried									1	1	1
	Summe 1281...									2	2	2
1282	Handelsakademien und Handelsschulen:											
	Braunau									1	1	1
1286	Bundesschülerheime (Berufsbildende):											
	Bundeskonvikt für Knaben der HTBLA Krems					1					1	1
1293	Bundesanstalten für Leibeseziehung:											
	Graz					1					1	1
	Innsbruck									1	1	1
	Linz					1					1	1
	Wien					1				1	2	2
	Summe 1293...					3				2	5	5
	Summe 12...	1		2	2	35		11	9	34	94	94
14	Wissenschaft und Forschung:											
1400	Verwaltungsbereich Wissenschaft	1		2		1					4	4
1420	Universitäten:											
	Montanuniversität Leoben			1		1					2	2
	-, Institut für Geophysik									1	1	1
	Technische Universität Graz					1					1	1
	-, Institut für Hydromechanik, Hydraulik und Hydrologie									1	1	1
	-, Institut f. Landwirtsch. Bauwesen u. Ländl. Siedlungswesen					1					1	1
	-, Institut f. Techn. Geologie, Petrographie u. Mineralogie									1	1	1
	Technische Universität Wien			1					1		2	2
	-, Institut für Fertigungstechnik							1			1	1
	-, Institut für Hochbau für Architekten							1			1	1
	-, Institut für theoretische Geodäsie und Geophysik									1	1	1
	-, Interfakultäre Institutseinrichtung f. Temperaturanlagen							1			1	1
	Universität Klagenfurt					1				1	2	1
	-, Universitäts-Sportinstitut					1					1	1
	Universität für Bodenkultur					1		1			2	2
	-, Botanisches Institut					1					1	1
	-, Institut für Bodenforschung und Baugeologie									1	1	1
	-, Institut für Forstentomologie und Forstschutz									1	1	1
	-, Institut für forstliches Bauingenieurw. und Walдарbeit					1					1	1
	-, Institut für Forstökologie									1	1	1
	-, Institut für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung					1				2	3	3
	-, Institut für Pflanzenschutz					1					1	1
	-, Institut für Waldbau									1	1	1
	-, Institut für Wildbach- und Lawinerverbauung					1					1	1
	-, Institut für Wildbiologie und Jagdwirtschaft									1	1	1
	-, Lehrforstzentrum					1					1	1
	-, Versuchswirtschaft Großenzersdorf					1				6	7	7

348

FAHRZEUGPLAN 1998

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 1998	Summe 1997
		Kategorie						über 1000kg	bis ein- schl. 1000kg			
		Anm.	III	II	Ia							
1420	(Fortsetzung)											
	Universität Graz				2				1	3	3	
	- , Universitätsbibliothek				1					1	1	
	- , Institut für Botanik								1	1	1	
	- , Institut für Geologie und Paläontologie								1	1	1	
	- , Universitätssportzentrum								1	1	1	
	- , Zentrale Versuchstieranlage							1		1	1	
	Universität Innsbruck							1		2	3	
	- , Universitätsbibliothek				1					1	1	
	- , Botan. Garten u. Fakultät f. Bauingenieurw. u. Architektur								1	1	1	
	- , Institut für Anatomie				1					1	1	
	- , Institut für klassische Archäologie								1	1	1	
	- , Institut für Ur- und Frühgeschichte								1	1	1	
	- , Universitäts-Sportinstitut								3	3	2	
	- , Zentrale Versuchstieranlage							1		1	1	
	Universität Linz			1	1					2	2	
	Universität Salzburg			1	1			1		3	3	
	- , Universitätsbibliothek							1		1	1	
	Universität Wien			1	1					2	4	
	- , Universitätsbibliothek				1					1	1	
	- , Zentrum für Biomedizin							1		1	1	
	- , Institut für Alte Geschichte								1	1	1	
	- , Institut für Anatomie				1					1	1	
	- , Institut für Astronomie mit Außenstelle Schöpfll								1	1	1	
	- , Institut für Botanik und Botanischer Garten				1					1	2	
	- , Institut für Geologie				1					1	1	
	- , Institut für klassische Archäologie								2	2	2	
	- , Institut für Meteorologie und Geophysik								1	1	1	
	- , Institut für Paläontologie								1	1	1	
	- , Institut für Petrologie								1	1	1	
	- , Institut für Pflanzenphysiologie/Koordinationsstelle Ökologie				1					1	1	
	- , Institut für Ur- und Frühgeschichte								1	1	1	
	- , Forschungsinstitut für Versuchstierzucht Himberg				1					1	1	
	Veterinärmedizinische Universität Wien				2			1		2	5	
	- , Lehr- und Forschungsgut Merkenstein								8	8	8	
	Wirtschaftsuniversität Wien				1					1	1	
	Summe 1420...			5	30			7	6	50	98	96
1421	Universitäten (zweckgebundene Gebarung):											
	Montanuniversität Leoben				1					1	1	
	- , Institut für Bildungsförderung und Sport				1					1	1	
	- , Institut für Geophysik								1	1	1	
	- , Institut für Verformungskunde und Hüttenmaschinen								1	1	1	
	Technische Universität Graz, Institut für Werkstoffkunde, Festigkeitslehre und Materialprüfung								1	1	1	
	Technische Universität Wien, Institut für Allgem. Maschinenlehre und Fördertechnik								1	1	1	
	- , Institut für Betriebs-, Arbeitswissenschaft und Betriebswirtschaftslehre								1	1	1	
	- , Institut für Wassergüte und Landschaftswasserbau								1	1	1	
	Universität Klagenfurt				1					1	1	
	Universität für Bodenkultur, Institut für Obstbau				1				4	5	5	
	- , Institut für Waldbau				1					1	1	
	Universität Graz, Sportinstitut								1	1	1	
	- , Sportinstitut (Universitätsheim Planneralm)								1	1	1	
	Universität Innsbruck, Institut für Baubetrieb und Bauwirtschaft								1	1	1	
	- , Sportinstitut				1					1	1	
	Universität Linz, Sportinstitut								1	1	1	
	Universität Salzburg, Sportinstitut				1					1	1	
	Universität Wien								2	2	2	
	- , I. Chirurgische Universitäts-Klinik				1					1	1	

FAHRZEUGPLAN 1998

349

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 1998	Summe 1997
		Kategorie						über 1000kg	bis ein- schl. 1000kg			
		Ann.	III	II	Ia							
1421	(Fortsetzung)											
	-, Sportinstitut					1				1	2	
	Veterinärmedizinische Universität Wien					2				1	3	
	Summe 1421...					11				18	29	
1423	Bibliotheken:											
	Österreichisches Bundesinstitut für den wissenschaftlichen Film										1	
1424	Wissenschaftliche Anstalten:											
	Geologische Bundesanstalt					2				2	4	
	Österreichisches Archäologisches Institut Wien					1				1	1	
	Österreichisches Archäologisches Institut Athen									1	1	
	Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik					1				2	3	
	-, Regionalstelle Salzburg									1	1	
	-, Regionalstelle Tirol/Vorarlberg									1	1	
	Summe 1424...					4				7	11	
1430	Kunsthochschulen:											
	Hochschule für angewandte Kunst Wien							1			1	
	Hochschule f. künstlerische u. industrielle Gestaltung Linz					1					1	
	Hochschule für Musik und darstellende Kunst Graz					1					1	
	-, Expositur Oberschützen					1					1	
	Summe 1430...					3		1			4	
1431	Kunsthochschulen (zweckgebundene Gebarung):											
	Hochschule für Musik und darstellende Kunst Wien					1					1	
	Summe 14...	1		7		50		8	6	75	147	
15	Soziales:											
1500	Zentralleitung	1		3							4	
1570	Bundessozialämter:											
	Wien, Niederösterreich und Burgenland					1					1	
	Oberösterreich					1					1	
	Steiermark					1					1	
	Kärnten					1					1	
	Summe 1570...					4					4	
1592	Arbeitsinspektion:											
	Arbeitsinspektion Wien				1	3					4	
	Arbeitsinspektorat Eisenstadt				1						1	
	- Graz				1						1	
	- Klagenfurt				1						1	
	- Krems				1						1	
	- Leoben				1						1	
	- Linz				1						1	
	- Salzburg				1						1	
	- St. Pölten				1						1	

350

FAHRZEUGPLAN 1998

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 1998	Summe 1997	
		Kategorie						Nutzlast					
		Anm.	III	II	Ia			I	über 1000kg				bis ein- schl. 1000kg
1592	(Fortsetzung)												
	- Vöcklabruck				1					1	1		
	- Wels				1					1	1		
	Summe 1592...				11	3				14	14		
	Summe 15...	1		3	11	7				22	22		
17	Gesundheit:												
1792	Bakteriologisch-serologische u. sonst. Untersuchungsanst.:												
	Bundesstaatliche bakteriologisch-seriologische Untersuchungsanstalt Wien								1	1	1		
18	Umwelt:												
180	Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie	1							1	2	2		
1860	Umweltpolitische Maßnahmen:												
	Burgenland								1	1	1		
	Kärnten								3	3	3		
	Niederösterreich								1	1	1		
	Vorarlberg								1	1	1		
	Wien								1	1	1		
	Summe 1860...								7	7	7		
187	Umweltbundesamt:												
	Umweltbundesamt Wien								11	11	11		
	Zweigstelle Klagenfurt								1	1	1		
	- Salzburg								1	1	1		
	Summe 187...								13	13	13		
	Summe 18...	1							21	22	22		
20	Äußeres:												
2000	Zentralleitung	2		4		1				7	7		
201	Vertretungsbehörden:												
	Addis Abeba		1							1	1		
	Abidjan		1							1	1		
	Agram		1							1	1		
	Algier							1		1	1		
	Amman		1							1	1		
	Ankara		1							1	1		
	Athen		1							1	1		
	Bangkok		1				1			2	2		
	Belgrad		1							1	1		
	Berlin		1							1	1		
	Bern		1							1	1		
	Bogota		1							1	1		
	Bonn		1							1	1		
	Brasilia		1							1	1		
	Brüssel		1							1	1		
	Brüssel - Österr. Vertretung bei der Europäischen Union		1			1				2	2		
	Budapest		1							1	1		
	Buenos Aires		1							1	1		
	Bukarest		1							1	1		
	Canberra		1							1	1		

FAHRZEUGPLAN 1998

351

III.1 - Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 1998	Summe 1997
		Kategorie						über 1000kg	bis ein- schl. 1000kg			
		Anm.	III	II	Ia							
201	(Fortsetzung)											
	Caracas		1							1	1	
	Dakar		1							1	1	
	Damaskus		1							1	1	
	Den Haag		1							1	1	
	Dublin		1							1	1	
	Genf - Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen		1							1	1	
	Guatemala		1			1				2	2	
	Harare		1							1	1	
	Havanna		1							1	1	
	Helsinki		1							1	1	
	Islamabad		1							1	1	
	Jakarta		1			1				2	2	
	Kairo		1							1	1	
	Kiew		1							1	1	
	Kopenhagen		1							1	1	
	Kuala Lumpur		1							1	1	
	Kuwait		1							1	1	
	Lagos		1			1				2	2	
	Laibach		1							1	1	
	Lima		1							1	1	
	Lissabon		1							1	1	
	London		1							1	1	
	Luxemburg		1							1	1	
	Madrid		1							1	1	
	Manila		1							1	1	
	Maskat		1							1	1	
	Mexiko		1							1	1	
	Moskau		1			1				2	2	
	Nairobi		1							1	1	
	New Delhi		1				2			3	3	
	New York - Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen (Mietfahrzeug) - und Österreichisches Generalkonsulat		1							1	1	
	Oslo		1							1	1	
	Ottawa		1							1	1	
	Paris		1							1	1	
	Paris - UNESCO		1							1	1	
	Peking		1			1				2	2	
	Prag		1							1	1	
	Preßburg		1							1	1	
	Pretoria		1							1	1	
	Rabat		1							1	1	
	Riyadh		1							1	1	
	Rom		1							1	1	
	Rom-Vatikan		1							1	1	
	Santiago de Chile		1							1	1	
	Sarajewo							1		1	1	
	Seoul		1							1	1	
	Sofia		1							1	1	
	Stockholm		1							1	1	
	Straßburg - Österreichische Vertretung beim Europarat		1							1	1	
	Teheran		1							1	1	
	Tel Aviv		1							1	1	
	Tirana		1							1	1	
	Tokio		1							1	1	
	Tripolis		1							1	1	
	Tunis		1							1	1	
	Warschau		1							1	1	
	Washington (Mietfahrzeug)		1							1	1	
	Zagreb										1	
	Summe 201...		76			3	6			2	87	

352

FAHRZEUGPLAN 1998

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 1998	Summe 1997
		Kategorie						Nutzlast				
		Anm.	III	II	Ia			I	über 1000kg			
203	Österreichische Kulturinstitute:											
	Rom					1					1	1
	Warschau					1					1	1
	Summe 203...					2					2	2
	Summe 20...	2	76	4		6	6			2	96	96
30	Justiz:											
300	Bundesministerium für Justiz	1		2							3	3
301	Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur	1									1	1
302	Justizbehörden in den Ländern: *											
	4 Gerichtshöfe II. Instanz			4		1				6	11	11
	21 Gerichtshöfe I. Instanz			14							14	14
	Summe 302...			18		1				6	25	25
303	Justizanstalten: *											
	Justizanstalt Eisenstadt					1					1	1
	- Feldkirch					2					2	2
	- Garsten					2		1		3	6	6
	- Göllersdorf					2					2	2
	- Graz-Jakomini					3		1			4	4
	- Graz-Karlau					3		1		3	7	7
	- Hirtenberg					3		1		6	10	10
	- Innsbruck					4		1		2	7	7
	- Klagenfurt					3		1		4	8	8
	- Korneuburg					2					2	2
	- Krems					1					1	1
	- Leoben					2					2	2
	- Linz					3		3		1	7	7
	- Ried					1					1	1
	- Salzburg					2					2	2
	- St. Pölten					2					2	2
	- Schwarzau					2		1		3	6	6
	- Sonnbjerg					2		1		2	5	5
	- Stein					4		3		1	8	8
	- Steyr					1					1	1
	- Suben					2		1			3	3
	- Wels					1					1	1
	- Wien-Favoriten					1					1	1
	- Wien-Josefstadt					7		1		4	12	12
	- Wien-Mittersteig					2					2	2
	- Wien-Simmering					3		1			4	2
	- Wiener Neustadt					1					1	1
	Justizanstalt für Jugendliche Gerasdorf					3		1		1	5	6
	Justizanstalt für Jugendliche Wien-Erdberg					1					1	1
	Summe 303...					66		18		30	114	113
	Summe 30...	2		20		67		18		36	143	142
40	Militärische Angelegenheiten:											
400	Bundesministerium für Landesverteidigung	1	2	12		2					17	17
401	Heer und Heeresverwaltung											
4040	Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut				1						1	1

FAHRZEUGPLAN 1998

353

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 1998	Summe 1997
		Kategorie						Nutzlast				
		Anm.	III	II	Ia			I	über 1000kg			
4050	Allentsteig (betriebsähnl. Einrichtung)	6	23	29	29	
	Summe 40...	1	2	12	1	2	6	23	47	47	
50	Finanzverwaltung:											
5000	Zentralleitung	2	3	1	1	7	7	
5040	Dienststellen: *											
	Zollwachegeneralinspektorat	32	1	1	150	184	184
	Finanzlandesdirektion für Kärnten	1	6	1	8	9	
	- Oberösterreich	1	14	1	2	18	18
	- Salzburg	1	10	1	4	16	13
	- Steiermark	1	13	1	15	15
	- Tirol	2	6	8	8
	- Vorarlberg	1	4	1	6	6
	- Wien, Niederösterreich und Burgenland	1	5	26	3	1	7	43	45
	Summe 5040...	6	7	111	8	3	163	298	298
5071	Finanzprokuratur	1	1	1	
5072	Hauptpunzierungs- und Probierant	1	1	1	
	Summe 50...	2	10	7	113	8	4	163	307	307
60	Land- und Forstwirtschaft:											
6000	Zentralleitung	1	4	2	2	9	9	
6007	Qualitätskontrolle:											
	Graz	2	2	2	
	Innsbruck	1	1	2	
	Klosterneuburg	6	6	6	
	Linz	2	2	1	
	Summe 6007...	11	11	11	
6050	Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten: *											
	Bundesseminar für das land- und forst- wirtschaftliche Bildungswesen Wien-Ober St. Veit	1	1	1	
	Höhere Bundeslehranstalt für alpenländische Landwirtschaft Raumberg-Trautenfels	1	5	6	6	
	- Raumberg-Trautenfels (Leihfahrzeuge)	1	1	1	
	- Ursprung/Elixhausen	3	3	3	
	- Ursprung/Elixhausen (Leihfahrzeuge)	1	1	1	
	Höhere Bundeslehranstalt für Land- und Ernährungswirtschaft Elmberg	1	1	2	2	
	- Kematen	1	1	2	2	
	- Kematen (Leihfahrzeuge)	1	1	1	
	- Pitzelstätten	1	1	2	2	
	- Pitzelstätten (Leihfahrzeuge)	1	1	1	
	- Sitzenberg	1	1	2	2	
	- Sitzenberg (Leihfahrzeuge)	1	1	1	
	Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau Wien	2	2	4	4	
	Höhere Bundeslehranstalt und Bundesamt für Wein- und Obstbau Klosterneuburg	1	1	5	7	7	
	- Klosterneuburg (Leihfahrzeuge)	1	1	1	
	Höhere landwirtschaftliche Bundeslehranstalt Francisco-Josephinum	2	2	4	4	
	- Francisco-Josephinum (Leihfahrzeuge)	2	2	2	

354

FAHRZEUGPLAN 1998

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 1998	Summe 1997
		Anm. Kategorie						Nutzlast				
		III	II	Ia	I			über 1000kg	bis ein- schl. 1000kg			
6050	(Fortsetzung)											
	- St. Florian				2					2	2	
	- St. Florian (Leihfahrzeuge)								2	2	2	
	Summe 6050. ...				13			1	31	45	45	
6051	Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.: *											
	Bundesamt für Agrarbiologie Linz				6		3	1	3	13	11	
	Bundesamt und Forschungszentrum für Landwirtschaft				14		5	7	17	43	47	
	Bundesamt für Weinbau Eisenstadt				4					4	2	
	Bundesanstalt für alpenländische Landwirtschaft Gumpenstein						1	1	12	14	14	
	Summe 6051. ...				24		9	9	32	74	74	
6052	Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten:											
	Forstliche Fachschule Waidhofen an der Ybbs				1				1	2	2	
	Höhere Lehranstalt für Forstwirtschaft Bruck/Mur				1				1	2	2	
	- Gainfarn				3				1	4	4	
	Summe 6052. ...				5				3	8	8	
6053	Forstliche Bundesversuchsanstalt			1			1		17	24	24	
6055	Bundesanstalten für Milchwirtschaft:											
	Bundesanstalt für alpenländische Milchwirtschaft Rotholz				1		1			2	2	
	Bundesanstalt für Milchwirtschaft Wolfpassing				2					2	2	
	Summe 6055. ...				3		1			4	4	
6058	Bundesamt für Wasserwirtschaft:											
	Bundesamt für Wasserwirtschaft				3		1		6	10	10	
6059	Bundesanstalt für Landtechnik				3			1	8	12	12	
6072	Forstliche Ausbildungsstätten: *											
	Ort/Gmunden				1				4	5	4	
	Ort/Gmunden (Leihfahrzeuge)								2	2	2	
	Ossiach				1		1		5	7	7	
	Ossiach (Leihfahrzeuge)								1	1	1	
	Summe 6072. ...				2		1		12	15	14	
6080	Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst:											
	Forsttechnischer Dienst für Wildbach- und Lawinenverbauung, Sektion Kärnten/Villach			1						1	1	
	- , Sektion Oberösterreich/Linz			1						1	1	
	- , Sektion Salzburg/Salzburg			1						1	1	
	- , Sektion Steiermark/Graz			1						1	1	
	- , Sektion Tirol/Innsbruck			1						1	1	
	- , Sektion Vorarlberg/Bregenz			1						1	1	
	- , Sektion Wien, NO u. Bgld./Wien			1						1	1	
	Summe 6080. ...			7						7	7	
6091	Bundeskellereiinspektion						32			32	32	

FAHRZEUGPLAN 1998

355

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Anm.	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 1998	Summe 1997
			Kategorie						über 1000kg	bis ein- schl. 1000kg			
			III	II	Ia	I							
6093	Bundesgärten: *												
	Innsbruck					2		2		2	4	4	
	Wien-Schönbrunn							5	4	8	19	19	
	Summe 6093...					2		7	4	10	23	23	
6094	Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule	*				1	1			8	10	10	
6095	Landwirtschaftliche Bundesversuchswirtschaften:												
	Fuchsenbigl im Marchfeld											38	
	Königshof bei Bruck a. d. Leitha											30	
	Wieselburg an der Erlauf											27	
	Summe 6095...											95	
6096	Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsforste: *												
	Bruck/Mur					1					1	1	
	Bruck/Mur (Leihfahrzeuge)									1	1	1	
	Lahnhuben									1	1	1	
	Merkenstein					1				1	2	2	
	Merkenstein (Leihfahrzeuge)									1	1	1	
	Kollerhuben									2	2	2	
	Kollerhuben (Leihfahrzeuge)									1	1	1	
	Ort/Gmunden											1	
	Ulmerfeld									2	2	2	
	Ulmerfeld (Leihfahrzeuge)									1	1	1	
	Summe 6096...					2				10	12	13	
6099	Bauhöfe:												
	Forsttechnischer Dienst für Wildbach- und Lawinenerdbebauung, Sektion Kärnten/Villach											29	
	- Sektion Oberösterreich/Linz											18	
	- Sektion Salzburg/Salzburg											30	
	- Sektion Steiermark/Graz											22	
	- Sektion Tirol/Innsbruck											44	
	- Sektion Vorarlberg/Bregenz											18	
	- Sektion Wien, NÖ u. Bgld./Wien											11	
	Summe 6099...											172	
	Summe 60...	1		12		108	1	20	15	139	296	563	
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr:												
6300	Zentraleitung		1		5		1				7	10	
6320	Österreichisches Patentamt				1		1				2	2	
633	Bergbehörden:												
	Berghauptmannschaft Innsbruck					1					1	1	
	- Salzburg					2					2	2	
	- Wien				1	1					2	2	
	Summe 633...			1	4						5	5	
	Summe 63...	1		7	4	2					14	17	
64	Bauten und Technik:												
6401	Bundesmobilienvverwaltung							1			1	1	

356

FAHRZEUGPLAN 1998

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Anm.	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 1998	Summe 1997
			Kategorie						Nutzlast				
			III	II	Ia	I			über 1000kg	bis ein- schl. 1000kg			
6422	Bundesstraßen (sonstige Ausgaben):	*											
	Bundesstraßenverwaltung Burgenland					2		43	24	16	85	88	
	- Kärnten					75		91	31	49	246	246	
	- Niederösterreich					76		166	74	59	375	403	
	- Oberösterreich					3		100	54	58	215	222	
	- Salzburg					7		40	20	28	95	95	
	- Steiermark					38		149	90	45	322	322	
	- Tirol					14		66	75	45	200	200	
	- Vorarlberg					2		9	13	6	30	31	
	- Wien					4		6	4	1	15	15	
	Summe 6422...					221		670	385	307	1.583	1.622	
6424	Bundesstraßen A (sonstige Ausgaben):												
	Bundesstraßenverwaltung Burgenland											23	
	- Kärnten											99	
	- Niederösterreich											145	
	- Oberösterreich											106	
	- Salzburg											41	
	- Steiermark											81	
	- Tirol											70	
	- Vorarlberg											25	
	- Wien											38	
	Summe 6424...											628	
6440	Wasserstraßendirektion:												
	Wasserstraßendirektion			2							2	2	
	Wasserstraßenverwaltung West					2					2	2	
	- Ost					2					2	2	
	- Mitte					2					2	2	
	Summe 6440...			2		6					8	8	
6450	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane):												
	Bundesgebäudeverwaltung II Graz				2	3		1	3	1	10	9	
	- Innsbruck				2	2			4	1	9	9	
	- Klagenfurt				1	3	1	2	2		9	9	
	- Linz					3		2	5		11	11	
	- Salzburg			1		3	1	2	6		13	13	
	Burghauptmannschaft Wien									1	1	1	
	Summe 6450...			1	6	14	2	7	20	3	53	52	
6453	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betr. ähnl. Einr.):												
	Bundesbaudirektion Wien			1	1	18		3	6	4	33	34	
6490	Einrichtungen des Eich- und Vermessungswesens:												
	Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen			1							1		
	Abteilung F 2			1		4		2	2	10	19		
	Abteilung V 1					5				12	17		
	Abteilung V 3					1				3	4		
	Abteilung M 4					2					2		
	Gruppe A					4					4		
	Eich- und Vermessungsämter:												
	Burgenland					2		1		1	4		
	Kärnten					1		1		4	6		
	Niederösterreich					10		2		3	15		
	Oberösterreich					8		2		7	17		
	Salzburg							1		5	6		
	Steiermark					6		1		4	11		

FAHRZEUGPLAN 1998

357

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 1998	Summe 1997
		Kategorie						über 1000kg	bis ein- schl. 1000kg			
		Anm.	III	II	Ia							
6490	(Fortsetzung)											
	Tirol / Vorarlberg					6		2	4	12		
	Wien					1			6	7		
	Bundesamt für Eich- u. Vermessungswesen, Gruppe Eichwesen										14	
	Eichämter Burgenland										1	
	- Kärnten										2	
	- Niederösterreich										2	
	- Oberösterreich										6	
	- Salzburg										2	
	- Steiermark										4	
	- Tirol/Vorarlberg										3	
	Eichamt Wien										4	
	Summe 6490...			2		50		12	2	59	125	38
6491	Einrichtungen des Vermessungswesens:											
	Bundesamt für Eich- u. Vermessungswesen: Präsidium											1
	Gruppe K: Leitung											1
	- Abteilung K 1											2
	- Abteilung K 2											17
	- Abteilung K 9											2
	- Aufsichtsbereich Oberösterreich und Salzburg											14
	- Aufsichtsbereich Steiermark und Kärnten											13
	- Aufsichtsbereich Tirol und Vorarlberg											10
	- Aufsichtsbereich Wien, Niederösterreich und Burgenland											21
	Gruppe L: Leitung											1
	- Abteilung L 1											4
	- Abteilung L 6											1
	Summe 6491...											87
	Summe 64...			6	7	309	2	693	413	373	1.803	2.470
65	Verkehr und öffentliche Wirtschaft:											
6500	Verwaltungsbereich Verkehr			2							2	2
6501	Schiffahrtspolizei					1					1	1
6502	Fernmeldebehördliche Tätigkeiten					8				38	46	46
655	Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge					1		3		2	6	6
	Summe 65...			2		10		3		40	55	55
71	Bundestheater	*		3				4		9	16	16

358

FAHRZEUGPLAN 1998

III.2 Plan der Luftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Motorflugzeuge				Hub- schrau- ber	Segelflug- zeuge		Summe 1998	Summe 1997
		Gewichtsklasse					Sitzplatzkl.			
		Anm.	D-F	C	B		A	b		
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen:									
1075	Bundessportheime und Sporteinrichtungen:									
	Spitzerberg				11		6	8	25	25
11	Inneres:									
1110	Flugpolizei und Flugrettungsdienst:									
	Graz				1	3			4	3
	Hohenems					1			1	1
	Innsbruck					1			1	1
	Klagenfurt				1	3			4	3
	Lienz					1			1	1
	Linz				1	3			4	3
	Salzburg					2			2	2
	Wien				1	5			6	5
	Technischer Umlauf (Reserve)					4			4	4
	Summe 11...				4	23			27	23
64	Bauten und Technik:									
6490	Einrichtungen des Eich- und Vermessungswesens			1	1				2	
6491	Einrichtungen des Vermessungswesens									2
	Summe 64...			1	1				2	2

FAHRZEUGPLAN 1998

359

III.3 Plan der Wasserfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	B e z e i c h n u n g Ann.	Wasserfahrzeuge mit Kraftantrieb					Summe 1998	Summe 1997
		Passagier- und Transport- schiffe	Spezial- wasser- fahr- zeuge	Innen- bord-	Außen- bord-	Boote, Zillen u. ä. mit Außen- bordmotor		
				Motorboote				
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen:							
1075	Bundessportheime und Sporteinrichtungen: Obertraun					2	2	2
11	Inneres:							
1100	Zentralleitung					3	3	3
1130	Bundespolizei			9	3	16	28	28
1140	Bundesgendarmerie			37	12	22	71	71
	Summe 11...			46	15	41	102	102
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten:							
1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten: Höhere technische Bundeslehranstalt in Hallstatt					1	1	1
14	Wissenschaft und Forschung:							
1420	Universitäten: Universität Wien, Institut für Zoologie					1	1	1
	Universität für Bodenkultur, Institut für Wasservorsorge, Gewässergüte und Fischereiwirtschaft					1	1	1
	Summe 1420...					2	2	2
1421	Universitäten (zweckgebundene Gebarung): Universität Wien, Institut für Zoologie			1			1	1
	Summe 14...			1		2	3	3
18	Umwelt:							
187	Umweltbundesamt					1	1	1
50	Finanzverwaltung:							
5040	Dienststellen: Zollwachegeneralinspektorat			5		2	7	7
60	Land- und Forstwirtschaft:							
6058	Bundesamt für Wasserwirtschaft			3	2	7	12	11
6072	Forstliche Ausbildungsstätten: Forstliche Ausbildungsstätte Ossiach					1	1	1

360

FAHRZEUGPLAN 1998

III.3 Plan der Wasserfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung Anm.	Wasserfahrzeuge mit Kraftantrieb					Summe 1998	Summe 1997
		Passagier- und Transport- schiffe	Spezial- wasser- fahr- zeuge	Innen- bord-	Außen- bord-	Boote, Zillen u. ä. mit Außen- bordmotor		
				Motorboote				
6099	Bauhöfe: Forsttechnischer Dienst für Wildbach- und Lawinverbauung, Sektion Wien, NÖ und Bgld./Wien - Sektion Oberösterreich/Linz							
								1
								1
	Summe 6099...							2
	Summe 60...			3	2	8	13	14
64	Bauten und Technik:							
6440	Wasserstraßendirektion:							
	Donau - March - Thaya					3	3	3
	- Zugschiffe unter 200 PS		2				2	2
	- Zugschiffe über 200 PS: Schleppschiffe		1				1	1
	Summe 64...		3			3	6	6
65	Verkehr und öffentliche Wirtschaft:							
6501	Schiffahrtspolizei			2		16	18	18
	- Schleppschiffe		16				16	16
	Summe 65...		16	2		16	34	34

FAHRZEUGPLAN 1998

361

IV. Anmerkungen

1. Anmerkungen zum Plan der Kraftfahrzeuge

- | Kap.
Tit.
bzw.
Par. | Anmerkung |
|------------------------------|---|
| 01 | Hievon 2 Personenkraftwagen (Kategorie III) für offizielle repräsentative Zwecke. |
| 021 | Die Betreuung der Fahrzeuge obliegt der Parlamentsdirektion. |
| 022 | Die Betreuung dieses Fahrzeuges obliegt der Parlamentsdirektion. |
| 024 | Hievon 1 Personenkraftwagen (Kategorie III) als Reserve bzw. für offizielle repräsentative Zwecke. |
| 1000 | Hievon 1 Personenkraftwagen (Kategorie III) für offizielle repräsentative Zwecke. |
| 1075 | In den ausgewiesenen 17 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 6 Traktoren enthalten, die für die Bundessportheime in Obertraun (1), Schielleiten (1), Spitzerberg (3) und für das Bundessportzentrum Südstadt (1) vorgesehen sind. |
| 1090 | Das Fahrzeug für betriebliche Zwecke der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung Graz wird auch im Rahmen des Zivilschutzes eingesetzt. |
| 1091 | In den ausgewiesenen 9 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 2 Traktoren enthalten, die für die Bundesanstalten für Tierseuchenbekämpfung Mödling (1) und für Virusseuchenbekämpfung bei Haustieren Wien-Hetzendorf (1) vorgesehen sind. Von den 3 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke der Bundesanstalt für Virusseuchenbekämpfung bei Haustieren in Wien-Hetzendorf wird 1 Fahrzeug auch im Rahmen des Zivilschutzes eingesetzt. |
| 1130 | In den ausgewiesenen 492 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind auch 2 Traktoren enthalten. |
| 1151 | Bei dem ausgewiesenen Kraftfahrzeug für besondere Zwecke handelt es sich um einen Traktor. |
| 1241 | Bei dem ausgewiesenen Kraftfahrzeug für besondere Zwecke handelt es sich um einen Traktor, der für die Zentrale für Sportgeräteverleih und Sportplatzwartung vorgesehen ist. |
| 1270 | Bei den ausgewiesenen 6 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke handelt es sich um Traktoren. |
| 1280 | In den ausgewiesenen 7 Lastkraftwagen (mit einer Nutzlast über 1000 kg) sind 6 Fahrzeuge enthalten, die bei den angeführten Bundesorganen mit Ausnahme der HTBLA Kapfenberg auch als Unterrichtsbehelf dienen. Bei den ausgewiesenen 7 Lastkraftwagen (mit einer Nutzlast bis einschließlich 1000 kg) dient lediglich das für die HTBLVA Innsbruck vorgesehene Fahrzeug auch als Unterrichtsbehelf. In den ausgewiesenen 6 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 4 Traktoren enthalten, die für die HTBLA Linz II (1), HTBLA Wolfsberg (1), HTBLVA Mödling (1) und die HTBLVA Villach (1) vorgesehen sind. |
| 1281 | Bei den ausgewiesenen Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke handelt es sich um Traktoren. |
| 1282 | Bei dem ausgewiesenen Kraftfahrzeug für besondere Zwecke handelt es sich um einen Traktor. |
| 1420 | Von den ausgewiesenen 7 Lastkraftwagen (mit einer Nutzlast über 1000 kg) dient das für das Institut für Fertigungstechnik der technischen Universität Wien vorgesehene Fahrzeug auch als Unterrichtsbehelf. In den ausgewiesenen 50 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 21 Traktoren enthalten, die für das Institut für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung der Universität für Bodenkultur (1), die Versuchswirtschaft Großenzersdorf der Universität für Bodenkultur (6), die Universität Graz (1), das Universitätssportzentrum der Universität Graz (1), die Universität Innsbruck (1), das Universitäts-Sportinstitut der Universität Innsbruck (2), für das Lehr- und Forschungsgut Merkenstein der veterinärmedizinischen Universität Wien (7), für die Universität Klagenfurt (1) sowie für das Institut für Botanik und Botanischen Garten der Universität Wien (1) vorgesehen sind. |
| 302 | Die Fahrzeuge sind für die 4 Gerichtshöfe II. Instanz (Oberlandesgerichte in Graz, Innsbruck, Linz und Wien) und die 21 Gerichtshöfe I. Instanz (Landesgerichte für Zivilrechtssachen in Graz und Wien; Landesgerichte für Strafsachen in Graz und Wien; Landesgerichte in Eisenstadt, Feldkirch, Innsbruck, Klagenfurt, Korneuburg, Krems an der Donau, Leoben, Linz, Ried im Innkreis, Salzburg, Steyr, St. Pölten, Wels und Wr. Neustadt; Handelsgericht Wien; Jugendgerichtshof Wien; Arbeits- und Sozialgerichtshof Wien) vorgesehen. |
| 303 | Bei den ausgewiesenen 30 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke handelt es sich um: 4 Gefangenentransportwagen für die Justizanstalt Wien-Josefstadt; 24 Traktoren, die für die Justizanstalten Garsten(2), Graz-Karlau(3), Hirtenberg(5), Innsbruck(2), Klagenfurt(4), Linz(1), Schwarzbau(3), Sonnberg(2), Stein(1) und für die Justizanstalten für Jugendliche Gerasdorf(1) vorgesehen sind; 2 Kühlwagen für die Justizanstalten in Garsten und Hirtenberg. |
| 401 | Gemäß den Bestimmungen in § 27 Abs. 2 BHG, BGBl. Nr. 213/1986 in der derzeit geltenden Fassung, sind die Fahrzeuge des Bundesheeres und der Heeresverwaltung im Fahrzeuplan nicht zu erfassen. |
| 5040 | Einschließlich der Fahrzeuge des dem Bundesministerium für Finanzen direkt unterstehenden Zollwachegeneralinspektorates. |
| 5071 | Der ausgewiesene Personenkraftwagen (Kategorie Ia) wird im Bedarfsfall auch vom Bundesministerium für Finanzen mitbenützt. |
| 6000 | Von den ausgewiesenen Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke wird 1 Fahrzeug auch im Rahmen des Zivilschutzes eingesetzt. |
| 6050 | In den ausgewiesenen 31 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 26 Traktoren enthalten, die für die höheren Bundeslehranstalten für alpenländische Landwirtschaft in Raumberg-Truttenfels (4) und Ursprung/Elixhausen (3), für die höheren Bundeslehranstalten für Land- und Ernährungswirtschaft in Elberg/Oberösterreich (1), Kematen/Tirol (2), Pitzelstätten (2) und Sitzenberg (2), für die höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau in Wien (2), für die höhere Bundeslehranstalt und Bundesamt für Wein- und Obstbau in Klosterneuburg (5) sowie für die höheren landwirtschaftlichen Bundeslehranstalten Francisco-Josephinum (3) und St. Florian (2) vorgesehen sind. |
| 6051 | In den ausgewiesenen 32 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 27 Traktoren enthalten, die für das Bundesamt und Forschungszentrum für Landwirtschaft in Wien (14), für das Bundesamt für Agrarbiologie in Linz (3) sowie für die Bundesanstalt für alpenländische Landwirtschaft in Gumpenstein (10) vorgesehen sind. |
| 6059 | In den ausgewiesenen 8 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 6 Traktoren enthalten. |
| 6072 | In den ausgewiesenen 12 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 3 Traktoren enthalten, die für die forstlichen Ausbildungsstätten in Ort/Gmunden (2) und Ossiach (1) vorgesehen sind. |

362

FAHRZEUGPLAN 1998

IV. Anmerkungen

Kap.
Tit.
bzw.
Par. Anmerkung

- 6093 In den ausgewiesenen 10 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 5 Traktoren enthalten, die für die Bundesgärten in Innsbruck (1) und Wien-Schönbrunn (4) vorgesehen sind.
- 6094 In den ausgewiesenen 8 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 6 Traktoren enthalten.
- 6096 In den ausgewiesenen 10 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 5 Traktoren enthalten, die für die Bundeslehr- und Versuchsforste in Bruck/Mur (1), Merkenstein (2), Kollerhube (1) und Ulmerfeld (1) vorgesehen sind.
- 6422 Bei den ausgewiesenen Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke handelt es sich um Zugmaschinen.
- 71 Die im Plan enthaltenen 9 Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke setzen sich aus 8 Sonderlastkraftwagen und 1 Kleinbus zusammen.

2. Anmerkungen zum Plan der Luftfahrzeuge
(entfällt)

FAHRZEUGPLAN 1998

363

3. Anmerkungen zum Plan der Wasserfahrzeuge

Den einzelnen Kategorien sind folgende Wasserfahrzeuge zugeordnet:

Kategorie	Zugeordnete Fahrzeuge	Kennziffer der RIM *)
Passagier- und Transportschiffe	Passagier- und Transportschiffe	220, 221
Spezialwasserfahrzeuge	Barken, Leichter, Prähme	222, 223
	Schleppschiffe, Schleppboote, Zugschiffe, sonstige Spezialwasserfahrzeuge	224
	Bagger	226
Innenbord- und Außenbord-Motorboote	Motorboote (Patrouillenfahrzeuge, Fischereifahrzeuge, Jachten, Kabinenboote u. ä.)	227
Boote, Zillen u. ä. mit Außenbordmotor	Sonstige Wasserfahrzeuge mit Außenbordmotor	227, 228

*) Richtlinien für die Sachenverwaltung des Bundes (Inventar-Kontenrahmen).

REGIERUNGSVORLAGE

Zu 841 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XX. GP

Anlage III zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1998

STELLENPLAN

FÜR DAS JAHR

1998



WIEN 1997

ÖSTERREICHISCHE STAATSDRUCKEREI

II

Stellenplan für das Jahr 1998

Inhaltsverzeichnis

Teil I.	Allgemeiner Teil	203
Teil II.	Planstellen für Bundesbedienstete	
	Abschnitt A Planstellenverzeichnis	
	01 Präsidentschaftskanzlei	210
	02 Parlamentsdirektion	211
	03 Verfassungsgerichtshof	212
	04 Verwaltungsgerichtshof	213
	05 Volksanwaltschaft	214
	06 Rechnungshof	215
	10 Bundeskanzleramt	216
	11 Inneres	224
	12 Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	230
	14 Wissenschaft und Verkehr	251
	15 Arbeit, Gesundheit und Soziales	256
	17 Arbeit, Gesundheit und Soziales	259
	18 Umwelt, Jugend und Familie	261
	20 Äußeres	263
	30 Justiz	266
	40 Militärische Angelegenheiten	272
	50 Finanzverwaltung	277
	60 Land- und Forstwirtschaft	282
	63 Handel, Gewerbe, Industrie und Fremdenverkehr	297
	64 Bauten und Technik	299
	65 Wissenschaft und Verkehr	304
	71 Bundestheater	307
	Abschnitt B Ernennungsreserve	308
Teil V.	Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden	309
Teil VI.	Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarem Ausmaß beschäftigt werden	322
Teil VII.	Verzeichnis der Bundesbediensteten, für die eine Gesamtjahresarbeitsleistung in Stunden festgelegt ist	330
Anlagen zum Stellenplan 1998		(1)
Anlagen A	Übersichten zu den Teilen II. A, IV, V, VI und VII gegliedert nach Ressorts und Bedienstetenkategorien	(2)
Anlagen B	Gegenüberstellungen des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Ressorts)	(10)
Anlagen B1	Gegenüberstellungen des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)	(14)
Anlage B2	Ernennungsreserve: über den systemisierten Stand aus der Ernennungsreserve zugewiesene Planstellen	(22)
Anlage C	Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien bis 1988	(24)
Anlage C1	Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien 1988 und 1989	(25)
Anlagen C2	Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien ab 1990	(27)
Anlage D	Übersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen bis 1980	(31)
Anlage D1	Übersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen von 1980 bis 1989	(32)
Anlagen D2	Übersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen ab 1990	(33)
Anlagen E	Übersichten über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts	(39)
Anlagen F	Summarische Übersichten des Stellenplanes	(63)
Erläuterungen zum Stellenplan 1998		(76)

S T E L L E N P L A N 1 9 9 8

I. Allgemeiner Teil

1. Gliederung des Stellenplanes

(1) Der Stellenplan enthält folgende Verzeichnisse:

- a) Das Planstellenverzeichnis des Bundes (Teil II.A) einschließlich der Ernennungsreserve (Teil II.B),
- b) das Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden (Teil V),
- c) das Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbar Ausmaß beschäftigt werden (Teil VI),
- d) das Verzeichnis der Bundesbediensteten, für die eine Gesamtjahresarbeitsleistung in Stunden festgelegt ist (Teil VII).

(2) In den Verzeichnissen werden die Bundesbediensteten gegebenenfalls getrennt nach Beamten sowie nach Vertragsbediensteten der Entlohnungsschemen I und II ausgewiesen. Auf Rechnung einer Planstelle für Vertragsbedienstete sowie für Vertragslehrer oder Vertragsassistenten (§ 26 Abs. 5 des Bundeshaushaltsgesetzes) können mehrere saison- oder teilbeschäftigte Vertragsbedienstete der gleichen Entlohnungsgruppe mit der Einschränkung aufgenommen werden, daß die für die Planstelle vorgesehene Gesamtjahresarbeitsleistung nicht überschritten wird.

(3) Unter Planstellen für jugendliche Bedienstete sind Planstellen für Lehrlinge bis zur Beendigung des Lehrverhältnisses und während der gesetzlichen Behaltefrist zu verstehen.

Lehrlinge nach Beendigung der gesetzlichen Behaltefrist können längstens bis zum Ende des Kalenderjahres weiterbeschäftigt werden, in dem sie das 19. Lebensjahr vollendet haben.

2. Besetzung von Planstellen

Planstellen dürfen nur insoweit besetzt werden, als dadurch die Einhaltung des budgetierten Personalaufwandes gewährleistet ist.

3. Besetzung von Planstellen über den im Stellenplan festgesetzten Stand

(1) Personalaufnahmen, die eine Überschreitung der im Stellenplan festgelegten Anzahl der Planstellen oder der Gesamtjahresarbeitsleistungen erfordern (überplanmäßiger Personalbedarf), bedürfen der bundesfinanzgesetzlichen Bewilligung. Hievon ausgenommen sind die Fälle der Absätze 2 bis 5 und des Punktes 9 Abs. 3 lit. b.

(2) Gemäß Absatz 1 letzter Satz können Personen aufgenommen werden, die im Ausland zu Übersetzungsleistungen oder zu Hilfsdiensten im konsularischen Bereich oder zu einer anderen als geistigen Arbeitsleistung herangezogen werden. Die für solcherart beschäftigte Personen erforderliche Anzahl der Gesamtjahresarbeitsleistungen ist vom Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen jährlich pauschal festzulegen.

(3) Werden in einem Planstellenbereich Arbeitsplätze für Behinderte vorgesehen, kann der Bundesminister für Finanzen für die Besetzung dieser Arbeitsplätze Planstellen zuweisen. Hiefür stehen 450 Planstellen zusätzlich zur Verfügung.

(4) Werden in einem Planstellenbereich Arbeitsplätze für die Beschäftigung von älteren Arbeitslosen vorgesehen, kann die Bundesregierung auf Grund eines vom Bundesminister für Finanzen gestellten Antrages für die Besetzung dieser Arbeitsplätze Planstellen zuweisen.

Hiefür stehen 200 Planstellen zusätzlich zur Verfügung. Die für die Zuweisung dieser Planstellen maßgeblichen Richtlinien sind vom Bundesminister für Finanzen nach vorheriger Berichterstattung an die Bundesregierung zu erlassen.

STELLENPLAN 1998

I. Allgemeiner Teil

(5) Gemäß Absatz 1 letzter Satz werden zu Lasten freier Planstellen der Planstellenbereiche „1420 Universitäten“, „1430 Kunsthochschulen“ und „1244 Museen“ die in den Planstellenbereichen „1421 Universitäten – zweckgebundene Gebarung“, „1431 Kunsthochschulen – zweckgebundene Gebarung“ und „1425 Museen – zweckgebundene Gebarung“ dort beschäftigten Vertragsbediensteten und Vertragsassistenten bis zum Ende der Dienstverträge auslaufend weiterbeschäftigt.

(6) Durch die Absätze 2 bis 5 werden die Bestimmungen über die Überschreitung von Ausgabenansätzen nicht berührt.

4. Bindung von Planstellen

(1) Innerhalb desselben finanzgesetzlichen Ansatzes können freie Planstellen der Verwendungsgruppen LPA, L1, L2, S1, A1 bis A6, E1, E2a, E2b, MBO1, MBO2, MBUO1, MBUO2, MZO1, MZO2, MZUO1 und MZUO2 mit Bundesbeamten ohne Anspruch auf Zuordnung zu einer Funktionsgruppe oder einer niedrigeren Funktionsgruppe oder mit Beamten einer niedrigeren Verwendungsgruppe besetzt werden.

Freie Planstellen für Vertragsbedienstete der Entlohnungsschemen I, II, IL und IIL können mit Vertragsbediensteten einer niedrigeren Entlohnungsgruppe besetzt werden.

Freie Planstellen für Vertragsbedienstete der Entlohnungsgruppen d und e können mit Vertragsbediensteten der Entlohnungsgruppen p3 bis p5 und umgekehrt besetzt werden.

Freie Planstellen für Bundesbeamte und Vertragsbedienstete können mit jugendlichen Bediensteten besetzt werden.

Für Bundesbeamte der Verwendungsgruppen A bis E, P1 bis P5, W1 bis W3 sowie H1 und H2, die vom gesetzlichen Optionsrecht nicht Gebrauch machen, sind Planstellen der Verwendungsgruppen A1 bis A7, E1 bis E2c sowie MBO1, MBO2, MBUO1 und MBUO2 und soweit gesetzlich vorgesehen, innerhalb dieser Verwendungsgruppen Planstellen der Grundlaufbahn oder Funktionsgruppe zu binden, die der Bewertung und Zuordnung der Arbeitsplätze entsprechen, die dem jeweiligen Bundesbeamten zugewiesen sind.

In den Fällen der §§ 141, 141a, 145b, 152b und 152c BDG 1979 ist für die Ernennung in die Wahrungsfunktionsgruppe eine Planstelle jener niedrigeren Funktionsgruppe oder der Grundlaufbahn der entsprechenden Verwendungsgruppe zu binden, der der Arbeitsplatz zugeordnet ist, mit dem der Beamte dauernd betraut worden ist.

Planstellen der Verwendungsgruppen A1 bis A7, E1 bis E2c sowie MBO1, MBO2, MBUO1 und MBUO2 können mit Vertragsbediensteten der Entlohnungsgruppen c bis e und p1 bis p5 besetzt werden.

(2) Freie Planstellen für Richter können im selben Planstellenbereich mit Richtern, denen eine niedrigere Dienstzulage gebührt, oder mit Richteramtanwärtern besetzt werden. Dies gilt auch für Staatsanwälte.

(3) Freie Planstellen für Ordentliche Universitäts(Hochschul)professoren und für Außerordentliche Universitätsprofessoren können auch mit Universitätsprofessoren gemäß § 21 des Bundesgesetzes über die Organisation der Universitäten, BGBl. Nr. 805/1993 oder mit Vertragsprofessoren (§ 57 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948), freie Planstellen für Ordentliche Universitätsprofessoren überdies auch mit Außerordentlichen Universitätsprofessoren besetzt werden.

Für Universitäts(Hochschul)dozenten (§ 170 des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979) und Vertragsdozenten (§ 55 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948) sind Planstellen für Universitäts(Hochschul)assistenten zu binden.

Für Beamte des höheren Dienstes in wissenschaftlicher Verwendung an Universitäten oder Kunsthochschulen (§§ 141b und 257 des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979) sind Planstellen der Verwendungsgruppen A oder A1 oder Planstellen für Universitäts(Hochschul)assistenten zu binden.

S T E L L E N P L A N 1 9 9 8**I. Allgemeiner Teil**

(4) Freie Planstellen für Universitäts(Hochschul)lehrer, Lehrer, Bundesbeamte des Allgemeinen Verwaltungsdienstes, des Exekutivdienstes und des militärischen Dienstes können zur Versehung gleichartiger oder niedrigerer Dienste mit Vertragsbediensteten besetzt werden.

(5) Freie Planstellen für Beamte der Verwendungsgruppen PT1 bis PT8 können mit Beamten derselben Verwendungsgruppe ohne Anspruch auf Zuordnung zu einer Dienstzulagengruppe oder mit Beamten einer niedrigeren Verwendungsgruppe ohne Anspruch auf Zuordnung zu einer Dienstzulagengruppe besetzt werden.

Freie Planstellen der Verwendungsgruppen PT1 bis PT9 können mit Beamten der Verwendungsgruppen A1 bis A7 sowie mit Vertragsbediensteten der Entlohnungsgruppen a bis e und p1 bis p5 und umgekehrt mit der Maßgabe besetzt werden, daß gemäß § 229b des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979 in der jeweils geltenden Fassung

die Verwendungsgruppe A1 und die Entlohnungsgruppe a der Verwendungsgruppe PT1 oder PT2,
die Verwendungsgruppe A2 und die Entlohnungsgruppe b der Verwendungsgruppe PT2, PT3 oder PT4,

die Verwendungsgruppe A3 und die Entlohnungsgruppe c der Verwendungsgruppe PT5 oder PT6,
die Verwendungsgruppe A4 oder A5 und die Entlohnungsgruppe d der Verwendungsgruppe PT7 oder PT8,

die Verwendungsgruppe A7 und die Entlohnungsgruppe e der Verwendungsgruppe PT9,
die Verwendungsgruppe A3 und die Entlohnungsgruppe p1 der Verwendungsgruppe PT6,
die Verwendungsgruppe A4 und die Entlohnungsgruppe p2 der Verwendungsgruppe PT7,
die Verwendungsgruppe A4 oder A5 und die Entlohnungsgruppe p3 der Verwendungsgruppe PT7 oder PT8,

die Verwendungsgruppe A6 und die Entlohnungsgruppe p4 der Verwendungsgruppe PT8,
die Verwendungsgruppe A7 und die Entlohnungsgruppe p5 der Verwendungsgruppe PT9 entsprechen.

(6) Freie Planstellen der Verwendungsgruppen K1 bis K5 können mit Bundesbeamten einer niedrigeren Verwendungsgruppe besetzt werden. Dies gilt für freie Planstellen der Entlohnungsgruppen k1 bis k5 sinngemäß.

Freie Planstellen für Beamte der Verwendungsgruppen K1 bis K6 können mit Beamten der Verwendungsgruppe A2, A3 oder A4 und freie Planstellen für Vertragsbedienstete der Entlohnungsgruppen k1 bis k6 können mit Vertragsbediensteten der Entlohnungsgruppen b bis d und umgekehrt mit der Maßgabe besetzt werden, daß

- die Verwendungsgruppe A2 der Verwendungsgruppe K1 oder K2,
- die Verwendungsgruppe A3 der Verwendungsgruppe K3, K4 oder K5 und
- die Verwendungsgruppe A4 oder A5 der Verwendungsgruppe K6 und
- die Entlohnungsgruppe b der Entlohnungsgruppe k1 oder k2,
- die Entlohnungsgruppe c der Entlohnungsgruppe k3, k4 oder k5 und
- die Entlohnungsgruppe d der Entlohnungsgruppe k6

entsprechen.

(7) Wird ein nicht im Bundesdienst stehender Bediensteter in einem Planstellenbereich des Bundes verwendet und trägt der Bund, ohne hiezu gesetzlich verpflichtet zu sein, die Personalkosten, so ist für die Dauer der Verwendung eine dem Beschäftigungsausmaß und der Wertigkeit der Dienstleistungen des Bediensteten entsprechende freie Planstelle oder ein dementsprechender Planstellenanteil dieses Planstellenbereiches zu binden.

S T E L L E N P L A N 1 9 9 8

I. Allgemeiner Teil

Diese Bestimmung ist nicht anzuwenden, wenn eine Person, die nicht im Bundesdienst steht, vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten im Ausland zu Übersetzungsleistungen oder im konsularischen Bereich oder zu einer anderen als geistigen Arbeitsleistung herangezogen wird.

Diese Bestimmung ist weiters nicht anzuwenden in der Zeit vom 1. Jänner 1998 bis zum 30. Juni 1999 für Arbeitsleihverträge im Zusammenhang mit der österreichischen EU-Präsidentschaft.

(8) Für freie Dienstverträge ist eine dem Beschäftigungsausmaß und der Wertigkeit der Dienstleistungen entsprechende Planstelle oder ein dementsprechender Planstellenanteil zu binden.

(9) Ausgeschlossen sind

- a) die Bindung freier Planstellen der Teile V und VI des Stellenplanes und
- b) die Heranziehung freier Gesamtjahresarbeitsleistungen (Teil VII) für Personalbedürfnisse, für die im Teil II.A des Stellenplanes vorzusehen ist.

(10) Freie Planstellen in einem Planstellenbereich des Teiles II.A des Stellenplanes dürfen, sofern im Teil II.A für den jeweiligen Planstellenbereich keine gesonderten Bindungsmöglichkeiten vorgesehen sind, nur mit Zustimmung des Bundesministers für Finanzen für einen anderen Planstellenbereich des Teiles II.A gebunden werden.

(11) Von den in den Teilen II.A und VII des Stellenplanes festgesetzten Planstellen bzw. Normplanstellen für Lehrer im Bereich des Bundesministeriums für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten dürfen insgesamt bis zu 205 Planstellen oder die entsprechende Anzahl von Normplanstellen für Auslandsverwendungen herangezogen werden.

5. Aufnahme von Ersatzkräften

(1) Für einen Bundesbediensteten, der

- a) als Mitglied eines Organes der Gesetzgebung, als Mitglied der Volksanwaltschaft, als Präsident des Rechnungshofes, als Mitglied des Verfassungsgerichtshofes oder als oberstes Organ der Vollziehung außer Dienst gestellt ist,
- b) als Mitglied des Nationalrates, des Bundesrates oder eines Landtages gemäß § 17 Abs. 1 und 2 des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979 die zur Ausübung des Mandates erforderliche Dienstfreistellung erhält,
- c) sich zur Dienstleistung bei einer internationalen Organisation oder sonstigen internationalen Einrichtung im Urlaub gegen Entfall der Bezüge befindet,
- d) zur Dienstleistung im Rahmen einer internationalen Organisation oder sonstigen internationalen Einrichtung herangezogen wird,
- e) zur Dienstleistung im Sinne des Bundesgesetzes vom 14. Juli 1965, BGBl. Nr. 233, oder im Rahmen der Übernahme einer Schutzmachtfunktion durch die Republik Österreich herangezogen wird,
- f) ordentlichen Präsenzdienst gemäß § 27 Abs. 2 des Wehrgesetzes 1990 oder außerordentlichen Präsenzdienst gemäß § 27 Abs. 3 Ziffer 1 bis 4 und 6 des Wehrgesetzes 1990 leistet,
- g) Zivildienst leistet,
- h) zu Lasten einer freien Planstelle zur Dienstleistung in einem anderen Personalstand einberufen wird,
- i) sich in einem Karenzurlaub, ausgenommen einem solchen aus Anlaß einer Ausgliederungsmaßnahme, befindet,
- j) für einen Beamten, dessen regelmäßige Wochendienstzeit nach den §§ 50a oder 50b des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979 herabgesetzt ist oder
- k) der eine Teilzeitbeschäftigung nach § 15c des Mutterschutzgesetzes oder nach § 8 des Eltern-Karenzurlaubsgesetzes in Anspruch nimmt,

kann für die Dauer der Außerdienststellung, der erforderlichen Dienstfreistellung, der Dienstleistung, des Karenzurlaubes, des Präsenzdienstes, des Zivildienstes, der Heranziehung nach lit. d und e oder der Dauer der Herabsetzung der Wochendienstzeit bzw. der Inanspruchnahme einer Teilzeitbeschäftigung unter Bindung seiner Planstelle beziehungsweise unter Bindung des dem Ausmaß der Herabsetzung der Wochendienstzeit oder des Ausmaßes der in Anspruch genommenen Teilzeitbeschäftigung entsprechenden Planstellenteiles ein Vertragsbediensteter aufgenommen werden.

S T E L L E N P L A N 1 9 9 8

I. Allgemeiner Teil

Punkt 4 Abs. 5 und 6 gilt sinngemäß. Unter der gleichen Voraussetzung kann für einen Richter, Staatsanwalt oder Richteramtsanwärter ein Richteramtsanwärter, für einen Beamten der Verwendungsgruppe W1, W2, E1, E2a, E2b oder E2c ein provisorischer Beamter der Verwendungsgruppe E2c aufgenommen werden.

(2) Für eine Vertragsbedienstete, die gemäß §§ 3 und 5 des Mutterschutzgesetzes 1979 nicht beschäftigt werden darf, kann für die Dauer des Beschäftigungsverbotes unter Bindung ihrer Planstelle ein Vertragsbediensteter aufgenommen werden. Punkt 3 Abs. 5 und 6 gilt sinngemäß.

(3) Für eine beamtete Lehrerin, die gemäß §§ 3 und 5 des Mutterschutzgesetzes 1979 nicht beschäftigt werden darf, kann für die Dauer des Beschäftigungsverbotes unter Bindung ihrer Planstelle ein Vertragslehrer aufgenommen werden.

(4) Unter den Voraussetzungen des Abs. 1 oder im Fall einer Teilauslastung nach § 23 des Mutterschutzgesetzes oder nach § 10 des Eltern-Karenzurlaubsgesetzes oder einer Herabsetzung der Auslastung nach §§ 76a oder 76b des Richterdienstgesetzes kann für die Dauer dieser Maßnahmen für einen Richter, Staatsanwalt oder Richteramtsanwärter ein Richteramtsanwärter aufgenommen werden.

(5) Für einen Richter oder Staatsanwalt, der aus einem aus Abs. 1 oder 3 angeführten Grund vom Dienst abwesend ist, kann über die im Teil II.A für das Kapitel „30 Justiz“ festgelegte Zahl von übrigen Richtern und Staatsanwälten ein Richter eines Gerichtshofes I. Instanz (§ 77 Abs. 6 RDG) bzw. ein Staatsanwalt der GGr. I ernannt werden. Betrifft ein derartiger Abwesenheitsfall einen Richter oder Staatsanwalt einer höheren Gehaltsgruppe, kann ein Richter oder Staatsanwalt der entsprechenden Gehaltsgruppe ernannt werden.

(6) Für einen der im § 154 Z 1 lit. a oder Z 2 lit. a des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979 genannten Universitäts(Hochschul)professoren oder für einen Vertragsprofessor (§ 57 des Vertragsbediensteten-gesetzes 1948) der aus einem der in Abs. 1 oder 3 genannten Gründe vom Dienst abwesend ist oder gemäß § 160 des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979 gegen Entfall der Bezüge freigestellt ist, kann auch ein Vertragsassistent aufgenommen werden.

6. Ausgliederungsmaßnahmen

Für Bundesbedienstete, denen im Zuge von Ausgliederungsmaßnahmen, die ihren bisherigen Arbeitsbereich betreffen, Karenzurlaub gewährt wird, dürfen keine Ersatzkräfte aufgenommen werden.

7. Umwandlung von Planstellen

Eine freie Planstelle kann vom zuständigen Bundesminister im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen in eine Planstelle der gleichen oder einer niedrigeren Dienstklasse (Dienststufe, Dienstzulagengruppe) oder niedrigeren Funktionsstufe einer gleichen oder niedrigeren Verwendungsgruppe desselben finanzgesetzlichen Ansatzes umgewandelt werden.

8. Ernennungsreserve

(1) Die Ernennungsreserve enthält Planstellen für die Besoldungsgruppen „Allgemeine Verwaltung und handwerkliche Verwendung“, „Wachebeamte“ und „Berufsoffiziere und zeitverpflichtete Soldaten“, die vom Bundesminister für Finanzen einzelnen Planstellenbereichen über den im Planstellenverzeichnis festgesetzten Stand an gleichen Planstellen zugewiesen werden können. Eine in einem Planstellenbereich frei werdende Planstelle einer Dienstklasse (Dienststufe), für die aus der Ernennungsreserve eine Planstelle zugewiesen werden kann, gilt stets als Planstelle der Ernennungsreserve.

(2) Die Planstellen in der Ernennungsreserve erhöhen sich um die Zahl der Beamten, die

- a) als Mitglied eines Organes der Gesetzgebung, als Mitglied der Volksanwaltschaft, als Präsident des Rechnungshofes, als Mitglied des Verfassungsgerichtshofes oder als oberstes Organ der Vollziehung außer Dienst gestellt sind,
- b) als Mitglieder des Nationalrates, des Bundesrates oder eines Landtages gemäß § 17 Abs. 1 und 2 des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979 die zur Ausübung des Mandates erforderliche Dienstfreistellung erhalten,

S T E L L E N P L A N 1 9 9 8

I. Allgemeiner Teil

- c) sich zur Dienstleistung im Rahmen einer internationalen Organisation oder sonstigen internationalen Einrichtung im Urlaub gegen Entfall der Bezüge befinden,
- d) zur Dienstleistung im Rahmen einer internationalen Organisation oder sonstigen Einrichtung herangezogen werden,
- e) zur Dienstleistung im Sinne des Bundesgesetzes vom 14. Juli 1965, BGBl. Nr. 233, oder im Rahmen der Übernahme einer Schutzmachtfunktion durch die Republik Österreich herangezogen werden.

Haben Beamte, die solcherart außer Dienst gestellt, beurlaubt oder herangezogen worden sind, oder denen die erforderliche Dienstfreistellung gewährt worden ist, ihren Dienst wieder aufgenommen, so entfällt diese Erhöhung der Zahl der Planstellen in dem Zeitpunkt, in dem im betreffenden Planstellenbereich eine Planstelle der gleichen Art frei wird.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten für Beamte der Verwendungsgruppen PT1 bis PT9 sinngemäß.

9. Bewirtschaftung nach Gesamtjahresarbeitsleistungen

(1) Die Personalbewirtschaftung der Vertragslehrer erfolgt auf der Grundlage des erforderlichen Lehrerwochenstundenaufwandes.

(2) Von dem im Stellenplan festgesetzten Lehrerwochenstundenaufwand ist ein beim jeweiligen Planstellenbereich festgesetzter Anteil für die Abdeckung von Mehrdienstleistungen vorbehalten. Die verbleibende Summe des Lehrerwochenstundenaufwandes ist zum Zweck der Darstellung bei den Planstellenbereichen in eine der Planstelle entsprechende Größe (Normplanstelle) umgerechnet. Unter einer Normplanstelle wird die Rechengröße für einen ganzjährig beschäftigten Vertragslehrer unter Zugrundelegung einer fiktiven wöchentlichen Lehrverpflichtung von 20 Werteinheiten verstanden.

(3) Der zuständige Bundesminister ist verpflichtet, bei Änderung der Gegebenheiten, die für die Festsetzung der Gesamtjahresarbeitsleistungen maßgebend sind, eine Anpassung an die neuen Gegebenheiten vorzunehmen.

Hiefür gilt:

- a) Eine voraussichtliche Unterschreitung der Gesamtjahresarbeitsleistungen um mehr als 1 vH ist dem Bundeskanzler und dem Bundesminister für Finanzen unverzüglich mit der Wirkung einer sofortigen Bindung mitzuteilen (gebundene Gesamtjahresarbeitsleistungen); die Inanspruchnahme solcherart gebundener Gesamtjahresarbeitsleistungen bedarf der Zustimmung des Bundesministers für Finanzen.
- b) Eine Überschreitung der festgesetzten Gesamtjahresarbeitsleistungen bedarf der Zustimmung des mit der Vorberatung von Bundesfinanzgesetzen betrauten Ausschusses des Nationalrates; die Zustimmung ist vom Bundesminister für Finanzen auf Antrag des zuständigen Bundesministers einzuholen. Diese Überschreitung darf nicht mehr als 2 vH der festgesetzten Gesamtjahresarbeitsleistungen betragen.
- c) Auf Antrag des zuständigen Bundesministers ist der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, eine Verschiebung zwischen den für die einzelnen Planstellenbereiche festgelegten Teilen des Lehrerwochenstundenaufwandes vorzunehmen. Das Gesamtausmaß der im Stellenplan festgelegten Lehrerwochenstunden darf dadurch jedenfalls nicht überschritten werden.

10. Befugnisse bestimmter oberster Organe

Die dem Präsidenten des Nationalrates gemäß Art. 30 Abs. 4 des Bundes-Verfassungsgesetzes, die dem Präsidenten des Rechnungshofes gemäß Art. 21 des Bundes-Verfassungsgesetzes und die dem Vorsitzenden der Volksanwaltschaft gemäß Art. 148 h des Bundes-Verfassungsgesetzes zustehenden Rechte auf dem Gebiet der Diensthöhe über die Beamten und Angestellten der Parlamentsdirektion, des Rechnungshofes und der Volksanwaltschaft bleiben unberührt.

S T E L L E N P L A N 1 9 9 8**I. Allgemeiner Teil****11. Organisationsänderungen**

Der Bundesminister für Finanzen kann im Einvernehmen mit dem zuständigen Bundesminister den Stellenplan einer Organisationsänderung anpassen, wenn diese Organisationsänderung Auswirkungen auf den Stellenplan hat. In gleicher Weise kann der Stellenplan einer Änderung der Geschäftseinteilung und einem daraus resultierenden Bewertungsverfahren nach den §§ 137, 143 und 147 BDG 1979 angepaßt werden, wenn sich daraus keine Kostenerhöhung und keine Planstellenvermehrung ergibt. Die Anpassung bedarf der Zustimmung der Bundesregierung.

210

STELLENPLAN 1998

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

01 Präsidentschaftskanzlei

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	1	1	1	7	2	1	2				15
A2			1	5	3						9
A3		1			2	2	17	3			25
A4									8	1	9
										Summe ...	58

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										1		1	1
B (b)										3		3	3
C (c)										4		4	4
D (d)										3		3	3
P4 (p4)											4	4	4
Summe ...										11	4	15	15

Gesamtsumme 01...	58	11	4	15	73
-------------------	----	----	---	----	----

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
 zuzüglich v. PST-Bereich
 1 MB01 4010

STELLENPLAN 1998

211

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

02 Parlamentsdirektion

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	1	5	10	8	42	16					* 82
A2			4	8	8	11					31
A3		1	2	9	7	15	10	10	2	1	57
A4								19	18	22	* 59
A5								4	1	22	* 27
A6										19	19
										Summe ...	275

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										11		11	11
B (b)										15		15	15
C (c)										11		11	11
D (d)										36		36	36
E (e)										11		11	11
P3 (p3)											4	4	4
P4 (p4)											11	11	11
P5 (p5)											11	11	11
Summe...										84	26	110	110

Gesamtsumme 02...	275	84	26	110	385
-------------------	-----	----	----	-----	-----

Von den Beamten der Verwendungsgruppe A1 sind
 39 Beamte (hievon 4 der Dienstklasse VIII) gem. Art. 30(5) B-VG den
 parlamentarischen Klubs zugewiesen und
 3 Beamte der Dienstklasse VIII gem. §17 BÖG außer Dienst gestellt.
 Von den Beamten der Verwendungsgruppe A4 und A5 sind 13 Beamte gem. Art.30(5)
 B-VG den parlamentarischen Klubs zugewiesen.

Bindungen gem. Pkt.4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
 zuzüglich v. PST-Bereich
 1 MB02 4010

212

STELLENPLAN 1998

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

03 Verfassungsgerichtshof

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1		2	1	13				17
A2						2	3				5
A3					1	1	15			1	18
A7										2	2
Summe ...											42

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										10		10	10
B (b)										2		2	2
C (c)										5		5	5
D (d)										3		3	3
E (e)										3		3	3
P3 (p3)											1	1	1
P5 (p5)											5	5	5
Summe...										23	6	29	29

Gesamtsumme 03...	42	23	6	29	71
-------------------	----	----	---	----	----

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
 zuzüglich v. PST-Bereich
 1 PT7 6500

STELLENPLAN 1998

213

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

04 Verwaltungsgerichtshof

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				1		4		15		1	21
A2					1	1		2	3		7
A3			1			2	7	5	1		16
A4								1			1
Summe ...											45

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										* 13		13	13
B (b)										2		2	2
C (c)										8		8	8
D (d)										28		28	28
E (e)										7		7	7
P2 (p2)											1	1	1
P3 (p3)											3	3	3
P5 (p5)											8	8	8
Summe...										58	12	70	70

Von den VB I(a) sind 2 Planstellen für den vorübergehenden Bedarf (31.12.1998) vorgesehen.

Richter und Richteramtsanwärter	Beamte
Planstelle (Amtstitel)	
Präsident des Verwaltungsgerichtshofes.....	1
Vizepräsident des Verwaltungsgerichtshofes.....	1
Senatspräsident des Verwaltungsgerichtshofes.....	12
Hofrat des Verwaltungsgerichtshofes.....	48
Summe...	62

Gesamtsumme 04...	107	58	12	70	177
-------------------	-----	----	----	----	-----

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
 zuzüglich v. PST-Bereich
 2 UAss 1420
 1 A1 5040
 2 d 4010

214

STELLENPLAN 1998

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

05 Volksanwaltschaft

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	1	3	4	15							23
A2				2	5						7
A3					2	8					10
A4									1		1
A7										1	1
										Summe ...	42

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										1		1	1
C (c)										1		1	1
D (d)										3		3	3
Summe ...										5		5	5

Gesamtsumme 05...	42	5		5	47
-------------------	----	---	--	---	----

STELLENPLAN 1998

215

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

06 Rechnungshof

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	5		5	37	83	58					188
A2		4	72								76
A3		1	2	1	8	22	8			1	43
A4									10	6	16
A5										2	2
A6										1	1
A7										2	2
										Summe ...	328

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
D (d)										3		3	3
E (e)										2		2	2
P5 (p5)											12	12	12
Summe...										5	12	17	17

Gesamtsumme 06...	328	5	12	17	345
-------------------	-----	---	----	----	-----

216

STELLENPLAN 1998

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

10 Bundeskanzleramt

1000 Zentraleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	3	5	14	35	28	60	86	61	1		293
A2		1	19	25	39	47	12	20	3	1	167
A3		1	2	1	12	11	26	46	12	15	126
A4								2	1	7	10
A5									2	12	14
A6										4	4
A7										1	1
Summe ...											615

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										67		67	67
B (b)										58		58	58
C (c)										110		110	110
D (d)										123		123	123
E (e)										22		22	22
P3 (p3)											11	11	11
P4 (p4)											11	11	11
P5 (p5)											10	10	10
Summe ...										380	32	412	412

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB I	VB II	VB	
Summe 1000...	615	380	32	412	1.027

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v. PST-Bereich

- 1 a 1008
- 1 b 1008
- 1 b 1020
- 1 a 1092
- 1 UAss 1420
- 1 A1 2000/2010
- 2 MB01 4010
- 1 A1 6300

abzüglich f. PST-Bereich

- 1 a 1020
- 1 a 2000/2010
- 2 A1 2000/2010
- 1 c 2000/2010
- 1 a 4000

STELLENPLAN 1998

217

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1001 Verwaltungsakademie

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe	
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte	
Verwendungsgruppe												
A1					1				4		5	
A2					1		1	3			5	
A3						1		3			4	
A4								1			1	
A5										1	1	
											Summe ...	16

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										7		7	7
B (b)										1		1	1
C (c)										5		5	5
D (d)										6		6	6
Summe...										19		19	19

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 1001...	16	19		19	35

1008 Unabhängiger Bundesasylsenat (UBAS)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe	
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte	
Verwendungsgruppe												
A1			1	1	35						37	
A2			1		13						14	
A3							1	2			7	
A4											20	
A5											1	
A6											1	
A7										2	2	
											Summe ...	85

218

STELLENPLAN 1998

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1008 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB I		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
A (a)									1		1	1
B (b)									1		1	1
Summe...									2		2	2

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 1008...	85	2		2	87

Bindungen gem. Pkt.4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich

1 a 1000
1 b 1000

1010 Staatsarchiv und Archivamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1			1		4	2	1	9	13		30
A2					1	10	6	10			27
A3					1		7	22	5	3	38
A4								3	2	3	8
A5								1	1	4	6
A7										1	1
										Summe ...	110

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB I		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
B (b)									2		2	2
C (c)									2		2	2
D (d)									13		13	13
E (e)									1		1	1
P3 (p3)										1	1	1
P4 (p4)										1	1	1
P5 (p5)										5	5	5
Summe...									18	7	25	25

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 1010...	110	18	7	25	135

STELLENPLAN 1998

219

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1020 Statistisches Zentralamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
Verwendungsgruppe											
A1		1		5	6	7	6	9	37	1	72
A2			1	11	5	26	19	24	38	1	125
A3			2	7	5	19	12	38	42	5	130
A4									2	6	8
A5									7	2	9
A6										1	1
A7										2	2
										Summe ...	347

Allgem. Verwaltung und handwerkkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										53		53	53
B (b)										202		202	202
C (c)										278		278	278
D (d)										267		267	267
E (e)										7		7	7
P3 (p3)											7	7	7
P4 (p4)											21	21	21
P5 (p5)											5	5	5
Summe...										807	33	840	840

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 1020...	347	807	33	1.187

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
 zuzüglich v. PST-Bereich
 1 a 1000

abzüglich f. PST-Bereich
 1 b 1000

220

STELLENPLAN 1998

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1075 Bundessportheime und Sporteinrichtungen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1							3		1	1	5
A2					2	4	2	1			9
A3				1		2					7
A4								2			6
A5										5	5
A6										2	2
										Summe ...	34

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
A (a)										1		1	1
B (b)										36		36	36
C (c)										16		16	16
D (d)										11		11	11
P1 (p1)											11	11	11
P2 (p2)											10	10	10
P3 (p3)											49	49	49
P4 (p4)											50	50	50
Summe...										64	120	184	184

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
L1								1	1
L2								9	9
Summe...								10	10

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 1075...	44	64	120	228

STELLENPLAN 1998

221

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1090 Lebensmitteluntersuchungsanstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				1	3	2	5	24	11	12	58
A2					2	1	32	27			62
A3						6	8	1	1	1	17
										Summe ...	137

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB I		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
A (a)									20		20	20
B (b)									23		23	23
C (c)									24		24	24
D (d)									12		12	12
P4 (p4)										13	13	13
Lehrlinge										1	1	1
Summe ...									79	14	93	93

Krankenpflagedienst	Beamte der Verwendungsgruppe						Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
								übrige Beamte	VB I		
Verw. (Entl.)gruppe											
K2 (k2)								2		2	2
Summe ...								2		2	2

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 1090...	137	81	14	232

Bindungen gem. Pkt.4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v. PST-Bereich

1 A2 1091

1 A1 1092

222

STELLENPLAN 1998

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1091 Veterinärmedizinische Anstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
Verwendungsgruppe											
A1				1	3	2	5		15	1	27
A2							18	5	5		28
A3							6	2	1	5	14
A4								2		3	5
A5										1	1
A6										1	1
										Summe ...	76

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										8		8	8
B (b)										13		13	13
C (c)										36		36	36
D (d)										35		35	35
P3 (p3)											1	1	1
P4 (p4)											15	15	15
Summe...										92	16	108	108

Krankenpflegedienst	Beamte der Verwendungsgruppe							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
									übrige Beamte	VB I		
Verw. (Entl.)gruppe												
K2 (k2)							9	9	9		9	18
K5 (k5)							1	1	1		1	2
K6 (k6)							10	10	10		10	20
Summe...							20	20	20		20	40

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 1091...	96	112	16	128	224

Bindungen gem. Pkt.4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
 zuzüglich v. PST-Bereich
 1 A1 1092

abzüglich f. PST-Bereich
 1 A2 1090

STELLENPLAN 1998

223

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1092 Veterinärmedizinischer Grenzbeschaudienst

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1									5	3	8
Summe ...											8

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										25		25	25
Summe...										25		25	25

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 1092...	8	25		25	33

Gesamtsumme 10...	1.458	1.508	222	1.730	3.188
--------------------------	--------------	--------------	------------	--------------	--------------

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
 1 a 1000
 1 A1 1090
 1 A1 1091

224

STELLENPLAN 1998

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

11 Inneres

1100 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	2	2	5	16	20	55	57	17	8	1	183
A2		2	2	59	127	60	28	11	4		293
A3		1	2	5	22	24	48	98	27	15	242
A4								13	18	13	44
A5									1	8	9
A6										3	3
A7										8	8
	Summe ...										782

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										23		23	23
B (b)										73		73	73
C (c)										94		94	94
D (d)										198		198	198
E (e)										15		15	15
P1 (p1)											2	2	2
P2 (p2)											15	15	15
P3 (p3)											26	26	26
P4 (p4)											31	31	31
P5 (p5)											14	14	14
Summe...										403	88	491	491

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB I	VB II	VB	
Summe 1100...	782	403	88	491	1.273

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
 1 A1 2000/2010
 1 A4 2000/2010

STELLENPLAN 1998

225

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1130 Bundespolizei

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1		1	5	19	28	23	41	44	100	118	379
A2			4	8	23	37	96	101	41	45	355
A3			3	10	41	72	184	192	320	3	825
A4								178	37	105	320
A5								2	10	1	13
A6										14	14
A7										30	30
Summe ...											1.936

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										18		18	18
B (b)										11		11	11
C (c)										63		63	63
D (d)										637		637	637
E (e)										59		59	59
P1 (p1)											3	3	3
P2 (p2)											28	28	28
P3 (p3)											56	56	56
P4 (p4)											17	17	17
P5 (p5)											284	284	284
Summe...										788	388	1.176	1.176

Exekutivdienst - SWD	Funktionsgruppe											Summe	
	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
E1	1	1	5	14	18	31	24	18	43	37	10	1	* 203
E2a					74	143	311	351	1.085	558	103	2	* 2.627
E2b												7.495	* 7.495
E2c												200	* 200
Summe ...													10.525

Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E1 können bis zu 20 VB I (b) bzw. Beamte der Allgemeinen Verwaltung (VGr. A2) aufgenommen werden.

Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E2a bzw. E2b können bis zu 30 VB I (c) bzw. Beamte des Allgemeinen Verwaltungsdienstes (VGr. A3) aufgenommen werden.

Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E2b bzw. E2c können bis zu 240 VB I (d) bzw. Beamte des Allgemeinen Verwaltungsdienstes (VGr. A4 bzw. A5) und 150 VB II aufgenommen werden.

226

STELLENPLAN 1998

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1130 (Fortsetzung)

Exekutivdienst - KR0	Funktionsgruppe											Summe	
	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
E1			2	5	8	17	18	10	34	9			* 103
E2a					41	184	414	189	414	1.169			* 2.411
Summe ...												2.514	

Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E1 können bis zu 20 VB I (b) bzw. Beamte der Allgemeinen Verwaltung (VGr. A2) aufgenommen werden.

Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E2a können bis zu 90 VB I (c) bzw. Beamte des Allgemeinen Verwaltungsdienstes (VGr. A3) aufgenommen werden.

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 1130...	14.975	788	388	1.176	16.151

1140 Bundesgendarmerie

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1								1
A3							2	4	5	8	19
A4								1	12	28	41
Summe ...											61

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
C (c)										21		21	21
D (d)										* 705		705	705
P1 (p1)											5	5	5
P2 (p2)											26	26	26
P3 (p3)											42	42	42
P4 (p4)											54	54	54
P5 (p5)											483	483	483
(I/R)										5		5	5
(II/R)											47	47	47
Summe...										731	657	1.388	1.388

Von den VB I (d) sind 650 Planstellen (VB/SV) für den Gendarmeriedienst bei der Grenzüberwachung vorgesehen.

STELLENPLAN 1998

227

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1140 (Fortsetzung)

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe
	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
E1	3	3	11	9	40	33	65	82	94	64	5	3	* 412
E2a					190	358	659	1.234	1.288	769	1.713		* 6.211
E2b												7.158	* 7.158
												Summe ...	13.781

Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E1 (GL)

können bis zu 3 Beamte der Allgemeinen Verwaltung (VGr. A2) aufgenommen werden.

Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E2a bzw. E2b können bis zu 30 VB I (c) bzw. Beamte des Allgemeinen Verwaltungsdienstes (VGr. A3) aufgenommen werden.

Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E2b können bis zu 70 VB I (d) bzw. Beamte des Allgemeinen Verwaltungsdienstes (VGr. A4 bzw. A5) und 50 VB II bzw. Beamte in handwerklicher Verwendung aufgenommen werden.

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
 zuzüglich v. PST-Bereich 66 E2b
 5040

zuzüglich v. PST-Bereich
 ab 1-7-1998

abzüglich f. PST-Bereich
 1 E1/3 2000/2010

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB I	VB II	VB	
Summe 1140...	13.842	731	657	1.388	15.230

1150 Flüchtlingsbetreuung und Integration

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte	
A1							1					1
A2			1	1	3	1	4	7	1			20
A3								10	1			11
A4								1	1			2
A5										1		1
											Summe ...	35

228

STELLENPLAN 1998

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1150 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A	B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II			
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
A (a)										3		3	3
B (b)										5		5	5
C (c)										9		9	9
D (d)										19		19	19
P2 (p2)											8	8	8
P3 (p3)											18	18	18
P4 (p4)											25	25	25
P5 (p5)											30	30	30
Summe...										36	81	117	117

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 1150...	35	36	81	152

1151 Öffentl. Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2							1				1
A3								1			1
										Summe ...	2

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A	B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II			
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
C (c)										1		1	1
D (d)										3		3	3
P3 (p3)											2	2	2
P4 (p4)											2	2	2
P5 (p5)											3	3	3
Summe...										4	7	11	11

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 1151...	2	4	7	13

STELLENPLAN 1998

229

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1152 Bundesasylamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
Verwendungsgruppe											
A1					1		8	6	3		18
A2					9	9	5	4			27
A3							2	8	7		17
A4								12			12
											Summe ...
											74

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										1		1	1
D (d)										21		21	21
P5 (p5)											1	1	1
Summe...										22	1	23	23

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 1152...	74	22	1	23	97

Gesamtsumme 11...	29.710	1.984	1.222	3.206	32.916
-------------------	--------	-------	-------	-------	--------

230

STELLENPLAN 1998

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

12 Unterricht und kulturelle Angelegenheiten

1200 Zentraleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte	
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
A1		7	5	17	41	38	46	72	1	1	*	228
A2		1	5	9	25	38	39	15	2	1	*	135
A3		1		1	8	6	15	18	11	15	*	75
A4								2	9	1	*	12
A5										5		5
Summe ...											455	

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										27		27	27
B (b)										50		50	50
C (c)										79	*	79	79
D (d)										91	*	91	91
P2 (p2)											1	1	1
P3 (p3)											7	7	7
P4 (p4)											3	3	3
P5 (p5)											2	2	2
Summe ...										247	13	260	260

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L1								8	8
Summe ...								8	8*

Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	VB I	VB II		
Summe 1200...	463	247	13	723

Davon für das Zentrum für Schulversuche: 8L1, 10A1, 1A2, 3A3, 2A4, 4c, 1d

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
 zuzüglich v. PST-Bereich
 1 A1/1 1244

abzüglich f. PST-Bereich
 1 A1 2000/2010

STELLENPLAN 1998

231

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1240 Hofmusikkapelle

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte	
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
Verwendungsgruppe												
A2						1						1
Summe ...											1	

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A	B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
C (c)									1		1	1
D (d)									2		2	2
(I/R)									6		6	6
Summe...									9		9	9

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 1240...	1	9	9	10

1241 Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte	
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
Verwendungsgruppe												
A2							3	1				4
A3									3	1	1	5
A4											3	3
A5									1		6	7
Summe ...											19	

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A	B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
B (b)									1		1	1
C (c)									5		5	5
D (d)									5		5	5
P2 (p2)										4	4	4
P3 (p3)										18	18	18
P4 (p4)										27	27	27
Summe...									11	49	60	60

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 1241...	19	11	49	79

STELLENPLAN 1998

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1242 Sonstige Einrichtungen für Jugendberziehung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
Verwendungsgruppe											
A2						1		10			11
A3								1			1
A5										4	4
Summe ...											16

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
B (b)										13		13	13
D (d)										2		2	2
P4 (p4)											1	1	1
Summe ...										15	1	16	16

Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	VB I	VB II		
Summe 1242...	16	15	1	32

1243 Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
Verwendungsgruppe											
A1								2	11	10	23
A2								2	4	2	9
A3								2	1	1	4
A6										1	1
Summe ...											37

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										4		4	4
B (b)										12		12	12
C (c)										20		20	20
D (d)										4		4	4
P2 (p2)											2	2	2
P3 (p3)											2	2	2
P4 (p4)											10	10	10
P5 (p5)											5	5	5
Summe ...										40	19	59	59

STELLENPLAN 1998

233

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1243 (Fortsetzung)

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L1								12	12
Summe...								12	12

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 1243...	49	40	19	59	108

1244 Museen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte	
A1			2	4	5	9	11	32	68		131	
A2				1	2	6	7	26	2		44	
A3					4	1	9	16	3	1	34	
A4									4	5	9	
A5								3		7	10	
A6										1	1	
										Summe ...	229	

234

STELLENPLAN 1998

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1244 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB I		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
A (a)									100		100	100
B (b)									92		92	92
C (c)									130		130	130
D (d)									220		220	220
E (e)									262		262	262
P1 (p1)										3	3	3
P2 (p2)										16	16	16
P3 (p3)										35	35	35
P4 (p4)										10	10	10
P5 (p5)										26	26	26
Summe...									804	90	894	894

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 1244...	229	804	90	894	1.123

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
1 A1/1 1200

1246 Nationalbibliothek und Phonotheek

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1		1		1	10		8	12	30		62
A2					1	1	7	41	1		51
A3					1	1	2	16	12		32
										Summe ...	145

STELLENPLAN 1998

235

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1246 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB I			VB II
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)									*	32		32	32
B (b)									*	42		42	42
C (c)										49		49	49
D (d)										54		54	54
P3 (p3)											6	6	6
P5 (p5)											1	1	1
Summe...										177	7	184	184

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 1246...	145	177	7	329

Von den VB I(a) sind 3 Planstellen für die Zeit des vorübergehenden Bedarfes vorgesehen.

Von den VB I(b) sind 5 Planstellen für die Zeit des vorübergehenden Bedarfes vorgesehen.

1247 Bundesdenkmalamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1			1		1	10	2	17	35		66
A2						1	2	10		1	14
A3					1			2	5		8
A4									4		4
A5										4	4
A6										2	2
										Summe ...	98

236

STELLENPLAN 1998

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1247 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										38		38	38
B (b)										20		20	20
C (c)										26		26	26
D (d)										24		24	24
P2 (p2)											1	1	1
P3 (p3)											1	1	1
P4 (p4)											3	3	3
P5 (p5)											1	1	1
Summe ...										108	6	114	114

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 1247...	98	108	6	114	212

1260 Schulaufsichtsbehörden

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
A1			4	5	4	12	8	10	17	1	61	
A2			3	20	28	49	82	126	17	2	327	
A3						15	21	70	27	13	146	
A4								7	37	5	49	
A5									5	2	7	
A6										2	2	
A7										4	4	
											Summe ...	596

STELLENPLAN 1998

237

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1260 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										21		21	21
B (b)										132		132	132
C (c)										156		156	156
D (d)										174		174	174
E (e)										11		11	11
P2 (p2)											1	1	1
P3 (p3)											4	4	4
P4 (p4)											11	11	11
P5 (p5)											30	30	30
Summe...										494	46	540	540

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
LPA								1	1
L1								73	73
L2								48	48
Summe...								122	122

Beamte des Schulaufsichtsdienstes	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
S1 (Landesschulinspektor)	85
S2 (Bezirks(Berufs)schulinspektor)	147
Summe...	232

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB I	VB II	VB	
Summe 1260...	950	494	46	540	1.490

238

STELLENPLAN 1998

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1261 Schulpsychologie - Bildungsberatung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe	
	Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1							4	6	6	93		* 109
A2									5			5
A3								1	1	3		5
											Summe ...	119

Auf Rechnung freier Planstellen der Beamten der Verwendungsgruppe A1 können bis zu 10 Lehrer ernannt werden.

Allgem. Verwaltung und handwerkkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
A (a)										19		19	19
B (b)										2		2	2
C (c)										16		16	16
D (d)										12		12	12
Summe...										49		49	49

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 1261...	119	49		49	168

1270 Allgemeinbildende höhere Schulen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe	
	Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2										1		1
A3				1	1		6	78	1			87
A4									30	78	6	114
A5											1	1
A6											55	55
A7											18	18
											Summe ...	276

STELLENPLAN 1998

239

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1270 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB I			VB II
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
C (c)										149		149	149
D (d)										191		191	191
P2 (p2)											9	9	9
P4 (p4)											198	198	198
P5 (p5)											726	726	726
(I/R)										75		75	75
Summe...										415	933	1.348	1.348

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L1	321						2	10.554	10.877
L2								372	372
L3								2	2
Summe...	321						2	10.928	11.251

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 1270...	11.527	415	933	12.875

1271 Höhere Internatsschulen des Bundes

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte	
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
Verwendungsgruppe												
A2						1	1			1	1	4
A3							1			3	1	5
A4								1			7	8
A5											4	4
A6											1	1
A7											1	1
											Summe ...	23

STELLENPLAN 1998

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1271 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB I		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
B (b)									1		1	1
C (c)									12		12	12
D (d)									10		10	10
P2 (p2)										14	14	14
P3 (p3)										21	21	21
P4 (p4)										56	56	56
P5 (p5)										46	46	46
(I/R)									3		3	3
Summe...									26	137	163	163

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L1	4			4			4	156	168
L2								12	12
Summe...	4			4			4	168	180

Krankenpflagedienst	Beamte der Verwendungsgruppe							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
									übrige Beamte	VB I		
Verw. (Entl.)gruppe												
K4 (k4)									6		6	6
Summe...									6		6	6

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 1271...	203	32	137	372

1274 Bds. -Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A2							2				2
A3									2	1	3
A4								1	1	4	6
A5										2	2
A6										2	2
A7										2	2
	Summe ...										17

STELLENPLAN 1998

241

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1274 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										1		1	1
B (b)										3		3	3
C (c)										11		11	11
D (d)										3		3	3
P2 (p2)											4	4	4
P3 (p3)											3	3	3
P4 (p4)											17	17	17
P5 (p5)											28	28	28
(I/R)										1		1	1
Summe...										19	52	71	71

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L1	2						2	12	16
L2								58	58
Summe...	2						2	70	74

Krankenpflagedienst	Beamte der Verwendungsgruppe								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
								übrige Beamte		VB I	VB II		
	Verw. (Entl.)gruppe												
K2 (k2)								1	1	1		1	2
K4 (k4)								1	1	5		5	6
Summe...								2	2	6		6	8

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 1274...	93	25	52	77	170

1276 Bundesschülerheime (Allgemeinbildende)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte	
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
Verwendungsgruppe												
A3							1	3				4
A4									2			2
A6											3	3
											Summe ...	9

242

STELLENPLAN 1998

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1276 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
B (b)										1		1	1
C (c)										10		10	10
D (d)										5		5	5
P2 (p2)											3	3	3
P3 (p3)											3	3	3
P4 (p4)											23	23	23
P5 (p5)											31	31	31
Summe...										16	60	76	76

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
L1			10					2	12
L2								17	17
Summe...			10					19	29

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 1276...	38	16	60	114

1280 Technische und gewerbliche Lehranstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
A1								1		1		2
A2							7	10	30	8	6	61
A3							1		24	25	8	58
A4									17	19	32	68
A5									1		11	12
A6											23	23
A7											8	8
											Summe ...	232

STELLENPLAN 1998

243

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1280 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A	B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
A (a)									1		1	1
B (b)									97		97	97
C (c)									164		164	164
D (d)									142		142	142
P2 (p2)										45	45	45
P3 (p3)										27	27	27
P4 (p4)										110	110	110
P5 (p5)										331	331	331
(I/R)									27		27	27
Summe...									431	513	944	944

Lehrer	Leiter							Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter	
Verwendungsgruppe								
L1	63				173			2.941
L2					2			870
Summe...	63				175			3.811

Krankenpflagedienst	Beamte der Verwendungsgruppe			Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
			übrige Beamte		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe								
K2 (k2)					3		3	3
K4 (k4)			1	1	1		1	2
Summe...			1	1	4		4	5

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 1280...	4.282	435	513	948

244

STELLENPLAN 1998

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1281 Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
Verwendungsgruppe											
A2							2	7	11	2	22
A3							2	10	1	1	14
A4								2	12	5	19
A5										1	1
A6										12	12
A7										7	7
										Summe ...	75

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
B (b)										38		38	38
C (c)										86		86	86
D (d)										71		71	71
P2 (p2)											1	1	1
P3 (p3)											2	2	2
P4 (p4)											67	67	67
P5 (p5)											186	186	186
(I/R)										17		17	17
Summe ...										212	256	468	468

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
LPA	6							20	26
L1	138					5		1.695	1.838
L2	33					100		767	900
Summe ...	177					105		2.482	2.764

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	VB I	VB II			
Summe 1281...	2.839	212	256	468	3.307

STELLENPLAN 1998

245

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1282 Handelsakademien und Handelsschulen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
Verwendungsgruppe											
A3						3	28				31
A4								4	30	1	35
A6										7	7
A7										1	1
	Summe ...										74

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
C (c)										73		73	73
D (d)										74		74	74
P2 (p2)											1	1	1
P3 (p3)											1	1	1
P4 (p4)											58	58	58
P5 (p5)											188	188	188
(I/R)										26		26	26
Summe...										173	248	421	421

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L1	120							2.820	2.940
L2								215	215
Summe...	120							3.035	3.155

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 1282...	3.229	173	248	3.650

1286 Bundesschülerheime (Berufsbildende)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
Verwendungsgruppe											
A3								2			2
A4									3	1	4
A5										2	2
A6										4	4
A7										1	1
	Summe ...										13

246

STELLENPLAN 1998

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1286 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB I			VB II
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
C (c)										9		9	9
D (d)										3		3	3
P2 (p2)											3	3	3
P3 (p3)											1	1	1
P4 (p4)											28	28	28
P5 (p5)											24	24	24
Summe...										12	56	68	68

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L1			4					19	23
Summe...			4					19	23

Krankenpflagedienst	Beamte der Verwendungsgruppe							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
									übrige Beamte	VB I			VB II
Verw. (Entl.)gruppe													
K2 (k2)								1	1				1
K4 (k4)								2	2	1		1	3
Summe...								3	3	1		1	4

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 1286...	39	13	56	69	108

1290 Pädagogische Akademien

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
Verwendungsgruppe											
A2						4	7	1	16		28
A3							2	11	1	2	16
A4									2	2	4
A5								1		1	2
										Summe ...	50

STELLENPLAN 1998

247

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1290 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
B (b)										15		15	15
C (c)										33		33	33
D (d)										34		34	34
P3 (p3)											1	1	1
P4 (p4)											15	15	15
P5 (p5)											28	28	28
(I/R)										7		7	7
Summe...										89	44	133	133

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
LPA	23				46			437	506
L1								530	530
Summe...	23				46			967	1.036

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 1290...	1.086	89	44	133	1.219

1291 BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte	
A2									1		1	
A3							4				4	
A4									6	4	10	
A6										3	3	
										Summe ...	18	

STELLENPLAN 1998

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1291 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
C (c)										16		16	16
D (d)										16		16	16
P4 (p4)											41	41	41
P5 (p5)											28	28	28
(I/R)										6		6	6
Summe...										38	69	107	107

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L1	35				30			192	257
L2						1		224	225
Summe...	35				30	1		416	482

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 1291...	500	38	69	607

1292 Berufspädagogische Akademien

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
Verwendungsgruppe												
A2								1	2	1	3	7
A3									3		1	4
A4									1	1		2
A5											1	1
	Summe ...											14

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
B (b)										6		6	6
C (c)										10		10	10
D (d)										5		5	5
P4 (p4)											1	1	1
P5 (p5)											9	9	9
Summe...										21	10	31	31

STELLENPLAN 1998

249

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1292 (Fortsetzung)

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
LPA	4				12			8	24
L1								20	20
Summe ...	4				12			28	44

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 1292...	58	21	10	31	89

1293 Bundesanstalten für Leibeserziehung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe Beamte	
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL			
A2										2		2	
A3								2				2	
A5											2	2	
A6											2	2	
												Summe ...	8

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
B (b)										1		1	1
C (c)										17		17	17
D (d)										13		13	13
P2 (p2)											2	2	2
P3 (p3)											3	3	3
P4 (p4)											15	15	15
P5 (p5)											7	7	7
(I/R)										2		2	2
Summe ...										33	27	60	60

250

STELLENPLAN 1998

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1293 (Fortsetzung)

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamate
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L1	4				10			5	19
Summe...	4				10			5	19

Summe Beamate	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 1293...	27	33	27	60

1294 Pädagogische Institute

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe Beamate
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
Verwendungsgruppe												
A2								3	4			7
A3								2	2	12		16
A4											1	1
Summe ...												24

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamate	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A	B	C	D	P1	P2	übrige Beamate		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
C (c)									17		17	17
D (d)									12		12	12
P4 (p4)										3	3	3
Summe...									29	3	32	32

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamate
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
LPA	22				45			15	82
L1								51	51
Summe...	22				45			66	133

Summe Beamate	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 1294...	157	29	3	189

Gesamtsumme 12...	26.167	3.485	2.639	6.124	32.291
--------------------------	---------------	--------------	--------------	--------------	---------------

STELLENPLAN 1998

251

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

14 Wissenschaft und Forschung

1400 Verwaltungsbereich Wissenschaft

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
Verwendungsgruppe											
A1	2	2	5	30	7	24	42	48			160
A2			3	23	28	37	6	2			99
A3		1				8	7	19	2	4	41
A4										3	3
A5										3	3
										Summe ...	306

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										20		20	20
B (b)										15		15	15
C (c)										35		35	35
D (d)										47		47	47
P1 (p1)											2	2	2
Summe ...										117	2	119	119

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 1400. ...	306	117	2	119	425

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
 zuzüglich v. PST-Bereich zuzüglich v. PST-Bereich
 3 A1/3 1420 5 UAss 1420
 1 A2/4 1420 (1A1/6 und
 4A1/4)
 3 b 1420
 2 c 1420

1420 Universitäten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
Verwendungsgruppe											
A1			2	5	10	12	15	55	451	72	622
A2		1	5	18	25	44	181	405	67	119	865
A3					5	37	225	169	63	5	504
A4								24	9	47	80
A5								6	12	26	44
A6										4	4
A7										4	4
										Summe ...	2.123

252

STELLENPLAN 1998

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1420 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										* 400		400	400
B (b)										* 1.531		1.531	1.531
C (c)										* 1.937		1.937	1.937
D (d)										895		895	895
E (e)										31		31	31
P1 (p1)											28	28	28
P2 (p2)											84	84	84
P3 (p3)											191	191	191
P4 (p4)											219	219	219
P5 (p5)											18	18	18
(II/K)											17	17	17
Lehrlinge											169	169	169
Summe...										4.794	726	5.520	5.520

Von den VB I(a) und den VB I(b) sind je 3 Planstellen, und von den VB I(c) ist 1 Planstelle für den Fachhochschulrat vorgesehen.

273 Planstellen dürfen erst nach Auflösung der zweckgeb. Geb. besetzt werden.

Von den 895 VB I(d)-Planstellen müssen mindestens 160 Planstellen mit jugendlichen VB besetzt werden.

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L1		12						189	201
L2								23	23
Summe...		12						212	224

Hochschullehrer (Vertragsassistenten)	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
Ordentlicher Universitätsprofessor	* 1.276
Außerordentlicher Universitätsprofessor	578
Universitätsassistent (Vertragsassistent)	6.343
Summe...	8.197

Hievon 12 Planstellen für Rektoren gemäß §53 UOG 1993

STELLENPLAN 1998

253

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1420 (Fortsetzung)

Krankenpflagedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		übrige Beamte		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe							
K1 (k1)		13	13				13
K2 (k2)		94	94	133		133	227
K4 (k4)				21		21	21
K5 (k5)		1	1				1
K6 (k6)		3	3	14		14	17
Summe...		111	111	168		168	279

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 1420...	10.655	4.962	726	5.688	16.343

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v. PST-Bereich

2 a 3030

18 A1 3030

abzüglich f. PST-Bereich

2 UAss 0400

1 UAss 1000

1 c 2000/2010

abzüglich f. PST-Bereich

3 A1/3 1400

1 A2/4 1400

5 UAss 1400

(1A1/6 und
4A1/4)

3 b 1400

2 c 1400

1424 Wissenschaftliche Anstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
Verwendungsgruppe											
A1			1		3	4	2	9	87	1	107
A2						1	4	10			15
A3						1	1	4			6
										Summe ...	128

254

STELLENPLAN 1998

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1424 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
A (a)										20		20	20
B (b)										16		16	16
C (c)										22		22	22
D (d)										13		13	13
P3 (p3)											1	1	1
P4 (p4)											2	2	2
Summe...										71	3	74	74

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 1424...	128	71	3	74	202

Von den 13 VB I(d)-Planstellen müssen mindestens 4 mit jugendlichen VB besetzt werden.

1430 Kunsthochschulen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		Beamte
A1						6	5	6	9		2	28
A2				1	5	9	23	19	2		1	60
A3							14	20	4			38
A4									3		6	9
A5											1	1
A6											3	3
											Summe ...	139

STELLENPLAN 1998

255

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1430 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										47		47	47
B (b)										103		103	103
C (c)										114		114	114
D (d)										137		137	137
E (e)										65		65	65
P1 (p1)											8	8	8
P2 (p2)											11	11	11
P3 (p3)											17	17	17
P4 (p4)											10	10	10
P5 (p5)											11	11	11
Summe...										466	57	523	523

Von den 137 VB I(d)-Planstellen müssen mindestens 30 mit jugendlichen VB besetzt werden.

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L1								131	131
Summe...								131	131

Hochschullehrer (Vertragsassistenten)	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
Ordentlicher Hochschulprofessor	413
Hochschulassistent (Vertragsassistent)	209
Summe...	622

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 1430...	892	466	57	1.415

Gesamtsumme 14...	11.981	5.616	788	6.404	18.385
-------------------	--------	-------	-----	-------	--------

256

STELLENPLAN 1998

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

15 Soziales

1500 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	4	4	12	29	52	46	88	56	4	5	300
A2		1	6	20	43	72	32	15			189
A3		1		1	2	9	10	39	12	4	78
A4									1	5	6
A5										3	3
A6										1	1
										Summe ...	577

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										62		62	62
B (b)										52		52	52
C (c)										63		63	63
D (d)										61		61	61
P2 (p2)											1	1	1
(I/R)										4		4	4
Summe...										242	1	243	243

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
 3 A1/3 2000/2010
 1 A1/2 2000/2010
 1 a 2000/2010
 2 b 2000/2010
 4 I/R 2000/2010

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 1500...	577	242	1	243

1570 Bundessozialämter

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1	2	5	7	9	2	40	143	209
A2		1	2	7	2	55	89	134	5		295
A3					7	2	10	25	27	45	116
A4								2	3	15	20
A5								1		19	20
										Summe ...	660

STELLENPLAN 1998

257

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1570 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										29		29	29
B (b)										60		60	60
C (c)										47		47	47
D (d)										54		54	54
P2 (p2)											1	1	1
P4 (p4)											3	3	3
P5 (p5)											8	8	8
Summe...										190	12	202	202

Krankenpflagedienst	Beamte der Verwendungsgruppe				Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
						übrige Beamte	VB I			VB II
	Verw. (Entl.)gruppe									
K2 (k2)							5	5	5	
K5 (k5)					1	1			1	
Summe...					1	1	5	5	6	

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 1570...	661	195	12	868

1590 Heimarbeitskommissionen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
Verwendungsgruppe												
A2								1	1			2
A3										1		1
Summe ...												3

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
B (b)										3		3	3
D (d)										1		1	1
Summe...										4		4	4

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 1590...	3	4	4	7

258

STELLENPLAN 1998

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1592 Arbeitsinspektion

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					20		20	2	87	2	131
A2						74	81	14	1		170
A3				7				18	8	1	34
A4										31	31
A5										8	8
										Summe ...	374

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										17		17	17
B (b)										26		26	26
C (c)										11		11	11
D (d)										45		45	45
P3 (p3)											2	2	2
P5 (p5)											9	9	9
Summe...										99	11	110	110

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 1592...	374	99	11	110	484

Gesamtsumme 15...	1.615	540	24	564	2.179
-------------------	-------	-----	----	-----	-------

STELLENPLAN 1998

259

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

17 Gesundheit

1792 Bakteriologisch-serologische u. sonst. Untersuchungsanst.

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				2	7	3	5	11	16	6	50
A2				1	3		18	2	2		26
A3						2	1	6	3		12
A4								3	1		4
A5									1		1
A6										5	5
										Summe ...	98

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
A (a)										29		29	29
B (b)										20		20	20
C (c)										20		20	20
D (d)										32		32	32
P1 (p1)											1	1	1
P3 (p3)											19	19	19
P4 (p4)											22	22	22
Summe ...										101	42	143	143

Krankenpflagedienst	Beamte der Verwendungsgruppe							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
							übrige Beamte		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe												
K2 (k2)							28	28	37		37	65
K5 (k5)									1		1	1
K6 (k6)							3	3	19		19	22
Summe ...							31	31	57		57	88

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 1792 ...	129	158	42	329

260

STELLENPLAN 1998

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1794 Bundeshebammenlehranstalten/Bundes- Hebammenakademien

Krankenpflagedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		übrige Beamte		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe							
K3 (k3)				1		1	1
Summe...				1		1	1

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 1794...		1		1	1

Gesamtsumme 17...	129	159	42	201	330
--------------------------	------------	------------	-----------	------------	------------

STELLENPLAN 1998

261

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

18 Umwelt

1800 Zentraleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1	2	4	7	25	5	68	38	3	2		154
A2			7	23	21	8	4	4	1		68
A3			1		4	4	4	4	2	4	23
	Summe ...										245

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										37		37	37
B (b)										47		47	47
C (c)										56		56	56
D (d)										10		10	10
P1 (p1)											1	1	1
Summe ...										150	1	151	151

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 1800...	245	150	1	151	396

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
 1 A1 2000/2010
 1 a 2000/2010
 1 d 2000/2010

1870 Umweltbundesamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1		1		3	14	4	12	23	3	2	62
A2					1	4	13	6	4	1	29
A3						2	3	4	1	1	11
	Summe ...										102

262

STELLENPLAN 1998

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1870 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										21		21	21
B (b)										43		43	43
C (c)										38		38	38
D (d)										9		9	9
E (e)										1		1	1
P3 (p3)											3	3	3
P4 (p4)											1	1	1
Summe...										112	4	116	116

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 1870...	102	112	4	116	218

Gesamtsumme 18...	347	262	5	267	614
-------------------	-----	-----	---	-----	-----

STELLENPLAN 1998

263

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

20 Äußeres

2000 Zentralleitung und Vertretungsbehörden (2010)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	5	13	39	57	62	79	146	29	1		431
A2		5	8	67	75	29	12	2			198
A3		1			5	8	13	42	9	8	86
A4								1	1	1	3
A5									2	2	4
A7										3	3
										Summe ...	725

STELLENPLAN 1998

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

2000 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige	VB I			VB II
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										61		61	61
B (b)										85		85	85
C (c)										377		377	377
D (d)										252		252	252
E (e)										41		41	41
P2 (p2)											1	1	1
P3 (p3)											16	16	16
P4 (p4)											14	14	14
P5 (p5)											6	6	6
Summe ...										816	37	853	853

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 2000...	725	816	37	1.578

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v. PST-Bereich	zuzüglich v. PST-Bereich	abzüglich f. PST-Bereich
2 A1 1000	2 A1 3000	1 A1 1000
1 a 1000	1 B/d 3000	3 A1 2030
1 c 1000	1 A4 4000	2 A2 2030
1 A1 1100	3 MB01 4010	1 c 2030
1 I/R 1100	12 MB02 4010	3 d 2030
1 E1 1140	1 A1 4010	1 e 2030
1 A1 1200	2 MBU01 4010	
1 c 1420	1 A4 4010	
1 A1/2 1500	4 A1 5000	
3 A1/3 1500	1 c 5000	
1 a 1500	2 A1 6000	
2 b 1500	1 A2/2 6000	
4 I/R 1500	1 A4 6000	
1 A1 1800	2 a 6500	
1 a 1800	1 d 6500	
1 I/R 1800		
1 A3 2030		
1 A4 2030		
1 A7 2030		
5 a 2030		
1 b 2030		

2030 Österreichische Kulturinstitute

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1			1	6	5	1	6				19
A2					6	4					10
Summe ...											29

STELLENPLAN 1998

265

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

2030 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A	B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
A (a)									6		6	6
B (b)									4		4	4
C (c)									15		15	15
D (d)									10		10	10
E (e)									2		2	2
Summe...									37		37	37

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 2030...	29	37		37	66

Gesamtsumme 20...	754	853	37	890	1.644
-------------------	-----	-----	----	-----	-------

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v. PST-Bereich
 3 A1 2000/2010
 2 A2 2000/2010
 1 c 2000/2010
 3 d 2000/2010
 1 e 2000/2010

abzüglich f. PST-Bereich
 1 A3 2000/2010
 1 A4 2000/2010
 1 A7 2000/2010
 5 a 2000/2010
 1 b 2000/2010

266

STELLENPLAN 1998

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

30 Justiz

3000 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	1	5	5	9	23	23	14	2			* 82
A2			8	11	10	8	9	2			48
A3		1	2	1	3	5	18	2			32
	Summe ...										162

Von den Beamten der Verwendungsgruppe A1 können 8 Planstellen mit Generalanwälten (auslaufend für Sektions- und Abteilungsleiter) und die übrigen Planstellen nach Maßgabe des §153a BÖG 1979 mit Staatsanwälten besetzt werden.

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
C (c)										14		14	14
D (d)										52		52	52
E (e)										6		6	6
P1 (p1)											2	2	2
P2 (p2)											1	1	1
P4 (p4)											2	2	2
Summe...										72	5	77	77

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 3000...	162	72	5	77	239

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v. PST-Bereich

26 Übr Richter 3020

3 Staatsanw 3020

1 E1 3030

5 E2a 3030

abzüglich f. PST-Bereich

2 A1 2000/2010

1 B/d 2000/2010

3010 Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2				3	1	1		2			7
A3									2	2	4
A4										8	8
A5								1		1	2
	Summe ...										21

STELLENPLAN 1998

267

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

3010 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A	B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
C (c)									9		9	9
D (d)									7		7	7
E (e)									3		3	3
P3 (p3)										1	1	1
Summe...									19	1	20	20

Richter und Richteramtsanwärter	Beamte
Planstelle (Amtstitel)	
Präsident des Obersten Gerichtshofes.....	1
Vizepräsident des Obersten Gerichtshofes.....	2
Senatspräsident des Obersten Gerichtshofes.....	13
Hofrat des Obersten Gerichtshofes.....	41
Summe...	57

Staatsanwälte	Beamte
Planstelle (Amtstitel)	
Generalprokurator	1
Erster Generalanwalt	3
Generalanwalt	10
Summe...	14

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 3010...	92	19	1	20	112

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
 zuzüglich v. PST-Bereich
 6 Übr Richter 3020

3020 Justizbehörden in den Ländern

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2		2	28	54	73	843	88	25	3		1.116
A3			75	60	145	48	232	673	327		1.560
										Summe ...	2.676

268

STELLENPLAN 1998

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

3020 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										3		3	3
B (b)										145		145	145
C (c)										863		863	863
D (d)										1.600		1.600	1.600
E (e)										34		34	34
P3 (p3)											10	10	10
P4 (p4)											58	58	58
P5 (p5)											149	149	149
Summe...										2.645	217	2.862	2.862

Richter und Richteramtsanwärter	Beamte
Planstelle (Amtstitel)	
Präsident des Oberlandesgerichtes.....	4
Vizepräsident des Oberlandesgerichtes.....	4
Senatspräsident des Oberlandesgerichtes.....	54
Richter des Oberlandesgerichtes.....	107
Präsident des Gerichtshofes I. Instanz.....	21
Vizepräsident des Gerichtshofes I. Instanz.....	29
Übrige Richter.....	1.463
Richteramtsanwärter.....	150
Summe...	1.832

STELLENPLAN 1998

269

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

3020 (Fortsetzung)

Staatsanwälte	Beamte
Planstelle (Amtstitel)	
Leitender Oberstaatsanwalt	4
Erster Oberstaatsanwalt	4
Oberstaatsanwalt	11
Leitender Staatsanwalt	17
Erster Staatsanwalt	23
Staatsanwalt	139
Summe ...	198

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB I	VB II	VB	
Summe 3020 ...	4.706	2.645	217	2.862	7.568

Bindungen gem. Pkt.4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
 26 Übr Richter 3000
 3 Staatsanw 3000
 6 Übr Richter 3010

3030 Justizanstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					3	7	7	10	24	27	78
A2					1	11	20	25			57
A3							1	3			4
										Summe ...	139

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										66		66	66
B (b)										* 59		59	59
C (c)										50		50	50
D (d)										76		76	76
P2 (p2)											4	4	4
P3 (p3)											5	5	5
P4 (p4)											1	1	1
P5 (p5)											1	1	1
Summe ...										251	11	262	262

Von den VB I(b) können bis zu 11 Planstellen mit Vertragslehrern IL/12 besetzt werden.

270

STELLENPLAN 1998

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

3030 (Fortsetzung)

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L2	2							5	7
Summe...	2							5	7

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe Beamte
	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
Verwendungsgruppe													
E1			2	4	5	2	5	19	11	31			79
E2a					9	10	53	48	74	410	1.195	296	2.095
E2b												1.018	1.018
												Summe ...	3.192

Krankenpflagedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		übrige Beamte		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe							
K2 (k2)					10	10	10
K3 (k3)			12	12			12
K4 (k4)			6	6	64	64	70
K6 (k6)					5	5	5
Summe...			18	18	79	79	97

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 3030...	3.356	330	11	341	3.697

Bindungen gem. Pkt.4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich

18 A1	1420
2 a	1420
1 E1	3000
5 E2a	3000

3050 Bewährungshilfe

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
Verwendungsgruppe											
A1					1		5		4	1	11
A2					3	5	30	95			133
										Summe ...	144

STELLENPLAN 1998

271

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

3050 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
B (b)										10		10	10
C (c)										1		1	1
D (d)										4		4	4
Summe...										15		15	15

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 3050...	144	15		15	159

Gesamtsumme 30...	8.460	3.081	234	3.315	11.775
--------------------------	--------------	--------------	------------	--------------	---------------

272

STELLENPLAN 1998

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

40 Militärische Angelegenheiten

4000 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1		2	5	6	16	39	30	36	5	1	* 140
A2		1	13	34	63	157	15	28	1		312
A3		1		1	12	34	95	149	9	4	305
A4								13	41		54
Summe ...											811

Von den Beamten der Verwendungsgruppe A1 kann 1 Planstelle mit 1 Berufs-offizier der Verwendungsgruppe M801 besetzt werden.

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB I		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
D (d)									213		213	213
Summe...									213		213	213

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 4000...	811	213	213	1.024

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
zuzüglich v. PST-Bereich
1 a 1000

abzüglich f. PST-Bereich
1 A4 2000/2010

4010 Militärpersonen und Heeresverwaltung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1			1	1	4	7	4	12	112	6	147
A2			8	50	40	209	102	306	212	53	980
A3			1	27	79	98	430	706	770	10	2.121
A4								463	303	1	767
Summe ...											4.015

STELLENPLAN 1998

273

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

4010 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
D (d)										* 1.383		1.383	1.383
E (e)										* 4		4	4
P2 (p2)											* 206	206	206
P3 (p3)											* 54	54	54
P4 (p4)											* 28	28	28
P5 (p5)											* 5	5	5
(I/R)										40		40	40
(II/R)											* 4	4	4
Lehrlinge												109	109
Summe...										1.427	406	1.833	1.833

Von den VB können 580 Planstellen mit Bediensteten in Ausübung einer UO-Funktion gem. Wehrgesetz §11 besetzt werden.
Die 4 VB II/R werden nicht zentral besoldet.

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
L2								20	20
Summe...								20	20

274

STELLENPLAN 1998

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

4010 (Fortsetzung)

Militärischer Dienst	Funktionsgruppe												Summe	
	Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1a	1b	1	GL	Beamte
MB01	1	3	17	40	56	84	91	83				95	17	* 487
MB02	11	42	76	156	431	103	382	531	261	386			1	* 2.380
MBU01			14	66	135	770	2.349	1.453				3.681	372	* 8.840
MBU02								550				1.672	13	* 2.235
												Summe ...		13.942
MZ01						1	4	6				10	26	47
MZ02							5	20	30	90			155	300
MZU01							5	34				161	244	444
MZU02								207				779	3.340	4.326
MZCh													1.781	1.781
												Summe ...		6.898
												Summe Militärischer Dienst ...		20.840

Von den Berufsoffizieren der Verwendungsgruppe MB01 können 155 Planstellen für eine Verwendung in der Zentraleitung herangezogen und 7 Planstellen für Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften gebunden werden.

Auf Rechnung von freien Planstellen der Berufsoffiziere der Verwendungsgruppe MB01 können Beamte der Verwendungsgruppe A1 ernannt werden.

Von den Berufsoffizieren der Verwendungsgruppe MB02 können 175 Planstellen für eine Verwendung in der Zentraleitung herangezogen werden.

Auf Rechnung von freien Planstellen der Berufsoffiziere der Verwendungsgruppe MB02 können bis zu 50 Beamte der Verwendungsgruppe A2 ernannt werden.

Von den Beamten der Verwendungsgruppe MBU01 können 121 Planstellen für eine Verwendung in der Zentraleitung herangezogen werden.

Die Planstellen der Verwendungsgruppen MBU01 und MBU02 können auch mit Beamten der Verwendungsgruppen A3 bis A7 besetzt werden.

STELLENPLAN 1998

275

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

4010 (Fortsetzung)

Krankenpflagedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		übrige Beamte		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe							
K2 (k2)		17	17	1		1	18
K3 (k3)		29	29	1		1	30
K4 (k4)		8	8	7		7	15
K5 (k5)		3	3	3		3	6
K6 (k6)				2		2	2
Summe...		57	57	14		14	71

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 4010...	24.932	1.441	406	1.847	26.779

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

	abzüglich f. PST-Bereich		abzüglich f. PST-Bereich
1 MB01	0100	3 MB01	2000/2010
1 MB02	0240	12 MB02	2000/2010
2 d	0400	2 MBU01	2000/2010
2 MB01	1000	1 A1	2000/2010
		1 A4	2000/2010

4040 Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1					1	1	2		9	1	14
A2				2		8		5	1		16
A3							14	6	2	5	27
A4								4		1	5
										Summe ...	62

276

S.TELLENPLAN 1998

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

4040 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB I			VB II
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
D (d)										7		7	7
E (e)										10		10	10
P2 (p2)											4	4	4
P3 (p3)											7	7	7
P4 (p4)											3	3	3
P5 (p5)											5	5	5
Summe...										17	19	36	36

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 4040...	62	17	19	98

4050 Allentsteig (betriebsähnl. Einrichtung)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1								1			1
A3							1				1
											Summe ...
											3

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB I			VB II
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
(I/K)										* 21		21	21
(II/K)											* 36	36	36
Summe...										21	36	57	57

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 4050...	3	21	36	60

Gesamtsumme 40...	25.808	1.692	461	2.153	27.961
-------------------	--------	-------	-----	-------	--------

Die 21 VB I/K und die 36 VB II/K werden nicht zentral besoldet.

STELLENPLAN 1998

277

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

50 Finanzverwaltung

5000 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	6	1	7	61	17	81	90	79		8	350
A2		1	23	31	98	25	21	26	3	2	230
A3		1			16	15	26	35	2	18	113
A4								2	5	5	12
A5									1	7	8
A6										12	12
A7										2	2
	Summe ...										727

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										74		74	74
B (b)										8		8	8
C (c)										132		132	132
D (d)										69		69	69
E (e)										20		20	20
P1 (p1)											1	1	1
P2 (p2)											2	2	2
P3 (p3)											9	9	9
P4 (p4)											11	11	11
P5 (p5)											35	35	35
Summe...										303	58	361	361

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB I	VB II	VB	
Summe 5000...	727	303	58	361	1.088

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v. PST-Bereich

1 A1 5040
1 E1 5040
2 E2a 5040

abzüglich f. PST-Bereich

4 A1 2000/2010
1 c 2000/2010

278

STELLENPLAN 1998

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

5040 Finanzlandesdirektionen

Allgemeiner Verwaltungsdienst Verwendungsgruppe	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1		1	5	11	51	81	285	262	260		956
A2			68	540	363	836	1.756	1.444			5.007
A3			6	22	1.773	1.050	120	381			3.352
A4								15	9	38	62
A5									8	18	26
A6										14	14
A7										2	2
										Summe ...	9.419

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung Verw. (Entl.)gruppe	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
A (a)										114		114	114
B (b)										427		427	427
C (c)										2.239		2.239	2.239
D (d)										665		665	665
E (e)										50		50	50
P1 (p1)											3	3	3
P2 (p2)											4	4	4
P3 (p3)											6	6	6
P4 (p4)											69	69	69
P5 (p5)											254	254	254
(II/R)											23	23	23
Summe ...										3.495	359	3.854	3.854

STELLENPLAN 1998

279

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

5040 (Fortsetzung)

Exekutivdienst	Funktionsgruppe											Summe Beamte	
	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1		GL
E1			1		3	6	1	6	2	2			21
E2a					13	103	103	125	414	251	565	455	2.029
E2b												366	366
												Summe ...	2.416

Bindungen gem. Pkt.4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich	abzüglich f. PST-Bereich
66 E2b	1140
1 A1	5000
1 E1	5000
2 E2a	5000

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 5040. ...	11.835	3.495	359	3.854	15.689

5070 Bundespensionsamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
A1				1		1		2	1			5
A2		2		2	6	5	19	20	7			61
A3							2	4	17		1	24
A4									1		1	2
A5											1	1
A7											1	1
											Summe ...	94

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										4		4	4
B (b)										31		31	31
C (c)										34		34	34
D (d)										36		36	36
E (e)										3		3	3
Summe...										108		108	108

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 5070. ...	94	108		108	202

280

STELLENPLAN 1998

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

5071 Finanzprokuratur

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
Verwendungsgruppe											
A1		1		14		20		2			37
A2				1		1	1	2			5
A3				1		2	2	1	1		7
A6										1	1
										Summe ...	50

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										12		12	12
B (b)										3		3	3
C (c)										18		18	18
D (d)										21		21	21
E (e)										1		1	1
P3 (p3)											1	1	1
P4 (p4)											3	3	3
P5 (p5)											4	4	4
Summe ...										55	8	63	63

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 5071...	50	55	8	113

5072 Hauptpunzierungs- und Probieramt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
Verwendungsgruppe											
A1						1		1	6	1	9
A2					1	1	1	5			8
A3					2	2		6	5		15
A4									8		8
										Summe ...	40

STELLENPLAN 1998

281

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

5072 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
B (b)										3		3	3
C (c)										4		4	4
D (d)										6		6	6
P4 (p4)											1	1	1
P5 (p5)											2	2	2
Summe...										13	3	16	16

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 5072...	40	13	3	16	56

Gesamtsumme 50...	12.746	3.974	428	4.402	17.148
-------------------	--------	-------	-----	-------	--------

282

STELLENPLAN 1998

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

60 Land- und Forstwirtschaft

6000 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1	4	3	10	16	41	22	109	50	3	1	259
A2		1	5	13	54	55	22	18	2		170
A3		1		1	4	13	20	12	5	4	60
A4									19	15	34
A5										8	8
	Summe ...										531

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										27		27	27
B (b)										31		31	31
C (c)										73		73	73
D (d)										73		73	73
E (e)										1		1	1
P3 (p3)											4	4	4
P4 (p4)											1	1	1
Summe...										205	5	210	210

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 6000...	531	205	5	210	741

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
 zuzüglich v. PST-Bereich
 2 A1 6080

abzüglich f. PST-Bereich
 2 A1 2000/2010
 1 A4 2000/2010
 1 A2 2000/2010

STELLENPLAN 1998

283

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6050 Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
Verwendungsgruppe											
A1				1		1	3	7	2		14
A2							8	4	9		21
A3						2		10	5	3	20
A4								1	3	28	32
A5									1	3	4
A6										1	1
A7										1	1
										Summe ...	93

Allgem. Verwaltung und handwerkkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										5		5	5
B (b)										17		17	17
C (c)										28		28	28
D (d)										* 11		11	11
P1 (p1)											8	8	8
P2 (p2)											39	39	39
P3 (p3)											32	32	32
P4 (p4)											82	82	82
P5 (p5)											36	36	36
(II/K)											* 67	67	67
Lehrlinge											* 15	15	15
Summe ...										61	279	340	340

Von den 67 VB II/K werden 48 nicht zentral besoldet.
3 VB I/d werden nicht zentral besoldet.
Die Lehrlinge werden nicht zentral besoldet.

284

STELLENPLAN 1998

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

6050 (Fortsetzung)

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamate
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
LPA	1							4	5
L1	9						3	128	140
L2								70	70
L3								1	1
Summe...	10						3	203	216

	Summe Beamate	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 6050...	309	61	279	340	649

6051 Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamate
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1		1		3	8	4	11	39	42	1	109
A2					4	5	48	59	11		127
A3						11	4	47	20	6	88
A4								4	8	28	40
A5									1	2	3
										Summe ...	367

STELLENPLAN 1998

285

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6051 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A	B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
A (a)									37		37	37
B (b)									51		51	51
C (c)									174		174	174
D (d)									53		53	53
P1 (p1)										4	4	4
P2 (p2)										51	51	51
P3 (p3)										22	22	22
P4 (p4)										18	18	18
P5 (p5)										2	2	2
(II/K)									*	60	60	60
Lehrlinge									*	9	9	9
Summe...									315	166	481	481

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 6051...	367	315	166	848

Von den 60 VB II/K werden 55 nicht zentral besoldet.
5 Lehrlinge werden nicht zentral besoldet.

6052 Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2								2			2
A3								1	1		2
A4										4	4
A7										3	3
										Summe ...	11

286

STELLENPLAN 1998

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6052 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB I			VB II
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
B (b)										3		3	3
C (c)										7		7	7
P2 (p2)											6	6	6
P3 (p3)											7	7	7
P4 (p4)											17	17	17
P5 (p5)											1	1	1
(II/K)										*	2	2	2
Summe...										10	33	43	43

Die 2 VB II/K werden nicht zentral besetzt.

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L1	3							32	35
L2								10	10
Summe...	3							42	45

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 6052...	56	10	33	99

6053 Forstliche Bundesversuchsanstalt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
Verwendungsgruppe											
A1			1		2	2	5	30	21		61
A2							7	31	5	1	44
A3						1	2	2	2	2	9
A4								3	2	8	13
										Summe ...	127

STELLENPLAN 1998

287

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6053 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										21		21	21
B (b)										23		23	23
C (c)										33		33	33
D (d)										21		21	21
P2 (p2)											2	2	2
P3 (p3)											9	9	9
P4 (p4)											3	3	3
P5 (p5)											3	3	3
(II/K)										*	17	17	17
Summe ...										98	34	132	132

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 6053 ...	127	98	34	132	259

Die 17 VB II/K werden nicht zentral besoldet.

6054 Bundesanstalt für Agrarwirtschaft

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
A1				1		1	2	2	6			12
A2								2	1			3
A3							1					1
A4									1			1
A5										1		1
											1	18

288

STELLENPLAN 1998

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6054 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB I			VB II
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)									4		4	4	
C (c)									3		3	3	
D (d)									3		3	3	
P3 (p3)										1	1	1	
P4 (p4)										3	3	3	
Summe...									10	4	14	14	

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 6054...	18	10	4	14	32

6055 Bundesanstalten für Milchwirtschaft

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1						2		5	4	1	12
A2						1	3	1	3		8
A3								2	1		3
										Summe ...	23

STELLENPLAN 1998

289

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

6055 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										3		3	3
B (b)										13		13	13
C (c)										30		30	30
D (d)										8		8	8
P1 (p1)											5	5	5
P2 (p2)											8	8	8
P3 (p3)											2	2	2
P4 (p4)											6	6	6
P5 (p5)											2	2	2
Lehrlinge										*	23	23	23
Summe...										54	46	100	100

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB I	VB II	VB	
Summe 6055...	23	54	46	100	123

Die Lehrlinge werden nicht zentral besoldet.

6056 Bundesanstalt für Bergbauernfragen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte	
A1						1		2	3		6	
A3									1		1	
	Summe ...											7

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										3		3	3
B (b)										1		1	1
D (d)										2		2	2
Summe...										6		6	6

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB I	VB II	VB	
Summe 6056...	7	6		6	13

290

STELLENPLAN 1998

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6058 Bundesamt für Wasserwirtschaft

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1		3	1	3	8	6	3	25
A2						2	5	4	8		19
A3						2	1	2	9		14
A4									2		2
A5										1	1
A6										1	1
										Summe ...	62

Allgem. Verwaltung und handwerk1. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB I			VB II
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)									5		5	5	
B (b)									8		8	8	
C (c)									22		22	22	
D (d)									5		5	5	
P1 (p1)										1	1	1	
P2 (p2)										3	3	3	
P3 (p3)										3	3	3	
P4 (p4)										2	2	2	
(II/K)										*	1	1	
Lehrlinge										*	3	3	
Summe...									40	13	53	53	

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB I	VB II	VB	
Summe 6058...	62	40	13	53	115

Der 1 VB II/K wird nicht zentral besoldet.
Die Lehrlinge werden nicht zentral besoldet.

6059 Bundesanstalt für Landtechnik

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					1		1	2	5		9
A2			1		1	1	6	2	3		14
A3						1		7	1		9
A4								6	3	3	12
A7										2	2
										Summe ...	46

STELLENPLAN 1998

291

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6059 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
B (b)										2		2	2
C (c)										7		7	7
D (d)										5		5	5
P2 (p2)											4	4	4
P3 (p3)											1	1	1
Summe...										14	5	19	19

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 6059...	46	14	5	19	65

6072 Forstliche Ausbildungsstätten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A2								1			1
A3									2		1
A4										1	2
A5											1
A6											1
	Summe ...										9

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
B (b)										2		2	2
C (c)										4		4	4
D (d)										2		2	2
P1 (p1)											1	1	1
P2 (p2)											2	2	2
P3 (p3)											3	3	3
P4 (p4)											6	6	6
(II/K)										*	1	1	1
Summe...										8	13	21	21

Der 1 VB II/K wird nicht zentral besoldet.

292

STELLENPLAN 1998

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

6072 (Fortsetzung)

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L1	2							1	3
L2								16	16
Summe...	2							17	19

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 6072...	28	8	13	49

6080 Wildbach- und Lawinenverbaudienst

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
Verwendungsgruppe												
A1				7		7	9	18	31			72
A2							9	36	6			51
A3							3	6	15	8		32
A4											1	1
A5											1	1
Summe ...												157

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										28		28	28
B (b)										40		40	40
C (c)										79		79	79
D (d)										18		18	18
P4 (p4)											1	1	1
P5 (p5)											6	6	6
Lehrlinge										*	6	6	6
Summe...										165	13	178	178

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 6080...	157	165	13	335

Die Lehrlinge werden nicht zentral besoldet.

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
2 A1 6000

STELLENPLAN 1998

293

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

6091 Bundeskellereinspektion

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2			1		1	21			1		24
A3								1	2		3
	Summe ...										27

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
B (b)										2		2	2
C (c)										2		2	2
Summe...										4		4	4

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 6091...	27	4		4	31

6093 Bundesgärten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1						1					1
A2				2	1		2	3		1	9
A3					1	9	9	3	33		55
A4									15	4	19
A5										5	5
A6										5	5
	Summe ...										94

294

STELLENPLAN 1998

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6093 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB I			VB II
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
B (b)									1		1	1	
C (c)									8		8	8	
D (d)									4		4	4	
P1 (p1)										14	14	14	
P2 (p2)										39	39	39	
P3 (p3)										38	38	38	
P4 (p4)										56	56	56	
P5 (p5)										8	8	8	
(II/K)									*	11	11	11	
Lehrlinge									*	57	57	57	
Summe...									13	223	236	236	

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 6093...	94	13	223	236	330

Die 11 VB II/K werden nicht zentral besoldet.

Die Lehrlinge werden nicht zentral besoldet.

6094 Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1						1				1	2
A2								3	8	1	12
A3					1		2		2	3	8
A4									4	7	11
										Summe ...	33

STELLENPLAN 1998

295

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

6094 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
B (b)										8		8	8
C (c)										9		9	9
P1 (p1)											1	1	1
P2 (p2)											11	11	11
P3 (p3)											20	20	20
P4 (p4)											17	17	17
P5 (p5)											1	1	1
(II/K)										*	26	26	26
Summe ...										17	76	93	93

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 6094...	33	17	76	93	126

Von den 26 VB II/K werden 22 nicht zentral besoldet.

6096 Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsforste

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte	
A2								3			3	
Summe ...											3	

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
B (b)										3		3	3
C (c)										1		1	1
P2 (p2)											1	1	1
(II/K)										*	12	12	12
Summe ...										4	13	17	17

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 6096...	3	4	13	17	20

Die 12 VB II/K werden nicht zentral besoldet.

296

STELLENPLAN 1998

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

6099 Bauhöfe

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB I			VB II
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
(II/K)										*	110	110	110
Summe...											110	110	110

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 6099...			110	110	110

Gesamtsumme 60...	1.888	1.024	1.033	2.057	3.945
--------------------------	--------------	--------------	--------------	--------------	--------------

Die 110 VB II/K werden nicht zentral besoldet.

STELLENPLAN 1998

297

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

63 Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr

6300 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1	5	5	9	27	60	52	82	149	9	1	399
A2		1	2	13	25	93	23	22	7	2	188
A3		1		1	6	24	21	34	14	14	115
A4								6	11	3	20
A5									3		3
A7										1	1
										Summe ...	726

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										67		67	67
B (b)										32		32	32
C (c)										84		84	84
D (d)										175		175	175
E (e)										20	4	24	24
Summe...										378	4	382	382

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 6300...	726	378	4	382

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
1 A1 1000

6320 Österreichisches Patentamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1		1	2	7	19	25	57	18			129
A2					1	3	9	3			16
A3					1	6	10	16	4		37
A4									1		1
A5									1		1
										Summe ...	184

STELLENPLAN 1998

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

6320 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										8		8	8
B (b)										9		9	9
C (c)										21		21	21
D (d)										21		21	21
E (e)										3		3	3
P2 (p2)											3	3	3
P3 (p3)											1	1	1
P5 (p5)											4	4	4
Summe...										62	8	70	70

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 6320...	184	62	8	70	254

6330 Bergbehörden

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		Beamte
A1				6		6		7	4			23
A2								1				1
A3						6		5				11
A4									5	3		8
	Summe ...											43

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										3		3	3
C (c)										1		1	1
D (d)										9		9	9
P5 (p5)											2	2	2
Summe...										13	2	15	15

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 6330...	43	13	2	15	58

Gesamtsumme 63...	953	453	14	467	1.420
--------------------------	------------	------------	-----------	------------	--------------

STELLENPLAN 1998

299

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

64 Bauten und Technik

6401 Bundesmobilienvverwaltung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2				1			1				2
A3			1			2	2	1	3		9
A4								12			12
Summe ...											23

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
C (c)										3		3	3
D (d)										6		6	6
P1 (p1)											5	5	5
P2 (p2)											3	3	3
P3 (p3)											1	1	1
P4 (p4)											1	1	1
Summe...										9	10	19	19

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 6401...	23	9	10	19	42

6403 Beschußämter

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2				1							1
A3				1		2		6			9
Summe ...											10

300

STELLENPLAN 1998

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6403 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
C (c)										1		1	1
D (d)										1		1	1
P4 (p4)											1	1	1
P5 (p5)											1	1	1
Summe...										2	2	4	4

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 6403...	10	2	2	14

6440 Wasserstraßendirektion

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
Verwendungsgruppe												
A1				1		1	1	2			2	7
A2				2	2	4	7	4				19
A3						1	10	2	2		3	18
A4								1			5	6
A5											1	1
											Summe ...	51

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										3		3	3
B (b)										13		13	13
C (c)										10		10	10
D (d)										7		7	7
P3 (p3)											1	1	1
Summe...										33	1	34	34

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 6440...	51	33	1	85

STELLENPLAN 1998

301

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6450 Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				1	5	1	4	8	5		24
A2			2	12	15	20	28	56	1		134
A3			1	10	126	10	44	36	5	37	269
A4								8	92	166	266
A5								1	3	48	52
A6										27	27
A7										1	1
										Summe ...	773

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										1		1	1
B (b)										23		23	23
C (c)										54		54	54
D (d)										94		94	94
E (e)										1		1	1
P2 (p2)											48	48	48
P3 (p3)											71	71	71
P4 (p4)											18	18	18
P5 (p5)											4	4	4
Summe...										173	141	314	314

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 6450...	773	173	141	314	1.087

6453 Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betr. ähnl. Einr.)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1	1	4	7	14	1	4		32
A2			2	9	18	49	32	124			234
A3				25	140	9	61	8	12	21	276
A4								21	32	118	171
A5										25	25
A6										25	25
A7										15	15
										Summe ...	778

302

STELLENPLAN 1998

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6453 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A	B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
A (a)									11		11	11
B (b)									64		64	64
C (c)									103		103	103
D (d)									159		159	159
E (e)									27		27	27
P1 (p1)										12	12	12
P2 (p2)										28	28	28
P3 (p3)										75	75	75
P4 (p4)										32	32	32
P5 (p5)										1	1	1
Summe...									364	148	512	512

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB I	VB II	VB	
Summe 6453...	778	364	148	512	1.290

6460 Bundesgebäudeverwaltung - Liegenschaftsverwaltung

Allgem. Verwaltung und handwerkkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A	B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
(II/R)										* 185	185	185
Summe...										185	185	185

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB I	VB II	VB	
Summe 6460...			185	185	185

Die 185 VB II/R werden nicht zentral besoldet.

STELLENPLAN 1998

303

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6490 Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1		1	1	7	22	3	21	51	51	1	158
A2			4	15	27	40	88	413	5		592
A3			4	18	5	22	178	150	9	21	407
A4										6	6
A5										20	20
A6										2	2
Summe ...											1.185

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										5		5	5
B (b)										92		92	92
C (c)										282		282	282
D (d)										30		30	30
E (e)										1		1	1
P2 (p2)											1	1	1
P3 (p3)											13	13	13
P4 (p4)											13	13	13
P5 (p5)											49	49	49
Lehrlinge											20	20	20
Summe...										410	96	506	506

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB I	VB II	VB	
Summe 6490...	1.185	410	96	506	1.691

Gesamtsumme 64...	2.820	991	583	1.574	4.394
-------------------	-------	-----	-----	-------	-------

Gesamtsumme 63+64...	3.773	1.444	597	2.041	5.814
----------------------	-------	-------	-----	-------	-------

304

STELLENPLAN 1998

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

65 Verkehr und öffentliche Wirtschaft

6500 Verwaltungsbereich Verkehr

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	2	3	4	6	22	16	43	30			126
A2			1	9	17	20	11	2			60
A3			1	1			13	21		4	40
A4									1		1
A5										3	3
A7										2	2
										Summe ...	232

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										49		49	49
B (b)										28		28	28
C (c)										42		42	42
D (d)										21		21	21
E (e)										6		6	6
P3 (p3)											2	2	2
Summe...										146	2	148	148

Bindungen gem. Pkt. 4 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
 1 P17 0300
 2 a 2000/2010
 1 d 2000/2010

STELLENPLAN 1998

305

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

6500 (Fortsetzung)

Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstzulagengruppe										Summe Beamte
	PT1 - PT5							PT5, PT7, PT8		übrige Beamte	
Verwendungsgruppe	S	1	1b	2	2b	3	3b	A	B		
PT1.....	4		2	6		2					14
PT2.....		17	17	1	14	4	16				69
PT3.....		13		64							77
PT4.....										20	20
PT5.....								20			28
PT6.....										6	6
PT7.....										1	1
	Summe ...										215

Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	VB I	VB II		
Summe 6500...	447	146	2	595

6501 Schiffahrtspolizei

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A3.....				17		9	7	34	1		68
A4.....									12		12
	Summe ...										80

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	A	B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
C (c).....									20		20	20
P3 (p3).....										1	1	1
Summe...									20	1	21	21

Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	VB I	VB II		
Summe 6501...	80	20	1	101

306

STELLENPLAN 1998

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

6550 Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					1			2	1		4
A2				1	3		2				6
A3					3		4	6			13
A5										1	1
Summe ...											24

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
B (b)										9		9	9
C (c)										5		5	5
D (d)										3		3	3
P3 (p3)											2	2	2
Summe...										17	2	19	19

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 6550 ...	24	17	2	19	43

Gesamtsumme 65...	551	183	5	188	739
-------------------	-----	-----	---	-----	-----

STELLENPLAN 1998

307

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

71 Bundestheater

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1	1		1	2	2	1	3				10
A2				3	3	10	6	2	6		30
A3					2		10	1			13
Summe ...											53

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
A (a)										5		5	5
B (b)										15		15	15
C (c)										42		42	42
(II/K)											* 1.532	1.532	1.532
(I/R)										* 978		978	978
Lehrlinge											27	27	27
Summe...										1.040	1.559	2.599	2.599

Gesamtsumme 71...	53	1.040	1.559	2.599	2.652
-------------------	----	-------	-------	-------	-------

Die 978 VB I/R sind für Bedienstete mit Bühnendienstvertrag vorgesehen.
Von den 1532 VB II/K werden 54 nicht zentral besetzt.

308

STELLENPLAN 1998

Teil II. B

Planstellen der Ernennungsreserve

Allgemeine Verwaltung und handwerkliche Verwendung	Planstellen der Verwendungsgruppe/Dienstklasse						
	A		B	C	D	P1	P2
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV
Beamte	16	1.200	1.900	1.700	500	500	400

Wachebeamte	Planstellen der Verwendungsgruppe/Dienstklasse						
	W1			W2			
	VIII	VII	VI	V(3)	IV(3)	(2)	(1)
Sicherheitswachdienst	4	50		162			
Kriminaldienst	1	48		187			
Gendarmeriedienst	8	43	63	295	461		
Justizwachdienst		16	14	15	15	251	
Zollwachdienst				140	248	802	
Summe...	13	157	77	799	724	1.053	

Berufsoffiziere und zeitverpflichtete Soldaten	Planstellen der Verwendungsgruppe/Dienstklasse						
	H1			H2			
	IX	VIII	VII	VIII	VII	VI	
Berufsoffiziere	* 1	138	65	18	390	250	

Auf Rechnung der Planstelle H1/IX kann ein Beamter der Verwendungsgruppe A ernannt werden.

Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung	Planstellen der Dienstzulagengruppe									
	S	1	1b	2	2b	3	3b	A	B	
Verwendungsgruppe										
PT 1	3	5		5		5	5			
PT 2		53	35	27	56	80	30			
PT 3		84	50	125		76				
PT 4		45								
PT 5		37						525		
PT 7								308	85	
PT 8								515	543	
Summe...	3	224	85	157	56	161	35	1.348	628	

STELLENPLAN 1998

309

Teil V

**Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden**

10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen

1000 Zentraleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte	
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
A1					1						*	1
A2					1							1
A3										1		1
Summe ...											3	

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 1000...	3			3

Für Zwecke der österreichischen Raumordnungskonferenz

1031 Amt der Österreichischen Staatsdruckerei

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte	
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
A1					1							1
A2			2	2		6	4	5	9			28
A3							1	2				3
Summe ...											32	

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 1031...	32			32

1075 Bundessportheime und Sporteinrichtungen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte	
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
A1										1		1
Summe ...											1	

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 1075...	1			1

Gesamtsumme 10...	36				36
--------------------------	-----------	--	--	--	-----------

310

STELLENPLAN 1998

Teil V

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden

11 Inneres

1130 Bundespolizei

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe Beamte	
	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
E2b													6	6
Summe ...													6	

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 1130...	6				6

1131 Bundespolizei (zweckgeb. Gebarung)

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe Beamte	
	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
E2a													22	22
E2b													177	177
Summe ...													199	

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 1131...	199				199

1141 Bundesgendarmerie (zweckgeb. Gebarung)

Allgem. Verwaltung und handwerkll. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A	B	C	D	P1	P2	übrige Beamte	VB I		VB II			
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
D (d)										25		25	25
Summe...										25		25	25

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe Beamte
	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
E2a							1	1	9	24	42		77
E2b													213
Summe ...													290

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 1141...	290	25		25	315

Gesamtsumme 11...	495	25		25	520
-------------------	-----	----	--	----	-----

STELLENPLAN 1998

311

Teil V

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden

12 Unterricht und kulturelle Angelegenheiten

1200 Zentraleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
Verwendungsgruppe											
A1						1			1		2
A3										1	1
Summe ...											3

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB I	VB II	VB	
Gesamtsumme 12...	3				3

312

STELLENPLAN 1998

Teil V **Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,**
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden

14 Wissenschaft und Forschung

1402 Amt des BFPZ Arsenal

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1	1	2	2	3	9	26	5	49
A2					2	11	3	22	4		42
A3			1			9	11	4	6	1	32
A4										6	6
A6										1	1
Summe ...											130

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 1402...	130			130

1424 Wissenschaftliche Anstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				1	2	2	1	10	20	1	37
A2					1	1	6	23			31
A3						1	1	14	4		20
A4								1		1	2
A5										1	1
Summe ...											91

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 1424...	91			91

Gesamtsumme 14...	221			221
--------------------------	------------	--	--	------------

STELLENPLAN 1998

313

Teil V

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden

15 Soziales

1550 Ämter des AMS

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beante
A1			4	9	12	61	30	14	29	152	311
A2			2	12	23	90	239	1.007			1.373
A3					10			46	28	7	91
A4								5	1	17	23
A5								2	7	19	28
A6										2	2
Summe ...											1.828

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beante	VB I	VB II	VB	
Gesamtsumme 15...	1.828				1.828

314

STELLENPLAN 1998

Teil V

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden

50 Finanzverwaltung

5000 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1						1	1				2
A2			1	2	3	1	1	1			9
A3				1			1	1			3
A4								2			2
A6										2	2
Summe ...											18

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 5000...	18			18

Frei werdende Planstellen dürfen nicht nachbesetzt werden.

5080 Österreichisches Postsparkassenamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	1	1		7	3	8	3	5	2		30
A2		5	12	5	20	11	18	54	27		152
A3			20	35	45	15	10	100	91		316
A4										6	6
A5									1	6	7
A6										1	1
A7										1	1
Summe ...											513

STELLENPLAN 1998

315

Teil V

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden

5080 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										47		47	47
B (b)										205		205	205
C (c)										567		567	567
D (d)										261		261	261
E (e)										4		4	4
P2 (p2)											4	4	4
P3 (p3)											7	7	7
P5 (p5)											3	3	3
Summe ...										1.084	14	1.098	1.098

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 5080...	513	1.084	14	1.098	1.611

5081 Österreichische Salinen AG

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte	
A2				1					1		2	
Summe ...											2	

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Summe 5081...	2				2

5082 Amt der Münze Österreich

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte	
A1					2						2	
A2				2		2					4	
A3					3	5	3	7	1		19	
A4										5	5	
A5										2	2	
A6										4	4	
A7										1	1	
Summe ...											37	

316

STELLENPLAN 1998

Teil V

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden

5082 (Fortsetzung)

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB I	VB II	VB	
Summe 5082...	37				37

5083 Amt der Post- und Telekom Austria AG

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A	B	C	D	P1	P2	übrige		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte				
A (a)	1							1				1
Summe...	1							1				1

Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstzulagengruppe										Summe Beamte	
	PT1 - PT5								PT5, PT7, PT8			übrige Beamte
	S	1	1b	2	2b	3	3b	A	B			
Verwendungsgruppe												
PT1.....	* 63	55	70	128		106	5				4	431
PT2.....	13	270	240	158	349	453	197				2	1.682
PT3.....		996	481	2.611		757						4.845
PT4.....		564									3.801	4.365
PT5.....		380						3.295	96		3.973	7.744
PT6.....											6.024	6.024
PT7.....								548	2.086		3.013	5.647
PT8.....								731	3.308		7.515	11.554
PT9.....											367	367
											Summe ...	42.659

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB I	VB II	VB	
Summe 5083...	42.660				42.660

Gesamtsumme 50...	43.230	1.084	14	1.098	44.328
-------------------	--------	-------	----	-------	--------

Von den Planstellen der VGr. PT1, Dienstzulagengruppe S sind 8 für Fixbezüge
gem. §82a Abs. 5 GG 1956 vorgesehen.

STELLENPLAN 1998

317

Teil V **Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,**
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden

60 Land- und Forstwirtschaft

6000 Landwirtschaftliche Bundesversuchswirtschaften Ges. m. b. H.

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1							3		2		5
A2							1	7			8
A3							3	1	1		5
A4										4	4
Summe ...											22

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB I	VB II	VB	
Gesamtsumme 60...	22				22

318

STELLENPLAN 1998

Teil V **Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,**
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden

63 Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr

6300 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1									1		1
A2				1		1	7	1			10
Summe ...											11

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										1		1	1
B (b)										2		2	2
C (c)										3		3	3
D (d)										3		3	3
Summe...										9		9	9

Gesamtsumme 63...	11	9		9	20
-------------------	----	---	--	---	----

STELLENPLAN 1998

319

Teil V

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden

64 Bauten und Technik

6402 Schönbrunner Tiergartenamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1								1	1		2
A2						1					1
A3					2	2	2	1	2		9
A4								2	6	2	10
A5										2	2
A7										1	1
										Summe ...	25

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 6402...	25			25

6440 Wasserstraßendirektion

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2							1		1		2
A3							1	9			10
A4									1	1	2
										Summe ...	14

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
P2 (p2)											3	3	3
P4 (p4)											1	1	1
Summe...											4	4	4

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 6440...	14		4	18

320

STELLENPLAN 1998

Teil V

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden

6441 Amt der Wasserstraßendirektion

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					1				1		2
A2							2	2		1	5
A3		1	15		1	3	7	19	11	3	60
A4								13	6	39	58
A5										27	27
A6										4	4
A7										1	1
										Summe ...	157

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 6441...	157			157

6490 Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2								1			1
A3								1			1
										Summe ...	2

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendeung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB I			VB II
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)									1		1	1	
B (b)									4		4	4	
C (c)									2		2	2	
D (d)									3		3	3	
Summe...									10		10	10	

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 6490...	2	10	10	12

Gesamtsumme 64...	198	10	4	14	212
-------------------	-----	----	---	----	-----

Gesamtsumme 63+64...	209	19	4	23	232
----------------------	-----	----	---	----	-----

STELLENPLAN 1998

321

Teil V

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden

65 Verkehr und öffentliche Wirtschaft

6500 Verwaltungsbereich Verkehr

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1							1				1
A2					1						1
Summe ...											2

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Gesamtsumme 65...	2				2

322

STELLENPLAN 1998

Teil VI

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen
oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbar Ausmaß beschäftigt werden

10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen

1001 Verwaltungsakademie

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A	B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
B (b)										2		2
Summe...										2		2

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 1001...		2		2

1010 Staatsarchiv und Archivamt

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A	B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
D (d)										3		3
Summe...										3		3

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB I	VB II		
Summe 1010...		3		3

Gesamtsumme 10...		5		5
-------------------	--	---	--	---

STELLENPLAN 1998

323

Teil VI

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen
oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarem Ausmaß beschäftigt werden

11 Inneres

1100 Zentralleitung

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe		
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II				
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV								
A (a)										5		5	5		
B (b)										3		3	3		
D (d)										2		2	2		
Summe...										10		10	10		
Gesamtsumme 11...												10		10	10

324

S T E L L E N P L A N 1 9 9 8

Teil VI

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen
oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbar Ausmaß beschäftigt werden

12 Unterricht und kulturelle Angelegenheiten

1244 Museen

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		VB I	VB II			
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	übrige Beamte					
E (e)									*	40		40	40
Summe...										40		40	40

Gesamtsumme 12...		40		40	40
-------------------	--	----	--	----	----

Für die Zeit vom : 1.4. - 30.9. 20
1.10. - 31.3. 20

STELLENPLAN 1998

325

Teil VI

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen
oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarem Ausmaß beschäftigt werden

14 Wissenschaft und Forschung

1420 Universitäten

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
B (b)										* 140		140	140
Summe...										140		140	140

Hochschullehrer (Vertragsassistenten)	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
Universitätsassistent (Vertragsassistent)	* 777
Summe...	777

Krankenpflagedienst	Beamte der Verwendungsgruppe							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
							übrige Beamte		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe												
K2 (k2)									* 190		190	190
Summe...									190		190	190

Gesamtsumme 14...	777	330	330	1.107
-------------------	-----	-----	-----	-------

Für die klinischen Bereiche der medizinischen Fakultäten.
Die Inanspruchnahme dieser Planstellen bedarf des Einvernehmens zwischen dem
Bundeskanzler, dem BM für Finanzen und dem BM für Wissenschaft und Forschung.

326

STELLENPLAN 1998

Teil VI

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen
oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbar Ausmaß beschäftigt werden

20 Äußeres

2000 Zentraleitung und Vertretungsbehörden (2010)

Allgemeiner Verwaltungsdienst Verwendungsgruppe	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1		1			1			3
A2					1						1
A3								1			1
A5										1	1
A7										1	1
										Summe ...	7

Für die Diplomatische Akademie; diese Planstellen dürfen nicht nachbesetzt werden.

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										9		9	9
B (b)										6		6	6
D (d)										* 43		43	43
Summe...										58		58	58

Gesamtsumme 20...	7	58	58	65
-------------------	---	----	----	----

Von den Planstellen für Vertragsbedienstete der Kategorie B sind 20 d für die Zeit vom 1.3. - 31.10 vorgesehen;
auf deren Rechnung können VB I/R aufgenommen werden.

STELLENPLAN 1998

327

Teil VI

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen
oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbar Ausmaß beschäftigt werden

50 Finanzverwaltung

5040 Finanzlandesdirektionen

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
(I/R)										43		43	43
Summe...										43		43	43
Gesamtsumme 50...										43		43	43

Für die Zeit vom 1.4. - 31.10.

328

STELLENPLAN 1998

Teil VI

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen
oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbar Ausmaß beschäftigt werden

60 Land- und Forstwirtschaft

6091 Bundeskellereiinspektion

Allgem. Verwaltung und handwerk1. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB I			VB II
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
D (d)										45		45	45
Summe...										45		45	45

Gesamtsumme 60...		45		45	45
-------------------	--	----	--	----	----

Für die Zeit vom 1.8. - 31.12.

STELLENPLAN 1998

329

Teil VI

**Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen
oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarem Ausmaß beschäftigt werden**

64 Bauten und Technik

6490 Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB I			VB II
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
(II/R)											23	23	23
Summe...											23	23	23

Gesamtsumme 64...			23	23	23
-------------------	--	--	----	----	----

Gesamtsumme 63+64...			23	23	23
----------------------	--	--	----	----	----

Für die Zeit vom : 1.4. - 31.10

330

STELLENPLAN 1998

Teil VII Verzeichnis der Bundesbediensteten, für die eine Gesamtjahresarbeitsleistung in Stunden festgelegt ist

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	1.1. bis 31.8.		1.9. bis 31.12.		Normplanstelle errechneter Jahreswert *)
		Lehrerwochenstundenaufwand	davon Mehrdienstleistungen (MDL)	Lehrerwochenstundenaufwand	davon Mehrdienstleistungen (MDL)	
	Hoheitsverwaltung					
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten					
1270	Allgemeinbildende höhere Schulen	132.820	36.600	132.820	36.600	4.811
1271	Höhere Internatsschulen des Bundes	3.460	400	3.460	400	153
1274	Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung	1.320	180	1.320	180	57
1276	Bundesschülerheime (Allgemeinbildende)	1.300	100	1.300	100	60
1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten	63.786	44.400	63.786	44.400	970
1281	Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe	60.291	12.700	60.291	12.700	2.380
1282	Handelsakademien und Handelsschulen	51.032	19.800	51.032	19.800	1.562
1286	Bundesschülerheime (Berufsbildende)	1.160	90	1.160	90	54
1290	Pädagogische Akademien	6.280	5.000	6.280	5.000	64
1291	BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik	14.259	1.810	14.259	1.810	623
1292	Berufspädagogische Akademien	940	140	940	140	40
1293	Bundesanstalten für Leibeserziehung	60	60	60	60	--
1294	Pädagogische Institute	1.400	180	1.400	180	61
	Summe 12 ...	338.108	121.460	338.108	121.460	10.835
14	Wissenschaft und Forschung					
1420	Universitäten	6.669	3.369	6.669	3.369	165
1430	Kunsthochschulen	14.377	5.038	14.377	5.038	467
	Summe 14 ...	21.046	8.407	21.046	8.407	632
60	Land- und Forstwirtschaft					
6050	Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten	2.876	316	2.876	356	128
6052	Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten	452	92	452	92	18
6055	Bundesanstalten für Milchwirtschaft	60	--	60	--	3
6072	Forstliche Ausbildungsstätten	80	--	80	--	4
	Summe 60 ...	3.468	408	3.468	448	153
	Gesamtsumme...	362.622	130.275	362.622	130.315	11.620

*) Die 'Normplanstelle errechneter Jahreswert' ist eine Verhältniszahl, die auf Basis des Lehrerwochenstundenaufwandes (LwStA), vermindert um die Mehrdienstleistungen (MDL), errechnet wird (aufgerundet auf ganze Normplanstellen).

Berechnungsformel:
$$\frac{((\text{LwStA} - \text{MDL}) \text{ von } 1.1. \text{ bis } 31.8. \times 8 \text{ Monate}) + ((\text{LwStA} - \text{MDL}) \text{ von } 1.9. \text{ bis } 31.12. \times 4 \text{ Monate})}{20 \text{ Lehrerwochenstunden} \times 12 \text{ Monate}}$$

(2)

STELLENPLAN 1998

Anlage A.6

Gesamtübersicht nach Ressorts und Bedienstetenkategorien

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUKA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Beamte														
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes.	58	275	42	45	42	328	1.464	2.890	2.551	2.917	3.442	98	347	-
Richter und Richteramtsanwärter.....	-	-	-	62	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Staatsanwälte.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Hochschullehrer.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	9.596	-	-	-	-
Lehrer.....	-	-	-	-	-	-	10	-	23.381	355	-	-	-	-
Beamte des Schulaufsichtsdienstes....	-	-	-	-	-	-	-	-	232	-	-	-	-	-
Beamte des Exekutivdienstes.....	-	-	-	-	-	-	-	27.315	-	-	-	-	-	-
Beamte des militärischen Dienstes....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst	-	-	-	-	-	-	20	-	6	111	1	31	-	-
Summe Beamte...	58	275	42	107	42	328	1.494	30.205	26.170	12.979	3.443	129	347	-
Vertragsbedienstete - Angestellte														
VB I	11	84	23	58	5	5	1.513	2.014	3.355	5.946	536	159	262	-
Vertr. Ass. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	-	-	-	-	-	-	5	170	-	4	-	-	-
Summe VB I...	11	84	23	58	5	5	1.513	2.019	3.525	5.946	540	159	262	-
Vertragsbedienstete - Arbeiter														
VB II	4	26	6	12	-	12	221	1.175	2.639	602	24	42	5	-
Vertr. Ass. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	17	-	-	-	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	-	-	-	-	-	-	47	-	-	-	-	-	-
Summe VB II...	4	26	6	12	-	12	221	1.222	2.639	619	24	42	5	-
Gesamtsumme...	73	385	71	177	47	345	3.228	33.446	32.334	19.544	4.007	330	614	-
Gesamtsumme einschl. Bundesbetriebe...	-	-	-	-	-	-	-	-	34.959	-	-	-	-	-
Jugendliche Bedienstete														
Jugendliche VB.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anlernkräfte.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lehrlinge.....	-	-	-	-	-	-	1	-	-	169	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	1	-	-	169	-	-	-	-
Summe Lehlrl. inkl. Bundesbetriebe...	-	-	-	-	-	-	-	-	27	-	-	-	-	-
Gesamtsumme einschließlich Lehrlinge...	73	385	71	177	47	345	3.229	33.446	32.334	19.713	4.007	330	614	-
Normplanstellen (LwSt).....	-	-	-	-	-	-	-	-	10.835	632	-	-	-	-

STELLENPLAN 1998

(3)

Anlage A. G

Gesamtübersicht nach Ressorts und Bedienstetenkategorien

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits- verw.	Bundesbetriebe (Monopole)				Summe Bundes- betr.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	VÖW		BTV	A	ÖBF	PTV		
761	3.142	4.891	10.901	1.630	3.982	338	40.144	53	-	-	-	53	40.197
-	1.889	-	-	-	-	-	1.951	-	-	-	-	-	1.951
-	212	-	-	-	-	-	212	-	-	-	-	-	212
-	-	-	-	-	-	-	9.596	-	-	-	-	-	9.596
-	7	20	-	280	-	-	24.053	-	-	-	-	-	24.053
-	-	-	-	-	-	-	232	-	-	-	-	-	232
-	3.192	-	2.416	-	-	-	32.923	-	-	-	-	-	32.923
-	-	20.840	-	-	-	-	20.840	-	-	-	-	-	20.840
-	-	-	42.659	-	-	215	42.874	-	-	-	-	-	42.874
-	18	57	-	-	-	-	244	-	-	-	-	-	244
761	8.460	25.808	55.976	1.910	3.982	553	173.069	53	-	-	-	53	173.122
911	3.081	1.631	5.058	1.069	1.467	183	27.371	62	-	-	-	62	27.433
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	21	-	-	-	-	21	-	-	-	-	-	21
-	-	40	43	-	-	-	262	978	-	-	-	978	1.240
911	3.081	1.692	5.101	1.069	1.467	183	27.654	1.040	-	-	-	1.040	28.694
37	234	312	419	613	392	5	6.780	-	-	-	-	-	6.780
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	36	-	307	-	-	360	1.532	-	-	-	1.532	1.892
-	-	4	23	-	208	-	282	-	-	-	-	-	282
37	234	352	442	920	600	5	7.422	1.532	-	-	-	1.532	8.954
1.709	11.775	27.852	61.519	3.899	6.049	741	208.145	2.625	-	-	-	2.625	210.770
-	-	-	61.519	3.899	-	741	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	109	-	113	20	-	412	27	-	-	-	27	439
-	-	109	-	113	20	-	412	27	-	-	-	27	439
-	-	-	-	113	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1.709	11.775	27.961	61.519	4.012	6.069	741	208.557	2.652	-	-	-	2.652	211.209
-	-	-	-	153	-	-	11.620	-	-	-	-	-	11.620

(4)

STELLENPLAN 1998

Anlage A.1

Übersicht zu den Teilen II.A, IV und VII gegliedert nach Ressorts und Bedienstetenkategorien

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUKA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Beamte														
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes.	58	275	42	45	42	328	1.428	2.890	2.548	2.696	1.614	98	347	-
Richter und Richteramtsanwärter.....	-	-	-	62	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Staatsanwälte.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Hochschullehrer.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8.819	-	-	-	-
Lehrer.....	-	-	-	-	-	-	10	-	23.381	355	-	-	-	-
Beamte des Schulaufsichtsdienstes....	-	-	-	-	-	-	-	-	232	-	-	-	-	-
Beamte des Exekutivdienstes.....	-	-	-	-	-	-	-	26.820	-	-	-	-	-	-
Beamte des militärischen Dienstes....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst	-	-	-	-	-	-	20	-	6	111	1	31	-	-
Summe Beamte...	58	275	42	107	42	328	1.458	29.710	26.167	11.981	1.615	129	347	-
Vertragsbedienstete - Angestellte														
VB I	11	84	23	58	5	5	1.508	1.979	3.315	5.616	536	159	262	-
Vertr. Ass. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	-	-	-	-	-	-	5	170	-	4	-	-	-
Summe VB I...	11	84	23	58	5	5	1.508	1.984	3.485	5.616	540	159	262	-
Vertragsbedienstete - Arbeiter														
VB II	4	26	6	12	-	12	221	1.175	2.639	602	24	42	5	-
Vertr. Ass. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	17	-	-	-	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	-	-	-	-	-	-	47	-	-	-	-	-	-
Summe VB II...	4	26	6	12	-	12	221	1.222	2.639	619	24	42	5	-
Gesamtsumme...	73	385	71	177	47	345	3.187	32.916	32.291	18.216	2.179	330	614	-
Gesamtsumme einschl. Bundesbetriebe...	-	-	-	-	-	-	-	-	34.916	-	-	-	-	-
Jugendliche Bedienstete														
Jugendliche VB.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anlernkräfte.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lehrlinge.....	-	-	-	-	-	-	1	-	-	169	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	1	-	-	169	-	-	-	-
Summe Lehl. inkl. Bundesbetriebe...	-	-	-	-	-	-	-	-	27	-	-	-	-	-
Gesamtsumme einschließlich Lehrlinge...	73	385	71	177	47	345	3.188	32.916	32.291	18.385	2.179	330	614	-
Normplanstellen (LwSt).....	-	-	-	-	-	-	-	-	10.835	632	-	-	-	-

STELLENPLAN 1998

(5)

Anlage A.1 Übersicht zu den Teilen II.A, IV und VII gegliedert nach Ressorts und Bedienstetenkategorien

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits- verw.	Bundesbetriebe (Monopole)				Summe Bundes- betr.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	VÖW		BTV	A	ÖBF	PTV		
754	3.142	4.891	10.330	1.608	3.773	336	37.245	53	-	-	-	53	37.298
-	1.889	-	-	-	-	-	1.951	-	-	-	-	-	1.951
-	212	-	-	-	-	-	212	-	-	-	-	-	212
-	-	-	-	-	-	-	8.819	-	-	-	-	-	8.819
-	7	20	-	280	-	-	24.053	-	-	-	-	-	24.053
-	-	-	-	-	-	-	232	-	-	-	-	-	232
-	3.192	-	2.416	-	-	-	32.428	-	-	-	-	-	32.428
-	-	20.840	-	-	-	-	20.840	-	-	-	-	-	20.840
-	-	-	-	-	-	215	215	-	-	-	-	-	215
-	18	57	-	-	-	-	244	-	-	-	-	-	244
754	8.460	25.808	12.746	1.888	3.773	551	126.239	53	-	-	-	53	126.292
853	3.081	1.631	3.974	1.024	1.448	183	25.755	62	-	-	-	62	25.817
-	-	21	-	-	-	-	21	-	-	-	-	-	21
-	-	40	-	-	-	-	219	978	-	-	-	978	1.197
853	3.081	1.692	3.974	1.024	1.448	183	25.995	1.040	-	-	-	1.040	27.035
37	234	312	405	613	388	5	6.762	-	-	-	-	-	6.762
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	36	-	307	-	-	360	1.532	-	-	-	1.532	1.892
-	-	4	23	-	185	-	259	-	-	-	-	-	259
37	234	352	428	920	573	5	7.381	1.532	-	-	-	1.532	8.913
1.644	11.775	27.852	17.148	3.832	5.794	739	159.615	2.625	-	-	-	2.625	162.240
-	-	-	17.148	3.832	-	739	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	109	-	113	20	-	412	27	-	-	-	27	439
-	-	109	-	113	20	-	412	27	-	-	-	27	439
-	-	-	-	113	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1.644	11.775	27.961	17.148	3.945	5.814	739	160.027	2.652	-	-	-	2.652	162.679
-	-	-	-	153	-	-	11.620	-	-	-	-	-	11.620

(6)

STELLENPLAN 1998

Anlage A.2

Übersicht zum Teil V gegliedert nach Ressorts und Bedienstetenkategorien

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUKA	BNWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Beamte														
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes.	-	-	-	-	-	-	36	-	3	221	1.828	-	-	-
Richter und Richteramtsanwärter.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Staatsanwälte.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Hochschullehrer.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lehrer.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des Schulaufsichtsdienstes....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des Exekutivdienstes.....	-	-	-	-	-	-	-	495	-	-	-	-	-	-
Beamte des militärischen Dienstes....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe Beamte...	-	-	-	-	-	-	36	495	3	221	1.828	-	-	-
Vertragsbedienstete - Angestellte														
VB I.....	-	-	-	-	-	-	-	25	-	-	-	-	-	-
Vertr. Ass. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe VB I...	-	-	-	-	-	-	-	25	-	-	-	-	-	-
Vertragsbedienstete - Arbeiter														
VB II.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vertr. Ass. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe VB II...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtsumme...	-	-	-	-	-	-	36	520	3	221	1.828	-	-	-
Gesamtsumme einschl. Bundesbetriebe...	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-	-	-	-	-
Jugendliche Bedienstete														
Jugendliche VB.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anlernkräfte.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lehrlinge.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe Lehrl. inkl. Bundesbetriebe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtsumme einschließlich Lehrlinge...	-	-	-	-	-	-	36	520	3	221	1.828	-	-	-
Normplanstellen (LwSt).....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

STELLENPLAN 1998

(7)

Anlage A.2 Übersicht zum Teil V gegliedert nach Ressorts und Bedienstetenkategorien

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.	Bundesbetriebe (Monopole)				Summe Bundes- betr.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	VÖW		BTV	A	ÖBF	PTV		
-	-	-	571	22	209	2	2.892	-	-	-	-	-	2.892
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	495	-	-	-	-	-	495
-	-	-	42.659	-	-	-	42.659	-	-	-	-	-	42.659
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	43.230	22	209	2	46.046	-	-	-	-	-	46.046
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	1.084	-	19	-	1.128	-	-	-	-	-	1.128
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	1.084	-	19	-	1.128	-	-	-	-	-	1.128
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	14	-	4	-	18	-	-	-	-	-	18
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	14	-	4	-	18	-	-	-	-	-	18
-	-	-	44.328	22	232	2	47.192	-	-	-	-	-	47.192
-	-	-	44.328	22	-	2	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	44.328	22	232	2	47.192	-	-	-	-	-	47.192
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

(8)

STELLENPLAN 1998

Anlage A.3

Übersicht zum Teil VI gegliedert nach Ressorts und Bedienstetenkategorien

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUKA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Beamte														
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Richter und Richteramtsanwärter.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Staatsanwälte.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Hochschullehrer.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	777	-	-	-	-
Lehrer.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des Schulaufsichtsdienstes....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des Exekutivdienstes.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des militärischen Dienstes....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe Beamte...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	777	-	-	-	-
Vertragsbedienstete - Angestellte														
VB I.....	-	-	-	-	-	-	5	10	40	330	-	-	-	-
Vertr. Ass. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe VB I...	-	-	-	-	-	-	5	10	40	330	-	-	-	-
Vertragsbedienstete - Arbeiter														
VB II.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vertr. Ass. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe VB II...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtsumme...	-	-	-	-	-	-	5	10	40	1.107	-	-	-	-
Gesamtsumme einschl. Bundesbetriebe...	-	-	-	-	-	-	-	-	40	-	-	-	-	-
Jugendliche Bedienstete														
Jugendliche VB.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anlernkräfte.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lehrlinge.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe Lehlrl. inkl. Bundesbetriebe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtsumme einschließlich Lehrlinge...	-	-	-	-	-	-	5	10	40	1.107	-	-	-	-
Normplanstellen (LwSt).....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

STELLENPLAN 1998

(9)

Anlage A.3 Übersicht zum Teil VI gegliedert nach Ressorts und Bedienstetenkategorien

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.	Bundesbetriebe (Monopole)				Summe Bundes- betr.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	VÖW		BTV	A	ÖBF	PTV		
7	-	-	-	-	-	-	7	-	-	-	-	-	7
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	777	-	-	-	-	-	777
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
7	-	-	-	-	-	-	784	-	-	-	-	-	784
58	-	-	-	45	-	-	488	-	-	-	-	-	488
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	43	-	-	-	43	-	-	-	-	-	43
58	-	-	43	45	-	-	531	-	-	-	-	-	531
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	23	-	23	-	-	-	-	-	23
-	-	-	-	-	23	-	23	-	-	-	-	-	23
65	-	-	43	45	23	-	1.338	-	-	-	-	-	1.338
-	-	-	43	45	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
65	-	-	43	45	23	-	1.338	-	-	-	-	-	1.338
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

(10)

STELLENPLAN 1998

Anlage B. G

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Ressorts)
(Gesamtübersicht)

Kap.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1997				Stellenplan 1998				Unterschied gegenüber Vorjahr							
		Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete				
			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL		
Hoheitsverwaltung																	
01	Präsidentschaftskanzlei	60	9	4	-	73	58	11	4	-	73	-	2	+ 2	-	-	-
02	Parlamentsdirektion	329	25	26	-	380	275	84	26	-	385	-	54	+ 59	-	-	+ 5
03	Verfassungsgerichtshof	42	23	6	-	71	42	23	6	-	71	-	-	-	-	-	-
04	Verwaltungsgerichtshof	109	51	12	-	172	107	58	12	-	177	-	2	+ 7	-	-	+ 5
05	Volksanwaltschaft	42	5	-	-	47	42	5	-	-	47	-	-	-	-	-	-
06	Rechnungshof	333	5	7	-	345	328	5	12	-	345	-	5	-	+ 5	-	-
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen ..	1.607	1.354	212	17	3.190	1.494	1.513	221	1	3.229	-	113	+ 159	+ 9	-	16
11	Inneres	29.721	1.651	1.339	18	32.729	30.205	2.019	1.222	-	33.446	+ 484	+ 368	- 117	-	-	18
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	28.420	2.967	2.421	20	33.828	26.170	3.525	2.639	-	32.334	- 2.250	+ 558	+ 218	-	-	20
	<i>Normplanstellen (LwSt)</i>	-	-	8.947	-	8.947	-	-	10.835	-	10.835	-	-	-	+ 1.888	-	+ 1.888
14	Wissenschaft und Forschung	13.586	5.144	695	360	19.785	12.979	5.946	619	169	19.713	- 607	+ 802	- 76	-	-	191
	<i>Normplanstellen (LwSt)</i>	-	-	692	-	692	-	-	632	-	632	-	-	-	-	-	60
15	Soziales	4.025	389	27	1	4.442	3.443	540	24	-	4.007	- 582	+ 151	- 3	-	-	1
17	Gesundheit	146	148	42	1	337	129	159	42	-	330	- 17	+ 11	-	-	-	1
18	Umwelt	460	162	4	-	626	347	262	5	-	614	- 113	+ 100	+ 1	-	-	12
19	Jugend und Familie	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
20	Äußeres	854	787	37	-	1.678	761	911	37	-	1.709	- 93	+ 124	-	-	-	+ 31
30	Justiz	9.414	2.182	228	119	11.943	8.460	3.081	234	-	11.775	- 954	+ 899	+ 6	-	-	119
40	Militärische Angelegenheiten	27.854	707	677	109	29.347	25.808	1.692	352	109	27.961	- 2.046	+ 985	- 325	-	-	-
50	Finanzverwaltung	59.820	2.976	452	5	63.253	55.976	5.101	442	-	61.519	- 3.844	+ 2.125	- 10	-	-	5
60	Land- und Forstwirtschaft	2.392	770	2.346	125	5.633	1.910	1.069	920	113	4.012	- 482	+ 299	- 1.426	-	-	12
	<i>Normplanstellen (LwSt)</i>	-	-	112	-	112	-	-	153	-	153	-	-	+ 41	-	-	41
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	1.068	366	10	-	1.444	964	466	10	-	1.440	- 104	+ 100	-	-	-	4
64	Bauten und Technik	3.410	902	620	35	4.967	3.018	1.001	590	20	4.629	- 392	+ 99	- 30	-	-	15
65	Verkehr und öffentliche Wirtschaft ..	646	96	3	-	745	553	183	5	-	741	- 93	+ 87	+ 2	-	-	4
	Summe Hoheitsverwaltung...	184.338	20.719	9.168	810	215.035	173.069	27.654	7.422	412	208.557	- 11.269	+ 6.935	- 1.746	- 398	- 6.478	
	<i>Summe Normplanstellen (LwSt)...</i>	-	-	9.751	-	9.751	-	-	11.620	-	11.620	-	-	+ 1.869	-	+ 1.869	
Bundesbetriebe																	
71	Bundestheater	53	1.042	1.542	27	2.664	53	1.040	1.532	27	2.652	-	-	2	-	10	-
75	Alkohol (Monopol)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
77	Österreichische Bundesforste	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe Bundesbetriebe...	53	1.042	1.542	27	2.664	53	1.040	1.532	27	2.652	-	-	2	-	10	
	Gesamtsumme...	184.391	21.761	10.710	837	217.699	173.122	28.694	8.954	439	211.209	- 11.269	+ 6.933	- 1.756	- 398	- 6.490	
	<i>Gesamtsumme Normplanstellen (LwSt)...</i>	-	-	9.751	-	9.751	-	-	11.620	-	11.620	-	-	+ 1.869	-	+ 1.869	

Die kursiv angegebenen Werte der 'Normplanstellen (LwSt)' sind in keinem der ausgewiesenen Beträge (Summen) berücksichtigt.

STELLENPLAN 1998

(11)

Anlage B.1

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Ressorts)
(Teil II.A, IV und VII)

Kap.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1997				Stellenplan 1998				Unterschied gegenüber Vorjahr											
		Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete								
			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL						
Hoheitsverwaltung																					
01	Präsidentenkanzlei	60	9	4	-	73	58	11	4	-	73	-	2	+	2	-	-	-			
02	Parlamentsdirektion	329	25	26	-	380	275	84	26	-	385	-	54	+	59	-	-	+	5		
03	Verfassungsgerichtshof	42	23	6	-	71	42	23	6	-	71	-	-	-	-	-	-	-	-		
04	Verwaltungsgerichtshof	109	51	12	-	172	107	58	12	-	177	-	2	+	7	-	-	+	5		
05	Volksanwaltschaft	42	5	-	-	47	42	5	-	-	47	-	-	-	-	-	-	-	-		
06	Rechnungshof	333	5	7	-	345	328	5	12	-	345	-	5	-	+	5	-	-	-		
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen ..	1.570	1.349	212	17	3.148	1.458	1.508	221	1	3.188	-	112	+	159	+	9	-	16	+	40
11	Inneres	29.226	1.616	1.339	18	32.199	29.710	1.984	1.222	-	32.916	+	484	+	368	-	117	-	18	+	717
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	28.417	2.927	2.421	20	33.785	26.167	3.485	2.639	-	32.291	-	2.250	+	558	+	218	-	20	-	1.494
	<i>Normplanstellen (LwSt)</i>	-	-	8.947	-	8.947	-	-	10.835	-	10.835	-	-	-	-	-	+1.888	-	-	+	1.888
14	Wissenschaft und Forschung	12.546	4.814	695	360	18.415	11.981	5.616	619	169	18.385	-	565	+	802	-	76	-	191	-	30
	<i>Normplanstellen (LwSt)</i>	-	-	692	-	692	-	-	632	-	632	-	-	-	-	-	60	-	-	-	60
15	Soziales	1.773	385	27	1	2.186	1.615	540	24	-	2.179	-	158	+	155	-	3	-	1	-	7
17	Gesundheit	146	148	42	1	337	129	159	42	-	330	-	17	+	11	-	-	-	1	-	7
18	Umwelt	460	162	4	-	626	347	262	5	-	614	-	113	+	100	+	1	-	-	-	12
19	Jugend und Familie	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
20	Äußeres	847	729	37	-	1.613	754	853	37	-	1.644	-	93	+	124	-	-	-	-	+	31
30	Justiz	9.414	2.182	228	119	11.943	8.460	3.081	234	-	11.775	-	954	+	899	+	6	-	119	-	168
40	Militärische Angelegenheiten	27.854	707	677	109	29.347	25.808	1.692	352	109	27.961	-	2.046	+	985	-	325	-	-	-	1.386
50	Finanzverwaltung	15.317	2.089	437	5	17.848	12.746	3.974	428	-	17.148	-	2.571	+	1.885	-	9	-	5	-	700
60	Land- und Forstwirtschaft	2.392	725	2.346	125	5.588	1.888	1.024	920	113	3.945	-	504	+	299	-	1.426	-	12	-	1.643
	<i>Normplanstellen (LwSt)</i>	-	-	112	-	112	-	-	153	-	153	-	-	-	+	41	-	-	+	41	
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	1.057	357	10	-	1.424	953	457	10	-	1.420	-	104	+	100	-	-	-	-	-	4
64	Bauten und Technik	3.183	890	596	35	4.704	2.820	991	563	20	4.394	-	363	+	101	-	33	-	15	-	310
65	Verkehr und öffentliche Wirtschaft ..	642	96	3	-	741	551	183	5	-	739	-	91	+	87	+	2	-	-	-	2
	<i>Summe Hoheitsverwaltung...</i>	135.759	19.294	9.129	810	164.992	126.239	25.995	7.381	412	160.027	-	9.520	+	6.701	-	1.748	-	398	-	4.965
	<i>Summe Normplanstellen (LwSt)...</i>	-	-	9.751	-	9.751	-	-	11.620	-	11.620	-	-	-	-	-	+1.869	-	-	+	1.869
Bundesbetriebe																					
71	Bundestheater	53	1.042	1.542	27	2.664	53	1.040	1.532	27	2.652	-	-	2	-	10	-	-	-	-	12
75	Alkohol (Monopol)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
77	Österreichische Bundesforste	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	<i>Summe Bundesbetriebe...</i>	53	1.042	1.542	27	2.664	53	1.040	1.532	27	2.652	-	-	2	-	10	-	-	-	-	12
	<i>Gesamtsumme...</i>	135.812	20.336	10.671	837	167.656	126.292	27.035	8.913	439	162.679	-	9.520	+	6.699	-	1.758	-	398	-	4.977
	<i>Gesamtsumme Normplanstellen (LwSt)...</i>	-	-	9.751	-	9.751	-	-	11.620	-	11.620	-	-	-	-	-	+1.869	-	-	+	1.869

Die kursiv angegebenen Werte der 'Normplanstellen (LwSt)' sind in keinem der ausgewiesenen Beträge (Summen) berücksichtigt.

(12)

STELLENPLAN 1998

Anlage B.2

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Ressorts)
(Teil V)

Kap.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1997				Stellenplan 1998				Unterschied gegenüber Vorjahr										
		Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe				
			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL					
	Hoheitsverwaltung																			
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen ...	37	-	-	-	37	36	-	-	-	36	-	1	-	-	-	-	-	1	
11	Inneres	495	25	-	-	520	495	25	-	-	520	-	-	-	-	-	-	-	-	
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	3	-	-	-	3	3	-	-	-	3	-	-	-	-	-	-	-	-	
14	Wissenschaft und Forschung	263	-	-	-	263	221	-	-	-	221	-	42	-	-	-	-	-	42	
15	Soziales	2.252	4	-	-	2.256	1.828	-	-	-	1.828	-	424	-	4	-	-	-	428	
50	Finanzverwaltung	44.503	844	15	-	45.362	43.230	1.084	14	-	44.328	-	1.273	+	240	-	1	-	1.034	
60	Land- und Forstwirtschaft	-	-	-	-	-	22	-	-	-	22	+	22	-	-	-	-	-	22	
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	11	9	-	-	20	11	9	-	-	20	-	-	-	-	-	-	-	-	
64	Bauten und Technik	227	12	1	-	240	198	10	4	-	212	-	29	-	2	+	3	-	28	
65	Verkehr und öffentliche Wirtschaft ...	4	-	-	-	4	2	-	-	-	2	-	2	-	-	-	-	-	2	
	Summe Hoheitsverwaltung...	47.795	894	16	-	48.705	46.046	1.128	18	-	47.192	-	1.749	+	234	+	2	-	-	1.513
	Bundesbetriebe																			
	Summe Bundesbetriebe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
	Gesamtsumme...	47.795	894	16	-	48.705	46.046	1.128	18	-	47.192	-	1.749	+	234	+	2	-	-	1.513

STELLENPLAN 1998

(13)

Anlage B.3

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Ressorts)
(Teil VI)

Kap.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1997				Stellenplan 1998				Unterschied gegenüber Vorjahr							
		Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	
			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL		
	Hoheitsverwaltung																
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen ..	-	5	-	-	5	-	5	-	-	5	-	-	-	-	-	-
11	Inneres	-	10	-	-	10	-	10	-	-	10	-	-	-	-	-	-
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	-	40	-	-	40	-	40	-	-	40	-	-	-	-	-	-
14	Wissenschaft und Forschung	777	330	-	-	1.107	777	330	-	-	1.107	-	-	-	-	-	-
20	Äußeres	7	58	-	-	65	7	58	-	-	65	-	-	-	-	-	-
50	Finanzverwaltung	-	43	-	-	43	-	43	-	-	43	-	-	-	-	-	-
60	Land- und Forstwirtschaft	-	45	-	-	45	-	45	-	-	45	-	-	-	-	-	-
64	Bauten und Technik	-	-	23	-	23	-	-	23	-	23	-	-	-	-	-	-
	Summe Hoheitsverwaltung...	784	531	23	-	1.338	784	531	23	-	1.338	-	-	-	-	-	-
	Bundesbetriebe																
	Summe Bundesbetriebe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Gesamtsumme...	784	531	23	-	1.338	784	531	23	-	1.338	-	-	-	-	-	-

(14)

STELLENPLAN 1998

Anlage B1.1

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)
(Teil II.A, IV und VII)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1997				Stellenplan 1998				Unterschied gegenüber Vorjahr											
		Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete								
			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL						
	Hoheitsverwaltung																				
0	Oberste Organe																				
01	Präsidentschaftskanzlei	60	9	4	-	73	58	11	4	-	73	-	2	+	2	-	-	-	-		
02	Parlamentsdirektion	329	25	26	-	380	275	84	26	-	385	-	54	+	59	-	-	+	5		
03	Verfassungsgerichtshof	42	23	6	-	71	42	23	6	-	71	-	-	-	-	-	-	-	-		
04	Verwaltungsgerichtshof	109	51	12	-	172	107	58	12	-	177	-	2	+	7	-	-	+	5		
05	Volkswirtschaft	42	5	-	-	47	42	5	-	-	47	-	-	-	-	-	-	-	-		
06	Rechnungshof	333	5	7	-	345	328	5	12	-	345	-	5	-	+	5	-	-	-		
	Summe 0...	915	118	55	-	1.088	852	186	60	-	1.098	-	63	+	68	+	5	-	+	10	
10	Bundeskantleramt mit Dienststellen																				
1000	Zentralleitung	636	352	32	5	1.025	615	380	32	-	1.027	-	21	+	28	-	-	5	+	2	
1001	Verwaltungsakademie	16	19	-	-	35	16	19	-	-	35	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
1008	Unabhängiger Bundesasylsenat (UBAS)	-	-	-	-	-	85	2	-	-	87	+	85	+	2	-	-	+	87		
1010	Staatsarchiv und Archivamt	110	18	7	1	136	110	18	7	-	135	-	-	-	-	-	-	1	-	1	
1020	Statistisches Zentralamt	449	730	28	9	1.216	347	807	33	-	1.187	-	102	+	77	+	5	-	9	-	29
1075	Bundessporttheime und Sporteinrichtungen	57	67	118	-	242	44	64	120	-	228	-	13	-	3	+	2	-	-	14	
1090	Lebensmitteluntersuchungsanstalten	149	72	12	2	235	137	81	13	1	232	-	12	+	9	+	1	-	1	-	3
1091	Veterinärmedizinische Anstalten	143	70	15	-	228	96	112	16	-	224	-	47	+	42	+	1	-	-	4	
1092	Veterinärmedizinischer Grenzbeschauendienst	10	21	-	-	31	8	25	-	-	33	-	2	+	4	-	-	+	2		
	Summe 10...	1.570	1.349	212	17	3.148	1.458	1.508	221	1	3.188	-	112	+	159	+	9	-	16	+	40
11	Inneres																				
1100	Zentralleitung	784	392	97	-	1.273	782	403	88	-	1.273	-	2	+	11	-	9	-	-	-	
1130	Bundespolizei	15.027	700	489	18	16.234	14.975	788	388	-	16.151	-	52	+	88	-	101	-	18	-	83
1140	Bundesgendarmerie	13.342	462	662	-	14.466	13.842	731	657	-	15.230	+	500	+	269	-	5	-	+	764	
1150	Flüchtlingsbetreuung und Integration	35	38	83	-	156	35	36	81	-	152	-	-	-	2	-	2	-	-	4	
1151	Öffentl. Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen	2	4	7	-	13	2	4	7	-	13	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
1152	Bundesasylamt	36	20	1	-	57	74	22	1	-	97	+	38	+	2	-	-	+	40		
	Summe 11...	29.226	1.616	1.339	18	32.199	29.710	1.984	1.222	-	32.916	+	484	+	368	-	117	-	18	+	717

STELLENPLAN 1998

(15)

Anlage B1.1

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)
(Teil II. A, IV und VII)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1997					Stellenplan 1998					Unterschied gegenüber Vorjahr								
		Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe				
			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL					
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten																			
1200	Zentralleitung	503	203	21	6	733	463	247	13	-	723	-	40	+ 44	-	8	-	6	-	10
1240	Hofmusikkapelle	1	9	-	-	10	1	9	-	-	10	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1241	Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen	23	10	46	-	79	19	11	49	-	79	-	4	+ 1	+ 3	-	-	-	-	-
1242	Sonstige Einrichtungen für Jugendberziehung	19	13	1	-	33	16	15	1	-	32	-	3	+ 2	-	-	-	-	1	
1243	Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung	61	28	19	-	108	49	40	19	-	108	-	12	+ 12	-	-	-	-	-	
1244	Museen	305	725	96	5	1.131	229	804	90	-	1.123	-	76	+ 79	-	6	-	5	-	8
1246	Nationalbibliothek und Phonotheek	191	118	6	7	322	145	177	7	-	329	-	46	+ 59	+ 1	-	7	+ 7	7	
1247	Bundesdenkmalamt	122	81	6	2	211	98	108	6	-	212	-	24	+ 27	-	-	2	+ 1	1	
1260	Schulaufsichtsbehörden	1.063	355	29	-	1.447	950	494	46	-	1.490	-	113	+ 139	+ 17	-	-	-	43	
1261	Schulpsychologie - Bildungsberatung	127	41	-	-	168	119	49	-	-	168	-	8	+ 8	-	-	-	-	-	
1270	Allgemeinbildende höhere Schulen	12.151	359	883	-	13.393	11.527	415	933	-	12.875	-	624	+ 56	+ 50	-	-	-	518	
	Normplanstellen (LwSt)	-	-	4.350	-	4.350	-	-	4.811	-	4.811	-	-	+ 461	-	-	-	-	461	
1271	Höhere Internatsschulen des Bundes	257	26	105	-	388	203	32	137	-	372	-	54	+ 6	+ 32	-	-	-	16	
	Normplanstellen (LwSt)	-	-	143	-	143	-	-	153	-	153	-	-	+ 10	-	-	-	-	10	
1274	Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung	122	20	45	-	187	93	25	52	-	170	-	29	+ 5	+ 7	-	-	-	17	
	Normplanstellen (LwSt)	-	-	40	-	40	-	-	57	-	57	-	-	+ 17	-	-	-	-	17	
1276	Bundesschülerheime (Allgemeinbildende)	55	12	60	-	127	38	16	60	-	114	-	17	+ 4	-	-	-	-	13	
	Normplanstellen (LwSt)	-	-	55	-	55	-	-	60	-	60	-	-	+ 5	-	-	-	-	5	
1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten	4.373	423	465	-	5.261	4.282	435	513	-	5.230	-	91	+ 12	+ 48	-	-	-	31	
	Normplanstellen (LwSt)	-	-	944	-	944	-	-	970	-	970	-	-	+ 26	-	-	-	-	26	
1281	Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe	3.824	170	224	-	4.218	2.839	212	256	-	3.307	-	985	+ 42	+ 32	-	-	-	911	
	Normplanstellen (LwSt)	-	-	1.223	-	1.223	-	-	2.380	-	2.380	-	-	+ 1.157	-	-	-	-	1.157	
1282	Handelsakademien und Handelsschulen	3.369	152	224	-	3.745	3.229	173	248	-	3.650	-	140	+ 21	+ 24	-	-	-	95	
	Normplanstellen (LwSt)	-	-	1.287	-	1.287	-	-	1.562	-	1.562	-	-	+ 275	-	-	-	-	275	
1286	Bundesschülerheime (Berufsbildende)	57	13	50	-	120	39	13	56	-	108	-	18	+ 6	-	-	-	-	12	
	Normplanstellen (LwSt)	-	-	53	-	53	-	-	54	-	54	-	-	+ 1	-	-	-	-	1	
1290	Pädagogische Akademien	980	79	42	-	1.101	1.086	89	44	-	1.219	+ 106	+ 10	+ 2	-	-	-	-	118	
	Normplanstellen (LwSt)	-	-	186	-	186	-	-	64	-	64	-	-	-	-	-	-	-	122	
1291	BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik	477	33	64	-	574	500	38	69	-	607	+ 23	+ 5	+ 5	-	-	-	-	33	
	Normplanstellen (LwSt)	-	-	627	-	627	-	-	623	-	623	-	-	-	-	-	-	-	4	
1292	Berufspädagogische Akademien	105	15	9	-	129	58	21	10	-	89	-	47	+ 6	+ 1	-	-	-	40	
	Normplanstellen (LwSt)	-	-	-	-	-	-	-	40	-	40	-	-	+ 40	-	-	-	-	40	
1293	Bundesanstalten für Leibeserziehung	46	21	23	-	90	27	33	27	-	87	-	19	+ 12	+ 4	-	-	-	3	
1294	Pädagogische Institute	186	21	3	-	210	157	29	3	-	189	-	29	+ 8	-	-	-	-	21	
	Normplanstellen (LwSt)	-	-	39	-	39	-	-	61	-	61	-	-	+ 22	-	-	-	-	22	
	Summe 12. ...	28.417	2.927	2.421	20	33.785	26.167	3.485	2.639	-	32.291	-	2.250	+ 558	+ 218	-	20	-	1.494	
	Summe 12 Normplanstellen (LwSt) ...	-	-	8.947	-	8.947	-	-	10.835	-	10.835	-	-	+ 1.888	-	-	-	-	1.888	
14	Wissenschaft und Forschung																			
1400	Verwaltungsbereich Wissenschaft	350	64	2	-	416	306	117	2	-	425	-	44	+ 53	-	-	-	-	9	
1420	Universitäten	11.141	4.411	589	329	16.470	10.655	4.962	557	169	16.343	-	486	+ 551	-	32	-	160	-	127
	Normplanstellen (LwSt)	-	-	185	-	185	-	-	165	-	165	-	-	-	-	20	-	-	20	
1424	Wissenschaftliche Anstalten	115	-	-	1	116	128	71	3	-	202	+ 13	+ 71	+ 3	-	1	+ 86	86		
1430	Kunsthochschulen	940	339	104	30	1.413	892	466	57	-	1.415	-	48	+ 127	-	47	-	30	+ 2	
	Normplanstellen (LwSt)	-	-	507	-	507	-	-	467	-	467	-	-	-	-	40	-	-	40	
	Summe 14. ...	12.546	4.814	695	360	18.415	11.981	5.616	619	169	18.385	-	565	+ 802	-	76	-	191	-	30
	Summe 14 Normplanstellen (LwSt) ...	-	-	692	-	692	-	-	632	-	632	-	-	-	-	60	-	-	60	
15	Soziales																			
1500	Zentralleitung	628	191	1	1	821	577	242	1	-	820	-	51	+ 51	-	-	-	1	-	1
1570	Bundessozialämter	755	104	15	-	874	661	195	12	-	868	-	94	+ 91	-	3	-	-	6	
1590	Heimarbeitungskommissionen	3	5	-	-	8	3	4	-	-	7	-	-	-	1	-	-	-	1	
1592	Arbeitsinspektion	387	85	11	-	483	374	99	11	-	484	-	13	+ 14	-	-	-	-	1	
	Summe 15. ...	1.773	385	27	1	2.186	1.615	540	24	-	2.179	-	158	+ 155	-	3	-	1	-	7

(16)

STELLENPLAN 1998

Anlage B1.1

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)
(Teil II. A, IV und VII)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1997					Stellenplan 1998					Unterschied gegenüber Vorjahr								
		Beamte			Vertrags- bedienstete		Summe	Beamte			Vertrags- bedienstete		Summe	Beamte			Vertrags- bedienstete		Summe	
		VB I	VB II	JAL	VB I	VB II		JAL	VB I	VB II	JAL									
17	Gesundheit																			
1792	Bakteriologisch-serologische u. sonst. Untersuchungsanst.	146	147	42	1	336	129	158	42	-	329	-	17	+ 11	-	-	1	-	-	7
1794	Bundeshebammenlehranstalten/Bundes- Hebammenakademien	-	1	-	-	1	-	1	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 17...	146	148	42	1	337	129	159	42	-	330	-	17	+ 11	-	-	1	-	-	7
18	Umwelt																			
1800	Zentralleitung	317	84	-	-	401	245	150	1	-	396	-	72	+ 66	+ 1	-	-	-	-	5
1870	Umweltbundesamt	143	78	4	-	225	102	112	4	-	218	-	41	+ 34	-	-	-	-	-	7
	Summe 18...	460	162	4	-	626	347	262	5	-	614	-	113	+ 100	+ 1	-	-	-	-	12
19	Jugend und Familie																			
1900	Bundesministerium für Jugend und Familie	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 19...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
20	Äußeres																			
2000	Zentralleitung und Vertretungsbehörden (2010)	815	695	37	-	1.547	725	816	37	-	1.578	-	90	+ 121	-	-	-	-	-	31
2030	Österreichische Kulturinstitute	32	34	-	-	66	29	37	-	-	66	-	3	+ 3	-	-	-	-	-	-
	Summe 20...	847	729	37	-	1.613	754	853	37	-	1.644	-	93	+ 124	-	-	-	-	-	31
30	Justiz																			
3000	Zentralleitung	176	54	5	-	235	162	72	5	-	239	-	14	+ 18	-	-	-	-	-	4
3010	Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur	94	17	1	-	112	92	19	1	-	112	-	2	+ 2	-	-	-	-	-	-
3020	Justizbehörden in den Ländern	5.496	1.843	211	119	7.669	4.706	2.645	217	-	7.568	-	790	+ 802	+ 6	-	-	-	-	101
3030	Justizanstalten	3.481	266	11	-	3.758	3.356	330	11	-	3.697	-	125	+ 64	-	-	-	-	-	61
3050	Bewährungshilfe	167	2	-	-	169	144	15	-	-	159	-	23	+ 13	-	-	-	-	-	10
	Summe 30...	9.414	2.182	228	119	11.943	8.460	3.081	234	-	11.775	-	954	+ 899	+ 6	-	-	-	-	168
40	Militärische Angelegenheiten																			
4000	Zentralleitung	823	225	6	-	1.054	811	213	-	-	1.024	-	12	- 12	- 6	-	-	-	-	30
4010	Militärpersonen und Heeresverwaltung	26.957	442	607	109	28.115	24.932	1.441	297	109	26.779	-	2.025	+ 999	- 310	-	-	-	-	1.336
4040	Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut	71	19	8	-	98	62	17	19	-	98	-	9	- 2	+ 11	-	-	-	-	-
4050	Allentsteig (betriebsähnl. Einrichtung)	3	21	56	-	80	3	21	36	-	60	-	-	- 20	-	-	-	-	-	20
	Summe 40...	27.854	707	677	109	29.347	25.808	1.692	352	109	27.961	-	2.046	+ 985	- 325	-	-	-	-	1.386
50	Finanzverwaltung																			
5000	Zentralleitung	781	266	57	-	1.104	727	303	58	-	1.088	-	54	+ 37	+ 1	-	-	-	-	16
5040	Finanzlandesdirektionen	14.271	1.730	369	-	16.370	11.835	3.495	359	-	15.689	-	2.436	+ 1.765	- 10	-	-	-	-	681
5070	Bundespensionsamt	151	47	-	5	203	94	108	-	-	202	-	57	+ 61	-	-	-	-	-	1
5071	Finanzprokuratur	73	34	8	-	115	50	55	8	-	113	-	23	+ 21	-	-	-	-	-	2
5072	Hauptpunzierungs- und Proberamt	41	12	3	-	56	40	13	3	-	56	-	1	+ 1	-	-	-	-	-	-
5080	Österreichisches Postsparkassenamt	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 50...	15.317	2.089	437	5	17.848	12.746	3.974	428	-	17.148	-	2.571	+ 1.885	- 9	-	-	-	-	700

STELLENPLAN 1998

(17)

Anlage B1.1

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)
(Teil II. A, IV und VII)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1997				Stellenplan 1998				Unterschied gegenüber Vorjahr										
		Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete							
			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL					
60	Land- und Forstwirtschaft																			
6000	Zentralleitung	582	159	3	2	746	531	205	5	-	741	51	+	46	+	2	-	2	-	5
6050	Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten	391	36	231	18	676	309	61	264	15	649	82	+	25	+	33	-	3	-	27
	<i>Normplanstellen (LwSt)</i>	-	-	98	-	98	-	-	128	-	128	-	-	+	30	-	-	+	30	
6051	Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtschaft. Bundesanst.	495	220	128	10	853	367	315	157	9	848	128	+	95	+	29	-	1	-	5
6052	Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten	70	5	29	-	104	56	10	33	-	99	14	+	5	+	4	-	-	-	5
	<i>Normplanstellen (LwSt)</i>	-	-	13	-	13	-	-	18	-	18	-	-	+	5	-	-	+	5	
6053	Forstliche Bundesversuchsanstalt	163	65	42	-	270	127	98	34	-	259	36	+	33	-	8	-	-	-	11
6054	Bundesanstalt für Agrarwirtschaft	23	9	2	-	34	18	10	4	-	32	5	+	1	+	2	-	-	-	2
6055	Bundesanstalten für Milchwirtschaft	50	37	17	23	127	23	54	23	23	123	27	+	17	+	6	-	-	-	4
	<i>Normplanstellen (LwSt)</i>	-	-	-	-	-	-	-	3	-	3	-	-	+	3	-	-	+	3	
6056	Bundesanstalt für Bergbauernfragen	8	5	-	-	13	7	6	-	-	13	1	+	1	-	-	-	-	-	-
6058	Bundesamt für Wasserwirtschaft	85	22	7	3	117	62	40	10	3	115	23	+	18	+	3	-	-	-	2
6059	Bundesanstalt für Landtechnik	48	12	5	-	65	46	14	5	-	65	2	+	2	-	-	-	-	-	-
6072	Forstliche Ausbildungsstätten	36	5	11	-	52	28	8	13	-	49	8	+	3	+	2	-	-	-	3
	<i>Normplanstellen (LwSt)</i>	-	-	1	-	1	-	-	4	-	4	-	-	+	3	-	-	+	3	
6080	Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst	202	119	1.371	12	1.704	157	165	7	6	335	45	+	46	-	1.364	-	6	-	1.369
6091	Bundeskellereinspektion	28	4	-	-	32	27	4	-	-	31	1	-	-	-	-	-	-	-	1
6093	Bundesgärten	117	8	152	57	334	94	13	166	57	330	23	+	5	+	14	-	-	-	4
6094	Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule	55	7	68	-	130	33	17	76	-	126	22	+	10	+	8	-	-	-	4
6095	Landwirtschaftliche Bundesversuchswirtschaften	32	9	132	-	173	-	-	-	-	-	32	-	9	-	132	-	-	-	173
6096	Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsförster	7	3	22	-	32	3	4	13	-	20	4	+	1	-	9	-	-	-	12
6099	Bauhöfe	-	-	126	-	126	-	-	110	-	110	-	-	-	16	-	-	-	-	16
	Summe 60	2.392	725	2.346	125	5.588	1.888	1.024	920	113	3.945	504	+	299	-	1.426	-	12	-	1.643
	Summe 60 Normplanstellen (LwSt)	-	-	112	-	112	-	-	153	-	153	-	-	+	41	-	-	+	41	
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr																			
6300	Zentralleitung	778	330	-	-	1.108	726	382	-	-	1.108	52	+	52	-	-	-	-	-	-
6320	Osterreichisches Patentamt	232	18	8	-	258	184	62	8	-	254	48	+	44	-	-	-	-	-	4
6330	Bergbehörden	47	9	2	-	58	43	13	2	-	58	4	+	4	-	-	-	-	-	-
	Summe 63	1.057	357	10	-	1.424	953	457	10	-	1.420	104	+	100	-	-	-	-	-	4
64	Bauten und Technik																			
6401	Bundesmobilenverwaltung	32	5	9	-	46	23	9	10	-	42	9	+	4	+	1	-	-	-	4
6403	Beschußämter	10	2	2	-	14	10	2	2	-	14	-	-	-	-	-	-	-	-	-
6440	Wasserstraßendirektion	63	21	2	-	86	51	33	1	-	85	12	+	12	-	1	-	-	-	1
6450	Dienststellen der Bundesgebäudeverwal- tung (Amtsorgane)	848	163	172	10	1.193	773	173	141	-	1.087	75	+	10	-	31	-	10	-	106
6453	Dienststellen der Bundesgebäudeverwal- tung (betr. ähnl. Einr.)	972	300	138	-	1.410	778	364	148	-	1.290	194	+	64	+	10	-	-	-	120
6460	Bundesgebäudeverwaltung - Liegenschaftsverwaltung	-	-	185	-	185	-	-	185	-	185	-	-	-	-	-	-	-	-	-
649.	Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen (Amtsleitung)	71	80	8	-	159	-	-	-	-	-	71	-	80	-	8	-	-	-	159
6490	Einrichtungen des Eichwesens	214	34	8	-	256	1.185	410	76	20	1.691	971	+	376	+	68	+	20	+	1.435
6491	Einrichtungen des Vermessungswesens	973	285	72	25	1.355	-	-	-	-	-	973	-	285	-	72	-	25	-	1.355
	Summe 64	3.183	890	596	35	4.704	2.820	991	563	20	4.394	363	+	101	-	33	-	15	-	310
	Summe 63+64	4.240	1.247	606	35	6.128	3.773	1.448	573	20	5.814	467	+	201	-	33	-	15	-	314

(18)

STELLENPLAN 1998

Anlage B1.1

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)
(Teil II. A, IV und VII)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1997				Stellenplan 1998				Unterschied gegenüber Vorjahr											
		Beamte			Summe	Beamte			Summe	Beamte			Summe								
		VB I	VB II	JAL		VB I	VB II	JAL		VB I	VB II	JAL									
65	Verkehr und öffentliche Wirtschaft																				
6500	Verwaltungsbereich Verkehr	517	79	1	-	597	447	146	2	-	595	-	70	+	67	+	1	-	-	2	
6501	Schiffahrtspolizei	93	8	-	-	101	80	20	1	-	101	-	13	+	12	+	1	-	-	-	
6550	Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge	32	9	2	-	43	24	17	2	-	43	-	8	+	8	-	-	-	-	-	
	Summe 65...	642	96	3	-	741	551	183	5	-	739	-	91	+	87	+	2	-	-	2	
	Summe Hoheitsverwaltung...	135.759	19.294	9.129	810	164.992	126.239	25.995	7.381	412	160.027	-	9.520	+	6.701	-	1.748	-	398	-	4.965
	Summe Normplanstellen (LwSt)...	-	-	9.751	-	9.751	-	-	11.620	-	11.620	-	-	-	+	1.869	-	-	-	+	1.869
7	Bundesbetriebe																				
71	Bundestheater	53	1.042	1.542	27	2.664	53	1.040	1.532	27	2.652	-	-	2	-	10	-	-	-	12	
75	Alkohol (Monopol)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
77	Österreichische Bundesforste	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe Bundesbetriebe...	53	1.042	1.542	27	2.664	53	1.040	1.532	27	2.652	-	-	2	-	10	-	-	-	12	
	Gesamtsumme...	135.812	20.336	10.671	837	167.656	126.292	27.035	8.913	439	162.679	-	9.520	+	6.699	-	1.758	-	398	-	4.977
	Gesamtsumme Normplanstellen (LwSt)...	-	-	9.751	-	9.751	-	-	11.620	-	11.620	-	-	-	+	1.869	-	-	-	+	1.869

STELLENPLAN 1998

(19)

Anlage B1.2

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)
(Teil V)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1997				Stellenplan 1998				Unterschied gegenüber Vorjahr									
		Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete						
			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL				
	Hoheitsverwaltung																		
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen																		
1000	Zentralleitung	3	-	-	-	3	3	-	-	-	3	-	-	-	-	-	-	-	-
1031	Amt der Österreichischen Staatsdruckerei	33	-	-	-	33	32	-	-	-	32	-	1	-	-	-	-	-	1
1075	Bundessporthelme und Sporteinrichtungen	1	-	-	-	1	1	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 10...	37	-	-	-	37	36	-	-	-	36	-	1	-	-	-	-	-	1
	11 Inneres																		
1130	Bundespolizei	205	-	-	-	205	205	-	-	-	205	-	-	-	-	-	-	-	-
1141	Bundesgendarmerie (zweckgeb. Gebarung)	290	25	-	-	315	290	25	-	-	315	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 11...	495	25	-	-	520	495	25	-	-	520	-	-	-	-	-	-	-	-
	12 Unterricht und kulturelle Angelegenheiten																		
1200	Zentralleitung	3	-	-	-	3	3	-	-	-	3	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 12...	3	-	-	-	3	3	-	-	-	3	-	-	-	-	-	-	-	-
	14 Wissenschaft und Forschung																		
1402	Amt des BFPZ Arsenal	130	-	-	-	130	130	-	-	-	130	-	-	-	-	-	-	-	-
1424	Wissenschaftliche Anstalten	133	-	-	-	133	91	-	-	-	91	-	42	-	-	-	-	-	42
	Summe 14...	263	-	-	-	263	221	-	-	-	221	-	42	-	-	-	-	-	42
	15 Soziales																		
1550	Ämter des AMS	2.252	4	-	-	2.256	1.828	-	-	-	1.828	-	424	-	4	-	-	-	428
	Summe 15...	2.252	4	-	-	2.256	1.828	-	-	-	1.828	-	424	-	4	-	-	-	428
	50 Finanzverwaltung																		
5000	Zentralleitung	18	-	-	-	18	18	-	-	-	18	-	-	-	-	-	-	-	-
5080	Österreichisches Postsparkassenamt ..	759	844	15	-	1.618	513	1.084	14	-	1.611	-	246	+	240	-	1	-	7
5081	Österreichische Salinen AG	2	-	-	-	2	2	-	-	-	2	-	-	-	-	-	-	-	-
5082	Amt der Münze Österreich	38	-	-	-	38	37	-	-	-	37	-	1	-	-	-	-	-	1
5083	Amt der Post- und Telekom Austria AG	43.686	-	-	-	43.686	42.660	-	-	-	42.660	-	1.026	-	-	-	-	-	1.026
	Summe 50...	44.503	844	15	-	45.362	43.230	1.084	14	-	44.328	-	1.273	+	240	-	1	-	1.034
	60 Land- und Forstwirtschaft																		
6000	Zentralleitung	-	-	-	-	-	22	-	-	-	22	+	22	-	-	-	-	+	22
	Summe 60...	-	-	-	-	-	22	-	-	-	22	+	22	-	-	-	-	+	22
	63 Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr																		
6300	Zentralleitung	11	9	-	-	20	11	9	-	-	20	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 63...	11	9	-	-	20	11	9	-	-	20	-	-	-	-	-	-	-	-

(20)

STELLENPLAN 1998

Anlage B1.2

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)
(Teil V)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1997				Stellenplan 1998				Unterschied gegenüber Vorjahr							
		Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	
			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL			VB I	VB II	JAL		
64	Bauten und Technik																
6402	Schönbrunner Tiergartenamt	25	-	-	-	25	25	-	-	-	25	-	-	-	-	-	-
6440	Wasserstraßendirektion	15	2	1	-	18	14	-	4	-	18	-	1	-	2	+	3
6441	Amt der Wasserstraßendirektion	185	-	-	-	185	157	-	-	-	157	-	28	-	-	-	-
6490	Einrichtungen des Eich- und Vermessungswesens	2	10	-	-	12	2	10	-	-	12	-	-	-	-	-	-
	Summe 64...	227	12	1	-	240	198	10	4	-	212	-	29	-	2	+	3
	Summe 63+64...	238	21	1	-	260	209	19	4	-	232	-	29	-	2	+	3
65	Verkehr und öffentliche Wirtschaft																
6500	Verwaltungsbereich Verkehr	4	-	-	-	4	2	-	-	-	2	-	2	-	-	-	-
	Summe 65...	4	-	-	-	4	2	-	-	-	2	-	2	-	-	-	-
	Gesamtsumme...	47.795	894	16	-	48.705	46.046	1.128	18	-	47.192	-	1.749	+	234	+	2

STELLENPLAN 1998

(21)

Anlage B1.3

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)
(Teil VI)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1997			Stellenplan 1998			Unterschied gegenüber Vorjahr						
		Beamte	Vertrags- bedienstete			Beamte	Vertrags- bedienstete			Beamte	Vertrags- bedienstete			
			VB I	VB II	JAL		VB I	VB II	JAL		VB I	VB II	JAL	
	Hoheitsverwaltung													
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen													
1001	Verwaltungsakademie	-	2	-	-	2	-	2	-	-	2	-	-	-
1010	Staatsarchiv und Archivamt	-	3	-	-	3	-	3	-	-	3	-	-	-
	Summe 10...	-	5	-	-	5	-	5	-	-	5	-	-	-
	11 Inneres													
1100	Zentralleitung	-	10	-	-	10	-	10	-	-	10	-	-	-
	Summe 11...	-	10	-	-	10	-	10	-	-	10	-	-	-
	12 Unterricht und kulturelle Angelegenheiten													
1244	Museen	-	40	-	-	40	-	40	-	-	40	-	-	-
	Summe 12...	-	40	-	-	40	-	40	-	-	40	-	-	-
	14 Wissenschaft und Forschung													
1420	Universitäten	777	330	-	-	1.107	777	330	-	-	1.107	-	-	-
	Summe 14...	777	330	-	-	1.107	777	330	-	-	1.107	-	-	-
	20 Äußeres													
2000	Zentralleitung und Vertretungsbehörden (2010)	7	58	-	-	65	7	58	-	-	65	-	-	-
	Summe 20...	7	58	-	-	65	7	58	-	-	65	-	-	-
	50 Finanzverwaltung													
5040	Finanzlandesdirektionen	-	43	-	-	43	-	43	-	-	43	-	-	-
	Summe 50...	-	43	-	-	43	-	43	-	-	43	-	-	-
	60 Land- und Forstwirtschaft													
6091	Bundeskellereiinspektion	-	45	-	-	45	-	45	-	-	45	-	-	-
	Summe 60...	-	45	-	-	45	-	45	-	-	45	-	-	-
	64 Bauten und Technik													
6490	Einrichtungen des Eichwesens	-	-	-	-	-	-	23	-	-	23	-	-	+ 23
6491	Einrichtungen des Vermessungswesens	-	-	23	-	23	-	-	-	-	-	-	-	- 23
	Summe 64...	-	-	23	-	23	-	-	-	-	23	-	-	-
	Summe 63+64...	-	-	23	-	23	-	-	-	-	23	-	-	-
	Gesamtsumme...	784	531	23	-	1.338	784	531	23	-	1.338	-	-	-

(22)

STELLENPLAN 1998

Anlage B2 Ernennungsreserve: Über den systemisierten Stand aus der Ernennungsreserve zugewiesene Planstellen
(Stand 1. August 1995)

Allgemeine Verwaltung und handwerkliche Verwendung	Planstellen der Verwendungsgruppe/Dienstklasse						
	A		B	C	D	P1	P2
Verwaltungsbereich	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV
Präsidentschaftskanzlei		3	3	2			
Bundesgesetzgebung (Parlamentsdirektion)		5	2	3			1
Verfassungsgerichtshof		1					
Verwaltungsgerichtshof		1					
Volksanwaltschaft	1	5					
Rechnungshof		72	5				
Bundeskanzleramt mit Dienststellen							
Zentraleitung... nachgeordnete Dienststellen...	1	20 6	19 1	7 1	1	3	
Inneres							
Zentraleitung... nachgeordnete Dienststellen...	2	20 42	26 26	11 13			
Unterricht und kulturelle Angelegenheiten							
Zentraleitung... nachgeordnete Dienststellen...	1 1	61 18	12 18	2 7	10	3	
Wissenschaft und Forschung							
Verwaltungsbereich Wiss. u. Kunst... nachgeordnete Dienststellen...	3	55 39	19 23	11	1	15	
Soziales							
Zentraleitung... nachgeordnete Dienststellen...	3	6 19	12 33	3 11			
Gesundheit							
Zentraleitung... nachgeordnete Dienststellen...			2				
Umwelt							
Zentraleitung... nachgeordnete Dienststellen...	3	13 3	2				
Äußeres							
Zentraleitung und Vertretungsbehörden... sonstige nachgeordnete Dienststellen...		148 4	68 1	10			
Justiz							
Zentraleitung... nachgeordnete Dienststellen...		15 10	12 87	113	5		
Militärische Angelegenheiten							
Zentraleitung... nachgeordnete Dienststellen...		25 6	79 151	6 361	8	82	3
Finanzverwaltung							
Zentraleitung... nachgeordnete Dienststellen...		82 35	53 108	14 523	1 10	1	1
Land- und Forstwirtschaft							
Zentraleitung... nachgeordnete Dienststellen...		24 28	19 19	7		11	2
Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr							
Zentraleitung... nachgeordnete Dienststellen...	2	92 55	30 3	3 2	1	2	2
Bauten und Technik							
Zentraleitung... nachgeordnete Dienststellen...		8	32	5		2	1
Verkehr und öffentliche Wirtschaft							
Verwaltungsbereich Verkehr... nachgeordnete Dienststellen...	1	17	4 1	7			
Bundestheater			2				
Summe...	18	938	872	1.122	37	119	10

STELLENPLAN 1998

(23)

Anlage B2 Ernennungsreserve: Über den systemisierten Stand aus der Ernennungsreserve zugewiesene Planstellen
(Stand 1. August 1997)

Wachebeamte	Planstellen der Verwendungsgruppe/Dienstklasse						
	W1			W2			
	VIII	VII	VI	V(3)	IV(3)	(2)	(1)
Sicherheitswachdienst	1	6		27			
Kriminaldienst	1	3		30			
Gendarmeriedienst	4	6		105	174		
Justizwachdienst		13		16		251	
Zollwachdienst							
Summe...	6	28		178	174	251	

Berufsbeamte und zeitverpflichtete Soldaten	Planstellen der Verwendungsgruppe/Dienstklasse						
	H1			H2			
	IX	VIII	VII	VIII	VII	VI	
Berufsbeamte		123		6	232		

Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung	Planstellen der Dienstzulagengruppe								
	S	1	1b	2	2b	3	3b	A	B
Verwendungsgruppe									
PT 1									
PT 2									
PT 3									
PT 4									
PT 5									
PT 7									
PT 8									
Summe...									

(24)

STELLENPLAN 1998

Anlage C

Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien bis 1988

	Planstellenbereiche der Bundesbediensteten in den Jahren							
	1938	1959 *)	1965	1970	1980	1986	1987	1988
A. Bundesverwaltung								
Beamte der Allgemeinen Verwaltung.....	20.623	32.531	35.673	44.422	46.812	51.679	52.600	52.829
Beamte in handwerklicher Verwendung.....	-	-	-	4.025	5.539	5.898	5.966	6.011
Richter.....	1.460	1.409	1.488	1.518	1.600	1.725	1.739	1.726
Staatsanwälte.....	120	131	155	164	204	220	220	220
Universitäts-(Hochschul-)lehrer.....	1.011	1.385	2.989	4.500	6.042	6.430	6.477	6.476
Bundeslehrer.....	3.606	6.732	11.082	13.464	21.590	23.785	24.509	25.171
Beamte des Schulaufsichtsdienstes.....	118	179	191	202	218	224	226	226
Wachebeamte.....	21.147	29.253	29.544	28.780	30.244	31.297	31.400	31.344
Militärpersonen.....	28.351	8.175	11.176	5.652	5.932	4.081	3.381	3.301
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema I.....	4.782	17.310	17.336	14.396	16.262	17.681	17.632	17.163
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema II.....	-	2.143	762	581	453	1.345	969	774
Vertragsassistenten.....	-	-	-	-	310	340	340	340
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema II.....	-	11.571	11.093	7.510	6.753	6.587	6.543	6.381
Kollektivvertrag.....	-	818	606	1.122	1.240	1.407	1.405	1.400
nach anderen Rechtsvorschriften.....	-	2.054	1.240	840	378	113	111	110
nach anderen Rechtsvorschriften II.....	-	-	-	-	6	58	55	55
Lehrlinge.....	-	97	71	55	-	-	-	-
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema I teilbeschäftigt.....	14.670	248	474	520	1.081	1.294	1.331	1.360
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema II teilbeschäftigt.....	-	-	-	-	1.151	988	988	508
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema III teilbeschäftigt.....	-	576	409	246	36	31	31	31
Vertragsassistenten teilbeschäftigt.....	-	-	-	-	93	92	92	92
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema II teilbeschäftigt.....	-	1.343	1.604	1.703	1.717	1.895	1.957	1.939
Kollektivvertrag teilbeschäftigt.....	-	3.249	2.974	2.063	1.911	1.976	1.959	1.953
nach anderen Rechtsvorschriften teilbeschäftigt.....	-	136	694	746	728	338	340	343
nach anderen Rechtsvorschriften teilbeschäftigt II.....	-	-	-	-	-	-	-	-
nach anderen Rechtsvorschriften teilbeschäftigt III.....	-	-	-	-	3	8	5	5
Summe A...	95.888	119.340	129.561	132.509	150.303	159.492	160.276	159.758
B. Bundesbetriebe (Monopole)								
Beamte der Allgemeinen Verwaltung.....	21.978	28.930	30.768	36.586	44.125	5.076	4.866	4.712
Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung.....	-	-	-	-	-	40.915	42.398	42.548
Beamte in handwerklicher Verwendung.....	-	-	-	1.189	1.402	51	61	61
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema I.....	2.784	7.429	15.131	9.253	4.997	5.302	4.524	4.525
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema II.....	-	4.036	1.879	1.816	1.838	1.797	1.293	1.285
Kollektivvertrag.....	-	1.901	2.208	2.194	2.307	1.506	1.505	1.498
nach anderen Rechtsvorschriften.....	-	2.045	3.376	2.423	2.275	2.036	2.026	2.010
Lehrlinge.....	-	712	972	968	-	-	-	-
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema I teilbeschäftigt.....	13.405	2.033	1.508	2.608	2.587	1.586	1.586	1.586
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema II teilbeschäftigt.....	-	690	526	580	560	560	560	560
Kollektivvertrag teilbeschäftigt.....	-	6.607	6.215	5.535	3.827	2.964	2.872	2.807
nach anderen Rechtsvorschriften teilbeschäftigt.....	-	6	-	16	191	191	192	182
Forstzöglinge.....	-	65	15	-	-	-	-	-
Summe B...	38.167	54.454	62.598	63.168	64.109	61.984	61.883	61.774
Summe A und B:								
Öffentlich-rechtlich Bedienstete.....	98.414	108.725	123.066	140.502	163.708	171.381	173.843	171.324
Vertragsbedienstete.....	35.641	65.069	69.093	55.175	50.704	50.095	48.316	50.208
Zusammen...	134.055	173.794	192.159	195.677	214.412	221.476	222.159	221.532
C. Bundesbahnen								
Bundesbahnbeamte.....	49.996	62.890	65.903	64.379	54.170	54.005	54.490	54.198
Bundesbahnbedienstete.....	7.200	6.047	2.270	612	600	498	541	520
Lehrlinge.....	-	270	975	800	-	-	-	-
Lohnbedienstete und Teilbeschäftigte.....	7.230	10.358	11.846	11.708	15.408	14.974	13.763	12.503
Summe C...	64.426	79.565	80.994	77.499	70.178	69.477	68.794	67.221
Gesamtsumme A-C...	202.018	253.538	273.222	273.218	284.590	290.953	290.953	288.753
Jugendliche Bedienstete.....	-	-	-	-	4.650	6.443	6.478	5.936

*) Im Dienstpostenplan für das Jahr 1959 wurden erstmals sämtliche Bedienstetenkategorien ausgewiesen. Die Zahl der vergleichbaren Bediensteten, die im Dienstpostenplan 1938 nicht ausgewiesen wurde, ist in Kursivschrift dargestellt.

STELLENPLAN 1998

(25)

Anlage C1

Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien 1988 und 1989

	1988	1989	Untersch. gegenüber d. Vorjahr						
Beamte									
Beamte der allgemeinen Verwaltung...	57.541	57.846	+ 305						
Beamte in handwerklicher Verwendung...	6.072	6.102	+ 30						
Richter und Richteramtsanwärter.....	1.726	1.742	+ 16						
Staatsanwälte.....	220	218	- 2						
Hochschullehrer.....	6.476	6.477	+ 1						
Lehrer.....	25.171	25.479	+ 308						
Beamte des Schulaufsichtsdienstes....	226	226	-						
Wachebeamte.....	31.344	31.440	+ 96						
Berufsoffiziere und zVS.....	3.301	3.278	- 23						
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	42.548	42.895	+ 347						
Summe Beamte...	174.625	175.703	+ 1.078						
Ganzjährig vollbesch. Bedienstete (VB A)									
VB A/I.....	21.688	21.260	- 428						
VB A/I L.....	774	721	- 53						
VB A/II.....	7.666	7.460	- 206						
VB A/II L.....	-	-	-						
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz..	340	341	+ 1						
Vertr. Bed. gem. Kunsthochschul-Do....	55	-	- 55						
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	2.898	2.892	- 6						
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	2.120	2.115	- 5						
Summe VB A...	35.541	34.789	- 752						
Teilbeschäftigte Bedienstete (VB B)									
VB B/I.....	2.946	2.968	+ 22						
VB B/I L.....	508	311	- 197						
VB B/II.....	2.499	2.480	- 19						
VB B/II L.....	31	31	-						
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz..	92	92	-						
Vertr. Bed. gem. Kunsthochschul-Do....	5	-	- 5						
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	4.505	4.364	- 141						
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	780	765	- 15						
Summe VB B...	11.366	11.011	- 355						
Summe Beamte und VB...	221.532	221.503	- 29						
Bedienstete der Österr. Bundesbahnen									
Bundesbahnbeamte.....	54.198	53.648	- 550						
Ganzjährig vollbesch. Bundesbahnbed..	11.879	11.731	- 148						
Teilbesch. Bundesbahnbedienstete....	1.144	1.144	-						
Summe ÖBB...	67.221	66.523	- 698						
Gesamtsumme...	288.753	288.026	- 727						
Jugendliche Bedienstete (JAL)									
Jugendliche Vertragsbedienstete.....	1.356	1.378	+ 22						
Anlernkräfte.....	1.505	1.315	- 190						
Lehrlinge.....	3.075	3.048	- 27						
Summe JAL...	5.936	5.741	- 195						
Gesamtsumme einschließlich JAL...	294.689	293.767	- 922						

(26)

STELLENPLAN 1998

Anlage C1

Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien von 1990 bis 1996

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996		
Beamte									
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes.	63.686	60.349	60.656	60.752	60.969	48.913	48.442		
Richter und Richteramtsanwärter.....	1.766	1.671	1.673	1.685	1.719	1.736	1.951		
Staatsanwälte.....	216	214	212	212	212	212	212		
Hochschullehrer.....	7.883	8.501	8.752	8.982	9.446	9.584	9.643		
Lehrer.....	25.646	25.535	25.551	25.528	25.510	25.508	25.499		
Beamte des Schulaufsichtsdienstes....	226	226	226	227	228	233	233		
Beamte des Exekutivdienstes.....	31.928	32.599	32.811	33.068	33.442	33.662	33.469		
Beamte des mmilitärischen Dienstes...	3.128	2.969	2.967	2.942	2.942	22.313	21.771		
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	43.833	47.913	47.913	47.863	47.865	47.386	45.407		
Krankenpflegedienst.....	-	-	68	200	257	276	284		
Summe Beamte...	178.312	179.977	180.829	181.459	182.590	189.823	186.911		
Ganzjährig vollbesch. Bedienstete (VB A)									
VB A/I.....	22.546	23.484	23.151	23.199	22.865	23.182	19.697		
VB A/II.....	7.481	7.607	7.239	7.021	6.990	7.149	5.734		
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz..	707	670	665	549	-	-	-		
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	2.923	2.932	2.939	1.932	1.927	1.913	1.890		
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	2.110	2.114	2.072	2.055	1.933	1.846	1.763		
Summe VB A...	35.767	36.807	36.066	34.756	33.715	34.090	29.084		
Teilbeschäftigte Bedienstete (VB B)									
VB B/I.....	3.378	3.379	3.470	3.481	3.467	3.483	1.738		
VB B/II.....	2.474	2.412	2.525	2.473	2.419	2.325	1.729		
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz..	12	12	12	12	-	-	-		
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	4.186	3.729	3.505	4.207	3.175	3.089	2.973		
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	2.564	2.552	2.545	2.532	2.510	2.521	729		
Summe VB B...	12.614	12.084	12.057	12.705	11.571	11.418	7.169		
Summe Beamte und VB...	226.693	228.868	228.952	228.920	227.876	235.331	223.164		
Bedienstete der Österr. Bundesbahnen									
Bundesbahnbeamte.....	53.543	53.472	53.439	53.270	-	-	-		
Ganzjährig vollbesch. Bundesbahnbed..	11.081	10.982	11.112	11.071	-	-	-		
Teilbesch. Bundesbahnbedienstete.....	1.144	1.144	1.125	1.118	-	-	-		
Summe ÖBB...	65.768	65.598	65.676	65.459	-	-	-		
Gesamtsumme...	292.461	294.466	294.628	294.379	227.876	235.331	223.164		
Jugendliche Bedienstete (JAL)									
Jugendliche Vertragsbedienstete.....	1.307	1.200	1.071	1.002	944	923	504		
Anlernkräfte.....	1.222	1.067	1.060	1.058	1.053	653	43		
Lehrlinge.....	3.025	2.975	2.892	2.893	1.703	1.559	521		
Summe JAL...	5.554	5.242	5.023	4.953	3.700	3.135	1.068		
Gesamtsumme einschließlich JAL...	298.015	299.708	299.651	299.332	231.576	238.466	224.232		
Normplanstellen (LwSt).....	7.727	8.562	9.138	9.371	9.750	10.405	9.834		

STELLENPLAN 1998

(27)

Anlage C2.6

Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien ab 1997
(Gesamtübersicht)

	1997	1998	Untersch. gegenüber d. Vorjahr						
Beamte									
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes.	48.338	40.197	- 8.141						
Richter und Richteramtsanwärter.....	1.951	1.951	-						
Staatsanwälte.....	212	212	-						
Hochschullehrer.....	9.625	9.596	- 29						
Lehrer.....	25.494	24.053	- 1.441						
Beamte des Schulaufsichtsdienstes....	233	232	- 1						
Beamte des Exekutivdienstes.....	33.047	32.923	- 124						
Beamte des mmilitärischen Dienstes...	21.302	20.840	- 462						
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	43.905	42.874	- 1.031						
Krankenpflagedienst.....	284	244	- 40						
Summe Beamte...	184.391	173.122	-11.269						
Vertragsbedienstete - Angestellte									
VB I.....	20.481	27.433	+ 6.952						
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-						
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	21	21	-						
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	1.259	1.240	- 19						
Summe VB I...	21.761	28.694	+ 6.933						
Vertragsbedienstete - Arbeiter									
VB II.....	6.977	6.780	- 197						
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-						
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	3.451	1.892	- 1.559						
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	282	282	-						
Summe VB II...	10.710	8.954	- 1.756						
Summe Beamte und VB...	216.862	210.770	- 6.092						
Gesamtsumme...	216.862	210.770	- 6.092						
Jugendliche Bedienstete (JAL)									
Jugendliche VB.....	399	-	- 399						
Anlernkräfte.....	11	-	- 11						
Lehrlinge.....	427	439	+ 12						
Summe JAL...	837	439	- 398						
Gesamtsumme einschließlich JAL...	217.699	211.209	- 6.490						
Normplanstellen (LwSt).....	9.751	11.620	+ 1.869						

(28)

STELLENPLAN 1998

Anlage C2.1

Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien ab 1997
(Teil II.A, IV und VII)

	1997	1998	Untersch. gegenüber d. Vorjahr						
Beamte									
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes.	44.716	37.298	- 7.418						
Richter und Richteramtsanwärter.....	1.951	1.951	-						
Staatsanwälte.....	212	212	-						
Hochschullehrer.....	8.848	8.819	- 29						
Lehrer.....	25.494	24.053	- 1.441						
Beamte des Schulaufsichtsdienstes....	233	232	- 1						
Beamte des Exekutivdienstes.....	32.552	32.428	- 124						
Beamte des mmilitärischen Dienstes...	21.302	20.840	- 462						
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	220	215	- 5						
Krankenpflagedienst	284	244	- 40						
Summe Beamte...	135.812	126.292	- 9.520						
Vertragsbedienstete - Angestellte									
VB I.....	19.099	25.817	+ 6.718						
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-						
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	21	21	-						
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	1.216	1.197	- 19						
Summe VB I...	20.336	27.035	+ 6.699						
Vertragsbedienstete - Arbeiter									
VB II.....	6.961	6.762	- 199						
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-						
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	3.451	1.892	- 1.559						
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	259	259	-						
Summe VB II...	10.671	8.913	- 1.758						
Summe Beamte und VB...	166.819	162.240	- 4.579						
Gesamtsumme...	166.819	162.240	- 4.579						
Jugendliche Bedienstete (JAL)									
Jugendliche VB.....	399	-	- 399						
Anlernkräfte.....	11	-	- 11						
Lehrlinge.....	427	439	+ 12						
Summe JAL...	837	439	- 398						
Gesamtsumme einschließlich JAL...	167.656	162.679	- 4.977						
Normplanstellen (LwSt).....	9.751	11.620	+ 1.869						

STELLENPLAN 1998

(29)

Anlage C2.2

Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien ab 1997
(Teil V)

	1997	1998	Untersch. gegenüber d. Vorjahr						
Beamte									
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes.	3.615	2.892	- 723						
Richter und Richteramtsanwärter.....	-	-	-						
Staatsanwälte.....	-	-	-						
Hochschullehrer.....	-	-	-						
Lehrer.....	-	-	-						
Beamte des Schulaufsichtsdienstes....	-	-	-						
Beamte des Exekutivdienstes.....	495	495	-						
Beamte des mmilitärischen Dienstes...	-	-	-						
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	43.685	42.659	- 1.026						
KrankenpflegeDienst	-	-	-						
Summe Beamte...	47.795	46.046	- 1.749						
Vertragsbedienstete - Angestellte									
VB I.....	894	1.128	+ 234						
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-						
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-						
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	-	-						
Summe VB I...	894	1.128	+ 234						
Vertragsbedienstete - Arbeiter									
VB II.....	16	18	+ 2						
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-						
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-						
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	-	-						
Summe VB II...	16	18	+ 2						
Summe Beamte und VB...	48.705	47.192	- 1.513						
Gesamtsumme...	48.705	47.192	- 1.513						
Jugendliche Bedienstete (JAL)									
Jugendliche VB.....	-	-	-						
Anlernkräfte.....	-	-	-						
Lehrlinge.....	-	-	-						
Summe JAL...	-	-	-						
Gesamtsumme einschließlich JAL...	48.705	47.192	- 1.513						
Normplanstellen (LwSt).....	-	-	-						

(30)

STELLENPLAN 1998

Anlage C2.3

Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien ab 1990
(Teil VI)

	1997	1998	Untersch. gegenüber d. Vorjahr						
Beamte									
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes.	7	7	-						
Richter und Richteramtsanwärter.....	-	-	-						
Staatsanwälte.....	-	-	-						
Hochschullehrer.....	777	777	-						
Lehrer.....	-	-	-						
Beamte des Schulaufsichtsdienstes....	-	-	-						
Beamte des Exekutivdienstes.....	-	-	-						
Beamte des militärischen Dienstes...	-	-	-						
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-						
Krankenpflegedienst.....	-	-	-						
Summe Beamte...	784	784	-						
Ganzjährig vollbesch. Bedienstete (VB A)									
VB A/I.....	363	488	+ 125						
VB A/II.....	-	-	-						
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-						
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-						
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	43	+ 43						
Summe VB A...	363	531	+ 168						
Teilbeschäftigte Bedienstete (VB B)									
VB B/I.....	125	-	- 125						
VB B/II.....	-	-	-						
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-						
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-						
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	66	23	- 43						
Summe VB B...	191	23	- 168						
Summe Beamte und VB...	1.338	1.338	-						
Bedienstete der Österr. Bundesbahnen									
Bundesbahnbeamte.....	-	-	-						
Ganzjährig vollbesch. Bundesbahnbed..	-	-	-						
Teilbesch. Bundesbahnbedienstete.....	-	-	-						
Summe ÖBB...	-	-	-						
Gesamtsumme...	1.338	1.338	-						
Jugendliche Bedienstete (JAL)									
Jugendliche Vertragsbedienstete.....	-	-	-						
Anlernkräfte.....	-	-	-						
Lehrlinge.....	-	-	-						
Summe JAL...	-	-	-						
Gesamtsumme einschließlich JAL...	1.338	1.338	-						
Normplanstellen (LwSt).....	-	-	-						

STELLENPLAN 1998

(31)

Anlage D Übersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen bis 1980

Verwaltungszweige	1959	1965	1970	1975	1978	1979	1980	% *)
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	301	334	370	461	507	520	528	0,19
b) Zentralstellen	5.392	5.889	6.012	6.494	6.469	6.644	6.896	2,42
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	21.871	21.824	21.458	21.678	21.165	21.342	21.364	7,51
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	10.420	10.354	9.527	9.370	9.192	8.589	8.614	3,03
e) Besondere Verwaltung	1.072	2.108	2.218	2.564	2.727	2.753	2.645	0,93
Summe 1 ...	39.686	40.509	39.585	40.567	40.060	39.848	40.047	14,08
2. Sicherheitswesen	28.267	28.513	27.578	28.065	28.000	28.449	28.404	9,98
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	7.913	8.994	9.147	10.030	10.028	10.071	10.214	3,59
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	21.105	27.431	33.391	44.807	46.039	47.089	47.969	16,85
5. Heerwesen	20.177	21.775	21.311	20.432	20.835	21.506	22.000	7,73
6. Auswärtige Angelegenheiten	831	1.131	1.184	1.353	1.347	1.388	1.399	0,49
7. Bundesbetriebe und Monopole	135.559	144.869	141.022	141.318	135.229	134.762	134.557	47,28
Gesamtsumme ...	253.538	273.222	273.218	286.572	281.538	283.113	284.590	100,00

*) Anteil am Gesamtstellenplan ohne 'Landesbedienstete (-lehrer und sonstige Bedienstete), deren Bezüge der Bund trägt', nach Hundertsatz

(32)

STELLENPLAN 1998

Anlage D1 Übersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen von 1980 - 1989

Verwaltungszweige	1980	1981	Organisationsänd. 1981	1982	1983	1984	StPl. Änd. Gesetz 1984	1985
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	528	545	545	557	573	589	589	628
b) Zentralstellen	6.927	6.993	6.993	7.006	6.991	7.070	7.070	7.213
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	19.342	19.604	19.533	19.519	19.625	20.065	20.065	20.324
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	9.366	9.388	9.393	9.220	9.215	9.230	9.230	9.273
Summe 1 ...	36.163	36.530	36.464	36.302	36.404	36.954	36.954	37.438
2. Sicherheitswesen	32.318	32.553	32.553	32.585	32.814	32.966	32.966	33.163
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	10.214	10.351	10.363	10.491	10.637	10.886	10.936	11.136
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	47.939	48.919	48.973	49.664	50.416	51.338	51.338	52.159
5. Heerwesen	22.000	22.485	22.485	22.815	23.142	23.156	23.156	22.893
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.399	1.423	1.423	1.423	1.430	1.391	1.391	1.421
7. Bundesbetriebe und Monopole	134.557	134.320	134.320	133.301	132.886	132.451	132.451	132.227
Gesamtsumme ...	284.590	286.581	286.581	286.581	287.729	289.142	289.192	290.437

Verwaltungszweige	StPl. Änd. Gesetz 1985	Organisationsänd. 1985	1986	Organisationsänd. 1986	Budget- prov. 1987	BMG- Novelle 1987	1988
1. Allgemeine Verwaltung:							
a) Oberste Organe	628	628	641	641	657	662	665
b) Zentralstellen	7.216	7.216	7.315	7.353	7.520	7.573	7.555
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	20.336	20.336	20.375	20.347	20.393	20.393	20.230
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	9.531	9.531	9.537	9.537	9.540	9.488	9.395
Summe 1 ...	37.711	37.711	37.868	37.878	38.110	38.116	37.845
2. Sicherheitswesen	33.163	33.163	33.359	33.359	33.456	33.458	33.429
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	11.136	11.136	11.148	11.138	11.156	11.156	11.068
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	52.404	52.346	52.794	52.794	53.486	53.485	53.450
5. Heerwesen	22.893	22.893	22.588	22.588	22.335	22.335	22.260
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.421	1.421	1.423	1.423	1.430	1.430	1.431
7. Bundesbetriebe und Monopole	132.225	132.283	131.773	131.773	130.975	130.973	129.270
Gesamtsumme ...	290.953	290.953	290.953	290.953	290.948	290.953	288.753

Verwaltungszweige	Organisationsänd. 1988	1989	% *)				
1. Allgemeine Verwaltung:							
a) Oberste Organe	665	679	0,24				
b) Zentralstellen	7.527	7.586	2,63				
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	20.258	20.366	7,07				
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	9.395	9.367	3,25				
Summe 1 ...	37.845	37.998	13,19				
2. Sicherheitswesen	33.429	33.595	11,66				
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	11.068	11.072	3,84				
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	53.450	53.557	18,59				
5. Heerwesen	22.260	22.246	7,72				
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.431	1.452	0,50				
7. Bundesbetriebe und Monopole	129.270	128.106	44,50				
Gesamtsumme ...	288.753	288.026	100,00				

*) Anteil am Gesamtstellenplan ohne 'Landesbedienstete (-lehrer und sonstige Bedienstete), deren Bezüge der Bund trägt', nach Hundertsatz

STELLENPLAN 1998

(33)

Anlage D2.6 Gesamtübersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen ab 1990

Verwaltungszweig	1990	Organisationsänd. 1990	1991	1992	1993	StPl. Änd. Gesetz 1993	1993 Org. Änd. + StPl. Änd.	1994
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	693	701	738	750	781	781	781	801
b) Zentralstellen	7.810	7.867	8.242	8.452	8.633	8.644	8.681	8.980
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	20.783	20.879	20.867	20.835	20.711	20.705	20.699	20.044
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	9.472	9.483	9.431	9.387	9.026	9.029	9.032	8.920
Summe 1 ...	38.758	38.930	39.278	39.424	39.151	39.159	39.193	38.745
2. Sicherheitswesen	33.874	34.275	35.421	35.669	35.454	35.968	35.968	35.208
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	11.246	11.246	11.304	11.288	11.337	11.382	11.382	11.468
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	56.221	56.513	57.586	57.679	57.999	57.999	57.999	58.266
Normplanstellen (LwSt)	7.727	7.727	8.562	9.138	9.371	9.371	9.371	9.559
5. Heerwesen	22.212	22.212	22.052	21.884	21.736	21.736	21.736	21.596
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.536	1.571	1.582	1.577	1.578	1.578	1.578	1.598
7. Bundesbetriebe und Monopole	133.211	133.211	132.485	132.130	131.510	131.510	131.510	64.431
Gesamtsumme ...	297.058	297.958	299.708	299.651	298.765	299.332	299.366	231.312

Verwaltungszweig	BFG- Novelle 1994	1995	1996	1997	BFG- Novelle 1997	1998	% *)	Differenz gegenüber Vorjahr
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	801	845	846	846	845	850	0,40	+ 5
b) Zentralstellen	8.980	9.217	9.617	9.531	9.571	9.537	4,52	- 34
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	20.044	19.499	19.179	18.718	18.378	17.919	8,48	- 459
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	8.920	8.859	8.701	8.521	8.522	6.795	3,22	- 1.727
Summe 1 ...	38.745	38.420	38.343	37.616	37.316	35.101	16,62	- 2.215
2. Sicherheitswesen	35.208	35.714	34.940	34.469	34.399	34.515	16,34	+ 116
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	11.634	11.768	11.948	11.951	11.951	11.784	5,58	- 167
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	58.364	58.608	58.386	57.966	57.963	56.308	26,66	- 1.655
Normplanstellen (LwSt)	9.750	10.405	9.834	9.751	9.751	11.620	5,50	+ 1.869
5. Heerwesen	21.596	29.327	28.715	28.115	28.115	26.779	12,68	- 1.336
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.598	1.696	1.703	1.669	1.678	1.709	0,81	+ 31
7. Bundesbetriebe und Monopole	64.431	62.933	50.197	48.436	46.277	45.013	21,31	- 1.264
Gesamtsumme ...	231.576	238.466	224.232	220.222	217.699	211.209	100,00	- 6.490

*) Anteil am Gesamtstellenplan ohne 'Landesbedienstete (-lehrer und sonstige Bedienstete), deren Bezüge der Bund trägt', nach Hundertsatz

***) Anmerkung zu Punkt 4. :

Der kursiv angegebene Wert der 'Normplanstellen (LwSt)' ist in keiner der ausgewiesenen Summen berücksichtigt.

(34)

STELLENPLAN 1998

Anlage D2.1

Übersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen ab 1990
(Teil II. A, IV und VII)

Verwaltungszweige	1990	Organisationsänd. 1990	1991	1992	1993	StPl. Änd. Gesetz 1993	1993 Org. Änd. + StPl. Änd.	1994
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	693	701	738	750	781	781	781	801
b) Zentralstellen	7.708	7.765	8.137	8.343	8.524	8.524	8.561	8.917
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	20.558	20.654	20.684	20.658	20.564	20.572	20.566	19.921
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	9.462	9.473	9.421	9.377	8.767	8.767	8.770	8.681
Summe 1 ...	38.421	38.593	38.980	39.128	38.636	38.644	38.678	38.320
2. Sicherheitswesen	33.847	34.248	35.401	35.649	35.454	35.968	35.968	35.202
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	11.245	11.245	11.303	11.288	11.337	11.382	11.382	11.468
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	55.096	55.388	56.263	56.426	56.712	56.712	56.712	57.243
Normplanstellen (LwSt)	7.727	7.727	8.562	9.138	9.371	9.371	9.371	9.559
5. Heerwesen	22.212	22.212	22.052	21.884	21.736	21.736	21.736	21.596
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.498	1.533	1.524	1.519	1.519	1.519	1.519	1.540
7. Bundesbetriebe und Monopole	129.435	129.435	128.719	128.327	127.725	127.725	127.725	60.660
Gesamtsumme ...	291.754	292.654	294.242	294.221	293.119	293.686	293.720	226.029

Verwaltungszweige	BFG- Novelle 1994	1995	1996	1997	BFG- Novelle 1997	1998	% *)	Differenz gegenüber Vorjahr
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	801	845	846	846	845	850	0,52	+ 5
b) Zentralstellen	8.917	9.157	9.577	9.491	9.513	9.459	5,81	- 54
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	19.921	16.900	16.737	16.372	16.032	16.001	9,84	- 31
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	8.681	8.612	8.459	8.283	8.284	6.585	4,05	- 1.699
Summe 1 ...	38.320	35.514	35.619	34.992	34.674	32.895	20,22	- 1.779
2. Sicherheitswesen	35.202	35.194	34.420	33.949	33.879	33.995	20,90	+ 116
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	11.634	11.768	11.948	11.951	11.951	11.784	7,24	- 167
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	57.341	57.438	57.234	56.552	56.549	54.936	33,77	- 1.613
Normplanstellen (LwSt)	9.750	10.405	9.834	9.751	9.751	11.620	7,14	+ 1.869
5. Heerwesen	21.596	29.327	28.715	28.115	28.115	26.779	16,46	- 1.336
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.540	1.638	1.645	1.604	1.613	1.644	1,01	+ 31
7. Bundesbetriebe und Monopole	60.660	59.192	3.243	3.012	875	646	0,40	- 229
Gesamtsumme ...	226.293	230.071	172.824	170.175	167.656	162.679	100,00	- 4.977

*) Anteil am Gesamtstellenplan ohne 'Landesbedienstete (-lehrer und sonstige Bedienstete), deren Bezüge der Bund trägt', nach Hundertsatz

**) Anmerkung zu Punkt 4. :

Der kursiv angegebene Wert der 'Normplanstellen (LwSt)' ist in keiner der ausgewiesenen Summen berücksichtigt.

STELLENPLAN 1998

(35)

Anlage D2.2 Übersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen ab 1990
(Teil V)

Verwaltungszweige	1990	Organisationsänd. 1990	1991	1992	1993	Organisationsänd. 1993		
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	-	-	-	-	-	-		
b) Zentralstellen	92	92	95	99	99	45		
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	-	-	-	-	-	-		
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	10	10	10	10	259	259		
Summe 1 ...	102	102	105	109	358	304		
2. Sicherheitswesen	20	20	20	20	-	-		
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	-	-	-	-	-	-		
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	5	5	1	1	1	1		
5. Heerwesen	-	-	-	-	-	-		
6. Auswärtige Angelegenheiten	-	-	-	-	-	-		
7. Bundesbetriebe und Monopole	1.821	1.821	1.811	1.848	1.830	1.830		
Gesamtsumme ...	1.948	1.948	1.937	1.978	2.189	2.135		

Verwaltungszweige	1994	1995	1996	1997	BFG- Novelle 1997	1998	% *)	Differenz gegenüber Vorjahr
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	-	-	-	-	-	-	-	-
b) Zentralstellen	28	28	30	30	48	68	0,14	+ 20
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	-	2.476	2.342	2.256	2.256	1.828	3,87	- 428
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	239	224	219	215	215	187	0,40	- 28
Summe 1 ...	267	2.728	2.591	2.501	2.519	2.083	4,41	- 436
2. Sicherheitswesen	6	520	520	520	520	520	1,10	-
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	-	-	-	-	-	-	-	-
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	1	1	1	264	264	222	0,47	- 42
5. Heerwesen	-	-	-	-	-	-	-	-
6. Auswärtige Angelegenheiten	-	-	-	-	-	-	-	-
7. Bundesbetriebe und Monopole	1.816	1.786	46.954	45.424	45.402	44.367	94,02	- 1.035
Gesamtsumme ...	2.090	5.035	50.066	48.709	48.705	47.192	100,00	- 1.513

*) Anteil am Gesamtstellenplan ohne 'Landesbedienstete (-lehrer und sonstige Bedienstete), deren Bezüge der Bund trägt', nach Hundertsatz

(36)

STELLENPLAN 1998

Anlage D2.3

Übersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen ab 1990
(Teil VI)

Verwaltungszweige	1990	Organisationsänd. 1990	1991	1992	1993	Organisationsänd. 1993		
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	-	-	-	-	-	-		
b) Zentralstellen	10	10	10	10	10	38		
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	225	225	183	177	147	139		
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	-	-	-	-	-	-		
Summe 1 ...	235	235	193	187	157	177		
2. Sicherheitswesen	7	7	-	-	-	-		
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	1	1	1	-	-	-		
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	1.120	1.157	1.322	1.252	1.286	1.286		
5. Heerwesen	-	-	-	-	-	-		
6. Auswärtige Angelegenheiten	38	58	58	58	59	59		
7. Bundesbetriebe und Monopole	1.955	1.955	1.955	1.955	1.955	1.955		
Gesamtsumme ...	3.356	3.413	3.529	3.452	3.457	3.477		

Verwaltungszweige	1994	1995	1996	1997	1998	% *)	Differenz gegenüber Vorjahr	
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	-	-	-	-	-	-	-	
b) Zentralstellen	35	32	10	10	10	0,75	-	
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	123	123	100	90	90	6,73	-	
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	-	23	23	23	23	1,72	-	
Summe 1 ...	158	178	133	123	123	9,20	-	
2. Sicherheitswesen	-	-	-	-	-	-	-	
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	-	-	-	-	-	-	-	
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	1.022	1.169	1.151	1.150	1.150	85,95	-	
5. Heerwesen	-	-	-	-	-	-	-	
6. Auswärtige Angelegenheiten	58	58	58	65	65	4,86	-	
7. Bundesbetriebe und Monopole	1.955	1.955	-	-	-	0,01	-	
Gesamtsumme ...	3.193	3.360	1.342	1.338	1.338	100,00	-	

*) Anteil am Gesamtstellenplan ohne 'Landesbedienstete (-lehrer und sonstige Bedienstete), deren Bezüge der Bund trägt', nach Hundertsatz

STELLENPLAN 1998

(37)

Zusammensetzung der Verwaltungszweige zu den Anlagen D1 und D2

Verwaltungszweige - Verwaltungsbereiche	Verwaltungszweige - Verwaltungsbereiche
<p>1. Allgemeine Verwaltung</p> <p>a) Oberste Organe</p> <p>01 Präsidentschaftskanzlei 02 Parlamentsdirektion 05 Volksanwaltschaft 06 Rechnungshof</p> <p>b) Zentralstellen</p> <p>1000 Bundeskanzleramt 1100 Bundesministerium für Inneres 1200 Bundesministerium für Unterricht u. kulturelle Angelegenh. 1400 Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr - Verwaltungsbereich Wissenschaft 1500 Bundesministerium für Arbeit und Soziales 1700 Bundesministerium für Gesundheit 1800 Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie 3000 Bundesministerium für Justiz 4000 Bundesministerium für Landesverteidigung 5000 Bundesministerium für Finanzen 6000 Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft 6300 Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten 6500 Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr - Verwaltungsbereich Verkehr</p> <p>c) Verwaltung in administrativer Hinsicht</p> <p>1001 Verwaltungsakademie 1020 Statistisches Zentralamt 1092 Veterinärmedizinischer Grenzbeschauendienst 1150 Flüchtlingsbetreuung und Integration 1151 Öffentl. Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen 1550 Ämter des AMS 1570 Bundessozialämter 1590 Heimarbeitskommissionen, Schlichtungsstellen 5040 Finanzlandesdirektionen (ohne Wachebeamte - Zollwachdienst) 5070 Bundespensionsamt 5071 Finanzprokuratur 6091 Bundeskellereinspektion</p>	<p>d) Verwaltung in technischer Hinsicht</p> <p>1090 Lebensmitteluntersuchungsanstalten 1091 Veterinärmedizinische Anstalten 1592 Arbeitsinspektion 1792 Bakteriologisch-serologische u. sonst. Untersuchungsanst. 1870 Umweltbundesamt 5072 Hauptpunzierungs- und Proberamt 6080 Wildbach- und Lawinerverbauungsdienst 6320 Österreichisches Patentamt 6330 Bergbehörden 6403 Beschußämter 6440 Wasserstraßendirektion 6441 Amt der Wasserstraßendirektion 6450 Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane) 6453 Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betr. ähnl. Einr.) 6460 Bundesgebäudeverwaltung - Liegenschaftsverwaltung 649. Bundesamt für Eich- u. Vermessungswesen (Amtsleitung) 6490 Einrichtungen des Eichwesens 6491 Einrichtungen des Vermessungswesens 6550 Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge</p> <p>2. Sicherheitswesen</p> <p>1130 Bundespolizei 1140 Bundesgendarmarie 1152 Bundesasylamt 5040 Finanzlandesdirektionen (nur Wachebeamte - Zollwachdienst) 6501 Schifffahrtspolizei</p> <p>3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug</p> <p>03 Verfassungsgerichtshof 04 Verwaltungsgerichtshof 3010 Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur 3020 Justizbehörden in den Ländern 3030 Justizanstalten 3050 Bewährungshilfe</p>

(38)

STELLENPLAN 1998

Zusammensetzung der Verwaltungszeige zu den Anlagen D1 und D2

Verwaltungszeige - Verwaltungsbereiche	Verwaltungszeige - Verwaltungsbereiche
4. Unterrichtswesen, Kultur u. Forschung (ohne Landeslehrer)	6056 Bundesanstalt für Bergbauernfragen
1010 Staatsarchiv und Archivamt	6058 Bundesamt für Wasserwirtschaft
1075 Bundessportheime und Sporteinrichtungen	6059 Bundesanstalt für Landtechnik
1240 Hofmusikkapelle	6072 Forstliche Ausbildungsstätten
1241 Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen	6401 Bundesmobilienvverwaltung
1242 Sonstige Einrichtungen für Jugendziehung	71 Bundestheater
1243 Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung	
1244 Museen	5. Heerwesen
1246 Nationalbibliothek und Phonotheek	
1247 Bundesdenkmalamt	4010 Militärpersonen und Heeresverwaltung
1260 Schulaufsichtsbehörden	
1261 Schulpsychologie - Bildungsberatung	6. Auswärtige Angelegenheiten
1270 Allgemeinbildende höhere Schulen	
1271 Höhere Internatsschulen des Bundes	2000 Zentralleitung u. Vertretungsbehörden (2010)
1274 Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung	2030 Österreichische Kulturinstitute
1276 Bundesschülerheime (Allgemeinbildende)	
1280 Technische und gewerbliche Lehranstalten	7. Bundesbetriebe und Monopole
1281 Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe	
1282 Handelsakademien und Handelsschulen	1031 Amt der Österreichischen Staatsdruckerei
1286 Bundesschülerheime (Berufsbildende)	4050 Allentsteig (betriebsäbnl. Einrichtung)
1290 Pädagogische Akademien	5080 Österreichisches Postsparkassenamt
1291 BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik	5081 Österreichische Salinen AG
1292 Berufspädagogische Akademien	5082 Amt der Münze Österreich
1293 Bundesanstalten für Leibesziehung	5083 Amt der Post- und Telekom Austria AG
1294 Pädagogische Institute	6093 Bundesgärten
1402 Amt des BFPZ Arsenal	6094 Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule
1420 Universitäten	6095 Landwirtschaftliche Bundesversuchswirtschaften
1424 Wissenschaftliche Anstalten	6096 Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsforste
1430 Kunsthochschulen	6099 Bauhöfe
1794 Bundeshebammenlehranstalten/Bundes- Hebammenakademien	6402 Schönbrunner Tiergartenamt
4040 Heeresgeschichtl. Museum, Militärwissenschaftl. Institut	
6050 Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten	
6051 Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.	
6052 Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten	
6053 Forstliche Bundesversuchsanstalt	
6054 Bundesanstalt für Agrarwirtschaft	
6055 Bundesanstalten für Milchwirtschaft	

STELLENPLAN 1998

(39)

Anlage E.6 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Gesamtübersicht)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUKA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Beamte und Angestellte														
Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes														
A1	15	82	17	21	23	188	538	582	684	1.003	951	50	216	-
A2	9	31	5	7	7	76	466	696	736	1.112	2.029	26	97	-
A3	25	57	18	16	10	43	350	1.115	557	641	320	12	34	-
A4	9	59	-	1	1	16	58	419	350	100	80	4	-	-
A5	-	27	-	-	-	2	37	23	64	49	59	1	-	-
A6	-	19	-	-	-	1	9	17	118	8	3	5	-	-
A7	-	-	2	-	1	2	6	38	42	4	-	-	-	-
Summe...	58	275	42	45	42	328	1.464	2.890	2.551	2.917	3.442	98	347	-
Angestellte gem VB Gesetz (VB I)														
a	1	11	10	13	1	-	182	50	243	487	108	29	58	-
b	3	15	2	2	-	-	338	92	526	1.805	141	20	90	-
c	4	11	5	8	1	-	471	188	1.089	2.108	121	20	94	-
d	3	36	3	28	3	3	470	1.610	1.167	1.092	161	32	19	-
e	-	11	3	7	-	2	30	74	313	96	-	-	1	-
Summe...	11	84	23	58	5	5	1.491	2.014	3.338	5.588	531	101	262	-
Richter, Richteramtsanwälte und Staatsanwälte														
Richter	-	-	-	62	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Richteramtsanwälte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Staatsanwälte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	62	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Universitäts-(Hochschul-)lehrer														
o. Univ. (Hochschul)professoren	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.689	-	-	-	-
ao. Univ. (Hochschul)professoren	-	-	-	-	-	-	-	-	-	578	-	-	-	-
Univ. (Hochschul)assistenten	-	-	-	-	-	-	-	-	-	7.329	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	9.596	-	-	-	-
Lehrer														
LPA	-	-	-	-	-	-	-	-	639	-	-	-	-	-
L1	-	-	-	-	-	-	1	-	20.021	332	-	-	-	-
L2	-	-	-	-	-	-	9	-	2.719	23	-	-	-	-
L3	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	10	-	23.381	355	-	-	-	-
Beamte des Schulaufsichtsdienstes														
S1	-	-	-	-	-	-	-	-	85	-	-	-	-	-
S2	-	-	-	-	-	-	-	-	147	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	232	-	-	-	-	-
Beamte des Exekutivdienstes														
W1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E1	-	-	-	-	-	-	-	718	-	-	-	-	-	-
E2a	-	-	-	-	-	-	-	11.348	-	-	-	-	-	-
E2b	-	-	-	-	-	-	-	15.049	-	-	-	-	-	-
E2c	-	-	-	-	-	-	-	200	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	27.315	-	-	-	-	-	-

(40)

STELLENPLAN 1998

Anlage E. G Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Gesamtübersicht)

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.	Bundesbetriebe(Monopole)				Summe Bundes- betr.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	VÖW		BTV	A	ÖBF	PTV		
453	171	302	1.392	587	777	131	8.183	10	-	-	-	10	8.193
209	1.361	1.308	5.478	516	1.206	67	15.442	30	-	-	-	30	15.472
87	1.600	2.455	3.849	313	1.231	121	12.854	13	-	-	-	13	12.867
3	8	826	97	176	560	13	2.780	-	-	-	-	-	2.780
5	2	-	44	24	131	4	472	-	-	-	-	-	472
-	-	-	34	8	58	-	280	-	-	-	-	-	280
4	-	-	7	6	19	2	133	-	-	-	-	-	133
761	3.142	4.891	10.901	1.630	3.982	338	40.144	53	-	-	-	53	40.197
76	69	-	251	133	100	49	1.871	5	-	-	-	5	1.876
95	214	-	677	205	239	37	4.501	15	-	-	-	15	4.516
392	937	-	2.994	480	564	67	9.554	42	-	-	-	42	9.596
305	1.739	1.603	1.058	250	508	24	10.114	-	-	-	-	-	10.114
43	43	14	78	1	56	6	778	-	-	-	-	-	778
911	3.002	1.617	5.058	1.069	1.467	183	26.818	62	-	-	-	62	26.880
-	1.739	-	-	-	-	-	1.801	-	-	-	-	-	1.801
-	150	-	-	-	-	-	150	-	-	-	-	-	150
-	212	-	-	-	-	-	212	-	-	-	-	-	212
-	2.101	-	-	-	-	-	2.163	-	-	-	-	-	2.163
-	-	-	-	-	-	-	1.689	-	-	-	-	-	1.689
-	-	-	-	-	-	-	578	-	-	-	-	-	578
-	-	-	-	-	-	-	7.329	-	-	-	-	-	7.329
-	-	-	-	-	-	-	9.596	-	-	-	-	-	9.596
-	-	-	-	5	-	-	644	-	-	-	-	-	644
-	-	-	-	178	-	-	20.532	-	-	-	-	-	20.532
-	7	20	-	96	-	-	2.874	-	-	-	-	-	2.874
-	-	-	-	1	-	-	3	-	-	-	-	-	3
-	7	20	-	280	-	-	24.053	-	-	-	-	-	24.053
-	-	-	-	-	-	-	85	-	-	-	-	-	85
-	-	-	-	-	-	-	147	-	-	-	-	-	147
-	-	-	-	-	-	-	232	-	-	-	-	-	232
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	79	-	21	-	-	-	818	-	-	-	-	-	818
-	2.095	-	2.029	-	-	-	15.472	-	-	-	-	-	15.472
-	1.018	-	366	-	-	-	16.433	-	-	-	-	-	16.433
-	-	-	-	-	-	-	200	-	-	-	-	-	200
-	3.192	-	2.416	-	-	-	32.923	-	-	-	-	-	32.923

STELLENPLAN 1998

(41)

Anlage E.G Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Gesamtübersicht)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUKA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Beamte des militärischen Dienstes	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
H1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
H2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MB01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MB02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MBU01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MBU02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe MB...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZ01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZ02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZU01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZU02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZCh	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe MZ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	13	-	-	-	-
K2	-	-	-	-	-	-	9	-	2	94	-	28	-	-
K3	-	-	-	-	-	-	-	-	4	-	-	-	-	-
K4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	1	-	-	-
K5	-	-	-	-	-	-	1	-	-	3	-	3	-	-
K6	-	-	-	-	-	-	10	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	20	-	6	111	1	31	-	-
Krankenpflegedienst gem. VB Gesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k2	-	-	-	-	-	-	11	-	4	323	5	37	-	-
k3	-	-	-	-	-	-	-	-	13	21	-	1	-	-
k4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k5	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	1	-	-
k6	-	-	-	-	-	-	10	-	-	14	-	19	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	22	-	17	358	5	58	-	-
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach Kollektivvertrag	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte (VB I/K)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
VB gem. Hochschulassistentengesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte (VB I/R)	-	-	-	-	-	-	-	5	170	-	4	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	5	170	-	4	-	-	-
Summe Beamte und VB I...	69	359	65	165	47	333	3.007	32.224	29.695	18.925	3.983	288	609	-

(42)

STELLENPLAN 1998

Anlage E.6 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Gesamtübersicht)

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.	Bundesbetriebe(Monopole)				Summe Bundes- betr.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	VÖW		BTV	A	ÖBF	PTV		
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	487	-	-	-	-	487	-	-	-	-	-	487
-	-	2.380	-	-	-	-	2.380	-	-	-	-	-	2.380
-	-	8.840	-	-	-	-	8.840	-	-	-	-	-	8.840
-	-	2.235	-	-	-	-	2.235	-	-	-	-	-	2.235
-	-	13.942	-	-	-	-	13.942	-	-	-	-	-	13.942
-	-	47	-	-	-	-	47	-	-	-	-	-	47
-	-	300	-	-	-	-	300	-	-	-	-	-	300
-	-	444	-	-	-	-	444	-	-	-	-	-	444
-	-	4.326	-	-	-	-	4.326	-	-	-	-	-	4.326
-	-	1.781	-	-	-	-	1.781	-	-	-	-	-	1.781
-	-	6.898	-	-	-	-	6.898	-	-	-	-	-	6.898
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	13	-	-	-	-	-	13
-	-	17	-	-	-	-	150	-	-	-	-	-	150
-	12	29	-	-	-	-	41	-	-	-	-	-	41
-	6	8	-	-	-	-	18	-	-	-	-	-	18
-	-	3	-	-	-	-	6	-	-	-	-	-	6
-	-	-	-	-	-	-	16	-	-	-	-	-	16
-	18	57	-	-	-	-	244	-	-	-	-	-	244
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	10	1	-	-	-	-	391	-	-	-	-	-	391
-	-	1	-	-	-	-	2	-	-	-	-	-	2
-	64	7	-	-	-	-	105	-	-	-	-	-	105
-	-	3	-	-	-	-	5	-	-	-	-	-	5
-	5	2	-	-	-	-	50	-	-	-	-	-	50
-	79	14	-	-	-	-	553	-	-	-	-	-	553
-	-	-	42.659	-	-	215	42.874	-	-	-	-	-	42.874
-	-	21	-	-	-	-	21	-	-	-	-	-	21
-	-	21	-	-	-	-	21	-	-	-	-	-	21
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	40	43	-	-	-	262	978	-	-	-	978	1.240
-	-	40	43	-	-	-	262	978	-	-	-	978	1.240
1.672	11.541	27.500	61.077	2.979	5.449	736	200.723	1.093	-	-	-	1.093	201.816

STELLENPLAN 1998

(43)

Anlage E.6 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Gesamtübersicht)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUKA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Arbeiter														
Arbeiter gem. VB Gesetz (VB II)														
p1	-	-	-	-	-	-	11	10	3	38	-	1	1	-
p2	-	-	-	1	-	-	10	77	107	95	2	-	-	-
p3	-	4	1	3	-	-	69	144	135	209	2	19	3	-
p4	4	11	-	-	-	-	111	129	697	231	3	22	1	-
p5	-	11	5	8	-	12	20	815	1.697	29	17	-	-	-
Summe...	4	26	6	12	-	12	221	1.175	2.639	602	24	42	5	-
Krankenpflegedienst														
k1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach Kollektivvertrag														
Arbeiter (VB II/R)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	17	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	17	-	-	-	-
Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften														
VB gem. Hochschulassistentengesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeiter (VB II/R)	-	-	-	-	-	-	-	47	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	47	-	-	-	-	-	-
Summe VB II...	4	26	6	12	-	12	221	1.222	2.639	619	24	42	5	-
Gesamtsumme Beamte und VB...	73	385	71	177	47	345	3.228	33.446	32.334	19.544	4.007	330	614	-
Jugendliche Bedienstete (JAL)														
Jugendliche Vertragsbedienstete ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anlernkräfte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lehrlinge	-	-	-	-	-	-	1	-	-	169	-	-	-	-
Summe JAL...	-	-	-	-	-	-	1	-	-	169	-	-	-	-
Gesamtsumme einschließlich JAL...	73	385	71	177	47	345	3.229	33.446	32.334	19.713	4.007	330	614	-
Normplanstellen (LwSt)	-	-	-	-	-	-	-	-	10.835	632	-	-	-	-

(44)

STELLENPLAN 1998

Anlage E.6 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Gesamtübersicht)

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.	Bundesbetriebe(Monopole)				Summe Bundes- betr.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	VÖW		BTV	A	ÖBF	PTV		
-	2	-	4	34	17	-	121	-	-	-	-	-	121
1	5	210	10	166	86	-	770	-	-	-	-	-	770
16	16	61	23	142	162	5	1.014	-	-	-	-	-	1.014
14	61	31	84	212	66	-	1.677	-	-	-	-	-	1.677
6	150	10	298	59	61	-	3.198	-	-	-	-	-	3.198
37	234	312	419	613	392	5	6.780	-	-	-	-	-	6.780
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	36	-	307	-	-	360	1.532	-	-	-	1.532	1.892
-	-	36	-	307	-	-	360	1.532	-	-	-	1.532	1.892
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	4	23	-	208	-	282	-	-	-	-	-	282
-	-	4	23	-	208	-	282	-	-	-	-	-	282
37	234	352	442	920	600	5	7.422	1.532	-	-	-	1.532	8.954
1.709	11.775	27.852	61.519	3.899	6.049	741	208.145	2.625	-	-	-	2.625	210.770
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	109	-	113	20	-	412	27	-	-	-	27	439
-	-	109	-	113	20	-	412	27	-	-	-	27	439
1.709	11.775	27.961	61.519	4.012	6.069	741	208.557	2.652	-	-	-	2.652	211.209
-	-	-	-	153	-	-	11.620	-	-	-	-	-	11.620

STELLENPLAN 1998

(45)

Anlage E.1 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Teil II. A, IV und VII)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUKA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Beamte und Angestellte														
Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes														
A1	15	82	17	21	23	188	535	582	682	917	640	50	216	-
A2	9	31	5	7	7	76	437	696	736	1.039	656	26	97	-
A3	25	57	18	16	10	43	346	1.115	556	589	229	12	34	-
A4	9	59	-	1	1	16	58	419	350	92	57	4	-	-
A5	-	27	-	-	-	2	37	23	64	48	31	1	-	-
A6	-	19	-	-	-	1	9	17	118	7	1	5	-	-
A7	-	-	2	-	1	2	6	38	42	4	-	-	-	-
Summe...	58	275	42	45	42	328	1.428	2.890	2.548	2.696	1.614	98	347	-
Angestellte gem VB Gesetz (VB I)														
a	1	11	10	13	1	-	182	45	243	487	108	29	58	-
b	3	15	2	2	-	-	336	89	526	1.665	141	20	90	-
c	4	11	5	8	1	-	471	188	1.089	2.108	121	20	94	-
d	3	36	3	28	3	3	467	1.583	1.167	1.092	161	32	19	-
e	-	11	3	7	-	2	30	74	273	96	-	-	1	-
Summe...	11	84	23	58	5	5	1.486	1.979	3.298	5.448	531	101	262	-
Richter, Richteramtsanwärter und Staatsanwälte														
Richter	-	-	-	62	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Richteramtsanwärter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Staatsanwälte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	62	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Universitäts-(Hochschul-)lehrer														
o. Univ. (Hochschul)professoren	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.689	-	-	-	-
ao. Univ. (Hochschul)professoren	-	-	-	-	-	-	-	-	-	578	-	-	-	-
Univ. (Hochschul)assistenten	-	-	-	-	-	-	-	-	-	6.552	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8.819	-	-	-	-
Lehrer														
LPA	-	-	-	-	-	-	-	-	639	-	-	-	-	-
L1	-	-	-	-	-	-	1	-	20.021	332	-	-	-	-
L2	-	-	-	-	-	-	9	-	2.719	23	-	-	-	-
L3	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	10	-	23.381	355	-	-	-	-
Beamte des Schulaufsichtsdienstes														
S1	-	-	-	-	-	-	-	-	85	-	-	-	-	-
S2	-	-	-	-	-	-	-	-	147	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	232	-	-	-	-	-
Beamte des Exekutivdienstes														
W1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E1	-	-	-	-	-	-	-	718	-	-	-	-	-	-
E2a	-	-	-	-	-	-	-	11.249	-	-	-	-	-	-
E2b	-	-	-	-	-	-	-	14.653	-	-	-	-	-	-
E2c	-	-	-	-	-	-	-	200	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	26.820	-	-	-	-	-	-

(46)

STELLENPLAN 1998

Anlage E.1 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Teil II. A, IV und VII)

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits- verw.	Bundesbetriebe(Monopole)				Summe Bundes- betr.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	VÖW		BTV	A	ÖBF	PTV		
450	171	302	1.357	582	772	130	7.732	10	-	-	-	10	7.742
208	1.361	1.308	5.311	508	1.187	66	13.771	30	-	-	-	30	13.801
86	1.600	2.455	3.511	308	1.151	121	12.282	13	-	-	-	13	12.295
3	8	826	84	172	490	13	2.662	-	-	-	-	-	2.662
4	2	-	35	24	102	4	404	-	-	-	-	-	404
-	-	-	27	8	54	-	266	-	-	-	-	-	266
3	-	-	5	6	17	2	128	-	-	-	-	-	128
754	3.142	4.891	10.330	1.608	3.773	336	37.245	53	-	-	-	53	37.298
67	69	-	204	133	98	49	1.808	5	-	-	-	5	1.813
89	214	-	472	205	233	37	4.139	15	-	-	-	15	4.154
392	937	-	2.427	480	559	67	8.982	42	-	-	-	42	9.024
262	1.739	1.603	797	205	502	24	9.729	-	-	-	-	-	9.729
43	43	14	74	1	56	6	734	-	-	-	-	-	734
853	3.002	1.617	3.974	1.024	1.448	183	25.392	62	-	-	-	62	25.454
-	1.739	-	-	-	-	-	1.801	-	-	-	-	-	1.801
-	150	-	-	-	-	-	150	-	-	-	-	-	150
-	212	-	-	-	-	-	212	-	-	-	-	-	212
-	2.101	-	-	-	-	-	2.163	-	-	-	-	-	2.163
-	-	-	-	-	-	-	1.689	-	-	-	-	-	1.689
-	-	-	-	-	-	-	578	-	-	-	-	-	578
-	-	-	-	-	-	-	6.552	-	-	-	-	-	6.552
-	-	-	-	-	-	-	8.819	-	-	-	-	-	8.819
-	-	-	-	5	-	-	644	-	-	-	-	-	644
-	-	-	-	178	-	-	20.532	-	-	-	-	-	20.532
-	7	20	-	96	-	-	2.874	-	-	-	-	-	2.874
-	-	-	-	1	-	-	3	-	-	-	-	-	3
-	7	20	-	280	-	-	24.053	-	-	-	-	-	24.053
-	-	-	-	-	-	-	85	-	-	-	-	-	85
-	-	-	-	-	-	-	147	-	-	-	-	-	147
-	-	-	-	-	-	-	232	-	-	-	-	-	232
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	79	-	21	-	-	-	818	-	-	-	-	-	818
-	2.095	-	2.029	-	-	-	15.373	-	-	-	-	-	15.373
-	1.018	-	366	-	-	-	16.037	-	-	-	-	-	16.037
-	-	-	-	-	-	-	200	-	-	-	-	-	200
-	3.192	-	2.416	-	-	-	32.428	-	-	-	-	-	32.428

STELLENPLAN 1998

(47)

Anlage E.1 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Teil II.A, IV und VII)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUKA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Beamte des militärischen Dienstes	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
H1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
H2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MB01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MB02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MBU01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MBU02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe MB...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZ01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZ02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZU01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZU02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZCh	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe MZ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankendienst	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	13	-	-	-	-
K2	-	-	-	-	-	-	9	-	2	94	-	28	-	-
K3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K4	-	-	-	-	-	-	-	-	4	-	-	-	-	-
K5	-	-	-	-	-	-	1	-	-	1	1	-	-	-
K6	-	-	-	-	-	-	10	-	-	3	-	3	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	20	-	6	111	1	31	-	-
Krankendienst gem. VB Gesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k2	-	-	-	-	-	-	11	-	4	133	5	37	-	-
k3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-
k4	-	-	-	-	-	-	-	-	13	21	-	-	-	-
k5	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	1	-	-
k6	-	-	-	-	-	-	10	-	-	14	-	19	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	22	-	17	168	5	58	-	-
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach Kollektivvertrag	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte (VB I/K)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
VB gem. Hochschulassistentengesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte (VB I/R)	-	-	-	-	-	-	-	5	170	-	4	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	5	170	-	4	-	-	-
Summe Beamte und VB I...	69	359	65	165	47	333	2.966	31.694	29.652	17.597	2.155	288	609	-

(48)

STELLENPLAN 1998

Anlage E.1 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Teil II. A, IV und VII)

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.	Bundesbetriebe(Monopole)				Summe Bundes- betr.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	VÖW		BTV	A	ÖBF	PTV		
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	487	-	-	-	-	487	-	-	-	-	-	487
-	-	2.380	-	-	-	-	2.380	-	-	-	-	-	2.380
-	-	8.840	-	-	-	-	8.840	-	-	-	-	-	8.840
-	-	2.235	-	-	-	-	2.235	-	-	-	-	-	2.235
-	-	13.942	-	-	-	-	13.942	-	-	-	-	-	13.942
-	-	47	-	-	-	-	47	-	-	-	-	-	47
-	-	300	-	-	-	-	300	-	-	-	-	-	300
-	-	444	-	-	-	-	444	-	-	-	-	-	444
-	-	4.326	-	-	-	-	4.326	-	-	-	-	-	4.326
-	-	1.781	-	-	-	-	1.781	-	-	-	-	-	1.781
-	-	6.898	-	-	-	-	6.898	-	-	-	-	-	6.898
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	17	-	-	-	-	13	-	-	-	-	-	13
-	-	150	-	-	-	-	150	-	-	-	-	-	150
-	12	29	-	-	-	-	41	-	-	-	-	-	41
-	6	8	-	-	-	-	18	-	-	-	-	-	18
-	-	3	-	-	-	-	6	-	-	-	-	-	6
-	-	-	-	-	-	-	16	-	-	-	-	-	16
-	18	57	-	-	-	-	244	-	-	-	-	-	244
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	10	1	-	-	-	-	201	-	-	-	-	-	201
-	-	1	-	-	-	-	2	-	-	-	-	-	2
-	64	7	-	-	-	-	105	-	-	-	-	-	105
-	-	3	-	-	-	-	5	-	-	-	-	-	5
-	5	2	-	-	-	-	50	-	-	-	-	-	50
-	79	14	-	-	-	-	363	-	-	-	-	-	363
-	-	-	-	-	-	215	215	-	-	-	-	-	215
-	-	21	-	-	-	-	21	-	-	-	-	-	21
-	-	21	-	-	-	-	21	-	-	-	-	-	21
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	40	-	-	-	-	219	978	-	-	-	978	1.197
-	-	40	-	-	-	-	219	978	-	-	-	978	1.197
1.607	11.541	27.500	16.720	2.912	5.221	734	152.234	1.093	-	-	-	1.093	153.327

STELLENPLAN 1998

(49)

Anlage E.1 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Teil II. A, IV und VII)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUKA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Arbeiter														
Arbeiter gem. VB Gesetz (VB II)														
p1	-	-	-	-	-	-	11	10	3	38	-	1	1	-
p2	-	-	-	1	-	-	10	77	107	95	2	-	-	-
p3	-	4	1	3	-	-	69	144	135	209	2	19	3	-
p4	4	11	-	-	-	-	111	129	697	231	3	22	1	-
p5	-	11	5	8	-	12	20	815	1.697	29	17	-	-	-
Summe...	4	26	6	12	-	12	221	1.175	2.639	602	24	42	5	-
Krankenpflegedienst														
k1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach Kollektivvertrag														
Arbeiter (VB II/R)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	17	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	17	-	-	-	-
Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften														
VB gem. Hochschulassistentengesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeiter (VB II/R)	-	-	-	-	-	-	-	47	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	47	-	-	-	-	-	-
Summe VB II...	4	26	6	12	-	12	221	1.222	2.639	619	24	42	5	-
Gesamtsumme Beamte und VB...	73	385	71	177	47	345	3.187	32.916	32.291	18.216	2.179	330	614	-
Jugendliche Bedienstete (JAL)														
Jugendliche Vertragsbedienstete ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anlernkräfte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lehrlinge	-	-	-	-	-	-	1	-	-	169	-	-	-	-
Summe JAL...	-	-	-	-	-	-	1	-	-	169	-	-	-	-
Gesamtsumme einschließlich JAL...	73	385	71	177	47	345	3.188	32.916	32.291	18.385	2.179	330	614	-
Normplanstellen (LwSt)	-	-	-	-	-	-	-	-	10.835	632	-	-	-	-

(50)

S T E L L E N P L A N 1 9 9 8

Anlage E.1 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgedieberten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Teil II. A, IV und VII)

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.	Bundesbetriebe(Monopole)				Summe Bundes- betr.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BNLF	BMwA	VÖW		BTV	A	ÖBF	PTV		
-	2	-	4	34	17	-	121	-	-	-	-	-	121
1	5	210	6	166	83	-	763	-	-	-	-	-	763
16	16	61	16	142	162	5	1.007	-	-	-	-	-	1.007
14	61	31	84	212	65	-	1.676	-	-	-	-	-	1.676
6	150	10	295	59	61	-	3.195	-	-	-	-	-	3.195
37	234	312	405	613	388	5	6.762	-	-	-	-	-	6.762
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	36	-	307	-	-	360	1.532	-	-	-	1.532	1.892
-	-	36	-	307	-	-	360	1.532	-	-	-	1.532	1.892
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	4	23	-	185	-	259	-	-	-	-	-	259
-	-	4	23	-	185	-	259	-	-	-	-	-	259
37	234	352	428	920	573	5	7.381	1.532	-	-	-	1.532	8.913
1.644	11.775	27.852	17.148	3.832	5.794	739	159.615	2.625	-	-	-	2.625	162.240
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	109	-	113	20	-	412	27	-	-	-	27	439
-	-	109	-	113	20	-	412	27	-	-	-	27	439
1.644	11.775	27.961	17.148	3.945	5.814	739	160.027	2.652	-	-	-	2.652	162.679
-	-	-	-	153	-	-	11.620	-	-	-	-	-	11.620

STELLENPLAN 1998

(51)

Anlage E.2 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Teil V)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUKA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Beamte und Angestellte														
Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes														
A1	-	-	-	-	-	-	3	-	2	86	311	-	-	-
A2	-	-	-	-	-	-	29	-	-	73	1.373	-	-	-
A3	-	-	-	-	-	-	4	-	1	52	91	-	-	-
A4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8	23	-	-	-
A5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	28	-	-	-
A6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	2	-	-	-
A7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	36	-	3	221	1.828	-	-	-
Angestellte gem VB Gesetz (VB I)														
a	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
b	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
c	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
d	-	-	-	-	-	-	-	25	-	-	-	-	-	-
e	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	25	-	-	-	-	-	-
Richter, Richteramtsanwälte und Staatsanwälte														
Richter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Richteramtsanwälte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Staatsanwälte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Universitäts-(Hochschul-)lehrer														
o. Univ. (Hochschul)professoren	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
ao. Univ. (Hochschul)professoren	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Univ. (Hochschul)assistenten	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lehrer														
LPA	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
L1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
L2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
L3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des Schulaufsichtsdienstes														
S1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
S2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des Exekutivdienstes														
W1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E2a	-	-	-	-	-	-	-	99	-	-	-	-	-	-
E2b	-	-	-	-	-	-	-	396	-	-	-	-	-	-
E2c	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	495	-	-	-	-	-	-

(52)

STELLENPLAN 1998

Anlage E.2 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Teil V)

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.	Bundesbetriebe(Monopole)				Summe Bundes- betr.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	VÖW		BTV	A	ÖBF	PTV		
-	-	-	35	5	5	1	448	-	-	-	-	-	448
-	-	-	167	8	19	1	1.670	-	-	-	-	-	1.670
-	-	-	338	5	80	-	571	-	-	-	-	-	571
-	-	-	13	4	70	-	118	-	-	-	-	-	118
-	-	-	9	-	29	-	67	-	-	-	-	-	67
-	-	-	7	-	4	-	14	-	-	-	-	-	14
-	-	-	2	-	2	-	4	-	-	-	-	-	4
-	-	-	571	22	209	2	2.892	-	-	-	-	-	2.892
-	-	-	47	-	2	-	49	-	-	-	-	-	49
-	-	-	205	-	6	-	211	-	-	-	-	-	211
-	-	-	567	-	5	-	572	-	-	-	-	-	572
-	-	-	261	-	6	-	292	-	-	-	-	-	292
-	-	-	4	-	-	-	4	-	-	-	-	-	4
-	-	-	1.084	-	19	-	1.128	-	-	-	-	-	1.128
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	99	-	-	-	-	-	99
-	-	-	-	-	-	-	396	-	-	-	-	-	396
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	495	-	-	-	-	-	495

STELLENPLAN 1998

(53)

Anlage E.2 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Teil V)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUKA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Beamte des militärischen Dienstes	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
H1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
H2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MB01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MB02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MBU01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MBU02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe MB...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZ01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZ02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZU01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZU02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZCh	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe MZ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankpflegedienst	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankpflegedienst gem. VB Gesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach Kollektivvertrag														
Angestellte (VB I/K)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften														
VB gem. Hochschulassistentengesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte (VB I/R)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe Beamte und VB I...	-	-	-	-	-	-	36	520	3	221	1.828	-	-	-

STELLENPLAN 1998

(55)

Anlage E.2 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Teil V)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUKA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Arbeiter														
Arbeiter gem. VB Gesetz (VB II)														
p1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
p2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
p3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
p4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
p5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst														
k1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach Kollektivvertrag														
Arbeiter (VB II/R)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften														
VB gem. Hochschulassistentengesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeiter (VB II/R)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe VB II...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtsumme Beamte und VB...	-	-	-	-	-	-	36	520	3	221	1.828	-	-	-
Jugendliche Bedienstete (JAL)														
Jugendliche Vertragsbedienstete ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anlernkräfte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lehrlinge	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe JAL...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtsumme einschließlich JAL...	-	-	-	-	-	-	36	520	3	221	1.828	-	-	-
Normplanstellen (LwSt)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

(56)

STELLENPLAN 1998

Anlage E.2 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Teil V)

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.	Bundesbetriebe(Monopole)				Summe Bundes- betr.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	VÖW		BTV	A	ÖBF	PTV		
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	4	-	3	-	7	-	-	-	-	-	7
-	-	-	7	-	-	-	7	-	-	-	-	-	7
-	-	-	-	-	1	-	1	-	-	-	-	-	1
-	-	-	3	-	-	-	3	-	-	-	-	-	3
-	-	-	14	-	4	-	18	-	-	-	-	-	18
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	14	-	4	-	18	-	-	-	-	-	18
-	-	-	44.328	22	232	2	47.192	-	-	-	-	-	47.192
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	44.328	22	232	2	47.192	-	-	-	-	-	47.192
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

STELLENPLAN 1998

(57)

Anlage E.3 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Teil VI)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUKA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Beamte und Angestellte														
Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes														
A1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte gem VB Gesetz (VB I)														
a	-	-	-	-	-	-	-	5	-	-	-	-	-	-
b	-	-	-	-	-	-	2	3	-	140	-	-	-	-
c	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
d	-	-	-	-	-	-	3	2	-	-	-	-	-	-
e	-	-	-	-	-	-	-	-	40	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	5	10	40	140	-	-	-	-
Richter, Richteramtsanwärter und Staatsanwälte														
Richter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Richteramtsanwärter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Staatsanwälte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Universitäts-(Hochschul-)lehrer														
o. Univ. (Hochschul)professoren	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
ao. Univ. (Hochschul)professoren	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Univ. (Hochschul)assistenten	-	-	-	-	-	-	-	-	-	777	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	777	-	-	-	-
Lehrer														
LPA	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
L1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
L2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
L3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des Schulaufsichtsdienstes														
S1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
S2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des Exekutivdienstes														
W1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des Exekutivdienstes														
E1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E2a	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E2b	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E2c	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

(58)

STELLENPLAN 1998

Anlage E.3 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts (Teil VI)

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.	Bundesbetriebe(Monopole)				Summe Bundes- betr.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLV	BMF	BMLF	BMwA	VÖW		BTV	A	ÖBF	PTV		
3	-	-	-	-	-	-	3	-	-	-	-	-	3
1	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	1
1	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	1
1	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	1
1	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	1
7	-	-	-	-	-	-	7	-	-	-	-	-	7
9	-	-	-	-	-	-	14	-	-	-	-	-	14
6	-	-	-	-	-	-	151	-	-	-	-	-	151
43	-	-	-	45	-	-	93	-	-	-	-	-	93
-	-	-	-	-	-	-	40	-	-	-	-	-	40
58	-	-	-	45	-	-	298	-	-	-	-	-	298
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	777	-	-	-	-	-	777
-	-	-	-	-	-	-	777	-	-	-	-	-	777
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

STELLENPLAN 1998

(59)

Anlage E.3 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Teil VI)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUKA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Beamte des militärischen Dienstes	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
H1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
H2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MB01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MB02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MBU01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MBU02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe MB...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZ01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZ02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZU01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZU02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZCh	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe MZ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst gem. VB Gesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	190	-	-	-	-
k3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	190	-	-	-	-
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach Kollektivvertrag	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte (VB I/K)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
VB gem. Hochschulassistentengesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte (VB I/R)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe Beamte und VB I...	-	-	-	-	-	-	5	10	40	1.107	-	-	-	-

STELLENPLAN 1998

(61)

Anlage E.3 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Teil VI)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUKA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Arbeiter														
Arbeiter gem. VB Gesetz (VB II)														
p1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
p2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
p3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
p4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
p5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst														
k1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach Kollektivvertrag														
Arbeiter (VB II/R)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften														
VB gem. Hochschulassistentengesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeiter (VB II/R)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe VB II...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtsumme Beamte und VB...	-	-	-	-	-	-	5	10	40	1.107	-	-	-	-
Jugendliche Bedienstete (JAL)														
Jugendliche Vertragsbedienstete ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anlernkräfte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lehrlinge	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe JAL...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtsumme einschließlich JAL...	-	-	-	-	-	-	5	10	40	1.107	-	-	-	-
Normplanstellen (LwSt)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

STELLENPLAN 1998

(63)

Anlage F. G

Summarische Gesamtübersicht des Stellenplanes
(ohne Teil VII)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL
A1	46	75	187	539	840	1.049	1.545	1.459	1.855	597	8.192
A2		29	327	1.143	1.390	3.217	3.518	5.015	583	250	15.472
A3		15	143	266	2.518	1.715	2.191	3.578	2.082	359	12.867
A4								912	929	939	2.780
A5								24	68	380	472
A6										280	280
A7										133	133
										Summe ...	40.196

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)	1								1	1.876		1.876	1.877
B (b)										4.516		4.516	4.516
C (c)										9.596		9.596	9.596
D (d)										10.114		10.114	10.114
E (e)										774	4	778	778
P1 (p1)											121	121	121
P2 (p2)											770	770	770
P3 (p3)											1.014	1.014	1.014
P4 (p4)											1.677	1.677	1.677
P5 (p5)											3.198	3.198	3.198
(I/K)										21		21	21
(II/K)											1.892	1.892	1.892
(I/R)										1.240		1.240	1.240
(II/R)											282	282	282
Lehrlinge											439	439	439
Summe...	1								1	28.137	9.397	37.534	37.535

(64)

STELLENPLAN 1998

Anlage F. G

Summarische Gesamtübersicht des Stellenplanes
(ohne Teil VII)

Richter und Richteramtsanwärter	
Planstelle (Amtstitel)	Beamte
Präsident des Verwaltungsgerichtshofes.....	1
Vizepräsident des Verwaltungsgerichtshofes.....	1
Senatspräsident des Verwaltungsgerichtshofes.....	12
Hofrat des Verwaltungsgerichtshofes.....	48
Präsident des Obersten Gerichtshofes.....	1
Vizepräsident des Obersten Gerichtshofes.....	2
Senatspräsident des Obersten Gerichtshofes.....	13
Hofrat des Obersten Gerichtshofes.....	41
Präsident des Oberlandesgerichtes.....	4
Vizepräsident des Oberlandesgerichtes.....	4
Senatspräsident des Oberlandesgerichtes.....	54
Richter des Oberlandesgerichtes.....	107
Präsident des Gerichtshofes I. Instanz.....	21
Vizepräsident des Gerichtshofes I. Instanz.....	29
Übrige Richter.....	1.463
Richteramtsanwärter.....	150
Summe...	1.951

Staatsanwälte	
Planstelle (Amtstitel)	Beamte
Generalprokurator	1
Erster Generalanwalt	3
Generalanwalt	10
Leitender Oberstaatsanwalt	4
Erster Oberstaatsanwalt	4
Oberstaatsanwalt.....	11
Leitender Staatsanwalt	17
Erster Staatsanwalt	23
Staatsanwalt	139
Summe...	212

STELLENPLAN 1998

(65)

Anlage F.6

Summarische Gesamtübersicht des Stellenplanes
(ohne Teil VII)

Hochschullehrer (Vertragsassistenten)	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
Ordentlicher Universitätsprofessor	1.276
Außerordentlicher Universitätsprofessor	578
Universitätsassistent (Vertragsassistent)	7.120
Ordentlicher Hochschulprofessor	413
Hochschulassistent (Vertragsassistent)	209
Summe...	9.596

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
LPA	56				103			485	644
L1	701	12	14	4	213	8	8	19.572	20.532
L2	35				2	101		2.736	2.874
L3								3	3
Summe...	792	12	14	4	318	109	8	22.796	24.053

Beamte des Schulaufsichtsdienstes	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
S1 (Landesschulinspektor)	85
S2 (Bezirks(Berufs)schulinspektor)	147
Summe...	232

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe Beamte
	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
Verwendungsgruppe													
E1	4	4	21	32	74	89	113	135	184	143	15	4	818
E2a					327	798	1.541	1.948	3.284	3.181	3.618	775	15.472
E2b												16.433	16.433
E2c												200	200
Summe ...													32.923

(66)

STELLENPLAN 1998

Anlage F.6

Summarische Gesamtübersicht des Stellenplanes
(ohne Teil VII)

Militärischer Dienst	Funktionsgruppe												Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1a	1b	1	GL	
Verwendungsgruppe													
MB01	1	3	17	40	56	84	91	83			95	17	487
MB02	11	42	76	156	431	103	382	531	261	386		1	2.380
MBU01			14	66	135	770	2.349	1.453			3.681	372	8.840
MBU02								550			1.672	13	2.235
	Summe ...												13.942
MZ01						1	4	6			10	26	47
MZ02							5	20	30	90		155	300
MZU01							5	34			161	244	444
MZU02								207			779	3.340	4.326
MZCh												1.781	1.781
	Summe ...												6.898
	Summe Militärischer Dienst ...												20.840

Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstzulagengruppe										Summe Beamte
	PT1 - PT5							PT5, PT7, PT8		übrige Beamte	
Verwendungsgruppe	S	1	1b	2	2b	3	3b	A	B		
PT1.....	67	55	72	134		108	5			4	445
PT2.....	13	287	257	159	363	457	213			2	1.751
PT3.....		1.009	481	2.675		757					4.922
PT4.....		564								3.821	4.385
PT5.....		380						3.315	96	3.981	7.772
PT6.....										6.030	6.030
PT7.....								548	2.086	3.014	5.648
PT8.....								731	3.308	7.515	11.554
PT9.....										367	367
	Summe ...										42.874

STELLENPLAN 1998

(67)

Anlage F.6

Summarische Gesamtübersicht des Stellenplanes
(ohne Teil VII)

Krankenpflagedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		übrige Beamte		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe							
K1 (k1)		13	13				13
K2 (k2)		150	150	391		391	541
K3 (k3)		41	41	2		2	43
K4 (k4)		18	18	105		105	123
K5 (k5)		6	6	5		5	11
K6 (k6)		16	16	50		50	66
Summe ...		244	244	553		553	797

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Gesamtsumme 01-78...	173.122	28.690	9.397	38.087	211.209

(68)

STELLENPLAN 1998

Anlage F.1

Summarische Übersicht zum Teil II.A des Stellenplanes

Allgemeiner Verwaltungsdienst Verwendungsgruppe	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	45	74	181	521	815	974	1.503	1.418	1.773	438	7.742
A2		24	310	1.118	1.338	3.093	3.236	3.891	542	249	13.801
A3		14	107	230	2.457	1.680	2.151	3.372	1.938	346	12.295
A4								889	915	858	2.662
A5								22	60	322	404
A6										266	266
A7										128	128
										Summe ...	37.298

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
A (a)										1.813		1.813	1.813
B (b)										4.154		4.154	4.154
C (c)										9.024		9.024	9.024
D (d)										9.729		9.729	9.729
E (e)										730	4	734	734
P1 (p1)											121	121	121
P2 (p2)											763	763	763
P3 (p3)											1.007	1.007	1.007
P4 (p4)											1.676	1.676	1.676
P5 (p5)											3.195	3.195	3.195
(I/K)										21		21	21
(II/K)											1.892	1.892	1.892
(I/R)										1.197		1.197	1.197
(II/R)											259	259	259
Lehrlinge											439	439	439
Summe...										26.668	9.356	36.024	36.024

STELLENPLAN 1998

(69)

Anlage F.1

Summarische Übersicht zum Teil II.A des Stellenplanes

Richter und Richteramtsanwärter	Beamte
Planstelle (Amtstitel)	
Präsident des Verwaltunggerichtshofes.....	1
Vizepräsident des Verwaltunggerichtshofes.....	1
Senatspräsident des Verwaltunggerichtshofes.....	12
Hofrat des Verwaltunggerichtshofes.....	48
Präsident des Obersten Gerichtshofes.....	1
Vizepräsident des Obersten Gerichtshofes.....	2
Senatspräsident des Obersten Gerichtshofes.....	13
Hofrat des Obersten Gerichtshofes.....	41
Präsident des Oberlandesgerichtes.....	4
Vizepräsident des Oberlandesgerichtes.....	4
Senatspräsident des Oberlandesgerichtes.....	54
Richter des Oberlandesgerichtes.....	107
Präsident des Gerichtshofes I. Instanz.....	21
Vizepräsident des Gerichtshofes I. Instanz.....	29
Übrige Richter.....	1.463
Richteramtsanwärter.....	150
Summe...	1.951

Staatsanwälte	Beamte
Planstelle (Amtstitel)	
Generalprokurator.....	1
Erster Generalanwalt.....	3
Generalanwalt.....	10
Leitender Oberstaatsanwalt.....	4
Erster Oberstaatsanwalt.....	4
Oberstaatsanwalt.....	11
Leitender Staatsanwalt.....	17
Erster Staatsanwalt.....	23
Staatsanwalt.....	139
Summe...	212

(70)

STELLENPLAN 1998

Anlage F.1

Summarische Übersicht zum Teil II.A des Stellenplanes

Hochschullehrer (Vertragsassistenten)	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
Ordentlicher Universitätsprofessor	1.276
Außerordentlicher Universitätsprofessor	578
Universitätsassistent (Vertragsassistent)	6.343
Ordentlicher Hochschulprofessor	413
Hochschulassistent (Vertragsassistent)	209
Summe...	8.819

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter	übrige Lehrer	Summe Beamte
LPA	56				103			485	644
L1	701	12	14	4	213	8	8	19.572	20.532
L2	35				2	101		2.736	2.874
L3								3	3
Summe...	792	12	14	4	318	109	8	22.796	24.053

Beamte des Schulaufsichtsdienstes	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
S1 (Landesschulinspektor)	85
S2 (Bezirks(Berufs)schulinspektor)	147
Summe...	232

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe Beamte
	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
Verwendungsgruppe	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Summe Beamte
E1	4	4	21	32	74	89	113	135	184	143	15	4	818
E2a					327	798	1.540	1.947	3.275	3.157	3.576	753	15.373
E2b												16.037	16.037
E2c												200	200
Summe ...													32.428

STELLENPLAN 1998

(71)

Anlage F.1

Summarische Übersicht zum Teil II.A des Stellenplanes

Militärischer Dienst	Funktionsgruppe												Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1a	1b	1	GL	
MB01	1	3	17	40	56	84	91	83			95	17	487
MB02	11	42	76	156	431	103	382	531	261	386		1	2.380
MBU01			14	66	135	770	2.349	1.453			3.681	372	8.840
MBU02								550			1.672	13	2.235
	Summe ...												13.942
MZ01						1	4	6			10	26	47
MZ02							5	20	30	90		155	300
MZU01							5	34			161	244	444
MZU02								207			779	3.340	4.326
MZCh												1.781	1.781
	Summe ...												6.898
	Summe Militärischer Dienst ...												20.840

Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstzulagengruppe										Summe Beamte	
	PT1 - PT5								PT5, PT7, PT8			übrige Beamte
	S	1	1b	2	2b	3	3b	A	B			
Verwendungsgruppe												
PT1.....	4		2	6		2						14
PT2.....		17	17	1	14	4	16					69
PT3.....		13		64								77
PT4.....											20	20
PT5.....								20			8	28
PT6.....											6	6
PT7.....											1	1
	Summe ...											215

(72)

STELLENPLAN 1998

Anlage F.1

Summarische Übersicht zum Teil II.A des Stellenplanes

Krankendienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		übrige Beamte		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe							
K1 (k1)		13	13				13
K2 (k2)		150	150	201		201	351
K3 (k3)		41	41	2		2	43
K4 (k4)		18	18	105		105	123
K5 (k5)		6	6	5		5	11
K6 (k6)		16	16	50		50	66
Summe...		244	244	363		363	607

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Gesamtsumme 01-78...	126.292	27.031	9.356	36.387	162.679

STELLENPLAN 1998

(73)

Anlage F.2

Summarische Übersicht zum Teil V des Stellenplanes

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	1	1	5	18	24	75	42	40	82	159	447
A2		5	17	25	51	124	282	1.124	41	1	1.670
A3		1	36	36	61	35	40	205	144	13	571
A4								23	14	81	118
A5								2	8	57	67
A6										14	14
A7										4	4
										Summe ...	2.891

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)	1								1	49		49	50
B (b)										211		211	211
C (c)										572		572	572
D (d)										292		292	292
E (e)										4		4	4
P2 (p2)											7	7	7
P3 (p3)											7	7	7
P4 (p4)											1	1	1
P5 (p5)											3	3	3
Summe...	1								1	1.128	18	1.146	1.147

Exekutivdienst	Funktionsgruppe											Summe	
	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
E2a							1	1	9	24	42	22	99
E2b												396	396
												Summe ...	495

(74)

STELLENPLAN 1998

Anlage F.2

Summarische Übersicht zum Teil V des Stellenplanes

Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstzulagengruppe										Summe Beamte	
	PT1 - PT5							PT5, PT7, PT8		übrige Beamte		
	S	1	1b	2	2b	3	3b	A	B			
Verwendungsgruppe												
PT1.....	63	55	70	128		106	5				4	431
PT2.....	13	270	240	158	349	453	197				2	1.682
PT3.....		996	481	2.611		757						4.845
PT4.....		564									3.801	4.365
PT5.....		380						3.295	96		3.973	7.744
PT6.....											6.024	6.024
PT7.....								548	2.086		3.013	5.647
PT8.....								731	3.308		7.515	11.554
PT9.....											367	367
	Summe ...										42.659	

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Gesamtsumme 01-78...	46.046	1.128	18	1.146	47.192

STELLENPLAN 1998

(75)

Anlage F.3

Summarische Übersicht zum Teil VI des Stellenplanes

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1			1		1			1			3
A2					1						1
A3								1			1
A5										1	1
A7										1	1
Summe ...											7

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
A (a)										14		14	14
B (b)										151		151	151
D (d)										93		93	93
E (e)										40		40	40
(I/R)										43		43	43
(II/R)											23	23	23
Summe...										341	23	364	364

Hochschullehrer (Vertragsassistenten)	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
Universitätsassistent (Vertragsassistent)	777
Summe...	777

Krankenpflagedienst	Beamte der Verwendungsgruppe			Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
			übrige Beamte		VB I	VB II		
Verw. (Entl.)gruppe								
K2 (k2)					190		190	190
Summe...					190		190	190

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB I	VB II		
Gesamtsumme 01-78...	784	531	23	554	1.338

(76)

S T E L L E N P L A N 1 9 9 8

Erläuterungen zum Stellenplan für das Jahr 1998

ABSCHNITT I

Dem Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1998 (Bundesvoranschlag 1998) ist als Anlage III der Stellenplan angeschlossen, der seit dem Bundesvoranschlag 1990 eine erweiterte Gliederung enthält, die dem von der Bundesregierung angestrebten Prinzip der Budgetklarheit wesentlich entgegenkommt.

Diese erweiterte Gliederung stellt sich wie folgt dar:

- Teil I Allgemeiner Teil
- Teil II Planstellen für Bundesbedienstete
 - Abschnitt A, Planstellenverzeichnis
 - Abschnitt B, Ernennungsreserve
- Teil V Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden
- Teil VI Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbar Ausmaß beschäftigt werden
- Teil VII Verzeichnis der Bundesbediensteten, für die eine Gesamtjahresarbeitsleistung in Stunden festgelegt ist

Der Teil III wird seit der Ausgliederung der Österreichischen Bundesbahnen aus dem Bundeshaushalt nicht mehr geführt. Der Teil IV, Planstellen für Jugendliche, Anlernkräfte und Lehrlinge, wurde zwecks vereinfachter Darstellung und einer verwaltungstechnisch einfacheren Verrechnung in den Teil II.A integriert, wobei aber für Lehrlinge eine gesonderte Kennzeichnung beibehalten wurde.

Zu den einzelnen Teilen des Stellenplanes ist anzumerken:

Der Teil I, Allgemeiner Teil, wurde im Zuge der seinerzeitigen generellen Neustrukturierung des Stellenplanes einem neuen systematischen Aufbau und einer sprachlichen Neufassung unterzogen. Die einzelnen Punkte wurden so gefaßt, daß eine inhaltliche Bereinigung der zu regelnden Themenkreise erreicht werden konnte. Ab dem Budgetjahr 1998 wurde jedoch ein neuer Punkt 2 eingefügt, sodaß der Allgemeine Teil nunmehr insgesamt 11 Punkte umfaßt.

Punkt 1 umschreibt die Gliederung des Stellenplanes und beinhaltet grundsätzliche Regeln für die Planstellenveranschlagung.

Punkt 2 regelt die Besetzung von Planstellen im Zusammenhang mit den in der UT 0 budgetierten Ausgabenansätzen. Diese Ausgabenansätze dürfen nicht überschritten werden.

Punkt 3 regelt die Besetzung von Planstellen über den im Stellenplan festgesetzten Stand. Hier ist auf die seit dem Bundesvoranschlag 1990 bestehende Neufassung des Absatzes 1 besonders zu verweisen. Diese sieht vor, daß jede Abdeckung eines Personalmehrbedarfes der Bewilligung durch den Bundesfinanzgesetzgeber bedarf.

Die Bundesregierung setzte im Jahr 1995 ein arbeitsmarktpolitisches Signal für die Beschäftigung von älteren arbeitslosen Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Im Stellenplan 1998 stehen hierfür 200 Planstellen zur Verfügung.

Da auch die Integration Behinderter in die Arbeitswelt zu den Schwerpunkten der Bundesregierung zählt, stehen im Jahr 1998 450 Planstellen für die Beschäftigung behinderter Mitmenschen zur Verfügung.

Punkt 4 legt die Grundsätze für die Bindung von Planstellen fest.

Punkt 5 regelt die Aufnahme von Ersatzkräften. Weiters mußten die Bestimmungen des § 15c des Mutterschutzgesetzes und des § 8 des Eltern-Karenzurlaubsgesetzes für die Inanspruchnahme von Teilzeitbeschäftigungen berücksichtigt werden.

Im Punkt 6 wird festgelegt, daß bei Ausgliederungsmaßnahmen, im Falle der Inanspruchnahme von Karenzurlauben, keine Ersatzkräfte aufgenommen werden dürfen.

Im Punkt 7 wird das Verfahren für die Umwandlung von Planstellen festgelegt.

Die Bestimmungen des Punktes 8 legen die Grundsätze für die Handhabung der Ernennungsreserve fest.

Der Punkt 9 regelt die Bewirtschaftung des Personalbedarfs für Vertragslehrer, wobei die Rahmenbedingungen hierfür durch die Festlegung von Gesamtjahresarbeitsleistungen in Stunden vorgegeben werden.

Der Teil II enthält die Planstellen für Bundesbedienstete, wobei im Abschnitt A, Planstellenverzeichnis, jene Planstellen enthalten sind, die den einzelnen Ressorts für die Vollziehung der ihnen über-

STELLENPLAN 1998

Erläuterungen zum Stellenplan für das Jahr 1998

tragenen Aufgaben zur Verfügung stehen, und zwar in jenem Umfang, der in seiner Gesamtzahl (ausgewiesen in den Spalten „Summe Beamte“, „Summe Vertragsbedienstete“, „Gesamtsumme“) nicht überschritten werden darf.

Im Abschnitt B, Ernennungsreserve, sind die zentral zu verwaltenden Rahmenvorsorgen für die Ernennung von Bundesbeamten bestimmter Besoldungsgruppen festgelegt, soweit die Planstelleninhaber von ihrem Optionsrecht in das neue Besoldungssystem noch keinen Gebrauch gemacht haben. Dadurch tritt aber keine Planstellenvermehrung ein.

Im Teil V, Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden, wird jenes Personal zusammengefaßt, für das dem Bund tatsächlich keine Personalkosten entstehen.

Im Teil VI, Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbar Ausmaß beschäftigt werden, sind jene Personalkapazitäten ausgewiesen, für die in der Vergangenheit im Wege der Aufnahme von Vertragsbediensteten über den Stand durch Beschluß der Bundesregierung eine entsprechende Bedeckung erreicht werden mußte.

Diese nunmehr gewählte Art der Darstellung dient ebenfalls der Budgetklarheit und soll überdies sicherstellen, daß vom Bundesfinanzgesetzgeber, über den Teil II.A des Stellenplanes hinaus, jene personellen Rahmenvorgaben festgelegt werden, deren tatsächliches Ausmaß zum Zeitpunkt der Erstellung des Stellenplanes nicht genau festlegbar ist. Im wesentlichen handelt es sich hier um Urlaubersatzkräfte und solche Personalbedürfnisse, wie sie zur Erprobung neuer Konzepte erforderlich sind.

Der Teil VII, Verzeichnis für Bundesbedienstete, für die eine Gesamtjahresarbeitsleistung in Stunden festgelegt ist, soll gewährleisten, daß für jene Bereiche, in denen auf Grund ressortspezifischer Gegebenheiten keine Deckung mit dem Budgetjahr erreicht werden kann (Studienjahr, Schuljahr), die Personalkapazität so festgelegt wird, daß die Bewirtschaftung auch unter wechselnden Bedingungen möglich ist. Es kann zB während eines Schuljahres ein und dieselbe Leistung (Supplierung einer Unterrichtsstunde) als Mehrleistung zu werten sein (wenn sie von einem vollbeschäftigten Lehrer erbracht wird) oder eine stellenplanpflichtige Leistung ergeben, wenn sie von einem teilbeschäftigten Lehrer als zusätzliche Unterrichtsstunde zu leisten ist.

Die Umrechnung auf die Normplanstelle, unter Zugrundelegung von 20 Werteinheiten für eine volle Lehrverpflichtung, dient nur der budgetären Veranschlagung und sagt nichts über die tatsächliche Beschäftigung physischer Personen aus. Durch das Auseinanderfallen des Schuljahres mit dem Budgetjahr – ein Schuljahr teilt sich auf zwei Budgetjahre auf – kommt es zu einer rechnerisch unterschiedlichen Budgetauswirkung. Jedes Schuljahr belastet rechnerisch ein Budgetjahr nur zu einem Drittel (1. 9.–31. 12.) und das darauf folgende Budgetjahr zu zwei Drittel (1. 1.–30. 8.). Dadurch tritt aber keine Planstellenvermehrung ein. Die Normplanstelle ist daher nur eine dem Budgetvollzug dienende Rechengröße.

Zusammenfassend wird abermals darauf verwiesen, daß eine Veränderung des Stellenplanes nur mehr im Gesetzeswege erfolgen kann.

ABSCHNITT II

Die Bundesregierung will bei der von ihr verfolgten Budgetkonsolidierung auch auf dem Personalsektor eine restriktive und sparsame Politik weiterverfolgen. Diese Bemühungen sind durch die laufende Überprüfung von Betriebskonzepten auf ihre Gültigkeit und von Verwaltungsabläufen auf ihre Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit gekennzeichnet. Es werden dabei alle sich bietenden Rationalisierungsmaßnahmen ausgenützt. Weiters werden diese Bemühungen durch begleitende Maßnahmen des Personalcontrollings unterstützt.

Bei den Einsparungsbemühungen wurden weitere Schritte gesetzt, die eine Effizienzsteigerung der Verwaltung bewirken und den Intentionen der Bundesregierung nach Ausgliederung jener Bereiche entgegenkommen, deren Aufgaben nicht unbedingt im Rahmen der Bundesverwaltung zu besorgen sind.

Der Stellenplan 1997 weist 227 450 Planstellen aus und demgegenüber wird der Stellenplan 1998 nur mehr 222 829 Planstellen ausweisen. Daraus ergibt sich eine Differenz von 4 621 Planstellen. Diese Differenz ergibt sich aus Einsparungen von insgesamt 5 607 Planstellen und aus Vermehrungen von 986 Planstellen.

(78)

S T E L L E N P L A N 1 9 9 8

Erläuterungen zum Stellenplan für das Jahr 1998

Eine Gegenüberstellung der Einsparungen und des unabweislichen Mehrbedarfs ergibt folgendes Bild:

Bereich	Einsparung	Vermehrung
Parlamentsdirektion		+ 5
Verwaltungsgerichtshof		+ 5
Bundeskanzleramt	- 34	+ 87
BM für Inneres	- 203	+315
BM für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	- 95	+500
BM für Wissenschaft und Verkehr, Bereich Wissenschaft	- 200	+ 43
		(Rückführung d. geolog. BA)
BM für Arbeit, Gesundheit und Soziales	- 441	
BM für Umwelt, Jugend und Familie	- 13	
BM für auswärtige Angelegenheiten		+ 31
BM für Justiz	- 168	
BM für Landesverteidigung	-1 386	
BM für Finanzen	- 105	
BM für Land- und Forstwirtschaft	-1 580	
	(davon 139 Ausgl. u. Einsp. v. 1 361 II/KV- Planstellen bei der Wildbach- und Lawinenverb.)	
BM für wirtschaftliche Angelegenheiten	- 342	
BM für Wissenschaft und Verkehr, Bereich Verkehr	- 2	
Österreichischer Bundestheaterverband	- 12	
Post- und Telegraphenverwaltung (Beamte)	-1 026	
SUMME:	-5 607	+986

Aus dieser tabellarischen Gegenüberstellung ergibt sich auch bilanziell die Einsparung von 4 621 Planstellen.

Der Stellenplan für das Jahr 1998 zeigt in der Gegenüberstellung zum Stellenplan für das Jahr 1997 (auf der Basis der einzelnen Teile) im Ergebnis folgendes Bild:

	Stellenplan 1997	Stellenplan 1998	Differenz
Teil II.A	166 819	162 679	-4 140
Teil IV	837	0	- 837
Zwischensumme	167 656	162 679	-4 977
Teil V	48 705	47 192	-1.513
Teil VI	1 338	1.338	0
Summe II.A-VI	217 699	211 209	-6 490
Teil VII (LWStA *)	9.751	11 620	+1 869
Gesamtsumme	227 450	222 829	-4.621

*) LWStA = Lehrerwochenstundenaufwand

Zusätzliche Einsparungen könnten noch erfolgen, wenn im Laufe des Jahres 1997 Planstellen durch weitere Pensionierungen frei werden und nicht mehr nachbesetzt werden sollen.

S T E L L E N P L A N 1 9 9 8

Erläuterungen zum Stellenplan für das Jahr 1998

ABSCHNITT III

Zur Erläuterung der Entwicklung der Stellenpläne und der in Aussicht genommenen Planstellenvermehrungen bzw. -verminderungen sind nachstehende Übersichten angeschlossen:

Die Anlagen A.G bis A.3 enthalten eine Zusammenstellung der für das Jahr 1998 vorgesehenen Planstellen, getrennt nach Ressorts, und zwar die Anlage A.G die summarische Zusammenfassung der Anlagen A.1 bis A.3, die Anlage A.1 die Planstellen des Teiles II.A, wobei hier der rechnerische Wert der Normplanstellen des Teiles VII als Anmerkung in einer gesonderten Zeile ausgewiesen ist. Die Anlage A.2 enthält die diesbezügliche Zusammenstellung über die im Teil V und die Anlage A.3 jene über die im Teil VI veranschlagten Planstellen.

Die Anlagen B.G, B.1, B.2 und B.3 enthalten eine Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes 1998 zum Gesamtstellenplan 1997, die Anlagen B1.1, B1.2 und B1.3 zusätzlich getrennt nach Planstellenbereichen.

Die Anlage B.2 enthält eine Übersicht über die in den einzelnen Ressorts zum Stichtag 1. August 1995 aus der Ernennungsreserve zugewiesenen höherwertigen Planstellen.

Die Anlage C enthält eine Übersicht über die Entwicklung der Stellenpläne in den einzelnen Besoldungs- und Entlohnungsgruppen (anteilmäßige Aufgliederungen der Planstellen) in den Jahren 1938, 1959, 1965, 1970, 1980, 1986, 1987 und 1988.

Die Anlage C.1 beginnt mit dem Jahr 1989 und berücksichtigt die der Systematik der Anlage C zugrunde liegende geänderte Gesetzeslage. Zur besseren Vergleichbarkeit wurden die Zahlen für das Jahr 1988 auf die geänderten Grundlagen umgerechnet und der Jahresübersicht 1989 vorangestellt.

Die Anlagen C2.G, C2.1, C2.2 und C2.3 geben die Stellenentwicklung nach Bedienstetenkategorien ab 1990 wieder und folgen der Neustrukturierung des Stellenplanes. Da eine systematische Gegenüberstellung mit dem Jahr 1989 nur ein falsches statistisches Bild ergeben würde, wurde eine fiktive Umrechnung des Stellenplanes 1989 nicht vorgenommen.

Die Anlage D enthält eine Übersicht über die Entwicklung der einzelnen Verwaltungsbereiche in den Jahren 1959, 1965, 1970, 1975, 1978, 1979 und 1980.

Die Anlage D.1 enthält eine Übersicht über die Entwicklung der einzelnen Verwaltungszweige seit dem Jahr 1981 unter Berücksichtigung der in diesem Zeitraum eingetretenen Verschiebungen innerhalb des Stellenplanes, wodurch die tatsächliche Entwicklung der Planstellenanzahl in den einzelnen Verwaltungszweigen, vor allem in den Zentralstellen, ersichtlich ist.

Die Anlagen D2.G, D2.1, D2.2 und D2.3 beginnen mit der im Jahr 1990 erfolgten systematischen Neugliederung des Stellenplanes und werden künftighin die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen so wie bisher dokumentieren. Zum besseren Verständnis der Anlagen D.1, D2.1, D2.2. und D2.3 ist eine Aufstellung angeschlossen, die eine Zuordnung der einzelnen Planstellenbereiche zu den Verwaltungszweigen enthält.

Die Anlagen E.G, E.1, E.2 und E.3 enthalten der neuen Systematik folgend Übersichten zum Stellenplan 1998 über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Personalkapazitäten der einzelnen Ressorts.

Die Anlagen F.G, F.1, F.2 und F.3 enthalten der neuen Systematik folgend summarische Übersichten zu den Teilen II.A, V und VI des Stellenplanes, die nach Besoldungsgruppen im Sinne des § 2 des Gehaltsgesetzes gegliedert sind.

Arbeitsbehelf

zum

Bundesfinanzgesetz

für das Jahr

1998

I. Teil

(Allgemeine und Kapitel-Erläuterungen)



Wien 1997

Österreichische Staatsdruckerei

Inhalt

I. TEIL

Seite

Abschnitt A. Ausgaben und Einnahmen des Bundesvoranschlags 1998 sowie Vergleiche mit den Voranschlags/Gebarungsziffern der Jahre 1997 und 1996:

Gesamtgebarung und Aufgabenstellung	7— 8
Grundsätzliche Ausführungen zu den Kapiteln 01 bis 71	10
Kapitel 01: Präsidentschaftskanzlei	11
Kapitel 02: Bundesgesetzgebung	12— 14
Kapitel 03: Verfassungsgerichtshof	15
Kapitel 04: Verwaltungsgerichtshof	16
Kapitel 05: Volksanwaltschaft	17
Kapitel 06: Rechnungshof	18
Kapitel 10: Bundeskanzleramt mit Dienststellen	19— 28
Kapitel 11: Inneres	29— 37
Kapitel 12: Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	38— 59
Kapitel 13: Kunst	60— 63
Kapitel 14: Wissenschaft und Forschung	64— 77
Kapitel 15: Soziales	78— 94
Kapitel 16: Sozialversicherung	95—114
Statistische Daten zur Pensionsversicherung	103—114
Kapitel 17: Gesundheit	115—121
Kapitel 18: Umwelt	122—124
Kapitel 19: Jugend und Familie	125—131
Kapitel 20: Äußeres	132—135
Kapitel 30: Justiz	136—141
Kapitel 40: Militärische Angelegenheiten	142—147
Kapitel 50: Finanzverwaltung	148—162
Kapitel 51: Kassenverwaltung	163—167
Kapitel 52: Öffentliche Abgaben (Gesetzliche Grundlagen, Bemessungsbasis, Verfahrensvorschriften u. ä.)	168—195
Titel 2/529 Ab Überweisungen II (Transferzahlungen zwischen EU und Österreich)	186—189
Übersicht über die im Budget 1998 veranschlagten Ertragsanteile	190
Entwicklung der öffentlichen Abgaben des Bundes	191—193
Kapitel 53: Finanzausgleich	196—201
Kapitel 54: Bundesvermögen	202—216
Kapitel 55: Pensionen (Hoheitsverwaltung) (Allgemeines)	217—220
Anzahl der Pensions- und Provisionsparteien	220
Kapitel 59: Finanzschuld, Währungstauschverträge	221—224
Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft (Allgemeines)	225—247
Agrarische Strukturförderung (Titel 602)	234—235
Marktordnungsmaßnahmen (Titel 603)	235—237
Finanzielle Regelungen zur Entlastung der Land- und Forstwirtschaft im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des EU-Beitrittsvertrages (Titel 606)	243
Kapitel 63: Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	248—252
Kapitel 64: Bauten und Technik	253—263
Allgemeine Bemerkungen betreffend BIG	260
Kapitel 65: Verkehr und öffentliche Wirtschaft	264—270
Kapitel 71: Bundestheater	271—272

Abschnitt B. Sonstiges (Punkt I bis V)**I. Hauptüberblick über den Bundesvoranschlag 1998:**

Inlandswirksame Gebarung (1996 bis 1998).....	273—277
Gebarungsunterschiede (1998 gegenüber 1997)	278—282
Konjunkturausgleich-Voranschlag für das Jahr 1998.....	282
Erfolgswirksame/Bestandswirksame Gebarung	283
Personalstand und Personalausgaben	284—287
Starrheit des Bundeshaushaltes (1997 und 1998).....	288
Investitionen und Investitionsförderung (1996 bis 1998).....	288—292
Finanzwirtschaftliche und funktionelle Gliederung (1996 bis 1998).....	292—293
Bereinigte Budgetgebarung (1996 bis 1998).....	294—295
Vermögens- und Schuldenrechnung des Bundes.....	296—297
Außerbudgetäre Finanzierungsvorhaben des Bundes	298—300

II. Der Bundeshaushalt im Rahmen der öffentlichen Haushalte und der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung:

Die öffentlichen Haushalte in administrativer Abgrenzung (1989 bis 1998)	301—302
Nettoausgaben (1989 bis 1996).....	302—303
Volkswirtschaftliche Steuerquote (1989 bis 1998).....	303—304
Der Staat im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung	304—305
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 1954– bis 1996	305
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen (1989 bis 1998).....	305—307
Laufende Einnahmen der öffentlichen Haushalte und deren Verwendung (1989 bis 1998)	307—309
Öffentliches Sparen und öffentliche Vermögensrechnung (1989 bis 1998)	309
Brutto-Anlageinvestitionen (1989 bis 1998).....	310
Öffentliches Sparen (1989 bis 1996).....	310
Öffentliche Verschuldung (1989 bis 1996).....	311

III. Bundesgebarung der Vor- und Nachjahre:

Gebarung 1945 bis 1996.....	312—333
Voranschlag 1997	333—334
Budgetvorschauen bzw. -prognosen, Budgetprogramm und Budgetbericht	335—338

IV. Bundeshaushaltsrecht; Erstellung, Genehmigung und Veröffentlichung des Bundeshaushaltes:

Bundesfinanzgesetz	339
Budgetbericht und Budgetprogramm.....	339
Bundesrechnungsabschluß	339
Vorschriften für die Haushaltsführung	339—340

V. Gliederung des Bundesvoranschlages:

Wirksame und unwirksame Gebarung, Haushaltsgebarung	341—342
Gliederung des Bundesvoranschlages	342—343
Schema des dekadisch nummerierten Ansatzplanes.....	343—344
Finanzwirtschaftliche Gliederungselemente (Gebarungsgruppen).....	344—346
Funktionelle Gliederung (Aufgabenbereiche).....	346—350
Kontenplan für die Bundesverwaltung.....	350—351
Aufgliederung nach Kriterien der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung	351—355
Betriebsähnliche Einrichtungen (Verwaltungszweige)	355
Mehrjährige Vorhaben	356
Zweckgebundene Einnahmen	356
Wirtschaftsführung der Bundesbetriebe	356—357
Allgemeines (Bruttoprinzip, Vergleichsziffern, Teilhefte, Auslandszahlungsverkehr).....	357—358

8

den fortgeführten Reformmaßnahmen wird es gelingen, wieder den erforderlichen budgetpolitischen Spielraum zu erlangen und die Konvergenzkriterien für die öffentlichen Haushalte nicht nur im Jahr 1997, sondern auch in den folgenden Jahren zu halten.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Für die Jahre 1998 und 1999 wird mit einer Beschleunigung des Wachstums in Österreich gerechnet, das durch die generell positiven makroökonomischen Rahmenbedingungen in der Europäischen Union erzeugt wird. Die dämpfenden Effekte der Budgetkonsolidierung in Europa lassen nach und die Wechselkurse einer wahrscheinlich größeren Gruppe von EU-Mitgliedstaaten wird ab 1999 fixiert, womit der wachstumsdämpfende Effekt von Wechselkursschwankungen abnehmen wird. Die Nachfrage aus Übersee dürfte sich etwas abdämpfen, doch könnte ein positiver Start der Beitrittsverhandlungen mit mehreren Staaten Mittel- und Osteuropas die Nachfrage dort stimulieren. Für den OECD-Raum wird ein reales Wachstum von 2,7 vH 1998 und 2,8 vH 1999 erwartet.

Das höhere Wachstum sollte sich auch in einem Zuwachs in Beschäftigung ausdrücken. Da dieser zum Teil im Teilzeitbereich wirksam wird, sollte die Arbeitslosenrate geringer sinken als der Beschäftigungszuwachs.

Dem Bundesvoranschlag für das Jahr 1998 bzw. dem Voranschlagsentwurf für 1999 wurden gemäß der Märzprognose 1997 des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung folgende Annahmen über die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zugrunde gelegt:

Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) soll um 2,2 vH 1998 und um 2,8 vH 1999 steigen (nominell 3,8 vH bzw. 4,5 vH). 1998 und 1999 werden die Netto-Masseneinkommen um etwa 1,8 vH bzw. 2,5 vH zunehmen. Die Sparquote könnte sich wieder auf einem höheren Niveau einpendeln, weshalb der private Konsum real um 1,3 vH 1998 und etwa 2 vH 1999 steigen könnte. Die Warenexporte (im Sinne der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) sollten 1998 um 7,5 vH und 1999 um 8,5 vH zunehmen, der reale Zuwachs dürfte um 0,5 bzw. 1,1 Prozentpunkte darunter liegen. Die Warenimporte dürften 1998 nominell um 6,4 vH und 1999 um 7,0 vH zunehmen. Die Leistungsbilanz bleibt weiter im Defizit. Für 1998 wird daher mit einer Arbeitslosenquote von etwa 4,4 vH (EU-Definition) gerechnet. Sie sollte sich auf 4,2 vH 1999 reduzieren. Der Verbraucherpreisanstieg bleibt mit 1,6 vH 1998 und 1,8 vH 1999 moderat.

3. Konjunkturausgleich-Voranschlag

Um im Jahre 1998 bei Bedarf konjunkturbelebende Maßnahmen setzen zu können, ist dem Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1998 ein Konjunkturausgleich-Voranschlag (Anlage II) mit einer Stabilisierungs- und einer Konjunkturbelebungsquote in Höhe von insgesamt rund 5,1 Milliarden Schilling angeschlossen.

4. Budgetvollzug 1996

Der Bundesvoranschlag 1996 sah ein Defizit von 89,8 Milliarden Schilling oder 3,7 vH des Bruttoinlandsprodukts vor. Der Erfolg weist einen Abgang im Bundeshaushalt von 89,4 Milliarden Schilling oder 3,7 vH des BIP aus. Im Vergleich zum Voranschlag wurden im allgemeinen Haushalt die Ausgaben um rd. 2,3 Milliarden Schilling und die Einnahmen um rd. 2,8 Milliarden Schilling überschritten.

Erstmals seit dem Jahr 1991 ist es 1996 wieder gelungen, den veranschlagten Budgetabgang nicht nur einzuhalten, sondern sogar um mehr als 0,4 Milliarden Schilling zu unterschreiten. Trotz beträchtlicher Einnahmefälle (zB öffentliche Abgaben netto -3,5 Milliarden Schilling, Erlöse aus der Veräußerung von Bundesanteilen an Unternehmungen -3,7 Milliarden Schilling, Dienstgeberbeiträge für den Familienlastenausgleichsfonds und Arbeitslosenversicherungsbeiträge insgesamt -0,7 Milliarden Schilling) und Mehrausgaben (zB Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung +3,0 Milliarden Schilling) konnte durch Ausgabeneinsparungen und durch zusätzliche Einnahmen in vielen anderen Bereichen das Gesamtergebnis noch verbessert werden. Auch der Anstieg der Finanzschulden hat sich im Vergleich zu früheren Jahren deutlich abgeflacht.

Grundsätzliche Ausführungen zu den Kapiteln 01 bis 71:

1. Gesetzliche Grundlagen

Zur Darstellung gelangt das Grundgesetz in der zuletzt gültigen Fassung.

2. Kompetenzänderungen und Ausgliederungen

Die Vergleichbarkeit der Voranschlagsbeträge 1998 und 1997 mit den Erfolgen des Jahres 1996 ist infolge der Änderungen im Wirkungsbereich einiger Bundesministerien auf Grund der Novellen zum Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 201/1996 und BGBl. I Nr. 21/1997, nur bedingt möglich. Weiters ist zu berücksichtigen, daß die Post- und Telegraphenverwaltung mit Wirkung 1. Mai 1996, die Österreichischen Bundesforste, das Bundesrechenamt ua. mit 1. Jänner 1997 aus dem Bundeshaushalt ausgegliedert wurden.

3. Personalausgaben

Bei der Veranschlagung der Personalausgaben wurden die Auswirkungen der Besoldungsreform und der Struktureffekte berücksichtigt.

4. Bezugsvorschüsse

Gemäß § 23 des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 61/1997, und § 25 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948, BGBl. Nr. 86, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 61/1997, kann Bundesbediensteten, die unverschuldet in eine Notlage geraten sind oder wenn sonst berücksichtigungswürdige Gründe vorliegen, auf Antrag ein unverzinslicher Vorschuß aus Bundesmitteln bewilligt werden.

5. Bundesrechnungsabschluß bzw. Bundesvoranschlag

Die Zahlen des Jahres 1996 stellen den Erfolg (Stand 8. Juli 1997), und die der Jahre 1997 und 1998 den Bundesvoranschlag dar.

Unter dem Hinweis „Veranschlagte Ausgaben“ und „Einnahmen“ werden die Beträge der Bundesvoranschläge 1997 (idF der 2. BFG-Novelle, BGBl. I Nr. 36/1997) und 1998 verstanden.

Erläutert werden grundsätzlich nur die Voranschlagsbeträge 1998 und die wesentlichsten Unterschiede gegenüber dem Vorjahr.

6. Rundungsdifferenzen

Bei Betragsangaben wurde einheitlich mathematisch bis einschließlich 4 ab- und ab 5 aufgerundet. Es kann daher bei Summen- bzw. Saldenbildungen zu Rundungsdifferenzen kommen.

7. Redaktionsschluß

27. August 1997.

Kapitel 01

11

Kapitel 01 Präsidentschaftskanzlei**Gesetzliche Grundlagen und Aufgaben**

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Herrn Bundespräsidenten, der im Bundes-Verfassungsgesetz vom 1. Oktober 1920, StGBI. Nr. 450 in der Fassung von 1929, BGBl. Nr. 1/1930, zuletzt geändert durch das Bundes-Verfassungsgesetz vom 4. August 1992, BGBl. Nr. 470, geregelt ist.

Die Präsidentschaftskanzlei führt auch die Agenden der Ehrenzeichenkanzlei.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1996	35,9	26,1	62,0	1,2
1997	36,1	25,0	61,1	1,2
1998	36,1	25,7	61,8	1,2

Für Orden und Ehrenzeichen sind im Bundesvoranschlag 1998 beim Voranschlagsansatz 1/01008 „Aufwendungen“ 1,600 Millionen Schilling vorgesehen.

Bezüge des Herrn Bundespräsidenten

Die Bezüge des Herrn Bundespräsidenten sind im Bundesgesetz vom 9. Juli 1972, BGBl. Nr. 273, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 64/1997 sowie im Bundesbezügegesetz BGBl. I Nr. 64/1997, geregelt und werden beim Voranschlagsansatz 1/01007 „Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)“ verrechnet.

Kapitel 02 Bundesgesetzgebung

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus den Aufgaben der Gesetzgebungsorgane des Bundes, insbesondere gemäß den Artikeln 24 und 51 ff. des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 sowie aus den Aufgaben der zur Besorgung der parlamentarischen Hilfsdienste und der Verwaltungsangelegenheiten im Bereich der Organe der Gesetzgebung des Bundes sowie gleichartiger Tätigkeiten für die österreichischen Mitglieder des Europäischen Parlaments berufenen Parlamentsdirektion gemäß Artikel 30 Bundes-Verfassungsgesetz, ferner auf Grund sonstiger Gesetze, die unter den jeweiligen Titeln angegeben sind.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1996	178,5	1 730,1	1 908,5	61,2
1997	187,4	1 412,2	1 599,7	60,1
1998	192,0	1 407,7	1 599,6	36,5

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 021 Nationalrat

Gesetzliche Grundlagen

- Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929;
- Geschäftsordnungsgesetz 1975, BGBl. Nr. 410/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 438/1996;
- Bezügegesetz, BGBl. Nr. 273/1972, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 64/1997;
- Bundesbezügegesetz, BGBl. I Nr. 64/1997;
- Parlamentsmitarbeitergesetz, BGBl. Nr. 288/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 64/1997;
- Bundesgesetz über den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus, BGBl. Nr. 432/1995.

Aufgaben

Der Nationalrat übt gemeinsam mit dem Bundesrat die Gesetzgebung des Bundes aus. Außerdem ist er zur Mitwirkung beim Abschluß von Staatsverträgen, sofern sie politischen oder gesetzändernden Inhaltes sind, berufen.

Der Hauptausschuß des Nationalrates ist gemäß Artikel 23 e und f B-VG mit den Wahrnehmungen der Rechte des Nationalrates betreffend Vorhaben der Europäischen Union betraut.

Ferner bedürfen bestimmte Verordnungen der Bundesregierung oder eines Bundesministers, bei denen dies bundesgesetzlich festgesetzt wird, des Einvernehmens mit dem Hauptausschuß des Nationalrates.

Hinsichtlich der finanziellen Gebarung des Bundes obliegt dem Nationalrat die Genehmigung des Bundesvoranschlages, die Prüfung und Genehmigung des Rechnungsabschlusses, die Genehmigung der Aufnahme oder Konvertierung von Bundesanleihen sowie die Verfügung über Bundesvermögen.

Der Nationalrat überprüft die Geschäftsführung der Bundesregierung im Wege des Interpellations-, Resolutions- und Enqueterechts. Der Hauptausschuß des Nationalrates kann weiters die Abhaltung einer parlamentarischen Enquete über Angelegenheiten, in denen die Gesetzgebung Bundessache ist, beschließen.

Beim Nationalrat ist auch der Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus eingerichtet.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Schilling
1996	1 159,9	47,3
1997	801,1	48,0
1998	807,0	28,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Mindereinnahmen auf Grund der nunmehr geltenden Bestimmungen betreffend Pensionsbeiträge, Pensionssicherungsbeiträge und Pensionsversicherungsbeiträge der Mandatare. (Dies gilt auch für die Einnahmen bei den Titeln 022 und 023)

Kapitel 02 — Titel 022 und 023

13

Titel 022 Bundesrat**Gesetzliche Grundlagen**

Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929;

Geschäftsordnung des Bundesrates, BGBl. Nr. 361/1988, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 65/1997;

Bezügegesetz, BGBl. Nr. 273/1972, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 64/1997;

Bundesbezügegesetz, BGBl. I Nr. 64/1997.

Aufgaben

Der Bundesrat setzt sich aus den von den einzelnen Landtagen entsendeten Vertretern zusammen und übt gemeinsam mit dem Nationalrat die Bundesgesetzgebung aus. Seine vornehmliche Aufgabe ist hierbei, die Interessen der Länder zu wahren. Der Bundesrat hat das Recht der Gesetzesinitiative, das Recht der Erhebung von Einsprüchen gegen die vom Nationalrat gefaßten Gesetzesbeschlüsse mit Ausnahme der in Artikel 42 Abs. 5 Bundes-Verfassungsgesetz bestimmten Fälle sowie das Interpellations- und Resolutionsrecht. Außerdem kommt dem Bundesrat ebenso wie dem Nationalrat eine Mitwirkung beim Abschluß von Staatsverträgen, sofern sie politischen oder gesetzändernden Inhaltes sind, zu. Ferner hat der Bundesrat gemäß Artikel 23 e und f BV-G Mitwirkungsrechte in EU-Angelegenheiten. Weiters steht in einigen Fällen dem Bundesrat das Recht der Zustimmung zu Beschlüssen des Nationalrates zu, wie zB bei gewissen Fristsetzungen für die Erlassung von Ausführungsgesetzen durch die Länder, bei Verfassungsgesetzen bzw. verfassungsändernden Staatsverträgen, die in die Zuständigkeit der Länder eingreifen, und bei Staatsverträgen, welche Angelegenheiten des selbständigen Wirkungskreises der Länder regeln.

In der Geschäftsordnung des Bundesrates ist ferner auch vorgesehen, daß dieser die Abhaltung von parlamentarischen Enqueten über Angelegenheiten, die in seine Zuständigkeit fallen, beschließen kann.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1996	81,3	7,6
1997	94,6	7,5
1998	94,7	4,5

Titel 023 Gemeinsame Ausgaben für Mitglieder des Nationalrates, des Bundesrates und des Europäischen Parlaments**Gesetzliche Grundlage**

Klubfinanzierungsgesetz 1985, BGBl. Nr. 156/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 117/1996;

Satzung des Europarates, BGBl. Nr. 121/1956, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 682/1996;

Bezügegesetz, BGBl. Nr. 273/1972, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 64/1997;

Bundesbezügegesetz, BGBl. I Nr. 64/1997.

Aufgaben

Zu den von der Parlamentsdirektion wahrzunehmenden gemeinsamen Hilfsdiensten für Nationalrat und Bundesrat zählen auch die Vollziehung des Klubfinanzierungsgesetzes sowie jene Verwaltungstätigkeiten, welche die Teilnahme österreichischer Mandatäre an internationalen Institutionen wie der Interparlamentarischen Union, des Europarates einschließlich dessen Ausschüsse, der Parlamentarischen Versammlung der OSZE sowie die Betreuung entsprechender Veranstaltungen in Österreich zum Inhalt haben. Unter diesen Titel fallen auch Bezügeangelegenheiten der österreichischen Mitglieder des Europäischen Parlaments.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1996	208,5	3,9
1997	226,9	3,0
1998	225,6	2,0

Titel 024 Parlamentsdirektion**Gesetzliche Grundlagen**

Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929;

Geschäftsordnungsgesetz 1975, BGBl. Nr. 410/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 438/1996;

Geschäftsordnung des Bundesrates, BGBl. Nr. 361/1988, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 65/1997.

Aufgaben

Die von der Parlamentsdirektion zu besorgenden parlamentarischen Hilfsdienste umfassen insbesondere die Betreuung parlamentarischer Sitzungen bzw. Veranstaltungen, die Drucklegung, die Verteilung und Verwaltung (Archivierung) der parlamentarischen Materialien einschließlich der Stenographischen Protokolle des Nationalrates und des Bundesrates sowie der Vorlagen in EU-Angelegenheiten, wissenschaftliche Serviceleistungen sowie schließlich die Bereitstellung der erforderlichen Räume samt Infrastruktur (inklusive des parlamentarischen Informations- und Kommunikationssystems PARLINKOM) und der entsprechenden Sachausgaben. Gemäß Artikel 30 Absatz 5 B-VG weist der Präsident des Nationalrates den parlamentarischen Klubs zur Erfüllung ihrer Aufgaben auch Bedienstete der Parlamentsdirektion zur Dienstleistung zu.

Zu den Verwaltungsangelegenheiten, die von der Parlamentsdirektion zu besorgen sind, gehört neben der notwendigen Personalverwaltung insbesondere die Verwaltung der Parlamentsgebäude einschließlich der Wahrnehmung aller damit im Zusammenhang stehender technischer Angelegenheiten, weiters die Vollziehung des Bezügegesetzes und Bundesbezügegesetzes für die Mitglieder des Nationalrates und des Bundesrates, die Mitglieder der Volksanwaltschaft und den Präsidenten des Rechnungshofes sowie die Vollziehung des Parlamentsmitarbeitergesetzes für die parlamentarischen Mitarbeiter der Abgeordneten sowie die Verwaltungsangelegenheiten, die die österreichischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments betreffen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1996	178,5	280,3	458,8	2,4
1997	187,4	289,5	477,0	1,6
1998	192,0	280,4	472,3	2,0

Kapitel 03

15

Kapitel 03 Verfassungsgerichtshof

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Verfassungsgerichtshofes, der durch folgende Bestimmungen geregelt ist:

Art. 126 a, 137 bis 148, 148 e, f und i B-VG, § 10 F-VG, § 10 des Unvereinbarkeitsgesetzes 1983, BGBl. Nr. 330, Art. 58 Abs. 2 und 3 der Vorarlberger Landesverfassung, LGBl. Nr. 30/1984, Verfassungsgerichtshofgesetz, BGBl. Nr. 85/1953, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 88/1997, und Geschäftsordnung des Verfassungsgerichtshofes, BGBl. Nr. 202/1946.

Aufgaben

Der Verfassungsgerichtshof entscheidet im wesentlichen

über vermögensrechtliche Ansprüche an den Bund, die Länder und die Gemeinden, die weder im ordentlichen Rechtsweg auszutragen noch durch Bescheid einer Verwaltungsbehörde zu erledigen sind,

über die Verfassungswidrigkeit von Gesetzen, die Rechtswidrigkeit von Staatsverträgen und über die Gesetzwidrigkeit von Verordnungen,

über die Frage, ob bei der Wiederverlautbarung einer Rechtsvorschrift die Grenzen der erteilten Ermächtigung überschritten wurden,

über Beschwerden gegen letztinstanzliche Bescheide, soweit der Beschwerdeführer in einem verfassungsgesetzlich gewährleisteten Recht oder wegen Anwendung genereller Normen in seinen Rechten verletzt zu sein behauptet,

über Wahlanfechtungen und Anträge auf Mandatsverlust,

über Anklagen, mit denen die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit der obersten Bundes- und Landesorgane geltend gemacht wird,

über Kompetenzkonflikte zwischen Gerichten und Verwaltungsbehörden, zwischen Verwaltungsgerichtshof und allen anderen Gerichten einschließlich dem Verfassungsgerichtshof selbst, zwischen den ordentlichen Gerichten und anderen Gerichten, zwischen den Ländern untereinander sowie zwischen einem Land und dem Bund,

über einen Antrag der Bundes- oder einer Landesregierung auf Feststellung, ob

1. ein Akt der Gesetzgebung oder Vollziehung in die Zuständigkeit des Bundes oder der Länder fällt,
2. eine Vereinbarung im Sinne des Art. 15 a Abs. 1 B-VG vorliegt und ob von einem Land oder dem Bund die aus einer solchen Vereinbarung folgenden Verpflichtungen, soweit es sich nicht um vermögensrechtliche Ansprüche handelt, erfüllt worden sind,

über Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen, die die Zuständigkeit des Rechnungshofes regeln, zwischen dem Rechnungshof und einem Rechtsträger (Art. 121 Abs. 1 B-VG) sowie

über Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen, die die Zuständigkeit der Volksanwaltschaft bzw. eines Landesvolksanwaltes regeln, zwischen diesen Organen und der Bundesregierung, einem Bundesminister oder einer Landesregierung.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1996	26,0	35,2	61,2	0,6
1997	25,5	36,0	61,5	1,0
1998	28,4	36,8	65,1	1,0

Kapitel 04 Verwaltungsgerichtshof

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Verwaltungsgerichtshofes gemäß den Art. 129 bis 136 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929.

Gesetzliche Grundlagen

Art. 129 und 130 bis 136 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929; hier insbesondere in der Fassung der Bundes-Verfassungsgesetz-Novelle 1988, BGBl. Nr. 685 und 87/1997;

Verwaltungsgerichtshofgesetz 1985, BGBl. Nr. 10/1985, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 88/1997;

Geschäftsordnung des Verwaltungsgerichtshofes, BGBl. Nr. 45/1965;

Verordnung des Bundeskanzlers, BGBl. Nr. 416/1994.

Aufgaben

Der Verwaltungsgerichtshof ist zur Sicherung der Gesetzmäßigkeit der gesamten öffentlichen Verwaltung berufen. Er erkennt gemäß Art. 130 des B-VG über Beschwerden — mit Ausnahme der in Art. 133 des B-VG angeführten Angelegenheiten —, womit

1. Rechtswidrigkeit von letztinstanzlichen Bescheiden der Verwaltungsbehörden einschließlich der unabhängigen Verwaltungssenate oder
2. Verletzung der Entscheidungspflicht der Verwaltungsbehörden einschließlich der unabhängigen Verwaltungssenate

behauptet wird.

Weiters erkennt er über Beschwerden gegen Weisungen gemäß Art. 81 a Abs. 4 B-VG.

Der Vollversammlung des Verwaltungsgerichtshofes obliegen die im § 7 Abs. 2 und im § 10 VwGG genannten Aufgaben.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1996	112,5	13,7	126,2	5,3
1997	109,9	16,0	125,9	5,0
1998	116,8	21,0	137,8	5,0

Kapitel 05

17

Kapitel 05 Volksanwaltschaft

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich der Volksanwaltschaft.

Gesetzliche Grundlagen

Die Tätigkeit der Volksanwaltschaft gründet sich auf das Siebente Hauptstück des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung der Bundesverfassungsgesetz-Novelle 1988, BGBl. Nr. 685, das Volksanwaltschaftsgesetz 1982, BGBl. Nr. 433, und das Geschäftsordnungsgesetz 1975, in der Fassung des Bundesgesetzes vom 16. Dezember 1988, BGBl. Nr. 720. Die Länder können die Volksanwaltschaft durch Landesverfassungsgesetz auch für den Bereich der Verwaltung des betreffenden Landes für zuständig erklären. Von dieser Möglichkeit haben das Land Salzburg mit Landesverfassungsgesetz vom 13. Juli 1977, Landesgesetzblatt für das Land Salzburg Nr. 61 und schließlich mit Landesverfassungsgesetz vom 24. Oktober 1979, Landesgesetzblatt für das Land Salzburg Nr. 86/1979, das Land Wien mit Landesverfassungsgesetz vom 7. März 1978, Landesgesetzblatt für Wien Nr. 28/1968, in der Fassung des Landesgesetzblattes für Wien Nr. 11/1987, das Land Steiermark mit Landesverfassungsgesetz vom 7. Dezember 1979, Landesgesetzblatt für Steiermark vom 12. März 1980, Nr. 7/1980 in der Fassung des Landesgesetzblattes für Steiermark Nr. 57/1991, das Land Kärnten mit Landesverfassungsgesetz vom 31. Jänner 1980, Landesgesetzblatt für Kärnten vom 23. April 1980, Nr. 25/1980, das Land Oberösterreich mit Landesverfassungsgesetz vom 7. Juni 1989, Landesgesetzblatt für Oberösterreich Nr. 39/1989, das Land Niederösterreich mit Landesverfassungsgesetz vom 30. Oktober 1980, Landesgesetzblatt für Niederösterreich Nr. 0003-0/1980, und das Land Burgenland mit Verfassungsgesetz vom 9. März 1981, Landesgesetzblatt für das Burgenland Nr. 18/1981 in der Fassung des Landesgesetzblattes für das Burgenland Nr. 42/1981, Gebrauch gemacht.

Geschäftsordnung der Volksanwaltschaft, BGBl. Nr. 478/1995, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 619/1996.

Aufgaben

Die Aufgaben der Volksanwaltschaft sind im Bundes-Verfassungsgesetz festgelegt.

Die Volksanwaltschaft hat jede Beschwerde wegen behaupteter Mißstände in der Verwaltung des Bundes einschließlich dessen Tätigkeit als Träger von Privatrechten zu prüfen. Sie ist berechtigt, von ihr vermutete Mißstände in der Verwaltung des Bundes einschließlich dessen Tätigkeit als Träger von Privatrechten von Amts wegen zu prüfen;

den mit den obersten Verwaltungsgeschäften des Bundes betrauten Organen, dem zuständigen Organ der Selbstverwaltung oder der weisungsfreien Behörde Empfehlungen für die in einem bestimmten Fall oder aus Anlaß eines bestimmten Falles zu treffenden Maßnahmen zu erteilen und beim Verfassungsgerichtshof die Feststellung der Gesetzwidrigkeit von Verordnungen zu beantragen.

Die Volksanwaltschaft hat dem Nationalrat und jenen Ländern, welche die Volksanwaltschaft für deren Bereich für zuständig erklärt haben, jährlich über ihre Tätigkeit zu berichten.

Der Volksanwaltschaft obliegt ferner die Mitwirkung an der Erledigung der an den Nationalrat gerichteten Petitionen und Bürgerinitiativen.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1996	24,3	20,4	44,7	1,7
1997	23,5	21,0	44,5	1,8
1998	28,9	23,6	52,5	1,8

Unterschiede gegenüber Vorjahre

Die Steigerung bei den Personalausgaben resultiert vor allem aus der Besoldungsreform und dem Struktureffekt.

Die Steigerung bei den Sachausgaben ist auf den Ausbau der ADV zurückzuführen.

Kapitel 06 Rechnungshof

Allgemeines

Am 23. Dezember 1761 wurde die Hofrechenkammer als unabhängige Stelle für die Kontrolle der staatlichen Finanzverwaltung und die Organisation des staatlichen Rechnungswesens gegründet. Nach mehrmaliger Änderung des Namens, des Aufgabenkreises und der Stellung zu den anderen Verwaltungsbehörden wurde diese Einrichtung erstmalig am 21. November 1866 als Oberster Rechnungshof bezeichnet. Die Umbenennung in Rechnungshof erfolgte am 1. Oktober 1920.

Gesetzliche Grundlagen

Fünftes Hauptstück des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929.

Bundesgesetz vom 16. Juni 1948, BGBl. Nr. 144, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 64/1997.

Bundesverfassungsgesetz über die Begrenzung von Bezügen öffentlicher Funktionäre, BGBl. I Nr. 64/1997.

Aufgaben

Dem Rechnungshof obliegt die Kontrolle der Gebarung des Bundes, der Länder, der Gemeindeverbände und Gemeinden (in der Regel jedoch nur solcher mit mindestens 20 000 Einwohnern).

Ferner hat der Rechnungshof die Gebarung der Träger der Sozialversicherung, jener Fonds, Stiftungen und Anstalten, die von Organen des Bundes, eines Landes oder einer Gemeinde beziehungsweise durch von diesen bestellten Personen verwaltet werden, sowie die Gebarung aller Unternehmungen, an denen Bund, Länder oder Gemeinden finanziell beteiligt sind, zu überprüfen.

Ab 1. Jänner 1997 ist der Rechnungshof weiters befugt, die Gebarung der gesetzlichen beruflichen Vertretungen, eingeschränkt auf die Prüfungskriterien der ziffernmäßigen Richtigkeit, Übereinstimmung mit den bestehenden Vorschriften, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit der Gebarung, zu überprüfen.

Der Rechnungshof hat alljährlich den Bundesrechnungsabschluß zu verfassen und ihn gemeinsam mit einem Nachweis über den Stand der Bundesschulden dem Nationalrat vorzulegen. Im Abstand von zwei Jahren hat der Rechnungshof dem Nationalrat über die durchschnittlichen Einkommen sowie Leistungen für Pensionen von Mitgliedern des Vorstandes und des Aufsichtsrates sowie den Beschäftigten der der Prüfungszuständigkeit und Berichterstattungspflicht des Rechnungshofes an den Nationalrat unterliegenden Unternehmungen und Einrichtungen zu berichten.

Mit der ständigen Führung des Generalsekretariates der INTOSAI¹⁾ (Internationale Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden) wurde der österreichische Rechnungshof im Jahre 1965 vom V. Internationalen Kongreß in Jerusalem betraut.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1996	208,8	53,4	262,2	1,9
1997	227,7	60,0	287,7	2,0
1998	227,7	71,2	298,9	2,0

Bezüge des Präsidenten

Die Bezüge des Präsidenten des Rechnungshofes sind im Bundesgesetz vom 9. Juli 1972, BGBl. Nr. 273, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 64/1997, sowie im Bundesbezügegesetz, BGBl. I Nr. 64/1997, geregelt und beim VA-Ansatz 1/06007 veranschlagt.

¹⁾ INTOSAI = International Organization of Supreme Audit Institutions.

Kapitel 10 — Titel 100

19

Kapitel 10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundeskanzleramtes gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 21/1997, insbesondere Anlage zu § 2, Teil 2, Abschnitt A.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe Millionen Schilling	Ein- nahmen
1996	1 034,2	3 978,3	5 012,5	821,0
1997	1 236,8	3 590,1	4 826,9	744,4
1998	1 365,6	3 685,6	5 051,2	768,6

Infolge Kompetenzänderungen auf Grund der Novelle zum Bundesministeriengesetz sind die Voranschlagsbeträge 1998 nur bedingt mit den Vorjahren vergleichbar.

Titel 100 Bundeskanzleramt**Gesetzliche Grundlagen**

- Bezügegesetz, BGBl. Nr. 273/1972, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 64/1997;
- Bezügebegrenzungs-gesetz, BGBl. I Nr. 64/1997;
- Bundesgesetz über den Unabhängigen Bundesasylsenat (UBASG), BGBl. I Nr. 77/1997;
- Rundfunkgesetz, BGBl. Nr. 195/1966, wiederverlautbart mit BGBl. Nr. 379/1984, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 917/1993;
- Regionalradiogesetz, BGBl. Nr. 506/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 41/1997;
- Verwaltungsakademiegesetz, BGBl. Nr. 122/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 375/1996;
- Ausschreibungsgesetz, BGBl. Nr. 85/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 758/1996;
- Konsumentenschutzgesetz, BGBl. Nr. 140/1979, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 6/1997;
- Produktsicherheitsgesetz 1994, BGBl. Nr. 63/1995;
- Bundesgesetz über das Bundesgesetzblatt, BGBl. Nr. 33/1920, wiederverlautbart mit BGBl. Nr. 660/1996;
- Bundes-Gleichbehandlungsgesetz, BGBl. Nr. 100/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 375/1996;
- Bundesgesetz über den Bericht der Bundesregierung betreffend den Abbau von Benachteiligungen von Frauen, BGBl. Nr. 837/1992.

Aufgaben

Dem Bundeskanzleramt obliegen im wesentlichen Verwaltungsgeschäfte im Zusammenhang mit den Angelegenheiten der allgemeinen Regierungspolitik, der Informationstätigkeit der Regierung, der staatlichen Verfassung, der OECD, zusammenfassende Behandlung der Strukturpolitik, Angelegenheiten der Osthilfe, des Unabhängigen Bundesasylsenates, Koordination der umfassenden Landesverteidigung und des staatlichen Krisenmanagements, der grundlegenden Verhandlungspositionen der Bundesregierung gegenüber der Europäischen Union sowie der Information der österreichischen Bevölkerung über die EU, der Durchführung des Auslandsdienstes auf Kurzwelle, der zusammenfassenden Behandlung der Strukturpolitik und der Koordination der finanziellen Abwicklung des Europäischen Regionalfonds, Angelegenheiten der Raumforschung, Raumordnung, Raumplanung und Regionalpolitik einschließlich der Koordination von Regionalprogrammen im Rahmen der EU-Strukturpolitik, der Konsumentenpolitik, der Nahrungsmittelkontrolle, des Veterinärwesens, der Gentechnologie, Angelegenheiten der Kunst und Bundestheater, der Information und Dokumentation, des Datenschutzes, der Ausbildung von Bundesbediensteten sowie Angelegenheiten der Gleichbehandlungskommission.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe Millionen Schilling	Ein- nahmen
1996	402,2	2 284,9	2 687,2	653,5
1997	455,4	1 647,6	2 102,9	479,6
1998	534,2	1 734,8	2 269,0	503,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Personalausgaben resultiert aus den Auswirkungen der Kompetenzänderungen in den Bereichen Kunst und Verbraucherschutz, aus der erstmaligen Berücksichtigung des Unabhängigen Bundesasylsenates (UBAS) und einer Vorsorge für die Bezugserhöhung.

Das Mehrerfordernis bei den Sachausgaben resultiert im wesentlichen aus den Aufwendungen für den UBAS, die EU Ratspräsidentschaft und der Erhöhung der Zahlungen an die Bundesimmobilienengesellschaft.

Die Mehreinnahmen resultieren vor allem aus Kostenersätzen für die Mitbenützung des Zentralen Ausweichsystems.

Paragraph 1000 Bundeskanzleramt-Zentraleitung**Förderungen**

Die hier veranschlagten Mittel sind vor allem für Sondermaßnahmen der Bundesregierung für Katastrophenfälle im Ausland, die Förderung von Fraueninitiativen, die Unterstützung von Projekten des Bundesseniorenbeirates, die Weiterführung des HOPE-Jugendbeschäftigungsprogramms, die Austria Film- und Video-GmbH, das Österreichische Institut für Raumplanung, die Unterstützung der Initiativen des Jewish Welcome Service, die Förderung von Projekten im Zusammenhang mit der Europäischen Integration sowie die Abdeckung des Betriebsabganges des Betriebskindergartens vorgesehen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Bezüge der Regierungsmitglieder, die Zahlungen für Landeshauptleute und deren Stellvertreter, die Ruhe- und Versorgungsbezüge gemäß Artikel V und VI des Bezügegesetzes, sowie die Versorgungsbezüge gemäß Verfassungsgerichtshofgesetz zu veranschlagen.

Weiters ist hier für die Beiträge an die OECD, die OECD-Energieagentur die Europäische Maul- und Klauenseuchenkommission und das Internationale Tierseuchenamt vorgesorgt.

Paragraph 1001 Verwaltungsakademie

Hier sind die Mittel für die Ausbildung von Bundesbediensteten, und zwar im Rahmen einer Grundausbildung, einer für den Aufstieg in höhere Verwendung, einer berufsbegleitenden Fortbildung — wie etwa im Zusammenhang mit europäischer Integration — und der Schulung von Führungskräften veranschlagt.

Weiters sind Förderungsmittel für die Zusammenarbeit mit Verwaltungsakademien aus zentral- und osteuropäischen Ländern sowie aus den Neuen Unabhängigen Staaten vorgesehen.

Paragraph 1002 Konsumentenschutz

Die hier veranschlagten Mittel sind für die allgemeine Konsumenteninformation in zivil- und verwaltungsrechtlichen Belangen, die Information und Prävention im Bereich der Verhütung produktbezogener Haushalts-, Sport- und Freizeitunfälle, die konsumentenbezogene Öffentlichkeitsarbeit, die Mitwirkung im Verein für Konsumenteninformation, die Erstellung von Gutachten und Forschung in verbraucherrelevanten Bereichen sowie für die Sicherstellung der Beteiligung von Konsumentenvertretern an der inländischen, europäischen und sonstigen internationalen Normung vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/10038 Bundesgesetzblatt

Hier sind die Ausgaben, die mit der Herstellung und dem Vertrieb des Bundesgesetzblattes anfallen, veranschlagt.

Paragraph 1004 Regional- und strukturpolitische Maßnahmen

Im Rahmen der dem Bundeskanzleramt zugeordneten Aufgaben der Raumordnung und Raumplanung sind hier Mittel zur Förderung von Beratungs- und Betreuungseinrichtungen veranschlagt.

Weiters werden Transferzahlungen der EU im Rahmen des Europäischen Regionalfonds an die Bundesländer bei diesem Paragraphen abgewickelt.

Paragraph 1005 Mittel d. Innovations- u. Technologiefonds

Die Innovations- und Technologieförderung dient zur Finanzierung von Forschungen, Entwicklungen und Umstellungen im Bereich der gewerbl. Wirtschaft. Gefördert werden insbesondere industriell-gewerbl. Entwicklungstätigkeiten, die Umsetzung von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen in neue oder verbesserte Produkte, Leistungen und Verfahren, immaterielle Investitionen

Kapitel 10 — Titel 101 und 102

21

sowie Investitionen zur Anwendung internationaler Spitzentechnologie in Österreich (Weitere Erläuterungen siehe Kap. 51, Paragraph 5110).

Paragraph 1006 Zusammenarbeit mit ZOR und NUS

Die veranschlagten Mittel dienen zur Finanzierung von Projekten für Hilfs- und Beratungsmaßnahmen sowie von projektbegleitenden Beratungsverträgen, die die zentral- und osteuropäischen Länder sowie die Neuen Unabhängigen Staaten in ihrem Übergang zur Marktwirtschaft unterstützen sollen. Gegenstand dieser Unterstützung ist in erster Linie der Transfer österreichischen Know-hows.

Voranschlagsansatz 1/10078 Zahlungen an die BIG

Hier sind die Ausgaben für Mietzahlungen an die Bundesimmobiliengesellschaft veranschlagt.

Paragraph 1008 Unabhängiger Bundesasylsenat (UBAS)

Mit Inkrafttreten des Bundesgesetzes über den Unabhängigen Bundesasylsenat 1997 wurde eine gerichtsähnliche Einrichtung dem Verwaltungsgerichtshof vorgeschaltet, die über Berufungen des Bundesasylamtes in Asylangelegenheiten zu entscheiden hat.

Bei diesem Paragraph sind neben den erforderlichen Geldmitteln für den laufenden Dienstbetrieb auch Gebühren für Dolmetscher veranschlagt.

Paragraph 1009 EU-Ratspräsidentschaft

Hier sind die Aufwendungen für die Fachministerkonferenzen und Ratstagungen sowie für Repräsentationen und allgemeine Infrastrukturkosten anlässlich des österreichischen Vorsitzes bei der EU-Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 1998 veranschlagt.

Titel 101 Staatsarchiv und Archivamt**Gesetzliche Grundlagen**

Behörden-Überleitungsgesetz, StGBI. Nr. 94/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 703/1994;

Ausfuhrverbotsgesetz für Kulturgut, StGBI. Nr. 90/1918, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 605/1987;

Denkmalschutzgesetz, BGBl. Nr. 533/1923, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 785/1995;

EGVG-Novelle, BGBl. Nr. 92/1959, wiederverlautbart mit BGBl. Nr. 50/1991, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 765/1996.

Aufgaben

Administration der Agenden der sechs Archivabteilungen „Allgemeines Verwaltungsarchiv (und Verkehrsarchiv)“, „Archiv der Republik“, „Finanz- und Hofkammerarchiv“, „Haus-, Hof- und Staatsarchiv“ und „Kriegsarchiv“ sowie der „Bibliothek des Österreichischen Staatsarchivs“ und deren Koordinierung durch die Generaldirektion. Wahrnehmung der dem Archivamt obliegenden behördlichen Tätigkeiten zur Durchführung von gesamtösterreichischen Sicherungsmaßnahmen bei in staatlichem und privatem Eigentum stehenden Archivalien sowie die Gewährung von Zuschüssen zur Erhaltung privater Archive, die von allgemeinem Interesse sind.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1996	54,9	18,2	73,1	4,7
1997	55,5	27,4	82,9	0,9
1998	58,0	25,7	83,8	1,2

Titel 102 Statistisches Zentralamt**Wichtige Gesetzliche Grundlagen**

Bundesstatistikgesetz, BGBl. Nr. 91/1965, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 390/1994;

Krebsstatistikgesetz, BGBl. Nr. 138/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 425/1969;

Verordnung über die Agrarstrukturerhebung, BGBl. Nr. 91/1965, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 844/1994;

Handelsstatistisches Gesetz, BGBl. Nr. 661/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 173/1995;

Güterbeförderungsgesetz, BGBl. Nr. 63/1952, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 593/1995;
 Straßen- und Schienenverkehrsstatistikgesetz, BGBl. Nr. 142/1983;
 Kraftfahrzeuggesetz, BGBl. Nr. 267/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 457/1995;
 Wohnbaustatistikverordnung, BGBl. Nr. 342/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 919/1994;
 Mikrozensusverordnung, BGBl. Nr. 334/1967;
 Meldegesetz, BGBl. Nr. 9/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 352/1995;
 Verwaltungsvereinbarungen für das ÖKO-Punktesystem, BGBl. Nr. 879/1992 und BGBl. Nr. 823/1992.

Aufgaben

Zentrale Erstellung der Bevölkerungs-, Agrar-, gesamten Wirtschafts-, Außenhandels- (insbesondere die EU-Binnenhandelsstatistik INTRASTAT), Sozial- und Finanzstatistik, der Statistik des Volkseinkommens, der Umweltstatistik und der Wissenschafts- und Technologiestatistik, wobei der Umstellung auf die EU-Erfordernisse größtes Gewicht zukommt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1996	450,9	165,7	616,7	28,3
1997	448,1	198,2	646,3	29,6
1998	455,3	193,8	649,1	29,7

Titel 103 Österreichische Staatsdruckerei

Gesetzliche Grundlage

Staatsdruckereigesetz, BGBl. Nr. 340/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 1/1997.

Aufgaben

Überwiegend die Herstellung von Druckprodukten für die Bundesverwaltung.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1996	41,4	0,9	42,3	41,5
1997	20,5	0,1	20,6	20,6
1998	20,8	0,1	20,8	20,8

Hier werden lediglich Personalausgaben und damit zusammenhängende Sachausgaben des eigenen Wirtschaftskörpers „Österreichische Staatsdruckerei“ verrechnet, die zur Gänze dem Bund ersetzt werden.

Titel 104 Presse- und Parteienförderung

Gesetzliche Grundlagen

Presseförderungsgesetz, BGBl. Nr. 228/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 865/1992;
 Parteiengesetz, BGBl. Nr. 404/1975, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 37/1997;
 Bundesgesetz über die Förderung politischer Bildungsarbeit und Publizistik, BGBl. Nr. 369/1984, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996.

Aufgaben

Maßnahmen zur Förderung der politischen Parteien, der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit im Bereich der politischen Parteien, der Publizistik und der Presse.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Schilling
1996	733,7	—
1997	607,4	0,0
1998	607,6	0,0

Kapitel 10 — Titel 105 und 107

23

Von den für 1998 veranschlagten Ausgaben entfallen:

123,8 Millionen Schilling auf Zuwendungen an politische Akademien,

201,7 Millionen Schilling auf Zuwendungen an politische Parteien,

7,1 Millionen Schilling auf Zuwendungen für politische Bildungsarbeit und Publizistik,

100,8 Millionen Schilling auf die allgemeine Presseförderung,

165,0 Millionen Schilling auf die besondere Presseförderung und

9,2 Millionen Schilling auf die Presseförderung — Journalistenausbildung.

Titel 105 Volksgruppenförderung**Gesetzliche Grundlage**

Volksgruppengesetz, BGBl. Nr. 396/1976, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 24/1988.

Aufgaben

Maßnahmen zur Förderung der Volksgruppen in Österreich.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1996	51,9	—
1997	52,7	0,0
1998	52,7	0,0

Titel 107 Sportangelegenheiten**Gesetzliche Grundlage**

Bundes-Sportförderungsgesetz, BGBl. Nr. 2/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 286/1990;

Glücksspielgesetz, BGBl. Nr. 620/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 747/1996.

Aufgaben

Förderung und Unterstützung des Sports auf gesamtösterreichischer und internationaler Ebene.

	Personal- ausgaben Millionen Schilling	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe Millionen Schilling	Ein- nahmen Millionen Schilling
1996	84,8	722,9	807,7	93,1
1997	83,9	744,5	828,4	86,3
1998	80,7	731,6	812,2	72,3

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Verminderung der Personal- und Sachausgaben resultiert aus dem Wegfall des Bundes-sportheims Obergurl.

Paragraph 1070 Sportförderung**Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Sportförderung aus besonderen Förderungsmitteln (Sportfoto). Sie dienen insbesondere zur Errichtung und Erhaltung von Sportstätten aller Art sowie für die Beschickung und Durchführung von Wettkämpfen und Lehrgängen.

Förderungen (D)

Hier werden Beträge für Investitionsdarlehen veranschlagt.

Förderungen

Unterstützung von Vorhaben der österreichischen Dach- und Fachverbände mit Schwerpunkt Nachwuchsförderung. Der Bund ist ermächtigt, sich an der Errichtung von Sportstätten im Rahmen des Österreichischen Sportstättenplanes durch Bundeszuschüsse zu beteiligen.

Aufwendungen

Veranschlagt sind Beiträge für die Herstellung von Sportfilmen und Sportliteratur sowie der Aufwand für Ehrenpreise, das Österreichische Sport- und Turnabzeichen, für Tagungen und Veranstaltungen sowie Mitgliedsbeiträge an Institutionen im Inland.

Paragraph 1075 Bundessportheime und Sporteinrichtungen**Aufgaben**

Betrieb von 10 Bundessportheimen bzw. Bundessportschulen.

Anlagen

Hier wird für die Einrichtungserfordernisse und den Ausbau der Sporteinrichtungen vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Veranschlagt sind vor allem die öffentlichen Abgaben und die Gebühren für die Benützung von Gemeindevorrichtungen und -anlagen sowie die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes.

Aufwendungen

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand dienen diese Ausgaben zur Bedeckung der Verpflegsausgaben, zur Erhaltung und Instandsetzung der gesamten Sportanlagen und Einrichtungen sowie zur Anschaffung von Sportgeräten.

Außerdem sind hier die Ausgaben für die Überweisungen an die Länder gemäß den Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes 1997, BGBl. Nr. 746/1996, veranschlagt.

Titel 108 Strahlenschutz, Veterinärwesen, Lebensmittelangelegenheiten, Gentechnologie

Die Ausgaben und Einnahmen dieses Titels waren vor den Kompetenzänderungen im Februar 1997 bei Kap. 17, Titel 173 veranschlagt.

Gesetzliche Grundlagen

Strahlenschutzgesetz, BGBl. Nr. 227/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 657/1996;
 Tierseuchengesetz, RGBl. Nr. 177/1909, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 379/1996 samt Durchführungsverordnungen;
 Bienenseuchengesetz, BGBl. Nr. 290/1988;
 Bangeseuchengesetz, BGBl. Nr. 147/1957, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 236/1985;
 Rinderleukosegesetz, BGBl. Nr. 272/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 237/1985;
 Deckseuchengesetz, BGBl. Nr. 22/1949;
 Fleischuntersuchungsgesetz, BGBl. Nr. 522/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 118/1994 samt Durchführungsverordnungen;
 Tierärztegesetz, BGBl. Nr. 16/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 476/1995;
 Lebensmittelgesetz 1975 (LMG 1975), BGBl. Nr. 86, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 762/1996;
 Waschmittelgesetz, BGBl. Nr. 300/1984;
 Chemikaliengesetz 1996, BGBl. I Nr. 53/1997;
 Giftverordnung, BGBl. Nr. 212/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 449/1993;
 IBR/IPV-Gesetz, BGBl. Nr. 636/1989;
 Pflanzenschutzmittelgesetz, BGBl. Nr. 476/1990, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 300/1995;
 Düngemittelgesetz, BGBl. Nr. 513/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 419/1996;
 Gentechnikgesetz, BGBl. Nr. 510/1994 samt Durchführungsverordnungen;
 Trinkwasser-Nitratverordnung, BGBl. Nr. 557/1989 zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 714/1996;
 Trinkwasser-Pestizidverordnung, BGBl. Nr. 448/1991;
 Milchhygieneverordnung, BGBl. Nr. 897/1993;
 Vollzugsanweisung betreffend Tierkörperverwertung, StGBI. Nr. 241/1919, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 660/1977.

Aufgaben

Großräumige Überwachung des Bundesgebietes auf radioaktive Verunreinigung einschließlich Vorsorge für Schutz- und Abwehrmaßnahmen;
 Genehmigung und Kontrolle von dem Strahlenschutzgesetz unterliegenden Anlagen;

Kapitel 10 — Titel 108

25

Entsorgung von schwach- und mittelradioaktiven Abfällen;
 Abwehr von Tierseuchen;
 Fleisch- und Schlachthofhygiene;
 Entschädigung nach Veterinärgesetzen;
 Erlassung lebensmittelrechtlicher Vorschriften und Lebensmittelkontrolle;
 Entschädigungen nach dem Lebensmittelgesetz;
 Chemikalienkontrolle (Giftwesen);
 gesundheitliche Beurteilung von Pflanzenschutzmitteln und Düngemitteln (Zulassungsverfahren)
 sowie Angelegenheiten der Gentechnologie.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1996	154,4	7,7
1997	189,2	7,0
1998	189,2	7,0

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

	1996	1997 Millionen Schilling	1998
Strahlenschutz	105,8	116,7	116,7
Veterinärwesen	40,9	62,4	62,4
Lebensmittel, Chemikalien	3,8	5,3	5,3
Gentechnologie.....	3,9	4,8	4,8
Summe ...	154,4	189,2	189,2

Paragraph 1081 Strahlenschutz**Anlagen**

Im Strahlenfrühwarnsystem sind Ergänzungen und Modifikationen erforderlich.

Förderungen

Zu der dem Bundeskanzleramt gemäß §37 Strahlenschutzgesetz obliegenden großräumigen Überwachung der Umwelt auf Radioaktivitätsverunreinigungen ist die Erstellung von ÖNormen erforderlich.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Aufwendungen für ärztliche Untersuchungen gemäß §35 Strahlenschutzgesetz veranschlagt.

Aufwendungen

Neben den Mitteln für die Wartung und Instandhaltung der Meßgeräte der Beobachtungsstationen des Strahlenwarnsystems wurde im Rahmen des einen Bestandteils des Strahlenfrühwarnsystems bildenden Fernwirksystems für die notwendigen Leitungswege, die Wartung und Instandhaltung vorgesorgt. Ebenfalls veranschlagt sind die für den Betrieb des Strahlenfrühwarnsystems erforderlichen Mittel.

Weiters sind die Kosten der erforderlichen Sachverständigen in strahlenschutzrechtlichen Bewilligungsverfahren sowie die Mittel für die Fortführung von Forschungsaufträgen berücksichtigt.

Außerdem wurde für die Kostentragung zur Verarbeitung, Zwischenlagerung und sonstigen Entsorgung radioaktiver Abfälle Vorsorge getroffen.

Einnahmen

Ersatz von Sachverständigenkosten in Bewilligungsverfahren nach dem Strahlenschutzgesetz durch die Konsenswerber sowie Vergütungen des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung für die Inanspruchnahme von Stromwegen im Übertragungsnetz des Strahlenfrühwarnsystems (TAWES-Leitungen).

Paragraph 1082 Veterinärwesen**Förderungen**

Bereinigung allfälliger Re-Infektionen durch Beihilfen für die Schlachtung von Tbc-Reagenten sowie Förderung sonstiger Veterinärmaßnahmen.

Epizootie

Die bisherigen Erfahrungen mit Tierseuchen rechtfertigen im Hinblick auf die Gewährleistung der Aktionsfähigkeit die Veranschlagung von Mitteln für Bekämpfungsaktionen.

Gemäß Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 12. März 1979 sind die Kosten der periodischen Untersuchungen auf Rindertuberkulose vom Bund zu tragen.

Es sind hier auch die nach tierseuchenrechtlichen Bestimmungen zu leistenden staatlichen Entschädigungen sowie die Kosten für Nach- und Wiederholungsuntersuchungen, Desinfektionen und Kennzeichnungsbehelfe veranschlagt.

Darüber hinaus sind die Aufwendungen gemäß § 61 Tierseuchengesetz und die vom Bund zu tragenden Kosten für Tollwutbekämpfungsmaßnahmen gemäß § 1 Abs. 5 in Verbindung mit § 25a leg. cit. berücksichtigt.

Aufwendungen

Neben den Mitteln zur Erfüllung der gesetzlich verankerten Leistungen für die Aus- und Weiterbildung der Amtstierärzte wurde für die Fortführung von Forschungsaufträgen vorgesorgt.

Einnahmen

Strafgelder, die wegen Übertretungen der Bestimmungen des Tierseuchengesetzes eingehoben werden, sowie Beiträge der EU zu Tierseuchenbekämpfungsmaßnahmen.

Paragraph 1083 Lebensmittel, Chemikalien**Förderungen**

Unterstützung wesentlicher Arbeiten im Bereich der Toxikologie, insbesondere die Erarbeitung von Ersatzmethoden zu Tierversuchen.

Entschädigungen

Bei diesem Voranschlagsansatz sind die nach dem Lebensmittelgesetz zu leistenden staatlichen Entschädigungen veranschlagt.

Lebensmittel- und Chemikalienkontrolle

Mittel für Forschungsaufträge und Expertengutachten sowie für die Vollziehung des Chemikaliengesetzes sind veranschlagt.

Paragraph 1084 Gentechnologie**Förderungen**

Unterstützung von Zweckforschungsaktivitäten und von einschlägigen Fachveranstaltungen in Vollziehung des Gentechnikgesetzes.

Aufwendungen

Forschungsaufträge und Expertengutachten im Interesse des Vollzugs des Gentechnikgesetzes sowie als Folge internationaler Reglementierung.

Titel 109 Dienststellen

Unter diesem Titel sind die Ausgaben und Einnahmen der Lebensmitteluntersuchungsanstalten, der veterinärmedizinischen Anstalten und des veterinärmedizinischen Grenzbeschauendienstes veranschlagt (bis Februar 1997 Kap. 17, Titel 179).

Gesetzliche Grundlagen

Behördenüberleitungsgesetz, StGBI. Nr. 94/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 703/1994;
Lebensmittelgesetz 1975 (LMG 1975), BGBl. Nr. 86, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 762/1996, samt Durchführungsverordnungen;

Waschmittelgesetz, BGBl. Nr. 300/1984;

Trinkwasser-Pestizidverordnung, BGBl. Nr. 488/1991;

Pflanzenschutzmittelgesetz, BGBl. Nr. 476/1990 zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 300/1995;

Bundesgesetz über die veterinärmedizinischen Bundesanstalten, BGBl. Nr. 563/1981;

Kapitel 10 — Titel 109

27

Fleischuntersuchungsgesetz, BGBl. Nr. 522/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 118/1994 samt Durchführungsverordnungen;

Tierseuchengesetz, RGBl. Nr. 177/1909, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 379/1996 samt Durchführungsverordnungen;

Rinderleukosegesetz, BGBl. Nr. 272/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 237/1985;

IBR/IPV-Gesetz, BGBl. Nr. 636/1989;

Bangseuchengesetz BGBl. Nr. 14/1957, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 236/1985.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1996	211,7	120,2	331,9	86,2
1997	204,8	139,1	343,8	127,5
1998	216,7	150,0	366,7	134,5

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Personalausgaben resultiert aus zusätzlich benötigten Tierärzten bei den veterinärbehördlichen Grenzeintrittsstellen, welche auf Grund des EU-Beitritts Österreichs für die Veterinärkontrollen von aus Drittländern in die Gemeinschaft eingeführten Tieren und deren Erzeugnissen eingerichtet werden müssen sowie aus einer Vorsorge für die Bezugssteigerung.

Die Erhöhung der Sachausgaben resultiert aus der Ausstattung (Labors, Kühlhäuser, Stallungen usw.) der oben erwähnten Grenzeintrittsstellen sowie aus der Einrichtung des neuen Virologiegebäudes auf dem Areal der Bundesanstalt für Tierseuchenbekämpfung in Mödling.

Paragraph 1090 Lebensmitteluntersuchungsanstalten**Aufgaben**

Der Bund betreibt zur Erfüllung der Aufgaben in Vollziehung des Lebensmittelgesetzes 1975 die Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung und -forschung in Wien und je eine Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung in Linz, Graz, Innsbruck und Salzburg.

Anlagen

Apparative Ausrüstung der Anstalten für die Kontaminationskontrolle von Lebensmitteln unter anderem auf radioaktive Substanzen und die vermehrte Rückstandskontrolle (Schädlingsbekämpfungsmittel, Hormone, Schwermetalle u. dgl.) und für Untersuchungen von Trinkwasser auf Pestizidrückstände. Weiters ist auch für Ersatzanschaffungen vorgesorgt.

Aufwendungen

Hier sind die Kosten zur Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes der Anstalten veranschlagt.

Einnahmen

Einnahmen aus Untersuchungen, die ohne behördliches oder lebensmittelpolizeiliches Einschreiten erfolgen.

Paragraph 1091 Veterinärmedizinische Anstalten**Aufgaben**

Der Bund betreibt zur Erfüllung der Aufgaben im Rahmen der Tierseuchenbekämpfung eine Anstalt für Virusseuchenbekämpfung bei Haustieren, eine Anstalt für Tierseuchenbekämpfung und je eine veterinärmedizinische Anstalt in Linz, Graz und Innsbruck.

Diese Anstalten haben diagnostische Aufgaben wie auch Rückstandskontrollen bei Fleisch (Veterinärpharmaka, Hormone, Schwermetalle) durchzuführen. An der Bundesanstalt für Tierseuchenbekämpfung und an der Bundesanstalt für Virusseuchenbekämpfung bei Haustieren wird auch Impfstoff produziert.

Anlagen

Vorgesehen sind die apparative Ausstattung von Anstalten für Zwecke von Rückstandskontrollen, sonstige vordringliche Anschaffungen im Zuge von Rationalisierungsmaßnahmen und Ersatzanschaffungen.

Aufwendungen

Hier sind die Betriebskosten dieser Anstalten veranschlagt, wovon nicht unerhebliche Mittel für Rückstandsuntersuchungen, die Anschaffung von Diagnostika für periodische-, Wiederholungs- und Nachuntersuchungen im Rahmen der Leukose-, Brucellose- und IBR/IPV-Bekämpfung und die Reagenzien für das Aujeszky-Überwachungsprogramm der EU bestimmt sind.

Einnahmen

Betriebseinnahmen für Untersuchungen, ausgenommen die kostenlos zu untersuchenden Einsendungen nach dem Tierseuchengesetz.

Paragraph 1092 Veterinärmedizinischer Grenzbeschaudienst**Aufgaben**

Amtshandlungen der Grenztierärzte bei der Einfuhr und Durchfuhr von Tieren, tierischen Rohstoffen und Produkten.

Anlagen

Vorgesehen ist Amts- und Laborausstattung für EU-konforme Abfertigung an den Grenzeintrittsstellen.

Aufwendungen

Veranschlagung der Kosten zur Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes der veterinärbehördlichen Grenzeintrittsstellen.

Einnahmen

Gebühren gemäß Veterinärbehördlicher Ein- und Durchfuhrverordnung. Die Einnahmenhöhe richtet sich nach der Anzahl der Ein- und Durchfuhr von Tieren und tierischen Produkten.

Kapitel 11 — Titel 110

29

Kapitel 11 Inneres

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Inneres gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 21/1997, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt F.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1996	14 503,7	6 547,7	21 051,5	1 222,4
1997	14 268,0	6 700,0	20 968,0	1 348,5
1998	15 466,0	7 156,9	22 622,9	1 303,0

Im einzelnen ist zu bemerken:

Titel 110 Bundesministerium für Inneres**Aufgaben**

Dem Bundesministerium für Inneres obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte über die Angelegenheiten des Sicherheitswesens, soweit sie nicht in den Wirkungsbereich eines anderen Bundesministeriums fallen, weiters die Angelegenheiten der Staatsgrenzen, mit Ausnahme ihrer Vermessung und Vermarkung, des Dienstbetriebes der Bundespolizei und der Bundesgendarmerie und sonstiger Wachkörper, soweit sie nicht in den Wirkungsbereich eines anderen Bundesministeriums fallen, die Angelegenheiten der Staatsbürgerschaft und des Heimatrechts, die Personenstandsangelegenheiten, soweit sie nicht von Justizbehörden zu vollziehen sind, die Angelegenheiten der auf Grund der Bundesverfassung vorgesehenen Wahlen, Volksabstimmungen und Volksbegehren, die Angelegenheiten der Organisation der inneren Verwaltung in den Ländern, die Angelegenheiten der Gemeinden und Gemeindeverbände, soweit sie nicht in den Wirkungsbereich des Bundeskanzleramtes fallen, die Angelegenheiten des Stiftungs- und Fondswesens, soweit sie nicht in den Wirkungsbereich eines anderen Bundesministeriums fallen, der Kriegsgräberfürsorge, des Zivildienstes, die Führung des öffentlichen Denkmals und Museums Mauthausen (Gedenkstätte Mauthausen) sowie die Angelegenheiten der staatlichen Verwaltung, die nicht ausdrücklich einem anderen Bundesministerium zugewiesen sind.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1996	805,0	1 056,8	1 861,8	33,9
1997	776,9	1 161,3	1 938,2	56,4
1998	876,5	1 265,8	2 142,3	45,2

Im einzelnen setzen sich die Ausgaben wie folgt zusammen:

	1996	1997 Millionen Schilling	1998
Zentraleitung	1 774,1	1 841,0	1 982,2
Zahlungen an die BIG	87,7	97,2	160,1
Summe ...	1 861,8	1 938,2	2 142,3

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Steigerung gegenüber dem Jahre 1997 ergibt sich im wesentlichen bei den Personalausgaben auf Grund der Auswirkungen der Besoldungsreform und des jährlichen Struktureffektes bzw. bei den Sachausgaben durch höhere Zahlungen an die BundesimmobiliengesmbH. (BIG), durch die im Rahmen des österreichischen EU-Vorsitzes und im Rahmen der Sicherheitsakademie entstehenden Kosten, sowie im Bereich der Bekämpfung der organisierten Kriminalität durch die Einführung neuer, moderner Fahndungsmethoden.

Paragraph 1100 Zentralleitung**Anlagen**

Veranschlagt sind insbesondere Investitionen im ADV-Bereich sowie Ausgaben für den Ankauf bzw. Ersatz von Kraftfahrzeugen, Amtseinrichtungen und technischer Ausstattung.

Förderungen

Die hier veranschlagten Ausgaben dienen teils der Förderung und Unterstützung der Sportvereine der Sicherheitsexekutive, teils werden die Förderungsbeträge anderen Subventionswerbern gewährt. Überdies sind hier noch die Förderungsmittel für die Verkehrs-, Unfall- und Einsatzstatistik veranschlagt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Dieser Voranschlagsansatz beinhaltet den Aufwand für die Familien- und Geburtenbeihilfen, die Ausgaben an öffentlichen Abgaben und die Wahlkosten.

Aufwendungen

Darunter fallen neben dem allgemeinen administrativen Aufwand die Aufwendungen für die automationsunterstützte Datenverarbeitung in Höhe von rund 275 Millionen Schilling. Weiters sind die Mitgliedsbeiträge zu internationalen Organisationen, insbesondere die österreichischen Beiträge an Schengen, zur INTERPOL sowie zur EUROPOL veranschlagt.

Paragraph 1101 Zahlungen an die BIG

Bei diesem Paragraph wurden im Sinne der Bestimmungen des BIG-Gesetzes, BGBl. I Nr. 419/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/1997 die Zahlungen (Mieten und Betriebskosten) des Ressorts an die BundesimmobiliengesmbH. (BIG) für die Nutzung von in die Verwaltung an die BIG übertragenen Gebäuden und Liegenschaften veranschlagt.

Titel 111 Bundesministerium für Inneres (Zweckaufwand)**Gesetzliche Grundlagen**

Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929; zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 2/1997;

Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Kärnten über einen gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienst, BGBl. Nr. 273/1984;

Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Steiermark über einen gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienst, BGBl. Nr. 301/1985;

Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Vorarlberg über einen gemeinsamen Hubschrauberdienst, BGBl. Nr. 428/1986;

Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Tirol über Hubschrauberdienste, BGBl. Nr. 26/1987;

Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Salzburg über einen gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienst, BGBl. Nr. 191/1987;

Vereinbarung gem. Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Oberösterreich über einen gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienst, BGBl. Nr. 626/1987;

Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Wien über einen gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienst, BGBl. Nr. 106/1990.

Bundesgesetz über Maßnahmen zur Vorbeugung und Beseitigung von Katastrophenschäden (Katastrophenfondsgesetz 1996), BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 746/1996;

Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die Aufteilung und Verwendung der nach § 3 Z 4 lit. c des Katastrophenfondsgesetzes 1996, in der derzeit geltenden Fassung, zur Verfügung stehenden Mittel für ein Warn- und Alarmsystem sowie die Einräumung wechselseitiger Benützungrechte an den Anlagen dieses Systems samt Anlagen, BGBl. Nr. 87/1988;

Bundes-Verfassungsgesetz über Kooperation und Solidarität bei der Entsendung von Einheiten und Einzelpersonen in das Ausland, BGBl. I Nr. 38/1997;

Zivildienstgesetz 1986, BGBl. Nr. 679/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 788/1996.

Kapitel 11 — Titel 111

31

Aufgaben bzw. Organisation**Flugpolizei und Flugrettungsdienst**

Unter „Flugpolizei“ ist der Einsatz von Luftfahrzeugen für sicherheits-, ordnungs- und verkehrspolizeiliche Zwecke zu verstehen. Der „Flugrettungsdienst“ hat Hilfs- und Rettungseinsätze mit Luftfahrzeugen, insbesondere bei Katastrophen und Bergnotfällen, zur Aufgabe. Dem Bundesministerium für Inneres obliegt auch die fliegerische Ausbildung von Exekutivbeamten für Aufgaben der Flugsicherung sowie der Flugpolizei und des Flugrettungsdienstes.

Zur Besorgung dieser Aufgaben stehen dem Bundesministerium für Inneres 23 Hubschrauber, 4 Motorflugzeuge und die notwendigen Kraftfahrzeuge zur Verfügung.

Zur Erhöhung der Aktionsfähigkeit sind die Flugzeuge auf die acht Einsatzstellen Wien (Meidlinger Kaserne), Flughafen Linz/Hörsching, Flughafen Salzburg/Maxglan, Flughafen Innsbruck/Kranebitten, Flughafen Graz/Thalerhof, Flughafen Klagenfurt/Wörthersee, Flugplatz Lienz/Nikolsdorf und Flugplatz Hohenems/Dornbirn verteilt.

Zivilschutz

Der Zivilschutz wird zu einem umfassenden Katastrophenschutz ausgebaut, der alle humanitären Maßnahmen zur Bewältigung von Krisensituationen, die insbesondere durch Naturereignisse oder technische Störfälle verursacht werden, treffen kann. Hiefür sind behördliche Vorsorgen, Vorkehrungen der Hilfs- und Rettungsorganisationen — als maßgebliche Träger des Zivilschutzes — und eine vermehrte Öffentlichkeitsarbeit durch den Österreichischen Zivilschutzverband zur Stärkung der Selbstschutzmaßnahmen des einzelnen erforderlich. Bei Bedarf können Fahrzeuge, die bei der Bundespolizei und der Bundesgendarmerie systemisiert sind, für Zivilschutzzwecke herangezogen werden.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1996	1 210,1	649,7
1997	1 482,0	684,5
1998	1 523,5	658,8

Im einzelnen setzen sich die Ausgaben wie folgt zusammen:

	1996	1997 Millionen Schilling	1998
Flugpolizei und Flugrettungsdienst	94,2	75,9	125,9
Zivilschutz: ¹⁾			
Vorsorge für alle Ressorts			
Bereich Inneres	26,6	25,5	25,5
Zivilschutz (Mittel des Katastrophenfonds)	50,0	50,0	50,0
Opferschutzeinrichtungen	—	—	0,0
Auslandseinsätze gemäß BGBl. I Nr. 38/1997	12,2	14,2	20,2
Zivildienst	876,2	946,4	931,9
Einrichtungen zur Verkehrsüberwachung	45,1	70,0	70,0
Angelegenheiten gemäß Anlage zu § 2, Teil 2, Abschn. F, Z 13 BMG	105,8	300,0	300,0
Summe ...	1 210,1	1 482,0	1 523,5

Paragraph 1110 Flugpolizei und Flugrettungsdienst

Im Jahre 1998 ist der Ankauf eines Hubschraubers für die Grenzüberwachung vorgesehen.

Paragraph 1111 Zivilschutz

Hier ist der Aufwand für die Selbstschutz-Informationszentren sowie für die Leitungsmieten im Rahmen des Warn- und Alarmdienstes veranschlagt.

¹⁾ Der Aufwand für den Zivilschutz wird pauschal beim Paragraph 1/1111 veranschlagt, die Verrechnung erfolgt, soweit es sich um in die Kompetenz des Bundesministeriums für Inneres fallende Zivilschutzaufgaben handelt, bei Kapitel 11, ansonsten aber nach Genehmigung der erforderlichen überplanmäßigen Ausgaben bei den in Betracht kommenden anderen Ressorts, und zwar bei den Paragraphen 6000 und 6304.

Paragraph 1112 Zivilschutz (Mittel des Katastrophenfonds)

Bei diesem Paragraph wurden die Bestimmungen des Katastrophenfondsgesetzes berücksichtigt, die vorsehen, daß jährlich ab 1. Jänner 1987 maximal 50 Millionen Schilling zur Finanzierung des Warn- und Alarmdienstes bereitgestellt werden. Die hierfür erforderliche Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern wurde getroffen.

Paragraph 1113 Opferschutzeinrichtungen

Bei diesem Paragraph werden jene Förderungen von Vorhaben, die der Vorbeugung gefährlicher Angriffe auf Leben, Gesundheit oder Vermögen von Menschen dienen, im Sinne der Bestimmungen des § 25 Abs. 2 Sicherheitspolizeigesetzes verrechnet.

Paragraph 1116 Auslandseinsätze gemäß BGBl. I Nr. 38/1997

Hier ist der Aufwand für die Österreichischen UN-Polizeikontingente veranschlagt.

Paragraph 1117 Zivildienst

Bei diesem Paragraph sind die Ausgaben für die im ordentlichen Zivildienst eingesetzten Zivildienstpflichtigen veranschlagt.

Paragraph 1118 Einrichtungen zur Verkehrsüberwachung

Die Höhe der Ausgaben für die Beschaffung und Erhaltung von Verkehrsüberwachungseinrichtungen richtet sich nach den eingehenden Strafgeldern gemäß 100 StVO.

Paragraph 1119 Angelegenheiten gemäß Anlage zu § 2, Teil 2, Abschnitt F, Z 13 BMG

Verrechnung der Kosten für Ersatzvomahnen nach dem Verwaltungsvollstreckungsgesetz vorwiegend bei Entsorgungsmaßnahmen (Vollstreckungskosten), die bei Nichtbegleichung durch den Verpflichteten als Zweckaufwand in der mittelbaren Bundesverwaltung unmittelbar bei ihrer Entstehung zu tragen sind. Im wesentlichen sind hier Ausgaben für die Räumung der Helene BERGER-Deponie veranschlagt.

Titel 112 Bundesministerium für Inneres (Sonstiger Zweckaufwand)

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1996	16,8	—
1997	16,1	0,0
1998	18,1	0,0

Im einzelnen gliedern sich die Ausgaben des Titels 112 wie folgt:

	1996	1997 Millionen Schilling	1998
Einrichtungen für die Kriegsgräberfürsorge	6,3	6,4	6,4
Fremdenwesen	10,5	9,7	11,7
Summe ...	16,8	16,1	18,1

Paragraph 1121 Einrichtungen für die Kriegsgräberfürsorge**Gesetzliche Grundlagen**

Staatsvertrag von Saint-Germain-en-Laye, StGBl. Nr. 303/1920, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 154/1934;

Bundesgesetz über die Fürsorge für Kriegsgräber aus dem Ersten und Zweiten Weltkrieg, BGBl. Nr. 175/1948;

Bundesgesetz über die Fürsorge und den Schutz der Kriegsgräber und Kriegsdenkmäler aus dem Zweiten Weltkrieg für Angehörige der Alliierten, Vereinten Nationen und für Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich und Opfer politischer Verfolgung, BGBl. Nr. 176/1948;

Staatsvertrag, betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich, BGBl. Nr. 152/1955.

Kapitel 11 — Titel 113

33

Aufgaben

Der Kriegsgräberfürsorge obliegt die Fürsorge für die Gräber der Gefallenen des Ersten und des Zweiten Weltkrieges und der Opfer der KZ-, Anhalte- und Arbeitslager, der Bombenopfer sowie der Flüchtlinge. Die Aufgaben werden von den Ämtern der Landesregierungen vorgenommen.

Für Sanierungs- und Instandhaltungsarbeiten an Kriegsgräberanlagen wurden für 1998 6,4 Millionen Schilling veranschlagt.

Paragraph 1122 Fremdenwesen**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz über die Einreise, den Aufenthalt und die Niederlassung von Fremden (Fremdengesetz 1997), BGBl. I Nr. 75/1997.

Aufgaben

Bei diesem Paragraph sind jene Ausgaben veranschlagt, die im Rahmen der Vollziehung des Fremdengesetzes vom Bund zu tragen sind.

Titel 113 Bundespolizei**Gesetzliche Grundlagen**

Verordnung der Bundesregierung vom 7. Dezember 1976 über den Wirkungsbereich der Bundespolizeibehörden, BGBl. Nr. 690/1976;

Behördenüberleitungsgesetz 1945, StGBI. Nr. 94/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 703/1994;

Verordnung des Bundesministeriums für Inneres vom 26. Februar 1946 über die Einrichtung und den Wirkungsbereich der Sicherheitsdirektionen, BGBl. Nr. 74/1946;

Sicherheitspolizeigesetz, BGBl. Nr. 566/1991, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 12/1997;

Richtlinien-Verordnung, BGBl. Nr. 266/1993;

Straßenverkehrsordnung BGBl. Nr. 159/1960, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 16/1997.

Aufgaben

In 14 Städten werden die Polizeiagenden von Bundespolizeibehörden wahrgenommen.

Organisation

Die Bundespolizeibehörden gliedern sich in 14 Bundespolizeidirektionen: Wien, Linz, Salzburg, Innsbruck, Graz, Klagenfurt, Eisenstadt, Wiener Neustadt, St. Pölten, Steyr, Wels, Leoben, Villach und Schwechat. Den Bundespolizeibehörden sind 9 Grenzkontrollstellen angeschlossen. Sicherheitsdirektionen bestehen in allen Bundesländern (zusammen 9).

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1996	6 744,3	1 708,3	8 452,6	442,6
1997	6 758,0	1 736,5	8 494,5	496,0
1998	6 916,1	1 870,1	8 786,2	499,5

Im einzelnen setzen sich die Ausgaben wie folgt zusammen:

	1996	1997 Millionen Schilling	1998
Bundespolizei.....	8 350,2	8 398,7	8 686,4
Bundespolizei (zweckgeb. Gebarung).....	102,4	95,8	99,8
Summe ...	8 452,6	8 494,5	8 786,2

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Ausgabensteigerung ist bei den Personalausgaben im wesentlichen neben den verstärkten sicherheitspolizeilichen Tätigkeiten während der EU-Präsidentschaft auf die Auswirkungen der Besoldungsreform und des jährlichen Struktureffektes bzw. bei den Sachausgaben auf die an die Sicherheitsexekutive gestellten Aufgaben im Zusammenhang mit der Bekämpfung aller Arten der Kriminalität zurückzuführen. Dadurch sind erhöhte Ausgaben, insbesondere beim laufenden Dienstbetrieb erforderlich.

3 Arbeits(Amts)behelf zum BFG 1998

34

Kapitel 11 — Titel 114**Polizei-Massafonds**

Zur Beschaffung von Dienstkleidern für die Beamten der österreichischen Bundespolizei wurde mit Ministerratsbeschluß vom 6. Dezember 1949 der Polizei-Massafonds als Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit errichtet.

Dem Fonds werden im Jahre 1998 voraussichtlich zufließen:

	Millionen Schilling
Aus dem Bundeshaushalt (Massapauschale und Massaeinlage).....	46,0
Sonstiges	0,4
Zusammen ...	46,4

Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verwendet werden:

	Millionen Schilling
Beschaffung von Massasorten.....	45,8
Fondsaufwand	0,3
Zuführung an Rücklagen	0,3
Zusammen ...	46,4

Wohlfahrtsfonds der Bundespolizei

Zur Unterstützung hilfsbedürftiger Bediensteter der Bundespolizeibehörden und deren Hinterbliebenen wurde mit Erlaß vom 24. Dezember 1953 der Wohlfahrtsfonds der Bundespolizei als Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit errichtet.

Dem Fonds werden im Jahre 1998 voraussichtlich zufließen:

	Millionen Schilling
Aus dem Bundeshaushalt (Überweisung von Geldbußen und Geldstrafen)	0,500
Sonstiges	0,850
Zusammen ...	1,350

Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verwendet werden:

	Millionen Schilling
Unterstützungen	1,000
Zuführung an Rücklagen	0,350
Zusammen ...	1,350

Titel 114 Bundesgendarmerie**Gesetzliche Grundlagen**

Gendarmeriegesetz, RGBl. Nr. 1/1895, in der Fassung StGBI. Nr. 75/1918, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 566/1991;

Behördenüberleitungsgesetz 1945, StGBI. Nr. 94/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 703/1994;

Sicherheitspolizeigesetz; BGBl. Nr. 566/1991, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 12/1997;

Richtlinien-Verordnung, BGBl. Nr. 266/1993;

Sondereinheiten-Verordnung, BGBl. Nr. 267/1993;

Bezirksgendarmeriekommanden-Verordnung, BGBl. Nr. 268/1993;

Straßenverkehrsordnung BGBl. Nr. 159/1960, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 16/1997.

Aufgaben

Die Bundesgendarmerie hat die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit im ganzen Bundesgebiete zu besorgen, soweit diese Aufgaben nicht der Bundespolizei obliegen.

Organisation

Die Zahl der Dienststellen beträgt: 8 Landesgendarmeriekommanden mit 8 Stabsabteilungen, 8 Schulungsabteilungen mit 2 Außenstellen, 8 Verkehrsabteilungen mit 36 Außenstellen, 8 Kriminalabteilungen mit 7 Außenstellen, 86 Bezirksgendarmeriekommanden, 843 Gendarmerieposten mit 2 Außenstellen, 63 Grenzüberwachungsposten und Grenzkontrollstellen sowie 1 Gendarmeriezenterschule und 1 Gendarmerieeinsatzkommando.

Kapitel 11 — Titel 115

35

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1996	6 879,9	1 829,4	8 709,3	77,2
1997	6 660,2	1 924,1	8 584,3	91,4
1998	7 579,0	2 085,0	9 664,0	91,6

Im einzelnen setzen sich die Ausgaben wie folgt zusammen:

	1996	1997 Millionen Schilling	1998
Bundesgendarmerie.....	8 497,2	8 400,1	9 469,8
Bundesgendarmerie (zweckgeb. Gebarung).....	212,1	184,2	194,2
Summe ...	8 709,3	8 584,3	9 664,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Das Mehrerfordernis ergibt sich hauptsächlich neben den Auswirkungen der Besoldungsreform und des jährlichen Struktureffektes, durch Planstellenvermehrungen sowie durch die an die Sicherheitsexekutive gestellten Aufgaben im Zusammenhang mit der Kriminalitätsbekämpfung. Dadurch verbunden sind erhöhte Geldmittel für den laufenden Dienstbetrieb sowie im Zusammenhang mit dem Einsatz von Bediensteten beim Grenzdienst vorgesehen.

Massafonds der Bundesgendarmerie

Zur Beschaffung von Dienstkleidern für die Beamten der österreichischen Bundesgendarmerie wurde mit Ministerratsbeschluß vom 6. Dezember 1949 der Massafonds der Bundesgendarmerie als Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit errichtet.

Dem Fonds werden im Jahre 1998 voraussichtlich zufließen:

	Millionen Schilling
Aus dem Bundeshaushalt (Massapauschale und Massaeinlage).....	62,3
Sonstiges	0,7
Zusammen ...	63,0

Die Ausgaben werden voraussichtlich betragen:

	Millionen Schilling
Beschaffung von Massasorten.....	62,4
Fondsaufwand	0,6
Zusammen ...	63,0

Titel 115 Besondere Einrichtungen**Gesetzliche Grundlagen****Paragraph 1150 Flüchtlingsbetreuung und Integration**

Bundesgesetz über die Gewährung von Asyl (Asylgesetz 1997), BGBl. I Nr. 76/1997;

Bundesgesetz über die Betreuung der Asylwerber, BGBl. Nr. 405/1991, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 314/1994;

Verordnung über die Bundesbetreuung der Asylwerber, BGBl. Nr. 31/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 352/1993;

Bundesgesetz über die Einreise, den Aufenthalt und die Niederlassung von Fremden (Fremden-gesetz 1997), BGBl. I Nr. 75/1997;

Verordnung der Bundesregierung über die Anzahl der Bewilligungen nach dem Aufenthaltsgesetz, BGBl. Nr. 707/1996;

Verordnung über das Aufenthaltsrecht von kriegsvertriebenen Staatsangehörigen von Bosnien-Herzegowina, BGBl. II Nr. 215/1997.

36

Kapitel 11 — Titel 115**Paragraph 1151 Öffentliches Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen**

Bundesgesetz über die Fürsorge und den Schutz der Kriegsgräber und Kriegsdenkmäler aus dem Zweiten Weltkrieg für Angehörige der Alliierten, Vereinten Nationen und für Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich und Opfer politischer Verfolgung, BGBl. Nr. 176/1948;

Staatsvertrag, betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich, BGBl. Nr. 152/1955.

Paragraph 1152 Bundesasylamt

Bundesgesetz über die Gewährung von Asyl (Asylgesetz 1997), BGBl. I Nr. 76/1997.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1996	74,6	726,3	800,9	19,1
1997	72,9	379,9	452,8	20,2
1998	94,5	394,3	488,8	7,9

Im einzelnen gliedern sich die Ausgaben des Titels 115 wie folgt:

	1996	1997 Millionen Schilling	1998
Flüchtlingsbetreuung und Integration	746,3	400,9	403,2
Öffentliches Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen	10,7	11,3	14,3
Bundesasylamt	43,9	40,6	71,3
Summe ...	800,9	452,8	488,8

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Höhe der Sachausgaben beim Paragraph 1150 richtet sich nach der Anzahl der zu betreuenden Asylwerber und Flüchtlinge.

Paragraph 1150 Flüchtlingsbetreuung und Integration

Bei diesem Paragraph sind vor allem die Ausgaben für die Betreuung, Verpflegung und Unterbringung der Asylwerber und Flüchtlinge, der Kriegsflüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina bzw. Aufwendungen für Integrationsmaßnahmen sowie die Beiträge an internationale Organisationen veranschlagt.

Der Beitrag zum Fonds zur Integration von Flüchtlingen in Höhe von 20,0 Millionen Schilling ist als Unterstützung für die Integrationsbemühungen von Flüchtlingen bestimmt.

Einnahmen

Die in den Betreuungsstellen untergebrachten Asylwerber und Flüchtlinge haben, soweit sie dazu imstande sind, Beiträge für Unterkunft und Verpflegung zu entrichten.

Darüber hinaus werden die für die Unterbringung der Kriegsflüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina anfallenden Ausgaben im Zuge der Bund-Länder-Aktion zu einem Drittel von den Ländern refundiert.

Betreuungsstellen und Insassen

Die Zahl der Betreuungsstellen und der darin untergebrachten Personen betrug im Jahresdurchschnitt:

	1993	1994	1995	1996
Betreuungsstellen	5	6 ²⁾	6 ²⁾	6 ²⁾
Insassen	1 100 ¹⁾	1 070 ¹⁾	1 200 ¹⁾	1 100 ¹⁾
Unterbringung in Gasthöfen	5 600	1 000	900	970

¹⁾ In dieser Summe sind im Jahre 1993 800, im Jahre 1994 870, im Jahre 1995 700 und im Jahre 1996 550 Kriegsflüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina enthalten.

²⁾ Einschließlich Integrationswohnheim Wien 9., Nußdorfer Straße 23.

Kapitel 11 — Titel 115

37

Paragraph 1151 Öffentliches Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen**Aufwendungen**

Darunter fallen insbesondere die Ausgaben für den laufenden Betrieb, Instandsetzung und Instandhaltung des ehemaligen Konzentrationslagers Mauthausen bzw. der Gedenkstätten Melk und Ebensee sowie die Ausgaben für wissenschaftliche Projekte.

Einnahmen

Die Einnahmen resultieren hauptsächlich aus den für den Besuch des Öffentlichen Denkmals und Museums Mauthausen einzuhebenden Eintrittsgebühren.

Paragraph 1152 Bundesasylamt**Aufgaben bzw. Organisation**

(Das Asylgesetz 1997 sieht als Asylbehörde 1. Instanz das Bundesasylamt vor, das über Asylanträge gemäß den normierten Verfahrensläufen zu entscheiden hat.)

Zur besseren Abwicklung der Asylverfahren wurden in den Bundesländern 7 Außenstellen des Bundesasylamtes eingerichtet.

Ausgaben

Bei diesem Paragraph sind vor allem neben den erforderlichen Geldmitteln für den laufenden Dienstbetrieb und die notwendige Vollzugsadaptierung zur Vollziehung des Asylgesetzes 1997 Gebühren für Dolmetscher und Flüchtlingsberater veranschlagt.

Konjunkturausgleich-Voranschlag

	Millionen Schilling
Stabilisierungsquote	28,400
Konjunkturbelebungsquote	28,400
Verwendungszweck (je Quote):	
1. Subvention an die Feuerwehr zum Ankauf von Geräten, die dem Zivilschutz dienen	0,500
2. Kraftfahrzeugsektor	9,000
3. Nachrichtensektor	6,900
4. Amtsausstattung.....	12,000

Kapitel 12 Unterricht und kulturelle Angelegenheiten

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 21/1997, insbesondere Anlage zu §2 Teil 2 Abschnitt L und des fünften Zusatzvertrages, BGBl. Nr. 609/1996.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1996	25 364,2	41 886,6	67 250,8	928,9
1997	25 352,6	41 832,0	67 184,6	778,0
1998	25 988,5	43 498,5	69 487,0	848,5

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 120 Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten

Gesetzliche Grundlagen

Vertrag zwischen dem HI. Stuhl und der Republik Österreich zur Regelung von vermögensrechtlichen Beziehungen, BGBl. Nr. 195/1960, in der Fassung des Zusatzvertrages zwischen dem HI. Stuhl und der Republik Österreich, BGBl. Nr. 107/1970, des Zweiten Zusatzvertrages, BGBl. Nr. 220/1976, des Dritten Zusatzvertrages, BGBl. Nr. 49/1982, des Vierten Zusatzvertrages, BGBl. Nr. 86/1990, Bedacht zu nehmen;

Bundesgesetz über äußere Rechtsverhältnisse der Evangelischen Kirche, BGBl. Nr. 182/1961, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 318/1996;

Bundesgesetz über finanzielle Leistungen an die altkatholische Kirche, BGBl. Nr. 221/1960, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 316/1996;

Bundesgesetz über finanzielle Leistungen an die israelitische Religionsgesellschaft, BGBl. Nr. 222/1960, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 317/1996.

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes auf dem Gebiete des Schulwesens einschließlich Schulerhaltung, Schullerichtung und Schulauflassung mit Ausnahme der Schulerhaltung, Schullerichtung und Schulauflassung der land- und forstwirtschaftlichen Bundesschulen, Erziehungswesen in den Angelegenheiten der Schülerheime; Aus- und Weiterbildung sowie Dienstprüfung der Lehrer; Mitwirkung des Bundes in Angelegenheiten des Dienstrechts und der Erstellung der Stellenpläne für Landeslehrer, soweit sie nicht in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft fällt; Kindergarten- und Hortwesen.

Angelegenheiten der Hofmusikkapelle, der Museen, der Nationalbibliothek, der Phonothek und des Bundesdenkmalamts.

Angelegenheiten des Kultus.

Angelegenheiten der Volksbildung.

Angelegenheiten der schulischen, kulturellen und kirchlichen Stiftungen und Fonds.

Angelegenheiten der Förderung der Schul- und Kulturfilme.

Angelegenheiten der innerstaatlichen Durchführung kultureller und pädagogischer Auslandsangelegenheiten (Koordination und Organisation).

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1996	352,7	2 961,8	3 314,5	219,8
1997	345,2	2 910,0	3 255,2	58,2
1998	362,9	3 414,4	3 777,3	60,1

Kapitel 12 — Titel 120

39

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben ergibt sich im wesentlichen aus der Veranschlagung der Mietaufwendungen nach dem BIG-Gesetz.

Anlagen

Bei diesem Voranschlagsansatz ist unter anderem für die Zahlung der jährlichen Rate zum Ankauf des Schulhaus-Bootes und für die Beschaffung der notwendigen Amtseinrichtung einschließlich moderner Büroautomation Vorsorge getroffen.

Förderungen

Die Förderungen betreffen vor allem Zwecke der „Allgemeinen Kulturförderung“, des „Bildungsfilms“, des „Österr. Kulturservice“, bzw. sind sie bestimmt zur Förderung von Minderheiten, der geistigen Landesverteidigung, der Mädchen- und Frauenbildung, von „Anniversarien“ und EU-Kulturprojekten sowie für Vereinigungen, die kulturelle und pädagogische Aufgaben im internationalen Bereich zu erfüllen haben. Hier wird auch für das kulturpädagogische Konzept des BMUKA zur Förderung des Musikverständnisses und Kulturbewußtseins der jungen Generation vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**Kultus — Ständige Leistungen**

Die Leistungen an die Katholische, Evangelische und Altkatholische Kirche sowie an die israelitische Religionsgesellschaft gehen auf Entschädigungsmaßnahmen gemäß Art. 26 des Staatsvertrages, BGBl. Nr. 152/1955, zurück.

Der Globalbetrag der ständigen Leistungen in der Höhe von 591,5 Millionen Schilling setzt sich zusammen aus einem festen Betrag und einem variablen Betrag, der dem Gegenwert der Bezüge von insgesamt 1 358 Bediensteten der Gehaltsstufe A/IV/5 entspricht.

Aufwendungen

Hier wird für den Administrativaufwand der Zentraleitung vorgesorgt. Veranschlagt sind ua. Beträge für die innerstaatliche Durchführung der in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten und dem Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr abgeschlossenen Kulturabkommen (Expertenaustausch im Schul- und Kulturbereich; Übermittlung von Österreich-Literatur und einschlägigem Informationsmaterial); weiterer Ausbau von Österreich-Zentren im Ausland; Finanzierung und Durchführung von Ministerbesuchen; Kulturpädagogisches Konzept des BMUKA zur Förderung des Musikverständnisses und Kulturbewußtseins der jungen Generation.

Schulraumbeschaffung und -bewirtschaftung

Der veranschlagte Betrag dient zur Fortsetzung des Schulraumbeschaffungsprogrammes (inklusive Begleitmaßnahmen des Sportstätten- und Schülerheimzuschußprogrammes). Damit werden die vertraglich festgelegten Raten der Projekte des Schulraumbeschaffungsprogrammes, die Refundierung der anteiligen Instandhaltungskosten an den Eigentümer dieser nicht im Eigentum des Bundes befindlichen Objekte sowie die Entgelte für die mit diesen Projekten im Zusammenhang stehenden bautechnischen Kollaudierungen, Planungsstudien u. dgl. bezahlt.

Ferner sind verschiedene auf vertragliche Verpflichtungen des Bundes zurückzuführende Mitgliedsbeiträge veranschlagt.

Paragraph 1201 Zahlungen an die BIG**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz über die Errichtung einer Bundesimmobiliengesellschaft (BIG-Gesetz), BGBl. Nr. 419/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/1997.

Anlagen

Bei diesem Voranschlagsansatz ist für die Zahlung der von nicht im Rahmen der Mieten verrechenbaren Betriebsausstattung vorgesorgt.

Aufwendungen

Hier sind sämtliche Zahlungsverpflichtungen gegenüber der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) gemäß BIG-Gesetz veranschlagt.

Paragraph 1202 BM f. Unterr. u. kult. Angel.-Schulraum (zweckgeb. Gebarung)**Gesetzliche Grundlage**

Schulorganisationsgesetz-Novelle 1997, BGBl. Nr. 330/1996.

Aufwendungen

Bei Schulraumüberlassungen gemäß §128a Schulorganisationsgesetz ist im Rahmen der zweckgebundenen Gebarung auch der anteilige Mietenaufwand an Drittnutzer zu verrechnen, wenn beim entsprechenden Objekt die Mieten bei der Schulraumbeschaffung verausgabt werden.

Paragraph 1203 Schulen in BIG-Gebäuden (zweckgeb. Gebarung)**Gesetzliche Grundlage**

Schulorganisationsgesetz-Novelle 1997, BGBl. Nr. 330/1996.

Aufwendungen

Bei Schulraumüberlassungen gemäß §128a Schulorganisationsgesetz ist im Rahmen der zweckgebundenen Gebarung auch der anteilige Mietenaufwand an Drittnutzer zu verrechnen, wenn beim entsprechenden Objekt die Mieten bei Zahlungen an die BIG verausgabt werden.

Titel 122 Bundesministerium; Zweckaufwand**Aufgaben**

Dieser Zweckaufwand umfaßt vor allem den gesamten Förderungsbereich für die allgemein-pädagogischen Erfordernisse, für die Erwachsenenbildung, für das allgemeinbildende Schulwesen, für das berufsbildende Schulwesen, für die Lehrer- und Erzieherbildung, für die bibliothekarischen Einrichtungen und für den Denkmalfonds.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1996	1 283,3	5,8
1997	1 234,7	1,9
1998	1 363,9	51,9

Paragraph 1220 Allgemein-pädagogische Erfordernisse**Gesetzliche Grundlagen**

Schülerbeihilfengesetz, BGBl. Nr. 455/1983, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 34/1997;

Studienförderungsgesetz, BGBl. Nr. 305/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 377/1996;

Land- und forstwirtschaftliches Privatschulgesetz, BGBl. Nr. 318/1975.

Anlagen

Hier ist vor allem für Einrichtungserfordernisse für das Zentrum für Schulentwicklung sowie für Software vorgesorgt.

Förderungen

Förderungszuwendungen für Publikationen, für die Österreichische Länderbühne und andere Schultheater, den Buchklub der Jugend, das Museum Arbeitswelt in Steyr, das Österreichische Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum, für Maßnahmen der Umweltbildung, der Kulturvermittlung, der Kulturkontakte (Bildungskoooperation) sowie für sonstige Unternehmungen und gemeinnützige Einrichtungen ermöglichen pädagogische Vorhaben, die vom Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten nicht selbst durchgeführt werden können.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier werden die Ausgaben für Schülerbeihilfen, Studienförderungen, die laufenden Transferzahlungen an die Länder für konfessionelle und sonstige private land- und forstwirtschaftliche Berufs- und Fachschulen sowie Beträge für Gutachterkommissionen veranschlagt.

Aufwendungen

Die veranschlagten Beträge dienen zum Ausbau der Schul- und Unterrichtsversuche zur Neugestaltung der Schule, zur politischen Bildung und staatsbürgerlichen Erziehung, dem Ausbau der Schülervertretung, zur Erprobung neuer Modelle der Führung von Schulbüchereien, für Maßnahmen der Umwelterziehung, für die Beteiligung an EU-Projekten, zur Abdeckung erhöhter Aufwendungen auf Grund der EU-Präsidentschaft Österreichs, für EU-Informationen der Schulen, für den Österreichischen Akademischen Austauschdienst, für Projekte der autonomen Entwicklung von Schulkultur, zur sportlichen Ertüchtigung der Schuljugend bei Schulwettkämpfen und für den internationalen Lehraustausch.

Kapitel 12 — Titel 122

41

Obwohl durch das Studienförderungsgesetz und das Schülerbeihilfengesetz bestimmten Gruppen von Studierenden und Schülern Anspruch auf eine Beihilfe des Bundes eingeräumt wird, sind zusätzliche Unterstützungen für Härtefälle und zur Förderung besonderer Studienleistungen vorgesehen. Neben Unterstützungen aller Schüler an Übungsschulen an Pädagogischen Akademien und an mittleren und höheren Schulen für die Teilnahme an Schulveranstaltungen sind auch Leistungsstipendien nach dem Studienförderungsgesetz für Studierende an Sozialakademien und Fahrtkostenzuschüsse für Studienbeihilfenbezieher veranschlagt.

Paragraph 1221 Erwachsenenbildung**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz, BGBl. Nr. 171/1973, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 286/1990.

Förderungen

Weiterführung und Ausbau des kooperativen Systems der Erwachsenenbildung. Darüber hinaus sind folgende Schwerpunkte zur weiteren Strukturverbesserung der Erwachsenenbildung vorgesehen:

- Ausbau des zweiten Bildungsweges insb. Entwicklung von Selbststudienmaterialien und Fremdsprachenlernen
- Aufbau einer österreichweiten Internet-Datenbank für die Bildungsinformation
- Zweckgebundene Personalsubventionen als notwendige Voraussetzung für eine gezielte Ausweitung der Bildungsangebote mit entsprechender Planung und Betreuung durch hauptberufliches pädagogisches Personal
- regionale Bildungsarbeit
- gezielte Förderung innovativer Bildungsangebote
- Förderung im Zusammenhang mit EU-Bildungsprogrammen usw.

Paragraph 1225 Allgemeinbildendes Schulwesen**Förderungen**

Dieser Voranschlagsansatz umfaßt den gesamten Förderungsbereich des allgemeinbildenden Schulwesens.

Veranschlagt sind vor allem Beträge für die Anschaffung von Lehrmitteln und Einrichtungsgegenständen an Privatschulen sowie für deren Ausbau und Modernisierung, insbesondere auch für die Ausstattung mit Unterrichtscomputern und für Refundierungen. Weiters dienen die veranschlagten Beträge der Förderung und Unterstützung von privaten Konvikten, Internaten und Schülerheimen.

Darüber hinaus sind die Bundeszuschüsse für die Internationale Schule Wien, die Österreichischen Waldorfschulen sowie verschiedene Baukostenzuschüsse veranschlagt.

Paragraph 1226 Berufsbildendes Schulwesen**Förderungen**

Dieser Voranschlagsansatz umfaßt den Förderungsbereich des berufsbildenden Schulwesens.

Hier sind vor allem Förderungszuwendungen an private Schulerhalter und gemeinnützige Einrichtungen vorgesehen.

Paragraph 1227 Lehrer- und Erzieherbildung**Förderungen**

Die Zuwendungen für die Studentenvertretung dienen der Förderung der pädagogischen, sozialen, kulturellen und sportlichen Aktivitäten der Studierenden an privaten Pädagogischen und Religionspädagogischen Akademien.

Die privaten Pädagogischen Akademien und die Privat-Bildungsanstalten erhalten Zuschüsse zur lehrplanmäßigen Ausstattung der Unterrichtsräume auf Grund der 7. SchOG-Novelle.

Jährlicher Beitrag an den Kulturfonds des Europarates für insgesamt 50 Reisestipendien zur Lehrerfortbildung in Österreich für Lehrer aus Mitgliedsstaaten des Europarates.

Paragraph 1228 Bibliothekarische Einrichtungen**Förderungen**

Dieser Voranschlagsansatz beinhaltet Förderungen für Einrichtungen der Informationsvermittlung der Kooperation zwischen bibliothekarischen und kulturellen Einrichtungen und der Kulturinformation.

42

Kapitel 12 — Titel 124**Paragraph 1229 Denkmalfonds (zweckgeb. Gebarung)****Förderungen**

Dieser Voranschlagsansatz wurde durch die Novelle 1990 zum DMSG erforderlich. Die Fondsmittel sollen unter anderem durch Spenden aufgebracht werden.

Titel 124 Nachgeordnete Dienststellen**Organisation**

Zu den nachgeordneten Dienststellen gehören die Hofmusikkapelle, Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen, die sonstigen Einrichtungen für Jugenderziehung, die bundesstaatlichen Einrichtungen der Erwachsenenbildung, weiters die Museen, die Nationalbibliothek und Phonothek sowie das Bundesdenkmalamt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1996	717,9	1 101,7	1 819,6	194,3
1997	703,3	1 083,9	1 787,2	192,1
1998	761,8	1 218,6	1 980,3	193,2

Paragraph 1240 Hofmusikkapelle**Aufgaben**

Weiterführung des klassischen Kirchengesanges aus der Zeit vor dem zweiten vatikanischen Konzil mit den Wiener Sängerknaben, den Mitgliedern des Wiener Staatsopernorchesters und der Choralscola.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1996	9,6	6,9	16,5	4,8
1997	9,4	7,3	16,6	5,5
1998	10,0	7,6	17,5	5,5

Anlagen

Vorgesehen sind Ausgaben für notwendige Amts- und Einrichtungserfordernisse sowie Brandschutzmaßnahmen.

Aufwendungen

Hier sind Aufwendungen für den laufenden Betrieb, vor allem für Entgelte an Einzelpersonen (Pflichtdienste der Sängerknaben, Choralsänger, Gastsolisten und -dirigenten, Kosten für Die Durchführung der 500-Jahr-Feier), veranschlagt.

Paragraph 1241 Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen**Aufgaben**

Vorsorge für 4 Bundesheime und 8 Bundesspielplätze, für die Belange der Leibeserziehung sowie für die Durchführung und Beschickung von Schulsportveranstaltungen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1996	22,6	20,6	43,2	22,7
1997	22,5	22,7	45,2	23,3
1998	23,3	21,5	44,9	23,3

Anlagen

Hier wird für die Einrichtungserfordernisse und den Neubau bzw. Ausbau der Sportanlagen vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Ausgaben für öffentliche Abgaben veranschlagt.

Kapitel 12 — Titel 124

43

Aufwendungen

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand dienen diese Ausgaben zur Bedeckung der Verpflegsausgaben, zur Erhaltung und Instandsetzung der Spielplätze und Einrichtungen sowie zur Anschaffung von Sportgeräten.

Außerdem sind hier die Ausgaben für die Durchführung von Schulsport-Koordinationstagungen und für Schulsportveranstaltungen veranschlagt.

Paragraph 1242 Sonstige Einrichtungen für Jugenderziehung**Aufgaben**

Durchführung von staatsbürgerlichen Erziehungsaktionen und internationalen Jugendaktionen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1996	14,2	60,8	75,0	59,8
1997	13,7	57,6	71,2	53,0
1998	14,7	59,8	74,5	53,5

Anlagen

Hier wird für die weitere Einrichtung und Instandhaltung der beiden Jugendhäuser Wien/Hirschengasse vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Veranschlagt sind vor allem Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen.

Aufwendungen

Die Budgetmittel zur Durchführung der staatsbürgerlichen Erziehungsaktion „Österreichs Jugend lernt ihre Bundeshauptstadt kennen“, bei der im Schuljahr 1995/96 1438 Gruppen mit 34569 Schülern und Jugendlichen die Bundeshauptstadt besuchten, bzw. der internationalen Jugendaktion „Europas Jugend lernt Wien kennen“, wo im Schuljahr 1995/96 264 Gruppen mit 3471 Teilnehmern betreut wurden, werden hier veranschlagt.

Paragraph 1243 Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung**Gesetzliche Grundlage**

BGBl. Nr. 171/1973, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 286/1990.

Aufgaben

Aus diesen Mitteln werden der laufende Betrieb der Förderungsstellen des Bundes für Erwachsenenbildung und des Bundesinstitutes für Erwachsenenbildung St. Wolfgang, die Aus- und Weiterbildung von Erwachsenenbildnern, der Auf- und Ausbau der Bildungsinformations- und -beratungsstellen für Erwachsene an den Förderungsstellen finanziert.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1996	41,3	48,0	89,3	10,3
1997	41,3	35,4	76,6	10,4
1998	42,7	36,2	78,9	10,5

Anlagen

Hier wird für notwendige Einrichtungserfordernisse, technische Anlagen und Geräte in den Förderungsstellen und im Bundesinstitut für Erwachsenenbildung St. Wolfgang vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes sowie Beträge für die Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwendungen

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand werden zentrale Veranstaltungen und Veranstaltungen des Bundesinstitutes für Erwachsenenbildung St. Wolfgang finanziert. Weiters dienen diese Mittel zur Einrichtung von Bildungsinformations- und Bildungsberatungsstellen für Erwachsene. Auch die Kosten für die Wanderbüchereien und für diverse Publikationen („Erwachsenenbildung in Österreich — Ein Überblick“, etc.) werden aus diesem Voranschlagsansatz bestritten.

Paragrafhe 1244 und 1245 Museen

Gesetzliche Grundlagen

Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 49/1997;

Bundesgesetz zur Errichtung einer Museumsquartier-, Errichtungs- und Betriebsgesellschaft, BGBl. Nr. 372/1990, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 252/1993;

Bundesgesetz betreffend die Finanzierung des Erwerbs der „Sammlung Leopold“, BGBl. Nr. 621/1994.

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten obliegen die obersten Verwaltungsaufgaben für die dem Ministerium unterstehenden Bundesmuseen.

Weiters wird für die Bezüge der Bediensteten des Österreichischen Museums für Volkskunde sowie für die des Leiters des Ethnographischen Museums in Kittsee vorgesorgt.

Zahlungen für die Stiftung Ludwig, Stiftung Leopold und die Ersätze für das Museumsquartier sind ebenfalls aus den Museumskrediten zu bedecken.

Die Aufgaben der Bundesmuseen umfassen insbesondere den planmäßigen Aufbau und die Anlage neuer Sammlungen, die Prüfung von Sammlungen auf ihren Erhaltungszustand sowie ihre Restaurierung und Sicherung, ferner die Darbietung ausgewählter Objekte für Schausammlungen und Ausstellungen.

Das Museumssanierungsprogramm auf Grund der Ministerratsbeschlüsse 1987 und 1990 („Museumsmilliarde“) wird fortgesetzt. Demnach werden schwerpunktmäßig jene Investitionen getätigt, die einer Anhebung des Standards zur Benutzerfreundlichkeit in den Bundesmuseen dienen. Die veranschlagten Mittel sind vor allem für das Technische Museum, für die Graphische Sammlung Albertina und das Museum für Völkerkunde vorgesehen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1996	400,5	583,4	983,9	66,1
1997	393,0	618,8	1 011,8	70,9
1998	420,0	746,8	1 166,9	71,0

Anlagen

Die Investitionen im Zusammenhang mit den baulichen Generalsanierungsmaßnahmen erfolgen dem Baufortschritt entsprechend. Schwerpunkt ist die Neueinrichtung der Schausammlungen des Technischen Museums.

Förderungen

Für die gemäß BGBl. Nr. 621/1994 vorgesehene Finanzierung des Erwerbs der „Sammlung Leopold“ wurden 79 Millionen Schilling veranschlagt.

Aus den Förderungsbeträgen werden Museen, die nicht vom Bund erhalten werden, wie Heimat- und Vereinsmuseen, unterstützt. Bei diesem Voranschlagsansatz sind auch die Bundesbeiträge für die Freilichtmuseen, für Internationale Großausstellungen sowie der Aufwand für den Betrieb des Österreichischen Museums für Volkskunde veranschlagt.

Kapitel 12 — Titel 124

45

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Ausgaben für öffentliche Abgaben und die Kommunalsteuer veranschlagt.

Aufwendungen

Dieser Voranschlagsansatz dient zur Bedeckung der fixen Betriebsaufwendungen für zehn Bundesmuseen sowie zur Finanzierung der nichtständigen Ausstellungen, wie zB Schrift und Zeichen, 250 Jahre Sammlungen des Naturhistorischen Museums, Raphael und seine Schule, Carl Moll, Siegfried Anzinger, Per Kirkeby, Star Trak. Weiters sind die Kosten des wissenschaftlichen Betriebs und die Feldforschung unter diesem Voranschlagsansatz zu bedecken. Außerdem sind hier die Beträge für die Stiftung Ludwig, den Betriebsaufwand Stiftung Leopold und die Ersätze für das Museumsquartier budgetiert.

Paragraph 1245 Museen (zweckgeb. Gebarung)

Bei diesem Paragraph ist auch der Anteil des zwischen den Museen und dem Bundesdenkmalamt aufzuteilenden 15%igen Bundesanteils aus dem Kunstförderungsbeitrag veranschlagt.

Paragraphen 1246 und 1249 Nationalbibliothek und Phonothek**Gesetzliche Grundlagen**

Forschungsorganisationsgesetz — FOG, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 49/1997.

Aufgaben

Der Österreichischen Nationalbibliothek obliegen die Beschaffung, Aufschließung und Bereitstellung der österreichischen sowie auf Österreich bezogene Literatur und sonstigen Informationsträger und Kulturgüter, der österreichischen Phonothek die Sammlung und Erschließung von Tonträgern.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1996	131,6	97,3	228,9	5,2
1997	130,5	96,1	226,6	5,9
1998	140,6	97,9	238,5	5,9

Anlagen

Hier sind vor allem die Ausgaben für die notwendigen Amts- und Einrichtungserfordernisse sowie für Spezialeinrichtungen vorgesehen, insbesondere der Auf- und Ausbau der EDV-Infrastruktur.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Ausgaben für öffentliche Abgaben veranschlagt.

Aufwendungen

Dieser Voranschlagsansatz dient zur Bedeckung der fixen Betriebsaufwendungen für die Österreichische Nationalbibliothek und die Österreichische Phonothek, insbesondere auch der Beschaffung von Druckwerken und Tonträgern.

Paragraphen 1247 und 1248 Bundesdenkmalamt**Gesetzliche Grundlagen**

Bundesgesetz vom 25. September 1923, BGBl. Nr. 533, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 473/1990 (Denkmalschutzgesetz, DMSG);

Bundesgesetz vom 5. Dezember 1918, StGBI. Nr. 90, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 605/1987 (Ausfuhrverbot für Kulturgut, AusfVKG).

Aufgaben

Das Bundesdenkmalamt hat die Aufgabe, neben dem Denkmalschutz auch Maßnahmen der Denkmalpflege im ganzen Bundesgebiet wahrzunehmen. Dazu gehört auch die wissenschaftliche Erfassung und Erforschung des gesamten unbeweglichen und beweglichen Denkmalbestandes.

46

Kapitel 12 — Titel 126

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1996	98,0	284,7	382,8	25,4
1997	93,0	246,1	339,1	23,1
1998	110,5	248,7	359,2	23,6

Anlagen

Hier sind vor allem die Ausgaben für die notwendigen Amts- und Einrichtungserfordernisse sowie für Spezialeinrichtungen vorgesehen. Besonders zu erwähnen ist der Auf- und Ausbau der ADV-Einrichtungen.

Förderungen

Mit diesen Förderungsmitteln trägt der Bund dazu bei, daß die nicht im Bundeseigentum stehenden Denkmale (Objekte von künstlerischer, geschichtlicher oder sonstiger kultureller Bedeutung, als auch technische, volkskundliche und archäologische Denkmale) vor dem Verfall bewahrt werden. Auch sollten Härten, die durch Maßnahmen des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege entstehen, gemildert werden. Eine ausdrückliche gesetzliche Ermächtigung befindet sich (durch die Novelle BGBl. Nr. 473/1990 erweitert) im § 5 Abs. 7 DMSG. Diese Bestimmung sieht auch ausdrücklich Zinsezuschüsse vor.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Veranschlagung ua. auf Grund der Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten, BGBl. Nr. 58/1964.

Aufwendungen

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand sind vor allem Aufwendungen für Versuchs- und Restaurierungsarbeiten, wissenschaftliche Forschungsarbeiten und für die Drucklegung von Publikationen veranschlagt. Das Bundesdenkmalamt ist auf Grund der Bestimmungen des 11 Abs. 7 DMSG ab 1. Jänner 1991 zur Anlage einer zentralen Kartei der Denkmalfunde sowie zur jährlichen Herausgabe einer umfassenden wissenschaftlichen Dokumentation über die Funde verpflichtet. Es handelt sich um die einzige ganz Österreich umfassende diesbezügliche Dokumentation.

Auch Ausgaben für die Restaurierung bundeseigener Kunstdenkmale sind hier vorgesehen.

Darüber hinaus ist das Bundesdenkmalamt in zunehmendem Ausmaß gezwungen, archäologische Forschungs- und vor allem Rettungsausgrabungen durchzuführen bzw. durchführen zu lassen.

Im Hinblick auf die Bestimmungen des Ausfuhrverbotsgesetzes für Kulturgut (AusfVKG) ist für die Beziehung von Konsulenten finanziell vorzusorgen.

Das gleiche gilt für Maßnahmen auf Grund der EU-Richtlinie 93/7 über die Rückgabe von unrechtmäßig ausgeführtem Kulturgut.

Paragraph 1248 Bundesdenkmalamt (zweckgeb. Gebarung)

Hier sind jene Beträge veranschlagt, die — zweckgebunden — als Spenden an das Bundesdenkmalamt bezahlt wurden. Bei diesem Paragraph ist auch der Anteil des zwischen den Museen und dem Bundesdenkmalamt aufzuteilenden 15%igen Bundesanteiles aus dem Kunstförderungsbeitrag veranschlagt. Auch für die im Rahmen der Bestimmungen des 10 AusfVKG notwendig werdenden Ausgaben bei der Rückführung widerrechtlich ausgeführten Kulturguts wurde vorgesorgt.

Paragraph 1249 Nationalbibliothek (zweckgeb. Gebarung)**Gesetzliche Grundlagen**

Forschungsorganisationsgesetz — FOG, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 49/1997.

Titel 126 Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene**Aufgaben**

Dem Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten obliegen die obersten Verwaltungsaufgaben für die nachgeordneten Dienststellen auf Landesebene, das sind die Schulaufsichtsbehörden einschließlich der schulpsychologischen Beratungsstellen.

Kapitel 12 — Titel 126

47

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1996	698,6	221,1	919,6	180,2
1997	671,2	234,6	905,8	189,3
1998	724,8	237,4	962,3	190,5

Paragraph 1260 Schulaufsichtsbehörden**Gesetzliche Grundlagen**

Bundes-Schulaufsichtsgesetz, BGBl. Nr. 240/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 321/1975;
Schulorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 242/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 766/1996;
Schulunterrichtsgesetz, BGBl. Nr. 472/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 767/1996.

Aufgaben

In Unterordnung unter das Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten üben in den Bundesländern die Landesschulräte und in den politischen Bezirken die Bezirksschulräte die Schulverwaltung und Schulaufsicht aus. Im Rahmen der Landesschulräte und Bezirksschulräte sind nach Art. 81 a Abs. 3 lit. a des Bundes-Verfassungsgesetzes Kollegien einzurichten. Soweit dies Landesgesetze vorsehen, besorgen die Landesschulräte und Bezirksschulräte auch Agenden der Landesverwaltung gegen Ersatz des Behördenaufwandes (§ 20 Abs. 3 B-SchAufsG).

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1996	613,9	200,8	814,7	164,7
1997	590,5	213,2	803,7	169,3
1998	637,2	215,3	852,5	170,4

Anlagen

Veranschlagt sind Ausgaben für den Ersatz von bzw. für die Ergänzungsankäufe bei Büromaschinen, maschinellen Anlagen, Telefonanlagen und Einrichtungen. Weiters sind Ausgaben für die Fortführung des Ausstattungsprogrammes für die Landesschulräte (SSR für Wien) mit Verwaltungscomputern und deren Vernetzung in Zusammenarbeit mit dem Bundesrechenzentrum vorgesehen. Neu- bzw. Ersatzanschaffungen von Einrichtungsgegenständen für die Landesschulräte/Stadtschulrat für Wien und Bezirksschulräte.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Veranschlagt sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindevorrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben und Beträge für die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes, für Inspektoren der Religionsgesellschaften sowie Beträge für die Prüfungskommissionen.

Aufwendungen

Hier sind die für den administrativen Betrieb erforderlichen Mittel veranschlagt.

Paragraph 1261 Schulpsychologie — Bildungsberatung**Aufgaben**

Die Schulpsychologie-Bildungsberatung umfaßt neben der psychologischen Untersuchung, Beratung, Förderung, Betreuung und Behandlung auch die Erstellung von Informationen zur Schullaufbahnorientierung, die Erarbeitung von pädagogisch-psychologischen Grundlagen und Anwendungsformen und anderen wissenschaftlichen Projekten, sowie die Betreuung (Ausbildungskonzept, Supervision, Mitwirkung bei Fragen der Aus- und Weiterbildung) von Schülerberater(inne)n.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1996	84,7	20,2	104,9	15,4
1997	80,7	21,4	102,1	20,0
1998	87,7	22,1	109,8	20,1

Anlagen

Hier ist für die notwendige Ausstattung der schulpsychologischen Beratungsstellen mit Einrichtungsgegenständen und Büromaschinen vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Veranschlagt sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindevorrichtungen und -anlagen, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes sowie Beträge für die Prüfungskommissionen.

Aufwendungen

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand sind Beträge für das Informationsmaterial für alle Schüler(innen), Schülerberater(innen) und für die schulpsychologische Arbeit sowie die Veröffentlichung wissenschaftlicher Arbeiten in den „Impulsen der Schulpsychologie — Bildungsberatung“ Lehrerhandreichungen (Reihe „psychologie konkret“) und der Herausgabe von schulpsychologischen Elternbroschüren veranschlagt.

Titel 127 Allgemeinbildende Schulen**Gesetzliche Grundlagen**

Schulorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 242/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 766/1996;
 Religionsunterrichtsgesetz, BGBl. Nr. 190/1949, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 256/1993;
 Bundesgesetz über die Abgeltung von Prüfungstätigkeiten, BGBl. Nr. 314/1976, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 35/1997;
 Privatschulgesetz, BGBl. Nr. 244/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 448/1994;
 Unterrichtspraktikumsgesetz — UPG, BGBl. Nr. 145/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996.

Aufgaben

Bei diesem Titel sind die Kosten für den Betrieb der allgemeinbildenden höheren Schulen, der Höheren Internatsschulen des Bundes, des Bundes-Blindenerziehungsinstitutes und des Bundesinstitutes für Gehörlosenbildung, der allgemeinbildenden Pflichtschulen und der Bundesschülerheime (Allgemeinbildende) präliminiert. Siehe auch Übersicht am Ende der Erläuterungen zu Kapitel 12.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling		Schilling	
1996	11 250,2	33 146,2	44 396,3	121,8
1997	11 204,1	33 117,3	44 321,4	129,4
1998	11 556,3	33 864,8	45 421,1	140,2

Gemäß der Novelle zum Schulorganisationsgesetz 1962, BGBl. Nr. 330/1996, sind die LeiterInnen von Schulen oder Schülerheimen ermächtigt, Einnahmen aus der Überlassung oder Nutzung von Schuleinrichtungen durch Dritte oder aus sonstigen Maßnahmen vereinnahmte Drittmittel speziell (zweckgebunden) für die Bedeckung der aus der Fremdnutzung entstandenen Mehrausgaben bzw. für Anschaffungen, Instandhaltungen oder zur Finanzierung sonstiger Schulveranstaltungen zu verwenden.

Für die Verrechnung dieser zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben sind im Bundesvoranschlag folgende Paragraphen vorgesehen:

Bereich	Paragraph
Allgemeinbildende höhere Schulen	1272
Höhere Internatsschulen des Bundes	1273
Bundes-Blindenerziehungsinstitut und Bundesinstitut für Gehörlosenbildung	1277
Bundesschülerheime (Allgemeinbildende)	1278

Paragraphen 1270 und 1272 Allgemeinbildende höhere Schulen**Aufgaben**

Öffentliche allgemeinbildende höhere Schulen im Sinne des § 14 Abs. 6 B-VG sind die vom Bund erhaltenen Gymnasien, Wirtschaftskundlichen Realgymnasien, Aufbaugymnasien und -realgymnasien, Oberstufengymnasien und -realgymnasien, Realgymnasien und Wirtschaftskundliche Realgymnasien für Berufstätige.

Ganztägige Schulformen sind Einrichtungen an allgemeinbildenden höheren Schulen, die dazu bestimmt sind, Schüler auch neben einem Unterrichtsteil zu beaufsichtigen und zu betreuen.

Kapitel 12 — Titel 127

49

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1996	10828,7	1085,3	11 914,0	47,1
1997	10780,8	1093,1	11 873,9	58,7
1998	11 125,1	1 139,7	12 264,9	67,9

Anlagen

An vielen allgemeinbildenden höheren Schulen des Bundes besteht die Notwendigkeit, einzelne Räume oder Raumgruppen neu einzurichten oder Einrichtungsgegenstände zu erneuern. Auch Lehrmittel sind neu anzuschaffen bzw. zu erneuern. Insbesondere ist für die Anschaffung von Einrichtungsgegenständen und Lehrmitteln für die Neubauten der allgemeinbildenden höheren Schulen des Bundes in den einzelnen Bundesländern vorzusorgen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes (zB für dienstzugeteilte Landeslehrer) sowie für Lehrer gemäß § 19 (3) bis (5) des Privatschulgesetzes (Vergütungslehrer) präliminiert, auch Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer, die Ausbildungsbeiträge für Unterrichtspraktikanten, für Austauschlehrer und Austauschassistenten sowie die Ausgaben für die Prüfungskommissionen sind hier veranschlagt. Außerdem sind hier Leistungen nach § 58 B-KUVG und § 130 ASVG präliminiert.

Aufwendungen

Vor allem wird hier der gesamte Unterrichts- und Betriebsaufwand der allgemeinbildenden höheren Schulen veranschlagt. Weitere finanzielle Aufwendungen des Bundes sind für die Durchführung von Schulveranstaltungen für die Schüler der allgemeinbildenden höheren Schulen vorgesehen. Schließlich werden hier verschiedene Kosten aller im Ausland tätigen Lehrer verrechnet.

Paragrafen 1271 und 1273 Höhere Internatsschulen des Bundes**Aufgaben**

Höhere Internatsschulen des Bundes sind allgemeinbildende höhere Schulen, die mit einem Schülerheim derart organisch verbunden sind, daß die Schüler nach einem einheitlichen Erziehungsplan Unterricht, Erziehung und Betreuung, ferner Unterkunft und Verpflegung erhalten.

Sie bieten ein erweitertes Bildungs- und differenziertes Freizeitangebot.

Im Schuljahr 1995/96 werden 4 Anstalten mit 98 (Stand 1996) Klassen geführt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1996	256,5	37,6	294,0	43,6
1997	256,5	39,4	295,9	40,3
1998	262,9	40,8	303,6	40,5

Anlagen

Hier ist für die Anschaffung von Amts- und Einrichtungserfordernissen und für die Ausstattung der Lehrmittelsammlungen vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes, Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer, die Ausbildungsbeiträge für Unterrichtspraktikanten, die Aufwendungen des Bundes für Austauschlehrer und Austauschassistenten und die Ausgaben für die Prüfungskommissionen präliminiert.

Aufwendungen

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand werden hier vor allem Aufwendungen für Betriebs- und Verpflegsausgaben veranschlagt.

50

Kapitel 12 — Titel 127**Paragrafen 1274 und 1277 Bundes-Blindenerziehungsinstitut und Bundesinstitut für Gehörlosenbildung****Aufgaben**

Das „Bundes-Blindenerziehungsinstitut“ und das „Bundesinstitut für Gehörlosenbildung“ sind die Erziehungs-, Unterrichts- und Berufsbildungseinrichtungen des Bundes an den Sonderschulen für blinde und gehörlose Kinder in Wien.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1996	96,7	21,7	118,4	6,1
1997	95,3	24,4	119,7	3,6
1998	98,7	24,9	123,6	4,9

Anlagen

Hier wird für die notwendigen Einrichtungserfordernisse und Lehrmittel für beide Schulen und Internate sowie für Berufsbildungseinrichtungen, die Lehrmittelzentrale, Blindendruckerei und Leihbücherei vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes, Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer und die Ausgaben für die Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwendungen

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand fallen insbesondere die Aufwendungen für Unterrichtserfordernisse, Betriebsmaterialien und Verpflegsausgaben an.

Paragrafen 1275 Allgemeinbildende Pflichtschulen**Allgemeines**

Nach § 3 des Finanzausgleichsgesetzes 1997, BGBl. Nr. 201/1996, ersetzt der Bund den Ländern von den Aktivitätsbezügen der Lehrer an öffentlichen allgemeinbildenden Pflichtschulen 100 vH.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1996	31 973,5	0,0
1997	31 932,9	0,0
1998	32 631,0	0,0

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Aufwendungen des Bundes für Lehrer gemäß § 19 (3) bis (5) Privatschulgesetz, die den Prüfungskommissionen für Externistenprüfungen zur Erwerbung eines Abschluszeugnisses einer allgemeinbildenden Pflichtschule zustehenden Prüfungsgebühren sowie die laufenden Transferzahlungen an die Länder veranschlagt.

Der in den Kostenersätzen an die Länder für Landeslehrer an Privatschulen enthaltene Aufwand wird voraussichtlich 935 Millionen Schilling betragen.

Aufwendungen

Hier sind ua. Beträge für die Fortbildung der Lehrer, für Schadensvergütungen, für die Sonderpädagogischen Zentren sowie für die Entschädigung von außerschulischen Begleitpersonen bei Schulveranstaltungen veranschlagt.

Paragrafen 1276 und 1278 Bundesschülerheime (Allgemeinbildende)**Aufgaben**

Bundesschülerheime (Bundeskonvikte) sind staatliche Schülerheime für Schüler und Schülerinnen, die zur Absolvierung ihres Studiums einer internatsmäßigen Unterbringung bedürfen.

Im Jahre 1995/96 stehen insgesamt 8 Bundesschülerheime (Bundeskonvikte) sowie zwei Bundestageschulheime in Betrieb, die alle zu allgemeinbildenden höheren Schulen in Verbindung stehen.

Kapitel 12 — Titel 128

51

	Personal- ausgaben	Sach- Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1996	68,4	28,0	96,4	25,0
1997	71,6	27,5	99,0	26,8
1998	69,6	28,4	98,0	27,0

Anlagen

Für Erneuerungen von Einrichtungserfordernissen wurde hier vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben und die Ausgaben für die Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwendungen

Die Aufwendungen umfassen den für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand, die erforderlichen Mittel für die Betriebsmaterialien und Verpflegungsausgaben sowie die Vorsorge für Tagungen und Veranstaltungen im Rahmen der Fortbildung der Erzieher und im Rahmen von besonderen Veranstaltungen.

Titel 128 Berufsbildende Schulen**Gesetzliche Grundlagen**

Schulorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 242/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 766/1996;

Religionsunterrichtsgesetz, BGBl. Nr. 190/1949, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 256/1993;

Bundesgesetz über die Abgeltung von Prüfungstätigkeiten, BGBl. Nr. 314/1976, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 35/1997;

Privatschulgesetz, BGBl. Nr. 244/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 448/1994;

Unterrichtspraktikumsgesetz — UPG, BGBl. Nr. 145/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996.

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten obliegen die obersten Verwaltungsaufgaben für die Berufsbildenden Schulen, das sind die technischen und gewerblichen Lehranstalten, die Sozialakademien, Lehranstalten für Tourismus, Sozialberufe und wirtschaftliche Berufe, die Handelsakademien und Handelsschulen, die Berufsbildenden Pflichtschulen und die Bundesschülerheime (Berufsbildende). Siehe auch Übersicht am Ende der Erläuterungen zu Kapitel 12.

Die berufsbildenden höheren Schulen haben die Aufgabe, den Schülern eine höhere allgemeine und fachliche Bildung zu vermitteln, die sie zur Ausübung eines gehobenen Berufes auf technischem, gewerblichem, kunstgewerblichem, kaufmännischem oder humanberuflichem Gebiet befähigt, und sie zugleich zur Hochschulreife zu führen.

Arten der berufsbildenden höheren Schulen

Berufsbildende höhere Schulen sind:

1. Höhere technische und gewerbliche (einschließlich kunstgewerbliche) Lehranstalten,
2. Handelsakademien,
3. Höhere Lehranstalten für Tourismus, wirtschaftliche Berufe sowie Mode- und Bekleidungstechnik,
4. Akademien für Sozialarbeit,
5. Sonderformen der in 1. bis 3. genannten Arten.

Die berufsbildenden mittleren Schulen haben die Aufgabe, den Schülern jenes fachliche grundlegende Wissen und Können zu vermitteln, das unmittelbar zur Ausübung eines Berufes auf gewerblichem, technischem, kunstgewerblichem, kaufmännischem oder humanberuflichem Gebiet befähigt. Zugleich haben sie die erworbene Allgemeinbildung in einer der künftigen Berufstätigkeit des Schülers angemessenen Weise zu erweitern und zu vertiefen.

Arten der berufsbildenden mittleren Schulen

Berufsbildende mittlere Schulen sind:

1. Gewerbliche, technische und kunstgewerbliche Fachschulen,
2. Handelsschulen,
3. Fachschulen für wirtschaftliche Berufe, Mode- und Bekleidungstechnik, Hotelfachschulen,

4. Fachschulen für Sozialberufe,
5. Sonderformen der in 1. bis 4. genannten Arten.

Berufsbildende mittlere Schulen können aus dem Grunde der fachlichen Zusammengehörigkeit berufsbildenden höheren Schulen eingegliedert werden.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1996	10 687,9	2 601,9	13 289,8	191,1
1997	10 772,4	2 651,6	13 424,0	192,8
1998	10 895,1	2 795,2	13 690,3	197,2

Gemäß der Novelle zum Schulorganisationsgesetz 1962, BGBl. Nr. 330/1996, sind die LeiterInnen von Schulen oder Schülerheimen ermächtigt, Einnahmen aus der Überlassung oder Nutzung von Schuleinrichtungen durch Dritte oder aus sonstigen Maßnahmen vereinnahmte Drittmittel speziell (zweckgebunden) für die Bedeckung der aus der Fremdnutzung entstandenen Mehrausgaben bzw. für Anschaffungen, Instandhaltungen oder zur Finanzierung sonstiger Schulveranstaltungen zu verwenden.

Für die Verrechnung dieser zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben sind im Bundesvoranschlag folgende Paragraphen vorgesehen:

Bereich	Paragraph
Technische und gewerbliche Lehranstalten	1283
Sozialakademien, LA f. Tourismus, Sozial- und wirtschaftliche Berufe.....	1284
Handelsakademien und Handelsschule.....	1287
Bundesschülerheime (Berufsbildende).....	1288

Paragrafen 1280 und 1283 Technische und gewerbliche Lehranstalten

Aufgaben

Hier wird der Aufwand für die mittleren und höheren technischen und gewerblichen Lehranstalten (einschließlich Sonderformen und Versuchsanstalten) veranschlagt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1996	4 580,7	563,2	5 143,9	76,4
1997	4 718,9	591,1	5 310,0	77,8
1998	4 553,9	654,7	5 208,6	79,7

Anlagen

Hier sind die Ausgaben für die Einrichtung und maschinelle Ausstattung der Schulen sowie die Ausstattung mit Hard- und Software vorgesehen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes (zB für dienstzugehörige Landeslehrer) sowie für Lehrer gemäß § 19 (3) bis (5) des Privatschulgesetzes (Vergütungslehrer) präliminiert, auch Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer, die Ausbildungsbeiträge für Unterrichtspraktikanten, Austauschlehrer und Austauschassistenten sowie die Ausgaben für die Prüfungskommissionen sind hier veranschlagt.

Aufwendungen

Die Aufwendungen umfassen die Ausgaben für den Betriebsaufwand der Lehr- und Versuchsanstalten, für Bildungszulagen und für Schulveranstaltungen.

Paragrafen 1281 und 1284 Sozialakademien, Lehranstalten für Tourismus, Sozial- u. wirtschaftliche Berufe

Aufgaben

Hier ist die Gebarung für die Akademien für Sozialarbeit, für die höheren und mittleren Lehranstalten für wirtschaftliche Berufe, Tourismus und Mode und Bekleidungstechnik sowie für die Fachschulen für Sozialberufe veranschlagt.

Kapitel 12 — Titel 128

53

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1996	2 895,5	438,6	3 334,2	56,0
1997	2 868,2	441,5	3 309,7	60,4
1998	3 037,7	470,0	3 507,7	61,0

Anlagen

Die Mittel dienen der Einrichtung und maschinellen Ausstattung sowie der Modernisierung der Anstalten.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes (zB für dienstzugeteilte Landeslehrer) sowie für Lehrer gemäß § 19 (3) bis (5) des Privatschulgesetzes (Vergütungslehrer) präliminiert, auch Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer, die Ausbildungsbeiträge für Unterrichtspraktikanten, für Austauschlehrer und Austauschassistenten, Entschädigungen für Lehrbeauftragte und Gastvortragende sowie die Ausgaben für die Prüfungskommissionen sind hier veranschlagt.

Aufwendungen

Darunter fallen die Ausgaben für die Betriebsführung der Lehranstalten, insbesondere die Erfordernisse für den theoretischen und praktischen Unterricht, für die Bildungszulagen und Schulveranstaltungen.

Paragrafhe 1282 und 1287 Handelsakademien und Handelsschulen**Aufgaben**

Hier wird der Aufwand für die mittleren und höheren kaufmännischen Lehranstalten (Handelsakademien und Handelsschulen) und deren Sonderformen veranschlagt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1996	3 154,0	297,9	3 451,8	4,5
1997	3 126,6	300,9	3 427,5	2,1
1998	3 244,5	326,0	3 570,6	4,0

Anlagen

Die Mittel dienen der Einrichtung und Ausstattung der Schulen und der laufenden Erhöhung und Verbesserung des technologischen Standards.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes (zB für dienstzugeteilte Landeslehrer) sowie für Lehrer gemäß § 19 (3) bis (5) des Privatschulgesetzes (Vergütungslehrer) präliminiert, auch Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer, die Ausbildungsbeiträge für Unterrichtspraktikanten, für Austauschlehrer und Austauschassistenten sowie die Ausgaben für die Prüfungskommissionen sind hier veranschlagt.

Aufwendungen

Dazu zählen die Ausgaben für die Betriebsführung der Lehranstalten, insbesondere die Erfordernisse für den theoretischen und praktischen Unterricht, für die Bildungszulagen und Schulveranstaltungen.

Paragrafhe 1285 Berufsbildende Pflichtschulen**Aufgaben**

Die Berufsschule hat die Aufgabe, in einem berufsbegleitenden fachlich einschlägigen Unterricht den berufsschulpflichtigen Personen die grundlegenden theoretischen Kenntnisse zu vermitteln, ihre betriebliche Ausbildung zu fördern und zu ergänzen sowie ihre Allgemeinbildung zu erweitern.

Die Schüler sind im betriebswirtschaftlichen und fachtheoretischen Unterricht durch die Einrichtung von Leistungsgruppen zu fördern, sofern hierfür eigene Schülergruppen gemäß den auf Grund des § 8a Abs. 3 SchOG erlassenen Ausführungsgesetzen einzurichten sind.

Die Personalausgaben einschließlich Reise- und Übersiedlungsgebühren sowie der Bildungszulagen der Landeslehrer werden auf Grund von Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes 1997, BGBl. Nr. 201/1996, im Budget der Länder bei den Personalausgaben veranschlagt und vom Bund an die Länder mit 50% ersetzt.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1996	1 265,2	—
1997	1 279,4	0,0
1998	1 302,7	0,0

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die den Mitgliedern der Prüfungskommissionen zustehenden Prüfungsgebühren sowie die laufenden Transferzahlungen an die Länder veranschlagt.

Aufwendungen

Darunter fallen vor allem Ausgaben für Schulversuche und Lehrplanarbeiten.

Paragraf 1286 und 1288 Bundesschülerheime (Berufsbildende)

Aufgaben

Bundesschülerheime sind staatliche Internate für Schüler und Schülerinnen, die zur Absolvierung ihres Studiums einer internatsmäßigen Unterbringung bedürfen.

Hier wird der Aufwand für die früher als Bundeskonvikte der berufsbildenden Schulen bezeichneten Heime, für die Internate der Lehranstalten für wirtschaftliche Berufe und der Lehranstalten für Tourismus sowie für das Schülerheim der höheren technischen Bundeslehranstalt, Bundeshandelsakademie und Bundeshandelschule Wien 3 veranschlagt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1996	57,7	37,0	94,7	54,2
1997	58,7	38,8	97,5	52,5
1998	59,0	41,7	100,7	52,5

Anlagen

Bei den Anlagen wird für die Einrichtung und die Erneuerung der Ausstattung an berufsbildenden Bundesschülerheimen vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind vor allem die öffentlichen Abgaben und die Gebühren für die Benützung von Gemeindevorrichtungen veranschlagt.

Aufwendungen

Dazu zählen insbesondere die Ausgaben für geringwertige Wirtschaftsgüter, die Lebensmittel, die Energie und den übrigen Betriebsaufwand der berufsbildenden Bundesschülerheime.

Titel 129 Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung

Gesetzliche Grundlagen

Schulorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 242/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 766/1996;
 Religionsunterrichtsgesetz, BGBl. Nr. 190/1949, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 256/1993;
 Bundesgesetz über die Abgeltung von Prüfungstätigkeiten, BGBl. Nr. 314/1976, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 35/1997;
 Privatschulgesetz, BGBl. Nr. 244/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 448/1994;
 Unterrichtspraktikumsgesetz — UPG, BGBl. Nr. 145/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996;

Bundesgesetz über die Abgeltung von bestimmten Unterrichts- und Erziehungstätigkeiten, BGBl. Nr. 656/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 325/1993;

Bundesgesetz vom 6. Feber 1974 über Schulen zur Ausbildung von Leibeserziehern und Sportlehrern, BGBl. Nr. 140/1974, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 770/1996.

Kapitel 12 — Titel 129

55

Aufgaben

Im Bereich der Pädagogischen Akademien werden Volksschullehrer, Hauptschullehrer, Sonderschullehrer und Lehrer für Polytechnische Lehrgänge herangebildet. Den Pädagogischen Akademien sind Übungsvolks- und Übungshauptschulen eingegliedert. Ferner können die Pädagogischen Akademien entsprechend den unterrichtlichen Erfordernissen pädagogische Tatsachenforschung betreiben.

Bundesanstalten für Leibeserziehung.

Die Pädagogischen Institute dienen der Fortbildung der Lehrer, der Vorbereitung für zusätzliche Befähigungen und der pädagogischen Tatsachenforschung. Siehe auch Übersicht am Ende der Erläuterungen zu Kapitel 12.

Organisation

Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung:

- 8 Pädagogische Akademien des Bundes mit Übungsschulen
- 6 private Pädagogische Akademien mit Übungsschulen
- 6 Religionspädagogische Akademien der Diözesen
- 1 Evang. Religionspädagogische Akademie der Evangelischen Kirche A. u. H.B. in Österreich
- 4 Berufspädagogische Akademien des Bundes
- 8 Pädagogische Institute des Bundes
- 3 Pädagogische Institute der Länder
- 9 Religionspädagogische Institute der Diözesen
- 1 Religionspädagogisches Institut der Evangelischen Kirche A. und H.B.
- 16 Bundes-Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik
- 14 Privat-Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik
- 1 Bundes-Bildungsanstalt für Sozialpädagogik
- 1 Bundesinstitut für Sozialpädagogik
- 4 Privat-Bildungsanstalten für Sozialpädagogik
- 4 Bundesanstalten für Leibeserziehung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1996	1 657,0	570,5	2 227,5	15,9
1997	1 656,3	600,0	2 256,3	14,2
1998	1 687,6	604,3	2 291,9	15,3

Gemäß der Novelle zum Schulorganisationsgesetz 1962, BGBl. Nr. 330/1996, sind die LeiterInnen von Schulen oder Schülerheimen ermächtigt, Einnahmen aus der Überlassung oder Nutzung von Schuleinrichtungen durch Dritte oder aus sonstigen Maßnahmen vereinnahmte Drittmittel speziell (zweckgebunden) für die Bedeckung der aus der Fremdnutzung entstandenen Mehrausgaben bzw. für Anschaffungen, Instandhaltungen oder zur Finanzierung sonstiger Schulveranstaltungen zu verwenden.

Die gesetzliche Grundlage hinsichtlich der Gebarung betreffend den VA-Paragraph 1298 ist das BGBl. Nr. 770/1996.

Für die Verrechnung dieser zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben sind im Bundesvoranschlag folgende Paragraphen vorgesehen:

Bereich	Paragraph
Pädagogische Akademien.....	1295
Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik.....	1296
Berufspädagogische Akademien	1297
Bundesanstalten für Leibeserziehung.....	1298
Pädagogische Institute.....	1299

Paragrafen 1290 und 1295 Pädagogische Akademien**Aufgaben**

Die Pädagogischen Akademien haben gemäß dem Schulorganisationsgesetz die Aufgabe, aufbauend auf dem Bildungsgut einer höheren Schule in sechs Semestern Volksschullehrer, Hauptschullehrer, Sonderschullehrer und Lehrer für Polytechnische Lehrgänge heranzubilden. Sie führen

außerdem Studienberechtigungsprüfungen durch und unterstützen die Lehrer bei der Erweiterung ihrer Ausbildung (Weiterbildung).

Auch die Personalausgaben für die Religionspädagogischen Akademien sind bei diesem Paragraphen veranschlagt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1996	884,2	212,1	1 096,3	6,1
1997	899,5	229,9	1 129,4	4,0
1998	888,5	218,7	1 107,2	4,8

Anlagen

Zur Erfüllung der Lehrplananforderungen erforderliche Ergänzungsanschaffungen von Lehrmitteln vor allem im naturwissenschaftlichen Bereich sowie im Medienbereich,

- Weitere Etappe der Neuausstattung der Pädagogischen Akademie des Bundes in Vorarlberg im Zuge des Zu- und Umbaues,
- Ergänzung bzw. Austausch von Unterrichtscomputern an den Pädagogischen Akademien und Übungshauptschulen,
- Neuausstattung des Turnsaalbereiches der Übungsschulen (Europaschule Linz) der Pädagogischen Akademie des Bundes in OÖ im Zuge der Generalsanierung.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes (zB für dienstzugeteilte Landeslehrer) sowie für Lehrer gemäß § 19 (3) bis (5) des Privatschulgesetzes (Vergütungslehrer) präliminiert. Weiters sind hier Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer, für Austauschlehrer und Austauschassistenten, Entschädigungen für Lehrbeauftragte und Ausgaben für die Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwendungen

Der Aufwand für die Verwaltung und den Studienbetrieb der Pädagogischen Akademien und der Übungsschulen sowie die Ausgaben der Kuratorien sind hier erfaßt. Weiters wurde für die Studienbibliotheken, die der Lehreraus- und -fortbildung zu dienen haben und für die Bildungszulagen vorgesorgt. Ferner sind hier die Erfordernisse für die pädagogische Tatsachenforschung veranschlagt. Außerdem ist für den Aufwand der Stiftung „Pädagogische Akademie Burgenland“ vorgesorgt.

Weiters sind die Betriebs- und Wartungskosten für das Bibliotheksorganisationssystem (BIBOS) zu bestreiten.

Für die Unterstützung des Bildungswesens in Ost- und Südosteuropa (Studentenaustausch an Pädagogischen Akademien) wurde vorgesorgt.

Paragraf 1291 und 1296 Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik

Aufgaben

Die Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik und die Bildungsanstalten für Sozialpädagogik sind höhere Schulen und haben die Aufgabe, die Schüler im Anschluß an die 8. Schulstufe in fünfjähriger Ausbildung bzw. Maturanten oder Absolventen der Studienberechtigungsprüfung in viersemestrigem Kollegs (für Berufstätige bis zu 6 Semestern) für die Erfüllung der Erziehungs- und Bildungsaufgaben in den Kindergärten bzw. zu Erziehern heranzubilden.

Die fünfjährige Ausbildung schließt mit der Reife- und Diplomprüfung ab, die Kollegs schließen mit der Diplomprüfung ab. In speziellen Lehrgängen (4 bis 6 Semester) werden auch Sonderkindergärtner(innen) bzw. Sondererzieher(innen) ausgebildet.

Gemäß SchOG ist jeder Bildungsanstalt ein Übungskindergarten bzw. Übungshort einzuzugleichen; darüber hinaus sind Besuchskindergärten bzw. -horte vorzusehen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1996	552,9	105,1	658,0	9,2
1997	534,9	106,7	641,6	9,0
1998	575,6	120,7	696,3	9,3

Kapitel 12 — Titel 129

57

Anlagen

Schwerpunkte sind die Einrichtung des Neubaus des Bundesinstituts für Sozialpädagogik in Baden, der neuen Bundes-Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik in 1080 Wien sowie des renovierten Übungskinder Gartens an der Bundes-Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik in Klagenfurt. Die anderen Bildungsanstalten sind entsprechend den Lehrplananforderungen mit Lehrmitteln, Medien, Musikinstrumenten und Computern auszustatten (steigende Schülerzahlen).

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes (zB für dienstzugehörige Landeslehrer) und für Lehrer gemäß § 19 (3) bis (5) des Privatschulgesetzes (Vergütungslehrer), sowie Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer, die Ausbildungsbeiträge für Unterrichtspraktikanten, die Ausgaben für die Prüfungskommissionen und die Entschädigungen gemäß Lehrbeauftragtengesetz (BGBl. Nr. 656/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 325/1993) präliminiert.

Aufwendungen

Bei den Aufwendungen für Bildungsanstalten ist für die Erfordernisse der Ausbildung, insbesondere für Schulveranstaltungen, Fortbildung, Anmietungen, Betriebskosten, Instandhaltungen und für die Mehrausgaben auf Grund steigender Schülerzahlen sowie für geringwertige Wirtschaftsgüter im Rahmen der Neueinrichtungen vorzusorgen. Gemäß Vertrag des Bundes mit der Stadt Wien vom 30. August 1984 sind für die Privatschulen der Stadt Wien Vergütungen in Höhe von insgesamt 22,5 Millionen Schilling (Stand 1997) zu entrichten.

Paragrafhe 1292 und 1297 Berufspädagogische Akademien**Aufgaben**

An den Berufspädagogischen Akademien werden aufbauend auf dem Bildungsgut einer höheren Schule, einer Meisterausbildung oder gleichwertigen Befähigung Berufsschullehrer für den ernährungswissenschaftlichen und haushaltsökonomischen oder technisch- bzw. gewerblichen Fachunterricht an berufsbildenden mittleren und höheren Schulen sowie Lehrer für Textverarbeitung herangebildet, die nach Berufsgesinnung, Berufswissen und Berufskönnen geeignet sind, die Aufgaben des betreffenden Lehrberufes zu erfüllen. Ferner können die Berufspädagogischen Akademien entsprechend den unterrichtlichen Erfordernissen berufspädagogische Tatsachenforschung betreiben.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe Millionen Schilling	Ein- nahmen
1996	64,7	19,2	83,9	0,4
1997	68,8	21,2	90,0	0,4
1998	65,3	20,3	85,6	0,4

Anlagen

Ankauf von Unterrichtscomputern, Software, Lehrmittel- und Medienausstattung für die Berufspädagogischen Akademien des Bundes.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes, für Austauschlehrer und Austauschassistenten, die Entschädigungen für Lehrbeauftragte sowie die Abgeltungen für Vorbereitungslehrgänge für die Erweiterungsprüfungen und die den Mitgliedern der Prüfungskommissionen zustehenden Prüfungsgebühren veranschlagt.

Aufwendungen

Darunter fallen neben dem für den Studienbetrieb und für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand Kosten für diverse Service- und Reparaturarbeiten, Wartungsverträge sowie die notwendigen Ausgaben für die Betriebsprüfung.

58

Kapitel 12 — Titel 129**Paragrafhe 1293 und 1298 Bundesanstalten für Leibeserziehung****Aufgaben**

Ausbildung von Leibeserzieher und Sportlehrer.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1996	36,6	33,4	70,0	0,2
1997	36,0	34,2	70,2	0,5
1998	37,0	36,5	73,5	0,6

Anlagen

Hier sind die Ausgaben für die notwendigsten Amts- und Einrichtungserfordernisse veranschlagt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer, die Entschädigungen für die Lehrbeauftragten und die Ausgaben für die Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwendungen

Darunter fallen neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand ua. die Aufwendungen für Unterrichtserfordernisse, Tagungen und Ausbildungsaktionen sowie der notwendige Aufwand für die Betriebsführung der Anlagen.

Paragrafhe 1294 und 1299 Pädagogische Institute**Aufgaben**

Die Pädagogischen Institute dienen gemäß § 125 SchOG, BGBl. Nr. 242/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 766/1996, der Fortbildung der im Dienst stehenden Lehrer, wobei auch die Vorbereitung auf und Prüfung für zusätzliche Befähigungen erfolgen kann. Außerdem können die Institute Absolventen/innen der Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik oder für Sozialpädagogik fortbilden. Weiters gehört die pädagogische Tatsachenforschung zur Aufgabe der Pädagogischen Institute.

Die Pädagogischen Institute sind zumeist in vier Abteilungen gegliedert:

1. Abteilung für Lehrer an allgemeinbildenden Pflichtschulen,
2. Abteilung für Lehrer an Berufsschulen,
3. Abteilung für Lehrer an allgemeinbildenden höheren Schulen (die auch der Fortbildung der Lehrer an Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik und Bildungsanstalten für Sozialpädagogik dient) und
4. Abteilung für Lehrer an berufsbildenden Schulen (ausgenommen für Berufsschullehrer).

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1996	118,5	200,7	319,2	0,1
1997	117,2	208,0	325,1	0,3
1998	121,1	208,1	329,2	0,2

Anlagen

Die Pädagogischen Institute werden mit ADV-Geräten und diverser Software für die Verwaltung und für die Lehrerfortbildung ausgestattet. Für Ersatzanschaffungen ist vorzusehen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes (zB für dienstzugeteilte Landeslehrer) sowie für Lehrer gemäß § 19 (3) bis (5) des Privatschulgesetzes (Vergütungslehrer) präliminiert. Weiters werden Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer gemäß Religionsunterrichtsgesetz, Entschädigungen für Lehrbeauftragte und Ausgaben für die Prüfungskommissionen veranschlagt.

Kapitel 12 — Titel 129

59

Aufwendungen

Der Aufwand für die Verwaltung und für die Fortbildungsveranstaltungen der Pädagogischen Institute des Bundes sowie für die Prüfungskommissionen für das Lehramt an Hauptschulen, Sonderschulen und Polytechnischen Lehrgängen in allen Bundesländern wird hier erfaßt. Ferner sind hier die Erfordernisse für die pädagogische Tatsachenforschung veranschlagt.

Auf Grund der 7. SchOG-Novelle sind für die Pädagogischen Institute der Länder die vertraglich vereinbarten Refundierungen veranschlagt.

Öffentliche Schulen (Stand 1997)

Schulformen	Schuljahr	Schulen	Klassen (Jahrgänge)	Schüler
Allgemeinbildende Pflichtschulen	1994/95	4 912	33 182	660 928
	1995/96	4 912	33 003	659 128
	1996/97	4 895	32 875	657 372
	1997/98 *)	4 895	32 800	656 800
Allgemeinbildende höhere Schulen	1994/95	249	6 087	151 114
	1995/96	249	6 161	154 849
	1996/97	249	6 302	156 613
	1997/98 *)	249	6 320	157 100
Berufsbildende Pflichtschulen	1994/95	214	5 626	132 814
	1995/96	205	5 439	127 944
	1996/97 *)	205	5 400	126 800
	1997/98 *)	205	5 350	125 500
Berufsbildende mittlere Schulen	1994/95	329	1 837	39 553
	1995/96	325	1 786	40 002
	1996/97	324	1 752	40 592
	1997/98 *)	324	1 760	41 000
Berufsbildende höhere Schulen	1994/95	219	4 000	91 685
	1995/96	219	3 987	96 212
	1996/97	220	4 015	100 424
	1997/98 *)	220	4 050	103 000
Berufsbildende Akademien (Akademien für Sozialarbeit)	1994/95	2	15	547
	1995/96	2	14	593
	1996/97	2	14	615
	1997/98 *)	2	14	600
Lehrerbildende mittlere und höhere Schulen	1994/95	20	370	8 597
	1995/96	20	364	8 972
	1996/97	20	354	8 955
	1997/98 *)	20	350	8 900
Lehrerbildende Akademien	1994/95	13	—**)	5 464
	1995/96	13	—**)	5 516
	1996/97	13	—**)	5 125
	1997/98 *)	13	—**)	5 100

*) Vorläufige Schätzung.

***) Keine Vergleichsbasis, da nur nach Semestern geführt.

Kapitel 13 Kunst

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundeskanzleramtes gemäß dem Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 21/1997, soweit Angelegenheiten der Kultur- und Kunstförderung betroffen sind, sowie aus dem Kunstförderungsgesetz, BGBl. Nr. 146/1988.

Gesetzliche Grundlage

Privatwirtschaftsverwaltung (Art. 17 Bundesverfassungsgesetz) in der Fassung des Art. 17 a Grundrechtskatalog des Staatsgrundgesetzes.

Gesamtgebarung

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1996	1 134,3	0,1
1997	1 150,0	0,2
1998	1 150,0	0,2

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Paragraph 1300 Bildende Künste und Ausstellungen

Aufgaben

Förderung der bildenden Künste und des Ausstellungswesens in Österreich und im Ausland. Kunstankauf im Bereich der zeitgenössischen Kunst sowie Durchführung von Kulturabkommen und Bundesausstellungen im Bereich der bildenden Kunst.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1996	91,2	—
1997	91,2	0,0
1998	91,2	0,0

Anlagen

Hier sind die Kosten für Kunstankäufe und Einrichtungserfordernisse für die Bundesateliers und Stipendiatenwohnungen im Ausland veranschlagt.

Förderungen

An Förderungsmaßnahmen sind ua. vorgesehen:

Druckkosten für Kataloge, Vergabe von Stipendien (Arbeits-, Projekt-, Reise- und Staatsstipendien) und Preisen (Förderungs-, Würdigungs- und Staatspreise), Förderung von Architektur & Design sowie Mode. Ateliersgründungszuschüsse, kommerzielle Galerieförderung und Investitionszuschüsse. Beiträge für die Jahrestätigkeit von Institutionen der bildenen Kunst.

Aufwendungen

Hier sind die Ausgaben für Bundesausstellungen, Beträge für Verwaltung und Instandhaltung der im Eigentum des Bundes stehenden Kunstwerke und Bundesateliers im In- und Ausland sowie Mieten für Stipendiatenwohnungen, Bundesateliers und Beiratsaufwendungen für Kunstjurien veranschlagt.

Paragraph 1301 Musik und darstellende Kunst

Aufgaben

Förderung der Musik und darstellenden Kunst, Kunstschulen sowie Festspiele.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1996	499,7	—
1997	500,0	0,0
1998	500,0	0,0

Kapitel 13

61

Förderungen

An Förderungen sind ua. vorgesehen:

Zuschüsse für Theater und Musikvereinigungen, für Kompositionsaufträge, an sonstige gemeinnützige Einrichtungen, Kunstschulen sowie für Festwochen und Festspiele in Wien und in den Bundesländern, Stipendien und Preise, Reise- und Tourneezuschüsse, Förderungen von Konzertveranstaltern und Investitionszuschüsse.

Aufwendungen

Bundesbeitrag zum Salzburger Festspielfonds. Gemäß BGBl. Nr. 147/1950 ist der Bund verpflichtet 40 vH des Abganges der Festspiele zu übernehmen.

Ehrengaben, Beiratsaufwendungen für Bühnen- und Musikbeirat.

Paragraph 1302 Literatur**Aufgaben**

Förderung der Literatur und Jugendliteratur.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Schilling
1996	198,0	0,0
1997	198,0	0,0
1998	198,0	0,0

Anlagen

Ausgaben für die Literaturwohnung in Rom sowie für weitere Stipendiatenwohnungen im Ausland.

Förderungen

An Förderungsmaßnahmen sind ua. vorgesehen:

Bei der Literatur: Stipendien (Nachwuchs, Dramatiker, Staats-, Robert Musil-, Projekt- und Arbeitsstipendien), Preise, Übersetzerzuschüsse, Verlagsförderung (Druckkosten- und Sachbuchförderung).

Bei der Jugendliteratur: Stipendien (Nachwuchs, Projekt- und Übersetzerstipendien), Prämien, Druckkosten, Verlagsförderung, Investitionszuschüsse und Preise. Projekte der Kunstkuratoren für Bildende Künste und Ausstellungen sowie für Musik und darstellende Kunst.

Aufwendungen

Ehrengaben, Beiratsaufwendungen für Literatur- und der Jugendschriftenkommission, Mieten für Stipendiatenwohnungen, Werkverträge für die Kunstkuratoren.

Paragraph 1303 Kunstförderungsbeiträge (zweckgeb. Gebarung)**Gesetzliche Grundlage**

Kunstförderungsbeitragsgesetz, BGBl. Nr. 573/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 765/1992.

Aufbringung der Einnahmen

Der Kunstförderungsbeitrag ist eine jährliche Abgabe in Höhe von 55 Schilling, die von jedem angemeldetem Rundfunkteilnehmer eingehoben und beim VA-Ansatz 2/52180 verrechnet wird.

Diese Einnahmen werden nach Verminderung um die Einhebungsvergütung der Post (4 vH) zwischen dem Bund und den Ländern im Verhältnis 70 : 30 und der Bundesanteil zwischen dem ho. Ressort und dem BMUKA im Verhältnis 85 : 15 aufgeteilt und für Zwecke der Kunstförderung verwendet.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Schilling
1996	71,4	0,1
1997	80,0	0,0
1998	80,0	0,0

Anlagen

Kunst- und Fotoankäufe.

62

Kapitel 13**Förderungen (D)**

Darlehen.

Förderungen

Zur Beratung des Bundeskanzlers bzw. des Staatssekretärs für Kunst, Sport und Europaangelegenheiten und des Bundesministers für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten über die Verwendung des Kunstförderungsbeitrages ist ein Beirat eingesetzt.

An Förderungen sind ua. vorgesehen:

Zuschüsse bzw. Investitionszuschüsse für die Bereiche Bildende Künste und Ausstellungen, Musik und darstellende Kunst, Literatur, Jugendliteratur, Foto- und Filmwesen und kultureller Auslandsangelegenheiten, der Kulturentwicklung.

Aufwendungen

Künstlerhilfen, sonstige Beihilfen, Karenzgeld für Künstlerinnen.

Paragraph 1304 Filmwesen**Aufgaben**

Förderung des Film- und Fotowesens und des Österreichischen Filminstituts gemäß Filmförderungsgesetz, BGBl. Nr. 557/1980, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 646/1994.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1996	176,3	0,1
1997	183,0	0,2
1998	183,0	0,2

Anlagen

Film- und Videoankäufe, Stipendiatenwohnungen im Ausland, Fotoatelier London.

Förderungen (D)

Vorgesehen sind Darlehen für die Weltorganisation zum Schutze geistigen Eigentums „WIPO“ (Internat. Filmtitelregister).

Förderungen

An Förderungen sind ua. vorgesehen:

Einzelförderungen (Stipendien, Drehbücher, Ausstellungskosten, Druckkosten), Preise, Förderung von Film- und fotokulturellen Einrichtungen (infrastrukturelle Maßnahmen, Investitionszuschüsse, Produktions- und Herstellungsförderung).

Aufwendungen

Ehrengaben, Ersätze für Filmarchivierung in Laxenburg, Film- und Fotowochen, Festivals im Ausland, Mitgliedsbeiträge EUROIMAGES, Beiratsaufwendungen für Film-, Video- und Fotojury.

Paragraph 1305 Künstlerhilfe**Gesetzliche Grundlage**

4. GSVG-Novelle, BGBl. Nr. 295/1960.

Aufgaben

Für die pflichtversicherten bildenden Künstler leistet der privatrechtliche Künstlerhilfefonds Zahlungen in der Höhe von 50% der dieser Gruppe von Pflichtversicherten vorgeschriebenen Beiträge auf Grund vertraglicher Verpflichtungen an die Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1996	40,0	—
1997	40,0	0,0
1998	40,0	0,0

Kapitel 13

63

Förderungen

Beiträge des Bundes, die den Künstlerhilfefonds in die Lage versetzen sollen, seine vertraglichen Verpflichtungen gegenüber der Sozialversicherungsanstalt der Gewerblichen Wirtschaft einzuhalten.

Paragraph 1306 Innerstaatliche Durchführung kultureller Auslandsangelegenheiten**Aufgaben**

Koordination der innerstaatlichen Durchführung der kulturellen Auslandsangelegenheiten und der Kulturabkommen sowie Organisation aller Auslandsangelegenheiten für die Sektion.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1996	6,6	—
1997	6,7	0,0
1998	6,7	0,0

Förderungen

Zuschüsse an Institutionen und Einzelpersonen, die kulturelle Aufgaben im internationalen Bereich zu erfüllen haben.

Aufwendungen

Erfüllung der Kulturabkommen, der Kulturübereinkommen, Zusammenarbeit im Europarat, Auszeichnungen und Berufstitel im künstlerischen Bereich.

Paragraph 1307 Kulturentwicklung — Kulturinitiativen; Öffentlichkeitsarbeit**Aufgaben**

Förderung von Modellen basisorientierter Kultur- und Zielgruppenarbeit, Dokumentation und wissenschaftliche Evaluation der Kulturarbeit sowie Öffentlichkeitsarbeit.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1996	51,0	—
1997	51,0	0,0
1998	51,0	0,0

Förderungen

Interdisziplinäre Kunst- und Kulturprojekte, Projekte für Minderheiten und Ausländer, Projekt- und Programmszuschüsse, Investitionszuschüsse, Trainer-Stipendien.

Aufwendungen

Projektstudien, Beiratsaufwendungen sowie EU-Untersuchungen.

Paragraph 1308 Zahlungen an die BIG**Aufgaben**

Hier werden die Zahlungen von Mietkosten für Ateliers sowie für Stipendiatenwohnungen vollzogen.

Aufwendungen

Falls Normmieten, Zuschlagsmieten, Mieterinvestitionen und Betriebskosten für die von BIG verwalteten und an Bundesdienststellen weitervermieteten Objekte anfallen, werden sie unter diesem VA-Ansatz verrechnet. Im BVA 1998 sind vorerst nur Erinnerungsposten vorgesehen.

Kapitel 14 Wissenschaft und Forschung

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Wissenschaft und Verkehr gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 21/1997, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt N, soweit Angelegenheiten der Wissenschaft und Forschung betroffen sind. Gebarungen, die dem Verkehrsbe- reich zuzuordnen sind, werden weiterhin unter Kap. 65 veranschlagt.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1996	11 765,1	15 392,3	27 157,4	966,9
1997	11 500,0	14 350,6	25 850,6	1 179,7
1998	12 541,1	15 313,1	27 854,2	924,0

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 140 Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr obliegen im Bereich Wissenschaft und Forschung die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes auf dem Gebiet der Koordination der Forschungsvorhaben des Bundes zur Wahrung der allen Verwaltungszweigen gemeinsamen Interessen auf diesem Gebiet sowie die Koordination der Planung des Einsatzes von Bundesmitteln zum Zweck der Forschung.

Angelegenheiten der Wissenschaften, insbesondere der wissenschaftlichen Forschung und Lehre.

Dazu gehören insbesondere auch:

Angelegenheiten der wissenschaftlichen und künstlerischen Hochschulen sowie anderer wissenschaftlicher Anstalten und Forschungseinrichtungen einschließlich der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, die Angelegenheiten der wissenschaftlichen Berufsvorbildung, Berufsausbildung und Berufsbildung, des wissenschaftlichen Bibliotheks-, Dokumentations- und Informationswesens, der studentischen Interessenvertretung und der Studienbeihilfen und Stipendien, die Förderung des Baues von Studentenheimen sowie die Angelegenheiten der wissenschaftlichen Sammlungen und Einrichtungen.

Angelegenheiten wissenschaftlichen Stiftungen und Fonds.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1996	234,6	1 194,9	1 429,5	19,9
1997	267,6	1 259,2	1 526,8	121,0
1998	299,1	1 983,2	2 282,3	121,2

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Personalausgaben ergibt sich unter anderem auf Grund der Besoldungsreform, die Erhöhung des Sachaufwandes vor allem durch vermehrte Zahlungen an die BIG (Normmieten, Zuschlagsmieten und den Betriebskosten).

Kapitel 14 — Titel 141

65

Paragraph 1400 Verwaltungsbereich Wissenschaft

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1996	234,6	135,2	369,8	19,9
1997	198,7	147,6	346,2	29,4
1998	231,5	148,4	379,9	29,5

Anlagen

Bei diesem Voranschlagsansatz ist vor allem für die Beschaffung der notwendigen Amtseinrichtung einschließlich moderner Büroautomation Vorsorge getroffen.

Förderungen

Die Förderungen betreffen vor allem Zuschüsse für wissenschaftliche Zeitschriften und allgemeine Kulturförderungen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Beiträge für Familien- und Geburtenbeihilfen sowie die Ausgaben für öffentliche Abgaben.

Aufwendungen

Hier wird für den Administrativaufwand der Zentraleitung vorgesorgt.

Paragraph 1401 Zahlungen an die BIG**Aufwendungen**

Bei diesem Voranschlagsansatz werden Zahlungen an die Bundesimmobiliengesellschaft getätigt (Normmieten, Zuschlagsmieten, Mieterinvestitionen und Betriebskosten).

	Sachausgaben Millionen Schilling
1996	1 059,7
1997	1 105,0
1998	1 828,1

Paragraph 1402 Amt des BFPZ Arsenal

Durch die Ausgliederung des BFPZ Arsenal werden hier die für die Bundesbediensteten erforderlichen Kommunalsteuerzahlungen wie auch die Ausgaben dieser Bundesbediensteten für Reisen (In- und Ausland) sowie die erforderlichen Fahrtkostenzuschüsse budgetiert [Das Bundesforschungs- und Prüfzentrum Arsenal (betr. ähnl. Einr.) war bis zum Jahre 1996 unter dem Paragraph 1426 veranschlagt].

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1997	68,9	6,7	75,6	91,7
1998	67,5	6,7	74,2	91,7

Titel 141 Bundesministerium (Zweckaufwand)**Aufgaben**

Dem Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes über Angelegenheiten der hochschulischen, wissenschaftlichen und bibliothekarischen Einrichtungen, Forschungsvorhaben der wissenschaftlichen und anwendungsorientierte Forschung, der Forschungseinrichtungen, der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und Forschungsinstitute, der Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation und der Forschungsunternehmungen.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen
1996	5 649,8	251,5
1997	5 810,5	251,2
1998	5 982,2	251,2

Unterschiede gegen Vorjahre

Das Mehrerfordernis resultiert im wesentlichen aus vermehrter Studienförderung und Förderung von Studentenheimen (IF) sowie der Sozialversicherung für Studierende. Weiters wurden die Ausgaben für die wissenschaftliche Forschung erhöht.

Paragraph 1410 Hochschulische Einrichtungen**Gesetzliche Grundlage**

Studienförderungsgesetz, BGBl. Nr. 305/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 98/1997.

Aufgaben

Neubau bzw. Renovierung von Studentenheimen, Zuschüsse an die Österreichische Hochschülerschaft, Studienförderung, Vorsorge für Wissenschaftler- und Studentenaustausch, internationale Abkommen.

Förderungen

Hervorzuheben ist die Förderung des Neubaus bzw. der Renovierung von Studentenheimen und die Förderung der Führung von Menschen, dadurch werden den Studenten kostengünstige Unterkunftsmöglichkeiten und Verpflegung geboten.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Bei diesem Voranschlagsansatz sind Mittel für die Studienförderung (Studienbeihilfen und Begabtenstipendien) der Studierenden an den Universitäten und an den Kunsthochschulen veranschlagt.

Aufwendungen

Vorsorge für Wissenschaftler- und Studentenaustausch auf Grund von Verpflichtungen aus internationalen Abkommen.

Durchführung von neu abgeschlossenen wissenschaftlich-technischen Abkommen, die vor allem die Gewährung von Forschungs- und Studienstipendien, die Organisation von Studienreisen, Kursen, Vorträgen, wissenschaftlich-technischen Kolloquien und Austausch von Dokumentations- und Filmmaterial vorsehen.

Stipendien an absolvierte Akademiker zur weiteren Ausbildung und ständige Unterstützungsaktionen.

Studienunterstützungen werden Studenten, die nach den Bestimmungen des Studienförderungsgesetzes einen gesetzlichen Anspruch nicht geltend machen können, gewährt.

Leistungen des Bundes an den Hauptverband der Sozialversicherungsträger als Beitrag zur Sozialversicherung der Studenten.

Außerdem ist die Jahresrate zur Errichtung des Universitätszentrums Althanstraße veranschlagt.

Paragraph 1411 Wissenschaftliche Einrichtungen**Aufgaben**

Beitragsleistungen für internationale Vereinigungen und Beihilfen für Zwecke der Wissenschaft.

Förderungen

Unter den Förderungen sind hauptsächlich Unterstützungen für wissenschaftliche Einrichtungen, die teils namentlich den in der Postbezeichnung genannten Institutionen, teils Subventionswerbern (ua. wissenschaftliche Vereine) oder Einzelvorhaben (Kongresse, Studienreisen, Druckkostenzuschüsse) zufließen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Beitragsleistungen sind vorgesehen für internationale Organisationen.

Aufwendungen

Veranschlagt sind Verpflichtungen aus internationalen Abkommen, Beihilfen für Zwecke der Wissenschaft und Beiträge für internationale Organisationen.

Paragraph 1412 Bibliothekarische Einrichtungen**Förderungen**

Hier sind Beträge für Einrichtungen im Interesse des gesamtösterreichischen Bibliothekswesens, für wissenschaftliche Einrichtungen für Zwecke der Literaturversorgung und für Dokumentationsaufgaben veranschlagt.

Kapitel 14 — Titel 141

67

Paragraph 1413 Forschungsvorhaben**Gesetzliche Grundlage**

Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 49/1997.

Förderungen

Unter diesem VA-Ansatz sind Förderungsmittel für die Einrichtung und Stärkung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen, welche angewandte Forschung und Entwicklung für die Wirtschaft und mit der Wirtschaft betreiben, veranschlagt.

Der VA-Ansatz ermöglicht die Abkoppelung der grundlagenorientierten Forschungsförderung und damit eine Verbesserung des Wissenstransfers durch Vernetzung bestehender Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen.

Aufwendungen

Durch die Mittel für Expertengutachten, die nur einen kleinen Teil des Voranschlagsansatzes betragen, sollen Fachexperten zur Erstellung forschungspolitischer Gutachten in interdisziplinärer Teamarbeit herangezogen werden.

Die Auftragsforschung sieht die Vergabe öffentlicher Aufträge zur Durchführung notwendiger Forschungsvorhaben für den Staat vor. Diese Aufträge sollen der Forschung, wo nötig, neue Impulse geben und eine enge Verbindung von Staat, Wissenschaft und Wirtschaft im Forschungsbereich bewirken. In den hochentwickelten Industriestaaten ist Auftragsforschung die wichtigste Form der Forschungsförderung.

Technologieschwerpunkte werden von der Bundesregierung für eine mehrjährige Periode, Forschungsschwerpunkte vom Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr festgelegt.

Die allgemeine Auftragsforschung dient ua. zur Vorbereitung neuer Schwerpunkte bzw. zur auslaufenden Finanzierung beendeter Schwerpunkte.

Paragraph 1414 Wissenschaftliche Forschung**Gesetzliche Grundlage**

Forschungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 434/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994.

Förderungen**Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung**

Aufgabe des „Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung“ ist die Förderung der Forschung, die der weiteren Entwicklung der Wissenschaft in Österreich dient und nicht auf Gewinn gerichtet ist. Dabei werden Forschungsvorhaben einzelner oder mehrerer natürlicher Personen durch Darlehen oder Beiträge des Fonds gefördert.

Dem Fonds werden im Jahre 1997 363,5 Millionen Schilling aus Bundesmitteln zufließen.

Hier sind auch die Erwin-Schrödinger-Auslandsstipendien, Lise-Meitner Stipendien sowie die Habilitationsstipendien veranschlagt. Diese Stipendien dienen der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Darüber hinaus werden dem FWF 66 Millionen Schilling für Spezialforschungsbereiche zur Verfügung gestellt. Diese Bereiche sind fächerübergreifende, langfristige Forschungsprogramme von österreichischen Forschungsstätten (Hochschulen, Kunsthochschulen oder gemeinnützigen außeruniversitären Forschungseinrichtungen).

Paragraph 1415 Anwendungsorientierte Forschung**Gesetzliche Grundlage**

Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 49/1997;

ESA: BGBl. Nr. 95/1987;

EUMETSAT: BGBl. Nr. 304/1994.

Förderungen

Bei diesem Voranschlagsansatz werden jene Ausgaben für Förderungen veranschlagt, die im Bereich der Technologiepolitik für die Förderung von Forschung und Entwicklung sowie für die Unterstützung des Technologie-Transfers von der Wissenschaft zur Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden. Weiters werden hier Ausgaben für die Stimulierung europäischer Forschungskooperation veranschlagt.

Aufwendungen (gesetzliche Verpflichtungen)

Dieser Voranschlagsansatz beinhaltet die österreichischen Mitgliedsbeitragsleistungen zu EUMETSAT (Übereinkommen über die Nutzung von Meteorologischen Satelliten) sowie jene Kosten, die sich aus der Mitgliedschaft bei der ESA (Europäische Weltraumorganisation) ergeben.

Aufwendungen

Die unter diesem Voranschlagsansatz veranschlagten Mittel dienen der internationalen wissenschaftlichen Kooperation in verschiedenen ESA-Programmen (die Finanzierung der ESA-Wahlprogramme erfolgt auf der Basis des § 3 Abs. 3 Z 3 ITF-Gesetz, BGBl. Nr. 603/1987). Im Bereich der Technologieoffensive werden Mittel für neue Impulssetzung zur Unterstützung von Unternehmen der österreichischen Wirtschaft vergeben.

Paragraph 1416 Forschungseinrichtungen**Gesetzliche Grundlage**

Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 49/1997.

Förderungen

In diesem Voranschlagsansatz sind ua. die Förderungsmittel für die Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft, das Österreichische Ost- und Südosteuropa-Institut, andere Ostforschungseinrichtungen, das Institut für Konfliktforschung, die Ministerratsprotokolle der Monarchie und der I. Republik, das Institut für Internationale Politik, das Österreichische Institut für Berufsbildungsforschung, die Österreichische Gesellschaft für historische Quellenstudien, das Institut für die Wissenschaften vom Menschen, die Studiengesellschaft für Kybernetik, das Internationale Forschungszentrum Kulturwissenschaften, das österr. Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung, das Erwin-Schrödinger-Institut für Mathematische Physik und Beträge für die Verleihung von Staatspreisen veranschlagt.

Aufwendungen

Das Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr hat nicht nur die Aufgabe, bestehende Forschungseinrichtungen sowie einzelne Forschungsvorhaben zu fördern, sondern vor allem auch zur Verstärkung der Effektivität des wissenschaftlichen Informationsflusses, zur Stärkung des Forschungsbewußtseins und zur Verbesserung des Forschungsmanagements beizutragen. Aus diesem Grund enthält dieser Voranschlagsansatz Posten für Vorträge, Seminare und Tagungen und Forschungspublikationen. Weiters sind die Sondervorhaben „Stiftung Dokumentationsarchiv“, IIASA-Stipendien sowie die START- und WITTGENSTEIN-Programme und der Bereich der bilateralen Wissenschaftsbeziehungen mit ostmitteleuropäischen Forschungseinrichtungen, im Rahmen von wissenschaftlich-technischen Abkommen die Entsendung österreichischer Experten in internationale Gremien, insbesondere im Rahmen der EU, in diesem VA-Ansatz zusammengefaßt.

Paragraph 1417 Österreichische Akademie der Wissenschaften und Forschungsinstitute**Gesetzliche Grundlage**

ÖAW-Gesetz, BGBl. Nr. 569/1921, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 115/1947.

Förderungen

Die Förderungen enthalten die für den ordentlichen Betrieb der Zentrale und der Institute erforderlichen Mittel, weiters Sondermittel für die Kommission „Wissenschaft und Technologie für die Entwicklung“ und die IIASA-Kommission, Mittel für die Technologiefolgeabschätzung sowie Mittel, mit denen gezielt die Infrastruktur der ÖAW im Hinblick auf die internationale Konkurrenzfähigkeit ausgebaut werden soll.

Weiters werden bei diesem Voranschlagsansatz die Ausgaben für APART/APART-DOC veranschlagt:

- APART (Austrian Programme for Advanced Research and Technology) dient der Förderung von „postdoktoraler Forschung auf allen Gebieten der Wissenschaft“ zur Wettbewerbsfähigkeit von österreichischen Wissenschaftlern in Europa. Die Doktorandenstipendien werden für alle Bereiche der Forschung an hochqualifizierte DissertantInnen vergeben.

Aufwendungen

In diesem Voranschlagsansatz sind zusammengefaßt: die innerösterreichischen Kosten bi- und multilateraler Projekte (Weltraumzusammenarbeit mit GUS, Man and Biosphere, Geophysik der Erdkruste, Geologisches Korrelationsprogramm, Hydrologie Österreichs, Natural Disaster Reduction

Kapitel 14 — Titel 142

69

Programme, Intern. Geosphere Biosphere Programme), die Kosten nationaler Programme (Weltraumforschung) sowie Beitragsleistungen zu internationalen Organisationen (Inst. Laue-Langewin, ELETTRA).

Weiters sind die Kosten aus der Mitgliedschaft zum IIASA (Internationales Institut für angewandte Systemanalyse), zur IFAC (International Federation of Automatic Control), zur IFSR (International Federation for Systems Research), der österreichische Beitrag zur Internationalen Universität und zum CISM (Centre International de Sciences Mécaniques = Internationales Zentrum für mechanische Wissenschaft) zusammengefaßt.

Paragraph 1418 Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation**Gesetzliche Grundlagen**

CERN: BGBl. Nr. 41/1960 zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 176/1971;

EKMB: BGBl. Nr. 273/1970;

EMBL: BGBl. Nr. 562/1975;

EZMW: BGBl. Nr. 29/1976;

WMO: BGBl. Nr. 64/1958.

Förderungen

Diese Mittel dienen zur Finanzierung nicht von der EU übernommener Kosten, insbesondere im Rahmen von Forschungsprogrammen, sowie von langfristigen Forschungsprogrammen int. Art, welche die Projektlaufzeit des FWF deutlich übersteigen und daher vom FWF nicht finanziert werden können.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Dieser Voranschlagsansatz beinhaltet die Österreichischen Mitgliedsbeitragsleistungen zur Europäischen Kernforschungsorganisation (CERN), zur Europäischen Molekularbiologiekonferenz (EKMB), dem Europäischen Laboratorium für Molekularbiologie (EMBL), zum Europäischen Zentrum für mittelfristige Wettervorhersage (EZMW) und zur Weltorganisation für Meteorologie (WMO).

Aufwendungen

Die unter diesem Voranschlagsansatz veranschlagten Mittel dienen der int. wissenschaftlichen Kooperation vorwiegend zwischen Österreich und der EU.

In diesem Ansatz werden schrittweise die sich aus der int. Einbindung ergebenden Kosten, nationaler und internationaler Art, veranschlagt.

Paragraph 1419 Forschungsunternehmungen**Förderungen**

Der Voranschlagsansatz enthält die Bundeszuschüsse an die Österreichische Gesellschaft für Weltraumfragen sowie an das Österreichische Forschungszentrum Seibersdorf Ges. m. b. H. (ÖFZS) (Vormals Österreichische Studiengesellschaft für Atomenergie Gesellschaft m. b. H. — ÖSGAE). Die Leistungen des Bundes ergeben sich aus dem jeweiligen Syndikatsabkommen. Ferner ist für das Technologietransferzentrum Leoben und für Technologieschwerpunkte vorgesorgt.

Aufwendungen

Dieser Titel beinhaltet die gemäß Bundesgesetz über das Österreichische Forschungs- und Prüfzentrum Arsenal Gesellschaft mit beschränkter Haftung, BGBl. I Nr. 15/1997, zu erwartenden Kosten für die Ausgliederung der betriebsähnlichen Einrichtung BFPZ Arsenal per 1. Jänner 1997 und Zusammenführung mit der Österr. Forschungszentrum Seibersdorf GesmbH. bis 31. Dezember 1998.

Titel 142 Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen**Aufgaben**

Dem Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr obliegen die obersten Verwaltungsaufgaben im Bereich der Universitäten, der Bibliotheken und der Wissenschaftlichen Anstalten.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1996	10 345,4	7 718,4	18 063,9	633,3
1997	10 137,5	6 284,5	16 422,0	612,3
1998	11 038,7	6 147,1	17 185,8	484,3

Paragraph 1420 Universitäten

Gesetzliche Grundlagen

Ausbildung zum Zahnarzt, BGBl. Nr. 381/1925 idF BGBl. Nr. 829/1995;

Universitäts-Organisationsgesetz (UOG), BGBl. Nr. 258/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 655/1996;

Bundesgesetz über die Organisation der Universitäten — UOG 1993, BGBl. Nr. 805/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 99/1997;

Universitäts-Studiengesetz (UniStG), BGBl. I Nr. 48/1997;

Linzer Hochschulfonds, BGBl. Nr. 189/1962;

Hochschultaxengesetz, BGBl. Nr. 76/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 505/1994;

Bundesgesetz über die Abgeltung von Lehr- und Prüfungstätigkeiten an Hochschulen, BGBl. Nr. 463/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996;

Krankenanstaltengesetz, BGBl. Nr. 1/1957, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 751/1996;

Studienförderungsgesetz, BGBl. Nr. 305/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 98/1997;

Bundesgesetz über sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Studienrichtungen, BGBl. Nr. 57/1983, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 525/1993;

Bundesgesetz über die Gründung der Hochschule für Bildungswissenschaften in Klagenfurt, BGBl. Nr. 48/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 803/1993;

Bundesgesetz über technische Studienrichtungen, BGBl. Nr. 373/1990, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 512/1995;

Bundesgesetz über montanistische Studienrichtungen, BGBl. Nr. 291/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 465/1974;

Bundesgesetz über Studienrichtungen der Bodenkultur, BGBl. Nr. 292/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 369/1991;

Bundesgesetz über katholisch-theologische Studienrichtungen, BGBl. Nr. 293/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 227/1988;

Bundesgesetz über Evangelisch-theologische Studienrichtungen, BGBl. Nr. 248/1993;

Bundesgesetz über geisteswissenschaftliche und naturwissenschaftliche Studienrichtungen, BGBl. Nr. 326/1971, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 819/1994;

Bundesgesetz über die Studienrichtung Medizin, BGBl. Nr. 123/1973, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 427/1988;

Bundesgesetz über die Studienrichtung Veterinärmedizin, BGBl. Nr. 346/1993;

Bundesgesetz über das Studium der Rechtswissenschaften, BGBl. Nr. 140/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 99/1990;

Bundesgesetz über die Errichtung des Universitätszentrums für Weiterbildung mit der Bezeichnung Donau-Universität Krems, BGBl. Nr. 269/1994;

Tierversuchsgesetz 1988, BGBl. Nr. 501/1989;

Strahlenschutzgesetz, BGBl. Nr. 227/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 657/1996;

Studienberechtigungsgesetz, BGBl. Nr. 292/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 620/1994.

Aufgaben

Die Universitäten sind berufen, der wissenschaftlichen Forschung und Lehre zu dienen und hierdurch auch verantwortlich zur Lösung der Probleme der menschlichen Gesellschaft sowie zur gedeihlichen Weiterentwicklung beizutragen.

Kapitel 14 — Titel 142

71

Die leitenden Grundsätze für die Tätigkeit der Universitäten sind: Die Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre, die Verbindung von Forschung und Lehre, die Vielfalt wissenschaftlicher Lehrmeinungen und Methoden, die Entwicklung der Wissenschaften, die Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses, die wissenschaftliche Berufsvorbildung, die Koordinierung der wissenschaftlichen Forschung und Lehre.

Organisation

Universität Wien, Universität Linz, Universität Salzburg, Universität Innsbruck, Universität Graz, Wirtschaftsuniversität Wien, Universität für Bodenkultur, Veterinärmedizinische Universität Wien, Technische Universität Wien, Technische Universität Graz, Montanuniversität Leoben und Universität Klagenfurt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1996	9 862,6	7 274,6	17 137,2	126,5
1997	9 668,7	5 851,1	15 519,8	91,7
1998	10 669,6	5 720,2	16 389,8	92,6

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Personalausgaben ist vor allem auf eine Aufstockung der Planstellen bei den Universitäten zurückzuführen. Eine weitere Änderung ergibt sich durch die Tatsache, daß die Abgeltung der Lehr- und Prüfungstätigkeiten von öffentlich-rechtlichen Bediensteten an Hochschulen auf Grund des Strukturanpassungsgesetzes 1996, BGBl. Nr. 201/1996, Artikel 90, nicht mehr bei den Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen), sondern bei den Personalausgaben veranschlagt und verrechnet wird (Umschichtung zu Lasten der Sachausgaben).

Anlagen

Hier sind die Investitionsausgaben für die Ersteinrichtungen der Universitätsneubauten veranschlagt. Außerdem muß die überaltete, apparative Laboreinrichtung an den Technischen Universitäten und Naturwissenschaftlichen sowie Medizinischen Fakultäten erneuert werden.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Bei diesen Gesetzlichen Verpflichtungen sind hauptsächlich die Ausgaben für die öffentlichen Abgaben, Remunerationen, Kollegengeldabgeltungen, Prüfungsentgelte für Lehrbeauftragte, Gastprofessoren und Gastvortragende sowie die Ausbildungskosten zum Facharzt für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde vorgesehen.

Aufwendungen

In diesem Bereich sind die laufenden Aufwendungen für den administrativen Betrieb der Universitäten veranschlagt. Zusätzliche Aufwendungen entstehen auch durch die Inbetriebnahme neuer Universitätsgebäude. Wichtige Schwerpunkte sind außerdem die laufenden Aufwendungen im Bereich der Forschung und Lehre. Darüber hinaus sind hier Beiträge für wissenschaftliche und sportliche Veranstaltungen, für sportliche Wettkämpfe, Exkursionen, Fernstudienprojekte und für Vorbereitungslehrgänge veranschlagt.

Einnahmen

Bei den Einnahmen handelt es sich vor allem um Kostenersätze für die Benützung von Bundeseinrichtungen sowie um Erlöse aus Vermietung und Verpachtung.

Paragraph 1421 Universitäten (zweckgebundene Gebarung)**Gesetzliche Grundlagen**

Hochschul-Taxengesetz 1972, BGBl. Nr. 76/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 505/1994, und Verordnung über die Nebentätigkeit der Hochschullehrer vom 18. April 1939, DRGBI. I, S 797;

72

Kapitel 14 — Titel 142

Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 49/1997;

Universitäts-Organisationsgesetz, BGBl. Nr. 258/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 655/1996;

Bundesgesetz über die Organisation der Universitäten — UOG 1993, BGBl. Nr. 805/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 99/1997.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1996	170,8	217,9	388,7	421,9
1997	262,9	255,0	517,9	517,9
1998	135,0	255,0	390,0	390,0

Anlagen

Hier sind die Ausgaben für die Einrichtung und apparative Ausstattung von Universitätsinstituten und Labors veranschlagt. Außerdem ist für den notwendigen Austausch von Kraftfahrzeugen vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Ausgaben für öffentliche Abgaben, die Abgeltung von Lehrtätigkeit und die Anteile der Universitätslehrkräfte an Taxen veranschlagt.

Aufwendungen

Neben den Aufwendungen für den administrativen Betrieb und den Unterrichts- und Forschungsbetrieb werden in diesem Bereich auch die Aufwendungen für die widmungsgemäße Verwendung der Erlöse aus den Universitäts-Taxen veranschlagt.

Einnahmen

Bei diesen Einnahmen, die zur Bedeckung der zweckgebundenen Ausgaben herangezogen werden, fallen vor allem Einnahmen auf Grund des Hochschultaxengesetzes und aus der Verordnung über die Nebentätigkeit der Hochschullehrer an.

Paragrafen 1422 und 1423 Bibliotheken (zweckgebundene Gebarung)**Gesetzliche Grundlagen**

Hochschul-Taxengesetz 1972, BGBl. Nr. 76/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 505/1994;

Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 49/1997.

Aufgaben

Den Bibliotheken des Österreichischen Archäologischen Institutes und des Institutes für österreichische Geschichtsforschung obliegt die Beschaffung, Aufschließung und Bereitstellung der auf die für sie jeweils relevanten Fakultäten und Institute bezogene Literatur und sonstige Informationsträger. Dem Arbeitskreis für Bibliotheksautomation obliegt die Planung, der Ausbau und der Betrieb des österreichischen Bibliothekenverbundes.

Organisation

Derzeit bestehen die Bundesstaatliche Studienbibliothek in Linz, die Bibliotheken des Österreichischen Archäologischen Institutes und des Institutes für österreichische Geschichtsforschung und der Arbeitskreis für Bibliotheksautomation.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1996	14,8	26,4	41,2	0,5
1997	15,5	40,3	55,8	0,4
1998	14,9	41,5	56,4	0,1

Anlagen

Die Ausgaben sind für die Amtseinrichtung, Einrichtungserfordernisse sowie für die ADV-Ausstattung des Arbeitskreises für Bibliotheksautomation sowie für die Ablöse des derzeitigen österreichischen Bibliotheksverbundes vorgesehen.

Kapitel 14 — Titel 142

73

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind vor allem die Ausgaben für öffentliche Abgaben veranschlagt.

Aufwendungen

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand sind hauptsächlich Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Betrieb des österreichischen Bibliothekenverbundes, Mittel für Zwecke der Auftragsforschung und der Informationsvermittlung sowie die Literaturkredite des österreichischen Archäologischen Instituts und des Instituts für österreichische Geschichtsforschung veranschlagt.

Zweckgebundene Gebarung

Auf Grund des Hochschul-Taxengesetzes und des Forschungsorganisationsgesetzes sind 1998 Einnahmen in Höhe von 0,307 Millionen Schilling zu erwarten, die zweckgebunden für die Anschaffung und den Betrieb verschiedener Einrichtungen verwendet werden.

Paragrafen 1424 und 1425 Wissenschaftliche Anstalten (zweckgebundene Gebarung)**Gesetzliche Grundlagen**

Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 49/1997;

Lagerstättengesetz, BGBl. Nr. 246/1947.

Organisation

Geologische Bundesanstalt, Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik, Österreichisches Archäologisches Institut, Institut für Österreichische Geschichtsforschung.

Aufgaben*Geologische Bundesanstalt*

Untersuchungen und Forschung in den Bereichen der Geowissenschaften und der Geotechnik sowie auf dem Gebiet der mineralischen Roh- und Grundstoffe, im besonderen die Durchforschung des Bundesgebietes nach nutzbaren Lagerstätten und Durchführung von geologischen Landesaufnahmen, Sammlung, Bearbeitung und Evidenzhaltung der Ergebnisse dieser Untersuchungen und Forschung sowie Information und Dokumentation über diese Bereiche. Ferner werden Arbeiten für Gebietskörperschaften und Arbeiten, die im öffentlichen Interesse gelegen sind, durchgeführt.

Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik

Kurz- und mittelfristige Wettervorhersage und die Verbreitung der Ergebnisse, Führung, Ausstattung und Kontrolle eines Meßnetzes einschließlich von Beobachtungen der freien Atmosphäre mit Radiosonden und Radar sowie die Aufnahme von Sendungen von meteorologischen Satelliten, Führung eines seismischen und erdmagnetischen Dienstes, Forschung auf meteorologischem einschließlich klimatologischem und geophysikalischem Gebiet sowie im Bereich des Umweltschutzes und anderer Randgebiete der Meteorologie und Geophysik, Sammlung von Beobachtungsdaten, Beobachtung und Evidenzhaltung der Untersuchungen sowie Information und Dokumentation.

Österreichisches Archäologisches Institut

Forschung, Dokumentation und Information auf dem Gebiet der Archäologie, Grabungen im In- und Ausland, Konservierung von historischem Kulturgut.

Institut für Österreichische Geschichtsforschung

Erforschung der österreichischen Geschichte und die vertiefte Ausbildung für die Forschungsaufgaben der österreichischen Geschichtswissenschaften unter Einschluß der historischen Hilfswissenschaften.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1996	194,5	130,2	324,8	1,5
1997	190,3	138,1	328,5	2,3
1998	219,2	129,9	349,1	1,2

Anlagen

Vorsorgen für Neueinrichtung und für die laufende Nachschaffung von Betriebseinrichtungen; Ausbau der archäologischen Datenbank.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Ausgaben für öffentliche Abgaben und Aufwendungen für Eignungsausbildungsteilnehmer sowie Leistungen nach § 58 B-KUVG und § 130 ASVG veranschlagt.

Aufwendungen

Hier sind die Mittel für die Sanierung der Grabungssiedlungen, für Betriebsmaterialien (ua. Radiosonden für den Wetterdienst der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik), die Gebühren für Aufnahmegeologen, der Regieaufwand und die Ausgaben für Forschungstagungen veranschlagt. Des weiteren sind Mittel für den Vollzug des Lagerstättengesetzes vorgesehen.

Zweckgebundene Gebarung

Unter Paragraph 1425 werden die zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben im Rahmen der wissenschaftlichen Anstalten verrechnet. Im BVA 1998 sind dafür 0,193 Millionen Schilling veranschlagt.

Titel 143 Kunsthochschulen**Aufgaben**

Dem Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr obliegen die obersten Verwaltungsaufgaben im Bereich der Kunsthochschulen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1996	1 185,1	604,5	1 789,5	58,2
1997	1 094,9	597,1	1 692,0	194,9
1998	1 203,3	609,0	1 812,3	67,1

Paragraph 1430 Kunsthochschulen**Gesetzliche Grundlagen**

Akademie-Organisationsgesetz, BGBl. Nr. 25/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 511/1995 für die Akademie der bildenden Künste;

Kunsthochschul-Organisationsgesetz, BGBl. Nr. 54/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 510/1995, für die Hochschule für angewandte Kunst in Wien, die Hochschulen für Musik und darstellende Kunst in Wien, Salzburg und Graz sowie die Hochschule für künstlerische und industrielle Gestaltung in Linz;

Bundesgesetz vom 9. Mai 1973 über die Errichtung der Hochschule für künstlerische und industrielle Gestaltung in Linz, BGBl. Nr. 251/1973;

Kunsthochschulordnung, BGBl. Nr. 70/1971, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 303/1989;

Kunsthochschul-Studiengesetz, BGBl. Nr. 187/1983, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 508/1995;

Bundesgesetz über die Abgeltung von Lehr- und Prüfungstätigkeiten an Hochschulen, BGBl. Nr. 463/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 297/1995.

Aufgaben

Die Kunsthochschulen haben die wissenschaftlich-künstlerische Ausbildung ihrer Studierenden in Anlehnung an ihre Tradition, unter Wahrung der hohen internationalen Reputation und unter Berücksichtigung neuester didaktischer Erkenntnisse sicherzustellen und eine vollständige Integration von Kunst und Wissenschaft herbeizuführen.

Das vorrangige Ziel besteht darin, unter Beachtung des rechten Verhältnisses zwischen Tradieren und Experimentieren die Tendenzen zum Neuen, Experimentellen, zum bisher Nichtgelehrten zu verstärken.

Die Kunsthochschulen haben der Pflege und Erschließung der Künste, der Kunstlehre sowie in diesem Zusammenhang auch der Forschung und der wissenschaftlichen Lehre zu dienen.

Eine vorrangige Aufgabe besteht in der Vermittlung einer hochqualifizierten künstlerischen, künstlerisch-pädagogischen oder anderen künstlerisch wissenschaftlichen Berufsvorbildung.

Kapitel 14 — Titel 143

75

Die Studien haben die Grundlagen für eine selbständige künstlerische Tätigkeit zu schaffen und entsprechend der gewählten Studienrichtung die Voraussetzungen für eine kritische Auseinandersetzung mit künstlerischen, pädagogischen oder anderen wissenschaftlichen Problemen zu bieten. Die Studierenden sind auf ihren künftigen Beruf so vorzubereiten, daß sie die Fähigkeit erwerben, den sich wandelnden Anforderungen der Berufspraxis gerecht zu werden.

Eine weitere wichtige Aufgabe besteht in der Vermittlung einer umfassenden Bildung durch Kunst.

Die Studierenden sollen sich ihrer Stellung und ihrer Aufgaben und Verantwortung gegenüber der Gesellschaft bewußt werden.

Sie sollen die Bedeutung der von ihnen gewählten Disziplin im Ganzen der Kunst sowie die Bedeutung der Kunst im Gesamtzusammenhang der Kultur begreifen lernen.

Den Kunsthochschulen obliegt ferner die Weiterbildung ihrer Absolventen.

Organisation

Zum Bereich der Kunsthochschulen sind
 die Akademie der bildenden Künste in Wien,
 die Hochschule für angewandte Kunst in Wien,
 die Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Wien,
 die Hochschule für Musik und darstellende Kunst „Mozarteum“ in Salzburg,
 die Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Graz
 und die Hochschule für künstlerische und industrielle Gestaltung in Linz zu zählen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1996	1 183,9	584,6	1 768,6	34,5
1997	1 093,6	578,6	1 672,2	175,1
1998	1 202,3	588,0	1 790,3	45,1

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Verminderung bei den Einnahmen ergibt sich durch den Wegfall der Beitragsleistungen des Landes- und der Stadt Salzburg zu den Ausgaben der HS Mozarteum auf Grund des OGH-Erkenntnisses.

Anlagen

Hier finden die Ersteinrichtungs- und Erstausrüstungsinvestitionen der Kunsthochschulen, Anlagenkäufe, Maschinen und Geräte, instrumentelle Erneuerungs- und Ergänzungsinvestitionen, die EDV-Anlagen und der Bedarf an Software und die bibliotheksbezogenen Investitionen ihren Niederschlag.

Förderungen

An Förderungsmaßnahmen sind ua. vorgesehen:

Die Gewährung von Subventionen an das Mediacult (Internationales Institut für audiovisuelle Kommunikation und kulturelle Entwicklung; früher: IMDT), Druckkostenzuschüsse für Publikationen, die den Bereich der Kunsthochschulen betreffen, sowie Zuschüsse für Vortrags- und Studententätigkeit und für Wettbewerbe und künstlerisch-wissenschaftliche Veranstaltungen, und Förderungen an künstlerisch-wissenschaftliche Einrichtungen, Institutionen und Vereinigungen, die in einem engen Konnex zur Ausbildungs- und Forschungsarbeit der Kunsthochschulen stehen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die öffentlichen Abgaben, die Remuneration der Lehrtätigkeit (Lehrbeauftragte), die Vergütungen an Gastprofessoren, die Prüfungsentschädigungen, die Lehrveranstaltungsabgeltungen, die Abgeltungen an die Studienassistenten und die Dienstgeberbeiträge veranschlagt.

Aufwendungen

Hier sind der Betriebs- und Verwaltungsaufwand, die für die infrastrukturellen Einrichtungen erforderlichen Aufwendungen, die Lehr- und Forschungserfordernisse, die Aufwendungen für Ausstellungen, für hochschulische Publikationen, für bibliothekarische Erfordernisse, für Exkursionen, Austauschaktionen, In- und Auslandsdienstreisen, Sozialleistungen, Repräsentationen und hochschulische Veranstaltungen der Kunsthochschulen veranschlagt.

Des weiteren finden hier die Aufwendungen für Auslandsaktivitäten ihren Niederschlag.

Außerdem ist für außerordentliche Studienbeihilfen und -unterstützungen ausländischer Studierender sowie für Auslandsstipendien österreichischer Studierender und Stipendien für Graduierte österreichischer Kunsthochschulen, die österreichische Staatsbürger sind, vorgesorgt.

Paragraph 1431 Kunsthochschulen (zweckgebundene Gebarung)**Gesetzliche Grundlagen**

Hochschul-Taxengesetz, BGBl. Nr. 76/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 505/1994.

Kunsthochschul-Organisationsgesetz, BGBl. Nr. 54/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 505/1994, für die Hochschule für angewandte Kunst in Wien, die Hochschulen für Musik und darstellende Kunst in Wien, Salzburg und Graz sowie die Hochschule für künstlerische und industrielle Gestaltung in Linz.

Akademie-Organisationsgesetz, BGBl. Nr. 25/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 511/1995, für die Akademie der bildenden Künste.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1996	1,1	19,8	21,0	23,8
1997	1,4	18,5	19,9	19,9
1998	1,0	21,0	22,0	22,0

Anlagen

Hier wird für die notwendige Amts-, Betriebs- und instrumentelle Ausstattung der Kunsthochschulen vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier finden die Aufwendungen für öffentliche Abgaben, die Remuneration der Lehrtätigkeit und dazu die adäquaten Dienstgeberbeiträge und die Anteile der Universitätslehrkräfte an Taxen ihren Niederschlag.

Aufwendungen

Die Taxen, Unterrichtsgelder und Prüfungsgebühren, Studienbeiträge, sonstigen Beiträge, die Kostenersätze der Studierenden und die Einnahmen aus Veranstaltungen (§ 36 KHOG, § 57 AOG) sind anteilmäßig für Unterrichtserfordernisse, Druckwerke, für den Lehr-, Forschungs- und Veranstaltungsbetrieb, zur Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit und für Exkursionen zu verwenden.

Ferner sind hier die Aufwendungen der „Internationalen Sommerakademie“ der Hochschule für Musik und darstellende Kunst „Mozarteum“ in Salzburg zu bestreiten. Ebenso wird hier für Mietaufwendungen, Studienbeihilfen, Dienstreisen, Reisekostenzuschüsse und Austauschaktionen mit dem Ausland vorgesorgt.

Einnahmen

Bei diesen Einnahmen, die zur Bedeckung der zweckgebundenen Ausgaben herangezogen werden, fallen vor allem Einnahmen aus den Studienbeiträgen der Ausländer, dem Verkauf von Drucksorten, den Unterrichtsgeldern und Prüfungsgebühren, den Beiträgen für Exkursionen, den Teilnehmergebühren an der Internationalen Sommerakademie der Hochschule für Musik und darstellende Kunst „Mozarteum“ in Salzburg, den Kostenersätzen und den Einnahmen aus Veranstaltungen (§ 36 KHOG, § 57 AOG) an.

Kapitel 14 — Titel 146

77

Titel 146 Fachhochschulen**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz über Fachhochschul-Studiengänge (FHStG), BGBl. Nr. 340/1993.

Aufgaben

Aufbau eines nichtuniversitären Hochschulsektors, der durch eine Synthese von wissenschaftlich fundierten und berufsfeldbezogener Ausbildung charakterisiert ist.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1996	224,7	4,0
1997	399,2	0,1
1998	591,5	0,1

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Steigerung ist auf die wachsende Zahl von Studierenden (Die Studiendauer beträgt meistens vier Jahre, wobei jährlich ein neuer Lehrgang beginnt) und ein Hinzukommen von neuen Studiengängen laut dem Entwicklungsplan im Fachhochschulbereich zurückzuführen.

Anlagen

Hier wurde hauptsächlich für die Anschaffung der erforderliche Betriebs- und Geschäftsausstattung Vorsorge getroffen.

Förderungen

Hier wurden Zahlungen an Länder, Gemeinden und sonstige juristische Personen veranschlagt.

Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

Dieser Voranschlagsansatz dient zur Abdeckung öffentlicher Abgaben und Interessentenbeiträge.

Aufwendungen

Im wesentlichen werden hier die Ausgaben für die Deckung der Kosten für die Geschäftsstelle des Fachhochschulrates sowie für den laufenden Betrieb (Energiebezüge, Sachverständigengutachten zu den Fachhochschulstudienplänen, Mitgliedsbeiträge an in- und ausländischen Institutionen) veranschlagt.

Kapitel 15 Soziales

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 21/1997, insbesondere aus Abschnitt D des Teiles 2 der Anlage zu § 2 ausgenommen die bei den Kapiteln 16 (Sozialversicherung) und 17 (Gesundheit) zu verrechnenden Ausgaben und Einnahmen.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1996	1 559,0	90 738,9	92 297,9	61 585,7
1997	1 667,6	88 708,6	90 376,3	60 465,2
1998	1 662,9	83 226,9	84 889,8	57 439,6

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 150 Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes auf dem Gebiete der Sozialversicherung einschließlich der Arbeitslosenversicherung, Arbeitsmarktpolitik, Pflegevorsorge, Versorgungs-, Sozialhilfe- und Behindertenangelegenheiten, Allgemeinen Sozialpolitik, des Arbeitsrechtes, der Arbeitsinspektion, der Gesundheitsökonomie, Sozialwissenschaften und Marketing sowie des Gesundheitswesens.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1996	257,9	6 576,4	6 834,3	39,2
1997	341,1	5 083,6	5 424,8	38,3
1998	398,6	2 943,7	3 342,3	38,9

Unterschiede gegenüber Vorjahre

Der Anstieg bei den Personalausgaben gegenüber dem Erfolg 1996 ergibt sich aus der Übernahme von Personal aus dem Bereich des ehemaligen Bundesministeriums für Gesundheit und Konsumentenschutz.

Die Senkung der Sachausgaben gegenüber dem Jahr 1997 und 1996 ist im wesentlichen auf den Entfall der Abgangsdeckung gemäß § 6 Abs. 9 AMPFG zurückzuführen.

Anlagen

Vorsorge für die Anschaffung von Amtsausstattung und ADV-Geräten.

Förderungen

Diese Ausgaben betreffen, abgesehen von Reisekostenvergütungen an Stipendiaten der Vereinten Nationen und deren Spezialorganisationen, im wesentlichen die Förderung des Betriebsaufwandes des Österreichischen Bundesinstitutes für Gesundheitswesen einschließlich der Vergiftungszentrale sowie von Arbeitsloseninitiativen, sozial innovativen Projekten und Frauenberatungs- und -betreuungsstellen sowie sozialpolitische Projekte im Zusammenhang mit der EU, des Internationalen Rates für soziale Wohlfahrt, des UN-Weltaktionsprogramms für Behinderte, einer Arbeitsgruppe der UN-Kommission für soziale Entwicklung, des „Österreichischen Komitees für Sozialarbeit“ sowie des Dokumentationsarchives des österreichischen Widerstandes.

Kapitel 15 — Titel 150

79

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Die „Gesetzlichen Verpflichtungen“ erwachsen in erster Linie aus der Mitgliedschaft Österreichs bei der Internationalen Arbeitsorganisation sowie der Weltgesundheitsorganisation. Weiters ist der Aufwand für Familienbeihilfen vorgesehen.

Aufwendungen

Dieser Voranschlagsansatz berücksichtigt den allgemeinen Verwaltungsaufwand der Zentralleitung.

Überdies sind Mittel für sozialpolitische Forschung und Grundlagenarbeit als Entscheidungshilfe im Hinblick auf die Themenschwerpunkte EU-Integration, Pflegewesen und Harmonisierung der Pensionsversicherungssysteme, sozialpolitische Fragen des Gesundheitswesens, Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme, Arbeitnehmerschutz, Problemgruppen am Arbeitsmarkt, sowie Frauenfragen des Ressorts bereitgestellt.

Paragraph 1/1501 Zahlungen im Zusammenhang mit der EU**Voranschlagsansatz 1/15016 Förderungen**

Nationale Kofinanzierung von ESF-Maßnahmen (Gemeinschaftsinitiativen)

Voranschlagsansatz 1/15018 Aufwendungen

Vorsorge für die Weitergabe der Rückflüsse aus der EU. Die Mittelzuweisung erfolgt entsprechend dem Einlangen des Geldes von der EU.

Weiters Schaffung einer Möglichkeit zur Rückzahlung allfälliger nicht den EU-Vorschriften entsprechend verwendeter EU-Fördermittel.

Voranschlagsansatz 1/15057 Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik

Gemäß § 6 Abs. 1 AMPFG in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Z 2 AMPFG hat der Bund jährlich einen Beitrag zur Arbeitsmarktpolitik zu leisten.

Einnahmen

Im wesentlichen Kostenersatz des Kurhauses Ferdinand Hanusch, des Ausgleichstaxfonds, des Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds sowie Bezugsvorschußsätze und Beiträge zu den Kosten der Bundesaufsicht, Benützungsentgelt für Garagenabstellplätze und Kostenersatz der EU für Dienstreisen.

Bundesaufsicht**Träger der Sozialversicherung**

Die Bundesaufsicht über die Träger der Sozialversicherung wird vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales auf Grund der Bestimmungen des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes — ASVG, des Gewerblichen Sozialversicherungsgesetzes — GSVG, des Bauern-Sozialversicherungsgesetzes — BSVG, des Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes — B-KUVG, des Bundespflegegeldgesetzes — BPGG und des Notarversicherungsgesetzes 1972 — NVG 1972 ausgeübt. Mit der Durchführung der Bundesaufsicht werden vom Bundesminister für Arbeit und Soziales bzw. von den Landeshauptmännern bestimmte Bedienstete der Aufsichtsbehörde betraut.

Zur Deckung der durch die Aufsicht erwachsenden Kosten haben die Versicherungsträger durch Entrichtung einer Aufsichtsgebühr beizutragen.

Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse

Gemäß § 33 des Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetzes, BGBl. Nr. 414/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 835/1992, unterliegt die Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse der Aufsicht des Bundesministers für Arbeit und Soziales.

80

Kapitel 15 — Titel 151**Titel 151 Bundesministerium; Opferfürsorge****Gesetzliche Grundlagen**

Opferfürsorgegesetz (OFG), BGBl. Nr. 183/1947, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 830/1995;

Ehrengaben- und Hilfsfondsgesetz, BGBl. Nr. 197/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 648/1989;

Aufgaben

Angelegenheiten der Fürsorge für die Opfer des Kampfes für ein freies, demokratisches Österreich und für die Opfer politischer Verfolgung.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1996	270,7	0,4
1997	290,8	0,3
1998	271,3	0,3

Voranschlagsansatz 1/15117 Heilfürsorge

An Inhaber einer Amtsbescheinigung oder Empfänger einer Rentenfürsorgeleistung, die keinen Leistungsanspruch aus der gesetzlichen Krankenversicherung haben, werden von den Gebietskrankenkassen die den Pflichtversicherten gebührenden Leistungen erbracht und vom Bund ersetzt.

Voranschlagsansatz 1/15127 Versorgungsgebühren

Gegenstand der Rentenfürsorge sind Opfer-, Hinterbliebenen- und Unterhaltsrenten sowie die Beihilfen.

Neben den Rentengebühren sind hier noch die Aufwendungen für Rentenabfertigungen und Sterbegeld sowie für Pflegegeld nach dem Bundespflegegeldgesetz an Rentenbezieher nach dem Opferfürsorgegesetz veranschlagt.

Die Opfer- und Hinterbliebenenrenten unterliegen wie die Einkommensgrenzen der einkommensabhängigen Unterhaltsrenten und Beihilfen der jährlichen Anpassung im selben Ausmaß wie die Pensionen nach dem ASVG.

Von dem mit 220,0 Millionen Schilling veranschlagten Gesamtaufwand entfallen

0,2 Millionen Schilling auf Familienbeihilfen,

130,9 Millionen Schilling auf Rentengebühren für Opfer,

69,5 Millionen Schilling auf Rentengebühren für Witwen bzw. Lebensgefährtinnen,

5,0 Millionen Schilling auf Rentengebühren für Waisen,

0,4 Millionen Schilling auf Rentengebühren für Eltern,

2,0 Millionen Schilling auf Abfertigungen und Sterbegeld und

12,0 Millionen Schilling auf Pflegegeld nach dem BPGG.

Am 1. Juli 1996 standen 2 883 Personen im Bezuge einer Opfer- oder Hinterbliebenenrente gegenüber 2 671 Personen am 1. Juli 1995.

Voranschlagsansatz 1/15137 Entschädigungen

Aufwand für einmalige, noch nicht liquidierte Entschädigungen für erlittene Haft, Freiheitsbeschränkungen und Berufsschäden.

Voranschlagsansatz 1/15147 Orthopädische Versorgung

Versorgung der Beschädigten nach dem OFG mit orthopädischen Hilfsmitteln.

Kapitel 15 — Titel 152

81

Voranschlagsansatz 1/15158 Aufwendungen

Als wesentlicher Aufwand sind die Kosten für Leistungen im Härteausgleich gemäß § 15a OFG und ärztliche Begutachtungen hervorzuheben.

Voranschlagsansatz 1/15166 Ehrengaben- und Hilfsfondsgesetz; Förderungen

Veranschlagt ist die Förderung von Projekten der Pflegebetreuung für Opfer der politischen Verfolgung, die im Ausland leben.

Titel 152 Bundesministerium; Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz über die Gewährung von Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen, BGBl. Nr. 288/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 112/1993.

Aufgaben

Entscheidung über Ansuchen um Gewährung von Hilfeleistungen nach dem VOG durch das örtlich zuständige Bundessozialamt.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Schilling
1996	14,4	0,9
1997	14,5	1,2
1998	15,0	1,2

Voranschlagsansatz 1/15207 Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Aufwand für Ersatzleistungen (Verdienst- oder Unterhaltsentgang) an Opfer von Verbrechen, für die Rückersatzansprüche nicht mehr bestehen.

Von dem mit 7,5 Millionen Schilling veranschlagten Gesamtaufwand entfallen

6,0 Millionen Schilling auf laufende Ersatzleistungen für Opfer,

0,6 Millionen Schilling auf laufende Ersatzleistungen für Witwen bzw. Witwer,

0,9 Millionen Schilling auf laufende Ersatzleistungen für Waisen und Eltern sowie Bestattungskostenersatz.

Am 1. Juli 1996 bezogen 123 Personen (58 Opfer und 65 Hinterbliebene) eine laufende Geldleistung gemäß § 2 gegenüber 120 Personen am 1. Juli 1995.

Voranschlagsansatz 1/15217 Heilfürsorge

Für auf Grund eines Verbrechens erlittene Körperverletzungen und Gesundheitsschädigungen erhalten Opfer und deren Hinterbliebene ärztliche Hilfe, Heilmittel, Heilbehelfe, Anstaltspflege und Zahnbehandlung.

Im Rahmen der Heilfürsorge sind weiters Maßnahmen vorgesehen, die der Festigung der Gesundheit dienen.

Voranschlagsansatz 1/15227 Orthopädische Versorgung

Versorgung der Opfer von Verbrechen und deren Hinterbliebene mit orthopädischen Hilfsmitteln.

Voranschlagsansatz 1/15237 Rehabilitation

Aufwand für Rehabilitationsmaßnahmen, wenn durch den zuständigen Sozialversicherungsträger keine Vorsorge getroffen wurde oder wenn der Beschädigte eine zumutbare Beschäftigung, die den krankenversicherungsrechtlichen Schutz gewährleistet, nicht mehr ausüben kann.

82

Kapitel 15 — Titel 153 und 154**Voranschlagsansatz 1/15248 Aufwendungen**

Neben den Kosten für ärztliche Begutachtungen sind als wesentlich noch Gerichtskosten für im Gerichtswege durchgesetzte Ansprüche und Kosten für Leistungen im Härteausgleich hervorzuheben.

Voranschlagsansatz 1/15255 Darlehen

Darlehen zur Ermöglichung der Fortsetzung der Erwerbstätigkeit.

Voranschlagsansatz 1/15269 Aufwendungen (B)

Aufwand für Ersatzleistungen (Verdienst- oder Unterhaltsentgang), Heilfürsorgeleistungen, Leistungen für orthopädische Versorgung und Rehabilitation an Opfer von Verbrechen, denen Forderungen gegenüberstehen.

Einnahmen

Hervorzuheben sind Einnahmen aus Schadenersatzansprüchen für nach diesem Bundesgesetz erbrachte Leistungen.

Titel 153 Bundesministerium; Sonstige Leistungen**Gesetzliche Grundlagen**

Impfschadengesetz, BGBl. Nr. 371/1973, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 27/1994;

Bundespflegegeldgesetz, BGBl. Nr. 110/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 758/1996;

Aufgaben

Entschädigung von Impfschäden und Kostenersatz an die Träger der gesetzlichen Pensions- und Unfallversicherung für die Aufwendungen in Durchführung des Bundespflegegeldgesetzes.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1996	16 524,2	233,9
1997	16 920,5	0,0
1998	16 672,5	0,0

Voranschlagsansatz 1/15317 Entschädigungen nach dem Impfschadengesetz

Bei diesem Ansatz ist für die nach dem Impfschadengesetz vorgesehenen Entschädigungen (Behandlungs- und Rehabilitationskosten sowie Geldleistungen) vorgesorgt.

Die Geldleistungen unterliegen der jährlichen Anpassung im selben Ausmaß wie die Pensionen nach dem ASVG.

Paragraph 1534 Pflegevorsorge (Kostenersatz)**Voranschlagsansatz 1/15347 Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz**

Bei diesem Ansatz ist der vom Bund an die Träger der gesetzlichen Pensions- und Unfallversicherung zu leistende Kostenersatz gemäß § 23 BPGG veranschlagt.

Titel 154 Bundesministerium; Allgemeine Fürsorge**Gesetzliche Grundlagen**

Kleinrentnergesetz, BGBl. Nr. 251/1929, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 239/1930 und GBIfÖ. Nr. 181/1939;

Kapitel 15 — Titel 155

83

Bundesgesetz betreffend die Abänderung und Ergänzung des Kleinrentnergesetzes, BGBl. Nr. 90/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 433/1995;

Verordnung über die Durchführung der Krankenversicherung für die gemäß § 9 ASVG in die Krankenversicherung einbezogenen Personen, BGBl. Nr. 278/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 669/1991;

Bundesbehindertengesetz, Abschnitt IV und V, BGBl. Nr. 283/1990, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 757/1996.

Aufgaben

Kleinrentnerfürsorge, Förderung sozialer Wohlfahrtseinrichtungen und Verwaltung des Nationalfonds zur besonderen Hilfe für Behinderte.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Schilling
1996	71,0	0,1
1997	58,2	0,0
1998	78,0	0,0

Voranschlagsansatz 1/15427 Kleinrentnerentschädigung

Im Rahmen der Kleinrentnerfürsorge sind neben den Rentenleistungen der Aufwand für Krankenversicherungsbeiträge und außerordentliche Hilfeleistungen zu veranschlagen.

Die Zahl der Empfänger einer Kleinrente nimmt wegen des hohen Alters dieses Personenkreises ständig ab. Am 1. Juli 1996 bezogen 5 Personen eine Kleinrente gegenüber 10 Personen am 1. Juli 1995.

Voranschlagsansatz 1/15436 Förderungen

Dem Nationalfonds zur besonderen Hilfe für Behinderte ist der Aufwand, der dem Fonds aus der Abgeltung der Mehrbelastung bei Lieferung von Kraftfahrzeugen für Behinderte durch die Normverbrauchsabgabe und die anteilige Umsatzsteuer erwächst, zu ersetzen.

Weiters werden dem Nationalfonds für Behinderte für Maßnahmen der medizinischen, beruflichen oder sozialen Rehabilitation, sofern andere Förderungsmöglichkeiten nicht bestehen und dadurch soziale Härten beseitigt werden, Mittel zur Verfügung gestellt.

Außerdem ist die Förderung von Organisationen bzw. Vereinen der freien Wohlfahrtspflege, die mit Hilfe der von ihnen geschaffenen sozialen Dienste eine unentbehrliche Ergänzung der öffentlichen Sozialeinrichtungen darstellen, vorgesehen. Der Schwerpunkt ihrer fürsorgerischen Tätigkeit besteht in der Betreuung und Pflege alter, kranker und hilfloser Menschen.

Titel 155 Arbeitsmarktpolitik (I)**Gesetzliche Grundlagen**

Arbeitsmarktservicegesetz, BGBl. Nr. 313/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 764/1996;

Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977, BGBl. Nr. 609, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 764/1996;

Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 315/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 417/1996;

Bundesgesetz betreffend die Arbeitsmarktförderung (Arbeitsmarktförderungsgesetz), BGBl. Nr. 31/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 450/1994;

Bundesgesetz über die Gewährung einer Sonderunterstützung (Sonderunterstützungsgesetz — SUG), BGBl. Nr. 642/1973, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 764/1996;

Karenzgeldgesetz BGBl. I Nr. 47/1997.

Organisation

Durch das Arbeitsmarktservicegesetz (AMSG), BGBl. Nr. 313/1994, wurde die frühere Arbeitsmarktverwaltung mit 1. Juli 1994 als eigener Rechtsträger „Arbeitsmarktservice“ geschaffen.

Aufgaben

Im Rahmen der Fortsetzung der Beschäftigungspolitik der Bundesregierung ist es das Ziel des Arbeitsmarktservice zur Verhütung und Beseitigung von Arbeitslosigkeit unter Wahrung sozialer und ökonomischer Grundsätze im Sinne einer aktiven Arbeitsmarktpolitik auf ein möglichst vollständiges, wirtschaftlich sinnvolles und nachhaltiges Zusammenführen von Arbeitskräfteangebot und -nachfrage hinzuwirken, und dadurch die Versorgung der Wirtschaft mit Arbeitskräften und die Beschäftigung aller Personen, die dem österreichischen Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, bestmöglich zu sichern. Dies schließt die Sicherung der wirtschaftlichen Existenz während der Arbeitslosigkeit im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen ein.

Das Arbeitsmarktservice hat zur Erreichung dieses Zieles im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen Leistungen zu erbringen, die darauf gerichtet sind,

1. auf effiziente Weise die Vermittlung von geeigneten Arbeitskräften herbeizuführen, die möglichst eine den Vermittlungswünschen des Arbeitssuchenden entsprechende Beschäftigung bieten,
2. die Auswirkungen von Umständen, die eine unmittelbare Vermittlung im Sinne der Z 1 behindern, überwinden zu helfen,
3. der Unübersichtlichkeit des Arbeitsmarktes entgegenzuwirken,
4. quantitative oder qualitative Ungleichgewichte zwischen Arbeitskräfteangebot und Arbeitskräftenachfrage zu verringern,
5. Arbeitsplätze zu erhalten und
6. die wirtschaftliche Existenz der Arbeitslosen zu sichern.

Das Arbeitsmarktservice bestreitet die Personal- und Sachausgaben für die Vollziehung des AMSG, des Arbeitslosenversicherungsgesetzes 1977, des Sonderunterstützungsgesetzes, des Ausländerbeschäftigungsgesetzes sowie sonstiger dem Arbeitsmarktservice zur Vollziehung übertragener Bundesgesetze in eigenem Namen und auf eigene Rechnung.

Die Ausgaben für finanzielle Leistungen nach dem AMSG, nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977, nach dem Sonderunterstützungsgesetz und nach Art. XXI des Karenzurlaubserweiterungsgesetzes, BGBl. Nr. 408/1990, idgF bestreitet das Arbeitsmarktservice im Namen und auf Rechnung des Bundes.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling		Millionen Schilling	Millionen Schilling
1996	745,5	60 128,8	60 874,2	60 771,5
1997	786,0	59 788,9	60 574,9	60 374,9
1998	677,0	56 938,5	57 615,5	57 315,5

Auf Grund der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen werden im Jahre 1998 folgende Ausgaben geleistet:

Paragraph bzw. VA-Ansatz	Millionen Schilling
1550 Ämter des AMS	720,0
1551 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG	5 160,0
15547 Sonderunterstützung	1 400,6
1555 Leistungen nach dem AIVG	39 750,1
1556 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß § 51a AMFG	300,0
15567 Zahlungen und Überweisungen gemäß AMPFG	7 224,0
1557 Überweisung an das AMS gemäß AMSG	2 670,8
15587 Kostenersatz an die Träger der Krankenversicherung	330,0
15597 Beitrag der Arbeitslosenversicherung zur Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe	60,0
Titel 155 (Summe) . . .	57 615,5

Der Bund trägt hievon die Ausgaben gemäß § 51a AMFG (VA-Ansätze 1/15565 und 1/15566).

Kapitel 15 — Titel 155

85

Im einzelnen ist zu bemerken:

Paragraph 1550 Ämter des Arbeitsmarktservice

Im Zuge der Reform der Arbeitsmarktverwaltung und der Einrichtung des Arbeitsmarktservice Österreich als öffentliches Dienstleistungsunternehmen wurde vorgesehen, daß Beamte, die bisher in der Arbeitsmarktverwaltung Aufgaben wahrgenommen haben, die nunmehr von den Geschäftsstellen des Arbeitsmarktservice zu erledigen sind, im Arbeitsmarktservice beschäftigt werden. Zur Wahrung ihrer dienst- und besoldungsrechtlichen Stellung gehören sie den Ämtern des Arbeitsmarktservice an, die für den Bereich jedes Bundeslandes und für die Bundesorganisation eingerichtet sind. Der Betrag von 720 Millionen Schilling umfaßt den Personalaufwand für die im Arbeitsmarktservice tätigen Beamten zuzüglich der anteiligen Aufwendungen für Dienstreisen, Sozialleistungen und Ausbildungskosten.

Paragraph 1551 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG

Angesichts der im Jahr 1998 zu erwartenden Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung wurden die verschiedenen Maßnahmen je nach Arbeitsmarktlage — sowohl bundesweit, instrumentell, als auch regionsspezifisch — adäquat abgestimmt.

Grundsatz der arbeitsmarktpolitischen Ausrichtung ist die Nutzung der finanziellen Spielräume für jene, die der materiellen Unterstützung am dringendsten bedürfen. Generell wird dabei davon ausgegangen, daß jene finanziellen und sonstigen Hilfestellungen Priorität vor existenzsichernden Leistungen haben, die durch (Wieder)Aufnahme einer Erwerbstätigkeit und dem damit verbundenen Erwerbseinkommen die Notwendigkeit von Transferleistungen beseitigen, abgesehen von den positiven Refinanzierungseffekten für den allgemeinen und die Haushalte der Sozial- und Arbeitslosenversicherung. In besonderer Weise gilt das für Bezieherinnen von Notstandshilfen, die bereits längere Zeit ohne Arbeit sind und für die eine neue Erwerbstätigkeit wesentlich ist für die materielle Existenzsicherung.

Dementsprechend verfolgt der Einsatz der arbeitsmarktpolitischen Instrumente das Ziel der Aktivierung vor Versorgung, Vermittlung vor Administration von Leistungsanweisungen, finanzielle Mittel zur (Wieder)Eingliederung in den Arbeitsmarkt, Qualifizierung und Ausbildung vor Arbeitslosengeld und Notstandshilfe, Sicherung von Arbeitsplätzen vor Arbeitslosigkeit.

Darüber hinaus kann die Arbeitsmarktpolitik durch den Beitritt zur EU und die damit verbundenen Angebote der Förderung und Mitfinanzierung im Rahmen der Strukturfonds ihren instrumentellen und finanziellen Spielraum wie auch ihre Reichweite erheblich steigern, indem die verschiedenen Instrumente und Maßnahmen auf Ältere, Langzeitarbeitslose, Notstandshilfebezieherinnen, Behinderte, benachteiligte Jugendliche und Frauen mit Beschäftigungsproblemen konzentriert werden, aber auch jene ArbeitnehmerInnen umfassend unterstützt werden, die in Branchen arbeiten, die von der Anpassung an den gemeinsamen Markt besonders betroffen sind.

Das Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales trägt gegenüber der Europäischen Union die budgetäre Verantwortung hinsichtlich des Europäischen Sozialfonds, die in der Form eingelöst wird, daß auf der Grundlage der mit der Europäischen Union vereinbarten Planungsdokumente zur Gestaltung der Arbeitsmarktpolitik und dem Einsatz ihrer Instrumente eine jährliche Kofinanzierung festgelegt wird, die vorsieht, daß das Arbeitsmarktservice für alle in ihrem Zuständigkeitsbereich liegenden Programme im jährlichen Budget Vorsorge trifft. Der entsprechende Anteil wird ebenfalls unter Paragraph 1551 verbucht.

Die anteilige Kofinanzierung erfolgt nach Maßgabe des Geldflusses der EU-Mittel.

Eine wesentliche Aufgabe des Arbeitsmarktservice im Rahmen des Einsatzes finanzieller Leistungen liegt darin, den Anteil der Langzeitarbeitslosigkeit entscheidend zu verringern und damit einen überdurchschnittlichen Effekt zur Reduzierung des Niveaus der Arbeitslosigkeit in Österreich zu erzielen.

In diesem Zusammenhang ist finanziell sicherzustellen, daß alle Maßnahmen zur Vermittlungsvorbereitung — von der Qualifizierung über Berufsorientierung bis hin zu Job-Finding-Clubs — angeboten werden. Gerade im Konjunkturaufschwung haben Anschlußmaßnahmen der Vermittlungsunterstützung wie Einstellungs- und Einschulungsbeihilfen hohe Erfolgsaussichten.

Persönliche und soziale Behinderungen sind vielfach untrennbar mit hohem Risiko verbunden, lange Zeit keine Beschäftigung zu finden. Geschützte Werkstätten oder sozialökonomische Betriebe zählen gleichermaßen zum Standardrepertoire der Förderung der Erwerbstätigkeit von behinderten

ArbeitnehmerInnen wie auf die spezifische Situation der Behinderten ausgerichtete Ausbildungsgänge der beruflichen Rehabilitation.

Internationale Maßnahmen zur Integration von Behinderten wie die persönliche Begleitung von behinderten Arbeitskräften beim Einstieg in die Arbeitswelt (Arbeitsassistenten, Coaching) oder aber Arbeitsmarktinstitute wie in Schweden zur Zusammenführung von Beratung und Vermittlung mit weitergehenden Rehabilitationsschritten erweisen sich als äußerst erfolgreich. Es erscheint zielführend, die Übertragbarkeit dieser internationalen Maßnahmen in Zusammenarbeit der Geschäftsstellen des Arbeitsmarktservice mit den Bundessozialämtern zu prüfen und — in Kombination mit verschiedenen Förderungen zur Beschäftigungsaufnahme für Behinderte — systematisch einzurichten.

ArbeitnehmerInnen mit unzureichender berufs- bzw. arbeitsplatzspezifischer Ausbildung sind von Arbeitslosigkeit besonders betroffen oder bedroht. In der Dynamik der laufenden Anpassung von Arbeitsplätzen an veränderte Marktbedingungen, Produktionsverfahren, Arbeitsorganisation und neue Werkstoffe können Arbeitskräfte ohne Qualifizierung nicht immer Schritt halten, vielfach scheitert auch der Umstieg auf eine neue Beschäftigung. Der Strukturwandel in der Arbeitswelt und berufliche Qualifizierung sind untrennbar miteinander verbunden. Auch eine einmal erworbene Ausbildung reicht vielfach nicht aus, die erarbeitete Stellung im Beruf zu halten oder aber bei Arbeitsplatzverlust umgehend eine neue Beschäftigung zu finden.

Primär gilt dies für Arbeitskräfte ohne weitergehende Ausbildung.

Gerade dieser Personenkreis findet nur sehr schwer Zugang zu Ausbildungsmaßnahmen, die die Vermittlungsaussichten nachhaltig verbessern; in der Regel reicht auch ein spezifischer Lehrgang nicht aus, um eine adäquate Beschäftigung zu erhalten. In diesem Zusammenhang erfolgt unmittelbar im Anschluß an das Scheitern von Vermittlungsbemühungen der Einstieg in Ausbildungsmaßnahmen, um unproduktive Wartezeiten im Leistungsbezug zu vermeiden, wobei ein modulares System gewährleistet, daß die einzelnen Abschnitte von der Berufsfindung und -orientierung bis zur Spezialausbildung für bestimmte Produktionstechniken reichen.

Für Erwachsene, insbesondere Frauen und ausländische Arbeitskräfte, bietet der Lehrabschluss mit daran anknüpfenden Weiterbildungsmaßnahmen hohe Erfolgswahrscheinlichkeit für die Begründung einer stabilen Berufskarriere. Letztlich fördern auch neue Formen der betriebsübergreifenden Berufsausbildung die Arbeitsmarktstabilisierung bzw. erfolgreiche Mobilität von ArbeitnehmerInnen.

Der Eintritt Österreichs in die Europäische Union bietet über den Einsatz der Mittel der Europäischen Sozialfonds auch die Chance, die Schulung von Beschäftigten ohne Ausbildung zu forcieren, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind; diese Möglichkeit sollte in jedem Fall auch präventiv bei der Gefährdung von Standorten einbezogen werden.

Österreich hat im weitweiten Vergleich eine äußerst niedrige Jugendarbeitslosigkeit. Dennoch muß jenen Jugendlichen besonderes Augenmerk geschenkt werden, die bei der Eingliederung in die Berufs- und Arbeitswelt scheitern oder aber langfristig keine stabile Erwerbskarriere aufbauen können, weil eine fundierte Berufsausbildung und in weiterer Folge die Qualifizierung durch besondere Kenntnisse und Fertigkeiten fehlt. Das Instrumentarium der Arbeitsmarktpolitik wurde bisher erfolgreich eingesetzt; die geplante Weiterentwicklung in Richtung Ausbau der Berufsinformationszentren, differenzierte Beratung zur Ausbildungs- und Berufslaufbahnplanung, Erschließung neuer Berufsfelder und Ausbildungsformen, gerade auch für Mädchen und junge Frauen erscheint richtungweisend. In jenen Regionen mit für Österreich vergleichsweise hoher Jugendarbeitslosigkeit werden zusätzliche Beschäftigungsprojekte und Integrationsvorhaben gemeinsam mit lokalen und regionalen Trägereinrichtungen bzw. Gemeinden initiiert und umgesetzt.

Vorschlagsansatz 1/15547 Sonderunterstützung

Nach § 1 Absatz 1:

Angenommen wurden 2 800 Anspruchsberechtigte (ehemalige Bedienstete des österreichischen Bergbaues) mit einem durchschnittlichen Monatsaufwand von 22 380 S (746 S täglich). Der Gesamtaufwand (14 Monate) inklusive der Beiträge zur Kranken- und Pensionsversicherung wurde mit rund 1 Milliarde Schilling veranschlagt.

Nach Artikel IV Absatz 3:

Angenommen wurden rund 1 800 Anspruchsberechtigte mit einem durchschnittlichen Monatsaufwand von 12 300 S (410 S täglich). Der Gesamtaufwand (12 Monate) inklusive der Beiträge zur Kranken- und Pensionsversicherung wurde mit rund 300 Millionen Schilling veranschlagt.

Kapitel 15 — Titel 155

87

Voranschlagsansatz 1/15554 Wiedereinstellungsbeihilfe gemäß AIVG

Gemäß BGBl. I Nr. 47/1997 erhält der Arbeitgeber eine Wiedereinstellungsbeihilfe, wenn das Karenzurlaubsgeld nach dem AIVG bis zum Ablauf des zweiten Lebensjahres des Kindes nur von einem Elternteil in Anspruch genommen wurde.

Voranschlagsansatz 1/15557 Leistungen nach dem AIVG

Angenommen wurden im Jahresdurchschnitt 127 000 Bezieher/innen von Arbeitslosengeld, 75 000 Bezieher/innen von Notstandshilfe, 8 500 Bezieher/innen von Sondernotstandshilfe und 96 000 Bezieher/innen von Karenzurlaubsgeld.

Infolge besonderer Eingliederungsmaßnahmen von Notstandshilfebezieher/innen in den Arbeitsmarkt (§ 34a AMSG, BGBl. Nr. 764/1996) wurde deren durchschnittliche Bezieher/innenzahl um 5 000 Personen geringer angenommen.

Das durchschnittliche Arbeitslosengeld wurde mit 9 300 S monatlich (310 S täglich), die durchschnittliche Notstandshilfe mit 7 320 S monatlich (244 S täglich), die durchschnittliche Sondernotstandshilfe mit 5 940 S monatlich (198 S täglich) und das durchschnittliche Karenzurlaubsgeld (inklusive Karenzurlaubszuschüsse) mit 6 000 S monatlich (200 S täglich) angenommen. Hiezu kommen noch Kranken- und Pensionsversicherungsbeiträge sowie der voraussichtliche Aufwand für Pensionsvorschüsse gemäß § 23 AIVG.

Für die Krankenversicherung der angeführten Leistungsbezieher wurden 9,1 vH des doppelten Unterstützungsaufwandes veranschlagt. Für die Pensionsversicherung der Arbeitslosengeld- und Notstandshilfebezieher/innen wurden 22,8 vH des Unterstützungsaufwandes veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/15565 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß 51 a AMFG(D)

Darlehen an Betriebe in Verfolgung übergeordneter beschäftigungspolitischer Ziele zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen.

Voranschlagsansatz 1/15566 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß § 51 a AMFG

Zuschüsse an Betriebe in Verfolgung übergeordneter beschäftigungspolitischer Ziele zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen.

Voranschlagsansatz 1/15567 Zahlungen und Überweisungen gemäß AMPFG

Überweisung an den Ausgleichsfonds der PV-Träger gemäß § 6 Abs. 8 AMPFG.

Voranschlagsansatz 1/15577 Überweisungen an das AMS

Die durch Kreditaufnahme des Arbeitsmarktservice entstehenden Kosten, wie Zinsen, Kreditvertrags- und Kontoführungsgebühren und sonstige Spesen, sowie die Tilgung sind dem Arbeitsmarktservice vom Bund zu Lasten der Gebarung Arbeitsmarktpolitik zu ersetzen.

Für die Möglichkeit der Zahlung des Bundes an das Arbeitsmarktservice gemäß § 1 Abs. 2 Z 9 in Verbindung mit § 6 Abs. 4 AMPFG (Überschüsse der Gebarung Arbeitsmarktpolitik) ist vorgesorgt.

Voranschlagsansatz 1/15578 Überweisung an das AMS gemäß § 41 (2) AMSG

Hier sind die Personal- und Sachaufwendungen (ausgenommen Ruhegehälter für Beamte sowie Entnahmen aus der Arbeitsmarktrücklage) des Arbeitsmarktservice für die Vollziehung des Arbeitsmarktservicegesetzes, des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, des Sonderunterstützungsgesetzes, des Ausländerbeschäftigungsgesetzes sowie sonstiger zur Vollziehung übertragener Bundesgesetze veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/15587 Kostenersatz an die Träger der Krankenversicherung

Der hier veranschlagte Betrag entspricht rd. 0,7 vH der mit 46 800 Millionen Schilling veranschlagten Einnahmen an Arbeitslosenversicherungsbeiträgen (siehe Voranschlagsansatz 2/15580) in Abgeltung des Aufwandes der KV-Träger für die Einhebung der AIV-Beiträge.

Voranschlagsansatz 1/15597 Beitrag der Arbeitslosenversicherung zur Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe

Hier ist der erforderliche Beitrag der Arbeitslosenversicherung gemäß den Ausgaben und Einnahmen im Rahmen der Schlechtwetterentschädigung veranschlagt.

Voranschlagsansatz 2/15510 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen

Hier sind insbesondere Rückzahlungen von Darlehenszinsen und von Betriebsförderungen veranschlagt.

Voranschlagsansatz 2/15513 Zweckgebundene Darlehensrückzahlungen

Hier sind Darlehensrückzahlungen veranschlagt.

Voranschlagsansatz 2/15550 Überweisung vom Familienlastenausgleich (zweckgeb. Einnahmen)

Der Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen leistet gemäß § 39 Abs. 3 und 7 Familienlastenausgleichsgesetz einen Beitrag von 70 vH des Gesamtaufwandes an Karenzurlaubsgeld (Barleistungen einschließlich Krankenversicherungsbeiträge) sowie die Refundierung der Gesamtkosten für die Wiedereinstellungsbeihilfe und die Teilzeitbeihilfe.

Voranschlagsansatz 2/15570 Abgangsdeckung (zweckgeb. Einnahmen)

Hier sind Beiträge des Arbeitsmarktservice an die Gebarung Arbeitsmarktpolitik gemäß § 1 Abs. 1 Z 4 in Verbindung mit § 6 Abs. 3 Arbeitsmarktpolitikfinanzierungsgesetz (Abgangsfinanzierung durch das Arbeitsmarktservice) vorgesehen.

Voranschlagsansatz 2/15580 Arbeitslosenversicherungsbeiträge (zweckgeb. Einnahmen)

Der Arbeitslosenversicherungsbeitrag gemäß § 1 Abs. 1 Ziffer 1 AMPFG ist bis zu der für die Pensionsversicherung festgesetzten Höchstbeitragsgrundlage gemäß § 45 ASVG einzuheben, wobei diese im Jahre 1998 bis zu einem Höchstbetrag von 45 000 S monatlich — bei einem Beitragssatz von 6,0 vH — zu berücksichtigen ist.

Der Ermittlung der Einnahmen an Arbeitslosenversicherungsbeiträgen wurden rd. 2 470 000 Beschäftigte mit Arbeitslosenversicherungspflicht mit einer durchschnittlichen Beitragsgrundlage von 22 354 S monatlich (zuzüglich Sonderzahlungen) zugrunde gelegt.

Voranschlagsansatz 2/15581 Beitrag der Gebietskörperschaften

Unter diesem VA-Ansatz sind die Beiträge der Gemeinden für Ausgaben der Sondernotstandshilfe gemäß § 6 Abs. 6 AMPFG veranschlagt.

Voranschlagsansatz 2/15591 Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik (zweckgebundene Einnahmen)

Hier wird der Beitrag des Bundes zur Arbeitsmarktpolitik gemäß § 6 Abs. 1 AMPFG in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Ziffer 2 veranschlagt sowie ein Beitrag des Bundes der zum Tragen kommt, wenn auf Grund der Überweisung des AMS an den Ausgleichsfonds der PV-Träger (VA-Ansatz 1/15567) ein Abgang in der Gebarung Arbeitsmarktpolitik entsteht.

Titel 156 Arbeitsmarktpolitik (II)**Gesetzliche Grundlagen**

Bauarbeiter-Schlechtwetterentschädigungsgesetz 1957, BGBl. Nr. 129, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996;

Bundesgesetz über die Gewährung von Überbrückungshilfen an ehemalige Bundesbedienstete, BGBl. Nr. 174/1963, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 24/1964;

Hausgehilfen- und Hausangestelltengesetz, BGBl. Nr. 235/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 314/1994;

Mutterschutzgesetz, BGBl. Nr. 221/1979, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 9/1997;

Aufgaben

Vollziehung der angeführten Gesetze durch das Arbeitsmarktservice.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1996	471,3	480,2
1997	4,1	0,0
1998	10,0	0,0

Voranschlagsansätze 1/15607 und 1/15617 Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe

Vorsorgliche Verrechnungsansätze für Leistungen nach dem BSchEG, die bis 30. 4. 96 beantragt wurden.

Kapitel 15 — Titel 157

89

Voranschlagsansatz 1/15627 Überbrückungshilfen an ehemalige öffentlich Bedienstete

Hier ist der Aufwand für Unterstützungsleistungen (einschließlich Krankenversicherung) für Leistungsbezieher nach diesem Bundesgesetz veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/15647 Ersatz der Sonderunterstützung nach dem Mutterschutzgesetz

Veranschlagt ist der voraussichtliche Aufwand an Sonderunterstützung, den der Bund nach § 33 des Mutterschutzgesetzes den Krankenkassen zu ersetzen hat.

Titel 157 Einrichtungen der Kriegsopfer- und Heeresversorgung**Gesetzliche Grundlagen**

Kriegsopferversorgungsgesetz (KOVG) 1957, BGBl. Nr. 152, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 411/1996;

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über Kriegsopferversorgung und Beschäftigung Schwerbeschädigter, BGBl. Nr. 218/1964;

Zusatzvertrag zur Durchführung und Ergänzung des Vertrages zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über Kriegsopferversorgung und Beschäftigung Schwerbeschädigter, BGBl. Nr. 201/1970;

Heeresversorgungsgesetz (HVG), BGBl. Nr. 27/1964, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 411/1996;

Arbeitsmarktservice-Begleitgesetz, BGBl. Nr. 314/1994, Artikel 33 in der geltenden Fassung.

Verordnung über die Feststellung der Aufwertungsfaktoren der Mindest- und Höchstbemessungsgrundlage BGBl. Nr. 000/1997.

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales obliegt in unmittelbarer Bundesverwaltung die Vollziehung der Kriegsopfer- und Heeresversorgung. Im Rahmen der Versorgung werden an Beschädigte und Hinterbliebene Renten- und Rehabilitationsleistungen erbracht. Weiters werden Beschädigten Heilfürsorgeleistungen und Leistungen der orthopädischen Versorgung gewährt.

Organisation

Bundessozialamt Wien, Niederösterreich, Burgenland in Wien;

Bundessozialamt Oberösterreich in Linz;

Bundessozialämter Kärnten in Klagenfurt, Salzburg in Salzburg, Steiermark in Graz, Tirol in Innsbruck und Vorarlberg in Bregenz.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1996	348,1	6 619,5	6 967,7	53,6
1997	330,1	6 481,2	6 811,3	44,3
1998	363,8	6 216,9	6 580,7	77,5

Im einzelnen ist zu bemerken:

Paragraph 1570 Bundessozialämter

Vorgesehen sind die Personalausgaben und die Ausgaben für Anlagen und Aufwendungen der Bundessozialämter und der bei den Bundessozialämtern eingerichteten Schiedskommissionen. Neben der Vollziehung des Kriegsopfer- und Heeresversorgungsgesetzes sind die Bundessozialämter mit der Vollziehung des Behinderteneinstellungsgesetzes (Ausgleichstaxfonds), Bundesgesetz über die Gewährung von Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen, Bundesbehindertengesetzes (Nationalfonds, Sozial-Service), Kriegsopferfondsgesetzes (Kriegsopferfonds) und Impfschadengesetzes sowie der im Artikel 33 des BGBl. Nr. 314 angeführten Gesetze wie zB. Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz befaßt.

Anlagen

Der Bedarf betrifft Einrichtungsgegenstände und die EDV-Ausstattung der Bundessozialämter.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Unter diesem VA-Ansatz sind die Ausgaben für Familienbeihilfen veranschlagt.

Aufwendungen

Neben den Erfordernissen für den laufenden Betrieb sind die Aufwendungen für Leistungen der Post, Geldverkehrsspesen (von den Buchhaltungen der Bundessozialämter werden auch sämtliche Scheckverkehrs-Baranweisungen des Arbeitsmarktservice und der Untersuchungsanstalten durchgeführt), Vergütungen für Leistungen des Bundesrechenamtes und für ärztliche Begutachtungen hervorzuheben.

Voranschlagsansatz 1/15737 Heilfürsorge

Beschädigte haben Anspruch auf Heilfürsorge bei jeder als Dienstbeschädigung anerkannten Gesundheitsschädigung und deren Folgen. Die Heilfürsorge umfaßt ärztliche Hilfe, Zahnbehandlung, Haus- und Krankenanstaltspflege sowie Krankengeld. Im Rahmen der erweiterten Heilfürsorge, die unter bestimmten Voraussetzungen gewährt wird, sind Kuraufenthalt sowie die Unterbringung in Rehabilitationskrankenanstalten und Genesungsheimen vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/15747 Berufliche und soziale Maßnahmen

Die berufliche Ausbildung dient der Eingliederung oder Wiedereingliederung der Beschädigten in das Erwerbsleben. Weiters sind Maßnahmen zur Ermöglichung der Fortsetzung der Erwerbstätigkeit und der sozialen Rehabilitation für Beschädigte vorgesehen. Ihre Bedeutung verlagert sich infolge des steigenden Alters der Kriegsbeschädigten zunehmend in den Bereich der Heeresversorgung.

Voranschlagsansatz 1/15757 Orthopädische Versorgung

Das Ziel der orthopädischen Versorgung ist die Wiedergewinnung oder Erhöhung der infolge Dienstbeschädigung geminderten Erwerbsfähigkeit und die Behebung oder Erleichterung der Folgen der Dienstbeschädigung. Die orthopädische Versorgung umfaßt die Ausstattung mit Körperersatzstücken, orthopädischen und anderen Hilfsmitteln sowie deren Wiederherstellung und Erneuerung.

Voranschlagsansatz 1/15767 Versorgungsgebühren

Vorgesehen sind hier die Rentenleistungen für Beschädigte und Hinterbliebene nach dem Kriegsoffer- oder Heeresversorgungsgesetz. Neben den Rentenleistungen sind hier noch die Aufwendungen für Rentenabfertigungen und Sterbegeld sowie für Pflegegeld nach dem Bundespflegegeldgesetz an Rentenbezieher nach dem KOVG und HVG veranschlagt. Die Renten unterliegen der jährlichen Anpassung im selben Ausmaß wie die Pensionen nach dem ASVG. Der Anpassungsfaktor für 1998 beträgt 0,000 (1967: 1,081, 1968: 1,064, 1969: 1,071, 1970: 1,054, 1971: 1,071, 1972: 1,074, 1973: 1,090, 1974: 1,104, 1975: 1,102, 1976: 1,115, 1977: 1,070, 1978: 1,069, 1979: 1,065, 1980: 1,056, 1981: 1,051, 1982: 1,052, 1983: 1,055, 1984: 1,040, 1985: 1,033, 1986: 1,035, 1987: 1,038, 1988: 1,023, 1989: 1,021, 1990: 1,030, 1991: 1,050, 1992: 1,040, 1993: 1,040, 1994: 1,025, 1995: 1,028, 1996: 1,023).

Von dem mit 5 450,0 Millionen Schilling veranschlagten Gesamtaufwand entfallen

	Millionen Schilling
auf Familienbeihilfen	5,5
auf Rentengebühren für Beschädigte (KOV)	2 162,5
auf Rentengebühren für Witwen bzw. Witwer (KOV)	2 867,8
auf Rentengebühren für Waisen (KOV)	74,0
auf Rentengebühren für Eltern (KOV)	12,0
auf Rentengebühren für Beschädigte (HV)	108,0
auf Rentengebühren für Witwen (HV)	3,5
auf Rentengebühren für Waisen (HV)	1,7
auf Rentengebühren für Eltern (HV)	0,8
auf Sterbegeld (KOV und HV)	31,1
auf Abfertigungen von Witwenrenten (KOV und HV)	0,6
auf Rentenumwandlungen (KOV und HV)	2,0
und auf Pflegegeld nach dem BPGG	180,5

Kapitel 15 — Titel 157

91

Der Voranschlag 1998 berücksichtigt die Erhöhung der Versorgungsleistungen und den Minderbedarf infolge des natürlichen Rückganges der Zahl der Anspruchsberechtigten. Die Zahl der Rentempfänger ist seit vielen Jahren rückläufig; dieser Rückgang liegt derzeit bei rd. 6,0 vH jährlich. Am 1. Juli 1996 standen 90 559 Versorgungsberechtigte (43 841 Beschädigte, 44 994 Witwen, 1 211 Waisen, 513 Eltern) im Rentenbezug gegenüber 96 179 am 1. Juli 1995.

Die Gesamtzahl der Anspruchsberechtigten nach dem Heeresversorgungsgesetz betrug am 1. Juli 1996 1 592 Personen, und zwar 1 497 Beschädigte, 46 Witwen, 24 Waisen und 25 Eltern, gegenüber 1 550 Personen am 1. Juli 1995.

Voranschlagsansatz 1/15777 Krankenversicherung

Hinterbliebenen und Angehörigen von Schwerbeschädigten nach dem KOVG und HVG wird, sofern sie nicht auf Grund anderer gesetzlicher Vorschriften versichert sind, krankenversicherungsrechtlicher Schutz gewährleistet. Die Versicherten erhalten die in der Allgemeinen Sozialversicherung vorgesehenen Leistungen. Der Aufwand der Träger der Krankenversicherung ist vom Bund zu ersetzen.

Voranschlagsansatz 1/15778 Härteausgleiche

Vorgesehen sind hier die Leistungen für Beschädigte und Hinterbliebene nach dem Kriegsoffer- oder Heeresversorgungsgesetz, die als Ausgleich aufgrund besonderer Härten gewährt werden.

Paragraph 1/1578 Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland

Die Aufwendungen auf Grund des Vertrages über Kriegsofferversorgung und Beschäftigung Schwerbeschädigter betreffen im wesentlichen Heilfürsorge, Krankenbehandlung und orthopädische Versorgung der deutschen Versorgungsberechtigten in Österreich und der österreichischen Versorgungsberechtigten in der Bundesrepublik Deutschland. Der Aufwand für die deutschen Versorgungsberechtigten in Österreich wurde mit 6,8 Millionen Schilling, der Ersatz des Aufwandes für die österreichischen Versorgungsberechtigten in der Bundesrepublik Deutschland mit 2,2 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/15798 Fahrausweise und Sonderfürsorge

Beschädigten ab einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 70 vH werden für die Gewährung von Fahrpreismäßigungen Berechtigungsmarken beigegeben. Von den Bundessozialämtern wurden im Jahre 1996 7 311 Berechtigungsmarken für Beschädigte und 1 182 Berechtigungsmarken für Begleitpersonen ausgegeben.

Außerdem ist bei diesem Voranschlagsansatz für die Gewährung von Unterstützungen an bedürftige Versorgungsberechtigte in Notstandsfällen vorgesorgt.

Voranschlagsansatz 2/15784 Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland/Kostenersatz

Kostenersatz der Bundesrepublik Deutschland für die Aufwendungen Österreichs für die deutschen Versorgungsberechtigten im Rahmen des Vertrages über Kriegsofferversorgung und Beschäftigung Schwerbeschädigter.

Voranschlagsansatz 2/15794 Sonstige Einnahmen der Kriegsoffer- und Heeresversorgung

Hauptsächlich Beiträge der nach dem KOVG und HVG Krankenversicherten sowie Beihilfe gem. GSBG.

Ausgleichstaxfonds

Der Ausgleichstaxfonds hat seine Rechtsgrundlage im § 10 des Behinderteneinstellungsgesetzes, BGBl. Nr. 22/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996.

Die Einnahmen des Fonds bestehen aus den nach dem Behinderteneinstellungsgesetz zu entrichtenden Ausgleichstaxen sowie aus den Erträgen der Veranlagung des Fondsvermögens. Die Mittel des Fonds sind für Zwecke der Fürsorge für die nach dem Behinderteneinstellungsgesetz begünstigten Personen, zur Ausstattung von Geschützten Werkstätten mit Maschinen und sonstigen Behelfen, für die Gewährung von Zuschüssen an Betriebe zur Erleichterung der Einstellung und Beschäftigung von Behinderten, für Zwecke der Fürsorge für die nach dem Kriegsofferversorgungsgesetz anspruchsberechtigten Personen sowie für Inhaber einer Amtsbescheinigung oder eines Opferausweises und deren Witwen, Witwer, Waisen, Kinder, hinterbliebene Lebensgefährtinnen

und Lebensgefährten sowie für Personen, die — ohne Inhaber einer Amtsbescheinigung zu sein — wiederkehrende Leistungen nach dem OFG beziehen, zu verwenden.

Der Fonds wird vom Bundesminister für Arbeit, Gesundheit und Soziales unter Anhörung eines Beirates verwaltet, der aus Vertretern der organisierten Kriegsoffer, organisierten Behinderten, Opferbefürsorgten, Ländervertretern sowie Vertretern der Dienstnehmer und Dienstgeber und des Bundesministeriums für Finanzen besteht.

Kriegsofferfonds

Der Kriegsofferfonds hat seine Rechtsgrundlage im Bundesgesetz BGBl. Nr. 217/1960, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 757/1996, und wird vom Bundesminister für Arbeit, Gesundheit und Soziales unter Anhörung eines Beirates verwaltet. Zweck des Fonds ist die Fürsorge für Beschädigte und Witwen mit einem Anspruch auf eine Rente nach dem Kriegsoffer- oder Heeresversorgungsgesetz, die einer finanziellen Hilfe bedürfen, und zwar durch Gewährung zinsfreier Darlehen.

Nationalfonds zur besonderen Hilfe für Behinderte

Der Nationalfonds zur besonderen Hilfe für Behinderte hat seine Rechtsgrundlage im Bundesbehindertengesetz, BGBl. Nr. 283/1990, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996.

Aus dem Fonds werden Leistungen für besondere Maßnahmen der medizinischen, beruflichen oder sozialen Rehabilitation gewährt, sofern keine anderen Förderungsmöglichkeiten bestehen und dadurch soziale Härtefälle beseitigt werden. Empfänger von Leistungen können Personen sein, die auf Grund eines körperlichen, geistigen oder psychischen Schadens voraussichtlich dauernd außerstande sind, sich voll oder teilweise aus eigener Kraft wie ein nichtbehinderter Mensch die entsprechende Stellung in Beruf und Gesellschaft zu sichern, und Vereine, die sich überwiegend die Betreuung behinderter Menschen zur Aufgabe gestellt haben und die eine angestrebte und im öffentlichen Interesse gelegene Rehabilitationsmaßnahme aus eigenen Mitteln nicht zu finanzieren vermögen. Zuwendungen erfolgen nach Maßgabe der Fondsmittel.

Weiters wird behinderten Menschen unter bestimmten Voraussetzungen die Mehrbelastung abgegolten, die sich aus der Normverbrauchsabgabe und der anteiligen Umsatzsteuer beim Ankauf von Kraftfahrzeugen ergibt. Diese Ausgaben werden dem Fonds vom Bund ersetzt (siehe auch Voranschlagsansatz 1/15436).

Die Verwaltung des Fonds obliegt dem Bundesminister für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Organ des Fonds ist ein Kuratorium, dem Vertreter des Bundes, der Länder, der im Hauptausschuß des Nationalrates vertretenen Parteien, des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger und von Vereinigungen, die die Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen von Behinderten zum Ziele haben, angehören.

Titel 159 Verschiedene Dienststellen

Gesetzliche Grundlagen

- Arbeitsverfassungsgesetz, BGBl. Nr. 22/1974, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/1997;
- Schlichtungsstellen — Geschäftsordnung, BGBl. Nr. 444/1987;
- Heimarbeitsgesetz 1960, BGBl. Nr. 105/1961, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 836/1992;
- Verordnung über die Errichtung von Heimarbeitskommissionen, BGBl. Nr. 683/1995;
- Heimarbeitskommissions-Rahmengeschäftsordnung, BGBl. Nr. 223/1954, zuletzt geändert durch die Verordnung BGBl. Nr. 737/1993;
- Arbeitsinspektionsgesetz 1993, BGBl. Nr. 27/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 871/1995;
- Strahlenschutzgesetz, BGBl. Nr. 227/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 396/1986;
- Strahlenschutzverordnung, BGBl. Nr. 47/1972;
- Bundesbediensteten-Schutzgesetz — BSG, BGBl. Nr. 164/1977, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 323/1977;
- Ausländerbeschäftigungsgesetz 1975, BGBl. Nr. 218/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 231/1988.

Kapitel 15 — Titel 159

93

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1996	207,4	62,5	270,0	5,8
1997	210,3	66,8	277,1	6,2
1998	223,5	80,9	304,4	6,2

Paragraph 1590 Heimarbeitskommissionen**Aufgaben und Organisation**

Anzahl der Ämter:

Bei den 16 für Arbeits- und Sozialrechtssachen zuständigen Gerichtshöfen erster Instanz sind auf Antrag Schlichtungsstellen gemäß § 144 Abs. 1 Arbeitsverfassungsgesetz zu errichten;

3 Heimarbeitskommissionen, u. zw. 2 in Wien und eine in Vorarlberg; Berufungskommission für Heimarbeit.

Die Schlichtungsstellen entscheiden in Streitigkeiten über den Abschluß, die Änderung oder die Aufhebung von Betriebsvereinbarungen gemäß §§ 96 a Abs. 1 und 97 Abs. 1 Z 1—6 a Arbeitsverfassungsgesetz.

Die Heimarbeitskommissionen sind auf Grund des Heimarbeitsgesetzes 1960 errichtet. Sie haben die Aufgabe, für die ihrer Zuständigkeit unterworfenen Zweige der Heimarbeit die Arbeits- und Lieferungsbedingungen zu regeln, Heimarbeitstarife zu erlassen, Entgeltberechnungen auf ihre Übereinstimmung mit dem jeweils geltenden Heimarbeitsgesamtvertrag, Heimarbeitstarif (Kollektivvertrag, Tarifordnung) oder Einzelvertrag zu überprüfen und das für die Stück- oder Leistungseinheit gebührende Entgelt festzustellen (zur Erledigung dieser Aufgabe hat die Heimarbeitskommission einen Entgeltberechnungsausschuß einzusetzen). Weiters haben die Heimarbeitskommissionen einen Kataster der von ihnen erlassenen Heimarbeitstarife und der hinterlegten Heimarbeitsgesamtverträge zu führen bzw. Gutachten über deren Auslegung abzugeben.

Die Berufungskommission für Heimarbeit entscheidet über Berufungen gegen Bescheide der Entgeltberechnungsausschüsse endgültig.

Ausgaben

Dieser Paragraph umfaßt die Personalausgaben und die Ausgaben für Anlagen und Aufwendungen der Heimarbeitskommissionen und der Berufungskommission; hinsichtlich der Schlichtungsstellen sind die Aufwandsentschädigungen der Vorsitzenden, der Beisitzer und Kanzleibediensteten sowie andere Verwaltungsaufwendungen berücksichtigt.

Die Kanzleigeschäfte der Schlichtungsstellen werden von Bediensteten aus dem Personalstand des jeweils zuständigen mit Arbeits- und Sozialrechtssachen in erster Instanz befaßten Gerichtshofes besorgt.

Paragraph 1592 Arbeitsinspektion**Aufgaben und Organisation**

Die Arbeitsinspektion hat auf Grund des Arbeitsinspektionsgesetzes 1993, BGBl. Nr. 27, im Rahmen ihres Wirkungsbereiches den gesetzlichen Schutz der Arbeitnehmer wahrzunehmen. Es bestehen 20 Arbeitsinspektorate, u. zw.: 7 Inspektorate mit dem Sitz in Wien (der Wirkungsbereich von 2 Arbeitsinspektoraten und des Arbeitsinspektorates für Bauarbeiten erstreckt sich zum Teil auch auf Gebiete von Niederösterreich) und je ein Inspektorat in Wiener Neustadt, St. Pölten, Krems, Linz, Wels, Vöcklabruck, Salzburg, Graz, Leoben, Klagenfurt, Innsbruck (mit einer Außenstelle in Lienz), Bregenz und Eisenstadt. Durch das Inkrafttreten des Bundesbediensteten-Schutzgesetzes — BSG, BGBl. Nr. 164/1977, mit 1. Jänner 1978 wurde der Aufgabenbereich der Arbeitsinspektion auf die Dienststellen des Bundes, ausgenommen jene, die der Verkehrs-Arbeitsinspektion unterliegen, ausgedehnt.

Anlagen

Vor allem wurde für die durch die immer weiterschreitende technische Entwicklung in der Arbeitswelt notwendige Vervollständigung des technischen Ausstattungsstandards auf dem Meßgerätesektor vorgesorgt.

Von den zur Verfügung stehenden Dienstkraftwagen sind 2 im Jahre 1998 durch neue zu ersetzen. Der restliche Voranschlag betrifft die Anschaffung von Büromaschinen und Amtsausstattung.

Förderungen

Nach § 3 Abs. 4 des Arbeitsinspektionsgesetzes 1993 hat die Arbeitsinspektion auf die Weiterentwicklung des Arbeitnehmerschutzes besonders zu achten und nötigenfalls die hierfür notwendigen Veranlassungen zu treffen. Die hier vorgesehenen Mittel dienen dieser der Arbeitsinspektion auferlegten Verpflichtung.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Auf Grund des Strahlenschutzgesetzes, BGBl. Nr. 227/1969, und der Strahlenschutzverordnung, BGBl. Nr. 47/1972, ist der Bund verpflichtet, die Kosten der ärztlichen Untersuchungen beruflich strahlenexponierter Personen zu einem Drittel, für einen besonderen Personenkreis jedoch zur Gänze, zu tragen. Die Kosten der Untersuchungen auf Inkorporation radioaktiver Stoffe (Ganzkörpermessungen und Ausscheidungsanalysen) sind besonders hoch.

Weiters ist der Aufwand für Familienbeihilfen vorgesehen.

Aufwendungen

Für die Durchführung der Aufgaben der Arbeitsinspektion sind 364 Planstellen für Arbeitsinspektoren vorgesehen. Die noch zu intensivierende Tätigkeit dieser Organe erfolgt zum größten Teil im Außendienst; in erster Linie werden Betriebsinspektionen durchgeführt. Ferner nehmen die Arbeitsinspektoren an kommissionellen Verhandlungen im Zuge der Errichtung oder Erweiterung von Betriebsanlagen teil und führen besondere Erhebungen in Angelegenheiten des technischen und arbeitshygienischen Arbeitnehmerschutzes sowie des Verwendungsschutzes und Kontrollen hinsichtlich der illegalen Ausländerbeschäftigung (inklusive Parteistellung im Verfahren) durch. Infolge des großen Umfanges der Außendiensttätigkeit entfallen rd. 36 vH der Aufwendungen auf Inlandreisen.

Weiters ist hier auch der Verwaltungsaufwand berücksichtigt.

Kapitel 16 — Titel 160

95

Kapitel 16 Sozialversicherung

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 21/1997, insbesondere Anlage zu § 2, Teil 2, Abschnitt D, für die Sozialversicherung.

Gesamtgebarung

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1996	69 631,2	1 456,8
1997	63 599,5	143,0
1998	67 898,0	135,0

Im einzelnen ist zu bemerken:

Titel 160 Bundesministerium; Pensionsversicherung (Bundesbeitrag)**Gesetzliche Grundlagen**

Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG), BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/1997, §§ 80 und 80a;

Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz (GSVG), BGBl. Nr. 560/1978, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/1997, § 34;

Bundesgesetz über die Sozialversicherung freiberuflich selbständig Erwerbstätiger (FSVG), BGBl. Nr. 624/1978, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/1997; unter Berücksichtigung der Verordnung des Bundesministers für soziale Verwaltung vom 23. Dezember 1978, BGBl. Nr. 662/1978;

Bauern-Sozialversicherungsgesetz (BSVG), BGBl. Nr. 559/1978, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/1997, § 31;

Nachtschwerarbeitsgesetz (NSchG), BGBl. Nr. 354/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 473/1992 (NSchG-Novelle 1992), Art. XI;

Aufwertungszahl für 1998 1,024 gemäß BGBl. II Nr. 000/1997;

Anpassungsfaktor für 1998 0,000 gemäß BGBl. II Nr. 000/1997.

Aufgaben

Die Grundsätze, nach denen die Errechnung der Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung erfolgten, waren nach Kriegsende vielen Änderungen unterworfen. Eine ausführliche Darstellung dieser Änderungen und die Entwicklung bis zum Jahre 1984 ist im Amtsbeihilf zum Bundesfinanzgesetz 1977 I. Teil, Abschnitt C. Sonstiges (Punkt VII. 4.11) und in den entsprechenden Abschnitten der Amtsbeihilfe der Folgejahre enthalten. Ab dem Jahre 1985 sind die Bundesbeiträge in der Pensionsversicherung sowohl der Unselbständigen als auch der Selbständigen in Form einer Ausfallhaftung mit einem Mehrertrag von 0,5 vH, ab dem Jahre 1987 mit einem Mehrertrag von 0,2 vH der Gesamtaufwendungen und ab dem Jahre 1994 ohne Mehrertrag festgesetzt.

Die Aufbringung der Mittel in der Pensionsversicherung nach dem ASVG erfolgt durch Beiträge der Versicherten, der Dienstgeber und durch den Bundesbeitrag; in der Pensionsversicherung nach dem GSVG und dem BSVG tritt anstelle der Dienstgeberbeiträge ein Beitrag des Bundes.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1996	57 071,5	1 273,1
1997	50 889,1	0,0
1998	56 143,4	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Durch die Einsparungsmaßnahmen der Budgetbegleitgesetze des Jahres 1997 konnte der zu erwartende Aufwand für 1998 im Vergleich zum erwarteten Erfolg 1997 gesenkt werden und beträgt nunmehr rd. 56,1 Milliarden Schilling.

Bei den im Jahr 1996 aufscheinenden Einnahmen handelt es sich um im Jahr 1995 zu hoch akontierte Bundesbeiträge, die refundiert wurden.

Ausgaben

In der Pensionsversicherung nach dem ASVG leistet der Bund gemäß § 80 ASVG für jedes Geschäftsjahr einen Beitrag in der Höhe des Betrages, um den die Aufwendungen die Erträge übersteigen. Hierbei sind bei den Aufwendungen die Ausgleichszulagen, bei den Erträgen der Bundesbeitrag und die Ersätze für Ausgleichszulagen außer Betracht zu lassen.

In der Pensionsversicherung nach dem GSVG hat der Bund gemäß § 34 Abs. 1 GSVG für jedes Geschäftsjahr aus dem Steueraufkommen der nach diesem Bundesgesetz Pflichtversicherten einen Beitrag zu überweisen. Gemäß § 34 Abs. 2 leistet der Bund darüber hinaus einen Beitrag in der Höhe des Betrages, um den die Aufwendungen die Erträge übersteigen.

In der Pensionsversicherung nach dem BSVG hat der Bund gemäß § 31 Abs. 2 BSVG für jedes Geschäftsjahr einen Beitrag zu leisten. Gemäß § 31 Abs. 3 leistet der Bund darüber hinaus einen Beitrag in der Höhe des Betrages, um den die Aufwendungen die Erträge übersteigen.

In der Pensionsversicherung nach dem GSVG bzw. dem BSVG sind bei der Berechnung des Bundesbeitrages gemäß § 34 Abs. 2 GSVG bzw. § 31 Abs. 3 BSVG bei den Aufwendungen die Ausgleichszulagen, bei den Erträgen der Bundesbeitrag und die Ersätze für Ausgleichszulagen außer Betracht zu lassen.

Die Eckdaten der Gebarung 1998 der Pensionsversicherungsträger:

Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter

Durchschnittlicher Stand an Pensionen.....	967 358
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten.....	1 212 000
	Millionen Schilling
Pensionsaufwand	104 064,4
Pflichtbeiträge.....	58 868,4
Überweisungen aus dem Ausgleichsfonds.....	32 422,9
Bundesbeitrag für 1998.....	21 445,5

Versicherungsanstalt der österr. Eisenbahnen

Durchschnittlicher Stand an Pensionen.....	15 210
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten.....	16 500
	Millionen Schilling
Pensionsaufwand	1 694,7
Pflichtbeiträge.....	974,0
Überweisungen aus dem Ausgleichsfonds.....	638,6
Bundesbeitrag für 1998.....	426,2

Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten

Durchschnittlicher Stand an Pensionen.....	564 499
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten.....	1 350 600
	Millionen Schilling
Pensionsaufwand	101 492,0
Pflichtbeiträge.....	89 026,0
Überweisungen aus dem Ausgleichsfonds.....	11 693,8
Bundesbeitrag für 1998.....	7 738,5

Versicherungsanstalt der österr. Bergbaues

Durchschnittlicher Stand an Pensionen.....	25 031
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten.....	8 900
	Millionen Schilling
Pensionsaufwand	4 481,2
Pflichtbeiträge.....	843,0
Überweisungen aus dem Ausgleichsfonds.....	2 549,7
Bundesbeitrag für 1998.....	1 680,5

Kapitel 16 — Titel 160

97

Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft

Durchschnittlicher Stand an Pensionen nach dem GSVG.....	153 762
Durchschnittlicher Stand an Pensionen nach dem FSVG.....	1 130
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten nach dem GSVG.....	217 550
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten nach dem FSVG.....	11 850

Millionen Schilling

Pensionsaufwand nach dem GSVG.....	21 293,5
Pensionsaufwand nach dem FSVG	308,3
Pflichtbeiträge der selbständig Erwerbstätigen.....	9 040,0
Pflichtbeiträge der freiberuflich selbständig Erwerbstätigen.....	986,0
Überweisungen aus dem Ausgleichsfonds.....	869,7
Bundesmittle für 1998	12 722,1

Sozialversicherungsanstalt der Bauern

Durchschnittlicher Stand an Pensionen.....	193 313
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten.....	194 650

Millionen Schilling

Pensionsaufwand	15 004,8
Pflichtbeiträge	4 419,0
Überweisungen aus dem Ausgleichsfonds.....	829,3
Bundesmittle für 1998	12 130,6

Anpassung der Pensionen

In verschiedenen Novellen zum ASVG und später auch zum GSPVG war der Versuch unternommen worden, durch eine pauschale und später durch eine individuelle Aufwertung der Pensionen der wirtschaftlichen Entwicklung Rechnung zu tragen und damit möglichst alle Pensionen, ungeachtet des Zeitpunktes ihres Anfalles, dem Lohn- und Gehaltsniveau eines bestimmten Jahres anzupassen.

Ab dem Jahre 1966 wurde im Zusammenhang mit der Einführung der Pensionsdynamik eine Neuregelung in Form des Pensionsanpassungsgesetzes, BGBl. Nr. 96/1965, getroffen.

Durch dieses Bundesgesetz wurden die bisher nur fallweisen Nachziehungen der laufenden Geldleistungen aus der Pensions- und Unfallversicherung durch ein System regelmäßiger Anpassung ersetzt.

Der Beirat für die Renten- und Pensionsanpassung kann bis zum 15. Juli eines jeden Jahres dem Bundesminister für Arbeit und Soziales eine vorläufige Empfehlung darüber vorlegen, in welcher Höhe der Anpassungsfaktor festgesetzt werden soll. Bis zum 31. Oktober eines jeden Jahres hat der Beirat dem Bundesminister für Arbeit und Soziales in einem Gutachten den Anpassungsfaktor vorzuschlagen. Dabei hat der Beirat die Grundsätze des § 108 f Abs. 3, 4 und 5 ASVG zu berücksichtigen, nach denen auf den Anpassungsrichtwert und die Anpassungsbandbreite Bedacht zu nehmen ist. Dabei steht dem Beirat eine vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales vorgelegte Berechnung über die voraussichtliche Gebarung der Träger der Pensionsversicherung für die folgenden fünf Jahre zur Verfügung. Die Festsetzung des jeweiligen Anpassungsfaktors erfolgt durch Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Soziales.

7 Arbeits(Amts)behelf zum BFG 1998

Die Entwicklung der Anpassungsfaktoren ab 1966 zeigt die folgende Übersicht:

für das Jahr			
1966.....	1,070	1983.....	1,055
1967.....	1,081	1984.....	1,040
1968.....	1,064	1985.....	1,033
1969.....	1,071	1986.....	1,035
1970.....	1,054	1987.....	1,038
1971.....	1,071	1988.....	1,023
1972.....	1,074	1989.....	1,021
1973.....	1,090	1990.....	1,040 ¹⁾
1974.....	1,104	1991.....	1,050
1975.....	1,102	1992.....	1,040
1976.....	1,115	1993.....	1,040
1977.....	1,070	1994.....	1,025
1978.....	1,069	1995.....	1,028
1979.....	1,065	1996.....	1,023
1980.....	1,056	1997.....	1,000
1981.....	1,051	1998.....	1,010
1982.....	1,052		

¹⁾ 3,0% und 1,0% (4,03%).

Die Wirkung der Anpassung auf die Höhe der einzelnen Pensionen veranschaulicht die folgende Übersicht. Den Erhöhungen durch die Anpassung wurden die Steigerungen des Index der Verbraucherpreise gegenübergestellt.

Eine Pension von 2000 S im Jahre 1965 erhöhte sich seither

im Jahre	auf in Schilling	Jährliche Steigerung	
		der Pension in Prozent	des VPI
1966.....	2 140,00	7,0	2,2
1967.....	2 313,30	8,1	4,0
1968.....	2 461,40	6,4	2,8
1969.....	2 636,20	7,1	3,1
1970.....	2 778,60	5,4	4,4
1971.....	2 975,90	7,1	4,7
1972.....	3 196,10	7,4	6,3
1973.....	3 483,70	9,0	7,6
I/1974 ¹⁾	3 846,00	12,1	9,5
VII/1974 ²⁾	3 961,40		
I/1975 ³⁾	4 365,50	13,5	8,4
VII/1975 ²⁾	4 496,50		
1976 ⁴⁾	5 013,60	13,1	7,3
1977.....	5 364,60	7,0	5,5
1978.....	5 734,80	6,9	3,6
1979.....	6 107,60	6,5	3,7
1980.....	6 449,60	5,6	6,4
1981.....	6 778,50	5,1	6,8
1982.....	7 131,00	5,2	5,4
1983.....	7 523,20	5,5	3,3
1984.....	7 824,10	4,0	5,6
1985.....	8 082,30	3,3	3,2
1986.....	8 365,20	3,5	1,7
1987.....	8 683,10	3,8	1,4
I/1988.....	8 683,10	1,2	2,0
VII/1988 ⁵⁾	8 882,80		

Fußnoten siehe Seite 99

Kapitel 16 — Titel 161

99

im Jahre	auf in Schilling	der Pension	Jährliche Steigerung des VPI in Prozent
1989 ⁶⁾	9 069,30	3,3	2,5
1990 ⁷⁾	9 434,80	4,0	3,3
1991	9 906,50	5,0	3,3
1992	10 302,80	4,0	4,1
1993	10 714,90	4,0	3,6
1994	10 982,80	2,5	3,0
1995	11 290,30	2,8	2,2
1996	11 550,00	2,3	1,9
1997	11 550,00	0,0	1,9 ⁸⁾
1998	11 665,50	1,0	1,6 ⁸⁾

1) Erhöhung um 10,4%.

2) Erhöhung um 3,0%.

3) Erhöhung um 10,2%.

4) Erhöhung am 1. Jänner 1976 um 11,5%.

5) Erhöhung um 2,3%.

6) Erhöhung am 1. Jänner 1989 um 2,1%.

7) Erhöhung am 1. Jänner 1990 um 3,0% und 1,0% (4,03%).

8) Schätzwert.

Titel 161 Bundesministerium; Ausgleichszulagen**Gesetzliche Grundlagen**

Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG), BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/1997, § 293;

Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz (GSVG), BGBl. Nr. 560/1978, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/1997, § 150;

Bauern-Sozialversicherungsgesetz (BSVG), BGBl. Nr. 559/1978, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/1997, § 141;

Aufwertungszahl für 1998 1,024 gemäß BGBl. II Nr. 000/1997;

Anpassungsfaktor für 1997 0,000 gemäß BGBl. II Nr. 000/1997;

Finanzausgleichsgesetz 1997 (FAG 1997), BGBl. Nr. 201/1996.

Aufgaben

Durch die Ausgleichszulage soll dem Pensionsberechtigten — außerhalb der eigentlichen Versicherungsleistungen — eine gewisse Mindestleistung (Richtsatz) unter Berücksichtigung seines Gesamteinkommens und seines Familienstandes garantiert werden.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1996	11 054,1	38,0
1997	11 151,4	0,0
1998	10 188,5	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Der Rückgang im Jahr 1998 ist auf die jährlich rückläufige Entwicklung des Ausgleichszulageaufwandes zurückzuführen; der Anstieg im Jahre 1997 ist im wesentlichen dadurch begründet, daß in diesem Jahr anstelle einer normalen Pensionsanpassung eine zusätzliche Ausgleichszulage in den Monaten Jänner und Juli geleistet wurde.

Bei den im Jahre 1996 aufscheinenden Einnahmen handelt es sich um im Jahre 1995 an die Träger der Pensionsversicherung zu hoch akontierte ausgleichszulagen, die refundiert wurden.

Ausgaben

Nach den Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes 1993 bzw. 1997 trägt der Bund die nach dem ASVG, GSVG und BSVG ausbezahlten Ausgleichszulagen.

Gemäß den §§ 293 ASVG, 150 GSVG und 141 BSVG betragen die Richtsätze ab 1. Jänner 1998 (zum Vergleich ab 1. Jänner 1997):

	Schilling
1. für Pensionsberechtigte aus eigener Pensionsversicherung	
a) wenn sie mit dem Ehegatten (der Ehegattin) im gemeinsamen Haushalt leben	11 366
b) wenn die Voraussetzungen nach a) nicht zutreffen	7 966
2. für Pensionsberechtigte auf Witwen-(Witwer-)Pension	7 966
3. für Pensionsberechtigte auf Waisenpension	
a) bis zur Vollendung des 24. Lebensjahres	2 974
falls beide Elternteile verstorben sind	4 467
b) nach Vollendung des 24. Lebensjahres	5 285
falls beide Elternteile verstorben sind	7 966

Der Richtsatz nach 1. erhöht sich für jedes Kind um 848 Schilling.

Die Richtsätze sind im letzten Jahrzehnt mehrere Male über die normale Anpassung der Pensionen hinaus erhöht worden. Die Entwicklung der Mindestpension (Richtsatz) für Alleinstehende und Verheiratete seit 1966 zeigt die nachstehende Übersicht. Gegenübergestellt wurden die Steigerungen des Pensionistenindex.

Richtsätze für Ausgleichszulagenempfänger

	Richtsatz für Alleinstehende in Schilling	jährliche Steigerung in %	Richtsatz für Verheiratete in Schilling	jährliche Steigerung in %	jährliche Steigerung des Pensionistenindex in %
VII/1965	915	—	1 265	—	—
1966	979	7,0	1 354	7,0	2,6
1967	1 068	9,1	1 483	9,5	5,8
1968	1 136	6,4	1 578	6,4	3,3
1969	1 217	7,1	1 690	7,1	3,4
I/1970 ¹⁾	1 283		1 782		
VII/1970 ²⁾	1 333	7,5	1 851	7,5	5,0
I/1971 ³⁾	1 428		1 983		
VII/1971 ⁴⁾	1 528	13,0	2 122	13,0	5,4
1972 ⁵⁾	1 641	11,0	2 279	11,0	6,9
1973	1 800	9,7	2 575	13,0	7,8
I/1974 ⁶⁾	2 000		2 861		
VII/1974 ⁷⁾	2 060	12,8	2 947	12,8	8,5
I/1975 ⁸⁾	2 285		3 270		
VII/1975 ⁷⁾	2 354	14,3	3 368	14,3	9,1
1976 ⁹⁾	2 625	13,2	3 755	13,1	8,0
1977	2 860	9,0	4 090	8,9	6,0
1978	3 092	8,1	4 422	8,1	3,7
1979	3 308	7,0	4 731	7,0	3,7
1980	3 493	5,6	4 996	5,6	6,0
1981	3 703	6,0	5 316	6,4	7,3
1982	3 955	6,8	5 677	6,8	5,9
1983	4 173	5,5	5 989	5,5	3,2
1984 ¹⁰⁾	4 370	4,7	6 259	4,5	6,0
1985	4 514	3,3	6 466	3,3	3,3
1986	4 672	3,5	6 692	3,5	2,1
1987	4 868	4,2	6 973	4,2	0,4
1988	5 004	2,8	7 168	2,8	1,1
1989	5 134	2,6	7 354	2,6	1,9
I/1990 ¹¹⁾	5 434		7 784		
VII/1990 ¹²⁾	5 574	7,2	7 984	7,2	2,8
1991 ¹³⁾	6 000	9,0	8 600	9,1	3,6
1992	6 500	8,3	9 317	8,3	3,5
1993	7 000	7,7	9 967	7,0	3,0

Fußnoten siehe Seite 101.

Kapitel 16 — Titel 162

101

	Richtsatz für Alleinstehende in Schilling	jährliche Steigerung in %	Richtsatz für Verheiratete in Schilling	jährliche Steigerung in %	jährliche Steigerung des Pensionistenindex in %
1994	7 500	7,1	10 700	7,4	2,8
1995	7 710	2,8	11 000	2,8	1,5
1996	7 887	2,3	11 253	2,3	2,1
1997	7 887	0,0	11 253	0,0	2,1 ¹⁴⁾
1998	7 966	1,0	11 366	1,0	1,8 ¹⁴⁾

1) Erhöhung um 5,4%.

2) Erhöhung um 50 S für Alleinstehende bzw. 69 S für Verheiratete.

3) Erhöhung um 7,1%.

4) Erhöhung um 100 S für Alleinstehende bzw. 139 S für Verheiratete.

5) Erhöhung am 1. Jänner 1972 um 7,4%.

6) Erhöhung um 11,1%.

7) Erhöhung um 3,0%.

8) Erhöhung um 10,9% für Alleinstehende bzw. 11,0% für Verheiratete.

9) Erhöhung am 1. Jänner 1976 um 11,5%.

10) Erhöhung am 1. Jänner 1984 um 4,0% und um 30 S.

11) Erhöhung um 300 S für Alleinstehende bzw. 430 S für Verheiratete.

12) Erhöhung um 140 S für Alleinstehende bzw. 200 S für Verheiratete.

13) Erhöhung am 1. Jänner 1991 um 7,6% für Alleinstehende bzw. 7,7% für Verheiratete.

14) Schätzwert.

Titel 162 Bundesministerium; Leistungen zur Krankenversicherung

Gesetzliche Grundlagen

Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG), BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/1997, § 132 a;

Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz (GSVG), BGBl. Nr. 560/1978, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/1997, § 88;

Bauern-Sozialversicherungsgesetz (BSVG), BGBl. Nr. 559/1978, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/1997, §§ 31 und 81;

Aufwertungsanzahl für 1998 1,024 gemäß BGBl. II Nr. 000/1997;

Anpassungsfaktor für 1998 0,000 gemäß BGBl. II Nr. 000/1997.

Aufgaben

In der Krankenversicherung nach dem BSVG beteiligt sich der Bund an der Finanzierung der Aufwendungen.

Die Träger der Krankenversicherung haben die bei ihnen pflichtversicherten Jugendlichen zwecks Überwachung ihres Gesundheitszustandes jährlich mindestens einmal einer ärztlichen Untersuchung zu unterziehen.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Schilling
1996	883,9	—
1997	905,0	0,0
1998	897,0	0,0

Ausgaben

Gemäß § 31 Abs. 1 BSVG hat der Bund für das Geschäftsjahr 1993 einen Beitrag in der Höhe von 800 Millionen Schilling zu leisten. Der Beitrag des Bundes für jedes weitere Geschäftsjahr ist so festzustellen, daß der jeweils für das vorangegangene Geschäftsjahr geltende Beitrag mit dem jeweils für das Geschäftsjahr festgesetzten Anpassungsfaktor zu vervielfachen ist.

Gemäß den §§ 132 a Abs. 4 ASVG, 88 Abs. 4 GSVG und 81 Abs. 4 BSVG hat der Bund für Jugendlichenuntersuchungen den Trägern der Krankenversicherung 50 vH der Untersuchungskosten sowie 60 vH der Fahrtkosten zu ersetzen. Im Jahre 1998 kommen die Ersätze für das Jahr 1997 zur Abrechnung.

Titel 164 Bundesministerium; sonstige Leistungen zur Sozialversicherung**Gesetzliche Grundlagen**

Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG), BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/1997, § 74 a;

Bauern-Sozialversicherungsgesetz (BSVG), BGBl. Nr. 559/1978, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/1997, § 31;

Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz (B-KUVG), BGBl. Nr. 200/1967, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/1997, § 117;

Auslandsrenten-Übernahmegesetz (ARÜG), BGBl. Nr. 290/1961, samt Ergänzung, BGBl. Nr. 114/1962, § 18;

Aufwertungszahl für 1998 1,024 gemäß BGBl. II Nr. 000/1997;

Anpassungsfaktor für 1998 0,000 gemäß BGBl. II Nr. 000/1997.

Aufgaben

Zur Verbesserung des Unfallversicherungs-Schutzes können die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren (Feuerwehrverbände), die Mitglieder der Landesverbände des Österreichischen Roten Kreuzes sowie die Mitglieder sonstiger im § 176 Abs. 1 Z 7 ASVG genannten Körperschaften (Vereinigungen) in die Zusatzversicherung in der Unfallversicherung einbezogen werden.

Nach dem ARÜG können die Versicherungsträger unter gewissen Voraussetzungen an österreichische Staatsbürger Vorschüsse auf Rentenansprüche aus einer ausländischen Rentenversicherung und auf Leistungsansprüche aus einer ausländischen Unfallversicherung gewähren.

In der Unfallversicherung nach dem BSVG beteiligt sich der Bund an der Finanzierung der Aufwendungen.

Über Ersuchen internationaler Organisationen werden von der Bundesregierung österreichische Einheiten zur Hilfeleistung in das Ausland (zB Nahostkonflikt, Zypemkrise) entsendet, wobei die Mitglieder dieser Einheiten unter vollem Versicherungsschutz stehen.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1996	322,9	13,0
1997	334,0	0,0
1998	344,8	0,0

Ausgaben

Gemäß § 74 a Abs. 2 ASVG leistet der Bund für jeden gemäß § 22 a ASVG in der Zusatzversicherung in der Unfallversicherung Versicherten einen Jahresbeitrag. Dieser Beitrag ist nach Ablauf des betreffenden Kalenderjahres der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt zu überweisen.

Gemäß § 31 Abs. 4 BSVG leistet der Bund zu der von der Sozialversicherungsanstalt der Bauern durchgeführten Unfallversicherung für jedes Geschäftsjahr einen Beitrag in der Höhe eines Drittels der für dieses Jahr fällig gewordenen Beiträge gemäß § 30 Abs. 1 und 6 sowie in der Höhe eines Drittels der in diesem Geschäftsjahr eingezahlten Beiträge gemäß § 30 Abs. 3.

Gemäß § 117 B-KUVG hat der Bund der Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter Aufwendungen für Leistungen zu ersetzen, die auf Grund von Dienstunfällen und Berufskrankheiten an Personen zu gewähren sind, die von der Bundesregierung auf Ersuchen internationaler Organisationen ins Ausland entsendet werden.

Kapitel 16 — Titel 165

103

Titel 165 Bundesministerium; Leistungen nach dem Nachtschwerarbeitsgesetz (NSchG)**Gesetzliche Grundlagen**

Nachtschwerarbeitsgesetz (NSchG), BGBl. Nr. 354/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 473/1992 (NSchG-Novelle 1992), Art. XI;

Aufwertungszahl für 1998 1,024 gemäß BGBl. II Nr. 000/1997;

Anpassungsfaktor für 1998 0,000 gemäß BGBl. II Nr. 000/1997.

Aufgaben

Für Arbeitnehmer, die Nachtschwerarbeit leisten, sind besondere gesetzliche Schutzmaßnahmen zur Verhinderung, Beseitigung oder Milderung der mit diesen Arbeiten verbundenen Erschwernisse oder zum Ausgleich von Belastungen vorgesehen.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1996	298,8	132,7
1997	320,0	143,0
1998	324,3	135,0

Ausgaben

Gemäß Artikel XI Abs. 2 NSchG ersetzt der Bund den Trägern der Pensionsversicherung nach dem ASVG den Aufwand für das Sonderruhegeld (Artikel X NSchG). Weiters ersetzt der Bund die Beiträge für die Krankenversicherung der Empfänger von Sonderruhegeld und die Leistungen der Gesundheitsvorsorge (Artikel IX NSchG) bis zum Höchstausmaß von 10 vH des Aufwandes für das Sonderruhegeld.

Gemäß Artikel XI Abs. 4 NSchG erhalten die Träger der Krankenversicherung eine Vergütung von den abgeführten Beiträgen (Voranschlagsansatz 2/16504).

Einnahmen

Gemäß Artikel XI Abs. 3 und 5 NSchG haben die Dienstgeber für jeden Nachtschwerarbeit leistenden Dienstnehmer (Artikel VII Abs. 2 NSchG) einen Nachtschwerarbeits-Beitrag im Ausmaß von 2,0 vH der für die Pensionsversicherung geltenden allgemeinen Beitragsgrundlage zu leisten. Dieser Beitrag ist auch von den Sonderzahlungen zu entrichten.

Statistische Daten:**Berechnungsgrundlagen für die gesamte Pensionsversicherung**

Durchschnittlicher Stand an Pensionen:	1994	1995	1996	1997 ¹⁾	1998 ¹⁾
Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit (Erwerbsunfähigkeit)	401 884	398 890	393 624	387 937	387 106
Alterspensionen	854 035	894 033	932 798	970 961	998 522
Witwerpensionen	27 923	29 646	31 309	33 150	33 715
Witwenpensionen	450 140	448 655	447 033	445 787	450 572
Waisenpensionen	51 895	51 064	51 007	51 162	50 388
Alle Pensionen . . .	1 785 877	1 822 288	1 855 771	1 888 997	1 920 303

¹⁾ Schätzung.

104

Kapitel 16

Durchschnittspensionen im Juli (ohne AZ):	1994	1995	1996	1997 ¹⁾	1998 ¹⁾
Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit (Erwerbsun- fähigkeit)	7 784 S	8 079 S	8 345 S	8 436 S	8 595 S
Alterspensionen	10 089 S	10 496 S	10 872 S	11 008 S	11 204 S
Witwerpensionen	2 393 S	2 720 S	3 080 S	3 174 S	3 283 S
Witwenpensionen	5 474 S	5 702 S	5 913 S	5 994 S	6 118 S
Waisenpensionen.....	2 009 S	2 115 S	2 212 S	2 256 S	2 321 S
Alle Pensionen . . .	8 052 S	8 425 S	8 772 S	8 922 S	9 113 S
Durchschnittliche Beitragsgrundlage (unter Berücksichtigung der Son- derzahlungen).....	21 917 S	22 740 S	23 308 S	23 861 S	24 393 S
Durchschnittlicher Stand an Pflicht- versicherten.....	2 997 811	3 014 549	2 998 256	3 004 050	3 012 050

Berechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung nach dem ASVG

Durchschnittlicher Stand an Pensionen:	1994	1995	1996	1997 ¹⁾	1998 ¹⁾
Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit	312 056	310 588	307 213	303 710	304 878
Alterspensionen	707 864	741 959	776 205	810 464	834 046
Witwerpensionen	22 332	23 831	25 273	26 868	27 305
Witwenpensionen	362 649	361 784	360 919	360 560	364 294
Waisenpensionen.....	42 543	41 955	42 013	42 204	41 575
Alle Pensionen . . .	1 447 444	1 480 117	1 511 623	1 543 806	1 572 098
Durchschnittspensionen im Juli (ohne AZ):					
Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit	8 414 S	8 720 S	8 999 S	9 087 S	9 237 S
Alterspensionen	10 416 S	10 806 S	11 173 S	11 293 S	11 477 S
Witwerpensionen	2 564 S	2 878 S	3 226 S	3 317 S	3 427 S
Witwenpensionen	5 770 S	6 001 S	6 213 S	6 286 S	6 407 S
Waisenpensionen.....	2 099 S	2 206 S	2 304 S	2 345 S	2 410 S
Alle Pensionen . . .	8 455 S	8 822 S	9 168 S	9 306 S	9 488 S
Durchschnittliche Beitragsgrundlage (unter Berücksichtigung der Son- derzahlungen).....	23 042 S	23 933 S	24 456 S	24 963 S	25 440 S
Durchschnittlicher Stand an Pflicht- versicherten.....	2 584 577	2 589 239	2 573 214	2 578 000	2 588 000

**Berechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung nach dem GSVG bei der Sozial-
versicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft**

Durchschnittlicher Stand an Pensionen:	1994	1995	1996	1997 ¹⁾	1998 ¹⁾
Erwerbsunfähigkeitspensionen	20 476	20 485	20 307	19 989	19 815
Alterspensionen	77 902	79 686	80 909	82 065	83 438
Witwerpensionen	2 164	2 251	2 344	2 473	2 516
Witwenpensionen	45 038	44 805	44 496	44 135	44 655
Waisenpensionen.....	3 526	3 419	3 379	3 406	3 338
Alle Pensionen . . .	149 106	150 646	151 435	152 068	153 762

¹⁾ Schätzung.

Kapitel 16

105

Durchschnittspensionen im Juli (ohne AZ):	1994	1995	1996	1997 ¹⁾	1998 ¹⁾
Erwerbsunfähigkeitspensionen	7 451 S	7 844 S	8 181 S	8 332 S	8 538 S
Alterspensionen	10 735 S	11 358 S	11 849 S	12 112 S	12 435 S
Witwerpensionen	2 525 S	2 678 S	3 514 S	3 651 S	3 831 S
Witwenpensionen	5 351 S	5 605 S	5 847 S	5 976 S	6 159 S
Waisenpensionen.....	2 117 S	2 260 S	2 357 S	2 431 S	2 525 S
Alle Pensionen . . .	8 335 S	8 833 S	9 253 S	9 480 S	9 754 S
Durchschnittliche Beitragsgrundlage (unter Berücksichtigung der Sonderzahlungen).....	17 331 S	18 336 S	19 386 S	20 355 S	21 373 S
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten.....	206 291	208 575	210 538	215 550	217 550

Berechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung nach dem FSVG bei der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft

Durchschnittlicher Stand an Pensionen:	1994	1995	1996	1997 ¹⁾	1998 ¹⁾
Erwerbsunfähigkeitspensionen	34	38	40	37	38
Alterspensionen	776	794	807	776	795
Witwerpensionen	9	10	11	10	11
Witwenpensionen	194	208	227	238	228
Waisenpensionen.....	54	61	67	62	58
Alle Pensionen . . .	1 067	1 111	1 152	1 123	1 130

Durchschnittspensionen im Juli (ohne AZ):	1994	1995	1996	1997 ¹⁾	1998 ¹⁾
Erwerbsunfähigkeitspensionen	14 463 S	14 798 S	14 728 S	15 049 S	15 254 S
Alterspensionen	20 631 S	21 652 S	22 267 S	22 493 S	22 767 S
Witwerpensionen	6 651 S	5 938 S	7 458 S	7 835 S	7 595 S
Witwenpensionen	10 889 S	11 218 S	11 427 S	11 456 S	11 562 S
Waisenpensionen.....	3 589 S	3 645 S	3 899 S	3 963 S	4 054 S
Alle Pensionen . . .	17 683 S	18 334 S	18 660 S	18 755 S	19 145 S
Durchschnittliche Beitragsgrundlage (unter Berücksichtigung der Sonderzahlungen).....	28 542 S	29 998 S	31 386 S	32 955 S	34 603 S
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten.....	9 767	10 337	10 872	11 350	11 850

Berechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung bei der Sozialversicherungsanstalt der Bauern

Durchschnittlicher Stand an Pensionen:	1994	1995	1996	1997 ¹⁾	1998 ¹⁾
Erwerbsunfähigkeitspensionen	69 318	67 779	66 064	64 201	62 375
Alterspensionen	67 493	71 594	74 877	77 656	80 243
Witwerpensionen	3 418	3 554	3 681	3 799	3 883
Witwenpensionen	42 259	41 858	41 391	40 854	41 395
Waisenpensionen.....	5 772	5 629	5 548	5 490	5 417
Alle Pensionen . . .	188 260	190 414	191 561	192 000	193 313

¹⁾ Schätzung.

106

Kapitel 16

**Durchschnittspensionen im Juli
(ohne AZ):**

	1994	1995	1996	1997 ¹⁾	1998 ¹⁾
Erwerbsunfähigkeitspensionen	5 043 S	5 212 S	5 353 S	5 383 S	5 471 S
Alterspensionen	5 793 S	6 206 S	6 568 S	6 760 S	6 982 S
Witwepensionen	1 180 S	1 680 S	1 783 S	1 838 S	1 906 S
Witwenpensionen	3 038 S	3 192 S	3 341 S	3 408 S	3 504 S
Waisenpensionen.....	1 267 S	1 334 S	1 404 S	1 441 S	1 496 S
Alle Pensionen . . .	4 676 S	4 961 S	5 210 S	5 337 S	5 494 S
Durchschnittliche Beitragsgrundlage (unter Berücksichtigung der Sonderzahlungen).....	11 634 S	11 864 S	12 417 S	12 866 S	13 232 S
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten.....	197 176	206 398	203 632	199 150	194 650

¹⁾ Schätzung.**Durchschnittseinkommen und Beitragsgrundlagen in der Pensionsversicherung der Unselbständigen**

	Durchschnittliches Monateinkommen ¹⁾ der		Durchschnittliche monatliche Beitragsgrundlage ²⁾ in der		
	Arbeiter	Angestellten	Pensionsversicherung der Arbeiter Schilling	Pensionsversicherung der Angestellten	Knappschaftlichen Pensionsversicherung
1988	14 807	22 895	14 789	19 547	22 895
1989	15 355	23 971	15 435	20 320	24 105
1990	16 307	25 266	16 362	21 328	25 404
1991	17 415	26 782	17 319	22 570	26 713
1992	18 425	28 228	18 334	23 953	28 415
1993	19 225	29 357	19 126	25 051	30 903
1994	19 890	30 179	19 863	26 084	32 909
1995	20 666 ³⁾	31 296 ³⁾	20 561	27 050	34 675
1996	21 389 ³⁾	32 266 ³⁾	21 021	27 591	35 666
1997	22 009 ³⁾	33 072 ³⁾	21 367 ³⁾	28 220 ³⁾	36 664 ³⁾
1998	23 888 ³⁾	36 168 ³⁾	21 757 ³⁾	28 708 ³⁾	37 796 ³⁾

Entwicklung der Höchstbeitragsgrundlage und der Beitragssätze in der Pensionsversicherung der Arbeiter und Angestellten

	monatliche Höchstbeitragsgrundlage Schilling	Beitrag gemäß § 51 ASVG		Zusatzbeitrag gemäß § 51 a ASVG		zusammen
		Dienstgeber	Dienstnehmer	Dienstgeber	Dienstnehmer	
		in Prozent der Beitragsgrundlage				
1988	27 600	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1989	28 200	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1990	28 800	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1991	30 000	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1992	31 800	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1993	33 600	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1994	36 000	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1995	37 800	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1996	39 000	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1997	40 800	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1998	45 000	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80

¹⁾ Grundlage für die Berechnungen bilden die Lohnsteuerstatistiken 1995 und 1994. Diese Daten wurde mit den Zuwachsraten der Bruttoverdienste je Arbeitnehmer fortgeschrieben bzw. rückgerechnet. Das durchschnittliche Monateinkommen versteht sich als Jahresbruttoeinkommen dividiert durch 12 und berücksichtigt nur Arbeitnehmer mit ganzjährigen Bezügen.

²⁾ Einschließlich aliquoter Sonderzahlungen.

³⁾ Schätzwerte.

Bundesmittel zur Pensionsversicherung — Gesamtausgaben des Bundes — Brutto-Inlandsprodukt

Gesamte Pensionsversicherung

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. ¹⁾	Ausgleichs- zulagen ¹⁾	Bundesmittel (BB+AZ) ¹⁾	Gesamtausgaben des Bundes ¹⁾	Brutto-Inlands- produkt ²⁾	Relativer Anteil der			
						Bundesbeiträge an den Gesamt- ausgaben des Bundes	Bundesmittel (BB+AZ) an den Gesamt- ausgaben des Bundes	Bundesbeiträge am Brutto- Inlandsprodukt	Bundesmittel (BB+AZ) am Brutto- Inlandsprodukt
						Sp. (1) : (4)	Sp. (3) : (4)	Sp. (1) : (5)	Sp. (3) : (5)
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	
			Millionen Schilling			%	%	%	%
1970	8 306	1 823	10 129	101 584	375 880	8,2	10,0	2,2	2,7
1971	8 285	2 507	10 792	112 567	419 620	7,4	9,6	2,0	2,6
1972	9 285	3 133	12 418	127 889	479 540	7,3	9,7	1,9	2,6
1973	9 554	3 388	12 942	141 151	543 460	6,8	9,2	1,8	2,4
1974	11 602	3 760	15 362	167 133	618 560	6,9	9,2	1,9	2,5
1975	16 836	4 121	20 957	196 697	656 120	8,6	10,7	2,6	3,2
1976	18 493	4 729	23 222	221 900	724 750	8,3	10,5	2,6	3,2
1977	21 133	4 918	26 051	236 658	796 190	8,9	11,0	2,7	3,3
1978	17 306 ³⁾	5 218	22 524 ³⁾	265 521	842 330	6,5	8,5	2,1	2,7
1979	18 557 ³⁾	5 452	24 009 ³⁾	288 134	918 540	6,4	8,3	2,0	2,6
1980	16 538 ³⁾	5 596	22 134 ³⁾	306 492	994 700	5,4	7,2	1,7	2,2
1981	18 714 ³⁾	5 823	24 537 ³⁾	339 456	1 055 970	5,5	7,2	1,8	2,3
1982	24 687 ³⁾	6 123	30 810 ³⁾	372 775	1 133 530	6,6	8,3	2,2	2,7
1983	33 568 ³⁾	6 302	39 870 ³⁾	407 791	1 201 230	8,2	9,8	2,8	3,3
1984	33 462 ³⁾	7 258	40 720 ³⁾	435 135	1 276 770	7,7	9,4	2,6	3,2
1985	35 580	6 422	42 002	464 673	1 348 420	7,7	9,0	2,6	3,1
1986	38 537	6 390	44 927	498 390	1 422 500	7,7	9,0	2,7	3,2
1987	45 097	6 440	51 537	514 461	1 481 390	8,8	10,0	3,0	3,5
1988	47 105	6 547	53 652	568 904 ⁴⁾	1 566 440	8,3 ⁴⁾	9,4 ⁴⁾	3,0	3,4
1989	48 753	6 396	55 149	602 672 ⁴⁾	1 672 900	8,1 ⁴⁾	9,2 ⁴⁾	2,9	3,3
1990	45 029	7 380	52 409	624 858 ⁴⁾	1 801 300	7,2 ⁴⁾	8,4 ⁴⁾	2,5	2,9
1991	49 122	8 321	57 443	678 889 ⁴⁾	1 926 500	7,2 ⁴⁾	8,5 ⁴⁾	2,5	3,0
1992	49 574	9 212	58 786	739 506 ⁴⁾	2 047 200	6,7 ⁴⁾	7,9 ⁴⁾	2,4	2,9
1993	48 119	10 220	58 339	856 127 ⁴⁾	2 124 100	5,6 ⁴⁾	6,8 ⁴⁾	2,3	2,7
1994	42 499	11 349	53 848	852 539 ⁴⁾	2 262 900	5,0 ⁴⁾	6,3 ⁴⁾	1,9	2,4
1995	55 919	11 210	67 129	969 433 ⁴⁾	2 352 400	5,8 ⁴⁾	6,9 ⁴⁾	2,4	2,9
1996	57 072	11 054	68 126	885 018 ⁴⁾	2 416 000	6,4 ⁴⁾	7,7 ⁴⁾	2,4	2,8
1997	58 208	11 461	69 669	935 090 ⁴⁾	2 486 800	6,2 ⁴⁾	7,5 ⁴⁾	2,3	2,8
1998	56 143	10 189	66 332	981 340 ⁴⁾	2 580 800	5,7 ⁴⁾	6,8 ⁴⁾	2,2	2,6

¹⁾ Bundesrechnungsabschlüsse 1970 bis 1995, Erfolge 1996 und Prognose 1997 (bei Gesamtausgaben des Bundes: BVA 1997 in der Fassung der 2. BFG-Novelle 1997) Bundesvoranschlag 1998.

²⁾ Nach der Revision des Österreichischen Statistischen Zentralamtes, die Werte ab 1995 sind Schätzzahlen (Stand März 1997).

³⁾ Einschließlich Anteil am Wohnungsbeihilfen-Überschuß.

⁴⁾ Mit den Jahren 1970 bis 1987 nicht vergleichbar.

Bundesmittel zur Pensionsversicherung — Gesamtausgaben des Bundes — Brutto-Inlandsprodukt

Pensionsversicherung der Unselbständigen

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. ¹	Ausgleichs- zulagen ¹	Bundesmittel (BB+AZ) ¹	Gesamtausgaben des Bundes ¹	Brutto-Inlands- produkt ²	Relativer Anteil der			
						Bundesbeiträge an den Gesamt- ausgaben des Bundes	Bundesmittel (BB+AZ) an den Gesamt- ausgaben des Bundes	Bundesbeiträge am Brutto- Inlandsprodukt	Bundesmittel (BB+AZ) am Brutto- Inlandsprodukt
						Sp. (1) : (4)	Sp. (3) : (4)	Sp. (1) : (5)	Sp. (3) : (5)
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	
			Millionen Schilling						
1970	6 524	1 378	7 902	101 584	375 880	6,4	7,8	1,7	2,1
1971	6 304	1 592	7 896	112 567	419 620	5,6	7,0	1,5	1,9
1972	6 510	1 877	8 387	127 889	479 540	5,1	6,6	1,4	1,7
1973	6 418	2 039	8 457	141 151	543 460	4,5	6,0	1,2	1,6
1974	7 502	2 221	9 723	167 133	618 560	4,5	5,8	1,2	1,6
1975	11 400	2 475	13 875	196 697	656 120	5,8	7,1	1,7	2,1
1976	12 046	2 697	14 743	221 900	724 750	5,4	6,6	1,7	2,0
1977	13 407	2 872	16 279	236 658	796 190	5,7	6,9	1,7	2,0
1978	8 846	3 030	11 876	265 521	842 330	3,3	4,5	1,1	1,4
1979	9 308	3 147	12 455	288 134	918 540	3,2	4,3	1,0	1,4
1980	6 996	3 228	10 224	306 492	994 700	2,3	3,3	0,7	1,0
1981	7 309	3 346	10 655	339 456	1 055 970	2,2	3,1	0,7	1,0
1982	12 045	3 533	15 578	372 775	1 133 530	3,2	4,2	1,1	1,4
1983	19 816	3 606	23 422	407 791	1 201 230	4,9	5,7	1,6	1,9
1984	19 881	4 242	24 123	435 135	1 276 770	4,6	5,5	1,6	1,9
1985	21 297	3 668	24 965	464 673	1 348 420	4,6	5,4	1,6	1,9
1986	24 116	3 631	27 747	498 390	1 422 500	4,8	5,6	1,7	2,0
1987	28 388	3 674	32 062	514 461	1 481 390	5,5	6,2	1,9	2,2
1988	29 877	3 765	33 642	568 904 ³⁾	1 566 440	5,3 ³⁾	5,9 ³⁾	1,9	2,1
1989	30 280	3 675	33 955	602 672 ³⁾	1 672 900	5,0 ³⁾	5,6 ³⁾	1,8	2,0
1990	25 334	4 139	29 473	624 858 ³⁾	1 801 300	4,1 ³⁾	4,7 ³⁾	1,4	1,6
1991	27 249	4 700	31 949	678 889 ³⁾	1 926 500	4,0 ³⁾	4,7 ³⁾	1,4	1,7
1992	26 793	5 317	32 110	739 506 ³⁾	2 047 200	3,6 ³⁾	4,3 ³⁾	1,3	1,6
1993	24 888	6 042	30 930	856 127 ³⁾	2 124 100	2,9 ³⁾	3,6 ³⁾	1,2	1,5
1994	19 594	6 785	26 379	852 539 ³⁾	2 262 900	2,3 ³⁾	3,1 ³⁾	0,9	1,2
1995	29 149	6 725	35 874	969 433 ³⁾	2 352 400	3,0 ³⁾	3,7 ³⁾	1,2	1,5
1996	30 853	6 689	37 542	885 018 ³⁾	2 416 000	3,5 ³⁾	4,2 ³⁾	1,3	1,6
1997	32 885	7 006	39 891	935 090 ³⁾	2 486 800	3,5 ³⁾	4,3 ³⁾	1,3	1,6
1998	31 291	6 208	37 499	981 340 ³⁾	2 580 800	3,2 ³⁾	3,8 ⁴⁾	1,2	1,5

¹⁾ Bundesrechnungsabschlüsse 1970 bis 1995, Erfolge 1996 und Prognose 1997 (bei Gesamtausgaben des Bundes: BVA 1997 in der Fassung der 2. BFG-Novelle 1997), Bundesvoranschlag 1998.

²⁾ Nach der Revision des Österreichischen Statistischen Zentralamtes, die Werte ab 1995 sind Schätzzahlen (Stand März 1997).

³⁾ Mit den Jahren 1970 bis 1987 nicht vergleichbar.

Bundesmittel zur Pensionsversicherung — Gesamtausgaben des Bundes — Brutto-Inlandsprodukt
Pensionsversicherung der gewerblich selbständig und der freiberuflich selbständig Erwerbstätigen

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. ¹	Ausgleichszulagen ¹	Bundesmittel (BB+AZ) ¹	Gesamtausgaben des Bundes ¹	Brutto-Inlandsprodukt ²	Relativer Anteil der			
						Bundesbeiträge an den Gesamtausgaben des Bundes	Bundesmittel (BB+AZ) an den Gesamtausgaben des Bundes	Bundesbeiträge am Brutto-Inlandsprodukt	Bundesmittel (BB+AZ) am Brutto-Inlandsprodukt
						Sp. (1) : (4)	Sp. (3) : (4)	Sp. (1) : (5)	Sp. (3) : (5)
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	
			Millionen Schilling						
1970	1 056	445	1 501	101 584	375 880	1,0	1,5	0,3	0,4
1971	1 281	492	1 773	112 567	419 620	1,1	1,6	0,3	0,4
1972	1 592	570	2 162	127 889	479 540	1,2	1,7	0,3	0,5
1973	1 739	607	2 346	141 151	543 460	1,2	1,7	0,3	0,4
1974	2 273	656	2 929	167 133	618 560	1,4	1,8	0,4	0,5
1975	3 077	722	3 799	196 697	656 120	1,6	1,9	0,5	0,6
1976	3 612	891	4 503	221 900	724 750	1,6	2,0	0,5	0,6
1977	4 135	805	4 940	236 658	796 190	1,7	2,1	0,5	0,6
1978	4 319 ³⁾	821	5 140 ³⁾	265 521	842 330	1,6	1,9	0,5	0,6
1979	4 644 ³⁾	831	5 475 ³⁾	288 134	918 540	1,6	1,9	0,5	0,6
1980	5 015 ³⁾	837	5 852 ³⁾	306 492	994 700	1,6	1,9	0,5	0,6
1981	6 291 ³⁾	862	7 153 ³⁾	339 456	1 055 970	1,9	2,1	0,6	0,7
1982	6 952 ³⁾	878	7 830 ³⁾	372 775	1 133 530	1,9	2,1	0,6	0,7
1983	7 569 ³⁾	876	8 445 ³⁾	407 791	1 201 230	1,9	2,1	0,6	0,7
1984	7 402 ³⁾	996	8 398 ³⁾	435 135	1 276 770	1,7	1,9	0,6	0,7
1985	7 750	852	8 602	464 673	1 348 420	1,7	1,9	0,6	0,6
1986	7 307	849	8 156	498 390	1 422 500	1,5	1,6	0,5	0,6
1987	9 128	829	9 957	514 461	1 481 390	1,8	1,9	0,6	0,7
1988	9 593	824	10 417	568 904 ⁴⁾	1 566 440	1,7 ⁴⁾	1,8 ⁴⁾	0,6	0,7
1989	10 278	787	11 065	602 672 ⁴⁾	1 672 900	1,7 ⁴⁾	1,8 ⁴⁾	0,6	0,7
1990	10 894	855	11 749	624 858 ⁴⁾	1 801 300	1,7 ⁴⁾	1,9 ⁴⁾	0,6	0,7
1991	12 157	937	13 094	678 889 ⁴⁾	1 926 500	1,8 ⁴⁾	1,9 ⁴⁾	0,6	0,7
1992	12 444	1 025	13 469	739 506 ⁴⁾	2 047 200	1,7 ⁴⁾	1,8 ⁴⁾	0,6	0,7
1993	12 685	1 101	13 786	856 127 ⁴⁾	2 124 100	1,5 ⁴⁾	1,6 ⁴⁾	0,6	0,6
1994	12 432	1 208	13 640	852 539 ⁴⁾	2 262 900	1,5 ⁴⁾	1,6 ⁴⁾	0,5	0,6
1995	15 266	1 166	16 432	969 433 ⁴⁾	2 352 400	1,6 ⁴⁾	1,7 ⁴⁾	0,6	0,7
1996	14 410	1 125	15 535	885 018 ⁴⁾	2 416 000	1,6 ⁴⁾	1,8 ⁴⁾	0,6	0,6
1997	13 345	1 154	14 499	935 090 ⁴⁾	2 486 800	1,4 ⁴⁾	1,6 ⁴⁾	0,5	0,6
1998	12 722	1 003	13 725	981 340 ⁴⁾	2 580 800	1,3 ⁴⁾	1,4 ⁴⁾	0,5	0,5

¹⁾ Bundesrechnungsabschlüsse 1970 bis 1995, Erfolge 1996 und Prognose 1997 (bei Gesamtausgaben des Bundes: BVA 1997 in der Fassung der 2. BFG-Novelle 1997), Bundesvoranschlag 1998.

²⁾ Nach der Revision des Österreichischen Statistischen Zentralamtes, die Werte ab 1995 sind Schätzzahlen (Stand März 1997).

³⁾ Einschließlich Anteil am Wohnungsbeihilfen-Überschuß.

⁴⁾ Mit den Jahren 1970 bis 1987 nicht vergleichbar.

Bundesmittel zur Pensionsversicherung — Gesamtausgaben des Bundes — Brutto-Inlandsprodukt
Pensionsversicherung der Bauern

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. ¹⁾	Ausgleichs- zulagen ¹⁾	Bundesmittel (BB+AZ) ¹⁾	Gesamtausgaben des Bundes ¹⁾	Brutto-Inlands- produkt ²⁾	Relativer Anteil der			
						Bundesbeiträge an den Gesamt- ausgaben des Bundes	Bundesmittel (BB+AZ) an den Gesamt- ausgaben des Bundes	Bundesbeiträge am Brutto- Inlandsprodukt	Bundesmittel (BB+AZ) am Brutto- Inlandsprodukt
						Sp. (1) : (4)	Sp. (3) : (4)	Sp. (1) : (5)	Sp. (3) : (5)
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	
Millionen Schilling					%	%	%	%	
1970	726	—	726	101 584	375 880	0,7	0,7	0,2	0,2
1971	700	423	1 123	112 567	419 620	0,6	1,0	0,2	0,3
1972	1 183	686	1 869	127 889	479 540	0,9	1,5	0,2	0,4
1973	1 397	742	2 139	141 151	543 460	1,0	1,5	0,3	0,4
1974	1 827	883	2 710	167 133	618 560	1,1	1,6	0,3	0,4
1975	2 359	924	3 283	196 697	656 120	1,2	1,7	0,4	0,5
1976	2 835	1 141	3 976	221 900	724 750	1,3	1,8	0,4	0,5
1977	3 591	1 241	4 832	236 658	796 190	1,5	2,0	0,5	0,6
1978	4 141 ³⁾	1 367	5 508 ³⁾	265 521	842 330	1,6	2,1	0,5	0,7
1979	4 605 ³⁾	1 474	6 079 ³⁾	288 134	918 540	1,6	2,1	0,5	0,7
1980	4 527 ³⁾	1 531	6 058 ³⁾	306 492	994 700	1,5	2,0	0,5	0,6
1981	5 114 ³⁾	1 615	6 729 ³⁾	339 456	1 055 970	1,5	2,0	0,5	0,6
1982	5 690 ³⁾	1 712	7 402 ³⁾	372 775	1 133 530	1,5	2,0	0,5	0,7
1983	6 183 ³⁾	1 820	8 003 ³⁾	407 791	1 201 230	1,5	2,0	0,5	0,7
1984	6 179 ³⁾	2 020	8 199 ³⁾	435 135	1 276 770	1,4	1,9	0,5	0,6
1985	6 533	1 902	8 435	464 673	1 348 420	1,4	1,8	0,5	0,6
1986	7 114	1 910	9 024	498 390	1 422 500	1,4	1,8	0,5	0,6
1987	7 581	1 937	9 518	514 461	1 481 390	1,5	1,9	0,5	0,6
1988	7 635	1 958	9 593	568 904 ⁴⁾	1 566 440	1,3 ⁴⁾	1,7 ⁴⁾	0,5	0,6
1989	8 195	1 934	10 129	602 672 ⁴⁾	1 672 900	1,4 ⁴⁾	1,7 ⁴⁾	0,5	0,6
1990	8 801	2 386	11 187	624 858 ⁴⁾	1 801 300	1,4 ⁴⁾	1,8 ⁴⁾	0,5	0,6
1991	9 716	2 684	12 400	678 889 ⁴⁾	1 926 500	1,4 ⁴⁾	1,8 ⁴⁾	0,5	0,6
1992	10 337	2 870	13 207	739 506 ⁴⁾	2 047 200	1,4 ⁴⁾	1,8 ⁴⁾	0,5	0,6
1993	10 546	3 077	13 623	856 127 ⁴⁾	2 124 100	1,2 ⁴⁾	1,6 ⁴⁾	0,5	0,6
1994	10 473	3 356	13 829	852 539 ⁴⁾	2 262 900	1,2 ⁴⁾	1,6 ⁴⁾	0,5	0,6
1995	11 504	3 319	14 823	969 433 ⁴⁾	2 352 400	1,2 ⁴⁾	1,5 ⁴⁾	0,5	0,6
1996	11 809	3 240	15 049	885 018 ⁴⁾	2 416 000	1,3 ⁴⁾	1,7 ⁴⁾	0,5	0,6
1997	11 978	3 301	15 279	935 090 ⁴⁾	2 486 820	1,3 ⁴⁾	1,6 ⁴⁾	0,5	0,6
1998	12 130	2 978	15 108	981 340 ⁴⁾	2 580 800	1,2 ⁴⁾	1,5 ⁴⁾	0,5	0,6

¹⁾ Bundesrechnungsabschlüsse 1970 bis 1995, Erfolge 1996 und Prognose 1997 (bei Gesamtausgaben des Bundes: BVA 1997 in der Fassung der 2. BFG-Novelle 1997), Bundesvoranschlag 1998.

²⁾ Nach der Revision des Österreichischen Statistischen Zentralamtes, die Werte ab 1995 sind Schätzzahlen (Stand März 1997).

³⁾ Einschließlich Anteil am Wohnungsbeihilfen-Überschuß.

⁴⁾ Mit den Jahren 1970 bis 1987 nicht vergleichbar.

Deckungsrate der Gesamtaufwendungen der Pensionsversicherung durch Mittel des Bundes
Gesamte Pensionsversicherung

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. ¹⁾	Ausgleichs- zulagen ¹⁾	Bundesmittel (BB+AZ) ¹⁾	Gesamtaufwendungen der PV ¹⁾ (ohne AZ, WB und Rücklagen)	Gesamtaufwendungen der PV ¹⁾ (einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen)	Deckungsrate der	
						Gesamtaufwendungen ohne AZ, WB und Rücklagen durch Bundesbeiträge Sp. (1) : (4)	Gesamtaufwendungen einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen durch Bundesmittel Sp. (3) : (5)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
	Millionen Schilling					%	%
1970	7 578	1 852	9 430	28 304	30 156	26,8	31,3
1971	8 191	2 594	10 785	32 016	34 610	25,6	31,2
1972	8 927	3 150	12 077	36 039	39 189	24,8	30,8
1973	9 605	3 430	13 035	40 303	43 733	23,8	29,8
1974	12 154	3 801	15 955	47 306	51 107	25,7	31,2
1975	15 934	4 266	20 200	55 399	59 665	28,8	33,9
1976	18 171	4 658	22 829	65 999	70 657	27,5	32,3
1977	21 145	4 947	26 092	71 712	76 659	29,5	34,0
1978	16 357 ²⁾	5 267	21 624 ²⁾	79 317	84 584	20,6	25,6
1979	18 368 ²⁾	5 482	23 850 ²⁾	86 766	92 248	21,2	25,9
1980	16 666 ²⁾	5 620	22 286 ²⁾	94 436	100 056	17,6	22,3
1981	18 289 ²⁾	5 841	24 130 ²⁾	102 574	108 415	17,8	22,3
1982	24 868 ²⁾	6 172	31 040 ²⁾	112 523	118 695	22,1	26,2
1983	31 854 ²⁾	6 307	38 161 ²⁾	122 632	128 939	26,0	29,6
1984	33 679 ²⁾	6 477	40 156 ²⁾	132 612	139 089	25,4	28,9
1985	34 695	6 392	41 087	141 924	148 316	24,4	27,7
1986	37 641	6 367	44 008	151 589	157 956	24,8	27,9
1987	44 429	6 424	50 853	161 991	168 415	27,4	30,2
1988	45 632	6 539	52 171	168 612	175 151	27,1	29,8
1989	46 968	6 374	53 342	178 310	184 684	26,3	28,9
1990	43 792	7 392	51 184	190 049	197 441	23,0	25,9
1991	47 953	8 236	56 189	204 685	212 921	23,4	26,4
1992	47 248	9 239	56 487	216 849	226 088	21,8	25,0
1993	47 361	10 125	57 486	222 373	232 498	21,3	24,7
1994	46 118	11 294	57 412	228 771	240 065	20,2	23,9
1995	52 255	11 201	63 456	241 744	252 945	21,6	25,1
1996	53 834	10 982	64 816	254 432	265 414	21,2	24,4
1997	57 939	11 440	69 379	263 539	274 979	22,0	25,2
1998	56 143	10 189	66 332	272 545	282 734	20,6	23,5

1) 1970 bis 1996 endgültige Erfolgsrechnungen der Pensionsversicherungsträger, 1997 voraussichtlicher Erfolg, 1998 Schätzung für den Bundesvoranschlag.

2) Einschließlich Anteil am Wohnungsbeihilfen-Überschuß.

Deckungsrate der Gesamtaufwendungen der Pensionsversicherung durch Mittel des Bundes
Pensionsversicherung der Unselbständigen

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. ¹⁾	Ausgleichs- zulagen ¹⁾	Bundesmittel (BB+AZ) ¹⁾	Gesamtaufwendungen der PV ¹⁾ (ohne AZ, WB und Rücklagen)	Gesamtaufwendungen der PV ¹⁾ (einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen)	Deckungsrate der	
						Gesamtaufwendungen ohne AZ, WB und Rücklagen durch Bundesbeiträge Sp. (1) : (4)	Gesamtaufwendungen einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen durch Bundesmittel Sp. (3) : (5)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
	Millionen Schilling					%	%
1970	5 840	1 397	7 237	25 553	26 950	22,9	26,9
1971	6 178	1 644	7 822	28 598	30 242	21,6	25,9
1972	6 205	1 892	8 097	31 831	33 723	19,5	24,0
1973	6 460	2 064	8 524	35 358	37 422	18,3	22,8
1974	7 968	2 259	10 227	41 125	43 384	19,4	23,6
1975	10 775	2 514	13 289	48 005	50 519	22,4	26,3
1976	11 852	2 723	14 575	57 281	60 004	20,7	24,3
1977	13 483	2 901	16 384	61 217	64 118	22,0	25,6
1978	8 101	3 061	11 162	67 348	70 409	12,0	15,9
1979	9 196	3 166	12 362	73 357	76 523	12,5	16,2
1980	6 990	3 242	10 232	79 726	82 968	8,8	12,3
1981	7 156	3 367	10 523	86 606	89 973	8,3	11,7
1982	12 494	3 568	16 062	95 275	98 843	13,1	16,3
1983	18 335	3 611	21 946	104 056	107 667	17,6	20,4
1984	20 231	3 705	23 936	112 746	116 451	17,9	20,6
1985	20 555	3 652	24 207	120 679	124 331	17,0	19,5
1986	23 258	3 626	26 884	128 900	132 526	18,0	20,3
1987	27 739	3 665	31 404	137 698	141 363	20,1	22,2
1988	28 588	3 762	32 350	143 446	147 208	19,9	22,0
1989	28 822	3 657	32 479	151 691	155 348	19,0	20,9
1990	24 031	4 126	28 157	161 616	165 742	14,9	17,0
1991	26 392	4 667	31 059	173 957	178 624	15,2	17,4
1992	24 799	5 349	30 148	184 147	189 496	13,5	15,9
1993	24 099	5 947	30 046	188 625	194 572	12,8	15,4
1994	22 069	6 765	28 834	193 578	200 343	11,4	14,4
1995	26 972	6 753	33 725	204 579	211 332	13,2	16,0
1996	28 407	6 630	35 037	215 807	222 437	13,2	15,8
1997	32 674	6 987	39 661	223 715	230 702	14,6	17,2
1998	31 291	6 208	37 499	231 331	237 539	13,5	15,8

1) 1970 bis 1996 endgültige Erfolgsrechnungen der Pensionsversicherungsträger, 1997 voraussichtlicher Erfolg, 1998 Schätzung für den Bundesvoranschlag.

Deckungsrate der Gesamtaufwendungen der Pensionsversicherung durch Mittel des Bundes
Pensionsversicherung der gewerblich selbständig und der freiberuflich selbständig Erwerbstätigen

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. ¹⁾	Ausgleichs- zulagen ¹⁾	Bundesmittel (BB+AZ) ¹⁾	Gesamtaufwendungen der PV ¹⁾ (ohne AZ, WB und Rücklagen)	Gesamtaufwendungen der PV ¹⁾ (einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen)	Deckungsrate der	
						Gesamtaufwendungen ohne AZ, WB und Rücklagen durch Bundesbeiträge Sp. (1) : (4)	Gesamtaufwendungen einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen durch Bundesmittel Sp. (3) : (5)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
			Millionen Schilling			%	%
1970	1 012	455	1 467	1 802	2 257	56,2	65,0
1971	1 275	514	1 789	2 076	2 590	61,4	69,1
1972	1 565	577	2 142	2 417	2 994	64,7	71,5
1973	1 780	620	2 400	2 872	3 492	62,0	68,7
1974	2 342	673	3 015	3 573	4 246	65,5	71,0
1975	2 869	743	3 612	4 268	5 011	67,2	72,1
1976	3 531	788	4 319	5 039	5 827	70,1	74,1
1977	4 104	807	4 911	5 822	6 629	70,5	74,1
1978	4 204 ²⁾	824	5 028 ²⁾	6 500	7 324	64,7	68,7
1979	4 573 ²⁾	834	5 407 ²⁾	7 296	8 130	62,7	66,5
1980	5 134 ²⁾	843	5 977 ²⁾	8 096	8 939	63,4	66,9
1981	6 079 ²⁾	859	6 938 ²⁾	8 824	9 683	68,9	71,7
1982	6 755 ²⁾	880	7 635 ²⁾	9 570	10 450	70,6	73,1
1983	7 417 ²⁾	875	8 292 ²⁾	10 351	11 226	71,7	73,9
1984	7 336 ²⁾	873	8 209 ²⁾	11 098	11 971	66,1	68,6
1985	7 593	851	8 444	11 822	12 673	64,2	66,6
1986	7 346	839	8 185	12 708	13 547	57,8	60,4
1987	9 171	826	9 997	13 693	14 519	67,0	68,9
1988	9 473	822	10 295	14 216	15 038	66,6	68,5
1989	10 018	786	10 804	15 053	15 839	66,6	68,2
1990	10 941	854	11 795	16 109	16 963	67,9	69,5
1991	11 876	935	12 811	17 408	18 343	68,2	69,8
1992	12 097	1 021	13 118	18 486	19 507	65,4	67,2
1993	12 786	1 098	13 884	19 242	20 340	66,4	68,3
1994	13 452	1 197	14 649	20 434	21 631	65,8	67,7
1995	14 004	1 159	15 163	21 469	22 628	65,2	67,0
1996	13 849	1 128	14 977	22 259	23 387	62,2	64,0
1997	13 345	1 152	14 497	22 940	24 092	58,2	60,2
1998	12 722	1 003	13 725	23 796	24 799	53,5	55,3

1) 1970 bis 1996 endgültige Erfolgsrechnungen der Pensionsversicherungsträger, 1997 voraussichtlicher Erfolg, 1998 Schätzung für den Bundesvoranschlag.

2) Einschließlich Anteil am Wohnungsbeihilfen-Überschuß.

Deckungsrate der Gesamtaufwendungen der Pensionsversicherung durch Mittel des Bundes

Pensionsversicherung der Bauern

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. 1)	Ausgleichs- zulagen 1)	Bundesmittel (BB+AZ) 1)	Gesamtaufwendungen der PV 1) (ohne AZ, WB und Rücklagen)	Gesamtaufwendungen der PV 1) (einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen)	Deckungsrate der	
						Gesamtaufwendungen ohne AZ, WB und Rücklagen durch Bundesbeiträge Sp. (1) : (4)	Gesamtaufwendungen einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen durch Bundesmittel Sp. (3) : (5)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
			Millionen Schilling			%	%
1970	726	—	726	949	949	76,5	76,5
1971	738	436	1 174	1 342	1 778	55,0	66,0
1972	1 157	681	1 838	1 791	2 472	64,6	74,4
1973	1 365	746	2 111	2 073	2 819	65,8	74,9
1974	1 844	869	2 713	2 608	3 477	70,7	78,0
1975	2 290	1 009	3 299	3 126	4 135	73,3	79,8
1976	2 788	1 147	3 935	3 679	4 826	75,8	81,5
1977	3 558	1 239	4 797	4 673	5 912	76,1	81,1
1978	4 052 ²⁾	1 382	5 434 ²⁾	5 469	6 851	74,1	79,3
1979	4 599 ²⁾	1 482	6 081 ²⁾	6 113	7 595	75,2	80,1
1980	4 542 ²⁾	1 535	6 077 ²⁾	6 614	8 149	68,7	74,6
1981	5 054 ²⁾	1 615	6 669 ²⁾	7 144	8 759	70,7	76,1
1982	5 619 ²⁾	1 724	7 343 ²⁾	7 678	9 402	73,2	78,1
1983	6 102 ²⁾	1 821	7 923 ²⁾	8 225	10 046	74,2	78,9
1984	6 112 ²⁾	1 899	8 011 ²⁾	8 768	10 667	69,7	75,1
1985	6 547	1 889	8 436	9 423	11 312	69,5	74,6
1986	7 037	1 902	8 939	9 981	11 883	70,5	75,2
1987	7 519	1 933	9 452	10 600	12 533	70,9	75,4
1988	7 571	1 955	9 526	10 950	12 905	69,1	73,8
1989	8 128	1 931	10 059	11 566	13 497	70,3	74,5
1990	8 820	2 412	11 232	12 324	14 736	71,6	76,2
1991	9 685	2 634	12 319	13 320	15 954	72,7	77,2
1992	10 352	2 869	13 221	14 216	17 085	72,8	77,4
1993	10 476	3 080	13 556	14 506	17 586	72,2	77,1
1994	10 597	3 332	13 929	14 759	18 091	71,8	77,0
1995	11 279	3 289	14 568	15 696	18 985	71,9	76,7
1996	11 578	3 224	14 802	16 366	19 590	70,7	75,6
1997	11 920	3 301	15 221	16 884	20 185	70,6	75,4
1998	12 130	2 978	15 108	17 418	20 396	69,6	74,1

1) 1970 bis 1996 endgültige Erfolgsrechnungen der Pensionsversicherungsträger, 1997 voraussichtlicher Erfolg, 1998 Schätzung für den Bundesvoranschlag.

2) Einschließlich Anteil am Wohnungsbeihilfen-Überschuß.

Kapitel 17 — Titel 172

115

Kapitel 17 Gesundheit

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 21/1997, insbesondere aus Abschnitt D des Teiles 2 der Anlage zu § 2, soweit Angelegenheiten des Gesundheitswesens betroffen sind.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1996	548,7	9 288,7	9 837,4	2 193,5
1997	209,1	11 621,9	11 831,0	1 035,9
1998	155,1	12 016,3	12 171,4	829,8

Infolge Kompetenzänderungen auf Grund der Novelle zum Bundesministeriengesetz 1986 sind die Voranschlagsansätze 1998 nur bedingt mit den Vorjahren vergleichbar.

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 172 Bundesministerium; Gesundheitsvorsorge**Gesetzliche Grundlagen**

- Gesetz vom 30. April 1870 betreffend die Organisation des öffentlichen Sanitätsdienstes, RGBl. Nr. 68;
- Bundesgesetz über Maßnahmen gegen die Verbreitung des erworbenen Immundefektsyndroms (AIDS-Gesetz), BGBl. Nr. 728/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/1997;
- Bundesgesetz über die gehobenen medizinisch-technischen Dienste, BGBl. Nr. 460/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 327/1996;
- Ärztegesetz 1984, BGBl. Nr. 373/1984, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/1997;
- Bundesgesetz über die Regelung des med.-techn. Fachdienstes und die Sanitätshilfsdienste, BGBl. I Nr. 000/1997;
- Gesundheits- und Krankenpflegegesetz, BGBl. I Nr. 000/1997;
- Bundesgesetz über öffentliche Schutzimpfungen gegen übertragbare Kinderlähmung, BGBl. Nr. 244/1960, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 462/1992;
- Plasmapheresegesetz, BGBl. Nr. 427/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 257/1993;
- Apothekengesetz, RGBl. Nr. 5/1907, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 379/1996;
- Rezeptpflichtgesetz, BGBl. Nr. 413/1972, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/1997;
- Suchtmittelgesetz, BGBl. I Nr. 000/1997;
- Verordnung des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz über den Verkehr und die Gebahrung mit Suchtgiften (Suchtgiftverordnung 1979), BGBl. Nr. 390/1979, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 177/1997;
- Verordnung des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz über die Suchtgiftberatung, BGBl. Nr. 435/1981, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 147/1997;
- Arzneimittelgesetz, BGBl. Nr. 185/1983, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/1997;
- Arzneiwareneinfuhrgesetz, BGBl. Nr. 179/1970, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/1997;
- Arzneiwareneinfuhrverordnung, BGBl. Nr. 120/1972;
- Arzneibuchgesetz, BGBl. Nr. 195/1980;
- Kondomprüfungsverordnung, BGBl. Nr. 630/1990, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 130/1996;
- Tabakgesetz, BGBl. Nr. 431/1995;
- Behördenüberleitungsgesetz, StGBI. Nr. 94/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 566/1991;
- Bundesgesetz über die Errichtung eines Fonds „Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen“, BGBl. Nr. 63/1973, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 256/1993;
- Übereinkommen zur gegenseitigen Anerkennung von Inspektionen betreffend Herstellung pharmazeutischer Produkte, BGBl. Nr. 132/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 331/1994;
- Finanzausgleichsgesetz 1997 (FAG 1997), BGBl. Nr. 201/1996;
- Krankenanstaltengesetz, BGBl. Nr. 1/1957, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 751/1996;
- Psychologengesetz, BGBl. Nr. 360/1990;
- Psychotherapiegesetz, BGBl. Nr. 361/1990;

116

Kapitel 17 — Titel 172

Übereinkommen über die Ausarbeitung eines Europäischen Arzneibuches, BGBl. Nr. 181/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 664/1992;
 Familienlastenausgleichsgesetz, BGBl. Nr. 376/1967, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 14/1997;
 Medizinproduktegesetz, BGBl. Nr. 657/1996.

Aufgaben

Vorsorgemedizin und Gesundheitsaufklärung;
 AIDS-Forschung, Information, Beratung und Betreuung;
 Ausbildung von Angehörigen der verschiedenen Gesundheitsberufe;
 Schutzimpfungen gegen Poliomyelitis, Diphtherie, Tetanus, Pertussis, Röteln, Masern, Mumps;
 Bekämpfung von Infektionskrankheiten;
 Kariesprophylaxe;
 Mutter-Kind-Betreuung einschließlich Angelegenheiten des Mutter-Kind-Passes;
 Bekämpfung des Alkoholmißbrauches, des Mißbrauches von Medikamenten und des Rauchens;
 Psychische Hygiene;
 Medizinische Angelegenheiten der Behinderten;
 Vorbeugungsmaßnahmen gegen Krebs;
 Beteiligung an WHO-Projekten;
 Bekämpfung des Suchtmittelmißbrauches;
 Zivilschutz;
 Arzneimittelwesen;
 Krankenanstaltenwesen;
 Medizinische Strahlenangelegenheiten;
 Medizinprodukte.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1996	8 600,5	1 912,7
1997	5 005,3	847,9
1998	5 516,8	634,5

Unterschiede gegen Vorjahre

Mehrausgaben ergeben sich aus dem Umstand, daß die Ausgaben für den klinischen Mehraufwand an die gestiegenen Betriebskosten der Krankenanstalten anzupassen sind bzw. nunmehr im Bereich des Allgemeinen Krankenhauses Wien verstärkt Reinvestitionsmaßnahmen für Geräte notwendig werden. Mehrausgaben durch Ausbau der Impfprophylaxe. Minderausgaben und Mindereinnahmen infolge geringerer Kostenersätze für Mutter-Kind-Paß-Untersuchungen.

	1996	1997	1998
	Millionen Schilling		
Vorsorgemedizin; Epidemiologische Maßnahmen.....	136,4	156,5	272,7
Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds.....	5 409,2	0,0	0,0
Klinischer Mehraufwand (Universitätskliniken).....	2 502,5	4 262,0	4 698,7
Bekämpfung des Suchtgiftmisbrauches.....	25,8	28,5	28,4
Mutter-Kind-Paß	526,7	558,3	517,0
Summe ...	8 600,5	5 005,3	5 516,8

Paragraph 1720 Vorsorgemedizin; Epidemiologische Maßnahmen**Anlagen**

Für die Aufklärung der Bevölkerung über gesundheitliche Belange sind Filme und Spots herzustellen.

Förderungen

Die Ausbildung von Ärzten für Allgemeinmedizin in Lehrpraxen wird unter bestimmten Voraussetzungen gefördert.

Für die Unterstützung jener Einrichtungen, die die flächendeckende Beratung und Betreuung Aidsgefährdeter wahrnehmen, ist vorgesorgt.

Gesellschaften und Vereinigungen, die wesentliche Arbeiten auf dem Gebiete der Volksgesundheit leisten, werden unterstützt.

Kapitel 17 — Titel 172

117

Die Förderung diverser vorsorgemedizinischer Programme wird fortgesetzt.

Die Forschungsarbeiten bestimmter Ludwig-Boltzmann-Institute werden im Hinblick auf deren grundlegende Bedeutung für Maßnahmen auf dem Gebiete des Gesundheitswesens gefördert, vor allem auch in bezug auf die AIDS-Forschung.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Zur Erreichung bzw. Aufrechterhaltung eines ausreichenden Impfschutzes der österreichischen Bevölkerung gegen Kinderlähmung wird auch 1998 folgender Impfplan beibehalten:

1. Komplette Grundimmunisierung des neuen Geburtsjahrganges,
2. Immunisierung der Kinder bei Eintritt in die Schule,
3. Auffrischungsimpfung bei Austritt aus der Schule.

Es ist für den Ankauf des zur Durchführung der Impfkation notwendigen Impfstoffes vorgesorgt.

Weiters sind Kosten für Untersuchungen auf Hepatitis A berücksichtigt.

Aufwendungen

Im Vordergrund steht die Aufklärungsarbeit zur Vermeidung der Weiterverbreitung von AIDS.

Im Rahmen der Prophylaxe ist wieder für die Durchführung von Impfungen entsprechend dem aktuellen Stand der medizinischen Wissenschaften sowie der epidemiologischen Erfordernisse vorgesorgt.

Eine Ausweitung der Impfkation über das bisherige Ausmaß hinaus wird erfolgen.

Für die Abgeltung von Kosten für Gesundenuntersuchungen, FSME-Impfungen und für human-genetische Untersuchungen Nichtversicherter gemäß den einschlägigen Bestimmungen des ASVG ist Vorsorge getroffen.

Die Information der Bevölkerung über verschiedene gesundheitliche Belange, wie Fragen der Ernährung, Zahngesundheit, Gesundheit von Mutter und Kind sowie Gesundheitsförderung ist dringend geboten.

Für die Kosten der Sachverständigen im Arzneimittelbeirat, bei klinischen Gutachten auf Grund des Arzneimittelgesetzes, im Bereich der Sanitätspersonen und der Psychotherapeuten ist vorgesorgt.

Mit der Ausarbeitung von Studien über diverse Fachfragen zu Gesundheitsproblemen werden fachlich autorisierte Stellen befaßt. Bei einem Teil dieser Arbeiten handelt es sich um Fortsetzungsprojekte aus den Vorjahren.

Das Arzneimittel-Informationssystem „Rote Hand“ warnt vor nachteiligen Wirkungen von Medikamenten. Auf Grund der EU-Richtlinien hat Österreich an einem europäischen Sicherheitsmeldesystem für Medizinprodukte teilzunehmen.

Vorschlagsansatz 1/17218 Klinischer Mehraufwand (Universitätskliniken)

In diesem Bereich sind die anteiligen Bundesbeiträge für den klinischen Aufwand und die Klinikneubauten sowie der auf den Bund entfallende 50%ige Anteil am Kostenersatz für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses Wien veranschlagt.

Paragraph 1722 Bekämpfung des Suchtgiftmißbrauches

Für die Förderung von Einrichtungen und Vereinigungen, die die Beratung und Betreuung von Suchtmittelmißbrauchern wahrnehmen, ist unter Bedachtnahme auf die Bestimmungen des neuen Suchtmittelgesetzes vorgesorgt. Auch werden Mittel für den Ankauf von Suchtmittelrezepten sowie für die Durchführung von Studien und von Aufklärungsmaßnahmen gegen Suchtmittelmißbrauch bereitgestellt.

Paragraph 1724 Mutter-Kind-Paß (zweckgeb. Gebarung)

Sowohl für die Produktion des Passes als auch für die Abgeltung von Untersuchungsleistungen ist vorgesorgt.

Einnahmen

Im Zusammenhang mit dem auf den Bund entfallenden 50%igen Anteil am Kostenersatz für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses Wien werden dem Bund die darauf entfallenden Vorsteuerbeträge gutgeschrieben.

118

Kapitel 17 — Titel 174

Gutachterhonorare und Entgelte für Verwaltungsleistungen auf Grund des AMG; Bescheidgebühren für pharmazeutische Spezialitäten;

Zweckgebundene Einnahmen aus dem Familienlastenausgleichsfonds zugunsten des Mutter-Kind-Passes.

Titel 174 Bundesministerium; Gesundheit; Rechtsangelegenheiten**Gesetzliche Grundlagen**

Epidemiegesetz 1950, BGBl. Nr. 186, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 702/1974;
Geschlechtskrankheitengesetz, StGBI. Nr. 152/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 345/1993;
Verordnung des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz vom 9. Mai 1974 über die gesundheitliche Überwachung von Personen, die mit ihrem Körper gewerbsmäßig Unzucht betreiben, BGBl. Nr. 314/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 591/1993;
Bazillenausscheidergesetz, StGBI. Nr. 153/1954, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 131/1964;
Ärztegesetz 1984, BGBl. Nr. 373/1984, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/1997;
Bundesgesetz zur Bekämpfung der Tuberkulose, BGBl. Nr. 127/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 344/1993;
Bäderhygienegesetz, BGBl. Nr. 254/1976, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 658/1996;
Studienförderungsgesetz 1992, BGBl. Nr. 305/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 377/1996;
Schülerbeihilfengesetz 1983, BGBl. Nr. 455, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 34/1997;
Krankenanstaltengesetz, BGBl. Nr. 1/1957, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 751/1996;
Psychotherapiegesetz, BGBl. Nr. 361/1990;
Psychologengesetz, BGBl. Nr. 360/1990.

Aufgaben

Alle sachlichen Rechtsangelegenheiten des Bereiches Gesundheitswesen, woraus in erster Linie Zahlungen auf Grund des Tuberkulosegesetzes, Entschädigungen nach sonstigen Sanitätsgesetzen sowie Studienförderungen und Schülerbeihilfen resultieren.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1996	93,3	0,1
1997	6 444,2	0,3
1998	6 349,6	0,1

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Ausgaben gegenüber 1996 ist auf die geänderte Darstellung des Bundesbeitrages für die Krankenanstaltenfinanzierung nach Auslaufen des Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds zurückzuführen.

Die Ausgabenentwicklung der einzelnen Bereiche ist in der nachstehenden Übersicht dargestellt.

	1996	1997 Millionen Schilling	1998
Aufwendungen	0,4	2,3	4,8
Aufwand nach dem Bäderhygienegesetz	—	0,0	2,0
Zweckzuschüsse nach dem KAG	—	6 346,1	6 232,8
Aufwand nach dem Tuberkulosegesetz	24,5	40,4	40,0
Entschädigungen nach Sanitätsgesetzen	5,3	6,9	21,0
Studienförderung/Medizinisch-technische Schulen	59,1	42,1	45,0
Schülerbeihilfen	4,0	6,4	4,0
Summe ...	93,3	6 444,2	6 349,6

Voranschlagsansatz 1/17408 Aufwendungen

Bei diesem Voranschlagsansatz sind insbesondere die Mittel für die Fahrtkostenzuschüsse und für die Studienunterstützungen in Härtefällen für Studierende an medizinisch-technischen Schulen/Akademien und Hebammenakademien vorgesehen. Weiters sind Zahlungen nach § 105a Ärztegesetz veranschlagt (zuvor 1/17208).

Kapitel 17 — Titel 179

119

Voranschlagsansatz 1/17417 Aufwand nach dem Bäderhygienegesetz

Bei diesem Voranschlagsansatz sind die Kosten für die Umsetzung der Richtlinie der EU, 76/160/EWG veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/17437 Aufwand nach dem Tuberkulosegesetz

Bei diesem Voranschlagsansatz sind Untersuchungs- und Behandlungskosten gemäß dem Tuberkulosegesetz vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/17447 Entschädigungen nach Sanitätsgesetzen

Bei diesem Voranschlagsansatz sind die nach dem Epidemie- und Geschlechtskrankheitengesetz zu leistenden staatlichen Entschädigungen und die Aufwendungen nach dem Bazillenausscheidergesetz veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/17457 Studienförderung/Medizinisch-technische Schulen

Hier ist für Studienbeihilfen nach dem Studienförderungsgesetz für Studierende der gehobenen medizinisch-technischen Schulen/Akademien sowie der Hebammenakademien Vorsorge getroffen.

Voranschlagsansatz 1/17467 Schülerbeihilfen

Die bei diesem Voranschlagsansatz veranschlagten Mittel sind für Schul- und Heimbeihilfen für Schüler von medizinisch-technischen Fachschulen vorgesehen.

Titel 179 Dienststellen

Die Ausgaben und Einnahmen dieses Titels ergeben sich aus der Tätigkeit der bakteriologisch-serologischen Untersuchungsanstalten, der Arzneimitteluntersuchungsanstalten und der Bundes-Hebammenakademien. Bis Februar 1997 wurden unter diesem Titel auch die Gebarung der Lebensmitteluntersuchungsanstalten der veterinärmedizinischen Anstalten und des veterinärmedizinischen Grenzbeschauendienstes ausgewiesen.

Gesetzliche Grundlagen

Behördenüberleitungsgesetz, StGBI. Nr. 94/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 566/1991;

Epidemiegesetz 1950, BGBl. Nr. 186, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 702/1974;

Bundesgesetz zur Bekämpfung der Tuberkulose, BGBl. Nr. 127/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 344/1993;

Geschlechtskrankheitsgesetz, StGBI. Nr. 152/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 345/1993;

Verordnung zum Geschlechtskrankheitengesetz, BGBl. Nr. 314/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 591/1993;

Bazillenausscheidergesetz, StGBI. Nr. 153/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 131/1964;

Verordnung zum Bazillenausscheidergesetz, BGBl. Nr. 128/1946, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 358/1969;

Bäderhygienegesetz, BGBl. Nr. 254/1976, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 658/1996;

Arzneimittelgesetz, BGBl. Nr. 185/1983, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 657/1996;

Arzneibuchgesetz, BGBl. Nr. 195/1980;

Bundesgesetz über Maßnahmen gegen die Verbreitung des erworbenen Immundefektsyndroms (AIDS-Gesetz), BGBl. Nr. 728/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/1997;

Hebammengesetz, BGBl. Nr. 310/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/1997;

Hebammen-Ausbildungsverordnung, BGBl. Nr. 599/1995;

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1996	363,3	244,7	608,0	268,4
1997	181,6	157,9	339,4	186,5
1998	155,1	149,9	305,0	195,2

Paragraph 1792 Bakteriologisch-serologische und sonstige Untersuchungsanstalten**Aufgaben und Organisation**

1. Bundesstaatliche bakteriologisch-serologische Untersuchungsanstalten bestehen in Wien, Linz, Salzburg, Graz, Klagenfurt und Innsbruck:

Untersuchungen auf Grund des
Epidemiegesetzes zur Diagnostizierung von Infektionskrankheiten,
Tuberkulosegesetzes,
Bazillenausscheidergesetzes,
Bäderhygienegesetzes,
Geschlechtskrankheitengesetzes,
AIDS-Gesetzes,
Mutter-Kind-Passes;
Trinkwasseruntersuchungen aus medizinisch-hygienischer Sicht, Pyrogenteste an Infusionspräparaten,
Sterilitätsprüfungen (Autoklavenprüfungen) in Krankenanstalten, Bakteriologisch-serologische Untersuchungen in freier Konkurrenz zu Privatlaboratorien,
Untersuchungen von Infusionspräparaten.

2. Bundesanstalt für chemische und pharmazeutische Untersuchungen:
Aufgaben auf Grund des Arzneimittelgesetzes,
Balneochemische Untersuchungen.

3. Bundesstaatliche Anstalt für experimentell pharmakologische und balneologische Untersuchungen:
Aufgaben auf Grund des Arzneimittelgesetzes,
Balneologische Untersuchungen.

4. Bundesstaatliches Serumprüfinstitut/Bundesstaatliche Impfstoffgewinnungsanstalt:
Aufgaben auf Grund des Arzneimittelgesetzes,
Aufgaben auf Grund des AIDS-Gesetzes,
Beratungstätigkeit über Tollwutimpfungen.

Anlagen

Durch die vermehrte Tätigkeit im Rahmen der europäischen epidemiologischen Überwachung verschiedener Infektionskrankheiten ist zur Aufrechterhaltung eines hohen Qualitätsstandards die Anschaffung moderner, den spezifischen Erfordernissen entsprechenden Laborgeräte und ADV-Anlagen erforderlich.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier ist insbesondere für die zu entrichtende Kommunalsteuer vorgesorgt.

Aufwendungen

Hier sind die Betriebskosten der Untersuchungsanstalten veranschlagt. Die Aufwendungen beinhalten auch die Anteile an Untersuchungsgebühren (Taxen).

Einnahmen

Betriebseinnahmen aus gebührenpflichtigen Untersuchungen, Rückersätze von Reisekosten bei Wasseruntersuchungen.

Paragraph 1794 Bundes-Hebammenakademien**Aufgaben**

In den Bundes-Hebammenakademien wird die Ausbildung auf die neuesten Erfahrungen und Erkenntnisse abgestimmt, wobei durch den Beitritt zur EU die Ausbildung auf drei Jahre verlängert und das Ausbildungsniveau angehoben wurde. Die Ausbildung ist darauf ausgerichtet, eine Senkung

Kapitel 17 — Titel 179

121

der Säuglingssterblichkeit durch richtige Versorgung der werdenden Mütter und der Neugeborenen zu erzielen.

Anlagen

Für die Erneuerung und Verbesserung der Einrichtung der Unterrichtsräume sowie für den Ankauf von Lehrmitteln ist vorgesorgt.

Aufwendungen

Dieser Ansatz berücksichtigt die Kosten für die Führung einzelner Akademien.

Einnahmen

Kostensätze aus Betriebsführung.

Kapitel 18 Umwelt

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie gemäß dem Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 21/1997, insbesondere Anlage zu 2 Teil 2, Abschnitt L, soweit Angelegenheiten der Umweltpolitik und des Umweltschutzes betroffen sind.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1996	240,3	2 113,0	2 353,3	9,8
1997	247,5	2 874,1	3 121,5	99,9
1998	265,0	3 623,5	3 888,5	124,1

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 180 Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie obliegen die Angelegenheiten der Umweltpolitik und des Umweltschutzes sowie der Familienpolitik, der Familienförderung und der Jugendziehung.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1996	148,9	136,7	287,6	5,4
1997	159,7	147,0	306,7	1,8
1998	171,1	147,1	318,2	1,8

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Bei diesem Voranschlagsansatz erwachsen im wesentlichen Aufwendungen für Familienbeihilfen und aus einem Beitrag zur ECE-EMEP-Konvention (Grenzüberschreitende Luftverunreinigung).

Aufwendungen

Bei diesem Voranschlagsansatz sind neben den Ausgaben für den laufenden Betrieb auch die Aufwendungen für die Veranstaltung von umweltpolitisch bedeutsamen Symposien, die Herstellung von Publikationen sowie für bewußtseinsbildende Maßnahmen veranschlagt.

Titel 186 Umweltschutz

Gesetzliche Grundlagen

Umweltförderungsgesetz, BGBl. Nr. 185/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 96/1997;

Verordnung der Bundesregierung über die Vergütung für die Mitglieder und Ersatzmitglieder des Umweltsenates, BGBl. II Nr. 95/1997;

Bundesgesetz über die Förderung des Wasserbaues aus den Bundesmitteln (Wasserbautenförderungsgesetz 1985), BGBl. Nr. 148/1985, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 96/1997;

Umwelt- und Wasserwirtschaftsfondsgesetz, BGBl. Nr. 79/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 237/1991;

Finanzausgleichsgesetz 1993, BGBl. Nr. 30/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. xxx/1997;

Waschmittelgesetz, BGBl. Nr. 300/1984;

Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz, BGBl. Nr. 697/1993;

Bundesgesetz über den Umweltsenat, BGBl. Nr. 698/1993;

Kapitel 18 — Titel 186

123

Bundesgesetz über die Gründung und Beteiligung an der Nationalparkgesellschaft Donau-Auen GmbH, BGBl. Nr. 653/1996;

Vereinbarung gem. Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern Kärnten, Salzburg und Tirol über die Zusammenarbeit in Angelegenheiten des Schutzes und der Förderung des Nationalparks Hohe Tauern, BGBl. Nr. 570/1994;

Pflanzenschutzmittelgesetz, BGBl. Nr. 476/1990, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 300/1995;

Vereinbarung über die Festlegung von Immissionsgrenzwerten für Luftschadstoffe und über Maßnahmen zur Verringerung der Belastung der Umwelt samt Anlagen, BGBl. Nr. 443/1987;

Smogalarmgesetz, BGBl. Nr. 38/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 210/1992;

Ozongesetz, BGBl. Nr. 210/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 309/1994;

Bundesgesetz über die Umweltkontrolle, BGBl. Nr. 127/1985;

Chemikaliengesetz, BGBl. I Nr. 53/1997;

Altlastensanierungsgesetz, BGBl. Nr. 299/1989, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 96/1997;

Abfallwirtschaftsgesetz, BGBl. Nr. 325/1990, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 434/1996;

Bundesgesetz zur Schaffung eines Gütezeichens für Holz und Holzprodukte aus nachhaltiger Nutzung, BGBl. Nr. 228/1993;

Bundesgesetz über ein Verbot des Verbrennens biogener Materialien außerhalb von Anlagen, BGBl. Nr. 405/1993;

Umwelthinformationengesetz, BGBl. Nr. 495/1993;

Gentechnikgesetz, BGBl. Nr. 510/1994.

Aufgaben

Die Zielsetzungen der Umweltförderung nach dem Umweltförderungsgesetz sind:

- die Förderung der Siedlungswasserwirtschaft,
- die Umweltförderung im Inland,
- die Umweltförderung im Ausland (Osteuropa) und
- die Förderung der Altlastensanierung.

Zur Abwicklung der Förderungen wurde die Österreichische Kommunalkredit AG betraut.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1996	1 854,1	0,2
1997	2 606,8	92,9
1998	3 352,1	117,1

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben resultiert vor allem aus der Bereitstellung zusätzlicher Budgetmittel für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft.

Paragraph 1860 Umweltpolitische Maßnahmen**Anlagen**

Hier ist für die Einrichtung von Meßstellen nach dem Smogalarmgesetz und über Maßnahmen zur Verringerung der Belastung der Umwelt vorgesorgt.

Förderungen

Im Sinne des Koordinierungsauftrages werden Vorhaben einschlägiger Gesellschaften, Vereinigungen und sonstige Einrichtungen auf dem Gebiete des Umweltschutzes gefördert.

Die Förderungsmaßnahmen zur Wahrung der Bundesinteressen im Naturschutz werden fortgesetzt.

Insbesondere sind Förderungsmittel zur Errichtung von Nationalparks veranschlagt.

Aufwendungen

Neben den Instandhaltungskosten für Meßgeräte und Fahrzeuge sind hier die Mittel für die Fortführung von Forschungsaufträgen, für internationale Beiträge und andere umweltpolitische Aktivitäten veranschlagt. Darüber hinaus ergeben sich auch erhebliche Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Vollziehung des Abfallwirtschaftsgesetzes, des Chemikaliengesetzes sowie des Bundesgesetzes über den Umweltsenat.

124

Kapitel 18 — Titel 187**Paragraph 1862 Altlastensanierung (zweckgeb. Gebarung)****Gesetzliche Grundlage**

Altlastensanierungsgesetz, BGBl. Nr. 299/1989, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 96/1997.

Aufgaben

Nach Maßgabe der zweckgebundenen Einnahmen auf Grund des Altlastensanierungsgesetzes werden diese Mittel für die Sanierung oder Sicherung von Altlasten, weiters für Studien und Projekte zur Erfassung, Abschätzung und Bewertung von Verdachtsflächen und zur Erfassung von Altlasten (§ 13 und § 14), die Erstellung der Prioritätenklassifizierung (§ 14) und für die Kostentragung der Aufwendungen der Länder für Aufgaben gem. § 13 und § 14 ALSAG verwendet.

Paragraph 1863 Siedlungswasserwirtschaft

Unter diesem Paragraph wurde für die Förderung der Wasser- und Abwasserwirtschaft nach Maßgabe des Finanzausgleichsgesetzes vorgesorgt.

Paragraph 1864 Sonstige Umweltmaßnahmen

Bei diesem Paragraph werden Mittel für die Umweltförderung im Inland und im Ausland gemäß § 23f UFG sowie das Entgelt für die Abwicklungsstelle gemäß § 11 UFG veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/18656 EU-Förderungen

Bei diesem Ansatz wird der Anteil der Europäischen Union an Aktionsprogrammen und Strukturfonds im Umweltbereich verrechnet.

Weitere Details über EU-Beträge und Rückflüsse können den Erläuterungen zu Kap. 52, Titel 529, entnommen werden.

Titel 187 Umweltbundesamt**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz über die Umweltkontrolle, BGBl. Nr. 127/1985.

Aufgaben

Das Umweltbundesamt hat Aufgaben durch fachwissenschaftliche Arbeiten, Vermittlung der Arbeitsergebnisse, Erstellung von Gutachten und Erarbeitung von Stellungnahmen zu Anregungen und Beschwerden Umweltinteressen zu wahren.

	Personal- ausgaben	Sach- Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1996	91,4	120,2	211,6	4,1
1997	87,8	120,2	208,0	5,1
1998	94,0	124,2	218,2	5,2

Anlagen

Hier wird für die Ausstattung der Unterkunft des Umweltbundesamtes sowie für Erweiterungen der ADV-Anlage und für Ersatzanschaffungen von Luftmeßgeräten vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Bei diesem Voranschlagsansatz sind die Vergebührung von Mietverträgen und Vertragsgebühren für ADV-Einrichtungen vorzulegen.

Aufwendungen

Betriebsaufwendungen, insbesondere die Aufwendungen für die Unterbringung des Umweltbundesamtes in Wien und seiner Zweigstellen in Salzburg und Klagenfurt.

Kapitel 19 — Titel 190 und 191

125

Kapitel 19 Jugend und Familie

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie gemäß dem Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 21/1997, insbesondere Anlage zu 2 Teil 2, Abschnitt L, soweit Angelegenheiten der Familien- und Jugendpolitik sowie des Familienlastenausgleiches betroffen sind.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1996	18,3	55 563,7	55 582,0	54 546,5
1997	1,0	55 336,7	55 337,8	57 140,2
1998	0,0	55 561,8	55 561,8	59,234,5

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Auf Grund der Novelle zum Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 201/1996, sind die Personal- und Sachausgaben für den Bereich der Zentralleitung (ehemaliger Titel 190) ab dem Zeitraum Mai 1996 beim Titel 180 mitveranschlagt.

Titel 191 Familienpolitische Maßnahmen

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1996	896,3	—
1997	54,8	1 973,7
1998	54,8	3 843,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Die höheren Einnahmen gegenüber dem BVA 1997 ergeben sich aus dem Überschuss aus der Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen, der gemäß § 40 Abs. 7 FLAG 1967 in Anrechnung der Verbindlichkeit des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen sowie des Reservefonds an den Bund zu überweisen ist.

Voranschlagsansatz 1/19116 Förderungen

Für familienpolitische Maßnahmen sind 1998 25,5 Millionen Schilling veranschlagt. Diese Mittel werden für die Förderung der Verbände und Institutionen, die vorwiegend auf dem Gebiete der Familienpolitik tätig sind, verwendet.

Es handelt sich dabei unter anderem auch um Familienorganisationen, die auch im Familienpolitischen Beirat beim Bundesministerium für Jugend und Familie vertreten sind und deren Aktivitäten den Familien direkt zugute kommen. Weiters werden von gemeinnützigen Einrichtungen getragene Projekte gefördert.

Voranschlagsansatz 1/19118 Aufwendungen

Bei diesem Voranschlagsansatz werden die Ausgaben für Veranstaltungen von familienpolitisch bedeutsamen Symposien, die Herstellung von Publikationen sowie für bewußtseinsbildende Maßnahmen veranschlagt.

Bis Mai 1996 waren diese Ausgaben bei Voranschlagsansatz 1/19008 mitveranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/19137 Zahlung an den Reservefonds für Familienbeihilfen**Gesetzliche Grundlage**

Familienlastenausgleichsgesetz 1967, § 40 Abs. 6 und 7.

Dieser Voranschlagsansatz trägt der Regelung Rechnung, daß der Bund im Falle, daß die Mittel des Reservefonds für Familienbeihilfen erschöpft sind, einen Abgang aus der Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen in Anrechnung auf seine Verbindlichkeiten gegenüber dem Reservefonds zu tragen hat. Sind alle Mittel des Reservefonds erschöpft, hat der Bund die Abgänge aus der Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen vorläufig aus allgemeinen Budgetmitteln zu decken.

126

Kapitel 19 — Titel 193**Titel 193 Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (zweckgebundene Gebarung)****Gesetzliche Grundlage**

Familienlastenausgleichsgesetz 1967, BGBl. Nr. 376, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 14/1997.

Aufgaben

Nach dem FLAG werden folgende Leistungen erbracht:

Die Gewährung von Familienbeihilfen;

die Gewährung einer Kleinkindbeihilfe;

die Gewährung eines Mutter-Kind-Paß-Bonus;

die Gewährung von Schulfahrtbeihilfen;

die Finanzierung der Schülerfreifahrten und die Finanzierung von Schulbüchern;

die Finanzierung der Lehrlingsfreifahrten;

die Fahrtenbeihilfe für Lehrlinge;

eine Beitragsleistung zum Aufwand für das Karenzurlaubsgeld;

die Finanzierung der Wiedereinstellungsbeihilfe;

die Förderung von Familienberatungsstellen;

die Gewährung von Zuwendungen aus dem Familienhärteausgleich;

die Leistung eines Kostenanteiles für die Untersuchungen nach dem Mutter-Kind-Paß;

die Zahlung von Vorschüssen auf den gesetzlichen Unterhalt;

Beitragsleistung zur Schülerunfallversicherung;

Teilersatz der Aufwendungen für das Wochengeld;

Teilersatz der Kosten der Betriebshilfe an Mütter, die in der gewerblichen Wirtschaft oder in der Land- und Forstwirtschaft selbständig erwerbstätig sind;

Abgeltung für Ersatzzeiten für Bezieherinnen von Karenzurlaubsgeld;

Pensionsbeiträge für Pflegepersonen von schwerstbehinderten Kindern;

Ersatz der Teilzeitbeihilfe.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1996	54 546,3	54 546,3
1997	55 166,3	55 166,3
1998	55 391,4	55 391,4

Übersicht über die Gebarung:

	Ausgaben	Einnahmen	Überschuß (+) Abgang (-)
	Millionen Schilling		
1988	38 963,1	38 374,5	- 588,6
1989	38 686,7	40 062,8	+1 376,1
1990	41 855,7	42 925,1	+1 069,4
1991	43 903,6	42 124,3	-1 779,3
1992	49 977,3	48 489,1	-1 488,2
1993	53 168,9	49 766,0	-3 402,9
1994	57 620,9	52 991,7	-4 629,2
1995	55 716,3	52 664,1	-3 052,3
1996	54 546,3	53 694,1	- 852,3
1997 (Bundesvoranschlag)	51 230,8	55 166,3	+3 935,5
1998 (Bundesvoranschlag)	51 548,4	55 391,4	+3 843,0

Kapitel 19 — Titel 193

127

Gebarung

Die Gebarung des Familienlastenausgleiches wird über den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen abgewickelt, der keine Rechtspersönlichkeit besitzt.

Voranschlagsansatz 1/19307 Familienbeihilfen

Die Familienbeihilfe beträgt derzeit für jedes Kind 1 300 Schilling; sie erhöht sich ab Beginn des Kalenderjahres, in dem das Kind das 10. Lebensjahr vollendet, um monatlich 250 Schilling und erhöht sich ab Beginn des Kalendermonats, in dem das Kind das 19. Lebensjahr vollendet hat, um weitere 300 Schilling monatlich. Für ein erheblich behindertes Kind erhöht sich die Familienbeihilfe um monatlich 1 650 Schilling.

Vom Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen werden an rund 1 010 071 Anspruchsberechtigte für rund 1 717 072 Kinder Familienbeihilfe gewährt. Ferner wird für 52 876 erheblich behinderte Kinder die erhöhte Familienbeihilfe gewährt. Die Anzahl der Personen (vorwiegend Grenzgänger), die Ausgleichszahlungen erhielten, betrug im Jahre 1995 7 847.

Nicht vom Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen wird gemäß § 46 FLAG 1967 der Aufwand für jene Familienbeihilfen getragen, die

1. der Bund, die Länder und die Gemeinden (letztere nur, wenn ihre Einwohnerzahl 2 000 übersteigt), mit Ausnahme der von diesen Gebietskörperschaften verwalteten Betriebe, Unternehmungen, Anstalten, Stiftungen und Fonds, ferner die gemeinnützigen Krankenanstalten, ihren Empfängern von Dienstbezügen sowie von Ruhe- und Versorgungsrenten auszahlen und
2. den Empfängern von wiederkehrenden Geldleistungen aus der Kriegsoferversorgung, aus der Heeresversorgung und aus der Opferfürsorge ausgezahlt werden.

Diese Familienbeihilfen werden daher auch nicht im Titel 193 des Bundeshaushaltes verrechnet.

Voranschlagsansatz 1/19317 Geburtenbeihilfen

Mehrausgaben auf Grund der Einführung des Mutter-Kind-Paß-Bonus.

Voranschlagsansatz 1/19327 Schulfahrtbeihilfen und Lehrlingsfahrtbeihilfen

Die Schulfahrtbeihilfe bzw. die Lehrlingsfahrtbeihilfe wird gewährt, wenn keine Möglichkeit einer Freifahrt besteht.

Schulfahrtbeihilfe:

Schuljahr	Schüleranzahl	Ausgaben in Mill. S	Durchschnittsausgaben Schilling pro Kind
1991/92	138 000 *)	413,4	2 995 *)
1992/93	138 000 *)	445,7	3 230 *)
1993/94	138 000 *)	403,6	2 925 *)
1994/95	110 000 *)	313,6	2 842 *)

Rückgang infolge Entfalls der Heimfahrtbeihilfe.

Lehrlingsfahrtbeihilfe:

Lehrjahr	Lehrlingsanzahl	Ausgaben in S	Durchschnittsausgaben Schilling pro Lehrling
1994/95	1 287	747 840	581

Voranschlagsansatz 1/19337 Schülerfreifahrten

Die Kosten für die Schülerfreifahrten betragen:

	BVA 1996	BVA 1997 Millionen Schilling	BVA 1998
1. Linienverkehr.....	3 708,9	3 421,9	3 071,8
2. Gelegenheitsverkehr.....	574,4	587,0	587,0

Die Schülerfreifahrten wurden in den letzten Schuljahren wie folgt in Anspruch genommen:

Schuljahr	Schüleranzahl	Ausgaben in Mill. S	Durchschnittsausgaben Schilling pro Kind
1992/93	930 000	4 010,4	4 313
1993/94	884 400	4 217,4	4 769
1994/95	906 800	4 413,1	4 867
1995/96	863 100	4 530,9	5 250

Der Eigenanteil beträgt 270 Schilling pro Kind.

*) Schätzziffern

Vorschlagsansatz 1/19347 Schulbücher

In den abgelaufenen Schuljahren wurden durch die Schulbuchaktion erfaßt:

Schuljahr	Schüleranzahl	Ausgaben in Mill. S	Durchschnittsausgaben in S	
			pro Kind	pro Buch
1991/92	1 141 429	1 050,1	920,0	106,5
1992/93	1 154 181	1 100,8	954,0	110,0
1993/94	1 157 876	1 137,2	982,0	113,0
1994/95	1 160 609	1 179,1	1 015,9	117,1
1995/96	1 165 664	1 186,7	1 018,1	122,4

Vorschlagsansatz 1/19357 Lehrlingsfreifahrten

Gemäß § 30j FLAG 1967 werden unter den im Gesetz bestimmten Voraussetzungen die Kosten für die Beförderung der Lehrlinge zwischen der Wohnung und der betrieblichen Ausbildungsstätte aus Mitteln des FLAF getragen.

Paragraph 1936 Härteausgleich

Gem. § 38a Abs. 1 FLAG 1967 können Familien sowie werdenden Müttern, die durch ein besonderes Ereignis unverschuldet in Not geraten sind, zur Milderung oder Beseitigung der Notsituation finanzielle Zuwendungen gewährt werden.

Paragraph 1937 Familienberatungsstellen

Gemäß § 39b FLAG 1967 ist der Aufwand für die Förderung der Familienberatungsstellen nach dem Familienberatungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 80/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 734/1988, aus Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu tragen.

Im Jahre 1998 werden voraussichtlich rd. 310 Familienberatungsstellen gefördert werden.

Sonstige familienpolitische Maßnahmen**Beitrag zum Karenzurlaubsgeld**

Als Beitrag zum Karenzurlaubsgeld wurden 70 vH des Gesamtaufwandes des Jahres 1996 veranschlagt.

Im BVA 1998 sind dafür 7 753 Millionen Schilling veranschlagt.

Wiedereinstellungsbeihilfe

Gemäß § 39a Abs. 7 FLAG 1967 ist der Aufwand für die Wiedereinstellungsbeihilfe nach Art. XXI des Karenzurlaubserweiterungsgesetzes, BGBl. Nr. 408/1990, zu leisten.

Im Jahre 1998 sind dafür 10,500 Millionen Schilling veranschlagt.

Mutter-Kind-Paß

Die Kosten für die im Mutter-Kind-Paß festgelegten ärztlichen Untersuchungen der Schwangeren und der Kinder werden zu zwei Drittel vom Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen und zu einem Drittel von den Trägern der gesetzlichen Krankenversicherung getragen. Die Kosten für die Auflage des Mutter-Kind-Passes werden ebenfalls vom Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen getragen.

Im Jahre 1998 sind dafür 517,000 Millionen Schilling veranschlagt.

Schülerunfallversicherung

Gemäß § 39a Abs. 1 FLAG 1967 ist an die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt für die gesetzliche Unfallversicherung der Schüler und Studenten ab 1991 ein jährlicher Betrag von 60 Millionen Schilling zu zahlen.

Wochengeld

Gemäß § 39a Abs. 3 FLAG 1967 sind den Trägern der gesetzlichen Krankenversicherung aus dem Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen 70 vH der Aufwendungen für das Wochengeld zu ersetzen.

Im Jahre 1998 sind für diesen Zweck 2 864,5 Millionen Schilling veranschlagt.

Kapitel 19 — Titel 193

129

Betriebshilfe

Gemäß § 39a Abs. 4 FLAG 1967 sind 50 vH der Aufwendungen für Leistungen der Betriebshilfe an Mütter, die in der gewerblichen Wirtschaft oder in der Land- und Forstwirtschaft selbständig erwerbstätig sind, den entsprechenden Sozialversicherungsträgern zu ersetzen (siehe hiezu das Bundesgesetz BGBl. Nr. 359/1982 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 408/1990).

Im BVA 1998 sind dafür 58,000 Millionen Schilling vorgesehen.

Teilzeitbeihilfe

1. Gemäß § 39 Abs. 3 ist der Aufwand für die Teilzeitbeihilfe (Barleistungen einschließlich Krankenversicherungsbeiträge) nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz zu tragen.

2. Gemäß § 39a Abs. 4 ist aus Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen der Aufwand der Teilzeitbeihilfe der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft und der Sozialversicherungsanstalt der Bauern zur Gänze zu ersetzen.

Im Voranschlag 1998 sind für diesen Zweck 249,540 Millionen Schilling vorgesehen.

Pensionsbeiträge vom Karenzurlaubsgeld

Gemäß § 39a Abs. 6 FLAG 1967 sind den Trägern der gesetzlichen Pensionsversicherung die Pensionsbeiträge für Ersatzzeiten, die während des Bezuges von Karenzurlaubsgeld gemäß § 227 Z 5 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes erworben werden, aus Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu zahlen.

Im BVA 1998 sind für diese Leistungen 1 935,142 Millionen Schilling veranschlagt.

Pensionsbeiträge für Pflegepersonen von Schwerstbehinderten

Gemäß § 39a Abs. 5 FLAG 1967 sind den Trägern der gesetzlichen Pensionsversicherung die Pensionsbeiträge für die nach § 18a des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes Selbstversicherten aus Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu zahlen.

Im BVA 1998 sind dafür 95,998 Millionen Schilling vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/19389 Unterhaltsvorschüsse

Gemäß § 39 Abs. 8 FLAG 1967 sind die nach dem Unterhaltsvorschußgesetz, BGBl. Nr. 451/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 757/1996, zu leistenden Vorschüsse auf den gesetzlichen Unterhalt aus dem Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu finanzieren.

Die Unterhaltsvorschüsse werden von den Oberlandesgerichten ausgezahlt und diesen zu Lasten des vorliegenden Voranschlagsansatzes ersetzt.

Im Jahre 1998 wird mit rd. 35 000 Fällen von Unterhaltsbevorschussungen gerechnet.

Die Rückzahlungen für die Vorschüsse werden beim Voranschlagsansatz 2/19382 beim Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen vereinnahmt.

Voranschlagsansatz 1/19397 Überschub des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen

Gemäß § 40 Abs. 4 FLAG 1967 sind allfällige Überschüsse aus der jährlichen Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen an den Reservefonds für Familienbeihilfen zu überweisen.

Der Reservefonds für Familienbeihilfen weist mit Stand Ende Dezember 1996 eine Gesamtschuld von 8 868,150 Millionen Schilling aus.

Im BVA 1998 ist zur teilweisen Abdeckung der Schuld des Reservefonds für Familienbeihilfen ein Betrag von 3 842,950 Millionen Schilling veranschlagt.

Einnahmen**Voranschlagsansatz 2/19300 Dienstgeberbeiträge**

Der Dienstgeberbeitrag zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen beträgt 4,5 vH der Bruttoarbeitslöhne (§ 41 FLAG 1967). Den Dienstgeberbeitrag haben alle Dienstgeber zu leisten, die im Bundesgebiet Dienstnehmer beschäftigen.

Von der Leistung des Dienstgeberbeitrages sind befreit:

1. der Bund, die Länder und die Gemeinden mit Ausnahme der von diesen Gebietskörperschaften verwalteten Betriebe, Unternehmungen, Anstalten, Stiftungen und Fonds; die Gemeinden jedoch nur, wenn ihre Einwohnerzahl 2 000 übersteigt;
2. die gemeinnützigen Krankenanstalten (§ 16 des Krankenanstaltengesetzes, BGBl. Nr. 1/1957 in der derzeit geltenden Fassung).

Voranschlagsansatz 2/19310 Anteil der Einkommen- und Körperschaftsteuer

Nach § 39 Abs. 5 lit. b FLAG 1967 sind Anteile vom Aufkommen an Einkommen- und Körperschaftsteuer an den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu leisten. Die Höhe der Anteile richtet sich nach den Bestimmungen des jeweiligen Finanzausgleichsgesetzes. Diese Anteile werden bei den Voranschlagsansätzen 2/52004 bis 2/52024 und 2/52034 in Einnahme und beim Voranschlagsansatz 2/52874 in Ausgabe und schließlich beim Voranschlagsansatz 2/19310 als Einnahme des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen verrechnet.

Voranschlagsansatz 2/19311 Abgeltung von Ansätzen für Einkommensteuer

Als Abgeltung für den Wegfall der Kinderabsetzbeträge und deren Ersatz durch höhere Familienbeihilfen sind gemäß § 39 Abs. 5 lit. a FLAG 1967 vom Aufkommen an Einkommen- und Lohnsteuer 9 500 Millionen Schilling dem Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zuzuweisen; davon entfallen 2 375 Millionen Schilling auf die veranlagte Einkommensteuer und 7 125 Millionen Schilling auf die Lohnsteuer.

Diese Abgeltungsbeträge werden bei den Voranschlagsansätzen 2/52004 und 2/52014 in Einnahme und beim Voranschlagsansatz 2/52875 in Ausgabe und schließlich beim Voranschlagsansatz 2/19311 als Einnahme des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen verrechnet.

Voranschlagsansatz 2/19320 Beiträge von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben

Der Beitrag von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben ist

1. von allen land- und forstwirtschaftlichen Betrieben im Sinne des § 1 Abs. 2 Z 1 des Grundsteuergesetzes 1955, BGBl. Nr. 149
2. von Grundstücken im Sinne des § 1 Abs. 2 Z 2 des Grundsteuergesetzes 1955, soweit es sich um unbebaute Grundstücke handelt, die nachhaltig land- und forstwirtschaftlich genutzt werden, zu entrichten.

Voranschlagsansatz 2/19330 Beiträge der Länder

Die Länder entrichten Beiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen in Höhe von 24 S pro Jahr und Landeseinwohner, soweit dieser das 18. Lebensjahr vollendet hat.

Die Höhe der Beiträge der einzelnen Bundesländer wurde aufgrund des Ergebnisses der Volkszählung 1991 festgesetzt und ist aus der Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie, BGBl. Nr. 379/1993, zu ersehen.

Voranschlagsansatz 2/19340 Transferzahlungen von privaten Haushalten (Selbstbehalt)

Gem. § 31 Abs. 1 ist für alle unentgeltlich in Anspruch genommenen Unterrichtsmittel, mit Ausnahme der therapeutischen Unterrichtsmittel für Behinderte, den Schulbüchern für den zweisprachigen Unterricht (Minderheitenschulwesen) und den Schulbüchern für Sehgeschädigte, ein Selbstbehalt von 10 vH zu leisten.

Weiters werden bei diesem VA-Ansatz auch die Selbstbehalte im Rahmen der Schulfreifahrt und der Lehrlingsfreifahrt im Bereich des Linienverkehrs im Betrag von 270 Schilling pro Person und Jahr verrechnet.

Voranschlagsansatz 2/19382 Unterhaltsvorschüsse

Die zu Lasten des Voranschlagsansatzes 1/19389 ausgezahlten Vorschüsse auf den gesetzlichen Unterhalt sind von den Empfängern bzw. von den Unterhaltspflichtigen zurückzuzahlen. Die Rückzahlung erfolgt über die Jugendämter und Oberlandesgerichte an den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen.

Voranschlagsansatz 2/19390 Ersatz vom Reservefonds für Familienbeihilfen

Gemäß § 40 Abs. 5 ist ein jährlicher Abgang aus der Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen vom Reservefonds für Familienbeihilfen zu ersetzen.

Kapitel 19 — Titel 194

131

Titel 194 Jugend

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1996	1,1	115,6	116,6	0,1
1997	1,0	115,6	116,6	0,2
1998	0,0	115,6	115,6	0,1

Paragraph 1941 Außerschulische Jugendberziehung**Förderungen**

Die Jugendgemeinschaften, der Österreichische Bundesjugendring (Österreichischer Bundesjugendplan), das Österreichische Institut für Jugendkunde (eine Institution auf Vereinsbasis) und andere Einrichtungen der außerschulischen Jugendberziehung werden gefördert.

Auch Zuschüsse für die Errichtung von Jugendheimen und Zuwendungen für den bilateralen Jugendaustausch finden hier die Bedeckung.

Aufwendungen

Bei diesem Ansatz werden Kosten für Jugendveranstaltungen, Mitarbeiterfortbildung, den österreichischen Jugendredewettbewerb, die Jugendministerkonferenz, den Jugendbericht, das österreichische Bundesjugendsingen, die Sektenbroschüre, den internationalen Jugendaustausch sowie gemeinsame Veranstaltungen mit den Landesjugendreferaten der Bundesländer gezahlt. Weiters wurde für öffentlichkeitswirksame Aktivitäten zur Verankerung der Rechte der Kinder im Bewußtsein der Bevölkerung vorgesorgt.

132

Kapitel 20 — Titel 200**Kapitel 20 Äußeres**

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 21/1997, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt B.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
			Millionen Schilling	
1996	833,6	3 069,4	3 903,0	125,1
1997	809,9	3 219,6	4 029,5	128,0
1998	854,9	3 475,1	4 330,0	125,5

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 200 Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten**Aufgaben**

Dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten obliegen die auswärtigen Angelegenheiten in allen Bereichen der staatlichen Vollziehung.

Gesetzliche Grundlagen

Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten wurde mit Bundesgesetz BGBl. Nr. 172/1959 als selbständiges Bundesministerium errichtet.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
			Millionen Schilling	
1996	327,2	876,1	1 203,3	33,0
1997	330,0	1 064,2	1 394,2	23,9
1998	334,0	1 376,5	1 710,5	24,1

Unterschiede gegenüber Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben gegenüber dem Vorjahr resultiert vor allem aus der Veranschlagung der Kosten im Zusammenhang mit der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 1998.

Anlagen

Nach Umstellung des gesamten Automatisierungssystems im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten im Hinblick auf die österreichische EU-Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 1998 sowie Einrichtung des elektronischen kriminalpolizeilichen Informationssystems (EKIS) in den Vorjahren wurde zur Sicherstellung des ordnungsgemäßen Betriebes dieser Systeme im Jahr 1998 für die Ergänzung noch fehlender Systemteile bzw. den Austausch defekter Apparaturen entsprechend vorgesorgt. Daneben wurde aber auch auf den weiteren Ausbau der Telekommunikation Bedacht genommen.

Förderungen

Die vorgesehenen Förderungen umfassen einerseits freiwillige Beiträge an internationale Organisationen und andererseits Subventionen an Institutionen, die es dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten ermöglichen, auch außerhalb des Rahmens des Ministeriums aktuelle Fragen der internationalen Politik zu diskutieren bzw. deren Tätigkeiten im Interesse des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten liegen. Daneben sind Beiträge zur Unterbringung der Sekretariate von internationalen Organisationen und zur Hilfestellung Österreichs bei der Unterbringung von Vertretungsbehörden aus Entwicklungsländern und Mitgliedsländern der GUS in Wien veranschlagt sowie die im Zusammenhang mit der Ausgliederung der Diplomatischen Akademie und der Deutschkurse an den Kulturinstituten im Ausland vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten weiterhin zu tragenden Kosten.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Neben Familienbeihilfen, verschiedenen Gebühren und öffentlichen Abgaben sind hier die Pflichtbeiträge Österreichs an internationale Organisationen veranschlagt.

Kapitel 20 — Titel 201

133

Die Mitgliedschaft Österreichs bei internationalen Organisationen und die Höhe der Beitragszahlungen sind aus dem Teilheft (Postenverzeichnis bei den Voranschlagsansätzen 1/20036 und 1/20037) bzw. aus der Beilage P zum Amtsbehef ersichtlich. Die Unterschiede des Bedarfs sind auf die Neufestsetzung einzelner Beitragszahlungen und auf Kursschwankungen zurückzuführen.

Aufwendungen

Neben der Bedeckung der Kosten des laufenden Aufwandes wurde insbesondere für die Gewährleistung eines ordnungsgemäßen Betriebes des neuen Büroautomatisierungssystems im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten vorgesorgt. Ferner waren weiterhin entsprechende Beiträge zu OSZE-Institutionen und einer Reihe von OSZE-Friedensmissionen vorzusehen und im Rahmen der EU-Mitgliedschaft auch die erforderlichen Mittel für Zahlungen im Zusammenhang mit der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) zu veranschlagen.

Einnahmen

Die Einnahmen resultieren hauptsächlich aus Transportspesensätzen, Miet- und Pachtzinsen sowie Kostenersätzen der EU für Dienstreisen.

EU-Ratspräsidentschaft

Zur Bedeckung der Kosten im Zusammenhang mit der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 1998 wurden unter Paragraph 2005 (Zentralbudget) insgesamt 300,0 Millionen Schilling vorgesehen. Für ressortspezifische Ausgaben wurden unter Paragraph 2006 (Ressortbudget) weitere 63,0 Millionen Schilling veranschlagt. Die Vergütung zusätzlich notwendiger Mehrleistungen im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft wurde für die Bediensteten der Zentrale bei VA-Ansatz 1/20000 (6,5 Millionen Schilling) und der Vertretungsbehörden bei VA-Ansatz 1/20100 (3,0 Millionen Schilling) berücksichtigt.

Titel 201 Vertretungsbehörden**Dienststellen im Ausland**

Derzeit bestehen 103 effektive Vertretungsbehörden im Ausland, und zwar 80 diplomatische, 17 konsularische und 6 Dienststellen besonderer Art.

Diplomatische Vertretungsbehörden

Die bereits bestehenden diplomatischen Vertretungsbehörden (davon zwei in Form eines Büros des Handelsrates) sind in folgenden Orten eingerichtet: Abidjan, Abu Dhabi (Büro Handelsrat), Addis Abeba, Agram, Algier, Amman, Ankara, Athen, Bagdad, Bangkok, Beirut, Belgrad, Bern, Bogota, Bonn, Brasilia, Brüssel, Budapest, Buenos Aires, Bukarest, Canberra, Caracas, Dakar, Damaskus, Den Haag, Dublin, Guatemala, Harare, Havanna, Heiliger Stuhl, Helsinki, Islamabad, Jakarta, Kairo, Kiew, Kopenhagen, Kuala Lumpur, Kuwait, Lagos, Laibach, Lima, Lissabon, London, Luxemburg, Madrid, Manila, Maskat, Mexiko, Moskau, Nairobi, New Delhi, Oslo, Ottawa, Paris, Peking, Prag, Preßburg, Pretoria, Rabat, Riga, Riyadh, Rom, Santiago de Chile, Sarajewo, Seoul, Singapur (Büro Handelsrat), Skopje, Sofia, Stockholm, Tallinn, Teheran, Tel Aviv, Tirana, Tokio, Tripolis, Tunis, Warschau, Washington und Wilna.

Die diplomatische Vertretungsbehörde in Vaduz hat ihren Sitz in Wien.

In Brüssel besteht die Ständige Vertretung Österreichs bei der Europäischen Union, in New York die Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen, in Genf die Ständige Vertretung beim Büro der Vereinten Nationen und den Spezialorganisationen, in Paris die Ständige Vertretung bei der UNESCO, in Straßburg die Ständige Vertretung beim Europarat und in Wien die Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen (Wien), IAEI und UNIDO.

Konsularische Vertretungsbehörden

Effektive konsularische Vertretungsbehörden im Ausland bestehen in Berlin, Chicago, Düsseldorf, Hamburg, Hongkong, Istanbul, Kapstadt, Krakau, Los Angeles, Mailand, München, New York, Rio de Janeiro, Shanghai, Straßburg, Triest und Zürich.

Außerdem werden 1998 etwa 220 Honorarkonsulate amtieren.

In Washington besteht ferner ein österreichischer Informationsdienst.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1996	461,8	1 080,8	1 542,6	53,7
1997	439,3	1 144,0	1 583,3	66,7
1998	483,5	1 091,9	1 575,4	66,8

134

Kapitel 20 — Titel 203**Anlagen**

Der Voranschlagsbetrag ist zum überwiegenden Teil für die Errichtung von Neubauten (Amtsgebäuden) und die Instandsetzung von bundeseigenen Objekten (Amts- und Wohngebäuden) im Ausland vorgesehen. Nach erfolgtem Ausbau der ADV im Rahmen der Einrichtung des elektronischen kriminalpolizeilichen Informationssystems bei den diplomatischen und konsularischen Vertretungsbehörden sind 1998 hierfür geringere Mittel erforderlich, doch ist für entsprechende Systemergänzungen bzw. für den Austausch von defekten Geräten vorgesorgt. In Anbetracht der vorgesehenen Instandsetzungen und damit verbundenen Neueinrichtungen ist auch eine ausreichende Veranschlagung der Posten für Amtseinrichtung und Telekommunikation erfolgt.

Förderungen

Die hier veranschlagten 5,431 Millionen Schilling sind ausschließlich für Auslandsösterreicher, davon 4,400 Millionen Schilling als Bundesbeitrag an dem gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 381/1967 errichteten „Fonds zur Unterstützung österreichischer Staatsbürger im Ausland“ und 1,031 Millionen Schilling für sonstige Unterstützungen bestimmt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Neben verschiedenen Gebühren und öffentlichen Abgaben sind hier die Kosten für Leistungen nach § 58 B-KUVG und § 130 ASVG veranschlagt.

Aufwendungen

Die umfassenden Agenden des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten auf Grund der politischen Entwicklungen sowie die allgemeine Teuerung und der Umstieg von Weich- zu Hartwährungen in vielen Ländern erfordern die Bereitstellung entsprechender Ausgabenbeträge für 1998. Daneben wurde für die Bedeckung der Bezüge der in das Ausland entsendeten Bediensteten sowie die Kosten der Instandhaltung von bundeseigenen und angemieteten Gebäuden sowie für bauliche und sonstige Sicherheitsmaßnahmen bei den Vertretungsbehörden entsprechend vorgesorgt.

Einnahmen

Die Einnahmen stammen größtenteils aus den Miet- und Pachtzinsersätzen und den Kursdifferenzen aus Fremdwährungsgebarung.

Konsulargebühren

Die Konsulargebühren werden gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 100/1992 erhoben und bei Kapitel 52 „Öffentliche Abgaben“ verrechnet.

Titel 203 Österreichische Kulturinstitute

Die derzeit bestehenden elf Kulturinstitute sind in folgenden Orten eingerichtet: Agram, Budapest, Istanbul, London, Mailand, New York, Paris, Prag, Rom, Teheran und Warschau.

Kulturabkommen

Mit folgenden Staaten bestehen Abkommen auf den Gebieten der Kultur, des Bildungswesens und der Wissenschaften: Ägypten (BGBl. Nr. 435/1973), Belgien (BGBl. Nr. 35/1953), Bulgarien (BGBl. Nr. 340/1974), Finnland (BGBl. Nr. 213/1979), Frankreich (BGBl. Nr. 220/1947), Großbritannien (BGBl. Nr. 60/1953), Guatemala (BGBl. Nr. 524/1989), Indonesien (BGBl. Nr. 271/1976), Italien (BGBl. Nr. 270/1954), Luxemburg (BGBl. Nr. 372/1972), Mexiko (BGBl. Nr. 611/1975), Norwegen (BGBl. Nr. 131/1973), Polen (BGBl. Nr. 434/1973), Portugal (BGBl. Nr. 230/1984), Rumänien (BGBl. Nr. 140/1973), Spanien (BGBl. Nr. 480/1976), Tunesien (BGBl. Nr. 534/1988), Ungarn (BGBl. Nr. 519/1977).

Die Kulturabkommen mit der Sowjetunion (BGBl. Nr. 319/1969), der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (BGBl. Nr. 436/1973) und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (BGBl. Nr. 586/1978) gelten vorerst jeweils im Verhältnis zur Russischen Föderation, Kroatien und der Tschechischen Republik weiter.

Soweit aus diesen Abkommen Ausgaben nur für die innerstaatliche Durchführung erwachsen, fallen diese in die Kompetenzen des Bundeskanzleramtes, des Bundesministeriums für Wissenschaft und Verkehr bzw. des Bundesministeriums für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten und sind daher bei diesen Ressorts veranschlagt (siehe Paragraph 1/1306 und Voranschlagsansatz 1/14108).

Auslagen im Ausland werden in der Regel vom Partnerstaat, fallweise aber auch vom BMfAA (Voranschlagsansatz 1/20408), Bundeskanzleramt, Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr sowie vom Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten übernommen.

Kapitel 20 — Titel 204 und 205

135

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1996	37,8	68,2	106,0	2,3
1997	40,6	73,6	114,2	3,3
1998	37,4	76,1	113,5	2,7

Anlagen

Vorgesorgt ist insbesondere für die Instandsetzung des Institutsgebäudes in Paris.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Neben Familienbeihilfen, verschiedenen Gebühren und öffentlichen Abgaben sind hier die Kosten für Leistungen nach § 58 B-KUVG und § 130 ASVG veranschlagt.

Aufwendungen

Außer den Kosten für den eigentlichen Verwaltungsaufwand sind hier auch die Bezüge für die in das Ausland entsendeten Bediensteten veranschlagt.

Einnahmen

Die Einnahmen stammen größtenteils aus den Miet- und Pachtzinsersätzen, Heimbeiträgen sowie aus Kursdifferenzen aus Fremdwährungsgebarung.

Titel 204 Kulturelle Veranstaltungen

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1996	90,8	4,8
1997	87,8	0,1
1998	80,7	3,6

Kulturelle Veranstaltungen

Die österreichische Auslandskulturpolitik wird 1998 ihrer Aufgabe, die Rolle der österreichischen Kultur im europäischen Kontext zu festigen, in Verbindung mit der Übernahme des EU-Ratsvorsitzes in besonderer Weise nachkommen, indem Veranstaltungen verstärkt einer entsprechenden Thematik gewidmet sein werden. Auch die Pflege der kulturellen Beziehungen zu den mittel-, ost- und südosteuropäischen Ländern — traditionellerweise Schwerpunktregion der österreichischen Auslandskulturpolitik — wird unter diesem Zeichen stehen, um die im Bereich dieser Länder generell, aber besonders im Verhältnis zu den designierten EU-Beitrittskandidaten unter ihnen zu erwartende Verdichtung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit der EU in der kulturellen Dimension durch die Einbeziehung österreichischer Inhalte adäquat zu ergänzen. Weiterhin wird auch der Ausbau der kulturellen Beziehungen zu den global besonders dynamischen Großregionen Nordamerika und Ostasien ein prioritäres Anliegen der österreichischen Auslandskulturpolitik sein.

Titel 205 Entwicklungshilfe**Gesetzliche Grundlage**

Entwicklungshilfegesetz, BGBl. Nr. 474/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 579/1989.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1996	947,8	30,1
1997	850,0	33,9
1998	850,0	28,4

Die hier für Programm- und Projektförderung veranschlagten Förderungsmittel können vom Bund unter Bedachtnahme auf das der Bundesregierung jährlich vorzulegende Entwicklungshilfeprogramm gewährt werden (BGBl. Nr. 474/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 579/1989).

Die Programm- und Projektförderung umfaßt Vorhaben, die der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Entwicklung der Entwicklungsländer dienen. Hierzu sind insbesondere auch Vorhaben für Bildung und Ausbildung in Entwicklungsländern sowie die entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit in Österreich zu zählen.

136

Kapitel 30 — Titel 300 und 301**Kapitel 30 Justiz**

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Justiz gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 21/1997, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt I.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1996	5 465,1	4 367,5	9 832,7	6 357,7
1997	5 546,8	4 200,0	9 746,8	6 350,0
1998	5 679,2	4 847,3	10 526,5	7 233,1

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 300 Bundesministerium für Justiz**Aufgaben**

Dem Bundesministerium für Justiz obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes auf dem Gebiete der Zivil- und Strafrechtspflege.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1996	153,3	236,8	390,0	14,2
1997	153,2	240,2	393,4	14,7
1998	163,0	295,3	458,3	14,7

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben im Jahre 1998 ist insbesondere für die Vereinssachwalterschaft und für Zahlungen an die BIG sowie im Zusammenhang mit der EU-Präsidentschaft bestimmt.

Förderungen

Hervorzuheben ist die Förderung von Vereinen für Sachwalterschaft. Diese haben die Aufgabe, geeignete Sachwalter für behinderte Personen auszubilden und den Gerichten zur Verfügung zu stellen. Ab dem Jahre 1991 sind von Vereinen für Patientenanzwaltschaft Patientenanwälte für in geschlossenen Bereichen von Anstalten angehaltene Personen bereitzustellen. Die Vereine leisten damit einen wichtigen Beitrag für die rechtliche Betreuung psychisch Kranker und Behinderter.

Als weitere Förderungen sind Subventionen für das Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie und für Vereine, deren Tätigkeit im Interesse des Justizressorts liegt (z. B. im Rahmen eines Entwicklungsprogrammes für Osteuropa), veranschlagt.

Aufwendungen

Neben der Vorsorge für den laufenden Aufwand sind auch Zahlungen an die BIG in Höhe von 32,1 Millionen Schilling veranschlagt.

Titel 301 Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur**Gesetzliche Grundlagen**

Oberster Gerichtshof, BGBl. Nr. 328/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 20/1991,
Staatsanwaltschaftsgesetz, BGBl. Nr. 164/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 507/1994,
Verordnung des Bundesministers für Justiz vom 16. Juni 1986, BGBl. Nr. 338, zur Durchführung des Staatsanwaltschaftsgesetzes (DV — StAG).

Aufgaben

Der Oberste Gerichtshof ist oberste Instanz in Zivil- und Strafrechtssachen nach Art. 92 Abs. 1 Bundes-Verfassungsgesetz und Kartellobergericht gemäß § 88 Abs. 2 Kartellgesetz. Weiters sind beim Obersten Gerichtshof die Oberste Rückstellungskommission und die Oberste Berufungs- und Disziplinarkommission für Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter eingerichtet.

Kapitel 30 — Titel 302

137

Der Generalprokuratur beim Obersten Gerichtshof obliegt die Mitwirkung bei der Erledigung von Rechtsmitteln in Strafrechtsfällen durch den Obersten Gerichtshof, die Erhebung von Nichtigkeitsbeschwerden zur Wahrung des Gesetzes sowie die Mitwirkung bei der Tätigkeit der Obersten Berufungs- und Disziplinarkommission für Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1996	114,7	11,7	126,4	1,7
1997	115,6	11,2	126,8	1,0
1998	118,1	10,8	128,9	2,0

Titel 302 Justizbehörden in den Ländern**Gesetzliche Grundlagen**

- Gerichtsorganisationsgesetz, RGBl. Nr. 217/1896, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 761/1996;
- Staatsanwaltschaftsgesetz, BGBl. Nr. 164/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 507/1994, und Verordnung des Bundesministers für Justiz vom 16. Juni 1986, BGBl. Nr. 338, zur Durchführung des Staatsanwaltschaftsgesetzes (DV — StAG);
- Richterdienstgesetz, BGBl. Nr. 305/1961, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 392/1996;
- Gerichtsgebührengesetz (GGG), BGBl. Nr. 501/1984, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 304/1996 (Gebührenbeträge in der Fassung der Verordnung BGBl. Nrn. 912/1994 und 600/1995);
- Gebühren für Verwahrnisse der gerichtlichen Verwahrungsabteilungen, BGBl. Nr. 182/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 532/1993;
- Gerichtskostenmarkenverordnung 1985, BGBl. Nr. 535/1984, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 497/1989;
- Gebührenanspruchsgesetz 1975, BGBl. Nr. 136/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 623/1994; (Gebührenbeträge in der Fassung der Verordnung BGBl. Nr. 214/1992)
- Vollzugs- und Wegegebührengesetz, BGBl. Nr. 413/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 519/1995;
- Gerichtliches Einbringungsgesetz 1962, BGBl. Nr. 288, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996;
- Pauschalvergütung an den Österreichischen Rechtsanwaltskammertag, § 47 RAO, RGBl. Nr. 96/1868, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 304/1996, in Verbindung mit Verordnung BGBl. Nr. 755/1995 und 43/1997 (Sonderpauschalvergütung 1994 und 1995), Art. II § 7 Abs. 5 BG BGBl. Nr. 570/1973;
- Mediengesetz, BGBl. Nr. 314/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 91/1993;
- Strafrechtliches Entschädigungsgesetz, BGBl. Nr. 270/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 91/1993;
- Verordnung des Bundesministers für Justiz vom 18. Juli 1968 über das Anbringen von FreistempeLabdrucken zur Entrichtung von Gerichtsgebühren, BGBl. Nr. 315/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 136/1985;
- Vereinssachwalter- und Patientenanwaltschaftsgesetz — VSPAG, BGBl. Nr. 156/1990;
- Unterbringungsgesetz — UbG, BGBl. Nr. 155/1990, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 12/1997;
- Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz — ASGG, BGBl. Nr. 104/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 47/1997;
- Grundrechtsbeschwerde-Gesetz — GRBG, BGBl. Nr. 864/1992 (§§ 8 und 9), in Verbindung mit Verordnung BGBl. Nr. 35/1993:
- Rechtsanwaltsprüfungsgesetz — RAPG (§ 28), BGBl. Nr. 556/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 21/1993;
- Notariatsprüfungsgesetz — NPG (§ 28), BGBl. Nr. 522/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 692/1993;

138

Kapitel 30 — Titel 303

Berufsprüfungs-Anrechnungsgesetz — BARG (§ 5 Abs. 2 und § 6 Abs. 2), BGBl. Nr. 523/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 21/1993;

jeweils in Verbindung mit Verordnung BGBl. Nr. 619/1993 (Vergütungen und Gebühren für die Rechtsanwaltsprüfung und die Notariatsprüfung), zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 962/1994.

Aufgaben

Den Justizbehörden in den Ländern obliegt die Rechtsprechung in Zivil- und Strafsachen, die Erstattung von Besetzungsvorschlägen anlässlich der Ernennung von Richtern sowie die Erledigung der in ihren Bereich fallenden Justizverwaltungsangelegenheiten.

Organisation

Die Justizbehörden in den Ländern umfassen:

- 4 Oberlandesgerichte;
- 4 Oberstaatsanwaltschaften;
- 21 Gerichtshöfe I. Instanz;
- 17 Staatsanwaltschaften;
- 191 Bezirksgerichte.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1996	3 490,8	2 774,0	6 264,8	5 941,2
1997	3 527,7	2 648,5	6 176,2	5 943,1
1998	3 601,6	3 075,3	6 676,9	6 794,8

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben im Jahr 1998 ist insbesondere auf Mehrausgaben für Entschädigungen gemäß dem Gebührenanspruchsgesetz, für Post- und Telefongebühren und für ADV-Projekte zurückzuführen.

Anlagen

Bei diesem Voranschlagsansatz ist für die Weiterführung der ADV-Projekte vorzusorgen. Weiters ist die Einrichtung von Gerichtsneubauten und generalsanierten Gerichtsgebäuden durchzuführen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Bei diesem VA-Ansatz sind Ausgaben für Familienbeihilfen, für Entschädigungen gemäß dem Gebührenanspruchsgesetz und dem ASGG und für Bezugszahlungen an Rechtspraktikanten veranschlagt.

Aufwendungen

Vorsorge für den laufenden Aufwand der Gerichte und staatsanwaltschaftlichen Behörden und für die Pauschalvergütungen an den österr. Rechtsanwaltskammertag.

Einnahmen

Die Einnahmen resultieren in erster Linie aus Gebühren und Ersätzen in Rechtssachen sowie aus Strafgeldern.

Titel 303 Justizanstalten**Gesetzliche Grundlagen**

Strafvollzugsgesetz, BGBl. Nr. 144/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 763/1996;

Strafgesetzbuch, BGBl. Nr. 60/1974, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 12/1997;

Jugendgerichtsgesetz, BGBl. Nr. 599/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 762/1994;

Strafprozeßordnung 1975, BGBl. Nr. 631, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 762/1996;

Strafrechtsanpassungsgesetz, BGBl. Nr. 422/1974;

Strafvollzugsanpassungsgesetz, BGBl. Nr. 424/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 605/1987;

Kapitel 30 — Titel 303

139

Aufgaben

Den Justizanstalten obliegt der Vollzug von Untersuchungs- und Straftaft sowie die Unterbringung nach §§ 21 bis 23 StGB. Dazu gehört neben der sicheren Verwahrung die volle und insbesondere auch medizinische Versorgung der Insassen.

In den Werkstätten, Ökonomien und Wirtschaftsbetrieben werden die Gefangenen mit nützlicher Arbeit beschäftigt. Überdies erhalten sie eine Berufsausbildung, um sich nach ihrer Entlassung wieder leichter in ein geordnetes Berufsleben einfügen zu können. Eine ganz besondere Sorgfalt wird der Berufsausbildung der Jugendlichen zugewendet.

Der Justizwachsule obliegt die Ausbildung des Justizwache- und Erziehungspersonals.

Organisation

Derzeit werden folgende Justizanstalten betrieben:

- 17 Gerichtshofgefängnisse mit 8 Außenstellen;
- 7 Strafvollzugsanstalten mit 7 Außenstellen;
- 1 Sonderanstalt für männliche Jugendliche;
- 1 Justizanstalt für die Unterbringung nach § 21 Abs. 1 StGB;
- 1 Justizanstalt nach § 21 Abs. 2 StGB mit einer Außenstelle;
- 1 Sonderanstalt für die Unterbringung nach § 22 StGB mit einer Außenstelle;
- 1 Justizanstalt für die Unterbringung nach § 23 StGB.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1996	1 616,0	1 108,8	2 724,8	400,6
1997	1 658,5	1 058,8	2 717,3	391,1
1998	1 703,4	1 214,8	2 918,1	421,5

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben ist insbesondere zur Bedeckung der stark ansteigenden Kosten der medizinischen Betreuung der erforderlich.

Anlagen

Bei diesem VA-Ansatz sind die Ausgaben für erforderliche Ersatz- und Neubeschaffungen von Amts- und Anstaltsausstattung, Maschinen und maschinelle Anlagen, Kraftfahrzeugen und ADV-Einrichtungen veranschlagt.

Förderungen

Unter den Förderungen sind hauptsächlich Subventionen für Vereinigungen veranschlagt, die eine Nachbetreuung von Haftentlassenen durchführen.

Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

Bei diesem VA-Ansatz sind ua. Arbeitslosenversicherungsbeiträge für Häftlinge und die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen veranschlagt.

Aufwendungen

Bei den Aufwendungen sind Kosten für die Betreuung der Gefangenen und deren medizinische Versorgung sowie für den Betrieb und die Erhaltung der Justizanstalten und auch die Vergütungen für die Gefangenenarbeiten veranschlagt.

Einnahmen

Der Großteil der Einnahmen resultiert aus Kostenbeiträgen für Leistungen aus dem Strafvollzug.

Justizwache — Massafonds

Dem Massafonds der Justizwache obliegt die leihweise Beistellung von Dienstkleidern an die dem Dienstzweig „Justizwache und Dienst der Erzieher“ zugehörigen Bediensteten nach Maßgabe der vom Ministerrat in der Sitzung am 6. Dezember 1949 hierüber beschlossenen Massavorschrift.

140

Kapitel 30 — Titel 305

Dem Fonds werden im Jahre 1998 voraussichtlich zufließen:

	Millionen Schilling
aus dem Bundeshaushalt (Massapauschale usw.)	14,9
Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verausgabt werden:	
Beschaffung von Massasorten	14,7
Fondsaufwand	0,2
Zusammen ...	14,9

Verpflegstage

Die Anzahl der Verpflegstage in den Justizanstalten beträgt:

	Gefangene und Untergebrachte
1996	2 400 000
1997	2 400 000
1998	2 400 000

Titel 305 Bewährungshilfe**Gesetzliche Grundlagen**

Bewährungshilfegesetz, BGBl. Nr. 146/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 762/1996;

Jugendgerichtsgesetz, BGBl. Nr. 599/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 522/1994;

Strafgesetzbuch, BGBl. Nr. 60/1974, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 12/1997;

Strafvollzugsanpassungsgesetz, BGBl. Nr. 424/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 605/1987;

Strafprozeßordnung 1975, BGBl. Nr. 631, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 762/1996.

Aufgaben

Den Bewährungshelfern obliegt die Betreuung Entlassener und bedingt Verurteilter, um sie vor Rückfall zu bewahren.

Organisation

Gemäß § 24 Abs. 1 des Bewährungshilfegesetzes werden die Aufgaben der Bewährungshilfe — außer in der Steiermark — von einer privaten Vereinigung besorgt. Die Geschäftsstellen Graz und Leoben mit den Außenstellen Bruck, Graz, Judenburg und Liezen werden als Dienststellen des Bundes geführt.

Das Bewährungshilfegesetz sieht am Sitze jedes in Strafsachen tätigen Gerichtshofes I. Instanz die Errichtung einer Dienststelle für Bewährungshilfe vor. Dem Auftrag des Gesetzgebers folgend, wurden dort Geschäftsstellen für Bewährungshilfe errichtet. Neben den Geschäftsstellen wurden bisher in Wien acht, im Bereich der Geschäftsstellen für Bewährungshilfe Eisenstadt und Feldkirch je eine Außenstelle, im Bereich der Geschäftsstelle Salzburg zwei und in den Sprengeln der Geschäftsstellen für Bewährungshilfe Innsbruck und Klagenfurt je drei Außenstellen eröffnet. Bei der Dienststelle für Bewährungshilfe Graz sind 2 Zweigstellen, bei der Dienststelle für Bewährungshilfe Leoben 3 Außenstellen eingerichtet. Für den Bereich Außergerichtlicher Tatausgleich (ATA) wurden in Wien, Salzburg, Innsbruck, Linz, Wels und Wr. Neustadt eigene Räumlichkeiten angemietet; gesonderte Einrichtungen für den Bereich ATA in der Steiermark sind in Planung. Zentralstellen für Haftentlassenenhilfe bestehen in Wien, Linz, Salzburg, Innsbruck, Graz, Klagenfurt, Krems und Wr. Neustadt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1996	90,4	236,3	326,7	0,0
1997	91,9	241,3	333,1	0,1
1998	93,1	251,1	344,2	0,0

Kapitel 30 — Titel 305

141

Unterschiede gegen Vorjahr

Die Erhöhung bei den Sachausgaben ergibt sich in erster Linie aus der Umstrukturierung der Bewährungshilfe, der Ausstattung mit ADV-Anlagen, der Fallzahlensteigerung insbesondere bei ATA/J, der laufenden Erweiterung von ATAVE, dem Bezug neuer Geschäftsstellenräumlichkeiten sowie der Intensivierung der Betreuungsangebote.

Förderungen

Bei den Förderungen sind vor allem die Zuwendungen an den Verein für Bewährungshilfe und soziale Arbeit veranschlagt.

Aufwendungen

Der Großteil der bei diesem VA-Ansatz veranschlagten Mittel betrifft die Entgelte an Bewährungshilfevereinigungen.

Konjunkturausgleich-Voranschlag

Millionen Schilling

Stabilisierungsquote	24,0
Konjunkturbelebungsquote	12,0

Für die allfällige Anschaffung von Büromaschinen und von Einrichtungsgegenständen für die Gerichte wird vorgesorgt. Bei den Anlagen der Justizanstalten ist die Ausstattung von Wirtschaftsbetrieben, Werkstätten und Lehrwerkstätten mit verschiedenen Maschinen notwendig. Weiters wird für die Fortsetzung und Verbesserung der Sicherheitseinrichtungen und die Ausstattung mit Amts- und Anstaltsausstattungsgegenständen vorzusorgen sein.

142

Kapitel 40 — Titel 400

Kapitel 40 Militärische Angelegenheiten

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Landesverteidigung gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 21/1997, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt J.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1996	9 152,3	11 540,9	20 693,2	455,0
1997	9 658,0	11 213,0	20 871,0	517,8
1998	9 990,3	11 417,6	21 407,9	538,0

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 400 Bundesministerium für Landesverteidigung

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Landesverteidigung obliegen die obersten Verwaltungsangelegenheiten des Bundes auf dem Gebiete der Landesverteidigung.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1996	655,1	190,7	845,8	120,6
1997	684,2	210,5	894,7	119,6
1998	685,4	252,4	937,8	119,6

Anlagen

Bei diesem Voranschlagsansatz werden die Kosten für die Anschaffung von ADV-Geräten, Kraftfahrzeugen und sonstiger Amtsausstattung der Zentralstelle verrechnet.

Bezugsvorschüsse

An Bezugsvorschüssen werden für aktive Bundesbedienstete im Jahre 1998 44,350 Millionen Schilling (1997 43,200 Millionen Schilling) bereitgestellt. Hievon werden 13,550 Millionen Schilling für Bezugsvorschüsse für Wohnbauzwecke aufgewendet.

Förderungen

Die Mittel für „Förderungen“ sind für Soldatenvereinigungen, zur Förderung der Körperertüchtigung im Rahmen von Heeressportvereinigungen und zur Unterstützung von Vereinigungen bestimmt, die der umfassenden Landesverteidigung dienen.

Die bei der Voranschlagspost 7666 zweckgebunden veranschlagten Mittel kommen den „Vereinigten Altösterreichischen Militärstiftungen“ zugute. Die korrespondierenden Einnahmen aus Geldbußen und Geldstrafen sind auf der Einnahmenseite bei dem eigenen Voranschlagsansatz 2/40000 veranschlagt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Bei diesem Voranschlagsansatz sind neben den Familien- und Geburtenbeihilfen für die Angehörigen der Zentralstelle auch die Kosten für Leistungen nach § 58 B-KUVG und § 130 ASVG für Bedienstete, die im dienstlichen Auftrag im Ausland sind, veranschlagt; ebenso die Entschädigungen gem. § 6 Abs. 6 WG für die Vorsitzenden der Beschwerdekommision.

Kapitel 40 — Titel 401

143

Aufwendungen

Beim Voranschlagsansatz 1/40008 werden die Aufwendungen zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes in der Zentralstelle sowie die Kosten für die Anschaffung von geringwertigen Wirtschaftsgütern und von geringwertiger Amtsausstattung verrechnet.

Zahlungen an die BIG

Beim VA-Ansatz 1/40018 werden die Miet-, Investitions- und Betriebskosten für Liegenschaften, die in der Verwaltung der Bundesimmobiliengesellschaft stehen, bezahlt.

Einnahmen

Der Veranschlagung der Einnahmen wurden die bisher vorliegenden Erfolgsziffern sowie der Rechnungsabschluß 1996 zugrunde gelegt.

Zweckgebundene Einnahmen

Die Einnahmen aus Geldstrafen und Geldbußen werden gemäß § 78 Abs. 5 des Heeresdisziplinargesetzes 1994 für Aufwendungen der „Vereinigten Altösterreichischen Militärstiftungen“ verwendet.

Titel 401 Heer und Heeresverwaltung**Gesetzliche Grundlagen**

- Wehrgesetz 1990, BGBl. Nr. 305, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 788/1996;
- Heeresdisziplinargesetz 1994, BGBl. Nr. 522/1994;
- Heeresgebührengesetz 1992, BGBl. Nr. 422, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 757/1996;
- Bundesverfassungsgesetz über Kooperation und Solidarität bei der Entsendung von Einheiten und Einzelpersonen in das Ausland, BGBl. I Nr. 38/1997;
- Auslandseinsatzgesetz, BGBl. Nr. 233/1965, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 38/1997;
- Auslandseinsatzzulagengesetz, BGBl. Nr. 365/1991, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 38/1997;
- Munitionslagergesetz, BGBl. Nr. 736/1995;
- Sperrgebietsgesetz 1995 — SperrGG 1995, BGBl. Nr. 260;
- Militärleistungsgesetz, BGBl. Nr. 174/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 259/1995;
- Beamten-Dienstrechtsgesetz, BGBl. Nr. 333/1979, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 64/1997;
- Allgemeines Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 764/1996;
- Bauern-Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 559/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 764/1996;
- Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 200/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 764/1996;
- Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 560/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 764/1996;
- Arbeitsplatz-Sicherungsgesetz 1991, BGBl. Nr. 683/1991, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 163/1993 (DFB);
- Luftfahrtgesetz, BGBl. Nr. 253/1957, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 656/1994;
- Krafftahrgesetz 1967, BGBl. Nr. 267, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 457/1995;
- Tapferkeitsmedaillen-Zulagengesetz 1962, BGBl. Nr. 146, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 388/1977;
- Kämtner Kreuz-Zulagengesetz 1970, BGBl. Nr. 194, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 14/1975;
- Bundesgesetz über militärische Auszeichnungen, BGBl. Nr. 361/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996;
- Verwundetenmedaillengesetz, BGBl. Nr. 371/1975, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 38/1997.

Bundesgesetz über die Berufsförderung von Militärpersonen auf Zeit (Militärberufsförderungsgesetz — MilBFG), BGBl. Nr. 524/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 757/1996.

Aufgaben

Vorbereitung und Vollzug der dem Bundesheer gemäß Artikel 79 B-VG obliegenden Aufgaben.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1996	8 432,7	11 221,5	19 654,3	198,3
1997	8 910,3	10 877,3	19 787,6	270,6
1998	9 239,2	11 035,6	20 274,8	285,8

Liegenschaftsankäufe

Der bei diesem Voranschlagsansatz veranschlagte Ausgabenbetrag ist zum Erwerb von Schieß- und Übungsplätzen sowie zur Arrondierung und Erweiterung bestehender Übungsplätze vorgesehen. Weiters werden hier auch die Kosten für Servitutsrechte und Grundstückstauschvorhaben verrechnet.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Bei diesem Voranschlagsansatz werden vor allem die Ausgaben für die Ansprüche der Wehrpflichtigen nach dem Heeresgebührengesetz 1992 verrechnet. Dazu gehören: Heilungskosten für Wehrpflichtige, Monatsgeld, Prämie im Grundwehrdienst, Dienstgradzulage, Fahrtkostenvergütungen, Treueprämie, Entschädigung für Waffenübungen und freiwillige Waffenübungen sowie die Besoldung im Wehrdienst als Zeitsoldat. Neben den Versicherungsleistungen für Versicherte, die im dienstlichen Auftrag im Ausland sind, werden für die Familienangehörigen jedes im ordentlichen oder außerordentlichen Präsenzdienst stehenden Versicherten Krankenfürsorgekosten gem. § 56a ASVG bezahlt. Ebenso werden die Kosten für die im Assistenzeinsatz an der österreichischen Grenze eingesetzten GWD und ZS bei diesem VA-Ansatz verrechnet.

Zu den Ausgaben bei diesem Voranschlagsansatz zählen weiters: Familien- und Geburtenbeihilfen, Ausgaben an öffentlichen Abgaben, Begräbniskosten, Kosten für die berufliche Bildung von Wehrpflichtigen sowie Zahlungen von Geldleistungen nach dem MilBFG, Versicherungsleistungen für Wehrpflichtige, Geldleistungen für Soldaten des Miliz- u. Reservestandes, die gemäß Bundesverfassungsgesetz beim UN-Sicherheitsbataillon im Nahen Osten und in Cypern bzw. bei der österreichischen UN-Beobachtungstruppe sowie bei AUSLOG/SFOR in Bosnien Dienst versehen, Zulagen nach dem Tapferkeitsmedaillen-Zulagengesetz 1962 sowie Kärntner Kreuzzulagen nach dem Kärntner Kreuzzulagengesetz 1970.

Aufwendungen

Der Veranschlagung der Ausgabenbeträge für Aufwendungen liegen folgende Vorhaben zugrunde:

1. Aufrechterhaltung des Betriebes des Bundesheeres,
2. Aufrechterhaltung der Ausbildung der Wehrpflichtigen und Weiterbildung des Kaders,
3. Sicherstellung der eingegangenen internationalen Verpflichtungen,
4. Weiterführung der Modernisierung der Ausrüstung des Bundesheeres im bereits vertraglich gebundenen Umfang und
5. Berücksichtigung jener Erfordernisse, die der Erhaltung der Infrastruktur dienen.

Bereitstellung der für die Heeresgliederung-NEU erforderlichen Ausrüstung

Die im Budgetjahr möglichen Beschaffungen erfolgen zwar im Planungsrahmen des Budgetprogrammes, beinhalten jedoch keine markanten Neuanschaffungen von Rüstungsgütern. Es kann lediglich der vertraglich gebundene Lieferumfang zulaufen. Die Beschaffungen im Budgetjahr 1998 liegen mit Schwergewicht bei

- Fernmeldegeräten
- Radargeräten
- Abwehrlenk Waffen
- IT-Anwendungen
- Nachtsicht für GKBF

Kapitel 40 — Titel 401

145

- Splitterschutz
- Mittel zur Feuerunterstützung
- Sanitätsgerät
- Ausrüstung für internationale Einsätze.

Auf dem Fernmeldesektor wird vor allem auf die Ausstattungsergänzung mit Fernsprengerät sowie mit Mittel für Aufklärung und Führung Bedacht genommen.

Im Bereich der Heeresmotorisierung sind fast ausschließlich Beschaffungen für den Ersatz auszuscheidenden Gerätes bzw. Modifikationen vorgesehen.

Im Bereich der Luftstreitkräfte sind Mittel insbesondere für den Betrieb der Luftraumüberwachungsflugzeuge, welche die in Friedens- und Krisenzeiten bedeutsame Wahrung der Lufthoheit sicherstellen sollen, vorgesehen.

Aufrechterhaltung des Betriebes des Bundesheeres

Darunter werden jene Ausgabenbeträge verstanden, die der Verpflegung, der Bekleidung und der Ausbildung der Wehrpflichtigen sowie der Materialerhaltung (Instandsetzung, Instandhaltung und Lebenszeitverlängerung) des eingeführten Gerätes dienen.

Die für die Ausbildung aufgewendeten Mittel ermöglichen die Aufrechterhaltung des Ausbildungsbetriebes wie die Erhaltung von Ausbildungsgerät und Anlagen sowie die Zurverfügungstellung der zur Absolvierung der Schießprogramme erforderlichen Munition.

Die Ausgaben für die Materialerhaltung dienen der Beschaffung erforderlicher Ersatzteile, Geräte und Werkzeuge sowie der Vergabe von Aufträgen an zivile Fachbetriebe.

Der weitere Ausbau der Informationstechnologie ermöglicht den zeitverzuglosen Zugriff auf die Daten der vorhandenen Informationssysteme vom jeweiligen Arbeitsplatz aus. Dadurch werden Einsatzvorbereitungen und Führungsfähigkeit verbessert.

Die für das System Goldhaube bereitgestellten Mittel sollen hauptsächlich den Betrieb und die Systempflege dieser Einrichtungen unter Einbindung der Luftraumüberwachungsflugzeuge sicherstellen.

Ausbildung

Die kurze Grundwehrdienstzeit erfordert eine intensive Ausbildung. Dies ist ua. durch Beschaffung von modernem Ausbildungsgerät möglich. Die Beschaffung des modernen Ausbildungsgerätes erfolgt in mehreren Etappen; im Bundesvoranschlag 1998 konnten weitere Kosten berücksichtigt werden.

Angemessene Aufwendungen für die Milizarbeit sollen die laufende Information und Ausbildung der Milizsoldaten auch zwischen den Waffenübungen sicherstellen.

Infrastruktur

Im Bereiche der Infrastruktur werden die vordringlichsten Baumaßnahmen für Munitionslager und für die Schieß- und Übungsplätze unter besonderer Bedachtnahme auf die Sicherheitserfordernisse durchgeführt.

Die bei den „Miet- und Pachtzinsen für Wohnzwecke“ verbuchten Mieten sind dynamisiert.

Einnahmen

Zu den laufenden Einnahmen zählen Kostenerstattungen gemäß §§ 58 und 59 B-KUVG und § 130, Abs. 3 und 4 ASVG, Veräußerungen von Anlagen, Betriebsstoffen und Verbrauchsgütern, Verpflegungsgeldersätze, Kostenersätze für Treibstoffe, Kostenersätze für Mittel zur ärztlichen Betreuung, Miet- und Pachtzinse sowie Vergütungen von Bundesdienststellen für Leistungen des Bundesheeres.

Auf Grund der Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten und den Vereinten Nationen leisten diese für die österreichischen UN-Kontingente als Kostenersatz folgende Beträge:

UN-Bataillon Naher Osten pro Mann und Monat	1 058 US-Dollar
für 10% Spezialisten zusätzlich	291 US-Dollar
UN-Bataillon Cypem pro Mann und Monat	1 058 US-Dollar
für 10% Spezialisten zusätzlich	291 US-Dollar
KFZ- und Gerätemiete jährlich	8,1 Mio S

Titel 402 Heer und Heeresverwaltung (zweckgebundene Gebarung)**Gesetzliche Grundlage**

III. Hauptstück Par. 14 des Heeresgebührengesetzes 1992, BGBl. Nr. 422/1992.

Aufgaben

Für den Aufenthalt von Wehrpflichtigen während der Freizeit sind Soldatenheime eingerichtet, wo auch ein diesem Verwendungszweck angemessenes Angebot an Waren für den persönlichen Bedarf bereitzustellen ist.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1996	106,0	106,0
1997	102,7	102,7
1998	106,2	106,2

Einnahmen

Die Einnahmen der Soldatenheime sind zur Bestreitung der unmittelbar mit den Ausgaben in Zusammenhang stehenden Aufwendungen zu verwenden.

Titel 404 Heeresgeschichtliches Museum, Militärgeschichtliches Institut**Aufgaben**

Das Heeresgeschichtliche Museum ging aus der Sammlung des kaiserlichen Zeughauses in Wien hervor. Es wurde nach modernen Erfordernissen neu gestaltet und enthält die heereskundliche Darstellung des österreichischen Soldatentums und eine Würdigung seiner europäischen Leistung vom 17. bis zum 20. Jahrhundert. In mehreren Sälen werden bedeutsame militärische Ereignisse an Hand von kunst- und kulturgeschichtlich wertvollen Bildern, graphischen Blättern, Aquarellen, Handzeichnungen, lebensgroßen Figuren und Vitrinenobjekten mit Erinnerungsstücken und Autogrammen der Öffentlichkeit nähergebracht und dabei die Entwicklung der militärischen Bekleidung, der Bewaffnung, Ausrüstung und Organisation in sinnvollen Reihen besonders zusammengestellt.

In der Militärgeschichtlichen Abteilung werden alle militärgeschichtlichen Angelegenheiten, auch in Verbindung mit anderen wissenschaftlichen Institutionen, bearbeitet.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen		Schilling	
1996	34,1	11,5	45,5	2,9
1997	34,0	11,2	45,2	2,6
1998	34,7	11,9	46,6	2,8

Die Ausgaben sind zur Aufrechterhaltung des Museumsbetriebes sowie zur Erhaltung der Sammlungsobjekte erforderlich.

Die Einnahmen bestehen vorwiegend aus Eintrittsgebühren und Erlösen der zweckgebundenen Gebarung.

Titel 405 Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetriebe**Aufgaben**

Auf dem Truppenübungsplatz Allentsteig wird der Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetrieb Allentsteig als betriebsähnliche Einrichtung geführt, die vorwiegend für die Erhaltung des Übungsplatzes in einem für die Benützung durch die Truppe ausreichenden Zustand zu sorgen hat.

Der landwirtschaftlichen Abteilung des Betriebes obliegt in diesem Zusammenhang die Planung und Durchführung aller einschlägigen Arbeiten auf dem Gebiete der Landwirtschaft, wie Pflanzen- und Futterbau, Düngung, Pflanzenschutz, Tierzucht usw., sowie die Rekultivierung.

Die forstwirtschaftliche Abteilung dieses Betriebes hat die Aufgabe, alle Aufforstungsmaßnahmen, den Forstschutz, die Forstpflanze, die Schädlingsbekämpfung und die Forstaufschließung durchzuführen.

Kapitel 40 — Titel 405

147

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1996	30,4	11,1	41,6	27,1
1997	29,5	11,3	40,8	22,4
1998	31,0	11,5	42,5	23,6

Unter diesem Titel werden die Mittel für unbedingt notwendige Ersatzanschaffungen sowie für die Aufrechterhaltung des Betriebes der Heeres-Land- und Forstwirtschaft Allentsteig veranschlagt und verrechnet.

Die Einnahmen resultieren aus Erträgen der Feld- und Forstwirtschaft, aus der Jagd sowie aus Miet- und Pachtzinsen.

Konjunkturausgleich-Voranschlag

Der Schwerpunkt der vorgesehenen Ausgaben liegt bei Beschaffungen von Kraftfahrzeug und Ausrüstungsgerät, die geeignet sind, im Falle ihrer Durchführung die österreichische Wirtschaft zu beleben.

	Millionen Schilling
Stabilisierungsquote	400,0
Konjunkturbelebungsquote	100,0

Kapitel 50 Finanzverwaltung

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Finanzen gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 21/1997, insbesondere der Anlage zu § 2 Teil 1 und 2 Abschnitt E.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe Millionen Schilling	Ein- nahmen
1996	19217,7	5697,2	24914,9	14149,5
1997	23910,8	6529,2	30440,1	19749,1
1998	23807,1	19601,7	43408,8	19112,9

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 500 Bundesministerium für Finanzen

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Finanzen obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes auf dem Gebiete der Finanzverwaltung.

Insbesondere handelt es sich dabei um:

Angelegenheiten der Finanzverfassung einschließlich des Finanzausgleiches.

Angelegenheiten der Bundesfinanzen.

Dazu gehören insbesondere auch:

Erstellung des Bundesfinanzgesetzentwurfes samt Anlagen und Führung des Bundeshaushaltes.

Angelegenheiten der öffentlichen Abgaben und Beiträge, soweit diese Abgaben und Beiträge von Abgabenbehörden des Bundes verwaltet werden.

Angelegenheiten im Zusammenhang mit dem Zahlungsverkehr der Europäischen Union.

Zollwesen einschließlich der Angelegenheiten des Dienstbetriebes der Zollwache.

Angelegenheiten des Verfahrens, der Erhebung, der Vollstreckung, des Verwaltungsstrafrechtes und des Verwaltungsstrafverfahrens auf dem Gebiete der in den Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Finanzen fallenden Abgaben und Beiträge.

Organisatorische Angelegenheiten der Abgaben(Zoll)verwaltung des Bundes.

Angelegenheiten des Finanzwesens einschließlich der Finanzpolitik.

Dazu gehören insbesondere auch:

Währungs-, Kredit-, Sparkassen-, Bank- und Börsenwesen.

Angelegenheiten des Kapital- und Zahlungsverkehrs.

Angelegenheiten der Vertragsversicherungsaufsicht.

Punzierungswesen.

Angelegenheiten der Österreichischen Postsparkasse.

Angelegenheiten der Wirtschaftspolitik, soweit sie nicht in die Zuständigkeit eines anderen Bundesministeriums fallen, unbeschadet der Zuständigkeit des Bundeskanzleramtes zur wirtschaftlichen Koordination.

Angelegenheiten staatlicher Monopole einschließlich der Errichtung und Verwaltung von Bauten und Liegenschaften des Bundes, die Zwecken der staatlichen Monopole gewidmet sind.

Angelegenheiten des Bundesvermögens, soweit sie nicht in die Zuständigkeit eines anderen Bundesministeriums fallen.

Dazu gehören insbesondere:

Verfügung über Bundesvermögen.

Kapitel 50 — Titel 500

149

Verwaltung des Bundesvermögens, soweit sie nicht in die Zuständigkeit eines anderen Bundesministeriums fällt.

Verwaltung der Anteilsrechte des Bundes an den auf Grund des Poststrukturgesetzes, BGBl. Nr. 201/1996, errichteten Gesellschaften.

Angelegenheiten des ÖIAG und deren Beteiligungen.

Angelegenheiten der Staatskredite, der Staatshaftungen und der Staatsschulden.

Erfassung, Sicherung, Verwaltung und Verwertung von dem Bund verfallenen oder heimgefallenen oder herrenlosen Vermögenswerten.

Angelegenheiten der Wirtschaftstreuhänder auf dem Gebiete der Beratung und Vertretung in Abgaben- und Finanzstrafsachen.

Finanzielle Kriegsschadensangelegenheiten einschließlich der Rückstellungs- und Rückgabeangelegenheiten.

Dazu gehören insbesondere auch:

Kriegs-, Besatzungs- und Kriegsfolgeschäden am österreichischen Vermögen im In- und Ausland sowie an ausländischem Vermögen in Österreich.

Angelegenheiten der finanziellen Durchführung des Staatsvertrages vom 15. Mai 1955.

Angelegenheiten der zentralen Personalkoordination und des Verwaltungsmanagements.

Pensionsrecht öffentlich Bediensteter und finanzielle Angelegenheiten des Dienstverhältnisses öffentlich Bediensteter.

Angelegenheiten der öffentlichen Verwaltung und öffentlichen Aufsicht einschließlich der Verwertung unter öffentlicher Verwaltung oder öffentlicher Aufsicht stehender Vermögensschaften.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1996	550,0	299,7	849,7	541,0
1997	573,8	1 141,4	1 715,2	869,2
1998	594,6	1 196,9	1 791,5	519,4

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung bei den Ausgaben (Personal- und Sachausgaben) ist hauptsächlich durch die Auswirkungen der Novellierung des Bundesministeriumsgesetzes (Personalsektion vom BKA ins BMF) begründet.

Voranschlagsansatz 1/50007 Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Das Bundesministerium für Finanzen leistet Zahlungen an folgende internationale Institution:

Rat für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens, Brüssel; Beitragsleistung gemäß Art. XII des BGBl. Nr. 165/1955; im Jahre 1998 1,5 Millionen Schilling.

Voranschlagsansatz 1/50008 Aufwendungen

Neben den allgemeinen Verwaltungsaufwendungen der Zentraleitung sind hier die Kostensätze an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, an das Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche, an das Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Rechenzentrum Wien und an das European Institute of Public Administration (EIPA) in Maastricht für alle Arbeiten, die diese Institute im Auftrag von Bundesdienststellen leisten, veranschlagt.

Voranschlagsansatz 2/50014 Einhebungsvergütungen

Siehe die Erläuterungen zum Titel 2/529.

Paragraph 5002 IT-Bereich

Durch das Bundesgesetz über die Bundesrechenzentrum GmbH, BGBl. Nr. 757/1996, wurde der ADV-Bereich des Bundesrechenamtes ausgegliedert und die BRZ GmbH errichtet.

Unternehmensgegenstand der Gesellschaft ist die Wahrnehmung von gesetzlich oder durch Verordnung übertragenen und von vertraglich übernommenen Aufgaben der Informations- und Kommunikationstechnologie (IT). Insbesondere hat die BRZ GmbH alle bis zum 31. Dezember 1996 dem Bundesrechenamt zugewiesenen IT-Aufgaben zu übernehmen und fortzuführen.

150

Kapitel 50 — Titel 501**Voranschlagsansatz 1/50028 Aufwendungen
2/50024 Erfolgswirksame Einnahmen**

Durch die Errichtung der BRZ GmbH als Dienstleister hat das Bundesministerium für Finanzen für die seitens der Gesellschaft für die Finanzverwaltung erbrachten IT-Dienstleistungen ein Entgelt zu entrichten; ebenso ist für die der BRZ GmbH obliegenden Aufgaben der Verwaltung des BRZ-Amtsgebäudes, das teilweise von der IT-Sektion genutzt wird, seitens des Bundesministeriums für Finanzen ein Beitrag zu den Betriebsaufwendungen zu entrichten.

Unter diesem Voranschlagsansatz sind auch die Aufwendungen für fachspezifische Schulungen der Finanzbediensteten, für die Datennetzwerke und für IT-Projekte zu veranschlagen.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1997	890,1	310,4
1998	889,1	1,9

Unterschied gegen Vorjahr

1997 wurden die Entgelte, die von anderen Ressorts und sonstigen Institutionen für IT-Leistungen des Bundesrechenzentrums entrichtet wurden, beim Bundesministerium für Finanzen verrechnet; 1998 legt die BRZ GmbH für diese Leistungen an die Auftraggeber direkt Rechnung.

Titel 501 Bundesministerium für Finanzen (Zweckaufwand)

Hier werden insbesondere die Kosten der Zurückstellung von Silbermünzen sowie die Ausgaben für Zinsenreduktionen, die hochverschuldeten Entwicklungsländern gewährt werden, für die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur, die Bundes-Wertpapieraufsicht und die Dienstgeberabgabe für die U-Bahn Wien veranschlagt.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1996	528,5	39,5
1997	543,1	1,4
1998	967,0	30,2

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Ausgaben steht hauptsächlich im Zusammenhang mit den Kosten betreffend Schuldenerleichterung infolge internationaler Aktionen sowie der neugegründeten Bundes-Wertpapieraufsicht.

Im einzelnen ist zu bemerken:

**Voranschlagsansätze 1/50107 Zurückstellung von Silbermünzen bzw.
2/50100 Einschmelzerlöse aus zurückgestellten Silbermünzen****Gesetzliche Grundlage**

Scheidemünzengesetz 1988, BGBl. Nr. 597, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 425/1996.

Aufgaben

Mit Wirkung vom 1. Jänner 1989 brachte der Bund das Österreichische Hauptmünzamt mit sämtlichen Aktiven und Passiven im Wege einer Gesamtrechtsnachfolge in eine von der OeNB gegründete „Münze Österreich AG“ ein. Die Aktien aus der entsprechenden Kapitalerhöhung verkaufte der Bund an die OeNB. Das Münzregal steht der Münze Österreich AG auf Grund des Scheidemünzengesetzes seit 1. Jänner 1989 zu.

Sammeln sich bis zum 31. Dezember 1988 ausgegebene Silbergedenkmünzen in den Kassen der Oesterreichischen Nationalbank und übersteigen diese Münzen einen gewissen Hundertsatz des Umlaufes, so sind diese Münzen vom Bund zurückzunehmen. Die dadurch entstehende Schuld ist in jährlichen Raten zu tilgen. Auch der Einschmelzerlös aus den dem Bund zurückgestellten Silbergedenkmünzen ist zur Tilgung heranzuziehen. Dafür sind im BVA 1998 80,002 Millionen Schilling veranschlagt.

Kapitel 50 — Titel 501

151

Vorschlagsansatz 1/50118 Österreichische Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA)**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz über die Verwaltung und Koordination der Österreichischen Staatsschulden (Bundesfinanzierungsgesetz), BGBl. Nr. 763/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996.

Aufgaben

Auf Grund dieses Gesetzes hat der Bund die Aufwendungen der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA) unter Einrechnung der geleisteten Vorschüsse in dem Ausmaß abzudecken, in dem diese die Erträge der ÖBFA übersteigen.

Dafür sind im BVA 1998 15,066 Millionen Schilling veranschlagt.

**Vorschlagsansatz 1/50128 Bundes-Wertpapieraufsicht (BWA)
2/50124 Bundes-Wertpapieraufsicht (BWA)****Gesetzliche Grundlage**

Gemäß dem Wertpapieraufsichtsgesetz (WAG), BGBl. Nr. 753/1996, wurde eine Bundeswertpapieraufsicht (BWA) als Anstalt öffentlichen Rechts mit eigener Rechtspersönlichkeit eingerichtet.

Aufgaben

Die BWA hat auf Grund der ihr nach dem WAG und dem Börsegesetz zukommenden Meldungen alle erforderlichen Untersuchungen durchzuführen und Maßnahmen zu ergreifen, um die Ordnungsmäßigkeit des Marktes für Wertpapierdienstleistungen und die Wahrung der Interessen der Anleger sicherzustellen sowie dem Mißbrauch von Insiderinformationen entgegenzuwirken. Weiters ist die Bundes-Wertpapieraufsicht Konzessions- und Aufsichtsbehörde für Wertpapierdienstleistungsunternehmen.

Der Direktor der Bundes-Wertpapieraufsicht wurde mit 1. Mai 1997 bestellt.

90% des Personal- und Sachaufwandes der Bundes-Wertpapieraufsicht sind dem Bund von den Marktteilnehmern zu erstatten. Zur Kontrolle der finanziellen Gebarung der Bundes-Wertpapieraufsicht ist ein Beirat bestellt.

Der Bundesminister für Finanzen hat nähere Regelungen über die Kostenaufteilung und ihre Beschreibung (Termine der Kostenbescheide, Zahlungsfristen) mit Verordnung festzusetzen, wobei als Bemessungsgrundlage zwischen laufender Aufsicht und der Verarbeitung von Meldungen unterschieden wird; die Kosten der laufenden Aufsicht sind einmal jährlich im nachhinein vorzuschreiben. Da eine derartige Verordnung noch nicht erlassen ist und das Volumen der beiden Komponenten der Bemessungsgrundlage zur Zeit in keiner Weise abgeschätzt werden kann, wurden für das Jahr 1998 an Einnahmen 90% der Ausgaben angesetzt.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1997	9,0	0,0
1998	32,0	28,2

Vorschlagsansatz 1/50138 Schuldenerleichterung infolge internationaler Aktionen**Gesetzliche Grundlage**

Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz 1981, BGBl. Nr. 216, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 704/1995.

Aufgaben

Schuldenerleichterungen auf Grund internationaler, multilateral abgestimmter Aktionen. Die Mittel kommen für die Beteiligung an Schuldenerleichterungen im Rahmen von Umschuldungen (Zinsreduktion) für die ärmsten und hochverschuldeten Staaten auf Grund der Vereinbarung von Toronto und deren Weiterentwicklung im Sinne der „Trinidad Terms“/„Enhanced Toronto Terms“ (50%ige Schuldenerleichterung im Wege der Zinssatzreduktionsoption) und der sogenannten „Naples Terms“ (bis zu 67%ige Schuldenerleichterung im Wege der Zinssatzreduktionsoption) sowie für Länder mit mittlerem Einkommen zum Einsatz.

Im BVA 1998 sind für Länder nach dem Post-Toronto-Abkommen 417,8 Millionen Schilling und für Länder mit mittlerem Einkommen 413,1 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/50187 Dienstgeberabgabe für U-Bahn Wien

Für die im Bereiche des Landes Wien bestehenden Dienstverhältnisse ist an das Land eine Dienstgeberabgabe zu leisten. Der Ertrag dieser zweckgebundenen Landesabgabe ist zur Errichtung einer Untergrundbahn bestimmt.

Der für 1998 veranschlagte Betrag in Höhe von 9,0 Millionen Schilling ist zur Bedeckung dieser Abgabe für sämtliche im Bundesland Wien bestehenden Bundesdienstverhältnisse mit Ausnahme der abgabepflichtigen Bundesbetriebe bestimmt.

Voranschlagsansatz 2/50134 Amtshaftungsrückersätze

Hier ist nur ein Betrag von 50 000 S für Rückersätze (Regreßzahlungen) von ersatzpflichtigen Amtorganen vorgesehen.

Die Veranschlagung der Entschädigungszahlungen auf Grund des Amtshaftungsgesetzes (BGBl. Nr. 20/1949 in der Fassung BGBl. Nr. 218/1956 und 38/1959) erfolgt bei den einzelnen Ressorts unter Posten 692. „Schadensvergütungen“.

Voranschlagsansatz 2/50194 Laufende Einnahmen

Die im Voranschlag 1997 vorgesehenen Beträge werden hauptsächlich aus Pönalzinsen auf Grund des Bankwesengesetzes, BGBl. Nr. 532/1993, erwartet.

Titel 502 Bundesministerium für Finanzen (Förderungsmaßnahmen)**Gesetzliche Grundlagen**

Hagelversicherungs-Förderungsgesetz, BGBl. Nr. 64/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 42/1995;

Tierversicherungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 442/1969;

Ausführfinanzierungsförderungsgesetz 1981, BGBl. Nr. 216/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 212/1995;

Innovations- und Technologiefondsgesetz, BGBl. Nr. 603/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 972/1993;

Garantiesgesetz 1977, BGBl. Nr. 296/1977, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 424/1996;

Wohnhaussanierungsgesetz, BGBl. Nr. 483/1984;

2. Verstaatlichungsgesetz, BGBl. Nr. 81/1947, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 762/1992;

Abschluß von Kooperationsvereinbarungen mit internationalen Finanzinstitutionen, BGBl. Nr. 294/1987.

Aufgaben

Hier werden folgende Förderungsmaßnahmen des Bundesministeriums für Finanzen veranschlagt:

Leistungen in Gesundheits- und Sozialversicherungsbereich, Hagelversicherung, Tierversicherungsförderungsgesetz, Betreuung der Bundesbediensteten und ihrer Angehörigen, Zuschüsse an die OeKB-AG, Zuschüsse an die Finanzierungsgarantie Ges. m. b. H., Bezugsvorschüsse und Sonstige Förderungen.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1996	939,5	193,5
1997	1 314,7	243,6
1998	13 498,0	268,1

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung bei den Sachausgaben ist hauptsächlich auf die erstmalige Veranschlagung der Zahlungen gemäß Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz zurückzuführen. Weiters wurden auch die Zuwendungen für Betriebsansiedlungen aufgestockt.

Voranschlagsansatz 1/50204 Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**Gesetzliche Grundlage**

Alkohol — Steuer und Monopolgesetz 1995, BGBl. Nr. 703/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 427/1996.

Bundesgesetz, mit dem Beihilfen im Gesundheits- und Sozialbereich geregelt werden (Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz GSBG), BGBl. Nr. 746/1996.

Kapitel 50 — Titel 502

153

Beihilfen im Gesundheits- und Sozialbereich

Gemäß EU-Beitrittsvertrag war spätestens mit 1. Jänner 1997 die (unechte) USt-Befreiung für viele Leistungen des Gesundheits- und Sozialfürsorgebereichs einzuführen. Zielsetzung des GSBG ist, Kostensteigerungen, die sich aus dem Entfall des Vorsteuerabzugs auf Grund der USt-Befreiung ergeben, nicht auf Sozialversicherungsträger und Träger des öffentlichen Fürsorgewesens durchschlagen zu lassen. Kranken- und Kuranstalten sowie der Rettungs- und Blutspendedienst erhalten aus diesem Grund eine Beihilfe in Höhe der nicht mehr abziehbaren Vorsteuer abzüglich eines Kürzungsbetrages für Einnahmen von privater Seite. Beihilfen bzw. Ausgleichszahlungen für Sozialversicherungsträger, Ärzte sowie andere Gesundheitsberufe werden mittels Pauschalsätzen, die auf statistischen Informationen über die Vorsteuer-Umsatz-Relationen der jüngsten Vergangenheit beruhen, ermittelt.

Im BVA 1998 sind dafür 12 Milliarden Schilling veranschlagt.

Zahlungen gemäß Alkohol — Steuer und Monopolgesetz

Auf Grund des AStMG sind der Alkoholwirtschaft zur strukturellen Umwandlung der landwirtschaftlichen Verschlusßbrennereien und der Melassebrennereien Förderungen zu zahlen. Für 1998 sind 100 Millionen Schilling vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/50216 Tierversicherungsförderungsgesetz

Auf Grund dieses Bundesgesetzes soll jenen Tierhaltern, für die der Verlust von Tieren existenzgefährdend ist, der Abschluß einer Tierversicherung erleichtert werden. Analog der Hagelversicherung ist vorgesehen, daß der Bund und das betreffende für den Versicherungsverein zuständige Bundesland gemeinsam eine Beihilfe für die Rückversicherungsprämie aufbringen. Um die Abwicklung zu vereinfachen, wird die Beihilfe nicht mit den einzelnen rückversicherten Tierversicherungsvereinen abgerechnet, sondern mit dem Rückversicherungsverein der kleinen Rindvieh- und Pferdeversicherungsvereine auf Gegenseitigkeit.

Für das Jahr 1998 wurden Ausgaben in Höhe von 156 000 S veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/50226 Betreuung der Bundesbediensteten und ihrer Angehörigen

Der veranschlagte Betrag dient zur Förderung freiwilliger sozialer Einrichtungen (zB Beihilfen zur Erhaltung und zum Betrieb von Erholungsheimen und Unterstützungseinrichtungen aller Art) und des Betriebssportes für Bundesbedienstete und deren Angehörige. Die Förderung des Betriebssportes erfolgt ua. in jenen Fällen, in denen bei internationalen Veranstaltungen Sportvereinigungen öffentlich Bediensteter teilnehmen.

Im BVA 1998 sind dafür 1,4 Millionen Schilling veranschlagt.

**Voranschlagsansatz 1/50236 Zuschuß (OeKB-AG) bzw.
2/50234 Laufende Einnahmen aus Zuschüssen****Gesetzliche Grundlage**

Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz 1981, BGBl. Nr.216, zuletzt geändert durch BGBl. Nr.212/1995.

Für das Jahr 1998 sind veranschlagt:

170,0 Millionen Schilling für die Verminderung der Beschaffungskosten von Kreditoperationen der OeKB-AG gemäß Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz,

100,0 Millionen Schilling für Finanzierungen auf Grund des Schwellenländerprogrammes und

30,0 Millionen Schilling für Kofinanzierungen mit der Weltbank.

Die Einnahmen in Höhe von 28,5 Millionen Schilling ergeben sich aus Zinsen.

Voranschlagsansätze 1/50247 und 1/50248 Zahlungen an Innovations- und Technologiefonds

Mit Bundesgesetz 972/1993 wurde ua. auch das Innovations- und Technologiefondsgesetz geändert. Auf Grund dieser Novelle wird der Fonds aus Bundesmitteln gespeist. Für 1998 sind dafür 380 Millionen Schilling vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/50256 Hagel — Frostversicherung

Das Hagelversicherungs-Förderungsgesetz bestimmt, daß der Österreichischen Hagelversicherungsanstalt auf Gegenseitigkeit alljährlich aus Mitteln des Katastrophenfonds eine Beihilfe gewährt wird, die zur Verbilligung von Prämien im Rahmen der Landwirtschaftsförderung zu verwenden ist. Die Gewährung ist an die Beistellung von Landesmitteln in gleicher Höhe gebunden.

Der Voranschlag 1998 beträgt 150,0 Millionen Schilling.

Voranschlagsansatz 1/50294 Zuschuß an Finanzierungsgarantie-Ges. m. b. H.

Auf Grund des Garantiegesetzes in der geltenden Fassung ist die Finanzierungsgarantie-Ges. m. b. H. ermächtigt, Finanzierungshilfen zur Durchführung der Sanierung von Unternehmungen mit Sitz im Inland zu leisten, für welche Zwecke durch den Bund ab dem Jahre 1981 jährlich nicht rückzahlbare Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Im Zusammenhang damit wird für das Jahr 1998 mit einem Betrag von 25,5 Millionen Schilling vorgesorgt.

Voranschlagsansatz 1/50296 Sonstige Förderungen*Kooperationsabkommen mit internationalen Finanzinstitutionen*

Auf Grund des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 294/1987 kann Österreich mit internationalen Finanzinstitutionen Kooperationsvereinbarungen abschließen, die die Finanzierung der Heranziehung österreichischer Konsulenten und Planungsunternehmen zum Inhalt haben. Es wurden auf Grund dieses Bundesgesetzes nachfolgende Kooperationsabkommen abgeschlossen:

1. Kooperationsabkommen mit der Weltbank (allgemein): Dotierung 2 Millionen US-\$ für die Periode 1987 bis 1992. Seit 1993 erfolgt die Dotierung jährlich. Für 1998 sind Mittel in Höhe von 800 000 US-\$ vorgesehen.
2. Kooperationsabkommen mit der Weltbank für Ost- und Mitteleuropa: Dotierung bis zu 5 Millionen US-\$ für die Periode 1991 bis 1995. Für nachfolgende Jahre wird die Dotierung jährlich erfolgen. Für 1998 sind Mittel in Höhe von 1,3 Millionen US-\$ vorgesehen.
3. Kooperationsabkommen mit der Afrikanischen Entwicklungsbank: Für die Periode 1988 bis 1991 standen Mittel für Konsulentenfinanzierungen in Höhe bis zu 13 Millionen Schilling zur Verfügung. Dieses Abkommen lief 1991 aus. Ein neues Abkommen wurde bisher nicht geschlossen.
4. Kooperationsabkommen mit der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung: Dotierung bis zu 5 Millionen US-\$ für die Periode 1991 bis 1995. Seit 1996 erfolgt die Dotierung jährlich. Für 1998 sind Mittel in Höhe von 400 000 US-\$ vorgesehen.
5. Kooperationsabkommen mit der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank: Dotierung bis zu 1 Million US-\$ (Laufzeit bis zur Ausschöpfung der Mittel). Für 1998 sind Mittel in Höhe von 200 000 US-\$ vorgesehen.
6. Globale Umweltfazilität-Kooperations-Treuhandfonds: Dotierung 4,5 Millionen SZR für die Periode 1994 bis 1996. Durch die erst Ende 1995 durchgeführte Leistung der ersten Rate in Höhe von 22,1 Millionen Schilling wird die zweite Rate erst 1998 einbezahlt werden.
7. Kooperationsabkommen mit der Internationalen Finanzkorporation: Für 1998 sind vorerst Mittel in Höhe von 5 Millionen Schilling veranschlagt.

Für 1998 sind für diese Vorhaben bei 1/50296 51,5 Millionen Schilling vorgesehen.

Zinsensstützungsaktion für bestimmte Investitionsprojekte

Weiters werden bei diesem Voranschlagsansatz die Ausgaben für die von der Bundesregierung am 18. April 1978 im Ministerrat beschlossene Zinsensstützungsaktion verrechnet. Mit dieser Aktion wurden zunächst industrielle und gewerbliche Investitionsprojekte gefördert, für die jedoch keine Zuschußzahlungen mehr anfallen. Im Jahre 1979 erfolgte eine Ausweitung der Förderung auf den Bau von Kleinkraftwerken. Anträge auf Gewährung von Zinsenzuschüssen konnten bis zum 31. Dezember 1987 eingebracht werden. Gefördert werden Investitionsprojekte mit einem Kreditfordernis ab 5 Millionen Schilling und einer Laufzeit bis zu fünfzehn Jahren — davon maximal zwei Jahre tilgungsfrei. Diese Kredite werden höchstens zehn Jahre lang um maximal 3% verbilligt. Der Höchstzinssatz, zu dem die Kredite von den Banken zur Verfügung gestellt wurden, beträgt 0,75% über dem Nominalzinssatz der zuletzt aufgelegten Bundesanleihe. Der von den Banken gewährte und zu fördernde Kredit kann bis zu 75% der richtliniengemäß anerkehbaren Gesamtkosten des Investitionsprojektes betragen. Das Kreditrisiko liegt bei den Banken.

Für die gesamte Aktion werden im Jahre 1998 3,0 Millionen Schilling bereitgestellt.

Zinsenzuschüsse im Sinne des Wohnhaussanierungsgesetzes

Ebenfalls bei diesem Voranschlagsansatz sind die Ausgaben für die Zinsensstützung des Bundes im Rahmen des Wohnhaussanierungsgesetzes (BGBl. Nr. 483/1984) zu verrechnen.

In einem zwischen dem Bundesministerium für Finanzen und der OeKB-AG am 9. Juni 1982 abgeschlossenen Grundvertrag über die Einrichtung eines Verfahrens zur Refinanzierung von Darlehen österreichischer Kreditinstitute, die im Rahmen des Bundesgesetzes zur Förderung der Erhaltung und Verbesserung von Wohnhäusern sowie der Stadterneuerung (BGBl. Nr. 164/1982) eingeräumt werden, wurde für die durch den Verkauf von Kassenobligationen der OeKB an österreichische Ver-

Kapitel 50 — Titel 503

155

sicherungsunternehmen und die daraus zu vergebenden Darlehen zur Finanzierung der Wohnhaus-sanierung ein Zinssatz von 7³/₄% p.a. festgelegt (Verfahren — Althausanierung).

Bedingt durch die Senkung des allgemeinen Zinsniveaus war es erforderlich, auch diesen Zinssatz zu reduzieren. Im Rahmen der 1. Zusatzvereinbarung vom 19. März 1986 über das weitere Verfahren zur Einräumung von Darlehen an die Bundesländer und den Wohnhaus-Wiederaufbau- und Stadterneuerungsfonds im Sinne des Bundesgesetzes über die Förderung der Verbesserung und Erhaltung von Wohnhäusern, Wohnungen und Wohnheimen sowie zur Änderung des Stadterneuerungsgesetzes und des Startwohnungsgesetzes (BGBl. Nr. 483/1984) wurde der Zinssatz von 7³/₄% auf 6% herabgesetzt (Verfahren — Wohnhausanierung). Ab dem Tag der Unterfertigung dieser Vereinbarung hat der Bund eine Zinsenstützung in Höhe von 1,9% p.a., berechnet von dem aus dem Erlös des Verkaufes von 7³/₄%-Kassenobligationen der OeKB sich ergebenden Mittelaufkommen (zum Zeitpunkt der Vereinbarungsunterfertigung rund 2 Milliarden Schilling), zu leisten.

Diese Zinsenstützung ist für den Zeitraum von 1986 bis 1998 anberaumt und dürfte insgesamt rund 453 Millionen Schilling erfordern.

Im Jahre 1998 werden hierfür 4,0 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt.

Bundeszuschüsse für Betriebsneugründungen

Außerdem werden bei diesem Voranschlagsansatz über die Finanzierungsgarantie-Ges. m. b. H. geleistete Bundeszuschüsse für Betriebsneugründungen uä. verrechnet.

Nach der Novelle zum Garantiesgesetz 1977 (BGBl. Nr. 338/1981) kann die Finanzierungsgarantie-Ges. m. b. H. auch Zuschüsse an nach dem 31. Dezember 1978 gegründete Unternehmungen mit dem Sitz im Inland, mit dem Ziel einer Förderung der Finanzierung von Investitionen von besonderem gesamtwirtschaftlichen Interesse, gewähren.

Aus diesem Titel sind für das Jahr 1998 Förderungszuwendungen im Betrag von insgesamt 361,800 Millionen Schilling veranschlagt worden, die Betriebsansiedlungen der Firmen OPEL Austria in Wien, BMW-Motoren GmbH in Steyr, KNP Leykam in Gratkorn, Siemens Bauelemente OHG in Villach, Hoffmann-La Roche in Linz und M. Kaindl KG Holzindustrie in Ennsdörfen dienen sollen.

Sonstige Förderungsmaßnahmen

Weiters sind Förderungszuwendungen an das Institut für höhere Studien und wissenschaftliche Forschung (5,467 Millionen Schilling), an das Institut für Finanzwissenschaften und Steuerrecht (86 000 S), an das Österreichische College (598 000 S), an den Gemeinde- und Städtebund (6,330 Millionen Schilling) und sonstige Förderungsbeiträge (1,460 Millionen Schilling) veranschlagt.

Für das Institut für höhere Studien und wissenschaftliche Forschung sind weiters Investitionsförderungen in Höhe von 4 Millionen Schilling vorgesehen.

Außerdem wird im BVA 1998 erstmalig für Zuschüsse an private Institutionen im Rahmen der EURO-Kampagne der Österreichischen Bundesregierung mit einem Betrag von 10,5 Millionen Schilling vorgesorgt.

Titel 503 Bundesministerium für Finanzen; Staatsvertrag

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1996	7,0	204,3
1997	99,3	133,3
1998	125,6	194,5

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung bei den Sachausgaben ergibt sich dadurch, da für eine beabsichtigte Novelle des Entschädigungsgesetzes ČSSR vorgesorgt werden mußte.

Paragraph 5030 Schäden im Inland**Gesetzliche Grundlagen**

Die allgemeinen gesetzlichen Grundlagen für die beim Titel 503 veranschlagten Aufwendungen und für die veranschlagten Einnahmen bilden der Staatsvertrag, BGBl. Nr. 152/1955, und die in Durchführung des Staatsvertrages erlassenen Staatsvertragsdurchführungsgesetze. Die über die erwähnten allgemeinen gesetzlichen Grundlagen hinausgehenden speziellen gesetzlichen Regelungen sind bei den folgenden Erläuterungen zu den einzelnen VA-Ansätzen angeführt.

Besatzungsschädengesetz (BSG), BGBl. Nr. 126/1958, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 98 und 304/1959;

Verordnung über die Geltendmachung von Ansprüchen nach dem BSG, BGBl. Nr. 317/1961;
Kriegs- und Verfolgungsschädengesetz, BGBl. Nr. 127/1958, zuletzt geändert durch BGBl.
Nr. 99 und 305/1959;

Staatsvertrag, BGBl. Nr. 152/1955; Reichsleistungsgesetz;

Gesetzblatt für Österreich Nr. 1205/1939;

Vergütungsgesetz, BGBl. Nr. 55/1956, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 168/1957;

Aushilfegesetz, BGBl. Nr. 712/1976;

Paragraph 5031 Schäden im Ausland

Gesetzliche Grundlagen

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik zur Regelung bestimmter finanzieller und vermögensrechtlicher Fragen, samt Anlagen mit Briefwechsel, BGBl. Nr. 451/1975;

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Deutschen Demokratischen Republik zur Regelung offener vermögensrechtlicher Fragen, BGBl. Nr. 188/1988;

Verteilungsgesetz DDR, BGBl. Nr. 189/1988;

Entschädigungsgesetz ČSSR, BGBl. Nr. 452/1975 und 557/1979;

Bundesgesetz vom 13. Dezember 1976, mit dem bestimmte Vermögenswerte erfaßt und abgewickelt werden, BGBl. Nr. 713/1976.

Für die Zahlungen nach dem Entschädigungsgesetz ČSSR und dem Zusatzentschädigungsgesetz wurden für das Jahr 1998 96,5 Millionen Schilling veranschlagt. Die Einnahmen von 1,9 Millionen Schilling sind Erträge des Erfassungs- und Abwicklungsgesetzes, BGBl. Nr. 713/1976.

Auf Grund des Vermögensvertrages mit der DDR wurden 20,0 Millionen Schilling veranschlagt.

Beim VA-Ansatz „Sonstige Zahlungen“ wurde für die Kosten der öffentlichen Verwaltung für das in Österreich befindliche ČSFR-Vermögen mit 0,1 Million Schilling vorgesorgt.

Paragraph 5032 Finanz- und Ausgleichsvertrag

Gesetzliche Grundlagen

Finanz- und Ausgleichsvertrag, BGBl. Nr. 283/1962;

Anmeldegesetz, BGBl. Nr. 12/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 64/1963 und Nr. 132/1964;

Umsiedler- und Vertriebenen-Entschädigungsgesetz (UVEG), BGBl. Nr. 177/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 105/1965;

Bundesgesetz betreffend die Erweiterung des Anwendungsbereiches des Besatzungsschäden- und des Kriegs- und Verfolgungsschädengesetzes, BGBl. Nr. 176/1962;

Bundesgesetz vom 1. Dezember 1970, BGBl. Nr. 375, womit das Anmeldegesetz, BGBl. Nr. 12/1962, und das Umsiedler- und Vertriebenen-Entschädigungsgesetz, BGBl. Nr. 177/1962, neuerlich abgeändert werden (Anmeldegesetz- und UVEG-Novelle 1970).

Für Entschädigungszahlungen nach dem UVEG wurden für 1998 8 000 Schilling veranschlagt.

Paragraph 5033 Sonstige Leistungen im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag

Gesetzliche Grundlage

Bundesgesetz vom 15. Dezember 1923, BGBl. Nr. 602/1923.

Bei diesem Paragraph wurde im BVA 1997 mit 932 000 Schilling für die Ausgaben vorgesorgt, die die Republik Österreich auf Grund des österreichisch-jugoslawischen Archiv- und Restitutionsabkommens zu tragen hat. Weiters werden hier auch Ausgaben auf Grund des 2. Kunst- und Kulturbereinigungsgesetzes verrechnet.

Paragraph 5034 Verwaltung ehemals deutscher Vermögenswerte

Gesetzliche Grundlagen

Staatsvertrag, BGBl. Nr. 152/1955, 1. Staatsvertragsdurchführungsgesetz;

BGBl. Nr. 165/1956, österreichisch-deutscher Vermögensvertrag;

BGBl. Nr. 119/1958.

Kapitel 50 — Titel 504

157

Im BVA 1998 wurde mit 3,7 Millionen Schilling für die Verwaltung der Liegenschaften der ehemals deutschen Vermögenswerte vorgesorgt. Die Einnahmen von 6,0 Millionen Schilling setzen sich zusammen aus den Erträgen der Liegenschaftsverwaltungen und den Darlehensrückzahlungen der ehemals deutschen Vermögenswerte.

Paragraph 5035 Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte**Gesetzliche Grundlage**

1. Staatsvertragsdurchführungsgesetz, BGBl. Nr. 165/1956.

Die Ausgaben für die Abwicklungskosten der ehemals deutschen Vermögenswerte wurden für 1998 mit 4,8 Millionen Schilling und die Einnahmen auf Grund von vermehrten Kaufinteressenten mit 186,6 Millionen Schilling veranschlagt.

In der nachstehenden Übersicht wird die Höhe der einzelnen Entschädigungen, die auf Grund des Staatsvertrages gezahlt wurden, ausgewiesen.

Art der Entschädigungszahlung	Zahlungen bis einschl. 1996	BVA 1997	BVA 1998
		Millionen Schilling	
Entschädigungen für Vermögensverluste im Inland:			
Besatzungsschädengesetz.....	418,084	} 0,001	} 0,001
Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz	1 435,904		
Entschädigungen für Vermögensverluste im Ausland:			
11. Staatsvertragsdurchführungsgesetz	614,422
Jugoslawien	1,890
CSFR.....	1 134,688	75,000	96,500
Deutschland (ehem. DDR)	98,846	20,000	20,000
Polen	71,405
Finanz- und Ausgleichsvertrag:			
Entschädigungszahlungen an Vertriebene und Umsiedler:			
Auf Grund des Art. 2.....	1 046,130	0,200	0,008
Auf Grund des Art. 8.....	80,131	0,001	0,001
Sonstige Zahlungen.....	31,893
Aushilfezahlungen (Sachleistungen).....	1 338,755	0,003	0,003

Titel 504 Finanzlandesdirektionen**Gesetzliche Grundlagen**

Abgabenverwaltungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 18/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 516/1995, sowie die AVOG-DV, BGBl. Nr. 463/1996;

Grenzkontrollgesetz — GrekoG, BGBl. Nr. 435/1996, sowie Verordnung des Bundesministers für Inneres, mit der die Durchführung der Grenzkontrolle auf Zollorgane übertragen wird, BGBl. II Nr. 176/1997;

Zollkodex — ZK samt Zollrechtsdurchführungsgesetz — ZollR-DG, BGBl. Nr. 659/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 422/1996.

Aufgaben

Neben der Erhebung der öffentlichen Abgaben obliegen den Finanzlandesdirektionen und deren nachgeordneten Dienststellen verschiedene andere Aufgaben, wie die Durchführung des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967, die Zuerkennung von Mietzinsbeihilfen sowie die Liegenschaftsverwaltung.

Die Schulung der Bediensteten erfolgt hauptsächlich am Bildungszentrum der Finanzverwaltung sowie an der Bundeszoll- und Zollwachsule.

Die Verwaltung der öffentlichen Abgaben wird von den Finanzlandesdirektionen (Wien, Linz, Salzburg, Graz, Klagenfurt, Innsbruck und Feldkirch), Finanzämtern, Großbetriebsprüfungen, Hauptzollämtern, Zollämtern, Zollamtszweigstellen, Abfertigungsstellen, Kontrollposten und Zollwacheabteilungen besorgt.

158

Kapitel 50 — Titel 504

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1996	6 624,9	2 283,3	8 908,2	239,1
1997	6 527,4	1 875,7	8 403,1	265,2
1998	6 503,9	2 471,9	8 975,8	239,8

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Ausfuhrerstattungen gemäß EU-Vorschriften mußten gegenüber 1997 um 600 Millionen Schilling angehoben werden.

Paragraph 5040 Dienststellen**Voranschlagsansatz 1/50403 Anlagen**

Bei diesem VA-Ansatz wurde für notwendige Ergänzungen der Amts- und Betriebsausstattung sowie den Ankauf von Kfz vorgesorgt.

Voranschlagsansatz 1/50407 Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Bei diesem Voranschlagsansatz wurde mit einem Betrag von 165,307 Millionen Schilling für Familienbeihilfe und mit 1,828 Millionen Schilling für öffentliche Abgaben vorgesorgt.

Voranschlagsansatz 1/50408 Aufwendungen

Bei diesem VA-Ansatz ist der Verwaltungsaufwand der Finanzlandesdirektionen und deren nachgeordneten Dienststellen veranschlagt.

Zollwache-Massafonds

Zur Beschaffung von Dienstkleidern für die Zollwachebeamten wurde mit Ministerratsbeschluß vom 6. Dezember 1949 (Massavorschrift) der Fonds zur Beschaffung von Dienstkleidern für Zollwachebeamte (Zollwache-Massafonds) errichtet.

Dem Fonds werden im Jahr 1998 voraussichtlich zufließen:

	Millionen Schilling
Aus dem Bundeshaushalt (Massapauschale und Massaeinlagen gem. §§ 3, 4 und 5 der Massavorschrift).....	10,0
Sonstiges	0,5
Zusammen ...	10,5

Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verwendet werden:

	Millionen Schilling
Beschaffung von Massasorten für Zollwachebeamte und Kosten der Instandhaltung (Reparaturen) der aus dem Massafonds beigestellten Dienstkleider (§ 1 Abs. 2 und § 9 MV).....	10,0
Fondsaufwand (Versand, Verpackung, Sonstiges).....	0,5
Zusammen ...	10,5

Voranschlagsansatz 1/50418 Ausfuhrerstattungen gemäß EU-Vorschriften**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz über die Durchführung der Ausfuhrerstattungen im Rahmen des Marktordnungsrechtes der Europäischen Gemeinschaft (Ausfuhrerstattungsgesetz), BGBl. Nr. 660/1994.

Aufgaben

Nach Artikel 40 EWG-Vertrag sind zur Erreichung der Ziele der gemeinsamen Agrarpolitik Einrichtungen zur Stabilisierung der Ein- oder Ausfuhr vorgesehen.

Zu diesen gemeinsamen Einrichtungen zählen die Ausfuhrerstattungen, die das Ziel des Preisgleiches zwischen den Preisen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf dem Weltmarkt und den Gemeinschaftspreisen bei der Ausfuhr derartiger Erzeugnisse haben.

Die Höhe der Ausfuhrerstattungen wird durch die EU-Kommission festgesetzt. Der Europäische Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft finanziert die Erstattungen bei der Ausfuhr von Waren nach Drittländern.

Die innerstaatliche Vollziehung der Erstattungs-Förderungsregelungen in Österreich erfolgt durch die Zollbehörden. Für die Zahlung der Ausfuhrerstattungen auf Grund eines entsprechenden

Kapitel 50 — Titel 507

159

Antrages des Ausführers für Waren der Erstattungsomenklatur ist das ZA Salzburg/Erstattungen zuständig.

Die Mitgliedstaaten stellen nach Maßgabe des Mittelbedarfs ihrer Zahlstellen die zur Deckung der gezahlten Erstattungen erforderlichen Mittel bis zur vorschußweisen Abgeltung durch die Gemeinschaft bereit.

Weitere Erläuterungen über die Zahlungen zwischen EU und Österreich siehe auch bei Kap. 52, Titel 529.

Im BVA 1998 sind dafür 1 000,0 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/50428 Zahlungen an BIG**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz über die Errichtung einer Bundesimmobiliengesellschaft (BIG-Gesetz), BGBl. Nr. 419/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. xxx/1997.

Hier sind sämtliche Zahlungsverpflichtungen (Aufwendungen) gegenüber der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) gemäß BIG-Gesetz veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/50438 Gebarung gemäß § 22 KHVG

Der § 22 des Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungsgesetzes (KHVG), BGBl. Nr. 651/1994, regelt die Versicherungspflicht für ausländische Kraftfahrzeuge und Anhänger, die bei der Einreise den Nachweis einer für Österreich gültigen Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung nicht erbringen können. Zur Gewährleistung der Ordnung von Ansprüchen aus Verkehrsunfällen werden ausländische Kraftfahrzeuge und Anhänger, die ohne einer gültigen internationalen Versicherungskarte in das Bundesgebiet eingebracht werden, durch Bezahlung einer Prämie an das Zollamt und gegen Aushändigung eines Versicherungsscheines versichert.

90 vH der Prämien werden beim Voranschlagsansatz 2/50434 vereinnahmt und über den Voranschlagsansatz 1/50438 dem Verband der Versicherungsunternehmungen Österreichs als dem Bevollmächtigten seiner mitwirkenden Unternehmungen gemäß einem auch die Aufteilung eines Gewinnes bzw. Verlustes aus diesem Versicherungsgeschäft regelnden Übereinkommen überwiesen. 10 vH der Prämien entfallen auf Versicherungssteuer und Einhebungsvergütung.

Der Erfolg des Jahres 1996 betrug 9 492 300 Schilling, für das Jahr 1998 wurden 11,0 Millionen Schilling veranschlagt.

Titel 507 Sonstige nachgeordnete Dienststellen

Bei diesem Titel sind die Ausgaben und Einnahmen des Bundespensionsamtes (bis 1996 Bundesrechenamt), der Finanzprokurator, des Hauptpunzierungs- und Probieramtes veranschlagt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1996	358,8	755,4	1 114,2	339,2
1997	143,5	45,5	189,0	60,7
1998	147,6	73,2	220,8	60,7

Paragraph 5070 Bundespensionsamt**Gesetzliche Grundlage**

Bundespensionsamtsgesetz, BGBl. Nr. 758/1996.

Aufgaben

Das Bundespensionsamt ist eine dem Bundesministerium für Finanzen nachgeordnete Dienststelle. Die Aufgaben des Bundespensionsamtes sind im § 2 des Bundespensionsamtsgesetzes normiert.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1996	282,2	743,6	1 025,7	277,1
1997	70,9	29,6	100,5	0,1
1998	70,9	57,2	128,1	0,1

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Verminderung gegenüber dem Erfolg 1996 ist durch die Ausgliederung der ADV-Agenden in die BRZ-GmbH bedingt.

Paragraph 5071 Finanzprokurator**Gesetzliche Grundlagen**

Prokuratorgesetz, StGBI. Nr. 172/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 763/1992.

Die Befassung der Finanzprokurator oder ihre Parteistellung ist in zahlreichen Bundesgesetzen und zwischenstaatlichen Übereinkommen geregelt. Eine Reihe solcher Gesetze und Abkommen sind in den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1991 auf den Seiten 164 und 165 angegeben.

Aufgaben

Die Prokurator ist berufen, die Republik Österreich (auch hinsichtlich ihrer Anstalten, Unternehmungen, Betriebe und sonstigen Einrichtungen) sowie alle Fonds, Stiftungen, Anstalten, Unternehmungen, Einrichtungen und sonstigen Vermögensmassen mit selbständiger Rechtspersönlichkeit, welche von staatlichen Organen unmittelbar verwaltet werden oder bei denen der Staat für einen Gebarungsabgang aufzukommen hat, zu vertreten. Dies gilt auch für sonstige Stiftungen nach Maßgabe des § 2 Abs. 1 Z 3 des Prokuratorgesetzes auf der nunmehrigen Grundlage des Bundes-Stiftungs- und Fonds-Gesetzes. Eine Ausdehnung der Vertretungsbefugnis der Prokurator im Verordnungswege ist im § 2 Abs. 2 des Prokuratorgesetzes vorgesehen.

Die Prokurator ist ferner allgemein berufen, vor allen Gerichten und Verwaltungsbehörden einzuschreiten, wenn sie von der zuständigen Behörde zum Schutze öffentlicher Interessen hiefür in Anspruch genommen wird oder die Dringlichkeit des Falles ihr sofortiges Einschreiten erfordert.

Außer der Vertretung vor den Gerichten, den Verwaltungsbehörden und Gerichtshöfen öffentlichen Rechtes obliegt der Prokurator die Abgabe von Rechtsgutachten an die von ihr zu vertretenden Rechtsträger sowie die Mitwirkung beim Abschluß von Rechtsgeschäften und bei der Abfassung von Rechtsurkunden.

Die Befugnis der Finanzprokurator zur Vertretung vor den ordentlichen Gerichten und Arbeitsgerichten ist eine ausschließliche, soweit gesetzlich nicht etwas anderes bestimmt ist.

Vor dem Verfassungsgerichtshof, dem Verwaltungsgerichtshof, dem Obersten Patent- und Markensenat und den Verwaltungsbehörden einzuschreiten, ist sie nur über Verlangen berechtigt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1996	56,6	6,3	62,8	19,9
1997	52,8	7,6	60,4	19,7
1998	56,1	7,5	63,6	19,7

Paragraph 5072 Hauptpunzierungs- und Probieramt**Gesetzliche Grundlagen**

Punzierungsgesetz, BGBl. Nr. 68/1954, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 748/1996;

Durchführungsverordnung zum Punzierungsgesetz, BGBl. Nr. 385/1967, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 82/1997;

Übereinkommen betreffend die Prüfung und Bezeichnung von Edelmetallgegenständen samt Anhängen I und II, BGBl. Nr. 346/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 813/1993;

Durchführungsverordnung zum Übereinkommen betreffend die Prüfung und Bezeichnung von Edelmetallgegenständen, BGBl. Nr. 358/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 114/1996.

Aufgaben

Die dem Hauptpunzierungs- und Probieramt unterstellten Punzierungsämter nehmen die amtliche Beglaubigung des Feingehaltes von Edelmetallen und Edelmetallgegenständen vor.

Organisation

Dem Hauptpunzierungs- und Probieramt sind unterstellt:

Punzierungsamt Wien I;

Kapitel 50 — Titel 508

161

Punzierungsamt Wien II;
 Punzierungsamt Linz samt Punzierungsstätte Salzburg;
 Punzierungsamt Graz;
 Punzierungsamt Innsbruck.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1996	20,0	5,6	25,6	42,3
1997	19,9	8,3	28,1	40,9
1998	20,6	8,7	29,3	41,0

Titel 508 Unternehmungen mit Bundesbediensteten

Unter diesem Titel werden die Personalausgaben und damit zusammenhängende Sachausgaben des Österreichischen Postsparkassenamtes, der Österreichischen Salinen AG, des Amtes der Münze Österreich und des Amtes der Post und Telekom Austria AG verrechnet. Diese Ausgaben werden mit Ausnahme der Überweisungsbeträge gemäß § 311 ASVG des Amtes der Post und Telekom Austria AG dem Bund ersetzt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1996	11 684,0	883,7	12 567,8	12 593,3
1997	16 666,1	1 509,5	18 175,6	18 175,8
1998	16 561,0	1 269,1	17 830,1	17 800,2

Paragraph 5080 Österreichisches Postsparkassenamt**Gesetzliche Grundlage**

Postsparkassengesetz, BGBl. Nr. 458/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 742/1996.

Aufgaben

Besorgung aller Geschäfte der Österreichischen Postsparkasse sowie die Verrichtung aller sonstigen Arbeiten durch Bundesbeamte oder Vertragsbedienstete des Bundes. Die Dienststelle der bei der Österreichischen Postsparkasse tätigen Bundesbeamten oder Vertragsbediensteten des Bundes ist das Österreichische Postsparkassenamt.

Im BVA 1998 sind für Personal- und Sachausgaben 676,4 Millionen Schilling vorgesehen. Die Sachausgaben enthalten vor allem die Erfordernisse für Kommunalsteuer, Fahrtkostenzuschüsse und Aufwandsentschädigungen.

Die Einnahmen enthalten im Sinne des § 7 Abs. 4 des Postsparkassengesetzes die Ersätze der Österreichischen Postsparkasse für die Personalausgaben sowie für die zugehörigen Sachausgaben.

Paragraph 5081 Österreichische Salinen Aktiengesellschaft**Gesetzliche Grundlage**

Salzmonopolgesetz, BGBl. Nr. 124/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 518/1995.

Aufgaben

Mit Wirkung vom 1. Jänner 1979 ging die wirtschaftliche Verwaltung des österreichischen Salzmonopols auf die Österreichische Salinen Aktiengesellschaft über (§ 6 Abs. 1 des Salzmonopolgesetzes, BGBl. Nr. 124/1978). Gemäß § 8 Abs. 1 Z 3 dieses Gesetzes werden die Beamten, die am 31. Dezember 1978 bei den Österreichischen Salinen beschäftigt waren, auf die Dauer ihres Dienststandes unter Wahrung ihrer Rechte der Aktiengesellschaft zur Dienstleistung zugewiesen. Die Aktiengesellschaft hat für sie dem Bund die Kosten der Besoldung zu ersetzen. Beim vorliegenden VA-Ansatz sind die Kosten der Besoldung für zwei der Österreichischen Salinen Aktiengesellschaft zugeleitete Beamte sowie deren Ersätze durch die Aktiengesellschaft veranschlagt.

Im BVA 1998 sind für Personal- und Sachausgaben 1,5 Millionen Schilling vorgesehen.

162

Kapitel 50 — Titel 508**Paragraph 5082 Amt der Münze Österreich****Gesetzliche Grundlage**

Scheidemünzengesetz 1988, BGBl. Nr. 597/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 425/1996.

Aufgaben

Gemäß Scheidemünzengesetz 1988 ging das Österreichische Hauptmünzamt in eine von der OeNB gegründete „Münze Österreich AG“ ein. Nach den Bestimmungen dieses Gesetzes wurden die Beamten, die am 31. Dezember 1988 beim Österreichischen Hauptmünzamt beschäftigt waren, auf die Dauer ihres Dienststandes unter Wahrung ihrer Rechte der Aktiengesellschaft zur Dienstleistung zugewiesen. Die Aktiengesellschaft ersetzt für diese Bediensteten dem Bund die Kosten der Besoldung.

Im BVA 1998 sind die Personal- und Sachausgaben für 38 Bedienstete in Höhe von 17,2 Millionen Schilling veranschlagt.

Paragraph 5083 Amt der Post und Telekom Austria AG**Gesetzliche Grundlage**

Poststrukturgesetz, BGBl. Nr. 201/1996, Artikel 95.

Aufgaben

Gemäß Bundesgesetz über die Errichtung und Aufgaben der Post und Telekom Austria Aktiengesellschaft werden die Aufgaben der Post- und Telegraphenverwaltung mit Wirkung vom 1. Mai 1996 an die Post und Telekom Austria Aktiengesellschaft übertragen. Die bisher bei der Post- und Telegraphenverwaltung beschäftigten Beamten werden auf die Dauer ihres Dienststandes der Post und Telekom Austria Aktiengesellschaft oder eines Unternehmens, an dem die Post und Telekom Austria Aktiengesellschaft zumindest mehrheitlich beteiligt ist, zur Dienstleistung zugewiesen. Die Aktiengesellschaft ersetzt für diese Bediensteten dem Bund den Aufwand der Aktivbezüge. Von diesem Ersatz ausgenommen sind jedoch die Überweisungsbeträge gemäß § 311 ASVG, die vom Bund zu tragen sind.

Im BVA 1998 sind für Personal- und Sachausgaben insgesamt 17 135,0 Millionen Schilling veranschlagt, wobei 17 105,0 Millionen Schilling ersetzt werden. In den Sachausgaben sind vor allem die Kosten für Aufwandsentschädigungen und Fahrtkostenzuschüsse enthalten.

Paragraph 5110 Innovations- und Technologiefonds

Gemäß dem Bundesverfassungsgesetz, mit dem das 2. Verstaatlichungsgesetz geändert wird und organisationsrechtliche Bestimmungen für die vom 2. Verstaatlichungsgesetz betroffenen Unternehmungen erlassen werden, BGBl. Nr. 321/1987, soll durch ein einfaches Bundesgesetz ein Fonds zur Finanzierung von Forschungen, Entwicklungen und Umstellungen für den Bereich der gewerblichen Wirtschaft eingerichtet werden. Zur Ausführung dieses Auftrages des Verfassungsgesetzgebers wurde das Innovations- und Technologiefondsgesetz (ITFG) mit Bundesgesetz BGBl. Nr. 603/1987 beschlossen.

Gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 972/1993, mit dem ua. das ITFG geändert wird, kommen dem Fonds im Jahre 1998 380 Millionen Schilling zu. Unter Einbeziehung der sonstigen Einnahmen des ITF (19,045 Millionen Schilling) können für Zwecke der Finanzierung von Forschungen, Entwicklungen und Umstellungen 399,045 Millionen Schilling verwendet werden.

Paragraph 5111 Siedlungswasserwirtschaft

Unter diesem Paragraph werden die Zinsen bzw. die Kapitalertragsteuer auf Zinsen und sonstige Spesen veranschlagt, die aus der kurzfristigen Veranlagung von Förderungsmitteln für die Siedlungswasserwirtschaft (gemäß Finanzausgleichsgesetz 1997) entstehen.

Titel 512 Rücklagen

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1996	5904,1	7868,9
1997	197,7	971,5
1998	81,1	1278,0

Haushaltsrechtliche und bundesfinanzgesetzliche Ermächtigungen sehen vor, daß in Höhe der durch Zahlung nicht in Anspruch genommenen Teile gewisser Ausgabenansätze, durch Zahlung nicht in Anspruch genommenen zweckgebundene Einnahmen und ein Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben des Gesamthaushaltes einer Rücklage zugeführt werden können bzw. zuzuführen sind. Bei Inanspruchnahme dieser Rücklagen oder Teilen davon in den darauffolgenden Haushaltsjahren ergeben sich für den Bundshaushalt entsprechende Einnahmen bei diesem Titel und der Rücklagenwidmung gemäß bei den zuständigen Zweckansätzen der Ressorts gleichhohe Ausgaben.

Paragraph 5121 Zuführung an bzw. Entnahme aus allgemeine(r) Rücklage

Im Bundeshaushaltsgesetz, § 53 Abs. 1 Pkt. 2 und 3, bzw. im Art. X Abs. 1 Z 1 des Bundesfinanzgesetzes 1998 wird der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, in Höhe der durch Zahlung nicht in Anspruch genommenen Teile der Ausgabenbeträge für Anlagen, der bei den Voranschlagsansätzen 1/64698, 1/64708 und der bei den Voranschlagsansätzen 1/40108 und 1/64738 als Investitionsausgaben für die Landesverteidigung veranschlagten Ausgabenbeträge eine Reservierung im Wege einer Rücklagenzuführung vorzunehmen. Für die sich daraus ergebende Gebarung sind Verrechnungsansätze vorgesehen.

Die gegenständliche Gebarung wird wie folgt verrechnet:

Jahr	Voranschlagswirksame Verrechnung	Bestandsverrechnung
laufendes.....	Ausgabe: Paragraph 1/5121	Einnahme: Erlag
nächstfolgendes	Einnahme: Paragraph 2/5121 Ausgabe: zB Kapitel 64 „Bauten und Technik“	Ausgabe: rückgestellter Erlag —

Kapitel 51 — Titel 512

165

Paragraph 5124 Zuführung an bzw. Entnahme aus zweckgebundene(r) Einnahmen-Rücklage

Im Bundesvoranschlag sind für die Rücklagenzuführung bzw. -entnahme entsprechende Voranschlagsansätze vorgesehen. Die Verrechnung erfolgt sinngemäß wie bei der allgemeinen Rücklage.

Den beim Voranschlagsansatz 1/51249 veranschlagten Rücklagenzuführungen in Höhe von 81,134 Millionen Schilling stehen im Bundesvoranschlag 1998 Einnahmen bei folgenden Voranschlagsansätzen gegenüber:

	Millionen Schilling
2/51110.....	29,998
2/53400.....	50,991

Den beim Voranschlagsansatz 2/51248 veranschlagten Rücklagenentnahmen in Höhe von insgesamt 230,004 Millionen Schilling stehen im Bundesvoranschlag 1998 Ausgaben bei folgenden Voranschlagsansätzen gegenüber:

	Millionen Schilling
1/10103.....	0,002
1/10108.....	0,001
1/65204.....	230,000

Paragraph 5125 Zuführung an bzw. Entnahme (Verringerung) aus der Ausgleichsrücklage

Gemäß § 53 Abs. 3 des Bundeshaushaltsgesetzes hat der Bundesminister für Finanzen einen Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben des Gesamthaushaltes einer Ausgleichsrücklage zuzuführen. Ein Ausgabenüberschuß im Gesamthaushalt ist durch Entnahme aus der Ausgleichsrücklage auszugleichen.

Im Bundesvoranschlag 1998 wurde aus der Rücklage eine Verringerung in Höhe von 1 000 Millionen Schilling veranschlagt.

Paragraph 5126 Zuführung an bzw. Entnahme aus besondere(r) Rücklage

Dieser Paragraph ist für Rücklagenzuführungen auf Grund von Sondergesetzen bzw. der Ermächtigungen gemäß Art. X Abs. 1 Z 2 des Bundesfinanzgesetzes 1998 vorgesehen.

Die Verrechnung erfolgt sinngemäß wie bei der allgemeinen Rücklage.

Paragraph 5127 Zuführung an bzw. Entnahme aus besondere(r) Einnahmen-Rücklage

Dieser Paragraph ist für Rücklagenzuführungen bzw. -entnahmen gemäß Art. X Abs. 2 des Bundesfinanzgesetzes 1998 vorgesehen.

Die Verrechnung erfolgt sinngemäß wie bei der zweckgebundenen Rücklage.

Voranschlagsansatz 2/51297 Auflösung von Rücklagen

Für den Fall, daß die seinerzeitige Zweckbindung dem Grunde oder der Höhe nach wegfällt, sind Rücklagen voranschlagswirksam aufzulösen und im Sinne von § 38 Abs. 1 BHG zu verwenden.

Im Bundesvoranschlag 1998 sind Rücklagenauflösungen von folgenden Voranschlagsansätzen vorgesehen:

	Millionen Schilling
1/10006.....	3,000
1/10098.....	44,862

166

Kapitel 51 — Titel 513 und 518**Stand der Rücklagen**

Der Stand der Rücklagen am 31. Dezember 1996 stellt sich wie folgt dar:

	Stand am 31. 12. 1996	Veranschlagte Rücklagenentnahme, -verminderung bzw. -auflösung laut		Veranschlagte Rücklagenzuführung laut	
		BVA 1997	BVA 1998	BVA 1997	BVA 1998
Millionen Schilling					
1. Allgemeine Rücklage	2 799,0	700,0	0,0	0,0	0,0
hievon:					
Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen	409,2	—	—	—	—
Internationale Finanzinstitutionen.....	831,0	500,0	—	—	—
2. Zweckgebundene Einnahmen- Rücklage	4 977,3	0,0	238,7	197,7	81,1
hievon:					
Mittel des ITF	64,7	0,0	0,0	0,0	0,0
Katastrophenfonds	691,5	0,0	0,0	60,0	51,0
Marktordnungspol. Maßnahmen	297,4	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausfuhrförderung (AFG und AFFG) ..	1 307,9	0,0	0,0	0,0	0,0
Kfz-Steuer (U-Bahn-Bau).....	460,7	0,0	230,0	0,0	0,0
Sicherheitsabgabe	259,8	0,0	0,0	0,0	0,0
3. Ausgleichsrücklage.....	5 680,0	0,0	1 000,0	0,0	0,0
4. Besondere Rücklage.....	5 051,1	271,3	39,2	0,0	0,0
hievon:					
Klinischer Aufwand	1 728,6	0,0	—	—	—
Siedlungswasserwirtschaft.....	1 537,5	200,0	—	—	—
Sonstige Umweltmaßnahmen	342,4	0,0	0,0	—	—
Maßnahmen zur Hilfeleistung für osteurop. Staaten.....	309,2	24,3	0,0	—	—
5. Besondere Einnahmen-Rücklage....	673,5	0,0	0,0	0,0	0,0

Titel 513 Zahlungen von der EU

	Einnahmen Millionen Schilling
1996	20 704,7
1997	12 420,2
1998	12 701,8

Österreich hat auf Grund diverser Bestimmungen des EU-Rechtes Zahlungen von der EU zu erwarten.

Siehe hiezu die Erläuterungen zum Titel 2/529, Seite 186—189.

Titel 518 Sonstige Pauschalvorsorgen

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
Millionen Schilling				
1996	—	—	—	—
1997	0,0	2 875,4	2 875,4	—
1998	0,0	3 625,4	3 625,4	—

Paragraph 5181 Pauschalvorsorge für Sachausgaben

Die Pauschalvorsorge für Sachausgaben in Höhe von 2 625,4 Millionen Schilling ist für bestimmte unaufschiebbare Mehrausgaben bzw. als allgemeine Vorsorge für unvorhergesehene Entwicklungen mit negativen Auswirkungen auf das Budget, wie zB Eintritt eines geringeren Wirtschafts-

Kapitel 51 — Titel 519

167

wachstums als bei der Budgeterstellung angenommen, vorgesehen. Da die notwendige Bewilligung von überplanmäßigen Ausgaben im Wege eines Bundesgesetzes oft aus zeitlichen oder anderen Gründen nicht zeitgerecht eingeholt werden kann, würden sich bei Realisierung unaufschiebbarer Zahlungen haushaltsrechtliche Schwierigkeiten ergeben. Insbesondere ist dies der Fall bei Hilfeleistungen in Katastrophenfällen im In- und Ausland, in Seuchen- und Epidemiefällen sowie für Sondermaßnahmen der Bundesregierung im In- und Ausland, die Durchführung von Staatsbesuchen, Konferenzen, Tagungen uä.

Paragraph 5183 Pauschalvorsorge für Technologie- und Exportoffensive

Im Rahmen einer Technologie- und Exportoffensive sind im Bundesvoranschlag 1998 1 000,0 Millionen Schilling vorgesehen. Für eine entsprechende ressortbezogene Verwendung wird eine pauschale Vorsorge getroffen.

Titel 519 Sonstige Kassenverwaltungs-Ausgaben bzw. -Einnahmen

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt	
	Sach- ausgaben	Ein- nahmen	Sach- ausgaben	Ein- nahmen
	Millionen		Schilling	
1996	3,3	0,0	3 445,0	3 445,0
1997	382,5	0,0	75 000,0	75 000,0
1998	152,5	0,0	75 000,0	75 000,0

Paragraph 5190 Allgemeine Ausgaben bzw. -Einnahmen

Beim Paragraph 5190 werden sonstige Ausgaben und Einnahmen erwartet, deren Höhe schwer abschätzbar ist. Hierbei handelt es sich um Beträge, die im Zusammenhang mit inkamerierten Resten zweckgebundener Einnahmen angefallen sind oder voraussichtlich anfallen werden.

Paragraph 5191 Kurzfristige Verpflichtungen

Laut § 16 (1) BHG, BGBl. Nr. 213/1986, sind ab dem BVA 1988 auch die für die Aufnahme von Geldverbindlichkeiten zur vorübergehenden Kassenstärkung nötigen Einnahmen und Ausgaben gesondert in einem Ausgleichshaushalt darzustellen. Für diesen Zweck sind im BVA 1998 beim VA-Ansatz 7/51919 bzw. 8/51919 je 75 Milliarden Schilling vorgesehen.

Auf Grund der Situation auf dem Geld- und Kapitalmarkt im In- und Ausland bei Erstellung des Bundesvoranschlages 1998 ist für derartige Kreditoperationen, deren Laufzeit spätestens am 31. Dezember 1998 zu enden hat, mit einem Zinsenaufwand von 152,5 Millionen Schilling zu rechnen.

168

Kapitel 52 — Titel 520

Kapitel 52 Öffentliche Abgaben

Gesamtgebarung

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1996	124,2	383 470,4
1997	142,2	423 164,6
1998	162,2	450 658,6

Allgemeines zur Veranschlagung

Die Schätzungen der öffentlichen Abgaben beruhen in erster Linie auf einer Fortschreibung einer Hochrechnung des voraussichtlichen Aufkommens 1997 auf Basis der Ergebnisse bis Mai 1997 und unter Berücksichtigung voraussehbarer Sonderentwicklungen. Die Fortschreibung erfolgte bei jenen Steuern, deren Bemessungsgrundlage relativ eng an ökonomische Tatbestände anknüpft, auf Grund der prognostizierten Entwicklung der nächstliegenden volkswirtschaftlichen Größen und der entsprechenden voraussichtlichen Aufkommenselastizitäten. Bei anderen Abgaben wurden Trendfortschreibungen gemacht. Im nächsten Schritt wurden die geschätzten Auswirkungen von speziellen einnahmenseitigen Maßnahmen — etwa Restauswirkungen des Sparpakets und Anpassungen anlässlich der Budgeterstellung — berücksichtigt.

Solche Anpassungsmaßnahmen sind zB die weitere Sistierung des Freibetragsbescheides, die Fortsetzung der VZ-Erhöhung bei Einkommen- und Körperschaftsteuer, die Einschränkung der Bau-sparprämien, die Erhöhung der Stempelgebühren und die Einschränkung der zollfreien Einfuhr von Tabakwaren aus Drittländern. Es ist auch geplant, die haushaltsmäßige Verrechnung der Steuerguthaben im Jahr 1998 auf striktes Kassenprinzip umzustellen, wodurch die bisherige Asymmetrie zwischen Verrechnung von Guthaben und Rückständen beseitigt wird. Die erstmalige Umbuchung führt zu buchmäßigen Mehreinnahmen in einer Größenordnung von 15 Milliarden Schilling, die beim Ansatz 2/52704 verrechnet werden.

Ausgaben

Auf der Ausgabenseite des Kapitels 52 „Öffentliche Abgaben“ gelangen nur solche Ausgaben zur Verrechnung, die den Abgabenertrag unmittelbar schmälern (Stempelmarkengebarung und Kosten des Einbringungs- und Strafverfahrens). Personal- und Sachausgaben aus der Veranlagung, Einhebung und Einbringung der öffentlichen Abgaben sind bei Kapitel 50 „Finanzverwaltung“ veranschlagt.

Zu den einzelnen Titeln ist zu bemerken:

Titel 520 Einkommen- und Vermögensteuern

	Millionen Schilling
1996	278 411,5
1997	310 150,0
1998	315 150,0

Voranschlagsansatz 2/52004 Veranlagte Einkommensteuer

Gesetzliche Grundlage

Einkommensteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 400, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 798/1996.

Sachlicher Überblick

Die Einkommensteuer ist die Steuer vom Einkommen der natürlichen Personen. Der Einkommensbegriff ist, ohne einer bestimmten Einkommenstheorie zu folgen, durch folgende Einkunftsarten umschrieben: Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, aus selbständiger Arbeit, aus Gewerbebetrieb, aus nichtselbständiger Arbeit, aus Kapitalvermögen, aus Vermietung und Verpachtung und sonstige bestimmt bezeichnete Einkünfte. Das Einkommensteuergesetz 1988 geht vom Grundsatz der Individualbesteuerung aus. Die Höhe der Einkommensteuer (Lohnsteuer) bemisst sich nach einem progressiven Stufentarif. Der Steuersatz beginnt mit 10 vH für die ersten 50 000 S des Einkommens und nähert sich asymptotisch dem Satz von 50 vH bei Einkommen über 700 000 S. Die sich auf Grund

Kapitel 52 — Titel 520

169

des Tarifs ergebende Steuer vermindert sich bei jedem Steuerpflichtigen um einen allgemeinen Absetzbetrag von jährlich 8 840 S, der aber ab 1997 für Einkommen über 200 000 S verschliffen und über 500 000 S weggefallen ist. Übersteigen die Einkünfte des einen Ehegatten nicht bestimmte Jahresbeträge, dann ist dem anderen Ehegatten der Alleinverdienerabsetzbetrag von jährlich 5 000 S zu gewähren. Dieser Absetzbetrag ist auch einem in einer eheähnlichen Gemeinschaft lebenden Alleinverdiener mit mindestens einem unterhaltsberechtigten Kind zu gewähren. Einem Alleinerzieher, das ist eine Person, die allein für mindestens ein unterhaltsberechtigtes Kind zu sorgen hat, ist ein Alleinerzieherabsetzbetrag von 5 000 S jährlich zu gewähren. Wird einer Person Familienbeihilfe gewährt, steht ihr im Wege der gemeinsamen Auszahlung mit der Familienbeihilfe ein Kinderabsetzbetrag von monatlich 350 S für das erste Kind, 525 S für das zweite Kind und 700 S für jedes weitere Kind zu. Einer Person, die für ein nicht zu ihrem Haushalt gehöriges Kind den gesetzlichen Unterhalt leistet, steht ein Unterhaltsabsetzbetrag von 350 S monatlich zu, wenn für das Kind weder ihr noch ihrem (Ehe)Partner Familienbeihilfe gewährt wird; für das zweite Kind beträgt der Absetzbetrag 525 S und für jedes weitere Kind jeweils 700 S. Bei Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit ist ein Arbeitnehmerabsetzbetrag von 1 500 S jährlich und ein Verkehrsabsetzbetrag von jährlich 4 000 S zu berücksichtigen; Pensionisten steht hingegen ein Pensionistenabsetzbetrag von 5 500 S jährlich zu. Die genannten Steuerabsetzbeträge, die nur für unbeschränkt Steuerpflichtige in Frage kommen, sind von der sich nach dem Tarif ergebenden Steuer bis zur Höhe dieser Steuer abzusetzen, der Alleinverdienerabsetzbetrag bei mindestens einem Kind, der Alleinerzieherabsetzbetrag und der Arbeitnehmerabsetzbetrag können auch zu einer Steuergutschrift führen.

Ein sehr bedeutender Teil der Einkommensteuer wird im Wege der Einbehaltung an der Quelle erhoben. Diese besondere Erhebungsform der Einkommensteuer findet vor allem Anwendung auf Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit (Lohnsteuer) und auf bestimmte inländische Kapitalerträge und Zinsen (Kapitalertragsteuern).

Vorschlagsansatz 2/52014 Lohnsteuer**Gesetzliche Grundlage**

Einkommensteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 400, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 798/1996.

Sachlicher Überblick

Die Lohnsteuer ist eine Quellensteuer auf Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit (Löhne und Gehälter, Pensionen) und wird nach Steuersätzen bemessen, die aus dem Einkommensteuertarif abgeleitet sind, wobei jedoch bestimmte Einkommensbestandteile (zB 13. und 14. Bezug, Zulagen und Zuschläge, Prämien, Diäten uä.) steuerfrei sind oder einer begünstigten Besteuerung unterliegen. Sie ist vom Arbeitgeber für den Arbeitnehmer bei jeder Lohnzahlung einzubehalten und monatlich an das Finanzamt der Betriebsstätte abzuführen.

Vorschlagsansatz 2/52024 Kapitalertragsteuer**Gesetzliche Grundlage**

Einkommensteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 400, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 798/1996.

Sachlicher Überblick

Die Kapitalertragsteuer wird von inländischen Kapitalerträgen erhoben, wie insbesondere von Gewinnanteilen (Dividenden), Zinsen und sonstigen Bezügen aus Anteilen an juristischen Personen sowie aus der Beteiligung an einem Handelsgewerbe als stiller Gesellschafter. Der Steuerabzug beträgt 22 vH von den vollen Kapitalerträgen. Die ab 1. Jänner 1994 entstehende Steuerschuld für Einkommensteuer — ausgenommen stille Beteiligungen — ist damit abgegolten. Seit dem 1. Juli 1996 gilt der Steuersatz von 25 vH.

Vorschlagsansatz 2/52025 Kapitalertragsteuer auf Zinsen**Gesetzliche Grundlage**

Einkommensteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 400, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 798/1996.

Sachlicher Überblick

Die Kapitalertragsteuer auf Zinsen wird von Einlagezinsen und bestimmten festverzinslichen Wertpapierzinsen im Ausmaß von 22 vH erhoben. Die ab 1. Jänner 1994 entstehende Steuerschuld für Einkommen- und Erbschaftssteuer ist damit abgegolten. Seit dem 1. Juli 1996 gilt der Steuersatz von 25 vH.

170

Kapitel 52 — Titel 520

Bezieher niedriger Einkommen, die unter der Besteuerungsgrenze liegen, können eine Erstattung beantragen.

Voranschlagsansatz 2/52034 Körperschaftsteuer**Gesetzliche Grundlage**

Körperschaftsteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 401, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 70/1997.

Sachlicher Überblick

Die **Körperschaftsteuer** ist die Einkommensteuer der juristischen Personen. Der Einkommensbegriff und die Art der Ermittlung des Einkommens bestimmen sich nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes. Die Körperschaftsteuer beträgt 34 vH. Für alle Körperschaften gilt eine Mindestkörperschaftsteuer in Höhe von 15 000 S im Jahr. Diese wurde im Jahre 1997 auf 50 000 S für AG und 25 000 S für GmbH im Jahr erhöht.

Voranschlagsansatz 2/52036 Abgabe von Zuwendungen**Gesetzliche Grundlage**

Einkommensteuergesetznovelle 1975, Art. II, BGBl. Nr. 391, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 739/1988.

Sachlicher Überblick

Der **Abgabe von Zuwendungen** unterliegen Zuwendungen von Berufs- und Wirtschaftsverbänden (Interessenvertretungen) mit freiwilliger Mitgliedschaft an politische Parteien sowie an Organisationen, die einer politischen Partei nahestehen oder die nicht selbst als Berufs- und Wirtschaftsverband (Interessenvertretung) anzusehen sind. Die gleiche Abgabepflicht besteht auch für Zuwendungen dieser Berufs- und Wirtschaftsverbände (Interessenvertretungen) an Personen oder Personengemeinschaften, wenn die Zuwendungen unter das Spendenabzugsverbot des Einkommensteuergesetzes oder des Körperschaftsteuergesetzes fallen. Abgabepflichtig sind die die Zuwendungen gewährenden Berufs- und Wirtschaftsverbände (Interessenvertretungen); die Abgabe beträgt 15 vH der zugewendeten Beträge.

Voranschlagsansätze 2/52044 und 2/52054 Gewerbesteuer und Bundesgewerbesteuer**Gesetzliche Grundlage**

Gewerbesteuergesetz 1953, BGBl. Nr. 2/1954, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 818/1993.

Sachlicher Überblick

Die **Gewerbesteuer** wird für Zeiträume ab dem 1. Jänner 1994 nicht mehr erhoben.

Voranschlagsansatz 2/52064 Vermögensteuer**Gesetzliche Grundlagen**

Vermögensteuergesetz, BGBl. Nr. 192/1954, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 818/1993;

Bewertungsgesetz, BGBl. Nr. 148/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996.

Sachlicher Überblick

Das **Vermögensteuergesetz** ist auf Sachverhalte nach dem 1. Jänner 1994 nicht mehr anzuwenden.

Voranschlagsansatz 2/52065 Erbschaftssteueräquivalent**Gesetzliche Grundlage**

Erbschaftssteueräquivalentgesetz 1960, BGBl. Nr. 286, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 818/1993.

Sachlicher Überblick

Das **Erbschaftssteueräquivalentgesetz** ist auf Sachverhalte nach dem 1. Jänner 1994 nicht mehr anzuwenden.

Kapitel 52 — Titel 520

171

Vorschlagsansatz 2/52066 Erbschafts- und Schenkungssteuer**Gesetzliche Grundlage**

Erbschafts- und Schenkungssteuergesetz 1955, BGBl. Nr. 141, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 797/1996.

Sachlicher Überblick

Für Erwerbe von Todes wegen (Erbfälle, Vermächtnisse) und Schenkungen unter Lebenden wird die Erbschafts- und Schenkungssteuer eingehoben. Zahlungspflichtig ist der Erwerber, bei einer Schenkung auch der Geschenkgeber. Der Steuersatz ist sowohl nach der Höhe des Erwerbes als auch nach dem Verwandtschaftsverhältnis zwischen Erblasser (Geschenkgeber) und Erwerber nach fünf Steuerklassen gestaffelt und beträgt für die Steuerklasse I 2 vH bis 15 vH und für die übrigen Steuerklassen 4 vH bis 60 vH. Freibeträge richten sich jeweils nach den Steuerklassen. Ermäßigungen für gemeinnützige Institutionen sowie Befreiungen aus sozialen Gründen sind vorgesehen.

Vorschlagsansatz 2/52074 Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz über die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, BGBl. Nr. 166/1960, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 486/1984.

Sachlicher Überblick

Nach dem Bundesgesetz über die „Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben“ wird von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken eine Abgabe erhoben, die mit 400 vH des Grundsteuermaßbetrages festzusetzen ist.

Vorschlagsansatz 2/52084 Bodenwertabgabe**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz, BGBl. Nr. 285/1960, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 383/1973.

Sachlicher Überblick

Gegenstand der B o d e n w e r t a b g a b e sind die unbebauten Grundstücke einschließlich der unbebauten Betriebsgrundstücke, wobei für bestimmte Grundstücke Befreiungen vorgesehen sind. Überdies ist bei der Errichtung eines Einfamilienhauses durch den Abgabeschuldner diesem die für die letzten fünf Jahre entrichtete Bodenwertabgabe rückzuerstatten.

Die Bodenwertabgabe beträgt 1 vH des maßgebenden Einheitswertes, soweit dieser 200 000 S übersteigt.

Vorschlagsansatz 2/52086 Wohnbauförderungsbeitrag**Gesetzliche Grundlagen**

Bundesgesetz über die Einhebung des Wohnbauförderungsbeitrages, BGBl. Nr. 13/1952, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 376/1986;

Wohnbauförderungsgesetz 1968, BGBl. Nr. 280/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 800/1993;

Bundesgesetz, BGBl. Nr. 301/1989.

Sachlicher Überblick

Beitragspflichtig sind Dienstnehmer (Heimarbeiter), solange sie Anspruch auf Entgelt haben, und deren Dienstgeber (Auftraggeber). Ausgenommen von der Beitragspflicht sind die im § 2 Abs. 3 genannten Personengruppen.

Der Beitrag beträgt gemäß § 3 Abs. 1 des obzitierten Gesetzes für jeden beitragspflichtigen Dienstnehmer (Heimarbeiter),

1. der in der Krankenversicherung pflichtversichert ist, 5 vT der allgemeinen Beitragsgrundlage in der Krankenversicherung (in der Krankenversicherung der Bundesangestellten der Bemes-

172

Kapitel 52 — Titel 521 und 522

sungsgrundlage) bzw., wenn der Dienstnehmer (Heimarbeiter) zwar nicht in der Krankenversicherung, jedoch in der Pensionsversicherung pflichtversichert ist, der allgemeinen Beitragsgrundlage in der Pensionsversicherung;

2. der weder in der Krankenversicherung noch in der Pensionsversicherung pflichtversichert ist, 5 vT des Arbeitsverdienstes aus dem Dienstverhältnis, für das der Beitrag zu entrichten ist.

Der Beitrag darf jedoch keinesfalls 5 vT der jeweiligen Höchstbeitragsgrundlage in der Krankenversicherung nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 189/1955, überschreiten.

Der Dienstgeber (Auftraggeber) hat einen gleich hohen Beitrag für jeden von ihm beschäftigten beitragspflichtigen Dienstnehmer (Heimarbeiter) zu leisten.

Voranschlagsansatz 2/52094 Sonderabgabe von Banken**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz, BGBl. Nr. 553/1980, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 12/1993.

Sachlicher Überblick

Die Sonderabgabe von Banken wird für Zeiträume ab dem 1. Jänner 1994 nicht mehr erhoben.

Titel 521 Einkommen- und Vermögensteuern (zweckgebundene Beiträge)

	Millionen Schilling
1996	139,7
1997	140,0
1998	140,0

Voranschlagsansatz 2/52180 Kunstförderungsbeitrag**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz, BGBl. Nr. 573/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 765/1992.

Sachlicher Überblick

Abgabepflichtig sind die Inhaber einer unbefristeten Rundfunk-Hauptbewilligung. Die Abgabe ist in Höhe von 55 S jährlich zu entrichten.

Nach abzug der Einhebungsvergütung und des Anteiles der Länder wird der verbleibende Ertrag zur Gänze für Zwecke der Kunstförderung, der Museen und des Bundesdenkmalamtes verwendet.

Titel 522 Umsatzsteuer

	Millionen Schilling
1996	204 064,1
1997	213 000,0
1998	223 000,0

Voranschlagsansatz 2/52204 Umsatzsteuer**Gesetzliche Grundlage**

Umsatzsteuergesetz 1994, BGBl. Nr. 663, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 756/1996.

Sachlicher Überblick

Mit Wirksamkeit 1. Jänner 1995 ist das neue Umsatzsteuergesetz 1994, bestehend aus einem allgemeinen Teil und einem Anhang, der die Binnenmarktregelung enthält, in Kraft getreten. Die Binnenmarktregelung betrifft die Besteuerung des innergemeinschaftlichen Handels zwischen den Mitgliedstaaten der EU.

Die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) ist eine allgemeine Verkehrsteuer. Sie wird auf allen Stufen des Wirtschaftsablaufes erhoben. Steuergegenstand sind die Lieferungen und sonstigen Leistungen, die ein Unternehmer im Inland gegen Entgelt im Rahmen seines Unternehmens ausführt,

Kapitel 52 — Titel 522

173

fermer der Eigenverbrauch, die Einfuhr und der innergemeinschaftliche Erwerb. An die Stelle der Einfuhrumsatzsteuer, die nur mehr im Handel mit Drittländern außerhalb der EU gilt, tritt für innergemeinschaftliche Lieferungen zwischen Unternehmern die Umsatzsteuer auf den Erwerb eines Gegenstandes im Inland (Erwerbsteuer). Korrespondierend zur Steuerpflicht des innergemeinschaftlichen Erwerbs ist die innergemeinschaftliche Lieferung steuerfrei, wenn der Gegenstand in das übrige Gemeinschaftsgebiet gelangt, der Erwerber Unternehmer oder eine nicht steuerpflichtige juristische Person ist und der Erwerb des Gegenstandes der Lieferung beim Abnehmer in einem anderen Mitgliedstaat der Umsatzsteuer unterliegt. Zur Abwicklung des innergemeinschaftlichen Handels benötigen Unternehmer Umsatzsteuer-Identifikationsnummern, die von den Mitgliedstaaten ausgestellt werden. Innergemeinschaftliche Lieferungen an Privatpersonen unterliegen dagegen — mit Ausnahme von besonderen Regelungen für den Versandhandel und für neue Fahrzeuge — nur im Ursprungsland der Besteuerung. Bemessungsgrundlage für die Mehrwertsteuer ist bei Lieferungen und sonstigen Leistungen das Entgelt, das ist alles, was der Empfänger einer Lieferung oder sonstigen Leistung aufzuwenden hat, um die Lieferung oder sonstige Leistungen zu erhalten. Beim Eigenverbrauch ist Bemessungsgrundlage der Einkaufspreis bzw. die Selbstkosten des entnommenen Gegenstandes oder die auf die Nutzung des Gegenstandes entfallenden Kosten oder die auf die Ausführung dieser Leistungen entfallenden Kosten oder die nichtabzugsfähigen Ausgaben (Aufwendungen). Bei der Einfuhr richtet sich die Bemessungsgrundlage nach dem Zollwert. Auch der innergemeinschaftliche Erwerb wird nach dem Entgelt bemessen, wobei Verbrauchsteuern, die im Entgelt nicht enthalten sind, aber vom Erwerber geschuldet werden, einzubeziehen sind.

Unter bestimmten Voraussetzungen ist der Unternehmer berechtigt, die Umsatzsteuerbeträge, die von anderen Unternehmen in Rechnungen über Leistungen im Inland an sein Unternehmen ausgewiesen werden, als Vorsteuer von dem von ihm zu zahlenden Umsatzsteuerbetrag in Abzug zu bringen. Ebenso kann der Unternehmer unter bestimmten Voraussetzungen die bei der Einfuhr entrichtete Einfuhrumsatzsteuer und die Steuer für den innergemeinschaftlichen Erwerb als Vorsteuer in Abzug bringen. Durch den Vorsteuerabzug wird erreicht, daß in jeder Wirtschaftsstufe im Ergebnis nur der Nettoumsatz besteuert bzw. die Kumulativwirkung ausgeschaltet wird.

Der allgemeine Steuersatz beträgt 20 vH der Bemessungsgrundlage. Für die in den Gebieten Jungholz und Mittelberg bewirkten Umsätze beträgt er 16 vH, wenn der Unternehmer einen Wohnsitz (Sitz), gewöhnlichen Aufenthalt oder Betriebsstätte in diesen Gebieten hat. Die Steuer ermäßigt sich auf 10 vH für die Lieferungen, den Eigenverbrauch, die Einfuhr von in der Anlage dieses Bundesgesetzes aufgezählten Gegenständen (insbesondere Lebensmittel, landwirtschaftliche Erzeugnisse, verschiedene Rohstoffe, Waren des Buchhandels) sowie ua. für die Vermietung von Grundstücken zu Wohnzwecken, für die Beherbergung samt Nebenleistungen, gewisse Leistungen der Wohnungseigentümergeinschaften, die sonstigen Leistungen aus der Tätigkeit als Künstler, verschiedene Leistungen im Kultur- und Unterhaltungsbereich, Leistungen von Jugendheimen, Leistungen der Kranken- und Pflegeanstalten, Leistungen bestimmter gemeinnütziger Institutionen und die Beförderung von Personen, soweit diese Leistungen nicht befreit sind.

Nicht begünstigt ist jedoch ua. die Vermietung (Nutzungsüberlassung) von Räumlichkeiten oder Plätzen für das Abstellen von Fahrzeugen aller Art und die als Nebenleistung erbrachte Lieferung von Wärme. Für eine Übergangszeit ist noch ein ermäßigter Steuersatz von 12 vH für die Lieferung und den Eigenverbrauch von Wein aus eigener Erzeugung durch Weinbauern vorgesehen.

Das Gesetz unterscheidet zwischen Steuerbefreiungen, bei denen das Recht zum Vorsteuerabzug unberührt bleibt (echte Befreiungen) und solchen, bei denen der Vorsteuerabzug ausgeschlossen ist (unechte Befreiungen). Zu den echten Steuerbefreiungen zählen insbesondere Ausfuhrlieferungen und innergemeinschaftliche Lieferungen, Lohnveredlungen an Gegenständen der Ausfuhr in das Drittlandsgebiet, Umsätze für die Seeschifffahrt und für die Luftfahrt, Beförderung von Gegenständen im grenzüberschreitenden Verkehr (ausgenommen innergemeinschaftliche Beförderungen), sonstige Leistungen bezogen auf Gegenstände der Einfuhr, Ausfuhr und die grenzüberschreitende Personenbeförderung mit Schiffen und Luftfahrzeugen und Goldlieferungen an Zentralbanken. Unter die unechten Steuerbefreiungen fallen insbesondere die Umsätze der Sozialversicherungs- und Fürsorgeträger sowie Leistungen im Bereich der Geld- und Kreditwirtschaft, Leistungen, die anderen Verkehrsteuern (zB Grunderwerbsteuer) unterliegen, die Umsätze der Blinden, Umsätze von privaten Schulen und anderen allgemeinbildenden oder berufsbildenden Einrichtungen unter bestimmten Voraussetzungen, die Umsätze aus der Tätigkeit als Bausparkassen- oder Versicherungsvertreter, die Umsätze gemeinnütziger Sportvereinigungen, die Vermietung und Verpachtung von Grundstücken (ausgenommen für Wohnzwecke), die Umsätze der Kranken- und Pflegeanstalten, der Alters-, Blinden- und Siechenheime von Körperschaften des öffentlichen Rechts oder von gemeinnützigen Institutionen, die Umsätze aus der Tätigkeit als Arzt, Dentist oder Psychotherapeut, Zahntechnikerleistung-

gen, die Lieferungen von menschlichen Organen, menschlichem Blut und Frauenmilch, die Krankentransporte, die Leistungen der Jugend- und Erziehungsheime von Körperschaften des öffentlichen Rechts oder von gemeinnützigen Institutionen, Theater-, Musik- und Gesangsaufführungen, Museen, botanische oder zoologische Gärten und Naturparks von Bund, Ländern und Gemeinden und die Umsätze der Kleinunternehmer.

Neu eingeführt wurde durch das Umsatzsteuergesetz 1994 die Margenbesteuerung für Reisebüros. Weiters ist bei Lieferungen von Gebrauchtgegenständen, Kunstgegenständen, Sammlungsstücken und Antiquitäten, die ein Unternehmer von einem nicht zum Vorsteuerabzug Berechtigten erworben hat, nur noch der Unterschied zwischen dem Verkaufs- und Ankaufspreis der Umsatzsteuer zu unterwerfen (sog. Differenzbesteuerung). Dabei ist grundsätzlich der allgemeine Steuersatz anzuwenden.

Bei nicht buchführungspflichtigen Unternehmern, die Umsätze im Rahmen eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebes ausführen und die nicht die Besteuerung nach den allgemeinen Vorschriften dieses Gesetzes verlangen, wird die Steuer für diese Umsätze mit 10 vH festgesetzt. Die diesen Umsätzen zuzurechnenden Vorsteuerbeträge werden in gleicher Höhe festgesetzt. Für die Lieferungen und den Eigenverbrauch der in der Anlage zu diesem Gesetz nicht angeführten Getränke und alkoholischen Flüssigkeiten ist eine zusätzliche Steuer von 10 vH zu entrichten. Diese vermindert sich auf 2 vH, wenn auf diese Umsätze die Voraussetzungen des § 10 Abs. 3 Z 1 UStG 1994 zutreffen.

Titel 523 Ein- und Ausfuhrabgaben

	Millionen Schilling
1996	3 508,8
1997	4 100,0
1998	3 500,0

Gesetzliche Grundlagen für Ein- und Ausfuhrabgaben generell

Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates vom 12. Oktober 1992 zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften (Zollkodex-ZK), ABIEG Nr. L 302 vom 19. Oktober 1992, S. 1, zuletzt geändert durch VO-Nr. 82/1997 vom 19. Dezember 1996, ABIEG Nr. L 17 vom 21. Jänner 1997, S. 1;

Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 der Kommission vom 2. Juli 1993 mit Durchführungsvorschriften zu der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften, ABIEG Nr. L 253 vom 11. Oktober 1993, S. 1, (Zollkodex-Durchführungsverordnung — ZK-DVO), zuletzt geändert durch VO-Nr. 1427/1997 vom 23. Juli 1997, ABIEG Nr. L 196 vom 24. Juli 1997, S. 31;

Verordnung (EWG) Nr. 918/83 des Rates vom 28. März 1983 über das gemeinschaftliche System der Zollbefreiungen, (Zollbefreiungsverordnung — ZBefrVO) ABIEG Nr. L 105 vom 23. April 1983, S. 1, samt einer Reihe von Durchführungsverordnungen der Kommission;

Bundesgesetz betreffend ergänzende Regelungen zur Durchführung des Zollrechts der Gemeinschaften (Zollrechts-Durchführungsgesetz — ZollR-DG), BGBl. Nr. 659/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 757/1996;

Verordnung des Bundesministers für Finanzen zur Durchführung des Zollrechts (Zollrechts-Durchführungsverordnung — ZollR-DV), BGBl. Nr. 1104/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 526/1995.

Alle diese Rechtsvorschriften sind in der zum jeweils maßgebenden Zeitpunkt geltenden Fassung der Erhebung der Ein- oder Ausfuhrabgaben zugrunde zu legen.

Sachlicher Überblick

Die seit dem Beitrittszeitpunkt nach dem gemeinschaftlichen (EG-)Zollrecht zu erhebenden Ein- und Ausfuhrabgaben sind Gemeinschaftsabgaben, die von den Mitgliedstaaten an die Gemeinschaft abgeführt werden. Österreich behält sich jedoch wie die anderen Mitgliedstaaten 10% davon als Erhebungsaufwand ein.

Die Ein- und Ausfuhrabgaben gliedern sich wie folgt:

— Zölle (Voranschlagsansatz 52304)

— Agrarabschöpfungen und Ausgleichsabgaben (Voranschlagsansatz 52364)

Ein- und Ausfuhrabgaben, die auf Grund von vor dem Beitritt verwirklichten zollschuldrechtlichen Tatbeständen erhoben werden, fallen weiterhin der Republik Österreich zu. Für deren tatbestandsmä-

Kapitel 52 — Titel 523

175

ßige Voraussetzungen sowie abgabenrechtliche Grundlagen ist weiterhin das frühere (österreichische) Zollrecht maßgebend.

Voranschlagsansatz 2/52304 Zölle**Gesetzliche Grundlagen****1. Gemeinschaftliches Zollrecht:**

Verordnung (EWG) Nr. 2288/83 der Kommission vom 29. Juli 1983 über die Aufstellung der in Artikel 60 Abs. 1 d der Verordnung (EWG) Nr. 918/83 genannten Liste der biologischen und chemischen Stoffe, ABIEG Nr. L220 vom 11. August 1983, S. 13, zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 213/89 vom 27. Jänner 1989, ABIEG Nr. 25/70 vom 28. Jänner 1989;

Verordnung (EWG) Nr. 2289/83 der Kommission vom 29. Juli 1983 zur Durchführung der Artikel 70 bis 78 der Verordnung (EWG) Nr. 918/83, ABIEG Nr. L220 vom 11. August 1983, S. 15, zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 735/92 vom 25. März 1992, ABIEG Nr. L81 vom 26. März 1992, S. 18;

Verordnung (EWG) Nr. 2290/83 der Kommission vom 29. Juli 1983 zur Durchführung der Artikel 50 bis 59b sowie 63a und 63b der Verordnung (EWG) Nr. 918/83, ABIEG Nr. L220 vom 11. August 1983, S. 20, zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 734/92 vom 25. März 1992, ABIEG Nr. L81 vom 26. März 1992, S. 15;

Verordnung (EWG) Nr. 3915/88 der Kommission vom 15. Dezember 1988 zur Durchführung des Artikels 63c der Verordnung (EWG) Nr. 918/83, ABIEG Nr. L347 vom 16. Dezember 1988, S. 55;

Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates vom 23. Juli 1987 über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den gemeinsamen Zolltarif (KN-VO), ABIEG Nr. L256 vom 7. September 1987, S. 1, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 1734/96 der Kommission vom 9. September 1996;

Vertrag über den Beitritt der Republik Österreich zur Europäischen Union vom 24. Juni 1994; ABIEG Nr. C 241 vom 29. August 1994, idF Beschluß 95/1/EG vom 1. Jänner 1995, ABIEG L1 vom 1. Jänner 1995, S. xx;

Verordnung (EG) Nr. 3281/94 des Rates vom 19. Dezember 1994 über ein Mehrjahresschema allgemeiner Zollpräferenzen für Waren mit Ursprung in Entwicklungsländern für den Zeitraum 1995—1998, ABIEG Nr. L348 vom 31. Dezember 1994, S. 1;

Verordnung (EG) Nr. 3282/94 des Rates vom 19. Dezember 1994 zur Verlängerung der Verordnungen (EWG) Nr. 3833/90, (EWG) Nr. 3835/90 und (EWG) Nr. 3900/91 zur Anwendung allgemeiner Zollpräferenzen für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse mit Ursprung in Entwicklungsländern bis Ende 1995, ABIEG Nr. L348 vom 31. Dezember 1994, S. 57;

Verordnung (EG) Nr. 3284/94 des Rates vom 22. Dezember 1994, ABl. Nr. L349 vom 31. Dezember 1994, über den Schutz gegen subventionierte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Gemeinschaft gehörenden Ländern; zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 1252/95, ABl. Nr. 122 vom 2. Juni 1995;

Entscheidung Nr. 2277/96/EGKS der Kommission vom 28. November 1996, ABl. Nr. L308 vom 29. November 1996, über den Schutz gegen gedumpte oder subventionierte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl gehörenden Ländern;

Verordnung (EG) Nr. 1808/95 des Rates vom 24. Juli 1995 zur Eröffnung und Verwaltung von im GATT gebundenen Gemeinschaftszollkontingenten für einige landwirtschaftliche und gewerbliche Erzeugnisse sowie Fischereierzeugnisse und zur Einführung eines Verfahrens zur Anpassung der Zollkontingente, ABIEG Nr. L176 vom 27. Juli 1995, S. 1;

Verordnung (EWG) Nr. 3283/94 des Rates über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gehörenden Ländern;

Verordnung (EG) Nr. 384/96 des Rates vom 22. Dezember 1995 über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gehörenden Ländern.

2. Bisheriges Zollrecht:

Bundesgesetz über die Zölle und das Zollverfahren (Zollgesetz 1988 — ZollG), BGBl. Nr. 644/1988, zuletzt geändert durch das BGBl. Nr. 532/1992;

Zollgesetz-Durchführungsverordnung 1992, BGBl. Nr. 874/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 148/1993;

Zolltarifgesetz 1988, BGBl. Nr. 155/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 116/1994;

Taragesetz, BGBl. Nr. 130/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 317/1992.

Sachlicher Überblick

Diese sind nach den für die Verrechnung mit der Gemeinschaft geltenden Unterteilungen

- Zölle, ausgenommen die nachstehend genannten,
- EGKS-Zölle auf Waren des Kohle- und Stahlsektors,
- Ausgleichs- und Antidumpingzölle,
- Zölle betreffend den Agrarbereich,

veranschlagt.

Zölle werden bei der Einfuhr von Waren nach den näheren Anordnungen der Kombinierten Nomenklatur (KN) erhoben. Die Einfuhrzölle sind nach den in der KN festgelegten Zollsätzen zu berechnen, soweit nicht günstigere Vertragszollsätze vereinbart sind oder etwas anderes bestimmt ist. Die Zölle werden nach dem Wert oder dem Gewicht bemessen.

Im Lauf des Jahres 1995 sind Zölle auch an die Stelle vieler früher im Rahmen der Marktordnungen der Gemeinschaft auf Agrarwaren erhobene Abschöpfungen und Ausgleichsabgaben getreten.

Bei der Einfuhr von Waren sind neben dem Zoll die Einfuhrumsatzsteuer und Verbrauchsteuern nach den hierfür geltenden Vorschriften zu erheben, die nach gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben (Richtlinien) durch österreichische Gesetze geregelt sind.

Ausgleichs- und Antidumpingzölle werden unter Anwendung der von der Kommission festgesetzten Sätze erhoben. Die Erhebung kann vorläufig in Form einer Sicherheit oder endgültig als zusätzlicher AD-Zoll erfolgen.

Bei der Einfuhr von Waren mit Ursprung in Ländern, die Vertragsparteien des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) sind, oder in Ländern, mit denen die Europäische Gemeinschaft die Meistbegünstigung auf dem Gebiet der Zölle enthaltende Abkommen vereinbart hat, sind die vertragsmäßigen Zollsätze zu erheben. Vorbehaltlich abweichender Regelungen sind diese vertragsmäßigen Zollsätze auch anzuwenden auf andere als die vorgenannten Waren bei deren Einfuhr aus allen Drittländern.

Bei der Einfuhr von Waren aus

- den Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA),
- den Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR),
- den AKP-Staaten,
- allen jenen Staaten und Gebieten, mit denen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) oder die Europäische Gemeinschaft (EG) Assoziations- oder Kooperationsabkommen abgeschlossen hat, dzt. die Baltischen Staaten, Ungarn, Polen, Tschechien, Slowakei, Bulgarien, Rumänien, alle Mittelmeeranrainerstaaten, die Türkei (nur in Bezug auf EGKS-Waren),

werden unter bestimmten Voraussetzungen (Nachweis über Ursprung und Herkunft sowie teilweise auch Nichtinanspruchnahme einer Zollrückvergütung) begünstigte Zollsätze bis zur Zollfreiheit gewährt. Die Zollbegünstigungen gelten überwiegend für industriell-gewerbliche Waren.

Bei der Einfuhr von nicht durch Marktordnungsregelungen der EWG betroffenen landwirtschaftlichen Verarbeitungserzeugnissen und von industriell-gewerblichen Waren (ausgenommen die vom Regelungsbereich der EG für Kohle und Stahl, EGKS, erfaßten Waren) aus der Türkei wird im Rahmen einer Zollunion unter der Voraussetzung, daß die Ausfuhr aus der Türkei aus dem „freien Verkehr“ erfolgte, die Zollfreiheit gewährt. Betreffend EGKS-Waren gelten jedoch die zuvor beschriebenen Voraussetzungen („Ursprungsregeln“).

Bei der Einfuhr von bestimmten Waren, die aus Entwicklungsländern stammen, werden unter bestimmten Voraussetzungen (Nachweis über Ursprung und Herkunft) autonome Vorzugszollsätze erhoben.

Voranschlagsansatz 2/52364 Übrige Einfuhr- und Ausfuhrabgaben

Diese sind nach dem für die Gemeinschaft geltenden Unterteilungen

- Agrarzölle oder Ausgleichsabgaben bei der Einfuhr,
- Ausfuhrabgaben,

veranschlagt.

Kapitel 52 — Titel 523

177

Gesetzliche Grundlagen

Verordnung (EG) Nr. 2200/96 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Obst und Gemüse vom 28. Oktober 1996, ABl. Nr. L297/1 vom 21. November 1996;

Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker vom 30. Juni 1981, ABIEG Nr. L177/4 vom 1. Juli 1981, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 1599/96, ABl. Nr. L206/43 vom 16. August 1996;

Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates über die gemeinsame Marktordnung für Getreide vom 30. Juni 1992, ABIEG Nr. L181/21 vom 1. Juli 1992, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 3290/94, ABl. Nr. L349/133 vom 22. Dezember 1994;

Verordnung (EWG) Nr. 2759/75 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Schweinefleisch vom 29. Oktober 1975, ABIEG Nr. L282/1 vom 1. November 1975, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 1193/96, ABl. Nr. L161/1 vom 29. Juni 1996;

Verordnung (EWG) Nr. 2771/75 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Eier vom 29. Oktober 1975, ABIEG Nr. L282/49 vom 1. November 1975, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 2916/95, ABl. Nr. L305/49 vom 19. Dezember 1995;

Verordnung (EWG) Nr. 2777/75 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Geflügelfleisch vom 29. Oktober 1975, ABIEG Nr. L282/77 vom 1. November 1975, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 2916/95, ABl. Nr. 305/49 vom 19. Dezember 1995;

Verordnung (EWG) Nr. 3759/92 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Fischereierzeugnisse und Erzeugnisse der Aquakultur vom 17. Dezember 1992, ABIEG Nr. L388 vom 31. Dezember 1992, S. 1;

Verordnung (EG) Nr. 3072/95 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Reis vom 22. Dezember 1995, ABl. Nr. L329/18 vom 22. Dezember 1995;

Verordnung (EWG) Nr. 822/87 des Rates vom 16. März 1987 über die gemeinsame Marktorganisation für Wein, ABIEG Nr. L84/1 vom 27. März 1987, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 1592/96, ABl. Nr. L206/31 vom 16. August 1996;

Verordnung (EWG) Nr. 805/68 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Rindfleisch vom 27. Juni 1968, ABIEG Nr. L148/24 vom 28. Juni 1968, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 2222/96, ABl. Nr. L296/50 vom 18. November 1996;

Verordnung (EG) Nr. 2201/96 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse vom 28. Oktober 1996, ABl. Nr. L297/29 vom 21. November 1996;

Verordnung (EWG) Nr. 2358/71 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Saatgut vom 26. Oktober 1971, ABIEG Nr. L246/1 vom 5. November 1971, zuletzt geändert mit Verordnung (EG) Nr. 3290/94, ABl. Nr. L349/105 vom 31. Dezember 1994;

Verordnung (EWG) Nr. 804/68 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse vom 27. Juni 1968, ABIEG Nr. L148/13 vom 28. Juni 1968, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 1587/96, ABl. Nr. L206 vom 16. August 1996;

Verordnung (EWG) Nr. 136/66 des Rates über die Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Fette vom 22. September 1966, ABIEG Nr. S3025/66 vom 30. September 1966, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 3290/94, ABl. Nr. L349/133 vom 31. Dezember 1994;

Verordnung (EWG) Nr. 3013/89 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Schaf- und Ziegenfleisch vom 25. September 1989, ABIEG Nr. L289/1 vom 7. Oktober 1989, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 1589/96, ABl. Nr. L206/25 vom 30. Juni 1996;

Verordnung (EWG) Nr. 404/93 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Bananen vom 13. Februar 1993, ABIEG Nr. L47/1 vom 25. Februar 1993, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 3290/94, ABl. Nr. L349/186 vom 31. Dezember 1994;

Verordnung (EWG) Nr. 3448/93 des Rates zur Feststellung der Handelsregelung für bestimmte, aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen hergestellte Waren vom 6. Dezember 1993, ABIEG Nr. L318/18 vom 20. Dezember 1993 (Anmerkung: ersetzt Verordnung 3033/80);

Verordnung (EWG) Nr. 2783/75 des Rates über die gemeinsame Handelsregelung für Eialbumin und Milchalbumin vom 29. Oktober 1975, ABIEG Nr. L282/104 vom 1. November 1975, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 2916/95, ABl. Nr. L305/49 vom 19. Dezember 1995;

Verordnung (EWG) Nr. 2730/75 des Rates über Glukose und Laktose vom 29. Oktober 1975, ABIEG Nr. L281/20 vom 1. November 1975, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 2931/95, ABl. Nr. L307/10 vom 20. Dezember 1995.

178

Kapitel 52 — Titel 524**Sachlicher Überblick**

Im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik können gemäß den angeführten Marktorganisationen bei der Einfuhr Agrarzölle und bei der Ausfuhr Ausfuhrabgaben erhoben werden.

Die zu erhebenden Abgabensätze werden in je nach Marktorganisation unterschiedlichen Zeitabständen von der Europäischen Kommission im Verwaltungsausschlußverfahren festgesetzt und im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften kundgemacht. Die vorstehenden Abgaben sind an die EG abzuführen.

Titel 524 Verbrauchsteuern

	Millionen Schilling
1996	52 115,7
1997	50 450,0
1998	53 850,0

Voranschlagsansatz 2/52404 Tabaksteuer**Gesetzliche Grundlage**

Tabaksteuergesetz 1995, BGBl. Nr. 704/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 427/1996.

Sachlicher Überblick

Der Tabaksteuer unterliegen Tabakwaren, das sind Zigaretten, Zigarren und Zigarillos sowie Rauchtabak (Feinschnitt für selbstgedrehte Zigaretten und anderer Rauchtabak). Für Zigaretten wurde ein gemischter Steuersatz eingeführt, der aus einer mengen- und einer wertabhängigen Komponente besteht und bei der gängigsten Preisklasse zu einer Verbrauchsteuerbelastung von mindestens 57 vH des Kleinverkaufspreises führt. Der Steuersatz beträgt 246 S je 1 000 Stück und 42 vH des Kleinverkaufspreises, mindestens aber 825 S je 1 000 Stück. Für Zigarren und Zigarillos beträgt die Tabaksteuer 13 vH, für Feinschnitt 47 vH und für anderen Rauchtabak 34 vH des Kleinverkaufspreises.

Voranschlagsansatz 2/52414 Biersteuer**Gesetzliche Grundlage**

Biersteuergesetz 1994, BGBl. Nr. 701/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 427/1996.

Sachlicher Überblick

Steuergegenstand sind Bier und bestimmte bierhaltige Getränke. Die Biersteuer wird nach dem Stammwürzegehalt berechnet. Sie beträgt je Hektoliter Bier 20 S je Grad Plato (Steuerklasse). Wird dieser Steuersatz auf Bier mit einem durchschnittlichen Stammwürzegehalt von rund 12 Grad Plato angewendet, ergibt sich ein Steuersatz von 240 S je Hektoliter. Für Kleinbrauereien (bis zu einer Gesamtjahreserzeugung von maximal 50 000 Hektoliter) sind Steuersatzermäßigungen vorgesehen.

Voranschlagsansatz 2/52420 Absatzförderungsbeitrag auf Milch (zweckgeb. Einnahmen)**Gesetzliche Grundlage**

Marktordnungsgesetz 1985, BGBl. Nr. 210.

Sachlicher Überblick

Dieser VA-Ansatz dient der Verrechnung der vor der Übernahme der EU-Milchmarktordnung durch Österreich gültigen rechtlichen Vorschriften im Bereich der Absatzförderungsbeiträge bei Milch. Die korrespondierenden Ausgaben sind beim VA-Ansatz 1/60496 veranschlagt.

Voranschlagsansatz 2/52444 Mineralölsteuer**Gesetzliche Grundlage**

Mineralölsteuergesetz 1995, BGBl. Nr. 630/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 427/1996.

Kapitel 52 — Titel 525

179

Sachlicher Überblick

Gegenstand der Mineralölsteuer umfaßt die meisten flüssigen und einige gasförmige kohlenwasserstoffhaltige Waren. Eine tatsächliche verbrauchsteuerliche Belastung tragen jedoch nur solche Waren, die als Treibstoff oder zum Verheizen verwendet werden sollen. Ferner unterliegen alle sonstigen Waren, die als Treibstoff verwendet werden, und sonstige kohlenwasserstoffhaltige Waren, ausgenommen Erdgas, Kohle und dieser vergleichbare feste Kohlenwasserstoffe, die als Heizstoff verwendet werden, der Mineralölsteuer. Die Steuer beträgt für verbleite Benzine 6 600 S, für solche unverbleite Waren sowie für Produkte, die diesen Mineralölen gleichartig sind, 5 610 S, für alle übrigen steuerpflichtigen Mineralöle (zB für Petroleum oder Dieselöl) 3 890 S für 1 000 Liter und für Flüssiggas als Treibstoff 3 600 S und für Flüssiggas zum Verheizen 600 S für 1 000 Kilogramm Eigengewicht. Für besonders gekennzeichnetes, zum Verheizen abgegebenes Gasöl ist die Mineralölsteuer auf 950 S je 1 000 Liter ermäßigt. Für Heizöle leicht, mittel und schwer ist, wenn sie zum Heizen verwendet werden, ein Steuersatz von 500 S für 1 000 Kilogramm Eigengewicht, und wenn sie zu sonstigen Zwecken verwendet werden, ein Steuersatz von 3 890 S je 1 000 Liter vorgesehen. Der Steuersatz für biogene Stoffe beträgt 180 S je 1 000 Liter. Für andere Kraftstoffe als biogene Stoffe beträgt der Steuersatz 5 610 S bzw. 3 890 S für 1 000 Liter, je nach deren Beschaffenheit.

Heizöle leicht, mittel und schwer sowie Flüssiggase, die zur Stromerzeugung verwendet werden, sind von der Mineralölsteuer befreit.

Für Gasöl, das von Eisenbahnunternehmen zum Antrieb von Schienenfahrzeugen, und für Gasöl, das zum Antrieb von Gesamtenergieanlagen und stationären Wärmepumpen verwendet wurde; wird eine Mineralölsteuervergütung von 2,94 S je Liter geleistet.

Voranschlagsansatz 2/52464 Alkoholsteuer**Gesetzliche Grundlage**

Alkohol — Steuer- und Monopolgesetz 1995, BGBl. Nr. 703/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 427/1996.

Sachlicher Überblick

Der Alkoholsteuer unterliegen Alkohol und alkoholartige Waren (Erzeugnisse). Die Steuer zum Regelsatz beträgt 10 000 S je 100 Liter. Daneben gibt es für Kleinerzeuger ermäßigte Steuersätze von 5 400 und 9 000 S je 100 Liter.

Voranschlagsansatz 2/52484 Schaumweinsteuer**Gesetzliche Grundlage**

Schaumweinsteuergesetz 1995, BGBl. Nr. 702/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 427/1996.

Sachlicher Überblick

Der Schaumweinsteuer unterliegen Traubenschaumwein, Obstschaumwein, Weine und Obstweine, die wie Schaumwein aufgemacht sind. Die Steuer beträgt für Traubenschaumwein 2 000 S und für Obstschaumwein mit einem Alkoholgehalt von weniger als 8,5% vol 1 000 S je Hektoliter.

Der Zwischenerzeugnissteuer unterliegen jene alkoholischen Getränke, die nach der Kombinierten Nomenklatur zwar von den Positionen für Traubenwein, Fruchtwein usw. erfaßt werden, jedoch weder dem Wein, dem Schaumwein noch dem Bier zugerechnet werden können, weil sie entweder einen zu hohen Alkoholanteil aufweisen oder ihnen Alkohol zugesetzt wurde. Zwischenerzeugnisse umfassen im wesentlichen Likörweine, aber auch aromatisierte, dh. mit alkoholhaltigen Aromen versetzte Weine. Die Steuer auf Zwischenerzeugnisse beträgt 700 S je Hektoliter, für Zwischenerzeugnisse, die den Kriterien eines Schaumweins entsprechen, 2 000 S je Hektoliter.

Titel 525 Stempel- und Rechtsgebühren

	Millionen Schilling
1996	8 752,2
1997	8 800,0
1998	9 800,0

180

Kapitel 52 — Titel 526**Vorschlagsansatz 2/52504 In Stempelmarken entrichtete Gebühren****Vorschlagsansatz 2/52524 Übrige Gebühren****Gesetzliche Grundlage**

Gebührengesetz 1957, BGBl. Nr. 267, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 69/1997.

Sachlicher Überblick

Den Stempel- und Rechtsgebühren unterliegen die im Gebührengesetz 1957 erschöpfend aufgezählten Schriften (zB Eingaben und deren Beilagen, amtliche Ausfertigungen, Ausweise und Zeugnisse) und bestimmte beurkundete Rechtsgeschäfte (zB Bestandverträge, Darlehensverträge, Kreditverträge, Hypothekarschreibungen, Vergleiche, Wechsel, Zessionen). Wetten anlässlich sportlicher Veranstaltungen und Ausspielungen (zB Tombolen und Lotterien) sind auch ohne Beurkundung gebührenpflichtig. Zahlungspflichtig sind bei Schriften diejenigen, in deren Interesse die Einbringung oder Abfassung der Schriften erfolgt, bei Rechtsgeschäften die Vertragsteile. Die Gebühren sind entweder feste Gebühren (0,50 S bis 7 000 S) oder Hundertsatzgebühren ($\frac{1}{16}$ vH bis 2 vH vom Wert des Geschäftsgegenstandes). Im Regelfall sind die festen Gebühren ohne Rücksicht auf ihre Höhe und die Hundertsatzgebühren bis zu einem Betrage von 500 S durch Verwendung von Stempelmarken zu entrichten. Die Gewinngebühren bei bestimmten Sportwetten und Ausspielungen betragen 1 vH bis 25 vH und sind ebenso wie die mit 16 vH vom Wetteinsatz zu berechnende Gebühr für Ausspielungen, deren Durchführung nach dem Glücksspielgesetz durch Erteilung einer Konzession übertragen werden kann, ohne amtliche Bemessung unmittelbar zu entrichten.

Verwaltungsabgaben**Gesetzliche Grundlage**

Bundes-Verwaltungsabgabenverordnung 1983, BGBl. Nr. 24, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 284/1994.

Sachlicher Überblick

Verwaltungsabgaben (§ 78 AVG, BGBl. Nr. 172/1950, in der Fassung BGBl. Nr. 45/1968) sind Abgaben für Amtshandlungen von Behörden. Diese Abgaben sind von der in der Sache in erster Instanz zuständigen Behörde einzuheben und fließen der Gebietskörperschaft zu, die den Aufwand dieser Behörde zu tragen hat. Die von Behörden der unmittelbaren Bundesverwaltung eingehobenen Verwaltungsabgaben sind in Stempelmarken, in bar oder durch Einzahlung mit Erlagschein zu entrichten und werden im Bundeshaushalt beim VA-Ansatz 2/52504 „In Stempelmarken entrichtete Gebühren“ verrechnet.

Titel 526 Verkehrsteuern

	Millionen Schilling
1996	39 066,4
1997	44 410,0
1998	44 950,0

Vorschlagsansatz 2/52604 Kapitalverkehrsteuern**Gesetzliche Grundlage**

Kapitalverkehrsteuergesetz, DRGBl. I S. 1058/1934, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 21/1995.

Sachlicher Überblick

Als Kapitalverkehrsteuern werden die Gesellschaftssteuer, die Wertpapiersteuer und die Börsenumsatzsteuer bezeichnet.

Der Gesellschaftssteuer unterliegen der Erwerb von Gesellschaftsrechten an einer inländischen Kapitalgesellschaft durch den ersten Erwerber sowie Leistungen, die von den Gesellschaftern einer inländischen Kapitalgesellschaft auf Grund einer im Gesellschaftsverhältnis begründeten Verpflichtung bewirkt werden sowie bestimmte freiwillige Leistungen eines Gesellschafters. Die Steuer beträgt 1 vH der Bemessungsgrundlage.

Die Wertpapiersteuer wird ab dem Jahr 1995 nicht mehr erhoben.

Kapitel 52 — Titel 526

181

Der Börsenumsatzsteuer unterliegt der Abschluß von Anschaffungsgeschäften über Wertpapiere, wenn die Geschäfte im Inland oder unter Beteiligung wenigstens eines Inländers im Ausland abgeschlossen werden. Ausgenommen ist der erste Erwerb von Wertpapieren. Die Steuer beträgt 0,04 vH bis 2,5 vH.

Voranschlagsansatz 2/52605 Sicherheitsabgabe**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz BGBl. Nr. 824/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996.

Sachlicher Überblick

Die Sicherheitsabgabe ist von Passagieren zu entrichten, die von inländischen Zivilflugplätzen einen Flug antreten. Die Einnahmen dienen zur Abdeckung der Kosten aus der Durchführung von Sicherheitskontrollen.

Voranschlagsansatz 2/52614 Sonderabgabe von Erdöl**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz BGBl. Nr. 554/1980, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 297/1995.

Sachlicher Überblick

Gegenstand der Sonderabgabe von Erdöl ist die Gewinnung von Rohölen und ersatzweise die Einfuhr von Rohölen und bestimmten Erdölprodukten sowie die Erzeugung dieser Erdölprodukte im Inland aus anderen Stoffen als aus Rohölen. Die Sonderabgabe wird neben Rohölen von Motorenbenzinen (Flugbenzin, Normal- und Superbenzin) und von Dieselkraftstoff erhoben. Bemessungsgrundlage für die Sonderabgabe ist bei Rohölen das Eigengewicht und bei Erdölprodukten das Volumen in Liter bei +15° Celsius vervielfacht mit dem durchschnittlichen Grenzwert von Rohölen, der auf Grund der Ergebnisse der Handelsstatistik eines Kalendervierteljahres berechnet und im „Amtsblatt zur Wiener Zeitung“ kundgemacht wird. Entsprechend dem Ausbeutesatz beträgt der Steuersatz für Rohöle 2,4 vH und der für die Erdölprodukte 6 vH der Bemessungsgrundlage. Die Sonderabgabe ist monatlich anzumelden und zu entrichten; eine Veranlagung unterbleibt. Für die Einfuhr werden die zollrechtlichen Vorschriften sinngemäß angewendet.

Die Sonderabgabe von Erdöl wird für Vorgänge nach dem 30. April 1995 nicht mehr erhoben.

Voranschlagsansatz 2/52615 Energieabgabe**Gesetzliche Grundlage**

Elektrizitätsabgabegesetz und Erdgasabgabegesetz, BGBl. Nr. 201/1996, Art. 60 und 61, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 797/1996.

Sachlicher Überblick

Der Energieabgabe unterliegen Strom und Erdgas. Die Abgabe für Gas beträgt 600 S je 1 000 m³ und für Strom 0,10 S je kWh.

Voranschlagsansatz 2/52624 Normverbrauchsabgabe**Gesetzliche Grundlage**

Normverbrauchsabgabengesetz, BGBl. Nr. 695/1991, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996.

Sachlicher Überblick

Der Normverbrauchsabgabe unterliegen Motorräder, Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen. Steuerpflichtig ist der Verkauf an den Letztverbraucher ab 1. Jänner 1992 bzw. die Erstzulassung im Inland (Ersatztatbestand). Befreit sind Elektroautos, Ausfuhrlieferungen, Taxis sowie Kraftfahrzeuge zur kurzfristigen Vermietung. Der Steuersatz ist linear abhängig vom Kraftstoffverbrauch des Kraftfahrzeuge.

182

Kapitel 52 — Titel 526**Vorschlagsansatz 2/52634 Grunderwerbsteuer****Gesetzliche Grundlage**

Grunderwerbsteuergesetz 1987, BGBl. Nr. 309, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 682/1994.

Sachlicher Überblick

Gegenstand der Grunderwerbsteuer ist der Erwerb inländischer Grundstücke, denen auch Baurechte und Gebäude auf fremdem Boden gleichstehen. Der Normalsteuersatz beträgt 3,5 vH.

Vorschlagsansatz 2/52644 Versicherungssteuer**Gesetzliche Grundlage**

Versicherungssteuergesetz 1953, BGBl. Nr. 133, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 797/1996.

Sachlicher Überblick

Der Versicherungssteuer unterliegt die Zahlung des Versicherungsentgeltes an Versicherer mit Sitz im EWR, wenn die Versicherung im Inland gelegene Risiken deckt sowie an Versicherer mit Sitz außerhalb des EWR, wenn der Versicherungsnehmer seinen Wohnsitz im Inland hat oder eine im Inland gelegene Sache versichert wird. Die Steuer beträgt bei Krankenversicherungen 1 vH, bei der Alters-, Hinterbliebenen- und Invaliditätsversorgung im Sinne des Pensionskassengesetzes 2,5 vH, bei Lebens- und ähnlichen Versicherungen 4 vH, für Lebensversicherungen bei Laufzeiten unter zehn Jahren, wenn keine laufenden, im wesentlichen gleichbleibende Prämienzahlungen vereinbart sind, und bei anderen 11 vH des Versicherungsentgeltes; bei Hagelversicherungen 20 Groschen für je 1 000 S Versicherungssumme.

Vorschlagsansatz 2/52645 Motorbezogene Versicherungssteuer**Gesetzliche Grundlage**

Versicherungssteuergesetz 1953, BGBl. Nr. 133, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 797/1996.

Sachlicher Überblick

Bei Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungen, die in Erfüllung der Versicherungspflicht für im Inland zugelassene Kraftfahrzeuge mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht bis 3,5 Tonnen eingegangen werden, unterliegt die Zahlung des Versicherungsentgeltes einer erhöhten Versicherungssteuer. Neben der in einem Hundertsatz vom Versicherungsentgelt zu berechnenden Steuer ist ein fester Betrag (motorbezogene Versicherungssteuer) weiterer Teil der Versicherungssteuer. Dessen Höhe hängt vom jeweils versicherten Kraftfahrzeug und dem Zeitraum, für den das Versicherungsentgelt entrichtet wird, ab.

Bei Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen beträgt die motorbezogene Versicherungssteuer je Monat Versicherungsdauer 5,50 S je kW der um 24 kW verringerten Motorleistung, mindestens aber 55 S. Bei Krafträdern beträgt die Steuer 0,22 S je Kubikzentimeter Hubraum. Wird das Versicherungsentgelt vierteljährlich, halbjährlich oder jährlich entrichtet, ermäßigt sich die Steuer auf 5,40 S, 5,30 S bzw. 5 S (bei Krafträdern auf 0,216 S, 0,212 S, 0,20 S). Unter anderem sind Feuerwehrfahrzeuge, Rettungs- und Krankenwagen, im Mietwagen- und Taxigewerbe verwendete Kraftfahrzeuge, elektrisch angetriebene Kraftfahrzeuge und Krafträder bis 100 ccm von der Steuer befreit.

Vorschlagsansatz 2/52654 Straßenbenützungsabgabe**Gesetzliche Grundlagen**

Bundesgesetz BGBl. Nr. 629/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 798/1996;

Straßenverkehrsbeitragsgesetz, BGBl. Nr. 302/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 629/1994.

Sachlicher Überblick

Der Straßenbenützungsabgabe unterliegt ab 1. Jänner 1995 die Benützung von Straßen mit öffentlichem Verkehr im Inland durch Kraftfahrzeuge und Fahrzeugkombinationen des Güterkraftverkehrs, deren höchstens zulässiges Gesamtgewicht allein oder in Verbindung mit einem Anhänger 12 Tonnen oder mehr beträgt. Bei Fahrzeugen mit ausländischem EU-Kennzeichen unterliegt nur die Benützung von Autobahnen, Schnellstraßen und des Felbertauerntunnels der Abgabe. Ent-

Kapitel 52 — Titel 526

183

sprechend der Dauer der Straßenbenützung kann die Abgabe nach Kalendertagen, Kalenderwochen, Kalendermonaten oder für das Kalenderjahr entrichtet werden. Der Tagessatz beträgt im Jahre 1996 80 S, der Wochensatz 440 S, der Monatssatz 1 670 S. Die Jahresabgabe beträgt das Zehnfache des Monatssatzes.

**Vorschlagsansatz 2/52661 Kraftfahrzeugsteuer (zweckgebundene Einnahmen) und
Vorschlagsansatz 2/52664 Kraftfahrzeugsteuer**

Gesetzliche Grundlage

Kraftfahrzeugsteuergesetz 1992, BGBl. Nr. 449/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 798/1996.

Sachlicher Überblick

Der Kraftfahrzeugsteuer nach dem Kraftfahrzeugsteuergesetz 1992 unterliegen in einem inländischen Zulassungsverfahren zugelassene Kraftfahrzeuge mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von mehr als 3,5 Tonnen, Zugmaschinen und Motorkarren sowie wenn für Kraftfahrzeuge unter 3,5 Tonnen keine Haftpflichtversicherung besteht, in einem ausländischen Zulassungsverfahren zugelassene Kraftfahrzeuge, die auf Straßen mit öffentlichem Verkehr im Inland benützt werden, sowie Kraftfahrzeuge, die ohne die kraftfahrrechtlich erforderliche Zulassung verwendet werden.

Unter anderem sind Feuerwehrfahrzeuge, Rettungs- und Krankenwagen, Omnibusse sowie im Mietwagen- und Taxigewerbe verwendete Kraftfahrzeuge, Krafträder bis 100 ccm, landwirtschaftliche Zugmaschinen, elektrisch angetriebene Kraftfahrzeuge sowie Kraftfahrzeuge jener Personen, denen eine Steuerbefreiung auf Grund von Staatsverträgen, Gegenseitigkeitserklärung oder sonst nach den Grundsätzen des zwischenstaatlichen Steuerrechtes zukommt, von der Steuer befreit.

Die Kraftfahrzeugsteuer wird bei Krafträdern nach dem Hubraum, bei Personenkraftwagen, Kombinationskraftwagen sowie allen anderen Kraftfahrzeugen mit einem höchsten zulässigen Gesamtgewicht bis 3,5 Tonnen von der um 24 kW verringerten Motorleistung berechnet. Bei Fahrzeugen über 3,5 Tonnen höchstzulässigem Gesamtgewicht ist die Kraftfahrzeugsteuer pro Tonne zu entrichten. Die Steuer beträgt je ccm Hubraum 0,22 S, je kW Motorleistung 5,50 S (mindestens aber 55 S), bei allen anderen Kraftfahrzeugen und Anhängern mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von mehr als 3,5 Tonnen für jede angefangene Tonne 70 S, mindestens 600 S bei Fahrzeugen mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von weniger als 12 Tonnen. Bei einem Gesamtgewicht zwischen 12 bis unter 18 Tonnen 75 S, darüber 85 S, höchstens jedoch 3 230 S, bei Anhängern höchstens 2 550 S monatlich. Die Steuer ist jeweils für die Dauer eines Kalendervierteljahres vom Steuer-schuldner selbst zu berechnen und ohne behördliche Festsetzung an das Finanzamt zu entrichten.

Vorschlagsansatz 2/52674 Spielbankabgabe

Gesetzliche Grundlage

Glücksspielgesetz, BGBl. Nr. 620/1989, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 69/1997.

Sachlicher Überblick

Die Spielbankabgabe, die eine gemeinschaftliche Bundesabgabe ist, ist von den Spielbankunternehmungen zu entrichten.

Vorschlagsansatz 2/52675 Konzessionsabgabe

Gesetzliche Grundlage

Glücksspielgesetz, BGBl. Nr. 620/1989, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 69/1997.

Sachlicher Überblick

Die Konzessionsabgabe ist eine ausschließliche Bundesabgabe. Die Bemessungsgrundlage der Konzessionsabgabe bilden die Jahresbruttospieleinnahmen (Einsätze minus Gewinne) eines Kalenderjahres. Die Konzessionsabgabe beträgt für Lotto, Toto und Zusatzspiele für die ersten 1 200 Millionen Schilling 18,5 vH und steigt progressiv bis zu 27,5 vH. Für Sofort- und Nummernlotterien beträgt die Konzessionsabgabe 17,5 vH, für das Zahlenlotto 27,5 vH und für die Klassenlotterie 2 vH. Für elektronische Lotterien 24 vH und für Bingo und Keno 27,5 vH.

184

Kapitel 52 — Titel 527 und 2/528**Voranschlagsansatz 2/52690 Altlastenbeitrag (zweckgebundene Einnahmen)****Gesetzliche Grundlage**

Altlastensanierungsgesetz, BGBl. Nr. 299/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996.

Sachlicher Überblick

Gemäß der Novelle zum Altlastensanierungsgesetz sind mit Wirkung 1. Jänner 1997 Erhöhungen vorgesehen. Der zweckgebundene Altlastenbeitrag wird pro angefangene Tonne ab 1. Jänner 1997 für Baurestmassen mit 60 S, für Erdaushub (ab 1. Jänner 1998) mit 80 S, für Abfälle, die den Kriterien für Baurestmassendeponien der Deponieverordnung entsprechen, mit 120 S und für alle übrigen Abfälle mit 150 S festgesetzt. Diese Beträge werden in den Jahren 1998 bis 2001 jeweils stufenweise angehoben. Der Altlastenbeitrag erhöht sich (um 30 bis 800 S), sofern die Abfälle auf einer Deponie abgelagert werden, die über kein Deponiebasisdichtungssystem, keine vertikale Umschließung und keine dem Stand der Technik entsprechende Deponiegaserfassung und -behandlung verfügt.

85 vH des Aufkommens werden zur Förderung von Maßnahmen zur Sicherung und Sanierung von Altlasten (einschließlich der hierfür erforderlichen Investitionen in Abfallbehandlungsanlagen) verwendet.

15 vH des Aufkommens können zur Erfassung, Abschätzung und Bewertung von Verdachtsflächen verwendet werden.

Titel 527 Verschiedene Kosten bzw. Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1996	124,2	-398,7
1997	142,2	570,0
1998	162,2	15 800,0

Zu den verschiedenen Kosten zählen die im Zusammenhang mit der Stempelmarkengebarung anfallenden Druckkosten und Verkaufsvergütungen bzw. jene Aufwendungen, die im Abgaben-, Devisen-, Straf- und Einbringungsverfahren anfallen.

Zu den Einnahmen aus Nebenansprüchen zählen neben Geldstrafen, Wertersatz und Verfallsrößen auch die Einnahmen gemäß § 60 ZollG und § 69 ZollR-DG.

Titel 2/528 Ab Überweisungen (I)

	Millionen Schilling
1996	175 252,0
1997	178 355,4
1998	185 031,4

Gesetzliche Grundlagen

Überweisungen gemäß

1. Finanzausgleichsgesetz 1997, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/1997;
2. Familienlastenausgleichsgesetz, BGBl. Nr. 376/1967, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 14/1997;
3. Katastrophenfondsgesetz 1996, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/1997.

Voranschlagsansatz 2/52804 Ertragsanteile der Länder und Gemeinden

Über die Höhe der veranschlagten Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben gibt die Tabelle auf der Seite 190 Aufschluß:

Die Teile der Erträge der gemeinschaftlichen Bundesabgaben, die auf die Länder und ländersweise auf die Gemeinden entfallen, werden auf diese Gebietskörperschaften nach folgenden Schlässelfen aufgeteilt:

Kapitel 52 — Titel 2/528

185

1. bei der veranlagten Einkommensteuer auf die Länder 28,021 Hundertteile nach dem örtlichen Aufkommen und 0,717 Hundertteile nach den länderweisen Anteilen der Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben ohne Spielbankabgabe; auf die Gemeinden zu drei Fünftel nach dem länderweisen Aufkommen an dieser Steuer und zu zwei Fünftel in folgendem Verhältnis: Burgenland 1,583 vH, Kärnten 5,247 vH, Niederösterreich 15,004 vH, Oberösterreich 16,318 vH, Salzburg 9,326 vH, Steiermark 9,657 vH, Tirol 9,021 vH, Vorarlberg 6,428 vH und Wien 27,416 vH;
2. bei der Lohnsteuer auf die Länder 19,990 Hundertteile nach der Volkszahl und 0,415 Hundertteile nach den länderweisen Anteilen der Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben ohne Spielbankabgabe; auf die Gemeinden nach dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel;
3. bei der Kapitalertragsteuer I auf die Länder und Gemeinden und bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer auf die Länder und bei der Grunderwerbsteuer und der Bodenwertabgabe auf die Gemeinden nach dem örtlichen Aufkommen;
4. bei der Kapitalertragsteuer auf Zinsen auf die Länder 8,1 Hundertteile nach dem örtlichen Aufkommen und 18,9 Hundertteile nach der Volkszahl, auf die Gemeinden nach dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel;
5. bei der Umsatzsteuer auf die Länder zuerst 0,949 des Aufkommens an der Umsatzsteuer nach Abzug der Ausgaben des Bundes für Beihilfen nach dem Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz in folgendem Verhältnis: Burgenland 2,572, Kärnten 6,897, Niederösterreich 14,451, Oberösterreich 13,692, Salzburg 6,429, Steiermark 12,884, Tirol 7,982, Vorarlberg 3,717, Wien 31,376; von den verbleibenden Anteilen der Länder 95,661 vH nach der Volkszahl, 2,902 vH zu einem Sechstel auf Wien und zu fünf Sechstel auf die Länder ohne Wien nach der Volkszahl und 1,437 vH nach den länderweisen Anteilen der Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben ohne Spielbankabgabe; auf die Gemeinden 39,142 vH nach der Volkszahl 49,996 vH nach dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel und 10,862 vH nach dem in Z 1 genannten Verhältnis;
6. bei der Biersteuer auf die Länder 15,736 Hundertteile und auf die Gemeinden 19,232 Hundertteile nach der Volkszahl, weiters auf die Länder 18,151 Hundertteile und auf die Gemeinden 8,280 Hundertteile in folgendem Verhältnis: Burgenland 2,327, Kärnten 8,812, Niederösterreich 17,831, Oberösterreich 17,964, Salzburg 8,832, Steiermark 14,879, Tirol 11,761, Vorarlberg 4,331 und Wien 13,263;
7. bei der Weinsteuern, der Schaumweinsteuern, bei der Zwischenerzeugnissteuer, bei der Alkoholsteuer sowie beim Branntweinaufschlag und Monopolausgleich auf die Länder und Gemeinden nach der Volkszahl;
8. bei der Abgabe von alkoholischen Getränken auf die Länder und Gemeinden nach der Volkszahl;
9. bei der Mineralölsteuer auf die Länder und Gemeinden zu je einem Viertel nach der Volkszahl und zu drei Viertel in folgendem Verhältnis: Burgenland 3,758, Kärnten 8,203, Niederösterreich 22,431, Oberösterreich 16,756, Salzburg 7,359, Steiermark 15,645, Tirol 10,332, Vorarlberg 4,007 und Wien 11,509;
10. bei der Kraftfahrzeugsteuer und der motorbezogenen Versicherungssteuer auf die Länder in folgendem Verhältnis: Burgenland 3,243, Kärnten 6,769, Niederösterreich 19,261, Oberösterreich 16,993, Salzburg 6,557, Steiermark 14,757, Tirol 7,548, Vorarlberg 4,246, Wien 20,626;
11. beim Kunstförderungsbeitrag auf die Länder nach der Volkszahl;
12. der Reinertrag der Spielbankabgabe ist auf den Bund, auf die Länder (Wien als Land) und auf die Gemeinden (Wien als Gemeinde) aufzuteilen. Die Aufteilung auf die Länder und Gemeinden hat hierbei nach dem örtlichen Aufkommen zu erfolgen, wobei die Aufteilung des Gemeindeanteiles an der Spielbankabgabe ausschließlich auf jene Gemeinden zu beschränken ist, in denen eine Spielbank betrieben wird. Es erhalten der Bund 60 vH, die Länder 5 vH und die Gemeinden 35 vH bis zu einem jährlichen Aufkommen je Gemeinde von 10 Millionen Schilling; von dem darüberliegenden Aufkommen erhalten der Bund 70 vH, die Länder 15 vH und die Gemeinden 15 vH.

Voranschlagsansatz 2/52805 Steueranteil für Krankenanstaltenfinanzierung

Siehe die Erläuterungen zum Voranschlagsansatz 1/53207 Zuschüsse für Krankenanstaltenfinanzierung.

Voranschlagsansatz 2/52814 Gewerbesteuer an die Gemeinden

Von demselben Besteuerungsgegenstand Gewerbebetrieb im Sinne des Gewerbesteuergesetzes 1953, BGBl. Nr. 2/1954, erheben der Bund (Bundesgewerbesteuer) und die Gemeinden (Gewer-

186

Kapitel 52 — Titel 2/529

besteuer) für Zeiträume bis 31. Dezember 1993 gleichartige Abgaben. Da jedoch beide Abgaben vom Bund eingehoben werden, ist die Überweisung der Resteingänge von Gewerbesteuer an die berechtigten Gebietskörperschaften vorzunehmen.

Voranschlagsansatz 2/52874 An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Anteile)

An den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen sind 1,934 vH der Einnahmen an veranschlagter Einkommensteuer, Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer I und Körperschaftsteuer zu überweisen.

Voranschlagsansatz 2/52875 An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Abgeltungen)

Vom Aufkommen an veranlagter Einkommen- und Lohnsteuer sind 9 500 Millionen Schilling dem Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zuzuweisen.

Voranschlagsansatz 2/52894 An den Katastrophenfonds

An den Katastrophenfonds sind 1,356 vH der Einnahmen an veranschlagter Einkommensteuer, Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer I und Körperschaftsteuer zu überweisen.

Titel 2/529 Ab Überweisungen (II)

	Millionen Schilling
1996	26 937,3
1997	30 100,0
1998	30 500,0

1. Überblick

Entsprechend den gemeinschaftsrechtlichen Vorschriften leistet Österreich Beiträge zum EU-Haushalt und empfängt aus diesem Haushalt Leistungen der EU. Einen Überblick über die diesbezüglichen Zahlungen gibt die nachstehende Tabelle:

	1995 Erfolg	1996 vort. Erfolg Millionen Schilling	1997 BVA	1998 BVA-E
1.1. Beitragsleistungen:				
Zahlungen ¹⁾	18 754,020	26 937,254	30 100,000	30 500,000
abzügl. Einhebungsverg. (10% trad. EM)	324,123	393,280	459,750	400,000
Summe 1.1. (netto) ...	18 429,897	26 543,974	29 640,250	30 100,000
1.2. Rückflüsse:				
Artikel 81	7 601,591	1 401,855	923,000	479,493
ESF	629,646	1 594,157	0,001	0,001
EFRE	0,000	981,392	0,001	0,001
EAGFL-Garantie	1 133,682	16 231,518	9 749,097	10 474,194
EAGFL-Ausrichtung	423,565	1 532,148	1 748,140	1 748,140
sonstige Rückflüsse ²⁾	297,346	300,000	303,000	306,000
Summe 1.2. ...	10 085,830	22 041,070	12 723,239	13 007,829

Im folgenden werden die rechtlichen und rechnerischen Grundlagen dieser Transfers zwischen der EU und Österreich erläutert:

2. Gesetzliche Grundlagen:**2.1. Art. 201 Abs. 1 EG-Vertrag**

Art. 201 Abs. 1 EG-Vertrag legt fest, daß der Haushalt der EU unbeschadet der sonstigen Einnahmen vollständig aus Eigenmitteln zu finanzieren ist.

¹⁾ Brutto, inkl. 10% Einhebungsvergütung der traditionellen Eigenmittel.

²⁾ Beinhaltend Bundeseinnahmen sowie Zahlungen an private Empfänger. Die Beträge für 1996—1998 stellen lediglich Grobschätzungen dar.

Kapitel 52 — Titel 2/529

187

2.2. Eigenmittelbeschuß: Beschluß 94/728/EG, EURATOM des Rates vom 31. Oktober 1994 (ABl. Nr. L 293/9 vom 12. November 1994)

In Ausführung des Art. 201 EG-Vertrag legt Art. 1 des Eigenmittelbeschlusses 94/728 vom 31. Oktober 1994 fest, daß den Gemeinschaften zur Finanzierung ihres Haushalts Eigenmittel zugewiesen werden. In den Haushalt der EU sind (mit Ausnahme der Bereiche EGKS, EURATOM, EEF) alle Ausgaben aufzunehmen (Art. 199 EG-Vertrag); er wird unbeschadet der sonstigen Einnahmen vollständig aus Eigenmitteln (Zölle, Zölle aus dem Agrarbereich, Zuckerabgabe, MwSt., BSP) der Gemeinschaft finanziert.

3. Österreichische Beitragsleistungen**3.1. Allgemeines:**

In Österreich ist im Bundesministerium für Finanzen für die Abwicklung der Eigenmittel-Leistungen an die EU das „Artikel 9 Konto“ eingerichtet, welches im Rahmen des Bundeshaushaltes geführt wird. Gemäß Art. 9 VO 1552/89 müssen die Mitgliedstaaten die Eigenmittel auf einem gesonderten Konto gutschreiben:

- die BSP- und Mehrwertsteuereigenmittel am ersten Werktag jedes Monats in Höhe eines Zwölftels der sich aus dieser Hinsicht aus dem Europäischen Haushaltsplan ergebenden Beträge,
- die traditionellen Eigenmittel nach Abzug von 10% für Erhebungskosten (VA-Ansatz 2/50014) spätestens am 19. des zweiten Monats, der auf den Monat der Feststellung folgt.

Die Gutschriften auf dieses Konto werden in der Bundeshaushaltsverrechnung in der voranschlagswirksamen Verrechnung als Schuld (Phase 4) verrechnet; die EU verrechnet in ihrem Haushalt diese Gutschriften (nach dem Forderungsprinzip) als Einnahmen. Erst wenn die Europäische Kommission Zahlungen von ihrem Guthaben auf dem „Artikel 9 Konto“ abrufen, werden auch beim Bund — entsprechend dem Kassenprinzip — haushaltswirksame Ausgaben (Zahlungen Phase 5) verrechnet. Dabei kann es auf Grund eines Restsaldos aus dem Vorjahr (Differenz zwischen höheren Gutschriften und tatsächlich abgerufenen Zahlungen) im darauffolgenden Jahr zu Zahlungen kommen, die betragsmäßig die Gutschriften dieses Jahres übersteigen. Die jährliche Budgetbelastung Österreichs (Phase 5) unterscheidet sich daher von den Einnahmen, welche die EU in ihrem Haushalt desselben Jahres verrechnet.

Die jährliche Höhe der Gutschriften stellt sich wie folgt dar:

	1995 Erfolg	1996 vorl. Erfolg	1997 BVA	1998 BVA-E
	Millionen Schilling			
Gutschriften (netto)	23 255,193	25 116,585	27 800,000	29 800,000

3.2. Lastenteilung mit Ländern und Gemeinden:

Gemäß Finanzausgleichsgesetz 1997 § 7 Abs. 2 Z 3 und § 8 Abs. 2 Z 1 lit. a beteiligen sich Länder und Gemeinden an der Finanzierung der EU-Beitragsleistungen. Hiernach sind für 1998 Beiträge der Länder in Höhe von 5,933 Milliarden Schilling und der Gemeinden in Höhe von 6,814 Milliarden Schilling zu erwarten. Der Beitrag zur Lastentragung kommt in einer Verminderung der Überweisungen von Ertragsanteilen an Länder und Gemeinden beim Titel 2/528 zum Ausdruck.

4. Rückflüsse:

Österreich hat auf Grund diverser Bestimmungen des EU-Rechtes Zahlungen von der EU zu erwarten. Diese werden wie folgt bei Titel 513 verrechnet:

Voranschlagsansatz 2/51304 Art. 81 EU-Beitrittsakte (EU)

Gemäß Artikel 81 der EU-Beitrittsakte, BGBl. Nr. 45/1995, werden im Zeitraum 1995 bis 1998 Übergangszahlungen fällig. Für 1998 ist ein abschließender Betrag von rd. 479,5 Millionen Schilling vorgesehen. Die Verwendung dieser Mittel erfolgt auf der Grundlage des Europaabkommens bei Titel 1/606.

Voranschlagsansatz 2/51305 Europ. Sozialfonds (EU)**Voranschlagsansatz 2/51306 Europ. Regionalfonds (EU)**

Die im Jahre 1998 zu erwartenden Rückflüsse aus dem Europäischen Sozialfonds und dem Europäischen Regionalfonds können hinsichtlich Höhe und Fälligkeit dzt. nur grob abgeschätzt wer-

den. Es wurden daher keine Beträge eingesetzt. Für die korrespondierenden Ausgaben wurde im Wege von Überschreitungsermächtigungen vorgesorgt (Art. IV Abs. 3 BFG); diese Überschreibungsbeträge werden nach Maßgabe der tatsächlichen Rückflüsse verwendet werden. Betroffen sind die Ausgabenansätze bei den für die Förderungsverwaltung zuständigen Ressorts.

Voranschlagsansatz 2/51314 EAGFL/Garantie (EU)

Für Zahlungen der EU im Rahmen der gemeinschaftlichen Marktordnung ist für 1998 ein Betrag von 10 474,194 Millionen Schilling zu erwarten; hiebei entfallen auf

Ackerkulturen, Zucker etc.	5 158,808 Millionen Schilling
Obst, Gemüse, Wein	68,593 Millionen Schilling
tierische Erzeugnisse	1 730,599 Millionen Schilling
flankierende Maßnahmen	2 516,194 Millionen Schilling
Ausfuhrerstattungen	1 000,000 Millionen Schilling

Die Verwendung der Mittel erfolgt im Rahmen des Titels 1/603 bzw. beim VA-Ansatz 1/50418 Ausfuhrerstattungen.

Voranschlagsansatz 2/51315 EAGFL/Ausrichtung (EU)

Im Landwirtschaftsbereich (EAGFL/Ausrichtung) kann im Jahre 1998 mit Rückflüssen von 1 748,140 Millionen Schilling gerechnet werden.

Die Mittelverwendung erfolgt bei den VA-Ansätzen des Strukturfonds:

- 1/60206 Kofinanzierte Förderungsmaßnahmen (EAGFL-Ausrichtung),
- 1/60236 Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei (EU).

Rückflüsse im Zusammenhang mit Zahlungen der EU im Rahmen der EU-Strukturfondsfinanzierungen (Europäischen Sozialfonds, Europäischen Regionalfonds und EAGFL/Ausrichtung) hängen von der Genehmigung der von Österreich vorgelegten Programmdokumente und dem Fortschritt der Förderungsvorhaben ab. Die Verwendung dieser EU-Mittel erfolgt — gemäß den EU-Vorschriften binnen bestimmter Fristen (in der Regel zwei Monate) — durch entsprechende Ausgaben in den jeweils fachzuständigen Ressorts. Für die Leistung dieser Ausgaben ist daher in den jeweiligen Fachkapiteln vorgesorgt (vgl. hierzu die Erläuterungen zu den VA-Ansätzen 2/51305 und 2/51306). Die EU-Mittel werden zusammen mit den Kofinanzierungsmitteln des Bundes verwendet.

Einen knappen Überblick über die Verrechnung der Vereinnahmung und Verwendung der EU-Rückflüsse gibt die nachstehende Tabelle:

	TRANSFER	VEREINNAHMUNG	VERWENDUNG
1. Landwirtschaft			
1.1. Übergangszahlungen gem. Art. 81 Beitrittsvertrag		2/51304	Titel 606 ¹⁾
1.2. EAGFL/Garantie		2/51314	Titel 603
1.3. EAGFL/Ausrichtung		2/51315	Titel 602
2. ESF		2/51305	Kap. 15
3. EFRE		2/51306	1/10008 1/10046 1/10048 1/15566 1/18656 1/63186 1/65236
4. Sonstige budgetwirksame Rückflüsse zB TEN-Zuschüsse		jew. Budgetkapitel 2/65120	jew. Budgetkapitel 1/65128
5. Außerbudgetäre Rückflüsse		direkt	direkt

¹⁾ Zweckbindung gemäß Europaabkommen.

5. Nettosition:

Zur Darstellung der sogenannten Nettosition werden die Beiträge, die die einzelnen Mitgliedstaaten (MS) an den Gemeinschaftshaushalt leisten (Eigenmittelgutschriften) den Ausgaben des Gemeinschaftshaushaltes für die einzelnen Mitgliedstaaten gegenübergestellt.

Um den Aussagegehalt dieser Darstellungen richtig beurteilen zu können, sind die folgenden Sachverhalte zu berücksichtigen:

Bei den traditionellen Eigenmitteln (Zölle, Agrarzölle, Zuckerabgabe) ist zu beachten, daß diese jenen Mitgliedstaaten zugerechnet werden, an dessen Grenzstelle die Zahlungen geleistet werden. Das Aufkommen in den einzelnen Mitgliedstaaten hängt somit von der Frequenz an den Grenzübertretsstellen der einzelnen Mitgliedstaaten ab; Mitgliedstaaten mit wichtigen Umschlagplätzen weisen höhere Werte auf als die anderen Mitgliedstaaten („Rotterdameffekt“). Hierbei bleibt unbeachtet, daß gegebenenfalls der Abgaben-Träger (zB Importeur) einem anderen Mitgliedstaat zuzurechnen wäre; dies führt zu Verzerrungen bei der Einnahmzurechnung und damit auch der Nettositionen. Mit zunehmender Rückläufigkeit der traditionellen Eigenmittel tritt dieses Problem allerdings in den Hintergrund.

Als einheitliche Grundlage für Vergleiche zwischen den Mitgliedstaaten der EU-15 kann nur der vom Europäischen Rechnungshof (EuRH) für jedes Haushaltsjahr im November des Folgejahres veröffentlichte Bericht herangezogen werden, da nur dieses Budgetdokument Aufgliederungen der Rückflüsse nach Mitgliedstaaten ausweist (derzeit liegt der Jahresbericht 1995 vor; vgl. Abl. EG Nr. C 340 vom 12. November 1996, insbesondere die Seiten 19, 62, 74, 185 und 186).

Die vom EuRH darin getroffene Untergliederung ist relativ grob, so daß genaue Vergleiche mit den österreichischen Aufzeichnungen nicht möglich sind: Der EuRH weist die Werte gemäß den gemeinschaftlichen Haushaltsvorschriften in ECU aus; dies führt gegenüber den österreichischen Aufzeichnungen zu Kursdifferenzen. Ferner bestehen Periodenabgrenzungsunterschiede: Der EuRH nimmt entsprechend den Haushaltsvorschriften der EU (Art. 6 und 101 EU-Haushaltsordnung) eine andere Periodenabgrenzung der Rückflüsse vor. Zahlungen der EU bis 15. Jänner werden dem vergangenen Haushaltsjahr zugerechnet, hingegen sind dies in der österreichischen Rechnung schon Einnahmen für das laufende Finanzjahr. Die Differenzen zwischen den österreichischen und den Aufzeichnungen der EU sind im wesentlichen auf diese beiden Faktoren zurückzuführen.

Letztlich ist darauf hinzuweisen, daß die Jahre 1995 und 1996 für Österreich durch technisch-administrative Anlaufeffekte gekennzeichnet waren, wodurch sich besonders im Bereich der Rückflüsse wenig aussagekräftige und für die Folgejahre nicht repräsentative Werte ergaben.

190

Kapitel 52

Teilung der gemeinschaftlichen Bundesabgaben 1998 gem. §§ 7 und 8 FAG 1997

Abgaben	Berechnungs- basis 1998 ¹⁾	Teilungs- verhältnis			Anteile des/der ²⁾			
		Bund	Länder	Gemeinden	Bundes	Länder	Gemeinden	Länder und Gemeinden (Summe)
	In Mill. S	In %			In Mill. S			
Einkommen- und Vermögensteuern:								
Veranlagte Einkommenssteuer.....	30 935,355	46,895	28,712	24,393	14 413,620	8 090,058	7 352,621	15 442,679
Lohnsteuer.....	174 924,213	63,623	20,390	15,987	110 851,574	32 579,954	27 321,683	59 901,637
Kapitalertragsteuer.....	4 545,370	20,884	13,183	65,933	945,842	547,480	2 928,582	3 476,062
Kapitalertragsteuer auf Zinsen.....	25 000,000	53,000	27,000	20,000	13 250,000	6 193,014	4 905,139	11 098,153
Erbschafts- und Schenkungssteuer.....	1 250,000	70,000	30,000	—	875,000	344,056	—	344,056
Bodenwertabgabe.....	75,000	4,000	—	96,000	3,000	—	70,634	70,634
Summe ...	236 729,938				140 339,036	47 754,563	42 578,658	90 333,221
Kunstförderungsbeitrag.....	134,400	70,000	30,000	—	94,080	40,320	—	40,320
Sonstige Steuern:								
Umsatzsteuer.....	211 000,000	69,050	18,577	12,373	145 240,879	35 963,036	24 179,863	60 142,899
Abgabe von alkoholischen Getränken.....	—	40,000	30,000	30,000	—	—	—	—
Biersteuer.....	2 200,000	38,601	33,887	27,512	849,222	683,997	593,781	1 277,778
Schaumweinsteuer.....	300,000	38,601	33,887	27,512	115,803	93,272	80,970	174,242
Weinsteuer.....	—	38,601	33,887	27,512	—	—	—	—
Alkoholsteuer.....	1 350,000	38,601	33,887	27,512	521,114	419,725	364,365	784,091
Mineralölsteuer.....	34 500,000	91,291	6,575	2,134	31 495,395	2 081,197	722,262	2 803,459
Gründerwerbsteuer.....	5 700,000	4,000	—	96,000	228,000	—	5 368,184	5 368,184
Kraftfahrzeugsteuer.....	1 800,000	82,833	17,167	—	1 490,994	283,508	—	283,508
Motorbezogene Versicherungssteuer.....	8 600,000	50,000	50,000	—	4 300,000	3 945,179	—	3 945,179
Summe ...	265 450,000				184 241,407	43 469,915	31 309,426	74 779,341
Spielbankabgabe³⁾.....	1 300,000	69,123	14,128	16,749	898,600	183,660	217,740	401,400
Insgesamt ...	503 614,338				325 573,122	91 448,458	74 105,824	165 554,281

Hiezu:

Pauschalvorsorge für die Abrechnung der Ertragsanteile 1997 12 000,000

Hievon ab:

Abschlag im Hinblick auf den Überweisungsrythmus der Abgabenanteile..... 12 400,000

Verbleiben... 165 154,281

¹⁾ Bei der veranlagten Einkommensteuer, Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer und Umsatzsteuer weicht die Berechnungsbasis von den Voranschlagsbeträgen ab, weil gemäß § 7 Abs. 2 FAG 1997 die Abgeltungen und Anteile für den Familienlastenausgleich, weiters die Anteile für den Katastrophenfonds, der „Gemeinde-Beitrag“ für die teilweise Finanzierung der Beitragsleistungen an die Europäische Union und ein Betrag in Höhe der Ausgaben des Bundes für die Beihilfen gemäß dem Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz vor der Teilung in Abzug gebracht werden. Beim Kunstförderungsbeitrag wird vor der Teilung die Einhebungsvergütung in Höhe von 4 vH abgezogen.

²⁾ Bei der Berechnung der Ertragsanteile werden der „Länder-Beitrag“ an der EU-Finanzierung, die sogenannten „Konsolidierungsbeiträge“ der Länder und Gemeinden, Abzüge für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft und der Gemeinde-Anteil an der Krankenanstaltenfinanzierung berücksichtigt.

³⁾ Anteile am Aufkommen nach dem Erfolg 1996.

Übersicht über die öffentlichen Abgaben in den Jahren 1989 bis 1998

Bezeichnung der Abgaben	Bundesrechnungsabschluß							vorl. Erf.	Bundesvoranschlag	
	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
	Millionen Schilling									
Einkommen- und Vermögensteuern:										
Veranlagte Einkommensteuer.....	31 255,6	33 792,6	35 768,3	36 964,1	32 689,4	31 595,5	29 995,4	37 090,5	38 600,0	41 500,0
Lohnsteuer.....	88 036,6	105 490,5	121 863,3	134 267,7	139 239,7	134 767,2	150 226,8	160 491,4	183 300,0	188 000,0
Kapitalertragsteuer.....	3 170,3	2 130,8	2 827,5	3 513,6	3 258,4	4 178,6	4 071,6	4 942,3	4 000,0	4 700,0
Kapitalertragsteuer auf Zinsen.....	3 342,9	7 186,2	9 601,8	11 357,5	16 625,2	19 747,7	20 841,3	22 800,0	24 000,0	25 000,0
Körperschaftsteuer.....	14 245,9	13 786,1	15 348,4	20 982,5	18 611,5	21 136,7	28 083,4	42 006,3	50 200,0	46 500,0
Abgabe von Zuwendungen.....	8,2	9,6	8,2	8,0	5,9	4,9	8,8	5,6	5,0	5,0
Gewerbsteuer.....	7 762,7	8 516,0	8 968,8	9 435,5	8 577,6	2 474,4	1 695,0	947,8	100,0	100,0
Bundesgewerbsteuer.....	5 808,7	6 351,9	6 693,7	7 032,2	6 394,4	1 840,2	1 259,7	703,7	80,0	80,0
Vermögensteuer.....	6 197,0	7 035,2	7 983,4	8 373,8	8 426,0	886,1	616,0	468,9	10,0	50,0
Erbschaftssteueräquivalent.....	1 644,5	1 801,4	2 016,1	2 161,4	1 897,2	169,1	186,9	100,5	0,0	10,0
Erbschafts- und Schenkungssteuer.....	1 104,5	1 055,8	1 233,9	1 615,0	1 329,5	1 282,4	1 128,6	1 231,0	2 000,0	1 250,0
Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben.....	283,0	275,4	277,0	274,2	276,7	276,7	277,6	278,3	280,0	280,0
Bodenwertabgabe.....	60,8	63,3	69,3	68,6	72,7	72,3	75,8	72,2	75,0	75,0
Wohnbauförderungsbeitrag.....	4 980,0	5 358,6	5 813,3	6 338,6	6 591,6	6 837,9	7 188,6	7 286,2	7 500,0	7 600,0
Sonderabgabe von Banken.....	1 625,9	1 690,7	1 715,7	2 044,2	1 925,2	285,3	96,3	-13,2	0,0	0,0
<i>Beiträge nach dem Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz.....</i>	<i>0,1</i>	<i>.....</i>	<i>.....</i>	<i>.....</i>	<i>.....</i>	<i>.....</i>	<i>.....</i>	<i>.....</i>	<i>.....</i>	<i>.....</i>
Summe ...	169 526,6	194 544,2	220 188,8	244 436,7	245 920,9	225 555,9	245 751,7	278 411,5	310 150,0	315 150,0
Einkommen- und Vermögensteuern (zweckgebundene Beiträge):										
Kunstförderungsbeitrag	114,2	116,0	116,9	117,4	143,8	138,0	140,5	139,7	140,0	140,0
Einkommen- und Vermögensteuern: Summe ...	169 640,7	194 660,2	220 305,7	244 554,1	246 064,7	225 693,8	245 892,2	278 551,1	310 290,0	315 290,0

Kapitel 52

191

192

Kapitel 52

Bezeichnung der Abgaben	Bundesrechnungsabschluß							vorl. Erf.	Bundesvoranschlag	
	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
	Millionen Schilling									
Umsatzsteuern:										
Umsatzsteuer.....	144 828,4	154 520,7	163 654,9	172 965,5	176 001,4	202 572,1	179 948,9	204 064,1	213 000,0	223 000,0
Abgabe von alkohol. Getränken	2 612,3	2 655,2	2 826,9	820,6
Summe ...	147 440,7	157 175,9	166 481,8	173 786,1	176 001,4	202 572,1	179 948,9	204 064,1	213 000,0	223 000,0
Ein- und Ausfuhrabgaben:										
Zölle.....	5 865,2	5 748,5	6 259,9	6 653,9	6 427,9	6 830,9	4 104,8	3 512,9	4 090,0	3 500,0
Übrige Ein- und Ausfuhrabgaben.....	846,4	1 051,1	1 085,2	1 169,0	1 322,4	196,1	-4,1	10,0	0,0
Abschöpfungsbetrag nach dem Zuckergesetz ¹⁾	6,4
Abschöpfungsbetrag und Ausgleichsabgabe gem. Stärkegesetz ¹⁾	11,6
Ausgleichsabgabe nach dem Ausgleichsabgabengesetz ¹⁾	795,1
Abgaben nach dem Antidumpinggesetz ¹⁾	0,0
Summe ...	6 678,2	6 594,9	7 311,0	7 739,0	7 596,9	8 153,3	4 301,0	3 508,8	4 100,0	3 500,0
Verbrauchssteuern:										
Tabaksteuer	10 997,8	11 289,7	11 733,3	11 792,0	11 716,3	12 190,3	12 241,3	12 310,1	13 700,0	15 500,0
Biersteuer	725,9	767,1	758,7	2 159,2	2 254,4	2 263,0	2 204,5	1 996,8	2 100,0	2 200,0
Absatzförderungsbeitrag auf Milch (zweckgebundene Einnahmen).....	477,2	173,4	91,4	66,6	-74,7	62,0	-147,0	0,0	0,0	0,0
Mineralölsteuer	18 990,7	19 618,3	20 699,8	25 186,8	25 324,0	27 079,6	31 459,0	36 229,6	33 500,0	34 500,0
Alkoholsteuer	119,1	135,3	139,6	270,8	297,3	300,6	758,5	1 260,7	900,0	1 350,0
Schaumweinsteuer	302,9	338,3	355,3	446,8	461,1	428,0	360,4	318,4	250,0	300,0
Abhofpauschale auf Milch (zweckgebundene Einnahmen).....	9,4	9,6	5,5	0,2	0,5
Branntweinaufschlag.....	128,7	101,8	106,8	124,0	165,7	168,8
Weinsteuer.....	32,7	242,0	228,6	60,4
Abgabe auf Stärkeerzeugnisse.....	166,3	172,0	203,4	235,7	214,2	261,5	65,9
Summe ...	31 917,9	32 605,4	34 093,9	40 314,9	40 601,6	43 000,4	47 003,0	52 115,7	50 450,0	53 850,0
Stempel- und Rechtsgebühren:										
In Stempelmarken entrichtete Gebühren.....	3 001,6	3 149,2	3 109,0	2 930,9	3 068,4	3 123,6	3 032,5	3 248,1	3 000,0	4 300,0
Übrige Gebühren	3 872,0	4 291,4	4 708,4	5 559,5	4 855,9	5 401,4	5 403,6	5 504,2	5 800,0	5 500,0
Summe ...	6 873,6	7 440,6	7 817,4	8 490,4	7 924,3	8 525,1	8 436,1	8 752,2	8 800,0	9 800,0

¹⁾ Ab 1990 beim Voranschlagsansatz 2/52364 Übrige Ein- und Ausfuhrabgaben mitveranschlagt.

Kapitel 52

193

Bezeichnung der Abgaben	Bundesrechnungsabschluß							vorl. Erf.	Bundesvoranschlag	
	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
	Millionen Schilling									
Verkehrssteuern:										
Kapitalverkehrssteuern	1 460,7	2 041,5	1 875,5	1 450,0	1 704,6	1 516,6	1 231,3	1 195,6	1 300,0	1 200,0
Sicherheitsabgabe										250,0
Energieabgabe								1 952,7	7 000,0	6 300,0
Normverbrauchsabgabe				4 405,3	4 727,3	4 606,3	4 742,3	5 502,4	5 700,0	5 800,0
Grunderwerbsteuer	3 175,0	3 455,3	4 073,4	4 707,2	4 740,1	5 222,9	5 411,7	5 744,5	5 600,0	5 700,0
Versicherungssteuer	4 974,5	5 281,7	5 762,7	6 192,8	6 475,5	7 238,0	8 590,0	9 478,0	10 300,0	9 800,0
Motorbezogene Versicherungssteuer					3 889,9	7 583,8	7 579,0	7 835,3	8 100,0	8 600,0
Straßenbenützungabgabe	2 981,7	3 109,7	3 175,7	2 884,7	2 951,9	3 128,7	2 479,7	1 675,3	900,0	1 100,0
Kraftfahrzeugsteuer (zweckgeb. Einnahmen)	2 089,1	2 182,9	2 272,1	2 330,9	878,5	267,7	797,8	970,1	721,0	1 044,0
Kraftfahrzeugsteuer	3 879,7	4 054,0	4 219,6	4 328,8	1 631,5	497,2	742,4	833,8	619,0	756,0
Spielbankabgabe	762,6	884,1	999,4	1 019,4	1 106,1	1 177,3	1 120,6	1 124,0	1 300,0	1 300,0
Konzessionsabgabe	1 510,3	1 600,8	1 930,7	2 042,5	1 864,2	2 007,5	2 332,3	2 297,2	2 300,0	2 600,0
Altlastenbeitrag (zweckgeb. Einn.)		142,6	172,7	167,3	215,7	211,1	285,2	290,4	320,0	500,0
Sicherheitsabgabe (zweckgeb. Einnahmen)					83,3	128,8	186,3	167,0	250,0	
Sonderabgabe von Erdöl	395,7	504,7	630,9	543,0	515,9	165,6	137,4			
Außenhandelsförderungsbeitrag (zweckgeb. Einn.)	1 985,4	2 162,2	2 305,9	2 330,0	2 095,9	1 345,3	-1 042,2			
Außenhandelsförderungsbeitrag	184,4	200,9	214,2	216,4	194,7	125,0	-96,8			
Summe ...	23 399,1	25 620,2	27 632,7	32 618,2	33 075,1	35 222,0	34 497,1	39 066,4	44 410,0	44 950,0
Umsatz- bis Verkehrssteuern: Summe ...	216 309,6	229 437,0	243 336,8	262 948,7	265 199,3	297 473,0	274 186,1	307 507,2	320 760,0	335 100,0
Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben	1 285,6	1 324,9	1 430,7	1 566,2	1 558,0	1 369,9	1 102,1	-398,7	570,0	15 800,0
Öffentliche Abgaben — Brutto: Summe ...	387 235,9	425 422,2	465 073,2	509 069,0	512 822,0	524 536,7	521 180,3	585 659,7	631 620,0	666 190,0
Ab Überweisungen (I):										
Ertragsanteile der Länder und Gemeinden	99 925,9	110 245,0	125 288,3	134 949,6	142 887,1	140 977,3	135 451,6	154 851,5	158 425,0	165 154,3
Steueranteil für die Fonds	1 753,4	1 882,6	2 640,8	1 271,7	1 144,0	1 191,3	1 136,4	1 288,1	1 367,5	1 354,6
Gewerbsteuer an die Gemeinden	7 657,6	8 508,9	7 513,4	9 309,0	8 750,7	4 212,4	1 490,4	927,8	100,0	100,0
An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Anteile)	2 913,1	3 336,5		4 264,6	4 220,4	4 171,9	4 558,7	4 959,1	5 155,9	5 245,0
An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Abgeltungen) ..	9 500,0	9 500,0	9 500,0	9 500,0	9 500,0	9 500,0	9 500,0	9 500,0	9 500,0	9 500,0
An den Katastrophenfonds	2 894,8	3 291,4	3 758,9	4 192,1	4 252,8	4 389,1	4 516,1	3 725,5	3 807,0	3 677,5
Altlastenbeitrag an UWF		128,4	155,4	150,5						
An Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds	1 856,9	2 028,0	2 279,4	1 168,0	205,0					
Für öffentlichen Verkehr	1 566,8	1 637,2	1 704,1	1 748,2	658,9					
Außenhandelsförderungsbeitrag an die Bundeskammer ...	2 176,9	2 162,2	2 305,9	2 330,0	2 095,9	1 692,6				
Ab Überweisungen I: Summe ...	130 245,3	142 720,3	155 146,2	168 883,7	173 714,9	166 134,5	156 653,2	175 252,0	178 355,4	185 031,4
Ab Überweisungen (II):										
Beitrag zur Europäischen Union							18 754,0	26 937,3	30 100,0	30 500,0
Öffentliche Abgaben — Netto: Summe ...	256 990,7	282 701,9	309 927,0	340 185,3	339 107,0	358 402,2	345 773,2	383 470,4	423 164,6	450 658,6

Allgemeine Verfahrensvorschriften

Für die Erhebung der öffentlichen Abgaben des Bundes sind derzeit folgende Allgemeine Verfahrensvorschriften maßgebend:

1. Aufbau der Abgabenverwaltung

Bundesgesetz über den Aufbau der Abgabenverwaltung des Bundes (Abgabenverwaltungsorganisationsgesetz — AVOG), BGBl. Nr. 18/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 516/1995. Dieses Gesetz regelt die Behördenorganisation der Bundesabgabenverwaltung und die sachliche Zuständigkeit der Abgabenbehörden des Bundes.

2. Bundesabgabenordnung

Bundesgesetz betreffend allgemeine Bestimmungen und das Verfahren für die von den Abgabenbehörden des Bundes verwalteten Abgaben (Bundesabgabenordnung — BAO), BGBl. Nr. 194/1961, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996. Dieses Gesetz enthält allgemeine Grundsätze des Abgabenrechts, zB Vorschriften über das Entstehen des Abgabenanspruches, über die Beurteilung abgabenrechtlicher Tatbestände, Begriffsbestimmungen für Wohnsitz, gewöhnlicher Aufenthalt, Geschäftsleitung, Gewerbebetrieb, Betriebsstätte. Das Gesetz regelt weiters insbesondere die abgabenrechtliche Geheimhaltungspflicht, die örtliche Zuständigkeit, abgabenrechtliche Besonderheiten im Bereich des Zustellwesens, das Ermittlungsverfahren (einschließlich Beweisverfahren) und die abgabenbehördlichen Nachschau- und Prüfungsbefugnisse; es umschreibt die weiteren Befugnisse der Abgabenbehörden und die Obliegenheiten der Abgabepflichtigen, insbesondere deren Verpflichtung zur Führung von Büchern und Aufzeichnungen, weiters das Feststellungs-, Meßbetrags-, Zerlegungs-, Zuteilungs- und Abgabefestsetzungsverfahren, schließlich die Abgabeneinhebung und das Abgabenrechtsmittelverfahren.

Abgabensexekutionsordnung

Abgabensexekutionsordnung, BGBl. Nr. 104/1949, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 694/1993. Dieses Gesetz regelt die zwangsweise Einbringung der öffentlichen Abgaben im finanzbehördlichen Vollstreckungsverfahren.

4. Finanzstrafgesetz

Bundesgesetz betreffend das Finanzstrafrecht und das Finanzstrafverfahrensrecht (Finanzstrafgesetz), BGBl. Nr. 129/1958, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 757/1996. Dieses Gesetz regelt die Ahndung von Finanzvergehen betreffend bundesrechtlich geregelte Abgaben und Beiträge.

5. Bewertungsgesetz

Bundesgesetz über die Bewertung von Vermögensschaften (Bewertungsgesetz 1955), BGBl. Nr. 148, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996.

Dieses Gesetz enthält grundsätzliche Bewertungsvorschriften für alle bundesrechtlich geregelten Abgaben und Beiträge. Soweit einzelne Abgabenvorschriften keine Spezialregelungen enthalten, im besonderen Bewertungsvorschriften für die Vermögensteuer, Stempel- und Rechtsgebühren, Erbschafts- und Schenkungssteuer, Grunderwerbsteuer, Grundsteuer, Gewerbesteuer und die Beiträge nach dem Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz.

6. Bodenschätzungsgesetz

Bodenschätzungsgesetz 1970, BGBl. Nr. 233.

Dieses Gesetz enthält Vorschriften über die Bestandsaufnahme und die Feststellung der Ertragsfähigkeit der landwirtschaftlich genutzten Flächen.

7. Zollverfahren (Zollgesetz)

Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates vom 12. Oktober 1992 zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften (Zollkodex — ZK), ABIEG Nr. L 302 vom 19. Oktober 1992, S. 1, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 82 vom 19. Dezember 1996, ABIEG Nr. 17 vom 21. Jänner 1997, S. 1;

Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 der Kommission vom 2. Juli 1993 mit Durchführungsvorschriften zu der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften, ABIEG Nr. L 253 vom 11. Oktober 1993, S. 1, (Zollkodex-Durchführungsverordnung — ZK-DVO), zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 1427/97 vom 23. Juli 1997, ABIEG Nr. 196 vom 24. Juli 1997, S. 31;

Kapitel 52**195**

Bundesgesetz betreffend ergänzende Regelungen zur Durchführung des Zollrechts der Gemeinschaften (Zollrechts-Durchführungsgesetz — ZollR-DG), BGBl. Nr. 659/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 757/1996;

Verordnung des Bundesministers für Finanzen zur Durchführung des Zollrechts (Zollrechts-Durchführungsverordnung — ZollR-DV), BGBl. Nr. 1104/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 526/1995;

Verordnung (EWG, EURATOM) Nr. 1182/71 des Rates vom 3. Juni 1971 zur Festlegung der Regeln für die Fristen, Daten und Termine, ABIEG Nr. L 124/1 vom 8. Juni 1971.

Kapitel 53 Finanzausgleich

Das Wesen des österreichischen Finanzausgleiches und dessen rechtliche Grundlagen

Der österreichische Finanzausgleich ist von der Grundidee der verbundenen Steuerwirtschaft beherrscht. Demgemäß sind die wichtigsten öffentlichen Abgaben — nach Maßgabe ihrer Ausgestaltung durch die Bundesgesetzgebung — Gemeinschaftsbesitz der am Finanzausgleich beteiligten Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden). Daneben bestehen ausschließliche Abgaben je zugunsten des Bundes, der Länder bzw. der Gemeinden. Schließlich dienen der Vervollständigung und Härtenvermeidung die Einrichtungen der Finanzzuweisungen und der zweckgebundenen Zuschüsse. Alle diese Bausteine sind dem Ziele zugeordnet, einen gerechten Finanzausgleich zu erreichen, dessen Erkennungsmerkmal eine solche Ausgewogenheit in der Mittelverteilung ist, daß die jeweilige Finanzausgleichsregelung in Übereinstimmung mit der Verteilung der Lasten der öffentlichen Verwaltung steht und zugleich Bedacht darauf nimmt, daß die Grenzen der Leistungsfähigkeit der beteiligten Gebietskörperschaften nicht überschritten werden.

Die den Finanzausgleich regelnden Rechtsvorschriften sind, gestützt auf langjährige Erfahrung, auf zwei Bundesgesetze verteilt: ein Bundesverfassungsgesetz, das die vielfach der Ausführung durch einfaches Bundesgesetz bedürftigen Grundsätze enthält, das Finanzverfassungsgesetz — mit Wirkung ab 1. Jänner 1948 steht das Bundesverfassungsgesetz, BGBl. Nr. 45/1948, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996, über die Regelung der finanziellen Beziehungen zwischen dem Bund und den übrigen Gebietskörperschaften [Finanz-Verfassungsgesetz 1948 — F-VG 1948¹⁾] in Geltung — und ein einfaches Bundesgesetz, das die Konkretisierung der im Finanzverfassungsgesetz festgelegten Grundsätze für einen bestimmten Zeitraum unter Rücksichtnahme auf die jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnisse und den Finanzbedarf der Gebietskörperschaften im Rahmen der vorhandenen Mittel regelt. Diese Aufgabe erfüllt das Bundesgesetz, BGBl. Nr. 201/1996, idF BGBl. Nr. 746/1996, mit dem der Finanzausgleich für die Jahre 1997 bis 2000 geregelt wird und sonstige finanzausgleichsrechtliche Bestimmungen getroffen werden (Finanzausgleichsgesetz 1997 — FAG 1997).

Damit wird der erstmalig 1959 beschrittene Weg einer langfristigen Finanzausgleichsregelung fortgesetzt, der allen Gebietskörperschaften wirtschaftliche Planungen auf längere Sicht ermöglicht.

Gebarungübersichten

Gebarungübersichten betreffend die Bundesländer, Gemeindeverbände und Gemeinden werden jährlich vom Österreichischen Statistischen Zentralamt in der Reihe „Beiträge zur Österreichischen Statistik“ in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Finanzen herausgegeben. Diese Gebarungübersichten liegen seit 1955 in lückenloser Folge vor.

Gesamtgebarung

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1996	35 721,1	3 793,1
1997	42 488,4	5 234,5
1998	42 927,4	5 083,1

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 530 Leistungen an Länder und Gemeinden bzw. Beiträge und Ersätze von Ländern und Gemeinden

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1996	7 097,4	—
1997	11 155,3	—
1998	12 429,3	—

¹⁾ Gemäß § 3 Abs. 1 dieses Gesetzes werden Finanzzuweisungen an Länder (Gemeinden) auf Grund bundesgesetzlicher Regelung gewährt.

Gemäß § 12 Abs. 2 dieses Gesetzes werden zweckgebundene Zuschüsse des Bundes an Länder (Gemeinden) durch das Finanzausgleichsgesetz oder durch Bundesgesetze festgesetzt, welche die Verwaltungsaufgaben regeln, zu deren Lasten die Zuschüsse zu leisten sind.

Gemäß § 15 dieses Gesetzes kann der Bund den Ländern (Gemeinden) Darlehen nur auf Grund eines besonderen Bundesgesetzes oder des Bundesfinanzgesetzes gewähren.

Kapitel 53 — Titel 530

197

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Steigerung der Ausgaben gegenüber dem Vorjahr ergibt sich vor allem aus der Bedarfszuweisung an die Länder zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Gleichgewichts im Haushalt.

Im einzelnen ist zu bemerken:

Voranschlagsansatz 1/53007 Ertragsanteilekopfquoten-Ausgleich der Länder

Das FAG sieht die Ergänzung der Ertragsanteile der Länder (mit Wien) auf den Betrag vor, der sich unter Zugrundelegung der auf ein Jahr berechneten Durchschnittskopfquote der Ertragsanteile der Länder mit Wien als Land für das einzelne Land ergibt. Der aus Bundesmitteln im Jahre 1998 zu leistende Kopfquotenausgleichsbetrag, der auf Grund der Abrechnung der Ertragsanteile für das Jahr 1997 voraussichtlich anfällt, ist mit 1 470 Millionen Schilling zu erwarten.

Die nachstehende Übersicht zeigt die unterschiedliche Höhe und die Entwicklung der Kopfquoten:

Ertragskopfquote für nebenstehende Jahre	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
	Schilling							
niedrigste	6 899	7 811	8 647	9 018	9 358	10 011	9 200	10 034
höchste	8 561	9 480	10 687	10 705	10 810	11 652	10 742	11 808
im Durchschnitt.....	7 650	8 591	9 558	9 882	10 032	10 731	9 913	10 854

Das Erfordernis für den Ertragsanteilekopfquoten-Ausgleich in den Jahren 1990 bis 1998 beträgt:

	Millionen Schilling		Millionen Schilling
1991	1 295,681	1995	1 358,724
1992	1 502,023	1996 (vorl. Erf.).....	1 352,489
1993	1 532,906	1997 (BVA)	1 460,000
1994	1 282,879	1998 (BVA)	1 470,000

Die Ertragsanteile der Länder und Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben sind im Voranschlag 1998 — ebenso wie in den Vorjahren — als Abzugspost von dem Bruttoertrage der öffentlichen Abgaben dargestellt (siehe VA-Ansatz 2/52804).

Voranschlagsansatz 1/53017 Finanzkraftstärkung der Gemeinden

Gemäß § 21 FAG 1997 gewährt der Bund Gemeinden (Wien als Gemeinde) als Hilfe zur Bewältigung der ihnen obliegenden Aufgaben eine Finanzzuweisung. Diese beträgt 1,34 vH der Ertragsanteile der Gemeinden (Wien als Gemeinde) zuzüglich 70 Millionen Schilling. Auf diese Finanzzuweisung haben jene Gemeinden (ohne Wien) Anspruch, die eine solche Finanzzuweisung zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Gleichgewichtes im Haushalt benötigen.

Für das Jahr 1998 sind 1 060 100 Millionen Schilling vorgesehen; die erforderlichen Mittel werden vom Bund den Ländern (mit Wien) überwiesen.

Voranschlagsansatz 1/53027 Bedarfszuweisung an Länder

Gemäß § 21a FAG 1997 gewährt der Bund den Ländern eine Bedarfszuweisung zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Gleichgewichts im Haushalt. Für das Jahr 1998 sind 6 634,6 Millionen Schilling vorgesehen, die nach der Volkszahl auf die Bundesländer verteilt werden.

Voranschlagsansatz 1/53037 Bundesbahn-Betriebsstättengemeinden

Die Finanzzuweisungen im Gesamtbetrag von 100 Millionen Schilling jährlich werden gemäß § 20 Abs. 2 FAG 1997 gewährt, wobei zur Vermeidung einer Verzettlung von Bundesmitteln Bagatellfälle — das Finanzausgleichsgesetz 1997 sieht eine Grenze von 68 000 S jährlich vor — außer Betracht bleiben sollen. Der Begriff der Betriebsstätte von Eisenbahnunternehmen folgt dem § 30 Abs. 1 1. Halbsatz der Bundesabgabenordnung, BGBl. Nr. 194/1961, in der geltenden Fassung. Im Jahre 1997 wurden solche Finanzzuweisungen an 122 Gemeinden gewährt.

Vorschlagsansatz 1/53047 Finanzausweisung für umweltschonende und energiesparende Maßnahmen

Gemäß § 20 Abs. 7 FAG 1997 gewährt der Bund den Ländern eine Finanzausweisung zur Finanzierung von umweltschonenden und energiesparenden Maßnahmen in Höhe von 11,835 vH des Aufkommens an Stromsteuer und Erdgassteuer.

Für das Jahr 1998 sind für diese Zwecke 769,3 Millionen Schilling veranschlagt.

Vorschlagsansatz 1/53058 Bedarfszuweisungen an Gemeinden

Durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 346/1982 wurde die gesetzliche Grundlage geschaffen, jenen Gemeinden, deren finanzielle Situation sich durch nicht vorhersehbare bzw. nicht beeinflussbare Umstände so ungünstig entwickelt hat, daß es auch bei größter Sparsamkeit nicht mehr möglich ist, die eingegangenen rechtsgültigen Verpflichtungen zu erfüllen und gleichzeitig den Aufgabenverpflichtungen ordnungsgemäß nachzukommen, aus Bundesmitteln eine finanzielle Hilfe in Form von Bedarfszuweisungen zu gewähren. Im Jahre 1998 ist für diese Zwecke ein Betrag von 15 Millionen Schilling vorgesehen.

Vorschlagsansatz 1/53067 Polizeikostenersatz an Städte mit eigenem Statut

Gemäß § 20 Abs. 5 FAG 1997, ersetzt der Bund ab 1. Oktober 1986 den Städten mit eigenem Statut Krems a. d. Donau und Waidhofen a. d. Ybbs jene Kosten, die diesen Städten nachweislich dadurch entstehen, daß sie für den Bund Aufgaben erfüllen, die in anderen Städten mit eigenem Statut von Bundespolizeibehörden erfüllt werden. Aus verwaltungsökonomischen Gründen ist der Kostenersatz in einem Pauschale festgelegt. Dieses darf nicht höher sein, als der Aufwand, der dem Bund entstehen würde, wenn er in diesen Gemeinden Bundespolizeibehörden eingerichtet hätte.

Gemäß VfGH-Erkenntnis ist auch für die Zeit vor dem 1. Oktober 1986 ein Kostenersatz zu leisten. Im Jahre 1998 ist daher insgesamt ein Beitrag von 68,5 Millionen Schilling vorgesehen.

Vorschlagsansatz 1/53077 Finanzausweisungen in Agrarangelegenheiten

Der Bund gewährt den Ländern im Jahre 1998 gemäß § 20 Abs. 6 FAG 1997 zur Finanzierung der Förderung der Landwirtschaft eine Finanzausweisung in Höhe von 300 Millionen Schilling.

Vorschlagsansatz 1/53097 Finanzausweisungen in Nahverkehrsangelegenheiten

Der Bund gewährt den Ländern und Gemeinden im Jahre 1998 gemäß § 20 Abs. 3 und 4 FAG 1997 zur Förderung des Personennahverkehrs Finanzausweisungen von insgesamt 2 011,8 Millionen Schilling.

Titel 532 Zweckzuschüsse des Bundes I

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1996	25 522,1	—
1997	27 526,1	1 367,5
1998	26 820,6	1 354,6

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Ausgabenverringerung gegenüber dem BVA 1997 ergibt sich aus dem Wegfall der Veranschlagung des einmaligen Zweckzuschusses zur Errichtung und Förderung von Kinderbetreuungseinrichtungen.

Im einzelnen ist zu bemerken:

Vorschlagsansatz 1/53207 Zuschüsse für Krankenanstalten

Gemäß § 1a FAG 1997 gewährt der Bund den Ländern zum Zwecke der Krankenanstaltenfinanzierung einen Zweckzuschuß in Höhe von 0,642 vH des Aufkommens an der Umsatzsteuer abzüglich der Ausgaben des Bundes für Beihilfen gemäß dem Gesundheits- und Sozialbereichs-Beihilfengesetz, BGBl. Nr. 746/1996. Dieser Zweckzuschuß wird durch einen Vorwegabzug von den Ertragsanteilen der Gemeinden finanziert (§ 7 Abs. 3 Z 4 FAG 1997) und stellt somit den „Gemeindebeitrag“ an der Finanzierung der Krankenanstalten dar. Die Finanzierung durch den Vorwegabzug wird beim Vorschlagsansatz 2/52805 Steueranteil für Krankenanstaltenfinanzierung, die entsprechenden Einnahmen des Bundes werden beim Vorschlagsansatz 2/53205 Überweisung für Krankenanstaltenfinanzierung dargestellt.

Kapitel 53 — Titel 532

199

Voranschlagsansatz 1/53217 Zuschüsse nach dem Bundes-Sonderwohnbaugesetz

Gemäß Bundesgesetz, BGBl. Nr. 165/1982, gewährt der Bund zur Förderung der Errichtung von 5 000 Wohnungen, deren Baubeginn in die Jahre 1982 und 1983 fällt, Zinsen- und Annuitätenzuschüsse zu Hypothekendarlehen, die zur Deckung der gesamten Baukosten aufgenommen werden.

Weiters gewährt der Bund gemäß Bundesgesetz, BGBl. Nr. 661/1983, zur Förderung der Errichtung von 5 000 Wohnungen, deren Baubeginn in die Jahre 1984 und 1985 fällt, sowie von 5 000 Wohnungen, deren Baubeginn in die Jahre 1986 und 1987 fällt, Zinsen- und Annuitätenzuschüsse zu Hypothekendarlehen, die zur Finanzierung der Baukosten aufgenommen werden.

Im Jahre 1998 ist für diesen Zweck ein Betrag von 400 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/53227 Zuschüsse zur Theaterführung an Länder und Gemeinden; Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

Der Bund gewährt gemäß § 22 Abs. 1 Z 1 FAG 1993 Ländern und Gemeinden für die auf eigene Rechnung geführten Theater und jene Theater, zu deren Abgangsdeckung sie vertraglich verpflichtet sind, Zweckzuschüsse im Ausmaß von 293 Millionen Schilling jährlich.

In Betracht kamen hiefür die Vereinigten Bühnen Graz, das Landestheater Linz, das Landestheater Salzburg, das Stadt- und Landestheater Klagenfurt, das Tiroler Landestheater, das Stadttheater Baden sowie das Theater in St. Pölten und die Vereinigten Bühnen Wien.

Voranschlagsansatz 1/53228 Zuschüsse zur Theaterführung an Länder und Gemeinden; Aufwendungen

Für das Theater am Kornmarkt in Bregenz (3 Millionen Schilling) und für die Renovierung des Stadttheaters in Klagenfurt (18 Millionen Schilling) wurde für das Jahr 1998 gemäß § 22 Abs. 1 Z 1 lit. e FAG 1997 vorgesorgt.

Voranschlagsansatz 1/53237 Zuschüsse nach § 3 WBF-ZG

Gemäß § 3 Wohnbauförderungs-Zweckzuschußgesetz 1989, BGBl. Nr. 691/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996, hat der Bund den Ländern zur Finanzierung von Annuitätenzuschüssen und Wohnbeihilfen, die von den Ländern bis 31. Dezember 1987 gemäß dem WSG zugesichert bzw. bescheidmäßig zuerkannt wurden, Zweckzuschüsse zu gewähren.

Im Haushaltsjahr 1998 werden voraussichtlich 132 Millionen Schilling erforderlich sein.

Voranschlagsansatz 1/53247 Zuschüsse nach § 1 und § 5 WBF-ZG

Die Wohnbauförderungstransfers des Bundes an die Länder werden ab dem Zeitpunkt der Übertragung der Wohnbauförderungskompetenzen auf die Länder (1. Jänner 1988) in Form von Zweckzuschüssen gemäß § 12 F-VG geleistet. Die Höhe dieser Zweckzuschüsse beträgt gemäß § 1 Wohnbauförderungs-Zweckzuschußgesetz 1989, BGBl. Nr. 691/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996, in den Jahren 1996 bis 2000 je 24,5 Milliarden Schilling.

Voranschlagsansatz 1/53287 Zuschüsse für Umweltschutz an Länder und Gemeinden

Der Bund gewährt den Ländern gemäß § 22 Abs. 1 Z 3 FAG 1997 zur Förderung des Umweltschutzes, insbesondere der Errichtung und Verbesserung von Müllbeseitigungsanlagen, unter Bedachtnahme auf den Umfang, die Lage und Gefährdung der Wohngebiete und der Erholungsgebiete, im Jahre 1998 einen Zweckzuschuß von 95 Millionen Schilling und den Gemeinden 25 Millionen Schilling.

Voranschlagsansatz 1/53297 Kinderbetreuungseinrichtungen

Der Bund hat den Ländern im Jahr 1997 zur Errichtung und zur Förderung von Kinderbetreuungseinrichtungen einen Zweckzuschuß in Höhe von 600 Millionen Schilling gewährt (§ 22 Abs. 1 Z 3 FAG 1997). Da nicht vergebene Teile dem jeweiligen Land auch noch im Jahr 1998 zur Verfügung zu stellen sind, wird der Voranschlagsansatz nur mehr mit einem Erinnerungsbetrag weitergeführt.

200

Kapitel 53 — Titel 534**Voranschlagsansatz 2/53204 Übergewinne an Zweckzuschüssen des Bundes****Voranschlagsansatz 2/53214 Übergewinne an Finanzzuweisungen des Bundes****Voranschlagsansatz 2/53274 Rückzahlung von Darlehen nach dem Rückzahlungsbegünstigungsgesetz 1987**

Für Rückzahlungen von Finanzzuweisungen und Zweckzuschüssen des Bundes sowie für allfällige Reste von Darlehensrückzahlungen nach dem Rückzahlungsbegünstigungsgesetz 1987 ist mit Verrechnungsposten vorgesorgt.

Voranschlagsansatz 2/53205 Überweisung für Krankenanstaltenfinanzierung

Siehe die Erläuterungen zum Voranschlagsansatz 1/53207 Zuschüsse für Krankenanstaltenfinanzierung.

Voranschlagsansatz 2/53254 Startwohnung-Rückzahlungsbegünstigungsaktion

Gemäß § 13 des Startwohnungsförderungs-Abwicklungsgesetzes, BGBl. Nr. 14/1992, hat der Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds Beträge, die auf Grund des Auslaufens der Starthilfe nach dem Startwohnungsgesetz frei werden, nach Maßgabe der Auflösung der entsprechenden Rückstellung an den Bund abzuführen.

Im Jahre 1998 sind aus diesem Titel keine Einnahmen zu erwarten.

Titel 534 Katastrophenfonds (zweckgebundene Gebarung)

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1996 vorl. Erf.....	3 101,6	3 793,1
1997	3 807,1	3 867,1
1998	3 677,5	3 728,5

Im einzelnen ist zu bemerken:

Voranschlagsansätze 1/53408 bis 1/53488 Katastrophenfonds (zweckgebundene Gebarung)**Voranschlagsansatz 2/53400 Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)**

Nach dem Katastrophenfondsgesetz 1996, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/1997, sind die Mittel des Fonds für die zusätzliche Finanzierung von Maßnahmen zur Vorbeugung gegen künftige und zur Beseitigung von eingetretenen, im Gesetz näher genannten Katastrophenschäden zu verwenden.

Die Katastrophenfondsmittel werden nach den Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes 1997 — FAG 1997, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/1997, aufgebracht und sind nutzbringend anzulegen.

Der nicht verbrauchte, einer Rücklage zugeführte Rest an zweckgebundenen Einnahmen zum 31. Dezember 1996 betrug 691 531 200,59 S.

	Schilling
Von den Ausgaben 1996 entfallen:	
1. Für Zwecke der Förderung der Behebung von Schäden im Vermögen physischer und juristischer Personen mit Ausnahme der Gebietskörperschaften ...	126 814 794
2. Für Maßnahmen zur Behebung von Schäden im Vermögen des Bundes im Bereiche des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten	146 848 000
und der Österreichischen Bundesforste	171 018
zusammen ...	273 833 812
3. Für Zwecke der Förderung der Behebung von Schäden im Vermögen der Länder	64 296 080
4. Für Zwecke der Förderung der Beschaffung von Katastropheneinsatzgeräten der Feuerwehren an die Länder	263 239 437
5. Für Zwecke der Förderung der Behebung von Schäden im Vermögen der Gemeinden.....	220 133 970

202

Kapitel 54 — Titel 540

Kapitel 54 Bundesvermögen

Gesamtgebarung

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt
	Sachausgaben	Einnahmen	Sachausgaben
	Millionen Schilling		Millionen Schilling
1996	18 198,6	27 148,8	1 910,2
1997	20 429,1	31 128,1	922,4
1998	16 528,0	24 109,2	0,0

Zu den einzelnen Bereichen ist zu bemerken:

Titel 540 Kapitalbeteiligung und Kapitalbeteiligung (Erträge)

Gesetzliche Grundlagen

1. Verstaatlichungsgesetz, BGBl. Nr. 168/1946; generell und in der Fassung BGBl. Nr. 23/1957;
2. Verstaatlichungsgesetz, BGBl. Nr. 81/1947, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 762/1992;
- ÖIAG-Gesetz, BGBl. Nr. 23/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 204/1986;
- ÖIAG-Anleihegesetz, BGBl. Nr. 295/1975, in der Fassung BGBl. Nr. 298/1981, BGBl. Nr. 602/1981, BGBl. Nr. 633/1982, BGBl. Nr. 589/1983, 298/1987 und 973/1993;
- Erstes Verstaatlichungs-Erschädigungsgesetz, BGBl. Nr. 189/1954;
- Zweites Verstaatlichungs-Erschädigungsgesetz, BGBl. Nr. 3/1960;
- Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76/1986, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 21/1997;
- Bundesschatzscheingesezt, BGBl. Nr. 172/1991;
- Nationalbankgesetz, BGBl. Nr. 50/1984, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 697/1991;
- EU-Beitrittsvertrag, BGBl. Nr. 45/1995;
- Abkommen über den Internationalen Währungsfonds und über die Internationale Bank für Wiederaufbau und Wirtschaftsförderung, BGBl. Nr. 105/1949;
- Erhöhung der Quote Österreichs beim Internationalen Währungsfonds, BGBl. Nr. 173/1991;
- Leistung eines österreichischen Beitrages zum vom internationalen Währungsfonds verwalteten Treuhandfonds für die Erweiterung der ergänzenden Strukturanpassungsfazität, BGBl. Nr. 385/1995; Zeichnung von zusätzlichen Kapitalanteilen bei der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, BGBl. Nr. 417/1988;
- Übereinkommen zur Errichtung der Afrikanischen Entwicklungsbank samt Anlagen, Allgemeinen Vorschriften für die Aufnahme nichtregionaler Staaten als Mitglieder der Bank und Anhang I, BGBl. Nr. 252/1983; Zeichnung von zusätzlichen Kapitalanteilen bei der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfEB), BGBl. Nr. 416/1988;
- Übereinkommen über die Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds samt Anlagen, BGBl. Nr. 37/1982; Leistung eines zusätzlichen Beitrages zum Afrikanischen Entwicklungsfonds (AfEF), BGBl. Nr. 24/1992;
- Abkommen über die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA), BGBl. Nr. 201/1961; Leistung eines zehnten zusätzlichen Beitrages zur Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA), BGBl. Nr. 696/1993;
- Abkommen über die Errichtung der Asiatischen Entwicklungsbank, BGBl. Nr. 13/1967; Leistung eines Beitrages zum Asiatischen Entwicklungsfonds und zum Technischen Hilfe Sonderfonds der Asiatischen Entwicklungsbank, BGBl. Nr. 458/1992; Beteiligung Österreichs an der 4. allgemeinen Kapitalerhöhung der Asiatischen Entwicklungsbank, BGBl. Nr. 386/1995;
- Übereinkommen zur Errichtung der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank, BGBl. Nr. 174/1977; Beteiligung Österreichs an der 8. allgemeinen Mittelerhöhung der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank, BGBl. Nr. 384/1995;
- Abkommen über die Internationale Finanz-Corporation, BGBl. Nr. 204/1956; Zeichnung von zusätzlichen Kapitalanteilen bei der Internationalen Finanz-Corporation, BGBl. Nr. 136/1987;
- Übereinkommen zur Errichtung der Inter-Amerikanischen Investitionsgesellschaft samt Anlage, BGBl. Nr. 559/1986;

Kapitel 54 — Titel 540

203

Übereinkommen zur Errichtung des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung samt Anlagen, BGBl. Nr. 38/1978; Leistung eines zusätzlichen Beitrages zum Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung, BGBl. Nr. 174/1991;

Übereinkommen zur Gründung des Gemeinsamen Rohstofffonds, BGBl. Nr. 507/1989;

Leistung eines freiwilligen Beitrages zum zweiten Fenster des Gemeinsamen Rohstofffonds, BGBl. Nr. 416/1991;

Übereinkommen zur Errichtung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, BGBl. Nr. 222/1991;

Bundesgesetz über die Leistung eines Beitrages zur von der Weltbank verwalteten Globalen Umweltfazilität, BGBl. Nr. 417/1991;

Leistung eines Beitrages zur ersten Wiederauffüllung der Globalen Umweltfazilität, BGBl. Nr. 387/1995.

Aufgaben

Finanzielle Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Verwaltung bzw. der Veräußerung von Anteilsrechten des Bundes an

der Ersten Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft,

der Österreichischen Industrieholding AG (bis April 1986: Österreichische Industrieverwaltungs-AG) — ÖIAG,

der Österreichischen Elektrizitätswirtschafts-AG (Verbundgesellschaft)

und Internationalen Finanzinstitutionen;

Vertretung der finanziellen Interessen an privatwirtschaftlichen Unternehmungen mit Bundesbeteiligung einschließlich haushaltsmäßiger Behandlung von Verrechnungsagenden, soweit — insbesondere nach BGBl. Nr. 439/1984 — die Zuständigkeit für den Erwerb und die Verwaltung von Anteilsrechten des Bundes beim Bundesministerium für Finanzen verblieben ist. Diese Gesellschaften sind vorwiegend den wirtschaftlichen Bereichen: Kunst, Wohnungsbau, Straßen, Verkehr, Banken, Industrie und Gewerbe sowie öffentliche und private Dienstleistungen zuzuordnen.

Außerdem ist die Realisierung von Verstaatlichungs-Erschädigungszahlungen anhand eingereicher Wertpapiere zu nennen.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1996	2 872,5	6 900,0
1997	1 404,6	9 700,6
1998	2 063,6	7 911,1

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung bei den Ausgaben betreffen vor allem die Kapitaleinzahlungen bei zusätzlichen Internationalen Finanzinstitutionen. Die Verringerung der Einnahmen ist bedingt durch den Wegfall der Dividende der Post und Telekom Austria AG.

Voranschlagsansätze 1/54013 und 2/54014 Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft

Für das Geschäftsjahr 1997 werden keine Dividendenzahlungen erwartet.

Voranschlagsansätze 1/54043 und 2/54044 Elektrizitätswirtschaft

Ausgabenveranschlagungen zu den direkten Beteiligungen des Bundes an der Verbundgesellschaft waren seit 1988 nicht notwendig.

An laufenden Einnahmen sind Dividendenzahlungen der Österr. Elektrizitätswirtschafts-AG (Verbundgesellschaft) veranschlagt. Aus diesem Titel wurden für das Geschäftsjahr 1997 125,745 Millionen Schilling budgetiert.

Voranschlagsansatz 1/54052 Internationale Finanzinstitutionen

Österreich ist Mitglied des Internationalen Währungsfonds (IMF), der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfEB), des Afrikanischen Entwicklungsfonds (AfEF), der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD), der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA), der Asiatischen Entwicklungsbank (AEB), der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank (IAEB), der Internationalen Finanzkorporation (IFC), der Inter-Amerikanischen Investitionsgesellschaft (IIC), des Internationalen

Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD), des Gemeinsamen Rohstofffonds (CF), der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD), der Europäischen Investitionsbank (EIB), der Bank für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im Nahen Osten und Nordafrika (MEDB) bei der Multilateralen Investitions-Garantie-Agentur (MIGA) und beim Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) und ist an deren Kapital mit unterschiedlichen Quoten beteiligt. Bei diesen Kapitalanteilen wird zwischen einzahlbarem (callable) und eingezahltem (paid-in) Kapital unterschieden.

Die Beiträge zu diesen Finanzinstitutionen werden, neben einem bei einigen Finanzsituationen bar einbezahlten Anteil, durch den Erlag unverzinslicher, auf Abruf einzulösender Bundesschatzscheine (BSS) geleistet. Die Ermächtigung zur Begebung dieser BSS ist durch das Bundesschatzengesetz, BGBl. Nr. 172/1991 gegeben.

Bei den veranschlagten Beträgen handelt es sich daher größtenteils um Einlösungen von BSS. Da sich die Einlösungen nach dem Bedarf an Mitteln für Kreditauszahlungen der Finanzinstitutionen an ihre kreditnehmenden Mitglieder (Entwicklungsländer) richtet, ist keine gleichmäßige Gebarung möglich.

Internationaler Währungsfonds

Anlässlich des Beitrittes zum Abkommen von Bretton Woods ist die Republik Österreich mit Wirkung vom 27. August 1948 Mitglied des Internationalen Währungsfonds geworden (BGBl. Nr. 105/1949).

Die Mitglieder dieser Organisation haben bestimmte Quoten einzuzahlen. Durch die 9. Quotenrevision wurde Österreichs Quote von 775,6 Millionen Sonderziehungsrechten auf 1 188,3 Millionen Sonderziehungsrechte erhöht (Bundesgesetz, BGBl. Nr. 173/1991). Die gesamte Quote wurde auf die Oesterreichische Nationalbank übertragen. Die gesetzliche Ermächtigung zur Übertragung der Quote auf die Oesterreichische Nationalbank ist durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 309/1971 gegeben.

Durch das Bundesgesetz, BGBl. Nr. 385/1995, vom 9. Juni 1995 wurde die Oesterreichische Nationalbank ermächtigt, beim Internationalen Währungsfonds auf ein Sonderkonto eine Einlage in Höhe von 50 Millionen Sonderziehungsrechten (SZR) mit einer Verzinsung von 0,5 Prozent jährlich und einer Laufzeit bis zu zehn Jahren vorzunehmen.

Afrikanische Entwicklungsbank

Die Afrikanische Entwicklungsbank wurde im September 1964 von ausschließlich afrikanischen Ländern mit dem Ziel errichtet, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ihrer Mitglieder durch die Gewährung von Darlehen und technischer Hilfe zu fördern. Im Jahre 1982 kam es zur Öffnung des Kapitals auch für nichtregionale Staaten.

Österreich ist mit Wirkung vom 30. März 1983 Mitglied der Afrikanischen Entwicklungsbank geworden (BGBl. Nr. 252/1983) und hat sich am Kapital der Afrikanischen Entwicklungsbank mit 0,38 vH beteiligt; das sind 1 996 Anteile zu je 10 000 Bankrechnungseinheiten. Der Schillinggegenwert beträgt 333 052 560 Schilling. 1987 wurde vom Direktorium eine Kapitalerhöhung beschlossen, an der sich Österreich mit 48,254 Millionen US-Dollar beteiligt hat. Davon waren 6,25% in fünf Raten in den Jahren 1988 bis 1992 einzuzahlen.

Afrikanischer Entwicklungsfonds

Die Notwendigkeit der Bereitstellung von Finanzierungsmitteln zu besonders günstigen Bedingungen führte im Juli 1973 zur Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds. Es ist dies eine rechtlich selbständige Institution, die jedoch organisatorisch und personalmäßig eng mit der Afrikanischen Entwicklungsbank verbunden ist.

Österreich wurde am 30. Dezember 1981 Mitglied des Afrikanischen Entwicklungsfonds (BGBl. Nr. 37/1982) und zeichnete Stammeinlagen in Höhe von 15 Millionen Fondsrechnungseinheiten zum Gegenwert von 230 530 500 Schilling (BGBl. Nr. 601/1981).

1996 wurde von den Mitgliedern eine siebente Wiederauffüllung beschlossen, an der sich Österreich mit einem Betrag von bis zu 199 921 927 Schilling beteiligt hat.

Für 1998 ist für Schatzscheineinlösungen ein Betrag von 160 Millionen Schilling vorgesehen.

Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

Österreich ist mit Wirkung 27. August 1948 der IBRD beigetreten (BGBl. Nr. 105/1949) und hat sich seit seinem Beitritt an allen Kapitalerhöhungen der IBRD beteiligt. Gegenwärtig entspricht der österreichische Kapitalanteil dem Schillinggegenwert von 1 335 000 000 US-Dollar, das sind 0,76% des gesamten Kapitals.

Kapitel 54 — Titel 540

205

Internationale Entwicklungsorganisation

Österreich ist seit 1961 Mitglied der Internationalen Entwicklungsorganisation. Das Abkommen mit dieser Organisation trat am 28. Juni 1961 in Kraft (BGBl. Nr. 201/1961).

Mit Bundesgesetz, BGBl. Nr. 625/1996, wurde beschlossen, daß sich die Republik Österreich mit einem Betrag von 30 Millionen Sonderziehungsrechten (455,4 Millionen Schilling) an der Leistung eines Beitrages zum Interimfonds für das Geschäftsjahr 1997 und einem elften zusätzlichen Beitrag zur IDA in Höhe von 45,46 Millionen Sonderziehungsrechten (690,1 Millionen Schilling) beteiligt.

Die Leistung erfolgte zur Gänze durch Erlag von Bundesschatzscheinen im Jahre 1997.

Für 1998 ist für Schatzscheineinlösungen ein Betrag von 955 Millionen Schilling vorgesehen.

Asiatische Entwicklungsbank

Österreich ist der Asiatischen Entwicklungsbank 1966 beigetreten. Das Abkommen trat am 29. September 1966 in Kraft (BGBl. Nr. 13/1967). Die ursprüngliche Beteiligung am Kapital der Bank betrug 5 Millionen US-Dollar des Feingehaltes vom 31. Jänner 1966.

Gemäß Bundesgesetz vom 9. Juni 1995, BGBl. Nr. 386/1995, übernimmt der Bund bei der Asiatischen Entwicklungsbank 6 020 zusätzliche Kapitalanteile in Höhe von je 10 000 US-Dollar mit dem Feingewicht und Feingehalt vom 31. Jänner 1966.

Für 1998 sind für Barzahlungen und Bundesschatzscheineinlösungen 151,6 Millionen Schilling vorgesehen.

Inter-Amerikanische Entwicklungsbank

Die Inter-Amerikanische Entwicklungsbank wurde im Jahr 1959 gegründet.

Österreich ist am 10. Jänner 1977 Mitglied der Bank geworden (BGBl. Nr. 174/1977). Die Beteiligung Österreichs am Kapital der Bank und am Fonds für Sondergeschäfte belief sich ursprünglich auf je 5 054 578 US-Dollar mit dem Gewicht und Feingehalt vom 18. Oktober 1973.

Mit dem Bundesgesetz vom 9. Juni 1995, BGBl. Nr. 384/1995, hat sich Österreich an der 8. allgemeinen Mittelerhöhung der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank beteiligt und übernimmt einen Höchstbetrag von 9 313 zusätzlichen Kapitalanteilen der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank in Höhe von je 10 000 US-Dollar mit dem Feingewicht und Feingehalt vom 1. Jänner 1959 und erhöht seinen Beitrag zum Fonds für Sondergeschäfte um einen Höchstbetrag von 56 596 883,64 Schilling.

Für 1998 sind für Bundesschatzscheineinlösungen 12 Millionen Schilling vorgesehen.

Internationale Finanzkorporation

Die Internationale Finanzkorporation (IFC) wurde im Jahre 1956 als Mitglied der Weltbankgruppe gegründet und hat die Aufgabe, den Zufluß einheimischen und ausländischen Kapitals in produktive Unternehmungen in Entwicklungsländern zu fördern. Dies geschieht vor allem durch Gewährung von Anleihen, Kapitalbeteiligungen und Investitionen.

Österreich zählt zu den Gründungsmitgliedern der IFC und hat vom ursprünglichen Grundkapital von 110 Millionen US-Dollar einen Betrag von 554 000 US-Dollar gezeichnet. Das Abkommen mit dieser Institution trat am 28. September 1956 in Kraft (BGBl. Nr. 204/1956).

Für 1998 sind keine Zahlungen geplant.

Inter-Amerikanische Investitionsgesellschaft

Die Verhandlungen über die Gründung dieser internationalen Finanzinstitution wurden 1984 abgeschlossen. Die Schlußakte über die Gründung der Inter-Amerikanischen Investitionsgesellschaft wurden von der erforderlichen Anzahl von Staaten, ua. auch von Österreich 1984 unterzeichnet. Österreich hat sich an dieser Finanzinstitution mit einem Betrag von 1 Million Dollar beteiligt, der in vier Teilbeträgen zu je 250 000 Dollar zu zahlen ist (BGBl. Nr. 559/1986). Die letzte Zahlung erfolgte 1990.

Für die zurzeit verhandelte Wiederauffüllung, an der sich Österreich beteiligen wird, wurde für 1998 ein Betrag von 8 Millionen Schilling veranschlagt.

Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD)

Der Internationale Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung hat die Aufgabe, durch Gewährung von begünstigten Krediten und nichtrückzahlbaren Zuschüssen die landwirtschaftliche Produktion in den Entwicklungsländern zu fördern. Österreich hat das Abkommen über diese internationale Finanzinstitution am 12. Dezember 1977 ratifiziert (BGBl. Nr. 38/1978) und beteiligte sich daran mit 4,8 Millionen US-Dollar.

An der 4. Wiederauffüllung hat sich Österreich im Gesamtausmaß von 74,7 Millionen Schilling beteiligt.

Für 1998 ist für Schatzscheineinlösungen ein Betrag von 15 Millionen Schilling vorgesehen.

Gemeinsamer Rohstofffonds (CF)

Die Zielsetzung dieser Institution ist

1. die Finanzierung von internationalen oder international koordinierten nationalen Rohstoffausgleichslagern und
2. die Finanzierung anderer Maßnahmen (Forschungs- und Entwicklungsprojekte, Verbesserung der Produktivität usw.) in Entwicklungsländern.

Das Übereinkommen zur Gründung des Gemeinsamen Rohstofffonds wurde am 4. Mai 1983 von Österreich ratifiziert, ist jedoch erst am 19. Juni 1989 in Kraft getreten (BGBl. Nr. 507/1989). Der österreichische Anteil beträgt 2 391 005 Fondsrechnungseinheiten (FRE). Auf Grund des BGBl. Nr. 416/1991 leistet Österreich an den Gemeinsamen Rohstofffonds einen freiwilligen Beitrag in Höhe von 2 Millionen US-Dollar. Dieser Betrag wurde bereits anlässlich der 5. Welthandelskonferenz im Mai 1979 von Österreich zugesagt. Die Zahlung wird in mehreren Raten erfolgen.

Für 1998 wird keine weitere Beitragsleistung vorgesehen.

Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD)

Das Übereinkommen zur Errichtung der EBRD wurde am 29. Mai 1990 von Österreich unterzeichnet und ist am 28. März 1991 in Kraft getreten (BGBl. Nr. 222/1991). Österreich hat 22 800 Anteile im Gegenwert von 228 Millionen ECU gezeichnet. Davon waren 68,4 Millionen ECU (30 vH) in fünf gleichen Jahresraten zum Teil durch Schatzscheinerlag (je 6,84 Millionen ECU), zum Teil bar (je 6,84 Millionen ECU) in den Jahren 1991 bis 1996 einzuzahlen.

Mit Bundesgesetz vom 30. Dezember 1996, BGBl. Nr. 750/1996, wurde die Zeichnung von zusätzlichen 22 800 Anteilen zu je 10 000 ECU genehmigt.

Für 1998 ist für die Einlösung von Bundesschatzscheinen und Barzahlung ein Betrag von 37 Millionen Schilling veranschlagt.

Europäische Investitionsbank (EIB)

Durch den Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft mit 1. Jänner 1995 wurde Österreich gleichzeitig auch Mitglied der Europäischen Investitionsbank (EIB).

Für 1998 sind Mittel in der Höhe von 35 Millionen Schilling vorgesehen.

Bank für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im Nahen Osten und Nordafrika (MEDB)

Das Übereinkommen zur Errichtung der MEDB ist derzeit in Vorbereitung und wird im Bundesgesetzblatt veröffentlicht werden.

Der Kapitalanteil Österreichs wird 1% (das sind 50 Millionen US-Dollar, wovon 25% verteilt über fünf Jahre in bar oder durch Hinterlegung von Schatzscheinen einzuzahlen sind) betragen.

Für 1998 sind Mittel in der Höhe von 35 Millionen Schilling vorgesehen.

Multilaterale Investitions-Garantie-Agentur (MIGA)

Das Übereinkommen zur Errichtung der MIGA ist derzeit in Vorbereitung und wird im Bundesgesetzblatt veröffentlicht werden.

Der Kapitalanteil Österreichs wird 775 Sonderziehungsrechte zum Festkurs von 1 082 US-Dollar betragen, wovon 10% des gezeichneten Kapitals 90 Tage nach Hinterlegung der Ratifikationsurkunde in bar einzuzahlen sind. Weitere 10% sind innerhalb derselben Frist in Form von unverzinslichen Bundesschatzscheinen zu hinterlegen.

Für 1998 sind Mittel in der Höhe von 20 Millionen Schilling vorgesehen.

Europäischer Entwicklungsfonds (EEF)

Das Übereinkommen zur Errichtung des EEF ist derzeit in Vorbereitung und wird im Bundesgesetzblatt veröffentlicht werden.

Der Kapitalanteil Österreichs wird 340 Millionen ECU (das sind 2,6% des Gesamtvolumens) betragen.

Für 1998 sind Mittel in der Höhe von 890 Millionen Schilling vorgesehen.

Voranschlagsansätze 1/54093 und 2/54094 Sonstige Unternehmungen

Die Kapitaleinzahlungen erfolgen in bar oder im Verrechnungsweg zu Dividendenumwandlungen in Kapitalbeteiligung und werden zu vorangegangenen Kapitalerhöhungen der Gesellschaften mit übernommenen Einzahlungsverpflichtungen des Bundes geleistet.

Kapitel 54 — Titel 541 und 542

207

Bei den veranschlagten Ausgabenbeträgen handelt es sich um die Kapitaleinzahlungen für künftige Kapitalerhöhungen beim Bundesländerflughafen Klagenfurt (45 Millionen Schilling). Den Ausgaben stehen gleich hohe Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54307 gegenüber.

Die Einnahmen stammen hauptsächlich aus Dividendenzahlungen folgender Gesellschaften: Wohnungsanlagenges. m. b. H. Linz, Gemeinnützige Eisenbahnsiedlungsgesellschaft Linz, Ges. m. b. H., Gemeinnützige Eisenbahnsiedlungsgesellschaft, Ges. m. b. H. in Villach, Wohnbaugesellschaft der Österreichischen Bundesbahnen, Gemeinn. Ges. m. b. H., Flughafen Wien AG, Flughafen Linz Ges. m. b. H., Flughafen Graz Ges. m. b. H., Flughafen Salzburg Ges. m. b. H. sowie Dorotheum Auktions-, Versatz- und Bank-Ges. m. b. H.

Paragraph 2/5407 Oesterreichische Nationalbank

Die Abfuhr der Oesterreichischen Nationalbank setzt sich aus dem gemäß § 69 Abs. 3 des Nationalbankgesetzes 1984, BGBl. Nr. 50, errechneten Anteil des Bundes am Reingewinn der Notenbank sowie der Ausschüttung einer Dividende an den Bund in seiner Eigenschaft als Aktionär der genannten Unternehmung zusammen. Der Gewinn der Oesterreichischen Nationalbank beruht vornehmlich auf dem Ertrag des Devisen-Valuten-Geschäftes.

Für das Geschäftsjahr 1997 werden 7 600 Millionen Schilling Gewinnabfuhr und eine Dividende in Höhe von 7,500 Millionen Schilling veranschlagt.

Titel 541 Kapitalbeteiligung (Sonstiger Aufwand bzw. Erlöse)**Gesetzliche Grundlagen**

Gemäß Artikel XII des Bundesfinanzgesetzes ist die Verfügungsermächtigung des Bundesministers für Finanzen hinsichtlich der Beteiligungen des Bundes an Unternehmungen beschränkt. Vor allem ist er zu keinen Verfügungen ermächtigt über Beteiligungen an Unternehmungen und Betrieben, die unter das 1. Verstaatlichungsgesetz, BGBl. Nr. 168/1946, oder das 2. Verstaatlichungsgesetz, BGBl. Nr. 81/1947, fallen. Weiters ist er nicht ermächtigt zu Verfügungen über Beteiligungen des Bundes an Unternehmungen, wenn an Kapitalgesellschaften die Beteiligung des Bundes ein Viertel des Grundkapitals (Stammkapitals), bei anderen Unternehmungen der Wert der Beteiligung, über die verfügt wird, ein Viertel des Wertes des Unternehmens übersteigt.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1996	14,5	4 811,8
1997	1,1	0,1
1998	1,1	3 000,1

Unterschiede gegen Vorjahre

Seit dem Rechnungsjahr 1996 werden unter diesem Titel die Ausgaben aus der Bundesvermögensverwaltung und -verwertung verrechnet.

Die Höhe dieser Einnahmen resultiert hauptsächlich aus den Veräußerungserlösen von Anteilen an der Bank Austria AG.

Titel 542 Bundesdarlehen**Aufgaben**

Finanzielle Interessenvertretung des Bundes und haushaltsmäßige Behandlung von Bundesdarlehen, die an verstaatlichten oder privatwirtschaftlichen Unternehmungen mit Bundesbeteiligung, welche nach BGBl. Nr. 439/1984 im primären Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Finanzen verblieben sind, gegeben worden sind oder gegeben werden, Darlehen, im Rahmen der Hilfeleistungen an osteuropäische Staaten sowie Mitwirkung an der Interessenvertretung des Bundes, Auszahlung und haushaltsmäßige Verrechnung von Wohnbaurdarlehen der Österreichischen Bundesbahnen und Post und Telekom Austria AG.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1996	89,4	465,0
1997	40,2	279,5
1998	13,6	639,7

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Steigerung bei den Einnahmen ist hauptsächlich auf die erstmalig veranschlagten Zins- sowie Darlehensrückzahlungen im Zusammenhang mit dem nachrangigen Gesellschafterdarlehen an die ÖIAG zurückzuführen.

Für das Jahr 1998 wurden ausschließlich den Wohnbausektor betreffende Bundesdarlehen veranschlagt, und zwar: für Wohnbaudarlehen der Österreichischen Bundesbahnen (3,500 Millionen Schilling) und der Post und Telekom Austria AG (5,250 Millionen Schilling) zur Finanzierung der Wohnraumbeschaffung für ihre Bediensteten.

Außerdem wurden auf Grund entsprechender Darlehensbestimmungen zu den BUWOG-, ÖBB- und PTA-Wohnbaudarlehen für die Kapitalisierung von Darlehenszinsen (weitere Darlehenszuzahlung) rund 4,8 Millionen Schilling veranschlagt.

Die Auszahlung von Wohnbaudarlehen der ÖBB und PTA erfolgt laut Anforderung der beiden Stellen an gemeinnützige Wohnungsbau- und Siedlungsgenossenschaften mit und ohne Bundesbeteiligung.

Zur Verrechnung der Darlehen an osteuropäische Staaten im Rahmen der gemeinsamen Zahlungsbilanzhilfe der Industriestaaten ist der VA-Ansatz 1/54285 „Ausland“ und zur Verrechnung der Zinsen und Darlehensrückzahlungen der Paragraph 2/5428 „Ausland“ vorgesehen. Im BVA 1997 sind Zinseinnahmen in Höhe von 10 Millionen Schilling präliminiert.

Bei den Einnahmen handelt es sich weiters um Darlehenszinsen und Darlehensrückzahlungen aus dem Bereich der Wohnbaudarlehen sowie allgemein aus früheren Darlehensgewährungen an Gesellschaften mit Bundesbeteiligung, wie zB der „Dachstein“ Fremdenverkehrs-AG, Flughafen Salzburg Betriebsges.m.b.H., Flughafen Linz Ges.m.b.H., Aichfeld-Murboden Ges. m. b. H. und ÖIAG. Die Beträge werden teils bar an den Bundeshaushalt abgeführt oder buchmäßig verrechnet.

Titel 543 Beitragsleistungen für Miteigentumsanteile

Aufgaben

Die österreichischen Verkehrsflughäfen mit Bundesbeteiligung werden — mit Ausnahme des Flughafens Wien — überwiegend in der Form finanziert, daß der Bund, das jeweils beteiligte Bundesland und die Landeshauptstadt im Verhältnis ihrer Beteiligungen an den einzelnen Flughafenbetriebsgesellschaften Mittel bereitstellen, aus denen die einzelnen Flughafenbetriebsgesellschaften als Treuhänder die für den Flugbetrieb notwendigen Anlagen (insbesondere Bewegungsflächen, Flugsicherungsanlagen und Abfertigungs- und Betriebsgebäude) errichten und instandhalten. Diese Anlagen stehen nicht im Eigentum der Betriebsgesellschaften, sondern im Miteigentum der an ihnen beteiligten drei Gebietskörperschaften und stellen daher bei diesen ein abgetrenntes Sondervermögen dar. Es ist geplant, daß die Flughafenbetriebsgesellschaften, wenn sie finanziell in der Lage sind, die Abschreibungen dieser Anlagewerte zu verdienen, das Treuhandvermögen zum Teil oder zur Gänze erwerben und in das Betriebsvermögen übernehmen. Mit der 1997 beabsichtigten Übernahme des Treuhandvermögens des Flughafens Klagenfurt in das Betriebsvermögen ist diese Planung abgeschlossen.

	Einnahmen Millionen Schilling
1996	115,5
1997	50,0
1998	45,0

Bei den Einnahmen für 1998 handelt es sich um Rückzahlungen aus dem Treuhandvermögen des Flughafens Klagenfurt. Diesen Einnahmen stehen gleichhohe Ausgaben beim VA-Ansatz 1/54093 gegenüber.

Titel 545 Einziehungen zum Bundesschatz

Gesetzliche Grundlage

Verbotsgesetz, StGBI. Nr. 13/1945.

Aufgaben

Ehem. NS-Vermögen

Das ehemalige NS-Vermögen ist auf Grund des Verbotsgesetzes in das Eigentum der Republik Österreich übergegangen. Die restlichen Erlöse aus dieser nahezu vollständig liquidierten Vermögensmasse fließen dem Bundeshaushalt zu. Ebenso werden die Erträge aus solchen Vermögenswerten und deren Verwaltungskosten beim Titel 545 verrechnet.

Kapitel 54 — Titel 546

209

Erblose Nachlässe, Abgabenüberzahlungen und Verwahrnisse

Als weitere Einnahmen sind Einziehungen zum Bundesschatz von erblosen Nachlässen auf Grund des § 760 ABGB, von Abgabenguthaben und von nicht beanspruchten Verwahrnissen veranschlagt. Mit diesen Einnahmen korrelieren Ausgaben, welche aus der Rückzahlung von zum Bundesschatz eingezogenen Beträgen entstehen und infolge nicht beeinflubarer Willenserklärungen der Anspruchsberechtigten nur schwer präliminierbar sind.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1996	—	36,5
1997	2,0	73,7
1998	1,7	34,9

Die Voranschlagsbeträge richten sich nach der Entwicklung der Vorjahre.

Titel 546 Unbewegliches Bundesvermögen**Gesetzliche Grundlagen**

Bundesfinanzgesetz 1998 — Art. XI;

Vermögensverfallgesetz, BGBl. Nr. 213, in der Fassung BGBl. Nr. 285/1955;

Vermögensverfallamnestie, BGBl. Nr. 155/1956, in der Fassung BGBl. Nr. 173/1962;

Bundesgesetz über die Errichtung einer Bundesimmobiliengesellschaft (BIG-Gesetz), BGBl. Nr. 419/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. xxx/1997;

Bundesforstgesetz 1996, BGBl. Nr. 793/1996.

Aufgaben

Das unbewegliche Bundesvermögen wird von den verschiedensten Bundesorganen unmittelbar oder auch mittelbar verwaltet. Dem Bundesminister für Finanzen obliegt es nun, Verfügungen über dieses unbewegliche Bundesvermögen, wie Verkäufe, Tausche, Belastungen mit Baurecht, Servitutseinräumungen, im Rahmen der ihm vom Gesetzgeber eingeräumten Befugnisse derartig zu treffen, daß eine gleichartige und kontinuierliche Vorgangsweise gewährleistet ist. Sind aber Verfügungen erforderlich, die im BFG rechtlich nicht begründet sind, hat der Bundesminister für Finanzen die Zustimmung des Gesetzgebers im Wege eines gesonderten Ermächtigungsgesetzes einzuholen.

Gemäß BIG-Gesetz kann der Bundesminister für Finanzen im Einvernehmen mit dem Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten das Recht der Fruchtnießung an bestimmten bundeseigenen Liegenschaften der Bundesimmobiliengesellschaft übertragen.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1996	5,4	1 939,6
1997	2,0	2 103,1
1998	6,7	1 347,1

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Veranschlagung für 1998 richtet sich nach den in Aussicht genommenen Grundstücksveräußerungen und nach den erwarteten Einnahmen aus der Übertragung des Fruchtgenußrechtes an bundeseigenen Liegenschaften. Die geringeren Abfuhrerlöse haben auch geringere Provisionszahlungen zur Folge.

Einnahmen

Die Einnahmen ergeben sich aus Veräußerungserlösen sowie aus Entgelten für Belastungen von Grundstücken (zB Bauzinsen, einmalige Servitutsentgelte einschließlich Fruchtgenußentgelt) in allen Fällen aus dem gesamten Bereich der Hoheitsverwaltung. Ferner wurden die im Bereich des Finanzressorts anfallenden Bestandzinsen (Nutzungen usw.) veranschlagt. Die Abfuhrbeträge der Bundesimmobiliengesellschaft m.b.H. wurden 1998 mit 945,0 Millionen Schilling und jene der Österreichischen Bundesforste AG mit 20,0 Millionen Schilling veranschlagt.

Titel 547 Haftungsübernahmen des Bundes**Gesetzliche Grundlagen**

Energieanleihegesetze, BGBl. Nr. 50/1953, 58/1955, 75/1957, in der Fassung BGBl. Nr. 175/1957, 48/1958, 176/1959, 269/1959, 223/1960, 273/1961, 197/1962, 287/1963, 291/1964, 168/1965, 93/1966, 153/1967, 230/1968, 110/1969, 326/1970, 225/1972, 578/1973, 789/1974, 294/1975, 139/1978, 59/1979, in der Fassung BGBl. Nr. 311/1994 sowie 547/1982, in der Fassung BGBl. Nr. 114/1994;

Haftungen für Investitionskredite land- und forstwirtschaftlicher Betriebe auf Grund der Bundesfinanzgesetze 1959 bis 1988;

Auslandsanleihegesetz 1962, BGBl. Nr. 74/1962;

Prämiensparförderungsgesetz, BGBl. Nr. 143/1962, in der Fassung BGBl. Nr. 532/1993;

Bundesgesetz betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Auslandskredite an die Österreichische Elektrizitäts-Wirtschafts AG (Verbundgesellschaft) und an die Tauernkraftwerke AG, BGBl. Nr. 159/1963;

Atomhaftpflichtgesetz, BGBl. Nr. 117/1964, in der Fassung BGBl. Nr. 628/1991;

Bundesgesetz betreffend die Finanzierung der Autobahn Innsbruck—Brenner, BGBl. Nr. 135/1964, in der Fassung BGBl. Nr. 638/1975;

Ausfuhrförderungsgesetz 1981, BGBl. Nr. 215/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 733/1995;

Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz 1981, BGBl. Nr. 216/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 704/1995;

Ausfuhrförderungsverordnung 1981, BGBl. Nr. 257/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 816/1995;

AUA-Finanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 335/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 548/1982;

Bundesgesetz betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Kredite an die Felbertauernstraße-Aktiengesellschaft, BGBl. Nr. 293/1964, in der Fassung BGBl. Nr. 256/1968;

Haftungen des Bundes für Kreditoperationen (Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite) des „Wasserwirtschaftsfonds“ auf Grund der Bundesfinanzgesetze 1976, 1977, 1979, 1980, 1982 bis 1986;

Haftungen des Bundes für Kreditoperationen (Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite) des „Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds“ auf Grund der Bundesfinanzgesetze 1987 bis 1993;

Bundesgesetz betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerke Aktiengesellschaft, BGBl. Nr. 233/1968, in der Fassung BGBl. Nr. 28/1971;

Bundesgesetz betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der Österreichischen Rundfunk Gesellschaft m.b.H., BGBl. Nr. 396/1968, in der Fassung BGBl. Nr. 27/1971;

Tauernautobahn-Finanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 115/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 591/1982;

Bundesgesetz, mit dem Maßnahmen zur Verbesserung der Besitzstruktur bäuerlicher Betriebe gefördert werden, BGBl. Nr. 298/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 731/1974;

Pyhrn Autobahn-Finanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 479/1971, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 591/1982;

IAKW-Finanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 150/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 223/1985;

Arlberg-Schnellstraße-Finanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 113/1973, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 591/1982;

Bundesgesetz betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Darlehen und sonstige Kredite der Flughafen Wien Betriebsges. m. b. H., BGBl. Nr. 116/1973;

Kapitel 54 — Titel 547

211

Bundesgesetz betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerke-Alpine Montan AG, BGBl. Nr. 579/1973;

Bundesgesetz betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Darlehen und sonstige Kredite der Axamer Lizum Aufschließungs AG, BGBl. Nr. 185/1974;

Erdgasanleihegesetz, BGBl. Nr. 420/1974, in der Fassung BGBl. Nr. 60/1979;

Bundesgesetz betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der ELIN-Union Aktiengesellschaft für elektrische Industrie, BGBl. Nr. 788/1974, in der Fassung BGBl. Nr. 45/1979;

ÖIAG-Anleihegesetz, BGBl. Nr. 295/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 426/1996;

Chemie-Anleihegesetz, BGBl. Nr. 156/1976;

Erdölbevorratungs-Förderungsgesetz, BGBl. Nr. 161/1977, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 383/1996;

Garantiegesetz 1977, BGBl. Nr. 296/1977, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 424/1996;

Polenkohlegarantiegesetz, BGBl. Nr. 555/1980, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 290/1981;

Bundesgesetz, mit dem eine Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierung-Aktiengesellschaft errichtet wird, BGBl. Nr. 591/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 383/1996;

Haftungen des Bundes für Kreditoperationen des „Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds“ und des „Wohnhaus-Wiederaufbau-Stadterneuerungsfonds“ auf Grund des Bundesfinanzgesetzes 1988;

Haftung des Bundes für Kreditoperationen der Ersten Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft auf Grund des Bundesfinanzgesetzes 1986;

Haftung für Schuldverschreibungen von Einlagensicherungseinrichtungen gemäß § 93 Abs. 5 BWG; BGBl. Nr. 532/1993.

Haftung des Bundes für Kreditoperationen der Österreichischen Bundesbahnen bei der EURO-FIMA, BGBl. Nr. 968/1993.

Haftung des Bundes für Kreditoperationen gemäß Arbeitsmarktförderungsgesetz und Arbeitslosenversicherungsgesetz auf Grund des Bundesfinanzgesetzes 1994 in der Fassung BGBl. Nr. 665/1994 und BGBl. Nr. 975/1994;

KMU-Förderungsgesetz, BGBl. Nr. 432/1996.

Aufgaben

Im Rahmen der Förderungsaufgaben des Bundes haben die Bundeshaftungen mit der Entwicklung der österreichischen Wirtschaft vornehmlich auf dem Gebiete der Investitionsfinanzierung und auf dem Gebiete der Exportförderung zunehmend an Bedeutung erlangt.

Bis einschließlich 1996 wurden Bundeshaftungen von rund 2 771 240 Millionen Schilling übernommen.

	Millionen Schilling
Die Rechnungsabschlüsse der Jahre bis einschließlich 1996 weisen Inanspruchnahmen des Bundes aus übernommenen Haftungen von zusammen.....	rund 157 266
aus, denen Einnahmen aus Haftungsentgelten (hauptsächlich bei der Ausfuhrförderung) und Rückzahlungen von Regreßforderungen im Betrage von.....	rund 141 423
entgegenstehen. Die Nettobelastung des Bundes betrug	rund 15 843
somit nur rund 0,57 vH der bisher übernommenen Bundeshaftungen.	

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1996	10 122,2	8 336,7
1997	12 865,6	11 151,3
1998	13 279,4	11 081,2

Die Veranschlagung der Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des AFG und AFFG beruht auf der Einschätzung der internationalen Entwicklung.

212

Kapitel 54 — Titel 547

Haftungsobligo

In der folgenden Tabelle wird das Haftungsobligo des Bundes zu Ende der Jahre ab 1980 aufgezeigt, wie es sich jeweils aus den Haftungsübernahmen abzüglich der erfolgten Tilgungen ergab:

Entwicklung des Haftungsobligos des Bundes 1) 2)

Jahr	Stand der Haftungen	davon entfallen auf Haftungen in		Jahr	Stand der Haftungen	davon entfallen auf Haftungen in	
		Fremdwährung	Schillingwährung			Fremdwährung	Schillingwährung
in Millionen Schilling				in Millionen Schilling			
1980	258 410	73 140	185 270	1989	560 209	166 715	393 494
1981	360 693	117 112	243 581	1990	598 398	183 700	414 698
1982	400 615	118 078	282 537	1991	614 193	194 102	420 091
1983	440 818	126 908	313 910	1992	644 673	219 415	425 258
1984	490 127	147 380	342 747	1993	676 721	242 757	433 964
1985	497 593	141 076	356 517	1994	661 580	223 641	437 939
1986	496 643	134 345	362 298	1995	682 286	233 085	449 201
1987	499 404	137 263	362 141	1996 ³⁾	682 985	244 520	438 465
1988	520 507	148 172	372 335				

Stand der Haftungen des Bundes per 31. Dezember 1996 1) 4)

	Stand per 31. 12. 1996 Millionen Schilling	
Elektrizitätswirtschaft:		
a) Auslandkredite	1 589,6	
b) Auslandsanleihen	2 571,7	
c) Energieanleihen (Inland)	3 538,8	
d) Sonstige Inlandkredite	3 286,9	10 987,0
Ausfuhrförderungsgesetz		330 398,2
Ausführfinanzierungsförderungsgesetz		164 442,4
Agrarinvestitionskredite		379,9
Österr. Industrieholding AG		47 069,4
Unternehmen, an denen der Bund beteiligt ist:		
a) Straßenbau	73 431,7	
b) Bundeshochbauten	4 884,6	
c) Eisenbahnhochleistungsstrecken	19 786,2	
d) Sonstiges	16,0	98 118,5
Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds		13 524,4
Bundeswohnbaufonds		2 665,0
Sonstige Kredite:		
a) Prämiensparen	0,2	
b) Finanzierungsgarantie Ges. m. b. H.	5 761,7	
c) Atomhaftpflichtgesetz	260,0	
d) Erdöllagerges. m. b. H.	949,7	
e) ÖBB-EUROFIMA	3 065,1	
f) Österr. Arbeitsmarktservice	357,0	
g) BÜRGES-Förderungsbank	5 006,9	15 400,6
Gesamtsumme		682 985,4

Haftungsinanspruchnahmen und Rückflüsse aus Haftungsinanspruchnahmen 5)
1980—1996

	Ausfuhrförderung 6)		Übrige	
	Inanspruchnahme	Rückflüsse	Inanspruchnahme	Rückflüsse
in Millionen Schilling				
1980	1 898,6	926,9	26,6	3,1
1981	2 660,7	2 242,1	362,8	6,2
1982	3 772,5	1 771,1	374,6	2,6

Fußnoten auf Seite 216.

Kapitel 54 — Titel 548

213

	Ausfuhrförderung ^{a)}		Übrige	
	Inanspruchnahme	Rückflüsse	Inanspruchnahme	Rückflüsse
	in Millionen Schilling			
1983.....	3 830,5	1 327,7	260,1	4,2
1984.....	5 689,2	2 724,0	69,0	1,5
1985.....	7 097,8	6 961,3	39,8	4,9
1986.....	9 100,2	3 666,2	16,5	0,2
1987.....	9 329,6	9 618,3	34,1	2,4
1988.....	6 162,4	3 902,0	40,0	2,0
1989.....	9 187,5	8 071,6	38,7	2,2
1990.....	9 627,9	5 804,2	37,0	2,0
1991.....	14 851,6	11 032,6	59,4	4,9
1992.....	13 424,8	8 329,8	59,7	1,7
1993.....	14 274,6	8 550,7	40,9	1,9
1994.....	14 758,2	7 497,1	84,9	0,2
1995.....	10 375,4	8 281,7	100,3	5,7
1996.....	9 735,3	5 032,9	184,1	0,0

Titel 548 Besondere Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen**Gesetzliche Grundlagen**

- Bundesgesetz betreffend den Übergang von ERP-Verbindlichkeiten, BGBl. Nr. 237/1965;
- Bundesgesetz betreffend den Übergang von ERP-Verbindlichkeiten, BGBl. Nr. 644/1973;
- IAKW-Finanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 150/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 223/1985;
- Abkommen über die Errichtung und Verwaltung eines Gemeinsamen Fonds zur Finanzierung größerer Reparaturen und Erneuerungen im Internationalen Zentrum Wien, BGBl. Nr. 364/1981;
- ÖIAG-Anleihegesetz, BGBl. Nr. 295/1975, BGBl. Nr. 298/1981, BGBl. Nr. 602/1981, BGBl. Nr. 633/1982, BGBl. Nr. 589/1983, BGBl. Nr. 298/1987, BGBl. Nr. 973/1993, BGBl. Nr. 383/1996 und BGBl. Nr. 426/1996;
- Bundesgesetz über Leistungen des Bundes an die Österreichische Länderbank AG, BGBl. Nr. 206/1982;
- Bundesgesetz über die Gewährung von Zuschüssen an Gesellschaften, an denen der Bund mehrheitlich beteiligt ist, BGBl. Nr. 484/1985;
- Bundesgesetz betreffend ua. die Finanzierung von Bundeshochbauten, BGBl. Nr. 510/1987;
- Bundesgesetz betreffend ua. die Finanzierung von Eisenbahn-Hochleistungstrecken, BGBl. Nr. 135/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 655/1994;
- Leistung eines weiteren Beitrages zur Weltbank-Konsultativgruppe für internationale landwirtschaftliche Forschung (CGIAR), BGBl. Nr. 255/1990 und BGBl. Nr. 767/1992;
- Leistung eines Beitrages zur von der Weltbank verwalteten Globalen Umweltfazilität, BGBl. Nr. 417/1991;
- Übergang einer ERP-Verbindlichkeit der indischen Regierung auf den Bund als Alleinschuldner, BGBl. Nr. 317/1979;
- Bundesgesetz über die Einrichtung und Aufgaben der Post und Telekom Austria Aktiengesellschaft — Poststrukturgesetz, BGBl. Nr. 201/1996.

Aufgaben

Haushaltsrechtliche und haushaltsmäßige Behandlung verschiedener Zahlungen des Bundes an Gesellschaften mit Bundesbeteiligung oder anderen Einrichtungen, wozu die Durchführung dem Bundesministerium für Finanzen vorbehalten oder übertragen wurde, und die auf Grund von Bundesgesetzen, Ministerratsbeschlüssen, gesellschaftsrechtlichen Beschlüssen oder grundsätzlicher Genehmigung im Rahmen des Bundesfinanzgesetzes geleistet werden. Unter diese Zahlungen fallen: Rückzahlungen an den ERP-Fonds, Kostenersatzzahlungen an die IAKW oder die ÖKZ, Beitragsleistungen an den Reparaturfonds des VIC, Baukostenzuschüsse an die DOKW-AG für die Finanzierung von Mehrzweckanlagen bei Kraftwerksbauten, Zuschüsse an Gesellschaften für die Abdeckung des

Fußnoten auf Seite 216.

laufenden Aufwandes oder Verlustabdeckung sowie Investitionszuschüsse, Zuschüsse an die DDSG, ersatzweise Zahlung von Zins- und Tilgungsbeträgen an oder für die ÖIAG gemäß den Bundesgesetzen zum ÖIAG-Anleihegesetz, Ersatzzahlungen an die Bank Austria AG auf Grund des zitierten Bundesgesetzes, Kostenersatzzahlungen an die ASFINAG zur Hochbaufinanzierung und Finanzierung von Eisenbahn-Hochleistungsstrecken sowie Zahlungen an Internationale Finanzinstitutionen. Bei den Einnahmen wird ua. die Gewinnabfuhr der Österreichischen Postsparkasse verrechnet.

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichs-
	Sachausgaben	Einnahmen	haushalt
	Millionen Schilling		
1996	5 094,6	4 659,1	1 910,2
1997	6 113,6	7 769,9	922,4
1998	1 162,0	50,1	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Verringerung bei den Ausgaben resultiert hauptsächlich aus dem Wegfall der Zins- und Tilgungszahlungen nach den ÖIAG-Anleihegesetzen, den Kostenersätzen an die ASFINAG für die Finanzierung von Eisenbahn-Hochleistungsstrecken sowie der Leistungen an die CA-BV.

Die Verringerung bei den Einnahmen resultiert aus dem Wegfall der Konzessionsabgabe gemäß Poststrukturgesetz und der Rückzahlung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen.

Voranschlagsansatz 1/54817 Zahlungen an den ERP-Fonds

Gemäß BGBl. Nr. 237/1965 sind die ERP-Verbindlichkeiten von drei Untermehmungen des Kohlen- und Buntmetallbergbaues auf den Bund übergegangen. Hinsichtlich der stillgelegten Bergbaubetriebe Grünbach und Tauchen ist die Verpflichtung des Bundes erloschen. Für die Kupferbergbau Mitterberg Ges. m. b. H. hat der Bund Zahlungen in der Höhe von rund 6 Millionen Schilling in 50 Jahresraten an den ERP-Fonds zu leisten. Als 33. Rate werden für 1998 128 000 Schilling benötigt.

Gemäß Artikel I des Bundesgesetzes Nr. 644/1973 sind die ERP-Verbindlichkeiten von drei Gesellschaften des Kohlenbergbaues und der Fernheizkraftwerk Pinkafeld Ges. m. b. H. auf den Bund als Alleinschuldner übergegangen. Die Tilgung erfolgt in 50 Jahresraten. Als Jahresrate 1998 wurden für Kapital und Zinsen 5,397 Millionen Schilling veranschlagt.

Paragraph 5482 Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien

Unter diese Ausgaben fallen die jährlichen Kostenersatzzahlungen des Bundes zum Bau, Betrieb und zur Finanzierung des Internationalen Zentrums Wien sowie Österreichischen Konferenzzentrums und Beitragsleistungen an den Reparaturfonds des Internationalen Zentrums Wien. Die Einnahmen betreffen Mieterträge aus der Untervermietung von Räumlichkeiten im Internationalen Zentrum Wien.

Die Kostenersatzzahlungen des Bundes umfassen daher noch für die Jahre ab 1988 die in der 3. IAKW-Finanzierungsgesetz-Novelle, BGBl. Nr. 223/1985, geregelte Bereitstellung von Bundesmitteln für die Ausfinanzierung der Bauaufwendungen sowie die Erhaltung und Verwaltung der beiden Gebäude.

Für das Jahr 1998 wurden als Kostenersatz des Bundes 180,0 Millionen Schilling (lfd. Transferzahlungen) veranschlagt. Als Mietertrag aus der Untervermietung von Räumlichkeiten im Internationalen Zentrum Wien werden 2,7 Millionen Schilling erwartet.

Das Abkommen über die Errichtung und Verwaltung eines gemeinsamen Fonds zur Finanzierung größerer Reparaturen und Erneuerungen im Internationalen Zentrum Wien (BGBl. Nr. 364/1981) bestand bis 1985 zwischen der Republik Österreich, den Vereinten Nationen und der Internationalen Atomenergieorganisation und wurde mit 1. Jänner 1986 auf die UNIDO ausgedehnt. Die laut Abkommen vorgesehenen jährlichen Beitragsleistungen haben sich dadurch für die einzelnen Mitglieder von 33 333 US-Dollar auf 25 000 US-Dollar verringert. Von der Republik Österreich sind außerdem größere Reparaturen und Erneuerungen zu bevorschussen.

Für 1998 wurden hierfür insgesamt 3,6 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/54838 Abgeltung an Donaukraftwerke für Aufwand im öffentlichen Interesse

Zur Durchführung des Ausbauprogramms der Verbundgruppe werden neben der Zuführung von Eigenkapital den Gesellschaften jene Kosten abgegolten, die ihnen aus der Errichtung von nicht der Stromerzeugung dienenden Anlagen, wie zB Schleusen, entstehen.

Kapitel 54 — Titel 548

215

Der Beitrag für das Kraftwerk Melk der Österreichischen Donaukraftwerke AG wurde gemäß Ministerratsbeschluß vom 9. Mai 1978 mit 1 850 Millionen Schilling zuzüglich Umsatzsteuer und Zwischenfinanzierungskosten festgelegt. Als 20. Jahresrate wurden für 1998 134,800 Millionen Schilling veranschlagt.

Der Beitrag für das Kraftwerk Greifenstein der Österreichischen Donaukraftwerke AG wurde gemäß Ministerratsbeschluß vom 31. März 1981 mit 2 350 Millionen Schilling zuzüglich Umsatzsteuer festgelegt. In weiterer Folge wurde auf eine Zwischenfinanzierung durch die Gesellschaft übergegangen.

Für das Jahr 1998 sind 184,800 Millionen Schilling veranschlagt.

Der Beitrag für das Kraftwerk Freudenau der Österreichischen Donaukraftwerke AG wurde gemäß Ministerratsbeschluß vom 28. Juli 1992 mit 1 500 Millionen Schilling zuzüglich Zwischenfinanzierungskosten festgelegt.

Für das Jahr 1998 sind 201,400 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/54846 Sonstige Zahlungsverpflichtungen; Förderungen

Hiezu zählen Zuschüsse an die Olympia-Eissportzentrum-Innsbruck-Ges. m. b. H. zur Abdeckung des laufenden Aufwandes (6,5 Millionen Schilling), Zuschüsse an die Erste Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft (DDSG) zur Abdeckung des zu erwartenden Finanzierungsbedarfes (56,6 Millionen Schilling) und einer Zuwendung an die Republik Kasachstan in Höhe von 33,0 Millionen Schilling.

Voranschlagsansätze 1/54847 und 7/54847 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)**Ersatz an ÖIAG**

Auf Grund der ÖIAG-Finanzierungsgesetze, BGBl. Nr. 298/1981, BGBl. Nr. 602/1981, BGBl. Nr. 633/1982, BGBl. Nr. 589/1983, BGBl. Nr. 298/1987 und BGBl. Nr. 973/1993, werden zu den für die Sanierung, Umstrukturierung und Eigenkapitalausstattung der VOEST, VEW, BBU bzw. Nachfolgesellschaft genehmigten Kreditaufnahmen der ÖIAG Kreditzinsen und Tilgungszahlungen aus dem Bundeshaushalt geleistet.

Für 1998 wurden auf Grund der Anrechnung von Veräußerungserlösen und der Dividende der ATW auf die Ersatzzahlungen keine Beträge für Zinsen und Tilgungen veranschlagt.

Beiträge an die Konsultativgruppe für internationale landwirtschaftliche Forschung (CGIAR)

Gefördert von der Weltbank, der FAO und dem UNDP wurde die CGIAR im Jahre 1971 mit dem Ziel gegründet, die Unterstützung für die internationale Forschung auf dem Gebiet der Landwirtschaft zu koordinieren und zu verstärken, um die Produktion von Nahrungsmitteln in den Entwicklungsländern zu verbessern.

Österreich leistete 1986 erstmals einen Beitrag von 1 Million US-Dollar. Seither wurde jährlich ein gleich hoher Beitrag gezahlt (BGBl. Nr. 293/1987, BGBl. Nr. 255/1990, BGBl. Nr. 767/1992).

Im Jahre 1997 wurde mit BGBl. I Nr. xxx/1997 festgelegt, den österreichischen Anteil für die Jahre 1996, 1997 und 1998 auf 4,5 Millionen US-Dollar festzusetzen.

Für 1998 ist ein Beitrag in Höhe von 20 Millionen Schilling vorgesehen.

Globale Umweltfazilität der Weltbank

1991 wurde die Globale Umweltfazilität der Weltbank gegründet, die die Finanzierung von Programmen und Projekten zur Bekämpfung globaler Umweltprobleme zum Ziel hat. Österreich hat sich zur Leistung eines Beitrages in Höhe von 400 Millionen Schilling verpflichtet (BGBl. Nr. 417/1991). Die Zahlung dieses Betrages erfolgt durch Schatzscheinerlag in drei gleichen Raten in den Jahren 1991 bis 1993.

Mit Bundesgesetz vom 9. Juni 1995, BGBl. Nr. 387/1995, hat sich Österreich zur Leistung eines Beitrages zur 1. Wiederauffüllung der Globalen Umweltfazilität in Höhe von 231,51 Millionen Schilling verpflichtet. Dieser Betrag wird zur Gänze in Bundesschatzscheinen in drei gleichen Raten, beginnend im Jahre 1995, geleistet werden.

Für 1998 ist für Schatzscheineinlösungen ein Betrag von 40 Millionen Schilling vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/54848 Aufwendungen**Leistungen an Bank Austria AG**

Gemäß Bundesgesetz vom 31. März 1982, BGBl. Nr. 206, hat der Bund der Gesamtrechtsnachfolgerin Bank Austria AG Zinsen und Tilgungen in Höhe von 252,571 Millionen Schilling im Jahr 1998 zu ersetzen.

Leistungen an ÖIAG

Gemäß Bundesgesetz vom 30. Dezember 1993, BGBl. Nr. 973/1993, sind vom Bund der ÖIAG alle anfallenden Rechtsgeschäftsgebühren und sonstigen Kosten aus der Umschuldung von bundes-behafteten Anleihen, Darlehen oder Krediten zu ersetzen.

Für 1998 ist ein Betrag von 43,156 Millionen Schilling vorgesehen.

Paragraph 2/5484 Sonstige Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen**EFTA-Industrieentwicklungsfonds für Portugal**

Zur Stärkung der portugiesischen Wirtschaft beschloß der EFTA-Rat die Errichtung des EFTA-Industrieentwicklungsfonds für Portugal, zu dem die EFTA-Mitgliedstaaten durch fünf Jahre Beiträge leisten. Die innerhalb dieser fünf Jahre nicht angeforderten Beiträge können während fünf weiterer Jahre nachgefordert werden. Die Zahlung des Restbetrages erfolgte im Jahr 1987. Der Fonds vergibt Darlehen zur Entwicklung der portugiesischen Industrie. Die Rückzahlung des Fondskapitals an die Mitgliedstaaten sollte ab dem zehnten Jahr des Inkrafttretens des Fonds in 15 Jahresraten erfolgen. Als erste Rate gingen im Jahr 1988 13,7 Millionen Schilling ein. Auf Ersuchen Portugals wurden vom EFTA-Rat die weiteren Rückzahlungen jedoch bis zum Jahr 1997 aufgeschoben.

Ab dem fünften Jahr des Bestehens des Fonds werden für die geleisteten Beiträge Zinsen gezahlt. Für 1998 wurden hierfür 5,4 Millionen Schilling veranschlagt. Im kommenden Jahr ist auch eine Rückzahlung in Höhe von 42,0 Millionen Schilling zu erwarten.

¹⁾ In der Regel wird die Bundshaftung auch für die Zinsen und Kosten übernommen; das tatsächliche Haftungsobligo ist und war daher um diese nur schwer abschätzbaren jeweiligen Nebenkosten höher, als in der Tabelle aufgezeigt wird.

²⁾ Kapitalbeträge.

Die Beträge früherer Jahre sind aus folgenden Amtsbehelfen zu ersehen: 1948—1959: Amtsbehelf zum BFG 1983, Seite 387, und 1960—1979: Amtsbehelf zum BFG 1992, Seite 211.

³⁾ Neben diesen vom Bundesminister für Finanzen auf Grund gesetzlicher Ermächtigungen übernommenen Haftungen haftet der Bund gemäß § 1 Abs. 2 des Postsparkassengesetzes 1969, BGBl. Nr. 458, für die Verbindlichkeiten der Österreichischen Postsparkasse. Diese betragen zum 31. Dezember 1995 205 189 Millionen Schilling.

⁴⁾ Kapitalbeträge.

⁵⁾ Bei den Haftungsübernahmen für die Elektrizitätswirtschaft und den Bausektor im Bereich des Bundes erfolgten keine Haftungsinanspruchnahmen.

Die Beträge früherer Jahre sind aus folgenden Amtsbehelfen zu ersehen: 1948—1959: Amtsbehelf zum BFG 1983, Seite 387, und 1960—1979: Amtsbehelf zum BFG 1992, Seite 211.

⁶⁾ Auf Grund des Ausfuhrförderungsgesetzes und des Ausfuhrfinanzierungs-Förderungsgesetzes.

Kapitel 55 — Titel 550

217

Kapitel 55 Pensionen (Hoheitsverwaltung)

Bei diesem Kapitel werden bei den Ausgaben die Pensionen einschließlich der Todesfallbeiträge und des Bundespflegegeldes sowie die Dienstgeberbeiträge nach dem B-KUVG für die Bediensteten der Hoheitsverwaltung des Bundes und für die sonstigen Bediensteten veranschlagt, ebenso die Ersätze für Pensionen der Landeslehrer sowie die Pensionen der Österreichischen Bundesbahnen, der Verwertungsstelle des Österreichischen Alkoholmonopols und der Post- und Telekom Austria AG. Bei den Einnahmen werden die Pensionsbeiträge und besonderen Pensionsbeiträge der aktiven Bediensteten der Hoheitsverwaltung des Bundes veranschlagt, ebenso die Überweisungen der Pensionsversicherungsträger, Beiträge der Österreichischen Postsparkasse, die Beiträge der Österreichischen Bundesbahnen und der Post- und Telekom Austria AG, der Österreichischen Donaubetriebs-AG, der Bundesversuchswirtschaften GmbH, der Österreichischen Forschungs- und Prüfzentrum Arsenal GmbH, der Schönbrunner Tiergarten GmbH und der Bundesrechenzentrum GmbH zur Deckung der Pensionsaufwendungen und einige andere Ersatzleistungen. Die Anzahl der Pensions- und Provisionsempfänger am Ende der Jahre 1992 bis 1996 ist der Übersicht am Ende der Erläuterungen zu Kap. 55 zu entnehmen.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1996	29560,2	38363,4	67923,6	16266,0
1997	29988,9	43882,8	73871,7	21655,4
1998	29986,8	43172,0	73158,8	18153,7

Im einzelnen ist zu bemerken:

Titel 550 Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes**Gesetzliche Grundlagen**

Pensionsgesetz 1965, BGBl. Nr. 340, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 61/1997;

Pensionsüberleitungsgesetz, BGBl. Nr. 187/1949;

Gehaltsgesetz 1956, BGBl. Nr. 54, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 61/1997;

Bundespflegegeldgesetz, BGBl. Nr. 110/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 758/1996;

Bundesgesetz BGBl. Nr. 295/1969 über die Anrechnung von Ruhestandszeiten und über die Gewährung von Zulagen an Bundesbeamte;

Nebengebührenzulagengesetz, BGBl. Nr. 485/1971, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 61/1997;

Familienlastenausgleichsgesetz 1967, BGBl. Nr. 376, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 14/1997;

Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 200/1967, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 61/1997;

Postsparkassengesetz, BGBl. Nr. 458/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 742/1996.

Die Ruhe(Versorgungs)genüsse von Pensions(Provisions)parteien, die weder unter die Bestimmungen des Gehaltsüberleitungsgesetzes noch unter jene des Pensionsüberleitungsgesetzes fallen, wurden auf Grund des § 11 Abs. 2 des Pensionsüberleitungsgesetzes unter Bedachtnahme auf die Grundsätze dieses Bundesgesetzes durch Verordnung der Bundesregierung mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates oder neu durch Bundesgesetz geregelt. Diese Regelungen wurden mit den BGBl. Nrn. 15/1951, 51/1952, 52/1952, 53/1952, 148/1952, 159/1958, 120/1960, 121/1960, 120/1963, 255/1967 und 295/1973 bekanntgegeben.

Der Aufwand für die außerordentlichen Versorgungsgenüsse ist bedingt durch die im Gnadenwege vom Herrn Bundespräsidenten bewilligten Bezüge.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1996	29215,9	550,1	29766,0	214,5
1997	29647,5	606,3	30253,8	3724,5
1998	29647,5	606,3	30253,8	49,0

218

Kapitel 55 — Titel 551 und 552**Unterschiede gegen Vorjahre**

Der Einnahmenrückgang gegenüber dem BVA 1997 ergibt sich aus der einmaligen Vorauszahlung der Österreichischen Postsparkasse an den Bund in Höhe von rd. 3,5 Milliarden Schilling als Ersatz des Pensionsaufwandes für ehemals dem Personalstand des Österreichischen Postsparkassenamtes angehörende Bundesbeamte.

Titel 551 Ersätze an Länder**Gesetzliche Grundlage**

Finanzausgleichsgesetz 1997, BGBl. Nr. 746/1996;

Aufgaben

Gemäß § 3 des Finanzausgleichsgesetzes ersetzt der Bund den Ländern die Pensionsausgaben für die unter ihrer Diensthoheit stehenden Lehrer an öffentlichen allgemeinbildenden Pflichtschulen, an berufsbildenden Pflichtschulen und an land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen sowie für die Angehörigen und Hinterbliebenen dieser Lehrer in der Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen dem Pensionsaufwand für diese Personen und den für die Landeslehrer von den Ländern vereinnahmten Pensionsbeiträgen, besonderen Pensionsbeiträgen, Pensionsversicherungsbeiträgen und Überweisungsbeiträgen.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen
1996	8 541,7	—
1997	9 009,7	—
1998	9 309,7	169,9

Unterschiede gegen Vorjahr

Die Erhöhung bei den Einnahmen ergibt sich aus der gesonderten Darstellung des Pensionsversicherungsbeitrages.

Titel 552 Sonstige Bedienstete**Gesetzliche Grundlagen**

Die beim Titel 550 angeführten Bundesgesetze und zusätzlich
 Salzmonopolgesetz, BGBl. Nr. 124/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 518/1995;
 Dorotheumsgesetz, BGBl. Nr. 66/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 758/1996;
 Staatsdruckereigesetz, BGBl. Nr. 340/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 1/1997;
 Scheidemünzengesetz 1988, BGBl. Nr. 597/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 425/1996;
 Alkohol — Steuer und Monopolgesetz 1995, BGBl. Nr. 703/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996, Art. 53.

Bei diesem Titel ist der Aufwand für Pensions- und Provisionsparteien nachstehender Stellen bzw. Bedienstetengruppen veranschlagt: Montanrentner, Mozarteum, Taubstummeninstitut, Südtiroler, Kanaltaler, Stadtschutzwache, Dorotheum, Vertragspensionen, Versorgungsbezüge nach dem Epidemiegesetz, Pensionisten und Provisionisten der „Austria“ Tabakwerke AG., der Österreichischen Salinen AG., der Österreichischen Staatsdruckerei AG und Wiener Zeitung GmbH, der Münze Österreich AG, der Verwertungsstelle des Österreichischen Alkoholmonopols sowie außerordentliche Versorgungsbezüge für Volksdeutsche und Heimatvertriebene.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1996	343,6	22,7	366,3	6,0
1997	340,4	29,5	369,9	4,6
1998	338,3	29,5	367,8	4,6

**Voranschlagsansätze 1/55305 Pensionsvorschüsse und
2/55309 Pensionsvorschußersätze**

Nach § 29 des Pensionsgesetzes 1965 können Vorschüsse an unverschuldet in Notlage geratene Pensionsparteien gewährt werden. Sie sind in der Regel binnen vier Jahren zurückzuzahlen.

Im BVA 1998 sind für Pensionsvorschüsse 1,4 Millionen Schilling vorgesehen. Aus Rückzahlungen sind Einnahmen in Höhe von 0,5 Millionen Schilling zu erwarten.

Kapitel 55 — Titel 555 und 2/556

219

Vorschlagsansatz 1/55400 Geldaushilfen

Ist eine Person, die Anspruch auf Ruhe- oder Versorgungsgenuß hat, unverschuldet in Notlage geraten oder liegen sonst berücksichtigungswürdige Gründe vor, so kann ihr gemäß § 29 Abs. 4 des Pensionsgesetzes 1965 eine Geldaushilfe gewährt werden.

Für 1998 wird 1 Million Schilling veranschlagt.

Titel 555 Sonstige Pensionsleistungen

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1996	29 248,0	8 291,6
1997	34 236,5	10 505,0
1998	33 225,1	10 092,0

Paragraph 5550 Österreichische Bundesbahnen**Gesetzliche Grundlage**

Bundesbahngesetz 1992, BGBl. Nr. 825/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996.

Gemäß § 21 Abs. 2 Bundesbahngesetz 1992 hat der Bund ab 1994 den Pensionsaufwand für die Ruhe- und Versorgungsgenußempfänger der österreichischen Bundesbahnen zu tragen. Zur teilweisen Deckung dieses Pensionsaufwandes leisten die österreichischen Bundesbahnen einen Beitrag in Höhe von 26 vH des Aufwandes an Aktivbezügen für Bundesbahnbeamte; zuzüglich 3 vH ab 1. Juli 1996 von den Aktivbezügen und von den Ruhebezügen als weiteren Pensionsbeitrag für diese aktiven Bediensteten bzw. Pensionssicherungsbeitrag für die Ruhegenußempfänger. Die von den Bediensteten zu leistenden Pensionsbeiträge verbleiben beim Unternehmen.

Paragraph 5551 Post und Telekom Austria AG**Gesetzliche Grundlage**

Poststrukturgesetz 1996, BGBl. Nr. 201/1996, Art. 95.

Gemäß Poststrukturgesetz hat der Bund ab Mai 1996 den Pensionsaufwand für die Ruhe- und Versorgungsgenußempfänger der Post und Telekom Austria AG zu tragen. Zur teilweisen Deckung dieses Pensionsaufwandes leistet die Post und Telekom Austria AG einen Beitrag in Höhe von 27,5 vH des Aufwandes an Aktivbezügen für Postbeamte. Die von den Bediensteten zu leistenden Pensionsbeiträge verbleiben beim Unternehmen.

Titel 2/556 Sonstige Pensionseinnahmen

	Einnahmen Millionen Schilling
1996	7 753,6
1997	7 421,1
1998	7 837,7

Unterschiede gegen Vorjahr

Die Erhöhung bei den Einnahmen ergibt sich aus der nunmehr bei diesem Titel verrechneten Überweisungsbeträge und Pensionssicherungsbeiträge der Post und Telekom Austria AG.

Vorschlagsansatz 2/55604 Pensionsbeiträge**Gesetzliche Grundlagen**

Gehaltsgesetz 1956, BGBl. Nr. 54, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 61/1997;

Nebengebühreuzulagengesetz, BGBl. Nr. 485/1971, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 61/1997.

Der Pensionsbeitrag wird ab 1. Mai 1995 nach § 22 Abs. 2 des Gehaltsgesetzes 1956 in Höhe von 11,75 vH vom Gehalt und den für die Bemessung des Ruhegenusses anrechenbaren Zulagen sowie von den Sonderzahlungen der aktiven Bundesbeamten eingehoben. Nach § 3 des Nebengebühreuzulagengesetzes werden Pensionsbeiträge in Höhe von 11,75 vH auch von anspruchsbegründenden Nebengebühren einbehalten.

Im Jahre 1998 werden Pensionsbeiträge in Höhe von insgesamt 6 579,0 Millionen Schilling erwartet.

220

Kapitel 55 — Titel 2/556

Voranschlagsansatz 2/55614 Überweisungen von Pensionsträgern**Gesetzliche Grundlagen**

Bundesgesetz BGBl. Nr. 177/1948 (§ 6 Abs. 3);

Allgemeines Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 61/1997 (§§ 308 und 529).

Die Überweisungen von Pensionsträgern wurden für 1998 mit 646,4 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 2/55615 Pensionsversicherungsbeitrag**Gesetzliche Grundlage**

Pensionsgesetz 1965, BGBl. Nr. 340, in der Fassung der BGBl. I Nr. 61/1997, Art. 4.

Im Jahre 1998 sind Einnahmen in Höhe von 612,2 Millionen Schilling zu erwarten.

Anzahl der Pensionisten

Ansatz	Voranschlagsansätze bei Kapitel 55	Der Veranschlagung zugrunde gelegt im Bundesvoranschlag 1997			Stand der Pensions- und Provisionsparteien am Jahresende				
		Pensionsparteien	Provisionsparteien	Zusammen	1992	1993	1994	1995	1996
Anzahl									
550	Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes:			¹⁾					
55000	Ruhebezüge	50 150	50 150	⁴⁾ 46 084	⁴⁾ 47 191	⁴⁾ 48 088	⁴⁾ 49 985	50 044
55010	Versorgungsbezüge	27 790	27 790	⁴⁾ 27 305	⁴⁾ 27 487	⁴⁾ 27 627	⁴⁾ 27 798	27 964
55020	Außerordentliche Versorgungsgenüsse	83	83	⁴⁾ 131	⁴⁾ 120	⁴⁾ 109	⁴⁾ 99	89
	Titel 550 (Summe) ...	78 023	78 023	⁴⁾ 73 520	⁴⁾ 74 798	⁴⁾ 75 824	⁴⁾ 77 882	78 097
552	Sonstige Bedienstete: ²⁾								
55200	Ruhebezüge	164	444	608	³⁾ 1 012	³⁾ 953	³⁾ 806	³⁾ 737	676
55210	Versorgungsbezüge	210	485	695	³⁾ 921	³⁾ 893	³⁾ 820	³⁾ 769	736
55220	Außerordentliche Versorgungsgenüsse	415	415	³⁾ 684	³⁾ 614	³⁾ 559	³⁾ 507	457
	Titel 552 (Summe) ...	789	929	1 718	³⁾ 2 617	³⁾ 2 460	³⁾ 2 185	³⁾ 2 013	1 869
	Kapitel 55 (Summe) ...	78 812	929	79 741	76 137	77 258	78 009	79 895	79 966

¹⁾ Einschließlich der Unterhaltsbezugsempfänger, und zwar Ruhebezüge 25
Versorgungsbezüge 33

²⁾ Bei diesem Voranschlagsansatz sind die Empfänger von außerordentlichen Versorgungsgenüssen auf Grund des Bonner Regierungsabkommens vom 27. April 1953 sowie die übernommenen Pensionisten und Provisionsparteien der „Austria“ Tabakwerke AG., des Dorotheums, der Österreichischen Salinen AG, der Österreichischen Staatsdruckerei AG (einschl. Wiener Zeitung GmbH) und der Münze Österreich AG enthalten.

³⁾ Hievon Provisionsparteien: Ruhebezüge 1992 1993 1994 1995 1996
Versorgungsbezüge 797 739 604 541 495
Außerordentliche Versorgungsgenüsse 642 622 567 529 508

Summe ... 1 439 1 361 1 171 1 070 1 003

⁴⁾ Einschließlich Österreichische Postsparkasse.

Kapitel 59 — Titel 590

221

Kapitel 59 Finanzschuld, Währungstauschverträge**Gesetzliche Grundlagen**

Gemäß § 16 (1) des Bundeshaushaltsgesetzes (BHG) vom 4. April 1986, BGBl. Nr. 213, sind ab dem BVA 1988 die Einnahmen aus der Aufnahme und die Ausgaben für die Rückzahlung von Finanzschulden von den allgemeinen Einnahmen und Ausgaben gesondert in einem Ausgleichshaushalt darzustellen.

Auf Grund der Novelle zum BHG, BGBl. Nr. 619/1989, sind auch die Einnahmen und Ausgaben aus Währungstauschverträgen Gegenstand der Veranschlagung.

Die Zinsenzahlungen und die Beträge für den sonstigen Aufwand sowie allgemeine Einnahmen sind im allgemeinen Haushalt zu veranschlagen.

Die Rechtsvorschriften über Finanzschulden sind im Art. 42 Abs. 5 und Art. 51 Abs. 5 B-VG, im § 65, 65 a und b BHG und im jeweiligen Bundesfinanzgesetz enthalten.

Verbindlichkeiten aus Währungstauschverträgen stellen keine Finanzschulden dar. Unter Währungstauschverträgen werden solche Verträge verstanden, die von den Vertragspartnern zu dem Zweck abgeschlossen werden, Zins- und/oder Kapitalbeträge auszutauschen.

Verwaltung und Koordination der Staatsschulden

Gemäß Bundesfinanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 763/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 386/1996, wurde die Verwaltung und Koordination der Finanz- und sonstigen Bundesschulden und die Kassenverwaltung des Bundes der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur übertragen.

Gesamtgebarung

	Zinsen	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt			Gesamthaushalt	
		Sonstiges	Summe Ausgaben	Einnahmen	Tilgung	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
Millionen Schilling								
1996	96 968,4	3 144,6	100 113,0	11 578,6	124 875,4	216 151,4	224 988,3	227 730,0
1997	100 106,1	3 293,6	103 399,7	8 580,9	111 992,1	180 869,6	215 391,8	189 450,5
1998	100 974,2	3 402,1	104 376,3	11 843,5	157 021,2	224 330,9	261 397,5	236 174,4

Unterschiede gegen Vorjahre

Das Mehrerfordernis ergibt sich — abgesehen von Veränderungen in der Höhe der Zinssätze und Kursschwankungen bei Krediten in fremder Währung — vor allem durch den Anstieg der Finanzschulden unter Berücksichtigung der Schulden und Forderungen aus Währungstauschverträgen (Nettodarstellung) von rd. 1 342 Milliarden Schilling Ende 1995 auf rd. 1 397 Milliarden Schilling Ende 1996.

Titel 590 Titrierte Finanzschuld in inländischer Währung

	Zinsen	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt			Gesamthaushalt	
		Sonstiges	Summe Ausgaben	Einnahmen	Tilgung	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
Millionen Schilling								
1996	48 448,6	0,0	48 448,6	26,9	70 956,2	115 593,2	119 404,8	115 620,2
1997	45 483,0	0,0	45 483,0	0,5	62 388,5	0,0	107 871,5	0,5
1998	50 810,2	0,0	50 810,2	0,0	63 881,4	0,0	114 691,6	0,0

Bei diesem Titel werden die Zinsen und Tilgungen für Anleihen, Bundesobligationen und Bundesschatzscheine veranschlagt.

222

Kapitel 59 — Titel 591 bis 595**Titel 591 Nicht titrierte Finanzschuld in inländischer Währung**

	Allgemeiner Haushalt			Ausgleichshaushalt			Gesamthaushalt	
	Zinsen	Sonstiges	Summe Ausgaben	Einnahmen	Tilgung	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling							
1996	23 634,2	0,0	23 634,2	—	13 717,2	44 274,0	37 351,4	44 274,0
1997	21 849,5	0,0	21 849,5	0,0	14 553,1	0,0	36 402,6	0,0
1998	20 787,8	0,0	20 787,8	0,0	30 944,6	0,0	51 732,4	0,0

Bei diesem Titel werden die Zinsen und Tilgungen für Darlehen von Vertragsversicherungsunternehmen, Darlehen von Kreditunternehmen, Kredite und Darlehen von Gebietskörperschaften, Sonstige Kredite und Darlehen und die Notenbankschuld verrechnet.

Titel 592 Titrierte Nullkuponfinanzschuld in inländischer Währung

	Allgemeiner Haushalt			Ausgleichshaushalt			Gesamthaushalt	
	Zinsen	Sonstiges	Summe Ausgaben	Einnahmen	Tilgung	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling							
1996	0,0	0,0	0,0	—	0,0	—	0,0	—
1997	280,8	0,0	280,8	0,0	300,0	0,0	580,8	0,0
1998	1 302,0	0,0	1 302,0	—	1 000,0	—	2 302,0	—

Bei diesem Titel werden die Rückzahlungen für die Nullkuponfinanzschuld in inländischer Währung verrechnet.

Titel 593 Titrierte Finanzschuld in fremder Währung

	Allgemeiner Haushalt			Ausgleichshaushalt			Gesamthaushalt	
	Zinsen	Sonstiges	Summe Ausgaben	Einnahmen	Tilgung	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling							
1996	16 885,6	0,0	16 885,6	20,6	16 066,9	38 966,3	32 952,5	38 986,9
1997	16 063,7	0,0	16 063,7	0,0	17 497,1	0,0	33 560,8	0,0
1998	17 537,6	0,0	17 537,6	0,0	22 981,0	0,0	40 518,6	0,0

Bei diesem Titel werden die Zinsen und Tilgungen für Anleihen und Schuldverschreibungen in fremder Währung veranschlagt.

Titel 594 Nicht titrierte Finanzschuld in fremder Währung

	Allgemeiner Haushalt			Ausgleichshaushalt			Gesamthaushalt	
	Zinsen	Sonstiges	Summe Ausgaben	Einnahmen	Tilgung	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling							
1996	1 158,9	0,0	1 158,9	2,7	4 337,2	—	5 496,1	2,7
1997	1 209,8	0,0	1 209,8	0,0	494,2	0,0	1 704,0	0,0
1998	1 226,6	0,0	1 226,6	0,0	157,8	0,0	1 384,4	0,0

Bei diesem Titel werden die Zinsen und Tilgungen für Kredite und Darlehen in fremder Währung veranschlagt.

Titel 595 Ausgaben und Einnahmen aus Währungstauschverträgen (Direktzahlung)

	Allgemeiner Haushalt			Ausgleichshaushalt			Gesamthaushalt	
	Zinsen	Sonstiges	Summe Ausgaben	Einnahmen	Tilgung	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling							
1996	5 282,7	0,0	5 282,7	8 489,9	17 575,5	15 131,3	22 858,2	23 621,2
1997	4 725,7	0,0	4 725,7	6 625,8	13 853,0	12 502,8	18 578,7	19 128,6
1998	4 501,8	0,0	4 501,8	7 247,3	7 488,0	8 250,0	11 989,8	15 497,3

Kapitel 59 — Titel 596 bis 598

223

Titel 596 Ausgaben und Einnahmen aus Währungstauschverträgen

	Allgemeiner Haushalt			Ausgleichshaushalt			Gesamthaushalt	
	Zinsen	Sonstiges	Summe Ausgaben	Einnahmen	Tilgung	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling							
1996	1 558,3	0,0	1 558,3	2 306,4	2 222,4	2 186,5	3 780,7	4 492,9
1997	1 255,1	0,0	1 255,1	1 674,6	2 906,0	2 894,9	4 161,1	4 569,5
1998	948,5	0,0	948,5	1 296,2	1 418,1	1 504,8	2 366,6	2 801,0

Bei den Titeln 595 und 596 werden die Ausgaben und Einnahmen aus Währungstauschverträgen veranschlagt.

Den Einnahmen aus Währungstauschverträgen bei den Titeln 595 und 596 stehen entsprechende Ausgaben bei den Ansätzen der dazugehörigen Finanzschuld bei den Titeln 593 und 594 gegenüber. Ausgaben und Einnahmen im Zusammenhang mit Emissionsverlusten bzw. -gewinnen und Spesen aus dem Abschluß von Währungstauschverträgen werden beim Titel 599 mitveranschlagt.

Titel 597 Titrierte Nullkuponfinanzschuld in fremder Währung

	Allgemeiner Haushalt			Ausgleichshaushalt			Gesamthaushalt	
	Zinsen	Sonstiges	Summe Ausgaben	Einnahmen	Tilgung	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling							
1996	0,0	0,0	0,0	—	0,0	—	0,0	—
1997	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1998	0,0	0,0	0,0	—	0,0	—	0,0	—

Bei diesem Titel werden die Rückzahlungen für die Nullkuponfinanzschuld in ausländischer Währung verrechnet.

Titel 598 Pauschalvorsorge

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt	
	Sachausgaben	Einnahmen	Tilgung	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling					
1996	0,1	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0
1997	9 238,5	0,0	0,2	165 471,9	9 238,7	165 471,9
1998	3 861,6	0,0	29 150,2	214 576,0	33 011,8	214 576,0

Paragraph 5981 Ausgelaufene Schulden in fremder Währung

Für ausgelaufene Schulden in fremder Währung wurden an Zinsen 0,4 Millionen Schilling und an Tilgung 0,2 Millionen Schilling veranschlagt.

Paragraph 5983 Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung**Gesetzliche Grundlage**

Bundeshaushaltsgesetz, BGBl. Nr. 213/1986, § 41, Abs. 3 Z 2.

Bei diesem Paragraph wird der Zinsen- und Tilgungsdienst für die 1997 nach Erstellung des Voranschlags und für die im Jahre 1998 durchzuführenden Kreditoperationen veranschlagt. Da diese neuen Kreditoperationen erst bei ihrer Durchführung den endgültigen Verrechnungsansätzen zugeordnet werden können, dient die Vorsorge bei diesem Ansatz der Bedeckung von Überschreitungen [überplanmäßige Ausgaben gem. § 41 (3) BHG und Art. V Abs. 3 BFG] bei den Titeln 590, 591, 593, 594, 595 und 596.

Im Voranschlag 1998 sind für Zinsen und Aufgeld 3 861,6 Millionen Schilling und für Tilgungen 29 150,2 Millionen Schilling vorgesehen.

Voranschlagsansatz 8/59849 Schuldaufnahmen gemäß Art. II BFG**Gesetzliche Grundlage**

Bundeshaushaltsgesetz, BGBl. Nr. 213/1986 in der geltenden Fassung, § 16, Abs. 1. und § 65b, Abs. 1.

224

Kapitel 59 — Titel 599

Die **Veranschlagung** der Erlöse aus Kreditaufnahmen (ausgenommen Einnahmen aus Währungstauschverträgen und aus bereits im Laufe dieses Jahres durchgeführten Kreditoperationen) erfolgt bei diesem VA-Ansatz, da die Zuordnung zu den endgültigen Verrechnungsansätzen erst nach der jeweiligen Kreditaufnahme durchgeführt werden kann.

Im Voranschlag 1998 sind die Erlöse aus solchen Kreditaufnahmen mit 214 576,033 Millionen Schilling angesetzt.

Paragraph 5985 Devisentermingeschäfte

Bei diesem Paragraph werden alle Einnahmen und Ausgaben für Devisentermingeschäfte zur Absicherung von Verpflichtungen bzw. Forderungen des Bundes aus dem Titel Finanzschuld verrechnet.

Titel 599 Sonstiger Aufwand bzw. Sonstige Einnahmen

	Allgemeiner Haushalt	
	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1996	3 144,6	732,1
1997	3 293,6	280,0
1998	3 402,1	3 300,0

Voranschlagsansätze 1/59908 und 2/59904

Bei diesen Voranschlagsansätzen werden vor allem Emissionsverluste, Provisionen und Spesen bzw. Emissionsgewinne im Zusammenhang mit der Finanz-Schuldengebarung und dem Abschluß von Währungstauschverträgen veranschlagt.

Im Voranschlag 1998 sind dafür Ausgaben in Höhe von 3 402,1 Millionen Schilling und Einnahmen in Höhe von 0,0 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansätze 1/59917 Dotierung des Nullkuponfonds und 2/59914 Überweisung des Nullkuponfonds

Mit BGBl. I Nr. 000/1997 wurde der Nullkuponfonds aufgelöst. Daher ist eine Dotierung im Jahre 1998 nicht mehr erforderlich. Gleichzeitig werden sämtliche Mittel des Nullkuponfonds in Höhe von rd. 3,3 Milliarden Schilling an den Bund rücküberwiesen.

Kapitel 60 — Titel 600

225

Kapitel 60 Land- und Forstwirtschaft

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 21/1997, insbesondere der Anlage zu § 2, Teil 1 und 2, Abschnitt K.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1996	1 710,9	27 450,5	29 161,4	2 556,4
1997	1 732,4	25 717,2	27 449,6	2 822,4
1998	1 686,6	22 728,7	24 415,3	2 584,6

Im einzelnen ist zu den Bereichen folgendes zu bemerken:

Titel 600 Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft**Gesetzliche Grundlagen**

Marktordnungsgesetz 1985, BGBl. Nr. 210, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 298/1995;
 AMA-Gesetz, BGBl. Nr. 376/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 420/1996;
 Landwirtschaftsgesetz, BGBl. Nr. 375/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 298/1995;
 Pflanzenschutzgesetz 1995, BGBl. Nr. 532/1995, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 73/1997;
 Forstgesetz, BGBl. Nr. 440/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 419/1996;
 Wasserbautenförderungsgesetz, BGBl. Nr. 148/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 516/1994;
 Wasserrechtsgesetz 1959, BGBl. Nr. 215/1959, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 74/1997;
 Hydrographiegesetz, BGBl. Nr. 58/1979, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 74/1997;
 Wassergüteerhebungsverordnung, BGBl. Nr. 338/1991;
 Saatgutgesetz 1997 — SaatG 1997 — BGBl. I Nr. 72/1997;
 Futtermittelgesetz, BGBl. Nr. 905/1993;
 Qualitätsklassengesetz, BGBl. Nr. 161/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 523/1995;
 Düngemittelgesetz 1994, BGBl. Nr. 513/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 72/1997;
 Weingesetz 1985, BGBl. Nr. 444/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996.

Aufgaben

Angelegenheiten der Agrarpolitik und des Landwirtschaftsrechts, Ernährungswesen; Angelegenheiten der Forstpolitik und des Forstrechts; Ordnung des Binnenmarktes hinsichtlich land-, ernährungs- und forstwirtschaftlicher Erzeugnisse sowie Saatgut, Futter-, Dünge- und Pflanzenschutzmittel mit Ausnahme der Preisregelung, Preisüberwachung und der Angelegenheiten der Preistreiberei; Regelung der Ein- und Ausfuhr von Waren, die Gegenstand der Urproduktion der heimischen Landwirtschaft sind; Weinrecht und Weinaufsicht; Angelegenheiten der Bodenreform und der Agrarbehörde; Verkehr mit land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken; Entschuldung der Land- und Forstwirtschaft; Angelegenheiten des Wasserrechts und der Wasserwirtschaft mit Ausnahme der wasserbautechnischen Angelegenheiten der Wasserstraßen sowie der Wasserversorgung und Kanalisation; Angelegenheiten des Pflanzenschutzes; Angelegenheiten der Schulerhaltung der land- und forstwirtschaftlichen Bundesschulen sowie Dienstrechtsangelegenheiten der Lehrer an land- und forstwirtschaftlichen Schulen, soweit diese nicht dem Bundeskanzleramt obliegen; Land- und forstwirtschaftliches Börsenwesen; Angelegenheiten der beruflichen Vertretung der auf dem Gebiet der Land- und Forstwirtschaft selbständig Erwerbstätigen; Verwaltung der spezifischen land- und forstwirtschaftlich genutzten Liegenschaften des Bundes einschließlich der Angelegenheiten der Österr. Bundesforste, Bundesgärten, Spanischen Reitschule; Angelegenheiten der Jagd und Fischerei; Wahrung der wasserrechtlichen und wasserwirtschaftlichen Belange bezüglich aller Grenzgewässer und der wasserbautechnischen Belange bezüglich der Grenzgewässer gegenüber dem Ausland, soweit es sich dabei nicht um die schiffbaren Flüsse Donau und March und die Thaya von der Staatsgrenze bei Bernhardsthal bis zur Mündung in die March handelt.

226

Kapitel 60 — Titel 600

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe Millionen Schilling	Ein- nahmen
1996	322,6	1 099,4	1 422,0	128,0
1997	321,7	1 350,2	1 671,9	164,3
1998	334,7	947,7	1 282,4	232,5

Unterschiede gegenüber dem Vorjahr

Die Verminderung der Sachausgaben gegenüber dem BVA 1997 ist in erster Linie auf den Wegfall der Kapitalbeteiligung an der Österreichischen Bundesforste AG und auf die Reduzierung der Überweisungen an die „Agrarmarkt Austria“ zurückzuführen.

Paragraph 6000 Zentraleitung

Der Paragraph 6000 umfaßt die Gebarung des Bundesministeriums einschließlich der Bundesaufsicht, der Zivilschutzmaßnahmen in deren Rahmen für den Aufwand eines Fahrzeuges für besondere Zwecke vorgesorgt wird und der Bezugsvorschüsse. Weiters ist bei diesem Voranschlagsansatz der Aufwand für den Obersten Agrarsenat gem. BGBl. Nr. 1/1951, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 902/1993, für wasserrechtliche und wasserwirtschaftliche Fachgutachten und Untersuchungen gem. BGBl. Nr. II/316/1934 und 144/1947, für die Staubeckenkommission gem. BGBl. Nr. 222/1985, vorgesehen.

Die Bundesaufsicht über die „Agrarmarkt Austria“ wird auf Grund der Bestimmungen des AMA-Gesetzes 1992 vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft ausgeübt.

Weiters ist bei diesem Paragraph für die Zahlungen des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft an internationale Institutionen und für internationale Aufgaben vorgesorgt, vor allem für die FAO, für das Internationale Weinamt, die Europäische Pflanzenschutzorganisation und anderes mehr.

Voranschlagsansatz 1/60028 Zahlungen an die BIG

Unter diesem VA-Ansatz sind die Mietenzahlungen des Ressorts an die Bundesimmobilien-gesellschaft zu veranschlagen.

Paragraph 6003 Agrar- und forstpol. sowie wasserwirtschaftliche Unterlagen**Voranschlagsansatz 1/60038 Aufwendungen**

Die veranschlagten Mittel dienen der Erstellung des in § 9 LWG vorgesehenen **Lageberichtes** („Grüner Bericht“) sowie der Information über die österreichische Land- und Forstwirtschaft. Mit diesem Bericht an die Bundesregierung und an das Parlament wird auch die Öffentlichkeit über die Probleme der Agrarwirtschaft sowie die Situation der bäuerlichen Familien im ländlichen Raum informiert.

Weiters sind die veranschlagten Mittel für **Anerkennungsprämien** an buchführende Landwirte vorgesehen. Österreich hat Daten von freiwillig buchführenden Landwirten auch an die EU zu liefern.

Weiters sind aus den veranschlagten Mitteln die verpflichtende Einrichtung des **INVEKOS** (integriertes Verwaltungskontroll-System) zu finanzieren.

Die veranschlagten Mittel dienen weiters der Führung des **Wasserwirtschaftskatasters**, BGBl. Nr. 34/1969, sowie der Erstellung wasserwirtschaftlicher Unterlagen gem. § 25 Abs. 1 und 2 Wasserbautenförderungsgesetz, der Erstellung des Gewässerschutzberichtes gem. Wasserrechtsgesetz und des Wassergüteberichtes gem. Hydrographiegesetz.

Weiters dienen die Mittel dieses Voranschlagsansatzes zur Finanzierung von **Arbeitsaufträgen an das land- und forstwirtschaftliche Rechenzentrum**, Arbeiten im Zusammenhang mit der Durchführung des Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems (INVEKOS) und der Rinderkennzeichnungsverordnung.

Die Mittel unter der Voranschlagspost **„Forstpolitische Unterlagen“** dienen der Erforschung des Beitrages der Forstwirtschaft zur Einnahmensschöpfung bäuerlicher Betriebe, der Erforschung betriebswirtschaftlicher Daten von Forstbetrieben, der Bewertung gemeinwirtschaftlicher Leistungen des Waldes sowie marktorientierter Analysen bezüglich forstlicher Produkte und Leistungen. Außerdem sind hier Mittel für die Verbesserung der Erhebung des Waldzustandes sowie für die Erweiterung des „Waldberichtes“ nach § 16 Forstgesetz gemäß der EntschlieÙung des Nationalrates vom 28. November 1989 veranschlagt. Außerdem sind bei diesem Voranschlagsansatz Mittel für die Beschaffung von Unterlagen zur forstlichen Raumplanung (Abschnitt II des Forstgesetzes 1975) und zur

Kapitel 60 — Titel 600

227

Erstellung von Raumplanungsrichtlinien für den Forstdienst sowie für außerforstlich raumplanerisch tätige Institutionen vorgesehen; darüber hinaus ist die Auswertung und die Herausgabe der jeweiligen Gesamtergebnisse des Waldentwicklungsplanes Österreichs erforderlich. Soweit für diese Aufgaben auch Druckkosten erwachsen, sind Mittel hierfür veranschlagt.

Paragraph 6004 Notstandspolizeiliche Maßnahmen gemäß §§ 31 und 138 WRG 1959**Voranschlagsansatz 1/60048 Aufwendungen**

Unter diesem Voranschlagsansatz wird für den Aufwand vorgesorgt, der dadurch entsteht, daß die Wasserrechtsbehörde bei Gefahr im Verzug die zur Gewässerreinigung notwendige Anordnung trifft und durchführen läßt, ohne daß ein Verpflichteter für die Tragung der Kosten ermittelt oder herangezogen werden kann. Im Falle der Uneinbringlichkeit vom Verpflichteten ist der Aufwand als Zweckaufwand vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft zu tragen.

Paragraph 6005 Vollziehung des Hydrographiegesetzes**Wasserkreislauf**

In Angelegenheiten der Hydrographie ist gemäß Art. 10 Abs. 1 Z 10 des Bundes-Verfassungsgesetzes die Gesetzgebung und Vollziehung Bundessache. Mit 1. Jänner 1980 ist das Bundesgesetz über die Erhebung des Wasserkreislaufes (Hydrographiegesetz) 74/1997, in Kraft getreten. Nach diesem Gesetz hat der Hydrographische Dienst die Erhebungen des Wasserkreislaufes durchzuführen, die sich auf das Oberflächenwasser, den Niederschlag, das unterirdische Wasser, die Verdunstung und die Feststoffe in den Gewässern hinsichtlich Verteilung nach Menge und Dauer, die Temperatur von Luft und Wasser, die Eisbildung in den Gewässern und im Hochgebirge sowie die den Wasserkreislauf beeinflussenden oder durch ihn ausgelösten Nebenerscheinungen beziehen.

Der jeweilige Landeshauptmann hat die Beobachtungen und Messungen durchzuführen und die beobachteten und gemessenen hydrographischen Daten unter Bedachtnahme auf ihren Zusammenhang so zu verarbeiten, daß sie als Grundlage für wasserwirtschaftliche Planungen und wasserrechtliche Entscheidungen herangezogen werden können und für eine Bearbeitung mit Hilfe von Anlagen der automationsunterstützten Datenverarbeitung sowie für Veröffentlichungen, insbesondere im hydrographischen Jahrbuch, geeignet sind. Die verarbeiteten Daten sind so rasch wie möglich dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft zu übermitteln.

Die vom jeweiligen Landeshauptmann übermittelten Daten sind vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft zusammenfassend zu bearbeiten und die Ergebnisse dieser Bearbeitungen, die von allgemeiner Bedeutung sind, zu veröffentlichen. Insbesondere ist für jedes Jahr ein hydrographisches Jahrbuch herauszugeben.

Wassergüte

Gemäß § 10 Abs. 1 des Hydrographiegesetzes in der Fassung der Wasserrechtsgesetznovelle 1990 trägt der Bund wie bei der Erfassung des Wasserkreislaufes, die Errichtungskosten der zur Durchführung der Beobachtungen der Wassergüte erforderlichen gewässerkundlichen Einrichtungen zur Gänze und den angemessenen Aufwand für die Beobachtung der Wassergüte zu zwei Dritteln.

Als gewässerkundliche Einrichtungen versteht man dabei Meßstellen, dh. ortsfeste Einrichtungen zur Probenentnahme aus Oberflächengewässern und aus dem Grundwasser (Grundwasseraufschlüsse mit Entnahmeeinrichtungen). Unter den Begriff Beobachtung fällt die Probenentnahme, die Analytik und Auswertung der Proben für die Erst-, Wiederholungs- und Sonderbeobachtungen gemäß der laut Hydrographiegesetz erlassenen Wassergüte-Erhebungsverordnung (BGBl. Nr. 338/1991) von Grundwasser und Fließgewässern.

Die vom jeweiligen Landeshauptmann übermittelten Daten sind vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft gleichfalls zusammenfassend zu bearbeiten und zu veröffentlichen.

Diese Maßnahmen werden zum Großteil mit Mitteln aus dem Katastrophenfonds finanziert.

Voranschlagsansatz 1/60068 Land-, forst- und wasserwirtschaftliche Sonderaufgaben

Die veranschlagten Mittel sind für die Herausgabe der Fachzeitschrift „Förderungsdienst“ mit jährlich zwölf Folgen und Sondernummern sowie für die Publikation von Informationsbroschüren für die bäuerlichen Familien und andere Zielgruppen (zB Parlament und Landtage) vorgesehen.

Zusätzlich werden mit diesen Mitteln Informationsschreiben des Bundesministers über agrar- und betriebswirtschaftliche sowie förderungspolitische Fragen hergestellt.

Bei diesem Voranschlagsansatz sind im Sinne des Saatgutgesetzes 1997, BGBl. I Nr. 72/1997, auch Mittel für das Saatgutwesen veranschlagt. In erster Linie ist die Abgabe von gutem und einwandfreiem Saatgut zu gewährleisten. Um dieses Ziel zu erreichen, sind auch fachlich befähigte Personen beizuziehen, die nicht aus dem Bereich der Bundesbehörden stammen. Diese sind aus Gründen der Wirtschaftlichkeit bei den ortslastigen Tätigkeiten im Rahmen dieses Gesetzes (Feldanerkennung, Probenahme usw.) einzusetzen.

Im Bereich des Forstwesens und der Wasserwirtschaft werden aus diesem Voranschlagsansatz Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit, das sind insbesondere Broschüren und sonstige Publikationen, Aktivitäten zur jährlichen „Woche des Waldes“, und des „Tages des Wassers“, Veranstaltungen wie Enqueten, Symposien, Seminare und Filmaktivitäten finanziert.

Darüber hinaus werden Mittel für Maßnahmen der internationalen Öffentlichkeitsarbeit und für die Einrichtung eines österreichweiten für alle Waldgesellschaften repräsentativen Netzes von Naturwaldreservaten bereitgestellt.

Darüber hinaus sind bei diesem Voranschlagsansatz auch Mittel für das Futtermittelwesen veranschlagt, die zur Deckung von erhöhten Aufwendungen der in der Futtermittelkontrolle tätigen Anstalten gemäß Futtermittelverordnung 1994, BGBl. Nr. 273/1994, dienen.

Paragraph 6007 Qualitätskontrolle

Die Qualitätskontrolle ist auf Grund des Qualitätsklassengesetzes und folgender Verordnungen der EU über Qualitäts- und Vermarktungsnormen für verschiedene landwirtschaftliche Erzeugnisse durchzuführen: VO (EWG) Nr. 2200/96, VO (EWG) Nr. 2251/92, VO (EWG) Nr. 3220/84, VO (EWG) Nr. 2967/85, VO (EWG) Nr. 1208/81, VO (EWG) Nr. 1186/90, VO (EWG) Nr. 344/91, VO (EWG) Nr. 2137/92, VO (EWG) Nr. 1906/90, VO (EWG) Nr. 1538/91, VO (EWG) Nr. 2782/75, VO (EWG) Nr. 1868/77, VO (EWG) Nr. 1907/90, VO (EWG) Nr. 1274/91, VO (EWG) Nr. 316/68, VO (EWG) Nr. 315/68. Weitere Bestimmungen finden sich in nach dem Qualitätsklassengesetz erlassenen Verordnungen des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft. Die diesbezüglichen Kontrollen sind sowohl am Ort der Zollabfertigung als auch beim Warenverkehr im Inland durchzuführen.

Paragraph 6008 Sonstige Aufgaben

Voranschlagsansatz 1/60086 Förderungen

Bei diesem Voranschlagsansatz werden Zuschüsse zum Verwaltungsaufwand der „FAO-Weltkampagne zur Bekämpfung von Hunger und Not“ sowie die Förderungen von privaten Institutionen, die der Land- und Forstwirtschaft in ihrem Aufgabengebiet dienen, veranschlagt. Weiters ist unter diesem Voranschlagsansatz auch für Förderungsmaßnahmen im Rahmen der Osthilfe sowie für die Klagenfurter Messe, das IUFRO-Sekretariat und die Förderung forstlicher Symposien und Institutionen und der Donauschutzkonvention Vorsorge getroffen worden.

Voranschlagsansatz 1/60087 Internationale Nahrungsmittelhilfe (Gesetzl. Verpflichtungen)

Auf Grund des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens ist Österreich zur jährlichen Lieferung von 8 900 t Getreide verpflichtet. Für die Erfüllung der Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen wurden 28,7 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/60088 Internationale Maßnahmen

Österreich leistet auf Grund eines Beschlusses der Bundesregierung im Jahre 1998 zum Welternährungsprogramm der FAO Beiträge in Höhe von insgesamt rd. 31,9 Millionen Schilling.

Schließlich hat sich Österreich auf Grund eines Beschlusses der Bundesregierung bereit erklärt, einen jährlichen Beitrag zur Internationalen Nahrungsmittelnotstandsreserve der FAO in Form von Getreide zu leisten. Für diese Zwecke wurden rd. 5,8 Millionen Schilling veranschlagt.

Weiters wurden im Bereich Forstwirtschaft je 1,5 Millionen Schilling für den Transfer an sonstige Institutionen und für forstliche Projekte im Zusammenhang mit der FAO veranschlagt.

Kapitel 60 — Titel 601

229

Paragraph 6009 Vollziehung des Forstgesetzes 1975**Voranschlagsansatz 1/60098 Aufwendungen**

Bei diesem Voranschlagsansatz sind Mittel für Ersatzaufforstungen gemäß § 18 (3) Forstgesetz sowie für die Anschaffung von Hinweistafeln gem. § 33 (2) lit. a Forstgesetz veranschlagt. Weiters ist je eine Post für den allfälligen Ersatz der Kosten aus Anlaß der Feststellung forstschädlicher Luftverunreinigungen gem. Abschnitt IV Forstgesetz 1975 und für Waldbrandbekämpfungskosten gem. § 42 lit. f Forstgesetz sowie die Anlage von Samenplantagen und Klonarchiven und Forstschädlingsprognosen vorgesehen.

Titel 601 Bundesministerium (Förderung der Land- und Forstwirtschaft und des Ernährungswesens)**Gesetzliche Grundlagen**

Land- und forstwirtschaftliches Berufsausbildungsgesetz, BGBl. Nr. 177/1952, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 472/1992;

Weingesetz, BGBl. Nr. 444/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996;

Landwirtschaftsgesetz, BGBl. Nr. 375/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 298/1995;

Forstgesetz 1975, BGBl. Nr. 440/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 419/1996;

Wasserrechtsgesetz 1959, BGBl. Nr. 215/1959, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 74/1997;

Wasserbautenförderungsgesetz, BGBl. Nr. 148/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 516/1994.

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft obliegt die Aufgabe, durch geeignete agrarmarkt- und förderungspolitische Maßnahmen, unterstützt durch die Beratung und Forschung sowie durch gezielte Bildungsaktivitäten dazu beizutragen, die Einkommenssituation der bäuerlichen Familien zu verbessern und ihnen die Teilnahme an der allgemeinen Wohlstandsentwicklung zu sichern. Die bestmögliche Versorgung mit Nahrungsmitteln und wichtige landeskulturelle Aufgaben für die Erhaltung funktionsfähiger ländlicher Räume erfordern zielgerechte nationale Förderungsmaßnahmen sowie die Abstimmung mit der Struktur- und Marktpolitik der Europäischen Union.

Die von der Bundesregierung jährlich herausgegebenen Grünen Berichte gemäß Landwirtschaftsgesetz und die Jahresberichte informieren umfassend über die wirtschaftliche und soziale Situation der bäuerlichen Familien und haben auch die Marktverhältnisse in der tierischen und pflanzlichen Produktion unter EU-Bedingungen sowie die Verwendung der öffentlichen Gelder zum Inhalt.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1996	2 093,9	5,5
1997	2 116,5	0,1
1998	2 047,4	0,1

Unter dem Titel 601 sind die Budgetmittel für die nationalen land- und forstwirtschaftlichen Förderungsmaßnahmen veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/60106 Beratungs- und Weiterbildungsmaßnahmen**Beratungswesen**

Die veranschlagten Bundesmittel sind für Zuschüsse zu den Personalkosten der Beratungskräfte der Landwirtschaftskammern vorgesehen, die im Zuge der Anpassung an geänderte Erfordernisse und Zielsetzungen im Agrarbereich, insbesondere durch den EU-Beitritt beträchtliche Aufgaben wahrzunehmen haben.

Im einzelnen ist die Förderung folgender Maßnahmen vorgesehen:

Fortbildung der Fachkräfte des landwirtschaftlichen Beratungswesens, Durchführung von Beratungsveranstaltungen, Erarbeitung, Anschaffung von Beratungsunterlagen und Behelfen zu den

230

Kapitel 60 — Titel 601

obengenannten Schwerpunkten, erforderliche Investitionen, insbesondere EDV-Geräte für die Beratungsarbeit und die Erstellung von Beratungsunterlagen.

Im Bereich der Forstwirtschaft sind die veranschlagten Bundesmittel für Maßnahmen bzw. Programme der forstlichen Aufklärung sowie Weiterbildung und Beratung der in der Forstwirtschaft Tätigen vorgesehen. Darüber hinaus dienen sie zur Förderung bzw. Bezuschussung der Personalkosten der forstlichen Beratungsorgane bei den Landwirtschaftskammern Österreichs und zur Finanzierung von forstlicher Aus- und Weiterbildung von Bergbauern an den Forstlichen Ausbildungsstätten.

Kammereigene Bildungsstätten

Umfangreichere Bildungsmaßnahmen erfordern geeignete Räumlichkeiten sowie Verpflegungs- und Unterbringungsmöglichkeiten.

Voranschlagsansatz 1/60126 Erschließung von Wildbacheinzugsgebieten (Mittel des Katastrophenfonds, zweckgebundene Gebarung)

Die Mittel sind insbesondere für forstlich biologisch und begleitende technische Maßnahmen einschließlich notwendiger Erschließungen in Wildbach- und Lawineneinzugsgebieten vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/60136 Förderung der Weinwirtschaft

Die veranschlagten Bundesmittel dienen der Verwirklichung der Ziele gemäß Weingesetz 1985, nämlich der Förderung des Absatzes der Produkte, der Förderung der Qualitätsproduktion sowie der Förderung der Marktstabilisierung. Weiters sind Bundesmittel für die anteilige Finanzierung von Weingarten-Stillegungsmaßnahmen der Länder Niederösterreich und Burgenland vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/60146 Qualitätsverbessernde und produktionsumlenkende Maßnahmen***Qualitätsverbesserung im Pflanzenbau***

Die Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung in der pflanzlichen Produktion betreffen den Pflanzen- und Futterbau, die Saatgutwirtschaft, den integrierten Pflanzenschutz, Garten-, Gemüse-, Obst- und Weinbau und sonstige Spezialkulturen.

Durch diese Maßnahmen soll die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft im In- und Ausland im Wege der Verbesserung der Qualität ihrer Erzeugnisse gesichert werden.

Es sind ua. folgende Maßnahmen vorgesehen:

Verbesserung der Produktionsgrundlagen und Wachstumsbedingungen zur kostengünstigen und ausreichenden Versorgung der Bevölkerung mit pflanzlichen Produkten, Durchführung entsprechender Maßnahmen beratenden und aufklärenden Charakters und Förderung der Bildung aller geeigneten Formen überbetrieblicher Zusammenschlüsse in der pflanzlichen Produktion.

Die für den integrierten Pflanzenschutz vorgesehenen Mittel dienen produktionsverbessernden Zielen unter den Bedingungen einer umweltschonenden und gesundheitlich unbedenklichen Anwendung der Präparate im Sinne des integrierten Pflanzenschutzes, wozu auch eine Abstimmung der Maßnahmen mit den Anrainerstaaten zu zählen ist, sowie der Heranzucht gesunden Pflanzenmaterials. Die im Saatgutwesen vorgesehenen Mittel dienen der Sicherung der Versorgung der Landwirtschaft mit hochwertigem Saat- und Pflanzgut.

Qualitätsverbesserung und Produktionsalternativen in der Tierhaltung

Die vorgesehenen Mittel sind für qualitätsverbessernde Maßnahmen in der Tierzucht, Tierhaltung und Milcherzeugung sowie für tierische Produktionsalternativen bestimmt. Die Förderungsmaßnahmen sollen mithelfen, die tierischen Produkte in ihrer Beschaffenheit und Qualität weiter zu verbessern und die Möglichkeiten des weiteren Aufbaues der tierischen Alternativen zu nutzen.

Durch die Förderung tierischer Produktionsalternativen sollen die fallweise noch vorhandenen Marktlücken stärker ausgenutzt werden.

Die Förderungsmittel sollen darüber hinaus für die Förderung der Qualitätsproduktion, der Qualitätssicherung, der Klassifizierung von Schlachtkörpern und die Durchführung von Hygiene- und Gesundheitsprogrammen verwendet werden.

Kapitel 60 — Titel 601

231

Außerdem stehen für wichtige Investitionsmaßnahmen und die Beschaffung der für die Rationalisierung und Qualitätsverbesserung der Tier- und Milcherzeugung erforderlichen Einrichtungen Zinszuschüsse zu Agrarinvestitionskrediten und Investitionszuschüsse zur Verfügung.

Förderung von Innovationen

Die veranschlagten Mittel sind für die Schaffung von Einkommensalternativen für landwirtschaftliche Betriebe durch innovative Maßnahmen in der pflanzlichen und tierischen Produktion und Vermarktung sowie im Dienstleistungsbereich vorgesehen.

Förderung des biologischen Landbaues

Die veranschlagten Mittel sind vor allem für die Verbände der biologischen Landwirtschaft vorgesehen, wobei insbesondere die große Zahl der Umstellungsbetriebe einer intensiven Beratung und sonstigen Betreuung bedarf. Die biologische Landwirtschaft erfährt in Österreich einen besonders starken Aufschwung.

Förderung landtechnischer Maßnahmen

Aus den veranschlagten Mitteln wird der überbetriebliche Landmaschineneinsatz (die Maschinenringe) unterstützt. Auf Grund der kleinbäuerlichen Betriebsstruktur der österreichischen Landwirtschaft sind der Eigenmechanisierung enge Grenzen gesetzt. Die Maschinenringe als Selbsthilfeeinrichtung der Landwirte erweisen sich als besonders wirkungsvolle Form der Zusammenarbeit.

Weiters wird die Abhaltung land- und energietechnischer Kurse sowie die Aus- und Weiterbildung der Maschinenringgeschäftsführer unterstützt; darin werden den Landwirten die Kenntnisse vermittelt, den Maschinenpark zu pflegen und einfachere Reparaturen selbst durchzuführen. Der Landmaschinenpark erfordert jährliche Aufwendungen für Wartung, Pflege, Reparatur in der Höhe von ca. 3,5 Milliarden Schilling. Weiters werden Selbsthilfekurse im landwirtschaftlichen Bauwesen gefördert. Ebenso wird die Erarbeitung und Herausgabe landtechnischer Informationen und Untersuchungsergebnisse finanziert (ÖKL).

Energie aus Biomasse

Aus diesen Mitteln werden einzelbetriebliche Investitionen für die Energieerzeugung (Biomasse-Heizanlagen, Biogasanlagen ua.) sowie vor allem kleinräumige Biomasse-Nahwärmeversorgungsanlagen gefördert. Ziel ist die stärkere Nutzung erneuerbarer Energieträger, im besonderen der Biomasse.

Forstliche Maßnahmen

Die für forstliche Maßnahmen veranschlagten Mittel dienen zur Gewährung von Beiträgen für Forstschutzmaßnahmen, zur Holzmanipulation und Weiterverarbeitung, außerdem zur Durchführung von Aufforstungs- und forstlichen Bestandesumbaumaßnahmen, Melioration sowie zur Weiterführung langjähriger Regionalprogramme der Hochlagenaufforstung und Schutzwaldsicherung. Zur Verbesserung der Erholungswirkung des Waldes sollen Förderungsmaßnahmen, wie zB die Schaffung von Parkplätzen, Wanderwegen und Spielplätzen usw. gesetzt und mit Bundesmitteln gefördert werden. Darüber hinaus werden Waldbrandversicherungsprämien, die Sanierung geschädigter Wälder und die Errichtung von Erhaltungsbeständen und Naturwaldgesellschaften mit Bundesmitteln bezuschußt.

Voranschlagsansatz 1/60156 Betriebserhaltende und infrastrukturelle Maßnahmen***Verkehrerschließung ländlicher Gebiete***

Die veranschlagten Mittel sind für die Errichtung von dringend benötigten Zufahrten für bäuerliche Betriebe und deren Wirtschaftsflächen vorgesehen.

Durch diese Maßnahme wird die Existenz der landwirtschaftlichen Betriebe gesichert und in raumordnungspolitischer Hinsicht ein Beitrag zur Erhaltung der Siedlungsdichte und damit auch der Kulturlandschaft erbracht.

Landwirtschaftlich-bauliche Investitionen

Die veranschlagten Mittel sind für einzelbetriebliche Förderungsmaßnahmen bestimmt. Um eine zeitgemäße Bewirtschaftung der bäuerlichen Betriebe zu ermöglichen, wird die Errichtung und Verbesserung landwirtschaftlicher Wirtschaftsgebäude und sonstiger baulicher Anlagen gefördert,

232

Kapitel 60 — Titel 601

wobei auf die Erhaltung wertvoller Bausubstanz und auf eine landschaftsgerechte Bauweise zu achten ist.

Weiters werden die Umstellung vorhandener Tierhaltungssysteme auf besonders tierfreundliche Aufstallungsformen und die Errichtung von Düngerlagerstätten (Lagerbehälter und Stapelflächen für Wirtschaftsdünger) gefördert. Zeitgemäße Düngerlagerstätten sind eine Hauptvoraussetzung für den Schutz der Gewässer vor Verunreinigungen zufolge wassergefährdender Gülle, Jauche und Sickersäfte.

Weiters werden Investitionen in den Bereichen „Urlaub am Bauernhof“, Direktvermarktung und Almwirtschaft gefördert.

Landtechnische Investitionen

Die veranschlagten Mittel sind für die Neu- und Ersatzanschaffung von Bergbauernspezialmaschinen und für die Mechanisierung der Innenwirtschaft zur Vereinfachung oder Erleichterung der Arbeitsvorgänge vorgesehen.

Forstliche Bringungsanlagen und Forstaufschließung

Mit den bei diesem Voranschlagsansatz veranschlagten Mitteln soll die Errichtung von forstlichen Bringungsanlagen zur Ermöglichung einer pfleglichen und naturnahen Waldbewirtschaftung gefördert werden. Beim Bau von Forstwegen ist auf eine landschaftsgerechte ökologische sorgsame Vorgangsweise Bedacht zu nehmen.

Voranschlagsansatz 1/60166 Absatz und Verwertungsmaßnahmen***Werbung und Markterschließung***

Mit den veranschlagten Mitteln können Maßnahmen zur Absatzverbesserung und Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte im pflanzlichen und tierischen Bereich einschließlich Produkte des biologischen Landbaues gefördert werden. Beiträge für Werbe- und Marktpflegemaßnahmen bei der Gästebeherbergung für nicht gewerbliche Betriebe („Urlaub am Bauernhof“) einschließlich gezielter Aktivitäten im In- und Ausland für Bundes- und Landesorganisationen sollen bereitgestellt werden. Weiters sind Zuschüsse zur Präsentation von Produkten und Leistungen der österreichischen Landwirtschaft bei Ausstellungen und Messen vorgesehen.

Verbesserung der Marktstruktur

Die veranschlagten Mittel sind für die Förderung von Investitionen zur Verbesserung der Marktstruktur, Be-, Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte, insbesondere für Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung, Entwicklung und Vermarktung von Markenprodukten, der Direktvermarktung, für die Anwendung neuer Verarbeitungsverfahren erforderlich.

Voranschlagsansatz 1/60176 Sozialpolitische Maßnahmen

Die im Landwirtschaftsgesetz verankerte Förderungsaktion Landarbeitereigenheimbau wurde ab 1. Jänner 1995 auf die Länder übertragen. Es sind daher nur mehr die zur Abdeckung der Vorbelastrungen für Förderungsfälle der letzten fünf Jahre erforderlichen Mittel veranschlagt.

Zur Sicherung der erforderlichen qualifizierten Arbeitskräfte wird die durch das land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsgesetz und die Berufsausbildungsordnungen der Länder geregelte Berufsausbildung durch die Gewährung von Beihilfen für den Besuch der in den Ausbildungsvorschriften vorgesehenen Kurse und Lehrgänge gefördert.

Kapitel 60 — Titel 601

233

Paragraph 6018 Land- und forstwirtschaftliche Kredite**Voranschlagsansatz 1/60186 Förderungen**

Die veranschlagten Mittel sind für Zinsenzuschüsse zu Investitionen im land- und forstwirtschaftlichen Bereich wie Agrarinvestitionskredite, Konsolidierungskredite, Darlehen des Besitzstrukturfonds und Zinsenzuschüsse des EU-Fitneßprogrammes sowie für die noch aushaftenden Agrarsonderkredite bestimmt.

Voranschlagsansatz 1/60188 Aufwendungen

Entgelte für die Abwicklung von ausgelagerten Investitionsförderungen sowie für die Bearbeitung von Zinsenzuschüssen zu Krediten im Rahmen des EU-Fitneßprogrammes für die Nahrungsmittelwirtschaft.

Paragraph 6019 Sonstige Maßnahmen**Voranschlagsansatz 1/60196 Förderung von Forschungs- und Versuchsvorhaben**

Unter diesem Voranschlagsansatz sind Mittel für die Förderung von land- und forstwirtschaftlichen Forschungsprojekten veranschlagt.

Landwirtschaft

Die veranschlagten Mittel dienen als Ergänzung zu den Aufwendungen für Forschungsaufträge, welche im Rahmen des Forschungs- und Versuchswesens getätigt werden.

Forstwirtschaft

Im Rahmen der forstwirtschaftlichen Forschungsförderung werden neue fachliche Erkenntnisse und Entscheidungshilfen zur Verbesserung und nachhaltigen Sicherung, Erhaltung und Regelung der Nutz-, Schutz-, Wohlfahrts- und Erholungswirkung des Waldes erarbeitet. Aus den veranschlagten Mitteln werden schwerpunktmäßig forstliche biotechnologische Forschungsprojekte gefördert, die die Entwicklung von biochemischen Analyse-, Identifikations-, Kontroll- und Mikrovegetation-Verfahrensverfahren bei Forstgehölzen zum Inhalt haben, zB DNA-Analyse an Fichte. Ziel ist die Erarbeitung neuer und verbesserter Entscheidungshilfen für die gesetzlich vorgeschriebene Herkunftserstellung und -kontrolle. Weiters wurden alternative Vermehrungsverfahren (In-vitro-Vermehrung) für die gefährdete Baumart Eiche entwickelt und Forschungsprojekte im Schnittstellenbereich der Forstwirtschaft zur Holzwirtschaft gefördert.

Voranschlagsansatz 1/60198 Forschungs- und Versuchswesen

Die veranschlagten Mittel dienen zur Finanzierung von Forschungsaufträgen auf dem Gebiet der Land-, Forst- und Wasserwirtschaft.

Für die Teilnahme der Bundesanstalten an internationalen Forschungsk Kooperationen wurde budgetäre Vorsorge getroffen.

Landwirtschaft

Unter den angeführten Zielvorgaben — Steigerung der Qualität land- und forstwirtschaftlicher Produkte, Natur- und Umweltschutz, Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit landwirtschaftlicher Produkte — erfolgt die Vergabe von Forschungsaufträgen, wobei auf internationale Kooperationen besonderes Augenmerk gelegt wird.

Forstwirtschaft

Bedeckung laufender Forschungsaufträge, Waldschadensforschung im Rahmen des FIW II (Stabilisierungs-, Revitalisierungs-, Sanierungsforschung) und des BOKU-Spezialforschungsbereiches Waldökosystemsanierung, Waldökosystemforschung am Schwerpunktstandort Achenkirch inklusive Baumphysiologie- und Eintragsforschung, Forschungsaufträge zum sozioökonomischen Themenkreis (Bewertung infrastruktureller Leistungen des Waldes, Diversifikation und Marketing), Forschungsaufträge zum Themenkreis Ökologisierung der Waldbewirtschaftungssysteme (naturnahe Waldwirtschaft).

Wasserwirtschaft

Schwerpunktt Themen sind gewässerökologische Fragestellungen, Grundwasserschutz und Grundwassersanierung.

234

Kapitel 60 — Titel 602**Titel 602 Agrarische Strukturförderung****Gesetzliche Grundlagen**

Landwirtschaftsgesetz 1992, BGBl. Nr. 375/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 298/1995; Rechtsvorschriften der Europäischen Union über die agrarische Strukturförderung.

Aufgaben

Dem BMLF obliegt die Eingliederung der österreichischen Land- und Forstwirtschaft in die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP). Dabei muß die bestmögliche Versorgung mit qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln, die Hebung des Einkommens und der Lebensqualität der in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen, die Pflege und Erhaltung von Umwelt und Landschaft sowie die Erhaltung der Funktionsfähigkeit des ländlichen Raumes gewährleistet werden.

Die veranschlagten Mittel dienen der Förderung der Bauern und der Nahrungsmittelindustrie zur Bewältigung der Herausforderungen des EU-Binnenmarktes.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Schilling
1996	3 948,5	—
1997	4 213,1	0,0
1998	3 774,1	0,0

Der Titel 602 enthält die Förderungsmaßnahmen aus dem EAGFL-Abteilung Ausrichtung, gegliedert nach Ziel-1-, Ziel-5a- und Ziel-5b-Gebieten, sowie des Finanzinstrumentes für die Ausrichtung der Fischerei (FIAF). Darüber hinaus ist auch der Bundesanteil an diesen Förderungen unter diesem Titel veranschlagt.

Die Unterschiede gegenüber dem Vorjahr resultieren aus der sukzessiven Rücknahme dieser Förderungen.

Voranschlagsansatz 1/60206 Kofinanzierte Förderungsmaßnahmen (EAGFL-Ausrichtung)

Der „Europäische Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft“ (EAGFL) beteiligt sich mit seiner Abteilung „Ausrichtung“ an der Finanzierung der Agrarstrukturförderungsmaßnahmen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Diese Beteiligung erfolgt seit 1989 im Rahmen der Neuausrichtung aller drei Strukturfonds der EU. EAGFL-kofinanzierte agrarische Förderungsmaßnahmen kommen dabei in den regionalen Strukturfondszielen 1, 5b und im horizontalen Ziel 5a zur Anwendung. Für die Kofinanzierung von Maßnahmen gemäß Ziel 5a stehen für die laufende Strukturfondsperiode bis 1999 388 Millionen ECU an EAGFL-Mitteln zur Verfügung.

Zu den EAGFL-Mitteln im Rahmen des Zieles 5a kommen noch die EAGFL-Mittel der Ziele 1, 5b und EAGFL-kofinanzierte Maßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsinitiativen. Für das Ziel 1 (Burgenland) sind bis 1999 24 Millionen ECU an EAGFL-Ausrichtungsmitteln vorgesehen. Für die sieben Länderprogramme im Rahmen des Zieles 5b stehen bis 1999 164 Millionen ECU EU-Mittel von der Abteilung Ausrichtung des EAGFL zur Verfügung.

Voranschlagsansatz 1/60216 Kofinanzierte Förderungsmaßnahmen; Anteile des Bundes

Im Bereich der EU-Strukturfondsförderung können nur dann EU-Mittel für die Finanzierung von Maßnahmen abgerufen werden, wenn entsprechende nationale Mittel eingesetzt werden. In diesem Ansatz ist daher der entsprechende Bundesanteil veranschlagt.

Gemeinsam mit den im Ansatz 1/60206 dargestellten EAGFL-Mitteln und den Gegenüberstellungsmitteln der Länder werden damit folgende Maßnahmenschwerpunkte finanziert:

— **Beratungs- und Weiterbildungsmaßnahmen**

Aus der Sicht der gemeinsamen Agrarpolitik ist Beratung und Weiterbildung grundsätzlich eine national zu finanzierende Aufgabe. Immer dann, wenn es gilt, Anpassung und Weiterentwicklungen der GAP rasch zu implementieren, sieht das EU-Recht jedoch eine Mitfinanzierung von Beratungs- und Weiterbildungsmaßnahmen vor [vgl. zB Art. 28 VO (EWG) 2328/91 oder Art. 6 VO (EWG) 2078/92].

— **Die Förderung der ländlichen Entwicklung (= Ziel 5b) ist seit der EU-Strukturfondsreform ein wesentlicher Schwerpunkt der gemeinsamen Agrar- und Regionalpolitik. Im EAGFL-kofinanzierten Teil der 5b-Programme werden beispielsweise Projekte finanziert, die eine Verbesserung der Erwerbsmöglichkeiten der Bauern ermöglichen. Die Förderungstatbestände sind in Art. 5 der VO 2085/93 über die Aufgaben des EAGFL, Abt. Ausrichtung genannt und gelten auch für das Ziel 1 (entsprechende Maßnahmen sind für das Burgenland im Programmplanungsdokument vorgesehen).**

Kapitel 60 — Titel 603

235

- Direktzahlungen in Berggebieten und sonstigen benachteiligten Gebieten haben sich als Ausgleichszulage gemäß Art. 17 bis 19 zur gewichtigsten Maßnahme im Rahmen des Ziels 5a entwickelt. Da Österreich gemäß dem Verhandlungsergebnis über einen überdurchschnittlichen Anteil an EU-konformen benachteiligten Gebieten verfügt, nimmt die Ausgleichszulage einen finanziell wesentlichen Anteil an den kofinanzierten Maßnahmen ein. Die Ausgleichszulage dient dem Ausgleich für ständige natürliche Nachteile und Bewirtschaftungserschwernisse und unterstützt damit die Aufrechterhaltung der Bewirtschaftung in Berggebieten und benachteiligten Gebieten.
- Zur beschleunigten Anpassung der Agrarstrukturen und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen land- und forstwirtschaftlichen Betriebe ist die Förderung von einzelbetrieblichen Investitionen gemäß Art. 5 bis 11 der VO (EWG) 2328/91 erforderlich. Dabei werden Betriebe in Berggebieten und benachteiligten Gebieten gemäß Art. 7 der VO (EWG) 2328/91 mit einem höheren Förderungsanteil berücksichtigt. Zusätzlich können in diesen Gebieten gemeinschaftliche Anlagen („kollektive Investitionen“) gemäß Art. 20 gefördert werden. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Jungunternehmerförderung gem. Art. 10 (Niederlassungsprämie).
- Um das Angebot der landwirtschaftlichen Erzeuger gebündelt auf den Markt bringen zu können und so deren Stellung als Marktpartner zu stärken, können in diversen Produktionssparten Erzeugergemeinschaften gefördert werden.
- Schließlich stellt die Förderung der Verbesserung, Verarbeitung und Vermarktung der Urproduktion im Rahmen von Sektorplänen der VO 866/90 und 867/90 einen Maßnahmenschwerpunkt dar, der für die EU-Eingliederung der österreichischen Nahrungsmittelindustrie wesentlich ist.

Voranschlagsansatz 1/60226 Nationale Förderungsmaßnahmen

Die veranschlagten Mittel sind als Direktzahlungen zur Einkommenssicherung jener Bergbauernbetriebe bzw. Betriebe in den benachteiligten Gebieten vorgesehen, welche durch die Anwendung der EU-Ausgleichszulage geringere Förderungen erhalten würden als nach den bisherigen österreichischen Direktzahlungen. Entsprechende Beihilfen sind Österreich durch das Ergebnis der Beitrittsverhandlungen bis zum Jahr 2004 gestattet.

Voranschlagsansatz 1/60236 Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei (FI AF), Mittel der EU**Voranschlagsansatz 1/60246 Sektorplan Fischerei und Aquakultur sowie Erzeugerorganisationen des Fischereiwesens, Bundesmittel**

Förderung von Investitionen im Bereich der Aquakultur und Fischereiwirtschaft (Bau, Modernisierung von Aquakulturanlagen, Optimierung des fischereilichen Potentials der Binnengewässer, Verbesserung der Produktivität, der Qualität und der Hygiene), der Verarbeitung und Vermarktung (zB Modernisierung der Verarbeitungs- und Vermarktungsräume).

Weiters sollen damit Erzeugerorganisationen der Fischereiwirtschaft gefördert werden.

Titel 603 Marktordnungsmaßnahmen**Gesetzliche Grundlagen**

Marktordnungsgesetz, BGBl. Nr. 210/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 298/1995;

Rechtsvorschriften der Europäischen Union über Agrarmarktordnungen.

Aufgaben

Die Europäische Union leistet Direktzahlungen in Form von Marktordnungsprämien an die Bauern. Diese wurden im Zuge der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik eingeführt, weil die EU die Erzeugerpreise senkte, im Gegenzug dafür aber den Bauern einen Ausgleich in Form von Direktzahlungen gewährt.

Darüber hinaus gewährt die Europäische Union im Rahmen ihrer Agrarmarktordnungen eine Reihe weiterer Förderungen.

236

Kapitel 60 — Titel 603

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1996	14 100,7	464,0
1997	12 672,7	497,5
1998	12 426,2	497,5

Unter diesem Titel sind die obligatorischen Beihilfen des EAGFL-Garantie und für die im Einvernehmen mit der EU durchgeführten nationalen Marktordnungsmaßnahmen veranschlagt.

Um einen allfälligen zusätzlichen Budgetbedarf bei einer Reihe von Ausgabenpositionen dieses Titels abfangen zu können, besteht neben den im Bundesvoranschlag veranschlagten Beträgen noch die Möglichkeit zur Inanspruchnahme bundesfinanzgesetzlicher Ermächtigungen. Dies ist deshalb notwendig, weil auf Grund der durch den EU-Beitritt bedingten Systemumstellungen und der neuen Förderungskonzeption eine exakte Feststellung des Bedarfes zum Zeitpunkt der Veranschlagung 1998 nicht möglich war.

Voranschlagsansatz 1/60304 EAGFL-Garantie (Ackerkulturen, Zucker, Stärke und Textilerzeugnisse), Überweisung an die AMA

Mit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union sind im Agrarbereich die Bestimmungen der gemeinsamen Marktorganisation zu vollziehen. Mit der Marktordnungsgesetznovelle 1994, BGBl. Nr. 664, wurde die Rechtsgrundlage für Verordnungen zur Durchführung der gemeinsamen Marktorganisationen geschaffen.

Der Ansatz beinhaltet Maßnahmen der öffentlichen Lagerhaltung und sonstige Interventionen in Form von Einlagerungsmaßnahmen im Bereich von Getreide sowie Hektarbeihilfen für die Erzeugung von Getreide und Mais, Ölsaaten, Öllein, Eiweißpflanzen, Leinsamen außer Faserlein nach der Allgemeinen Regelung und Kleinerzeugerregelung lt. EU-VO 1765/92 und deren Durchführungsverordnungen sowie für die Flächenstilllegung und Rohstoffherzeugung auf diesen Flächen. Weiters enthält dieser VA-Ansatz die Beihilfen und sonstigen Interventionen für Faserlein, Hanf, Trockenfutter und Körnerleguminosen, die Lagerkostenvergütung und die Produktionserstattung für Zucker die Produktionserstattung für Stärke sowie die Stärkeprämie und die Ausgleichszahlung für Kartoffelstärke.

Voranschlagsansatz 1/60314 EAGFL-Garantie (Obst und Gemüse, Weinbau und sonstige pflanzliche Erzeugnisse)

Im Rahmen der Gemeinsamen Marktorganisationen für die betroffenen Produkte werden für bestimmte Maßnahmen (Intervention, Erstattung, Verarbeitung, Sanierung der Erzeugung, Lagerhaltung, Rodung, Destillation ua.) Beihilfen gewährt. Die veranschlagten Mittel sind zur Durchführung dieser Maßnahmen in Österreich erforderlich und werden nach Vorfinanzierung durch den Mitgliedsstaat zur Gänze von der Europäischen Union erstattet.

Voranschlagsansatz 1/60324 EAGFL-Garantie (Tierische Erzeugnisse), Überweisung an die AMA

Der Europäische Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft finanziert Interventionen und Beihilfen auf dem Sektor der tierischen Erzeugnisse (Fleisch und Milch), die nach Gemeinschaftsvorschriften im Rahmen der gemeinsamen Organisation der Agrarmärkte vorgenommen und von Österreich vorfinanziert werden.

Voranschlagsansatz 1/60346 Flankierende Maßnahmen**Umweltmaßnahmen**

Die veranschlagten Mittel sind nach der EU-Verordnung 2078/92 im Hinblick auf eine umweltgerechte, extensive und den natürlichen Lebensraum schützende Landwirtschaft vorgesehen.

Diese zentrale agrar- und umweltpolitische Maßnahme bezweckt:

- die Erhaltung, Pflege und Gestaltung der Kulturlandschaft;
- den ökologischen Ausgleich zur Verwirklichung der Ziele der Agrar- und Umweltpolitik;
- die Anpassung der landwirtschaftlichen Erzeugung an die Marktentwicklung;
- die Sicherung eines angemessenen Einkommens für die Landwirte.

Für diese Förderung stellt die EU auf Grund des Ergebnisses der Beitrittsverhandlungen einen Finanzierungsrahmen in Höhe von mindestens 175 Millionen ECU p. a. zur Verfügung.

Kapitel 60 — Titel 604 und 605

237

Aufforstung landwirtschaftlich genutzter Flächen

Die veranschlagten Mittel sind nach der EU-Verordnung 2080/93 zur Förderung

1. einer alternativen Nutzung der landwirtschaftlichen Flächen durch Aufforstung und
2. zur Entwicklung forstwirtschaftlicher Tätigkeiten in den landwirtschaftlichen Betrieben vorgesehen.

Die Beihilfenregelung kann folgendes umfassen:

- Beihilfen zu den Aufforstungskosten;
- eine jährliche Prämie zur Deckung der Kosten für die Pflege der aufgeforsteten Flächen in den ersten fünf Jahren;
- eine jährliche Hektarprämie zum Ausgleich von Einkommensverlusten auf Grund der Aufforstung landwirtschaftlicher Nutzflächen;
- Investitionsbeihilfen zur Verbesserung von Waldflächen, und zwar insbesondere für die Anlage von Wind- und Brandschutzstreifen, von Wasserstellen und von forstwirtschaftlichen Betriebswegen für Bestandesumwandlungen.

Voranschlagsansatz 1/60356 Nationale Marktordnungsmaßnahmen, Überweisung an die AMA

Im Rahmen der gemeinsamen Organisation der Agrarmärkte ist auch eine Förderung der Mutterkuhhaltung vorgesehen, die jedoch zusätzlich mit nationalen Mitteln finanziert werden kann. Hiefür sowie für weitere nationale Marktordnungsmaßnahmen sind insgesamt 83,1 Millionen Schilling vorgesehen.

Voranschlagsansatz 2/60305 Zucker, EU-Eigenmittel

Im Rahmen der Zuckermarktordnung der EU wird von den Mitgliedsstaaten gemäß VO 1785/81 die Zuckerabgabe eingehoben, welche abzüglich der Verwaltungstangente an die EU weitergeleitet wird.

Titel 604 Marktordnungspolitische Maßnahmen**Gesetzliche Grundlagen**

Marktordnungsgesetz, BGBl. Nr. 210/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 298/1995;
 Viehwirtschaftsgesetz, BGBl. Nr. 621/1983, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 298/1995;
 Stärkeförderungs-gesetz, BGBl. Nr. 378/1992.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1996	9,7	32,8
1997	0,0	0,1
1998	0,0	0,1

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Unterschiede gegenüber den Vorjahren ergeben sich auf Grund des Beitritts Österreichs zur EU mit 1. Jänner 1995 und der damit zusammenhängenden Umstrukturierung der Marktordnung. Der Titel 604 enthält im Jahr 1998 nur mehr Erinnerungsposten.

Titel 605 Lehr- und Versuchsanstalten**Gesetzliche Grundlagen**

Land- und forstwirtschaftliches Bundesschulgesetz, BGBl. Nr. 175/1966, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 647/1994;

Bundesgesetz über die Bundesämter für Landwirtschaft und die landwirtschaftlichen Bundesanstalten, BGBl. Nr. 515/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 524/1995;

Saatgutgesetz 1997 — SaatG 1997 — BGBl. I Nr. 72/1997;

Weingesetz, BGBl. Nr. 444/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996;

Düngemittelgesetz, BGBl. Nr. 513/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 72/1997;

238

Kapitel 60 — Titel 605

Forstgesetz, BGBl. Nr. 440/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 532/1995;

Futtermittelgesetz, BGBl. Nr. 905/1993;

Pflanzenschutzmittelgesetz, BGBl. Nr. 476/1990, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 300/1995.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1996	961,3	369,1	1 330,4	184,6
1997	964,7	382,3	1 347,0	202,5
1998	964,7	423,9	1 388,6	202,5

Paragraph 6050 Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten**Aufgaben**

Zur Ausbildung des landwirtschaftlichen Nachwuchses sowie von Führungskräften bestehen in Österreich nachstehend angeführte, dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft unterstehende höhere Lehranstalten sowie das Bundesseminar für das land- und forstwirtschaftliche Bildungswesen in Wien.

Der Wirkungsbereich der höheren Bundeslehranstalt und Bundesamt für Wein- und Obstbau sowie der Höheren Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau umfaßt darüber hinaus laut BGBl. Nr. 515/1994 hoheitliche Aufgaben und Aufgaben des landwirtschaftlichen Forschungs- und Kontrollwesens.

Dazu gehören ua.:

1. Forschung auf den Gebieten Weinbau, Obstbau, Obstlagerung, Kellerwirtschaft und Obstverarbeitung; amtliche Weinkommission.
2. Forschung auf dem Gebiet Gartenbau einschließlich Pflanzenzüchtung und Verwertung gärtnerischer Produkte; Sortenprüfung.

Organisation

In Wien:

Die Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau sowie das Bundesseminar für das land- und forstwirtschaftliche Bildungswesen in Wien (land- und forstwirtschaftliche Berufspädagogische Akademie mit dem land- und forstwirtschaftlichen berufspädagogischen Institut).

In Niederösterreich:

Die Höhere landwirtschaftliche Bundeslehranstalt „Francisco-Josephinum“ in Weinzierl, die Höhere Bundeslehranstalt und Bundesamt für Wein- und Obstbau in Klosterneuburg sowie die Höhere Bundeslehranstalt für Land- und Ernährungswirtschaft in Sitzenberg mit Wirtschaftsbetrieb.

In Oberösterreich:

Die Höhere Bundeslehranstalt für Land- und Ernährungswirtschaft mit Wirtschaftsbetrieb in Elmburg bei Linz und die Höhere landwirtschaftliche Bundeslehranstalt in St. Florian.

In Salzburg:

Die Höhere Bundeslehranstalt für alpenländische Landwirtschaft in Ursprung-Elixhausen mit Wirtschaftsbetrieb.

In Steiermark:

Die Höhere Bundeslehranstalt für alpenländische Landwirtschaft in Raumberg-Trautenfels mit Wirtschaftsbetrieb.

In Kärnten:

Die Höhere Bundeslehranstalt für Land- und Ernährungswirtschaft in Pitzelstätten mit Wirtschaftsbetrieb.

In Tirol:

Die Höhere Bundeslehranstalt für Land- und Ernährungswirtschaft in Kematen mit Wirtschaftsbetrieb.

Kapitel 60 — Titel 605

239

Paragraph 6051 Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtschaftliche Bundesanstalten**Aufgaben**

Der Wirkungsbereich der Bundesämter umfaßt hoheitliche Aufgaben und Aufgaben des landwirtschaftlichen Forschungs- und Kontrollwesens.

Der Wirkungsbereich der Bundesanstalt für alpenländische Landwirtschaft umfaßt Aufgaben des landwirtschaftlichen Forschungs-, Prüfungs- und Kontrollwesens.

Es bestehen ua. die Aufgaben, durch Versuche auf allen einschlägigen Gebieten der Landwirtschaft, wie Pflanzen- und Futterbau, Düngung, Bodenwirtschaft, Pflanzenschutz, landwirtschaftliches Betriebswesen, Verfahrens- und Arbeitstechnik in der Landwirtschaft, Tierzucht usw., wissenschaftliche Erkenntnisse zu erproben, auszuwerten und der praktischen Landwirtschaft nutzbar zu machen.

Organisation

Diesen Zwecken dienen laut BGBl. Nr. 515/1994 folgende Bundesämter und die Bundesanstalt:

1. Bundesamt und Forschungszentrum für Landwirtschaft (Wien)

Der Wirkungsbereich umfaßt die Gebiete Boden und Standort, landwirtschaftliche Pflanzen- und Tierproduktion, landwirtschaftliche Produktionsmittel, land- und ernährungswirtschaftliche Erzeugnisse, landwirtschaftlicher und gartenbaulicher Pflanzenschutz und Ökologie unter besonderer Berücksichtigung chemischer, physikalischer und biologischer Vorgänge, Forschung auf dem Gebiet Bienenzucht und -haltung, Bienenkrankheiten und Erzeugung von Bienenprodukten.

Dazu gehören ua. die Überwachung des geschäftlichen Verkehrs mit Saat- und Pflanzgut, Futter-, Dünge- und Pflanzenschutzmitteln; Angelegenheiten des Schutzes von Pflanzensorten (Sortenschutzamt); die Kontrolle, Untersuchung, Begutachtung von landwirtschaftlichen Produktionsgrundlagen, -verfahren und -mitteln, von Kulturpflanzen und deren Sämereien, Pflanzenschutzmitteln und -verfahren und von Pflanzen und pflanzlichen Produkten auf ihren Gesundheitszustand und Freiheit von Schadorganismen (amtlicher Pflanzenschutzdienst).

Prüfung von Verfahren der landwirtschaftlichen Produktion und der Be- und Verarbeitung ihrer Erzeugnisse einschließlich Weinbehandlung. Untersuchung von Weinaufsichtsprüben.

Forschung auf den Gebieten der landwirtschaftlichen Ökosysteme und ihrer Wechselbeziehungen, des Verhaltens von Nähr-, Wirk- und Schadstoffen im System Boden-Pflanze-Tier; der landwirtschaftlichen Pflanzenproduktion einschließlich Pflanzenzüchtung und Verwertung pflanzlicher Erzeugnisse sowie Sorten- und Saatgutwesens; des landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Pflanzenschutzes; der Bodenökologie sowie Boden- und Standortkunde.

2. Bundesamt für Agrarbiologie (Linz)

Der Wirkungsbereich umfaßt unter besonderer Berücksichtigung chemischer, physikalischer und biologischer Vorgänge die Gebiete Ökologie, landwirtschaftliche Pflanzen- und Tierproduktion einschließlich landwirtschaftlicher Produktionsmittel und landwirtschaftlicher Erzeugnisse und Verarbeitungsprodukte.

Dazu gehören insbesondere die Überwachung des geschäftlichen Verkehrs mit Saat- und Pflanzgut, Futter-, Dünge- und Pflanzenschutzmitteln; die Kontrolle, Untersuchung, Begutachtung von landwirtschaftlichen Produktionsgrundlagen und -mitteln, von Saat- und Pflanzgut. Prüfung von Verfahren der landwirtschaftlichen Produktion und der Be- und Verarbeitung ihrer Erzeugnisse.

Forschung ua. auf den Gebieten der landwirtschaftlichen Ökosysteme und ihrer Wechselbeziehungen, des Verhaltens von Nähr-, Wirk- und Schadstoffen im System Boden-Pflanze-Tier; im Bereich von landwirtschaftlichen Produktionsgrundlagen, -mitteln und -methoden, landwirtschaftlichen Erzeugnisse; im Bereich der biologischen Landwirtschaft und Biodiversität.

3. Bundesamt für Weinbau (Eisenstadt)

Der Wirkungsbereich umfaßt unter besonderer Berücksichtigung der landeskulturellen Verhältnisse im Burgenland die Gebiete Weinbau und Weinuntersuchung.

Inbesondere gehören dazu die Forschung über Weinbau und Wein, die Untersuchung und Begutachtung von Trauben, Most und Wein sowie deren Sekundärprodukte, von Wein anlässlich der Erteilung der staatlichen Prüfnummer sowie die amtliche Weinkostkommission; Behörde 1. Instanz bei der Bescheiderteilung über die staatliche Prüfnummer.

4. Bundesanstalt für alpenländische Landwirtschaft (Gumpenstein)

Ihr Wirkungsbereich umfaßt die Gebiete Pflanzen- und Tierproduktion, Technik und Bauwesen, Ökologie sowie Arbeits- und Betriebswirtschaft in der Landwirtschaft im alpenländischen Raum.

Forschung ua. auf dem Gebiet der Pflanzen- und Tierproduktion mit besonderer Berücksichtigung der Grünlandwirtschaft und des Ackerbaues in Bergregionen. In der Tierproduktion Durchführung von Haltungs-, Fütterungs-, Kreuzungs- und Aufzuchtversuchen.

Paragraph 6052 Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten

Organisation und Aufgaben

Bei diesem Paragraph ist der Aufwand für die Höheren Lehranstalten für Forstwirtschaft in Gainfarn bei Bad Vöslau und in Bruck/Mur (BGBl. Nr. 225/1976) sowie für die einjährige Forstfachschnle in Waidhofen/Ybbs, die 1974 eingerichtet wurde (BGBl. Nr. 649/1975), veranschlagt.

Die Höheren Lehranstalten für Forstwirtschaft vermitteln die Ausbildung für den gehobenen Forstdienst und geben die Voraussetzung für den Besuch einer Universität gleicher oder verwandter Fachrichtung.

Die Forstfachschnle vermittelt die Ausbildung für Forstware, zur Mitwirkung bei der Durchführung des forst- und jagdlichen Betriebsdienstes, sowie für den Forstschutz- und forstlichen Beratungsdienst, wobei besonders auch eine qualifizierte Ausbildung für schon bisher in der Forstwirtschaft tätige Personen eröffnet werden soll.

Paragraph 6053 Forstliche Bundesversuchsanstalt

Aufgaben

Die Anstalt hat die Aufgabe, durch Untersuchungen und Versuche auf fachwissenschaftlicher Grundlage sowie durch Vermittlung der Anwendbarkeit ihrer Untersuchungsergebnisse für die forstliche Praxis, den forstlichen Belangen im allgemeinen und der Forstwirtschaft im besonderen zu dienen. Im einzelnen nennt das Forstgesetz 1975, BGBl. Nr. 440, folgende Aufgaben:

- Erhebungen aller Art über den Zustand und die Entwicklung des österreichischen Waldes.
- Die Feststellung der Ursachen von Forstschäden (wie durch Wild und Immissionen), allenfalls in Zusammenarbeit mit anderen an diesen Untersuchungen interessierten Stellen.
- Die Prüfung von Fragen der forstlichen Raumplanung und der Wildbach- und Lawinenverbauung.
- Die Prüfung von Geräten, Werkzeugen, Maschinen sowie von chemischen und anderen Mitteln, die für eine Verwendung in der Forstwirtschaft bestimmt sind.
- Die Prüfung von forstlichem Vermehrungsgut.
- Die Prüfung von Arbeitsverfahren und Anwendungsmethoden auf ihre Eignung in der Forstwirtschaft.
- Die Abgabe von Gutachten.

Die nachstehenden Fachbereiche werden an der Anstalt bearbeitet: Standortkunde, Forstpflanzenzüchtung und Genetik, Waldbau und Versuchsgärten, Forstinventur, Waldwachstum und Betriebswirtschaft, Forstschutz, Immissionsforschung und Forstchemie, Forsttechnik, Wildbachkunde, Lawinenkunde, subalpine Waldforschung, wissenschaftliche Dienste.

Schwerpunkte der Anstaltstätigkeiten, neben der seit 1961 durchgeführten Forstinventur, sind zurzeit die alljährlich durchgeführten gesamtösterreichischen Erhebungen über den Waldzustand und die Belastung des Waldes durch Schadstoffe. Gerade die Ursachenforschung auf dem Gebiet der neuartigen Waldschäden hat gezeigt, daß die Gefahren für den Wald von miteinander vernetzten Ursachen hervorgerufen werden. Dieser Erkenntnis ist auch vom Forschungsansatz her zu begegnen. Es werden daher zunehmend Gemeinschaftsprojekte mit ökosystemaren Betrachtungsweisen intensiv bearbeitet. Hiebei seien nur die zwei wichtigsten Programme herausgegriffen:

Österreichisches Waldschadenbeobachtungssystem

Beobachtung der Auswirkungen von Luftverunreinigungen auf das gesamte Waldökosystem, Erfassung einer Reihe wichtiger Parameter (Waldboden, Vegetation und Zuwachskunde, chemische Nadel- und Blattanalysen auf Schadstoff- und Nährelementgehalte, Schadstoffeintragsmessungen, Kronenzustandserhebung mittels Luftbildinterpretation).

Diese Waldschadenserhebung entspricht in Durchführung und Berichtslegung bereits den Vorgaben der Verordnung (EWG) Nr. 1696/1987 der Kommission vom 10. Juni 1987, in der die Durchfüh-

Kapitel 60 — Titel 605

241

rungsbestimmungen zu der Verordnung (EWG) Nr. 3528/1986 des Rates über den Schutz des Waldes in der Gemeinschaft gegen Luftverschmutzung festgelegt wurden.

Beiträge zur Erhaltung der genetischen Vielfalt der österreichischen Wälder

Erfassung von Erhaltungsbeständen und Naturwaldreservaten, Begründung von Generhaltungsplantagen, Errichtung und Betrieb einer forstlichen Samenbank, Einrichtung eines österreichweiten für alle Waldgesellschaften repräsentativen Netzes von Naturwaldreservaten.

Ministerkonferenz

In der zweiten Sitzung der Ministerkonferenz zum Schutz der Wälder in Europa (Helsinki, Juni 1993) wurde von den teilnehmenden europäischen Staaten beschlossen, daß Österreich den Kovorsitz für die Ministerkonferenz übernimmt.

Österreich hat sich somit verpflichtet, in den nächsten 15 Jahren an der administrativen und inhaltlichen Fortführung der Konferenz mitzuwirken und nach der dritten Sitzung (Lissabon 1998) den Vorsitz zu übernehmen.

Österreich übernimmt somit gemäß den Vereinbarungen als Kovorsitzland einerseits einen Teil der Kosten des in Lissabon eingerichteten Büros (Kosten für Unterhalt wie Telefon, FAX usw.) und andererseits die Kosten für Follow-up's (Umfragen usw.) der letzten Konferenz und für die Vorbereitungen der nächsten Konferenz in Lissabon 1998.

Paragraph 6054 Bundesanstalt für Agrarwirtschaft

Der Sitz der Bundesanstalt ist Wien.

Ihr Wirkungsbereich umfaßt gemäß BGBl. Nr. 515/1994 das Gebiet Agrarwirtschaft unter mikro- und makroökonomischen Gesichtspunkten.

Zum Wirkungsbereich gehören insbesondere:

Forschung auf dem Gebiet der Agrarwirtschaft Österreichs hinsichtlich Betriebswirtschaft, Agrarsoziologie, Regionalforschung und Regionalpolitik, Natur- und Umweltschutz, Agrarstatistik sowie internationaler Wirtschaftsintegration und Weltagrarwirtschaft;

Führung einer agrarwirtschaftlichen Spezialbibliothek und Dokumentationsstelle Österreichs.

Paragraph 6055 Bundesanstalten für Milchwirtschaft**Aufgaben und Organisation**

Für die milchwirtschaftlichen Belange dienen laut BGBl. Nr. 515/1994 folgende Anstalten:

1. Bundesanstalt für alpenländische Milchwirtschaft (Rotholz)

Zu ihrem Wirkungsbereich gehören Forschung, Entwicklung, Qualitätssicherung und Untersuchungen auf dem Sektor Milch und Milcherzeugnisse unter besonderer Berücksichtigung der Produktionsbedingungen und der traditionellen Milcherzeugnisse in den alpenländischen Gebieten, sowie Gewinnung, Be- und Verarbeitung von Milch in dem für Forschungs-, Versuchs- und Ausbildungszwecke notwendigen Ausmaß und Vermarktung der hierbei entstehenden Erzeugnisse, Züchtung und Abgabe von Käseerzeugnissen.

2. Bundesanstalt für Milchwirtschaft (Wolfpassing)

Ihr Wirkungsbereich umfaßt Forschung und Entwicklung auf den Sektoren Eutergesundheit, Milchhygiene, Gewinnungs- und Sammlungstechnik, Verfahrenstechnik, Qualitätssicherung, Analysetechnik im chemischen und mikrobiologischen Bereich, die Untersuchung von Milch und Erzeugnissen aus Milch, die Begutachtung von Molkereihilfsstoffen, Zusatzstoffen, Reinigungs- und Desinfektionsmittel, Maschinen und Geräte, weiters die Be- und Verarbeitung von Milch, in dem für Forschungs-, Versuchs- und Ausbildungszwecke notwendigen Ausmaß und Vermarktung der hierbei entstehenden Erzeugnisse sowie Herstellung und Vertrieb von Standard-Eichlösungen.

Beide Anstalten sind darüber hinaus in die milchwirtschaftliche Aus- und Weiterbildung eingebunden.

Paragraph 6056 Bundesanstalt für Bergbauernfragen

Der Sitz der Bundesanstalt ist Wien.

Ihr Wirkungsbereich umfaßt gemäß BGBl. Nr. 515/1994 das Gebiet Probleme des Bergraumes und anderer Gebiete mit ungünstiger Struktur und der in diesen Räumen lebenden Bevölkerung.

Zum Wirkungsbereich gehören insbesondere:

Forschung in Angelegenheiten des Bergraumes sowie Analysen der natürlichen, gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Ursachen der Probleme des Bergraumes und anderer Gebiete

mit ungünstiger Struktur; Analyse und Bewertung von Maßnahmen und Instrumenten zur Lösung der Probleme des Bergbaues und anderer Gebiete mit ungünstiger Struktur.

Paragraph 6058 Bundesamt für Wasserwirtschaft

Unter diesem Paragraph sind die Ausgaben für das Bundesamt für Wasserwirtschaft veranschlagt, dessen Rechtsgrundlage das Bundesgesetz, BGBl. Nr. 516/1994, bildet.

Organisation und Aufgaben

1. Institut für Wassergüte in Wien.

Der Aufgabenbereich umfaßt die Erarbeitung fachlicher Grundlagen zur Fachfunktionen der Verwaltung am Sektor Wasserhaushalt und Gewässergüte im Rahmen der nationalen und internationalen Interessen und Aufgaben des Bundes bzw. mit übergeordneter Bedeutung in sachlicher, örtlicher oder budgetärer Hinsicht.

Dies umschließt insbesondere die Erforschung, Erfassung und Evidenthaltung der Faktoren des Wasserhaushaltes und der Gewässergüte, die Mitwirkung an wasserwirtschaftlichen Planungen und Untersuchungen am Wasserwirtschaftskataster (BGBl. Nr. 34/1968), Gewässergütefragen und eine zentrale Fachdokumentation sowie die Mitarbeit in einschlägigen internationalen Gremien und Organisationen.

2. Institut für Kulturtechnik und Bodenwasserhaushalt in Petzenkirchen.

Der Aufgabenbereich des Institutes umfaßt die Forschung, Untersuchung und Gutachtenerstellung für die Wasserrechtsbehörden sowie den nationalen und internationalen Erfahrungsaustausch auf den Gebieten des Bodenwasserhaushaltes und der Kulturtechnik mit Schwerpunkt Grundwasserschutz.

3. Institut für Wasserbau und hydrometrische Prüfung in Wien.

Die Aufgabe des Institutes ist die modelltechnische Simulierung von beabsichtigten Veränderungen und Eingriffen in den natürlichen Ablauf der Gewässer, insbesondere im Rahmen von Hochwasserschutzbauten, Kraftwerksanlagen, Verkehrsanlagen und sonstigen Bauten an Gewässern mit dem Ziele der rechtzeitigen und umfassenden Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Aspekte des Wasserhaushaltes, insbesondere im Rahmen einer entsprechenden Effizienz der staatlichen Wasserbautenförderung und der Wahrnehmung der internationalen Rechte und Verpflichtungen Österreichs gegenüber seinen Nachbarstaaten. Ferner obliegt dem Institut die Prüfung und Eichung der hydrometrischen Meßgeräte.

4. Institut für Gewässerökologie, Fischereibiologie und Seenkunde

Der Aufgabenbereich umfaßt Erarbeitung sachlicher Grundlagen zur Erhaltung der ökologischen Funktionsfähigkeit der Gewässer im Zusammenhang mit Wasserbauten und Sicherung der Vielfalt autochthoner Fischarten, das Forschungs- und Versuchswesen auf dem Gebiet der gewässerverträglichen Fischerei und gewässerverträglichen Methoden zur Produktion gesunder aquatischer Organismen, die Erfassung von Fischregionen und Fischartenkartierung sowie die Erfassung des Zustandes von stehenden Gewässern und der Einflußfaktoren und die Beurteilung von Sanierungsstrategien.

Paragraph 6059 Bundesanstalt für Landtechnik

Der Sitz der Bundesanstalt ist Wieselburg.

Ihr Wirkungsbereich umfaßt gemäß BGBl. Nr. 515/1994 das Gebiet der Landtechnik, das sind alle maschinen-, verfahrens-, energie- und arbeitstechnischen Angelegenheiten in der Landwirtschaft und die nachwachsenden Rohstoffe für den Nichtnahrungsmittelbereich.

Zum Wirkungsbereich gehören insbesondere:

- Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Landtechnik und der nachwachsenden Rohstoffe;
- Untersuchung von Verfahren der landwirtschaftlichen Arbeitswirtschaft einschließlich der Hauswirtschaft sowie der ergonomischen Arbeitsplatzgestaltung;
- Prüfung landwirtschaftlicher Fahrzeuge, Maschinen, Geräte, technischer Einrichtungen und Verfahren hinsichtlich technischer und leistungsmäßiger Eigenschaften für die Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft, auf Betriebs- und Arbeitssicherheit, ergonomisch richtige Gestaltung, Wirtschaftlichkeit und Umweltfreundlichkeit und die Verleihung von Prüfzeichen hierüber;
- Untersuchung und Prüfung von Produkten aus nachwachsenden Rohstoffen für den Nichtnahrungsmittelbereich.

Kapitel 60 — Titel 606 und 607

243

Titel 606 Übergangsregelungen**Gesetzliche Grundlage**

EU-Beitrittsvertrag, BGBl. Nr. 45/1995.

Aufgaben

Finanzielle Regelungen für den Übergangszeitraum 1995—1998 zur Entlastung der Österreichischen Land- und Forstwirtschaft.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1996	3 832,3	2,5
1997	2 801,7	15,0
1998	1 108,5	15,0

Voranschlagsansatz 1/60606 Degressive Ausgleichszahlungen, Förderungen

Seit dem Beitritt zur Europäischen Union haben Österreichs Landwirte, bedingt durch das niedrigere Förderungsniveau, hohe Preisverluste zu verkraften. Um diese Einbußen zum Teil zu kompensieren, werden während einer Übergangsperiode von vier Jahren degressive Beihilfen gewährt; die von Jahr zu Jahr reduziert werden. Artikel 138 des Beitrittsvertrages regelt die Gewährung dieser Beihilfen. Unter diesem Ansatz sind die anteiligen EU- und Bundesmittel veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/60608 Degressive Ausgleichszahlungen, Aufwendungen

Im Rahmen der degressiven Ausgleichszahlungen für Mastschweine werden zur Abdeckung der Verwaltungskosten von Unternehmungen 8,5 Millionen Schilling bereitgestellt.

Titel 607 Sonstige Einrichtungen des Schul- und Ausbildungswesens**Gesetzliche Grundlagen**

Grundsätze über die land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und landwirtschaftlichen Fachschulen, BGBl. Nr. 319 und 320/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 648 und 649/1994;

Forstgesetz, BGBl. Nr. 440/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 419/1996;

Finanzausgleichsgesetz 1997, BGBl. Nr. 201/1996.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1996	21,6	449,7	471,3	7,2
1997	20,7	464,6	485,3	5,2
1998	20,7	466,0	486,7	5,8

Paragraph 6071 Land- und forstwirtschaftliche Berufs- und landwirtschaftliche Fachschulen

Gemäß §3 Abs.1 Z2 Finanzausgleichsgesetz 1997 ersetzt der Bund den Ländern von den Kosten der Besoldung (Aktivitätsbezüge) der Lehrer an land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen 50 vH. Der Personalaufwand der übrigen Bediensteten, die nicht Lehrer sind, sowie der übrige Sachaufwand werden zur Gänze von den Ländern getragen.

Aufgaben

Die Landwirtschaftsschulen haben die Aufgabe, die in der Landwirtschaft tätige Jugend fachlich aus- und weiterzubilden. Die Landwirtschaftsschulen gliedern sich in land- und forstwirtschaftliche Berufs- und landwirtschaftliche Fachschulen. Während die land- und forstwirtschaftlichen Berufsschulen die unmittelbar schulentlassene Jugend erfassen und ihr die für ihren land- und forstwirtschaftlichen Beruf notwendige allgemeine und grundlegende fachliche Bildung vermitteln, haben die landwirtschaftlichen Fachschulen die Aufgabe, die reifere ländliche Jugend fachlich so auszubilden, daß sie imstande ist, entweder selbst einmal einen landwirtschaftlichen Betrieb zu führen oder im landwirtschaftlichen Beruf tätig zu sein.

Paragraph 6072 Forstliche Ausbildungsstätten**Aufgaben**

Die forstlichen Ausbildungsstätten haben die Aufgabe, die in der Forstwirtschaft Tätigen durch geeignete Veranstaltungen, wie Kurse, Vorträge und Vorführungen, fachlich weiterzubilden. Sie sind ferner ermächtigt, Forstschutzorgane auszubilden.

Die Forstlichen Ausbildungsstätten haben weiters die Aufgabe, die bei der praktischen Erprobung von forstlichen Arbeitsverfahren, Geräten und Maschinen gewonnenen Erkenntnisse weiterzugeben. Im Rahmen dieser Tätigkeit übernehmen sie die Ausbildung bäuerlicher Waldbesitzer und machen sie mit den Fortschritten der modernen Forstwirtschaft vertraut.

Über diese grundsätzlichen Kursziele hinaus werden in der Forstlichen Ausbildungsstätte Ossiach auch Spezialkurse für die Bedienung, Wartung und den Einsatz von Schwermaschinen, die im Zuge der Rationalisierung und Mechanisierung der Forstwirtschaft immer mehr eingesetzt werden, sowohl für das Bedienungspersonal als auch für die Einsatzleiter abgehalten. In der Forstlichen Ausbildungsstätte Ort/Gmunden werden hingegen Spezialkurse gehalten, die als Schwerpunkt die Ausbildung des forstlichen Führungspersonals in Fragen der Rationalisierung und modernen Betriebsführung zum Ziele haben.

Weiters führen die forstlichen Ausbildungsstätten die praktische Erprobung von forstlichen Maschinen und Geräten durch.

Gemäß § 6 der Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, BGBl. Nr. 649/1975, bestehen Forstliche Ausbildungsstätten in Ort bei Gmunden und in Ossiach.

Titel 608 Einrichtungen für Schutzwasserbau und Lawinenverbauung**Gesetzliche Grundlagen**

Gesetz betreffend Vorkehrungen zur unschädlichen Ableitung von Gebirgsgewässern, RGBI. 117/1884, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 54/1959;

Wasserbautenförderungsgesetz, BGBl. Nr. 148/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 516/1994;

Katastrophenfondsgesetz, BGBl. Nr. 201/1996.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1996	136,3	1 404,6	1 540,9	1 573,4
1997	133,1	1 578,2	1 711,3	1 688,5
1998	133,1	1 442,7	1 575,8	1 688,5

Paragraph 6080 Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst

Gemäß Art. 102 des Bundes-Verfassungsgesetzes wird der Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst unmittelbar von Bundesdienststellen versehen.

Aufgaben und Organisation

Der Forsttechnische Dienst für Wildbach- und Lawinenverbauung hat die Projekte für die Wildbach- und Lawinenverbauung, die in der zuständigen Gruppe des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft fachlich und kostenmäßig überprüft werden, auszuarbeiten und nach ihrer Genehmigung auch auszuführen. Außerdem wirkt er im Erhaltungs- und Betreuungsdienst im Sinne des § 13 Wasserbautenförderungsgesetz mit.

Die Projektverfassung und Baudurchführung erfolgt durch die in den Bundesländern befindlichen Gebietsbauleitungen des Forsttechnischen Dienstes für Wildbach- und Lawinenverbauung.

Die Sektionen des Dienstzweiges verwalten die für die Durchführung der Baumaßnahmen erforderlichen Gelder, das sind die auf Grund des Bundesfinanzgesetzes jeweils bewilligten, beim VA-Ansatz 1/60826 veranschlagten Bundeszuschüsse, die Mittel des Katastrophenfonds bei den VA-Ansätzen 1/60126, 1/60836 und 1/60838 sowie die Landes- und Interessentenbeiträge.

Kapitel 60 — Titel 608

245

Paragraph 6081 Öffentliches Wassergut

Gemäß Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, BGBl. Nr. 280/1969, ist die Verwaltung des öffentlichen Wassergutes nach Art. 104 Abs. 2 des Bundesverfassungsgesetzes den Landeshauptmännern übertragen. Im Zusammenhang mit der Verwaltung dieses öffentlichen Wassergutes ergeben sich laufend Einnahmen und sind auch ständig Ausgaben zu begleichen. Die Einnahmen ergeben sich aus Miet- und Pachtzinsen sowie aus Nutzungen, die Ausgaben fallen für den Ankauf von Grundstücken zur ordnungsgemäßen Verwaltung des öffentlichen Wassergutes sowie die Herstellung der Grundbuchsordnung, für Vermessungen und dergleichen an.

Paragraph 6082 Wildbach- und Lawinenverbauung

Auf Grund ausreichender Dotierung der zweckgebundenen Mittel sind keine Zuschüsse aus allgemeinen Budgetmitteln erforderlich.

Paragraph 6083 Wildbach- und Lawinenverbauung (Mittel des Katastrophenfonds)**Voranschlagsansatz 1/60836 Bundeszuschüsse für vorbeugende Maßnahmen (zweckgebundene Gebarung)**

Die aus dem Katastrophenfonds zur Verfügung gestellten Mittel sind zweckgebunden für vorbeugende Maßnahmen gegen Naturkatastrophen und für die Sanierung von geschädigten Wäldern sowie für Erhebungen und Projektierungen in Wäldern mit Schutzwirkung vorgesehen und werden als Bundeszuschüsse weitergegeben.

Voranschlagsansatz 1/60838 Projektierungskosten für Wildbach- und Lawinenverbauungen (zweckgeb. Gebarung)

Die aus dem Katastrophenfonds zur Verfügung gestellten Mittel sind zweckgebunden für die Bedeckung von Erhebungs-, Planungs- und Projektierungskosten für die nach § 9 des Wasserbautenförderungsgesetzes 1985 gegebenen Aufgabenstellungen der Wildbach- und Lawinenverbauung zu verwenden.

Paragraph 6084 Bundesflüsse

Mit den vorgesehenen Mitteln werden die Kosten für die Instandhaltung der Gewässer, die Herstellungs-, Instandhaltungs- und Betriebskosten von Schutz-, Regulierungs- und Hochwasserrückhaltemaßnahmen von Projekten, generellen Projekten, Gefahrenzonenplänen, Schutzwasserwirtschaftlichen Grundsatzkonzepten, Gutachten etc. sowie von Vorsorge- und Ersatzmaßnahmen an Grenzgewässern und sonstigen vom Bund betreuten Gewässern nach den Bestimmungen der §§ 1, 8, 25 und 26 des Wasserbautenförderungsgesetzes 1985 bestritten. Ausgenommen sind lediglich die wasserbautechnischen Angelegenheiten an der March und Thaya von der Staatsgrenze in Bernhardsthal bis zur Mündung in die March, die entsprechend dem Bundesministeriengesetz 1986 in den Wirkungsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten fallen.

Paragraph 6085 Bundesflüsse (Mittel des Katastrophenfonds)

Die aus dem Katastrophenfonds zur Verfügung gestellten Mittel sind zweckgebunden zur Bedeckung der Kosten für die Instandhaltung der Gewässer, die Herstellungs-, Instandhaltungs- und Betriebskosten von Schutz-, Regulierungs- und Hochwasserrückhalteanlagen, von Projekten, generellen Projekten, Gefahrenzonenplänen, schutzwasserwirtschaftlichen Grundsatzkonzepten, Gutachten etc. sowie von Vorsorge- und Ersatzmaßnahmen an Grenzgewässern und sonstigen vom Bund betreuten Gewässern nach den Bestimmungen der §§ 1, 8, 25 und 26 des Wasserbautenförderungsgesetzes. Ausgenommen sind lediglich die wasserbautechnischen Angelegenheiten an der March und Thaya von der Staatsgrenze in Bernhardsthal bis zur Mündung in die March, die entsprechend dem Bundesministeriengesetz 1986 in den Wirkungsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten fallen.

Paragraph 6086 Interessentengewässer

Angesichts der ausreichenden Dotierung der zweckgebundenen Gebarung sind keine Zuschüsse aus allgemeinen Budgetmitteln erforderlich.

Paragraph 6087 Interessentengewässer (Mittel des Katastrophenfonds)

Aus den bei diesem Voranschlagsansatz aus dem Katastrophenfonds zur Verfügung gestellten zweckgebundenen Mitteln werden Beiträge (Bundeszuschüsse) zu den Kosten für Maßnahmen zur Verbesserung der Abflußverhältnisse, für Schutz-, Instandhaltungs- und Regulierungsmaßnahmen, für Projekte, generelle Projekte, Gefahrenzonenpläne, schutzwasserwirtschaftliche Grundsatzkonzepte, Gutachten etc. und Vorsorge- und Ersatzmaßnahmen an Gewässern, die nicht zu den Grenzgewässern bzw. sonstigen vom Bund betreuten Gewässern gehören, nach den Bestimmungen der §§ 1, 5, 6, 25, 26 und 28 des Wasserbautenförderungsgesetzes gewährt. Die Maßnahmen sind für die Sicherung von Siedlungen, Verkehrsflächen und landwirtschaftlichen Kulturlächen außerordentlich wichtig.

Voranschlagsansatz 2/60844 Bundesflüsse (erfolgswirksame Einnahmen)

Bei diesem Voranschlagsansatz werden jene Interessentenbeiträge verrechnet, die nach den Bestimmungen der §§ 1, 8, 25 und 26 des Wasserbautenförderungsgesetzes von den örtlichen Interessenten zu Maßnahmen an Bundesflüssen zu leisten sind. Die für derartige Maßnahmen bestimmten Bundesmittel sind bei dem Voranschlagsansatz 1/60848 zu leisten.

Voranschlagsansatz 2/60890 Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)

Diese Mittel werden aus dem beim Kapitel 53 mitveranschlagten Katastrophenfonds zur Verfügung gestellt und bei den Voranschlagsansätzen 1/60126, 1/60808, 1/60836, 1/60838, 1/60858 und 1/60876 verausgabt.

›Titel 609 Sonstige nachgeordnete Dienststellen**Gesetzliche Grundlagen**

Weingesetz, BGBl. Nr. 444/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996;

Bundesgesetz über Maßnahmen zum Schutze des gegen das Verbringen von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse (Pflanzenschutzgesetz 1995), BGBl. Nr. 532/1995;

Pflanzgutgesetz 1997, BGBl. I Nr. 73/1997;

Pflanzenschutzmittelgesetz 1997, BGBl. I Nr. 60/1997;

Forstgesetz, BGBl. Nr. 440/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 532/1995.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1996	269,2	142,6	411,8	223,9
1997	292,2	137,9	430,1	249,2
1998	233,4	92,1	325,5	77,0

Unterschiede gegenüber dem Vorjahr

Der Rückgang bei den Ausgaben und Einnahmen ist vor allem auf die Ausgliederung der landwirtschaftlichen Bundesversuchswirtschaften zurückzuführen.

Paragraph 6090 Phytosanitäre Kontrollen

Bei diesem Paragraph erfolgt die Verrechnung der Ausgaben, die bei phytosanitären Kontrollen von Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen auf Grund des Bundesgesetzes über Maßnahmen zum Schutz gegen das Verbringen von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse (Pflanzenschutzgesetz 1995) sowie sonstiger Maßnahmen im Pflanzenschutzbereich entstehen. Weiters sind hier Mittel für die fachliche Kontrolle von eingeführtem Vermehrungsgut gemäß Forstgesetz 1975 veranschlagt.

Paragraph 6091 Bundeskellereiinspektion

Auf Grund des § 37 Abs. 1 des Weingesetzes 1985 idgF obliegt der Bundeskellereiinspektion die dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft unterstellt ist, die Überwachung des Verkehrs mit Wein und Obstwein, für die Dauer ihrer kellereimäßigen Bearbeitung auch aller sonstigen aus dem Saft frischer Weintrauben gewonnenen Produkte, sowie der Weinbehandlungsmittel.

Kapitel 60 — Titel 609

247

Sie ist durch ihre Organe berechtigt, überall wo obgenannte Produkte erzeugt, gelagert oder in Verkehr gebracht werden, Nachschau zu halten. Erforderlichenfalls sind die Produkte einschließlich der Behälter zu beschlagnahmen oder in besonderen Fällen die Betriebsräume oder Transportmittel zu versiegeln.

Darüber hinaus wirkt die Bundeskellereiinspektion auf Grund der fundierten Ausbildung und Erfahrung ihrer Organe beratend und helfend und leistet damit bundesweit einen wesentlichen Beitrag für die Weinwirtschaft.

Unter diesem Paragraph erfolgt die Verrechnung des Verwaltungsaufwandes der Bundeskellereiinspektion.

Paragraph 6093 Bundesgärten**Aufgaben und Organisation**

Zu den Bundesgärten zählen: in Wien die Parkanlagen der Schlösser Schönbrunn und Belvedere, der Augarten, weiters der Burggarten und der Volksgarten; in Innsbruck der Hofgarten und der Schloßpark in Ambras. Der Bundesgartenverwaltung obliegen nachstehende Aufgaben:

1. Pflege und gärtnerische Ausgestaltung der historischen bundeseigenen Parkanlagen (Schönbrunn, Belvedere mit Alpengarten, Burggarten, Volksgarten, Augarten, Hofgarten Innsbruck und Schloßpark Ambras).
2. Erhaltung und Ausbau der botanisch äußerst wertvollen Pflanzensammlungen.
3. Durchführung von Pflanzenschauen, Palmenhaus, um der Öffentlichkeit das Material der Sammlungen zugänglich zu machen.
4. Ausführung von Dekorationen bei Staatsbesuchen, Empfängen, Kongressen, sonstigen offiziellen Veranstaltungen u. dgl.
5. Produktion des für die vorangeführten Aufgaben erforderlichen Pflanzen- und Schnittmaterials.

Darüber hinaus hat die Bundesgartenverwaltung im Raum von Wien zahlreiche Bundesgebäude (zB Hofburg, Parlament, Justizpalast usw.), gärtnerisch zu betreuen.

Paragraph 6094 Bundesgestüt Piber — Spanische Reitschule**Aufgaben**

Die Spanische Reitschule ist die weltbekannte einzigartige Pflegestätte der klassischen Reitkunst, der Hohen Schule. Ihr Aufgabenbereich erstreckt sich auf die Ausbildung, Vorführungen, Morgenarbeit und Durchführung von Auslandsgastspielen.

In Piber, dem einzigen österreichischen Staatsgestüt, sind das Lipizzanergestüt sowie die hierfür entsprechenden Aufzuchtseinrichtungen untergebracht. Das Lipizzanergestüt versorgt die Spanische Reitschule mit Schulhengsten. Zur Erfüllung der Aufgaben ist dem Bundesgestüt Piber ein Landwirtschaftsbetrieb angeschlossen.

Paragraph 6096 Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsforste**Aufgaben und Organisation**

Bei diesem Paragraph sind die Ausgaben für die Bundeslehr- und Versuchsforste Merkenstein, Ulmerfeld, Lahnhuber, Kollerhuber, Bruck an der Mur, Ort und Ossiach veranschlagt.

Der Bundeslehr- und Versuchsforst Merkenstein dient der Höheren Lehranstalt für Forstwirtschaft (Försterschule) Gainfarn als Lehrforst, während das Forstgut Ulmerfeld Lehrforst der Forstfachschole Waidhofen an der Ybbs, das Forstgut Lahnhuber und der Lehr- und Versuchsforst Bruck an der Mur Lehrforst der Höheren Lehranstalt für Forstwirtschaft Bruck an der Mur ist.

Der Lehrforst Ort dient der Forstlichen Ausbildungsstätte Ort und das Forstgut Kollerhuber sowie der Lehrforst Ossiach der Forstlichen Ausbildungsstätte Ossiach zur praktischen Ausbildung im Wald.

Außerdem werden in den oben angeführten Lehrforsten von den genannten Dienststellen sowie von der Forstlichen Bundesversuchsanstalt Versuchstätigkeiten durchgeführt.

248

Kapitel 63 — Titel 630

Kapitel 63 Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr.76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr.21/1997, insbesondere Anlage zu §2 Teil 2 Abschnitt C Z 1—20.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1996	684,4	2 410,0	3 094,4	939,1
1997	687,3	2 822,0	3 509,3	817,9
1998	714,2	2 152,4	2 866,6	821,4

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 630 Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten

Aufgaben

Dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte auf folgenden Gebieten:

Angelegenheiten des Gewerbes und der Industrie, des Bergwesens, der Wirtschafts- und Strukturpolitik, der Preisregelung, Preisüberwachung und Preistreiberei, des Wettbewerbs, des Patentwesens, des Schutzes von Mustern, Marken und anderen Warenbezeichnungen, des Tourismus, der Technologie- und Innovationspolitik, des Energiewesens, der Handels- und Wirtschaftspolitik gegenüber dem Ausland, Mitwirkung in Angelegenheiten des EU-Binnenmarktes, der wirtschaftlichen Landesverteidigung, der Verwaltung aller Bauten und Liegenschaften des Bundes einschließlich des staatlichen Hochbaues, des Straßenbaues, des Wasserbaues hinsichtlich der schiffbaren Flüsse Donau, March und der Thaya von der Staatsgrenze in Bernhardsthal bis zur Mündung in die March, des Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesens, der wirtschaftlich-technischen Forschung, der Normalisierung und Typisierung elektrischer Anlagen und Einrichtungen, der Vermarkung und Vermessung der Staatsgrenzen, des Maschinenwesens einschließlich des Dampfkesselwesens, des Ingenieur- und Ziviltchnikerwesens sowie der Unternehmungen, die durch Bundesgesetz mit dem Bau und der Erhaltung von Bundesstraßen betraut sind.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1996	522,4	257,8	780,2	287,1
1997	529,9	365,8	895,7	120,6
1998	546,1	385,8	931,9	133,8

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung bei den Sachausgaben ergibt sich aus der Vorsorge für Ausgaben, die im Zusammenhang mit der EU-Präsidentschaft zu erwarten sind.

Die Einnahmen wurden entsprechend der zu erwartenden Eingänge für BTX höher veranschlagt.

Förderungen

Hier ist für den Zuschuß des Bundes an die Tiergarten Schönbrunn Ges. m. b. H., an die Österreichische Donau Betriebs AG und an die Austrian Business Agency vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind hauptsächlich die Beiträge für die WTO und an sonstige Institutionen im Ausland veranschlagt.

Kapitel 63 — Titel 631

249

Titel 631 Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)**Gesetzliche Grundlagen**

Gewerbestrukturverbesserungsgesetz, BGBl. Nr. 453/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 577/1989;

Bundesgesetz über besondere Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMV-Förderungsgesetz), BGBl. Nr. 432/1996;

Fernwärmeförderungsgesetz, BGBl. Nr. 640/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 341/1991;

Bergbauförderungsgesetz, BGBl. Nr. 137/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 837/1995;

Forschungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 434/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994;

Innovations- und Technologiefondsgesetz, BGBl. Nr. 603/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994.

Aufgaben

Die Förderungen erfolgen in:

- Angelegenheiten des Tourismus;
- Angelegenheiten des Energiewesens und der Elektrizitätswirtschaft;
- Angelegenheiten des Gewerbes und der Industrie, soweit sie nicht in den Wirkungsbereich anderer Bundesministerien fallen;
- Angelegenheiten des Bergwesens (Bergbau und Grundstoffförderung);
- Angelegenheiten der Technologie und der gewerblichen Forschung.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1996	2 100,7	125,2
1997	2 398,1	110,5
1998	1 708,5	100,9

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Unterschiede zum Vorjahr resultieren aus der Kürzung des Mitgliedsbeitrages für die „Österreich-Werbung“ und aus der Reduzierung der Förderungsmittel in den Bereichen Wirtschaft und Technologie. Zusätzlich zu den bei Kapitel 63 veranschlagten Beträgen sind für die Technologieförderung weitere Budgetmittel in der Pauschalvorsorge bei Kapitel 51 vorgesehen.

Geringere Einnahmen auf Grund der zu erwartenden Überweisungen gemäß ITF-Gesetz.

Förderungen (D)**Gemeinsame Kreditaktion zwischen Bund, Ländern und Kammern**

An Unternehmer von Kleinbetrieben der gewerblichen Wirtschaft werden im Rahmen dieser Aktion für Investitionsvorhaben, die eine Rationalisierung des Betriebes vorsehen, und für Betriebsmittel, deren Stärkung eine Verbesserung der Struktur des Betriebes zur Folge hat, niedrig verzinsliche Darlehen gewährt.

Förderungen**Tourismusförderung**

Förderungsziel ist die Erhaltung und weitere Stärkung der Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Tourismuswirtschaft durch Anhebung der Qualität und Bereicherung des Angebotes. In dieser Aktion werden besonders Investitionen gefördert, die in ihren wirtschaftlichen Auswirkungen eine Weiterentwicklung des Gebietes, des Ortes oder des Betriebes erwarten lassen bzw. durch die eine vorhandene Unterkunfts- oder Verpflegungskapazität besser ausgenützt wird.

Energieförderung

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten fördert im Rahmen des Fernwärmeförderungsgesetzes,

- die Errichtung von Fernwärmeversorgungsanlagen,
- örtliche und regionale Energieversorgungskonzepte und Studien.

Damit soll einerseits ein wichtiger Beitrag zur Substitution sensitiver Energieträger unter Berücksichtigung des optimalen Energieeinsatzes sowie zur Verbesserung der Umweltsituation, vor allem in Ballungsgebieten, geleistet werden; andererseits wird die Koordination der leitungsgebundenen

250

Kapitel 63 — Titel 632

Energien im Sinne einer langfristigen, vorteilhaften Gestaltung des Verhältnisses von Fernwärme, Gas und elektrischer Energie zueinander angestrebt.

Gewerbeförderung

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten fördert Maßnahmen zur Hebung der Wettbewerbsfähigkeit sowie zur Gründung von österreichischen Gewerbeunternehmen.

Sonstige Förderungen

Aus diesen Mitteln werden die Förderung von Ostinitiativen sowie die bereits abgeschlossenen Papierförderungsaktionen, die Zinsen-Zuschüsse an die österreichische Papierindustrie für Umweltschutz- und Strukturverbesserungsmaßnahmen vorsehen, dotiert.

Weiters wird der notwendige Ausbau und die erforderliche Erhaltung der Schutzhütten der österreichischen alpinen Vereinigungen, die beim Verband alpiner Vereine Österreichs angeschlossen sind, nach einem vom Verband alpiner Vereine Österreichs bekanntgegebenen Verteilerschlüssel durch Bereitstellung von nicht rückzahlbaren Zuschüssen gefördert.

Bergbau und Grundstoffe-Förderung

Der ausgewiesene Betrag ist auf Grund des Bergbauförderungsgesetzes für die Vergabe von Zuschüssen vor allem zur Sicherung des Bestandes von Bergbaubetrieben vorgesehen.

Ferner wird ab 1983 auch die Förderung der Verarbeitung von mineralischen Roh- zu hochwertigen Grundstoffen mit einbezogen.

Die wichtigsten geförderten Bodenschätze Österreichs sind: Erdöl und Erdgas, Kohle, Magnesit und Eisenerz. Dazu kommen noch Buntmetallerze — Blei-, Zink- und Antimonerze sowie Erze für Stahlveredler —, Wolframerze, außerdem Salz, Gips, Graphit, Talk, Kaolin und verschiedene andere Minerale.

Erdöl und Erdgas werden hauptsächlich im Raum von Matzen und in den verschiedenen Erdölfeldern bei Zistersdorf und bei Kremsmünster gefördert.

Technologie- und Forschungsförderung (gewerblich)

Beim Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten sind seit 1995 Mittel für den Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft und Mittel gemäß ITF-Gesetz veranschlagt.

Aufwendungen**Verein „Österreich Werbung“**

Dem im Jahre 1954 gegründeten Verein „Österreich Werbung“ obliegt satzungsgemäß die Ausländerwerbung und seit dem Jahre 1975 auch eine Basis-Inlandswerbung für den gesamtösterreichischen Tourismus. Dieser Verein wird gemäß Syndikatsvertrag zu 60% vom Bund und zu je 20% von den Bundesländern und der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft finanziert.

Eine der Hauptaufgaben der Österreich Werbung ist es, im Ausland ein Österreichbild zu vermitteln, das den historischen, soziologischen und sozialpsychologischen Entwicklungen inner- und außerhalb Österreichs entspricht.

Sonstige Aufwendungen

Neben Untersuchungs- und Entwicklungsarbeiten auf dem Gebiet des „Tourismus“ und der „Sonstigen Wirtschaft“ sowie Werkleistungen im Rahmen der „Osthilfe“ ist hier vor allem für die Abgeltung der Leistungen der BÜRGE für Förderungsabwicklung, die Beiträge an die Innovationsagentur und den „Verein zur Förderung des Inlandsabsatzes österreichischer Erzeugnisse“ vorge-sorgt.

Titel 632 Einrichtungen des Patentwesens**Gesetzliche Grundlagen**

Patentgesetz 1970, BGBl. Nr. 259/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 181/1996;
 Markenschutzgesetz 1970, BGBl. Nr. 260/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 109/1993;
 Musterschutzgesetz 1970, BGBl. Nr. 261/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 772/1992;
 Patentanwaltsgesetz, BGBl. Nr. 214/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 109/1993;
 Patent- und Markenverordnung, BGBl. Nr. 98/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 597/1992;
 Musterverordnung, BGBl. Nr. 387/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 597/1992;
 Patentverträge-Einführungsgesetz, BGBl. Nr. 52/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 181/1996;

Kapitel 63 — Titel 633

251

Europäisches Patentübereinkommen, BGBl. Nr. 350/1979, zuletzt geändert durch BGBl. III Nr. 36/1997;

Vertrag über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens, BGBl. Nr. 348/1979.

Aufgaben**Patentangelegenheiten**

Auf nationaler Ebene ist das Österreichische Patentamt für die Erteilung, die Rücknahme, die Nichtigkeitsklärung, die Aberkennung, die Abhängigerklärung von Patenten, die Entscheidung über die Nennung als Erfinder, die Entscheidung über das Bestehen des Vorbenützerrechtes, die Entscheidung über Feststellungsanträge und Lizenzerräumungen sowie alle Eintragungen in das Patentregister zuständig.

Dazu kommt, daß am 23. April 1979 der Patentszusammenarbeitsvertrag (Washington 1970) und am 1. Mai 1979 das Europäische Patentübereinkommen (München 1973) für Österreich in Kraft getreten sind, woraus dem Österreichischen Patentamt zusätzliche Aufgaben erwachsen, so insbesondere die im Rahmen des europäischen Vertragswerkes zu erstattenden Recherchen für europäische Patentanmeldungen. Schließlich muß auch die Neuordnung der gesamten Dokumentation nach der internationalen Patentklassifikation fortgesetzt werden. Die Tätigkeit des Österreichischen Patentamtes erstreckt sich auch auf die Einreichung von Patentanmeldungen auf Grund des Europäischen Patentübereinkommens sowie auf die Tätigkeit als Anmeldeamt, als Bestimmungsamt, als ausgewähltes Amt sowie als internationale Recherchenbehörde und als mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde nach dem Patentszusammenarbeitsvertrag.

Markenangelegenheiten

Die Zuständigkeit des Österreichischen Patentamtes in Markenangelegenheiten erstreckt sich auf die Anmeldung und Registrierung von Marken, die Führung des Markenregisters, die Umschreibung und Löschung von Marken sowie auf die Entgegennahme des Antrages auf internationale Registrierung einer Marke.

Musterangelegenheiten

Beim Patentamt wird ein Zentralmusterarchiv geführt, das je ein Zweitstück der bei den Kammern der gewerblichen Wirtschaft hinterlegten Muster aufzunehmen und zu verwahren hat.

Oberster Patent- und Markensenat

Der Oberste Patent- und Markensenat ist als Berufungsinstanz gegen die Entscheidungen der Nichtigkeitsabteilung des Patentamtes eingerichtet.

Referat für den gewerblichen Rechtsschutz

Das Patentamt führt auch die Agenden des Referates für den gewerblichen Rechtsschutz des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1996	135,0	44,1	179,1	302,7
1997	131,3	50,5	181,8	296,2
1998	139,3	50,5	189,8	296,2

Einnahmen

Bei den Einnahmen handelt es sich in erster Linie um Gebühren, die nach den Bestimmungen des Patent- und Markenschutzgesetzes eingehoben werden.

Titel 633 Bergbehörden**Gesetzliche Grundlagen**

1. Berggesetz 1975, BGBl. Nr. 259, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 219/1996, und die hiezu ergangenen Verordnungen;

252

Kapitel 63 — Titel 633

2. die Erdöl-Bergpolizeiverordnung, BGBl. Nr. 278/1937, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 12/1984 sowie der Kundmachung BGBl. Nr. 265/1961, die Verordnung zur Verhütung einer Vergeudung der Energie von Erdöl- und Erdgaslagerstätten, Verordnungs- und Amtsblatt für den Reichsgau Wien Nr. 48/1944, die Staubschädenbekämpfungsverordnung, BGBl. Nr. 185/1954, die Allgemeine Bergpolizeiverordnung, BGBl. Nr. 114/1959, zuletzt geändert durch BGBl. 12/1984, die Sprengmittelzulassungsverordnung für den Bergbau, BGBl. Nr. 215/1963, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 153/1973, die Bergpolizeiverordnung für die Seilfahrt, BGBl. Nr. 14/1968, die Bergpolizeiverordnung über das Grubenrettungswesen, BGBl. Nr. 21/1972, und die Bergpolizeiverordnung für Elektrotechnik BGBl. Nr. 737/1996;

3. das neunte Hauptstück des Allgemeinen Berggesetzes, RGBl. Nr. 146/1854, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 460/1922;

4. Lagerstättengesetz, BGBl. Nr. 246/1947;

5. Bundesgesetz über das Grubenwehrehenzeichen, BGBl. Nr. 63/1954;

6. Verordnung betreffend statistische Erhebungen über Brennstoffe, BGBl. Nr. 383/1967.

Aufgaben

Die Aufgabe der Berghauptmannschaften Wien, Salzburg, Graz, Leoben, Klagenfurt und Innsbruck besteht insbesondere darin, die bergrechtlichen Bestimmungen zu handhaben, die Einhaltung der bergpolizeilichen Vorschriften regelmäßig zu überprüfen und für den größtmöglichen Schutz und die Sicherheit der Bergarbeiter zu sorgen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1996	27,0	7,4	34,4	224,0
1997	26,1	7,6	33,7	290,4
1998	28,8	7,6	36,4	290,4

Einnahmen

Bei den Einnahmen handelt es sich zum weitaus überwiegenden Teil um Flächen-, Feld-, Speicher- und Förderzinse.

Kapitel 64 — Titel 640

253

Kapitel 64 Bauten und Technik

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten gemäß Bundesministerengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 21/1997, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt C, Z 21 bis 30.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1996	1 746,3	25 439,3	27 185,6	6 290,9
1997	1 764,5	25 874,8	27 639,3	8 093,6
1998	1 782,6	16 595,7	18 378,3	2 993,5

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 640 Verwaltungs- und betriebsähnliche Einrichtungen

Die gesetzlichen Grundlagen und die Aufgaben werden bei den jeweiligen Dienststellen des Bundesministeriums erläutert.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1996	27,9	47,7	75,6	16,0
1997	28,1	52,7	80,8	21,4
1998	29,3	72,3	101,6	22,4

Unterschiede gegenüber Vorjahre

Infolge gestiegener Aufwendungen im Rahmen der Bundesmobilenverwaltung und für das Regierungsgebäude ergibt sich eine Erhöhung bei den Sachausgaben.

Bundesmobilenverwaltung**Aufgaben**

Nach Kriegsende 1918 wurde das k. u. k. Hofmobilen- und Materialdepot von der Republik als Bundesmobiliendepot übernommen. Die heutige Aufgabe des Bundesmobiliendepots ist eine zweifache:

1. Verwaltung, Pflege und Instandhaltung der kunsthistorisch wertvollen Möbel aus ehemals kaiserlichem Besitz;
2. Einrichtung der staatlichen Repräsentationsräume, wie beispielsweise Gesandtschaften und Ministerien sowie Beistellung von Mobilen, Tafelgeschirr, Teppiche usw. bei Staatsbesuchen und sonstigen Veranstaltungen der Bundesregierung.

Neben diesen allgemeinen Aufgaben werden auch die seinerzeitigen Schlösser: Hofburg Wien und Innsbruck, Belvedere und Schloß Schönbrunn im Interesse des Fremdenverkehrs mit Stilmöbeln ausgestattet. In den eigenen Räumen in Wien VII, Mariahilfer Straße 88 und in der Wiener Hofburg wurde eine ständige Schausammlung dem Publikum eröffnet.

Ausgaben

Die veranschlagten Mittel werden für die Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes (hauptsächlich Heiz-, Energie- und Instandhaltungskosten) und für die Anschaffung von Schauobjekten verwendet.

Schönbrunner Tiergartenamt**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz über die Errichtung einer Schönbrunner Tiergarten-Gesellschaft mbH., BGBl. Nr. 420/1991, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 117/1994.

Aufgaben

Das Schönbrunner Tiergartenamt ist die Dienststelle für Beamte, die vor Beginn des Pachtverhältnisses beim bisherigen Tiergarten Schönbrunn beschäftigt waren.

254

Kapitel 64 — Titel 641**Beschußämter****Gesetzliche Grundlage**

Beschußgesetz, BGBl. Nr. 141/1951, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 233/1984.

Aufgaben

Die Beschußämter Wien und Ferlach führen die Erprobung und amtliche Kennzeichnung aller Handfeuerwaffen mit Ausnahme der Militärwaffen und die Prüfung der in Österreich erzeugten sowie der nach Österreich importierten Patronen durch.

Daneben führen beide Beschußämter auch schießtechnische Untersuchungen, Erprobungen und Entwicklungsarbeiten durch, wie zB die Erprobung der Schußsicherheit verschiedener Materialien (Glas, Kunststoff und Stahl). Sie betreiben auch je eine Schießstätte, die Büchsenmachern, Jägern usw. das Einschießen sowie Schußerprobungen ermöglichen.

Fallweise werden die Beschußämter auch zur Erstattung von Gutachten für Gerichte herangezogen.

Von den Bediensteten der Beschußämter werden auf Grund des Bundesgesetzes auch laufende Kontrollen bei den Waffenhändlern und Erzeugern durchgeführt, um nichterprobte oder mit ungültigen Beschußzeichen versehene Waffen aus dem Verkehr ziehen zu können.

Ausgaben

Hier sind die Kosten für den laufenden Betrieb und für die notwendige Anschaffung von Anlagegütern veranschlagt.

Bäder**Aufgaben**

Führung der laufenden Geschäfte der Bundesbäder Alte Donau und Wr. Neustadt.

Ausgaben

Veranschlagung der Betriebskosten der Bundesbäder. Die Personalausgaben werden seit 1992 bei der Bundesbaudirektion Wien verrechnet.

Regierungsgebäude

Hier wird vor allem der Aufwand für die Verwaltung des Regierungsgebäudes veranschlagt.

Titel 641 Förderungsmaßnahmen (Bauten und Technik)

Bei diesem Titel werden die Förderungsmaßnahmen im Rahmen des Wasserbaues, des Wohnbaues, des Technischen Versuchswesens, der Allgemeinen Bauforschung und die Sonstigen Förderungsmaßnahmen verrechnet.

Die gesetzlichen Grundlagen und die Aufgaben werden bei den einzelnen Bereichen erläutert.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1996	156,6	98,3
1997	521,4	443,3
1998	384,0	308,2

Unterschiede gegenüber Vorjahre

Die Katastrophenfondsmittel beim Wasserbau wurden niedriger veranschlagt.

Wohnbauforschung**Gesetzliche Grundlage**

Wohnbauförderungsgesetz 1984, BGBl. Nr. 482/1984, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 800/1993.

Aufgaben

Die Forschung auf dem Gebiet des Wohnungsbaues umfaßt insbesondere Untersuchungen, Gutachten, Architektenwettbewerbe, Versuchs-, Vergleichs- und Demonstrativbauten, durch die Ver-

Kapitel 64 — Titel 641

255

besserungen bezüglich Wohnen und Umwelt in gesundheitlicher, sozialer, gesellschaftlicher, volkswirtschaftlicher, städteplanerischer, regional- oder ortsplanerischer sowie technischer und rechtlicher Hinsicht zu erwarten sind.

Ausgaben

Die veranschlagten Mittel werden überwiegend zur Abwicklung der bis 31. Dezember 1987 genehmigten Förderungsansuchen oder Forschungsaufträge verwendet.

Wasserbau**Gesetzliche Grundlagen**

Wasserbautenförderungsgesetz 1985, BGBl. Nr. 148, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 516/1994;

Marchfeldkanalgesetz, BGBl. Nr. 507/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 495/1990;

Katastrophenfondsgesetz, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 746/1996.

Aufgaben

Auf Grund des Wasserbautenförderungsgesetzes und des Katastrophenfondsgesetzes kann der Bund Beiträge zu dem wasserbautechnischen Ausbau der Häfen an der Donau, zur Errichtung von Hochwasserschutzdämmen und zu vorbeugenden Maßnahmen zum Schutz gegen Hochwasser leisten.

Ausgaben

Im Jahre 1998 sind Beiträge für den Ausbau des Hafens in Krems und für vorbeugende Maßnahmen im Raume von Linz und Wien sowie im südlichen Marchland vorgesehen. Es werden außerdem die Mittel des Katastrophenfonds hauptsächlich für den Hochwasserschutz im Raum von Wien verwendet.

Technisches Versuchswesen**Gesetzliche Grundlagen**

Forschungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 434/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994;

Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 49/1997.

Aufgaben

Gewährung von Förderungsbeiträgen für Neu-, Aus- und Umbauten, für die apparative Ausrüstung von Versuchseinrichtungen, für die Entwicklung von Prüf-, Meß- und Versuchsverfahren zur Durchführung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben sowie für Arbeiten der angewandten Forschung und technischen Entwicklung, die nicht ausschließlich im Interesse der Produktion der gewerblichen Wirtschaft gelegen sind. Darüber hinaus kann der Einsatz der Mittel aus diesem Ansatz zur Abgeltung forschungsverwandter Tätigkeiten der Kooperativen Forschungsinstitute der gewerblichen Wirtschaft Österreichs sowie zur Förderung der Beteiligung an zwischenstaatlichen und internationalen Forschungs- und Entwicklungsvorhaben und für Zwecke der Dokumentation und Information erfolgen.

Ausgaben

Die veranschlagten Mittel dienen zur Sicherung und Durchführung der in den Aufgaben bezeichneten Vorhaben.

Allgemeine Bauforschung**Gesetzliche Grundlagen**

Forschungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 434/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994;

Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 101/1993.

Aufgaben

Die Mittel dienen zur Förderung der allgemeinen Bauforschung, der es obliegt, alle jene offenen Fragen des weiten Bereiches des Bauwesens zu behandeln, für deren Lösung eine Förderung aus Forschungsmitteln, die gesetzmäßig gebunden sind (Wohnbauforschung), nicht erfolgen kann.

256

Kapitel 64 — Titel 642**Ausgaben**

Die Mittel werden herangezogen für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben (einschließlich bauliche und gerätemäßige Ausstattung) auf dem Gebiete des Bauwesens, einschlägige Vorhaben auf den Gebieten der Raumordnung, der Normung, der Dokumentation und Information sowie Austausch und Verbreitung bautechnischer Erkenntnisse, wie zB Ausstellungen und Fachveranstaltungen.

Sonstige Förderungsmaßnahmen**Gesetzliche Grundlage**

Marchfeldkanalgesetz, BGBl. Nr. 507/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 495/1990.

Förderungen

Bei diesem Paragraph sind die Mittel des Bundes zur Deckung der Kosten, die der Errichtungsgesellschaft Marchfeldkanal in Erfüllung ihrer Aufgaben erwachsen, veranschlagt. Ebenso ist für den Beitrag des Bundes an die Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal vorgesorgt.

Aufwendungen

Die für das Internationale Informationszentrum für Terminologie (Infoterm) vorgesehenen Mittel dienen zur anteilmäßigen Finanzierung seiner Personalausgaben.

Titel 642 Bundesstraßenverwaltung**Gesetzliche Grundlagen**

Bundesstraßengesetz, BGBl. Nr. 286/1971, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 31/1997;

Finanzausgleichsgesetz 1997, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 746/1996;

Katastrophenfondsgesetz, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 746/1996;

ASFINAG-Gesetz, BGBl. Nr. 591/1982, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/1997;

Bundesstraßenfinanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/1997;

Infrastrukturfinanzierungsgesetz 1997, BGBl. I Nr. 000/1997.

Aufgaben

Aufgabe der Bundesstraßenverwaltung ist es, den auf Grund stetig zunehmender Motorisierung immer stärker werdenden Verkehrsströmen des Durchzugsverkehrs (Inland, zwischenstaatlicher Verkehr) ein sicheres und leistungsfähiges Straßennetz zur Verfügung zu stellen. Um den Anschluß an die ausländischen Verkehrswege zu gewährleisten, wird die Planung mit den Nachbarstaaten koordiniert.

Weiters obliegen dem Bundesministerium die Verwaltung der Anteilsrechte des Bundes an der Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft (ASFINAG).

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1996	16 312,3	5 203,0
1997	16 669,9	6 649,4
1998	7 691,3	1 669,3

Unterschiede gegenüber Vorjahre

Die Reduzierung der Ausgaben und Einnahmen ist auf die Umgestaltung der Finanzierung der Bundesstraßen gemäß Infrastrukturfinanzierungsgesetz 1997 zurückzuführen.

Bundesstraßen**Anlagen**

Hier werden die Ausgaben für den Neubau einschließlich des Liegenschaftserwerbes für Bundesstraßen veranschlagt.

Kapitel 64 — Titel 644

257

Aufwendungen

Neben den Überweisungen an andere Rechtsträger für Baumaßnahmen, die für diese im Zuge des Ausbaues der Bundesstraßen erforderlich sind, wird hier für die Instandhaltungsmaßnahmen der Bundesstraßen vorgesorgt.

Katastrophenfonds — Vorbeugende Maßnahmen (zweckgebundene Gebarung)**Katastrophenfonds — Beseitigung von Schäden (zweckgebundene Gebarung)****Anlagen**

Die Mittel des Katastrophenfonds sind für vorbeugende Maßnahmen, dh. den Ausbau der Lawinenschutzbauten an Bundesstraßen vorgesehen.

Aufwendungen

Einerseits sind die Mittel für die Beseitigung von Schäden an Bundesstraßen einschließlich der Ersätze gem. FAG 1993, andererseits für den Ersatz der Planungskosten für die Lawinenschutzbauten gem. FAG 1993 bestimmt.

Straßenforschung

Die für diese Zwecke vorgesehenen Mittel werden im Interesse der Steigerung der Wirtschaftlichkeit im Straßenbau und der Sicherheit der Verkehrsabwicklung sowohl für die Erteilung von Forschungs- und Entwicklungsaufträgen gegen Entgelt als auch für die Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben physischer oder juristischer Personen durch Gewährung von Zuschüssen oder Darlehen sowie für Zwecke der Dokumentation und Information in diesen Bereichen verwendet.

Die Verfügung über diese Mittel obliegt dem Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten.

Straßengesellschaften**Aufwendungen**

Auf Grund des Infrastrukturfinanzierungsgesetzes 1997 ist eine Dotierung für die Straßengesellschaften ab 1998 nicht erforderlich.

Titel 644 Wasserbauverwaltung**Gesetzliche Grundlagen**

Wasserstraßendirektion-Verordnung, BGBl. Nr. 274/1985;

Organisationsprivatisierung der Wasserstraßendirektion, BGBl. Nr. 11/1992;

Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz, BGBl. Nr. 372/1927, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 367/1973;

Verträge betreffend die Grenzgewässer, BGBl. Nr. 106/1970;

Katastrophenfondsgesetz, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 746/1996.

Aufgaben

Führung der Geschäfte des Wasserbaues an Donau, March und Thaya und der Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1996	106,3	228,2	334,5	182,0
1997	112,7	193,1	305,8	193,6
1998	109,8	203,1	312,9	188,8

Unterschiede gegenüber Vorjahre

Die Ausgaben wurden zur Bedeckung von Maßnahmen zur Durchführung von Wasserbauten durch Dritte höher veranschlagt.

Wasserstraßendirektion**Aufgaben**

Der Wasserstraßendirektion obliegen die Erhaltungsarbeiten an den bestehenden Regulierungsbauten und die Durchführung der notwendigen Wasserbaumaßnahmen zur klaglosen Aufrechterhal-

258

Kapitel 64 — Titel 645

tung der Schifffahrt und der unschädlichen Abfuhr der Wässer und des Eises auf der gesamten österreichischen Donau- und Marchstrecke und einem Teil der Thaya.

Die Bauarbeiten an den Grenzstrecken der Donau, March und Thaya (von km 0,0 bis 19,4) werden auf Grund des Vertrages zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Regelung von wasserwirtschaftlichen Fragen an den Grenzgewässern ausgeführt.

Aufwendungen

Im wesentlichen sind hier Mittel für Auftragsvergaben an Dritte zur Durchführung der Aufgaben der Wasserstraßendirektion veranschlagt.

Amt der Wasserstraßendirektion

Gemäß Bundesgesetz über die Organisationsprivatisierung der Wasserstraßendirektion und die Gründung einer „Österreichische Donau-Betriebs-Aktiengesellschaft“, BGBl. Nr. 11/1992, wurde das Amt der Wasserstraßendirektion als Dienststelle der bei der Österreichischen Donau-Betriebs-AG tätigen Beamten des Bundes eingerichtet.

Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz**Aufgaben**

Die Wasserstraßendirektion ist geschäftsführende Stelle der Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz.

Der Bauaufwand der Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz umfaßt Arbeiten an den Donau-Hochwasserschutzanlagen im Bereich vom Raum Krems bis zur Marchmündung und Erhaltungsarbeiten am Wiener Donaukanal einschließlich der Instandhaltung der Wehr- und Schleusenanlagen.

Aufwendungen

Vorsorge für den Bundesanteil an dem in den Aufgaben zitierten Aufwand.

Titel 645 Bundesgebäudeverwaltung

Unter diesem Titel wird der Aufwand für die Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung sowie für das Kongreßzentrum in der Wiener Hofburg veranschlagt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1996	843,4	126,6	970,0	126,2
1997	857,4	156,0	1 013,3	106,3
1998	865,7	150,9	1 016,6	130,5

Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane)**Aufgaben**

Den Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung obliegt die Verwaltung aller Bauten und Liegenschaften des Bundes einschließlich der Angelegenheiten des staatlichen Hochbaues, soweit dies nicht in die Zuständigkeit eines anderen Ressorts fällt. Diese Dienststellen sind die Bundesgebäudeverwaltung II Linz, Salzburg, Innsbruck, Klagenfurt und Graz sowie die Burghauptmannschaft in Wien und die Schloßverwaltung zu Innsbruck und Ambras.

Die Erläuterungen der einzelnen Aufgaben erfolgt bei der Liegenschaftsverwaltung.

Aufwendungen

Die veranschlagten Mittel werden hauptsächlich für die Abdeckung der Kosten des laufenden Betriebes (Energiekosten, Miet- und Pachtzinse ua.) sowie für Kostenersätze an die Bediensteten (Reisekosten und Fahrtkostenzuschüsse) benötigt.

Kongreßzentrum in der Wiener Hofburg

Die veranschlagten Mittel dienen dem Betrieb und der Erhaltung des Kongreßzentrums.

Kapitel 64 — Titel 646

259

Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betriebsähnliche Einrichtungen)**Gesetzliche Grundlagen**

Bundesgesetz über die Gründung einer Bundesimmobiliengesellschaft (BIG-Gesetz), BGBl. Nr. 419/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 120/1996.

Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten, mit der die Bundesbaudirektion Wien zur betriebsähnlichen Einrichtung erklärt wird, BGBl. Nr. 660/1992.

Aufgaben

Der Bundesbaudirektion Wien obliegt die Verwaltung aller Bauten und Liegenschaften des Bundes im Bereich Wien, Niederösterreich und Burgenland einschließlich der Angelegenheiten des staatlichen Hochbaues, soweit dies nicht in die Zuständigkeit eines anderen Ressorts fällt. Diese Aufgaben sind durch Angleichung an privatwirtschaftliche Gegebenheiten auszuführen.

Ausgaben

Die veranschlagten Mittel dienen zur Abdeckung der laufenden Betriebskosten.

Titel 646 Bundesgebäudeverwaltung (Liegenschaftsverwaltung)**Aufgaben**

Der Bundesgebäudeverwaltung obliegt unter anderem die Verwaltung und bautechnische Betreuung von staatlichen Zwecken dienenden Liegenschaften; dazu kommen noch zahlreiche Objekte, die von der Bundesgebäudeverwaltung nur baulich zu betreuen sind.

Die über das ganze Bundesgebiet erstreckte bauliche Betreuung umfaßt Regierungsgebäude, Universitätsgebäude und Gebäude für allgemeinbildende und berufsbildende höhere Schulen, ferner sonstigen Amts- und Anstaltsgebäude der Unterrichtsverwaltung einschließlich bundeseigener Museal- und Institutsbaulichkeiten, die vielfach aus kunst- oder allgemeinhistorischen Momenten unter Denkmalschutz stehenden Baulichkeiten und bundeseigenen Baudenkmäler der ehemaligen Hofhaltungen in Wien und Innsbruck, Gerichtsgebäude, Anstalten und Gefängnisse der Justizverwaltung, ferner Bauten der Finanzverwaltung einschließlich der Zollgebäude bis zu den entferntesten alpinen Höhenstützpunkten an den Grenzen, die Bauten, Ubikationen und Anlagen der Exekutive und des Bundesheeres in ganz Österreich, eine Reihe von bundeseigenen Beamtenwohnhäusern und Beamtensiedlungen, Arbeits- und Invalidenämter und Anlagen und Bauten der Bundestheaterverwaltung und der Bundessportverwaltung u. a. m.

Die Ausgaben für bauliche Herstellungen der beiden zuletzt genannten Verwaltungen und am Parlamentsgebäude belasten allerdings nicht das Kapitel 64, sondern werden bei Kapitel 02, 12 bzw. 71 veranschlagt. Ebenso besorgt die Bundesgebäudeverwaltung auch die Bauleitung im Bereich des Österreichischen Branntweinmonopols.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1996	41,8	614,7	656,5	375,4
1997	43,3	683,8	727,1	361,5
1998	42,9	698,5	741,4	395,5

Unterschiede gegen Vorjahre

Auf Grund der zu erwartenden Entwicklung der Kosten für Schneeräumung und Müllabfuhr wurden die Ausgaben erhöht. Bei Miet- und Pachtzinsen sind höhere Einnahmen zu erwarten.

Betriebskosten und Hauserfordernisse**Organisation**

Die Liegenschaftsverwaltung der Bundesgebäudeverwaltung wird von 36 Gebäudeverwaltungsstellen wahrgenommen. Hievon sind 28 Bundesdienststellen und acht im Wege der Auftragsverwaltung tätige Ämter der Landesregierung.

260

Kapitel 64 — Titel 647

Bundesdienststellen sind die Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung sowie die sieben Finanzlandesdirektionen, die vier Oberlandesgerichtspräsidien und acht Landesschulräte (ohne Wien).

Ausgaben

Mit den veranschlagten Mitteln werden vor allem die Instandhaltungskosten und Betriebskosten, wie Grundsteuern, Versicherungen, Gebühren für Wasserverbrauch, Müllabfuhr, Rauchfangkehrer, Rattenvertilgung usw., abgedeckt.

Liegenschaftsankäufe

Die Erfordernisse für den Erwerb von Liegenschaften für Zwecke der Hoheitsverwaltung sind, sofern sie nicht bei anderen Voranschlagsansätzen vorgesehen sind, bei den Voranschlagsansätzen 6461 bis 6469 zusammengefaßt.

Unter dem Voranschlagsansatz 1/64698 werden 12 vH der Kosten für Liegenschaftsankäufe veranschlagt, welche gemäß § 1 Absatz 2 Ziffer 2 Finanzausgleichsgesetz (FAG) 1993 den Ländern als Abgeltung für die Liegenschaftsverwaltungs-, Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsausgaben zustehen.

Neben dem Aufwand für den Erwerb von Liegenschaften sind bei diesen Voranschlagsansätzen auch noch Freimachungskosten für angekaufte Liegenschaften veranschlagt.

Titel 647 Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau)**Allgemeine Bemerkungen betreffend BIG**

Die budgetären Auswirkungen der Reform der Immobilienverwaltung des Bundes durch die Gründung einer Bundesimmobilienges. m. b. H. (BIG), BGBl. Nr. 419/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/1997, stellt sich wie folgt dar:

	BVA 1998	BVA 1997 Millionen Schilling	Erfolg 1996
Bund: Mietenzahlungen der Ressorts (inkl. USt):			
Schulen	1 290	1 153	1 058
Universitäten	1 598	1 034	905
sonstige Nutzer	201	170	150
ASFINAG	415	317	—
Summe Mietenzahlungen ...	3 504	2 674	2 113
BIG: Einnahmen (ohne USt):	3 240	2 527	2 008
Ausgaben:			
Aufwendungen (Instandhaltung, usw.):	500	337	400
Zinsaufwand	849	713	264
Kalk. Afa + sonst. Aufw.	946	878	523
Abfuhr Fruchtgenuß – Bund	945	599	821

Aufgaben der Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau)

Errichtung und Erhaltung von Bundesgebäuden.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1996	7 762,3	81,5
1997	7 414,4	79,1
1998	7 212,0	29,1

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Ausgaben wurden im Rahmen der Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung niedriger veranschlagt. Die Einnahmen wurden wegen Wegfalles der Baukostenbeiträge des Landes Oberösterreich und des Arbeitsmarkt-Service niedriger angesetzt.

Kapitel 64 — Titel 647

261

Überweisungen an die Länder gemäß § 1 Abs. 2 FAG

Hier werden 12 vH des endgültigen Bauaufwandes veranschlagt, welche gemäß § 1 Absatz 2 Ziffer 2 Finanzausgleichsgesetz (FAG) 1993 den Ländern als Abgeltung für die Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsaufgaben zustehen.

Schulen der Unterrichtsverwaltung

Der veranschlagte Betrag ist für die Gebäudeerhaltung und den Neubau der Schulen der Unterrichtsverwaltung vorgesehen, dies sind:

A. Allgemeinbildende Schulen:

Allgemeinbildende höhere Schulen (Gymnasien, Realgymnasien und ihre Sonderformen, Höhere Internatsschulen [Bundesehrer- und Erzieherbildung], Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung sowie Pädagogische Akademien mit ihren Nebeneinrichtungen, Pädagogische Institute usw. sowie alle Einrichtungen und Anstalten, die Zwecken der vorstehend genannten Schultypen dienen (zB Bundesschullandheime, Bundeskonvikte); das Bundes-Blindenerziehungsinstitut Wien und das Bundes-Taubstummenerziehungsinstitut Wien.

B. Berufsbildende Schulen:

Berufsbildende höhere Schulen (Höhere Technische und Gewerbliche Lehranstalten, Handelsakademien, Höhere Lehranstalten für wirtschaftliche Berufe sowie die jeweils zugehörigen Sonderformen); Berufsbildende mittlere Schulen (Fachschulen und Handelsschulen sowie ihre Sonderformen); die Bundes-Berufsschule für Uhrmacher Karlstein; alle Einrichtungen und Anstalten, die Zwecken der vorstehend genannten Schultypen dienen, wie berufspädagogische Institute, Bundeskonvikte, Versuchsanstalten usw.

Schulen der Wissenschaftsverwaltung

Hier wird die Gebäudeerhaltung und der Neubau der Schulen der Wissenschaftsverwaltung gesondert von dem der Unterrichtsverwaltung veranschlagt. Es sind dies:

Universitäten, Kunsthochschulen, wissenschaftliche Anstalten, Studienbibliotheken sowie Einrichtungen und Anstalten, die zur Förderung von Hochschulaufgaben bestimmt sind.

Bauten für die Landesverteidigung

Die Ausgaben betreffend die Erhaltung der militärischen Objekte und Anlagen, Zweckadaptierungen an denselben und die Errichtung neuer militärischer Objekte, wie zB Kasernen, Verpflegsanstalten, Sanitätsanstalten, Radarstationen mit militärischen Wohnbauten.

Land- und forstwirtschaftliche Schulen und Anstalten

Hier werden die Baukosten für land- und forstwirtschaftliche Schulen und Ausbildungsstätten, Versuchs- und Prüfanstalten sowie Bundesgüter deren Instandsetzung und Instandhaltung veranschlagt.

Sonstige Bundesgebäude

Hier werden die für die Erhaltung und für den Neubau notwendigen Ausgabenbeträge für alle Bundesgebäude veranschlagt, die nicht bei einem anderen Paragraphen des Titels 647 angeführt sind, außerdem der Bedarf für die Amts- und Dienstwohngebäude und die Bundesanstalten, zB auch der für die Gebäudeerhaltung von Museen, Schlössern, Palais und ähnlich kulturell wertvollen Gebäuden.

Für die Sanierung der Bundesmuseen hat der Ministerrat ein Investitionsprogramm 1987 bis 1992 sowie die Fortsetzung dieses Investitionsprogrammes in den Folgejahren beschlossen.

Konjunkturausgleich-Voranschlag

Sollte die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 1998 den Einsatz zusätzlicher Mittel erfordern, sind im Konjunkturausgleichsvoranschlag beim Bundeshochbau vorgesehen:

	Sachausgaben Millionen Schilling
Stabilisierungsquote	800,0
Konjunkturbelebungsquote	600,0

Titel 649 Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen**Gesetzliche Grundlagen**

Maß- und Eichgesetz, BGBl. Nr. 152/1950, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 636/1994 und die dazu ergangenen Verordnungen;

Vermessungsgesetz, BGBl. Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 30/1997 und die dazu ergangenen Verordnungen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1996	726,9	190,7	917,6	208,6
1997	723,0	183,6	906,6	239,0
1998	735,0	183,6	918,6	249,8

Unterschiede gegenüber Vorjahre

Die Einnahmen wurden im Hinblick auf die zu erwartenden Erlöse im Rahmen der Landesaufnahme höher veranschlagt.

Aufgaben des Eichwesens

1. Aufbewahrung der Etalons für die gesetzlichen Maßeinheiten, für ihren Anschluß an die internationalen Etalons sorgen sowie die einschlägigen Darstellungsverfahren festlegen;
2. verbindliche Verfahrensvorschriften, Werte des spektralen Hellempfindlichkeitsgrades für Lichtmessungen, Normspektralwerte für Farbmessungen und Bewertungsfunktionen für objektive Schallpegelmessungen samt dem Bezugswert entsprechend dem Stand der Meßtechnik durch Verordnung festlegen;
3. für die eichpflichtigen Meßgerätégattungen die Eichvorschriften und die Eichenweisungen erlassen und im „Amtsblatt für das Eichwesen“ kundmachen;
4. Zulassung neuer Meßgerätebauarten zur Eichung;
5. Eichung von Meßgeräten;
6. Überwachung der Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen durch eichpolizeiliche Revisionen;
7. Prüfung und Beglaubigung von Meßgeräten im Rahmen des physikalisch-technischen Prüfungsdienstes, Durchführung entsprechender Untersuchungen und Förderung der Meßtechnik durch wissenschaftliche Arbeiten; Erlassung von Prüf- und Beglaubigungsvorschriften für Meßgeräte.

Aufgaben des Vermessungswesens

Die auszuführenden Arbeiten dienen der Schaffung und Erhaltung von technischen Unterlagen für die verschiedensten Zweige technisch-wirtschaftlicher Planungen — zB für den Ausbau und die Regulierung von Straßen- und Wasserbauanlagen, für die Errichtung von Wasserkraftwerken und Maßnahmen im Zuge der Bodenreform —, im besonderen aber zur Erfüllung der durch das Vermessungsgesetz auferlegten Aufgaben der staatlichen Hoheitsverwaltung. Zu diesen gehören insbesondere:

1. Die Grundlagenvermessungen, und zwar
 - a) die Schaffung und Erhaltung eines engmaschigen Festpunktfeldes,
 - b) die astronomisch-geodätischen Arbeiten für die Zwecke des Festpunktfeldes und solche zur Erforschung der Erdgestalt,
 - c) die Schaffung und Erhaltung von Höhepunkten besonderer Genauigkeit (Präzisionsniveaulement) und
 - d) die Arbeiten zur Erforschung des Schwerkraftfeldes der Erde und für die geophysikalische Landesaufnahme;
2. die teilweise Neuanlegung des Grenzkatasters;
3. die allgemeine Neuanlegung des Grenzkatasters;
4. die Übernahme der Ergebnisse eines Verfahrens der Agrarbehörden in den Angelegenheiten der Bodenreform in den Grenzkataster;
5. die Führung des Grenzkatasters;
6. die Amtshandlungen im Zusammenhang mit dem Grenzkataster;
7. die Vermarkung und Vermessung der Staatsgrenzen;

Kapitel 64 — Titel 649

263

8. Herstellung, Evidenzhaltung und Vervielfältigung der staatlichen Landkarten durch (§ 1, Ziffer 7, 8 und 9 des Vermessungsgesetzes).

Ausgaben und Einnahmen

Die veranschlagten Mittel werden zur Erfüllung der obliegenden Aufgaben verwendet. Im wesentlichen sind bei den Aufwendungen die Familien- und Geburtenbeihilfen, sowie die Reisekostensätze an die Bediensteten (im Zusammenhang mit der Eich- und Vermessungstätigkeit) und die Kosten für den laufenden Betrieb (zB Energiekosten) bzw. für die Instandhaltung veranschlagt.

Bei den Einnahmen handelt es sich vor allem um Eich-, Prüfungs- und Vermessungsgebühren.

264

Kapitel 65 — Titel 650**Kapitel 65 Verkehr und öffentliche Wirtschaft**

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Wissenschaft und Verkehr gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 21/1997, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt N, soweit Angelegenheiten des Verkehrsbereiches betroffen sind.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1996	322,2	24 045,8	24 368,0	7 628,3
1997	312,0	24 566,3	24 878,3	6 931,1
1998	333,5	26 001,3	26 334,8	825,1

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 650 Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr**Aufgaben**

Der Aufgabenbereich des Bundesministeriums für Wissenschaft und Verkehr (Verwaltungsbe-
reich Verkehr) umfaßt die Angelegenheiten der Regionalförderung, soweit es sich um einzelbetrieb-
liche Förderungsmaßnahmen im industriell-gewerblichen Bereich handelt, der Technologieförderung,
des ERP-Fonds und der staatseigenen Unternehmungen sowie des Erwerbes und der Verwaltung
von Anteilsrechten des Bundes, soweit sie nicht in den Wirkungsbereich eines anderen Bundesmini-
steriums fallen, der Eisenbahnen, des Post- und Fernmeldewesens, der See- und Flußschifffahrt, des
zivilen Luftverkehrs, des Kraftfahrwesens und der Straßenpolizei. Ferner werden die Belange der Ver-
kehrsförderung, Angelegenheiten des österreichischen Verkehrssicherheitsfonds, des gewerblichen
Personen- und Güterverkehrs einschließlich der gewerblichen Beförderung von Gütern in Rohrleitun-
gen mit Ausnahme der Wasserleitungsangelegenheiten, Angelegenheiten der Beförderung von Per-
sonen und Gütern im Werksverkehr sowie die Wahrnehmung des gesetzlichen Schutzes der Bedien-
steten der Eisenbahnen (Straßenbahnen), der Post und Telekom Austria AG, der Schifffahrt und der
Luftfahrt wahrgenommen.

Paragraph 6500 Verwaltungsbereich Verkehr

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1996	273,5	114,0	387,5	10,9
1997	263,9	132,7	396,6	8,9
1998	282,1	258,1	540,2	8,9

Unterschiede gegen Vorjahre

Bei den Sachausgaben beruht die Erhöhung im wesentlichen auf der Veranschlagung der Restin-
vestition für das elektronische ÖKO-Punkte-System und der Kosten für dessen Betriebsaufnahme.

Anlagen

Der Großteil der für 1998 veranschlagten Mittel wird für die Errichtung des elektronischen ÖKO-
Punkte-Systems verwendet.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

An gesetzlichen Verpflichtungen sind für die Familienbeihilfen 5,6 Millionen Schilling und für die
Beiträge an verschiedene internationale Organisationen, wie ICAO-Montreal, für die CEMT, ECAC-
Paris, Zentralamt für den internationalen Eisenbahnverkehr-Bern, IMO-London, TER und JAA insge-
samt 9,160 Millionen vorgesehen.

Daneben sind hier die Ausgaben für Sachverständigengutachten und sonstige Leistungen
gemäß KFG 1967 und die öffentlichen Abgaben veranschlagt.

Hauptüberblick 1998 — Inlandswirksame Gebarung

273

B. Sonstiges

I. Hauptüberblick über den Bundesvoranschlag 1998

Inlandswirksame Gebarung

Die nachfolgenden Übersichten geben Aufschluß über die Größenordnung einzelner Einnahmen- und Ausgabengruppen:

EINNAHMEN	Bundes- voranschlag 1998	Bundes- voranschlag 1997 ²⁰⁾ Millionen Schilling	Erfolg 1996
1. Allgemeiner Haushalt:			
1.1 Öffentliche Abgaben:			
1.11 Kapitel 52 (netto):			
Einkommen- und Vermögensteuern ¹⁾	207 112	206 797	178 549
Übrige öffentliche Abgaben ²⁾	273 845	246 407	231 649
Sonstige Einnahmen ³⁾	201	60	210
Summe/Abgaben ...	481 159	453 265	410 408
Hievon ab:			
Beitrag zur Europäischen Union ⁴⁾	30 500	30 100	26 937
Summe 1.11 ...	450 659	423 165	383 470
1.12 Überweisungen (Abgabenanteile):			
an Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen bzw. Katastrophenfonds ⁵⁾	18 422	18 463	18 185
für Krankenanstaltenfinanzierung ⁶⁾	1 355	1 367	1 288
Summe 1.12 ...	19 777	19 830	19 473
Summe 1.1 ...	470 436	442 995	402 943
1.2 Abgabenähnliche Einnahmen:			
Direkte Abgaben ⁷⁾	86 663	87 298	83 708
Indirekte Abgaben ⁸⁾	497	498	423
Summe 1.2 ...	87 160	87 796	84 130
1.3 Bundesbetriebe:			
Bundestheater	673	673	738
Alkohol (Monopol)			98
Österreichische Bundesforste			2 028
Post- und Telegraphenverwaltung			22 877
Summe 1.3 ...	673	673	25 741
1.4 Sonstige Einnahmen	123 740	147 756	152 607
Summe 1 ...	682 009	679 220	665 422
2. Ausgleichshaushalt	299 331	255 870	219 596
Insgesamt ...	981 340	935 090	885 018

Fußnoten siehe Seite 276.

18 Arbeits(Amts)behelf zum BFG 1998

274

Inlandswirksame Gebarung (Einnahmen)

	Bundes- voranschlag 1998	Bundes- voranschlag 1997 ²⁰⁾ Millionen Schilling	Erfolg 1996
ab: 3. Im Inland nachfrageunwirksame Einnahmen des allgemeinen Haushaltes:			
3.1 Einnahmen aus dem Ausland:			
Veräußerungen von ausländischen Beteiligungen ⁹⁾	0	0
Veräußerungen von ausländischen Wertpapieren ¹⁰⁾
Rückzahlung von Darlehen aus dem Ausland ¹¹⁾	66	27	230
Einnahmen aus Vermögensverträgen ¹²⁾	2	2	6
Vertrag mit der BRD über Kriegsopferversorgung und Beschäftigung Schwerbeschädigter ¹³⁾	7	7	7
Sonstige laufende Einnahmen aus dem Ausland ¹⁴⁾	13 477	13 204	21 489
Kapitaltransferzahlungen aus dem Ausland ¹⁵⁾	0	0	8
Zinsen aus Forderungen ¹⁶⁾	8 549	8 306	10 802
Summe 3.1 ...	22 101	21 546	32 542
3.2 Überweisungen vom AMS ¹⁷⁾	0	0	939
3.3 Entnahmen aus bzw. Auflösung von Rücklagen:			
Haushaltsrücklagen ¹⁸⁾	1 278	971	7 869
Ersatz vom Reservefonds für Familienbeihilfen ¹⁹⁾	3 843	1 974	852
Summe 3.3 ...	5 121	2 945	8 721
3.4 Sonstige unwirksame Einnahmen:			
Kursgewinne ²¹⁾	21	49	230
Entnahme von Wertpapieren von Trägern des öffentlichen Rechtes (einschließlich Wertpapiere des Umlaufvermögens) ²²⁾ ..	250	4 800	4 362
Haftungsübernahmen des Bundes ²³⁾ ...	11 081	11 151	8 337
Überweisungen des ERP-Fonds ²⁴⁾	0	0
Einschmelzerlöse aus zurückgestellten Silbermünzen ²⁵⁾	0	0	35
Überweisungen zwischen Kapiteln des Bundeshaushaltes auf Grund von Gesetzen ²⁶⁾	14 895	19 219	18 804
Summe 3.4 ...	26 248	35 219	31 768
ab: 4. Im Inland nachfrageunwirksame Einnahmen des Ausgleichshaushaltes:			
Aufnahme von Finanzschulden in inländischer Währung ²⁷⁾	214 576	165 472	159 867
Aufnahme von Finanzschulden in fremder Währung ²⁸⁾	0	0	38 966
Aufnahme von Schulden/Währungstauschverträge (SWAP) ²⁹⁾	9 755	15 398	17 318
Aufnahme von Schulden (ohne Finanzschulden) für den laufenden Aufwand ³⁰⁾	75 000	75 000	3 445
Summe 4 ...	299 331	255 870	219 596
Summe (Nachfrageunwirksame Einnahmen) ...	352 800	315 579	293 566
Verbleibende Einnahmen ...	628 540	619 510	591 452

Fußnoten siehe Seiten 276/277.

Kapitel 65 — Titel 650

265

Aufwendungen

Veranschlagt sind die sachlichen Ausgaben dieses Verwaltungsbereiches, soweit sie den Verwaltungsaufwand betreffen.

Paragraph 6501 Schiffahrtspolizei**Gesetzliche Grundlagen**

Schiffahrtsgesetz 1997, BGBl. I Nr. 62/1997;

Verordnung des BMföWuV, BGBl. Nr. 160/1993.

Aufgaben

Der Schiffahrtspolizei obliegen auf Wasserstraßen, ausgenommen in die Landesvollziehung fallende, die Aufgaben der Schiffahrtspolizeibehörde und die Wahrnehmung der schiffahrtspolizeilichen Aufgaben gemäß Schiffahrtsgesetz 1997 (Überwachung der Einhaltung aller die Schiffahrt betreffenden Verwaltungsvorschriften, Regelung der Schiffahrt einschließlich der Bezeichnung des Fahrwassers und Hilfeleistung bei Havarien).

Außenstellen (Strom-, Schleusen- bzw. Hafenaufsichten) befinden sich in Hainburg, Wildungsmauer, Wien, Greifenstein, Tulln, Altenwörth, Krems, Melk, Persenbeug, Grein, Wallsee, Abwinden, Linz, Ottensheim, Aschach und Engelhartzell.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1996	33,2	32,2	65,4	21,9
1997	32,4	34,0	66,4	20,8
1998	34,9	35,1	70,0	20,8

Anlagen

Hier ist unter anderem für die Einrichtung eines EDV-gestützten Schiffahrtsinformationssystems vorgesorgt. Bei den restlichen Posten sind die für die Erhaltung der Dienstbereitschaft der Schiffahrtspolizeiorgane erforderlichen Anschaffungen, wie Steganlagen, Zillen, Motore, Meßgeräte ua., budgetiert.

Aufwendungen

Die vorgesehenen Mittel sind für die Instandhaltung von Signal- und Hilfseinrichtungen für die Schiffahrt, für die Instandhaltung von Signalstationen und Objekten der Schiffahrtspolizeiaußenstellen, für die Betriebs- und Instandhaltungskosten der Wasserfahrzeuge, für den Betrieb der Schleusen Ybbs-Persenbeug, Wallsee, Ottensheim, Aschach, Altenwörth, Abwinden-Asten, Melk, Greifenstein und Wien-Freudenau sowie für Aufwendungen infolge des Beitrittes der Republik Österreich zur Donaukonvention 1948 bestimmt.

Paragraph 6502 Fernmeldebehördliche Tätigkeiten**Gesetzliche Grundlagen**

Telekommunikationsgesetz — TKG, BGBl. I Nr. 100/1997;

Art. 7 der Richtlinie 90/388/EWG;

Regionalradiogesetz, BGBl. Nr. 506/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 41/1997.

Aufgaben

Wahrnehmung auf dem Gebiet des Fernmeldewesens, die im Art. 7 der EWG-Richtlinie über den Wettbewerb auf dem Markt für Telekommunikationsdienste aufgezählten Agenden, wie:

Die Erteilung von betrieblichen Genehmigungen, die Überwachung der Zulassungen und die verbindlichen Spezifikationen, die Zuteilung der Frequenzen und die Überwachung der Nutzungsbedingungen, die Ahndung der Verletzungen des fernmeldebehördlichen Hoheitsrechtes. Erstellung des Frequenznutzungsplanes, Frequenzzuordnung und Bewilligung gemäß Regionalradiogesetz.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1996	126,0	4 145,9
1997	140,9	3 640,0
1998	141,9	640,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Der Einnahmenrückgang ist im wesentlichen auf den Entfall des nur für 1997 veranschlagten Konzessionsentgeltes gemäß § 20a Fernmeldegesetz der Post- und Telekom Austria AG zurückzuführen.

Anlagen

Die veranschlagten Mittel dienen für den Erwerb bzw. Ersatz von Funkmeßfahrzeugen und -meßgeräten sowie für Hardware zur Planung von Privatrundfunksendern und Software für topographische Datenbank für Rundfunkplanung und Verträglichkeitsberechnungen im Sprechfunk.

Aufwendungen

Die vorgesehenen Mittel sind für die Instandhaltung bzw. Wartung von Fahrzeugen und Funkmeßgeräten und den notwendigen Verwaltungsaufwand bestimmt.

Einnahmen

Aus den fernmeldebehördlichen Tätigkeiten werden Einnahmen aus dem Titel „Gebühren und Geld-, Ordnungs- und Mutwillensstrafen“ sowie Rundfunk- und Fernsehgebühren erzielt.

Titel 651 Bundesministerium (Zweckaufwand)**Gesetzliche Grundlagen**

Bundesbahngesetz, BGBl. Nr. 825/1992, zuletzt geändert mit BGB. Nr. 201/1996;

Privatbahnunterstützungsgesetz 1988, BGBl. Nr. 606/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 519/1994;

Hochleistungsstreckengesetz, BGBl. Nr. 135/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 384/1996;

Bundesgesetz zur Errichtung einer Brenner-Eisenbahn-Gesellschaft, BGBl. Nr. 502/1995;

Bundesgesetz über die Austro Control GesmbH, BGBl. Nr. 898/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 45/1997;

Schieneinfrastrukturfinanzierungsgesetz — SCHIG, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/1997;

Poststrukturgesetz, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 797/1996;

Führerscheingesez — FSG, BGBl. I Nr. 000/1997;

Richtlinien der Bundesregierung gem. § 13 (4) Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, über die Vergabe und Durchführung von Forschungsaufträgen und Aufträgen für sonstige wissenschaftliche Untersuchungen;

Grund- und Finanzierungsverträge der Verkehrsverbände.

Aufgaben

Zurverfügungstellung der Eisenbahn-Infrastruktur gem. § 2 Bundesbahngesetz 1992; Abgeltung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen gem. § 3 Bundesbahngesetz 1992, § 2 Privatbahnunterstützungsgesetz und § 3 Poststrukturgesetz.

Der Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr überträgt durch Verordnung den Österreichischen Bundesbahnen, der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG bzw. der Brenner-Eisenbahn-Gesellschaft die Planung und den Bau bestimmter Eisenbahninfrastrukturvorhaben, wofür der Bund ganz bzw. teilweise die Kosten zu tragen hat.

Für Zwecke der Finanzierung der Schieneinfrastrukturinvestitionen, der Benutzungsentgeltfestsetzung und -einhebung, der Fahrplantrassenvermittlung usw., wurde die Schieneinfrastrukturfinanzierungs-Gesellschaft m. b. H. (SCHIG) gegründet. Auf Grund des Infrastrukturfinanzierungsgesetzes sind die von der ASFINAG eingegangenen Verpflichtungen zur Finanzierung von Eisenbahnhochleistungsstrecken auf die SCHIG übergegangen und sind dieser die Zinsen zu ersetzen.

Nur die konsequente Durchführung von verschiedensten Maßnahmen — zB Verkehrssicherheitswettbewerbe, TV-Serien, Schwerpunktaktionen — läßt eine Verbesserung der Sicherheit im Straßenverkehr erwarten.

Kapitel 65 — Titel 652

267

Auch im Verkehrsbereich wird es immer notwendiger, konkrete **Auftragsforschungen** zu vergeben. Darüber hinaus darf nicht übersehen werden, daß vorwiegend langfristige Investitionen auf dem kapitalintensiven Verkehrssektor zu tätigen sind, was im Hinblick auf die Optimierung der einzusetzenden Mittel und unter Berücksichtigung der mehrschichtigen Ressortbelange objektive Beurteilungskriterien erfordert.

Im Bereich der **Verkehrsverbände** ergibt sich durch die Einführung einheitlicher Verbundfahrkarten für die an den Verkehrsverbänden beteiligten Verkehrsträger ein sogenannter „Durchtarifierungsverlust“, der durch den Bund teilweise abgegolten wird.

Gemäß § 11 des Bundesgesetzes über die Austro Control hat der Bund der Austro Control für die im öffentlichen Interesse erbrachten Leistungen ein Entgelt nach dem Kostendeckungsprinzip zu leisten.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1996	21 288,8	3 179,2
1997	21 923,9	3 100,0
1998	23 284,9	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Die bis 1997 veranschlagten Einnahmen aus dem Entgelt für die Benützung der Eisenbahninfrastruktur sind ab 1998 von den ÖBB direkt an die SCHIG abzuführen.

Die Erhöhung der Ausgaben ergibt sich durch die Umstellung des Zinsendienstes für Verpflichtungen aus Kreditoperationen, die von der ASFINAG zur Finanzierung von Eisenbahn-Hochleistungsstrecken eingegangen wurden (Übertragung von Kapitel 54).

Aufwendungen

	Millionen Schilling
Kosten für Eisenbahninfrastruktur	11 000,2
Kostenersatz an die SCHIG	1 330,0
Gemeinwirtschaftliche Leistungen ÖBB	8 254,0
Gemeinwirtschaftliche Leistungen Privatbahnen	569,7
Gemeinwirtschaftliche Leistungen Post und Telekom Austria AG	1 400,0
Verkehrsverbände	657,7
Allgemeiner Verkehr	73,3

Titel 652 Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)**Gesetzliche Grundlagen**

Vereinbarung vom 9. Mai 1979 zwischen dem Bund und dem Land Wien gemäß Art. 15 a B-VG (Schienenverbund), BGBl. Nr. 18/1980;

Bundesgesetz vom 25. Februar 1987, BGBl. Nr. 80/1987;

Hafeneinrichtungen-Förderungsgesetz, BGBl. Nr. 160/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 412/1994;

Privatbahnunterstützungsgesetz 1988, BGBl. Nr. 606/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 519/1994;

Innovations- und Technologiefondsgesetz 1987, BGBl. Nr. 603/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994;

Konzessionsverlängerung von Eisenbahnbetrieben;

Allgemeine Rahmenrichtlinien des Bundesministeriums für Finanzen für die Gewährung von Förderungen aus Bundesmitteln;

Richtlinien des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr für die Förderung von Investitionen auf dem Verkehrssektor;

268

Kapitel 65 — Titel 652

Richtlinien des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr und der Bundesländer Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark und Tirol für die Gewährung von Förderungen aus der gemeinsamen Regionalen Innovationsprämie sowie Richtlinien des BMföWuV und der Bundesländer für die Technologie- und Strukturoffensive (Qualitätssicherung und Produktfindung);

Sonderrichtlinien für die Förderung von industriell-gewerblichen Infrastrukturprojekten (Regionale Infrastrukturförderung) des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr.

Aufgaben

Auf Grund des sogenannten Schienenverbundvertrages 1979 und Ergänzungen hat der Bund die Verpflichtung übernommen, jährlich 1 500 Millionen Schilling für den Bau der U-Bahnlinien U 3 und U 6 zu leisten.

Vorrangige Aufgabe der Verkehrsförderung ist die Unterstützung der Verkehrsverlagerung von der Straße auf die Schiene und auf das Schiff. Wegen der Knappheit an ERP-Kreditmitteln werden Investitionen und Projekte von besonderem verkehrspolitischen Interesse durch Zinsen- oder Investitionskostenzuschüsse aus Budgetmitteln gefördert. Schwerpunkte: Kombiniertes Verkehr, Umsetzeinrichtungen zur Verkehrsverlagerung, Errichtung, Erweiterung und Modernisierung von Anschlußbahnen.

Gemäß dem Privatbahnunterstützungsgesetz sind den nicht-bundeseigenen Unternehmungen, die Haupt- oder Nebenbahnen betreiben, auch Anschlußkosten abzugelten (Verknüpfung Privatbahn—ÖBB).

Weiters sind Zuschüsse für Investitionen veranschlagt, die von den nicht-bundeseigenen Haupt- und Nebenbahnen zu Verbesserungen des Eisenbahnverkehrs vorgenommen werden müssen.

Im Zusammenhang mit der Verlängerung der Konzessionen für die Eisenbahnbetriebe der Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbau-Gesellschaft, der AG der Wiener Lokalbahnen hat der Bund für den aus der Aufrechterhaltung des Bahnbetriebes erwachsenden Betriebsabgang zur Gänze oder teilweise vorzusorgen; weiters ist er verpflichtet, Zuschüsse für die notwendigen Investitionen zu leisten. Der Ansatz enthält daher auch die hierfür erforderlichen Mittel.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1996	2 443,3	228,2
1997	2 266,2	103,6
1998	2 208,4	97,6

Unterschiede gegen Vorjahre

Rücknahme der nationalen Förderungsmittel gemäß Beschluß der Bundesregierung.

Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

1 500 Millionen Schilling Bundesbeitrag für den U-Bahnteil (Schienenverbund);

Förderungen

72,330 Millionen Schilling Beitragsleistungen für Verkehrsförderung;

100,058 Millionen Schilling Beitragsleistungen für Regionalförderung;

424,696 Millionen Schilling Beitragsleistungen zur Aufrechterhaltung der Betriebssicherheit nicht bundeseigener Haupt- und Nebenbahnen;

51,921 Millionen Schilling Beitragsleistungen für Technologieförderungsprogramme;

8,061 Millionen Schilling Beitragsleistungen für sonstige Förderungen.

Regionalförderung

Die mit den Bundesländern für neuabgegrenzte Problemgebiete im Jahr 1990 mit Laufzeit bis Ende 1992 vereinbarte Regionalförderungsaktion (Regionale Innovationsprämie, Regionale Infrastrukturförderung) und ihre Weiterführung wurde entsprechend veranschlagt.

Für das „Ostgrenz-Sonderprogramm“, worin auch ein grenzüberschreitendes Innovations- und Gründerzentrum in Gmünd und weitere Projekte dieser Art in Kooperation mit Tschechien, Ungarn und Slowenien vorgesehen sind, wurde vorgesorgt.

Kapitel 65 — Titel 655 und 657

269

Technologie-Anwendungsförderung

Für Förderungen nach dem Innovations- und Technologiefondsgesetz 1987 sind 51,921 Millionen Schilling veranschlagt.

Derzeit sind vom ITF-Kuratorium folgende Förderungsschwerpunkte festgelegt: Umwelttechnik, flexible computerintegrierte Produktion für Klein- und Mittelbetriebe — Flex CIM, Verkehrstechnik, Energietechnik, Softwaretechnologie.

Für die mit allen Bundesländern eingerichteten Aktionsprogramme „Qualitätssicherung“ und „Produktfindung“ wurde entsprechend vorgesorgt.

Sonstige Förderungen

Im Zusammenhang mit der Übernahme der Anteilsrechte des Bundes an diversen Gesellschaften in die Verwaltung des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr sind für Zuschüsse 8,061 Millionen Schilling veranschlagt.

Aufwendungen

Entgeltzahlungen an den ERP-Fonds für die Tätigkeit des ERP-Fonds als „Geschäftsführung des Innovations- und Technologiefonds“ sowie Kosten von Gutachten und anderen Beratungstätigkeiten.

Titel 655 Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge**Gesetzliche Grundlagen**

Kraftfahrgesetz 1967, BGBl. Nr. 267/1967, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/1997;

Kraftfahrgesetz-Durchführungsverordnung 1967, BGBl. Nr. 399/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 746/1995;

Gefahrgutbeförderungsgesetz — Straße, BGBl. Nr. 209/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 430/1995.

Aufgaben

Die Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge ist zur Bearbeitung, Lösung und Begutachtung kraftfahrtechnischer und verkehrstechnischer Fragen und zur Prüfung und Begutachtung von Kraftfahrzeugen und Anhängern und von Teilen und Ausrüstungsgegenständen sowie der Ladung solcher Fahrzeuge berechtigt. Sie hat dem Bund als kraftfahrtechnische Prüfanstalt zu dienen und Gutachten zu erstatten. Die Aktivitäten der Bundesprüfanstalt dienen der Hebung der Sicherheit des Straßenverkehrs.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1996	15,5	7,9	23,4	1,4
1997	15,7	12,6	28,3	1,8
1998	16,5	16,8	33,3	1,8

Unterschiede gegen Vorjahre

Zahlung von Miete auf Grund der Übertragung des Gebäudes der Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge an die Bundesimmobiliengesellschaft.

Titel 657 Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds**Gesetzliche Grundlage**

Kraftfahrgesetz 1967, BGBl. Nr. 267/1967, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 000/1997.

Aufgaben

Der Österreichische Verkehrssicherheitsfonds wurde als Verwaltungsfonds zur Förderung der Verkehrssicherheit in Österreich geschaffen. Seine Einnahmen rekrutieren sich aus den Abgaben und Kostenbeiträgen für die Zuweisung eines Wunschkennzeichens, aus sonstigen Zuweisungen und aus Erträgen aus Veranlagungen.

270

Kapitel 65 — Titel 657

Seine konkrete Aufgabenstellung liegt in der zweckgebundenen Verwendung der Mittel für

1. die Förderung von allgemeinen Maßnahmen und konkreten Projekten zur Verbesserung der Sicherheit im Straßenverkehr, insbesondere die Förderung der Verkehrserziehung;
2. die Durchführung von Studien und Forschungen sowie für Informationen über Forschungen auf dem Gebiet der Straßenverkehrssicherheit;
3. vorbereitende Maßnahmen der Planung und Erarbeitung von Orientierungshilfen für Planungen auf dem Gebiet der Straßenverkehrssicherheit;
4. die Unterstützung der Behörden bei der Administration der Kennzeichen iS des § 48 a Abs. 6;
5. die Verwaltung und Aufteilung der dem Fonds zufließenden Einnahmen.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen
1996	33,7	40,9
1997	56,0	56,0
1998	56,0	56,0

Kapitel 71

271

Kapitel 71 Bundestheater

Die Bundestheater unterstehen seit Inkrafttreten der Novelle zum Bundesministerengesetz 1986, BGBl. I Nr. 21/1997, dem Bundeskanzleramt.

Rechtliche Grundlage

Der Österreichische Bundestheaterverband wurde auf Grund des Erlasses des Bundesministers für Unterricht und Kunst vom 10. Mai 1971, ZA.E. 984-Präs/71, zuletzt geändert durch den Erlaß des Bundesministers für Unterricht und Kunst vom 19. März 1976, Z AE 10 930/1-I/76 als Nachfolge der bisherigen Bundestheaterverwaltung geschaffen.

Organisation

Die Leitung des Österreichischen Bundestheaterverbandes obliegt den Direktoren des Burgtheaters, der Staatsoper, der Volksoper und dem Generalsekretär. Zweck des Verbandes ist es, die Führung der österreichischen Bundestheater, nämlich des Burgtheaters, der Staatsoper und der Volksoper so zu koordinieren, daß unter Berücksichtigung aller künstlerischen, wirtschaftlichen und technischen Voraussetzungen den Erfordernissen einer sparsamen und rationellen Gebarung bei optimalen künstlerischen Ergebnissen Rechnung getragen wird.

Zu den Bundestheatern gehören:

1. das **Burgtheater**,
das die Nachfolge des im Jahre 1776 gegründeten k. k. Hofburgtheaters angetreten hat und als repräsentatives Repertoiretheater für die dramatische Weltliteratur betrieben wird. Dem Burgtheater ist derzeit das Akademietheater angegliedert, das seine Spielzeit im Jahre 1923 begann. Fallweise werden auch Aufführungen in einem 3. Spielraum geboten.
2. die **Staatsoper**,
die in den Jahren 1861 bis 1869 errichtet wurde und ein repräsentatives Repertoiretheater für Oper und Ballett mit umfassender Literatur darstellt.
3. die **Volksoper**,
die von den Bundestheatern erst seit dem Jahre 1945 bespielt wird und als repräsentatives Repertoiretheater für die volkstümliche Oper und Operette und ähnliche Werke geführt wird.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1996	2 390,0	636,9	3 026,9	738,0
1997	2 412,6	612,0	3 024,6	673,0
1998	2 412,6	612,0	3 024,6	673,0

Ausgaben**Personalausgaben**

Der Aktivitätsaufwand umfaßt die Ausgaben für das künstlerische, technische und Verwaltungspersonal, wobei für die reibungslose Abwicklung des Spielbetriebes die Erbringung von Mehrleistungen unerlässlich ist. Er beläuft sich auf 1 574,8 Millionen Schilling oder 52,1 vH des Gesamtaufwandes.

Der Pensionsaufwand, dessen gesetzliche Grundlage das Bundestheaterpensionsgesetz 1958, BGBl. Nr. 159, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 64/1997, bildet, hat im Jahre 1998 eine Größenordnung von 837,8 Millionen Schilling erreicht, was einen Anteil von 27,7 vH der Gesamtausgaben des Kapitels 71 bedeutet.

Sachausgaben

Die gesamten Sachausgaben sind mit einem Betrag von 612,0 Millionen Schilling, das sind 20,2 vH der Gesamtausgaben, veranschlagt. Davon sind für Investitionen 115,0 Millionen Schilling und für Aufwendungen (einschl. gesetzliche Verpflichtungen) zur Aufrechterhaltung des Betriebes 497,0 Millionen Schilling präliminiert. Das Sonderinvestitionsprogramm sieht die notwendige Erneuerung der bühnentechnischen Anlagen innerhalb der Bundestheater vor.

272

Kapitel 71

An auswärtigen Gastspielen sind Tourneen des Burgtheaters nach Bregenz, Graz, Villach, Antwerpen, Athen, Berlin, Japan, Meiningen, Mülheim, Paris, Rom, Wiesbaden und eine Arbeiterkammer-Tournee geplant.

Einnahmen

Bei der Veranschlagung der Einnahmen wurde der Trend eines anhaltend guten Theaterbesuches und der Opernball berücksichtigt. Weiters wurde davon ausgegangen, daß verschiedene Organisationen, wie das Theater der Jugend, der Kulturring der Stadt Wien, der Österreichische Gewerkschaftsbund und einzelne Gewerkschaften geschlossene Vorstellungen zu bedeutend ermäßigten Preisen angeboten erhalten.

Besucherzahlen

	1994	1995	1996
Burgtheater	284 795 ¹⁾	219 107 ¹⁾	294 486 ¹⁾
Akademietheater	124 325	128 520	140 435
Staatsoper	401 602	610 741 ²⁾	619 525
Volksooper	383 653	371 839	356 691

¹⁾ Einschließlich Vestibül und Kasino.

²⁾ Einschließlich Gobelinsaal.

Hauptüberblick 1998 — Inlandswirksame Gebarung

273

B. Sonstiges**I. Hauptüberblick über den Bundesvoranschlag 1998****Inlandswirksame Gebarung**

Die nachfolgenden Übersichten geben Aufschluß über die Größenordnung einzelner Einnahmen- und Ausgabengruppen:

EINNAHMEN	Bundes- voranschlag 1998	Bundes- voranschlag 1997 ²⁰⁾ Millionen Schilling	Erfolg 1996
1. Allgemeiner Haushalt:			
1.1 Öffentliche Abgaben:			
1.11 Kapitel 52 (netto):			
Einkommen- und Vermögensteuern ¹⁾	207 112	206 797	178 549
Übrige öffentliche Abgaben ²⁾	273 845	246 407	231 649
Sonstige Einnahmen ³⁾	201	60	210
Summe/Abgaben ...	481 159	453 265	410 408
Hievon ab:			
Beitrag zur Europäischen Union ⁴⁾	30 500	30 100	26 937
Summe 1.11 ...	450 659	423 165	383 470
1.12 Überweisungen (Abgabenanteile):			
an Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen bzw. Katastrophenfonds ⁵⁾	18 422	18 463	18 185
für Krankenanstaltenfinanzierung ⁶⁾	1 355	1 367	1 288
Summe 1.12 ...	19 777	19 830	19 473
Summe 1.1 ...	470 436	442 995	402 943
1.2 Abgabenähnliche Einnahmen:			
Direkte Abgaben ⁷⁾	86 663	87 298	83 708
Indirekte Abgaben ⁸⁾	497	498	423
Summe 1.2 ...	87 160	87 796	84 130
1.3 Bundesbetriebe:			
Bundestheater	673	673	738
Alkohol (Monopol)			98
Österreichische Bundesforste			2 028
Post- und Telegraphenverwaltung			22 877
Summe 1.3 ...	673	673	25 741
1.4 Sonstige Einnahmen	123 740	147 756	152 607
Summe 1 ...	682 009	679 220	665 422
2. Ausgleichshaushalt	299 331	255 870	219 596
Insgesamt ...	981 340	935 090	885 018

Fußnoten siehe Seite 276.

18 Arbeits(Amts)behelf zum BFG 1998

274

Inlandswirksame Gebarung (Einnahmen)

	Bundes- voranschlag 1998	Bundes- voranschlag 1997 ²⁰⁾ Millionen Schilling	Erfolg 1996
ab: 3. Im Inland nachfrageunwirksame Einnahmen des allgemeinen Haushaltes:			
3.1 Einnahmen aus dem Ausland:			
Veräußerungen von ausländischen Beteiligungen ⁹⁾	0	0
Veräußerungen von ausländischen Wertpapieren ¹⁰⁾
Rückzahlung von Darlehen aus dem Ausland ¹¹⁾	66	27	230
Einnahmen aus Vermögensverträgen ¹²⁾	2	2	6
Vertrag mit der BRD über Kriegsopferversorgung und Beschäftigung Schwerbeschädigter ¹³⁾	7	7	7
Sonstige laufende Einnahmen aus dem Ausland ¹⁴⁾	13 477	13 204	21 489
Kapitaltransferzahlungen aus dem Ausland ¹⁵⁾	0	0	8
Zinsen aus Forderungen ¹⁶⁾	8 549	8 306	10 802
Summe 3.1 ...	22 101	21 546	32 542
3.2 Überweisungen vom AMS ¹⁷⁾	0	0	939
3.3 Entnahmen aus bzw. Auflösung von Rücklagen:			
Haushaltsrücklagen ¹⁸⁾	1 278	971	7 869
Ersatz vom Reservefonds für Familienbeihilfen ¹⁹⁾	3 843	1 974	852
Summe 3.3 ...	5 121	2 945	8 721
3.4 Sonstige unwirksame Einnahmen:			
Kursgewinne ²¹⁾	21	49	230
Entnahme von Wertpapieren von Trägern des öffentlichen Rechtes (einschließlich Wertpapiere des Umlaufvermögens) ²²⁾ ..	250	4 800	4 362
Haftungsübernahmen des Bundes ²³⁾ ...	11 081	11 151	8 337
Überweisungen des ERP-Fonds ²⁴⁾	0	0
Einschmelzerlöse aus zurückgestellten Silbermünzen ²⁵⁾	0	0	35
Überweisungen zwischen Kapiteln des Bundeshaushaltes auf Grund von Gesetzen ²⁶⁾	14 895	19 219	18 804
Summe 3.4 ...	26 248	35 219	31 768
ab: 4. Im Inland nachfrageunwirksame Einnahmen des Ausgleichshaushaltes:			
Aufnahme von Finanzschulden in inländischer Währung ²⁷⁾	214 576	165 472	159 867
Aufnahme von Finanzschulden in fremder Währung ²⁸⁾	0	0	38 966
Aufnahme von Schulden/Währungstauschverträge (SWAP) ²⁹⁾	9 755	15 398	17 318
Aufnahme von Schulden (ohne Finanzschulden) für den laufenden Aufwand ³⁰⁾	75 000	75 000	3 445
Summe 4 ...	299 331	255 870	219 596
Summe (Nachfrageunwirksame Einnahmen) ...	352 800	315 579	293 566
Verbleibende Einnahmen ...	628 540	619 510	591 452

Fußnoten siehe Seiten 276/277.

Inlandswirksame Gebarung (Ausgaben)

275

AUSGABEN	Bundes- voranschlag 1998	Bundes- voranschlag 1997 ²⁹⁾ Millionen Schilling	Erfolg 1996
1. Allgemeiner Haushalt:			
1.1 Gruppe 0 bis 6	746 294	744 150	728 193
1.2 Gruppe 7 (Bundesbetriebe):			
Bundestheater	3 025	3 025	3 027
<i>Alkohol (Monopol)</i>	238
<i>Österreichische Bundesforste</i>	1 852
<i>Post- und Telegraphenverwaltung</i>	21 477
Summe 1.2 ...	3 025	3 025	26 594
Summe 1 ...	749 319	747 175	754 788
2. Ausgleichshaushalt	232 021	187 915	130 231
Insgesamt ...	981 340	935 090	885 018
ab: 3. Im Inland nachfrageunwirksame Ausgaben des allgemeinen Haushaltes:			
3.1 Ausgaben an das Ausland:			
Käufe der Landesverteidigung im Ausland ³¹⁾	2 100	2 169	2 015
Erwerb von ausländischen Beteiligungen ⁹⁾	2 019	1 355	2 871
<i>Erwerb von ausländischen Wertpapieren</i> ¹⁰⁾
Gewährung von Darlehen an das Ausland ¹¹⁾	0	0	43
Ausgaben für Personal (Ausland) ³²⁾	292	247	273
Zinsen an das Ausland ³³⁾	5 438	6 074	6 677
Laufende Transferzahlungen (Ausland) ³⁴⁾	2 440	2 464	2 525
Kapitaltransferzahlungen (Ausland) ³⁵⁾ ...	270	188	344
Summe 3.1 ...	12 559	12 496	14 749
3.2 Überweisungen an das AMS ³⁶⁾	2 671	2 790	2 899
3.3 Zuführung an Rücklagen:			
Haushaltsrücklagen ¹⁸⁾	81	198	5 904
Überweisungen an den Reservefonds für Familienbeihilfen ¹⁹⁾	3 843	1 974	852
Summe 3.3 ...	3 924	2 171	6 756
3.4 Finanzschuldenverwaltung:			
Zinsen an das Ausland ³⁷⁾	19 433	18 850	18 045
Emissionsverluste ³⁸⁾	438	375	208
Sonstige Auslandszahlungen ³⁹⁾	403	650	846
Summe 3.4 ...	20 274	19 875	19 098

Fußnoten siehe Seiten 276/277.

276

Inlandswirksame Gebarung (Ausgaben)

	Bundes- voranschlag 1998	Bundes- voranschlag 1997 ²⁾ Millionen Schilling	Erfolg 1996
3.5 Sonstige unwirksame Zahlungen:			
Kursverluste ⁴⁾	64	56	82
Erwerb von Wertpapieren von Trägern des öffentlichen Rechtes (einschließlich Wertpapiere des Umlaufvermögens) ²²⁾ ..	250	4 600	2 421
Haftungsübernahmen des Bundes ²³⁾	13 279	12 866	10 122
Überweisungen an den ERP-Fonds ²⁴⁾ ...	51	61	99
Zahlungen an ASFINAG ⁴¹⁾	0	2 873	2 686
Zurückstellung von Silbermünzen ²⁵⁾	80	80	115
Überweisungen zwischen Kapitel des Bun- deshaushaltes auf Grund von Gesetzen ⁴²⁾	14 895	19 219	18 808
Summe 3.5 ...	28 619	39 755	34 333
ab: 4. Im Inland nachfrageunwirksame Ausgaben des Ausgleichshaushaltes:			
Ersatz an Österr. Industrieholding AG (Til- gung) ⁴³⁾	0	922	1 910
Rückzahlung von Finanzschulden in inländi- scher Währung ²⁷⁾	112 976	77 242	84 673
Rückzahlung von Finanzschulden in fremder Währung ²⁸⁾	35 139	17 991	20 404
Rückzahlung von Schulden/Währungs- tauschverträge (SWAP) ²⁹⁾	8 906	16 759	19 798
Rückzahlung von Schulden (ohne Finanz- schulden) für den laufenden Aufwand ³⁰⁾	75 000	75 000	3 445
Summe 4 ...	232 021	187 915	130 231
Summe (Nachfrageunwirksame Ausgaben) ...	300 067	265 003	208 066
Verbleibende Ausgaben ...	681 273	670 087	676 952
Inlandwirksamer Saldo I ...	52 733	50 577	85 500
ab: 5. Beitrag zur Europäischen Union⁴⁾.....	30 500	30 100	26 937
Inlandwirksamer Ausgabenüberschuß (Saldo II) ...	22 233	20 477	58 563

Fußnoten zur Übersicht „Inlandswirksame Gebarung“:

- 1) Kapitel 52, Voranschlagsposten: 83 ...
- 2) Kapitel 52, Voranschlagsposten: 84 ...
- 3) Voranschlagsansatz 52704, Voranschlagsposten: 8031, 8810 und 8851.
- 4) Titel 529 (Hier von Länderanteil: BVA 1998: 0,001 Millionen Schilling; BVA 1997: 0,001 Millionen Schilling; Erfolg 1996: 4 597,054 Millionen Schilling und Anteil der Gemeinden: BVA 1998: 0,001 Millionen Schilling; BVA 1997: 0,001 Millionen Schilling; Erfolg 1996: 5 861,016 Millionen Schilling).
- 5) Voranschlagsposten 83 .. der Voranschlagsansätze: 19310, 19311 und 53400.
- 6) Voranschlagsposten 84 .. des VA-Ansatzes 53 205 (bis einschließlich 1996: Voranschlagsposten 84 .. des Voranschlagsansatzes: 17294).
- 7) Voranschlagsposten: 83 .. der Kapitel 01 bis 65 (ausgenommen Kapitel 52 und Voranschlagsansätze: 19310, 19311 sowie 53400).
- 8) Voranschlagsposten: 84 .. der Kapitel 01 bis 65 (ausgenommen Kapitel 52 und Voranschlagsansätze: 17294 und 53205).
- 9) Voranschlagsposten: 081 ..
- 10) Voranschlagsposten: 088 ..
- 11) Voranschlagsposten: 249., 259. und 268 ..
- 12) Voranschlagsposten: 884. des Titels 503.
- 13) Voranschlagsposten: 883. des Voranschlagsansatzes 15784.
- 14) Voranschlagsposten: 883. und 884. (mit Ausnahme der entsprechenden Voranschlagsposten bei den Voranschlagsansätzen: 15784 und 503 ..
- 15) Voranschlagsposten: 886., 887. und 888 ..
- 16) Voranschlagsposten: 8296.
- 17) VA-Ansatz: 1557 ..
- 18) Voranschlagsposten: 298 ..

Inlandswirksame Gebarung

277

- 19) Post-Untergliederung . 45 der Voranschlagsposten 853 . und 858 . bzw. 733 . und 738 ..
- 20) BGBl. Nr. 211/1996 in der Fassung BGBl. I Nr. 36/1997.
- 21) Voranschlagsposten: 8292 und 8298.
- 22) Voranschlagsposten: 085 . und 223 ..
- 23) Titel 547.
- 24) Post-Untergliederung . 61 der Voranschlagsposten 853 . und 858 . bzw. 733 . und 738 ..
- 25) Paragraph 5010.
- 26) Voranschlagsposten: 8262, 8263.
- 27) Voranschlagsposten: 30 ...
- 28) Voranschlagsposten: 31 ...
- 29) Voranschlagsposten: 32 ...
- 30) Voranschlagsposten: 355 ..
- 31) Voranschlagsansatz 40108, soweit Käufe im Ausland. Hievon sind 1998: 1 584, 1997: 1 678 sowie 1996: 1 863 Millionen Schilling für Bauten und Ausrüstung vorgesehen.
- 32) Voranschlagsposten: 5 .. 1.
- 33) Voranschlagsposten: 655 ..
- 34) Voranschlagsposten: 780 ., 781 ., 782 ., 783 . und 784 ..
- 35) Voranschlagsposten: 785 ., 786 ., 787 ., 788 . und 789 ..
- 36) VA-Ansätze: 1/15537, 1/1557.
- 37) Voranschlagsposten: 653 . und 654 ..
- 38) Voranschlagsposten: 6579.
- 39) Alle Voranschlagsposten mit der Post-Untergliederung 001 des Voranschlagsansatzes 59908 (ausgenommen: Voranschlagsposten 6579 und 658 ..).
- 40) Voranschlagsposten: 6571 und 658 ..
- 41) Voranschlagspost 7280 des Voranschlagsansatzes 64298.
- 42) Voranschlagsposten: 7292, 7293.
- 43) Voranschlagsposten: 741 . /001 des Voranschlagsansatzes 7/54847.

Nachfrageunwirksame Ausgaben

Zur Beurteilung der volkswirtschaftlichen Auswirkungen des Voranschlages wurden von der Ausgabensumme diejenigen Ausgaben abgezogen, die die Nachfrage im Inland nicht beeinflussen. Auch die Tilgungszahlungen für Finanzschulden sind abgezogen worden, weil sie nicht direkt und unmittelbar die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen im Inland erhöhen. Ob diese Tilgungszahlungen im weiteren Wirtschaftsablauf tatsächlich nachfrageunwirksam bleiben, hängt von der Liquiditätssituation der Empfänger der Zahlungen, von der Konjunktursituation und anderen Faktoren ab. Mehrere Gründe sprechen aber dafür, daß die Tilgungszahlungen weitgehend nachfrageunwirksam bleiben. Soweit die Tilgungszahlungen an ausländische Inhaber von österreichischen Schuldtiteln geleistet werden und dafür Devisenzahlungen notwendig werden, kann die Liquidität der inländischen Kreditunternehmungen verringert werden und dadurch tendenziell sogar eine nachfrageverringemde Wirkung entstehen. Tilgungszahlungen an inländische Gläubiger, sei es an Kreditunternehmungen, Kapitalsammelstellen, Unternehmungen oder private Haushalte, erhöhen zwar die liquiden Mittel dieser Gläubiger, die Liquiditätssituation, die Konjunkturlage und die Kreditnachfrage des Bundes und der Wirtschaft sprechen aber dafür, daß diese Mittel wieder in Krediten im Inland verlangt werden.

278

Unterschiede der Gebarung 1998 gegenüber 1997**Unterschiede der Gebarung 1998 gegenüber 1997**

Im folgenden werden die finanziell wichtigsten Ansätze des Bundesvoranschlages 1998 und deren Unterschiede gegenüber jenen des Jahres 1997 hervorgehoben:

Einnahmen:	Bundes- voranschlag 1998		Unter- schied gegenüber 1997
	Millionen Schilling		
Allgemeiner Haushalt:			
Öffentliche Abgaben:			
Veranlagte Einkommensteuer.....	41 500,0	+	2 900,0
Lohnsteuer.....	188 000,0	+	4 700,0
Kapitalertragsteuer auf Zinsen.....	25 000,0	+	1 000,0
Körperschaftsteuer.....	46 500,0	-	3 700,0
Übrige Einkommen- und Vermögensteuern.....	14 290,0	+	100,0
Umsatzsteuer.....	223 000,0	+	10 000,0
Ein- und Ausfuhrabgaben.....	3 500,0	-	600,0
Tabaksteuer.....	15 500,0	+	1 800,0
Mineralölsteuer.....	34 500,0	+	1 000,0
Übrige Verbrauchsteuern.....	3 850,0	+	600,0
Stempel- und Rechtsgebühren.....	9 800,0	+	1 000,0
Verkehrssteuern.....	44 950,0	+	540,0
Übrige.....	15 800,0	+	15 230,0
Zusammen ...	666 190,0	+	34 570,0
Ab:			
Überweisungen an Länder und Gemeinden und an Fonds.....	185 031,4	+	6 676,0
Überweisungen an Europäische Union.....	30 500,0	+	400,0
Verbleiben ...	450 658,6	+	27 494,0
Bundeskanzleramt:			
Innovations- und Technologiefonds.....	399,0	-	18,2
Übrige Gebarung.....	369,6	+	42,4
Inneres.....	1 303,0	-	45,5
Unterricht und kult. Angelegenheiten.....	848,5	+	70,5
Wissenschaft und Forschung.....	924,0	-	255,7
Soziales:			
Arbeitsmarktpolitik (hauptsächlich Arbeitslosenversicherungs- beiträge).....	57 315,5	-	3 059,4
Übrige Einnahmen.....	124,1	+	33,8
Sozialversicherung.....	135,0	-	8,0
Gesundheit.....	829,8	-	206,1
Umwelt.....	124,1	+	24,2
Jugend und Familie:			
Ausgleichsfonds f. Familienbeihilfen:			
Dienstgeberbeiträge.....	39 718,3	+	136,0
Anteil der Einkommen- und Körperschaftsteuer.....	5 245,0	+	89,1
Abgeltung von Einkommensteuern.....	9 500,0		-
Übrige Einnahmen.....	928,1		-
Reservfonds für Familienbeihilfen.....	3 843,0	+	1 869,3
Übrige Gebarung.....	0,1	-	0,1
Justiz.....	7 233,1	+	883,1
Militärische Angelegenheiten.....	538,0	+	20,2
Finanzverwaltung:			
Einhebungsvergütungen.....	400,0	-	59,8
Österreichisches Postsparkassenamt.....	676,5	+	10,0
Amt der Post- und Telekom Austria AG.....	17 105,0	-	385,5
Übrige Gebarung.....	931,4	-	200,9

Unterschiede der Gebarung 1998 gegenüber 1997**279**

Einnahmen:	Bundes- voranschlag 1998		Unter- schied gegenüber 1997
	Millionen Schilling		
Kassenverwaltung:			
Innovations- und Technologiefonds	399,0	-	18,2
Entnahme aus, Verringerung der und Auflösung von Rücklagen	1 278,0	+	306,5
Effekten- und Geldverkehr des Bundes	1 180,3	-	5 368,2
Zahlungen von der EU	12 701,8	+	281,6
Übrige Gebarung	40,0	+	30,0
Finanzausgleich:			
Katastrophenfonds	3 728,5	-	138,6
Übrige Gebarung	1 354,6	-	12,8
Bundesvermögen:			
Kapitalbeteiligung (Erträge):			
Abfuhr der Oesterreichischen Nationalbank	7 607,5	+	3 100,0
Post- und Telekom Austria AG	-	-	4 300,0
Sonstige Erträge	303,6	-	589,5
Kapitalbeteiligung (Erlöse)	3 000,1	+	3 000,0
Haftungsübernahmen des Bundes	11 081,2	-	70,1
Forderungen an den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen	-	-	1 961,8
Konzessionsabgabe gem. § 9 Poststrukturgesetz	-	-	5 600,0
Übrige Gebarung	2 116,8	-	597,4
Pensionen (Hoheitsverwaltung):			
Ersätze der Oesterreichischen Postsparkasse	41,0	-	3 683,0
Beitrag der Oesterreichischen Bundesbahnen	6 052,0	-	253,0
Beitrag der Post- und Telekom Austria AG	4 040,0	-	160,0
Pensionsbeiträge	6 579,0	-	0,8
Übrige Einnahmen	1 441,7	+	595,1
Finanzschuld, Währungstauschverträge	11 843,5	+	3 262,6
Land- und Forstwirtschaft:			
Schutzwasserbau und Lawinenverbauung (Mittel des Katastrophenfonds)	1 465,0	-	150,0
Übrige Gebarung	1 119,6	-	87,8
Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	821,4	+	3,5
Bauten und Technik:			
Straßengesellschaften	-	-	4 616,0
Übrige Straßenbaumittel	1 669,3	-	364,1
Übrige Gebarung	1 324,2	-	119,9
Verkehr und öffentliche Wirtschaft:			
Fernmeldebehördliche Tätigkeiten	640,0	-	3 000,0
Entgelt für die Benützung der Eisenbahninfrastruktur	-	-	3 100,0
Übrige Gebarung	185,1	-	6,0
Bundestheater	673,0		-
Übrige Einnahmen	173,3	-	26,1
Allgemeiner Haushalt (Summe) ...	682 009,3	+	2 789,3

280

Unterschiede der Gebarung 1998 gegenüber 1997

Einnahmen:	Bundes- voranschlag 1998		Unter- schied gegenüber 1997
	Millionen Schilling		
Ausgleichshaushalt:			
Kassenverwaltung	75 000,0		-
Finanzschuld, Währungstauschverträge	224 330,9	+	43 461,3
Ausgleichshaushalt (Summe) ...	299 330,9	+	43 461,3
Gesamteinnahmen ...	981 340,2	+	46 250,6
Ausgaben:			
Allgemeiner Haushalt:			
Bundeskanzleramt:			
Statistisches Zentralamt	649,1	+	2,8
Innovations- und Technologiefonds	399,0	-	18,2
Presse- und Parteienförderung	607,6	+	0,2
Sportangelegenheiten	812,2	-	16,2
Übrige Gebarung	2 583,3	+	255,7
Inneres:			
Polizei und Gendarmerie	18 450,2	+	1 371,4
Zivildienst	931,9	-	14,5
Übrige Gebarung	3 240,8	+	298,0
Unterricht und kulturelle Angelegenheiten:			
Ersätze für Landeslehrer	33 928,8	+	721,3
Allgemeinbildende Schulen (Ohne Ersatz für Landeslehrer)	12 793,3	+	401,6
Berufsbildende Schulen (Ohne Ersatz für Landeslehrer)	12 389,3	+	243,1
Museen	1 166,9	+	155,1
Übrige Gebarung	9 208,7	+	781,3
Kunst	1 150,0		-
Wissenschaft und Forschung:			
Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen	17 185,8	+	763,8
Kunsthochschulen	1 812,3	+	120,3
Übrige Gebarung	8 856,2	+	1 119,6
Soziales:			
Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik	2 500,0	-	2 227,0
Pflegevorsorge	16 650,0	-	250,0
Arbeitsmarktpolitik	57 625,5	-	2 953,5
Kriegsopfer- und Heeresversorgung	6 580,8	-	230,5
Übrige Gebarung	1 533,5	+	174,5
Sozialversicherung:			
Bundesbeitrag einschl. Ausgleichszulagen	66 331,9	+	4 291,4
Leistungen zur Krankenversicherung	897,0	-	8,0
Übrige Gebarung	669,1	+	15,1
Gesundheit:			
Klinischer Mehraufwand	4 698,7	+	436,7
Mutter-Kind-Paß	517,0	-	41,3
Zweckzuschüsse nach dem Krankenanstaltengesetz	6 232,8	-	113,3
Übrige Gebarung	722,9	+	58,3
Umwelt:			
Siedlungswasserwirtschaft	1 935,0	+	435,0
Sonstige Gebarung	1 953,5	+	332,0

Unterschiede der Gebarung 1998 gegenüber 1997**281**

Ausgaben:	Bundes- voranschlag 1998		Unter- schied gegenüber 1997
	Millionen Schilling		
Jugend und Familie:			
Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen:			
Familienbeihilfen	31 625,0	+	113,7
Geburtenbeihilfen.....	210,8	+	158,8
Schüler(Lehrlings)freifahrten und Schulfahrtbeihilfen	3 891,6	-	376,7
Schulbücher.....	1 200,0		-
Beitrag zum Karenzurlaubsgeld (einschließlich Pensionsbei- träge).....	9 688,0	-	53,1
Rückzahlungen und Überweisungen	3 843,0	-	92,5
Übrige Gebarung	4 933,0	+	474,9
Sonstige Gebarung.....	170,4	-	1,1
Äußeres	4 330,0	+	300,5
Justiz	10 526,5	+	779,7
Militärische Angelegenheiten.....	21 407,9	+	536,9
Finanzverwaltung:			
Förderungen gemäß Gesundheits- und Beihilfengesetz.....	12 000,0	+	12 000,0
Finanzlandesdirektionen.....	8 975,8	+	572,7
Amt der Post- und Telekom Austria AG	17 135,0	-	355,5
Übrige Gebarung	5 298,0	+	751,6
Kassenverwaltung:			
Effekten- und Geldverkehr	414,6	-	4 538,9
Sonstige Pauschalvorsorgen.....	3 625,4	+	750,0
Übrige Gebarung	642,7	-	357,2
Finanzausgleich:			
Leistungen an Länder und Gemeinden.....	12 429,3	+	1 274,0
Zweckzuschüsse des Bundes.....	26 820,6	-	705,5
Katastrophenfonds	3 677,5	-	129,6
Bundesvermögen:			
Kapitalbeteiligung	2 063,6	+	659,0
Haftungsübernahmen	13 279,4	+	413,8
Abgeltung an Donaukraftwerke.....	521,0		-
Ersatz an ÖIAG	0,0	-	2 806,5
Aufwand für Verstaatlichte Banken.....	252,6	-	23,2
Übrige Gebarung	411,4	-	2 144,1
Pensionen (Hoheitsverwaltung):			
Beitrag für Pensionen der Österreichischen Bundesbahnen	21 848,0	-	97,0
Beitrag für Pensionen der Post- und Telekom Austria AG	11 377,1	-	914,4
Ersätze für Pensionen der Landeslehrer	9 309,7	+	300,0
Übrige Gebarung	30 624,0	-	1,5
Finanzschuld, Währungstauschverträge:			
Verzinsung	100 973,2	+	868,1
Übrige Gebarung	3 402,1	+	108,5
Land- und Forstwirtschaft:			
Förderung der Land- und Forstwirtschaft und des Ernährungs- wesens	2 047,4	-	69,1
Agrarische Strukturförderung	3 774,1	-	439,0
Marktordnungsmaßnahmen	12 426,2	-	246,5
Schutzwasserbau und Lawinenverbauung	1 575,8	-	135,5
Übergangsregelungen	1 108,5	-	1 693,2
Übrige Gebarung	3 483,3	-	451,0
Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	2 866,6	-	642,7

282

Konjunkturausgleich-Voranschlag

Ausgaben:	Bundes- voranschlag 1998		Unter- schied gegenüber 1997
	Millionen Schilling		
Bauten und Technik:			
Bundesstraßenverwaltung einschließlich Autobahnen.....	7 691,3	-	8 978,6
Bundesgebäudeverwaltung.....	1 016,6	+	3,3
Liegenschaftsverwaltung einschließlich Erwerb.....	741,4	+	14,3
Bundeshochbau.....	7 212,0	-	202,4
Übrige Gebarung.....	1 717,0	-	97,6
Verkehr und öffentliche Wirtschaft:			
Abgeltungen an ÖBB.....	21 153,9	+	1 330,0
Förderungsmaßnahmen.....	2 208,4	-	57,8
Übrige Gebarung.....	2 972,5	+	184,3
Bundestheater.....	3 024,6		-
Übrige Ausgaben.....	2 377,9	+	55,3
Allgemeiner Haushalt (Summe) ...	749 319,0	+	2 143,9
Ausgleichshaushalt:			
Kassenverwaltung.....	75 000,0		-
Bundesvermögen.....	0,0	-	922,4
Finanzschuld, Währungstauschverträge.....	157 021,2	+	45 029,1
Ausgleichshaushalt (Summe) ...	232 021,2	+	44 106,6
Gesamtausgaben ...	981 340,2	+	46 250,6

Konjunkturausgleich-Voranschlag

Gemäß Artikel III des Bundesfinanzgesetzes 1998 ist ein Konjunkturausgleich-Voranschlag in der Höhe von 5 064,835 Millionen Schilling mit einer Stabilisierungsquote in Höhe von 2 418,455 Millionen Schilling und mit einer Konjunkturbelebungsquote in Höhe von 2 646,380 Millionen Schilling vorgesehen. Sollte die wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1998 den Einsatz zusätzlicher Bundesmittel erfordern, um dadurch auf die Konjunkturentwicklung in Österreich stabilisierend oder belebend einzuwirken, so ist hiezu der Bundesminister für Finanzen unter den im Artikel III festgelegten Voraussetzungen ermächtigt. Auf diese Weise kann er den Konjunkturausgleich-Voranschlag ganz oder teilweise durch die Zustimmung zu Überschreitungen der im Konjunkturausgleich-Voranschlag angeführten Voranschlagsansätze des Bundesvoranschlages 1998, und zwar sowohl die Stabilisierungsquote als auch die Konjunkturbelebungsquote in Höhe des Bedarfs bei einzelnen Voranschlagsansätzen und einheitlicher Hundertsätze bei den übrigen Voranschlagsansätzen bis zu dem im Konjunkturausgleich-Voranschlag vorgesehenen Höchstausmaß, wirksam werden lassen.

Der Konjunkturausgleich-Voranschlag sieht folgende Beträge vor:

	Stabilisierungs- quote	Konjunktur- belebungsquote
	Millionen Schilling	
Inneres.....	28,400	28,400
Unterricht und kulturelle Angelegenheiten.....	-	163,080
Kunst.....	-	25,019
Wissenschaft und Forschung.....	-	1 536,176
Justiz.....	24,000	12,000
Militärische Angelegenheiten.....	400,000	100,000
Land- und Forstwirtschaft.....	152,000	164,000
Bauten und Technik:		
Hochbau.....	800,000	600,000
Verkehr und öffentliche Wirtschaft.....	1 014,055	17,705
Summe ...	2 418,455	2 646,380

Erfolgswirksame Gebarung — Bestandswirksame Gebarung

283

**Erfolgswirksame Ausgaben/Einnahmen ¹⁾
Bestandswirksame Ausgaben/Einnahmen**

Die Aufgliederung der gesamten Gebarung in Erfolgswirksame Ausgaben/Einnahmen und Bestandswirksame Ausgaben/Einnahmen bewirkt folgendes Bild:

	Millionen Schilling
Erfolgswirksame Einnahmen	668 688
abzüglich erfolgswirksame Ausgaben	<u>724 232</u>
Bedarf an Bedeckungsmittel für erfolgswirksame Ausgaben	- 55 544
hiezuh bestandswirksame Einnahmen.....	<u>312 652</u>
Summe ...	257 108
Bestandswirksame Ausgaben.....	<u>257 108</u>

¹⁾ Einschließlich Personalausgaben.

284

Personalstand und Personalausgaben**Personalstand und Personalausgaben****1. Veranschlagter Aufwand und Stand der aktiven Bediensteten im Jahre 1998 ¹⁾**

Dem Bundesfinanzgesetz 1998 ist als Anlage III der Stellenplan angeschlossen. In diesem sind die Planstellen für Bundesbedienstete (einschließlich jugendliche Bedienstete) festgesetzt. Soweit die Besetzung dieser Planstellen im Jahre 1998 vorgesehen ist, ist der hierfür erforderliche Aufwand bei den Personalausgaben des Bundesvoranschlages vorgesehen.

Darüber hinaus ist bei den Personalausgaben des Bundes auch der Aufwand für Bedienstete des Bundes, die gemäß Pkt. 3 und 5 des Stellenplanes aufgenommen werden, enthalten.

Der Gesamtstand der im Stellenplan des Bundes festgesetzten Planstellen ¹⁾ stimmt daher mit dem der Veranschlagung bei den Personalausgaben zugrunde gelegten Personalstand nicht überein, und zwar aus folgendem Grund:

	1998	1997 ⁴⁾
Stellenplan des Bundes.....	162 679	170 175
Hiezu:		
Bundesbedienstete — Teil V ²⁾	47 192	48 709
Bundesbedienstete — Teil VI ³⁾	1 338	1 338
Bundesbedienstete — Teil VII ³⁾	11 620	9 751
Planstellen über den im Stellenplan festgesetzten Stand.....	1 147	1 031
Ab:		
Planstellen, die bei den Personalausgaben betragsmäßig nicht veranschlagt bzw. nicht besetzt sind	- 753	3 003
Planstellen, die in den Sachausgaben betragsmäßig veranschlagt sind	-1 638	460
Veranschlagter Stand ¹⁾ ...	221 585	227 541

Weiters ist zu bemerken, daß von den im Stellenplan ausgewiesenen Planstellen für Beamte im Jahre 1998 voraussichtlich 3 411 (im Vorjahr 8 824) Planstellen das ganze Jahr mit Vertragsbediensteten besetzt sein werden.

Außerdem erbringt der Bund zu Lasten der Sachausgaben unter den im § 1 (2) des Finanzausgleichsgesetzes 1997, BGBl. Nr. 201/1996, enthaltenen Voraussetzungen als Zweckaufwand anzusehende Geldleistungen an die Länder, die diesen aus der Einstellung von nichtständigem Personal bei Durchführung von Projektierungs-, Bauaufsichts-, Bauoberleitungs-, Bauführungs- und Verwaltungsaufgaben erwachsen.

Bezüge und Entgelte**Beamte und Vertragsbedienstete**

Der Veranschlagung liegen hinsichtlich der Bezüge der Beamten die Gehaltsansätze des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54 (in der Fassung BGBl. I Nr. 61/1997), und hinsichtlich der Vertragsbediensteten die im Vertragsbedienstetengesetz 1948, BGBl. Nr. 86 (in der Fassung BGBl. I Nr. 61/1997), festgesetzten Entgelte zugrunde.

Einzelne Gruppen von Vertragsbediensteten des Bundes sind gemäß § 1 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 sowie den auf Grund § 1 Abs. 5 leg. cit. erlassenen Verordnungen der Bundesregierung von der Anwendung des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 ausgenommen. Ihre Entgelte sind in Anlehnung an die in der Privatwirtschaft geltenden Kollektivverträge geregelt. Insbesondere trifft dies zu bei einzelnen Gruppen von Arbeitern, etwa der Bühnenarbeiter der Bundestheater.

¹⁾ Siehe auch die Erläuterungen zum Stellenplan.

²⁾ Bundesbedienstete, für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von anderen Rechtsträgern ersetzt werden. Diese Bediensteten, für die bereits bis 1989 Planstellen vorgesehen waren, sind seit dem Stellenplan 1990 außerhalb der eigentlichen Planstellenverzeichnisse auszuweisen.

³⁾ Bundesbedienstete, die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbar Ausmaß beschäftigt werden, oder für die eine Gesamtjahresarbeitsleistung in Stunden festgelegt ist. Diese Bediensteten sind seit dem Stellenplan 1990 in besonderen Verzeichnissen getrennt von den eigentlichen Planstellenverzeichnissen auszuweisen.

⁴⁾ Stand Bundesfinanzgesetz 1997, BGBl. Nr. 211/1996.

Sonstige Zahlungen

Bei der Veranschlagung der Bezüge der Beamten des Bundes und der Vertragsbediensteten des Bundes nach den Entlohnungsschemen I, II, I L und II L wurden ua. berücksichtigt:

Karenzurlaub aus Anlaß der Mutterschaft

Das Bundesgesetz vom 27. Juni 1974 über Geldleistungen an öffentlich Bedienstete (im wesentlichen Beamte) während des Karenzurlaubes aus Anlaß der Mutterschaft, BGBl. Nr. 395 (in der Fassung des Art. XXVI des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 61/1997.

Sonderzahlungen ⁵⁾

Die allen Bundesbediensteten (Beamten und Vertragsbediensteten) gemäß §3 Abs.3 des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54 ⁶⁾, bzw. § 8 a des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 ⁷⁾ jährlich zustehenden vier Sonderzahlungen (in Höhe von 50 vH des Monatsbezuges).

Außerdem wurden die Sonderzahlungen, die den nicht unter das Gehaltsgesetz 1956 und das Vertragsbedienstetengesetz 1948 fallenden Bundesbediensteten gewährt werden, mitveranschlagt.

Familien- und Geburtenbeihilfen

Auf Grund des §46 des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967, BGBl. Nr. 376, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 14/1997, hat der Bund mit Ausnahme der von ihm verwalteten Betriebe, Unternehmungen, Anstalten, Stiftungen und Fonds den Aufwand an Familien- und Geburtenbeihilfen für seine Empfänger von Dienstbezügen sowie von Ruhe- und Versorgungsgenüssen aus eigenen Mitteln zu tragen. Dieser Aufwand wird ab 1974 bei Voranschlagsposten der Sachausgaben verrechnet.

Jubiläumszuwendungen

In gleicher Weise wurden bei Ermittlung der Personalausgaben im Voranschlag 1997 die gemäß §20 c des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54/1956 (in der Fassung der 24. Gehaltsgesetznovelle, BGBl. Nr. 214/1972, der 31. Gehaltsgesetznovelle, BGBl. Nr. 662/1977, und der 42. Gehaltsgesetznovelle, BGBl. Nr. 548/1984), vorgesehenen Jubiläumszuwendungen unter Berücksichtigung der Novelle BGBl. I Nr. 61/1997 in Veranschlagung gebracht.

Lehrverpflichtung der Bundeslehrer

Das Ausmaß der Lehrverpflichtung der Bundeslehrer ist im Bundesgesetz BGBl. Nr. 244/1965, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 64/1997, geregelt. Dieses Bundesgesetz findet Anwendung auf die in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis zum Bund stehenden Lehrer an Schulen, mit Ausnahme der Universitäten und Kunsthochschulen, ferner auf Personen, die an diesen Schulen im Unterricht verwendet werden.

Mittelbare Bundesverwaltung

Auch im Jahre 1998 werden wie in den Vorjahren die Personalausgaben der mittelbaren Bundesverwaltung nach den Bestimmungen des §1 Abs.1 des Finanzausgleichsgesetzes 1997, BGBl. Nr. 201/1996, von den Bundesländern getragen.

⁵⁾ Bezüglich der Erhöhung der Sonderzahlungen im öffentlichen Dienst im Jahre 1967 siehe auch BGBl. Nr. 71/1967.

⁶⁾ In der Fassung der 2. Gehaltsgesetznovelle, BGBl. Nr. 247/1959.

⁷⁾ In der Fassung der 2. Vertragsbedienstetengesetznovelle, BGBl. Nr. 282/1960.

286

Personalstand und Personalausgaben**Besoldung der Landeslehrer**

Nach § 3 des Finanzausgleichsgesetzes 1997, BGBl. Nr. 201/1996, ersetzt der Bund den Ländern von den Aktivitätsbezügen der Lehrer an öffentlichen allgemeinbildenden Pflichtschulen 100 vH. Von den Aktivitätsbezügen der Lehrer an öffentlichen berufsbildenden Pflichtschulen sowie an land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen ersetzt der Bund 50 vH. Diese Kostensätze werden ab 1973 bei Posten der Sachausgaben verrechnet.

Insgesamt ist bei den Personalausgaben der Aufwand für folgende Bedienstete veranschlagt:

	1998			1997 ²⁾ (Summe)	Unterschied 1998 gegenüber 1997	
	Beamte	Vertragsbedienstete				Zusammen
		I-Ang.	II-Arb.			
Anzahl der Bediensteten						
Universitäts(Hochschul)- und Bundeslehrer (ohne Bundesbeamte des Schulaufsichtsdienstes)	33 394	11 634	0	45 028	44 623	405
Sonstige Bundesbedienstete	134 123	30 981	11 453	176 557	182 918	-6 361
Zusammen ...	167 517	42 615	11 453	221 585	227 541	-5 956
<i>Davon jugendliche Bedienstete</i>					932	399

2. Pensionsaufwand und Stand der Pensionisten im Jahre 1998 ¹⁾

Bei der Veranschlagung des Pensionsaufwandes der Pensionsparteien des Bundes wurden im wesentlichen das Pensionsgesetz 1965, BGBl. Nr. 340, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 61/1997, das Pensionsüberleitungsgesetz, BGBl. Nr. 187/1949, das Gehaltsgesetz 1956, BGBl. Nr. 54, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 61/1997, das Nebengebührengesetz, BGBl. Nr. 485/1971, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 375/1996, das Bundespflegegeldgesetz, BGBl. Nr. 110/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 758/1996, das Salzmonopolgesetz, BGBl. Nr. 124/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 518/1995, das Dorotheumsgesetz, BGBl. Nr. 66/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 758/1996, das Staatsdruckereigesetz, BGBl. Nr. 340/1981, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 1/1997 und das Scheidemünzengesetz, BGBl. Nr. 597/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 425/1996, berücksichtigt.

Die Ruhebezüge der Beamten des Ruhestandes sowie die Versorgungsbezüge ihrer Hinterbliebenen sind in den Abschnitten II und III des Pensionsgesetzes 1965 geregelt. Abschnitt IV enthält die Bestimmungen über die Kinderzulage (vormals Haushaltszulage), die Ergänzungszulage, die Sonderzahlung sowie über die Vorschüsse und Geldaushilfen (§§ 25 bis 29 des Pensionsgesetzes 1965). Der Todesfallbeitrag, Bestattungskostenbeitrag und Pflegekostenbeitrag sind in den §§ 42 bis 45 des Pensionsgesetzes 1965 geregelt. Die Unterhaltsbezüge für die Angehörigen entlassener Beamter, ehemaliger Beamter des Ruhestandes und für die Hinterbliebenen eines ehemaligen Beamten des Ruhestandes sind im Abschnitt VII des Pensionsgesetzes 1965 geregelt. Der Anspruch auf Pflegegeld ist im Bundespflegegeldgesetz geregelt.

Für die Empfänger von außerordentlichen Versorgungsgenüssen gelten die gemäß der Entschließung des Herrn Bundespräsidenten jeweils für gebührende Ruhe(Versorgungs)bezüge sinngemäß anzuwendenden Vorschriften.

Sonderregelungen

Die Ruhe(Versorgungs)genüsse von Pensions(Provisions)parteien, die weder unter die Bestimmungen des Gehaltsüberleitungsgesetzes noch unter jene des Pensionsüberleitungsgesetzes fallen, wurden auf Grund des § 11 Abs. 2 Pensionsüberleitungsgesetz unter Bedachtnahme auf die Grundsätze dieses Bundesgesetzes und auf die besonderen Verhältnisse ihres Dienstes durch Verordnungen der Bundesregierung mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates geregelt.

¹⁾ Siehe auch Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1998, II. Teil (Beilagen G₁₀ bis G₁₄).

²⁾ Stand Bundesfinanzgesetz 1997, BGBl. Nr. 211/1996.

Personalstand und Personalausgaben

287

Für einzelne Gruppen der Bundestheaterbediensteten und der Arbeiter der Bundestheater sind die Bestimmungen des Bundestheaterpensionsgesetzes, BGBl. Nr. 159/1958, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 64/1997, der Veranschlagung zugrunde gelegt worden.

Der Provisionsaufwand für einzelne Gruppen von Arbeitern, deren Bezüge in Anlehnung an die in der Privatwirtschaft geltenden Kollektivverträge geregelt sind, wurde nach den einschlägigen Bestimmungen veranschlagt.

Der Pensionsanspruch der Salinenarbeiter ist in der Kundmachung des Bundesministeriums für Finanzen vom 20. Dezember 1967 über die Pensionsansprüche der ständigen Salinenarbeiter, ihrer Hinterbliebenen und Angehörigen (Salinenarbeiter-Pensionsordnung 1967), BGBl. Nr. 5/1968, in der Fassung BGBl. Nr. 89/1979 geregelt.

Die Neuregelung der Pensionsansprüche der Zivilbediensteten der ehemaligen k. u. k. Heeresverwaltung und ihrer Hinterbliebenen erfolgte mit dem Bundesgesetz vom 1. Juli 1967, BGBl. Nr. 255.

Die Provisionen der angelobten Arbeiter der Österreichischen Staatsdruckerei, die vor dem 19. Juni 1933 eingetreten sind und in ein ständiges Arbeitsverhältnis übernommen wurden, sind durch die Bestimmungen der Verordnung BGBl. Nr. 52/1952 (in der Fassung der Verordnungen BGBl. Nr. 120/1960 und Nr. 120/1963) geregelt worden.

Die in ein ständiges Arbeitsverhältnis übernommenen Arbeiter des Hauptmünzamt, die im Provisionsstand befindlichen Lohnbediensteten der Verwaltung des ehemals hofärarischen und des ehemals für das Haus Habsburg-Lothringen gebundenen Vermögens erhalten ihre Provisionen auf Grund der Verordnung BGBl. Nr. 53/1952 in der Fassung der Verordnung BGBl. Nr. 121/1960.

Der Pensionsaufwand für Ruhe- und Versorgungsgenußempfänger der Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) ist im § 21 Abs. 1 und 2 Bundesbahngesetz 1992, BGBl. Nr. 825/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996, geregelt.

Der Pensionsaufwand für die Ruhe- und Versorgungsgenußempfänger der bisherigen Post- und Telegraphenverwaltung sowie für Ruhe- und Versorgungsgenußempfänger nach Beamten, die der Post und Telekom Austria AG dienstzugehört waren, ist in § 17 Abs. 7 und 8 des Poststrukturgesetzes, BGBl. Nr. 201/1996, geregelt.

Mittelbare Bundesverwaltung

Der Aufwand für die Pensionsparteien im Bereich der mittelbaren Bundesverwaltung wird nach den Bestimmungen des § 1 Abs. 1 des Finanzausgleichsgesetzes 1997, BGBl. Nr. 201/1996, von den Bundesländern getragen.

Außerordentliche Versorgungsgenüsse für Heimatvertriebene

Für die vom Bundespräsidenten aus Billigkeitsgründen gewährten außerordentlichen Versorgungsgenüsse an bestimmte Personengruppen des öffentlichen Dienstes, deren Versorgungsansprüche und Versorgungsanwartschaften gegenüber ihren früheren Dienstherrn oder Versorgungsträgern zurzeit nicht verwirklicht werden können oder deren Versorgungsanspruch sich gegen das Deutsche Reich richtete, hat die Bundesrepublik Deutschland für die im Bonner Regierungsabkommen vom 27. April 1953 vorgesehenen jährlichen Beitragsleistungen im Jahre 1991 eine Pauschalabfindung von 171,6 Millionen Schilling gezahlt. Damit sind alle Zahlungsverpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland aus diesem Abkommen abgegolten, und es bleibt die Republik Österreich allein verpflichtet, die Versorgung dieser Personen bis zur Beendigung fortzuführen.

Ersätze für Pensionen der Landeslehrer

Gemäß § 3 Abs. 5 des Finanzausgleichsgesetzes 1997, BGBl. Nr. 201/1996, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 746/1996 ersetzt der Bund den Ländern den Pensionsaufwand für die unter ihrer Dienstherrschaft stehenden Lehrer an öffentlichen allgemeinbildenden Pflichtschulen, an berufsbildenden Pflichtschulen und an land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen sowie für die Angehörigen und Hinterbliebenen dieser Lehrer in der Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen dem Pensionsaufwand für diese Personen und den für die Landeslehrer von den Ländern vereinnahmten Pensionsbeiträgen, besonderen Pensionsbeiträgen, Pensionssicherungsbeiträgen und Überweisungsbeiträgen. Beim Unterschiedsbetrag wird auch der Pensionssicherungsbeitrag gemäß § 107 a des Landeslehrer-Dienstrechtsgesetzes 1984, BGBl. Nr. 302, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 201/1996, berücksichtigt. Diese Kostenersätze werden ab 1973 bei Voranschlagsposten der Sachausgaben verrechnet.

288

Starrheit des Bundeshaushaltes — Investitionen und Investitionsförderung**Starrheit des Bundeshaushaltes**

Der überwiegende Teil der Ausgaben ist gesetzlich oder vertraglich gebunden, wie die nachstehende Übersicht zeigt.

	Bundesvoranschlag 1998 ¹⁾		Bundesvoranschlag 1997 ¹⁾	
	Mill. S	%	Mill. S	%
1. Gesetzliche Verpflichtungen				
1.1. Personalausgaben	135 322	13,8	131 916	14,1
1.2. Sachausgaben	358 453	36,5	355 032	38,0
Summe 1. ...	493 775	50,3	486 948	52,1
2. Ermessensausgaben				
2.1. Ausgaben für Finanzschulden ²⁾	336 550	34,3	290 439	31,1
Summe 1. und 2.1. ...	830 325	84,6	777 387	83,1
2.2. Übrige Ermessensausgaben ³⁾	151 015	15,4	157 702	16,9
<i>Hievon Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen.....</i>	<i>19 888</i>	<i>2,0</i>	<i>30 891</i>	<i>3,3</i>
Summe 1. und 2. ...	981 340	100,0	935 089	100,0

¹⁾ Gesamthaushalt.

²⁾ Aufwand für Zinsen und Tilgungen von Finanzschulden (einschließlich Kassenstärker-Kreditoperationen), soweit nicht bei den Gesetzlichen Verpflichtungen enthalten.

³⁾ Auch einem Teil dieser Ausgaben liegen vertragliche Verpflichtungen zugrunde.

Investitionen und Investitionsförderung

Zur Durchführung von konjunkturbeeinflussenden Maßnahmen eignen sich von den mit dem Bundeshaushalt in Zusammenhang stehenden Ausgaben in erster Linie die Ausgabenbeträge, die für Eigeninvestitionen des Bundes, die für die Instandhaltung bundeseigener Vermögenswerte und die für die der Investitionsförderung im Bereiche der Wirtschaft dienenden Subventionen und Darlehen vorgesehen sind.

Investitionen und Investitionsförderung

289

	1998 ¹⁾ Milliarden Schilling	1997 ¹⁾	1996 ²⁾
Bundsvoranschlag:			
Eigeninvestitionen:			
Bruttoinvestitionen und Instandhaltungsausgaben des Bundes (ohne Landesverteidigung) ^{3) 4)}	18,3	20,2	28,7
Geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens (ohne Landesverteidigung) ³⁾	0,9	0,9	1,1
Bauten und Ausrüstung (einschließlich geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens und Instandhaltung) für die Landesverteidigung (Ausgaben im Inland) ^{3) 5)}	4,0	3,9	3,8
Investitionsförderung im Bereiche der Wirtschaft (Ausgaben im Inland) ^{3) 6)}	49,8	49,1	47,8
Summe ⁷⁾ ...	73,0 ⁸⁾	74,1	81,4 ⁹⁾
Hievon:			
Investitionen für Erziehung und Unterricht sowie Forschung und Wissenschaft ¹⁰⁾	7,6	6,4	6,6
Wohnungsbau ¹¹⁾	25,2	25,3	25,3
Übrige Gebäude ¹²⁾	9,0	9,7	9,8
Straßenbau (einschließlich dazugehörige Gebäude) ¹³⁾	5,6	7,5	7,2
Investitionen der Post- und Telegraphenverwaltung.....	—	—	8,4

	Stabilisierungs- quote	1998 ^{1) 15)} Konjunktur- belebungs- quote	Summe	Stabilisierungs- quote	1997 ^{1) 16)} Konjunktur- belebungs- quote	Summe
	Milliarden Schilling					
Konjunkturausgleich- Voranschlag:						
Eigeninvestitionen:						
Bruttoinvestitionen und Instandhaltungsausgaben des Bundes (ohne Landesverteidigung) ^{3) 16)}	0,8	2,1	2,9	0,8	2,1	2,9
Geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens ¹⁶⁾	0,0	—	0,0	0,0	—	0,0
Bauten und Ausrüstung (einschließlich geringwertige Güter des Anlagevermögens und Instandhaltung) für die Landesverteidigung (Ausgaben im Inland) ³⁾	0,5	0,2	0,7	0,5	0,2	0,7
Investitionsförderung im Bereiche der Wirtschaft (Ausgaben im Inland) ¹⁷⁾	1,1	0,4	1,5	1,1	0,4	1,5
Summe...	2,4	2,7	5,1 ¹⁸⁾	2,4	2,7	5,1

	1998 ¹⁾	1997 ¹⁾ Milliarden Schilling	1996 ²⁾
Investitionsfinanzierungen auf Grund von Ermächtigungen des Bundesfinanzgesetzes:			
Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds ¹⁹⁾	4,0	4,0	1,7
Bundeswohnbaufonds (Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds, Wohnhaus-Wiederaufbau- und Stadterneuerungsfonds) ¹⁹⁾ ...	0,5	0,5	—

Fußnoten siehe Seiten 290 bis 292.

19 Arbeits(Amts)behelf zum BFG 1998

290

Investitionen und Investitionsförderung**Fußnoten zu Seite 289:**

- 1) Voranschlag (1997: BGBl. Nr. 211/1996 idF BGBl. I Nr. 36/1997).
 2) Jahreserfolg.
 3) Ausgewiesen sind nur die Ausgabenbeträge einzelner Positionen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, und zwar Bruttoinvestitionen, Instandhaltung, Kapitaltransfers und Darlehen für Investitionsförderung. Die Beträge dieser Positionen sind nicht ident mit den im Bundesvoranschlag bei den Voranschlagsätzen ausgewiesenen Beträgen. Anlagenansätze des Voranschlages umfassen neben den vorgenannten volkswirtschaftlichen Positionen zB auch Ausgaben für Liegenschaftsankäufe und ähnliches.
 4) Siehe Beilagen O₇ und O₈ des jeweiligen Arbeits(Amts)behelfes zum Bundesfinanzgesetz (ohne Liegenschaftsankäufe); jedoch einschließlich der gemäß § 1 Absatz 2 Ziffer 2 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) den Ländern als Abgeltung für Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsaufgaben zustehenden Überweisungsbeträge.
 5) Siehe Beilagen O₇ und O₈ des jeweiligen Arbeits(Amts)behelfes zum Bundesfinanzgesetz, Spalte „Landesverteidigung“ vermindert um die in der Fußnote 3¹⁾ auf Seite 000 des Arbeits(Amts)behelfes ausgewiesenen Käufe der Landesverteidigung im Ausland.
 6) Investitionsförderung: siehe Beilage O₉ (vermindert um die Kapitaltransfer- und Darlehenszahlungen ins Ausland) des jeweiligen Amtsbehelfes zum Bundesfinanzgesetz zuzüglich Kapitalaufstockung (alle Voranschlagsposten 080., jedoch ohne die des Voranschlagsansatzes 1/54022).
 7) Die ausgewiesenen Investitionsausgaben verstehen sich jedoch ohne Ausgaben auf Grund von Haftungsermächtigungen des Bundesministers für Finanzen.
 8) Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt wirksam werden:

Kennziffer	Aufgabenbereich	Eigeninvestitionen			Investitionsförderung			Zusammen	
		Instandhaltung	Geringwertige Wirtschaftsgüter	Überweisungen gemäß § 1 (2) Z 2 FAG	Bruttoinvestitionen	Zuschüsse	Darlehen		Kapitalbeteiligung
Milliarden Schilling									
11	Erziehung und Unterricht.....	0,73	0,26	0,13	1,54	0,15	0,00	2,81	
12	Forschung und Wissenschaft	0,65	0,16	0,09	1,84	2,00	0,00	4,74	
13	Kunst	0,30	0,04	0,98	0,37	1,69	
21	Gesundheit.....	0,04	0,01	0,07	0,55	0,00	0,67	
22	Soziale Wohlfahrt.....	0,01	0,01	0,02	0,14	0,00	0,18	
23	Wohnungsbau.....	0,05	0,00	0,00	25,04	0,10	25,19	
32	Straßen.....	2,23	0,05	0,05	3,13	0,07	0,00	5,53	
33	Sonstiger Verkehr	0,11	0,00	0,01	14,72	0,00	14,89	
34	Land- und Forstwirtschaft	0,39	0,01	0,24	3,62	4,26	
35	Energiewirtschaft	0,00	0,00	0,00	
36	Industrie und Gewerbe	0,00	0,00	0,00	0,51	0,01	0,52	
37	Öffentliche Dienstleistungen.....	0,07	0,02	0,03	2,33	2,45	
38	Private Dienstleistungen.....	0,03	0,03	
41	Landesverteidigung	1,49	0,01	2,56	0,04	4,10	
42	Staats- und Rechtssicherheit.....	0,36	0,24	1,21	1,81	
43	Übrige Hoheitsverwaltung	1,49	0,13	0,14	2,33	0,03	4,12	
	Summe...	7,92	0,94	0,41	13,96	49,60	0,11	0,05	72,99
		23,23			49,76				

Investitionen und Investitionsförderung

291

Fußnoten zu Seite 289 (Fortsetzung):

9) Dieser Betrag wurde wie folgt wirksam:

Kenn- ziffer	Aufgabenbereich	Eigeninvestitionen			Investitionsförderung			Zusam- men
		Instand- haltung	Gering- wertige Wirt- schafts- güter	Überwei- sungen gemäß § 1 (2) Z 2 FAG	Bruttoin- vestitio- nen	Zu- schüsse	Darlehen	
Milliarden Schilling								
11	Erziehung und Unterricht.....	0,58	0,24	0,10	1,03	0,15	2,10
12	Forschung und Wissenschaft.....	0,55	0,13	0,06	2,24	1,55	0,00	4,53
13	Kunst.....	0,30	0,04	0,90	0,41	1,65
21	Gesundheit.....	0,05	0,01	0,06	0,27	0,00	0,39
22	Soziale Wohlfahrt.....	0,00	0,00	0,01	0,13	0,14
23	Wohnungsbau.....	0,13	0,00	0,00	25,04	0,12	25,29
32	Straßen.....	3,05	0,08	0,05	3,96	0,07	7,21
33	Sonstiger Verkehr.....	0,53	0,14	7,80	14,26	0,00	22,74
34	Land- und Forstwirtschaft.....	0,36	0,05	0,35	3,81	0,05	4,62
35	Energiewirtschaft.....	0,02	0,02
36	Industrie und Gewerbe.....	0,00	0,00	0,01	0,43	0,02	0,46
37	Öffentliche Dienstleistungen.....	0,07	0,01	0,03	1,28	1,39
38	Private Dienstleistungen.....	0,00	0,00	0,06	0,02	0,08
41	Landesverteidigung.....	1,42	0,01	2,37	0,05	3,85
42	Staats- und Rechtssicherheit.....	0,44	0,27	1,01	1,72
43	Übrige Hoheitsverwaltung.....	1,39	0,11	0,23	3,39	0,05	5,17
	Summe...	8,87	1,09	0,44	23,16	47,58	0,14	81,36
		33,56			47,80			

¹⁰⁾ Aufgabenbereiche 11 und 12 der Voranschlagsposten für Instandhaltung (61.), der Post-Untergliederungen 0. bis 8. sowohl der Voranschlagsposten für Darlehen zur Investitionsförderung (24.) als auch der Voranschlagsposten für Kapitaltransferzahlungen (735. bis 739., 745. bis 748., 755. bis 757., 770.); der Voranschlagsposten 02. bis 06. (einschließlich der analogen Voranschlagsposten der Posten-Unterklasse 46), 10., 400. und 409. der Kapitel 01 bis 71 einschließlich der bei den Aufgabenbereichen 11 und 12 vorgesehenen Mittel für Kapitalaufstockung sowie einschließlich der gemäß § 1 Absatz 2 Ziffer 2 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) den Ländern als Abgeltung für Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsaufgaben zustehenden Überweisungsbeträge.

¹¹⁾ Aufgabenbereich 23 der Voranschlagsposten für Instandhaltung von Gebäuden (614.), der Post-Untergliederungen 4. sowohl der Voranschlagsposten für Darlehen zur Investitionsförderung (24.) als auch der Voranschlagsposten für Kapitaltransferzahlungen (735. bis 739., 745. bis 748., 755. bis 757., 770.) sowie der Voranschlagsposten 0630 und 0634 (einschließlich der analogen Voranschlagsposten der Posten-Unterklasse 46) der Kapitel 01 bis 71.

¹²⁾ Alle Voranschlagsposten 063., 064. (einschließlich der analogen Voranschlagsposten der Posten-Unterklasse 46) und 614. sowie alle Post-Untergliederungen 4. sowohl der Voranschlagsposten für Darlehen zur Investitionsförderung (24.) als auch der Voranschlagsposten für Kapitaltransferzahlungen (735. bis 739., 745. bis 748., 755. bis 757., 770.) einschließlich der gemäß § 1 Absatz 2 Ziffer 2 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) den Ländern als Abgeltung für Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsaufgaben zustehenden Überweisungsbeträge mit Ausnahme der entsprechenden Ausgaben bei den Investitionen für Erziehung und Unterricht sowie Forschung und Wissenschaft, beim Wohnungsbau und beim Straßenbau.

¹³⁾ Alle Voranschlagsposten 060., 065. bis 067. und 611. sowie der Post-Untergliederungen 1. sowohl der Voranschlagsposten zur Investitionsförderung (24.) als auch der Voranschlagsposten für Kapitaltransferzahlungen (735. bis 739., 745. bis 748., 755. bis 757., 770.), der Voranschlagsansätze 1/64228 und 1/64248 (jeweils ohne Voranschlagsposten 61., 69., 720., 727., 7290, 73. und 764.) zuzüglich des Aufgabenbereiches 32 der Voranschlagsposten 0645 bis 0647 und 614. sowie der Post-Untergliederungen 4. , sowohl der Voranschlagsposten für Investitionsförderung (24.) als auch der Voranschlagsposten für Kapitaltransferzahlungen (735. bis 739., 745. bis 748., 755. bis 757., 770.) der Kapitel 01 bis 71 sowie einschließlich der gemäß § 1 Absatz 2 Ziffer 2 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) den Ländern als Abgeltung für Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsaufgaben zustehenden Überweisungsbeträge.

¹⁴⁾ (frei).

¹⁵⁾ Die Inanspruchnahme bedarf gemäß Art. III der Bundesfinanzgesetze 1997 und 1998 der Zustimmung des Bundesministers für Finanzen.

¹⁶⁾ Siehe die Beilagen O₁₂, O₁₃, O₁₅ und O₁₆ der Amtsbeihilfe zum Bundesfinanzgesetz für die Jahre 1997 und 1998, vermindert um die Spalte „Landesverteidigung“; jedoch einschließlich der gemäß § 1 Absatz 2 Ziffer 2 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) den Ländern als Abgeltung für Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsaufgaben zustehenden Überweisungsbeträge.

¹⁷⁾ Investitionsförderung: siehe ua. die Beilagen O₁₄ und O₁₇ der Amtsbeihilfe zum Bundesfinanzgesetz für die Jahre 1997 und 1998.

292

Finanzwirtschaftliche und funktionelle Gliederung**Fußnoten zu Seite 289 (Fortsetzung):**

¹⁸⁾ Bei Freigabe wird dieser Betrag voraussichtlich wie folgt wirksam:

Kenn- ziffer	Aufgabenbereich	Eigeninvestitionen				Investitionsförderung		Zusam- men
		Instand- haltung	Gering- wertige Wirt- schafts- güter	Überwei- sungen gemäß § 1 (2) Z 2 FAG	Bruttoin- vestitio- nen	Zu- schüsse	Darlehen	
Milliarden Schilling								
11	Erziehung und Unterricht.....	0,08	0,02	0,25	0,01	0,36
12	Forschung und Wissenschaft.....	0,07	0,01	1,41	0,16	1,65
13	Kunst.....	0,19	0,07	0,26
23	Wohnungsbau.....	0,03	0,03
33	Sonstiger Verkehr.....	0,00	1,03	1,03
34	Land- und Forstwirtschaft.....	0,06	0,26	0,32
41	Landesverteidigung.....	0,07	0,55	0,00	0,62
42	Staats- und Rechtssicherheit.....	0,01	0,08	0,09
43	Übrige Hoheitsverwaltung.....	0,29	0,02	0,39	0,00	0,70
	Summe...	0,57	0,01	0,05	2,90	1,53	5,06
		3,53			1,53			

¹⁹⁾ Diese Ausgaben belasten nur die betreffenden Haushalte der Fonds.

Finanzwirtschaftliche und funktionelle Gliederung

Zur Analysierung der wirtschaftlichen Auswirkungen des Bundeshaushaltes ist dieser nach finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten (Anlagen, Förderungen, Aufwendungen) gegliedert worden. Diese Gliederung vermochte aber das Bedürfnis nach einer übersichtlichen Darstellung des Bundeshaushaltes nur teilweise zu befriedigen. Es wurde daher die finanzwirtschaftliche Klassifikation (Gebarungsgruppen) mit einer funktionellen (Aufgabenbereiche) verbunden. Die Übersicht auf Seite 293 zeigt die wichtigsten Daten.

Kennziffer	Aufgabenbereiche	Bundesvoranschlag						Erfolg	Einnahmen		
		Personal- ausgaben	Sachausgaben			Ausgaben (Summe)			Bundesvoranschlag		Erfolg
			Anlagen	Förderungen	Aufwendun- gen	1998	1997	1996	1998	1997	1996
		Millionen Schilling									
	Allgemeiner Haushalt										
11	Erziehung und Unterricht.....	25 476,5	1 586,4	1 323,7	41 929,1	70 315,7	67 675,8	67 676,9	792,4	782,2	947,6
12	Forschung und Wissenschaft.....	11 880,2	1 891,0	3 673,8	15 745,7	33 190,8	29 406,7	28 784,1	772,2	1 122,5	865,1
13	Kunst.....	4 246,3	990,8	1 339,2	2 301,6	8 877,9	8 593,2	8 609,0	1 034,3	1 101,8	1 036,3
14	Kultus.....				591,5	591,5	587,7	587,7			
	11 bis 14 (Summe) ...	41 603,0	4 468,2	6 336,8	60 567,9	112 975,8	106 263,4	105 657,7	2 598,9	3 006,5	2 849,0
21	Gesundheit.....	578,5	76,7	12 781,3	11 331,3	24 767,8	12 794,8	8 490,4	2 678,0	2 499,8	2 348,1
22	Soziale Wohlfahrt.....	1 134,6	19,5	5 820,8	201 884,5	208 859,3	210 588,9	218 747,8	116 763,2	117 715,5	117 555,0
23	Wohnungsbau.....		1,0	111,6	25 084,4	25 197,0	25 281,8	25 319,9	227,6	245,6	255,3
	21 bis 23 (Summe) ...	1 713,1	97,2	18 713,7	238 300,2	258 824,1	248 665,6	252 558,2	119 668,9	120 460,9	120 158,4
32	Straßen.....		3 324,4	19,0	4 368,0	7 711,4	16 690,0	16 327,1	1 728,1	6 713,6	5 247,3
33	Sonstiger Verkehr.....	16 011,3	61,7	2 423,2	60 501,7	78 997,9	79 086,5	88 605,7	29 118,3	42 504,9	52 028,1
34	Land- und Forstwirtschaft.....	364,3	241,1	20 473,6	1 378,3	22 457,3	25 630,5	29 284,2	2 307,6	2 568,5	4 320,3
35	Energiewirtschaft.....		0,0	116,0	0,0	116,0	125,8	140,0	127,9	127,9	127,9
36	Industrie und Gewerbe (einschließlich Bergbau).....	140,7	5,6	1 897,3	13 547,0	15 590,6	18 433,9	15 101,5	11 982,1	12 016,3	10 341,3
37	Öffentliche Dienstleistungen.....	1 045,7	36,5	2 607,0	843,0	4 532,2	3 956,2	3 312,6	734,9	704,1	639,5
38	Private Dienstleistungen (einschließlich Handel).....	657,4	2 018,6	875,4	608,4	4 159,9	3 607,3	5 720,8	11 353,1	5 784,6	11 418,7
	32 bis 38 (Summe) ...	18 219,4	5 687,9	28 411,5	81 246,5	133 565,3	147 530,1	158 491,9	57 351,9	70 419,9	84 123,0
41	Landesverteidigung.....	9 924,6	114,4	48,7	11 604,4	21 692,1	21 152,0	20 942,3	554,3	535,5	468,0
42	Staats- und Rechtssicherheit.....	20 232,3	1 214,3	0,4	7 592,3	29 039,3	26 799,7	27 015,2	8 188,5	7 281,8	7 230,6
43	Übrige Hoheitsverwaltung.....	43 629,8	2 808,3	2 038,7	144 745,6	193 222,4	196 764,3	190 122,7	493 646,8	477 515,3	450 593,1
	41 bis 43 (Summe) ...	73 786,6	4 137,0	2 087,9	163 942,3	243 953,8	244 716,0	238 080,2	502 389,6	485 332,6	458 291,7
	Summe Allgemeiner Haushalt ...	135 322,1	14 390,2	55 549,9	544 056,8	749 319,0	747 175,0	754 787,9	682 009,3	679 220,0	665 422,1
	Ausgleichshaushalt										
36	Industrie und Gewerbe (einschließlich Bergbau).....				0,0	0,0	922,4	1 910,2			
43	Übrige Hoheitsverwaltung.....				232 021,2	232 021,2	186 992,1	128 320,4	299 330,9	255 869,6	219 596,4
	Summe Ausgleichshaushalt ...				232 021,2	232 021,2	187 914,5	130 230,5	299 330,9	255 869,6	219 596,4
	Gesamtsumme ...	135 322,1	14 390,2	55 549,9	776 078,0	981 340,2	935 089,6	885 018,5	981 340,2	935 089,6	885 018,5

¹⁾ Aufgliederung nach Gebarunggruppen siehe 2. Bundesfinanzgesetz-Novelle 1997, BGBl. I Nr. 36/1997.

Finanzwirtschaftliche und funktionelle Gliederung

293

Bereinigte Budgetgebarung

Bruttoveranschlagung

Der Bundeshaushalt umfaßt wie jeder öffentliche Haushalt die Gebarungen einer großen Anzahl von Verwaltungsdienststellen, betrieblichen Einrichtungen ¹⁾, Verwaltungsfonds und sonstigen Institutionen, die verschiedenste Aufgaben und Zwecke zu erfüllen haben.

Die einschlägigen Verfassungsbestimmungen und Haushaltsvorschriften schreiben aus Gründen einer besseren Kontrollmöglichkeit die bruttomäßige Darstellung der Gebarung jeder einzelnen Institution im Rahmen des Bundeshaushaltes vor. Das bedeutet, daß bei jeder Institution in der Regel alle Ausgaben auf der Ausgabenseite und alle Einnahmen auf der Einnahmenseite bruttomäßig veranschlagt sind und bei keiner Institution weder Einnahmen von den Ausgaben noch umgekehrt Ausgaben von den Einnahmen abgesetzt werden sollen. Es müssen daher fallweise Ausgaben- oder Einnahmenbeträge einer der vorgenannten Institutionen des Bundeshaushaltes auf die Einnahmen- oder Ausgabenseite einer anderen Institution des Bundeshaushaltes überrechnet werden. Außerdem bedingt die bruttomäßige Darstellung, daß den Einnahmen der Betriebe ¹⁾ des Bundes aus Entgelten für ihre Leistungen (zB Postgebühren, Verkehrseinnahmen) im Bundeshaushalt auf der Ausgabenseite diejenigen Ausgaben gegenüberstehen, die zur Erbringung dieser Leistungen erforderlich sind.

Sowohl diese Gebarung aus den Entgelten für Betriebsleistungen als auch die Gebarung aus den bereits erwähnten Überrechnungen innerhalb des Bundeshaushaltes („Durchlaufer“) vergrößern das Budgetvolumen, haben aber mit den eigentlichen Aufgaben des Staates nichts zu tun. Dennoch kann auf deren Darstellung im Bundeshaushalt nicht verzichtet werden, weil nur dadurch eine entsprechende Aussagefähigkeit des jeweiligen Bundesvoranschlages gewährleistet ist und damit den Forderungen nach Budgetklarheit und Budgetwahrheit am ehesten entsprochen wird.

Im übrigen gelten diese Überlegungen keineswegs nur für die Kameralistik. Auch eine ordnungsgemäße doppelte Buchführung muß sich an den Grundsatz der höchstmöglichen Aussagefähigkeit in Wahrung der Prinzipien „Bilanzwahrheit“ und „Bilanzklarheit“ halten. Aus diesen Gründen sind auch in den Gewinn- und Verlustrechnungen der Bundesbetriebe die Aufwendungen und Erträge ungekürzt (unsaldiert) ausgewiesen.

Durchlaufer

In dem Bestreben, sowohl den Forderungen nach Budgetklarheit und Budgetwahrheit als auch einer Entschließung des Nationalrates zu entsprechen, wurde ab 1964 die Veranschlagung der betragsmäßig wesentlichsten Durchlauferposten neu geregelt.

In Ergänzung der im Jahre 1964 durchgeführten Maßnahme wurde in sinngemäßer Weise in den Bundesvoranschlägen 1975 bis 1987 auch noch die Veranschlagung der Durchlaufer-Gebarungen betreffend Münzregal und Katastrophenfondsmittel durchgeführt. Auf Grund des neuen Bundeshaushaltsgesetzes ist die Gebarung der Katastrophenfondsmittel ab dem Bundesvoranschlag 1988 wieder bruttomäßig zu veranschlagen. Die bruttomäßige Veranschlagung der Gebarung des Münzregals war nur im Bundesvoranschlag 1988 vorgesehen. Als „Durchlaufer“, deren Veranschlagung beibehalten werden mußte, verblieben im wesentlichen bis zur Ausgliederung der Österreichischen Bundesbahnen die Abgeltung von Einnahmeausfällen der Österreichischen Bundesbahnen und der Beitrag des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zum Karenzurlaubsgeld.

Verwendung der Budgetmittel

Zur Beurteilung, welchen Anteil des Brutto-Inlandsproduktes bzw. Volkseinkommens die öffentlichen Haushalte bzw. im speziellen Fall der Bundeshaushalt für sich in Anspruch nehmen, muß der Brutto-Budgetrahmen entsprechend bereinigt werden. Zu diesem Zwecke sind von den Brutto-Ausgaben und -Einnahmen Beträge in Höhe der bereits aufgezeigten Ausgaben der einzelnen erwerbswirtschaftlichen Verwaltungszweige (Bundesbetriebe) aus eigenen Einnahmen und in Höhe der „Durchlaufer“ in Abzug zu bringen, soweit letztere noch nicht durch die im vorhergehenden Absatz aufgezeigte Regelung saldiert sind.

¹⁾ Diese betrieblichen Einrichtungen, wie zB Forst- und Landwirtschaftsverwaltung Allentsteig-Döllersheim, besitzen keine Rechtspersönlichkeit und sind im Bundeshaushalt mit ihrer Bruttogebarung enthalten. Verstaatlichte und nichtverstaatlichte Unternehmungen hingegen, an denen der Bund beteiligt ist, sind Kapitalgesellschaften oder ähnliches mit Rechtspersönlichkeit. Ihre Gebarung ist im Bundeshaushalt nicht enthalten.

Bereinigte Budgetgebarung

295

In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung Österreichs wurden daher seit je die Betriebe des Bundes nicht dem öffentlichen, sondern dem privaten (Unternehmer-)Sektor zugezählt und nur das Ergebnis ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit (kassamäßiger Betriebs-Überschuß oder -Abgang) in die volkswirtschaftliche Aufgliederung des Bundeshaushaltes einbezogen. Ebenso werden in dieser volkswirtschaftlichen Aufgliederung des Bundeshaushaltes die wesentlichsten Vergütungen innerhalb der Bundesrechnung („Durchlaufer“) ausgeschieden.

	Erfolg 1996		Bundesvoranschlag 1997		Bundesvoranschlag 1998	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling					
Gesamtgebarung (brutto) (mit Ausgleichshaushalt)	885 018	885 018	935 090	935 090	981 340	981 340
Bereinigte Budgetgebarung						
Gruppe 0 bis 6 (ohne Ausgleichshaushalt)	728 193	639 681	744 150	678 547	746 294	681 336
hiez: Überschuß Alkohol (Monopol)						
Bundesforste		176				
Post- u. Telegraphenverw.		1 400				
Abgang Bundestheater	2 289		2 352		2 352	
Alkohol (Monopol)	140					
Zwischensumme 1) ...	730 622	641 257	746 502	678 547	748 646	681 336
ab: „Durchlaufer“ 2)	19 343	19 343	19 505	19 505	14 981	14 981
hiez: Ausgleichshaushalt	130 231	219 596	187 915	255 870	232 021	299 331
Verbleibt: Bereinigte Budgetgebarung 3)	841 510	841 510	914 912	914 912	965 686	965 686
Brutto-Inlandsprodukt (BIP) in Mrd. S.....	4) 2 416,0		4) 2 486,8		4) 2 580,8	
Bereinigte Budgetausgaben in vH des BIP	34,8		36,8		37,4	

1) Bundesgebarung mit Nettodarstellung der Bundesbetriebe.

2) Zufolge haushaltsrechtlicher oder sonstiger Vorschriften sind aus verrechnungstechnischen Gründen einzelne Ausgaben- und Einnahmenbeträge von der Ausgaben- auf die Einnahmenseite des Bundeshaushaltes oder umgekehrt zu überrechnen. Solche Überrechnungen können grundsätzlich zwischen allen Kapiteln des Bundeshaushaltes notwendig werden. Da aber in die volkswirtschaftliche Aufgliederung des Bundeshaushaltes die Gebahrung der Kapitel 71 bis einschließlich 78 (Kapitel 75, 77 und 78 bis einschließlich 1996) nur mit dem kassamäßigen Nettoüberschuß bzw. -abgang einbezogen ist, sind hier nur die Überrechnungen zwischen den Voranschlagsansätzen der Kapitel 01 bis 65 als „Durchlaufer“ ausgewiesen. Diese Überrechnungsbeträge sind nämlich nur Durchlaufer, die das Budgetvolumen vergrößern, aber keine echten Budgeteinnahmen oder -ausgaben darstellen. Nicht ausgewiesen als Durchlaufer werden Zahlungen der Bundesdienststellen an öffentlichen Abgaben, die bei Kapitel 52 als Einnahmen aufscheinen.

Erfaßt sind die Überrechnungsbeträge, die auf der Einnahmenseite der Kapitel 01 bis 65 bei den Voranschlagsposten 8260 und 8261 als Vergütungen bzw. bei den Voranschlagsposten 8262 und 8263 als Überweisungen, und zwar jeweils von Ansätzen der Kapitel 01 bis 65 nachgewiesen werden. Diese Vergütungen bzw. Überweisungen werden nach den einschlägigen Richtlinien nur auf der Einnahmenseite des Bundeshaushaltes erfasst, während auf der Ausgabenseite für die zu überrechnenden Vergütungen bzw. Überweisungen die Voranschlagsposten 7290 bis 7293 zwar vorgesehen sind, aber auch zu Lasten anderer Voranschlagsposten solche Überrechnungen erfolgen können.

3) Beträge entsprechen den Schlußziffern der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

4) Schätzung.

Vermögens- und Schuldenrechnung des Bundes

Das Rechnungswesen des Bundes ist in der Lage, mit Hilfe des vollautomatisierten Verrechnungsverfahrens die Verrechnung der haushaltsmäßigen Geldeinnahmen und Geldausgaben sowohl nach kameralistischen als auch nach doppischen Grundsätzen durchzuführen. Dadurch ist es möglich, dem Gebot der Aufstellung von Bestandsverrechnungen für den gesamten Bereich der Bundesverwaltung Rechnung zu tragen. Die Gliederung der Vermögens- und Schuldenrechnung entspricht sinngemäß den Bestimmungen des Aktiengesetzes und berücksichtigt den Ansatz- und Kontenplan des Bundes.

Das Vermögen des Bundes umfaßt grundsätzlich die Gesamtheit der im Verfügungsbereich des Bundes befindlichen Sach- und Geldwerte einschließlich der Rechte und Forderungen, welche nach ihrer dauerenden oder vorübergehenden Nutzung den Gruppen des Anlage- oder Umlaufvermögens zugeordnet sind. Dem Vermögensnachweis des Bundes liegen die Ergebnisse über den Vermögensstand der von den anweisenden Stellen geführten Bestandsrechnungen zugrunde. Die Abschreibung der Bestandteile des Vermögens — ausgenommen jene der betriebsähnlichen Einrichtungen und der Bundesbetriebe — erfolgt nach bundeseinheitlichen Richtlinien, und zwar mit 50% im Jahr der Anschaffung oder Herstellung sowie mit den restlichen 50% des Anschaffungs- oder Herstellungswertes anlässlich ihres Ausscheidens.

Zu den Schulden des Bundes zählen alle in Geld zu erfüllenden Verpflichtungen des Bundes. Dem Schuldennachweis liegen alle Geldverpflichtungen des Bundes zugrunde, welche in den Bestandsrechnungen der anweisenden Stellen enthalten sind. Die Passive Rechnungsabgrenzung enthält die bis zum 20. Jänner des Nachjahres geleisteten Zahlungen (Auslaufzeitraum).

Aktiva	Erfolg 1996	BRA 1995
	Millionen Schilling	
1. Anlagevermögen		
1.1 Unbewegliche Anlagen.....	346 435	332 730
1.2 Bewegliche Anlagen.....	30 256	28 347
1.3 Im Bau befindliche Anlagen.....	38 852	48 780
1.4 Vorräte.....	3 600	3 566
1.5 Aktivierungsfähige Rechte.....	2 178	1 971
1.6 Finanzanlagen		
1.61 Beteiligungen.....	57 044	59 362
1.62 Wertpapiere des Anlagevermögens.....	—	—
1.7 Anzahlungen für Anlagen.....	33	81
2. Umlaufvermögen		
2.1 Vorräte.....	1 115	1 181
2.2 Bargeld, Guthaben, Wertpapiere		
2.21 Bargeld.....	4 029	3 726
2.22 Guthaben bei Kreditunternehmungen.....	26 668	53 330
2.23 Schwebende Gelder.....	387	- 2 179
2.24 Wertpapiere des Umlaufvermögens.....	19 482	1 694
2.3 Forderungen		
2.31 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.....	12 098	12 369
2.32 Forderungen aus Darlehen.....	25 847	20 296
2.33 Forderungen aus der Inanspruchnahme von Haftungen.....	25 744	23 508
2.34 Forderungen aus Vorschüssen.....	6 028	5 612
2.35 Ersatzforderungen.....	2 072	3 133
2.36 Sonstige Forderungen.....	98 024	89 298
2.37 Gegebene Anzahlungen.....	3 403	2 808
2.38 Forderungen aus Währungstauschverträgen.....	108 743	111 227
2.4 Haushaltsrücklagen.....	19 181	21 146
3. Aktive Rechnungsabgrenzung.....	18 896	32 332

Vermögens- und Schuldenrechnung des Bundes

297

Passiva	Erfolg 1996	BRA 1995
	Millionen Schilling	
1. Rücklagen		
1.1 Haushaltsrücklagen.....	19 181	21 146
1.2 Sonstige Rücklagen.....	—	—
2. Wertberichtigungen.....	—	—
3. Verbindlichkeiten		
3.1 Schwebende Geldgebarungen.....	—	—
3.2 Schulden aus Lieferungen und Leistungen 1).....	226 920	233 440
3.3 Schulden aus Erträgen.....	10 253	8 258
3.4 Ersatzschulden.....	142	207
3.5 Sonstige Schulden 2).....	128 341	130 242
3.6 Empfangene Anzahlungen.....	52	63
3.7 Schulden aus Währungstauschverträgen.....	109 829	127 852
3.8 Finanzschulden 3).....	1 416 051	1 333 742
4. Rückstellungen.....	1 194	1 196
5. Passive Rechnungsabgrenzung.....	14 794	22 811
1) bis 3) Hievon fällige Schulden:		
	Erfolg 1996	BRA 1995
1)	8 520	2 957
2)	4 622	6 022
3)	8	9

Übersicht über die Planungsmäßigen Vorbelastungen 1)

Kapitel	Bezeichnung	Planungsmäßige Vorbelastungen 2)			
		1998	1999	2000 u. später	Summe
		Millionen Schilling			
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen.....	139,530	142,832	268,899	551,261
11	Inneres.....	842,286	702,240	3 328,687	4 873,213
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten.....	1 364,235	883,523	2 133,717	4 381,475
14	Wissenschaft und Forschung.....	1 939,918	2 618,980	5 520,622	10 079,520
17	Gesundheit.....	1 239,220	719,568	3 824,367	5 783,155
20	Äußeres.....	915,804	964,002	1 628,901	3 508,707
40	Militärische Angelegenheiten.....	8 625,509	949,876	3 084,718	12 660,103
50	Finanzverwaltung.....	368,800	266,500	35,600	670,900
54	Bundesvermögen.....	2 585,143	5 273,030	58 561,654	66 419,827
60	Land- und Forstwirtschaft.....	2 604,949	2 535,293	6 127,464	11 267,706
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr.....	346,635	763,944	1 476,927	2 587,506
64	Bauten und Technik.....	9 392,354	8 032,189	26 234,073	43 658,616
65	Verkehr und öffentliche Wirtschaft.....	1 924,696	1 924,696	6 174,219	10 023,611
71	Bundestheater.....	51,706	4,100	23,000	78,806

1) Die Bestimmungen des Finanziellen Wirkungsbereiches (eine Anlage der Durchführungsbestimmungen zu den jeweiligen Bundesfinanzgesetzen) beziehen sich auf Verfügungen eines Ressorts, die im einzelnen in wirtschaftlicher, rechtlicher und finanzieller Hinsicht als ein einheitlicher Vorgang angesehen werden können (Vorhaben). Die Ausgaben, die sich auf Grund von Entscheidungen der zuständigen Organe der Bundesverwaltung über solche in Angriff zu nehmende Vorhaben in zukünftigen Finanzjahren ergeben können, werden vorerst als planungsmäßige Vorbelastungen bezeichnet. Diese Vorbelastungen können ein Vorhaben aus der Anschaffung oder Herstellung (einschließlich Selbsterstellung) von Wirtschaftsgütern, aus Förderungsmaßnahmen oder aus sonstigen vertraglichen Vereinbarungen zum Gegenstand haben.

Erst im Zuge der Verwirklichung eines solchen Vorhabens werden rechtsverbindliche Verpflichtungen (zB durch Auftragsvergabe, Vertragsabschluß, Erlassung eines Bescheides) begründet, die in der Bundesverrechnung als solche erfaßt werden.

Soweit im Zeitpunkt der Teilhefterstellung Vorhaben noch nicht beendet sind, werden die Gesamtkosten dieser einzelnen Vorhaben, das sind die planungsmäßigen Vorbelastungen, zusammengefaßt und aufgeteilt auf die entsprechenden Finanzjahre in Übersichten ausgewiesen. **Eine Aussage, inwieweit diese planungsmäßigen Vorbelastungen bereits zu rechtsverbindlichen Verpflichtungen geführt haben, vermitteln diese Übersichten derzeit noch nicht.**

2) Zusammenfassung der in den Teilheften für das Jahr 1998 in der Beilage III D „Übersicht über die künftige Finanzjahre belastende Vorhaben“ aufscheinenden Vorbelastungs-Daten für die Jahre 1998 und später.

Außerbudgetäre Finanzierungsvorhaben des Bundes (Gemäß § 35 Z 7 BHG)

Im Bundeshaushaltsgesetz (BHG), BGBl. Nr. 213/1986 in der derzeit geltenden Fassung, ist normiert, daß der Bundesminister für Finanzen Übersichten zum geltenden Bundesfinanzgesetz zu verfassen hat, welche Angaben über die Entwicklung und den Stand der außerbudgetären Finanzierungsvorhaben enthalten.

Als außerbudgetäre Finanzierungsvorhaben mit Auswirkungen auf den Bundeshaushalt gelten

- Investitionsvorhaben des Bundes, die von ihm selbst oder für ihn von Rechtsträgern, die zu deren Durchführung bundesgesetzlich berufen sind, durchgeführt werden, sowie
- Finanzierungsvorhaben im Bereiche der verstaatlichten Industrie,
- die von vom Bund verschiedenen Rechtsträgern auf Grund bundesgesetzlicher Regelung zur Gänze oder teilweise durch Aufnahme von Fremdkapital zwischenfinanziert werden, wobei der Bund durch Bundesgesetz verpflichtet ist, dem Rechtsträger die nicht gedeckten Ausgaben des Rechtsträgers, insbesondere für die Bedienung des Fremdkapitals (Tilgungen, Zinsen, Spesen), zu ersetzen.

Wesentliches Element dieser Definition ist, daß die Verpflichtungen zur Zwischenfinanzierung und zur Refundierung durch ein besonderes Bundesgesetz normiert sind. Die gesetzliche Refundierungsverpflichtung unterscheidet die Sonderfinanzierungsvorhaben von Vorbelastungen im Sinne des § 45 Abs. 1 bis 4 BHG; bei diesen resultiert die Verpflichtung des Bundes aus einem rechtsgeschäftlichen Handeln des zuständigen anweisenden Organs (gemäß § 5 Abs. 4 Z 3 BHG).

Zu den außerbudgetären Finanzierungen zählen die

- ASFINAG-Finanzierungen ¹⁾
- IAKW-Finanzierungen
- ÖIAG-Finanzierungen
- SCHIG-Finanzierung von Eisenbahninfrastrukturinvestitionen.

Außerdem werden die Mittelzuführungen an die Verstaatlichte Industrie gemäß der ÖIAG-Finanzierungsgesetze (BGBl. Nr. 298/1981, 602/1981, 633/1982, 589/1983, 298/1987 und 973/1993) als besonderer Fall außerbudgetärer Finanzierungsvorhaben betrachtet.

Die nachfolgenden Aufstellungen über außerbudgetäre Finanzierungsvorhaben des Bundes geben an:

1. Die voraussichtlichen Gesamtkosten (einschließlich Zinsen und Tilgung, laufende Erhaltung und Verwaltung bis zur Fertigstellung bzw. bis zum Ende der Tilgungszeit) des Vorhabens,
2. die voraussichtlichen Ausgaben des Rechtsträgers im jeweiligen Finanzjahr gemäß 1.,
3. die im jeweiligen Bundesvoranschlag veranschlagten Leistungen des Bundes zu den Gesamtkosten gemäß 1.,
4. die Entwicklung des Standes der Verschuldung, die Nettoveränderung der Schuldenstände gegenüber dem Vorjahr sowie der gesetzliche Haftungsrahmen der Finanzierungsgesellschaften des Bundes.

¹⁾ Ab 1. Jänner 1997 erfolgte die Umstrukturierung der ASFINAG gemäß BGBl. I Nr. 000/1997.

Außerbudgetäre Finanzierungsvorhaben des Bundes

Rechtsträger			Auswirkungen auf den BVA 1998				
(Gesetzliche Grundlage (BGBl. Nr.))	Bezeichnung	Aufgaben	Voraussichtliche			VA-Ansatz/VA-Post	Milliarden S (= Ausgabe) (- = Einnahme)
			Gesamtkosten	Baukosten (zu aktivierende Beträge)	Ausgaben im Jahr 1998		
			in Milliarden Schilling				
a) Finanzierung (ausschließlich)							
298/1981 602/1981 633/1982 589/1983 298/1987 421/1991 973/1993	Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft (ÖIAG)	Finanzierung von Maßnahmen zur Umstrukturierung und Neuordnung des ÖIAG-Konzerns	109,533	-	-	1/54847/7411	0,001
						7/54847/7411/001	0,001
						1/54847/7414	0,001
						7/54847/7414/001	0,001
						1/54847/7415	0,001
						7/54847/7415/001	0,001
						1/54847/7416	0,001
						7/54847/7416/001	0,001
63/1996	Schienerinfrastrukturfinanzierungs-Gesellschaft mbH	Finanzierung von Eisenbahninfrastrukturinvestitionen	60,000 ¹⁾	60,000	12,000	1/65148/7280	1,330
b) Finanzierung und Bau							
591/1982 201/1996 000/1997	Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-AG (ASFINAG)	Finanzierung, Planung, Bau und Erhaltung des hochrangigen Straßennetzes	112,200	112,200	8,905	1/64298/7280	0,000
223/1985	IAKW-AG	Internationaler Teil, Österreichisches Konferenzzentrum: Errichtung, Erhaltung, Verwaltung, Finanzierung	11,300	9,000	0,150	1/54826/7420 1/54826/7471/423 2/54824/8555/370	0,180 0,001 -0,001

Außerbudgetäre Finanzierungsvorhaben des Bundes

¹⁾ 60 Milliarden Schilling Kapital zuzüglich Zinsen und weitere 23 Milliarden Schilling Eisenbahninfrastrukturschulden der ASFINAG mit Inkrafttreten der ASFINAG/SCHIG-Novelle 1997.

300

Außerbudgetäre Finanzierungsvorhaben des Bundes

Die nachstehende Übersicht gibt einen Überblick über die Entwicklung der Verschuldung der ASFINAG (einschließlich der ehemaligen Straßensonderfinanzierungsgesellschaften), der ÖIAG³⁾ und der IAKW-AG sowie über den gesetzlichen Haftungsrahmen.

Verschuldung, Brutto-Darlehensaufnahme, Nettoveränderung der Schuldenstände und gesetzlicher Haftungsrahmen der Sonderfinanzierungsgesellschaften 1985—1996

	Verschuldung zum 31. 12.	Brutto-Darlehensauf- nahme durch außer- budgetäre Sonder- finanzierung	Nettoveränderung der Schuldenstände gegenüber dem Vor- jahr	Gesetzliche Haftungs- rahmen ¹⁾ zum 31. 12.
1985	46,1	14,4	+13,6	175,3 ²⁾
1986	63,4	19,6	+17,3	202,0 ²⁾
1987	83,6	22,3	+20,2	227,7 ²⁾
1988	94,5	13,0	+10,9	249,5 ²⁾
1989	103,3	11,2	+ 8,8	274,1 ²⁾
1990	112,6	13,6	+ 9,3	273,1 ²⁾
1991	118,4	9,3	+ 5,8	338,3 ²⁾
1992	129,5	10,6	+11,1	338,3 ²⁾
1993	137,0	14,4	+ 7,5	338,3 ²⁾
1994	145,4	14,7	+ 8,4	338,3 ²⁾
1995	151,2	20,6	+ 5,8	338,3 ²⁾
1996	146,8	13,1	- 4,4	338,3 ²⁾

¹⁾ Für Kapital, Zinsen und Kosten.

²⁾ Die für die ehemaligen Straßensonderfinanzierungsgesellschaften übernommenen Haftungen sind mit dem zum 31. Dezember 1985 aushaftenden Betrag auf den ASFINAG-Haftungsrahmen anzurechnen.

³⁾ In der Spalte „Verschuldung zum 31. 12.“ ist nur die Verschuldung auf Grund der Finanzierungsgesetze ausgewiesen. Die Spalte „Gesetzliche Haftungsrahmen zum 31. 12.“ beinhaltet alle Haftungsgesetze.

Die öffentlichen Haushalte in administrativer Abgrenzung

301

II. Der Bundeshaushalt im Rahmen der öffentlichen Haushalte und der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

A. Die öffentlichen Haushalte in administrativer Abgrenzung

Dem bundesstaatlichen Aufbau entsprechend weist Österreich neben dem Bundeshaushalt noch die Haushalte der anderen Gebietskörperschaften auf. Daneben gibt es noch eine große Anzahl von Institutionen, die dem öffentlichen Recht zugehören. Den nachfolgenden Übersichten 1 und 1 a und deren Fußnoten 7 bis 9 können die Namen dieser Rechtsträger des öffentlichen Rechtes entnommen werden. Die Zuständigkeitsbereiche dieser öffentlichen Rechtsträger sind in den einzelnen Staaten der Welt sehr verschieden. Diese Tatsache muß daher bei zwischenstaatlichen Vergleichen über die Höhe von Belastungen aus Gebarungen des öffentlichen Sektors besonders beachtet werden.

Übersicht 1

	Bruttoausgaben ¹⁾									
	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996 ²⁾	1997 ³⁾	1998
Milliarden Schilling										
Bund ⁵⁾	584,7	614,7	664,7	723,0	777,0	822,0	910,0	882,1	860,1 ⁴⁾	906,3 ⁴⁾
Länder (ohne Wien)	151,0	161,3	173,5	192,5	211,8	215,5	232,9	242,4		
Gemeinden (ohne Wien)	106,6	114,6	128,7	141,2	152,3	162,0	169,5	173,0		
Wien (Land und Gemeinde)	93,0	91,4	99,1	116,8	117,8	133,1	146,4	135,2		
Gemeindeverbände ⁷⁾	3,7	3,8	4,2	4,7	5,5	6,4	6,9	7,5		
Öffentliche Fonds ⁸⁾	34,2	37,5	43,7	45,6	45,5	50,4	60,5	63,0		
Kammern ⁹⁾	21,5	25,0	24,1	28,5	28,4	30,8	26,6	27,0		
Sozialversicherungsträger ¹⁰⁾ ...	280,9	300,8	338,6	361,0	382,1	410,6	423,3	440,3		
Staat (Summe)	1 275,6	1 349,1	1 476,6	1 613,3	1 720,4	1 830,8	1 976,1	1 971,0		

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt (ÖSTAT) (bis einschließlich 1996); Bundesministerium für Finanzen (BMF)

(zu Übersicht 1)

	Bruttoausgaben									
	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
Anteil in %										
Bund ⁵⁾	45,8	45,6	45,0	44,8	45,2	44,9	46,1	44,8		
Länder (ohne Wien)	11,8	11,9	11,7	11,9	12,3	11,8	11,8	12,3		
Gemeinden (ohne Wien)	8,4	8,5	8,7	8,8	8,9	8,8	8,6	8,8		
Wien (Land und Gemeinde)	7,3	6,8	6,7	7,2	6,8	7,3	7,4	6,9		
Gemeindeverbände ⁷⁾	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,4		
Öffentliche Fonds ⁸⁾	2,7	2,8	3,0	2,8	2,6	2,8	3,1	3,2		
Kammern ⁹⁾	1,7	1,8	1,6	1,8	1,7	1,7	1,3	1,4		
Sozialversicherungsträger ¹⁰⁾ ...	22,0	22,3	22,9	22,4	22,2	22,4	21,4	22,3		
Staat (Summe)	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0		

¹⁾ Laut Finanzstatistik. Inklusive Tilgungen, Mehrfacherfassungen bei Vergütungen innerhalb sowie Überweisungen zwischen den angeführten Körperschaften und inklusive Rücklagenzuführungen, aber ohne Kassenstärkungsmaßnahmen.

²⁾ Vorläufige Werte.

³⁾ Schätzungen.

⁴⁾ Bundesvoranschlag bzw. -entwurf.

⁵⁾ Bundeshaushalt sowie Akademie der Wissenschaften und Österreichische Hochschülerschaft.

⁶⁾ Laut Finanzstatistik. Ohne Schuldenaufnahme und Kassenstärkungsmaßnahmen, jedoch inklusive Mehrfacherfassungen bei Vergütungen innerhalb sowie Überweisungen zwischen den angeführten Körperschaften und inklusive Rücklagenentnahmen.

⁷⁾ Erfasst sind derzeit nur die Gemeindeverbände, die den Rang einer Gebietskörperschaft haben, und zwar die Sozialhilfeverbände in Oberösterreich und der Steiermark sowie die Schulgemeindeverbände in Niederösterreich und Kärnten.

302

Nettoausgaben

Übersicht 1 a

	Bruttoeinnahmen ⁹⁾									
	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996 ⁹⁾	1997 ⁹⁾	1998
	Milliarden Schilling									
Bund ⁵⁾	478,4	502,3	557,7	592,1	602,0	627,3	674,4	666,3	679,2 ⁴⁾	682,0 ⁴⁾
Länder (ohne Wien).....	147,6	158,1	170,2	188,1	204,7	206,3	213,5	233,3		
Gemeinden (ohne Wien)	101,5	109,4	122,2	133,3	141,4	148,1	154,7	159,8		
Wien (Land und Gemeinde).....	87,8	88,7	96,0	112,7	110,9	118,6	129,6	129,0		
Gemeindeverbände ⁷⁾	3,5	3,7	4,1	4,5	5,5	6,3	6,8	7,3		
Öffentliche Fonds ⁸⁾	41,7	33,3	36,5	36,4	39,2	45,1	56,1	60,0		
Kammern ⁹⁾	20,4	23,7	23,9	26,8	27,4	29,7	26,2	27,3		
Sozialversicherungsträger ¹⁰⁾ ...	277,4	297,9	323,7	347,7	371,7	394,2	415,4	434,7		
Staat (Summe)	1 158,3	1 217,1	1 334,3	1 441,6	1 502,8	1 575,6	1 649,7	1 717,7		

Quelle: ÖSTAT (bis 1996); BMF

(zu Übersicht 1 a)

	Bruttoeinnahmen									
	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
	Anteil in %									
Bund ⁵⁾	41,3	41,3	41,8	41,1	40,1	39,8	39,2	38,8		
Länder (ohne Wien).....	12,7	13,0	12,8	13,0	13,6	13,1	12,9	13,6		
Gemeinden (ohne Wien)	8,8	9,0	9,2	9,2	9,4	9,4	9,4	9,3		
Wien (Land und Gemeinde).....	7,6	7,3	7,2	7,8	7,4	7,5	7,9	7,5		
Gemeindeverbände ⁷⁾	0,3	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4		
Öffentliche Fonds ⁸⁾	3,6	2,7	2,7	2,5	2,6	2,9	3,4	3,5		
Kammern ⁹⁾	1,8	1,9	1,8	1,9	1,8	1,9	1,6	1,6		
Sozialversicherungsträger ¹⁰⁾ ...	23,9	24,5	24,3	24,1	24,7	25,0	25,2	25,3		
Staat (Summe)	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0		

Nettoausgaben

In den Bruttoausgaben und -einnahmen der einzelnen Institutionen des öffentlichen Sektors sind auch Beträge enthalten, die

- Vergütungen für Dienstleistungen eines Verwaltungszweiges an andere Verwaltungszweige desselben Rechtsträgers — interne Verrechnungen — und
- Überweisungen zwischen diesen einzelnen Rechtsträgern

darstellen. Bringt man diese Vergütungen und Überweisungen von den Bruttoausgaben und -einnahmen in Abzug, verbleiben die sektoralen Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte insgesamt. Bringt man des weiteren auf der Ausgabenseite die Tilgungen der öffentlichen Haushalte in Abzug, verbleiben die Nettoausgaben.

⁵⁾ Einbezogen ist die Gebarung folgender Fonds: Agrammarkt Austria (AMA), Ausgleichstaxfonds, Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds, ERP-Fonds, Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft, Getreidewirtschaftsfonds (bis 1993), Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds, Kriegsofferfonds, Massafonds der Bundesgendarmarie, Justizwache sowie Zollwache, Milchwirtschaftsfonds (bis 1992), Polizeimassafonds, Reservefonds für Familienbeihilfen, Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds, Weinwirtschaftsfonds (bis 1986), Wohnhaus-Wiederaufbau- und Stadterneuerungsfonds, Arbeitsmarktservice, Nationalfonds zur besonderen Hilfe für Behinderte, Hilfsfonds nach dem Ehrengaben- und Hilfsfondsgesetz, Fonds „Gesundes Österreich“, Österreichische Bundesfinanzierungsagentur.

⁹⁾ Einbezogen ist die Gebarung folgender Kammern: Wiener Börsekammer, Ingenieurkammern (Bundeskammer und 4 Kammern in den Bundesländern), Kammer der Wirtschaftstreuhänder, Wirtschaftskammer (Bundeskammer und 9 Kammern in den Bundesländern), Arbeiterkammer (Kammertag und 9 Kammern in den Bundesländern), Landarbeiterkammern (Landarbeiterkammertag und 7 Kammern in den Bundesländern), Landwirtschaftskammern (Präsidentenkonferenz und 9 Kammern in den Bundesländern), Notariatskammern (Delegiertentag und 6 Kammern in den Bundesländern), Österreichische Apothekerkammer, Österreichische Ärztekammern (Österreichische Ärztekammer und 9 Kammern in den Bundesländern), Österreichische Dentistenkammer, Österreichische Patentanwaltskammer, Rechtsanwaltskammern (Kammertag und 7 Kammern), Tierärztekammern (Bundeskammer und 9 Kammern in den Bundesländern).

¹⁰⁾ Jahresergebnisse der Kranken-, Pensions- und Unfallversicherung sowie der Krankenfürsorgeanstalten, des Erstattungsfonds nach dem Entgeltfortzahlungsgesetz, des Insolvenz-Ausfallgeldfonds und der Sonderrechnung über Leistungen nach dem Nachtschichtschwerarbeitsgesetz, nach dem Betriebshilfegesetz und nach dem Bundespflegegeldgesetz.

Volkswirtschaftliche Steuerquote

303

Die Übersichten 2 und 2 a zeigen die entsprechenden Gebarungsziffern der Ausgabenseite für die Jahre 1989 bis 1996 (Nettoausgaben).

Übersicht 2

	Staat (Insgesamt)							
	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
	Milliarden Schilling							
Bruttoausgaben	1 275,6	1 349,1	1 476,6	1 613,3	1 720,4	1 830,8	1 976,1	1 971,0
ab: Vergütungen ¹¹⁾ und Überweisungen	254,2	268,3	295,0	328,9	337,4	380,8	427,3	427,2
Tilgungen.....	63,1	63,4	64,8	81,0	96,4	117,7	171,3	155,7
Nettoausgaben	958,3	1 017,4	1 116,8	1 203,4	1 286,6	1 332,3	1 377,5	1 388,1

Quelle: ÖSTAT

Übersicht 2 a

	davon Bund ²⁾							
	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
	Milliarden Schilling							
Bruttoausgaben	584,7	614,7	664,7	723,0	777,0	822,0	910,0	882,1
ab: Vergütungen ¹¹⁾	16,8	15,8	17,3	21,0	12,9	36,5	26,0	25,3
Überweisungen	132,8	131,5	142,6	150,1	167,9	182,7	221,1	223,9
Tilgungen ^{11a)}	43,6	49,5	44,4	64,6	76,8	90,1	144,8	126,8
Nettoausgaben	391,5	417,9	460,4	487,3	519,4	512,7	518,1	506,1

Quelle: ÖSTAT

In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sind die Ausgaben und Einnahmen des Staates aber noch weiter eingegrenzt. In dieser wird nämlich die Gebarung der erwerbswirtschaftlichen Verwaltungszweige der Gebietskörperschaften dem privaten (Unternehmer-)Sektor zugezählt (siehe auch Abschnitt C, 2. Absatz).

B. Volkswirtschaftliche Steuerquote

Von den in Österreich von Trägern des öffentlichen Rechtes erhobenen Steuern und steuerähnlichen Einnahmen betragen die vom Bund eingehobenen rund zwei Drittel. Die Übersicht 3 zeigt die entsprechenden Gebarungsergebnisse.

Ein Teil des vom Bund erhobenen Abgabenaufkommens wird jedoch an verschiedene Rechtsträger weitergegeben. Der Anteil der dem Bund verbleibenden kassamäßigen Steuereinnahmen (einschließlich steuerähnlicher Einnahmen) am Brutto-Inlandsprodukt — unter Berücksichtigung der 1978 erfolgten Umstellung von Kinderabsetzbeträgen auf Transferzahlungen und ab 1988 einschließlich der für die Wohnbauförderung zweckgebundenen Steuermitteln — ist von rund 17,5% im Jahre 1970 lediglich auf rund 20,2% im Jahre 1995 gestiegen, während die Steuerquote insgesamt in diesem Zeitraum von 35,6 auf 41,8% zunahm. Ab 1995 ist ein Teil der Steuereinnahmen direkt dem EU-Haushalt zuzurechnen (Zölle, Agrarabschöpfungen, Zuckerabgaben, Mehrwertsteuereigenmittel).

¹¹⁾ Inklusive Rücklagenzuführungen.

^{11a)} Ohne Kassenstärkungsmaßnahmen.

304

Der öffentliche Sektor im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Übersicht 3

	Steuern und steuerähnliche Einnahmen ¹³⁾									
	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996 ²⁾	1997 ²⁾	1998 ²⁾
	Milliarden Schilling									
Bund.....	446,0	485,3	530,2	576,8	604,2	600,6	611,7	664,9	708,7	733,3
Länder.....	1,8	2,0	2,0	2,2	2,3	2,4	2,6	2,6	2,6	2,6
Gemeinden ¹²⁾	23,5	25,4	26,7	29,0	30,4	39,3	41,4	42,5	43,7	45,4
Kammern.....	9,8	10,1	10,5	11,3	11,5	12,0	13,5	14,0	14,4	15,0
Sozialversicherungsträger.....	193,2	208,5	225,7	248,5	265,3	281,5	294,5	303,2	307,7	317,0
Fonds.....	5,9	5,1	4,8	5,2	5,6	2,8	1,1	1,0	1,0	1,0
Beiträge zum EU-Haushalt.....	17,8	16,6	16,2	16,1
Summe ...	680,2	736,4	799,9	872,8	919,3	938,6	982,6	1 044,8	1 094,3	1 130,3
Brutto-Inlandsprodukt.....	1 672,9	1 801,3	1 926,5	2 047,2	2 124,1	2 262,9	2 352,4	2 416,0	2 486,8	2 580,8
Summe in % des Brutto-Inlandsprodukts.....	40,7	40,9	41,5	42,6	43,3	41,5	41,8	43,2	44,0	43,8

Quelle: ÖSTAT (bis 1996, BIP bis 1994, Stand: Oktober 1995); BMF; WIFO (März-Prognose 1997)

In diesem Zusammenhang ist noch eine zweite Kennziffer der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung der Volkswirtschaft zu erwähnen, nämlich das Verhältnis der prozentuellen Steigerung der gesamten Steuern und steuerähnlichen Einnahmen zur prozentuellen Steigerung des Brutto-Inlandsprodukts. Die Übersicht 4 gibt darüber Aufschluß (Aufkommenselastizität).

Übersicht 4

	Veränderung gegenüber Vorjahr				Aufkommenselastizität
	der Steuern und steuerähnlichen Einnahmen ¹³⁾		des Brutto-Inlandsprodukts		
	Mrd. S	%	Mrd. S	%	
1989.....	27,7	4,2	106,5	6,8	0,62
1990.....	56,3	8,3	128,4	7,7	1,08
1991.....	63,5	8,6	125,2	7,0	1,24
1992.....	73,0	9,1	120,7	6,3	1,45
1993.....	46,5	5,3	76,8	3,8	1,42
1994.....	19,3	2,1	138,8	6,5	0,32
1995.....	44,0	4,7	89,5	4,0	1,19
1996.....	62,2	6,3	63,6	2,7	2,33
1997.....	49,5	4,7	70,8	2,9	1,62
1998.....	36,0	3,3	94,0	3,8	0,87

C. Der Staat im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ¹⁴⁾

Der Staat ist im Rahmen der Gesamtwirtschaft so bedeutungsvoll, weil er einerseits den Betrieben und privaten Haushalten im Wege der Besteuerung Mittel entzieht und andererseits diese laufenden öffentlichen Einnahmen im wesentlichen für die Befriedigung von Gemeinschaftsbedürfnissen, für die Zuführung von Einkommen an private Haushalte und für die Förderung der Wirtschaft verwendet.

Nachstehend werden einige Gebarungsgrößen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zusammen mit zugehörigen Daten der gesamten öffentlichen Haushalte und des Bundessektors ¹⁵⁾ zur Darstellung gebracht. **Hiebei wurden in bezug auf die Gebarung der erwerbswirtschaftlichen Verwaltungszweige des Bundes (Bundesbetriebe) nur deren Netto-Ergebnisse (laut Geldrechnung) berücksichtigt** und entsprechend einem besonderen Kontenkonzept für die

¹²⁾ Inklusive Wien.

¹³⁾ Inklusive Arbeitslosenversicherungsbeiträge, Beiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen, Sozialversicherungsbeiträge; auf Forderungsbasis (Kasseneinnahmen zuzüglich Erstattungen und Veränderungen der Forderungen); Zuordnung nach der Einhebung, zeitliche Zuordnung der indirekten Steuern nach dem wirtschaftlichen Anfall.

¹⁴⁾ Siehe hierzu die Publikation „Österreichs Volkseinkommen 1994“, Österreichisches Statistisches Zentralamt, Wien 1995.

^{14a)} Einschließlich öffentlicher Einkommen.

¹⁵⁾ Bund inklusive Akademie der Wissenschaften, Österreichische Hochschülerschaft und Bundesfonds mit eigener Rechtspersönlichkeit.

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung —
Brutto-Inlandsprodukt, Volkseinkommen, Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen 305

öffentlichen Betriebe in bestimmter Weise auf (positive oder negative) Einkommen aus Besitz und Unternehmung, indirekte Steuern (Monopole) bzw. Subventionen (strukturelle Defizitbetriebe) sowie Kapitaltransfers aufgeteilt.

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

In der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) werden jährlich die hauptsächlichen Ergebnisse der volkswirtschaftlichen Vorgänge in systematischer Form erfaßt und ausgewiesen. Die Reihen der VGR werden in Österreich, wie in anderen Ländern auch, von Zeit zu Zeit gründlichen Revisionen unterzogen, um weiterentwickelte Verbuchungskonzepte in die Rechnung einzuführen, wie sie von den maßgeblichen internationalen Stellen ausgearbeitet werden. Das von den UN im Jahre 1968 herausgegebene „System of National Accounts“ SNA ¹⁶⁾ gab erstmals einen integrierten Rahmen für die VGR einschließlich Input-Output-, Geldstrom- und Vermögensrechnung vor, und bedeutete eine Weiterentwicklung des früheren Systems in Richtung geschlossener **Brutto**-Erfassung aller Transaktionen und stärkerer **Differenzierung** der Güterkonten einerseits und der institutionellen Konten andererseits.

Die Ergebnisse einer auf das SNA 68 umgestellten VGR für Österreich wurden erstmals 1979 ¹⁷⁾ und in der Folge jährlich publiziert. Nach einer 1984 erfolgten Rückrechnung ist ein VGR-Datenset aus einem Guß für den gesamten Zeitraum 1954—1994 verfügbar. Bis zur März-Prognose 1997 wurden die Daten und Prognosen auf Basis des SNA 68 erstellt.

Als Mitgliedstaat der EU hat Österreich seine VGR auf Basis des Europäischen Systems der VGR (ESVG) zu erstellen. Derzeit gilt das ESGV 2. Auflage, das in manchen Bereichen vom SNA 1968 abweicht. 1995/1996 wurde eine breit angelegte Revision der österreichischen VGR durchgeführt. Zeitreihen für die Jahre 1976—1995 wurden im Sommer 1997 publiziert. Da der Budgetvoranschlagsentwurf 1998 auf Basis der März-Prognose 1997 und somit auf Basis des SNA 68 erstellt wurde, wurden die Ergebnisse dieser Revision im folgenden noch nicht berücksichtigt.

Das ESGV 1995 ist Bestandteil der Verordnung (EG) Nr. 2223/96 des Rates vom 25. Juni 1996. VGR-Daten nach dem ESGV 1995 sind erstmals 1999 an die Kommission zu melden.

Brutto-Inlandsprodukt, Volkseinkommen, Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen

Auf der höchsten Aggregationsstufe liefert die VGR wichtige Gesamtgrößen (Hauptaggregate) über das Leistungsergebnis in einer bestimmten Periode (**Brutto-Inlandsprodukt**), über die Summe der erzielten Einkommen (**Volkseinkommen**) und die Gesamtheit der zur Verwendung gelangenden Waren und Dienstleistungen (**Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen**). Zwischen diesen Hauptaggregaten bestehen folgende Zusammenhänge (siehe auch Übersicht 5):

Volkseinkommen
+ Faktoreinkommen an das Ausland
– Faktoreinkommen aus dem Ausland
+ Abschreibungen
+ Indirekte Steuern
– Subventionen
Brutto-Inlandsprodukt
+ Importe
– Exporte
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen

In den Hauptaggregaten ist der Staat mit seinem Beitrag zum BIP, der öffentlichen Lohnsumme (Volkseinkommen) bzw. dem öffentlichen Konsum und den öffentlichen Brutto-Investitionen enthalten (Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen).

Im Rahmen der Ausführungen über den Bundeshaushalt ist von besonderem Interesse, welcher Anteil des verfügbaren Güter- und Leistungsvolumens vom Staat und im speziellen vom Bundessektor „für sich selbst“ verwendet wird. Zum Bundessektor zählt nicht nur der um die Gebarung der erwerbswirtschaftlichen Betriebsverwaltungen (im wesentlichen die Bundesbetriebe) verminderte Bundeshaushalt, sondern auch die Gebarungen der von Bundesbehörden verwalteten oder beaufsichtigten öffentlichen Fonds ⁸⁾ sowie die Gebarung der Akademie der Wissenschaften und der Österreichischen Hochschülerschaft. Ein Teil der Einnahmen dieser Fonds wird als öffentliche Abgaben von Bundesbehörden eingehoben und im Wege des Bundeshaushaltes an die Fonds überwiesen.

¹⁶⁾ A System of National Accounts, Studies in Methods, Series F No. 2, Rev. 3, UN, New York 1968.

¹⁷⁾ „Österreichs Volkseinkommen 1964—1977, Neuberechnung“, Heft 525 der Beiträge zur österreichischen Statistik, Wien 1979.

306 **Brutto-Inlandsprodukt, Volkseinkommen, Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen****Übersicht 5**

	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
	Milliarden Schilling									
Löhne und Gehälter	880,5	946,4	1 027,4	1 095,6	1 141,3	1 182,1	1 227,0	1 244,2	1 262,9	1 290,6
Einkünfte aus Besitz und Unternehmung (zinsbereinigt) ^{14a)}	351,6	389,1	406,0	428,9	434,8	477,7	522,2	533,1	540,7	575,2
Volkseinkommen.....	1 232,1	1 335,5	1 433,4	1 524,5	1 576,0	1 659,9	1 749,2	1 777,4	1 803,6	1 865,9
± Faktoreinkommen an das/aus dem Ausland	+8,9	+7,3	+13,1	+9,7	+9,4	+7,5	+7,3	+7,6	+7,2	+6,5
+ Abschreibungen	205,6	218,5	235,2	252,6	270,1	288,7	306,8	324,7	344,2	368,3
+ Indirekte Steuern (netto)....	226,3	240,0	244,9	260,5	268,6	306,8	289,1	311,8	332,3	338,7
Brutto-Inlandsprodukt	1 672,9	1 801,3	1 926,5	2 047,2	2 124,1	2 262,9	2 352,4	2 416,0	2 486,8	2 580,8
+ Außenbeitrag	-16,2	-23,4	-16,7	-19,7	-13,9	+6,3	+23,6	+29,5	+21,0	+16,7
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen.....	1 656,7	1 777,9	1 909,8	2 027,6	2 110,2	2 269,2	2 376,0	2 445,5	2 507,8	2 597,4

Quelle: ÖSTAT (bis 1994, Stand: Oktober 1995); Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) (März-Prognose 1997)

Auf Grund der nachfolgenden Übersicht 6 werden 1998 vom Bundessektor selbst nur rund 6,1% des verfügbaren Güter- und Leistungsvolumens für Konsumausgaben, d. s. laufende Ausgaben für Personal, Sachgüter und Dienstleistungen, verbraucht und für rund 0,5% Vermögenswerte geschaffen. Für den gesamten Staat betragen die analogen Prozentsätze rund 18,2% bzw. rund 3,0%.

Übersicht 6

	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
	Milliarden Schilling									
Verwendung durch:										
Öffentlicher Konsum	109,0	113,7	124,3	131,2	140,8	148,4	153,8	154,0	155,0	158,0
Brutto-Anlageinvestitionen	15,0	16,4	16,7	15,8	15,7	15,7	14,6	14,0	13,0	13,0
Bundessektor (Summe) ...	124,0	130,1	141,0	147,0	156,5	164,1	168,4	168,0	168,0	171,0
Öffentlicher Konsum	193,9	206,2	224,1	243,6	263,7	277,9	290,2	300,3	307,0	314,7
Brutto-Anlageinvestitionen	40,2	40,9	46,4	51,4	51,2	53,3	57,6	60,0	62,0	64,0
Übrige öffentliche Rechtsträger (Summe) ...	234,1	247,1	270,5	295,1	314,9	331,2	347,8	360,3	369,0	378,7
Privater Konsum	935,4	998,3	1 062,1	1 133,7	1 180,7	1 247,2	1 299,7	1 345,6	1 378,1	1 418,3
Brutto-Anlageinvestitionen	350,5	385,1	425,3	445,8	448,2	491,9	509,7	523,2	542,7	574,0
Privater Sektor (Summe) ...	1 285,9	1 383,4	1 487,4	1 579,5	1 629,0	1 739,2	1 809,4	1 868,8	1 920,8	1 992,3
Lagerbewegung und statistische Differenz.....	12,6	17,3	10,9	6,0	9,8	34,7	50,4	48,3	50,0	55,4
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	1 656,7	1 777,9	1 909,8	2 027,6	2 110,2	2 269,2	2 376,0	2 445,5	2 507,8	2 597,4

Quelle: ÖSTAT (bis 1994, Stand: Oktober 1995); WIFO (März-Prognose 1997); BMF

Laufende Einnahmen der öffentlichen Haushalte und deren Verwendung — Einkommenskonto 307

Übersicht 6 a

	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
	Milliarden Schilling									
Verwendung durch:										
Öffentlicher Konsum	6,6	6,4	6,5	6,5	6,7	6,5	6,4	6,3	6,2	6,1
Brutto-Anlageinvestitionen	0,9	0,9	0,9	0,8	0,7	0,7	0,6	0,6	0,5	0,5
Bundessektor (Summe) ...	7,5	7,3	7,4	7,3	7,4	7,2	7,0	6,9	6,7	6,6
Öffentlicher Konsum	11,7	11,6	11,7	12,0	12,5	12,2	12,3	12,3	12,2	12,1
Brutto-Anlageinvestitionen	2,4	2,3	2,4	2,5	2,4	2,3	2,4	2,5	2,5	2,5
Übrige öffentliche Rechtsträger (Summe) ...	14,1	13,9	14,2	14,6	14,9	14,6	14,7	14,7	14,7	14,6
Privater Konsum	56,4	56,1	55,6	55,9	56,0	55,0	54,6	55,0	55,0	54,6
Brutto-Anlageinvestitionen	21,1	21,7	22,3	22,0	21,2	21,7	21,4	21,4	21,6	22,1
Privater Sektor (Summe) ...	77,5	77,8	77,9	77,9	77,2	76,6	76,0	76,4	76,6	76,7
Lagerbewegung und statistische Differenz	0,9	1,0	0,6	0,3	0,5	1,5	2,3	2,0	2,0	2,1
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Laufende Einnahmen der öffentlichen Haushalte und deren Verwendung

Die von den Trägern des öffentlichen Rechtes in Österreich bzw. vom Bundessektor¹⁵⁾ den privaten Haushalten und Betrieben im Wege der Besteuerung entzogenen Mittel sowie die wenigen sonstigen laufenden Einnahmen erreichen das in der Übersicht 7 ausgewiesene Ausmaß.

Die in der Übersicht 7 aufgezeigten laufenden Einnahmen — vermindert um die Transfers von öffentlichen Rechtsträgern — werden 1996 von den Trägern des öffentlichen Rechtes im Ausmaß von knapp 40% für öffentliche Konsumausgaben verbraucht. Die restlichen Einnahmen, vermindert um die Zinsen für die Staatsschuld, werden neu verteilt, und zwar im wesentlichen durch Zuführung von Einkommen an private Haushalte sowie durch die Förderung der Wirtschaft mittels Subventionen und Darlehen.

Einkommenskonto der öffentlichen Haushalte

Übersicht 7

	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
	Milliarden Schilling									
Laufende Einnahmen:										
Einkommen aus Besitz und Unternehmung	32,9	37,9	40,6	49,8	45,5	46,1	50,7	41,8	40,0	30,0
davon Bundessektor	24,4	27,4	29,0	33,4	29,9	31,9	36,6	29,4	27,0	16,4
Versicherungsleistungen	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,5	0,5	0,5
davon Bundessektor	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Indirekte Steuern	271,4	287,9	305,8	325,8	340,0	356,6	341,4	360,2	381,8	399,6
davon Bundessektor	190,1	201,2	213,2	229,0	236,9	245,1	229,9	243,5	265,1	281,0

308

Einkommenskonto

Übersicht 7 (Fortsetzung)

	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
Milliarden Schilling										
Direkte Steuern der privaten Haushalte	180,5	203,4	227,5	249,9	267,9	265,8	286,5	305,9	327,0	333,3
davon Bundessektor ¹⁸⁾	124,5	140,2	154,7	169,1	181,8	185,2	207,7	215,0	233,4	245,7
Direkte Steuern der Kapitalgesellschaften	33,9	35,6	39,7	47,1	44,8	33,4	41,2	57,6	60,5	63,0
davon Bundessektor	25,7	26,5	29,8	36,4	34,3	25,9	33,5	50,0	52,5	44,0
Gebühren und Strafen der privaten Haushalte	4,4	4,9	5,1	5,1	5,6	6,1	6,0	6,3	6,6	6,9
davon Bundessektor	3,1	3,4	3,4	3,3	3,5	3,8	3,9	4,1	4,2	4,2
Sozialversicherungsbeiträge ¹⁹⁾	204,3	220,6	238,9	262,3	280,0	300,5	315,8	327,8	332,7	342,5
davon Bundessektor	6,4	7,0	7,5	7,9	8,3	12,0	13,5	16,2	20,0	20,5
Imputierte Pensionsbeiträge.....	43,4	46,0	49,8	53,1	56,3	54,2	55,6	53,5	53,9	54,5
davon Bundessektor	22,1	23,5	25,5	27,2	28,9	26,1	26,7	24,5	24,5	25,0
Laufende Transfers von Trägern öffentlichen Rechts	123,4	129,9	142,9	153,6	171,1	186,6	200,7	215,2	234,0	251,0
davon Bundessektor	7,7	7,8	11,1	13,5	15,6	15,6	19,8	20,9	6,0	4,0
Laufende Transfers vom Ausland.....	0,6	0,7	0,9	0,7	0,7	0,8	9,2	5,2	5,5	5,5
davon Bundessektor	0,2	0,3	0,4	0,2	0,2	0,3	8,9	4,8	5,0	5,0
Laufende Einnahmen (Summe)	895,3	967,2	1 051,5	1 147,8	1 212,3	1 250,6	1 307,5	1 374,0	1 442,5	1 486,8
davon Bundessektor	404,6	437,4	474,8	520,4	539,7	546,1	580,6	608,6	638,0	646,1
Laufende Ausgaben:										
Öffentlicher Konsum	302,7	319,5	348,3	375,2	405,0	425,7	440,3	446,4	463,0	472,5
davon Bundessektor	108,8	113,3	124,1	131,0	140,7	148,1	153,8	154,2	155,0	156,0
Zinsen für die Staatsschuld..	66,1	73,4	81,9	87,5	92,0	91,1	102,4	106,8	101,0	105,2
davon Bundessektor	57,7	64,6	72,8	78,3	82,8	82,1	91,8	95,4	90,0	92,7
Versicherungsprämien, netto	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,5	0,4	0,4
davon Bundessektor	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Subventionen	45,1	47,9	60,9	63,3	68,8	58,2	63,1	64,8	64,0	62,0
davon Bundessektor	34,1	35,2	47,4	48,8	54,2	41,9	47,3	48,5	47,5	46,0
Sozialversicherungsbarleistungen.....	176,4	188,7	199,9	212,5	229,6	247,3	262,2	274,1	284,0	304,0
Pensionen der Hoheitsverwaltung	70,1	74,5	80,8	85,9	91,5	95,7	100,5	103,3	104,5	111,0
davon Bundessektor	42,4	45,0	48,9	52,0	55,7	58,9	62,0	64,2	65,0	68,0
Sonstige Sozialtransfers	86,4	94,1	103,7	117,1	142,3	150,7	148,8	148,8	148,4	143,0
davon Bundessektor	64,3	70,3	77,5	86,9	108,3	112,9	109,9	108,5	106,4	98,0
Laufende Transfers an Träger öffentlichen Rechts	124,8	131,0	145,8	154,4	171,8	186,1	201,7	215,6	235,0	251,3
Bundessektor	105,5	111,0	121,4	125,4	140,0	151,3	159,8	173,4	178,3	188,0
Laufende Transfers an das Ausland.....	4,7	5,5	6,5	8,0	8,5	9,4	15,3	18,3	21,6	22,8
davon Bundessektor	1,2	1,6	2,0	2,1	2,7	3,5	8,7	11,5	14,7	15,4
Laufende Ausgaben (Summe)	876,7	934,9	1 028,2	1 104,3	1 209,9	1 264,7	1 334,6	1 378,8	1 421,9	1 472,2
davon Bundessektor	414,2	441,3	494,4	524,8	584,8	599,0	633,6	656,0	658,2	664,4

Quelle: ÖSTAT (bis 1996); BMF

¹⁸⁾ Bis 1987 werden die Einnahmen um die Leistungen des Bundes an die Länder für Zwecke der Wohnbauförderung vermindert dargestellt. Ab 1988 werden diese Leistungen als zweckgebundene Zuschüsse (Kapitaltransfers) veranschlagt.

¹⁹⁾ Einschließlich Pensionsbeiträge der Beamten der Hoheitsverwaltung und der Betriebe.

Öffentliches Sparen — Vermögensveränderungskonto

309

Die laufenden Einnahmen des Bundessektors werden folgendermaßen verwendet: Mit jeweils etwas mehr als einem Viertel für Konsumausgaben und Transfers an öffentliche Rechtsträger, der Rest für Zinsen und im Wege der Neuverteilung für Transfers an private Haushalte und die Wirtschaft (einschließlich Investitionsförderung).

Abschließend kann gesagt werden, daß die Kosten der öffentlichen Verwaltung im Vergleich zu anderen Ländern nicht als außerordentlich hoch zu bezeichnen sind. Die hohe Steuerbelastung des österreichischen Inlandsproduktes erklärt sich vor allem daraus, daß die Transferzahlungen („Umverteilung“) eine besonders große Rolle spielen.

Öffentliches Sparen und Öffentliche Vermögensrechnung

Zur Gewinnung eines Überblickes über die Vermögensveränderungen der öffentlichen Rechtsträger werden die entsprechenden Gebarungen in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auf einem Vermögensveränderungskonto zusammengefaßt. Der Vermögensgebarung werden alle Ausgaben und Einnahmen zugerechnet, die die Zusammensetzung oder direkt die Höhe des öffentlichen Vermögens beeinflussen: Im wesentlichen handelt es sich um Vermögensumschichtungen innerhalb eines öffentlichen Rechtsträgers oder um Vermögensübertragungen zwischen öffentlichen Rechtsträgern bzw. zwischen dem Staat und privaten Sektor.

In der Übersicht 8 wird der Saldo aus den laufenden Einnahmen der öffentlichen Haushalte bzw. des Bundessektors abzüglich deren laufenden Ausgaben (Konsumausgaben und laufende Transferzahlungen) als „Öffentliches Sparen“ ausgewiesen. Durch dieses Nichtverbrauchen von laufenden Einnahmen für laufende Ausgaben tritt ein Vermögenszuwachs bei der öffentlichen Hand ein. Nähere Einzelheiten über die Zusammensetzung der gesamten Vermögensausgaben und -einnahmen enthält die nachstehende Übersicht 8:

Vermögensveränderungskonto der öffentlichen Haushalte

Übersicht 8

	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
	Milliarden Schilling									
Sparen.....	18,6	32,3	23,3	43,5	2,5	-14,1	-27,1	-4,8	20,5	14,5
davon Bundessektor	-9,7	-3,9	-19,6	-4,4	-45,2	-52,9	-53,0	-47,4	-19,2	-18,3
Abschreibungen.....	12,2	12,8	13,5	13,8	14,5	15,1	15,7	16,2	16,8	17,3
davon Bundessektor	2,8	2,9	3,1	3,1	3,3	3,4	3,6	3,7	3,8	3,9
Kapitaltransfer, netto vom Inland.....	-23,0	-26,9	-26,3	-26,9	-34,6	-32,4	-41,1	-37,2	-33,4	-33,2
davon Bundessektor	-13,3	-14,7	-12,0	-11,8	-12,8	-11,5	-17,6	-15,5	-11,5	-12,0
Kapitaltransfer, netto von Trägern öffentlichen Rechts.....	1,7	0,9	0,6	-1,5	-1,9	-3,5	-1,9	-2,1	-2,1	-2,1
Bundessektor ¹⁸⁾	-21,8	-23,3	-26,3	-28,3	-29,8	-30,6	-32,8	-33,7	-34,2	-34,6
Kapitaltransfer, netto vom Ausland	-0,1	-0,1	-0,3	-0,2	-0,4	-0,5	-0,7	-0,9	-0,9	-0,9
davon Bundessektor	-0,1	-0,1	-0,2	-0,2	-0,4	-0,5	-0,8	-0,9	-0,9	-0,9
Finanzierung der Bruttovermögensbildung.....	9,4	19,0	10,8	28,7	-19,9	-35,4	-55,2	-28,7	1,0	-4,3
davon Bundessektor	-42,0	-39,1	-55,1	-41,6	-84,9	-92,0	-100,5	-93,8	-62,0	-61,9
Brutto-Anlageinvestitionen ...	55,2	57,3	63,0	67,7	67,5	70,4	68,1	66,9	69,0	67,0
davon Bundessektor	15,0	16,4	16,7	15,8	15,7	15,7	14,6	13,9	12,0	12,0
Erwerb von Liegenschaften, netto	0,6	0,7	0,5	0,0	1,2	2,5	-4,0	0,1	1,0	1,0
davon Bundessektor	0,4	-0,4	0,1	-0,7	0,0	0,6	0,1	-0,6	-0,5	-0,6
Netto Kreditgewährung/ Verschuldung (= öffentliches Defizit).....	-46,4	-38,9	-52,8	-39,1	-88,6	-108,3	-119,2	-95,7	-69,0	-72,3
davon Bundessektor	-57,4	-55,1	-71,9	-56,7	-100,7	-108,3	-115,3	-107,1	-73,5	-73,4
Bruttoinlandsprodukt.....	1 672,9	1 801,3	1 926,5	2 047,2	2 124,1	2 262,9	2 352,4	2 416,0	2 486,8	2 580,8
Gesamtes Öffentliches Defizit, in % des BIP	2,8	2,2	2,7	1,9	4,2	4,8	5,1	4,0	2,8	2,8

Quelle: ÖSTAT (bis 1996); BMF

310

Brutto-Anlageinvestitionen — Öffentliches Sparen**Brutto-Anlageinvestitionen**

Die Brutto-Anlageinvestitionen stellen nicht nur einen bedeutenden Faktor auf der Ausgabenseite der Öffentlichen Vermögensrechnung, sondern auch den wesentlichsten Teil der Brutto-Vermögensbildung der Volkswirtschaft dar. Ihre Höhe beträgt:

Übersicht 9

	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
	Milliarden Schilling									
Brutto-Anlageinvestitionen des Staates	55,2	57,3	63,0	67,3	66,9	70,1	72,2	74,0	75,0	77,0
privaten Sektors	350,5	385,1	425,3	445,8	448,2	491,9	509,7	523,2	542,7	574,0
Zusammen ...	405,7	442,4	488,4	513,1	515,1	560,9	581,9	597,2	617,7	651,0
Davon Bundessektor	15,0	16,4	16,7	15,8	15,7	15,7	14,6	14,0	13,0	13,0

Quelle: ÖSTAT (bis 1994, Stand: Oktober 1995); BMF; WIFO (März-Prognose 1997)

Öffentliches Sparen

Finanziert werden die Brutto-Anlageinvestitionen aus dem im vorhergehenden Absatz erwähnten „Öffentlichen Sparen“, dem analogen „Privaten Sparen“, aus den unverteilteten Gewinnen der Kapitalgesellschaften (Selbstfinanzierung), aus Abschreibungen und aus Netto-Vermögensübertragungen aus dem Ausland.

Die öffentlichen und gesamtwirtschaftlichen Ersparnisse betragen:

Übersicht 10

	1987		1988		1989		1990	
	Mrd. S	%	Mrd. S	%	Mrd. S	%	Mrd. S	%
Öffentliches Sparen	3,5	2,1	19,2	10,1	19,9	9,2	33,5	13,1
Sparen der privaten Haushalte	118,6	70,0	115,6	60,0	136,9	62,6	158,3	62,1
Unverteilte Gewinne der Kapitalgesellschaften (Nach Steuer = Selbstfinanzierung)	47,3	28,0	56,4	29,9	59,6	28,2	63,1	24,8
Zusammen ...	169,3	100,0	190,6	100,0	216,4	100,0	254,9	100,0
Hievon Bundessektor	-37,3		-14,5		-10,0		-3,9	

	1991		1992		1993		1994	
	Mrd. S	%	Mrd. S	%	Mrd. S	%	Mrd. S	%
Öffentliches Sparen	26,3	9,9	38,6	14,6	-3,3	-1,3	-11,3	-4,0
Sparen der privaten Haushalte	174,4	65,8	163,4	61,7	164,7	66,8	196,1	68,9
Unverteilte Gewinne der Kapitalgesellschaften (Nach Steuer = Selbstfinanzierung)	64,3	24,3	62,9	23,7	85,2	34,5	99,9	35,1
Zusammen ...	265,0	100,0	264,9	100,0	246,6	100,0	284,7	100,0
Hievon Bundessektor	-19,6		-4,4		-44,9		-46,5	

Quelle: ÖSTAT (Stand: Oktober 1995)

Öffentliche Verschuldung

311

Öffentliche Verschuldung ²⁰⁾

Im Zusammenhang mit der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion werden für die Beurteilung der finanziellen Lage der öffentlichen Haushalte zwei Kennzahlen berechnet:

- a) öffentliches Defizit, in % des BIP,
b) öffentliche Verschuldung, in % des BIP.

Der 1. Indikator ist in Übersicht 8 enthalten, der 2. Indikator ist in Übersicht 11 abgeleitet.

Übersicht 11

	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
	Milliarden Schilling									
Bund										
Finanzschulden lt. Bundesrechnungsabschluß	796,2	853,6	932,0	988,0	1 104,6	1 218,1	1 333,7	1 416,0		
minus Darlehen öffentlicher Rechtsträger	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-1,2	-0,1	-0,0		
plus Silbermünzen (OeNB)	—	—	—	+1,3	+1,4	+1,5	+1,4	+1,9		
minus eigene Bundestitel ²⁴⁾	—	—	-1,1	-1,1	-1,5	-2,8	- 8,0	-23,4		
Verschuldung lt. Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen	796,0	853,5	930,8	988,2	1 104,4	1 215,6	1 327,1	1 394,5	1 447,5	
ASFINAG ²¹⁾	58,8	64,1	68,9	72,5	78,2	79,6	83,1	80,2	0,0	
Bundesfonds ²²⁾	13,3	13,1	13,7	17,1	23,5	23,7	24,6	22,6	20,0	
Länder ohne Wien	41,8	41,3	40,5	41,3	45,4	49,6	62,7	62,8	.	
Gemeinden ohne Wien	44,9	44,2	45,2	47,7	53,2	58,7	68,9	74,0	.	
Wien	27,5	28,1	27,4	24,5	26,9	37,0	50,6	49,5	.	
Öffentliche Verschuldung, insgesamt	982,3	1 044,3	1 126,6	1 191,3	1 331,8	1 464,2	1 617,0	1 683,5	1 660,0	
Bruttoinlandsprodukt	1 672,9	1 801,3	1 926,5	2 047,2	2 124,1	2 262,9	2 352,4	2 416,0	2 486,8	
Öffentliche Verschuldung, in % des Bruttoinlandsproduktes	58,7	58,0	58,5	58,2	62,7	64,7	68,7	69,7	66,8	

Quelle: ÖSTAT (bis 1996); BMF

²⁰⁾ Nach den Konzepten der VGR, ohne Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Rechtsträgern.

²¹⁾ Einschließlich Verschuldung der Straßenbausondergesellschaften.

²²⁾ Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds, Bundeswohnbaufonds, Insolvenz-Ausfallgeldfonds, Arbeitsmarktservice.

²⁴⁾ Einschließlich Bundesanleihen in Besitz von Bundesfonds.

III. Bundesgebarung der Vor- und Nachjahre

Gebarung 1945 bis 1996

Für die Jahre 1945 bis 1995 liegen die Ergebnisse des Rechnungsabschlusses vor, für das Jahr 1996 der Gebarungserfolg (Stand 8. Juli 1997) während den Ausführungen über das Jahr 1997 die Daten des Bundesvoranschlags zugrunde gelegt sind.

Zu den Gebarungen der einzelnen Verwaltungsjahre ist zusammenfassend zu bemerken:

1945—1952

Im Jahre 1945 war ein Voranschlag nicht aufgestellt worden. Der Rechnungsabschluß für das Rechnungsjahr 1945 umfaßt nur die Gebarung ab Beginn der österreichischen Kassentätigkeit im April/Mai 1945, somit nur rund acht Monate. Für das Jahr 1946 stand als Grundlage für die Haushaltsverwaltung des Bundes erstmalig seit dem Jahr 1938 wieder ein Bundesvoranschlag zur Verfügung.

Die Ausweitung des Rahmens der Bundeshaushalte in den folgenden Jahren bis zur Stabilisierung der Währung und des Bundeshaushaltes in den Jahren 1952/53 hat im wesentlichen seine Ursache in den Auswirkungen der in diesem Zeitraum durchgeführten fünf allgemeinen Preis- und Lohn-Übereinkommen, die eine Senkung der inländischen Kaufkraft der österreichischen Schillingwährung zur Folge hatten. Nähere Einzelheiten darüber können in den Erläuterungen zu den Bundesfinanzgesetzen der Vorjahre (letztmalig in den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1954 auf Seite 5 bis 11) nachgelesen werden.

1953—1957

In den Jahren 1953 bis 1957 ist die weitere Erhöhung des Budgetvolumens bedingt durch Mehraufwendungen aus zwischenstaatlichen Verträgen und gesetzlichen Maßnahmen (Wiederaufnahme des Vorkriegsschuldendienstes, Durchführung des Staatsvertrages und Aufbau der Landesverteidigung, Valorisierung der Bezüge der Bundesbediensteten, Ausweitung des Familienlastenausgleiches und der Sozialversicherung), durch die Erhöhung des Kulturbudgets und durch finanzpolitische Maßnahmen zur Konjunkturbeeinflussung. Trotz dieser Budgetausweitung schloß die Bundesrechnung in den Jahren 1953 und 1954 in der Gesamtgebarung, in den Jahren 1955 bis 1957 in der ordentlichen Gebarung mit einem Überschuß ab.

Diese günstige Entwicklung begann im Jahre 1953 nach der durchgeführten Budgetsanierung und Währungsstabilisierung. Die Zunahme der Haushaltseinnahmen und die damit Hand in Hand erfolgte Ausweitung des Budgetvolumens hielt sich im Rahmen der Steigerung des Brutto-Nationalproduktes.

Einzelheiten über die Gebarungsentwicklung 1953 bis 1957 können den Erläuterungen zu den Bundesfinanzgesetzen der Vorjahre entnommen werden. Zusammenfassende Berichte enthalten die Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1957 auf Seite 8 bis 11 (Gebarung 1953 bis Voranschlag 1956) und die Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1959 auf Seite 17 bis 20 (Erfolg 1956 und Gebarung 1957).

1958—1966

In diesem Zeitraum stehen in der österreichischen Budgetpolitik die konjunktur- und währungspolitischen Überlegungen im Vordergrund.

In der ersten Phase mußten zur Abwehr des Übergreifens der 1958 eingetretenen internationalen Konjunkturabschwächung auf Österreich wirtschaftsbelebende Maßnahmen getroffen werden. Im wesentlichen waren es höhere Investitionsmittel, die im Wege von Kreditoperationen beschafft worden waren.

Mit der zweiten Phase setzten Bemühungen ein, eine Entspannung der nach der Konjunkturabschwächung eingetretenen überhitzten konjunkturellen Lage herbeizuführen. Die bei der Budgeterstellung 1962 angestrebte Währungsneutralität des Budgets wurde erreicht.

Mit dem Bundesvoranschlag 1963 begann eine dritte Phase, in der im Interesse einer Steigerung des Volkseinkommens und zur Aufrechterhaltung eines hohen Beschäftigtenstandes Investitionen begünstigt wurden. Die Schwierigkeiten einer verlässlichen Konjunkturprognose und die praktisch sehr begrenzten Möglichkeiten zur Anpassung der Staatsausgaben an die Konjunktur waren in dieser Phase ausschlaggebend dafür, daß die Bundeshaushalte konjunkturpolitisch bereits bei der Erstellung nicht überfordert wurden. Das durch das Budget bewirkte inlandswirksame Defizit konnte von 2,6 Milliarden Schilling im Jahre 1963 auf 0,5 Milliarden Schilling im Jahre 1965 und 0,9 Milliarden Schilling im Jahre 1966 verringert werden.

Bundesgebarung 1967 bis 1972

313

Einzelheiten über die Gebarungsentwicklung 1958 bis 1966 können den Erläuterungen in den Amtsbehalten zum Bundesfinanzgesetz wie folgt entnommen werden:

Erläuterungen in den Amtsbehalten		Einzelheiten über
für das Jahr	Seite	
1959	20—22	Voranschlag 1958/59
1961	21—23	Erfolg 1958/59
1962	23—25	Voranschlag 1960
1963	22—24	Erfolg 1960
1964	22—24	Voranschlag 1961
1965	23—26	Erfolg 1961
1966	26—29	Voranschlag 1962
1967	32—35	Erfolg 1962
1968	36—39	Voranschlag 1963
		Erfolg 1963
		Voranschlag 1964
		Erfolg 1964
		Voranschlag 1965
		Erfolg 1965
		Voranschlag 1966
		Erfolg 1966

1967—1972

Der im Jahre 1967 in den meisten westlichen Industriestaaten eingetretene Konjunkturrückgang hat sich in Österreich noch 1968 ausgewirkt und beeinflusste auch das Staatsbudget. In den nachfolgenden konjunkturell überaus günstigen Jahren wurde von den Bundesfinanzen her ein wesentlicher Beitrag zur Stabilisierungspolitik geleistet und durch Ausgabenbindungen, Stilllegung von Mehreinnahmen, Rücklagenzuführungen und vorzeitige Finanzschuldenrückzahlungen der Konjunkturüberhitzung entgegengewirkt. Die Wirksamkeit dieser Maßnahmen zeigt die Tatsache, daß in diesem Zeitraum die Bruttoausgaben des Bundes um rund 48 vH, das Bruttonationalprodukt jedoch um 57 vH gestiegen ist.

Das Nettodefizit der Bundesgebarung (das ist Bruttodefizit abzüglich Finanzschuldenrückzahlungen) betrug 1968 5,5 Milliarden Schilling und verminderte sich in den Jahren 1969 bis 1972 von 2,2 auf 1,5 Milliarden Schilling. Das inlandswirksame Defizit der Bundesgebarung (das ist der Ausgabenanteil, der die Nachfrage im Inland entscheidend beeinflusst) sank bereits 1969 auf 0,8 Milliarden Schilling (0,2 vH des Bruttonationalproduktes) und verwandelte sich in den Jahren 1971/1972 in einen inlandswirksamen Überschuß von rund 2 Milliarden Schilling (0,4 vH des Bruttonationalproduktes). Die Ausgaben des Bundes für Investitionszwecke erhöhten sich in der Zeit von 1968 bis 1972 von 16,2 auf 25,5 Milliarden Schilling und betrug jeweils ein Vielfaches des Gebarungsdefizites. Weiters erhöhten sich in den Jahren 1968 bis 1972 insbesondere auch die Ausgaben für Sozialleistungen sowie für Unterricht, Wissenschaft und Forschung.

Einzelheiten über die Gebarungsentwicklung 1967 bis 1972 können den Erläuterungen in den Amtsbehalten zum Bundesfinanzgesetz wie folgt entnommen werden:

Erläuterungen in den Amtsbehalten		Einzelheiten über
für das Jahr	Seite	
1968	36—39	Voranschlag 1967
1969	38—41	Erfolg 1967
1970	279—283	Voranschlag 1968
1971	268—271	Erfolg 1968
1972	285—288	Voranschlag 1969
1973	287—290	Erfolg 1969
1974	295—300	Voranschlag 1970
		Erfolg 1970
		Voranschlag 1971
		Erfolg 1971
		Voranschlag 1972
		Erfolg 1972

1973—1996

Das **Haushaltsjahr 1973** war wesentlich durch tiefgreifende Reformen und einschneidende Veränderungen (EWG-Beitritt, Einführung der Mehrwertsteuer, Systemänderung bei der Einkommensteuer, neuer Finanzausgleich) beeinflusst. Das Budget 1973 wurde daher unter dem Gesichtspunkt einer flexiblen Budgetpolitik gestaltet. Das inlandswirksame Defizit verminderte sich von 5 auf 3 Milliarden Schilling. Die Finanzschulden erhöhten sich, wenn man von der zweckgebundenen Bereitstellung von Mitteln für die Sonderfinanzierung Vorratsentlastung (im Zuge der Einführung der Mehrwertsteuer) und Entwicklungshilfe absieht, nur um 1,9 Milliarden Schilling. Auslandsanleihen wurden im Jahre 1973 keine aufgenommen.

Für die kassamäßige Finanzierung des nominellen Bruttodefizites im Jahre 1973 von 12,8 Milliarden Schilling wurden im wesentlichen Erlöse aus Kreditoperationen herangezogen. Das Nettodefizit belief sich auf 7,1 Milliarden Schilling. Die Ausgaben für Investitionszwecke betragen rund 27,7 Milliarden Schilling.

Bei der Erstellung des Budgetkonzepts für das **Jahr 1974** war einerseits bei anhaltender Hochkonjunktur dem eingeschlagenen stabilitätspolitischen Kurs Rechnung zu tragen, andererseits sollten im Falle von Abschwächungstendenzen zusätzliche Ausgabenpläne rasch realisiert werden können.

Das nominelle Bruttodefizit betrug im Voranschlag 1974 10,9 Milliarden Schilling. Es erhöhte sich durch die Ermächtigungen im BFG 1974 (Darlehen für Entwicklungszwecke und Freigabe aus der Stabilisierungsquote) sowie durch sozialpolitische und konjunkturpolitische Maßnahmen auf 18,5 Milliarden Schilling. Unter Berücksichtigung der Finanzschuldenrückzahlungen betrug das Nettodefizit 11,6 Milliarden Schilling. Das inlandswirksame Defizit lag bei 5,8 Milliarden Schilling. Für Investitionszwecke sind 32,8 Milliarden Schilling zur Verfügung gestellt worden.

Die österreichische Bundesregierung hat im Sinne ihrer wirtschaftspolitischen Zielsetzung auch im **Jahre 1975** Budgetmittel im Rahmen einer gezielten und zweckmäßigen Konjunkturpolitik herangezogen. Durch rechtzeitig erstellte und durchgeführte Konjunkturprogramme konnten die Auswirkungen der weltweiten Rezession auf Österreich abgeschwächt werden.

Die konzentrierten Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung und die konjunkturbedingten Ausfälle bei den Steuer- und Betriebseinnahmen führten im Jahre 1975 zu einer Erhöhung des Budgetabganges auf etwas mehr als 37 Milliarden Schilling.

Das nominelle Bruttodefizit betrug im Voranschlag 1975 16,3 Milliarden Schilling. Es erhöhte sich durch die Ermächtigungen im BFG 1975 zur Freigabe aus dem Konjunkturausgleich-Voranschlag. Die weltweiten Rezessionserscheinungen im Jahre 1975 bedingten auch in Österreich eine Konjunkturlage, die die bereits erwähnten Mindereinnahmen und Mehrausgaben zur Folge hatte, sodaß sich das Bruttodefizit des Bundes auf 37,2 Milliarden Schilling erhöhte. Unter Berücksichtigung der Finanzschuldenrückzahlungen betrug das Nettodefizit 29,7 Milliarden Schilling. Das inlandswirksame Defizit betrug rund 26,1 Milliarden Schilling.

Bei der Budgeterstellung für das **Jahr 1976** war die österreichische Bundesregierung davon ausgegangen, daß die österreichische Wirtschaft im Laufe des Jahres 1976 von der internationalen Entwicklung keinen besonderen konjunkturstützenden Einfluß erwarten kann und daher zur Sicherung der Arbeitsplätze in erster Linie inländische nachfragebelebende Maßnahmen vorgesehen werden müssen, um einen nachhaltigen Aufschwung für die Zukunft herbeizuführen.

Zu Beginn des Jahres 1976 wurden daher 3 Milliarden Schilling aus der Stabilisierungsquote des Konjunkturausgleichsvoranschlages freigegeben, mit welchem konjunkturpolitisch wichtige zusätzliche Aufträge an die österreichische Wirtschaft vergeben wurden. Zur Belebung der allgemeinen Investitionstätigkeit wurden die im Jahre 1976 vorgenommenen Investitionen von der (4%igen) Investitionssteuer befreit. Auch die Wiedereinsetzung der vorzeitigen Abschreibung in der Höhe von 50 vH für private Bauinvestitionen im Jahre 1976 diente der Kompensation des privaten Nachfrageausfalls, der durch den öffentlichen Sektor nicht zur Gänze wettgemacht werden konnte.

Weitere Maßnahmen wurden gesetzt durch die Anhebung der Bundesmineralölsteuer ab März 1976 und durch die Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer ab 1. Oktober 1976.

Diese budgetären bzw. steuerlichen Maßnahmen wurden durch Verbesserung der Fremdfinanzierungsmöglichkeiten im Rahmen des ERP-Fonds und der Investitionskredit AG sowie durch eine Verbesserung der Exportförderung abgestützt.

Diese Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung und die konjunkturbedingten Ausfälle bei den Steuer- und Betriebseinnahmen führten im Jahre 1976 zu einer Erhöhung des Budgetabganges von 36 auf 44 Milliarden Schilling. Der Erfolg dieser konsequenten Haushaltspolitik des Jahres

Bundesgebarung 1973 bis 1996

315

1976 ist ersichtlich aus einer realen Wachstumsrate der österreichischen Wirtschaft von 5,2 vH, die bei der Budgeterstellung für das Jahr 1976 noch mit etwa 1,5 bis 2 vH prognostiziert worden war.

Die saisonbereinigte Arbeitslosenrate, die im Jahresdurchschnitt 1976 nur 2,0 vH betrug, sank bis zum Jahresende auf 1,7 vH. Mit dieser Arbeitslosenrate war die Vollbeschäftigung praktisch gegeben.

Mit einer durchschnittlichen Preissteigerung von 7,3 vH, der eine Steigerungsrate im OECD-Bereich (insgesamt) von 8,6 vH und im OECD-Bereich (Europa) von 10,8 vH gegenüberstand, nahm Österreich auch in diesem Bereich im Jahre 1976 eine günstige Position ein.

Das Bruttodefizit betrug 1976 44 Milliarden Schilling. Bringt man von dem für die Finanzierung dieses Defizites aufgenommenen Finanzschuldenbetrag die 1976 erfolgten Finanzschuldenänderungen (insbesondere Tilgungen) in Abzug, verbleibt ein Nettowachstums der Finanzschuld von 33,4 Milliarden Schilling. Dem stehen Ausgaben für den Erwerb von Kapitalbeteiligungen (insbesondere verstaatlichte Banken und internationale Finanzinstitutionen) von 2 Milliarden Schilling, für Bruttoinvestitionen des Bundes (einschließlich Liegenschaftserwerb und Investitionen der Bundesbetriebe) von 21 Milliarden Schilling und für Investitionen im Bereich der österreichischen Volkswirtschaft (Investitionsförderung) von 13 Milliarden Schilling gegenüber.

Die Zielsetzungen bei der Budgeterstellung für das Jahr 1977, das rezessionsbedingte hohe Ausmaß der Kreditfinanzierung des Bundeshaushaltes in den letzten Jahren zukünftig zu vermindern, kann für 1977 als gelungen angesehen werden. Gegenüber den Annahmen bei der Vorschlagserstellung für das Jahr 1977 verminderten sich nach den ermittelten vorläufigen Erfolgsdaten das Bruttodefizit von 43,6 auf 41,9 Milliarden Schilling, das Nettodefizit von 31,4 auf 29,9 Milliarden Schilling und das inlandwirksame Defizit von 27,7 auf 23,1 Milliarden Schilling. Im Jahre 1976 betragen diese Daten noch 44,0, 33,3 und 26,5 Milliarden Schilling, lagen also durchwegs höher als 1977.

Als Gegenmaßnahme zu einer Verschlechterung der außenwirtschaftlichen Situation hat die Bundesregierung im Herbst 1977 ein Maßnahmenpaket beschlossen, das in das Bundesbudget 1978 Eingang gefunden hat. Im Jänner des laufenden Jahres wurde es durch ein arbeitsplatzorientiertes Strukturprogramm ergänzt. Außerdem unterstützt diese Maßnahmen die einkommenspolitische Zurückhaltung der Sozialpartner. Auf Grund der getroffenen Maßnahmen soll das Wachstum des privaten Konsums etwas eingeschränkt, die Investitionstätigkeit hingegen gefördert werden.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Bruttoausgaben von 236,7 Milliarden Schilling Einnahmen von 194,8 Milliarden Schilling gegenüber, so daß das Bruttodefizit 41,9 Milliarden Schilling beträgt. Bringt man von dem für die Finanzierung dieses Defizites aufgenommenen Finanzschuldenbetrag die 1977 erfolgten Finanzschuldenänderungen (insbesondere Tilgungen und Kurskorrekturen) in Abzug, verbleibt ein Nettowachstums der Finanzschuld von 30,8 Milliarden Schilling. Diesem Schuldzuwachs stehen Ausgaben für den Erwerb von Kapitalbeteiligungen (insbesondere auch internationale Finanzinstitutionen) von 1,4 Milliarden Schilling, Bruttoinvestitionen des Bundes (einschließlich Liegenschaftserwerb und Investitionen der Bundesbetriebe) von 21,4 Milliarden Schilling und Ausgaben für Investitionen im Bereich der österreichischen Volkswirtschaft (Investitionsförderung) von 15,3 Milliarden Schilling gegenüber.

Bei der Erstellung des österreichischen **Bundesbudgets 1978** wurde mit einer realen Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes von 1,5 vH und einer nominellen Wachstumsrate von 7 vH gerechnet. Mit 6,4 vH lag das tatsächliche nominelle Wachstum etwas unter diesem Wert.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Bruttoausgaben von 266,1 Milliarden Schilling Einnahmen von 214,9 Milliarden Schilling gegenüber, so daß das Bruttodefizit 51,2 Milliarden Schilling beträgt. Bringt man von dem für die Finanzierung dieses Defizites aufgenommenen Finanzschuldenbetrag die 1978 erfolgten Finanzschuldenänderungen (insbesondere Tilgungen und Kurskorrekturen) in Abzug, verbleibt ein Nettowachstums der Finanzschuld von 35,4 Milliarden Schilling. Diesem Schuldzuwachs stehen Ausgaben für den Erwerb von Kapitalbeteiligungen (insbesondere auch internationale Finanzinstitutionen) von 1,2 Milliarden Schilling, Bruttoinvestitionen des Bundes (einschließlich Liegenschaftserwerb und Investitionen der Bundesbetriebe) von 24,5 Milliarden Schilling und Ausgaben für Investitionen im Bereich der österreichischen Volkswirtschaft (Investitionsförderung) von 17,2 Milliarden Schilling gegenüber.

Die Bedeckung des Gebarungsabganges konnte im Rahmen der Ermächtigungen des Bundesfinanzgesetzes (einschließlich Novelle) gefunden werden. Durch die Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1978 war eine Freigabe aus dem Konjunkturausgleichsbudget nicht erforderlich. Die nominelle Wachstumsrate für 1978 betrug 6,4 vH. Demgegenüber erhöhten sich die Bundesausgaben von 1977 auf 1978 aufgrund der aufgezeigten wirtschaftlichen Notwendigkeiten etwas mehr, und zwar

um rund 12,5 vH, und die Einnahmen um 10,3 vH. Nach Ausscheiden der oben genannten saldoneutralen Gebarungen nur um 10,6 vH bzw. 7,8 vH.

Bei der Erstellung des österreichischen **Bundesbudgets 1979** wurde mit einer realen Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes von 3 vH und einer nominellen Wachstumsrate von 6,5 vH gerechnet. Mit 8,5 vH lag das tatsächliche nominelle Wachstum deutlich über diesem Wert, das tatsächliche reale Wachstum betrug 5 vH.

Die wirtschaftspolitischen Ergebnisse des Jahres 1979 finden in der Budgetentwicklung nicht ihren vollen Niederschlag, da sich etwa die Exportsteigerungen erst mit Verzögerung auf das Steueraufkommen auswirken. Nachteilig auf den Budgetvollzug hat sich auch ausgewirkt, daß bei der Einkommensteuer die zur Veranlagung gekommenen Jahre geringere Gewinne als angenommen erbrachten. Ferner ergaben sich aus der zur Erhaltung des guten Investitionsklimas im Feber 1979 beschlossenen Sistierung der Selbstverbrauchsteuer Mindereinnahmen im Bereich der Umsatzsteuer.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Ausgaben von 288,1 Milliarden Schilling Einnahmen von 237,6 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Brutto-Abgang 50,5 Milliarden Schilling beträgt. Nach Abzug der Tilgungszahlungen für die Finanzschuld von 18,0 Milliarden Schilling verbleibt ein Netto-Abgang von 32,5 Milliarden Schilling. Dieser Netto-Abgang beträgt 3,55 vH des Bruttoinlandsproduktes und bedeutet eine Verringerung gegenüber 1978 um rund 0,6 Prozentpunkte.

Bei der Erstellung des österreichischen **Bundesbudgets 1980** wurde von einer realen Wachstumsrate von 3 vH und einem nominellem Wachstum von 7 vH ausgegangen. Mit voraussichtlich 9 vH lag die tatsächliche nominelle Zuwachsrate deutlich über diesem Wert, aber auch das tatsächliche reale Wachstum übertraf den Ausgangswert um einen halben Prozentpunkt.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Ausgaben von 306,5 Milliarden Schilling Einnahmen von 259,0 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Brutto-Abgang 47,5 Milliarden Schilling beträgt. Nach Abzug der Tilgungszahlungen für die Finanzschuld von 18,2 Milliarden Schilling verbleibt ein Netto-Abgang von 29,3 Milliarden Schilling. Dieser Netto-Abgang beträgt 2,94 vH des Brutto-Inlandsproduktes und bedeutet eine Verringerung gegenüber 1979 um rund 0,6 Prozentpunkte. Der inlands-wirksame Ausgabenüberschuß beträgt rund 23,8 Milliarden Schilling. Dies bedeutet eine Verringerung gegenüber dem BVA 1980 um rund 2,0 Milliarden Schilling und gegenüber dem Erfolg des Jahres 1979 um rund 2,6 Milliarden Schilling.

Der Bundesvoranschlag 1980 sah bei Gesamtausgaben von 302,2 Milliarden Schilling und Gesamteinnahmen von 253,2 Milliarden Schilling einen Brutto-Abgang von 49,0 Milliarden Schilling und einen Netto-Abgang von 30,7 Milliarden Schilling vor. Durch die teilweise Ausnützung der Ermächtigung gemäß Artikel VIII a BFG 1980 in Höhe von 500 Millionen Schilling hätte sich der Brutto- und Netto-Abgang jeweils um diesen Betrag erhöht. Gegenüber dieser Annahme verringerte sich in der Jahresrechnung der Brutto-Abgang jedoch um 2 Milliarden Schilling und der Netto-Abgang um 1,9 Milliarden Schilling. Die Verringerung des Abganges beruht hauptsächlich darauf, daß die Mehreinnahmen gegenüber dem Voranschlag mit 5,8 Milliarden Schilling höher ausfielen, während an Mehrausgaben nur 4,3 Milliarden Schilling erforderlich waren.

Bei der Erstellung des österreichischen **Bundesbudgets 1981** wurde von einer realen Wachstumsrate von rund 1 vH und einem nominellen Wachstum von 7 vH ausgegangen. Mit voraussichtlich 5 vH lag die tatsächliche nominelle Zuwachsrate deutlich unter diesem Wert, real dürfte eine Stagnation eingetreten sein.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Ausgaben von 339,5 Milliarden Schilling Einnahmen von 287,8 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Brutto-Abgang 51,7 Milliarden Schilling beträgt. Nach Abzug der Tilgungszahlungen für die Finanzschuld von 24,2 Milliarden Schilling verbleibt ein Netto-Abgang von 27,5 Milliarden Schilling. Dieser Netto-Abgang beträgt 2,63 vH des Brutto-Inlandsproduktes und bedeutet eine Verringerung gegenüber 1980 um rund 0,3 Prozentpunkte. Der inlands-wirksame Ausgabenüberschuß beträgt rund 22 Milliarden Schilling. Dies bedeutet eine Erhöhung gegenüber dem BVA 1981 um rund 1 Milliarde Schilling.

Der Bundesvoranschlag 1981 sah bei Gesamtausgaben von 335,1 Milliarden Schilling und Gesamteinnahmen von 285,3 Milliarden Schilling einen Brutto-Abgang von 49,8 Milliarden Schilling und einen Netto-Abgang von 25 Milliarden Schilling vor. Durch die teilweise Ausnützung der Ermächtigung gemäß Art. VIII a BFG 1981 in Höhe von 1,5 Milliarden Schilling sowie der in der 2. Bundesfinanzgesetznovelle 1981 erteilten Ermächtigung Mehrausgaben und Mindereinnahmen bis zu einem Betrag von insgesamt 2,5 Milliarden Schilling durch Einnahmen aus Kreditoperationen zu bedecken, hätte sich der Brutto- und Netto-Abgang jeweils um 4 Milliarden Schilling erhöht. Gegenüber dieser Annahme verringerte sich in der Jahresrechnung der Brutto-Abgang jedoch um 2,1 Milliarden Schilling und der Netto-Abgang um 1,5 Milliarden Schilling.

Bundesgebarung 1973 bis 1996

317

Bei der Erstellung des österreichischen **Bundesvoranschlags 1982** wurde von einer realen Wachstumsrate des Brutto-Inlandsproduktes von 2 vH und einem nominellen Zuwachs von 7,5 vH ausgegangen. Mit voraussichtlich 8 vH liegt das tatsächliche nominelle Wachstum geringfügig über diesem Wert, real betrug der Zuwachs 1,1 vH.

In der Jahresabrechnung des Bundes stehen Ausgaben von 372,8 Milliarden Schilling Einnahmen von 300,9 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Brutto-Abgang 71,9 Milliarden Schilling beträgt. Nach Abzug der Tilgungszahlungen für die Finanzschuld von 25,2 Milliarden Schilling verbleibt ein Netto-Abgang von 46,7 Milliarden Schilling. Der Netto-Abgang beträgt 4,08 vH des Bruttoinlandsproduktes. Der inlandswirksame Ausgabenüberschuß beträgt rund 42,2 Milliarden Schilling.

Der Bundesvoranschlag 1982 sah bei Gesamtausgaben von 368,3 Milliarden Schilling und Gesamteinnahmen von 309,1 Milliarden Schilling einen Brutto-Abgang von 59,2 Milliarden Schilling und einen Netto-Abgang von 31,6 Milliarden Schilling vor. Durch die in der 2. Bundesfinanzgesetznovelle 1982 erteilten Ermächtigung, Mehrausgaben und Mindereinnahmen bis zu einem Betrag von insgesamt 14,5 Milliarden Schilling durch die Einnahmen aus Kreditoperationen zu bedecken, hätte sich der Brutto- und Netto-Abgang jeweils um diesen Betrag erhöht. Gegenüber dieser Annahme verringerte sich der Brutto-Abgang in der Jahresrechnung jedoch um 1 Milliarde Schilling, hingegen erhöhten sich der Netto-Abgang um 0,6 Milliarden Schilling. Die Erhöhung des Netto-Abganges beruht auf niedrigeren Finanzschuldtilgungen infolge von Konversion und Aussetzen der Notenbanktilgung aufgrund einer gesetzlichen Regelung.

Der Erstellung des österreichischen **Bundesvoranschlags 1983** wurde eine reale Wachstumsrate des Brutto-Inlandsproduktes von 2,0 vH zugrunde gelegt, als nomineller Wert wurde 7,0 vH angenommen. Das tatsächliche nominelle Wachstum lag nur bei 5,4 vH, das reale Wachstum bei 1,5 vH.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Ausgaben von 407,8 Milliarden Schilling Einnahmen von 316,7 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Brutto-Abgang 91,1 Milliarden Schilling beträgt. Nach Abzug der Tilgungszahlungen für die Finanzschuld von 25,5 Milliarden Schilling verbleibt ein Netto-Abgang von 65,6 Milliarden Schilling. Dieser Netto-Abgang beträgt rd. 5,5 vH des Bruttoinlandsproduktes und bedeutet eine Erhöhung gegenüber 1982 um rd. 1,5 Prozentpunkte. Der inlandswirksame Ausgabenüberschuß beträgt rd. 53,5 Milliarden Schilling.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1983 ergeben sich Mehrausgaben von 7,7 Milliarden Schilling und Mindereinnahmen von 9,1 Milliarden Schilling, sodaß sich der Brutto-Abgang um 16,8 Milliarden Schilling und der Netto-Abgang um 17,2 Milliarden Schilling erhöhte.

Vergleicht man das Jahresergebnis 1983 mit der Prognose zum Zeitpunkt der Erstellung der Bundesfinanzgesetznovelle unter Berücksichtigung der Freigabe der Stabilisierungsquote des Konjunkturausgleich-Voranschlags, ergeben sich Minderausgaben in Höhe von 8,3 Milliarden Schilling und Mindereinnahmen von 0,8 Milliarden Schilling. Der Brutto-Abgang hat sich dabei um 7,5 Milliarden Schilling und der Netto-Abgang um 7,2 Milliarden Schilling verbessert.

Bei der Erstellung des österreichischen **Bundesbudgets 1984** wurde von einer realen Wachstumsrate des Brutto-Inlandsproduktes, von 0,5 vH und einer nominellen Wachstumsrate von 5,5 vH ausgegangen. Das tatsächliche nominelle Wachstum lag mit rd. 6 vH über diesem Wert. Real ergab sich mit 2,2 vH ein wesentlich höherer Wert als bei der Erstellung des BVA 1984 angenommen wurde.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Ausgaben von 435,1 Milliarden Schilling Einnahmen von 344,9 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Brutto-Abgang 90,2 Milliarden Schilling beträgt. Nach Abzug der Tilgungszahlungen für die Finanzschuld von 32,8 Milliarden Schilling verbleibt ein Netto-Abgang von 57,4 Milliarden Schilling. Dieser Netto-Abgang beträgt rd. 4,5 vH des Bruttoinlandsproduktes und bedeutet eine Verringerung gegenüber 1983 um rd. 0,9 Prozentpunkte. Der inlandswirksame Ausgabenüberschuß beträgt rd. 40,2 Milliarden Schilling.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1984 ergeben sich Minderausgaben von 1,4 Milliarden Schilling und Mehreinnahmen von 3,1 Milliarden Schilling, sodaß sich der Brutto-Abgang um 4,5 Milliarden Schilling und der Netto-Abgang um 4,8 Milliarden Schilling verringerte.

Bei der Erstellung des österreichischen **Bundesbudgets 1985** wurde von einer realen Wachstumsrate des Brutto-Inlandsproduktes von 3 vH, einer nominellen Wachstumsrate von 7 vH und einer Arbeitslosenrate von 4,4 vH ausgegangen. Das tatsächliche nominelle Wachstum wird wegen des noch hinter den Erwartungen zurückgebliebenen Preisauftriebes mit voraussichtlich 6 vH unter diesem Wert liegen. Real dürfte sich keine Veränderung gegenüber dem bei der Erstellung des BVA 1985 angenommenen Wert ergeben. Dennoch lag die Arbeitslosenrate mit 4,8 vH höher als der ursprünglich prognostizierte Wert.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Ausgaben von 464,7 Milliarden Schilling Einnahmen von 372,9 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Brutto-Abgang 91,8 Milliarden Schilling beträgt. Nach Abzug der Tilgungszahlungen für die Finanzschuld von 31,7 Milliarden Schilling verbleibt ein Netto-Abgang von 60 Milliarden Schilling. Dieser Netto-Abgang beträgt rd. 4,39 vH des Brutto-Inlandsproduktes und bedeutet eine Verringerung gegenüber 1984 um rd. 0,06 Prozentpunkte. Der inlandswirksame Ausgabenüberschuß beträgt rd. 43,3 Milliarden Schilling.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1985 ergeben sich Mehrausgaben von 1,1 Milliarden Schilling und Mehreinnahmen 3,7 Milliarden Schilling, sodaß sich der Brutto-Abgang um 2,6 Milliarden Schilling und der Netto-Abgang um 0,5 Milliarden Schilling verringerte.

Das österreichische **Bundesbudget 1986** wurde unter den nachstehenden wirtschaftlichen Annahmen erstellt: reales Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes 2,5%, nominelles Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes 5,7%, Arbeitslosenrate 4,9% und Zunahme der Verbraucherpreise 3,0%. Die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung blieb hinter den Erwartungen zurück. Das reale Brutto-Inlandsprodukt erreichte schließlich nur einen Wert von 1,7%, während die nominelle Wachstumsrate annähernd dem prognostizierten Wert entsprach. Die Arbeitslosenrate lag mit 5,2% über dem zugrunde gelegten Wert, während der Verbraucherpreisanstieg mit 1,7% unter dem Prognosewert blieb.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Ausgaben von 498,4 Milliarden Schilling Einnahmen von 391,7 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Brutto-Abgang 106,7 Milliarden Schilling beträgt. Nach Abzug der Tilgungszahlungen für die Finanzschuld von 33,6 Milliarden Schilling verbleibt ein Netto-Abgang von 73,1 Milliarden Schilling. Dieser Netto-Abgang beträgt rund 5,1% des Brutto-Inlandsproduktes und bedeutet eine Erhöhung gegenüber 1985 um rund 0,7 Prozentpunkte.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1986 ergeben sich Mehrausgaben von 3,0 Milliarden Schilling und Mehreinnahmen von 2,8 Milliarden Schilling, sodaß sich der Brutto-Abgang um 0,2 Milliarden Schilling erhöhte. Der Netto-Abgang liegt um 4,7 Milliarden Schilling über dem Bundesvoranschlag 1986.

Bei der Erstellung des **Bundshaushaltes 1987** wurde von nachstehenden Eckdaten ausgegangen: reales Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes 2%, nominelles Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes 4,7%, Arbeitslosenrate 5,5%, Anstieg der Verbraucherpreise 2,3% und Leistungsbilanzabgang rund 3 Milliarden Schilling.

Die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung verlief träger als erwartet. Das reale Brutto-Inlandsprodukt hat einen Zuwachs von nur 1,3% erreicht. Zwei Faktoren sind für diese Wachstumsverflachung hauptverantwortlich: der niedrige Dollarkurs, der — zusammen mit dem Kaufkraftverlust der Entwicklungsländer — den Export erschwerte, und die hohe Sparneigung im Inland. Dadurch wurde der durch die Senkung der Lohn- und Einkommensteuer bewirkte Kaufkraftzuwachs der privaten Haushalte nur teilweise nachfragewirksam. Nominell wuchs das Brutto-Inlandsprodukt um 3,8%.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Ausgaben von 514,5 Milliarden Schilling Einnahmen von 409,6 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Brutto-Abgang 104,9 Milliarden Schilling beträgt. Nach Abzug der Tilgungszahlungen für die Finanzschuld von 35,1 Milliarden Schilling verbleibt ein Netto-Abgang von 69,8 Milliarden Schilling. Dieser Netto-Abgang beträgt rund 4,7% des Brutto-Inlandsproduktes.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1987 ergeben sich Mehrausgaben von 4,6 Milliarden Schilling und Mehreinnahmen von 10,8 Milliarden Schilling, sodaß sich der Brutto-Abgang um 6,1 Milliarden Schilling verminderte. Der Netto-Abgang liegt um 4,8 Milliarden Schilling unter dem Bundesvoranschlag 1987.

Der **Bundshaushalt 1988** wurde in Erwartung folgender Eckdaten erstellt: Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes von nominell 3,4 und real 1,5%, Anstieg der Verbraucherpreise um 2,2%, Arbeitslosenrate 6,1% und einem Leistungsbilanzüberschuß von 3,8 Milliarden Schilling.

Tatsächlich wuchs die Wirtschaft, gemessen am Brutto-Inlandsprodukt, jedoch um real 4,2%, den höchsten Wert seit 1979. Getragen wurde dieses starke Wachstum sowohl von der günstigen internationalen Konjunktur als auch von einer lebhaften heimischen Konsum- und Investitionsnachfrage.

Trotz der kräftigen Konjunktur betrug der Anstieg der Verbraucherpreise nur 2%, teilweise aufgrund der dämpfenden Wirkung noch leicht fallender Energiepreise.

Die Beschäftigung nahm insgesamt zu. Da jedoch das Arbeitsangebot noch anstieg, reduzierte sich die Arbeitslosenrate gegenüber 1987 nur um 0,3 Prozentpunkte auf 5,3%. Damit konnte die Tendenz ansteigender Arbeitslosigkeit seit Anfang der achtziger Jahre gebrochen werden.

Bundesgebarung 1973 bis 1996

319

Obwohl die lebhafte Binnennachfrage zu einem höheren Importwachstum führte, blieb die Leistungsbilanz mit einem vorläufigen Ergebnis von -6,4 Milliarden Schilling annähernd ausgeglichen.

Grundlage für die Erstellung des Bundesvoranschlages 1988 war erstmals das im Jahr 1986 beschlossene Bundeshaushaltsgesetz (BHG), BGBl. Nr. 213/1986. Nicht nur das BHG, sondern auch andere gesetzliche Regelungen haben eine wesentliche Änderung in der Veranschlagung und Gliederung des Bundeshaushaltes bewirkt, und zwar in folgenden Punkten:

- Einnahmen aus der Aufnahme und Ausgaben aus der Rückzahlung von Finanzschulden und zur vorübergehenden Kassenstärkung eingegangenen Geldverbindlichkeiten (Ausgleichshaushalt),
- Leistungen des Bundes für Zwecke der Wohnbauförderung,
- Überweisungen des Katastrophenfonds an Organe des Bundes und
- Kostenersätze des Münzregals an das Hauptmünzamt.

In der Jahresrechnung standen im allgemeinen Haushalt Ausgaben von 517,8 Milliarden Schilling Einnahmen von 451,3 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Abgang 66,5 Milliarden Schilling betrug. Diesem Abgang steht ein gleichhoher Überschuß im Ausgleichshaushalt gegenüber.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1988 ergeben sich im allgemeinen Haushalt Mehrausgaben von 0,2 Milliarden Schilling und Mehreinnahmen von 4,9 Milliarden Schilling, sodaß der Abgang um 4,6 Milliarden Schilling unter dem Bundesvoranschlag 1988 liegt. Er beträgt 4,2% des Brutto-Inlandsproduktes und liegt damit um 0,4 Prozentpunkte unter dem Wert laut Bundesvoranschlag.

Der **Bundeshaushalt 1989** wurde in Erwartung folgender wirtschaftlicher Rahmenbedingungen erstellt: Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes um 4,8 vH (nominell) und 2,5 vH (real), Anstieg der Verbraucherpreise um 2,7 vH, Zunahme der unselbständig Beschäftigten um 0,5 vH und Rückgang der Arbeitslosenrate auf 5,4 vH.

Tatsächlich wuchs die Wirtschaft — gemessen am Brutto-Inlandsprodukt — jedoch um real 4 vH. Dieses Wachstum wurde von allen Komponenten der Nachfrage getragen, insbesondere gingen von den Experten, dem privaten Konsum und den Investitionen bedeutende Impulse aus. Die Steuerreform verstärkte die positive Konjunktüreinschätzung von Konsumenten und Produzenten.

Trotz zunehmender Auslastung der Produktionskapazitäten im Zuge der weiteren Konjunkturbelebung blieb der Anstieg der Verbraucherpreise mit 2,5 vH sehr moderat.

Der mäßige Preis- und Kostendruck ist teilweise auf den hohen Zuwachs des Arbeitsangebotes zurückzuführen. Die Zahl der unselbständig Beschäftigten stieg um 1,8 vH, was den höchsten Zuwachs seit 1977 darstellt. Die Arbeitslosenrate sank auf 5,0 vH.

Obwohl die kräftige Binnennachfrage zu einem hohen Importwachstum führte, blieb die Leistungsbilanz mit einem Ergebnis von 2,2 Milliarden Schilling positiv.

In der Jahresrechnung standen im allgemeinen Haushalt Ausgaben von 540,7 Milliarden Schilling Einnahmen von 478,0 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Abgang 62,7 Milliarden Schilling betrug. Diesem Abgang steht ein gleichhoher Überschuß im Ausgleichshaushalt gegenüber.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1989 ergeben sich im allgemeinen Haushalt Mehrausgaben von 12,7 Milliarden Schilling und Mehreinnahmen von 16,1 Milliarden Schilling, sodaß der Abgang um 3,4 Milliarden Schilling unter dem Bundesvoranschlag 1989 liegt. Er beträgt 3,7% des Brutto-Inlandsproduktes und liegt damit um 0,3 Prozentpunkte unter dem Wert laut Bundesvoranschlag.

Der **Bundesvoranschlag 1990** wurde in Erwartung folgender wirtschaftlicher Rahmenbedingungen erstellt: Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes um 5,9 vH (nominell) und 3,0 vH (real), Anstieg der Verbraucherpreise um 3,3 vH, Zunahme der unselbständig Beschäftigten um 1,0 vH und Rückgang der Arbeitslosenrate auf 4,7 vH.

Statt der erwarteten „sanften Landung“ des Konjunkturaufschwunges erreichte das Wirtschaftswachstum mit einem Wert von real 4,6 vH einen neuen Höhepunkt. Besonders starke Impulse gingen neuerlich von den Exporten, dem privaten Konsum und den Investitionen aus. Hauptbestimmungsgründe für die auch im internationalen Vergleich überdurchschnittlich günstige Entwicklung waren der Nachfragesog im Zuge der deutschen Wiedervereinigung und die verzögerte Verausgabung der Einkommensgewinne aus der Steuerreform 1989.

Trotz hoher Auslastung der Kapazität und der Verteuerung des Rohöls in der zweiten Jahreshälfte beschleunigte sich der Anstieg der Verbraucherpreise nur mäßig, nämlich auf 3,3 vH.

Im Jahresdurchschnitt wurden um 2,3 vH mehr unselbständig Beschäftigte registriert, sodaß der höchste Zuwachs seit 1973 erreicht wurde. Mehr als zwei Drittel des Zuwachses fiel auf ausländische Beschäftigte. Die hohe Nachfrageausweitung wurde jedoch vom Angebotzuwachs noch übertroffen, sodaß die Arbeitslosenrate auf 5,4 vH anstieg.

Obwohl sich die Nachfrage im internationalen Vergleich überdurchschnittlich entwickelte und die höheren Erdölpreise die Handelsbilanz belasteten, weist die Leistungsbilanz einen Überschuß von 9,4 Milliarden Schilling aus.

In der Jahresrechnung standen im allgemeinen Haushalt Ausgaben von 564,7 Milliarden Schilling Einnahmen von 501,9 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Abgang 62,9 Milliarden Schilling betrug. Diesem Abgang steht ein gleichhoher Überschuß im Ausgleichshaushalt gegenüber.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1990 ergeben sich im allgemeinen Haushalt Mehrausgaben von 15,4 Milliarden Schilling und Mehreinnahmen von 18,8 Milliarden Schilling, sodaß der Abgang um 3,4 Milliarden Schilling unter dem Bundesvoranschlag 1990 liegt. Er beträgt 3,5% des Brutto-Inlandsproduktes und liegt damit um 0,2 Prozentpunkte unter dem Wert laut Bundesvoranschlag.

Der **Bundesvoranschlag 1991** wurde in Erwartung folgender gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen erstellt: Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes um 7,4 vH (nominell) und 3,3 vH (real), Anstieg der Verbraucherpreise um 4,5 vH, Zunahme der unselbständig Beschäftigten um 1,7 vH und eine Arbeitslosenrate von 5,5 vH.

Die Wirtschaftsentwicklung ist für 1991 flacher verlaufen als zum Zeitpunkt der Budgeterstellung angenommen worden ist: sie weist eine Wachstumsrate von 3 vH auf (real). Besonders die Industrieproduktion, die 1990 um nahezu 8 vH gestiegen war, hat an Schwung verloren. Die anhaltende Stagnation im OECD-Raum ließ die Ausfuhr nur schleppend vorankommen.

Hingegen nahm die Beschäftigung weiter kräftig zu (2,3 vH). Mehr als zwei Drittel des Zuwachses fiel auf ausländische Beschäftigte. Die Gesamtzahl der unselbständig Beschäftigten erreichte damit den höchsten Wert in der Nachkriegszeit. Die hohe Nachfrageausweitung wurde jedoch vom Angebotszuwachs noch übertroffen, sodaß die Arbeitslosenrate auf 5,8 vH anstieg.

Die Inflation blieb auf niedrigem Niveau (3,3 vH). In der Leistungsbilanz ergab sich ein Defizit von 1,7 Milliarden Schilling.

In der Jahresrechnung standen im allgemeinen Haushalt Ausgaben von 619,9 Milliarden Schilling Einnahmen von 557,2 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Abgang von 62,7 Milliarden Schilling betrug. Diesem Abgang steht ein gleichhoher Überschuß im Ausgleichshaushalt gegenüber.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1991 ergeben sich im allgemeinen Haushalt Mehrausgaben von 19,3 Milliarden Schilling und Mehreinnahmen von 19,9 Milliarden Schilling, sodaß der Abgang um 0,6 Milliarden Schilling unter dem Bundesvoranschlag 1991 liegt. Er beträgt 3,3% des Brutto-Inlandsproduktes.

Der **Bundesvoranschlag 1992** wurde in Erwartung folgender gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen erstellt: Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes um 7,0 vH (nominell) und 2,8 vH (real), Anstieg der Verbraucherpreise um 3,3 vH, Zunahme der unselbständig Beschäftigten um 0,8 vH und eine Arbeitslosenrate von 6,1 vH.

Nach den derzeit vorliegenden Ergebnissen ist die Wirtschaftsentwicklung für 1992 deutlich flacher verlaufen als zum Zeitpunkt der Budgeterstellung angenommen; sie weist nunmehr eine Wachstumsrate von 1,5 vH (real) auf. Die anhaltende Stagnation im OECD-Raum ließ die Ausfuhr nur schleppend vorankommen. Die Schwäche der Nachfrage aus dem Ausland wurde vor allem in der Industrie spürbar. Ihre Produktion war seit Mitte 1992 zunächst nur leicht, zuletzt aber deutlich rückläufig.

Die Beschäftigung hat 1992 rasch auf die Abschwächung der Konjunktur reagiert. Die Beschäftigungszunahme war mit 0,8 vH nicht einmal halb so hoch wie 1991. Die Arbeitslosenrate erhöhte sich auf 5,9 vH.

In der Jahresrechnung standen im allgemeinen Haushalt Ausgaben von 658,0 Milliarden Schilling Einnahmen von 591,6 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Abgang 66,4 Milliarden Schilling betrug. Diesem Abgang steht ein gleichhoher Überschuß im Ausgleichshaushalt gegenüber.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1992 ergeben sich im allgemeinen Haushalt Mehrausgaben von 9,2 Milliarden Schilling und Mehreinnahmen von 5,9 Milliarden Schilling, sodaß der Abgang um 3,3 Milliarden Schilling über dem Bundesvoranschlag 1992 liegt. Er beträgt 3,3% des Brutto-Inlandsproduktes.

Der **Bundesvoranschlag 1993** wurde in Erwartung folgender gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen erstellt: Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes um 5,3 vH (nominell) und 1,3 vH

Bundesgebarung 1973 bis 1996

321

(real), Anstieg der Verbraucherpreise um 3,3 vH, Zunahme der unselbständig Beschäftigten um 0,4 vH und eine Arbeitslosenrate von 6,4 vH.

Tatsächlich wurde im Jahre 1993 auch die österreichische Wirtschaft von der internationalen Konjunkturschwäche voll erfaßt: Erstmals seit einem Jahrzehnt schrumpften Nachfrage und Produktion (nach vorläufigen Ergebnissen) um 0,5 vH — ähnlich stark wie jeweils im Gefolge der beiden Erdölschocks. Die Beschäftigung sank um 0,3 vH und die Arbeitslosenrate stieg auf 6,9 vH.

Die Tiefe und Nachhaltigkeit der internationalen Rezession begleitet von der Höherbewertung des Schillings schlugen auf die Exportwirtschaft stark durch. Die Warenausfuhr sank nominell und real um rund 4,5 vH. Wegen der Auftragsunsicherheit kürzten die Unternehmungen ihre Investitionen drastisch. Die Hauptstütze des Wachstums waren der private Konsum — gestützt durch das Familienpaket und das Pflegegeld — und Teilbereiche der Bauwirtschaft.

In der Jahresrechnung standen im allgemeinen Haushalt Ausgaben von 699,7 Milliarden Schilling Einnahmen von 601,4 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Abgang 98,2 Milliarden Schilling betrug. Diesem Abgang steht ein gleichhoher Überschub im Ausgleichshaushalt gegenüber.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1993 ergeben sich im allgemeinen Haushalt Mehrausgaben von 11,3 Milliarden Schilling und Mindereinnahmen von 22,8 Milliarden Schilling, sodaß der Abgang um 34,1 Milliarden Schilling über dem Bundesvoranschlag 1993 liegt. Er beträgt 4,7% des Brutto-Inlandsproduktes.

Ausschlaggebend für die Erhöhung des Abganges im allgemeinen Haushalt waren die — überwiegend — konjunkturbedingten Einnahmefälle bei den öffentlichen Abgaben (–17,5 Milliarden Schilling) sowie im Güter- und Personenverkehr der ÖBB (–3,1 Milliarden Schilling), weiters die Mehrausgaben für Leistungen nach dem Arbeitslosenversicherungs- und dem Sonderunterstützungsgesetz (+7,2 Milliarden Schilling). Darüber hinaus konnte auch die Veräußerung von Bundesanteilen an Unternehmungen nicht im geplanten Umfang realisiert werden (–6,8 Milliarden Schilling).

Der Bundesvoranschlag 1994 wurde in Erwartung folgender gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen erstellt: Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes um 4,6 vH (nominell) und 1,5 vH (real), Anstieg der Verbraucherpreise um 2,8 vH, Zunahme der unselbständig Beschäftigten um 0,2 vH und eine Arbeitslosenrate von 7,5 vH.

Tatsächlich verlief die Konjunktur günstiger als bei der Erstellung des Voranschlages angenommen wurde. Die Wirtschaft wuchs stärker (5,6 vH nominell und 2,8 vH real) und die Zahl der unselbständig Beschäftigten nahm rascher zu (0,6 vH). Die Arbeitslosenrate in der traditionellen Abgrenzung sank auf 6,6 vH. Die Warenausfuhr kam wieder in Schwung. Die Netto-Masseneinkommen stiegen dank der 2. Etappe der Steuerreform und höherer Transferzahlungen der öffentlichen Haushalte (Pflegegeld) um 5,0 vH und ermöglichten damit einen beträchtlichen Zuwachs realer Kaufkraft. Die Haushalte steigerten ihre Nachfrage real um 2,3 vH. Die generelle Steuerentlastung der Einkommen ermöglichte zusätzlich einen Anstieg der Sparquote um einen Prozentpunkt. Die Verbraucherpreissteigerungen haben sich kontinuierlich abgeschwächt. Die sinkenden Einnahmen aus der Tourismuswirtschaft verringerten allerdings deutlich den positiven Beitrag zur Leistungsbilanz, die sich auf 20,3 Milliarden Schilling verschlechterte.

In der Jahresrechnung standen im allgemeinen Haushalt Ausgaben von 731,4 Milliarden Schilling Einnahmen von 626,6 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Abgang 104,8 Milliarden Schilling betrug. Diesem Abgang steht ein gleichhoher Überschub im Ausgleichshaushalt gegenüber.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1994 ergeben sich im allgemeinen Haushalt Mehrausgaben von 22,1 Milliarden Schilling und Mindereinnahmen von 2,0 Milliarden Schilling, sodaß der Abgang um 24,1 Milliarden Schilling über dem Bundesvoranschlag 1994 liegt. Er beträgt 4,7% des Brutto-Inlandsproduktes.

Der Bundesvoranschlag 1995 wurde in Erwartung folgender gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen erstellt: Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes um 5,8 vH (nominell) und 3,0 vH (real), Einkommenszuwachs je Beschäftigten um 4 vH, Anstieg der Verbraucherpreise um 2,5 vH, Zunahme der unselbständig Beschäftigten um 0,9 vH und Rückgang der Arbeitslosenrate auf 6,4 vH. Tatsächlich entwickelte sich die österreichische Wirtschaft 1995 weniger günstig, als bei der Erstellung des BVA erwartet wurde.

Export- und Industrieproduktion sind in Österreich seit Mitte 1995 deutlich rückläufig. In der Bauwirtschaft ging die lange Wachstumsphase zu Ende. Die Tourismuswirtschaft erlitt im Spätsommer weitere Einbußen. Laut Wifo-Prognose dürfte 1995 die gesamte Wirtschaftsleistung real um wenig mehr als 2 vH und nominell um 4,3 vH gestiegen sein. Ebenso rasch wie auf den jüngsten Konjunkturaufschwung reagierte die Beschäftigung auf das Nachlassen der Wachstumskräfte. Seit dem

322

Bundesgebarung 1973 bis 1996

Frühjahr 1995 ist sie rückläufig. Der Rückgang der Beschäftigung bewirkte bisher nur einen geringen Anstieg der Arbeitslosigkeit, da über die steigende Zahl der Frühpensionen das Arbeitskräftepotential deutlich entlastet wurde. Die Steigerungsrate des Verbraucherpreisindex betrug 2,2 vH. Damit hat Österreich wieder den Anschluß an die Gruppe der preisstabilsten Länder der EU gefunden. Das Leistungsbilanzdefizit erreichte mit knapp über 2 vH des BIP im Jahr 1995 einen Höchststand. Die wichtigsten Ursachen der Verschlechterung waren der massive Rückgang des Überschusses im Reiseverkehr und die erstmals zu leistenden Zahlungen Österreichs an den EU-Haushalt.

In der Jahresrechnung standen im allgemeinen Haushalt Ausgaben von 764,6 Milliarden Schilling Einnahmen von 646,7 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Abgang 117,9 Milliarden Schilling betrug. Diesem Abgang steht ein gleichhoher Überschuß im Ausgleichshaushalt gegenüber.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1995 ergeben sich im allgemeinen Haushalt Mehrausgaben von 11,8 Milliarden Schilling und Mindereinnahmen von 3,9 Milliarden Schilling, sodaß der Abgang um 15,6 Milliarden Schilling über dem Bundesvoranschlag 1995 liegt. Er beträgt 5,0 vH des Brutto-Inlandsproduktes.

Einzelheiten über die Gebarungsentwicklung 1973 bis 1997 können den Erläuterungen in den Amtsbehalten zum Bundesfinanzgesetz wie folgt entnommen werden:

Erläuterungen in den Amtsbehalten		
für das Jahr	Seite	Einzelheiten über
1974	300—302	Voranschlag 1973
1975	287—295	Erfolg 1973
		Voranschlag 1974
1976	284—292	Erfolg 1974
		Voranschlag 1975
1977	284—293	Erfolg 1975
		Voranschlag 1976
1978	292—302	Erfolg 1976
		Voranschlag 1977
1979	301—311	Erfolg 1977
		Voranschlag 1978
1980	295—305	Erfolg 1978
		Voranschlag 1979
1981	296—306	Erfolg 1979
		Voranschlag 1980
1982	288—299	Erfolg 1980
		Voranschlag 1981
1983	284—295	Erfolg 1981
		Voranschlag 1982
1984	281—291	Erfolg 1982
		Voranschlag 1983
1985	282—292	Erfolg 1983
		Voranschlag 1984
1986	333—342	Erfolg 1984
		Voranschlag 1985
1987	387—396	Erfolg 1985
		Voranschlag 1986
1988	362—372	Erfolg 1986
		Voranschlag 1987
1989	356—366	Erfolg 1987
		Voranschlag 1988
1990	355—365	Erfolg 1988
		Voranschlag 1989
1991	351—361	Erfolg 1989
		Voranschlag 1990
1992	348—357	Erfolg 1990
		Voranschlag 1991
1993	349—357	Erfolg 1991
		Voranschlag 1992
1994	341—350	Erfolg 1992
		Voranschlag 1993

Erfolg 1996

323

Erläuterungen in den Amtsbehalten

für das Jahr	Seite	Einzelheiten über
1995	351—359	Erfolg 1994
1996	343—351	Erfolg 1995
1997	323—324	Voranschlag 1996
1998	323—334	Erfolg 1996
		Voranschlag 1997

Erfolg 1996 *)**1. Gesamtüberblick**

Der Erfolg 1996 zeigt nachstehende Schlußsummen:

	Bundes- voranschlag	Erfolg in Milliarden Schilling	Unterschiede	
				in vH
Allgemeiner Haushalt				
Personalausgaben	138,5	138,6	+ 0,0	+ 0,0
Sachausgaben	613,9	616,2	+ 2,3	+ 0,4
Summe ...	752,5	754,8	+ 2,3	+ 0,3
Einnahmen	662,7	665,4	+ 2,8	+ 0,4
Abgang ...	89,8	89,4	- 0,4	- 0,5
Ausgleichshaushalt				
Ausgaben	198,1	130,2	-67,9	-34,3
Einnahmen	287,9	219,6	-68,4	-23,7
Überschuß ...	89,8	89,4	- 0,4	- 0,5
Gesamthaushalt				
Ausgaben	950,6	885,0	-65,6	- 6,9
Einnahmen	950,6	885,0	-65,6	- 6,9
Abgang des allgemeinen Haushaltes im Verhältnis zum Brutto-Inlandsprodukt				
Brutto-Inlandsprodukt	2 416,9	2 416,0	- 0,9	- 0,0
Abgang in vH des BIP	3,72	3,70	- 0,02	—

Erstmals seit dem Jahre 1991 ist es wieder gelungen, den veranschlagten Budgetabgang nicht nur einzuhalten, sondern sogar um mehr als 0,4 Milliarden Schilling zu unterschreiten. Trotz beträchtlicher Einnahmefälle (zB öffentliche Abgaben netto -3,5 Milliarden Schilling, Erlöse aus der Veräußerung von Bundesanteilen an Unternehmungen -3,7 Milliarden Schilling, Dienstgeberbeiträge für den Familienlastenausgleichsfonds und Arbeitslosenversicherungsbeiträge insgesamt -0,7 Milliarden Schilling) und Mehrausgaben (zB Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung +3,0 Milliarden Schilling) konnte durch Ausgabeneinsparungen (siehe TZ 4.1.2) und durch zusätzliche Einnahmen (siehe TZ 4.1.1.2) in vielen anderen Bereichen das Gesamtergebnis noch verbessert werden. Weiters ist zu erwähnen, daß der Anstieg der Finanzschulden im Vergleich zu früheren Jahren sich deutlich abgeflacht hat.

2. Rechtliche Grundlage für den Budgetvollzug**2.1 Bundesfinanzgesetz**

Bindende Grundlage für die Gebarung des Jahres 1996 war das Bundesfinanzgesetz 1996, BGBl. Nr. 202.

*) Durch Auf- und Abrundungen ergeben sich bei Summen- bzw. Saldenbildungen fallweise Rundungsdifferenzen.

324

Erfolg 1996

2.2 Abänderungen des Bundesfinanzgesetzes und seiner Anlagen

2.2.1 Mit BGBl. Nr. 743/1996 wurden mehrere Voranschlagsansätze eröffnet und die Rücklagenfähigkeit für bestimmte Ausgabenbeträge geschaffen.

2.2.2 Mit BGBl. Nr. 744/1996 (Budgetüberschreitungs-gesetz 1996) wurden für verschiedene unab- weisliche Maßnahmen Mehrausgaben in Höhe von rund 1,1 Milliarden Schilling genehmigt, die zur Gänze durch Ausgabeneinsparungen, durch Mehreinnahmen und Rücklagenentnahmen bedeckt wurden.

2.2.3 Mit BGBl. Nr. 793/1996 wurden im Zusammenhang mit der Umwandlung der Österreichischen Bundesforste in eine Aktiengesellschaft für eine Kapitalbeteiligung des Bundes 105 Millionen Schil- ling genehmigt. Die Bedeckung konnte durch Ausgabeneinsparungen und eine Rücklagenauflösung sichergestellt werden.

3. Allgemeine wirtschaftliche Entwicklung

Aus der folgenden Übersicht sind die wichtigsten wirtschaftlichen Eckdaten im Zeitpunkt der Erstellung des Bundesvoranschlages bzw. die derzeit aktuellen Werte für das Finanzjahr 1996 zu ersehen:

	wirtschaftliche Eckdaten 1996	
	im Zeitpunkt der Budgeterstellung	derzeit aktuelle Werte
nominelles Wirtschaftswachstum.....	+2,7%	+2,5%
reales Wirtschaftswachstum	+0,7%	+0,8%
Beschäftigung.....	-1,0%	-0,7%
Arbeitslosenquote in nationaler Abgrenzung	7,3%	7,0%
Preissteigerung.....	+2,0%	+1,9%

4. Voranschlagsabweichungen

4.1 Allgemeiner Haushalt

4.1.1 Einnahmen

Im Vorjahr wurden Einnahmen in Höhe von rund 665,4 Milliarden Schilling erzielt und daher der Voranschlag nach Saldierung von Mehr- und Mindereinnahmen um 2,8 Milliarden Schilling (+0,4 vH) überschritten. Im Vergleich zum Bundesrechnungsabschluß 1995 sind die Einnahmen um 18,7 Milliarden Schilling (+2,9 vH) angestiegen.

4.1.1.1 Öffentliche Abgaben

Die Bruttoeinnahmen an öffentlichen Abgaben lagen 1996 mit 585,7 Milliarden Schilling um 2,1 Milliarden Schilling (-0,4 vH) unter dem BVA. Nach Überweisung der den Ländern, Gemeinden und Fonds gesetzlich zustehenden Anteilen an Abgaben und nach Überweisung des Beitrages zur Europäischen Union verblieben netto rund 383,5 Milliarden Schilling. Der BVA wurde daher um 3,5 Milliarden Schilling (-0,9 vH) unterschritten.

Wesentliche Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag konnten vor allem bei der ver- anlagten Einkommensteuer (+1,1 Milliarden Schilling), bei der Lohnsteuer (+0,5 Milliarden Schilling), bei der Kapitalertragsteuer (I) (+1,2 Milliarden Schilling) und bei der Kapitalertragsteuer auf Zinsen (+0,5 Milliarden Schilling), bei der Gewerbe- und Bundesgewerbsteuer (zusammen +0,8 Milliarden Schilling) und bei der Mineralölsteuer (+1,2 Milliarden Schilling) erzielt werden.

Wesentliche Mindereinnahmen sind in erster Linie bei der Körperschaftsteuer (-1,0 Milliarden Schilling), bei der Umsatzsteuer (-4,9 Milliarden Schilling), bei der Tabaksteuer (-0,8 Milliarden Schil- ling), bei der Energieabgabe (-1,0 Milliarden Schilling) und bei den Resteinzahlungen weggefallener Abgaben (-0,8 Milliarden Schilling) eingetreten.

Die Anteile der Länder und Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben waren um 3,3 Milliarden Schilling und die Gewerbesteueranteile für die Gemeinden um 0,4 Milliarden Schilling höher als veranschlagt. Die Beiträge an die EU waren hingegen um 2,5 Milliarden Schilling geringer. Diese Abweichungen sind im wesentlichen auf folgende Ursachen zurückzuführen:

a) Ertragsanteile

- Abgaben, an denen die Länder und Gemeinden relativ hohe Anteile haben (wie zB Kapi- talertragsteuer I, veranlagte Einkommensteuer), waren deutlich höher als prognostiziert;
- das Aufkommen der gemeinschaftlichen Abgaben war im Zeitraum Jänner bis Oktober 1996 stärker als erwartet, sodaß zwangsläufig auch die Ertragsanteile entsprechend höher waren;

Erfolg 1996

325

- die Korrektur der Bemessungsgrundlage für die EU-Beiträge führte zu höheren Ertragsanteilen für die Länder;
- Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer.

b) Beitrag zur Europäischen Union

- die abzuführenden traditionellen Eigenmittel (Zölle, Agrarzölle, Zuckerabgaben) waren geringer als erwartet;
- Reduzierung der gesamten Eigenmittelverpflichtungen im europäischen Haushalt infolge Übertragung des EU-Haushaltsüberschusses 1995;
- die Berichtigung der Mehrwertsteuergrundlage 1995 führte zu einer Gutschrift.

Die folgende Tabelle zeigt die betragsmäßig wichtigsten Abgaben und Überweisungen des Bundes im Jahre 1996 und die Veränderungen gegenüber 1995:

	Erfolg 1996	BRA 1995	Unterschiede	
	in Mrd. S (Rundungsdifferenzen)			in vH
Veranlagte Einkommensteuer.....	37,1	30,0	+ 7,1	+23,7
Lohnsteuer.....	160,5	150,2	+10,3	+ 6,8
Kapitalertragsteuer (I).....	4,9	4,1	+ 0,9	+21,4
Kapitalertragsteuer auf Zinsen (II).....	22,8	20,8	+ 2,0	+ 9,4
Körperschaftsteuer.....	42,0	28,1	+13,9	+49,6
Wohnbauförderungsbeitrag.....	7,3	7,2	+ 0,1	+ 1,4
Umsatzsteuer.....	204,1	179,9	+24,1	+13,4
Ein- und Ausfuhrabgaben.....	3,5	4,3	- 0,8	-18,4
Tabaksteuer.....	12,3	12,2	+ 0,1	+ 0,6
Mineralölsteuer.....	36,2	31,5	+ 4,8	+15,2
Stempel- und Rechtsgebühren.....	8,8	8,4	+ 0,3	+ 3,7
Verkehrssteuern.....	39,1	34,5	+ 4,6	+13,2
übrige Abgaben.....	7,1	9,9	- 2,8	-28,1
Summe Bruttoeinnahmen ...	585,7	521,2	+64,5	+12,4
Ab Überweisungen (I):				
Ertragsanteile der Länder und Gemeinden.....	154,9	135,5	+19,4	+14,3
Steueranteil für Fonds.....	1,3	1,1	+ 0,2	+13,3
Gewerbesteuer an Gemeinden.....	0,9	1,5	- 0,6	-37,8
Anteile und Abgeltungen für Familienlastenausgleichsfonds.....	14,5	14,1	+ 0,4	+ 2,8
Katastrophenfonds.....	3,7	4,5	- 0,8	-17,5
Summe Überweisungen (I) ...	175,3	156,7	+18,6	+11,9
Beitrag zur Europäischen Union.....	26,9	18,8	+ 8,2	+43,6
Summe Nettoeinnahmen ...	383,5	345,8	+37,7	+10,9

4.1.1.2 Sonstige Einnahmen

Im folgenden Abschnitt wird über die betragsmäßig wesentlichsten Voranschlagsabweichungen berichtet:

Kap. 14 Wissenschaft und Forschung (-0,3 Milliarden Schilling). Geringere Einnahmen vor allem bei den Personalkostenersätzen im Bereich der Universitäten und durch den Ausfall der finanziellen Beteiligung des Landes bzw. der Stadt Salzburg am Gebarungsabgang des Mozarteums.

Kap. 15 Soziales (+1,4 Milliarden Schilling). Bei diesen Mehreinnahmen handelt es sich in erster Linie um Beiträge der EU für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen. Weiters sind bei diesem Kapitel auf der Einnahmenseite noch folgende Voranschlagsabweichungen zu erwähnen:

Arbeitslosenversicherungsbeiträge (-0,2 Milliarden Schilling; das sind -0,5 vH), Beiträge der Gemeinden für Ausgaben der Sondernotstandshilfe (-0,2 Milliarden Schilling), Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik (+0,3 Milliarden Schilling), Rückersatz von im Jahre 1995 geleisteten Vorschüssen für die Pflegevorsorge (+0,2 Milliarden Schilling) und Beiträge der Arbeitsmarktpolitik zur Schlechtwetterentschädigung (+0,3 Milliarden Schilling).

326

Erfolg 1996

Kap. 16 Sozialversicherung (+1,3 Milliarden Schilling). Rückersatz von Bundesbeiträgen an Pensionsversicherungsanstalten aufgrund der Abrechnung 1995.

Kap. 19 Jugend und Familie (+0,4 Milliarden Schilling). Diese Voranschlagsabweichung ergibt sich einerseits aus der Abdeckung des Abganges im Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen in Höhe von rund 0,85 Milliarden Schilling, andererseits aus Mindereingängen bei den Dienstgeberbeiträgen (-0,5 Milliarden Schilling; das sind -1,4 vH).

Zum Zeitpunkt der Voranschlagserstellung wurde erwartet, daß der Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen einen Überschuß von 38 Millionen Schilling erreicht.

Kap. 30 Justiz (+0,3 Milliarden Schilling). Höhere Einnahmen konnten insbesondere bei den Gebühren und Ersätzen in Rechtssachen erzielt werden.

Kap. 50 Finanzverwaltung (+0,3 Milliarden Schilling). Höhere Ersätze der Post und Telekom Austria AG (+0,2 Milliarden Schilling) für den Aktivitätsaufwand.

Kap. 51 Kassenverwaltung (+7,3 Milliarden Schilling). Diese Mehreinnahmen betreffen vor allem Rückflüsse von der Europäischen Union (+5,5 Milliarden Schilling), weiters Entnahmen und Auflösungen von Rücklagen (+1,7 Milliarden Schilling).

Im Vergleich zum Finanzjahr 1995 zeigen die Rückflüsse der EU folgende Entwicklung:

	Erfolg 1996	BRA 1995	Unterschiede	
	in Mrd. S (Rundungsdifferenzen)		in vH	
Art. 81 EU-Beitrittsakte.....	1,4	7,6	- 6,2	- 81,6
Europäischer Sozialfonds.....	1,6	0,6	+ 1,0	+ 153,5
Europäischer Regionalfonds	1,0	—	+ 1,0	—
EAGFL-Garantie.....	15,2	1,1	+14,1	+1 240,3
EAGFL-Ausrichtung.....	1,5	0,4	+ 1,1	+ 261,7
Summe ...	20,7	9,8	+10,9	+ 111,5

Kap. 54 Bundesvermögen (-5,8 Milliarden Schilling). Diese Mindereingänge ergaben sich hauptsächlich aus dem Verkauf von Anteilsrechten des Bundes an Unternehmungen (-3,7 Milliarden Schilling) sowie aus Haftungsentgelten und Rückersätzen für Haftungsinanspruchnahmen gemäß Ausfuhrförderungsgesetz (-3,2 Milliarden Schilling). Mehreinnahmen wurden vor allem bei den Veräußerungen von Liegenschaften (+0,6 Milliarden Schilling), bei Darlehensrückzahlungen (+0,2 Milliarden Schilling) und bei den Entgelten aus sonstigen Haftungsübernahmen erzielt.

Kap. 55 Pensionen (Hoheitsverwaltung) (+0,3 Milliarden Schilling). Die Einnahmen aus Pensionsbeiträgen, Pensionssicherungsbeiträgen und aus Überweisungen von Pensionsträgern lagen um 0,5 Milliarden Schilling über dem Voranschlag. Die Beiträge der Österreichischen Bundesbahnen sowie der Post und Telekom Austria AG zum Pensionsaufwand waren insgesamt um 0,2 Milliarden Schilling geringer als budgetiert.

Kap. 59 Finanzschuld, Währungstauschverträge (+0,8 Milliarden Schilling). Diese Mehreinnahmen resultieren vor allem aus Emissionsgewinnen und aus sonstigen Einnahmen aus der Durchführung von Währungstauschverträgen.

Kap. 64 Bauten und Technik (-0,4 Milliarden Schilling). Vor allem geringere Überweisungen von Mitteln des Katastrophenfonds für vorbeugende Maßnahmen.

Kap. 78 Post- und Telegraphenverwaltung (+0,5 Milliarden Schilling). Höherer Beitrag zur Abdeckung der Mehrausgaben im Zeitraum Jänner bis April 1996.

4.1.1.3 Aufgliederung der Einnahmen nach Einnahmengruppen

Aus der nachfolgenden Übersicht sind die öffentlichen Abgaben, die abgabenähnlichen Einnahmen, die Betriebseinnahmen und die sonstigen Einnahmen des Finanzjahres 1996 und die Veränderungen gegenüber dem vorangegangenen Jahr zu ersehen:

Erfolg 1996

327

	Erfolg 1996	BRA 1995	Unterschiede	
	in Mrd. S (Rundungsdifferenzen)		in vH	
Allgemeiner Haushalt				
a) Öffentliche Abgaben				
aa) Kapitel 52 (netto)				
Einkommen- und Vermögensteuern	178,5	156,4	+ 22,2	+ 14,2
Übrige Abgaben.....	231,6	208,0	+ 23,7	+ 11,4
Sonstige	0,2	0,2	+ 0,0	+ 7,8
Zwischensumme ...	410,4	364,5	+ 45,9	+ 12,6
Beitrag zur Europäischen Union	26,9	18,8	+ 8,2	+ 43,6
Summe aa) ...	383,5	345,8	+ 37,7	+ 10,9
ab) Überweisungen (Abgabenanteile)				
an Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen	14,5	14,1	+ 0,4	+ 2,8
an Katastrophenfonds	3,7	4,5	- 0,8	- 17,5
an KRAZAF	1,3	1,1	+ 0,2	+ 13,2
Summe ab) ...	19,5	19,7	- 0,2	- 1,2
Summe a) ...	402,9	365,5	+ 37,5	+ 10,2
b) Abgabenähnliche Einnahmen				
Arbeitslosenversicherungsbeiträge.....	44,9	44,0	+ 1,0	+ 2,2
Dienstgeberbeiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen.....	38,3	37,7	+ 0,6	+ 1,6
übrige abgabenähnliche Einnahmen.....	0,9	1,0	- 0,1	- 10,3
Summe b) ...	84,1	82,6	+ 1,5	+ 1,8
c) Betriebseinnahmen				
	25,7	66,2	- 40,5	- 61,1
d) Sonstige Einnahmen				
Beitrag der Post und Telekom Austria AG zum Aktivitäts- und Pensionsaufwand.....	14,6	—	+ 14,6	—
Beitrag der ÖBB zum Pensionsaufwand	5,6	5,0	+ 0,6	+ 12,0
Pensions- und Pensionssicherungsbeitrag	7,2	6,6	+ 0,6	+ 9,8
Überweisung vom Familienlastenausgleich für Karenzurlaubsgeld	8,1	8,2	- 0,1	- 0,8
Rücklagenentnahmen.....	7,9	20,0	- 12,1	- 60,7
Rückflüsse der EU.....	20,7	9,8	+ 10,9	+111,5
Veräußerung von Bundesanteilen an Unter- nehmungen	4,8	5,9	- 1,1	- 18,3
Entgelte und Rückflüsse aus Haftungen	8,3	11,6	- 3,2	- 27,9
Mauteinnahmen	3,5	2,8	+ 0,6	+ 21,1
Konzessionsentgelt gemäß Fernmeldegesetz	4,0	—	+ 4,0	—
übrige Einnahmen.....	68,0	62,6	+ 5,4	+ 8,6
Summe d) ...	152,6	132,4	+ 20,2	+ 15,3
Summe a) — d) ...	665,4	646,7	+ 18,7	+ 2,9
Ausgleichshaushalt.....	219,6	322,7	-103,1	- 32,0
Summe Gesamthaushalt ...	885,0	969,4	- 84,4	- 8,7

Die Betriebseinnahmen umfassen nur mehr die Einnahmen der Bundestheater, des Alkoholmonopols sowie der Post- und Telegraphenanstalt (letztere nur mehr für den Zeitraum Jänner bis April 1996).

4.1.2 Ausgaben

Die Ausgaben des allgemeinen Haushaltes erreichten 754,8 Milliarden Schilling und lagen daher um 2,3 Milliarden Schilling (+0,3 vH) über dem Bundesvoranschlag 1996. Gegenüber dem Erfolg 1995 waren die Ausgaben um rund 9,8 Milliarden Schilling (-1,3 vH) geringer.

4.1.2.1 Personalausgaben (Gebärungsgruppe 0)

Der Voranschlag für Personalausgaben in Höhe von 138,5 Milliarden Schilling wurde geringfügig um 49 Millionen Schilling (+0,035 vH) überschritten. Diese Überschreitung resultiert aus Mehrausga-

328

Erfolg 1996

ben beim Aktivitätsaufwand in Höhe 0,734 Milliarden Schilling (+0,7 vH) und aus Minderausgaben beim Pensionsaufwand (Hoheitsverwaltung und Betriebe) in Höhe von 0,684 Milliarden Schilling (2,0 vH).

Der Aktivitätsaufwand wurde im wesentlichen bei Kap. 11 Inneres (+0,2 Milliarden Schilling; insbesondere im Gendarmeriebereich), Kap. 14 Wissenschaft und Forschung (+0,2 Milliarden Schilling, hauptsächlich im Bereich der Universitäten und Kunsthochschulen) und Kap. 50 Finanzverwaltung (+0,5 Milliarden Schilling) überschritten. Die Überschreitung im Finanzbereich betrifft in erster Linie den Aktivitätsaufwand der Post und Telekom Austria AG (+0,3 Milliarden Schilling) und die Personalausgaben bei den FLDionen (+0,1 Milliarden Schilling).

4.1.2.2 Sachausgaben

Für die Sachausgaben wurden 613,9 Milliarden Schilling budgetiert. Der vorläufige Erfolg 1996 liegt insgesamt um 2,3 Milliarden Schilling (+0,4 vH) über dem Voranschlag.

Die betragsmäßig wesentlichsten Abweichungen sind bei folgenden Kapiteln eingetreten:

Kap. 02 **Bundesgesetzgebung** (+0,3 Milliarden Schilling). Mehrausgaben ergaben sich durch Zuwendungen des Nationalfonds für Opfer des Nationalsozialismus (+0,4 Milliarden Schilling).

Kap. 10 **Bundeskanzleramt mit Dienststellen** (+0,7 Milliarden Schilling). Vor allem höhere Ausgaben für regional- und strukturpolitische Maßnahmen, die zum Teil mit Mitteln des EU-Regionalfonds finanziert wurden (+0,4 Milliarden Schilling), weiters für Projekte des Innovations- und Technologiefonds (+0,1 Milliarden Schilling) sowie für Beratungs- und Hilfsmaßnahmen in osteuropäischen Ländern bzw. in Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion (+0,2 Milliarden Schilling).

Kap. 14 **Wissenschaft und Forschung** (-0,4 Milliarden Schilling). Größere Ersparungen vor allem bei den Sachausgaben im Bereich der Universitäten.

Kap. 15 **Soziales** (+2,3 Milliarden Schilling) Die Abweichungen gegenüber dem Voranschlag ergaben sich hauptsächlich aus der Weitergabe von Mitteln des EU-Sozialfonds (+1,2 Milliarden Schilling), aus dem höheren Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik (+0,3 Milliarden Schilling), weiters bei den Versorgungsgebühren für Kriegs- und Heeresopfer (+0,2 Milliarden Schilling), bei den Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz (-0,4 Milliarden Schilling) und im Bereich der Arbeitsmarktpolitik (Titel 1/155 und 1/156) (insgesamt +1,0 Milliarden Schilling). Davon entfallen auf Förderungen für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (meist im Zusammenhang mit der Realisierung von EU-Projekten) (+0,9 Milliarden Schilling), auf Leistungen nach dem Sonderunterstützungsgesetz (+0,2 Milliarden Schilling), auf Ausgaben für die (Sonder-)Notstandshilfe (+0,3 Milliarden Schilling), für das Karenzurlaubsgeld (+0,3 Milliarden Schilling) und für Unterstützungen im Rahmen der Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe (+0,3 Milliarden Schilling). Die Zahlungen für das Arbeitslosengeld blieben hingegen unter dem Voranschlag 1996 (-0,7 Milliarden Schilling).

Kap. 16 **Sozialversicherung** (+3,0 Milliarden Schilling). Höhere Leistungen des Bundes für die Pensionsversicherung, und zwar für die PVA der Arbeiter und der Angestellten, für die SVA der gewerblichen Wirtschaft und für die Versicherungsanstalt des österreichischen Bergbaues (insgesamt +3,2 Milliarden Schilling). Lediglich die Ausgaben für Ausgleichszulagen waren niedriger als erwartet (-0,1 Milliarden Schilling).

Kap. 17 **Gesundheit und Konsumentenschutz** (-0,5 Milliarden Schilling). Geringere Überweisungen an den KRAZAF infolge niedrigerer Umsatzsteuereinnahmen (-0,2 Milliarden Schilling) und geringere Bundesbeiträge für den klinischen Aufwand und Klinikneubauten (-0,2 Milliarden Schilling).

Kap. 18 **Umwelt** (-1,6 Milliarden Schilling). Die im Voranschlag 1996 vorgesehenen Mittel für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft, der Altlastensanierung und für sonstige umweltpolitische Maßnahmen wurden bei weitem nicht in Anspruch genommen.

Kap. 19 **Jugend und Familie** (+1,2 Milliarden Schilling). Diese Überschreitung setzt sich zusammen aus Mehrausgaben beim Titel 1/193 Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen in Höhe von 0,4 Milliarden Schilling und aus der Abdeckung des Abganges im Ausgleichsfonds in Höhe von rund 0,85 Milliarden Schilling.

Die Überschreitung beim Titel 1/193 resultiert einerseits aus Mehrausgaben für Familienbeihilfen (+0,45 Milliarden Schilling) und für den Teilersatz des Wochengeldes (+0,3 Milliarden Schilling), andererseits blieben die Zahlungen für Geburtenbeihilfen unter dem Voranschlag (-0,3 Milliarden Schilling).

Kap. 50 **Finanzverwaltung**. Einerseits war der Aufwand für die Ausfuhrerstattungen nach den EU-Vorschriften um fast 0,6 Milliarden Schilling höher als veranschlagt, andererseits sind zB die Zuschüsse an die ÖKB-AG, die Entschädigungszahlungen für Vermögensverluste im Ausland sowie

Erfolg 1996

329

die Erfordernisse für sonstige diverse Aufwendungen und Förderungen im Bereich der Finanzverwaltung deutlich unter dem Voranschlag geblieben (insgesamt -0,5 Milliarden Schilling).

Kap. 51 **Kassenverwaltung** (+3,2 Milliarden Schilling). Diese Voranschlagsabweichung ergab sich einerseits aus Rücklagenzuführungen (+5,8 Milliarden Schilling), andererseits aus geringeren Wertpapierankäufen für Zwecke der Marktpflege (-2,4 Milliarden Schilling) und aus Einsparungen bei Zinsen und Begebungskosten für kurzfristige Verpflichtungen (Kassenstärker) (-0,3 Milliarden Schilling).

Der Rücklage wurden folgende Beträge zugeführt:

Allgemeine Rücklage (1,1 Milliarden Schilling), zweckgebundene Einnahmerücklage (2,8 Milliarden Schilling), besondere Rücklage (0,8 Milliarden Schilling), besondere Einnahmerücklage (0,7 Milliarden Schilling) und Ausgleichsrücklage (0,4 Milliarden Schilling).

Kap. 53 **Finanzausgleich** (-1,5 Milliarden Schilling). Minderausgaben entstanden vor allem bei der Bedarfszuweisung an die Länder (-0,8 Milliarden Schilling), bei den Überweisungen von Mitteln aus dem Katastrophenfonds (-0,5 Milliarden Schilling) sowie bei den Finanzzuweisungen in Nahverkehrsangelegenheiten und bei den Zuschüssen nach dem Bundes-Sonderwohnbaugesetz.

Kap. 54 **Bundesvermögen** (-4,1 Milliarden Schilling). Wesentliche Minderausgaben entstanden für Verpflichtungen aus der Übernahme von Haftungen gemäß Ausfuhrförderungs- und Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz (insgesamt -3,0 Milliarden Schilling), für Ersatzleistungen (Zinsen) an die ÖIAG (-0,8 Milliarden Schilling), sowie bei den Kapitalbeteiligungen an internationalen Finanzinstitutionen und bei den Ausgaben im Zusammenhang mit der Verwertung von Bundesvermögen (insgesamt -0,3 Milliarden Schilling).

Kap. 55 **Pensionen (Hoheitsverwaltung)**. Den Mehrausgaben für die Pensionen der ÖBB sowie der Post und Telekom Austria AG (zusammen +0,4 Milliarden Schilling) stehen gleichhohe Minderausgaben für die Pensionen der Landeslehrer und für Leistungen nach dem Bundespflegegesetz gegenüber.

Kap. 59 **Finanzschuld, Währungstauschverträge** (-1,1 Milliarden Schilling). Geringerer Aufwand für Zinsen, für Provisionen im Zusammenhang mit der Durchführung von Kreditoperationen und für Emissionsverluste.

Kap. 60 **Land- und Forstwirtschaft** (+0,2 Milliarden Schilling). Abgesehen von Umschichtungen innerhalb des Landwirtschaftsbudgets sind vor allem zusätzliche Kosten durch den Marktzusammenbruch bei Rindfleisch infolge der BSE-Rinderseuche entstanden. Die Bedeckung dieser Mehrausgaben erfolgte zum Teil durch Rückflüsse aus dem EAGFL-Garantiefonds.

Kap. 63 **Handel, Gewerbe, Industrie und Fremdenverkehr** (-0,3 Milliarden Schilling). Für die ERP-Ersatzaktion und für die Gewerbestrukturverbesserungsaktion wurden die im Budget vorgesehenen Mittel nur zum Teil in Anspruch genommen.

Kap. 64 **Bauten und Technik** (-0,3 Milliarden Schilling.) Die Zuwendungen für Hochwasserschutzbauten im Bereich Wien und für vorbeugende Maßnahmen (zweckgebundene Mittel des Katastrophenfonds) waren erheblich geringer als veranschlagt.

Kap. 78 **Post- und Telegraphenverwaltung** (+0,6 Milliarden Schilling). Hauptsächlich höhere Ausgaben für Zinsen und Tilgungen aus FMIG-Zwischenfinanzierungen.

4.2 Ausgleichshaushalt

Kap. 51 **Kassenverwaltung** (Ausgaben -71,6 Milliarden Schilling, Einnahmen -71,6 Milliarden Schilling).

Unter diesem Kapitel werden die Einnahmen und Ausgaben aus der Aufnahme und Tilgung von Kassenstärkern verrechnet. Der Bedarf solcher Geldmittel ist von der jeweiligen Liquiditätslage des Bundes abhängig.

Kap. 59 **Finanzschuld, Währungstauschverträge** (Ausgaben +3,6 Milliarden Schilling, Einnahmen +3,2 Milliarden Schilling).

Im Zusammenhang mit der Durchführung von Währungstauschverträgen kam es zu höheren Erlösen aus Kreditaufnahmen, aber auch zu höheren Ausgaben für Tilgungen im Ausmaß von jeweils rund 3,9 Milliarden Schilling.

Weiters ist durch die Reduzierung des Abganges im allgemeinen Haushalt natürlich auch der Finanzierungsbedarf entsprechend geringer gewesen.

330

Erfolg 1996

5. Aufgliederung der Ausgaben nach Gebarunggruppen

	Erfolg 1996	BRA 1995	Unterschiede	
	in Mrd. S (Rundungsdifferenzen)		in vH	
Allgemeiner Haushalt				
Aktivitätsaufwand	104,5	107,0	- 2,5	- 2,3
Pensionsaufwand	34,1	40,5	- 6,4	-15,7
Summe Personalausgaben ...	138,6	147,5	- 8,9	- 6,0
Anlagen (Gesetzliche Verpflichtungen).....	2,9	2,9	+ 0,0	+ 0,6
Anlagen (Ermessensausgaben)	24,2	29,2	- 5,0	-17,1
Förderungen (Gesetzliche Verpflichtungen).....	10,5	9,3	+ 1,1	+11,9
Förderungen (Darlehen)	0,4	4,0	- 3,6	-90,6
Förderungen (Zuschüsse).....	35,9	41,2	- 5,2	-12,7
Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	335,7	317,3	+18,4	+ 5,8
Aufwendungen (Ermessensausgaben — erfolgs- wirksam)	192,3	192,8	- 0,5	- 0,3
Aufwendungen (Ermessensausgaben — bestands- wirksam)	14,3	20,5	- 6,1	-29,9
Summe Sachausgaben ...	616,2	617,1	- 0,9	- 0,2
Summe Allgemeiner Haushalt ...	754,8	764,6	- 9,8	- 1,3
Ausgleichshaushalt				
Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	1,9	4,3	- 2,4	-56,1
Aufwendungen (Ermessensausgaben — bestands- wirksam)	128,3	200,5	-72,2	-36,0
Summe Ausgleichshaushalt ...	130,2	204,8	-74,6	-36,4
Summe Gesamthaushalt ...	885,0	969,4	-84,4	- 8,7

6. Funktionelle Aufgliederung der Ausgaben

Die **organorientierte Gliederung** des Budgets entspricht dem Verfügungs- und Verantwortungsbereich der haushaltsleitenden Organe des Bundes.

Die **funktionelle Gliederung** des Budgets hingegen gibt Aufschluß über die Aufgaben und Leistungen der öffentlichen Hand. In der nachstehenden Übersicht werden die Ausgaben des allgemeinen Haushaltes und des Ausgleichshaushaltes nach siebzehn Aufgabenbereichen aufgedgliedert:

Kenn- ziffer	Aufgabenbereich	Erfolg 1996	BRA 1995	Unterschiede	
		in Mrd. S (Rundungsdifferenzen)		in vH	
Allgemeiner Haushalt					
11	Erziehung und Unterricht.....	67,7	67,5	+ 0,2	+ 0,3
12	Forschung und Wissenschaft.....	28,8	28,8	+ 0,0	+ 0,1
13	Kunst	8,6	8,6	+ 0,0	+ 0,1
14	Kultus	0,6	0,6	+ 0,0	+ 6,7
21	Gesundheit.....	8,5	7,3	+ 1,2	+17,0
22	Soziale Wohlfahrt.....	218,7	213,3	+ 5,5	+ 2,6
	<i>hievon:</i>				
	<i>Arbeitsmarktpolitik</i>	61,3	56,2	+ 5,2	+ 9,2
	<i>Kriegsopfer- und Heeresversorgung</i>	6,8	7,0	- 0,2	- 2,7
	<i>Sozialversicherung</i>	69,6	68,4	+ 1,2	+ 1,7
	<i>Leistungen nach dem Bundespflegegesetz</i>	16,5	17,1	- 0,6	- 3,2
	<i>Familienlastenausgleich (Titel 1/193)</i>	54,5	55,7	- 1,2	- 2,1
23	Wohnungsbau.....	25,3	24,2	+ 1,2	+ 4,8
32	Straßen.....	16,3	16,0	+ 0,3	+ 2,0
	<i>hievon:</i>				
	<i>Zahlungen an Straßengesellschaften</i>	6,1	6,2	- 0,1	- 1,3

Erfolg 1996

331

Kenn- ziffer	Aufgabenbereich	Erfolg	BRA 1995	Unterschiede	
		1996 in Mrd. S (Rundungsdifferenzen)		in vH	
33	Sonstiger Verkehr	88,6	99,7	-11,1	-11,1
	<i>hievon:</i>				
	<i>Post (ehem. Kap. 78)</i>	21,4	53,0	-31,7	-59,7
	<i>Post und Telekom Austria AG</i>	20,6	—	+20,6	—
	<i>ÖBB: Eisenbahninfrastruktur</i>	11,0	11,1	- 0,1	- 0,8
	<i>ÖBB: Gemeinwirtschaftliche Leistungen</i>	8,5	7,8	+ 0,7	+ 8,7
	<i>ÖBB: Pensionen</i>	21,6	20,6	+ 0,9	+ 4,5
34	Land- und Forstwirtschaft	29,3	33,2	- 4,0	-11,9
	<i>hievon:</i>				
	<i>Marktordnungsmaßnahmen (Titel 1/603)</i>	14,1	11,9	+ 2,2	+18,8
	<i>Übergangsregelungen (Titel 1/606)</i>	3,8	9,7	- 5,9	-60,5
35	Energiewirtschaft	0,1	0,2	- 0,1	-30,6
36	Industrie und Gewerbe	15,1	16,7	- 1,6	- 9,8
37	Öffentliche Dienstleistungen	3,3	3,7	- 0,4	-11,1
38	Private Dienstleistungen	5,7	6,1	- 0,4	- 5,9
41	Landesverteidigung	20,9	20,7	+ 0,2	+ 1,0
42	Staats- und Rechtssicherheit	27,0	26,3	+ 0,7	+ 2,7
43	Übrige Hoheitsverwaltung	190,1	191,8	- 1,7	- 0,9
	<i>hievon:</i>				
	<i>Finanzschuld — Zinsen und Provisionen</i>	100,1	98,4	+ 1,7	+ 1,7
	<i>Zuführung an Rücklagen</i>	5,9	12,0	- 6,1	-50,7
	<i>Pensionen (Hoheitsverwaltung; ohne Landeslehrer)</i>	30,0	29,4	+ 0,6	+ 2,1
	<i>Pensionen (Landeslehrer)</i>	8,5	8,5	+ 0,0	+ 0,1
	Summe Allgemeiner Haushalt ...	754,8	764,6	- 9,8	- 1,3
	Ausgleichshaushalt				
36	Industrie und Gewerbe	1,9	4,3	- 2,4	-56,1
43	Übrige Hoheitsverwaltung	128,3	200,5	-72,2	-36,0
	Summe Ausgleichshaushalt ...	130,2	204,8	-74,6	-36,4
	Summe Gesamthaushalt ...	885,0	969,4	-84,4	- 8,7

7. Investitionen und Investitionsförderung

Für Investitionen und investitionsfördernde Maßnahmen wurden im Jahre 1996 81,4 (1995: 85,3) Milliarden Schilling aufgewendet, die sich wie folgt zusammensetzen:

	Erfolg 1996 in Mrd. S (Rundungsdifferenzen)	BRA 1995
Eigeninvestitionen		
Bruttoinvestitionen und Instandhaltungsaufgaben des Bundes (ohne Landesverteidigung)	28,7	33,8
Geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens (ohne Landesverteidigung)	1,1	1,5
Bauten und Ausrüstung (einschließlich geringwertige Wirt- schaftsgüter des Anlagevermögens und Instandhaltung) für die Landesverteidigung (Ausgaben im Inland)	3,8	3,8
Investitionsförderung im Bereiche der Wirtschaft (Ausgaben im Inland)	47,8	46,2
Summe ...	81,4	85,3

8. Schulden und Verpflichtungen des Bundes

8.1 Schulden

Die Schulden des Bundes (Phase 4 der Bundesverrechnung) zeigen gegenüber dem Vorjahr folgende Entwicklung:

332

Erfolg 1996

	Erfolg 1996	BRA 1995	Unterschiede	
	in Mrd. S (Rundungsdifferenzen)		in vH	
a) Empfangene Anzahlungen	0,1	0,1	- 0,0	-17,2
b) Ersatzschulden	0,1	0,2	- 0,1	-31,6
c) fällige Schulden	13,2	9,0	+ 4,2	+46,3
d) nichtfällige Finanzschulden.....	1 416,0	1 333,7	+82,3	+ 6,2
e) sonstige nichtfällige Schulden	432,9	464,2	-31,2	- 6,7
Gesamtsumme ...	1 862,3	1 807,1	+55,2	+ 3,1

Unter Punkt d) werden die Finanzschulden in der vom Rechnungshof gebräuchlichen Gliederung gemäß den Bestimmungen des BHG dargestellt (nicht ident mit der Nettodarstellung in der Übersicht unter TZ 10!)

Bei den nichtfälligen Schulden handelt es sich grundsätzlich um Verpflichtungen, die erst in künftigen Jahren fällig werden.

Die sonstigen nichtfälligen Schulden setzten sich aus folgenden größeren Positionen zusammen (in Klammer sind jeweils die Ergebnisse der Jahre 1996 und 1995 angegeben):

Schuldenerleichterungen für arme und hochverschuldete Staaten aufgrund internationaler Aktionen (8,2/5,6 Milliarden Schilling), künftige Kapitaleinzahlungen bei internationalen Finanzinstitutionen (28,1/29,1 Milliarden Schilling), Ersätze an die Asfinag für die Finanzierung von Hochbauten und Hochleistungsstrecken (25,5/24,6 Milliarden Schilling) sowie für die Finanzierung von Straßenbauten (80,0/82,4 Milliarden Schilling), Tilgungszahlungen aufgrund der ÖIAG-Finanzierungsgesetze (47,1/49,0 Milliarden Schilling), Zinsen und Tilgungen für FMIG Zwischenfinanzierungen (106,7/113,6 Milliarden Schilling) sowie Ertragsanteile der Länder und Gemeinden aufgrund der gemeinschaftlichen Abgaben im November und Dezember (10,2/11,1 Milliarden Schilling).

8.2 Verpflichtungen

Die Gesamtsumme der Verpflichtungen (Phase 3 der Bundesverrechnung) hat sich gegenüber 1995 um 9,3 Milliarden Schilling auf 871,6 Milliarden Schilling vermindert (-1,1 vH). Davon entfallen mehr als drei Viertel auf künftige Zinsenzahlungen für Finanzschulden (einschließlich Währungstauschverträge).

9. Forderungen des Bundes

Die Forderungen des Bundes (Phase 4 der Bundesverrechnung) zeigen gegenüber 1995 folgende Veränderungen:

	Erfolg 1996	BRA 1995	Unterschiede	
	in Mrd. S (Rundungsdifferenzen)		in vH	
a) Gegebene Anzahlungen.....	3,4	2,9	+ 0,5	+18,9
b) Ersatzforderungen	2,1	3,1	- 1,1	-33,9
c) fällige Forderungen	117,2	103,3	+13,9	+13,5
d) nichtfällige Darlehensforderungen	25,4	19,8	+ 5,6	+28,1
e) sonstige nichtfällige Forderungen	133,4	138,4	- 5,1	- 3,7
Gesamtsumme ...	281,4	267,5	+13,9	+ 5,2

Unter den fälligen Forderungen sind vor allem folgende Außenstände zu nennen:

Abgabenforderungen des Bundes (hauptsächlich Umsatzsteuer, Einkommensteuer, Körperschaftsteuer ua.) (69,0/57,7 Milliarden Schilling), Forderungen aus Haftungsansprüchen gemäß Ausfuhrförderungsgesetz (25,7/23,5 Milliarden Schilling) und Rückerstattungsforderungen auf Grund der Bevorschussung von Unterhaltsleistungen (4,9/4,5 Milliarden Schilling).

Der weitaus überwiegende Teil der sonstigen nichtfälligen Forderungen ergibt sich aus der Durchführung von Währungstauschverträgen.

10. Finanzschulden und Schulden aus Währungstauschverträgen (in Nettodarstellung)

Die folgende Aufstellung zeigt die Entwicklung der nichtfälligen Finanzschuld (FS) unter Berücksichtigung von Verpflichtungen und Forderungen aus Währungstauschverträgen (WTV) im Jahre 1996:

Voranschlag 1997

333

		in Millionen Schilling	
	Stand am 31. 12. 1995 (ohne Bundesbesitz) ...	1 342 395,3	
	zuzüglich Bundesbesitz.....	+ 7 961,9	1 350 357,2
	Erhöhung durch Finanzschuldtaufnahmen zur Bedeckung des Budgetabganges (exkl. Aufnahme des Vorjahres gemäß § 65a (1) BHG in der Höhe von 11 100,1 Millionen Schilling).....	+ 187 733,5	
	zuzüglich Schuldaufnahmen aus WTV.....	+ 3 892,9	
	abzüglich Forderungen aus WTV.....	- 3 850,5	+ 187 776,0
	Erhöhung durch Konversionsaufnahmen von FS.....		+ 145 677,3
	Verminderung durch Tilgung von FS.....	- 105 076,3	
	zuzüglich Tilgung von Verpflichtungen aus WTV.....	- 15 947,4	
	abzüglich Begleichung von Forderungen aus WTV.....	+ 13 424,9	- 107 598,9
	Verminderung durch Konversionstilgungen von FS.....		- 147 697,3
	Verminderung durch Wertberichtigungen der Schulden aus WTV.....	- 173,2	
	zuzüglich Wertberichtigungen von Forderungen aus WTV.....	- 42,9	
	abzüglich Wertberichtigungen von Finanzschulden.....	+ 42,9	- 173,2
	Erhöhung durch Kurswertänderungen bei FS.....	+ 6 448,6	
	zuzüglich Kurswertänderungen bei Schulden aus WTV.....	+ 352,7	
	abzüglich Kurswertänderungen bei Forderungen aus WTV.....	- 6 747,9	+ 53,4
	Verminderung durch Kurswertänderungen bei FS.....	- 5 683,2	
	zuzüglich Kurswertänderungen bei Schulden aus WTV.....	- 6 605,1	
	abzüglich Kurswertänderungen bei Forderungen aus WTV.....	+ 213,6	- 12 074,6
	Erhöhung durch Rückkauffinanzierungen.....	+ 864,4	
	abzüglich Schuldaufnahmen aus WTV.....	+ 457,4	
	abzüglich Forderungen aus WTV.....	- 512,7	+ 809,1
	Schuld (einschließlich Bundesbesitz).....		1 417 129,2
	Verminderung durch Bundesbesitz (im Sinne des EU-Vertrages).....	- 20 272,7	- 20 272,7
	Stand am 31. 12. 1996 (ohne Bundesbesitz) ...		1 396 856,5

Die Gesamtschuld hat sich gegenüber dem Vorjahr netto um 54,5 Milliarden Schilling (+4,1 vH) erhöht. Der Anteil der Schillingschuld beträgt 1 100,8 Milliarden Schilling (78,8 vH) und der Anteil der Fremdwährungsschuld 296,0 Milliarden Schilling (21,2 vH). Die Finanzschulden in inländischer Währung erhöhten sich um 49,5 Milliarden Schilling (+4,7 vH), die der Fremdwährungsschulden um 4,9 Milliarden Schilling (+1,7 vH).

Der Finanzierungsbedarf des Bundes für das Jahr 1996 wurde zu 82,2 vH durch Schuldaufnahmen in inländischer Währung und zu 17,8 vH in Fremdwährungen gedeckt.

Voranschlag 1997

Die Bundesregierung hat sich das fiskalpolitische Ziel gesetzt, mittelfristig das Budget zu konsolidieren und das Nettodefizit auf unter 3 vH des Bruttoinlandsproduktes zu senken und die im Maastrichter Vertrag über die Europäische Union festgelegten Konvergenzkriterien für die öffentlichen Haushalte zu erreichen. Bereits 1997 soll das Nettodefizit des Bundes auf 2,7 vH des BIP gesenkt werden.

Bedingt durch eine Reihe von Entwicklungen — rezessionsbedingte Einnahmehausfälle und Ausgabensteigerungen, Ausweitung des Personalaufwandes, Expansion der Familien- und Sozialleistungen, Einnahmehausfälle durch die Steuerreform sowie Kosten des EU-Beitritts — hat sich von 1992 bis 1995 die budgetäre Situation des Bundes erheblich verschlechtert und das Defizit beträchtlich erhöht. Eine Fortführung dieser Entwicklung hätte den budgetpolitischen Handlungsspielraum weiter verringert und zu einer immer höheren Budgetbelastung durch Zinszahlungen geführt. Darüber hinaus hätten sich negative Auswirkungen für die Währungspolitik ergeben, welche über höhere Zinssätze wiederum negative Rückwirkungen auf Wirtschaftsentwicklung und das Budget gehabt hätten.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung wurde eine breit angelegte sowohl die Einnahmen- als auch die Ausgabenseite betreffende Konsolidierungsstrategie, die auch mit den anderen Gebietskörperschaften und den Sozialpartnern abgestimmt wurde, gewählt. Zwei Drittel der Konsolidierung werden über ausgabenseitige Einsparungsmaßnahmen in den Bereichen Personalausgaben im öffentlichen Dienst, Einsparungen bei familienpolitischen Leistungen, Arbeitslosenversicherung, Pensionsversicherung erzielt. Ein Drittel wird über einnahmenseitige Maßnahmen — Schließen von Steuerlücken, Streichung von Ausnahmegestimmungen, Wegfall von nicht mehr zeitgemäßen Steuersubventionen sowie Einbeziehung von Gas und Strom in die Energiebesteuerung — erzielt. Die Konsolidierung erfolgt sozial ausgewogen, höhere Einkommen tragen mehr bei als niedrigere Einkommen und betrifft alle Einkommensarten und Bevölkerungsgruppen.

334

Voranschlag 1997

Beim Bruttoinlandsprodukt (=BIP) wird 1996 ein reales Wachstum von 1,6 vH und für 1997 von 1,2 vH erwartet. Das nominelle BIP wird 1996 2 449 Milliarden und 1997 2 517 Milliarden Schilling betragen. 1996 werden sowohl die Netto-Masseneinkommen als auch die verfügbaren persönlichen Einkommen nur schwach zunehmen, 1997 werden sie stagnieren. Auf Grund einer abnehmenden Sparquote ergibt sich daraus für den privaten Konsum ein reales Wachstum von 1,5 vH für 1996 und 1 vH im Jahre 1997. Die Warenexporte sollen 1996 und 1997 nominell jeweils um 7,1 vH zunehmen, real wird die Zuwachsrate jeweils 6 vH betragen. Die Warenimporte werden 1996 und 1997 nominell um 4 vH zunehmen. Für die Leistungsbilanz ergibt sich für 1996 ein Defizit von 35 Milliarden (1,4 vH des BIP) und für 1997 ein Defizit von 20 Milliarden Schilling (das sind 0,8 vH des BIP). Die Arbeitslosenquote wird 1996 4,7 vH und 1997 5,5 vH betragen. Der Anstieg der Verbraucherpreise wird für 1996 mit 2,2 vH und für 1997 mit 1,9 vH prognostiziert.

Auch auf Grund der sich leicht abschwächenden konjunkturellen Entwicklung stand die Bundesregierung bei der Erstellung des Bundesvoranschlages für 1996 und 1997 vor einer großen Herausforderung. Das Budgetdefizit des Bundes soll bis Ende 1997 auf 2,7 vH des BIP reduziert werden.

Die Netto-Kosten des EU-Beitritts für den Bundeshaushalt betragen 1995 1,4 vH des BIP. 1996 und 1997 fallen sie auf 0,8 vH des BIP.

Budgetvorschauen des Bundesministeriums für Finanzen sowie des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen bzw. Budgetprognosen, Budgetprogramm und Budgetbericht des Bundesministeriums für Finanzen gemäß BHG

Die Budgetvorschau 1965 bis 1968

Die erste vom Bundesministerium für Finanzen ausgearbeitete Budgetvorschau betraf die Jahre 1965 bis 1968; sie wurde Ende Juli 1965 dem Nationalrat übermittelt. Da über die Ziele, angewandten Methoden und Schlußfolgerungen dieser Vorschau der Einleitungsbericht ausführlich Rechenschaft gibt, wird nur die Weiterentwicklung behandelt, im übrigen aber auf die Budgetvorschau 1965 bis 1968 verwiesen. Schon die erste Budgetvorschau diente als Grundlage wichtiger budgetpolitischer Entscheidungen. So wurden für die Festlegung der Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung und zur Bauernkrankenkasse bereits die Unterlagen über die wahrscheinliche Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben verwendet. Ferner wurde diese Budgetvorschau in revidenter Form für politische Beschlüsse im Bundesvoranschlag 1966 und 1967 herangezogen. Sie wurde in den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1966, und zwar auf den Seiten 30/31, abgedruckt.

Die Budgetvorschau 1967 bis 1970

Seit der Veröffentlichung der ersten österreichischen Vorschau waren auch in anderen Ländern Arbeiten an ähnlichen Projekten fortgeschritten. So wurde für die Schweiz eine „Schätzung der Einnahmen und Ausgaben des Bundes 1966 bis 1974“ verfaßt und in der Bundesrepublik Deutschland die erste Vorausschätzung wesentlich verbessert. Diese ausländischen Arbeiten wurden folgerichtig vom Bundesministerium für Finanzen eingehend studiert.

Obwohl sich die bei der Budgetvorschau 1965 bis 1968 angewandten Methoden bewährt hatten, wurden bei der neuen Budgetvorschau in einigen Fällen Änderungen vorgenommen, die vor allem auf Stellungnahmen des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen zur ersten Budgetvorschau zurückzuführen waren. Beibehalten wurde die Fundierung der Vorschau durch eine Untersuchung hinsichtlich der voraussichtlichen Entwicklung des Nationalprodukts, die vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung geliefert wurde. War für die erste Budgetvorschau noch mit einem durchschnittlichen Wachstum des realen Nationalproduktes von 4 vH im Jahr gerechnet, also keine Konjunkturschwankung prognostiziert worden, so rechnete die Vorschau bis 1970 zwar auch mit einem durchschnittlichen Wachstum von 4 vH im Prognosezeitraum, für die einzelnen Jahre allerdings mit unterschiedlichen Werten: für 1968 wurde eine Wachstumsrate von 3 vH, für 1969 eine solche von 5,50 vH und für 1970 wieder ein Normalwachstum von 4 vH angenommen. Da der Beirat auch empfohlen hatte, Alternativberechnungen zu laufenden Preisen zu erstellen, um so den Informationswert der Vorschau zu vergrößern, wurde in der Vorschau 1967 bis 1970 auch eine Variante mit einem Anstieg des allgemeinen Preisniveaus um jährlich 2 vH berechnet.

Die Budgetvorschau 1967 bis 1970 wurde im Juli 1967 dem Parlament übermittelt; sie wurde in den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1968 auf den Seiten 40/41 abgedruckt.

Revision der Budgetvorschau 1967 bis 1970 unter Einbeziehung des Jahres 1971

Durch politische Entscheidungen und Gesetzesbeschlüsse sowie insbesondere durch den Bundesvoranschlag 1968 ergaben sich zum Teil weitgehende Änderungen der letzten Vorschau, was eine Revision und die Einbeziehung des Jahres 1971 notwendig und zweckmäßig erscheinen ließ. Diese Revision nahm budgetpolitische Entscheidungen nicht vorweg, sondern gab lediglich zu erkennen, wie sich auf Grund der Rechtslage zum 1. Juli 1968 die Einnahmen und Ausgaben entwickeln würden. Sie sollte so die Basis für notwendige budgetpolitische Entscheidungen liefern. Ihr zusammengefaßtes Ergebnis wurde in den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1969 auf Seite 43 dargestellt.

Budgetvorschauen des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen

Ende September 1969 wurde der Beirat mit der Ausarbeitung einer mittelfristigen Prognose bis zum Jahre 1974 betraut. Diese Budgetvorschau 1970 bis 1974 des Beirates wurde im Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1971 auf den Seiten 272 ff. abgedruckt.

Zu Jahresbeginn 1974 wurde der Beirat abermals mit der Ausarbeitung einer Vorschau für die Jahre 1974 bis 1978 betraut. Diese Arbeit wurde im Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1977 auf den Seiten 295 ff. veröffentlicht.

Zu Jahresbeginn 1977 verfaßte der Beirat über Einladung des Bundesministers für Finanzen eine Budgetprognose für die Jahre 1976 bis 1980 in zwei Varianten und unter Zugrundelegung von zwei verschiedenen Annahmen über die Bedienung der Staatsschuld: In der Trendvariante wurde eine Reduktion der Lohn- und Einkommensteuerbelastung, in der Variante „Rechtslage“ keine solche angenommen; die Variante A rechnete mit tilgungsfreien Jahren, die Variante B ohne solche. Das Ergebnis dieser Arbeit des Beirates wurde im Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1978 auf den Seiten 304 ff. abgedruckt.

Im Frühjahr 1978 wurde der Beirat von den Präsidenten der Interessenvertretungen mit der Erarbeitung einer Budgetvorschau 1978 bis 1982 beauftragt, zumal die letzte Vorschau infolge der eingetretenen wirtschaftlichen Veränderungen und der durch diese bewirkten Maßnahmen auf politischer Ebene beträchtlich an Aktualität eingebüßt hatte. Die Arbeit wurde im Sommer 1978 abgeschlossen. Dementsprechend sind in dieser Vorschau weder später gesetzte fiskalpolitische Maßnahmen noch allfällige andere, wesentliche, damals noch nicht bekannte Einflußgrößen berücksichtigt. Die Ergebnisse dieser Vorschau sind auf den Seiten 307 ff. im Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1980 veröffentlicht.

Diese Vorschau wurde vom Beirat im Frühjahr 1979 revidiert; die Ergebnisse dieser Überarbeitung finden sich auf Seite 310 im Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1980.

Im Juli 1980 veröffentlichte der Beirat wiederum eine Vorschau für die Jahre 1980 bis 1984. Als Basis diente das Jahr 1980; es wurde eine mittlere Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsproduktes von 3,25 vH und ein Deflator von 4,75 vH unterstellt. Das Ergebnis dieser Arbeit ist zuletzt auf Seite 301 des Amtsbehelfes zum BFG 1982 abgedruckt worden.

1982 publizierte der Beirat zum siebenten Male eine als Beschreibung mittelfristiger Trends und Tendenzen zu verstehende Budgetvorschau für die Jahre 1982 bis 1986. Der Beirat legte eine mittelfristige Wachstumsrate des realen BIP von jährlich 2,50 vH und einen Deflator von 4,75 vH zugrunde. Das Ergebnis dieser Arbeit ist zuletzt auf Seite 293 des Amtsbehelfes zum Bundesfinanzgesetz 1984 veröffentlicht worden.

Im Juni 1984 legte der Beirat seine achte Budgetvorschau im Rahmen einer Darstellung mittelfristiger Probleme des Bundeshaushaltes vor; er unterstellte dabei eine mittelfristige Wachstumsrate des realen Brutto-Inlandsproduktes von jährlich 2 vH und einen durchschnittlichen Anstieg der inländischen Produktionspreise von 4 vH im Jahr. Die Vorschau umfaßte die Jahre 1984 bis 1988; sie ist auf den Seiten 344 ff. des Amtsbehelfes zum Bundesfinanzgesetz 1986 zuletzt veröffentlicht worden.

Seine letzte Budgetvorschau hat der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen im Juni 1986 vorgestellt. Sie umfaßt die Jahre bis einschließlich 1990 und wurde aufgrund einer angenommenen mittleren Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsproduktes von jährlich 2,75 vH und eines Deflators von durchschnittlich 3,25 vH sowie einer nominellen Zuwachsrate des Pro-Kopf-Einkommens der Unselbstständigen von 5 vH erstellt. Diese Budgetvorschau ist auf den Seiten 373 und ff. des Arbeitsbehelfes zum Bundesfinanzgesetz 1988 zuletzt veröffentlicht worden.

Budgetprognose des BMF gemäß BHG

Das am 1. Jänner 1987 in Kraft getretene neue Haushaltsrecht (Bundeshaushaltsgesetz) sah im § 12 vor, daß der Bundesminister für Finanzen alljährlich im Zusammenhang mit der Budgeterstellung eine Budgetprognose für mindestens vier Jahre (Voranschlagsjahr und drei Folgejahre) zu erstellen und dem Nationalrat zur Kenntnis zu bringen hat. Entsprechend dem Bundeshaushaltsgesetz stellt diese Budgetprognose eine Vorschau auf die voraussichtliche Entwicklung des Haushaltes in den nächsten Jahren dar, soll mittelfristige Entwicklungstendenzen aufzeigen und dabei insbesondere auch die Vorbelastungen künftiger Finanzjahre sowie die Auswirkungen außerbudgetärer Sonderfinanzierungen auf den Haushalt sichtbar machen. Dabei waren die Ausgaben und Einnahmen aufgrund der bestehenden Rechtslage zu erfassen, so als ob diese im Prognosezeitraum unverändert weiter bestünden. Die erste derartige Budgetprognose wurde gemeinsam mit dem Investitionspro-

Budgetprogramm und Budgetbericht

337

gramm für die Jahre 1988 bis 1991 — im Zusammenhang mit dem Bundesvoranschlagsentwurf 1988 — im Oktober 1987 erstellt und dem Nationalrat zur Kenntnis gebracht.

Mit der BHG-Novelle 1988, BGBl. Nr. 573/1988 vom 27. September 1988, wurden die Bestimmungen betreffs Budgetprognose und Investitionsprogramm (nämlich die §§ 12 und 13 BHG) entscheidend geändert, wobei nunmehr absehbare Änderungen der Rechtslage wie etwa zukünftige Anpassungen der Pensionen, der Bezüge der öffentlich Bediensteten, Inflationsanpassung der Einkommen- und Lohnsteuer zu berücksichtigen sind. Ferner wurde der Vorlagetermin auf den 30. Juni jeden Jahres verschoben. Der Bericht über Budgetprobleme und Investitionsprogramm ist nunmehr „dem mit der Vorberatung von Bundesfinanzgesetzen betrauten Ausschuß des Nationalrates“ zu übermitteln. Als Ausgangsbasis wurde das zuletzt beschlossene BFG bestimmt.

Eine solche Budgetprognose wurde bis 1994 jährlich vom Bundesministerium für Finanzen erstellt, von der Bundesregierung zur Kenntnis genommen und anschließend dem vorgenannten Ausschuß des Nationalrates übermittelt.

Budgetprogramm und Budgetbericht gemäß BHG

Die Budgetprognose für die Jahre 1994 bis 1997 war die letzte dieser Art, da das BHG nunmehr die Erstellung eines mehrjährigen Budgetprogrammes und eines jährlichen Budgetberichtes vorsieht.

Mit dem Budgetprogramm und Budgetbericht, dessen Einführung der Nationalrat Mitte 1994 beschlossen hat, steht der Bundesregierung erstmals auch ein stärker bindendes Instrument für eine mittelfristig orientierte Budgetpolitik zur Verfügung. Das Budgetprogramm soll als Grundlage für die Planung, Umsetzung und Kontrolle der im Regierungsprogramm festgelegten Vorhaben und Budgetziele dienen. Damit soll die Konsolidierung erleichtert werden. Weiters soll damit auch die dispositive Flexibilität erhöht und so die Qualität des Budgets verbessert werden. Wichtigste Probleme sind in diesem Zusammenhang, einer bloßen Fortschreibung der Vergangenheit („Inkrementalismus“) und einer bloßen operativen Detailorientierung entgegenzuwirken. Das Budgetprogramm ist weder rechtlich bindend noch bedarf es der Zustimmung durch das Parlament. Die Erstellung des Budgetprogrammes obliegt dem Bundesministerium für Finanzen.

Im Frühjahr 1995 wurde erstmals ein solches Budgetprogramm für die XIX. Legislaturperiode erstellt. Dieses Programm umfaßt die Jahre 1995 bis 1998. Es bildet auch den Kern des im Mai 1995 der EU-Kommission vorgelegten Konvergenzprogrammes. Da die XIX. Legislaturperiode vorzeitig beendet wurde, mußte die neue Bundesregierung binnen sechs Monaten nach ihrem Amtsantritt ein neues Budgetprogramm erstellen. In dessen Folge wird sodann eine Revision des Konvergenzprogrammes zu erfolgen haben. Das neue Budgetprogramm umfaßt die Jahre 1996 bis 2000 und wurde von der Bundesregierung am 10. September 1996 beschlossen.

Begleitet wird das Budgetprogramm von einem jährlichen Budgetbericht, der dem Nationalrat und der interessierten Öffentlichkeit Informationen über wichtige Vorhaben und Maßnahmen sowie die Entwicklung des Bundeshaushaltes zur Verfügung stellen und insbesondere über die Erfüllung des Budgetprogrammes Aufschluß geben soll. Er ist spätestens zu Beginn der Beratungen des Bundesvoranschlagsentwurfes dem Budgetausschuß vorzulegen.

Das Budgetprogramm für die Jahre 1996 bis 2000

Gemäß dem Budgetprogramm der Bundesregierung für die Jahre 1996 bis 2000 soll das Defizit des Bundes bis 2000 auf rund 2 vH des BIP abgesenkt werden. Um dieses Gesamtziel zu erreichen, werden folgende Zwischenziele angestrebt:

- Die Personalausgaben sollen nur moderat steigen.
- Die Ermessensausgaben (ohne Förderausgaben und Zinsaufwendungen und ohne Ausgliederungen) sollen auf dem nominellen Niveau des BVA 1997 stabilisiert werden. Steigerungen sollen nur im Ausmaß höherer Einnahmen im selben Budget-Kapitel möglich sein. Die Förderausgaben im Ermessensbereich sollen gegenüber dem BVA 1997 zurückgenommen werden.
- Valorisierungen von Transferleistungen sollen nur selektiv durchgeführt werden.
- Neue Ausgaben und Aufgaben sollen vorwiegend durch Umschichtungen innerhalb des Budgetkapitels finanziert werden.
- Die Effizienz in der öffentlichen Leistungserstellung soll durch verstärkt betriebswirtschaftliches Denken verbessert werden. Umfassende Kostenrechnungen sollen auch die bessere Abschätzung von Folgekosten von Gesetzen ermöglichen.

338

Budgetprogramm und Budgetbericht

Für eine verbesserte Effizienz ist es auch notwendig, daß das zunehmende Auseinanderklaffen von Leistungserstellung und Finanzierung durch Transfers anderer Träger öffentlichen Rechts vermieden wird. Schließlich wird es notwendig sein, bei den Transferausgaben die Maßnahmen des Strukturanpassungsgesetzes konsequent fortzuführen.

Das Budgetprogramm sieht ein durchschnittliches jährliches Ausgabenwachstum von 1,7 vH vor. Die Personalausgaben sollen nur um 1,3 vH steigen, die gesetzlichen Verpflichtungen um 2,2 vH, während die gestaltbaren Ermessensausgaben stagnieren sollen. Auch die öffentlichen Abgaben sollen mit 3,0 vH langsamer zunehmen als das nominelle Bruttoinlandsprodukt, welches im Jahresdurchschnitt mit etwa 4,3 vH wachsen dürfte. Als Konsequenz dessen soll die Ausgabenquote, das sind die Ausgaben des Bundes in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, von 31,1 vH im Jahre 1996 auf 28 vH im Jahre 2000 zurückgehen. Ebenso soll die Abgabenquote sinken, nämlich von 17,1 vH (1996) auf 16,5 vH (2000).

Die öffentliche Verschuldungsquote soll durch Privatisierungen, Verkauf von Forderungen des Wasserwirtschaftsfonds, Vermögensumschichtungen und marktmäßige Ausrichtung der kommunalen Gebührenhaushalte von 70 vH im Jahr 1996 auf 68 vH im Jahr 1997 und auf etwa 65 vH bis zum Jahr 2000 gesenkt werden.

So sollen neben der im Jänner bzw. April 1997 erfolgten Veräußerung der Bundesanteile an der Creditanstalt-Bankverein und der Österreichischen Salinen AG die größeren Bundesbeteiligungen (PSK, Austria-Tabak-Werke-AG und Bank Austria) veräußert werden.

Im Bereich anderer Finanzaktiva wurden im Herbst 1996 die betrieblichen Darlehen des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds (UWWF) in Höhe von rund 7,5 Milliarden Schilling (Nominalwert) verkauft und dadurch ein Erlös von 4,6 Milliarden Schilling erzielt (der Unterschied entspricht der Bundesförderung). Per Ende 1996 hält der UWWF einen Forderungsbestand aus Darlehen an Dritte (Gemeinden, Wasser- und Abwasserverbände und Betriebe) in Höhe von etwa 66,7 Milliarden Schilling (Nominalwert). Auch dieser soll verkauft werden. Nicht genutzte Immobilien sollen verwertet werden.

Flächendeckende Mauten und die Reorganisationen bei den Straßenbausondergesellschaften ermöglichen eine Herausnahme der ASFINAG-Schulden von etwa 78 Milliarden Schilling aus dem öffentlichen Sektor.

Mit den Gemeinden wurde vereinbart, daß die marktbestimmten Betriebe wie etwa Betriebe der Wasserversorgung, Betriebe der Abwasserbeseitigung, Betriebe der Müllbeseitigung und Betriebe für die Errichtung und Verwaltung von Wohn- und Geschäftsgebäuden so reorganisiert werden, daß EU-konform eine Herausnahme ihrer Schulden aus der öffentlichen Schuldenquote möglich wird.

IV. Bundeshaushaltsrecht

Bundesfinanzgesetz

Das Bundesfinanzgesetz (BFG) enthält neben dem Text des Bundesgesetzes über die Bewilligung des jährlichen Bundesvoranschlags als Anlagen den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Bundes (Bundesvoranschlag), den Stellenplan sowie weitere für die Haushaltsführung im jeweiligen Finanzjahr wesentliche Grundlagen (das sind insbesondere der Fahrzeugplan und der Plan für Datenverarbeitungsanlagen). Die Erstellung des Bundesvoranschlagsentwurfes und der Entwürfe der übrigen Anlagen zum BFG obliegt dem Bundesminister für Finanzen. Der Entwurf des Bundesfinanzgesetzes ist sodann vom Bundesminister für Finanzen der Bundesregierung zur Beschlußfassung vorzulegen.

Die Bundesregierung hat den von ihr beschlossenen Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das folgende Finanzjahr dem Nationalrat spätestens zehn Wochen vor Ablauf des jeweils laufenden Finanzjahres vorzulegen (Art. 51 Abs. 2 B-VG).

Der Beschluß über die Bewilligung des Bundesvoranschlags durch den Nationalrat unterliegt nicht dem Mitwirkungsrecht des Bundesrates (Art. 42 Abs. 5 B-VG).

Hat die Bundesregierung dem Nationalrat nicht zeitgerecht den Entwurf eines Bundesfinanzgesetzes vorgelegt oder beschließt der Nationalrat vor Ablauf des Finanzjahres kein Bundesfinanzgesetz und trifft er auch keine vorläufige Vorsorge durch Bundesgesetz, enthält Art. 51 Abs. 4 und 5 B-VG besondere Vorsorgen.

Budgetbericht und Budgetprogramm

Die Bundesregierung hat spätestens sechs Monate nach ihrer Ernennung dem Nationalrat ein Budgetprogramm zur Kenntnis zu bringen.

Darüber hinaus hat die Bundesregierung jährlich spätestens zu Beginn der Beratungen des von ihr vorgelegten Entwurfes eines Bundesfinanzgesetzes in dem damit betrauten Ausschuß des Nationalrates diesem Ausschuß einen Bericht über Lage, Rahmenbedingungen und Entwicklung des Bundeshaushaltes sowie der außerbudgetären Finanzierungsvorhaben (Budgetbericht) vorzulegen (§ 13 BHG). Der Budgetbericht hat insbesondere über die Erfüllung des Budgetprogrammes (§ 12 BHG) Aufschluß zu geben.

Jedes haushaltsleitende Organ hat die für die Erstellung des Budgetprogrammes und des Budgetberichtes erforderlichen Unterlagen samt Erläuterungen dem Bundesminister für Finanzen rechtzeitig zu übermitteln, der den Entwurf des Budgetberichtes und des Budgetprogrammes sodann der Bundesregierung rechtzeitig zur Beschlußfassung vorzulegen hat.

Bundesrechnungsabschluß

Der Rechnungshof verfaßt den Bundesrechnungsabschluß und legt ihn dem Nationalrat vor (Art. 121 Abs. 2 B-VG in Verbindung mit § 98 BHG und § 9 des Rechnungshofgesetzes 1948). Diese Obliegenheit erfüllt der Rechnungshof auf Grund der ihm von den haushaltsleitenden Organen des Bundes (§ 5 Abs. 1 BHG) zu übermittelnden Teilrechnungsabschlüsse. Der Bundesrechnungsabschluß ist vor der Vorlage an den Nationalrat vom Rechnungshof dem Bundesminister für Finanzen zur Stellungnahme zu übermitteln. Der Bundesminister für Finanzen kann sodann innerhalb dreier Wochen Äußerungen zum Bundesrechnungsabschluß erstatten. Der Rechnungshof hat den Bundesrechnungsabschluß in der Folge dem Nationalrat spätestens acht Wochen vor Ablauf des nächstfolgenden Finanzjahres vorzulegen. Die Genehmigung des Bundesrechnungsabschlusses durch den Nationalrat erfolgt in der Form eines Gesetzesbeschlusses, der nicht dem Mitwirkungsrecht des Bundesrates (Art. 42 Abs. 5 B-VG) unterliegt und als solcher im Bundesgesetzblatt kundzumachen ist.

Der Bundesrechnungsabschluß selbst wird als gesondertes, käufliches Druckwerk im Wege des Rechnungshofes, 1030 Wien, Dampfschiffstraße 2, der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Vorschriften für die Haushaltsführung

Die Haushaltsführung (§ 1 Abs. 2 BHG) des Bundes hat sich nach den haushaltsrechtlichen Verfassungsbestimmungen (Art. 13 Abs. 2, 51, 51 a, 51 b und 51 c B-VG) in Verbindung mit den einschlägigen Bestimmungen des Bundeshaushaltsgesetzes, BGBl. Nr. 213/1986, in der geltenden Fassung und den hiezu ergangenen Durchführungsvorschriften zu orientieren. Die in anderen Bundesgesetzen enthaltenen abweichenden Vorschriften für die Haushaltsführung werden durch das Bundes-

340

Bundshaushaltsrecht

haushaltsgesetz insoweit nicht berührt, als sie mit den oben angeführten haushaltsrechtlichen Verfassungsbestimmungen im Einklang stehen (vgl. hierzu Art. 51 Abs. 6 B-VG in Verbindung mit § 100 Abs. 3 BHG).

Oberstes Ziel der Haushaltsführung ist die Erfüllung der Aufgaben des Bundes durch die Ermittlung und Bereitstellung der hierfür benötigten Geldmittel unter Beachtung der Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit sowie der Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes, wobei insbesondere auch die Verbundenheit der Finanzwirtschaft des Bundes, der Länder und Gemeinden zu berücksichtigen ist.

Gliederung des Bundesvoranschlages

341

V. Gliederung des Bundesvoranschlages 1)

Gebarung

Wirksame und unwirksame Gebarung

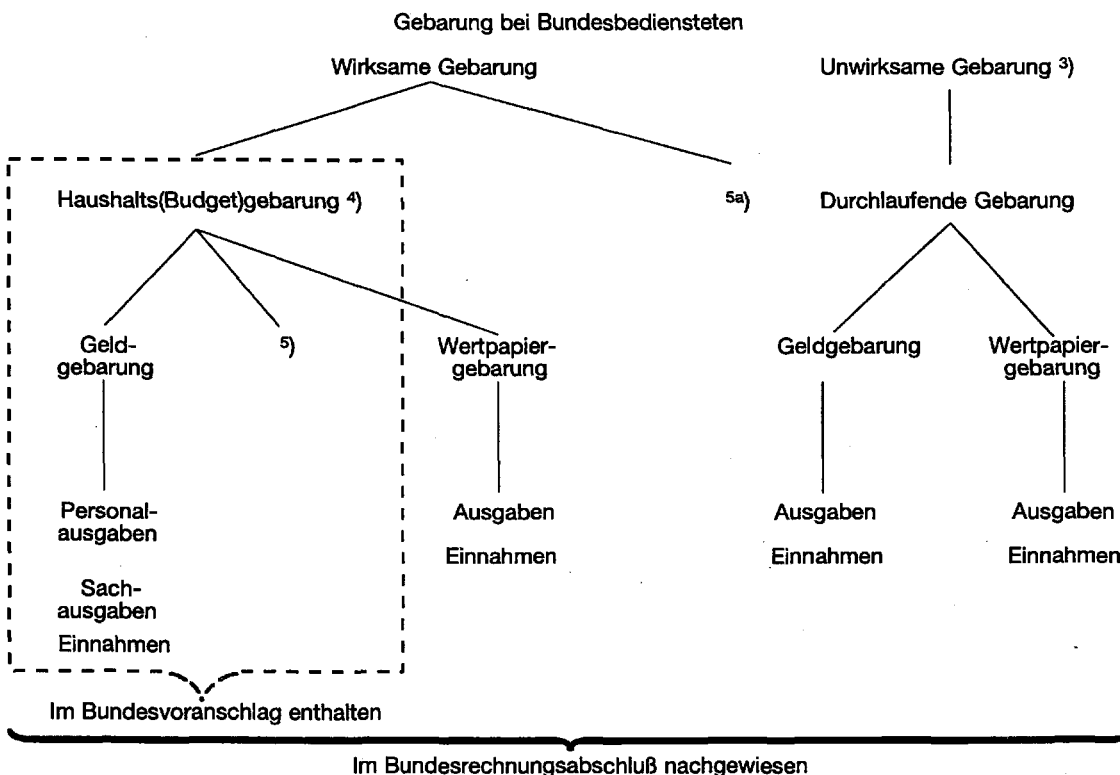
Die derzeit gültigen Haushaltsvorschriften des Bundes unterscheiden zwischen voranschlagswirksamer und -unwirksamer Gebarung.

Der Begriff „wirksam“ ist nicht identisch mit den Begriffen „erfolgs- bzw. vermögenswirksam“. Die Haushaltsvorschriften des Bundes verstehen darunter vor allem die Wirksamkeit in bezug auf die einzelnen Voranschlagsansätze des Bundesvoranschlages. Wirksam im Sinne der Haushaltsvorschriften des Bundes ist daher eine Ausgabe oder Einnahme, wenn sie ihrer Art nach im Bundesvoranschlag vorgesehen ist. Im Bundesvoranschlag werden Ausgaben und Einnahmen vorgesehen, wenn sie auf Grund gesetzlicher, vertraglicher oder sonstiger Bestimmungen endgültig solche des Bundes sind ²⁾. Müssen wirksame Bundeseinnahmen auf Grund einer Zweckwidmung einem Dritten überwiesen werden, stellen die dadurch bedingten Ausgaben trotzdem auch eine wirksame Gebarung dar. Ebenso zählen Ausgaben und Einnahmen aus Vergütungen von Leistungen zwischen Bundesdienststellen, soweit die haushaltsrechtlichen Vorschriften solche vorsehen, zur wirksamen Gebarung.

Alle anderen bei Bundesdienststellen anfallenden Gebarungen werden als unwirksam bezeichnet.

Haushaltsgebarung

Wie aus der nachstehenden Übersicht ersehen werden kann, umfaßt der dem Bundesfinanzgesetz angeschlossene Bundesvoranschlag nur die Haushaltsgebarung des Bundes.



1) Nähere Einzelheiten enthält der vom Bundesministerium für Finanzen herausgegebene Leitfaden für den Ansatz- und Kontenplan des Bundes (Siehe Fußnote 7); der I. und II. Teil mit Stichwortverzeichnis zum Kontenplan des Bundes wurde im Dezember 1990 neu aufgelegt. Die Einigung der Gebietskörperschaften Bund, Länder und Gemeinden über einen gemeinsamen Kontenplan fand ihren Niederschlag in der Voranschlags- und Rechnungsabschlußverordnung (VRV), BGBl. Nr. 493/1974.

2) Gegenstand der Veranschlagung sind nur die kassamäßigen Ausgaben und Einnahmen, nicht aber die in Wertpapieren vollzogenen Gebarungen.

3) Entspricht der Gebarung der Bestands- und Erfolgsverrechnung.

4) Entspricht der Gebarung der voranschlagswirksamen Verrechnung.

5) Bis einschließlich Bundesvoranschlag 1977 Trennung in ordentliche und außerordentliche Gebarung. Nähere Einzelheiten siehe Seite 342.

5a) Bis einschließlich Bundesvoranschlag 1987 wurden die Erlöse aus Schuldaufnahmen in der sogenannten Anlehensgebarung verrechnet, die nicht Bestandteil der Haushalts(Budget)gebarung war. Weitere Einzelheiten siehe Seite 342 unter „Änderung in der Gliederung ab Bundesvoranschlag 1988“.

Bis zum Bundesvoranschlag 1977 war die Haushaltsgebarung getrennt in ordentliche und außerordentliche Gebarung. Diese traditionelle Gliederung war im Sinne der seinerzeitigen Auffassung, daß nur einmalige oder betragsmäßig den normalen Wirtschaftsrahmen übersteigende Vorhaben aus Kreditoperationen finanziert werden durften, während in der ordentlichen Gebarung der jährliche Budgetausgleich aus laufenden Einnahmen zu erfolgen hätte, begründet. Die verstärkte Heranziehung des Budgets zu konjunkturpolitischen Zwecken, der Umfang der Vermögenswerteschaffung im Rahmen der ordentlichen Gebarung sowie die neueren nationalen und internationalen Erkenntnisse der Finanzwissenschaft bedingten jedoch, daß die seinerzeitigen Kriterien für die Veranschlagung von Ausgaben und Einnahmen in der außerordentlichen Gebarung völlig in den Hintergrund traten. Deshalb werden ab dem Jahre 1978 die gesamten Ausgaben und Einnahmen des Bundes in der ordentlichen Gebarung verrechnet.

Gliederung des Bundesvoranschlages

Gliederung des Bundesvoranschlages bis 1966

Das Verwaltungsentlastungsgesetz, BGBl. Nr. 277/1925, sah im Artikel 6 Punkt II vor, daß die Ausgaben und Einnahmen des Bundesvoranschlages unter genauer Anlehnung an die jeweilige Gliederung der Verwaltung in fortlaufend nummerierten Gruppen, Kapiteln, Titeln, Paragraphen und allenfalls weiter erforderlichen Unterteilungen übersichtlich zu ordnen sind. Im Laufe der Jahre zeigte es sich, daß diese institutionelle Gliederung nicht ausreicht, die Leistungen und Aufgaben der öffentlichen Hand übersichtlich darzulegen.

Neugliederung ab Bundesvoranschlag 1967

Bei den Vorarbeiten für die Neuordnung des Bundeshaushaltsrechtes⁶⁾ wurde die Erkenntnis gewonnen, daß auch die Verrechnung des Bundes neu zu gestalten wäre.

Der Einsatz von Datenverarbeitungsanlagen bedingte, daß der Plan für die finanzgesetzlichen Ansätze des Bundesvoranschlages (Ansatzplan) und der Kontenplan für die Untergliederung der einzelnen finanzgesetzlichen Ansätze nach einem dekadisch nummerierten System erstellt werden mußte.

Die finanzgesetzliche Ansatz-Gliederung des Bundesvoranschlages 1967 ist bereits nach dem neuen, dekadisch nummerierten Ansatzplan vorgenommen worden. Der neue Kontenplan hat bei der Erstellung des Budgetentwurfes 1968 Berücksichtigung gefunden.

Änderung in der Gliederung ab Bundesvoranschlag 1988

Gemäß § 16 Abs. 1 Bundeshaushaltsgesetz ist der Bundesvoranschlag in einen allgemeinen Haushalt und in einen Ausgleichshaushalt zu gliedern. Der Ausgleichshaushalt umfaßt die Einnahmen aus der Aufnahme und die Ausgaben für die Rückzahlung von Finanzschulden und zur vorübergehenden Kassenstärkung eingegangenen Geldverbindlichkeiten, die Einnahmen und Ausgaben infolge eines Kapitalaustausches bei Währungstauschverträgen, die Ausgaben für die Tilgung von Schulden aus Haftungen und die Einnahmen aus diesbezüglichen Regreßforderungen sowie die Ausgaben für den Ersatz oder die Übernahme von Ausgaben für Tilgungen von Anleihen, Darlehen und sonstigen kreditoperationen auf Grund bundesgesetzlicher Anordnung, der allgemeine Haushalt die übrigen Einnahmen und Ausgaben. Ausgenommen von der Veranschlagung sind lediglich die Einnahmen aus der Aufnahme und die Ausgaben aus der Rückzahlung von Finanzschulden im Rahmen einer Prolongation oder Konversion.

Zum nachstehenden Schema der Bundesvoranschlag-Gliederung nach dem neuen Ansatzplan ist zu bemerken⁷⁾:

Haushalt

Entsprechend der Gliederung des Bundesvoranschlages wird jedem Voranschlagsansatz des Bundesvoranschlages eine der nachstehend angeführten Zuordnungsziffern vorausgestellt:

	Zuordnungs- ziffer	Kurzbezeich- nung)
Ausgaben des allgemeinen Haushaltes.....	1	A
Einnahmen des allgemeinen Haushaltes.....	2	E
Ausgaben des Ausgleichshaushaltes.....	7	Au
Einnahmen des Ausgleichshaushaltes.....	8	Eu

⁶⁾ Siehe Seiten 339 bis 340.

⁷⁾ Weitere grundsätzliche Ausführungen siehe „Leitfaden für den Ansatz- und Kontenplan des Bundes, I. Teil“, in „Kontenpläne für Gebietskörperschaften (KOG)“, herausgegeben vom Bundesministerium für Finanzen, im Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei (Neuaufgabe 1990).

Ansatzplanschema — Gebarungsgruppen

343

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ansatzbezeichnung	Erfolgswirksame Ausgaben bzw. Einnahmen		Bestands-wirksame Ausgaben bzw. Einnahmen	Summe
								Personal-	Sach-		
								ausgaben ^{a)}			
								Millionen Schilling			
Voranschlags-ansatz											

^{a)} Die Untergliederung in Personal- und Sachausgaben entfällt bei den erfolgswirksamen Einnahmen.

Schema des dekadisch numerierten Ansatzplanes

Der seinerzeitigen Kapitel-Gliederung des Bundesvoranschlages entspricht ab 1967 — unter Berücksichtigung der seither eingetretenen Kompetenzänderungen — die folgende Gliederung:

Gruppe	Kapitel	Bezeichnung der Gruppen und Kapitel
0		Oberste Organe:
	1	Präsidentenkanzlei
	2	Bundesgesetzgebung
	3	Verfassungsgerichtshof
	4	Verwaltungsgerichtshof
	5	Volksanwaltschaft
	6	Rechnungshof
1		Innenverwaltung:
	0	Bundeskanzleramt mit Dienststellen
	1	Inneres
	2	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten
	3	Kunst
	4	Wissenschaft und Forschung
	5	Soziales
	6	Sozialversicherung
	7	Gesundheit
	8	Umwelt
	9	Jugend und Familie
2		Auswärtige Angelegenheiten:
	0	Äußeres
3		Justizwesen:
	0	Justiz
4		Landesverteidigung:
	0	Militärische Angelegenheiten
5		Finanzen:
	0	Finanzverwaltung
	1	Kassenverwaltung
	2	Öffentliche Abgaben
	3	Finanzausgleich
	4	Bundesvermögen
	5	Pensionen (Hoheitsverwaltung)
	9	Finanzschuld, Währungstauschverträge

344

Gebärungsgruppen

Gruppe	Kapitel	Bezeichnung der Gruppen und Kapitel
6		Wirtschaft:
	0	Land- und Forstwirtschaft
	3	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr
	4	Bauten und Technik
	5	Verkehr und öffentliche Wirtschaft
7		Bundesbetriebe:
	1	Bundestheater

Die übrigen Dekaden der Voranschlagsansätze, d. s. Titel, Paragraphen und Unterteilungen, dienen der weiteren Aufgliederung der Ausgaben und Einnahmen nach organorientierten und finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Dekade „Unterteilung“

Die Reihung der Ausgaben und Einnahmen einer Institution wird im wesentlichen durch die 5. Dekade des Ansatzplanes, das ist die Unterteilung, gesteuert.

Finanzwirtschaftliche Gliederungselemente (Gebärungsgruppen)

Bei den **Ausgabenansätzen** ist gemäß § 20 BHG die 5. Dekade finanzwirtschaftlichen Gliederungselementen, das sind die Gebärungsgruppen, vorbehalten, deren Kennzeichnung wie folgt vorzunehmen ist:

Personalausgaben:

Gebärungsgruppe	Standardtext im Ansatzplan, wenn keine spezielle Ansatzbezeichnung vorliegt	Kurzbezeichnung
0 = Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen), Personalausgaben	Personalausgaben	A/G-P

Sachausgaben:

2 = Anlagen (Gesetzliche Verpflichtungen).....	Anlagen (Gesetzl. Verpflichtungen)	An/G
3 = Anlagen (Ermessensausgaben)	Anlagen	An
4 = Förderungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	F/G
5 = Förderungen — Darlehen (Ermessensausgaben)	Förderungen (D)	F-D
6 = Förderungen — Zuschuß (Ermessensausgaben)	Förderungen	F
7 = Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen), Sachausgaben	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	A/G-S
8 = Aufwendungen — erfolgswirksam (Ermessensausgaben)	Aufwendungen	A
9 = Aufwendungen — bestandswirksam (Ermessensausgaben)	Aufwendungen (B)	A-B

22*

Gesetzliche Verpflichtungen und Ermessensausgaben

345

Bei den **Einnahmenansätzen** ist gem. § 20 BHG die 5. Dekade für folgende Kennzeichnungen reserviert:

Gebarungsgruppe	Standardtext im Ansatzplan, wenn keine spezielle Ansatzbezeichnung vorliegt	Kurzbezeichnung
0 } Zweckgebundene Einnahmen (Erfolgs-	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	ZE
1 } wirksame Einnahmen).....		
2 } Zweckgebundene Einnahmen (Bestandswirk-	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen	ZB
3 ⁹⁾ } same Einnahmen)		
4 } Sonstige Einnahmen (Erfolgswirksame Ein-	Erfolgswirksame Einnahmen	E
5 } nnahmen)		
6 } Sonstige Einnahmen (Bestandswirksame Ein-		
7 } nnahmen)	Bestandswirksame Einnahmen	B
8 } Sonstige Einnahmen (Bestandswirksame Ein-		
9 ⁹⁾ } nnahmen)		

Als Ausgaben für „**A n l a g e n**“ sind die Ausgaben zur Anschaffung oder Herstellung von Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens des Bundes zu veranschlagen, sofern diese Ausgaben im einzelnen die nach den jeweils geltenden einkommensteuerrechtlichen Bestimmungen für geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens festgesetzten Betragsgrenzen (dzt. 5 000 S) übersteigen. Nicht als „Anlagen“ zu veranschlagen sind Ausgaben für die Herstellung von beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens in Eigenregie. Ersatzanschaffungen sind auch bei den Anlagenansätzen zu verrechnen¹⁰⁾.

Als Ausgaben für „**F ö r d e r u n g e n**“ sind Ausgaben des Bundes für zins- oder amortisationsbegünstigte Gelddarlehen, Annuitäten-, Zinsen- und Kreditkostenzuschüsse sowie sonstige Geldzuwendungen zu veranschlagen, die der Bund einer natürlichen oder juristischen Person für eine von dieser erbrachte oder beabsichtigte Leistung, an der ein erhebliches vom Bund wahrzunehmendes öffentliches Interesse besteht, gewährt, ohne dafür unmittelbar eine angemessene, geldwerte Gegenleistung zu erhalten¹¹⁾.

Ausgenommen von dieser Veranschlagung sind Ausgaben für Finanzzuweisungen und sonstige Zuschüsse an Gebietskörperschaften gemäß § 12 F-VG 1948 sowie für Zuschüsse mit Sozialleistungscharakter^{11a)}.

Unter „**A u f w e n d u n g e n**“ sind alle Ausgaben veranschlagt, soweit sie keine Ausgaben für Anlagen oder Förderungen darstellen.

Bis einschließlich 1973 waren die Aufwendungen bei zwei Gebarungsgruppen veranschlagt gewesen, und zwar bei den Ansätzen „Verwaltungsaufwand“ und „Aufwandskredite“. Für die Zusammenlegung war maßgeblich, daß eine genaue Trennung dieser beiden Ausgaben-Gruppen, die beide Aufwendungen zum Inhalt hatten, nicht immer möglich war.

Eine kapitelweise Aufgliederung der gesamten Sachausgaben nach Gebarungsgruppen enthält die Anlage I b zum Bundesfinanzgesetz.

Gesetzliche Verpflichtungen und Ermessensausgaben

Bei den Gebarungsgruppen sind jeweils die Ausgaben auf Grund gesetzlicher Verpflichtungen gesondert von den übrigen Ausgaben veranschlagt. Als „**Gesetzliche Verpflichtungen**“ (als Begriff des Bundeshaushaltsrechtes) sind die Ausgaben veranschlagt, die sich auf Ansprüche gründen, die dem Grunde und der Höhe nach in einem Bundesgesetz so eindeutig festgelegt sind, daß sie in dieser Hinsicht weder bei der Erstellung des Bundesfinanzgesetzes noch bei der Vollziehung des betreffenden Bundesgesetzes beeinflussbar sind. Die gemäß § 20 Abs. 3 BHG zu den Personalausgaben zählenden Ausgaben und die Ausgaben für die Zahlung öffentlicher Abgaben sind

⁹⁾ Im allgemeinen Haushalt nur Darlehensrückzahlungen.

¹⁰⁾ Die Betragssumme aller Anlagen-Ansätze ist nicht identisch mit den Zugängen im Vermögen des Bundes. Über die Änderungen im Vermögen des Bundes geben gesonderte Aufschreibungen Aufschluß.

¹¹⁾ Ob es sich um Ausgaben für die Finanzierung von Investitionen Dritter (Investitionsförderung) oder ob es sich um sonstige Förderungen (Förderungszuwendungen) handelt, ist aus den Kontenplan-Kennziffern (= Post-Nummern in den Postenverzeichnissen der Teilhefte ersichtlich.

^{11a)} Sozialleistungen sollen auf Grund der sie regelnden Rechtsvorschriften unmittelbar Einkommensverbesserungen der Empfänger bewirken und die Befriedigung von deren Individualbedürfnissen ermöglichen, wobei die Verwendung dieser Geldzuwendungen keiner rechtlichen Beschränkung oder rechtlich normierten Kontrolle unterworfen wird.

Funktionelle Gliederung (Aufgabenbereiche)

den Ausgaben für gesetzliche Verpflichtungen gleichzusetzen. Alle übrigen Ausgaben sind als „Ermessensausgaben“ zu veranschlagen.

Ausgaben, die auf Grund gesetzlicher Ermächtigungen erfolgen, sind als Ermessensausgaben dargestellt, da für deren Genehmigung bzw. für deren Höhe das Ermessen des zuständigen Ressorts ausschlaggebend ist. Zu den Ermessensausgaben zählen daher insbesondere Ausgaben, die auf Grund des gesetzlich festgelegten Aufgabenbereiches einer Bundesbehörde anfallen, für die aber eine zwingende Leistungsverpflichtung der Höhe nach durch materielle Bestimmungen eines eigenen Bundesgesetzes nicht gegeben ist.

Funktionelle Gliederung (Aufgabenbereiche)

Die organorientierte Gliederung ist für einen öffentlichen Haushaltsplan notwendig, weil sie jene Gliederung ergibt, die dem Verfügungs- und Verantwortungsbereich der Organe der öffentlich-rechtlichen Körperschaften entspricht. Diese organorientierte Gliederung reicht aber nicht aus, die Aufgabenzwecke und Leistungen der öffentlichen Hand übersichtlich darzustellen. Aus diesem Grunde werden die Ausgaben und Einnahmen des Bundesvoranschlags nach funktionellen Gesichtspunkten aufgegliedert bzw. Aufgabenbereichskennziffern zugeordnet.

Auf der Ausgabenseite richtet sich die funktionelle Zuordnung nach dem mit einer Ausgabe verfolgten Zweck, wie zB erzieherische, kulturelle, soziale, verschiedene wirtschaftliche Zwecke. Wenn dieses Kriterium für Zuordnungszwecke nicht ausreicht, ist als weiteres Kriterium die Wirkung beim Empfänger der staatlichen Leistung in die Überlegung einzubeziehen.

Bei der funktionellen Zuordnung der Einnahmen ist entscheidend, für welche funktionelle Bereiche Einnahmen aufgebracht werden oder gewidmet sind, bzw. von welchen Bereichen die Einnahmen zufließen. In der Regel werden die im Zusammenhang mit der Tätigkeit eines Organs anfallenden Einnahmen, soweit letztere keine besondere Zweckwidmung aufweisen, zu dem Aufgabenbereich zählen, dem die Ausgaben des Organs zugeordnet sind.

Die funktionelle Gliederung wurde in Anlehnung an ein von der UNO empfohlenes Schema geschaffen und entspricht mit den nachfolgend aufgezeigten 17 Aufgabenbereichen auch den internationalen Erfordernissen.

Kennziffer	Einzelne Aufgabenbereiche	Kurzbezeichnung
11	Erziehung und Unterricht.....	EU
12	Forschung und Wissenschaft.....	FW
13	Kunst.....	Kn
14	Kultus.....	KI
21	Gesundheit.....	Gh
22	Soziale Wohlfahrt.....	SW
23	Wohnungsbau.....	Wb
32	Straßen.....	St
33	Sonstiger Verkehr.....	Vk
34	Land- und Forstwirtschaft.....	Lf
35	Energiewirtschaft (Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwirtschaft).....	En
36	Industrie und Gewerbe (einschließlich Bergbau).....	IG
37	Öffentliche Dienstleistungen.....	ÖD
38	Private Dienstleistungen (einschließlich Handel).....	PD
41	Landesverteidigung.....	Lv
42	Staats- und Rechtssicherheit.....	SR
43	Übrige Hoheitsverwaltung.....	Hv

Die im Bundesvoranschlag, der Anlage I zum Bundesfinanzgesetz, ausgewiesene Aufgabenbereich-Kennziffer ist kein Bestandteil der Voranschlagsansatz-Kennziffer (siehe auch § 22 BHG).

Funktionelle Gliederung (Aufgabenbereiche)

347

Zu den einzelnen Aufgabenbereichen ist zu bemerken:

Grundsätzliches

Ausgaben eines Aufgabenbereiches können die unmittelbaren Ausgaben für Amtsorgane sowie für Organe der betriebsähnlichen Einrichtungen und der Bundesbetriebe, ferner Zahlungen an Gebietskörperschaften, andere Rechtsträger öffentlichen Rechtes, sonstige juristische Personen und physische Personen sein, wobei es sich bei diesen Zahlungen um Darlehen, Zuschüsse und sonstige Transferzahlungen, Überweisungen, Abgangsdeckungen, Kapitalsbeteiligungen, Anteilerwerbungen an Unternehmungen und ähnliches handeln kann.

Der Aufwand der für die einzelnen Aufgabenbereiche tätig werdenden Bundesorgane ist jeweils als Aufwand dieser Bereiche dargestellt.

Jedenfalls sind auch die Ausgaben für die mit den ausgewiesenen Aufgabengebieten in Zusammenhang stehenden Einrichtungen, Aktionen und sonstigen Maßnahmen, wie zB auch die baulicher Natur (Neubau und Instandhaltung) bei den einzelnen Aufgabenbereichen einzubeziehen.

Für die Einnahmen gelten diese und die nachfolgenden Ausführungen sinngemäß.

Erziehung und Unterricht

Der Bereich „Erziehung und Unterricht“ (EU) umfaßt das Schulwesen (ausgenommen die Universitäten, wissenschaftliche Anstalten und Kunsthochschulen), die Volksbildung, die außerschulische Jugenderziehung sowie die außerschulische Leibeserziehung.

Forschung und Wissenschaft

Zum Aufgabenbereich „Forschung und Wissenschaft“ (FW) zählen alle Ausgaben für die Wissenschaft, die wissenschaftliche Lehre und die Forschung (vornehmlich für Universitäten, wissenschaftliche Anstalten und wissenschaftliche Bibliotheken).

Kunst

Zum Bereich „Kunst“ (Kn) zählen die Ausgaben in allen Kunstbereichen einschließlich der Hochschulen künstlerischer Richtung und der Kunstakademien; außerdem gehören zu diesem Bereich Ausgaben für Museen und Sammlungen, Denkmalschutz und Denkmalpflege, Verlagswesen und urheberrechtliche Angelegenheiten, Rundfunk und Fernsehen, Schall- und Tonträger sowie kulturelle Auslandbeziehungen.

Kultus

Dem Aufgabenbereich „Kultus“ (Kl) sind die Ausgaben zuzurechnen, die an Kirchen und Religionsgesellschaften geleistet werden.

Nicht einzubeziehen sind Zahlungen an diese Rechtsträger für Restaurierungsarbeiten und ähnliche im denkmalpflegerischen Sinn.

Gesundheit

Dem Aufgabenbereich „Gesundheit“ (Gh) gehören alle Ausgaben an, die der Vorbeugung gegen Krankheiten, zur Erhaltung der Gesundheit sowie dem Umweltschutz dienen.

Nicht einzubeziehen sind Ausgaben für veterinärmedizinische Angelegenheiten sowie Dienstgeberbeiträge zur Krankenversicherung.

Jedenfalls zählen hiezu Ausgaben des Bundes für die gesetzliche Krankenversicherung, individuelle Gesundheitsdienste und spezielle Gesundheitsprogramme.

Soziale Wohlfahrt

Der Bereich „Soziale Wohlfahrt“ (SW) umfaßt alle Ausgaben zur Milderung von physischen, wirtschaftlichen und sozialen Notlagen von Einzelpersonen, soweit diese Ausgaben nicht den Aufgabenbereichen Gesundheit und Wohnungsbau zuzuzählen sind.

Nicht inbegriffen sind Ausgaben des Bundes für die gesetzliche Krankenversicherung und Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung, die als Lohnbestandteile anzusehen sind und daher gemeinsam mit dem jeweiligen Bedienstetenaufwand zur Darstellung gelangen.

348

Funktionelle Gliederung (Aufgabenbereiche)

Inbegriffen sind die Leistungen des Bundes zur Sozialversicherung, die Aufwendungen der Arbeitsmarktverwaltung und für sonstige sozialpolitische Maßnahmen (ua. auch Preisstützungen, soweit sie nicht wirtschaftsfördernde Maßnahmen darstellen), ferner Ausgaben für Kriegsoffer und Heeresversorgung, Jugendfürsorge und familienpolitische Maßnahmen, Hilfe für chronisch bzw. unheilbar Erkrankte sowie sonstige Wohlfahrtseinrichtungen.

Wohnungsbau

Zum Aufgabenbereich „Wohnungsbau“ (Wb) zählen die Ausgaben für Wohnungsbauten und die Wohnungsfürsorge, insbesondere aber die Förderung des Wohnungsbaues und des Siedlungswesens.

Straßen

Dem Aufgabenbereich „Straßen“ (St) sind alle Ausgaben für den Ausbau und die Erhaltung der Bundesstraßen und Autobahnen samt Brücken und zugehörigen Objekten sowie Ausgaben des Bundes für sonstige straßenverkehrsfördernde Maßnahmen zugeordnet.

Sonstiger Verkehr

Im Aufgabenbereich „Sonstiger Verkehr“ (Vk) sind alle Ausgaben des Bundes aus sonstigen Verkehrseinrichtungen und verkehrsfördernden Maßnahmen erfaßt, wozu insbesondere die Ausgaben des Bundes für Eisenbahnen, schiffbare Wasserwege, Luftfahrt sowie Post- und Fernmeldeeinrichtungen gerechnet werden.

Land- und Forstwirtschaft

Der Bereich „Land- und Forstwirtschaft“ (Lf) umfaßt die Ausgaben des Bundes aus seiner eigenen wirtschaftlichen Tätigkeit und aus wirtschaftsfördernden Maßnahmen, soweit beide den Sektor Land- und Forstwirtschaft betreffen. Neben Ausgaben für die Produktionssteigerung und den Schutz der Land- und Forstwirtschaft zählen zu diesem Aufgabenbereich insbesondere auch einschlägige Preisausgleichszahlungen.

Jedenfalls sind auch Ausgaben für Jagd und Fischerei, veterinärmedizinische Angelegenheiten, landwirtschaftliche Güterwege, Elektrifizierung und Nutzwasserversorgung landwirtschaftlicher Anwesen, weiters Aufwendungen für den landwirtschaftlichen Wasserbau sowie für die Hochwasser- und Lawinenverbauung einzubeziehen.

Energiewirtschaft

Dem Aufgabenbereich „Energiewirtschaft“ (En) sind alle Ausgaben des Bundes für Zwecke der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwirtschaft einschließlich der Versorgung mit Wärme und Dampf hinzuzurechnen. Der Aufwand hydroelektrischer Bauten ist hier auch nachzuweisen, selbst wenn diese durch Hochwasserschutz und Bewässerung unmittelbar der Landwirtschaft nützen.

Nicht einzubeziehen sind Ausgaben für die Wasserversorgung, die beim Aufgabenbereich „Öffentliche Dienstleistungen“ auszuweisen sind.

Industrie und Gewerbe (einschließlich Bergbau)

Im Aufgabenbereich „Industrie und Gewerbe“ (einschließlich Bergbau) (IG) werden die Ausgaben des Bundes aus seiner eigenen wirtschaftlichen Tätigkeit und aus wirtschaftsfördernden Maßnahmen, soweit beide diesen Sektor betreffen, zusammengefaßt.

Jedenfalls zählen Ausgaben für das Patentwesen und für das zivilwirtschaftliche Rechtswesen zu diesem Bereich.

Soweit Ausgaben für Kohlenbergbau sowie für die Erdöl- und Erdgasindustrie in diesem Bereich anfallen, ist deren Summe anmerkungswise auszuweisen.

Öffentliche Dienstleistungen

Zum Aufgabenbereich „Öffentliche Dienstleistungen“ (ÖD) zählen Einrichtungen, wie Gebäude-, Parkanlagen-, Tiergarten- und Bäderverwaltungen und ähnliche, oder Dienste, die Bereiche wie Wasserversorgung, Kanalisation und andere sanitäre Dienste betreffen.

**Funktionelle Gliederung (Aufgabenbereiche) —
Erfolgswirksame und bestandswirksame Einnahmen oder Ausgaben**

349

Private Dienstleistungen

Dem Bereich „Private Dienstleistungen“ (einschließlich Handel) (PD) werden Ausgaben für Fremdenverkehr, Handels- und Finanztätigkeit und sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen zugerechnet.

Nicht einzubeziehen ist in diesen Aufgabenbereich die Gebarung der Heilbäder, die zum Bereich Gesundheit gehören.

Landesverteidigung

Der Aufgabenbereich „Landesverteidigung“ (Lv) umfaßt alle laufenden und Kapital-Ausgaben für militärische Streitkräfte und Verteidigungsbehörden sowie für zivile Verteidigungsausgaben (zB Zivilschutz) und die wirtschaftliche Mobilisierung in Notzeiten.

Staats- und Rechtssicherheit

Im Aufgabenbereich „Staats- und Rechtssicherheit“ (SR) gelangen die Ausgaben aus sämtlichen polizeilichen Tätigkeiten und aus dem Gerichtswesen einschließlich des Gefängniswesens und der sonstigen Justizeinrichtungen zur Nachweisung. Dazu zählen auch die Ausgaben für den Verfassungsgerichtshof, den Verwaltungsgerichtshof und die Volksanwaltschaft.

Nicht einzubeziehen sind die Ausgaben für das zivilwirtschaftliche Rechtswesen, die dem Bereich Industrie und Gewerbe zuzurechnen sind.

Übrige Hoheitsverwaltung

Der Aufgabenbereich „Übrige Hoheitsverwaltung“ (Hv) umfaßt die Ausgaben für den Bundespräsidenten, die Organe der Gesetzgebung, die obersten Vollzugs- und Kontrollorgane (zB Bundesministerien, Landesregierungen, Rechnungshof), für die Finanzverwaltung, die Führung der auswärtigen Angelegenheiten, die Nachrichtendienste und ähnliche allgemeine Dienste, insbesondere der Wirtschaftsverwaltung, wie zB Eich- und Vermessungswesen, für Zahlungen im Rahmen des Finanzausgleiches, soweit es sich nicht um zweckgebundene Mittel für bestimmte Bereiche handelt, für den Schuldendienst des Bundes, für Auslandshilfe und andere Auslandstransfers, wozu insbesondere auch die Beiträge an internationale Organisationen zählen, für Entschädigungen auf Grund des Staatsvertrages und für den Aufwand für die Pensionsparteien der Hoheitsverwaltung des Bundes.

Die Ausgaben aus der Errichtung und Erhaltung von Bundesbauten, aus dem Erwerb von Liegenschaften durch den Bund sind in diesem Bereich nur dann nachzuweisen, wenn die Zugehörigkeit zu einem anderen Aufgabenbereich nicht eindeutig aus der Ansatz- und Postengliederung hervorgeht.

Nicht einzubeziehen ist der Aufwand für das Verteidigungsministerium, der zum Bereich Landesverteidigung zählt.

Übersichten

Eine Aufgliederung der Gesamtausgaben und -einnahmen des Bundesvoranschlages 1998 nach finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten einerseits¹²⁾ und funktionellen Gesichtspunkten andererseits sowie deren Kombinierung enthalten die Anlagen I c und II a zum Bundesfinanzgesetz. Gleichartige Aufgliederungen hinsichtlich der Ausgaben und Einnahmen der einzelnen Kapitel des Bundesvoranschlages 1998 befinden sich in den entsprechenden Teilheften.

Erfolgswirksame und bestandswirksame Einnahmen oder Ausgaben

In der Bundesverrechnung sind als erfolgswirksame Einnahmen oder Ausgaben solche zu veranschlagen, die im Zeitpunkt der Geldeinnahme oder -ausgabe den Unterschied zwischen dem Vermögen und den Schulden des Bundes vermehren oder vermindern, als bestandswirksame Einnahmen

¹²⁾ Siehe Seiten 344 bis 346.

Kontenplan für die Bundesverwaltung

oder Ausgaben solche, die diesen Unterschied nicht verändern.¹³⁾ Als erfolgswirksame Ausgaben gelten auch die Ausgaben zur Anschaffung oder Herstellung von Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, soweit sich diese Ausgaben auf geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens im Sinne der einkommensteuerrechtlichen Bestimmungen beziehen.

Kontenplan für die Bundesverwaltung^{13a)}

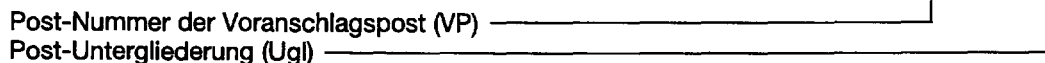
Gemäß § 24 BHG ist zu den Voranschlagsansätzen des Bundesvoranschlages in den Teilheften die erforderliche Anzahl von Voranschlagsposten zu bilden. Hiebei sind rechtlich oder wirtschaftlich gleichartige Einnahmen oder Ausgaben betragsmäßig unter eigenen Voranschlagsposten zusammenzufassen. Bei der Bildung der Voranschlagsposten sind auch die Erfordernisse des Investitionsprogramms, der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und der Finanzstatistik zu beachten. Die Bildung der Voranschlagsposten ist für alle Organe des Bundes einheitlich und unter Anwendung des Dezimalsystems in einem Postenverzeichnis vorzusehen. Der Bundesminister für Finanzen hat nach Anhörung des Rechnungshofes durch Verordnung den dem Postenverzeichnis zugrunde zu legenden Kontenplan zu erlassen, der auch Konten für die Bestands- und Erfolgsverrechnung zu umfassen hat^{13b)}.

Über die Systematik des Kontenplanes des Bundes und des Postenschemas des Bundesvoranschlages sowie über die Zusammenhänge zwischen Kontenplan, Postengliederung und Postenverzeichnis gibt die nachfolgende Darstellung Aufschluß:

Kontenplan

Konten-Klasse (Kl) = erste Stelle der vierstelligen Konto-Kennziffer.....	0●●●	¹⁴⁾
Konten-Unterklasse (Ukl) = zweite Stelle der vierstelligen Konto-Kennziffer ..	●0●●	
Konten-Gruppe (Gru) = dritte Stelle der vierstelligen Konto-Kennziffer	●●0●	
Konten-Stelle (St) = vierte Stelle der vierstelligen Konto-Kennziffer.....	●●●0	
Konto-Kennziffer = Konto (K)	0000	
Konten-Untergliederung (Ugl).....	●●●●	●●●

Postengliederung



Postenverzeichnis

Die zusammenfassende Darstellung aller Voranschlagsposten eines Kapitels des Bundesvoranschlages wird Postenverzeichnis genannt.

Kontenplan

Der Kontenplan berücksichtigt haushaltswirtschaftliche, betriebswirtschaftliche und volkswirtschaftliche Gesichtspunkte und gestattet die Erstellung einer Vermögens- und Schuldenrechnung (Bestandsrechnung) sowie einer Erfolgsrechnung des Bundes.

Postengliederung

Die Ausgaben und Einnahmen der Voranschlagsansätze sind zu mindest nach den im Kontenplan vorgesehenen Kontenarten (Verwendungszwecken) unter Zuhilfenahme vierstelliger Post-

¹³⁾ Es ist also die Auswirkung auf das Bundesvermögen maßgeblich. In der volkswirtschaftlichen Aufgliederung hingegen sind die Vermögenstransaktionen vom Standpunkt der österreichischen Volkswirtschaft gesehen; Ausgaben des Bundes zur „Investitionsförderung“ zählen daher vom Standpunkt des Bundesvermögens gesehen zu den erfolgreichen Ausgaben, vom Standpunkt der österreichischen Volkswirtschaft gesehen zu den Vermögenstransaktionen.

^{13a)} Siehe Fußnote 7) auf Seite 342.

^{13b)} Die Kontenplanverordnung (KVP) erging mit BGBl. Nr. 507/1987, die 2. KPV mit BGBl. Nr. 314/1990.

¹⁴⁾ Aus den Kontenklassen sind die erfolgswirksamen und bestandswirksamen Einnahmen und Ausgaben wie folgt ersichtlich:

	Ausgaben	Einnahmen
	Kontenklasse	
erfolgswirksame.....	4—7	8
bestandswirksame.....	0—3	0—3

Aufgliederung der Bundesgebarung nach Kriterien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung 351

Nummern bzw. zusätzlicher dreistelliger Post-Untergliederungen aufzugliedern. Den im Kontenplan ausgewiesenen vierstelligen Konto-Kennziffern und dreistelligen Konto-Kennzifferuntergliederungen dürfen nur Ausgaben bzw. Einnahmen zugeordnet werden, die den Kontenarten (Verwendungszwecken) dieser Gliederungs-elemente entsprechen.

Darüber hinaus ist es den Ressorts vorbehalten, im Rahmen des im Kontenplan vorgesehenen Kontensystems und unter Heranziehung weiterer Post-Untergliederungen die Postengliederung der Voranschlagsansätze zu verfeinern und die Einzelveranschlagung von Bauvorhaben oder sonstigen Vorhaben bzw. Maßnahmen durchzuführen.

Für den Fall, daß die verfeinerte bzw. zusätzliche Postenaufgliederung kein Gegenstand der Veranschlagung oder sonstiger haushaltsrechtlicher Bestimmungen sein soll, sind Post-Untergliederungen zu verwenden, die an der werthöchsten Stelle mit der Ziffer 9 beginnen (Post-Untergliederungen 901 bis 999).

Aufgliederung der Bundesgebarung nach Kriterien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Die organorientierte Gliederung der Ausgaben und Einnahmen des Bundes ist eine unerläßliche Notwendigkeit jedes Bundesvoranschlags, weil sie jene Gliederung ergibt, die dem Verfügungs- und Verantwortungsbereich der Verwaltungsstellen des Bundes entspricht.

Die Ausgaben und Einnahmen des Bundes stehen aber auch in einer Beziehung zur gesamten Volkswirtschaft. Es muß daher die Gebarung des Bundeshaushaltes auch so aufbereitet sein, daß die einzelnen Gebarungselemente in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung Österreichs eingearbeitet werden können. Dies geschieht einerseits durch entsprechende Bezeichnung der Voranschlagsansätze und andererseits durch den für die Postengliederung der Voranschlagsansätze maßgeblichen Kontenplan. Hierbei wird auf die in der internationalen Statistik gebräuchlichen Begriffsbestimmungen Bedacht genommen.

Nähere Einzelheiten über diese in der Kontenplan-Gliederung bereits berücksichtigte ökonomische Gliederung können den nachfolgenden Ausführungen entnommen werden:

In der Aufgliederung des Bundesvoranschlags nach Kriterien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ökonomische Gliederung) werden die Ausgaben und Einnahmen zunächst in zwei große Bereiche geteilt: laufende Ausgaben und Einnahmen einerseits und Vermögenstransaktionen der Ausgaben- und Einnahmenseite andererseits.

Bei dieser Aufgliederung in laufende Transaktionen und Vermögenstransaktionen sind, da diese Kriterien in den Haushalten und Wirtschaftsbereichen der gesamten österreichischen Volkswirtschaft Anwendung finden müssen, die Auswirkungen auf das österreichische Volksvermögen maßgeblich¹⁵⁾.

In der volkswirtschaftlichen Aufgliederung des Bundesvoranschlags werden als laufende Ausgaben und Einnahmen diejenigen Bundesgebarungen ausgewiesen, die die Höhe des Bundesvermögens vermindern oder vermehren, aber beim Empfänger (das sind Dritte bei Bundesausgaben, der Bund selbst bei Bundeseinnahmen) nicht widmungsgemäß Investitionszwecken dienen oder als Vermögenszuwachs betrachtet werden. Im Sinne der internationalen Gepflogenheit zählt die gesamte Gebarung der Landesverteidigung (einschließlich der Ausgaben für die Heeresbauten) zu den laufenden Ausgaben.

Den Vermögenstransaktionen werden alle Ausgaben und Einnahmen zugerechnet, die entweder nur die Zusammensetzung des Bundesvermögens beeinflussen oder im Falle der Beeinflussung der Höhe des Bundesvermögens beim Empfänger (das sind Dritte bei Bundesausgaben, der Bund selbst bei Bundeseinnahmen) widmungsgemäß Investitionszwecken dienen bzw. als Vermögenszuwachs betrachtet werden.

¹⁵⁾ Für die im Bundesvoranschlag selbst vorgesehene Gliederung in erfolgswirksame Einnahmen und Ausgaben und bestandswirksame Einnahmen und Ausgaben ist hingegen die Auswirkung auf das Bundesvermögen maßgeblich. Die Zuordnung einer Ausgabe oder Einnahme zu den erfolgswirksamen oder zu den bestandswirksamen ist daher in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und im Bundesvoranschlag nicht immer gleich; zB zählen Ausgaben des Bundes zur „Investitionsförderung“ vom Standpunkt des Bundesvermögens gesehen zu den erfolgswirksamen Ausgaben, vom Standpunkt der österreichischen Volkswirtschaft gesehen zu den Vermögenstransaktionen.

352 Aufgliederung der Bundesgebarung nach Kriterien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Ausgaben

I. Hauptgruppe

Bei den laufenden Ausgaben (I. Hauptgruppe) sind entsprechend ihren verschiedenen Funktionen drei Gruppen zu unterscheiden: Laufende Ausgaben für Güter und Dienstleistungen, laufende Transferzahlungen und Aufwendungen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Tätigkeit des Bundes.

Der ersten Gruppe gehören Ausgaben an, für die der Bund eine Gegenleistung in Form von Sachgütern und Dienstleistungen — letztere insbesondere von seinen Bediensteten — erhält (zweiseitige Transaktionen). Der zweiten Gruppe gehören Zuwendungen des Bundes an andere öffentliche Körperschaften, Unternehmungen, private Haushalte, private Institutionen ohne Erwerbscharakter und an das Ausland an, die den Empfängern ohne unmittelbare Gegenleistung zufließen (einseitige Transaktionen). Die dritte Gruppe umfaßt Aufwendungen, die dem Bund aus seiner wirtschaftlichen Tätigkeit (zB Aufnahme von Kapital) in Form von Zinsen erwachsen sowie die laufenden Abgänge der Bundesbetriebe.

Ausgaben für Güter und Dienstleistungen

Die laufenden Ausgaben für Güter und Dienstleistungen umfassen vor allem die Personal- und Sachausgaben des Bundes aus der Befriedigung von Gemeinschaftsbedürfnissen (Öffentliche Sicherheit, Rechtspflege, Soziale Sicherheit, Erziehung, Landesverteidigung usw.). Zu dieser Gruppe von Ausgaben gehören die Bezüge der aktiven Bediensteten sowie alle Ausgaben für Sachgüter und Dienstleistungen (einschließlich solcher für Instandhaltung), die von der übrigen Wirtschaft bezogen werden; der Gegenwert für die in Gütern abgegoltenen Löhne und Gehälter (zB Deputate) wird hier auch nachgewiesen. Bei der Ermittlung der Lohn- und Gehaltssumme in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung werden derzeit die Bruttopensionen abzüglich der Pensionsbeiträge der Beamten der Amtsorgane und Organe der betriebsähnlichen Einrichtungen dem effektiven Aufwand für aktive Bedienstete hinzugezählt; um diesen Betrag würde sich der Aktivitätsaufwand erhöhen, wenn hinsichtlich der Pensionsansprüche der Beamten das Versicherungsprinzip zur Anwendung gelangen würde. Ein gleichhoher Betrag wird selbstverständlich von den Pensionen in der zweiten Gruppe „Transferzahlungen“ in Abzug gebracht.

Ausgaben für Anschaffungen von dauerhaften Sachgütern (Anlagegütern) werden jedoch ebenso wie die Kosten für größere Instandsetzungen der Vermögenswerte des Bundes bei den Vermögensstransaktionen unter Bruttoinvestitionen ausgewiesen. Die Amortisation dauerhafter Sachgüter (Abschreibungen), die grundsätzlich ebenso Kosten der Verwaltung darstellt wie der Einsatz von Dienstleistungen oder der Verbrauch nicht dauerhafter Güter, wird in der ökonomischen Aufgliederung des Bundesvoranschlags nicht berücksichtigt, da Abschreibungen kein Gegenstand der voranschlagswirksamen Verrechnung des Bundes sind.

Die laufenden Ausgaben für Güter- und Dienstleistungen entsprechen dem Teil des gesamten Güter- und Leistungsvolumens, der für die Befriedigung von Gemeinschaftsbedürfnissen verwendet wird (öffentlicher Verbrauch); das übrige Güter- und Leistungsvolumen steht für den privaten Verbrauch sowie für Investitionen des Staates und der Privatwirtschaft zur Verfügung.

Laufende Transferzahlungen

Im Gegensatz zu den Ausgaben der ersten Gruppe erhält der Bund durch die laufenden Transferzahlungen zumindest in der laufenden Rechnungsperiode keine unmittelbare Gegenleistung. Durch sie stellt der Bund anderen Bereichen Geld zur Verfügung und gibt den Letztempfängern die Möglichkeit, ihrerseits eine höhere Nachfrage nach Gütern und Leistungen zu entfalten. Der überwiegende Teil fließt privaten Haushalten in Form von Pensionen, Renten und anderen Unterstützungsbeträgen zu. Der zweitgrößte Anteil der Transferzahlungen wird an andere öffentliche Haushalte weitergeleitet. Als solche Zahlungen werden die Beträge erfaßt, die bei den Trägern öffentlichen Rechtes (Länder, Gemeinden, Sozialversicherungsträger, Kammern, Fonds usw.) haushaltsmäßig in Einnahme verrechnet werden (ohne Finanzausgleichszahlungen auf dem Abgabensektor).

In die zweite Gruppe wären auch Transfers in Form von „fiktiven“ Zinszuschüssen einzubeziehen, das sind die Unterschiedsbeträge zwischen den veranschlagten Zinsbeträgen aus unverzinslichen oder niedrig verzinslichen Bundesdarlehen und den fiktiven Zinsbeträgen, die bei Anrechnung der bankenüblichen Zinsen für die vorerwähnten Bundesdarlehen eingehen müßten. Falls solche Ausgaben zur Darstellung gelangten, müßten gleichhohe Gegenposten bei den „Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit“ als „imputierte Zinsen“ ausgewiesen werden. Da fiktive Beträge nicht Gegenstand der Veranschlagung und daher auch nicht der Verrechnung im Bundeshaushalt sind,

Aufgliederung der Bundesgebarung nach Kriterien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung 353

können in der ökonomischen Aufgliederung des Bundesvoranschlags auch diese Unterschiedsbeträge nicht ausgewiesen werden.

Eine Sonderstellung unter den Transferzahlungen nehmen die Preisausgleiche ein. Diese erhöhen zwar nicht unmittelbar die Geldeinkommen, bewirken aber durch die damit finanzierten Marktinterventionsmaßnahmen zugunsten der landwirtschaftlichen Leitprodukte eine Stabilisierung bzw. Steigerung der landwirtschaftlichen Einkommen.

Alle diese Transferzahlungen bilden zusammen mit den von privaten Haushalten zu zahlenden öffentlichen Abgaben ein kompliziertes System von Geldströmen, die hauptsächlich der Neuverteilung der privaten Einkommen dienen.

Aufwendungen aus wirtschaftlicher Tätigkeit

Als Aufwendungen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Tätigkeit des Bundes fallen die Zinsen für die Staatsschuld (Finanzschuld) an.

In der internationalen Statistik werden in der Regel Zinsen für die Staatsschuld nicht als Entgelt für Leistungen (Überlassung von Kapital), sondern als Transferzahlungen aufgefaßt, weil viele Staaten Kredite für Zwecke aufnehmen, aus denen der Zinsendienst nicht unmittelbar erwirtschaftet werden kann (Konsumkredite). Da nach der österreichischen Praxis Erlöse aus Schuldaufnahmen in erster Linie zur Finanzierung von Investitionen herangezogen werden, wurde hierfür eine eigene Position geschaffen.

II. Hauptgruppe

Die Vermögenstransaktionen der Ausgabenseite (II. Hauptgruppe) umfassen folgende zwei Gruppen: Ausgaben, die nur die Zusammensetzung des Bundesvermögens beeinflussen, und Ausgaben, die bei Dritten insbesondere durch Investitionsfinanzierung einen Vermögenszuwachs bewirken. Der ersten Gruppe gehören die Ausgaben für den Erwerb von beweglichem Sachanlagenvermögen, Liegenschaftsvermögen, Wertpapieren und Beteiligungen, für die Gewährung von Darlehen, für die Zuführung an Rücklagen und für die Tilgung von Schulden (Veränderung des Geldbestandes einerseits und eines anderen Aktiva- bzw. eines Passivbestandes andererseits) an. Die zweite Gruppe umfaßt die Kapitaltransfers, das sind Überweisungen des Bundes, die ausdrücklich für Investitionszwecke bestimmt sind und vom Empfänger widmungsgemäß verwendet werden müssen, ferner Zahlungen, wenn sie vom Empfänger nicht dem laufenden Einkommen zugerechnet, sondern als Vermögenszuwachs betrachtet werden. Auch bei der zweiten Gruppe liegt eine Vermögensumschichtung vor, aber nicht wie bei der ersten Gruppe im Bundesvermögen, sondern im Vermögen der österreichischen Volkswirtschaft (Verminderung des Geldbestandes beim Bund und Zuwachs im Vermögensbestand bei Dritten).

Vermögensumschichtungen

Bei der ersten Position der Vermögensumschichtungen „Erwerb von beweglichen Sachanlagevermögen“ wären neben den Ausgaben für die Anschaffung bzw. die Herstellung von neuen Sachgütern und für größere Instandsetzungen von Vermögenswerten des Bundes (Bruttoinvestitionen) auch die Ausgaben für den Erwerb von bestehendem, das ist gebrauchtem Sachanlagevermögen auszuweisen. Letztere werden derzeit nicht gesondert verrechnet, so daß sie auch nicht gesondert erfaßbar sind. Zu den Bruttoinvestitionen zählen derzeit alle Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, deren Einzelanschaffungswert ohne Rücksicht auf die Lebensdauer mehr als 5 000 S beträgt. Bezüglich der Abschreibungen siehe Abschnitt „Ausgaben für Güter- und Dienstleistungen“, 2. Absatz.

Bei der Position „Erwerb von Liegenschaften“ werden die Ausgaben für Grund und Boden getrennt von den Ausgaben für die Bauwerke und den Ausgaben für eventuelle mit einer Liegenschaft in Zusammenhang stehende aktivierungsfähige Rechte dargestellt.

Unter „Erwerb von Wertpapieren und Beteiligungen“ sind Ausgaben für den Erwerb von Wertpapieren und Beteiligungen des Anlage- und des Umlaufvermögens, und zwar getrennt, erfaßt.

Als „Darlehen“ sind die Ausgaben aus der Gewährung von Bundesdarlehen, und zwar die zur Finanzierung von Investitionen Dritter und auch die nicht unmittelbar für Investitionen bestimmten, ausgewiesen.

In Höhe der „Zuführungen an Rücklagen“, die nicht in Anspruch genommene Beträge von bestimmten Ausgabenansätzen und Reste zweckgebundener Einnahmen sowie den Haushaltsausgleich gemäß § 53 Abs. 3 BHG zur Voraussetzung haben, werden von den allgemeinen Geldbeständen Teile für die Rücklagen abgesondert.

354 Aufgliederung der Bundesgebarung nach Kriterien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Für die Ausgaben zur „Tilgung von Schulden“ ist kennzeichnend, daß sie im Bundesvermögen Aktiva (Geldbestände) und Passiva (Schuldverpflichtungen) vermindern und bei den Dritten weder Einkommen noch Vermögen schaffen, sondern nur eine Verschiebung in der Zusammensetzung des Vermögens bewirken.

Kapitaltransfers

Auch bei den Kapitaltransfers erhält der Bund wie bei den laufenden Transfers keine unmittelbare Gegenleistung. Im wesentlichen werden durch die Kapitaltransfers Investitionen der Wirtschaft finanziert.

Die Grenze zwischen laufenden Transfers und Kapitaltransfers läßt sich nicht immer scharf ziehen. In solchen Fällen ist wie folgt vorzugehen: „Vermischte Transfers (d. s. solche, die bei einem Partner als laufende, beim anderen als Kapitaltransfers erscheinen) sind beim Bundesorgan als Kapitaltransfers zu behandeln.

Neigen jedoch beide Partner zwar der gleichen Ansicht zu (entweder beide laufende Transfers oder beide Kapitaltransfers), sind aber beide Partner nicht sicher über die Zuordnung, ist in einem solchen Zweifelsfall die Überweisung vom Bundesorgan als „einkommenswirksam“ zu betrachten und den laufenden Transfers zuzurechnen.

Als Kapitaltransfers, die von den Empfängern nicht dem laufenden Einkommen zugerechnet, sondern als Vermögenszuwachs betrachtet werden, sind insbesondere die der Republik Österreich durch den Staatsvertrag auferlegten Entschädigungszahlungen verschiedenster Art zu erwähnen.

Einnahmen

III. Hauptgruppe

Die laufenden Einnahmen des Bundes sind nach den gleichen Gesichtspunkten gegliedert wie die laufenden Ausgaben: Laufende Einnahmen für Güter und Dienstleistungen, laufende Transfereinnahmen und Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit.

Von den gesamten laufenden Ausgaben des Bundes entfällt ein gutes Drittel auf den Aufwand für Güter und Dienstleistungen (öffentlicher Verbrauch) und etwas mehr als die Hälfte auf Transferzahlungen.

Die laufenden Einnahmen hingegen bestehen fast nur aus Transferzahlungen, und zwar überwiegend aus öffentlichen Abgaben, für die der Bund keine unmittelbare Gegenleistung erbringt. Es liegt nämlich im Wesen der öffentlichen Verwaltung, daß diese im hoheitsrechtlichen Bereich grundsätzlich die Kostendeckung für die von ihr benötigten Güter und Dienstleistungen nicht im Marktverkehr, sondern im Wege von Zwangsbeiträgen findet. Im privatwirtschaftlichen Bereich der Bundesverwaltung gelangen zwar eher marktwirtschaftliche Grundsätze zur Anwendung, die Preise sind aber trotzdem nicht immer kostendeckend.

Einnahmen für Güter und Dienstleistungen

Die Einnahmen der Verwaltung für ihre Leistungen (zB Eichungen, Landkartenverkauf) auf Grund der aufgezeigten Grundsätze werden in der Gruppe Einnahmen für Güter und Dienstleistungen erfaßt. Sie betragen nur einen geringen Teil der laufenden Ausgaben des Bundes für Güter und Dienstleistungen.

In dieser Gruppe wären auch noch Einnahmen-Beträge in der Höhe auszuweisen, die den Selbstkosten der von Bundesdienststellen selbsterstellten Anlagen entsprächen; falls solche Einnahmen zur Darstellung gelangten, müßten gleichhohe Gegenposten bei den Bruttoinvestitionen ausgewiesen werden. In Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Bundes-Verfassungsgesetzes, wonach Ausgaben und Einnahmen zu veranschlagen sind, sind jedoch die durch die Selbsterstellung von Anlagen und Ersatzteilen anfallenden verschiedenen Kosten auf den Konten der entsprechenden Kostenarten zu verrechnen. Die Erfassung der Selbstkosten selbsterstellter Anlagen des Bundes aus den einzelnen Kostenkonten wird daher derzeit nicht durchgeführt.

Laufende Transfereinnahmen

Die laufenden Transfereinnahmen sind fast zur Gänze nur Einnahmen aus den öffentlichen Abgaben des Bundes. Die übrigen Transfers stammen zum größten Teil von öffentlichen Haus-

Aufgliederung der Bundesgebarung — Betriebliche Einrichtungen

355

halten. Im übrigen gilt das bei den laufenden Transferausgaben grundsätzlich Gesagte sinngemäß auch für die laufenden Transfereinnahmen.

Zu den Transfers aus öffentlichen Abgaben gehören nicht nur die im Bundesvoranschlag beim Kapitel „Öffentliche Abgaben“ ausgewiesenen Beträge, sondern auch sonstige bei anderen Kapiteln ausgewiesene Abgaben, wie zB Arbeitslosenversicherungsbeiträge, Dienstgeberbeiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen und Importausgleichsbeträge. Die Einteilung der Abgaben in direkte und indirekte ist weitgehend konventionell. Im allgemeinen nimmt man an, daß die direkten Abgaben das verfügbare Geldeinkommen der privaten Haushalte und die unverteilter Gewinne von Kapitalgesellschaften schmälern, während die indirekten Abgaben die Marktpreise der Güter und Leistungen erhöhen und auf diese Weise das Realeinkommen vermindern.

Für verschiedene wünschenswerte Aufgliederungen der Einnahmen aus Öffentlichen Abgaben, wie zB die der direkten Abgaben nach Einnahmen aus unselbständiger Tätigkeit, aus selbständiger Tätigkeit und aus Unternehmenstätigkeit von Kapitalgesellschaften oder die der Arbeitslosenversicherungsbeiträge nach Einnahmen von Arbeitnehmern bzw. Arbeitgebern, sind derzeit in der Bundesverrechnung nicht die Voraussetzungen gegeben.

Von den sonstigen Transfereinnahmen entfällt der größte Teil auf Beiträge von Gebietskörperschaften zu Verwaltungsaufwendungen des Bundes.

Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit

Als Einnahmen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Tätigkeit bezieht der Bund ua. Einkünfte aus seiner Tätigkeit als Unternehmer (zB Betriebsüberschüsse der finanziell integrierten Bundesbetriebe), aus der Verleihung von Kapital (Darlehen, Beteiligungen, Wertpapiere) und aus verschiedenen öffentlichen Rechten (Schürfrechte). Diese Erträge des Bundes sind Leistungseinkommen und als solche Bestandteile des Volkseinkommens.

IV. Hauptgruppe

Die Vermögenstransaktionen der Einnahmenseite (IV. Hauptgruppe) umfassen dieselben Gruppen wie die Vermögenstransaktionen der Ausgabenseite (II. Hauptgruppe). Das über diese Gruppen und die zugehörigen Ausgaben grundsätzlich Gesagte gilt sinngemäß auch für die *Vermögenstransaktionen der Einnahmenseite*.

Vermögensumschichtungen

Zur Gruppe Vermögensumschichtungen gehören Einnahmen aus dem Verkauf von bestehendem Sachanlagevermögen, von Liegenschaften, Wertpapieren und Beteiligungen, aus Darlehensrückzahlungen, aus der Entnahme und Auflösung von Rücklagen und aus der Aufnahme von Schulden. Die Einbeziehung von Einnahmen aus dem Verkauf von Sachanlagen setzt voraus, daß die Ausgaben für den Ankauf bzw. die Herstellung dieser Anlagen der Vermögensgebarung zugeordnet worden waren.

Kapitaltransfers

Kapitaltransferzahlungen an den Bund erfolgen nur im geringen Umfang. Sie dienen nicht so sehr der Investitionsfinanzierung, sondern sind als Vermögenszuwachs anzusehen.

Betriebsähnliche Einrichtungen (Verwaltungszweige)

Betriebsähnliche Einrichtungen sind organisatorische Einrichtungen des Bundes, die unter Beachtung wirtschaftlicher Grundsätze Leistungen (§ 859 ABGB) an andere Organe des Bundes oder an andere Rechtsträger gegen Entgelt erbringen, wobei Kostendeckung anzustreben ist, sofern dadurch die öffentliche Aufgabenerfüllung nicht beeinträchtigt wird. Sie werden durch Verordnung zu solchen erklärt [§ 4(4) BHG].

Die Gebarung der betriebsähnlichen Einrichtungen wird bei den einzelnen Kapiteln von der übrigen Gebarung getrennt, und zwar in der Regel in eigenen Voranschlagsansätzen gesondert ausgewiesen. Eine Übersicht über die betriebsähnlichen Einrichtungen des Bundes befindet sich in der Beilage E zum Amtsbehelf, II. Teil.

356 Mehrjährige Vorhaben — Zweckgebundene Einnahmen — Wirtschaftsführung der Bundesbetriebe

Vorhaben, deren Durchführung die Ansätze des Bundesvoranschlages durch mehrere Jahre oder in einem zukünftigen Finanzjahr belastet

Über mehrere Jahre sich erstreckende Vorhaben

Bei allen Vorhaben, für die Bundesmittel bereitgestellt werden und die sich über mehrere Jahre erstrecken, ist im Bundesvoranschlag jeweils nur jener Teilbetrag zu veranschlagen, der zur Ausführung der für das Voranschlagsjahr in Aussicht genommenen Arbeiten oder Anschaffungen erforderlich ist bzw. auf Grund rechtsverbindlicher Verpflichtungen aus einem solchen Vorhaben auf das Voranschlagsjahr entfällt. Zur Gewinnung eines Überblickes über die Gesamtkosten und die auf die einzelnen Budgetjahre entfallenden Teilerfordernisse solcher Vorhaben sowie über die Beiträge Dritter (Gebietskörperschaften, Personengemeinschaften oder andere Personen) zu diesen, sind den Teilheften zum Bundesvoranschlag entsprechende Übersichten (Beilagen III. D) angeschlossen.

Einzelvorhaben wurden wie im Vorjahre in den Teilheften bei eigenen Voranschlagsansätzen oder Voranschlagsposten gesondert veranschlagt.

Das Bundeshaushaltsgesetz [§ 53(1)] sieht vor, daß nicht in Anspruch genommene Teile der Ausgabenansätze für Anlagen sowie der für die Instandhaltung von Bundesgebäuden und den Bausektor betreffenden Sonderanlagen sowie für bundesgeförderte Bauvorhaben veranschlagten Ausgabenbeträge am Jahresende einer Rücklage zwecks Verwendung im nachfolgenden Verwaltungsjahr zugeführt werden können.

Ein einziges zukünftiges Finanzjahr belastende Vorhaben

Vorhaben, deren Kosten auf Grund langer Lieferfristen oder sonstiger Umstände erst ein einziges zukünftiges Finanzjahr belasten werden, sind ebenfalls in die den Teilheften angeschlossenen Übersichten über Vorhaben, deren Durchführung die Voranschlagsansätze des Bundesvoranschlages durch mehrere Jahre belasten, aufzunehmen.

Zweckgebundene Einnahmen

Zweckgebundene Einnahmen sind solche, die auf Grund eines Bundesgesetzes nur für bestimmte Zwecke zu verwenden sind.

Als zweckgebundene Ausgaben können überdies veranschlagt werden:

1. Ausgaben, die auf Grund eines Vertrages oder einer letztwilligen Verfügung einem bestimmten Verwendungszweck, der von dem zuständigen Organ des Bundes einseitig nicht abänderbar ist, zu dienen haben und die der Höhe nach durch die auf Grund derselben Rechtsgrundlage hierfür anfallenden Einnahmen begrenzt sind;
2. Ausgaben für die Anschaffung oder Herstellung von Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens nach Maßgabe der aus der Veräußerung eines vom gleichen Organ des Bundes verwalteten Bestandteiles des unbeweglichen Bundesvermögens erzielten Einnahmen, sofern der wirtschaftliche Zusammenhang dies rechtfertigt.

Das Bundeshaushaltsgesetz [§ 53(2)] sieht vor, daß nicht in Anspruch genommene Teile der zweckgebundenen Einnahmeneingänge am Jahresende einer Rücklage zwecks Verwendung in nachfolgenden Finanzjahren zuzuführen ist, wenn die Zweckbestimmung weiterhin gegeben ist.

Wirtschaftsführung der Bundesbetriebe

Die kaufmännische Tätigkeit der Bundesbetriebe erfordert eine entsprechende Beweglichkeit im Budgetvollzug, wobei aber auch die Interessen des gesamten Bundeshaushaltes sowie die Haushaltsvorschriften des Bundes zu beachten sind. Nachfolgende Maßnahmen ermöglichen eine größere wirtschaftliche und finanzielle Beweglichkeit der Bundesbetriebe:

1. Bestimmungen im Bundesfinanzgesetz bzw. im Bundeshaushaltsgesetz, wonach
 - a) der Bundesminister für Finanzen ermächtigt wird, den Bundesbetrieben auf deren Antrag die Verwendung von Mehreinnahmen für im Bundesvoranschlag vorgesehene betriebsnotwendige Investitionen zu bewilligen;
 - b) der Bundesminister für Finanzen ermächtigt ist zuzustimmen, daß Mehreinnahmen eines Bundesbetriebes zur Bedeckung der damit verbundenen Mehraufwendungen herangezogen werden.

Allgemeines — Auslandszahlungsverkehr

357

2. Ermächtigung der Betriebe zur Vornahme finanzieller Ausgleichs innerhalb der Monatszuweisungen für die Sachausgaben ohne Einholung der Zustimmung des Bundesministers für Finanzen.
3. Ermächtigung zur Übertragung nichtverbraucher Ausgabenbeträge eines Monats auf den folgenden Monat gegen nachträgliche Mitteilung an den Bundesminister für Finanzen.

Allgemeines**Bruttoprinzip**

Die im Finanzjahr erwarteten Einnahmen und voraussichtlich zu leistenden Ausgaben des Bundes sind voneinander getrennt und in der vollen Höhe (brutto) veranschlagt. Die an Länder, Gemeinden und sonstige Rechtsträger des öffentlichen Rechts sowie an Bundesbetriebe und rechtlich unselbständige Sondervermögen des Bundes zu überweisenden Abgaben oder Anteile an solchen, die bundesgesetzlich geregelt sind und von Abgabenbehörden des Bundes eingehoben werden, sowie die an die Europäische Union abzuführenden Mittel zur Finanzierung des EU-Gesamthaushaltes sind gemäß § 16 Abs. 3 und 3 a BHG gesondert als Verminderungen der Einnahmen an öffentlichen Abgaben veranschlagt.

Vergleichsziffern

Den Ziffern der Voranschlagsansätze des Bundesvoranschlages 1998 sind zur Ermöglichung eines ziffernmäßigen Vergleiches in einer eigenen Spalte die vergleichbaren Ziffernansätze des Bundesvoranschlages 1997 (in der Fassung der 2. Bundesfinanzgesetz-Novelle 1997) und die Erfolgswerte des Jahres 1996 beigefügt.

Ebenso sind in den sogenannten „Teilheften“, in denen die Voranschlagsansätze des Bundesvoranschlages nach Voranschlagsposten aufgegliedert werden, bei den einzelnen Voranschlagsposten die gleichen Vergleichsziffern ausgewiesen.

Teilhefte

Die Teilhefte sind nicht Bestandteile des Bundesfinanzgesetzes.

Auslandszahlungsverkehr

Der Bundesvoranschlag ist in Schilling erstellt. Soweit Zahlungen in ausländischen Zahlungsmitteln geleistet werden, ist zu beachten:

Veranschlagung

Ausgaben und Einnahmen des Bundes einschließlich der voraussichtlichen Spesen, die in ausländischer Währung zu leisten sind, und Finanzschulden und Währungstauschverträge in ausländischer Währung sind mit den jeweils geltenden Kurswerten veranschlagt.

Zahlungsverkehr

Zahlungen der Bundesdienststellen in das Ausland sind unter Bedachtnahme auf § 42 Abs. 3 des Nationalbankgesetzes 1984, BGBl. Nr. 50, § 71 BHG, BGBl. Nr. 213 (Novelle BGBl. Nr. 626) und § 41 BHV 1989, BGBl. Nr. 570/1989, über die ÖPSK bzw. die OeNB durchzuführen.

Anweisende Organe, die ständig einen umfangreichen Zahlungsverkehr in das Ausland oder ihren Sitz im Ausland haben (zB Vertretungsbehörden, Kulturinstitute) oder die aus sachlichen Gründen Zahlungsgeschäfte im Ausland abwickeln müssen, können gemäß § 54 BHV 1989 mit Zustimmung des Bundesministeriums für Finanzen Fremdwährungskonten eröffnen.

In Zahlung genommene oder dem Bund anheimgefallene Valuten (ausländische Münzen oder Banknoten) sind, soweit sie nicht für Auszahlungen erforderlich sind, für Rechnung der empfangsberechtigten Dienststelle einzuwechseln.

Verrechnung

Zahlungen in das Ausland sind zum Zeitpunkt der Auftragserteilung an die OeNB oder ÖPSK — wenn die Schuld auf eine Fremdwährung lautet — zunächst mit dem Kassenwert auf dem entsprechenden Sachkonto zu verrechnen. Nach Abrechnung durch die OeNB oder ÖPSK ist die Differenz zwischen der ursprünglichen Buchung und dem angelasteten Gesamtbetrag (einschließlich Spesen) auf dem entsprechenden Sachkonto zu verrechnen. In jenen Fällen, in denen aus verrechnungstech-

358

Auslandszahlungsverkehr

nischen Gründen das Sachkonto nicht mit dem Spesenbetrag belastet werden darf, ist dieser zu Lasten einer Voranschlagspost für Geldverkehrsspesen zu verrechnen.

Die Verrechnung der Kosten des An- oder Verkaufes von Valuten hat zu dem von der Kreditunternehmung (Bank) ermittelten Schilling-Gegenwert zu erfolgen. Die weitere Gebarung mit den angekauften Valuten hat in der betreffenden Fremdwährung, die Nachweisung zum Kassenwert zu erfolgen.

Für anweisende Organe, die ihren Sitz im Ausland haben oder die aus sachlichen Gründen Gebahrungen im Ausland bzw. besondere Geschäftsfälle in ausländischer Währung abwickeln, sind entsprechende Sonderregelungen im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Finanzen und dem Rechnungshof zu erlassen (§ 55 Abs. 2 BHV 1989). Der Zahlungsverkehr, die Verrechnung sowie die Limitanrechnung bei Finanzschulden (einschließlich Währungstauschverträge) in fremder Währung werden entsprechend den tatsächlichen wirtschaftlichen Gegebenheiten durchgeführt. In der Regel wird für in ausländischer Währung eingegangene Finanzschulden und Währungstauschverträge der von der jeweiligen Kreditunternehmung in Rechnung gestellte Kurswert herangezogen.

Im übrigen gelten für den Zahlungsverkehr und die Verrechnung die Bestimmungen der BHV 1989, BGBl. Nr. 570/1989.

Kassenwerte

Auf Grund § 12 Abs. 4 des Konsulargebührengesetzes 1992, BGBl. Nr. 100/1992, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 29/1997 werden die Schillingwerte (Kassenwerte) halbjährlich jeweils zum 1. Jänner und 1. Juli neu festgesetzt und im „Amtsblatt zur Wiener Zeitung“ sowie im „Amtsblatt der österreichischen Finanzverwaltung“ verlautbart (siehe AÖFV Nr. 147/1997). Bei größeren Kursschwankungen erfolgt eine Neufestsetzung der Werte und Verlautbarung auch während des Halbjahres.

Zollwertkurse

Als Umrechnungskurse zur Ermittlung des Zollwertes sowie zur Berechnung der Umsatzsteuer (Einfuhrumsatzsteuer), der Versicherungssteuer, der Feuerschutzsteuer und von in ausländischen Währungen ausgedrückten Versicherungsprämien werden allmonatlich auf Grund des § 49 des Zollrechts-Durchführungsgesetzes, BGBl. Nr. 659/1994, des § 5 Abs. 5 und des § 20 Abs. 6 des Umsatzsteuergesetzes 1994, BGBl. Nr. 663/1994, des § 5 Abs. 6 des Versicherungssteuergesetzes 1953, BGBl. Nr. 133/1953, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 449/1992, sowie des § 3 Abs. 3 des Feuerschutzsteuergesetzes 1952, BGBl. Nr. 198/1952, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 13/1993, jeweils zum Monatsersten und bei größeren Kursschwankungen fallweise auch während des Monats für bestimmte ausländische Währungen **Zollwertkurse** festgesetzt.

Zollentrichtungskurse

Das Bundesministerium für Finanzen setzt ferner für bestimmte ausländische Währungen Umrechnungskurse für alle Barzahlungsfälle der Zollverwaltung fest (**Zollentrichtungskurse**).

Verlautbarung

Die Zollwertkurse und die Kassenwerte werden jeweils im „Amtsblatt zur Wiener Zeitung“ sowie im „Amtsblatt der österreichischen Finanzverwaltung“, die Zollentrichtungskurse hingegen nur im „Amtsblatt der österreichischen Finanzverwaltung“ sowie durch Anschlag bei den Zollämtern verlautbart.

Barabhebungskurse

Für die Abhebung der Auslandszulagen gemäß § 21 GG 1956 an bestimmten Dienstorten sind folgende Barabhebungskurse für je 100 Währungseinheiten (Umrechnungskurse für die Auslandsbeholdung) festgesetzt (Stand: 1. Juni 1997):

ISO-Code	Währung	Schilling
LYD	Libysche Dinar	900,00

An den übrigen Dienstorten gelten für die Abhebung der Auslandszulagen die jeweils festgesetzten Kassenwerte.